

Hessisches Statistisches Landesamt

HESSEN



STATISTIK HESSEN

Staat und Wirtschaft in Hessen

SYSTEMATISCHES INHALTSVERZEICHNIS 2011

Herausgegeben vom
Hessischen Statistischen Landesamt
Wiesbaden

2011 · 66. Jahrgang

STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN · 66. JAHRGANG · 2011

International Standard Serial Number (ISSN) 0344 – 5550 (Print); 1616 – 9867 (Digital)

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-0

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Telefon: 0611 3802-804, Telefax: 0611 3802-890, E-Mail: sbayer@statistik-hessen.de

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

SYSTEMATISCHES INHALTSVERZEICHNIS 2011

A. Textbeiträge

Allgemeines

Antrittsbesuch des Chefs der Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, im Hessischen Statistischen Landesamt. Von <i>Siegfried Bayer</i>	1	11
Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises des Statistischen Bundesamtes	1	12
10 Jahre „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“. Von <i>Alexander Richter</i>	2/3	27
Zensus 2011 – eine Sicherheitsanalyse. Von <i>Nils Dirks</i> und <i>Bonno Domke</i>	5	131
150 Jahre amtliche Statistik in Hessen. Von <i>Siegfried Bayer</i>	7	205
Das Hessische Statistische Landesamt vor Ort auf dem Hessentag 2011 in Oberursel. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	8	237
FDZ-Standort des Hessischen Statistischen Landesamtes auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt vertreten. Von <i>Alexander Richter</i>	10/11	298
Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik zwischen der Hessischen Staatskanzlei und der Staatsbank Vietnam am 31. August 2011 in Hanoi unterzeichnet. Von <i>Gabriele Buschmann</i>	10/11	300

Bevölkerung, Haushalte, Gebiet

Zensus 2011 – eine Sicherheitsanalyse. Von <i>Nils Dirks</i> und <i>Bonno Domke</i>	5	131
---	---	-----

Wahlen

Die Kommunalwahlen in Hessen am 27. März 2011. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	5	124
--	---	-----

Erwerbstätigkeit

Arbeitsmarkt in Hessen überwindet Stagnationsphase – Erwerbstätigenuhr zeigt Aufschwung an. Von <i>Stefan Donhauser</i>	1	3
Hessische Erwerbstätigenuhr zeigt Aufschwung an – Rückkehr auf langfristigen Wachstumspfad zeitnah nicht zu erwarten. Von <i>Stefan Donhauser</i>	4	71
Hessische Erwerbstätigenuhr erreicht im ersten Quartal 2011 die Hochphase. Von <i>Stefan Donhauser</i>	8	219

Bildung und Kultur

Personal im hessischen Hochschulbereich 2009. Von <i>Charlotte Pfeil</i>	2/3	54
Vorausberechnung der Schüler- und Entlassenzahlen der allgemeinbildenden Schulen. in Hessen bis 2025. Von <i>Ulrike Schedding-Kleis</i>	4	76
Integrierte Ausbildungsberichterstattung: der Übergangsbereich im Fokus. Von <i>Martina Hartig</i>	6	173
Vierte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS4) startet im September 2011. Von <i>Ulrike Schedding-Kleis</i>	7	207

Sozialleistungen

Die Entwicklung der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit Einführung zum 1. Januar 2003. Von <i>Petra Gerisch</i>	2/3	36
Heimerziehung sowie sonstige betreute Wohnformen und Vollzeitpflege im Wandel der Zeit. Von <i>Petra Gerisch</i>	10/11	293

Gesamtwirtschaft

Konjunkturprognose Hessen 2011. Aufschwung setzt sich fort; Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	1	6
Jahresrückblick – Hauptdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2010	5	99
Theorie realer Konjunkturzyklen – Konzept, Simulation, Anwendung. Von <i>Stefan Donhauser</i>	7	191
Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2011. Konjunkturaufschwung in Hessen weiter stabil. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	8	224
Das Volkseinkommen in Hessen 1991 bis 2009 – divergierende Entwicklungen bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie dem Arbeitnehmerentgelt am aktuellen Rand. Von <i>Stefan Donhauser</i>	8	232

Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens. Von <i>Stefan Donhauser</i>	10/11	271
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008. Von <i>Britta Frie, Katharina Muno, Dr. Wolf-Dietmar Speich</i>	6	157
Das Volkseinkommen in Hessen 1991 bis 2009 – divergierende Entwicklungen bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie dem Arbeitnehmerentgelt am aktuellen Rand. Von <i>Stefan Donhauser</i>	8	232
Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens. Von <i>Stefan Donhauser</i>	10/11	271

B. Daten zur Wirtschaftslage

Heft 2/3, 6, 9 und 12, Seite 42 ff., 147 ff., 251 ff., 315 ff.

C. Hessischer Zahlenspiegel

Heft 1 bis 12, Seite 14 ff., 59 ff., 89 ff., 135 ff., 178 ff., 210 ff., 239 ff., 261 ff., 304 ff., 324 ff.

D. Hessischer Umwelt-Monitor

Den Heften 1, 4, 7 und 10/11 ist der „Hessische Umwelt-Monitor“ des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie als Supplement beigeheftet.

1. Copyright

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2012
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

2. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Das Öffnen der Verpackung bedeutet die Anerkennung der Geschäftsbedingungen und verpflichtet zum Kauf; eine Rückgabe ist ausgeschlossen.

§ 1 Geltungsbereich

Nachstehende Bedingungen in ihrer zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen Fassung gelten für alle Lieferungen und sonstige Leistungen des Hessischen Statistischen Landesamtes. Abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen sowie Liefer- und Zahlungsbedingungen des Käufers werden nicht anerkannt.

§ 2 Vertragsschluss und Preise

Das Hessische Statistische Landesamt verpflichtet sich, die Bestellung des Käufers zu den Bedingungen der Website/des Veröffentlichungsverzeichnisses anzunehmen. Bei Schreib-, Druck- und Rechenfehlern auf der Website/im Veröffentlichungsverzeichnis ist das Hessische Statistische Landesamt zum Rücktritt berechtigt. Falls die bestellte Sache nicht lieferbar ist, ist das Statistische Landesamt zum Rücktritt berechtigt. In diesem Fall wird der Käufer unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit unterrichtet. Die angegebenen Preise beziehen sich auf den Stand vom 1. Januar 2012. Preisänderungen bleiben vorbehalten. Abgabe und Versand von Veröffentlichungen erfolgen grundsätzlich gegen Berechnung; **Kosten für Porto und Verpackung** sind in den angegebenen Verkaufspreisen **bereits enthalten**. Umsatzsteuer-(Mehrwertsteuer-)pflicht besteht nicht.

Folgende Rabatte werden eingeräumt:

A) Mengenrabatte bei Abnahme

- ab 10 Exemplaren 10 %
- ab 20 Exemplaren 20 %
- ab 30 Exemplaren 30 %

B) Buchhandel und Wiederverkäufer 30 %, wenn aus der Bestellung die Eigenschaft des Bestellers als Wiederverkäufer ersichtlich ist (Bücherzettel).

C) Schüler, Studierende und Auszubildende für Arbeiten im Rahmen ihrer Ausbildung gegen Vorlage des Ausweises sowie öffentliche Bibliotheken jeweils 15 %.

Für Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gelten Sonderregelungen.

§ 3 Rückgabebelehrung

Rückgaberecht

Sie können erhaltene Druckerzeugnisse ohne Angabe von Gründen innerhalb von einem Monat durch Rücksendung der Ware zurückgeben. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung (z. B. als Brief, Fax, E-Mail, Kenntnisnahme vor der Bestellung über Internet), jedoch nicht vor Eingang der Ware und auch nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1, Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Ware oder des Rücknahmeverlangens. In jedem Fall erfolgt die Rücksendung auf unsere Kosten und Gefahr. Die Rücksendung oder das Rücknahmeverlangen hat zu erfolgen an:

Hessisches Statistisches Landesamt

Vertrieb

Rheinstraße 35/37

65185 Wiesbaden

Das Rückgaberecht besteht nicht bei Verträgen zur Lieferung von Audio- oder Videoaufzeichnungen oder von Software, sofern die gelieferten Datenträger vom Kunden entsiegelt worden sind sowie bei

Verträgen zur Lieferung von Waren, die nach Kundenspezifikation angefertigt werden oder die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rücksendung geeignet sind wie Downloads/E-Mail-Versand von Audiodateien, eBooks, elektronischen Publikationen, Anschriftenverzeichnissen oder Software (§ 312d Abs. 4 Nr.1 und 2 BGB).

Rückgabefolgen

Im Falle einer wirksamen Rückgabe sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Gebrauchsvorteile) herauszugeben. Bei einer Verschlechterung der Ware kann Wertersatz verlangt werden. Dies gilt nicht, wenn die Verschlechterung der Ware ausschließlich auf deren Prüfung — wie sie Ihnen etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre — zurückzuführen ist. Im Übrigen können Sie die Pflicht zum Wertersatz für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung vermeiden, indem Sie die Ware nicht wie Ihr Eigentum in Gebrauch nehmen und alles unterlassen, was deren Wert beeinträchtigt. Für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung müssen Sie keinen Wertersatz leisten. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung der Ware oder des Rücknahmeverlangens, für uns mit dem Empfang.

§ 4 Lieferbedingungen

Der Versand erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers an die vom Käufer angegebene Lieferadresse. Für verloren gegangene oder beschädigte Sendungen wird kein Ersatz geleistet.

§ 5 Fälligkeit und Zahlung, Verzug

Der Rechnungsbetrag ist auf das in der Rechnung angegebene Bankkonto der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt/Main mit Angabe der Referenznummer zu überweisen (Kontobezeichnung: HCC–HSL; Konto-Nr.: 1 000 538, BLZ: 500 500 00) oder in bar bei der Zahlstelle des HSL zu begleichen. Der Rechnungsbetrag ist mit Zugang der Rechnung fällig. Die Zahlung hat innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung zu erfolgen, danach kommt der Käufer automatisch in Verzug. Skontoabzug ist unzulässig. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht.

§ 6 Eigentumsvorbehalt

Die Lieferung bleibt bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Landes Hessen.

§ 7 Mängelgewährleistung und Haftung

Liegt ein vom Hessischen Statistischen Landesamt zu vertretender Mangel der Sache vor, kann der Käufer als Nacherfüllung wahlweise Mängelbeseitigung oder Ersatzlieferung verlangen. Ist das Hessische Statistische Landesamt zur Nacherfüllung wegen Unverhältnismäßigkeit nicht bereit oder nicht in der Lage oder verzögert sich diese über angemessene Fristen hinaus aus Gründen, die das Hessische Statistische Landesamt zu vertreten hat, oder schlägt in sonstiger Weise die Nacherfüllung fehl, ist der Käufer nach seiner Wahl berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, eine entsprechende Minderung des Kaufpreises oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu verlangen.

Soweit sich nachstehend nichts anderes ergibt, sind weitergehende Ansprüche des Käufers, gleich aus welchen Rechtsgründen, ausgeschlossen, soweit sie nur auf leichter Fahrlässigkeit beruhen. Die Haftungsbeschränkung gilt ferner dann nicht, wenn der Käufer Ansprüche aus §§ 1, 4 Produkthaftungsgesetz geltend macht.

Sofern das Hessische Statistische Landesamt eine vertragswesentliche Pflicht verletzt, ist die Ersatzpflicht für Sachschäden auf den typischerweise entstehenden Schaden beschränkt. Das Hessische Statistische Landesamt haftet nicht für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind; insbesondere haftet das Hessische Statistische Landesamt nicht für entgangenen Gewinn oder für sonstige Vermögensschäden des Käufers.

§ 8 Abonnements und Kündigung

Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen, wie z. B. die Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ oder „Hessische Kreiszahlen“, können zum laufenden Bezug als Abonnement bestellt

werden. Dies bedarf der Schriftform. Hierfür wird halbjährlich eine Rechnung zugestellt. Für Abonnements von Veröffentlichungen gewähren wir einen Preisnachlass von 15 %. Der Käufer kann ohne Begründung schriftlich oder durch Rücksendung der Sache innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der ersten Rechnung bzw. der ersten Lieferung den Vertrag über das Abonnement widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Die Kosten für die Rücksendung der Ware hat der Käufer zu tragen. Bestehende Abonnements können zum 31.5. bzw. 30.11. eines Jahres gekündigt werden.

§ 9 Datenschutz

Zum Zwecke der Begründung und Durchführung des Vertragsverhältnisses im Allgemeinen erhebt, nutzt und verarbeitet das Hessische Statistische Landesamt folgende Daten des Benutzers (Bestandsdaten): Name, Vorname, evtl. Zugehörigkeit zu einem Unternehmen oder einer Institution, persönliche Anschrift bzw. Anschrift des Unternehmens oder der Institution, Telefon- Faxnummer, E-Mail-Adresse (soweit vorhanden) und Kundennummer.

Zum Zwecke der Durchführung des Vertragsverhältnisses im Einzelnen nutzt und verarbeitet das Hessische Statistische Landesamt folgende Daten des Benutzers (Abrechnungsdaten): Art, Anzahl und Kosten der bestellten Produkte, Kopien von Bestelldateien, mit denen eine Bestellung des Käufers durchgeführt worden ist.

Der Käufer stimmt dieser Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ausdrücklich zu. Auf Verlangen erhält der Käufer Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten.

§ 10 Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

Es gilt deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Lieferungen und Leistungen ist Wiesbaden.

Verträgen zur Lieferung von Waren, die nach Kundenspezifikation angefertigt werden oder die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rücksendung geeignet sind wie Downloads/E-Mail-Versand von Audiodateien, eBooks, elektronischen Publikationen, Anschriftenverzeichnissen oder Software (§ 312d Abs. 4 Nr.1 und 2 BGB).

Rückgabefolgen

Im Falle einer wirksamen Rückgabe sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Gebrauchsvorteile) herauszugeben. Bei einer Verschlechterung der Ware kann Wertersatz verlangt werden. Dies gilt nicht, wenn die Verschlechterung der Ware ausschließlich auf deren Prüfung — wie sie Ihnen etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre — zurückzuführen ist. Im Übrigen können Sie die Pflicht zum Wertersatz für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung vermeiden, indem Sie die Ware nicht wie Ihr Eigentum in Gebrauch nehmen und alles unterlassen, was deren Wert beeinträchtigt. Für eine durch die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme der Sache entstandene Verschlechterung müssen Sie keinen Wertersatz leisten. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung der Ware oder des Rücknahmeverlangens, für uns mit dem Empfang.

§ 4 Lieferbedingungen

Der Versand erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers an die vom Käufer angegebene Lieferadresse. Für verloren gegangene oder beschädigte Sendungen wird kein Ersatz geleistet.

§ 5 Fälligkeit und Zahlung, Verzug

Der Rechnungsbetrag ist auf das in der Rechnung angegebene Bankkonto der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt/Main mit Angabe der Referenznummer zu überweisen (Kontobezeichnung: HCC–HSL; Konto-Nr.: 1 000 538, BLZ: 500 500 00) oder in bar bei der Zahlstelle des HSL zu begleichen. Der Rechnungsbetrag ist mit Zugang der Rechnung fällig. Die Zahlung hat innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung zu erfolgen, danach kommt der Käufer automatisch in Verzug. Skontoabzug ist unzulässig. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht.

§ 6 Eigentumsvorbehalt

Die Lieferung bleibt bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Landes Hessen.

§ 7 Mängelgewährleistung und Haftung

Liegt ein vom Hessischen Statistischen Landesamt zu vertretender Mangel der Sache vor, kann der Käufer als Nacherfüllung wahlweise Mängelbeseitigung oder Ersatzlieferung verlangen. Ist das Hessische Statistische Landesamt zur Nacherfüllung wegen Unverhältnismäßigkeit nicht bereit oder nicht in der Lage oder verzögert sich diese über angemessene Fristen hinaus aus Gründen, die das Hessische Statistische Landesamt zu vertreten hat, oder schlägt in sonstiger Weise die Nacherfüllung fehl, ist der Käufer nach seiner Wahl berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, eine entsprechende Minderung des Kaufpreises oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu verlangen.

Soweit sich nachstehend nichts anderes ergibt, sind weitergehende Ansprüche des Käufers, gleich aus welchen Rechtsgründen, ausgeschlossen, soweit sie nur auf leichter Fahrlässigkeit beruhen. Die Haftungsbeschränkung gilt ferner dann nicht, wenn der Käufer Ansprüche aus §§ 1, 4 Produkthaftungsgesetz geltend macht.

Sofern das Hessische Statistische Landesamt eine vertragswesentliche Pflicht verletzt, ist die Ersatzpflicht für Sachschäden auf den typischerweise entstehenden Schaden beschränkt. Das Hessische Statistische Landesamt haftet nicht für Schäden, die nicht am Liefergegenstand selbst entstanden sind; insbesondere haftet das Hessische Statistische Landesamt nicht für entgangenen Gewinn oder für sonstige Vermögensschäden des Käufers.

§ 8 Abonnements und Kündigung

Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen, wie z. B. die Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ oder „Hessische Kreiszahlen“, können zum laufenden Bezug als Abonnement bestellt

werden. Dies bedarf der Schriftform. Hierfür wird halbjährlich eine Rechnung zugestellt. Für Abonnements von Veröffentlichungen gewähren wir einen Preisnachlass von 15 %. Der Käufer kann ohne Begründung schriftlich oder durch Rücksendung der Sache innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der ersten Rechnung bzw. der ersten Lieferung den Vertrag über das Abonnement widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Die Kosten für die Rücksendung der Ware hat der Käufer zu tragen. Bestehende Abonnements können zum 31.5. bzw. 30.11. eines Jahres gekündigt werden.

§ 9 Datenschutz

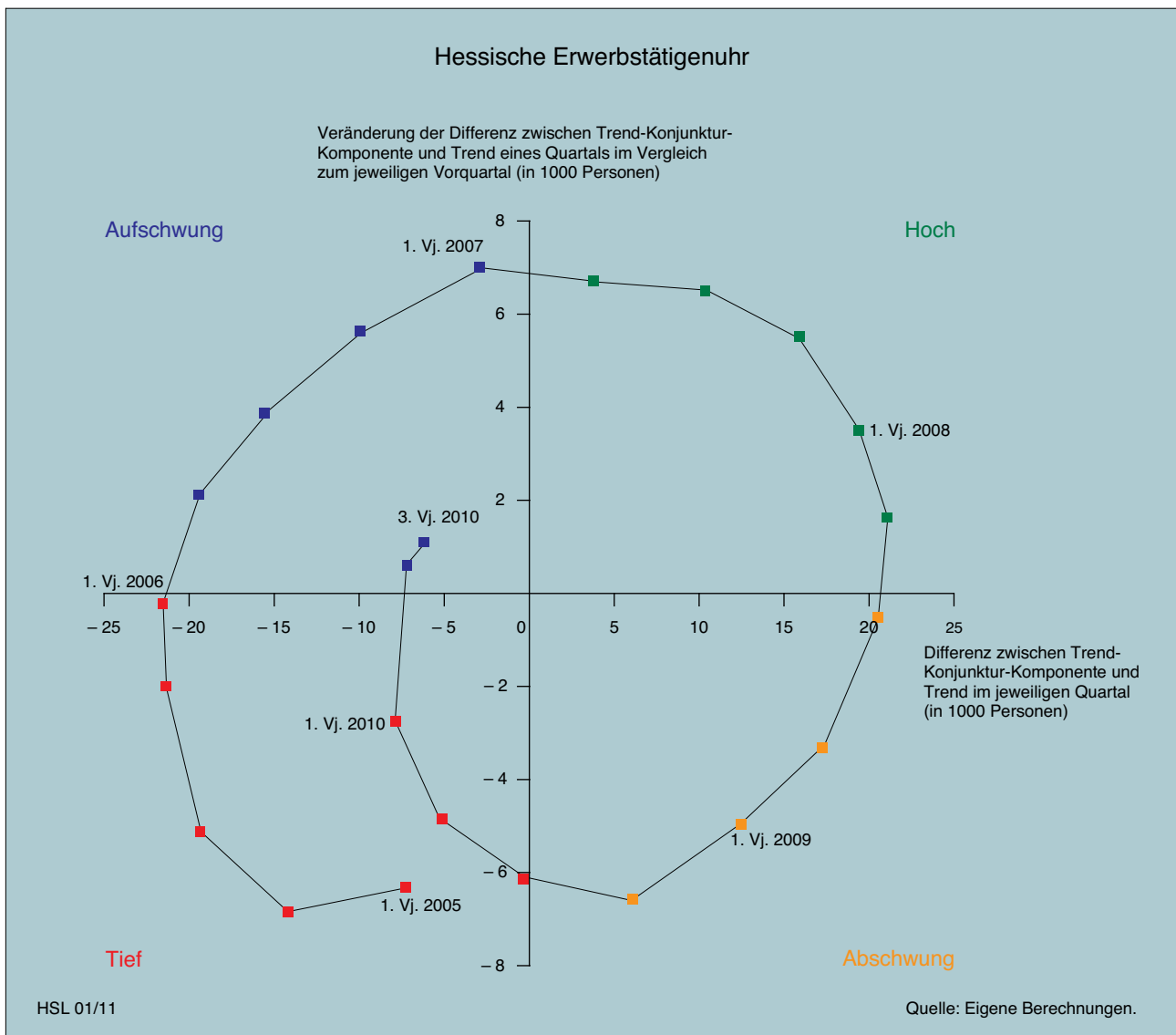
Zum Zwecke der Begründung und Durchführung des Vertragsverhältnisses im Allgemeinen erhebt, nutzt und verarbeitet das Hessische Statistische Landesamt folgende Daten des Benutzers (Bestandsdaten): Name, Vorname, evtl. Zugehörigkeit zu einem Unternehmen oder einer Institution, persönliche Anschrift bzw. Anschrift des Unternehmens oder der Institution, Telefon- Faxnummer, E-Mail-Adresse (soweit vorhanden) und Kundennummer.

Zum Zwecke der Durchführung des Vertragsverhältnisses im Einzelnen nutzt und verarbeitet das Hessische Statistische Landesamt folgende Daten des Benutzers (Abrechnungsdaten): Art, Anzahl und Kosten der bestellten Produkte, Kopien von Bestelldateien, mit denen eine Bestellung des Käufers durchgeführt worden ist.

Der Käufer stimmt dieser Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ausdrücklich zu. Auf Verlangen erhält der Käufer Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten.

§ 10 Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

Es gilt deutsches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Lieferungen und Leistungen ist Wiesbaden.



Einzelhändler weitgehend zufrieden

Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis November 2010 stiegen die Umsätze der hessischen Einzelhändler – verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2009 – um fast 3 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen verblieb real ein Plus von knapp 2 %. Sollte das Dezemberergebnis der Stimmung der Händler entsprechen, so könnte der hessische Einzelhandel das Jahr 2010 so gut abschließen wie schon lange nicht mehr. Die größte Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören, blieb allerdings nominal um 1,5 % und real um 2,5 % unter ihrem Vorjahresumsatz. Nur wenig schwächer fiel das Minus beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln aus. Besser ging es dem Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, wo die Umsätze nominal um gut 3 % und real sogar um gut 8 % zunahmen. Auch beim Facheinzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten sowie Wohn- und Einrichtungsbedarf war die Lage günstig: Dort stiegen die Umsätze nominal um 3,5 und real um annähernd 3 %. Der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren hatte nominal nur wenig mehr in seinen Kassen; real ging der Umsatz im Vergleichszeitraum sogar leicht zurück. Der Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu dem beispielsweise Bekleidungs- und Schuhgeschäfte, aber auch die Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien und Parfümerien gehören, übertraf nominal das Niveau des Vorjahres um gut 5 %; real bedeutete dies ein Plus von gut 4 %. Auch dem Versand- und Internethandel ging es in den ersten 11 Monaten des vergangenen Jahres nachhaltig besser: Die dort tätigen Unternehmen verzeichneten ein Umsatzplus von nominal 10,5 und real fast 10 %. Die günstigere Umsatzentwicklung wirkte sich auch bei der Beschäftigung aus. So stieg die Gesamtzahl der Beschäftigten im Einzelhandel um gut 1 %, wobei die Zahl der Vollbeschäftigten um 3 % zunahm. Dagegen ging die Zahl der Teilzeitbeschäftigten geringfügig zurück.

Beherbergungsgewerbe im Aufwind

Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis Oktober 2010 stiegen die Umsätze im hessischen Gastgewerbe, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2009, nominal um fast 4 %. Der nach Ausschaltung der Preisveränderungen ermittelte reale Umsatz übertraf das Vorjahresergebnis um knapp 1 %. Im Beherbergungsgewerbe nahmen die Umsätze im Vergleichszeitraum nominal sogar um annähernd 10 % zu; real war dies ein Plus von knapp 4 %. Im Gaststättengewerbe blieb der Umsatz dagegen nominal geringfügig unter dem

Vorjahresergebnis, was real einem Minus von gut 1 % entsprach. Die Kantinen und Catering-Unternehmen wiederum waren nominal mit 3,5 % und real gut 2 % im Plus. Durch eine geringe Abnahme der Zahl der Vollbeschäftigten bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,5 % stieg die Zahl der insgesamt Beschäftigten im Vergleichszeitraum etwas an.

Kostenschub bei hessischen Krankenhäusern

Die Kosten der hessischen Krankenhäuser stiegen im Jahr 2009 mit 6,7 % so kräftig wie seit 7 Jahren nicht mehr. Von den Gesamtkosten in Höhe von 5,3 Mrd. Euro entfielen auf die Personalkosten rund 3,1 Mrd. Euro oder 57 %; die übrigen Ausgaben verteilten sich auf Sach- und übrige Kosten. Stärkster Kostentreiber im Jahr 2009 waren die Personalkosten, die sich gegenüber dem Vorjahr um 173 Mill. Euro bzw. 6 % erhöhten. Die Kosten für den ärztlichen Dienst – auf ihn entfiel mit 28 % mehr als ein Viertel der Personalkosten – stiegen mit 9 % oder 70 Mill. Euro weitaus stärker als für das übrige Personal. So war bei den Ausgaben für das Pflegepersonal, mit einem Anteil von 34 % die gewichtigste Position bei den Personalkosten, gegenüber 2008 eine Ausgabensteigerung um lediglich 5,1 % (51 Mill. Euro) zu verzeichnen. Trotzdem war dies der mit Abstand kräftigste Ausgabenanstieg für diese Personalgruppe seit dem Jahr 2000. Die Personalkosten für den medizinisch-technischen Dienst wuchsen um knapp 6 % oder 23 Mill. Euro, die Ausgaben für Funktions-, Wirtschafts- und Versorgungsdienst sowie für Verwaltungspersonal zusammen erhöhten sich um 3,2 % oder rund 18,7 Mill. Euro. Die Sachkosten in den hessischen Kliniken stiegen um 152 Mill. Euro oder 7,6 % an. Ursächlich waren hier im Wesentlichen gestiegene Ausgaben für medizinischen Bedarf (7,5 %; 70 Mill. Euro). Die Ausgaben für Wirtschaftsbedarf und sonstige betriebliche Aufwendungen kletterten um 1,8 % auf 822 Mill. Euro. Pro Belegungstag entstanden den hessischen Krankenhäusern im Jahr 2009 Kosten in Höhe von 477 Euro (2008: 455 Euro); die Kosten je Fall beliefen sich auf durchschnittlich 3830 Euro (2008: 3700 Euro).

Sekterzeugung nimmt weiter zu

Nachdem die Sekterzeugung in Hessen bereits im Jahr 2009 um 11 % zugenommen hatte, zeichnet sich auch für 2010 ein deutliches Plus ab. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 92,6 Mill. l Sekt erzeugt, was einer Menge von 124 Mill. 0,75-Liter-Flaschen entspricht. Der Gesamtwert des Sekts nahm um 14 % auf 270 Mill. Euro zu. Je Flasche ergibt sich ein Verkaufswert – ab Sektkellerei und ohne Sektsteuer – von 2,19 Euro. Die Sektsteuer beträgt derzeit 1,02 Euro je Flasche und fließt in die Bundeskasse. Im ersten Halbjahr lag der hessische Anteil an der deutschen Sekterzeugung bei 48 %.

Arbeitsmarkt in Hessen überwindet Stagnationsphase – Erwerbstätigenuhr zeigt Aufschwung an

Der hessische Arbeitsmarkt erwies sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise als robust. Starke Rückgänge der Erwerbstätigenzahlen blieben aus. Stattdessen war eine Stagnation der Erwerbstätigenzahl zu verzeichnen, die vom dritten Quartal 2009 bis zum ersten Quartal 2010 andauerte. In diesem Zeitraum befand sich die hessische Erwerbstätigenuhr in der Tiefphase. Mit dem Frühjahrsaufschwung änderte sich die Position: Ab dem zweiten Quartal zeigt die hessische Erwerbstätigenuhr den Aufschwung an, der sich im dritten Quartal fortsetzt. Dieser wird insbesondere durch die beiden Bereiche „Öffentliche und private Dienstleister“ und „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ getragen. Aber auch die negative Erwerbstätigenentwicklung des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe und des Wirtschaftsbereichs „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ schwächt sich seit dem zweiten Quartal 2010 ab und trägt somit zu dieser Entwicklung bei.

Frühjahrsaufschwung: Hessische Erwerbstätigenuhr wechselt von der Tief- in die Aufschwungphase

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung¹⁾ zum Berechnungsstand August 2010 hatte sich die seit dem dritten Quartal 2009 beginnende Stagnationsphase auch im zweiten Vierteljahr 2010 fortgesetzt. Aufgrund des aktualisierten Quelldatenmaterials wurde die Veränderungsrate von 0,0 % im zweiten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal auf 0,3 % nach oben korrigiert. Damit nahm die Erwerbstätigkeit in Hessen im genannten Quartal um 10 800 Personen zu. Der Frühjahrsaufschwung fiel deutlich kräftiger aus als ursprünglich berechnet (+ 600 Erwerbstätige). Die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass sich diese Aufwärtsbewegung fortsetzt: Die Erwerbstätigkeit nahm im dritten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 18 000 Personen bzw. um 0,6 % zu. Damit waren in Hessen 3,14 Mill. Personen erwerbstätig. Dieses Niveau reicht fast an die Höchststände des vierten Quartals der Jahre 2008 und 2009 heran. Der Abbau der Kurzarbeit, wieder zunehmende Aktivitäten der Zeitarbeitsbranche, steigende Auftragseingänge in der Industrie sowie ein sich aufhellendes Konsumklima, das von moderaten Preissteigerungen begleitet wird, sind dafür ausschlaggebend. Erwerbstätigenzuwächse sind insbesondere in den Bereichen „Öffentliche und private Dienstleister“ und „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zu verzeichnen. Der Arbeitsplatzabbau im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe und im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“

ist seit dem zweiten Quartal 2010 rückläufig und trägt somit auch zur positiven Gesamtentwicklung bei.

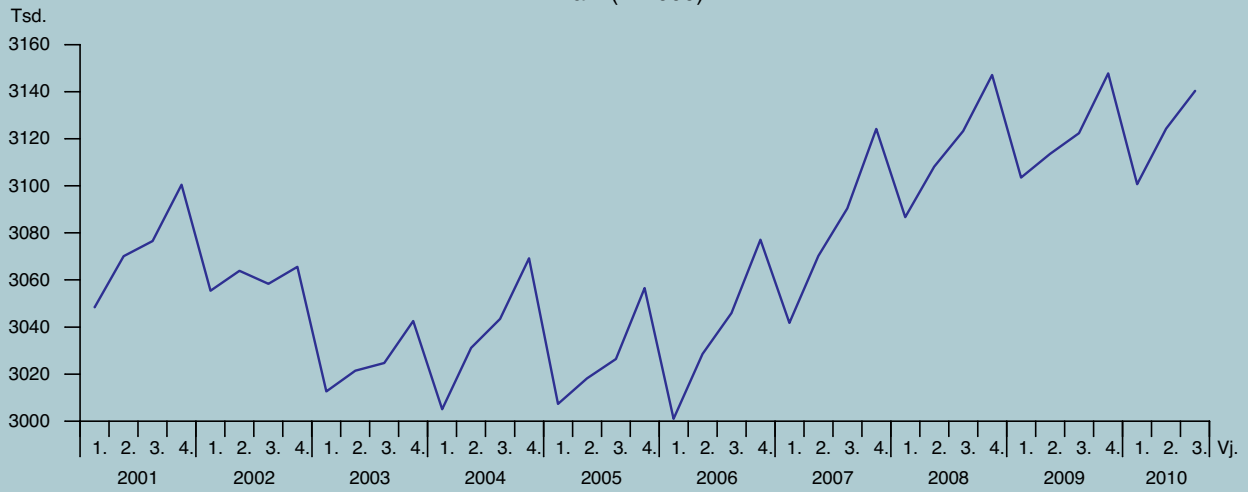
Auch institutionelle Faktoren spielen für die robuste Arbeitsmarktentwicklung eine Rolle: Dies waren zum einen – neben der seit Mitte der Neunzigerjahre zunehmenden Arbeitszeitflexibilisierung – die Lohnzurückhaltung der Tarifparteien sowie zum anderen die Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005. Nach neuen institutionellen Rahmenbedingungen oder makroökonomischen Schocks vollziehen sich Anpassungen des Kapitalstocks und in dessen Folge auch die Arbeitsnachfrage mit einer zeitlichen Verzögerung. Somit hatten die Reformen des Arbeitsmarktes oder der starke technologiegetriebene Aufschwung in den Jahren 1998 bis 2000 ihre Wirkung zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht in vollem Umfang entfaltet. Damit können angebotsseitige Faktoren die Stabilität des Arbeitsmarktes in der Krise erklären. Letztere war insbesondere nachfrageseitig, wie beispielsweise durch den starken Einbruch der Exporte, beeinflusst. Länger andauernde institutionelle und organisatorische Anpassungsprozesse des Arbeitsmarktes sowie der Gesamtwirtschaft beeinflussen über Konjunkturzyklen hinweg die Erwerbstätigenentwicklung. Diese Anpassungen setzen sich also im Hintergrund der Krise weiter fort und überlagern somit die konjunkturelle Situation²⁾.

Dies zeigt auch eine für Hessen durchgeführte Shift-Share-Analyse der Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität. In den Jahren 1992 bis 2001 dominierte der Strukturwandel, der dazu führte, dass in Hessen eine weitere Fokussierung auf hochproduktive Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs zulasten des Produzierenden Gewerbes stattfand. Dies betraf sowohl die Entwicklung der Erwerbstätigkeit als auch die der Wirtschaftsleistung. Ab dem Jahr 2002 spielte bis 2008 der Wachstumseffekt für die hessische Wirtschaft die be-

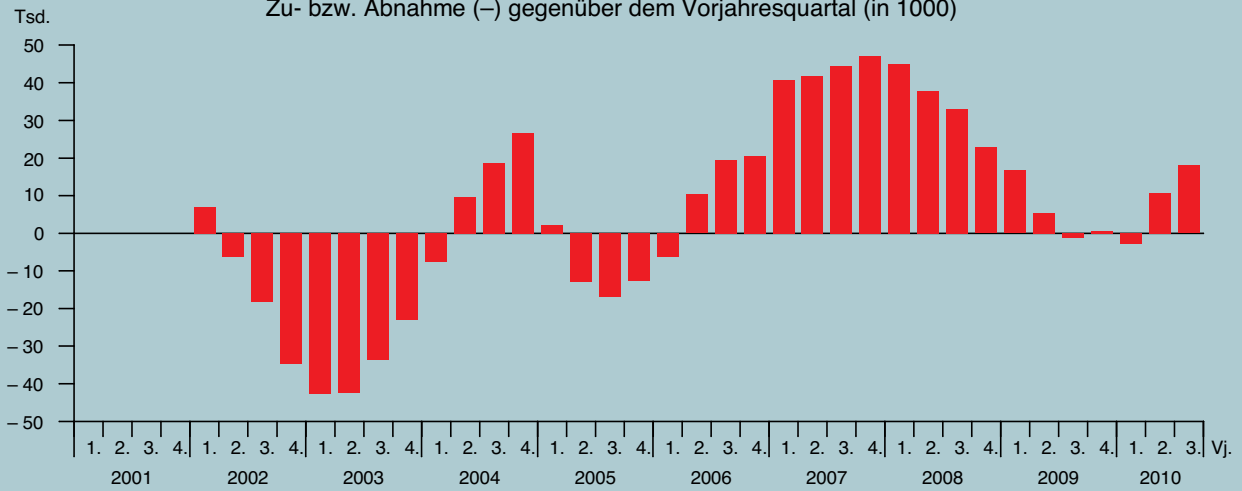
1) Eine Darstellung zur Methodik ist in folgendem Beitrag enthalten: Donhauser, Stefan, „Vierteljährliche Erwerbstätigenrechnung – Methodenbeschreibung, Ergebnisdarstellung, Möglichkeiten der Saisonbereinigung“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 9, September 2010, S. 267 ff.

2) Gartner, Hermann; Klinger, Sabine, „Verbesserte Institutionen für den Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise“, Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 90. Jahrgang, Heft 11, November 2010, S. 728–734.

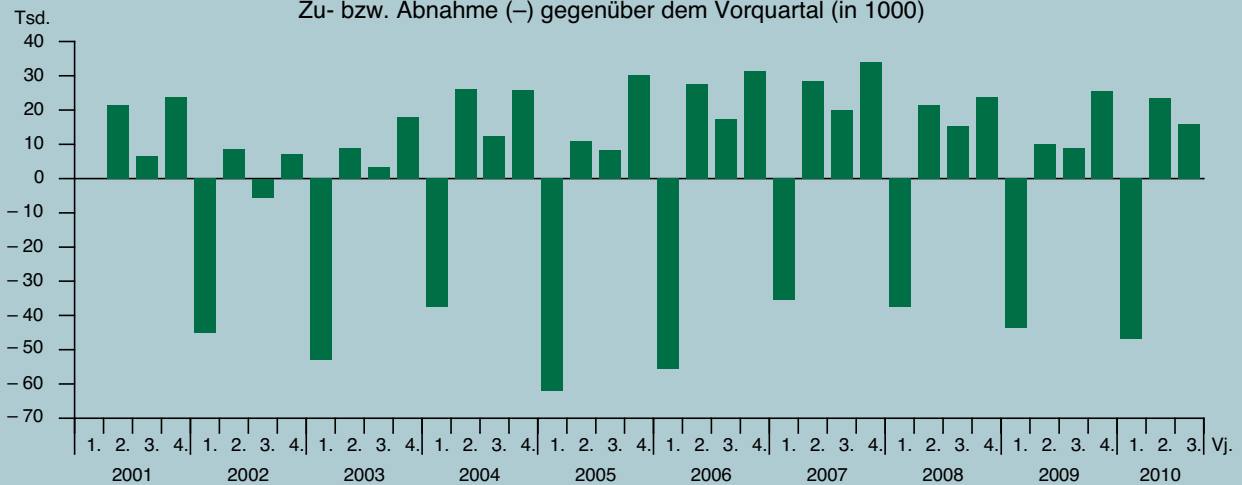
Erwerbstätige bzw. absolute Veränderungen gegenüber Vorjahres- und Vorquartal
in Hessen 2001 bis 2010
Anzahl (in 1000)



Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresquartal (in 1000)



Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorquartal (in 1000)



**Erwerbstätige (Originalreihe) und Elemente der hessischen Erwerbstätigenuhr
(in 1000)**

Quartal	Erwerbstätige (Originalreihe)	Trend-Konjunktur- Komponente (berechnet mit BV4.1)	Trend (berechnet mit dem modifizierten HP-Filter)	Differenz zwischen Trend-Konjunktur- Komponente und Trend (Darstellung auf der Abszisse)	Veränderung der Differenz eines Quartals im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal (Darstellung auf der Ordinate)
2005 1. Vj	3 007	3 033	3 040	- 7,3	- 6,3
2. Vj	3 018	3 028	3 042	- 14,2	- 6,9
3. Vj	3 026	3 025	3 044	- 19,4	- 5,2
4. Vj	3 057	3 025	3 047	- 21,4	- 2,0
2006 1. Vj	3 001	3 028	3 050	- 21,6	- 0,2
2. Vj	3 028	3 034	3 054	- 19,4	2,2
3. Vj	3 046	3 042	3 058	- 15,6	3,9
4. Vj	3 077	3 052	3 062	- 9,9	5,7
2007 1. Vj	3 042	3 064	3 067	- 2,8	7,1
2. Vj	3 070	3 076	3 072	3,9	6,7
3. Vj	3 090	3 088	3 077	10,5	6,6
4. Vj	3 124	3 099	3 083	16,0	5,6
2008 1. Vj	3 087	3 108	3 088	19,6	3,6
2. Vj	3 108	3 115	3 094	21,3	1,7
3. Vj	3 123	3 120	3 099	20,8	- 0,5
4. Vj	3 147	3 122	3 105	17,5	- 3,3
2009 1. Vj	3 103	3 123	3 110	12,6	- 4,9
2. Vj	3 113	3 121	3 115	6,0	- 6,6
3. Vj	3 122	3 121	3 121	- 0,2	- 6,2
4. Vj	3 148	3 121	3 126	- 5,0	- 4,9
2010 1. Vj	3 101	3 123	3 131	- 7,8	- 2,7
2. Vj	3 124	3 129	3 136	- 7,2	0,6
3. Vj	3 140	3 136	3 142	- 6,1	1,1

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, eigene Berechnungen. Berechnungsstand: November 2010.

deutendere Rolle. Die strukturellen Anpassungen führten insbesondere in den Jahren 2006 und 2007 zu einem starken Anstieg des Wirtschaftswachstums und der Erwerbstätigkeit³⁾. Die durch diese Strukturverschiebungen ausgelösten Wachstumseffekte sind offensichtlich bis zum aktuellen Rand wirksam.

Aufgrund der aktuellen Ergebnisse der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung kann eine Veränderung der Position der hessischen Erwerbstätigenuhr⁴⁾ festgestellt werden: Durch die Entwicklung, d. h. aufgrund des relativ starken Frühjahrsaufschwungs im zweiten Quartal 2010 wurde der Tief-Quadrant verlassen und der Aufschwung-Quadrant erreicht. Die Trend-Konjunktur-Komponente liegt jedoch immer noch unter dem langfristigen Trend. Der Abstand der beiden Komponenten

hat sich im Vergleich zum zweiten Quartal 2010 vergleichsweise wenig verringert. Weiterhin zeigt die hessische Erwerbstätigenuhr im dritten Quartal 2010 eine deutlich kleinere Bewegung als im Vorquartal an. Damit wird auch die Stärke des Frühjahrsaufschwungs deutlich, denn das zweite Quartal wuchs im Vorquartalsvergleich (+ 23 600 Erwerbstätige) stärker als das dritte Quartal (+ 16 000 Erwerbstätige). Ob das erreichte Niveau weiter ausgebaut und bald der langfristige Wachstumstrend erreicht wird, bleibt abzuwarten. Dies hängt neben der weiteren binnenwirtschaftlichen Stabilisierung von den Entwicklungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab (siehe auch Schaubild auf Seite 1).

3) Donhauser, Stefan, „Arbeitsproduktivität und Strukturwandel – Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Hessen von 1991 bis 2008“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 64. Jahrgang, Heft 10, Oktober 2009, S. 223 ff.

4) Donhauser, Stefan, „Hessische Erwerbstätigenuhr: Eine Möglichkeit der Darstellung der Erwerbstätigenentwicklung im Konjunkturverlauf“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 11, September 2010, S. 347 ff.

Konjunkturprognose Hessen 2011

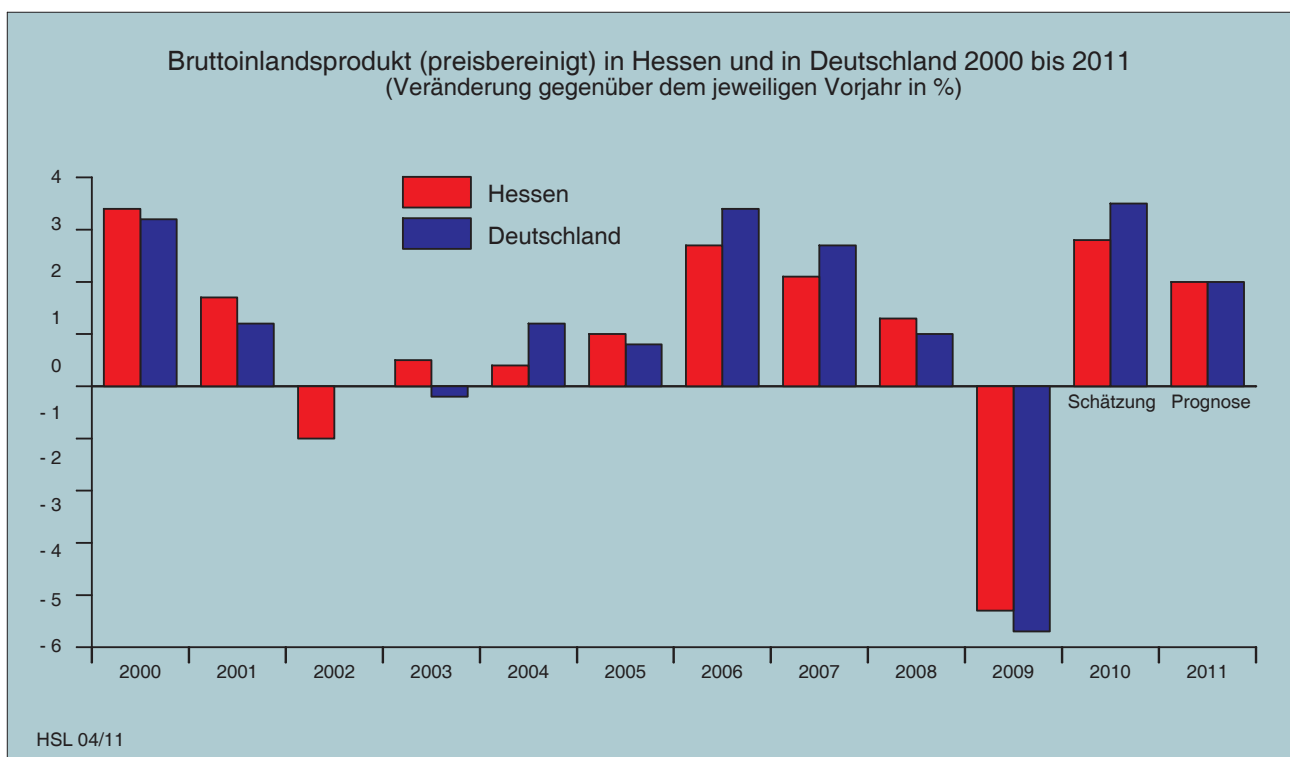
Aufschwung setzt sich fort; Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv

Im folgenden Beitrag werden die Hauptergebnisse der Studie „Konjunkturprognose Hessen 2011“ in kompakter Form dargestellt. Nach Einschätzung der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern auf Basis des Herbstgutachtens der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erstellten Konjunkturprognose wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Hessen im **Jahr 2010** voraussichtlich um 2,8 % – und damit weniger stark als in Deutschland (+ 3,5 %) – gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im folgenden Jahr werden dann neben der wieder besseren Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe v. a. die stark von der Finanzkrise betroffenen Unternehmen aus dem Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ an das Vorkrisenniveau anknüpfen können. Die Wirtschaftsleistung in Hessen dürfte somit **2011** mit einem Plus von 2,0 % (Deutschland: + 2,0 %) erneut wachsen. Ergänzt wurde die Studie durch eine Arbeitsmarktanalyse und -prognose der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit (RD Hessen) und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB Hessen). Die Veröffentlichung „Konjunkturprognose Hessen 2011“ kann als Druckversion zum Preis von 10,00 Euro, als PDF-Datei mit E-Mail-Versand zum Preis von 8,00 Euro vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden (E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de). Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter www.statistik-hessen.de.

Konjunkturelle Entwicklung in Hessen 2000 bis 2009

In den Jahren 2000 bis 2009 hatte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Saldo mit einer Zunahme von 5,2 % in etwa so stark wie in Deutschland (+ 5,8 %) entwickelt. Negativ verlief die Konjunktur in Hessen im Jahr 2002 (- 1,0 %) und insbesondere im Jahr 2009 (- 4,3 %). Höher als in Deutschland war das Wachstum in Hessen zuletzt im Jahr 2008, als ein Wachstumsplus von 0,3 Prozentpunkten erzielt werden konnte (Deutschland: + 1,0 %).

Oberhalb der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate in Hessen von 5,2 % – gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung – bewegten sich im Vergleichszeitraum die Bereiche „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ mit einem Plus von 13,5 % (Deutschland: + 15,6 %), „Handel und Gastgewerbe“ mit einem Plus von 12,5 % (Deutschland: + 4,5 %), „Öffentliche und Private Dienstleister“ mit einem Zuwachs von 10,5 % (Deutschland: + 9,7 %) und



„Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit einem Plus von 9,1 % (Deutschland: + 17,2 %).

Wachstumshemmende Impulse gingen dagegen vom hessischen Baugewerbe aus, dessen Wertschöpfung im Vergleichszeitraum um 11,7 % zurückging (Deutschland: - 18,9 %). Zu einer deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Dynamik Hessens zurückbleibenden Entwicklung kam es zudem im Verarbeitenden Gewerbe (Hessen: -12,6 %; Deutschland: - 4,7 %).

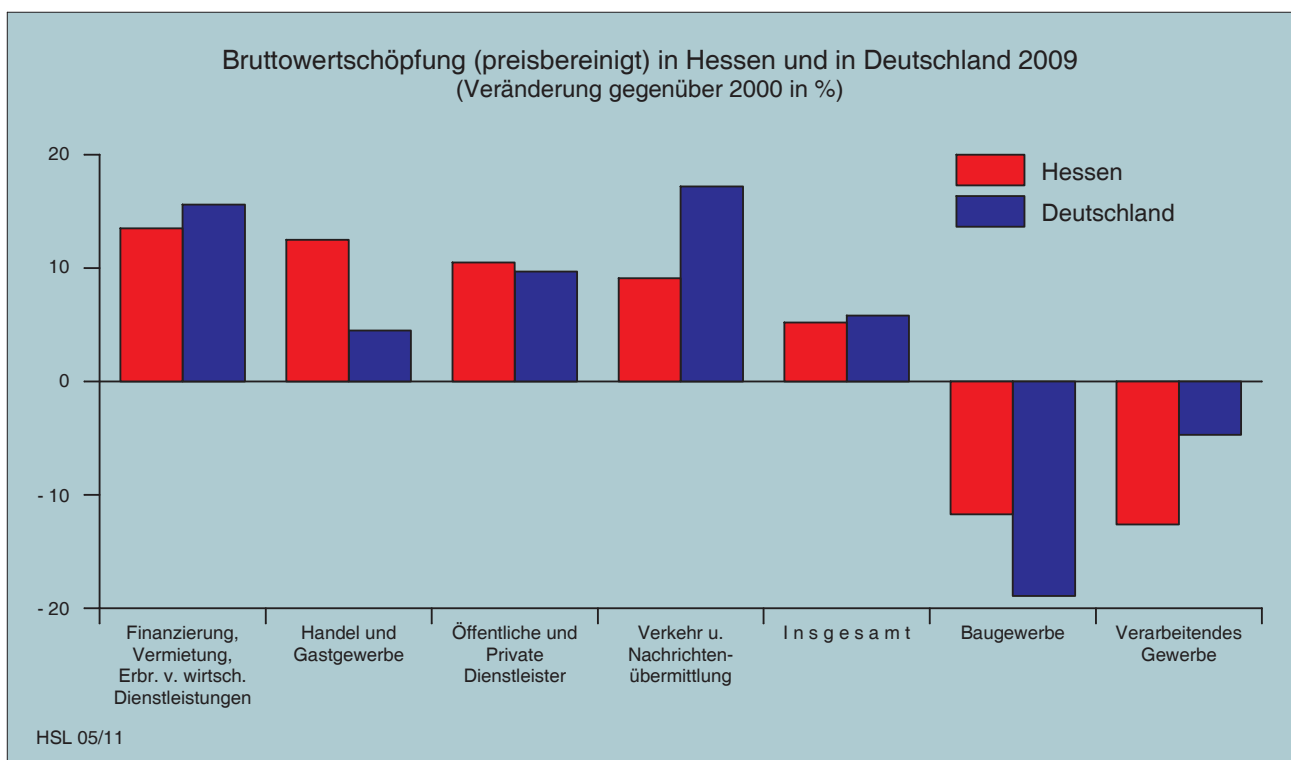
Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2010

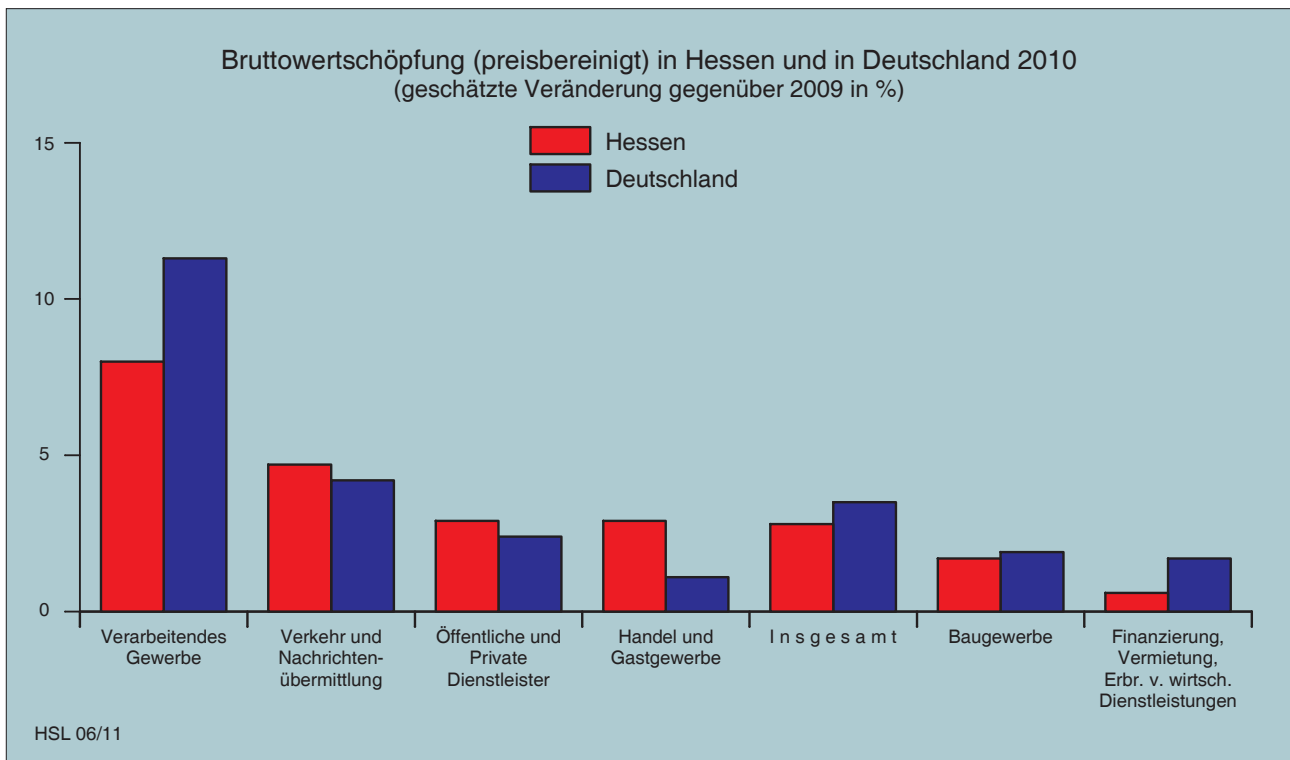
Nach den wachstumsstarken Jahren 2006 (+ 2,7 %) und 2007 (+ 2,1 %) wurde auch die Konjunktur in Hessen durch die globale Wirtschaftskrise erfasst. Analog zur Weltwirtschaft, die im Frühjahr 2009 in die tiefste Rezession seit der Großen Depression der Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts fiel, rutschte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Hessen im Jahr 2009 um - 4,3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ins Minus. Damit fiel der Einbruch ähnlich stark aus wie in Deutschland (- 4,7 %), jedoch verhaltener als z. B. im stark exportorientierten Bundesland Baden-Württemberg (- 7,4 %). Nachdem sich die Konjunktur im Winterhalbjahr 2009/10 wegen der anhaltenden Unsicherheit an den Finanzmärkten und eines besonders kalten und schneereichen Winters nur leicht positiv entwickelte, hat die Wirtschaft in Hessen im zweiten Quartal 2010 wieder an Fahrt gewonnen. Seit diesem Zeitpunkt setzte eine spürbare Erholung ein, wobei sich insbesondere in der Industrie die Auftragseingänge vergleichsweise schnell erholten. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs nach vorläu-

figen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,7 %. Damit blieb die Belegung in Hessen leicht hinter dem gesamtdeutschen Wachstum von 3,2 % zurück.

Dank der besonders starken Erholung in der hessischen Industrie bei gleichzeitigem Anziehen einiger Dienstleistungsbereiche wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Hessen im Jahr 2010 sprunghaft steigen. Insbesondere durch die Belegung der privaten Nachfrage wird die zuvor schwache Entwicklung im Bereich der konsumnahen Wirtschaftsbereiche, wie z. B. im Gastgewerbe und im Einzelhandel, zunehmend überwunden. Vor allem der Export, der im Gefolge des Aufschwungs der Weltwirtschaft dynamisch zulegen konnte, trägt mit zur Expansion der hessischen Industrieproduktion und Wertschöpfung bei. Das hessische Verarbeitende Gewerbe wird dadurch voraussichtlich mit einer Rate von 8,0 % (+ 2,4 Mrd. Euro) überproportional stark wachsen, wobei es das Industriewachstum in Deutschland (+ 11,3 %) nicht erreichen wird. Gestützt wird die Industriekonjunktur neben den unverändert positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einer stabilen Investitionsnachfrage.

Stark steigen wird die Wirtschaftsleistung neben dem Produzierenden Gewerbe auch im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (+ 4,7 %) sowie bei den „Öffentlichen und privaten Dienstleistern“ (+ 2,9 %). Deutlich verbessert zeigt sich zudem das Wachstum im Handel und Gastgewerbe (+ 2,9 %). Auch im über lange Jahre hinweg krisengeschüttelten Baugewerbe





setzt sich das Wachstum des Vorjahres fort. So wird der Bereich im Jahr 2010 in Hessen um geschätzte 1,7 % (+ 1,9 Mrd. Euro) wachsen. Aufgrund einer expansiven Investitionsneigung des Staates und der guten konjunkturellen Entwicklung einiger privater Dienstleistungszweige wird die Wirtschaftsleistung der Öffentlichen und Privaten Dienstleister mit einem Plus von 2,9 % (+ 1,1 Mrd. Euro) etwas stärker zulegen als in den letzten Jahren. Aufgrund der negativen Entwicklung im Kreditgewerbe dürfte sich dagegen der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ nur schwach entwickeln (+ 0,6 %).

Im Vergleich zu Deutschland dürfte der Bereich „Handel und Gastgewerbe“ im Jahr 2010 einen Wachstumsvorsprung von 1,8 Prozentpunkten gegenüber dem Bund erzielen. Auch in den Bereichen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Öffentliche und Private Dienstleister“ dürften mit jeweils 0,5 Prozentpunkten Vorsprünge erzielt werden. Schwächer als in Deutschland wird sich dagegen vor allem das Verarbeitende Gewerbe entwickeln, dessen Wachstum um geschätzte 3,3 Prozentpunkte niedriger ausfallen wird als in Deutschland. Auch der Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ (- 1,1 Prozentpunkte) wird voraussichtlich nicht mit der Entwicklung im Bund Schritt halten. Leicht unter dem Niveau Deutschlands dürfte die Entwicklung im Baugewerbe verlaufen, dessen Wirtschaftsleistung in Hessen voraussichtlich um 0,2 Prozentpunkte hinter dem Wachstum in Deutschland zurückbleiben wird.

Die konjunkturelle Erholung wird in Hessen durch eine überaus positive Grundstimmung bei den Unternehmen flankiert. Laut **Herbstumfrage der hessischen Industrie- und Handelskammern** hat sich das Klima in der hessischen Wirtschaft wieder fast auf das hohe Vorkrisenniveau verbessert. Im dritten Quartal 2010 kletterte der Geschäftsklimaindex auf 122 Punkte und übertraf das Vorjahresquartal damit um 28 Zähler. Auch gegenüber dem Frühsommer konnten binnen eines Quartals fast 11 Punkte gut gemacht werden. Mit Blick auf die **derzeitige Geschäftslage** stieg der Anteil der Unternehmen, die ihre momentane Lage positiv beurteilten, gegenüber dem Vorjahresquartal um 17 Prozentpunkte auf 37 %. Der Anteil der Unternehmen mit schlechter Stimmung sank im gleichen Zeitraum von 29 auf 12 %. Etwa die Hälfte der Firmen beurteilte ihre derzeitige Geschäftslage als befriedigend. Wieder spürbar besser als im Vorjahresquartal fielen zudem die Zukunftserwartungen aus. Im dritten Quartal 2010 gingen 55 % aller befragten Unternehmen von einer vergleichbaren **zukünftigen Geschäftslage** aus. Der Anteil der Unternehmen mit positiven Erwartungen stieg um 9 Prozentpunkte auf 32 %, während 13 % ihre zukünftige Geschäftslage ungünstiger einschätzten, nach 26 % im Vorjahresquartal. Anlass zum Optimismus geben zudem die von den hessischen Unternehmen geplanten Investitionen. So stiegen die für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung notwendigen **Investitionsabsichten** im dritten Quartal 2010 deutlich an. Gegenüber dem dritten Quartal 2009 (17 %) gaben in der Herbstbefragung 2010 26 % der Unternehmen an, ihre Investitionen auf-

stocken zu wollen. Nur 16 % (drittes Quartal 2009: 31 %) der Firmen werden dagegen voraussichtlich ihre Investitionen zurücknehmen.

Auch die Stimmung der über 60 000 Betriebe im **hessischen Handwerk** hat sich gegenüber dem Vorjahr spürbar verbessert. Im dritten Quartal 2010 kletterte der Geschäftsklimaindex (max. 100 Punkte) auf 81 Punkte gegenüber 72 im Vorjahresquartal. Laut Befragung der Arbeitsgemeinschaft hessischer Handwerkskammern stieg auch der Anteil der Betriebe, die ihre **aktuelle Geschäftslage** deutlich besser als im Vergleichszeitraum 2009 beurteilten, deutlich an. Der Anteil der Betriebe, die ihre Geschäftslage schlecht bewerteten, fiel dagegen von 28 auf 19 %. Ähnlich positiv fielen die **Erwartungen** des hessischen Handwerks für das kommende Winterquartal aus. 82 % rechneten für das kommende Jahr 2011 mit einer guten bzw. mindestens befriedigenden Geschäftslage (2009: 71 %). Der Anteil von Unternehmen mit einer schlechten Geschäftserwartung fiel von 29 auf 18 %.

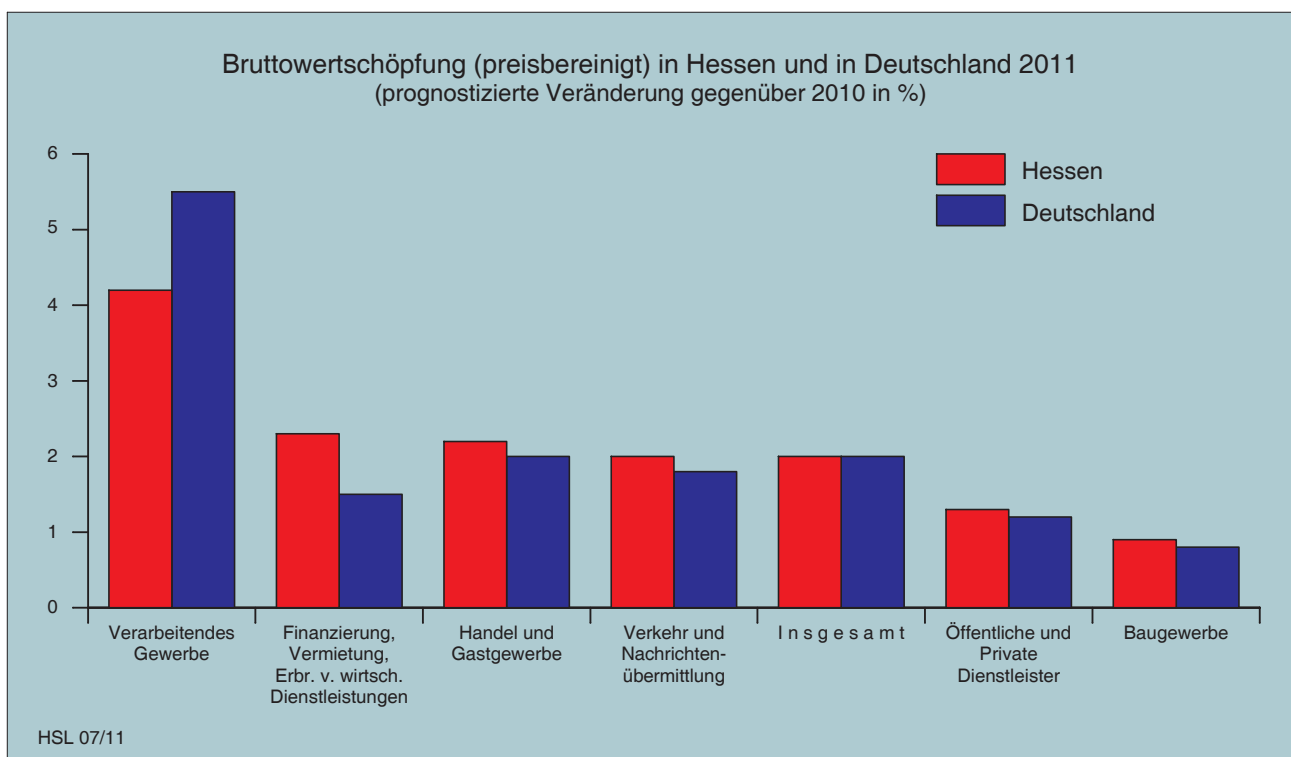
Alles in allem gewinnt die Konjunktur in Hessen im Jahr 2010 wieder deutlich an Fahrt. Mit Blick auf die bisherige Entwicklung ist für das **Jahr 2010** voraussichtlich mit einer Wachstumsrate des preisbereinigten **Bruttoinlandsprodukts** in Hessen von **2,8 %** zu rechnen (Deutschland: + 3,5 %).

Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2011

Nachdem die privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2009 einen Rückgang der real verfügbaren Einkommen hinnehmen mussten, hat sich ihre finanzielle Situation im ersten Halbjahr 2010 aufgrund des steigenden Arbeits-

volumens und steuerlicher Entlastungen verbessert. Im weiteren Verlauf dürfte der reale private Konsum bis ins Jahr 2011 weiter zulegen. Auch die Investitionstätigkeit, die sich nach der schweren Rezession im Jahr 2010 deutlich erholte, wird im Jahr 2011 voraussichtlich hoch bleiben, wenn auch die Weltkonjunktur an Fahrt verliert und sich daher die Absatzaussichten etwas eintrüben. Alles in allem dürften die preisbereinigten Ausstattungsinvestitionen in Deutschland im Jahr 2011 um 5,8 % zunehmen. Die hessische Wirtschaft befindet sich somit weiter in einer Phase der Erholung. Mit Steigerungen um 2,0 % im Dienstleistungsbereich (Deutschland: + 1,5 %) und um 3,4 % (Deutschland: + 4,3 %) im Produzierenden Gewerbe wird die konjunkturelle Entwicklung durch beide Sektoren getragen, wobei die sich abkühlende Erholung im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen strukturbedingt ausgeprägter verlaufen sollte als in Deutschland. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in Hessen im **Jahr 2011** deshalb mit **2,0 %** ebenso stark zulegen wie in Deutschland (+ 2,0 %).

Mit einem Wachstum von 4,2 % (+ 1,4 Mrd. Euro) gegenüber dem Vorjahr wird die Industrie in Hessen voraussichtlich an der Spitze dieser Entwicklung bleiben, gefolgt von den Bereichen „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ mit 2,3 % (+ 1,7 Mrd. Euro) und „Handel und Gastgewerbe“ mit 2,2 % (+ 464 Mill. Euro). Ein durchschnittliches Wachstum wird für den Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ prognostiziert, der um 2,0 % (+ 283 Mill. Euro) wachsen dürfte. Unterdurchschnittlich werden mit einem Wertschöpfungsplus von 1,3 % (+ 512 Mill. Euro) voraus-



sichtlich der Bereich „Öffentliche und Private Dienstleister“ und mit 0,9 % (+ 72 Mill. Euro) das Baugewerbe zulegen.

In Hessen dürfte sich im Jahr 2011 demnach vor allem der Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ vorteilhafter als in Deutschland entwickeln. Voraussichtlich wird der Bereich einen Wachstumsvorsprung von 0,8 Prozentpunkten gegenüber dem Bundesgebiet erreichen. Demgegenüber dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen um 1,3 Prozentpunkte hinter der Entwicklung in Deutschland bleiben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gehen die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und das IAB Hessen für das nächste Jahr von deutlichen Zuwächsen bei der Beschäftigung aus. Die Arbeitslosigkeit wird nach den Prognosen sinken, selbst dann, wenn die Wirtschaft 2011 nur schwache Zuwachsraten aufzeigen sollte. Bei einem Wachstum des BIP von 1,75 % erwarten die Wissenschaftler des IAB im Jahresdurchschnitt etwa 175 000 Arbeitslose in Hessen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte auf rund 2,21 Mill. steigen (Rückgang der Arbeitslosigkeit: 10,2 %; Anstieg der Beschäftigung: 0,6 %).

Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Die jährlich herausgegebene Veröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Außerdem enthält die Publikation die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Die Publikation kann im Internet unter www.statistik-portal heruntergeladen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_115

Antrittsbesuch des Chefs der Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, im Hessischen Statistischen Landesamt



Präsident Eckart Hohmann (rechts) begrüßt Herrn Staatsminister Axel Wintermeyer (links).

Am 24. November 2010 kam der neue Chef der Staatskanzlei, Herr Staatsminister Axel Wintermeyer, zu seinem Antrittsbesuch in das Hessische Statistische Landesamt (HSL). Nach einem kurzen Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Präsidenten des HSL, Herrn Eckart Hohmann, und dem Staatsminister gab es ein Treffen mit Führungskräften des HSL. In dieser Gesprächsrunde stellte der Staatsminister zunächst seinen persönlichen Werdegang und seinen Tätigkeitsbereich vor. Er betonte die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und dem Hause sowie die professionelle Arbeit des HSL, das mit seinen Datenbeständen und -analysen die Politik bei der Entscheidungsfindung, aber auch bei der Evaluation von Entscheidungen tatkräftig unterstützt. Auch die Zertifizierung des HSL für das audit berufundfamilie sowie die entsprechenden weiteren Anstrengungen des HSL bezeichnete er als wichtig. Anschließend hatten die Führungskräfte Gelegenheit, das Aufgabenspektrum und



Im Gespräch mit den Führungskräften des HSL.



Personalrat und Interessenvertretungen mit Präsident Eckart Hohmann, Staatsminister Axel Wintermeyer und dessen Mitarbeiter/-in.

die fachlichen Schwerpunkte der verschiedenen Abteilungen des HSL kurz zu skizzieren. Im Fokus standen ferner verschiedene Projekte und Sonderaufgaben, die das HSL, teilweise auch federführend auf Bundesebene, derzeit betreut. Zu nennen sind hier die Beteiligung des HSL an diversen Projekten der New Public Administration sowie des E-Government, Mitarbeit am Hessischen Integrationsmonitor 2010, am 1. Hessischen Landessozialbericht, am Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“ und am Energiebericht der Landesregierung, Federführung beim Projekt „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“, Erstellung der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung, Leistungsspektrum des Forschungsdatenzentrums sowie die Arbeit der Task Force „Ziele und Indikatoren“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen. Darunter befinden sich verstärkt auch drittmitelfinanzierte Projekte.

Das HSL hat im Jahr 2011 eine große Herausforderung zu bewältigen: das Großprojekt „Zensus 2011“. Herr Staatsminister Wintermeyer informierte sich über den aktuellen Stand der Vorbereitungen und sagte seine volle Unterstützung für die bevorstehenden Aufgaben zu.

Im Anschluss fand ein Treffen des Staatsministers Wintermeyer mit dem Vorstand des Personalrats und der Jugend- und Auszubildendenvertreterin sowie der Frauenbeauftragten und der Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen statt.

Siegfried Bayer

Tel.: 0611 3802-804

E-Mail: sbayer@statistik-hessen.de

Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises 2010 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt hat in diesem Jahr zum zwölften Mal eine herausragende wissenschaftliche Arbeit mit dem Gerhard-Fürst-Preis prämiert. Zwei weitere Arbeiten wurden mit einem Förderpreis für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet.

In der Kategorie Dissertationen wurde die Arbeit von Herrn Dr. Jörg Drechsler zum Thema „Generating Multiply Imputed Synthetic Datasets: Theory and Implementation“ als herausragende Leistung bewertet und mit dem mit 5000 Euro dotierten Gerhard-Fürst-Preis 2010 ausgezeichnet. Entstanden ist diese Dissertation bei Frau Professor Dr. Susanne Rässler an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Mit einem – jeweils mit 1000 Euro – dotierten Förderpreis des Statistischen Bundesamtes prämiert wurden in der Kategorie Diplom-/Magisterarbeiten die an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz geschriebene Magisterarbeit von Frau Ulrike Rudolphi mit dem Titel „Determinanten betrieblicher Weiterbildungsaktivitäten im Branchenkontext. Mehrebenenanalysen auf Basis der CVTS3-Daten“ sowie die Diplomarbeit von Herrn Daniel Kemptner zum Thema „Non-monetary returns to education – estimating the causal effect of education on health and health-related behavior“, die an der Universität Mannheim entstanden ist.

Das 19. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Wohlfahrtsmessung – Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“, welches gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltet wurde, bildete den äußeren Rahmen für die zwölfte Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises.

Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachterkreises vor. Mit der Auslobung des Gerhard-Fürst-Preises möchte das Statistische Bundesamt die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der Hochschulausbildung fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiter intensivieren.

Mit dem Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes werden Arbeiten in den Kategorien Dissertationen und Diplom- beziehungsweise Magisterarbeiten ausgezeichnet, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2011 können ausschließlich von den betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 01.01.2009 und dem 31.03.2011 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis finden Sie unter der Rubrik „Wissenschaftsforum“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de. Dort finden Sie die **Teilnahmebedingungen für den Gerhard-Fürst-Preis 2011**, dessen Einreichungsfrist am 31. März 2011 endet, sowie u. a. die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten. Die von Herrn Professor Dr. Ullrich Heilemann (Universität Leipzig), dem neuen Vorsitzenden des unabhängigen Gutachtergremiums, anlässlich der Preisverleihung am 11. November 2010 vorgetragenen Laudationes wurden in Heft 12/2010 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ abgedruckt. Die Preisträger werden über ihre Arbeiten in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Anfang des Jahres 2011 ausführlich berichten.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte direkt an das Statistische Bundesamt, Herrn Holger Birkigt (Tel.: 0611/75-2556; E-Mail: institut@destatis.de).

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁹⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁷⁾ 2005 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ¹¹⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹²⁾											
2007 D	107,6	103,3	111,5	355 609	108,4	23 277	97,7	103,6	236 162	8,6	32 412	4 000
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2009 September	101,5	96,9	105,5	344 955	166,7	23 374	95,2	106,4	205 855	7,5	24 628	72 261
3. Vj. D	106,8	118,1	96,5	344 842	134,4	23 258	93,7	106,6
Oktober	102,0	93,5	109,7	343 641	119,6	23 802	102,5	106,4	198 385	7,2	24 676	73 945
November	93,9	91,7	95,9	342 351	79,9	23 537	98,4	106,3	195 081	7,1	23 733	63 738
Dezember	86,0	80,3	91,2	340 917	135,3	23 246	117,8	107,2	197 599	7,2	23 623	57 274
4. Vj. D	94,0	88,5	98,9	342 303	111,6	23 528	106,2	106,6
2010 Januar	102,7	91,2	113,1	337 352	79,2	22 873	86,4	106,6	215 652	7,8	22 810	66 420
Februar	98,2	91,6	104,1	336 084	83,2	22 689	85,3	107,0	217 103	7,9	24 451	66 392
März	124,8	120,3	128,8	337 070	103,6	22 997	104,3	107,4	213 659	7,7	25 356	56 780
1. Vj. D	108,6	101,0	115,3	336 835	88,7	22 853	92,0	107,0
April	103,2	93,5	112,0	337 170	78,4	23 133	98,1	107,3	208 241	7,5	27 144	38 398
Mai	97,1	89,5	103,8	337 036	107,3	23 278	96,7	107,3	200 136	7,2	29 510	31 247
Juni	109,6	101,8	116,6	338 022	125,3	23 162	97,5	107,3	196 143	7,1	31 923	24 879
2. Vj. D	103,3	95,0	110,8	337 409	103,7	23 191	97,4	107,3
Juli	102,8	96,2	108,8	339 945	100,7	23 003	98,8	107,6	200 301	7,2	34 399	...
August	97,7	91,3	103,5	341 714	100,7	23 269	94,2	107,7	196 460	7,1	35 012	...
September	105,5	100,7	109,7	343 529	105,5	23 277	99,0	107,6	187 559	6,8	35 331	...
3. Vj. D	102,0	96,1	107,3	341 729	102,3	23 183	97,3	107,6
Oktober	103,2	94,3	111,3	343 588	84,9	24 546	103,3	107,5	183 601	6,6	35 643	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2007 D	6,0	3,0	8,7	1,6	6,4	0,7	-2,8	2,2	-16,9	.	18,2	-0,7
2008 D	-3,3	-2,5	-4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	-13,4	.	1,0	80,0
2009 D	-10,8	-9,1	-12,2	-3,9	-0,7	-2,8	-3,3	0,1	3,3	.	-25,2	898,4
2009 September	-6,2	-13,5	0,8	-5,3	24,9	-1,4	-4,4	-0,8	5,9	.	-29,0	2 001,2
3. Vj. D	2,9	14,7	-7,6	-5,2	16,5	-2,0	-4,0	-0,7
Oktober	5,0	0,1	9,3	-5,4	8,7	-0,6	-0,5	-0,1	3,4	.	-27,5	1 046,4
November	-4,1	11,6	-14,4	-5,3	7,2	-0,7	-4,9	0,3	2,4	.	-23,8	450,2
Dezember	9,3	9,7	9,0	-4,9	10,6	0,0	-0,3	0,8	1,3	.	-10,9	140,0
4. Vj. D	3,1	6,8	0,2	-5,2	9,1	-0,4	-1,8	0,3
2010 Januar	22,6	16,5	27,4	-4,9	6,5	0,4	-3,4	0,5	0,4	.	-2,8	68,9
Februar	16,6	18,2	15,3	-4,6	12,4	1,6	1,4	0,3	-0,8	.	-0,7	12,0
März	38,1	50,8	28,8	-3,8	-22,8	1,7	8,0	0,8	-2,9	.	-0,5	-29,1
1. Vj. D	26,1	28,7	24,0	-4,4	-5,9	1,2	2,2	0,6
April	25,9	30,2	22,8	-3,2	-29,8	0,7	-1,6	0,8	-6,7	.	10,8	-57,7
Mai	17,6	24,6	12,6	-2,9	10,8	1,9	2,3	0,8	-7,3	.	20,3	-65,2
Juni	22,5	24,3	21,1	-2,4	-0,8	1,2	6,4	0,5	-7,0	.	28,6	...
2. Vj. D	22,0	26,3	18,9	-2,8	-7,1	1,3	2,2	0,8
Juli	-23,5	-45,2	12,5	-1,5	-6,7	0,1	2,3	0,9	-5,0	.	37,2	...
August	15,5	11,6	18,7	-0,8	-21,7	-0,7	5,3	0,7	-9,4	.	41,2	...
September	3,9	3,9	4,0	-0,4	-36,7	-0,4	4,0	1,1	-8,9	.	43,5	...
3. Vj. D	-4,5	-18,6	11,2	-0,9	-23,9	-0,3	3,8	0,9
Oktober	1,2	0,9	1,5	-0,0	-29,0	3,1	0,8	1,0	-7,5	.	44,4	-72,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2009 September	20,0	18,5	21,0	0,1	29,6	-0,2	6,4	-0,5	-5,0	.	-0,7	6,9
3. Vj. D	26,1	57,0	3,5	-0,7	20,4	1,6	-1,7	0,1
Oktober	0,5	-3,5	4,0	-0,4	-28,3	1,8	7,7	0,0	-3,6	.	0,2	2,3
November	-7,9	-1,9	-12,6	-0,4	-33,2	-1,1	-4,0	-0,1	-1,7	.	-3,8	-13,8
Dezember	-8,4	-12,4	-4,9	-0,4	69,4	-1,2	19,7	0,8	1,3	.	-0,5	-10,1
4. Vj. D	-12,0	-25,1	2,5	-0,7	-17,0	1,2	3,6	0,0
2010 Januar	19,4	13,6	24,0	-1,0	-41,4	-1,6	-26,7	-0,6	9,1	.	-3,4	16,0
Februar	-4,4	0,4	-8,0	-0,4	5,0	-0,8	-1,3	0,4	0,7	.	7,2	0,0
März	27,1	31,3	23,7	0,3	24,6	1,4	22,3	0,4	-1,6	.	2,8	-14,5
1. Vj. D	15,5	14,1	16,6	-1,6	-20,5	-2,9	-13,4	0,4
April	-17,3	-22,3	-13,0	0,0	-24,4	0,6	-5,9	-0,1	-2,5	.	7,1	-32,4
Mai	-5,9	-4,3	-7,3	-0,0	36,9	0,6	-1,4	0,0	-3,9	.	8,7	...
Juni	12,9	13,7	12,3	0,3	16,8	-0,5	0,8	0,0	-2,0	.	8,2	...
2. Vj. D	-4,9	-5,9	-3,9	0,2	16,9	1,5	5,9	0,3
Juli	-6,2	-5,5	-6,7	0,6	-19,7	-0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	...
August	-5,0	-5,1	-4,9	0,5	0,0	1,2	-4,7	0,1	-1,9	.	1,8	...
September	8,0	10,3	6,0	0,5	4,8	0,0	5,1	-0,1	-4,5	.	0,9	...
3. Vj. D	-1,3	1,2	-3,2	1,3	-1,3	-0,0	-0,1	0,3
Oktober	-2,2	-6,4	1,5	0,0	-19,6	5,5	4,3	-0,1	-2,1	.	0,9	-20,4

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 060,3	6 059,9	6 059,6	6 060,7	6 061,8	6 063,0	6 063,9
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	1 787	2 751	2 840	1 301	1 645	2 946	3 074
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	3,6	5,3	5,7	2,5	3,3	5,7	6,2
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 040	3 555	4 369	4 286	4 086	4 056	4 515
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	8,1	6,9	8,8	8,3	8,2	7,9	9,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	5 130	4 549	4 916	5 528	4 701	5 047	4 598
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	10,3	8,8	9,9	10,7	9,4	9,8	9,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	11	13	16	16	14	15	12
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	2,7	3,7	3,7	3,7	3,4	3,7	2,7
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 1 090	- 994	- 547	- 1 242	- 615	- 991	- 83
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 2,2	- 1,9	- 1,1	- 2,4	- 1,2	- 1,9	- 0,2
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	12 412	10 888	12 357	13 750	12 752	12 026	13 185
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	5 340	4 853	5 592	6 426	5 817	5 802	6 724
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	11 950	10 408	12 247	12 054	11 076	9 879	12 379
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 061	4 524	5 343	4 951	4 177	3 943	5 674
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	462	480	110	1 696	1 676	2 147	806
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	16 822	15 258	16 705	17 922	16 210	15 110	16 236

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	204 417	211 156	205 855	198 385	195 081	196 460	187 559	183 601	182 132
und zwar										
Frauen	"	100 392	97 340	95 816	92 606	90 798	95 309	90 987	89 312	88 015
Männer	"	104 023	113 816	110 039	105 779	104 283	101 151	96 572	94 289	94 117
Ausländer	"	51 205	50 819	49 546	48 220	47 629	47 500	46 106	45 510	45 511
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	21 357	23 371	24 424	20 810	19 527	21 942	19 617	17 136	16 140
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,6	6,8	6,6	6,4	6,3	6,3	6,1	5,9	5,9
und zwar der										
Frauen	"	7,0	6,7	6,6	6,4	6,3	6,6	6,3	6,1	6,1
Männer	"	6,3	6,9	6,7	6,4	6,3	6,1	5,9	5,7	5,7
Ausländer	"	14,7	14,8	14,4	14,0	13,9	13,9	13,5	13,3	13,3
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	6,4	7,0	7,3	6,2	5,8	6,7	4,3	3,7	4,9
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 201	71 893	72 261	73 945	63 738
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁵⁾	"	32 746	24 493	24 628	24 676	23 733	35 012	35 331	35 643	35 059

Erwerbstätigkeit ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾⁸⁾	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	976,9	991,5	989,6	986,9	986,6
Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	214,1	217,5	212,4	214,8	219,3
Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	417,2	428,1	429,7	431,9	440,1
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	344,6	353,2	354,2	355,9	360,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁹⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,7
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6
Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,8	563,9	553,0	549,8	553,9
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	125,0	122,7	123,0	123,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	528,5	533,9	530,0	526,9	527,6
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	233,2	235,6	234,0	232,8	232,2
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	543,4	552,9	549,1	547,4	555,2
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	247,3	250,3	249,1	248,0	248,4
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	529,2	539,0	543,9	542,0	541,3
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	369,1	377,8	381,2	380,6	380,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 6) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 8) Erstellungsdatum: 07.01.2011. — 9) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 455	4 411	3 435	4 025	4 871	2 601	3 515	3 527	4 265
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	185	115	215	151	135	201	135	219
Jungrinder	"	.	52	41	37	61	20	29	31	50
Schweine	"	55 402	52 749	53 952	50 698	51 441	39 638	51 151	47 133	46 513
darunter hausgeschlachtet	"	2 933	2 496	813	1 271	2 718	532	1 002	1 120	2 164
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 714	6 354	6 391	6 157	6 307	4 806	6 284	5 847	5 876
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 227	1 204	1 028	1 182	1 371	749	1 111	1 116	1 251
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	22	23	14	27	18	16	26	16	27
Jungrinder	"	.	7	6	5	7	3	4	4	7
* Schweine	"	4 934	4 752	4 954	4 652	4 602	3 672	4 757	4 360	4 296
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 677	2 451	2 366	2 541	2 580
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	28 514	21 111	21 571	18 631	16 374	14 572	14 742	14 611	14 945
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Betriebe	Anzahl	1 415	1 396	1 398	1 395	1 389	1 360	1 358	1 357	1 359
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	360,7	347,0	344,5	345,0	343,6	339,9	341,7	343,5	343,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	46 317	41 973	39 072	43 966	44 215	42 170	42 884	45 783	44 660
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 321,8	1 243,7	1 163,6	1 193,5	1 214,0	1 193,7	1 191,7	1 227,1	1 221,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	7 900,6	6 873,1	6 479,6	7 471,0	7 249,6	7 663,4	7 676,8	8 476,4	8 091,2
* darunter Auslandsumsatz	"	3 926,3	3 367,6	3 198,2	3 601,9	3 456,4	3 711,2	3 933,1	4 145,8	4 049,2
Exportquote ⁷⁾	%	49,7	49,0	49,4	48,2	47,7	48,4	51,2	48,9	50,0
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 3,3	- 10,6	- 13,1	- 6,2	5,0	- 23,5	15,5	3,9	1,2
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 2,1	- 13,1	- 11,5	- 3,0	7,8	18,1	13,2	3,0	- 5,8
Investitionsgüterproduzenten	"	- 4,6	- 13,3	- 17,4	- 15,0	- 1,6	- 53,2	23,8	8,7	19,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 5,2	- 38,0	- 39,9	- 29,1	- 34,1	2,2	4,2	- 16,9	- 10,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	0,3	1,9	- 9,4	2,8	12,2	2,7	10,1	2,2	- 6,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 1,7	- 5,4	1,0	- 5,2	- 2,8	8,1	7,8	14,0	2,8
Maschinenbau	"	- 9,3	- 28,0	- 22,2	- 15,4	- 12,6	43,1	53,9	13,8	23,7
Kraftwagen und -teile	"	- 6,2	- 0,9	- 8,6	12,4	18,4	- 5,1	7,4	15,1	34,7
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 6,8	- 29,6	- 25,1	- 26,1	- 19,4	40,4	20,1	15,2	19,8
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	107	108	108	108	108	107	107	106	107
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 555	16 580	16 552	16 766	16 743	15 897	16 004	16 121	16 135
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹¹⁾	1000 h	2 092	2 110	1 963	2 221	2 205	1 925	1 995	2 093	1 996
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	65,1	67,4	67,7	62,5	66,0	65,3	61,7	61,3	64,6
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	2 595,1	1 098,2	752,3	813,8	896,5	2 396,7	2 253,6	1 963,2	2 286,2
<p>* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.</p> <p>1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.</p>										

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Beschäftigte ¹⁾	2009 = 100 ²⁾	96,3	97,1	99,2
* Umsatz ³⁾	2009 = 100 ⁴⁾	77,7	101,4	105,2
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	47,7	46,2	47,4	47,3	46,8	48,0	48,5	48,6	48,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 459	4 289	4 944	5 037	5 014	4 986	5 072	5 374	5 178
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 815	1 693	1 756	1 890	1 908	2 011	2 123	2 218	2 152
* gewerblicher Bau	"	1 309	1 320	1 453	1 534	1 517	1 478	1 486	1 614	1 526
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 335	1 276	1 735	1 613	1 589	1 497	1 463	1 542	1 500
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	106,0	102,7	108,2	108,9	109,2	114,3	112,4	115,0	110,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	476,2	441,9	480,2	494,7	622,0	500,7	525,0	552,0	552,1
darunter										
* Wohnungsbau	"	152,2	131,4	148,0	146,7	143,4	164,3	160,6	174,5	179,3
* gewerblicher Bau	"	163,1	159,4	148,7	151,3	272,1	150,2	159,7	176,3	159,1
* öffentlicher und Straßenbau	"	160,8	151,1	183,5	196,7	206,5	186,1	204,6	201,1	213,7
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,7	113,0	128,7	166,7	119,6	100,7	100,7	105,5	84,9
darunter										
Wohnungsbau	"	101,4	102,0	83,1	159,2	124,9	99,5	102,1	109,6	104,1
gewerblicher Bau	"	127,4	106,8	132,7	134,4	100,1	83,2	103,6	115,1	92,4
öffentlicher und Straßenbau	"	106,8	120,5	137,8	193,0	132,9	114,2	98,1	97,3	74,1
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	18,6	20,0	.	20,1	.	.	.	20,0	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 522	5 998	.	6 238	.	.	.	6 026	.
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	141,9	155,6	.	156,8	.	.	.	152,6	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	543,3	598,7	.	595,4	.	.	.	637,0	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	404	421	423	445	486	456	486	488	502
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	359	380	384	412	437	405	433	431	455
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	498	499	476	451	549	541	564	630	540
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	91	93	89	82	102	102	103	114	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	124 238	128 017	120 990	118 804	145 328	145 672	151 359	165 460	144 585
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	145	134	139	142	153	168	174	143	138
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 449	1 106	641	888	1 014	1 651	1 300	696	1 443
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	223	183	105	177	146	251	205	121	204
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	248 879	198 662	95 342	163 551	167 236	377 908	230 619	90 688	171 065
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	1 011	936	886	814	1 017	1 234	977	1 145	987
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 214	5 154	4 817	4 735	5 474	5 820	5 560	6 088	5 532
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	108,5	95,1	85,9	101,9	103,9	103,9	105,4	118,2	112,7
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	110,4	90,4	82,8	97,4	99,1	106,1	108,1	119,4	115,0
* Beschäftigte (Index)	"	100,8	93,3	93,2	93,6	93,1	90,8	91,5	91,6	91,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Baustellung und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	99,3	96,4	89,4	95,0	102,2	98,4	93,6	98,0	102,3
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	99,6	96,3	89,5	95,2	102,5	98,8	94,2	99,0	103,3
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	95,8	93,4	89,3	88,6	97,0	90,9	85,8	88,1	92,4
Apotheken ⁵⁾	"	99,0	102,5	94,6	104,1	106,8	106,5	101,7	107,0	107,6
Bekleidung	"	107,9	104,1	87,1	110,7	128,8	107,6	99,5	119,5	133,0
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	101,2	100,3	89,1	98,0	112,0	98,7	95,3	103,7	115,1
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	109,2	108,0	96,1	99,3	109,8	108,0	104,3	102,7	111,2
Versand- u. Internet-Eh.	"	83,0	69,0	58,4	70,7	74,6	67,6	69,7	80,5	87,8
* Beschäftigte (Index)	"	94,9	94,4	94,5	94,9	95,0	94,9	95,7	96,4	97,2
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	95,1	98,9	89,0	105,6	104,3	93,6	86,1	104,5	105,3
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,6	100,9	91,0	107,8	106,7	95,9	88,3	107,2	108,3
* Beschäftigte (Index)	"	99,7	97,0	96,6	97,4	97,0	95,2	95,9	95,7	96,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	91,9	86,1	84,6	92,5	92,2	86,3	85,9	94,9	94,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	98,3	92,1	90,4	99,3	99,1	94,7	94,4	105,1	104,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	101,9	92,2	80,6	108,7	107,0	88,9	90,8	123,6	116,5
Restaurants, Gastst., Imbiss-, Cafés u. Ä.	"	94,9	90,2	94,0	92,2	92,9	96,8	94,8	93,1	95,8
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	102,3	98,1	98,1	105,0	102,3	104,1	104,5	108,6	104,3
Ausschank von Getränken	"	88,6	84,7	88,3	79,5	88,3	84,8	83,1	75,9	84,9
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,2	99,9	99,1	98,9	99,4	100,5	98,8	98,3
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 279,4	3 592,1	3 234,4	3 775,4	3 978,5	4 264,6	4 170,2	4 751,2	4 727,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,9	105,5	117,2	133,2	137,6	107,8	122,0	145,1	149,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 979,2	3 333,7	2 972,6	3 497,3	3 694,5	4 017,3	3 922,4	4 456,6	4 426,3
davon										
* Rohstoffe	"	15,4	11,2	9,4	11,7	10,4	17,4	11,8	16,6	14,5
* Halbwaren	"	334,1	239,9	239,3	232,3	289,6	310,0	322,9	380,1	382,8
* Fertigwaren	"	3 629,7	3 082,6	2 723,8	3 253,2	3 394,5	3 689,9	3 587,7	4 059,8	4 029,0
davon										
* Vorerzeugnisse	"	623,3	4 67,8	410,9	515,6	533,3	630,7	601,4	627,5	615,7
* Enderzeugnisse	"	3 006,4	2 614,8	2 312,9	2 737,6	2 861,2	3 059,2	2 986,3	3 432,4	3 413,3
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 062,1	981,8	847,5	978,8	1 156,8	1 138,8	1 082,5	1 187,4	1 080,9
Maschinen	"	531,3	419,9	349,9	412,0	373,7	542,0	471,9	547,5	523,6
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	448,4	397,4	333,7	442,4	442,4	467,9	420,5	610,3	598,4
elektrotechnische Erzeugnisse	"	423,5	328,7	294,0	356,6	332,2	469,0	525,9	521,4	628,7
Eisen- und Metallwaren	"	302,5	237,8	231,2	258,4	268,8	278,9	278,9	331,2	324,0
davon nach										
* Europa	"	3 094,6	2 512,1	2 206,4	2 773,3	2 698,3	2 816,8	2 795,5	3 271,7	3 413,2
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 677,5	2 143,5	1 864,9	2 426,2	2 275,2	2 443,8	2 361,0	2 815,6	2 961,8
* Afrika	"	91,0	74,7	61,2	74,6	76,2	100,6	90,8	107,7	72,8
* Amerika	"	472,9	442,0	412,3	327,9	612,7	612,3	544,7	618,0	558,4
* Asien	"	585,6	529,9	520,2	565,0	558,6	693,4	699,3	712,0	637,3
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	35,4	33,5	34,3	34,5	32,7	41,4	39,8	41,8	45,7
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	5 895,2	4 877,8	4 293,7	5 108,3	4 885,9	5 711,8	5 537,2	6 244,0	5 895,4
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	219,9	203,5	195,5	211,8	210,4	188,5	241,9	234,1	227,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 224,4	4 384,1	3 815,7	4 633,7	4 359,1	5 220,9	5 016,0	5 701,1	5 343,9
davon										
* Rohstoffe	"	126,1	87,5	79,0	96,9	83,0	122,7	102,9	89,9	78,4
* Halbwaren	"	729,3	517,9	393,3	446,5	372,3	713,2	573,7	711,4	601,9
* Fertigwaren	"	4 369,1	3 778,7	3 343,4	4 090,3	3 903,8	4 385,0	4 339,5	4 899,8	4 663,6
davon										
* Vorerzeugnisse	"	553,7	399,4	394,4	444,0	412,6	508,8	510,2	572,2	513,8
* Enderzeugnisse	"	3 815,4	3 413,7	2 949,0	3 646,4	3 903,8	3 876,2	3 829,3	4 327,6	4 149,9
davon aus										
* Europa	"	3 959,9	3 203,7	2 737,2	3 386,7	3 272,6	3 524,8	3 388,4	3 907,4	3 709,3
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	3 517,8	2 813,8	2 431,7	2 991,3	2 964,6	3 103,8	3 048,0	3 410,2	3 333,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
* noch: davon aus										
* Afrika	Mill. Euro	125,6	110,7	90,1	101,4	77,5	171,0	127,0	123,0	126,7
* Amerika	"	641,4	527,0	463,2	519,8	475,0	633,1	588,4	636,9	634,9
* Asien	"	1 157,5	1 023,6	991,2	1 078,0	1 053,0	1 372,3	1 403,0	1 537,5	1 409,3
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	10,9	12,9	12,1	22,3	7,8	10,6	30,4	39,2	15,2
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Gästeankünfte	1000	960	932	973	1 128	1 050	1 053	1 066	1 220	1 128
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	235	218	245	261	240	302	274	301	259
auf Campingplätzen	"
* Gästeübernachtungen	"	2 277	2 244	2 553	2 634	2 504	2 701	2 728	2 827	2 645
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	442	412	486	459	444	577	557	571	480
auf Campingplätzen	"
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen										
Heilbäder	"	609	621	693	688	695	678	698	708	695
Luftkurorte	"	123	121	181	148	133	169	173	151	148
Erholungsorte	"	78	77	128	90	84	120	116	90	80
sonstige Gemeinden	"	1 466	1 426	1 552	1 707	1 592	1 734	1 741	1 878	1 721
darunter Großstädte	"	682	669	611	706	747	723	726	865	811
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	895	867	914	802	832	1 069	944	1 058	1 017
davon										
* Gütererpfang	"	707	698	755	651	692	876	728	834	817
* Güterversand	"	189	169	159	152	140	193	216	224	200
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	29 607	32 766	28 039	33 225	31 145	28 712	22 565	30 883	28 658
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	25 529	29 657	25 099	30 560	28 975	25 365	19 992	27 561	25 603
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 973	1 438	1 520	1 390	1 443	1 624	1 192	2 108	2 073
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 636	1 297	1 137	942	490	1 268	967	749	483
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	278	286	220	270	200	371	314	356	408
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 641	2 585	2 756	2 838	2 805	2 655	2 676	2 713	2 573
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 905	1 867	2 101	2 157	1 961	2 024	1 984	2 011	1 878
* getötete Personen	"	26	26	25	27	27	30	18	29	23
* verletzte Personen	"	2 481	2 450	2 722	2 761	2 558	2 587	2 624	2 615	2 524
Liniennahverkehr der Verkehrsunternehmen⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	126 759	128 392	.	376 296	.	.	.	380 645	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 269	87 978	.	260 237	.	.	.	265 624	.
Straßenbahnen	"	17 496	17 917	.	51 144	.	.	.	51 859	.
Omnibussen	"	23 158	23 282	.	67 023	.	.	.	64 898	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 499 503	2 506 168	.	7 589 887	.	.	.	7 695 536	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 270 524	2 281 000	.	6 917 322	.	.	.	7 060 522	.
Straßenbahnen	"	73 972	75 640	.	216 496	.	.	.	219 299	.
Omnibussen	"	155 006	149 528	.	456 069	.	.	.	415 715	.
Linienfernverkehr mit Omnibussen⁶⁾										
Fahrgäste	1000	57	47	.	190	.	.	.	179	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	64 317	53 093	.	215 422	.	.	.	179 932	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	205 837	189 688	.	547 802
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 894	138 731	.	403 988
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	26 205	28 872	.	84 108
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	112 688	109 859	.	319 880
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	189 793	178 457	.	521 723
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	912	957	885	1 097	959	997	1 031	1 013	974
davon										
* Unternehmen	"	137	163	156	196	152	154	135	159	144
* Verbraucher	"	561	567	519	651	568	611	693	603	594
* ehemals selbstständig Tätige	"	173	187	181	211	202	191	163	205	191
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	42	41	29	39	37	41	40	46	45
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	529 442	225 927	139 516	236 877	174 504	156 994	137 703	236 003	133 377
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 328	6 511	6 077	7 031	6 866	6 567	6 751	7 189	6 446
* Gewerbeabmeldungen	"	5 621	5 756	5 075	5 758	5 388	5 402	5 241	5 450	5 512
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,5	106,6	106,9	106,4	106,4	107,6	107,7	107,6	107,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	113,5	111,9	110,2	110,1	109,8	113,9	112,9	112,4	112,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	108,8	112,2	113,6	113,6	113,7	113,4	113,3	113,6	113,4
Bekleidung, Schuhe	"	98,9	98,5	96,5	99,6	100,3	92,3	93,7	97,6	98,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,0	108,7	108,8	108,4	108,2	109,5	109,6	109,8	109,9
* Nettokaltmieten	"	103,9	105,2	105,4	105,4	105,5	106,4	106,5	106,5	106,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,0	103,9	104,1	103,9	103,9	103,5	103,4	103,5	103,2
Gesundheitspflege	"	102,3	104,4	104,4	104,5	104,8	106,6	107,0	107,0	107,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	111,2	109,1	110,7	109,5	109,8	113,0	113,0	113,1	113,3
Nachrichtenübermittlung	"	91,8	89,8	89,6	89,5	89,5	88,2	88,0	87,7	87,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	98,9	100,4	102,4	100,0	99,6	101,5	101,8	99,4	99,1
Bildungswesen	"	146,0	105,2	104,6	106,4	106,4	107,9	107,9	107,9	107,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	105,5	107,5	108,9	108,1	107,2	110,9	110,8	109,3	107,8
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	110,6	111,9	111,9	.	.	.	113,6	.	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 092,8	3 912,0	3 187,4	4 223,3	3 056,5	3 060,3	3 088,9	3 447,7	2 964,6
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 871,5	3 735,4	3 062,1	4 127,9	2 859,8	2 869,8	2 984,2	3 314,7	2 775,1
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 556,2	1 500,4	1 363,9	1 334,9	1 392,0	1 388,7	1 263,6	1 234,8	1 347,8
veranlagte Einkommensteuer	"	197,7	166,7	- 76,3	601,9	- 56,0	- 11,6	- 31,7	611,1	- 46,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	219,2	194,0	80,1	167,2	67,7	172,6	74,1	26,2	80,0
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	423,0	360,6	263,0	202,5	255,3	180,2	186,2	140,1	178,5
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	72,3	- 12,5	- 103,2	245,3	- 146,6	- 164,4	38,6	96,8	- 92,7
Umsatzsteuer	"	1 281,8	1 432,5	1 434,2	1 474,1	1 259,6	1 188,0	1 310,3	1 074,9	1 177,9
Einfuhrumsatzsteuer	"	121,2	93,7	100,4	102,0	87,8	116,5	143,3	130,7	130,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾ noch: davon Bundessteuern darunter Mineralölsteuer Versicherungssteuer Zölle ²⁾ Landessteuern darunter Vermögensteuer Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer Kraftfahrzeugsteuer sonstige Landessteuern Gewerbesteuerumlage	Mill. Euro									
	
		192,9	157,5	119,0	95,4	143,7	112,6	103,5	127,5	115,9
		- 0,1	- 0,0	0,0	- 0,1	0,0	0,0	- 0,4	0,0	0,0
		38,5	45,9	25,1	26,9	26,7	36,0	30,1	33,7	39,0
		41,2	34,5	39,1	30,3	50,2	32,5	32,1	39,5	33,4
		56,6	29,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		15,6	48,1	54,7	38,3	66,8	44,1	41,6	54,2	43,5
		28,4	19,2	6,3	0,0	53,0	77,8	1,2	5,6	73,6

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt ³⁾			März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ⁴⁾	Mill. Euro									
		2 035,2	1 311,2	1 152,9	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4
		2,9	3,1	4,7	4,1	5,6	3,6	4,3	3,7	5,8
		122,2	126,7	162,6	181,6	214,5	162,7	170,3	171,5	227,4
		798,0	630,8	837,2	766,1	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9
		524,4	479,6	135,3	699,8	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9
		9,2	8,3	10,9	11,0	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0

Verdienste ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt			März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Bruttonachverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung ⁸⁾ * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro									
		3 932	3 924	3 464	3 493	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617
		4 205	4 172	3 658	3 687	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830
		3 292	3 346	3 011	3 038	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122
		3 794	3 736	3 280	3 310	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491
		3 240	3 159	2 916	2 953	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103
		3 906	3 825	3 339	3 361	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567
		4 814	5 019	4 233	4 362	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294
		3 354	3 418	3 136	3 144	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180
		2 960	2 957	2 703	2 781	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925
		4 003	4 022	3 559	3 588	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681
		3 672	3 651	3 268	3 277	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314
		3 721	3 751	3 307	3 397	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495
		2 317	2 421	2 223	2 273	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259
		5 169	5 292	4 547	4 558	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631
		6 585	6 128	4 907	4 904	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306
		4 562	4 401	3 825	3 941	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097
		5 525	5 571	4 682	4 735	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768
		2 402	2 576	2 368	2 419	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400
		3 164	3 263	3 088	3 092	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183
		3 846	3 960	3 793	3 800	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943
		3 291	3 408	3 148	3 191	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249
		4 905	4 967	4 384	4 609	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739
		3 481	3 513	3 205	3 190	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Einschl. Zoll-Euro. — 3) Vierteljahresdurchschnitte. — 4) Und steuerähnliche Einnahmen. — 5) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 6) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 7) Einschl. Beamte. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Arbeitsstätten, Geld und Kredit, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Die Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

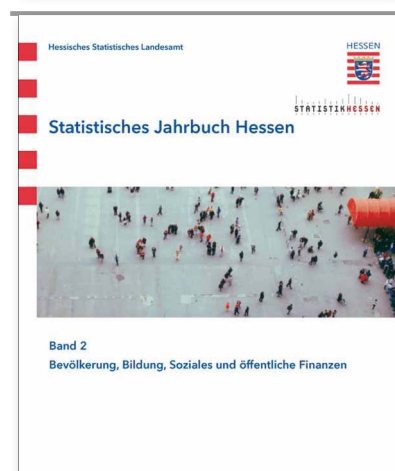
Die Bände können auch einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband
Format: 27,3 x 21,5 cm
Umfang:
Band 1: 316 Seiten
Band 2: 446 Seiten



W_181

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_146

Hessische Kreiszahlen



STATISTIK HESSEN

Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet. Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main.

Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
DIN A 4, kartoniert

Online:
Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_143

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 209,95 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 10/10 bis 12/10: Die Eingruppierung als Oberarzt nach TV-Ärzte/VKA / Überstunden nach den Bestimmungen des TVöD/TV-L / Das System der Schicht- und Wechselschichtzulagen nach TVöD und TV-L / Urlaub und Europa – eine unendliche Geschichte? Die neuen Anforderungen des EuGH bei Übergang von Vollzeit in Teilzeit und deren Auswirkungen auf das deutsche Urlaubsrecht / Die Abhängigkeit des Dienststellenleiters – Ausgangspunkt für organisationsrechtliche Ansätze zur Straffung des Entscheidungsverfahrens in der Dienststelle – Teil I / Leistungsvergleich zwischen Jugend- und Auszubildendenvertretern und sonstigen Auszubildenden? 6133-74

Barack Obama und die Macht der Worte

Herausgegeben von Jürgen Weibler, 243 Seiten, kartoniert, 24,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.

Barack Obama hat eine Welle der Faszination ausgelöst. Wie wenige vor ihm hat er durch die Kraft seiner Reden und seine körperliche Präsenz die Weltöffentlichkeit in seinen Bann gezogen. Dieser Band geht dem Phänomen auf den Grund. Fachleute aus verschiedenen Disziplinen versuchen, das „Erfolgsgeheimnis“ der Weltperson Obama und seiner beispiellosen Kampagne zu deuten und zu entschlüsseln. Dabei liefert der Band auch grundlegende Einsichten für eine professionelle Kommunikation und eine erfolgreiche Führung. Aus dem Inhalt: Jürgen Weibler: Das Obama-Projekt – Obama kam, sprach und siegte. Oder wie Reden Führung begründen – Joachim Knappe: Lincoln und Obama als Redner – Martin Thunert: Obamas Redekunst. Instrument zum Machterwerb, aber nicht zum Machterhalt? – Georg Schild: Rassenproblematik und Bürgerrechte in Reden Obamas – Thomas Dienberg: Spiritualität und Religion in den Reden Obamas – Bernd Rieken: Obamas märchenhafte Wirklichkeit. Volkskundlich-psychoanalytische Zugänge – Hans Bernhard Schmid: Obama und das Selbstvertrauen – Matthias Warstat: Obamas Körper. Performative Aspekte politischer Rhetorik – Jörg Merten: Mimische Indikatoren der Solidarisierung und Handlungsmacht in den Reden Obamas – Helena Flam & Caterina Rost: Obama und das Jugendbeben. 7405

Sponsoring der öffentlichen Hand

Rechtsrahmen, Empirie, Regelungsvorschläge. Herausgegeben von Martin Burgi, 356 Seiten, gebunden, 74,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010.

Der vorliegende Titel bündelt die Überlegungen und Ergebnisse des Forschungsprojekts „Verwaltungssponsoring als Herausforderung für die Rechtsordnung“, das zwischen 2005 und 2008 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert worden ist. Erstmals werden die weit verstreuten, schwer auffindbaren Regelungsansätze auf gesetzlicher Ebene und in Verwaltungsvorschriften im Bund wie in den Ländern systematisch (auf dem Stand von Februar 2009) erfasst. Analysiert werden

die verfassungsrechtlichen Grenzen und die Regeln über Verfahren, Organisation, Haushalt und Vergabe beim Umgang mit Sponsoringprojekten. Dies gipfelt im Vorschlag eines zukunftsfähigen Regelungskonzepts des Verwaltungssponsorings mit dem Ziel, dessen Chancen realisieren und zugleich die Risiken einer unzulässigen Beeinflussung staatlichen Handelns minimieren zu können. Bestandteil des Werkes ist eine breit angelegte empirische Untersuchung unter Einbeziehung von über 1000 Verwaltungseinheiten und Unternehmen. Innerhalb des Gesamtbereichs der „öffentlichen Hand“ bildet die Verwaltung i. w. S. den gegenüber der Regierung, den Hochschulen und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weitaus größten und für etwaige Sponsoren relevantesten Bereich, daher konzentriert sich die Untersuchung hierauf. Das Buch gliedert sich in folgende Kapitel: Sozialwissenschaftliche Annäherung an das Verwaltungssponsoring und Design der empirischen Analyse – Der Rechtsrahmen des Verwaltungssponsorings: Regelungsbedarf, Verfassungsvorgaben, empirische und rechtsvergleichende Erkenntnisse – Bausteine eines Verwaltungssponsorings-Gesetzes – Steuerrechtliche Aspekte des Verwaltungssponsorings – Strafrechtliche Aspekte des Verwaltungssponsorings. 7383

Handbuch Bildungsfinanzierung

Herausgegeben von Heiner Barz, 540 Seiten, kartoniert, 49,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.

Das „Handbuch Bildungsfinanzierung“ gibt einen systematischen Überblick: Grundlagen und Status Quo der Bildungsfinanzierung werden nach Bildungsbereichen und Kostenträgern differenziert nachgezeichnet und hochaktuelle Problembereiche wie Studiengebühren, Krippenfinanzierung oder die staatliche Privatschulpolitik kritisch beleuchtet. Wichtige Themen werden erstmals zusammenhängend abgehandelt – etwa die Finanzierung kultureller und religiöser Bildung oder steuerrechtliche Aspekte der Bildungsfinanzierung. Internationale Perspektiven zur Globalisierung von Bildungsmärkten und zur Bildungsfinanzierung durch internationale Organisationen runden das Kompendium ab. Aus dem Inhalt: Finanzierung von Bildung – Ideologie, Tradition, Innovation – Bildungsfinanzierung im Spiegel der Wissenschaftsdisziplinen – Finanzierung einzelner Bildungsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland – Bildungsfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland nach Kostenträgern – Internationale Perspektiven – Interfaces: Themen an der Schnittstelle von Ökonomie und Bildung – Studiengänge, Institutionen, Ressourcen. 7406

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Kontenrahmen (KR)

für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 3., völlig neu gestaltete Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 5. Erg.-Lfg. vom Dezember 2010 ; 1348 Seiten in Spezialordner) 68,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2010. 4334

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 35. Erg.-Lfg. vom September 2010, 2444 Seiten in 2 Ordnern) 125,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg 2010. 6749



STATISTIK HESSEN

Hessischer Umwelt-Monitor

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

**Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des
Hessischen Statistischen Landesamtes**

Nr. 1

Januar 2011

15. Jahrgang

Inhalt

- Geologische Karte Stadt Frankfurt a. M. 3
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 11
 - A. Gewässerüberwachung in Hessen 11
 - 1. Hydrologische Daten nach Messstellen 12
 - 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten 14
 - B. Die Luftqualität in Hessen 17

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)
Rheinstraße 35/37
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0
Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG Helmut Weinberger Telefon: 0611/6939-571

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Die Neuauflage der geologischen Karte ist an die aktuelle topographische Situation angepasst. In der digitalen Version sind alle Informationen in verschiedenen Ebenen strukturiert abgelegt; zudem werden Metadaten vorgehalten. Die Datenformate können in verschiedene geowissenschaftliche Informationssysteme übernommen werden und stehen so für

nutzerspezifische Anwendungen zur Verfügung. Es ist möglich, die digitalen Daten mit anderen derartigen Informationen zusammenzuführen, um neue Themenkarten zu generieren, die beispielsweise als wesentliche Entscheidungshilfen bei Fragestellungen der Raumordnung, Regional- und Landesplanung dienen können.

Historie

Schon im 19. Jahrhundert erfolgten die ersten geologischen Bearbeitungen im Rhein-Main Gebiet, vorangetrieben von der damaligen Preußischen Geologischen Landesanstalt; so konnte die Geologische Karte des Blattes Frankfurt a.M. West in erster Auflage bereits im Jahre 1881 von Carl Koch veröffentlicht werden (Abb. 2a). Diese Karte, herausgegeben im Kartenwerk „Geologische Spezialkarte von Preußen und den Thüringischen Staaten“, erschien noch unter dem Namen Rödellheim, heute ein westlicher Vorort von Frankfurt. Die hohen Anforderungen an exakte geologische Karten in diesem Ballungsgebiet erforderten bereits relativ zeitnah eine Überarbeitung. Die 2. Auflage des Kartenblattes erschien 1929 im Kartenwerk „Geologische Karte von Preußen und benachbarten deutschen Ländern“ unter dem Namen Frankfurt/Main-West (Höchst) – Steinbach (Abb. 2b); Bearbeiter waren Franz Michels, Wilhelm Wenz und August Zöller.

Die große und stetig wachsende Zahl von Aufschlüssen auf dem expandierenden Stadtgebiet Frankfurts führte im Laufe der Jahre zu einer enormen Informationsdichte. Tausende Bohrdaten (Schichtenverzeichnisse) und hunderte Gutachten zum geologischen Untergrund sind im geowissenschaftlichen Archiv des heutigen HLUg dokumentiert. Die Datenfülle, vor allem aber das starke Interesse der Bau- und Wasserwirtschaft an detaillierten Daten zum geologischen Untergrund in einem verdichteten Ballungsgebiet erforderte dringend die Erarbeitung einer 3. Auflage des Kartenblattes (Abb. 2c). Sie entspricht den Anforderungen der Nutzer und Kunden des HLUg nach modernen und detaillierten Daten und Fakten zu den Gesteinen und den geologischen Einheiten des Kartenblattes. Neben informativen bild-



Abb. 2 a: Nordwestlicher Ausschnitt aus der Geologischen Karte des Blattes Frankfurt a.M. West, 1. Auflage von 1881 mit Taunus (dunkle Farben) und Vorland (gelbe Farben) zwischen Kronberg und Bad Soden (vergl. Abb. 2 b+c).

haften Darstellungen der Untergrundverhältnisse auf dem Kartenblatt Frankfurt a. M. West enthalten die umfangreichen Erläuterungen nützliche und detaillierte Zusatzinformationen. Neben der detaillierten Beschreibung aller geologischen Einheiten bieten sie Angaben zur Tektonik, zu den Lagerstätten, zur Geophysik, zu den Böden, zur Geothermie,

zur Ingenieurgeologie sowie zu den wichtigsten auf dem Blattgebiet befindlichen Bohrungen. Ein besonders ausführliches Kapitel ist der Hydrogeologie gewidmet mit aktuellen Daten und Fakten zu den Grundwasserverhältnissen im Bereich des Kartenblattes (siehe Abb. 3b).

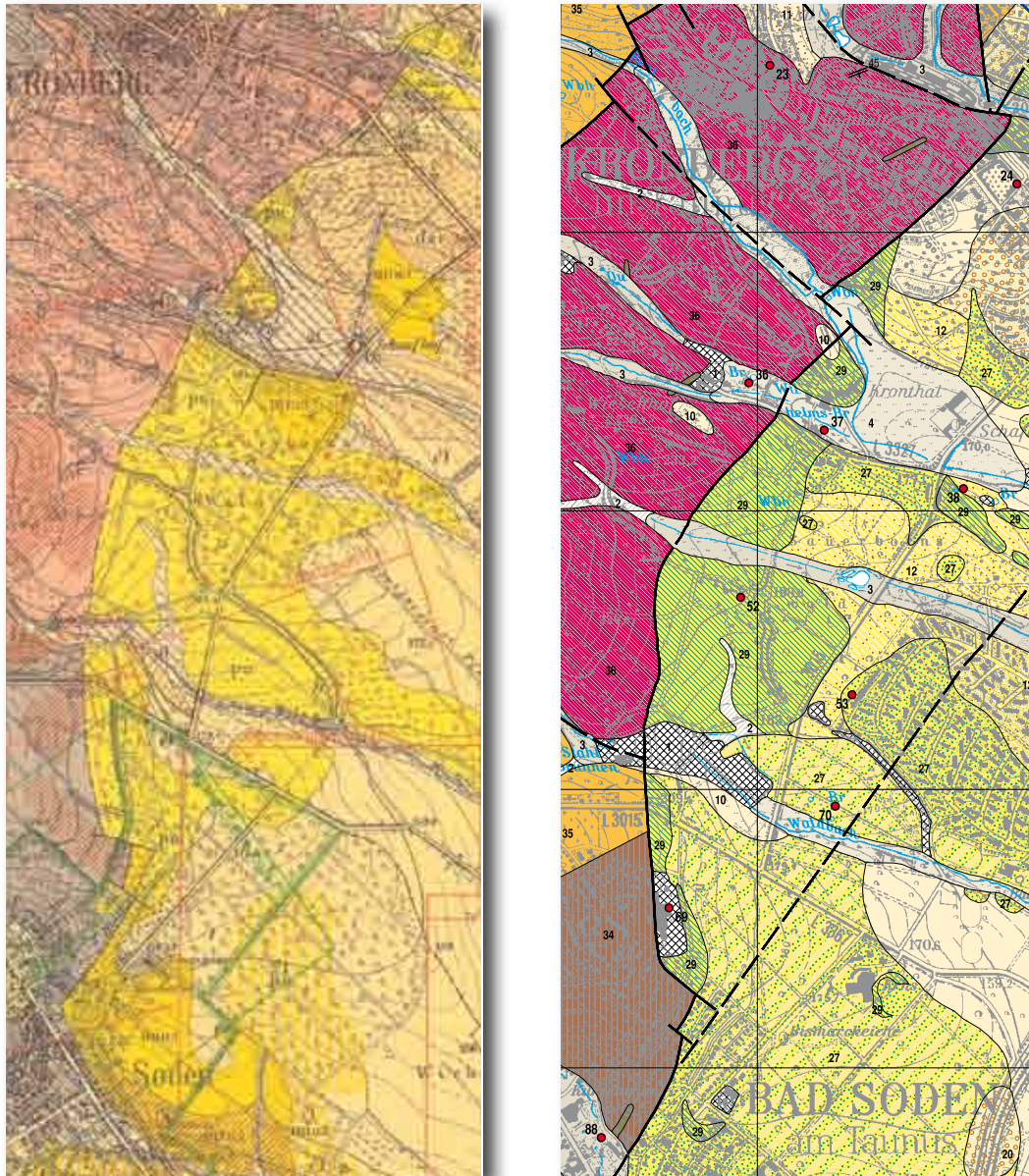


Abb. 2 b–c: Nordwestlicher Ausschnitt aus der Geologischen Karte des Blattes Frankfurt a.M. West – (b) 2. Auflage von 1929 und (c) 3. Auflage von 2009 mit Taunus (dunkle Farben) und Vorland (gelbe Farben) zwischen Kronberg und Bad Soden (vergl. Abb. 2 a). Quelle: GK 25 Bl. 5817 Ffm West.

Zusatzinformationen

Folgende thematische Beiblätter (Themenkarten) runden das Kartenwerk ab (Abb. 3):

- Abgedeckte Geologische Karte (Abb. 3a): Sie gibt die Verbreitung der geologischen Einheiten unterhalb der quartären Lockergesteinsdecke wieder und ermöglicht einen Einblick in den tieferen Untergrund. Ihr liegt die Datenauswertung einer umfangreichen Zahl an Bohrungen zu Grunde.
- Hydrogeologische Karte (Abb. 3b): Sie stellt Grundwasserstände in Form von Grundwassergleichen und die hieraus abgeleiteten Grundwas-

serflurabstände flächenhaft dar. Zudem sind Wassergewinnungsanlagen, Grundwassermessstellen, Quellen, Abflussmessstellen sowie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete ausgehalten.

- Normalprofil der tertiären Schichtenfolge (Abb. 4): Die für alle Baugrunttätigkeiten so wichtige Einheit des Tertiärs ist mit ihren charakteristischen Gesteinen und Fossilien in einer Profilsäule dargestellt. Das anschauliche Beiblatt gibt dem Nutzer der Karte Hinweise und Hilfestellungen für die nicht immer einfache Alterseinstufung der tertiären Gesteinsschichten.

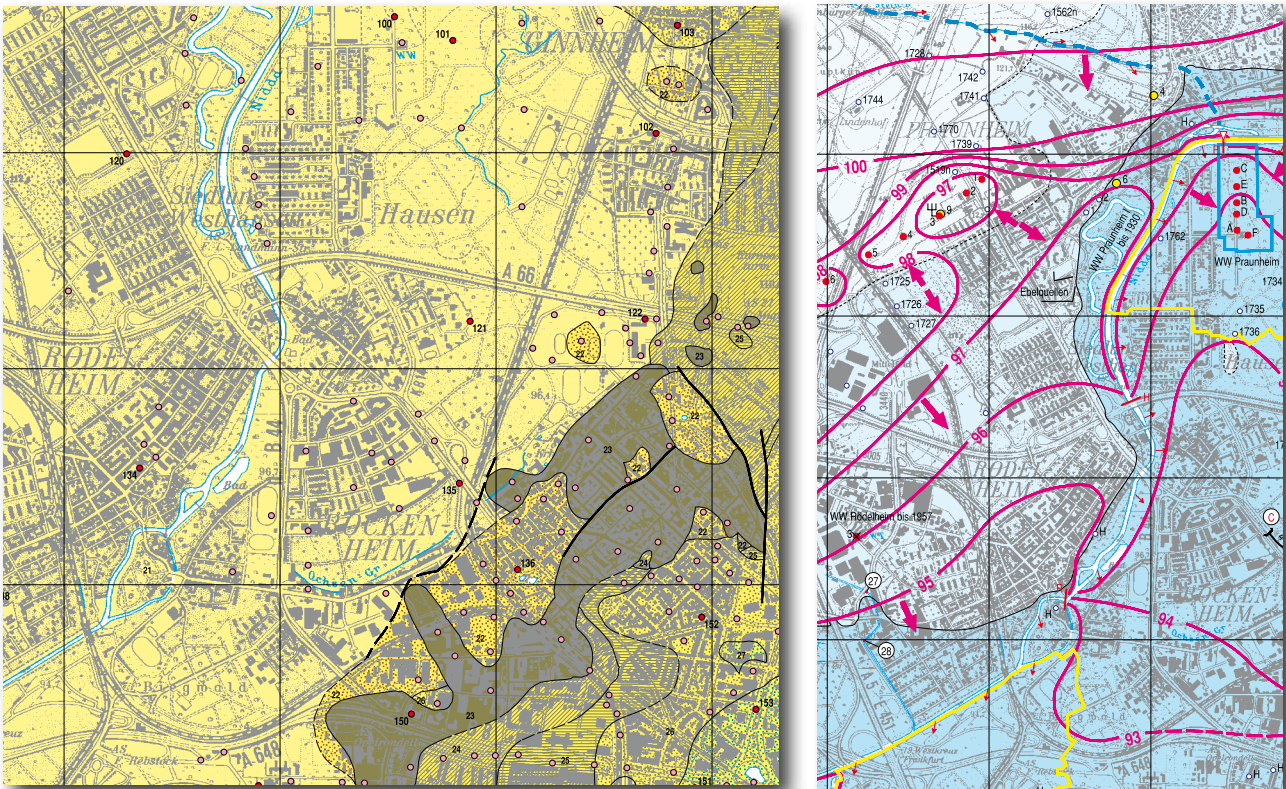


Abb. 3 a+b: Südöstlicher Ausschnitt aus der (a) Abgedeckten Geologischen Karte (Beiblatt 1) mit den Basaltvorkommen südlich Bockenhems (olive Farben) und (b) der Hydrogeologischen Karte (Beiblatt 3 von A. Golwer) von Blatt Frankfurt a.M. West. Quelle: GK 25 Bl. 5817 Ffm West; Beibl. 1 u. 3.

Südöstlich der Verwerfungszone zwischen Taunusgebirge und Vorland (dem Main-Taunus Gebiet) im Oberrheingraben bzw. dessen nördlichen Ausläufer, des Niddagrabens, sind an der Erdoberfläche und bis in eine Tiefe von mehreren 100 Metern größtenteils mit den Schichten des Tertiär und oberflächennah Quartär Gesteine der Erdneuzeit verbreitet. Sie wurden in der Zeit zwischen 32–15 Millionen und rund zwei Millionen Jahren bis heute abgelagert.

Das Tertiär ist in diesem Raum überwiegend als fossilreiches Kalktertiär (Kalk- und Mergelsteine) ausgebildet, das auf einen marinen Lebensraum zur Zeit der Ablagerung schließen lässt (Abb. 6). Diese Ablagerungen liefern den Nachweis einer tertiärzeitlichen Meeresverbindung vom ehemaligen Nordmeer (Paläonordsee) zur südlich gelegenen Tethys, der Vorläuferin des Mittelmeers. Über diesen Schichten folgen kalkfreie, limnisch-fluviatile Sedimente des Tertiärs, in die mit der Untermain-Basalt-Formation eine Basaltdecke aus dem damaligen aktiven Vulkangebiet des Vogelsberges bis in das heutige Stadtgebiet von Frankfurt vordrang (im westlichen Stadtteil Bockenheim gibt es sogar eine „Basaltstraße“).

Mit der beginnenden Absenkung des Oberrheingrabens und damit einhergehenden Flussverlagerungen wurden die Ablagerungen der tertiären Gesteine vor allem im Bereich des Niddagrabens von jüngeren (Quartär) Lockergesteinsablagerungen wie Terrassen, Löss, Hochflutlehm und Auensedimenten überdeckt. Kalt- und warmzeitliche Wechsel führten im Quartär zu einer ausgeprägten Terrassengliederung und zur Anhäufung von mächtigen Löss- und Lösslehmlagen auf den flachen, vom Taunusrand auf das Stadtgebiet zugeneigten Hängen.

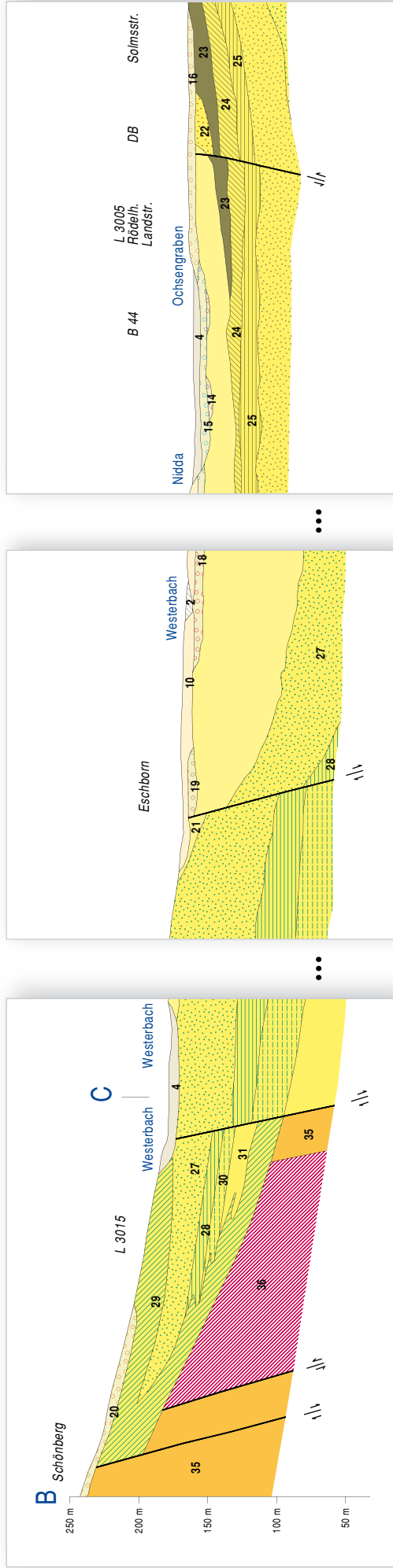
Die Geologische Karte 1 : 25 000 Blatt 5817 Frankfurt a. M. West ist einschließlich ihrer drei Beiblätter und der Erläuterung mit 308 S., 43 Abb. und 33 Tab. (ISBN 978-3-89531-130-7) beim HLUG zu beziehen (vertrieb@hlug.hessen.de).



Abb. 5: Die Burg Kronberg i.Ts. ist auf und aus den ältesten Gesteinen des Taunus gebaut, dem sogenannten Serizitgneis der Wiesbaden-Metarhyolith-Formation (Foto: G. Radtke). Quelle: Erl. 5817 Ffm West: Abb. 17.



Abb. 6: Kluft- und Auslaugungshohlräume ausgekleidet mit Kalzit-Rasen in einem tertiären Kalkstein (Foto: G. Radtke). Quelle: Erl. 5817 Ffm West: Abb. 10.



a

b

c

Abb. 7 a-c: Ausschnitte aus dem Profil der Geologischen Karte Blatt Frankfurt a.M. West, die (7a) den Taunus im Nordwesten, den (7b) jungen Niddagraben mit quartären Bildungen im Zentrum und (7c) die tertiären Gesteine von Frankfurt im Südosten zeigen. Quelle: GK 25 Bl. 5817 Ffm West: Profilschnitt B-F.

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten bedingt die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen.

In Hessen werden betrieben/untersucht:

108	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
75	Niederschlagsmessstellen
7	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
251	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
94	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
910	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 67 Quellschüttungsmessstellen, davon
351	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit
> 1.200	operative Messstellen (gemäß EU-WRRL) zur Erfassung von Fischen, Fischnährtieren, Algen und/oder Wasserpflanzen in Fließgewässern

Für alle Messstellen hat das HLUG gemäß § 57 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (97) über Einrichtungen zur Datenfernübertragung mit einer zentralen Datenbank verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet (www.hlug.de) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

Die **Niederschlagshöhen** werden an den 75 Messstellen des landeseigenen Niederschlagsmessnetzes ermittelt. Derzeit sind 50 Messstellen mit Datenfernübertragung ausgerüstet, deren Werte digital in eine zentrale Datenbank übermittelt werden. Dort stehen sie u.a. für Hochwasservorhersagemodelle und für die Internetdarstellung zur Verfügung.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit und die Bewertung des chemischen Zustands** gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und es wird kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen.

Um den chemischen Zustand auch der kleineren Gewässer zu erfassen, werden darüber hinaus an 251 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann.

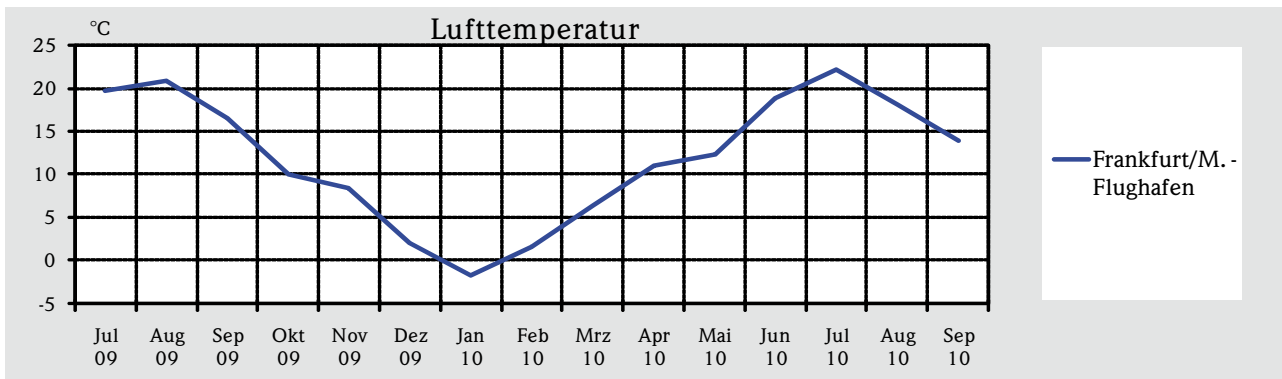
Die **Beschaffenheit von Seen** wird an 94 Messstellen überwacht.

Die **Bewertung des ökologischen Zustands** gemäß EU-WRRL erfolgt in erster Linie anhand der im Gewässer vorkommenden Fauna und Flora. Die Einzelergebnisse dieser Untersuchungen sind unter wrml.hessen.de einsehbar. Sowohl hier als auch unter www.flussgebiete.hessen.de sind zahlreiche weitere Informationen zur Umsetzung der EU-WRRL zu finden.

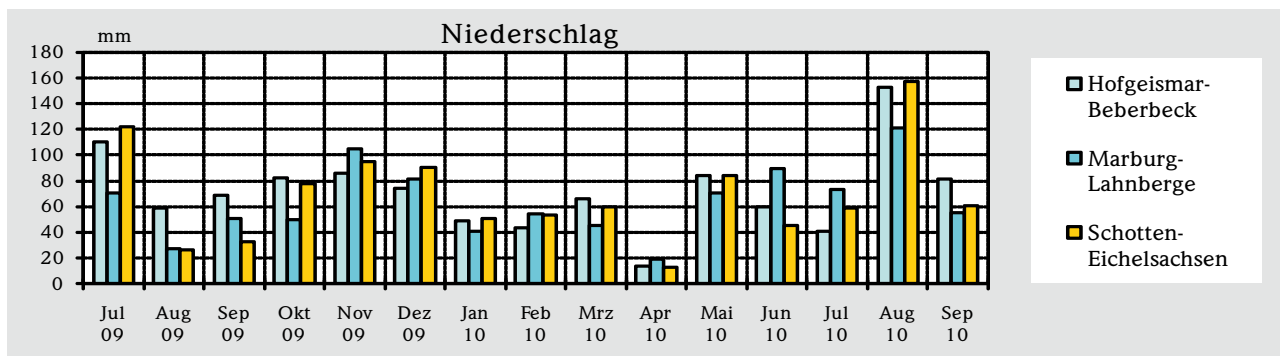
Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag der Regierungspräsidien von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsrohren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert. Aus 351 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen. Die chemische Analyse dient der Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und der Prognose der zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren.

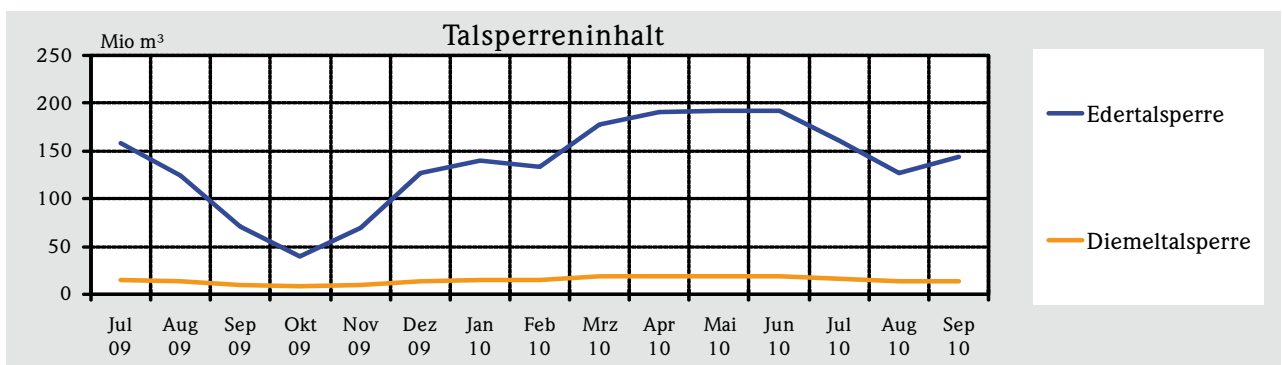
1. Hydrologische Daten nach Messstellen



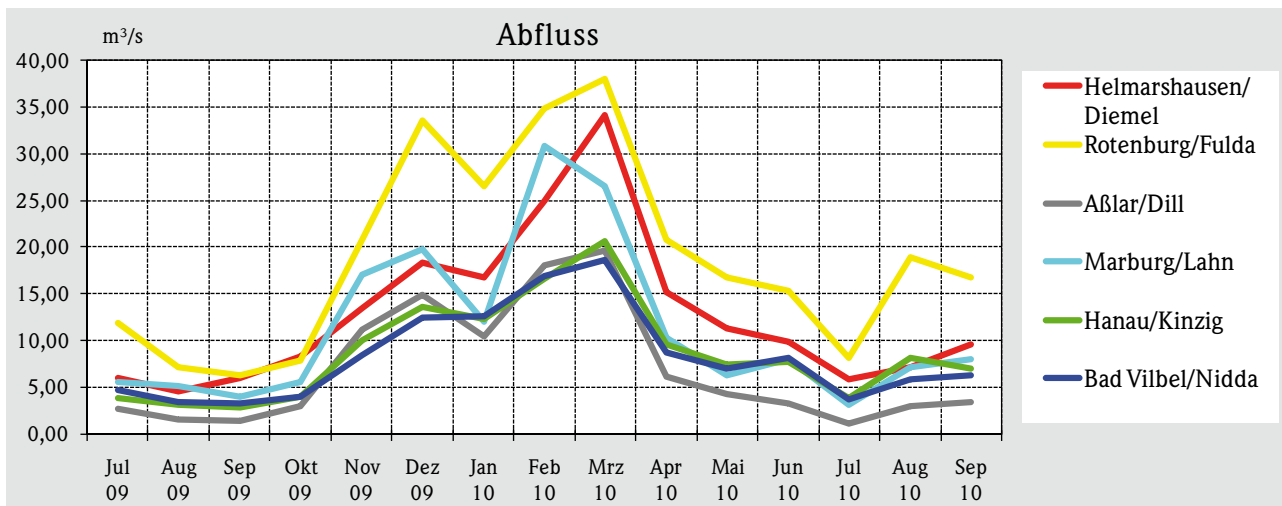
Stationsname	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Frankfurt/M.-Flughafen	19,8	20,9	16,5	10,8	8,5	2,1	-1,7	1,7	6,4	11,1	12,3	18,8	22,2	18,2	13,9



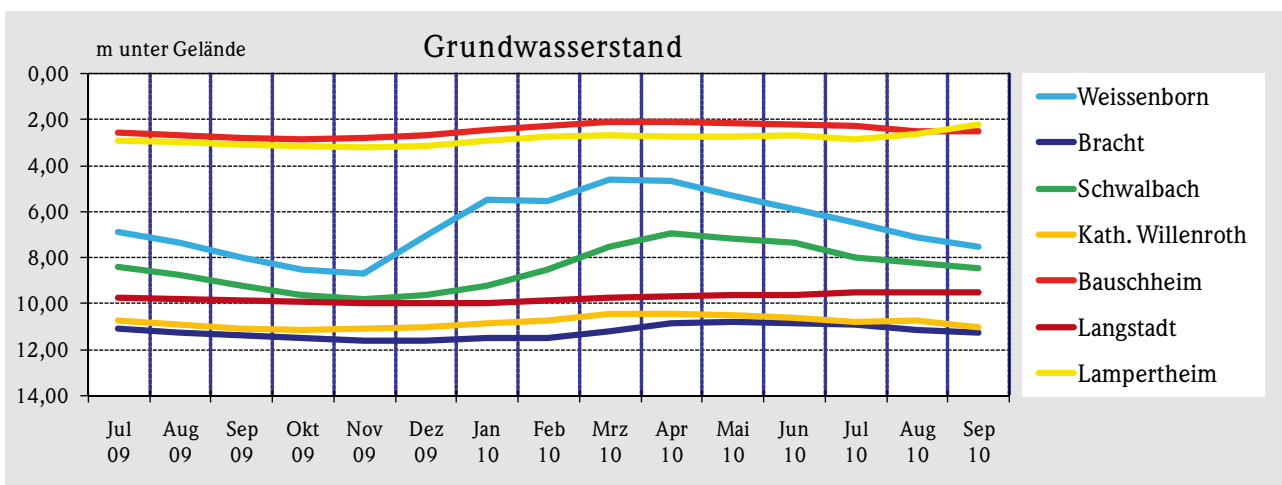
Stationsname	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Hofgeismar-Beberbeck	110	59,1	68,6	81,9	85,8	74,0	49,0	43,3	65,9	13,7	83,8	59,8	41,1	153	81,4
Marburg-Lahnberge	70,3	27,1	50,3	50,1	105	80,9	40,4	54,4	45,6	19,0	70,3	89,6	73,1	121	54,8
Schotten-Eichelsachsen	122	26,2	33,0	77,6	94,6	90,2	50,4	53,2	60,1	12,8	83,9	45,1	58,8	157	60,3



Stationsname	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Edertalsperre	158	124	70,0	39	69	126	140	133	177	191	192	192	160	126	144
Diemeltalsperre	14,2	12,5	9,40	7,4	9,5	12,7	14,7	15,1	18,2	18,7	18,6	18,0	15,3	13,3	12,6



Pegel	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Helmarshausen/Diemel	6,00	4,50	6,00	8,30	13,5	18,4	16,8	25,0	34,2	15,1	11,3	9,8	5,80	7,12	9,48
Rotenburg/Fulda	11,9	7,20	6,30	7,90	20,8	33,5	26,5	34,9	38,0	20,9	16,8	15,4	8,10	18,9	16,8
Aßlar/Dill	2,70	1,60	1,44	7,90	11,2	15,0	10,4	18,1	19,7	6,20	4,20	3,30	1,10	3,00	3,40
Marburg/Lahn	5,50	5,10	4,00	5,60	17,1	19,8	12,0	30,9	26,6	10,3	6,24	8,00	3,10	7,20	8,00
Hanau/Kinzig	3,90	3,10	2,85	4,00	10,0	13,7	12,3	16,6	20,7	9,68	7,50	7,80	3,90	8,20	7,00
Bad Vilbel/Nidda	4,80	3,40	3,31	4,00	8,50	12,5	12,6	17,0	18,7	8,80	7,10	8,13	3,70	5,90	6,40



Messstelle	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Weissenborn	7,34	8,01	8,56	8,71	7,07	5,49	5,54	4,57	4,62	5,25	5,87	6,48	7,11	7,55
Bracht	11,23	11,39	11,51	11,61	11,60	11,48	11,48	11,19	10,84	10,78	10,84	10,89	11,12	11,24
Schwalbach	8,76	9,19	9,61	9,79	9,63	9,19	8,50	7,53	6,96	7,17	7,37	8,00	8,21	8,48
Kath. Willenroth	10,91	11,09	11,15	11,10	11,02	10,87	10,71	10,44	10,44	10,49	10,62	10,78	10,72	11,02
Bauschheim	2,67	2,78	2,82	2,75	2,65	2,43	2,26	2,10	2,07	2,12	2,21	2,26	2,46	2,45
Langstadt	9,80	9,86	9,94	9,96	9,99	9,99	9,88	9,74	9,70	9,61	9,57	9,50	9,50	9,47
Lampertheim	2,99	3,09	3,15	3,21	3,17	2,92	2,74	2,68	2,74	2,72	2,69	2,82	2,63	2,18

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
		19.4. 2010	3.5. 2010	17.5. 2010	31.5. 2010	14.6. 2010	28.6. 2010	12.7. 2010	26.7. 2010	9.8. 2010	23.8. 2010	6.9. 2010	20.9. 2010	4.10. 2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	164	171	201	239	144	104	115	181	257	320	188	177	146
Temperatur	°C	15,0	14,8	16,1	19,1	20,8	25,2	25,9	22,1	20,4	18,9	17,1	16,5	...
Sauerstoff	mg/l	14,5	11,6	9,7	8,3	8,0	7,7	6,9	6,3	7,9	8,4	8,1	8,9	...
pH		8,5	8,3	7,9	7,7	7,7	7,9	7,9	7,7	7,7	7,7	7,8	7,9	...
Leitfähigkeit	µS/cm	628	653	625	575	622	697	718	664	571	515	555	697	...
NH ₄ -N	mg/l	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	4,2	4,2	4,2	4,0	4,3	4,1	3,9	3,8	3,8	3,7	4,1	4,7	4,7
GesamtN ²⁾	mg/l	5,9	5,6	5,7	5,4	5,9	5,8	5,2	5,0	4,7	4,8	5,0	5,9	5,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,07	0,16	0,18	0,19	0,19	0,22	0,26	0,24	0,20	0,20	0,18	0,15
GesamtP ³⁾	mg/l	0,08	0,08	0,17	0,22	0,22	0,20	0,24	0,29	0,28	0,29	0,23	0,18	0,17
TOC	mg/l	5,6	4,4	5,0	4,8	4,3	4,2	4,5	3,9	4,5	7,6	5,4	3,9	4,0
Cl	mg/l	55	54	51	45	30	58	60	56	46	40	42	53	54

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
		19.4. 2010	3.5. 2010	17.5. 2010	31.5. 2010	14.6. 2010	28.6. 2010	12.7. 2010	26.7. 2010	9.8. 2010	23.8. 2010	6.9. 2010	20.9. 2010	4.10. 2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	15,8	19,8	16,4	27,9	14,2	8,2	8,0	9,4	15,2	21,1	15,7	16,4	14,0
Temperatur	°C	13,1	11,8	14,8	17,9	18,4	23,1	23,7	20,1	19,2	17,1	15,6	14,0	13,0
Sauerstoff	mg/l	13,0	10,7	11,3	8,5	9,4	9,3	7,6	7,5	7,9	8,3	8,8	9,1	9,4
pH		8,9	8,1	8,2	7,7	7,8	8,1	7,8	7,7	7,6	7,6	7,7	7,8	7,8
Leitfähigkeit	µS/cm	447	433	443	410	445	531	533	495	446	370	412	420	412
NH ₄ -N	mg/l	0,12	0,10	0,10	0,10	0,08	0,08	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	2,9	3,1	3,1	3,1	3,2	2,6	2,8	3,3	3,4	2,9	3,4	3,3	3,3
GesamtN ²⁾	mg/l	4,3	4,2	4,4	4,3	4,6	4,2	4,1	4,4	4,4	3,9	4,1	4,1	3,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,13	0,15	0,19	0,13	0,17	0,24	0,27	0,24	0,22	0,21	0,18	0,19
GesamtP ³⁾	mg/l	0,11	0,14	0,17	0,26	0,18	0,22	0,27	0,29	0,29	0,28	0,22	0,18	0,20
TOC	mg/l	6,2	4,3	4,2	5,4	4,4	4,8	5,3	3,6	3,4	4,6	3,2	3,3	2,9
Cl	mg/l	39	37	39	35	43	51	50	45	45	32	36	38	36

Messstation Witzenhausen / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
		19.4. 2010	3.5. 2010	17.5. 2010	31.5. 2010	14.6. 2010	28.6. 2010	12.7. 2010	26.7. 2010	9.8. 2010	23.8. 2010	6.9. 2010	20.9. 2010	4.10. 2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	40,8	39,6	54,6	43,7	26,6	18,9	18,6	19,6	33,7	53,1	34,2	35,0	32,1
Temperatur	°C	12,7	11,7	13,5	16,9	17,7	22,1	22,6	19,4	18,7	16,2	15,0	13,6	12,3
Sauerstoff	mg/l	12,2	11,6	10,9	10,8	14,7	8,4	8,7	8,5	7,7	8,7	9,7	10,1	10,5
pH		8,4	8,4	8,2	8,3	8,8	8,0	8,2	8,3	7,8	7,8	8,0	7,9	8,0
Leitfähigkeit	mS/cm	4,7	4,3	3,9	4,6	4,4	4,1	4,1	4,3	4,1	4,7	5,2	4,8	4,6
NH ₄ -N	mg/l	0,08	< 0,07	< 0,07	< 0,07	0,24	0,12	< 0,07	< 0,07	...	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	3,3	3,4	3,7	3,0	2,2	1,9	2,4	2,8	...	3,5	3,9	3,7	3,7
GesamtN ²⁾	mg/l	4,9	4,6	4,9	4,2	3,0	3,1	3,8	4,1	...	4,9	4,9	4,7	4,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,11	0,14	0,13	0,05	0,13	0,17	0,18	...	0,16	0,17	0,18	0,15
GesamtP ³⁾	mg/l	0,09	0,11	0,17	0,19	0,15	0,23	0,29	0,35	...	0,23	0,19	0,20	0,17
TOC	mg/l	3,7	3,4	5,1	4,7	4,6	4,8	7,0	5,9	...	6,6	3,4	4,1	3,2
Cl	mg/l	1000	1050	950	1200	1150	1050	1150	1200	...	1300	1400	1300	1200

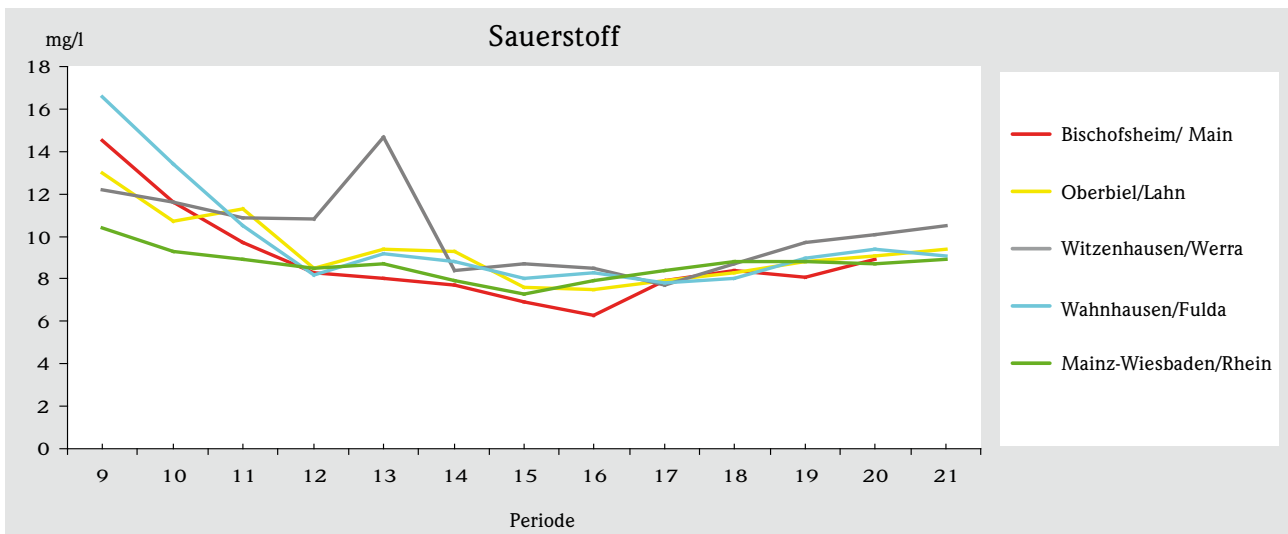
Messstation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
		19.4. 2010	3.5. 2010	17.5. 2010	31.5. 2010	14.6. 2010	28.6. 2010	12.7. 2010	26.7. 2010	9.8. 2010	23.8. 2010	6.9. 2010	20.9. 2010	4.10. 2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	32,1	38,2	45,2	50,7	33,3	35,2	36,0	36,0	41,6	56,3	39,5	49,0	53,9
Temperatur	°C	12,6	11,4	13,4	17,1	17,5	20,2	20,3	17,2	17,2	16,1	14,5	12,9	12,2
Sauerstoff	mg/l	16,6	13,4	10,5	8,2	9,2	8,8	8,0	8,3	7,8	8,0	9,0	9,4	9,1
pH		9,2	8,5	7,8	7,6	7,7	7,9	7,7	7,7	7,5	7,5	7,7	7,7	7,7
Leitfähigkeit	µS/cm	521	501	482	484	495	461	443	451	459	430	475	467	416
NH ₄ -N	mg/l	0,12	0,11	< 0,07	0,07	0,08	< 0,07	< 0,07	< 0,07	0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	2,4	3,0	3,1	2,7	2,4	2,3	2,3	2,5	3,2	2,9	3,0	2,7	2,3
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,3	4,0	4,4	4,2	3,7	3,7	3,5	3,5	3,8	3,8	3,6	3,5	3,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,03	0,15	0,17	0,17	0,13	0,14	0,16	0,15	0,30	0,24	0,17	0,14	0,11
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,11	0,16	0,18	0,26	0,20	0,20	0,19	0,20	0,32	0,30	0,19	0,17	0,12
TOC	mg/l	7,6	4,7	6,0	6,6	4,1	4,0	4,2	3,4	4,7	6,3	3,3	3,6	3,2
Cl	mg/l	56	53	52	48	51	48	47	49	87	60	51	47	42

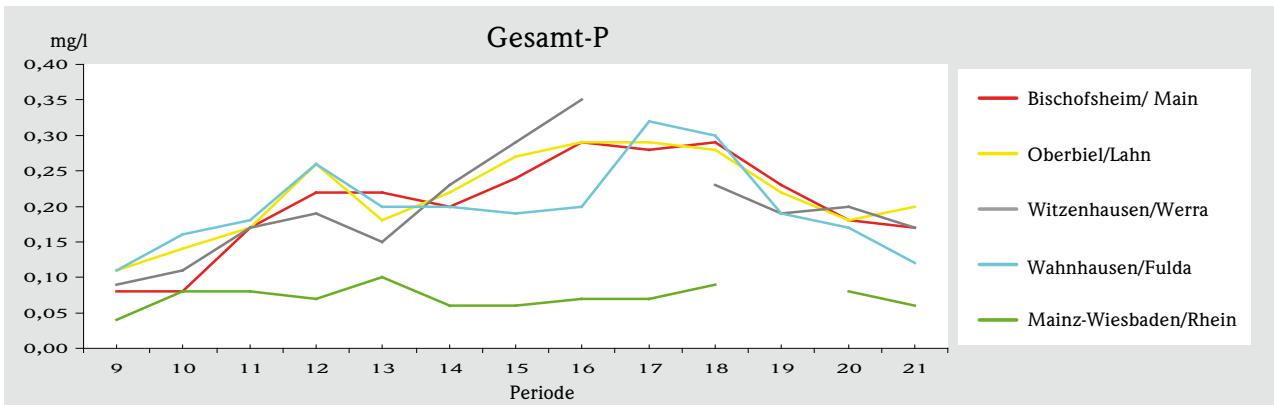
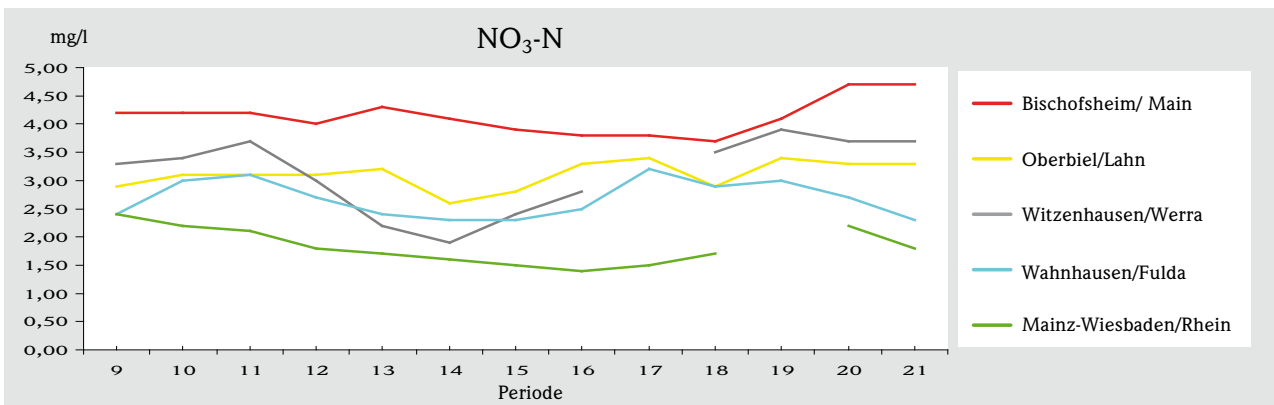
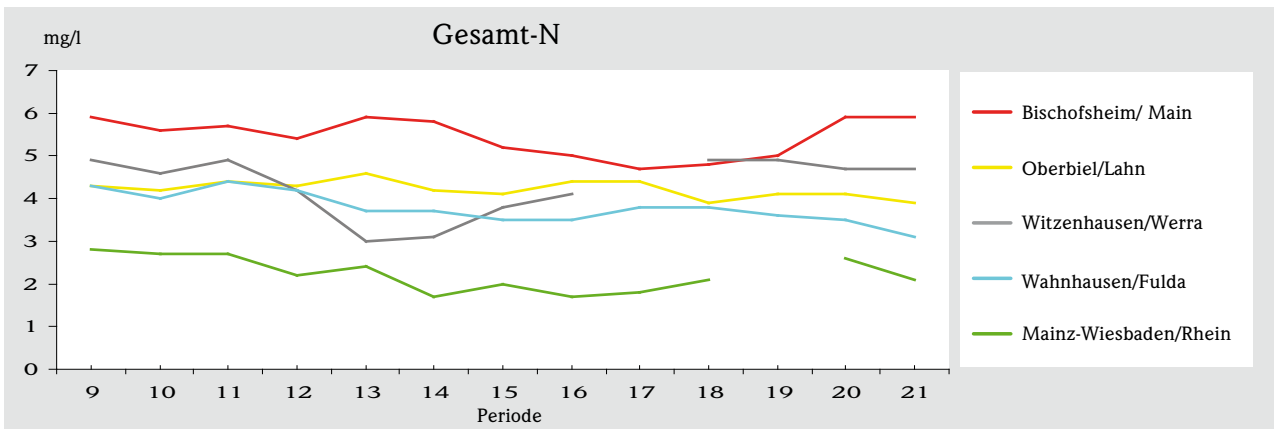
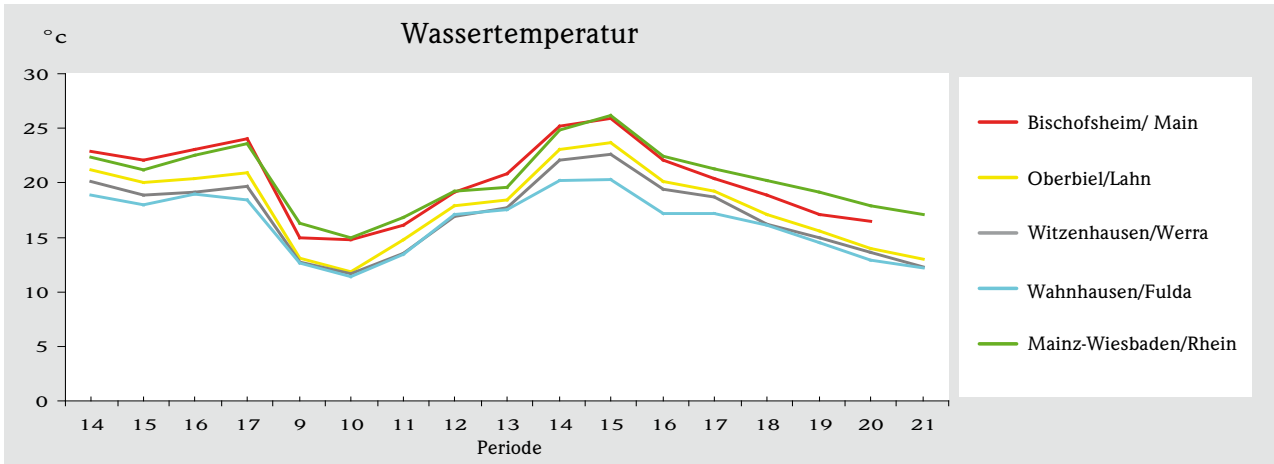
Messstation Mainz-Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
		19.4. 2010	3.5. 2010	17.5. 2010	31.5. 2010	14.6. 2010	28.6. 2010	12.7. 2010	26.7. 2010	9.8. 2010	23.8. 2010	6.9. 2010	20.9. 2010	4.10. 2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	1069	1676	1646	2123	2224	1550	1374	2053	2319	2262	1766	1511	1214
Temperatur	°C	16,3	15,0	16,8	19,2	19,6	24,8	26,2	22,4	21,3	20,2	19,1	17,9	17,1
Sauerstoff	mg/l	10,4	9,3	8,9	8,5	8,7	7,9	7,3	7,9	8,4	8,8	8,8	8,7	8,9
pH		8,2	7,9	7,9	7,8	7,9	7,9	7,9	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0
Leitfähigkeit	µS/cm	507	460	446	402	387	404	412	381	361	372	384	430	447
NH ₄ -N	mg/l	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	...	< 0,02	< 0,02
NO ₃ -N	mg/l	2,4	2,2	2,1	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	1,5	1,7	...	2,2	1,8
Gesamt-N ²⁾	mg/l	2,8	2,7	2,7	2,2	2,4	1,7	2,0	1,7	1,8	2,1	...	2,6	2,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,02	0,06	0,06	0,05	0,04	0,04	0,06	0,06	0,05	0,06	...	0,1	0,05
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,04	0,08	0,08	0,07	0,10	0,06	0,06	0,07	0,07	0,09	...	0,08	0,06
TOC	mg/l	2,5	2,8	2,3	2,6	3,4	2,2	2,1	2,4	2,3	2,9	...	2,3	2,1
EDTA	µg/l
Cl	mg/l	46	38	35	30	26	30	34	28	25	25	28	34	37

¹⁾ = vorl. Abflusswerte

²⁾ = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

³⁾ = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.








B. Die Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit rund 30 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den Luftqualitäts-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften (EG), welche durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und seine Verordnungen in deutsches Recht umgesetzt sind und durch das BImSchG selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

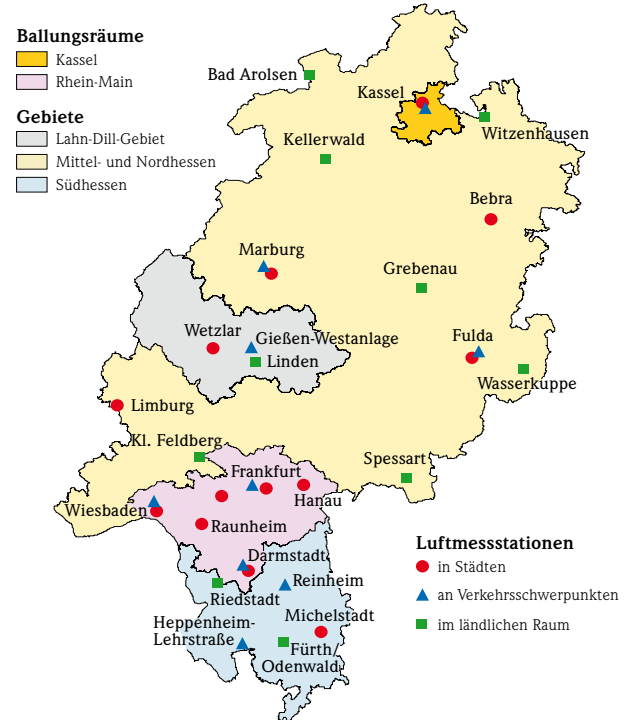
Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie Info-Telefon, Videotext, Fax-auf-Abruf und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhaltungsplanung. Im Kontext der neuen europäischen Luftreinhaltestrategie liefern die Ergebnisse einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung langfristiger Luftqualitätsziele.

Sowohl die Aufteilung Hessens in Ballungsräume und Gebiete nach 22. BImSchV als auch die Standorte der Luftmessstationen sind der nebenstehenden Übersichtskarte zu entnehmen. Die Anzahl und die Standorte der Stationen können im Laufe der Zeit variieren, da sie den rechtlichen und fachlichen Vorgaben aktuell angepasst werden. Die Messstationen sind entsprechend ihrer Standortcharakteristik in drei Gruppen unterteilt:

	Luftmessstationen in Städten
	Luftmessstationen an Verkehrsschwerpunkten
	Luftmessstationen im ländlichen Raum

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃), Schwefeldioxid (SO₂), Feinstaub (PM₁₀), Benzol/Toluol/Xylol

(BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von zwölf Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich ein



vollständiger Jahresgang der Temperatur und des Konzentrationsverlaufs der Schadstoffkomponenten verfolgen.

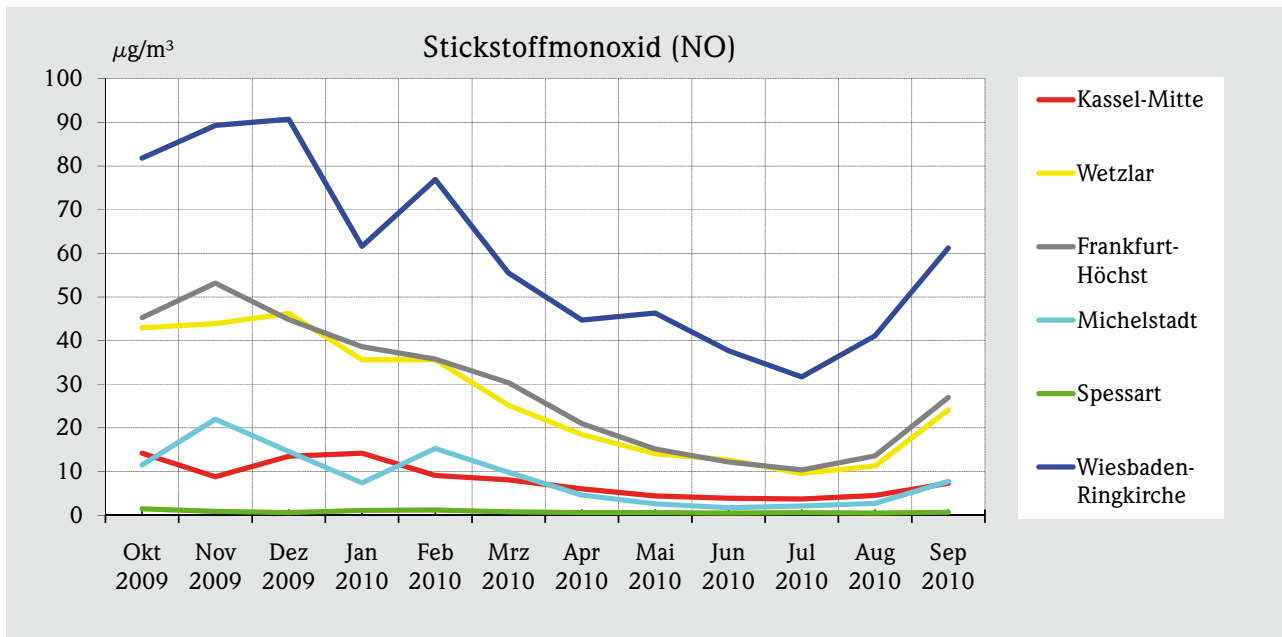
Der Feinstaub (PM₁₀), welcher erfasst wird, ist eine Staubfraktion, deren Partikel einen Durchmesser kleiner oder gleich 10 Mikrometer (µm) aufweisen. Diese Staubfraktion beinhaltet die lungengängigen Feinstäube, welche nach medizinischen Erkenntnissen ein deutlich größeres Schädigungspotential haben als die groben Partikel. Entsprechend einer EG-Richtlinie erfolgte im Jahr 2000 die Umstellung von der bisherigen Gesamtstaub-Messung auf die Messung von Feinstaub (PM₁₀).

In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte

Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

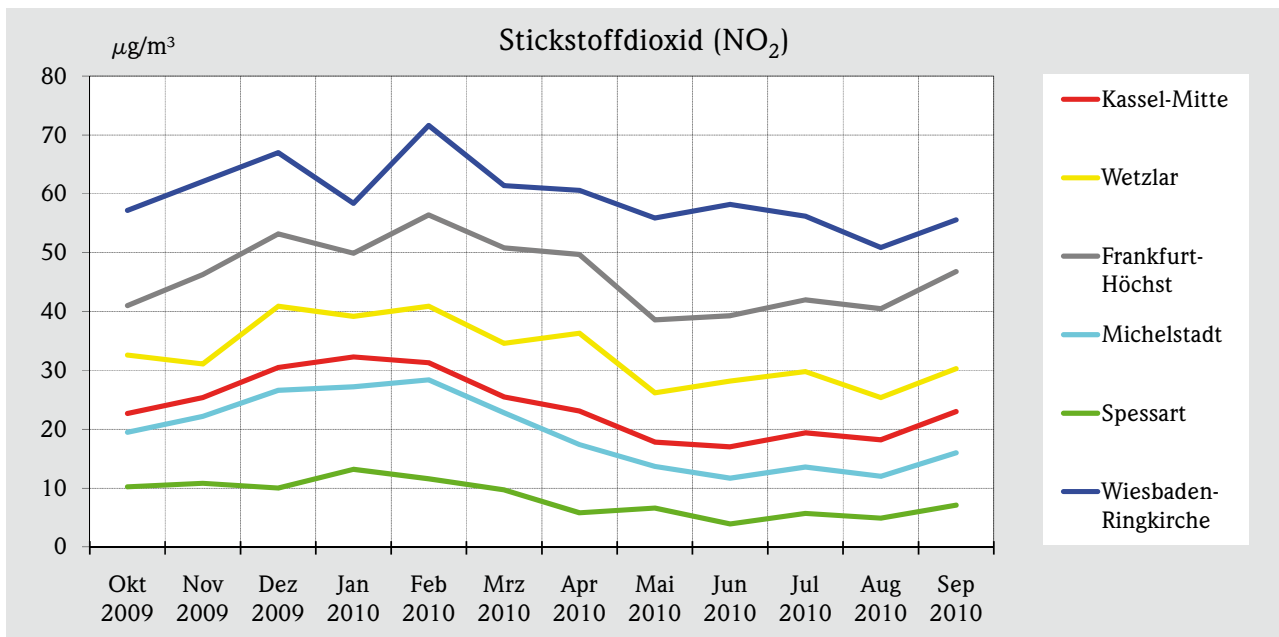
- Info-Telefon des HLUG: 0611/6939-666 (Ansaage)
- Videotext-Dienst des HR3: Hessentext Tafeln 174–182
- Fax-auf-Abruf-Service des HLUG: 0611/18061-000 (Übersicht)
- Internet: www.hlug.de
- Mobilfunk: wap.hlug.de

a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



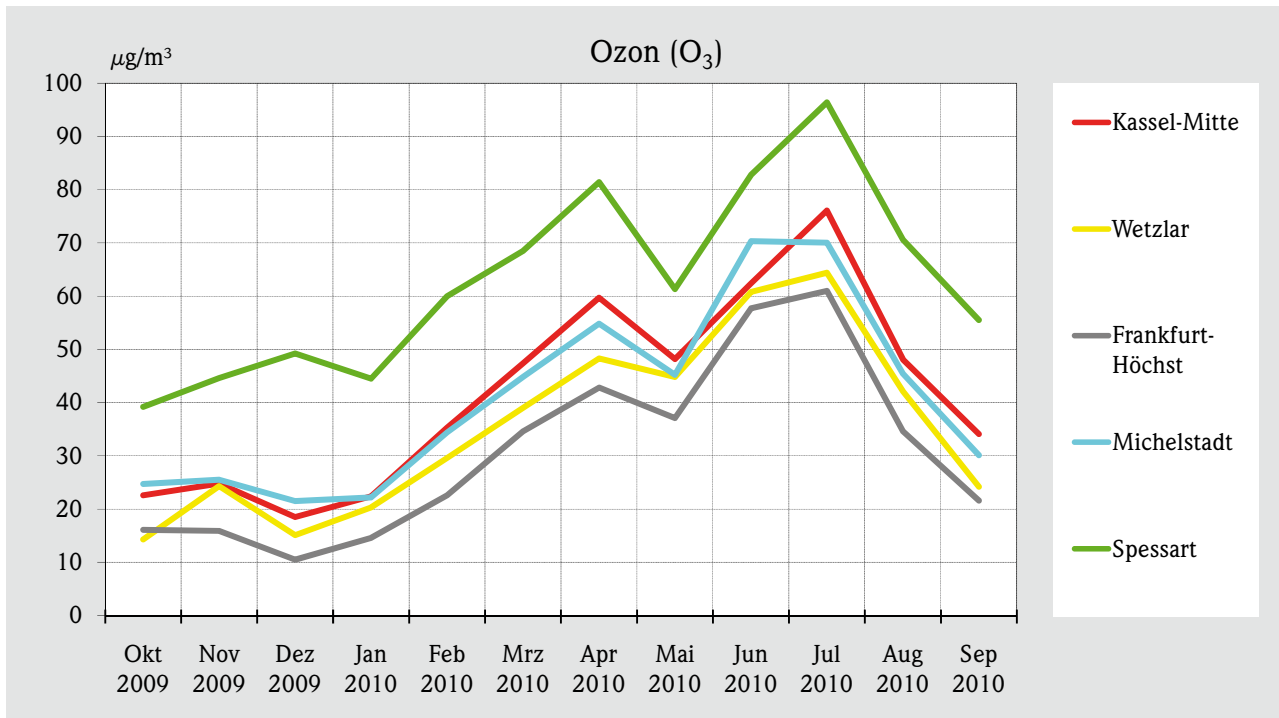
Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Bad Arolsen	1,6	1,3	1,1	1,5	1,5	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,9	0,8
Bebra	10,4	11,0	11,9	10,6	8,5	6,2	4,5	3,4	2,6	2,7	3,7	4,2
Darmstadt	15,2	17,1	13,5	10,1	10,4	9,5	4,7	4,1	2,1	2,6	3,1	5,8
Darmstadt-Hügelstraße	100,1	61,1	76,2	83,9	71,8	79,3	93,1	88,2	89,2	67,1	64,1	97,9
Ffm.-Friedb.-Landstraße	70,7	65,3	63,8	60,3	53,8	41,9	36,1	35,5	31,3	25,7	27,7	47,7
Ffm.-Höchst	45,3	53,2	44,8	38,6	35,8	30,4	21,0	15,2	12,2	10,4	13,6	27,0
Ffm.-Ost	33,9	49,7	33,7	20,5	24,1	22,2	8,7	7,4	4,3	8,7	15,8	21,9
Fulda-Mitte	15,3	13,5	13,5	18,2	15,9	12,1	8,7	4,9	3,5	3,7	4,1	8,8
Fulda-Petersberger-Straße	87,3	88,9	79,3	76,3	79,9	51,7	31,0	25,2	19,4	23,9	31,3	47,7
Fürth/Odenwald	2,3	0,8	0,9	1,0	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,7
Gießen-Westanlage	85,9	93,1	110,4	83,8	61,3	62,7	52,0	35,3	20,1	17,4	22,9	44,7
Grebenua	2,2	0,6	1,3	2,3	1,0	0,9	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6	0,9
Hanau	40,6	46,5	40,7	36,4	32,0	28,8	18,4	17,1	12,0	12,1	16,2	26,0
Heppenheim-Lehrstraße	54,7	47,5	40,8	41,3	30,8	31,8	22,0	21,9	16,5	21,6	27,2	40,4
Kassel-Fünfensterstraße	56,1	64,3	59,9	54,1	54,3	42,9	29,7	33,4	30,1	36,2	42,0	52,4
Kassel-Mitte	14,2	8,8	13,5	14,2	9,1	8,1	6,0	4,4	3,9	3,7	4,5	7,3
Kellerwald	1,0	0,7	0,7	1,0	1,0	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Kleiner Feldberg	0,9	0,6	0,7	1,1	1,0	0,8	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,7
Limburg	28,6	28,3	24,6	19,8	21,2	18,4	12,2	7,0	6,1	5,0	7,0	13,8
Linden	12,5	11,8	10,4	10,3	5,2	5,7	4,6	2,6	2,6	2,6	2,4	6,2
Marburg	20,0	24,9	19,6	13,8	14,6	11,7	5,8	3,8	3,0	2,7	4,4	9,3
Marburg-Universitätsstraße	78,5	103,5	75,1	61,4	65,5	47,5	27,3	31,0	24,9	30,9	48,1	59,6
Michelstadt	11,5	22,0	14,6	7,4	15,3	9,8	4,6	2,6	1,7	2,1	2,7	7,7
Raunheim	33,7	41,0	27,2	22,8	19,3	17,9	10,9	7,5	5,0	5,2	7,8	16,4
Reinheim	71,5	75,8	72,1	58,5	46,2	44,3	40,8	32,7	29,3	31,8	33,8	49,2
Riedstadt	13,8	14,7	6,8	12,1	8,1	7,6	4,2	2,3	1,6	2,0	2,0	5,6
Spessart	1,5	0,9	0,6	1,1	1,2	0,8	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	0,7
Wasserkuppe	0,7	0,7	1,0	3,0	1,0	2,9	1,7	0,9	0,7	0,5	0,4	0,5
Wetzlar	42,9	43,9	46,2	35,6	35,6	25,2	18,5	14,1	12,7	9,6	11,3	24,1
Wiesbaden-Ringkirche	81,8	89,3	90,7	61,6	76,9	55,5	44,7	46,3	37,7	31,7	41,1	61,2
Wiesbaden-Süd	30,2	34,0	29,8	18,4	17,6	12,5	8,2	6,7	4,0	4,9	6,8	15,3
Witzenhausen	0,9	0,5	0,6	0,9	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO₂) in µg/m³



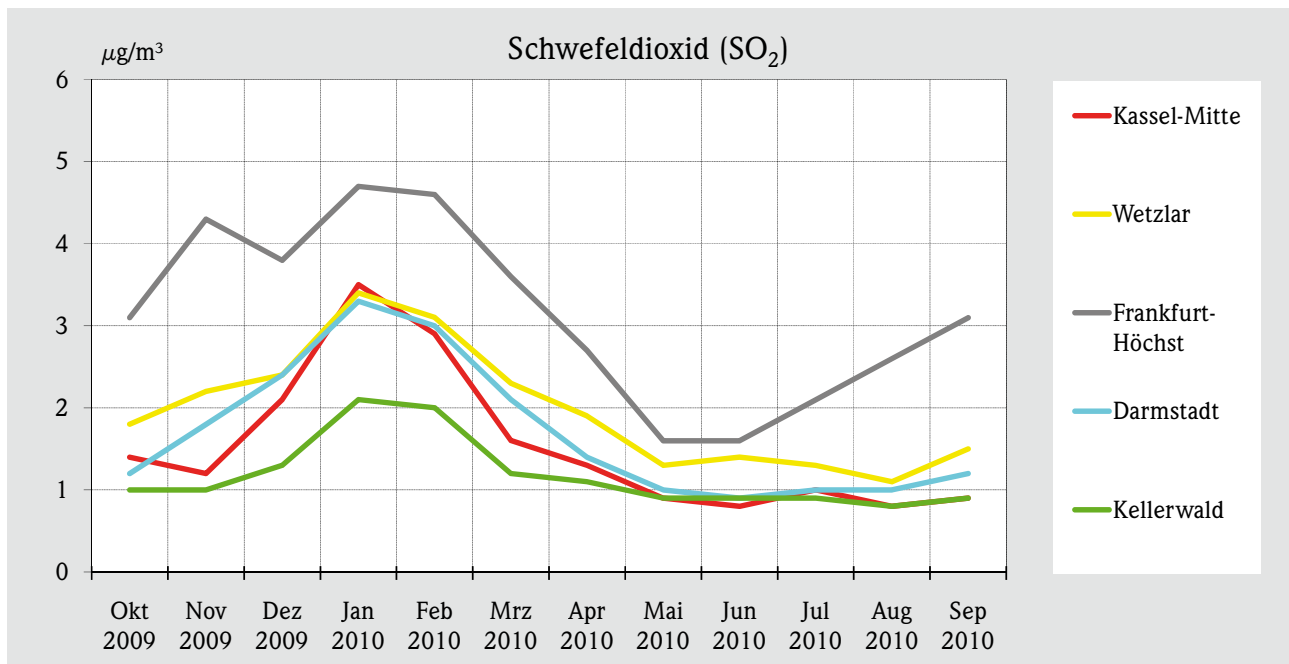
Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Bad Arolsen	10,8	12,0	14,8	16,8	13,4	9,3	7,7	6,8	5,0	5,5	6,3	8,3
Bebra	17,0	19,1	22,4	24,6	24,9	19,7	15,4	12,8	10,2	12,1	12,9	14,4
Darmstadt	26,3	29,7	33,4	34,1	30,4	29,3	26,6	25,1	19,6	21,0	19,6	23,4
Darmstadt-Hügelstraße	61,3	48,2	56,1	58,8	57,8	63,9	77,8	67,9	80,4	75,1	55,2	65,1
Ffm.-Friedb.-Landstraße	56,4	55,3	64,2	62,2	67,3	56,2	58,2	50,3	54,5	55,6	46,1	53,7
Ffm.-Höchst	41,0	46,3	53,2	49,9	56,4	50,8	49,7	38,6	39,3	42,0	40,5	46,8
Ffm.-Ost	34,6	42,0	44,0	39,4	43,1	40,1	31,0	24,8	21,5	34,6	35,0	34,7
Fulda-Mitte	24,1	24,8	30,6	34,7	37,4	31,4	29,8	22,6	19,3	19,8	17,7	24,2
Fulda-Petersberger-Straße	40,7	42,0	42,4	39,9	48,9	47,6	45,0	36,2	36,8	44,5	39,5	42,4
Fürth/Odenwald	11,5	10,0	10,1	18,8	15,2	11,1	8,3	8,6	5,9	6,6	6,6	8,6
Gießen-Westanlage	48,4	57,3	67,6	57,8	54,1	53,6	52,8	41,2	37,3	39,3	35,6	40,1
Grebenua	10,9	10,4	14,1	18,2	13,2	10,5	7,7	6,2	5,9	6,7	5,9	8,0
Hanau	36,4	40,5	44,6	43,2	46,6	42,5	37,9	31,6	28,7	32,0	31,1	34,5
Heppenheim-Lehrstraße	37,3	40,2	39,6	41,9	40,2	40,0	33,0	30,8	29,5	36,8	31,3	34,0
Kassel-Fünffensterstraße	46,0	54,5	51,5	49,6	59,0	54,0	48,7	40,6	41,5	57,6	49,7	52,4
Kassel-Mitte	22,7	25,4	30,5	32,3	31,3	25,5	23,1	17,8	17,0	19,4	18,2	23,0
Kellerwald	9,2	11,0	12,1	13,9	11,1	7,4	5,2	5,0	3,5	3,8	4,6	5,5
Kleiner Feldberg	10,0	10,8	11,7	13,7	13,2	9,5	7,2	6,5	5,2	6,4	6,0	7,2
Limburg	27,4	24,8	32,5	34,4	35,1	31,5	29,4	23,7	21,1	19,7	18,3	23,9
Linden	19,9	24,1	26,2	24,1	24,6	21,2	17,9	13,8	12,5	14,2	14,2	16,3
Marburg	24,8	28,7	32,5	28,9	31,2	25,6	23,1	17,3	16,0	17,3	17,3	20,4
Marburg-Universitätsstraße	47,9	56,5	53,3	49,1	56,5	46,2	40,7	37,7	38,9	50,3	46,3	45,1
Michelstadt	19,5	22,2	26,6	27,2	28,4	22,8	17,4	13,7	11,7	13,6	12,0	16,0
Raunheim	30,4	29,8	36,7	35,7	35,2	31,6	36,6	26,1	27,5	29,3	24,5	30,9
Reinheim	44,4	49,3	52,9	48,9	44,5	43,7	43,5	36,0	37,7	41,0	35,0	39,3
Riedstadt	22,3	26,1	31,4	33,6	29,0	23,1	20,0	14,8	12,1	13,5	11,7	17,0
Spessart	10,2	10,8	10,0	13,2	11,6	9,7	5,8	6,6	3,9	5,7	4,9	7,1
Wasserkuppe	7,5	7,1	9,1	11,6	9,5	10,0	6,7	5,3	3,4	3,8	3,7	5,4
Wetzlar	32,6	31,1	40,9	39,2	40,9	34,6	36,3	26,2	28,2	29,8	25,4	30,3
Wiesbaden-Ringkirche	57,2	62,1	67,0	58,4	71,6	61,4	60,6	55,9	58,2	56,2	50,9	55,6
Wiesbaden-Süd	31,0	34,0	43,8	40,9	44,0	35,8	35,7	28,9	26,4	29,2	28,7	32,2
Witzenhausen	8,4	9,0	10,3	14,1	10,5	8,4	5,7	5,9	4,2	4,6	5,3	5,9

c) Monatsmittelwerte – Ozon (O₃) in µg/m³



Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Bad Arolsen	40,1	42,6	37,1	40,8	58,2	71,1	84,3	64,4	71,6	82,7	57,4	48,4
Bebra	20,8	24,6	20,6	26,1	39,7	47,8	54,8	45,8	58,4	61,1	45,2	33,9
Darmstadt	21,8	26,5	23,2	22,0	39,5	45,1	54,9	41,3	65,4	67,1	47,0	30,7
Ffm.-Höchst	16,1	15,9	10,5	14,6	22,6	34,6	42,8	37,1	57,7	61,0	34,6	21,6
Ffm.-Ost	17,6	16,6	13,5	18,2	28,3	38,5	54,3	45,0	66,1	62,5	34,8	23,7
Fulda-Mitte	22,9	28,5	23,1	24,2	38,6	47,3	54,0	46,9	65,1	68,5	47,6	30,4
Fürth/Odenwald	40,5	45,8	42,2	32,3	54,8	64,8	76,2	55,8	80,9	93,0	72,2	56,6
Grebenu	27,6	34,9	33,1	33,3	53,7	60,4	71,9	51,1	66,5	74,8	52,8	41,0
Hanau	18,7	19,7	14,1	17,5	28,3	40,1	49,4	40,0	59,5	63,5	40,5	26,2
Kassel-Mitte	22,6	24,8	18,5	22,4	35,3	47,4	59,7	48,2	62,4	76,1	48,1	34,1
Kellerwald	39,8	39,7	35,6	35,9	51,0	61,4	76,2	59,2	81,4	95,9	63,1	52,5
Kleiner Feldberg	48,0	53,3	53,0	49,9	67,3	77,6	88,1	70,1	96,0	105,4	76,3	66,6
Limburg	20,5	27,3	18,3	18,0	28,6	38,3	50,9	43,8	60,8	65,5	46,9	31,4
Linden	22,5	24,7	17,1	18,5	28,0	40,9	63,9	63,8	58,6	65,8	49,8	35,5
Marburg	19,9	21,8	15,9	22,4	33,0	47,6	56,8	46,2	60,9	67,8	45,7	29,9
Michelstadt	24,7	25,5	21,5	22,2	34,4	44,8	54,8	45,2	70,3	70,0	45,4	30,1
Raunheim	20,6	24,5	16,4	20,2	34,9	46,2	51,0	42,2	57,3	65,5	45,5	28,7
Riedstadt	25,2	25,8	21,4	22,8	38,5	48,2	61,8	53,0	73,8	74,6	53,1	36,1
Spessart	39,2	44,6	49,2	44,5	60,0	68,5	81,4	61,3	82,8	96,4	70,6	55,5
Wasserkuppe	53,2	49,4	54,2	52,5	69,1	70,9	91,3	71,6	93,3	105,9	76,8	65,7
Wetzlar	14,3	24,3	15,1	20,3	29,6	39,0	48,3	44,8	60,8	64,4	42,1	24,2
Wiesbaden-Süd	19,3	20,9	14,4	18,8	29,2	45,3	55,7	40,2	62,9	67,6	42,3	28,5
Witzenhausen	41,5	46,5	41,1	42,9	61,8	67,4	80,4	63,6	79,6	91,8	58,8	51,1

d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO₂) in µg/m³



Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Darmstadt	1,2	1,8	2,4	3,3	3,0	2,1	1,4	1,0	0,9	1,0	1,0	1,2
Ffm.-Höchst	3,1	4,3	3,8	4,7	4,6	3,6	2,7	1,6	1,6	2,1	2,6	3,1
Hanau	2,2	3,0	4,0	4,7	4,2	2,6	1,7	1,2	1,1	1,3	1,1	1,4
Kassel-Mitte	1,4	1,2	2,1	3,5	2,9	1,6	1,3	0,9	0,8	1,0	0,8	0,9
Kellerwald	1,0	1,0	1,3	2,1	2,0	1,2	1,1	0,9	0,9	0,9	0,8	0,9
Linden	1,2	1,5	1,9	2,6	2,3	1,5	1,2	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9
Michelstadt	1,6	2,6	3,0	3,3	3,1	2,3	1,5	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0
Raunheim	2,6	2,8	3,9	5,1	4,1	3,0	2,3	1,4	1,7	1,6	1,1	1,5
Wasserkuppe	1,0	1,0	1,6	2,3	2,0	1,5	1,1	0,9	1,0	1,0	0,9	1,0
Wetzlar	1,8	2,2	2,4	3,4	3,1	2,3	1,9	1,3	1,4	1,3	1,1	1,5
Wiesbaden-Süd	1,5	1,5	1,6	2,4	2,5	2,4	2,4	1,2	1,6	1,6	1,2	1,5

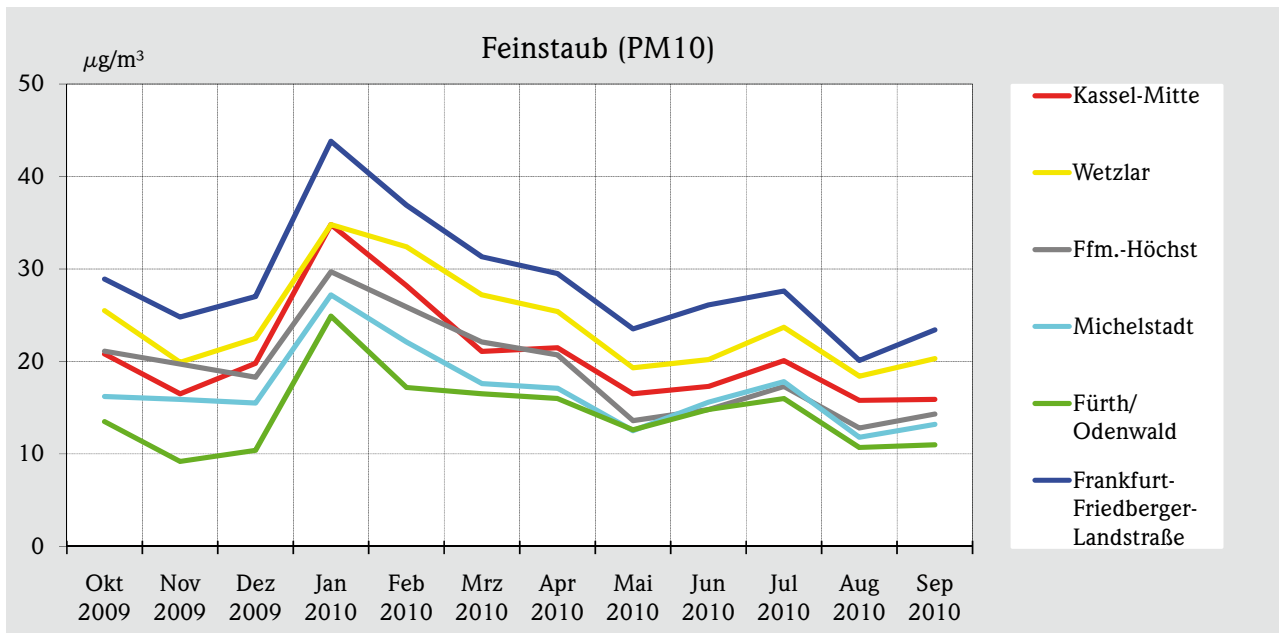
Reduzierung von SO₂-, CO- und BTX-Messplätzen

Sowohl die Jahresmittelwerte für Schwefeldioxid (SO₂) als auch die max. 8h-Mittelwerte für Kohlenmonoxid (CO) liegen an den hessischen Luftmessstationen dauerhaft auf niedrigem Niveau, sodass nach der 22. BImSchV eine Messung nicht erforderlich ist. Die Kontrolle der beiden Komponenten wird ab Januar 2008 nun mit jeweils nur noch 10 Messplätzen durchgeführt.

Die BTX-Messung in Michelstadt wurde eingestellt, da hier die Benzolkonzentration signifikant niedriger liegt als an den anderen Stationen

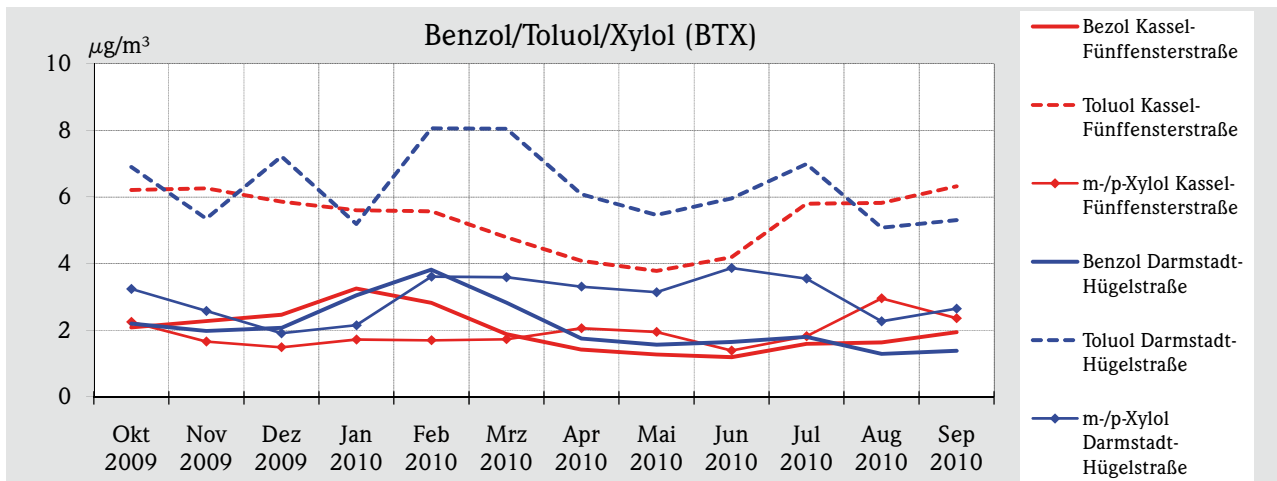
Mit Beginn des Monats Februar 2008 ersetzt die Luftmessstation Kassel-Mitte die bisherige Messstation Kassel-Nord, die wegen anstehender Baumaßnahmen stillgelegt wurde. Die neue Messstation entspricht den Vorgaben der EU-Luftqualitätsrichtlinien für den Standortcharakter „städtischer Hintergrund“.

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM10) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
Bad Arolsen	15,5	12,1	13,5	24,7	20,3	17,0	18,6	14,7	15,7	18,7	13,6	12,9
Bebra	19,1	15,5	16,8	31,6	26,6	19,4	20,0	14,6	15,4	20,7	14,2	15,6
Darmstadt	16,1	13,0	13,0	25,6	19,6	18,0	17,7	14,2	16,5	18,7	11,9	13,6
Darmstadt-Hügelstraße	29,0	21,8	23,5	42,5	33,6	31,8	33,2	27,5	29,7	26,3	20,1	24,7
Ffm.-Friedb.-Landstraße	28,9	24,8	27,0	43,8	36,9	31,3	29,5	23,5	26,1	27,6	20,1	23,4
Ffm.-Höchst	21,1	19,7	18,3	29,7	25,9	22,1	20,7	13,6	14,8	17,3	12,8	14,3
Ffm.-Ost	22,2	20,0	17,7	27,8	24,0	22,2	23,3	16,3	18,4	22,5	20,7	24,7
Fulda-Mitte	14,9	13,1	13,6	27,6	23,0	18,3	19,4	12,7	14,9	18,2	11,9	12,7
Fulda-Petersberger-Straße	26,5	23,9	24,5	40,4	36,0	28,3	25,7	19,4	18,8	24,0	19,2	23,1
Fürth/Odenwald	13,5	9,2	10,4	24,9	17,2	16,5	16,0	12,6	14,8	16,0	10,7	11,0
Gießen-Westanlage	27,5	24,1	26,2	37,5	33,4	29,9	27,5	22,1	21,0	25,3	19,5	29,3
Hanau	17,4	15,8	15,9	25,5	19,2	15,9	16,3	12,5	18,0	19,0	13,7	15,0
Heppenheim-Lehrstraße	24,3	19,3	21,6	42,2	29,5	29,6	23,4	19,9	19,8	22,3	16,9	19,4
Kassel-Fünffensterstraße	30,1	26,8	25,9	39,3	34,0	29,6	28,7	22,7	21,5	26,5	23,2	24,7
Kassel-Mitte	20,8	16,5	19,8	34,8	28,2	21,1	21,5	16,5	17,3	20,1	15,8	15,9
Kellerwald	13,4	10,9	11,2	22,7	18,3	13,8	17,3	13,3	13,3	15,9	11,7	12,6
Kleiner Feldberg	.	.	.	11,1	10,8	10,1	13,8	10,1	12,5	13,3	9,3	9,2
Limburg	18,3	15,5	15,8	27,4	23,9	20,0	22,0	15,9	18,8	20,3	14,3	15,3
Marburg	15,5	14,0	14,4	23,9	20,3	17,3	19,0	13,3	16,6	18,8	11,6	13,9
Marburg-Universitätsstraße	20,2	21,9	24,8	37,3	35,0	32,2	26,0	19,8	20,2	23,3	20,0	24,5
Michelstadt	16,2	15,9	15,5	27,2	22,1	17,6	17,1	12,5	15,6	17,8	11,8	13,2
Raunheim	15,8	13,9	13,2	21,9	17,6	16,2	19,3	13,3	14,7	16,8	11,8	13,0
Reinheim	25,0	22,5	23,3	39,8	30,8	25,6	23,7	18,0	19,0	21,3	16,7	19,1
Riedstadt	15,4	13,3	12,7	25,0	18,9	17,6	17,8	15,2	15,0	17,0	11,3	11,5
Wasserkuppe	7,4	6,5	6,4	10,6	10,2	11,0	14,5	9,3	11,8	14,0	9,6	9,7
Wetzlar	25,5	19,9	22,5	34,8	32,4	27,2	25,4	19,3	20,2	23,7	18,4	20,3
Wiesbaden-Ringkirche	21,7	20,2	19,4	28,3	27,6	23,3	22,6	17,6	19,1	20,0	16,4	20,7
Wiesbaden-Süd	19,0	16,6	15,0	23,6	21,0	17,7	18,9	13,3	16,3	19,1	13,2	15,3
Witzenhausen	12,8	9,3	9,5	19,8	17,0	12,7	15,2	11,3	12,6	15,5	10,8	10,9

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

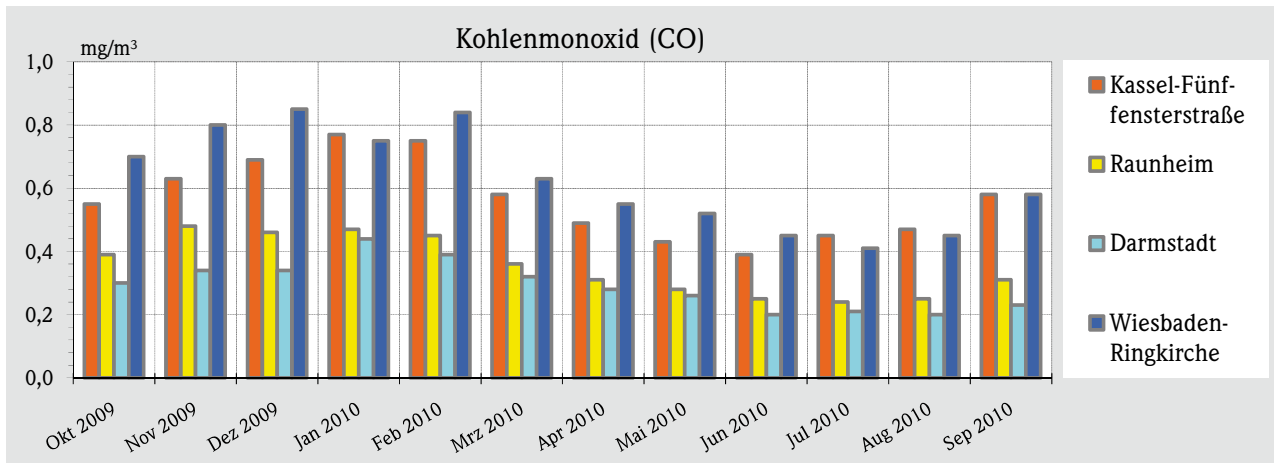


Benzol													
	Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
▲	Darmstadt-Hügelstraße	2,20	1,98	2,07	3,05	3,82	2,83	1,75	1,57	1,65	1,80	1,29	1,38
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	2,33	2,81	2,54	3,30	2,74	1,88	1,82	1,76	1,92	1,25	1,00	1,42
▲	Fulda-Petersberger-Straße	2,62	2,82	2,89	3,68	3,45	2,03	1,46	1,22	0,93	1,15	1,26	1,68
▲	Heppenheim-Lehrstraße	1,73	2,24	2,28	3,46	2,20	1,66	1,01	1,03	0,86	1,14	1,09	1,32
▲	Kassel-Fünffensterstraße	2,08	2,27	2,46	3,25	2,82	1,88	1,42	1,27	1,19	1,59	1,63	1,94
●	Wetzlar	2,90	2,93	2,75	3,55	3,19	2,41	1,97	1,52	1,34	1,25	1,21	1,67
▲	Wiesbaden-Ringkirche	2,37	3,39	3,30	2,75	2,16	1,61	1,43	1,53	1,44	1,50	1,51	1,84
●	Wiesbaden-Süd	0,99	1,18	1,44	1,88	1,54	0,99	0,84	0,65	0,63	0,75	0,71	0,76

Toluol													
	Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
▲	Darmstadt-Hügelstraße	6,90	5,35	7,22	5,19	8,06	8,05	6,08	5,46	5,96	6,99	5,08	5,31
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	7,81	8,67	6,61	6,12	6,04	5,81	6,52	5,90	6,94	6,16	4,60	6,20
▲	Fulda-Petersberger-Straße	7,85	9,00	7,89	7,66	8,38	5,85	4,80	3,72	3,49	5,05	4,77	6,39
▲	Heppenheim-Lehrstraße	3,37	4,38	3,49	3,81	2,96	3,14	2,78	2,89	2,57	3,55	3,39	3,31
▲	Kassel-Fünffensterstraße	6,21	6,26	5,86	5,60	5,57	4,79	4,08	3,78	4,19	5,80	5,82	6,32
●	Wetzlar	5,92	5,69	4,11	4,50	4,46	4,29	3,84	2,89	2,71	2,89	2,76	3,62
▲	Wiesbaden-Ringkirche	8,98	11,64	10,32	5,76	6,55	6,17	5,92	5,75	5,69	6,23	6,25	7,86
●	Wiesbaden-Süd	2,82	3,29	2,93	2,26	2,39	2,30	2,38	1,96	1,99	2,38	2,29	2,82

m-/p-Xylol													
	Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
▲	Darmstadt-Hügelstraße	3,24	2,58	1,91	2,15	3,61	3,59	3,31	3,14	3,87	3,55	2,27	2,65
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	3,36	4,55	3,75	3,11	3,17	2,84	3,60	3,73	4,09	3,62	2,40	3,25
▲	Fulda-Petersberger-Straße	4,56	4,58	3,51	3,26	3,72	2,45	2,13	1,92	1,75	1,97	2,02	2,79
▲	Heppenheim-Lehrstraße	1,89	3,12	2,49	2,28	1,84	1,69	1,45	1,49	1,46	2,08	2,12	2,19
▲	Kassel-Fünffensterstraße	2,25	1,66	1,49	1,72	1,70	1,73	2,06	1,95	1,39	1,82	2,96	2,36
●	Wetzlar	6,61	6,26	3,86	3,97	3,22	2,80	3,57	3,08	2,74	3,56	5,15	5,94
▲	Wiesbaden-Ringkirche	6,00	7,46	5,86	2,12	2,38	2,22	2,76	2,51	1,99	1,90	1,81	2,74
●	Wiesbaden-Süd	1,35	1,63	1,31	0,75	0,94	0,98	0,98	0,61	1,13	1,25	1,19	1,51

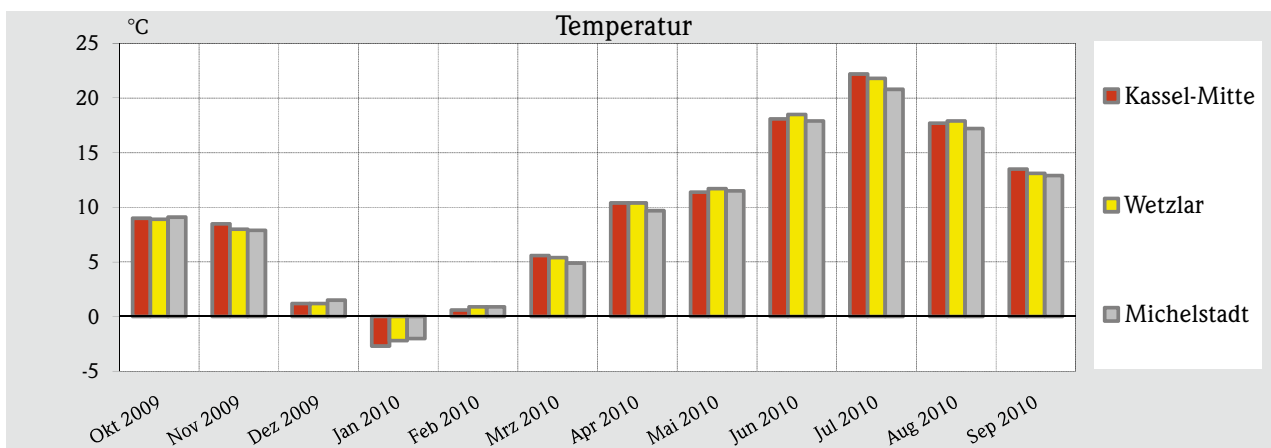
g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in mg/m³



Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
● Darmstadt	0,30	0,34	0,34	0,44	0,39	0,32	0,28	0,26	0,20	0,21	0,20	0,23
▲ Darmstadt-Hügelstraße	0,71	0,54	0,63	0,78	0,70	0,60	0,55	0,62	0,61	0,54	0,49	0,62
▲ Ffm.-Friedb.-Landstraße	0,59	0,59	0,65	0,72	0,66	0,52	0,49	0,44	0,40	0,36	0,36	0,49
▲ Fulda-Petersberger-Straße	0,76	0,79	0,78	0,88	0,92	0,64	0,46	0,40	0,31	0,35	0,38	0,50
▲ Gießen-Westanlage	0,68	0,64	0,72	0,75	0,70	0,58	0,51	0,42	0,32	0,32	0,32	0,45
▲ Kassel-Fünfensterstraße	0,55	0,63	0,69	0,77	0,75	0,58	0,49	0,43	0,39	0,45	0,47	0,58
■ Linden	0,20	0,22	0,27	0,35	0,31	0,22	0,19	0,16	0,12	0,12	0,10	0,17
▲ Marburg-Universitätsstraße	0,60	0,73	0,68	0,70	0,68	0,51	0,37	0,34	0,30	0,36	0,40	0,47
● Raunheim	0,39	0,48	0,46	0,47	0,45	0,36	0,31	0,28	0,25	0,24	0,25	0,31
▲ Reinheim	0,61	0,69	0,75	0,80	0,72	0,57	0,51	0,40	0,35	0,36	0,33	0,47
▲ Wiesbaden-Ringkirche	0,70	0,80	0,85	0,75	0,84	0,63	0,55	0,52	0,45	0,41	0,45	0,58

Lufttemperaturen an drei hessischen Messstationen

h) Monatsmittelwerte – Temperatur in °C



Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10
● Kassel-Mitte (Nordhessen)	9,0	8,5	1,2	-2,7	0,6	5,6	10,4	11,4	18,1	22,2	17,7	13,5
● Wetzlar (Mittelhessen)	8,9	8,0	1,2	-2,2	0,9	5,4	10,4	11,7	18,5	21,8	17,9	13,1
● Michelstadt (Südhessen)	9,1	7,9	1,5	-2,0	0,9	4,9	9,7	11,5	17,9	20,8	17,2	12,9

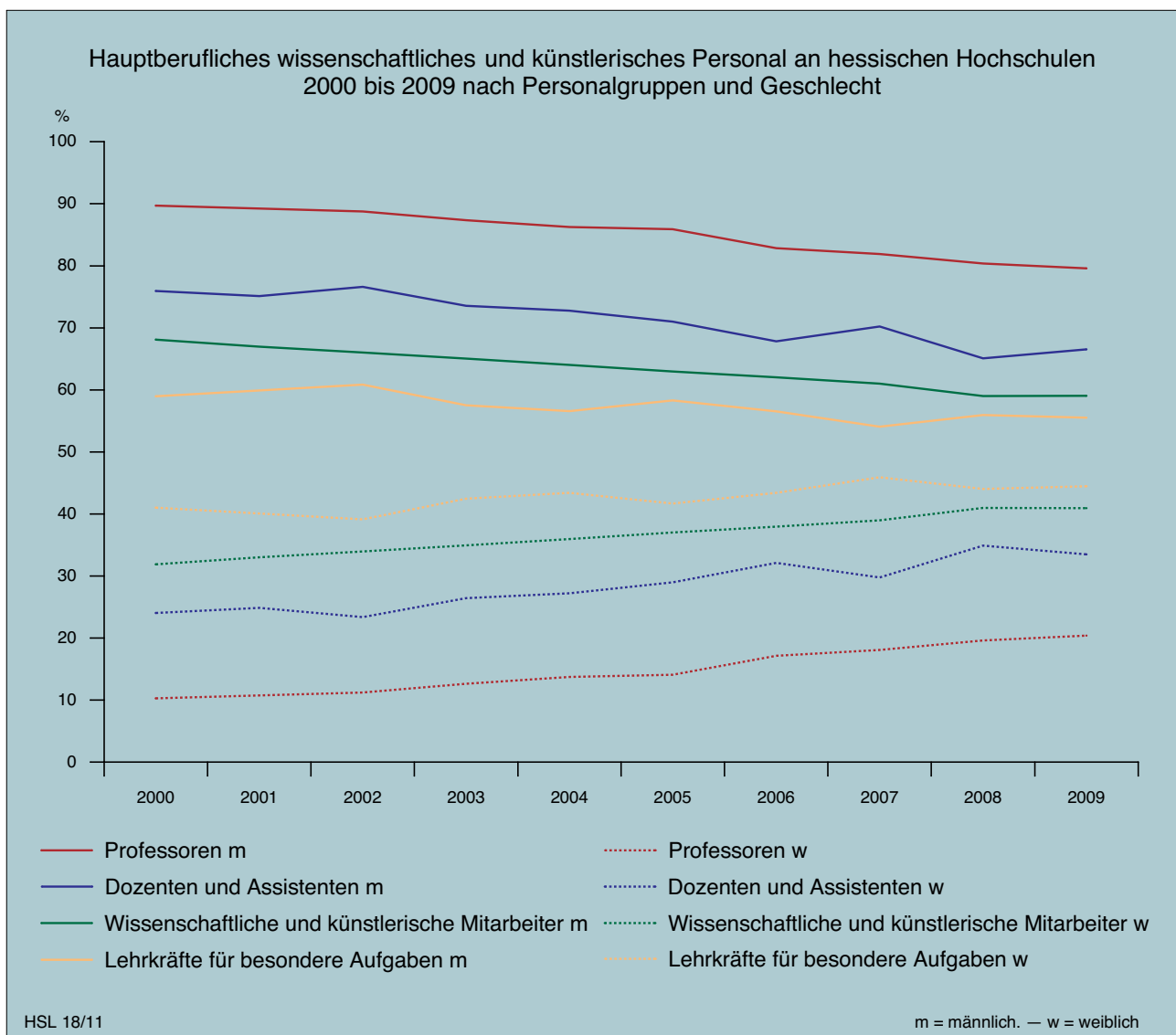
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

2/3 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen

Im laufenden Schuljahr 2010/2011 werden an den beruflichen Schulen in Hessen knapp 193 000 Jugendliche unterrichtet. Die Schülerzahl nahm damit gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr um 2200 oder 1,1 % ab. Wie in den Vorjahren gingen an den Berufsschulen und Berufsfachschulen die Schülerzahlen zurück, während sie an den Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und Fachschulen weiterhin zunahmen. An den 117 Berufsschulen werden mit derzeit 120 000 etwa 3700 Schülerinnen und Schüler weniger unterrichtet als im letzten Schuljahr. Die Anzahl der Schüler mit einem Ausbildungsvertrag, die an der Berufsschule den schulischen Teil ihrer Berufsausbildung absolvieren, nahm im Vergleich zum Vorjahr um knapp 2800 auf 109 700 ab. In den anderen Bildungsgängen, die im Wesentlichen der Ausbildungsvorbereitung dienen (u. a. Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr), gingen die Schülerzahlen um knapp 900 auf 10 300 zurück. Obwohl die Schülerzahl an den Berufsschulen so niedrig ist wie zuletzt vor 60 Jahren, kommt ihnen weiterhin eine zentrale Bedeutung im Bereich der beruflichen Schulen zu. An den 124 Berufsfachschulen werden gut 23 000 Jugendliche und damit 700 weniger als im Vorjahr unterrichtet. An den 92 Fachoberschulen, die auf mittleren Bildungsabschlüssen aufbauen und zur Fachhochschulreife führen, stieg die Schülerzahl hingegen um 400 auf 21 900 an. Auch die 50 beruflichen Gymnasien, deren erfolgreicher Besuch zum Abitur führt, konnten weiterhin deutliche Zuwächse verzeichnen: Innerhalb eines Jahres stieg die Anzahl der Schüler um 1100 auf 13 900 an. Die 116 Fachschulen werden von 14 000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht, das entspricht einem Zuwachs von 720 binnen Jahresfrist. Die Fachschulen dienen der vertiefenden beruflichen Ausbildung und werden nach einer Berufsausbildung oder ausreichender Berufspraxis besucht.

Zensus 2011 – Rücklaufquote bei der Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungseigentümer

Im Herbst 2010 wurde in Hessen zur Vorbereitung der im Rahmen des Zensus 2011 stattfindenden Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) vom Hessischen Statistischen Landesamt eine Vorbefragung bei Eigentümern/-innen von Gebäuden mit Wohnraum durchgeführt. Die Vorerhebung ist nun nahezu abgeschlossen. Bundesweit haben deutlich mehr als die Hälfte der angeschriebenen Eigentümer/-innen den Fragebogen beantwortet. Die Rücklaufquote für Hessen beträgt – nach ge-

genwärtigem Stand – rund 60 %. Solche Rücklaufquoten liegen bei schriftlichen Erhebungen, bei denen keine umfassende Nachfassaktion durchgeführt wird, im Rahmen der Erwartungen. Nach unseren Erfahrungen steigen die Antwortquoten sprunghaft an, wenn ein Erinnerungs- und Mahnverfahren zur Anwendung kommt. Dies war bei der GWZ-Vorbefragung nicht der Fall und auch nicht geplant. Primäres Ziel der Vorbefragung war die Überprüfung der Zustellbarkeit der Eigentümeradressen. Das HSL hatte diese Prüfung im Vorfeld mittels anderer, technischer Möglichkeiten für das Gros der Eigentümeranschriften schon vorgenommen und nur eine partielle Vorbefragung bei rund 350 000 Eigentümern durchgeführt.

Ausbildungsgeschehen: Weniger Jugendliche im Übergangsbereich

Im Jahr 2010 fingen in Hessen rund 121 000 Jugendliche an, sich im Anschluss an die Sekundarstufe I im beruflichen Ausbildungssystem und der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen zu qualifizieren. Vorläufiger Ergebnisse der integrierten Ausbildungsberichterstattung zeigen, dass damit rund 8 % bzw. rund 8500 Jugendliche mehr in das Ausbildungsgeschehen einmündeten als noch im Vorjahr. Die Zunahme ist allein auf einen Anstieg der Jugendlichen zurückzuführen, die anfangen, sich auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung vorzubereiten. Die Zahl der Anfänger in einem studienqualifizierenden Bildungsgang an den beruflichen und allgemeinbildenden Schulen in Hessen belief sich auf rund 50 000 Jugendliche und lag damit um rund 10 000 oder gut 24 % über dem Wert von 2009. Grund hierfür ist, dass im aktuellen Berichtsjahr erstmals eine große Anzahl von Schülern aus G8 von der Mittelstufe in studienqualifizierende Bildungsgänge übergangen und gleichzeitig ebenfalls zahlreiche Schüler aus dem 10. Jahrgang in G9 wechselten. Was den Bereich der vollqualifizierenden Berufsausbildung – die zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluss führt – betrifft, so sind anhand der vorläufigen Zahlen kaum Veränderungen zum Vorjahr erkennbar. Insgesamt begannen auch im Jahr 2010 rund 50 000 Jugendliche eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung. Die Zahl der Anfänger im Bereich der ausbildungs- und berufsvorbereitenden Qualifizierungen nahm dagegen im Vergleich zum Jahr 2009 um fast 7 % ab. Im Jahr 2010 mündeten rund 21 500 Jugendliche in einen Bildungsgang der Ausbildungs- und Berufsvorbereitung ein; das waren rund 1500 Jugendliche weniger als noch 2009. Die integrierte Ausbildungsberichterstattung ist ein Projekt, das vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in Auftrag gegeben wurde und aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds finanziert wird.

10 Jahre „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder existieren seit mehr als 6 Jahrzehnten und sind die bedeutendsten Datenproduzenten in Deutschland. So breit gefächert die Bereiche sind, in denen hier Statistiken erhoben werden, so verschieden sind auch die Nutzer der amtlichen Daten. Zu den Hauptanwendern der Daten zählen die Politik, die Medien und Bürger, nicht zuletzt aber auch die Wissenschaft. Aus den immer komplexer werdenden sozialen, ökonomischen und umweltrelevanten Herausforderungen in unserer Gesellschaft ergeben sich für die Wissenschaft immer differenziertere Forschungsfragen. Aggregierte Ergebnisse oder Tabellen reichen zur Beantwortung solcher Fragestellungen häufig nicht mehr aus. Von der Wissenschaft werden Einzeldaten benötigt. Der komfortable Zugang der Wissenschaft zu faktisch anonymen Einzeldaten über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist mittlerweile – sowohl für die Forschung als auch für die amtliche Statistik selbst – zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Aber was heute selbstverständlich ist, erschien noch im Jahr 2001 kaum vorstellbar. Die Nachfrage nach Einzeldaten für Forschungszwecke war auch vor 10 Jahren nicht neu, die Hürden, die es in der Vergangenheit von der Wissenschaft beim Zugang zu diesen Informationen zu nehmen galt, waren allerdings hoch. Vor 10 Jahren – im März 2001 – wurde ein Gutachten vorgelegt, das auf diesen Mangel bei der „informationellen Infrastruktur“ aufmerksam machte. Dieses Gutachten stellt einen bedeutenden Meilenstein für die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (FDZ) bei Datenproduzenten wie den statistischen Ämtern dar.

Der folgende Beitrag nimmt das zehnjährige Jubiläum des Gutachtens zum Anlass, die Entwicklung der informationellen Infrastruktur in Deutschland nachzuzeichnen und richtet dabei den Blick insbesondere auf die amtliche Statistik.

Hintergrund

Am 13. März 2001 wurde ein im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erstelltes Gutachten vorgelegt, das sich mit den damaligen Beschränkungen für die empirisch forschende Wissenschaft beim Zugang zu statistischen Einzeldaten beschäftigte. Neben einer bloßen Bestandsaufnahme der damaligen Situation enthielt das Gutachten auch Lösungsvorschläge, die in der Folge von Datenproduzenten wie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufgegriffen wurden. Ein weiterer zentraler Punkt des Gutachtens war die Empfehlung einer generellen Verbesserung von Kommunikation und Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik. Das Gutachten mit dem Titel „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“ war das Ergebnis der 1999 vom BMBF eingesetzten „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI). Im Auftrag der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung Bulmahn sollte die KVI mit dem Gutachten klären, ob die informationelle Infrastruktur in Deutschland noch zeitgemäß ist und den gewandelten Anforderungen der Wissenschaft gerecht wird¹⁾.

¹⁾ Vgl. Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur, Baden-Baden, 2001, S. 9 f.

Anforderungen der Wissenschaft

Heute stellt sich in diesem Zusammenhang fast automatisch die Frage, inwiefern sich die Anforderungen der Wissenschaft an die amtliche Statistik in der Vergangenheit gewandelt haben und worin Gründe für diesen Wandel lagen.

Das Bundesstatistikgesetz und die jeweiligen Landesstatistikgesetze sehen eine Verpflichtung der amtlichen Statistik zur Veröffentlichung und Darstellung von statistischen Ergebnissen vor. Daher fasst die amtliche Statistik die statistischen Informationen als öffentliches Gut auf und stellt diese der breiten Öffentlichkeit über das Internet (z. B. als Online-Standardprodukt) kostenfrei zur Verfügung. Daneben werden von den statistischen Ämtern für spezielle Zielgruppen auch Standardprodukte in gedruckter Form oder auf Datenträgern, in denen statistische Daten in besonderer Weise zusammengetragen und vertiefend dargestellt bzw. analysiert werden, erstellt. Diese werden zur Deckung der Herstellungs- und Versandkosten in der Regel gegen Entgelt abgegeben. In beiden Fällen erhält der Nutzer die Ergebnisse in aggregierter und standardisierter Form. Sofern diese Standardangebote nicht ausreichen, können bei den statistischen Ämtern Sonderauswertungen in Auftrag gegeben werden. Solche Sonderauswertungen sind allerdings aufwändig und damit für den Nutzer auch teuer. Zudem reichen die erzeugten Ergebnisse zur Beant-

wortung komplexer Forschungsfragen oftmals nicht aus. Für eine tiefgehende Beurteilung gesellschaftlicher und ökonomischer Zusammenhänge bedarf es meist des Blickes „hinter“ einen aggregierten Wert. Dies gilt z. B. für die Beantwortung von Fragestellungen, die sich mit bestimmten Teilgruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen²⁾. Darüber hinaus gewinnen aber auch Daten für kleinräumige Untersuchungen oder georeferenzierte Daten immer mehr an Bedeutung.

Um aus dem vorhandenen Datenmaterial die benötigten Informationen zu erhalten, bedarf es einer Vielzahl unterschiedlicher wissenschaftlicher Methoden³⁾. Für die meisten heute benutzten statistischen Methoden und Verfahren ist die Verwendung aggregierter Ergebnisse, die in Form von Tabellen oder Makrodaten weitergegeben werden, aber schlichtweg ungeeignet. Zur umfassenden Beantwortung aktueller Fragestellungen werden von der Wissenschaft Einzeldaten benötigt.

Technische Rahmenbedingungen für die Nutzung von Einzeldaten

Die benötigten Einzeldaten sind in großem Umfang bei Datenproduzenten wie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit oder den Rentenversicherungsträgern vorhanden. Speziell die Einzeldaten der amtlichen Statistik umfassen dabei eine Vielzahl verschiedener Themengebiete. So werden neben Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstatistiken beispielsweise auch Informationen über energie- und umweltpolitische Sachverhalte oder Daten zur Landwirtschaft, Bildung und Rechtspflege erhoben.

Die Einzeldaten der großen Datenproduzenten haben erhebliche Vorteile gegenüber Erhebungen, wie sie etwa von Forschungsinstituten durchgeführt werden. So lassen sich dank regelmäßig wiederkehrender Erfassung und oftmals über lange Zeiträume konstant bleibende Merkmalskataloge Veränderungen im Zeitablauf besonders gut abbilden. Die Daten der amtlichen Statistik sind in vielen Fällen Sekundärerhebungen. Das heißt, dass die Informationen nicht von den statistischen Ämtern selbst erfasst werden, sondern vielfach aus Verwaltungsprozessen anderer Institutionen stammen. So erfolgt in

Deutschland beispielsweise die Meldung von Eheschließungen, Geburten oder Sterbefällen bei den Standesämtern. Die dort erfassten Informationen, die für die Erstellung der Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung von Bedeutung sind, werden in der Folge von den Standesämtern an die statistischen Landesämter weitergeleitet⁴⁾. Ebenso werden z. B. auch Angaben für die Erstellung von Steuerstatistiken nicht durch Direktbefragungen der statistischen Ämter gewonnen. Die für die Durchführung der Steuerstatistiken benötigten Angaben fallen vielmehr bei den zuständigen Finanzämtern im Rahmen der Besteuerung an und werden von diesen an die statistischen Landesämter übermittelt. Antwortausfälle, wie es sie beispielsweise bei vielen sozialwissenschaftlichen Erhebungen gibt, sind hier unbekannt⁵⁾.

Viele amtliche Statistiken stellen Vollerhebungen dar oder basieren – wie beispielsweise der Mikrozensus – auf sehr großen Stichproben. Im Ergebnis umfassen die amtlichen Daten eine hohe Anzahl an Fällen. Kurz gesagt, Daten der amtlichen Statistik sind Massendaten. Waren vor ein paar Jahrzehnten Datenbestände, die zum Teil aus mehreren Millionen Einzeldatensätzen bestehen, nur mit großem Aufwand handhabbar und mussten umständlich am Großrechner ausgewertet werden, spielen solche Probleme im Zeitverlauf eine immer geringere Rolle. Im Jahr 2001, also dem Jahr, in dem das Gutachten vorgelegt wurde, stellte auch ein großes Datenvolumen für die Auswertung von Einzeldaten keine wirkliche Hürde mehr dar. Auch umfangreiche Einzeldatensätze konnten nun relativ einfach am PC analysiert werden. Hierzu hatte, neben einer verbesserten Hardware, auch die Entwicklung und Verbesserung entsprechender Softwarepakete ihren Beitrag geleistet. Seit den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts sind Programmpakete zur Analyse großer Datenmengen nicht mehr nur für Großrechner, sondern auch für den PC verfügbar. Die statistischen Standardprogramme verfügen neben Kommandozeilen zur Eingabe einer Programmsyntax heute in der Regel auch über intuitive Menüsteuerungen. Eine Auswertung von Einzeldatensätzen mit diesen Statistikpaketen stellt somit selbst für Nutzer, die im Umgang mit den programmeigenen Syntax-Codes nicht vertraut sind, kein großes Problem dar. Zugleich gibt es mittlerweile frei verfügbare und kostenlose Alternativen zu den kommerziellen Statistikpaketen. Mit den gewonnenen technischen Möglichkeiten für die Auswertung amtlicher Mikrodaten stieg im Ergebnis auch die Nachfrage der Wissenschaft nach diesen Daten.

Rechtliche Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Einzeldaten

Neben dem Bedarf der Wissenschaft und den vorhandenen technischen Möglichkeiten ist im Zusammenhang mit dem Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik

2) Vgl. Zühlke, S.; Zwick, M.; Scharnhorst, S.; Wende, T.: Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13, Düsseldorf, 2004, S. 3.

3) Vgl. Bauer, P.: Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Ein Beitrag zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden, 2008, S. 159.

4) Vgl. Richter, A.: Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 7/2006, S. 410 ff.

5) Vgl. Wirth H.; Müller, W.: Mikrodaten der amtlichen Statistik – Ihr Potenzial in der empirischen Sozialforschung. In: Diekmann, A. (Hrsg.): Methoden der Sozialforschung, Wiesbaden, 2006, S. 98.

Stationen auf dem Weg zu den Forschungsdatenzentren (FDZ) der amtlichen Statistik

2010	Förderung des FDZ der statistischen Landesämter durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung endet (August)
2007	Förderung des FDZ des Statistischen Bundesamtes durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung endet (Dezember)
2004	Gründung des Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)
2002	Einrichtung des FDZ der statistischen Landesämter
2001	Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur (März) / Gründungsausschuss RatSWD (Mai) / Gründung des FDZ des Statistischen Bundesamtes (September)
1999	Einrichtung der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur
1987	Revision des Bundesstatistikgesetzes und Möglichkeit der Nutzung faktisch anonymer Daten für Forschungszwecke
1980	Revision des Bundesstatistikgesetzes und Verbot der Weitergabe nicht vollständig anonymer Daten
1957	Gründung des Wissenschaftsrates
1953	Verabschiedung des Bundesstatistikgesetzes
1949	Verabschiedung des Grundgesetzes / Gründung des Statistischen Bundesamtes
1945	Gründung des Hessischen Statistischen Landesamtes

HSL 15/11

noch ein weiterer, sehr wesentlicher Aspekt zu berücksichtigen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein. Maßgeblich für die Übermittlung amtlicher Daten ist neben dem Datenschutzgesetz das Bundesstatistikgesetz (BStatG)⁶⁾. Mit der ersten Fassung des BStatG von 1953 ergaben sich für die Weitergabe amtlicher Daten an die Wissenschaft kaum rechtliche Einschränkungen. Gegen einen verbreit-

6) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke.

7) Vgl. Zühlke, S.; Zwick, M.; Scharnhorst, S.; Wende, T.: Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13, Düsseldorf, 2004, S. 3.

teten Datenzugang sprachen aber bis in die Siebzigerjahre die technischen Beschränkungen, sodass die Zahl der Datennutzungen zu dieser Zeit überschaubar blieb⁷⁾. Während sich die technischen Möglichkeiten ganz langsam verbesserten, kam es im Jahr 1980 zu einer Novellierung des BStatG mit der Folge, dass von den statistischen Ämtern nur noch vollständig anonyme Daten in Form von aggregierten Werten oder Tabellen an die Wissenschaft weitergegeben werden durften. Auf dem Weg zu einer besseren informationellen Infrastruktur ging man damit einen großen Schritt zurück.

In der Bundesrepublik gelten sowohl das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung⁸⁾. Diesem scheinbaren Widerspruch wurde mit der erneuten Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987 Rechnung getragen. § 16 Abs. 6 erlaubte es den statistischen Ämtern von Bund und Ländern nun, der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung den Zugang zu Einzeldaten für Forschungsprojekte zu ermöglichen, sofern die Daten „nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft“ zugeordnet werden können – also faktisch anonym sind – und die Empfänger entsprechend verpflichtet wurden. Seit 1987 gab es damit eine rechtliche Grundlage für den Zugang der Wissenschaft zu Einzeldaten der amtlichen Statistik, das sogenannte „Wissenschaftsprivileg“.

Zugangsmöglichkeiten in den Neunzigerjahren

Auch wenn die damaligen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für einen verbreiteten Zugang zu amtlichen Einzeldaten für Forschungszwecke sprachen, blieben die Möglichkeiten für die Wissenschaft in der Praxis weiter eingeschränkt. Von der amtlichen Statistik wurden für Forschungsprojekte zwar anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt, allerdings war die Datenbereitstellung teilweise mit hohen Kosten verbunden und blieb auf wenige Statistiken beschränkt. Zumeist waren dies Statistiken, die im Zusammenhang mit haushalts- oder personenbezogenen Erhebungen standen, wie beispielsweise der Mikrozensus oder die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die Bereitstellung erfolgte in der Regel in Form faktisch anonymer Scientific-Use-Files für die Off-Site-Nutzung, also die Nutzung außerhalb der Räume der amtlichen Statistik. Für Einzeldaten aus den Wirtschaftsstatistiken, bei denen sich insbesondere bei tiefer räumlicher oder sachlicher Gliederung die faktische Anonymität außerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik kaum sicherstellen lässt, konnten keine Datensätze für die Off-Site-Nutzung zur Verfügung gestellt werden. In einigen Fällen bot sich für Wissenschaftler die Möglichkeit, auf Grundlage ge-

sonderter Vereinbarungen mit einem statistischen Landesamt Einzeldaten innerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik zu nutzen. Die Auswertung blieb dabei jedoch auf die Daten des jeweiligen Landesamtes beschränkt und war folglich nur für ein einzelnes Bundesland durchführbar⁹⁾. Die Möglichkeit, amtliche Mikrodaten für das gesamte Bundesgebiet an einem Ort auszuwerten, bestand zu dieser Zeit nicht. Der Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik blieb somit in der Praxis mit großen Einschränkungen verbunden.

Nicht nur die Beantwortung gesellschaftlich bedeutender Fragestellungen, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland standen immer mehr auf dem Spiel. Zum Ende der Neunzigerjahre wurden daher insbesondere bei den Wirtschaftswissenschaftlern die Forderungen nach Lösungen für diese Beschränkungen immer lauter. Ein in dieser Zeit aufgekommener Vorschlag war es, Nutzern den Datenzugang in den statistischen Ämtern als sogenannte „One-Dollar-Men“ zu ermöglichen. Nach diesem Vorschlag hätten Datennutzer bei einem statistischen Amt für einen „symbolischen Dollar“ angestellt und entsprechend verpflichtet werden sollen. In der Folge sollten sie als „Mitarbeiter“ eines statistischen Amtes die Möglichkeit haben, Einzeldaten in den Räumen der amtlichen Statistik auszuwerten. Dieser Vorschlag wurde dann allerdings von den Datenschutzbeauftragten abgelehnt¹⁰⁾. Und mehr als 10 Jahre später erscheint diese Idee, auch nicht zuletzt mit Blick auf die allgegenwärtige Frage nach einer stabilen Finanzierung der heutigen Forschungsdatenzentren, eher kurios als praxisnah.

Die Lage wird bewertet

Bei der Diskussion um die begrenzten Zugangsmöglichkeiten zu Einzeldaten wurde darauf aufmerksam gemacht, dass ohne einen entsprechenden Datenzugang eine erfolgreiche Wirtschaftsforschung in der Bundesrepublik unmöglich ist¹¹⁾. Im Jahr 1998 setzte sich unter anderem der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten mit diesem Problem auseinander¹²⁾.

Was ist der Wissenschaftsrat und welche Aufgaben hat er?

Der **Wissenschaftsrat (WR)** wurde 1957 von Bund und Ländern eingerichtet, um einen Überblick über die wissenschaftliche Arbeit in Deutschland zu geben und die Bundes- bzw. Landesregierungen bei der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung von Hochschulen, Wissenschaft und Forschung zu beraten. Der WR setzt sich aus Wissenschaftlern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Vertretern der Bundes- und Landesregierungen zusammen. (<http://www.wissenschaftsrat.de>)

8) Vgl. ebd. S. 4.

9) Vgl. Wagner, J.: FiDASt Reloaded. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden, 2008, S. 370 f.

10) Vgl. Bauer, P.: Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Ein Beitrag zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden, 2008, S. 163.

11) Vgl. Hauser, R.; Wagner, G.; Zimmermann, F.: Memorandum: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter Wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung – IZA Discussion Paper No. 14, Bonn, 1998, S. 3.

12) Vgl.: Wissenschaftsrat (Hrsg.): Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Bundesländern – Allgemeine Gesichtspunkte, Berlin, 1998, S. 13 ff.

Im Jahr 1999 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung die **Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur** (KVI) eingesetzt. Sie hatte die Aufgabe, eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation durchzuführen und Vorschläge für eine Verbesserung vorzulegen. Das Ergebnis war das vor 10 Jahren vorgelegte Gutachten „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, in dem die KVI auf die Notwendigkeiten von erleichterten Zugangswegen zu Einzeldaten der amtlichen Statistik hinwies. Die KVI machte auch darauf aufmerksam, dass das vorhandene Informationsangebot in Deutschland zwar durchaus umfassend, aber gleichzeitig auch sehr unübersichtlich sei. Die amtlichen Daten würden in erster Linie für administrative Zwecke erhoben, sachgerechte Informationen für wissenschaftliche Datennutzer würden vielfach fehlen. Neben geregelten Zugangswegen bedürfe es daher auch entsprechender Datendokumentationen, die der Wissenschaft Informationen über Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren liefern.

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten

Die KVI wies in ihrem Gutachten auch darauf hin, dass es einer Verbesserung bei der Kommunikation und Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik bedürfe. In diesem Zusammenhang empfahl die KVI die Einrichtung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), der die „Aufgabe (haben soll), die Dateninfrastruktur in Deutschland zu bewerten, weiterzuentwickeln sowie für Bund und Länder Empfehlungen zum Programm der wissenschaftstragenen Statistik und dessen Finanzierung zu erarbeiten“¹³⁾.

Nachdem im Jahr 2001 ein Gründungsausschuss für den RatSWD eingerichtet worden war, wurde der Rat im Jahr 2004 erstmalig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung berufen. Ein wesentliches Ziel des RatSWD ist es heute, „die Situation der empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nachhaltig zu verbessern und zu ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen“¹⁴⁾. Der RatSWD setzt sich sowohl aus Vertretern der Wissenschaft als auch der Datenproduzenten zusammen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind als größte Datenproduzenten in Deutschland von Beginn an Mitglieder im Rat. Das Statistische Bundesamt wird durch seinen Präsidenten Roderich Egeler vertreten. Die statistischen Ämter der Länder vertritt seit Gründung des Rates der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Herr Eckart Hohmann.

13) Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur, Baden-Baden, 2001, S. 27.

14) <http://www.ratswd.de/rat/aufgaben.php> (Abruf vom 27. Januar 2011).

Einrichtung von Forschungsdaten- und Datenservicezentren

Eine Aufgabe des RatSWD ist die Weiterentwicklung und Bewertung der informationellen Infrastruktur in Deutschland. Hierbei kommt bereits dem Gründungsausschuss des Rates eine entscheidende Rolle zu, denn dieser hat die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (FDZ) bei den Datenproduzenten angeregt. Zu den ersten FDZ, die in Deutschland zwischen 2001 und 2004 eingerichtet wurden, zählen neben dem FDZ des Statistischen Bundesamtes und dem der statistischen Landesämter auch das FDZ der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie das FDZ der Deutschen Rentenversicherung Bund. Daneben wurden auch zwei Datenservicezentren (DSZ) eingerichtet. Eines bei der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) und eines beim Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Allen ist gemein, dass diese in ihrer Startphase vom BMBF mit Anschubfinanzierungen gefördert wurden. Mittlerweile sind die genannten FDZ und DSZ nicht mehr die einzigen Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Heute, 10 Jahre nach Vorlage des Gutachtens der KVI, gibt es bereits 15 FDZ und 3 DSZ.

Die FDZ und DSZ werden vom RatSWD akkreditiert. Für die Akkreditierung müssen von den FDZ und DSZ bestimmte Kriterien erfüllt werden. Welche Anforderungen

Was sind Forschungsdatenzentren, was sind Datenservicezentren?

Forschungsdatenzentren (FDZ) sind Einrichtungen von Datenproduzenten. Unter Wahrung der rechtlichen Bestimmungen haben FDZ die Aufgabe, der Wissenschaft einen einfachen und transparenten Zugang zu Einzeldaten zu ermöglichen. Dies kann durch die Bereitstellung von faktisch anonymisierten Scientific-Use-Files oder die Bereitstellung faktisch anonymisierter Daten an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz erfolgen. Lassen sich Daten nicht angemessen anonymisieren, besteht in der Regel die Möglichkeit, Auswertungen über eine kontrollierte Datenfernverarbeitung durchzuführen. In diesem Fall sendet der Datennutzer ein Auswertungsprogramm (Syntax) an das FDZ und erhält in der Folge vollständig anonymisierte Analyseergebnisse.

Datenservicezentren (DSZ) sind Einrichtungen außerhalb der Institutionen großer Datenproduzenten, die empirisch forschende Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler durch bestimmte Serviceleistungen unterstützen. Zu den Serviceleistungen können beispielsweise die Erstellung umfassender Datendokumentationen, die Archivierung von Daten oder die Schulung von Nutzern im Umgang mit Daten zählen.

Forschungsdaten- und Datenservicezentren in Deutschland

Forschungsdatenzentren (FDZ)	Standorte
FDZ der statistischen Ämter der Länder	Wiesbaden, Kiel, Schwerin, Hamburg, Bremen, Berlin Mitte, Berlin Alt-Friedrichsfelde, Potsdam, Hannover, Halle (Saale), Düsseldorf, Kamenz, Dresden, Erfurt, Bad Ems, Saarbrücken, Stuttgart, München
FDZ des Statistischen Bundesamtes	Wiesbaden, Berlin, Bonn
FDZ der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	Nürnberg ¹⁾
FDZ der Deutschen Rentenversicherung Bund	Berlin, Würzburg
FDZ im Bundesinstitut für Berufsbildung	Bonn
FDZ am Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen	Berlin
FDZ des Sozio-oekonomischen Panels	Berlin
FDZ ALLBUS bei GESIS	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
FDZ „Internationale Umfrageprogramme“ bei GESIS	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
FDZ „Wahlen“ bei GESIS	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
FDZ Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe — SHARE	Mannheim
FDZ Deutscher Alterssurvey	Berlin
FDZ PsychData des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation	Trier
FDZ Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics — PAIRFAM	Bremen, Chemnitz, Mannheim
FDZ RWI	Essen

Datenservicezentren (DSZ)	Standorte
German Microdata Lab (GML) Servicezentrum für Mikrodaten des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) / MISSY	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
Internationales Datenservicezentrum des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA)	Bonn
Datenservicezentrum Betriebs- und Organisations-Daten (DSZ-BO)	Bielefeld

Quelle: <http://www.ratswd.de/dat/fdz.php> (Abruf vom 10. Februar 2011).

¹⁾ In diesen Tagen läuft das Pilot-Projekt „PFiF“ (Projekt FDZ im FDZ) an, bei dem in einem ersten Versuch der Zugang zu Daten des FDZ IAB auch in den Standorten Berlin, Bremen, Dresden und Düsseldorf des FDZ der statistischen Ämter der Länder getestet wird. Das FDZ des IAB nutzt damit als erstes das dichte Netzwerk von Standorten des Forschungsdaten-zentrums der statistischen Ämter der Länder.

muss ein Forschungsdaten-zentrum also grundsätzlich erfüllen?

Die Hauptaufgabe eines FDZ ist ein erleichterter Zugang zu Daten für wissenschaftliche Nutzer unter Wahrung der geltenden (datenschutz-)rechtlichen Regelungen. Das FDZ stellt damit eine Serviceeinrichtung eines Datenproduzenten dar. In der Bundesrepublik gilt die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Somit darf durch ein FDZ keine inhaltliche Bewertung eines wissenschaftlichen Projektes vorgenommen werden. Alle Nutzer sind folglich – unabhängig von ihrer jeweiligen Fragestellung – gleichberechtigt zu behandeln.

Um die Mikrodaten, die ausgewertet werden sollen, korrekt interpretieren zu können, bedarf es Informationen, die eine korrekte Deutung von statistischen Daten ermöglichen, wie beispielsweise die Darstellung von Er-

hebungsmethodiken oder Merkmalsdefinitionen¹⁵⁾. Eine Aufgabe von FDZ ist es daher ebenfalls, solche Zusatzinformationen – sogenannte Metadaten – für die wissenschaftlichen Nutzer zu erstellen und diesen zugänglich zu machen.

Für die Akkreditierung der FDZ spielt des Weiteren die aktive Beteiligung an der wissenschaftlichen Diskussion eine wichtige Rolle. Die FDZ verpflichten sich, diese Kriterien zu erfüllen und sind dem RatSWD jährlich rechen-schaftspflichtig¹⁶⁾.

Das FDZ der statistischen Ämter der Länder

Das FDZ des Statistischen Bundesamtes und das der statistischen Ämter der Länder gehören zu den FDZ der ersten Stunde. Dabei ist das FDZ der statistischen Landesämter mit seinen bundesweit 18 Standorten¹⁷⁾ das größte FDZ in Deutschland. Das FDZ ist eine Arbeitsgemeinschaft aller 14 statistischen Landesämter. Aufgaben und Arbeitsweise sind im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung festgelegt, die im April 2002 mit der Gründung des FDZ verabschiedet wurde.

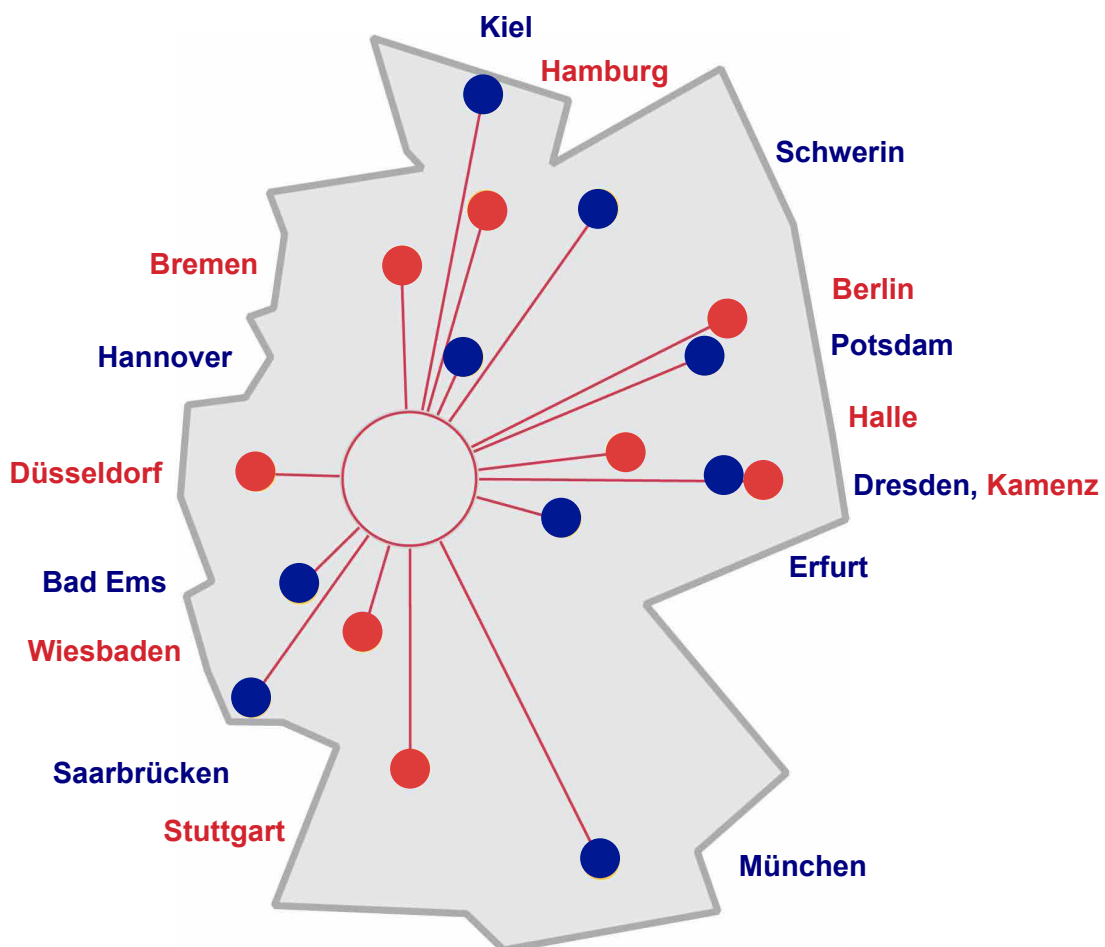
Mit der Einrichtung eines gemeinsamen FDZ haben die statistischen Ämter der Länder als größte Datenproduzen-

¹⁵⁾ Vgl. Richter, A.; Weil, S.: Metadaten – Eine Grundlage für die Auswertung amtlicher Statistiken durch die Wissenschaft. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2005, S. 14 ff.

¹⁶⁾ Vgl. RatSWD (Hrsg.): Kriterien des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) für die Einrichtung der Forschungsdaten-Infrastruktur, Berlin, 2010.

¹⁷⁾ Standorte: Wiesbaden, Kiel, Schwerin, Hamburg, Bremen, Berlin Mitte, Berlin Alt-Friedrichsfelde, Potsdam, Hannover, Halle (Saale), Düsseldorf, Kamenz, Dresden, Erfurt, Bad Ems, Saarbrücken, Stuttgart, München.

Regionale Standorte des FDZ der statistischen Ämter der Länder



HSL 16/11

ten Deutschlands eine Dateninfrastruktur geschaffen, die sich nicht nur durch ein dichtes regionales Netzwerk, sondern vor allem auch durch ein fachlich breites Angebot auszeichnet. So sind bisher Daten aus über 80 Statistiken, über zum Teil lange Erhebungszeiträume, für die wissenschaftliche Forschung verfügbar. Das Datenangebot wird dabei ständig erweitert. Um für diesen großen Umfang an Daten eine zügige Bereitstellung für Nutzeranfragen oder die Erstellung ausführlicher Metadaten gewährleisten zu können, haben 13 statistische Landesämter die Zuständigkeit für einzelne Statistiken bzw. Statistikbereiche im FDZ übernommen.

Die Erarbeitung fachlicher Konzepte oder die Klärung rechtlicher Fragen erfolgt in enger Abstimmung mit dem FDZ des Statistischen Bundesamtes. Die gute Kooperation zwi-

18) Vgl. Hauser, R.; Wagner, G.; Zimmermann, F.: Memorandum: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung – IZA Discussion Paper No. 14, Bonn, 1998, S. 13.

schen beiden FDZ zeigt sich aber auch bei der gemeinsamen Erstellung von Scientific-Use-Files oder CAMPUS-Files.

Mit den CAMPUS-Files haben die FDZ vollständig anonyme Datensätze für die statistische Methodenlehre in den Hochschulen entwickelt und damit Möglichkeiten für eine bessere Ausbildung der Studierenden geschaffen. Die Forderungen nach solchen Datensätzen wurden von der Wissenschaft bereits vor Einrichtung der KVI geäußert und fanden sich auch in dem vor 10 Jahren vorgelegten Gutachten wieder¹⁸⁾.

Verbesserung des Analysepotenzials durch Datenintegration

Einen innovativen Weg bei der Verbesserung der informationellen Infrastruktur verfolgen die FDZ seit einiger Zeit auch mit der Integration von Daten. Dabei werden Daten unterschiedlicher Statistiken miteinander kombiniert. Hierdurch besteht die Möglichkeit, für die Analy-

se vornehmlich ökonomischer Zusammenhänge Informationen aus verschiedenen Statistiken gemeinsam zu nutzen. Eine Datenintegration ist im Querschnitt, aber auch im Längsschnitt möglich. Durch die Zusammenführung von Einzeldaten verschiedener Erhebungswellen im Längsschnitt kann vor allem dem steigenden Bedarf nach Panel-Datensätzen nachgekommen werden.

Mit einer Integration von Datensätzen lässt sich der Analysegehalt erhobener Mikrodaten deutlich erhöhen. In der Folge können auch sehr komplexe Forschungsfragen beantwortet werden. Durch die Integration von Daten ist es aber auch möglich, zusätzliche statistische Erhebungen zu vermeiden und so nicht nur Kosten zu sparen, sondern vor allem die Auskunftgebenden vor zusätzlichen Belastungen zu bewahren. Die Integration von Daten wird daher nicht nur von der Wissenschaft gefordert, sondern sie wurde bei der Evaluation des FDZ der Statistischen Landesämter im Jahr 2006 von einer Gutachtergruppe auch ausdrücklich empfohlen¹⁹⁾. Mit dem 2005 neu gefassten § 13a Bundesstatistikgesetz hat der Gesetzgeber hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen.

Blieb die Möglichkeit zur Integration von Daten in der Vergangenheit von der amtlichen Statistik weitestgehend ungenutzt, haben die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder diese Chance vor einiger Zeit ergriffen. Mit dem Projekt **Amtliche Firmendaten für Deutschland** (AFiD) des FDZ der statistischen Landesämter konnten Einzeldaten der Wirtschafts- und Umweltstatistiken im Längs- und Querschnitt über das Unternehmensregister integriert werden. Im Projekt **Kombinierte Firmendaten für Deutschland** (KombiFiD) werden erstmalig Datensätze erstellt, bei denen Erhebungen verschiedener Institutionen miteinander kombiniert werden. Neben Daten der amtlichen Statistik werden hier auch Informationen der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Bundesbank verwendet. Insbesondere mit Blick auf die Erzeugung von Längsschnittdatensätzen ist an dieser Stelle auch das Projekt „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ zu nennen.

Zukünftige Herausforderungen

Beide FDZ sind heute etablierte Schnittstellen zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik. Am 1. April 2012 wird das FDZ der statistischen Landesämter 10 Jahre

bestehen. Das FDZ des Statistischen Bundesamtes wird sein zehnjähriges Bestehen bereits im Herbst dieses Jahres feiern. Nach dem Rückblick auf die bisherige, sehr erfolgreiche Entwicklung der informationellen Infrastruktur erscheint an dieser Stelle ein Ausblick in die Zukunft angebracht. Als Dienstleistungseinrichtungen müssen sich die FDZ in hohem Maße an den Bedürfnissen ihrer Nutzer orientieren. Wie also könnte der Bedarf der Datennutzer in Zukunft aussehen und wo liegen zukünftige Herausforderungen für die FDZ der amtlichen Statistik?

Im Januar dieses Jahres fand in Wiesbaden die 5. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten statt. Betrachtet man die hier in Vorträgen vorgestellten und in Foren diskutierten Themen, lassen sich ein paar Anhaltspunkte für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage ableiten. Als eine Herausforderung darf sicherlich die zunehmende Nachfrage nach Geodaten bzw. die Georeferenzierung von Mikrodaten und die Tendenz zu kleinräumlichen Untersuchungen gesehen werden. Eine andere Herausforderung wird auch weiterhin die Verbesserung bestehender bzw. die Entwicklung neuer Zugangswege zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik bleiben. Die Bedeutung der On-Site-Nutzung – also die Datenauswertung an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz oder mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung (KDFV) – ist mit einem Anteil von 75 % sehr hoch. Um insbesondere bei der KDFV die Bearbeitungszeiten so kurz wie möglich zu halten, wird derzeit in den FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder an der Erstellung von syntaktisch und semantisch validen Strukturdatensätzen geforscht. Mit diesen verbesserten Strukturdatensätzen sollen die Wissenschaftler nicht nur testen können, ob Programme für die KDFV fehlerfrei ablaufen, sondern sie sollen vor allem auch Hinweise darauf erhalten, ob statistische Modelle zutreffen. Ein mögliches langfristiges Ergebnis dieser Forschung wäre die Erzeugung synthetischer Daten, die den Grundstein für ein „echtes“ Fernrechnen²⁰⁾ legen könnten.

Sei es die ständige Erweiterung des Datenangebotes um aktuelle Berichtsjahre, die Erstellung weiterer integrierter Datensätze oder die Bereitstellung von neuen Erhebungen, wie dem Zensus 2011, für den bereits jetzt bei der Wissenschaft erhebliche Nachfrage besteht, – der kontinuierliche Ausbau des Datenangebots wird bei den FDZ weiterhin eine entscheidende Rolle spielen.

Vor dem Hintergrund der hier genannten Punkte und mit Blick auf die immer komplexer werdenden Analysen durch die Wissenschaft wird die größte Herausforderung für die FDZ jedoch auch in Zukunft bei der Sicherstellung der statistischen Geheimhaltung liegen. Denn nur wenn diese garantiert ist, ist auch eine Weiterentwicklung der FDZ möglich.

19) Vgl.: Malchin, A.; Pohl, R.: Firmendaten der amtlichen Statistik – Datenzugang und neue Entwicklungen im Forschungsdatenzentrum, In: DIW Berlin (Hrsg.): Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 76 (2007), S. 13 ff.

20) Unter „echtem“ Fernrechnen werden hier Möglichkeiten verstanden, bei denen die Wissenschaft vom eigenen Arbeitsplatz in der wissenschaftlichen Einrichtung aus über einen Server rund um die Uhr Analysen durchführen kann und binnen kurzer Zeit automatisch geprüfte und vollständig anonyme Ergebnisse erhält.

Fazit

Die FDZ sind heute eine unverzichtbare Schnittstelle zwischen Wissenschaft und öffentlichen Datenproduzenten. Diese Entwicklung war noch im Jahr 2001 kaum vorstellbar, denn es bestand ein deutliches Missverhältnis zwischen dem Bedarf der empirisch forschenden Wissenschaft nach gut dokumentierten Einzeldaten und entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu diesen Daten. Auf dieses Missverhältnis machte vor 10 Jahren ein Gutachten der KVI aufmerksam, das als ein Meilenstein auf dem Weg zur Einrichtung von FDZ bei den öffentlichen Datenproduzenten angesehen werden kann. Dieses

Gutachten hat auch den Weg für die FDZ der amtlichen Statistik bereitet.

Beide FDZ sind heute zweifellos ein enormer Erfolg. Sie müssen jedoch auch zukünftig den schwierigen Ausgleich zwischen den stetig wachsenden Anforderungen der Datennutzer und den bestehenden Geheimhaltungsbestimmungen leisten. Eine dauerhafte Finanzierung der FDZ ist noch immer nicht abschließend geklärt. Auch wenn heute, 10 Jahre nach Vorlage des Gutachtens, die FDZ der amtlichen Statistik von vielen als selbstverständlich angesehen werden, sind diese noch längst keine Selbstverständlichkeit.

Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitations- einrichtungen



STATISTIK HESSEN

Die vorliegende Publikation enthält Informationen zu allen Einrichtungen, die zur stationären Versorgung beigetragen haben (sofern ihre Zustimmung für eine Veröffentlichung vorlag); z. B. Anschriften (einschl. Telefon- und Faxnummern), Träger der Einrichtung, Fachabteilungen, jahresdurchschnittlich aufgestellte Betten. Der Nachweis erfolgt getrennt nach Krankenhäusern (gut 2200 Einrichtungen) und nach Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (knapp 1400 Einrichtungen). Die Einrichtungen sind nach Ländern, Regierungsbezirken und Landkreisen sortiert.

Das Verzeichnis wird als ZIP-Datei über E-Mail versandt.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_158

Die Entwicklung der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit Einführung zum 1. Januar 2003

Zum 1. Januar 2003 wurde das Gesetz der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) zunächst als eigenständiges Gesetz eingeführt. Mit der Einführung dieser Leistung wollte man die versteckte bzw. verschämte Altersarmut verhindern. Viele alte Menschen beantragten keine Sozialhilfe, da sie befürchteten, dass ihre Kinder in Regress genommen würden. Im Gegensatz zu anderen Sozialleistungen erfolgt bei der Grundsicherung ein Unterhaltsrückgriff erst ab einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro. Im Gegensatz zur laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt entfällt die Vermutung der Bedarfsdeckung in der Haushaltsgemeinschaft. Einen Vermögenseinsatz der Eltern und Kinder des Leistungsberechtigten sieht das Gesetz nicht vor. Mit der Hartz IV Reform zum 1. Januar 2005 wurde das GSiG in das zwölfte Sozialgesetzbuch (SGB XII), 4. Kapitel eingegliedert. Leistungen erhält nur, wer nicht aus Einkommen und Vermögen seinen Bedarf decken kann. Dabei bleiben einige Einkommensquellen und Vermögen anrechnungsfrei. Einkommen und Vermögen des Ehe- und Lebenspartners werden angerechnet. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine Leistung der Sozialhilfe und erfüllt die gleiche Funktion wie die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt (HLU), jedoch für einen speziellen Personenkreis: Anspruchsberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat und dauerhaft voll erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung ist oder die gesetzliche Altersgrenze erreicht hat. Dauerhaft erwerbsgemindert ist, wer wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes, unabhängig von der Arbeitsmarktlage, außerstande ist, täglich mindestens 3 Stunden erwerbstätig zu sein. Eine Beurteilung über die dauerhafte volle Erwerbsminderung ist immer eine gutachterliche, medizinische Einzelfallprüfung. Der jeweilige Träger der Rentenversicherung führt das Gutachten durch. Die gesetzliche Altersgrenze richtet sich nach dem gesetzlichen Renteneintrittsalter (zurzeit 65 Jahre). Die bedarfsorientierte Grundsicherung wird auf Antrag gewährt und in der Regel auf 12 Monate bewilligt. Die Leistungen entsprechen denen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU) in der Sozialhilfe und bestehen aus dem Regelsatz (1. Juli 2009: 359 Euro für Alleinstehende/Haushaltsvorstand; für erwachsene Haushaltsangehörige: 323 Euro; Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren: 287 Euro; Kinder zwischen 7 und 14 Jahren: 251 Euro und Kinder bis zum 7. Lebensjahr: 215 Euro), den Leistungen für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfe (z. B. für Krankenkost, Alleinerziehende, werdende Mütter, behinderte Personen), einmalige Bedarfe, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und Hilfe in Sonderfällen oder ergänzenden Darlehen. In den Jahren 2003 und 2004 wurde gegenüber der HLU ein um 15 % höherer Regelsatz gewährt. Die bedarfsorientierte Grundsicherung kann außerhalb und innerhalb von Einrichtungen gewährt werden und ist der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII vorrangig. Wird die Grundsicherung innerhalb von Einrichtungen gewährt, erfolgt eine Kürzung des Regelsatzes, da andere Leistungen wie Essen, Strom usw. bereits gedeckt sind. Obwohl die bedarfsorientierte Grundsicherung bereits zum 1. Januar 2003 eingeführt wurde, ist ein belastbarer Vergleich der Empfängerzahlen bzw. Ausgaben erst ab dem Erhebungsjahr 2005 sinnvoll, da in den ersten beiden Erhebungsjahren noch nicht alle Leistungsberechtigten aus der Sozialhilfe in die Grundsicherung überführt wurden.

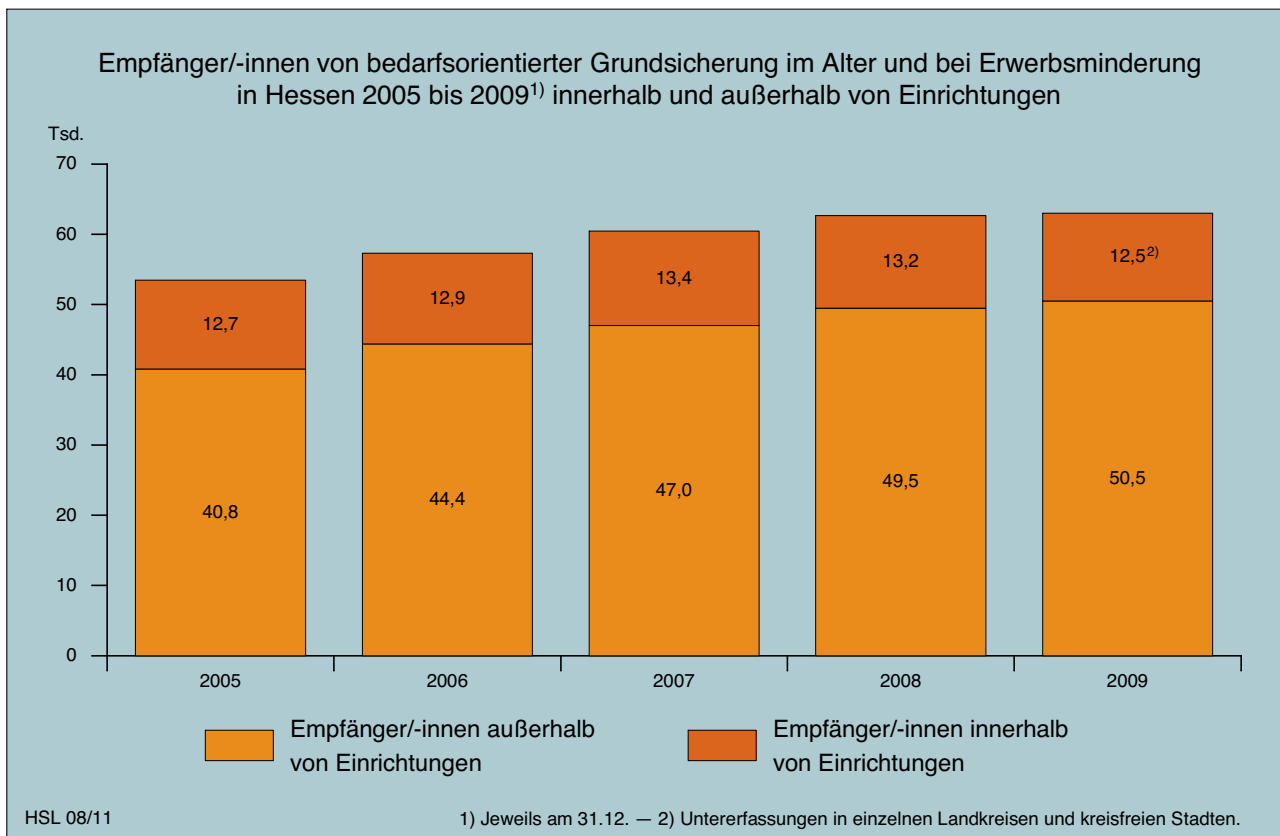
Immer mehr Erwerbsgeminderte außerhalb von Einrichtungen

Am Jahresende 2009 bezogen rund 63 000 Personen bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, das waren knapp 18 % mehr als 2005. Die Betrachtung der beiden Hilfearten zeigt, dass die Anzahl der Empfänger wegen voller Erwerbsminderung innerhalb der 4 Jahre um fast 23 %, die der Hilfeempfänger im Alter um 14 % stieg.

In rund 8 von 10 Fällen wurde die Hilfe 2009 außerhalb von Einrichtungen (2 von 10 Fällen in Einrichtungen) ge-

leistet. Die Anzahl der Leistungsberechtigten war im Jahr 2009 tatsächlich etwas höher als dargestellt, da es eine Untererfassung von Empfängern in Einrichtungen bei einigen Trägern gab. Ungeachtet dessen zeigt der Trend der letzten Jahre, dass immer mehr Empfänger/-innen die Leistungen außerhalb von Einrichtungen erhalten.

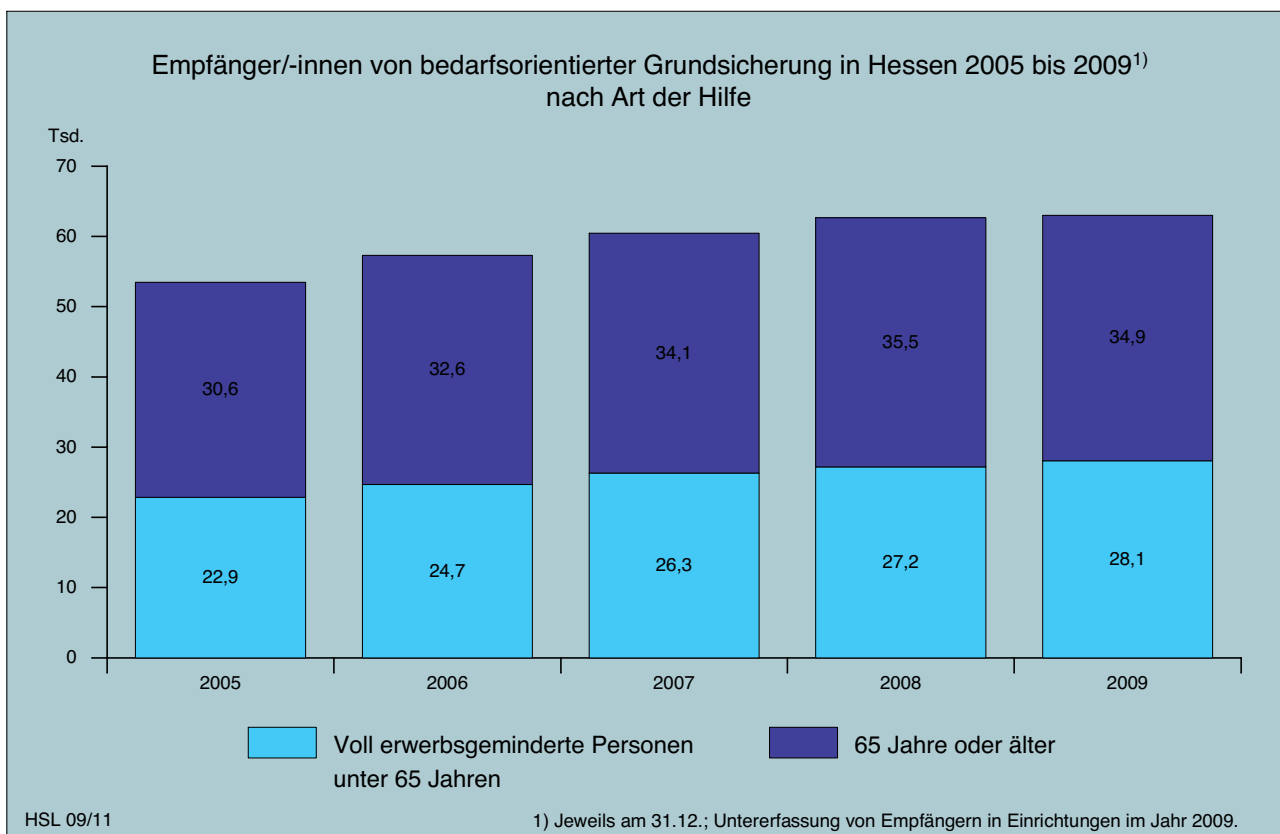
Während zwischen 2005 und 2009 die Zahl der Empfänger außerhalb von Einrichtungen um fast 24 % stieg, sank die Anzahl der Empfänger innerhalb von Einrichtungen leicht.



Altersarmut ist vor allem weiblich

Von allen Hilfeempfängern waren 56 % weiblich; allerdings zeigt sich bei den Anteilen der beiden Hilfearten ein anderes Bild. Von allen Beziehern wegen voller Erwerbsminderung

waren die Frauen mit 45 % in der Minderheit, bei dem Beziehern aus Altersgründen waren hingegen 64 % weiblich. Dies macht deutlich, dass Frauen wesentlich öfter auf Leistungen im Alter angewiesen sind als Männer.



Gründe hierfür sind u.a. darin zu finden, dass Frauen zum einen oft einen niedrigeren Rentenanspruch haben und daher eher auf zusätzliche staatliche Leistungen angewiesen sind, zum anderen eine höhere Lebenserwartung haben.

Bedürftigkeit steigt

Der Trend der letzten Jahre weist eine steigende Zahl der Leistungsbezieher beider Hilfearten – vor allem der voll Erwerbsgeminderten – auf. Zwischen 2005 und 2009 stieg die Zahl der voll erwerbsgeminderten Empfänger/-innen um 23 % (Männer: + 24 %; Frauen: + 21 %) und die Anzahl der über 65-jährigen Empfänger/-innen um 14 % (Männer: + 23 %; Frauen: + 9 %).

Neben den absoluten Veränderungen ist das Verhältnis der Anzahl der Empfänger in Bezug auf die Bevölkerung (Quote = Empfänger je 1000 in der entsprechenden Altersgruppe) ein weiterer Gesichtspunkt. Zwischen 2005 und 2009 haben sich die Quoten beider Hilfearten erhöht: Die Quote der voll Erwerbsgeminderten stieg von 5,9 (Männer: 6,4; Frauen: 5,4) auf 7,3 (Männer: 8,1; Frauen: 6,6); die Quote der über 65-Jährigen stieg von 26,7 (Männer: 21,0; Frauen: 30,9) auf 28,7 (Männer: 23,7; Frauen: 32,6). Betrachtet man die Veränderungen im Zeitablauf, ist auffallend, dass zwar Frauen weiterhin ein wesentlich höheres Risiko haben, eine solche Leistung beziehen zu müssen, im Zeitablauf von 2005 bis 2009

aber die Männer aufholen, da ein höherer Anstieg zu verzeichnen ist.

Nichtdeutsche beziehen öfter Leistungen – Tendenz sinkend

Ende 2009 hatten 21 % der Empfänger/-innen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Betrachtet man die Quoten nach Hilfearten, so zeigt sich allerdings ein sehr heterogenes Bild. Während die Bezugsquote 2009 aufgrund der Erwerbsminderung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen mit 7,4 bzw. 7,2 je 1000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe kaum Unterschiede aufweist, haben nichtdeutsche Empfänger/-innen aus Altersgründen mit 159 je 1000 Einwohner (Deutsche: 22 je 1000 Einwohner) eine siebenmal so hohe Bezugsquote.

2005 und 2009 lag der prozentuale Anteil der Nichtdeutschen an allen Hilfebedürftigen jeweils bei 21 %. Betrachtet man die einzelnen Hilfearten, zeigt sich eine gegenläufige Tendenz. Während die Zahl der deutschen Leistungsbezieher aus Altersgründen um 16 % stieg, nahm die Zahl der Nichtdeutschen lediglich um 9 % zu, sodass der Anteil der Nichtdeutschen von 28,4 auf 27,1 % sank. Bei der Erwerbsminderung ist es gerade umgekehrt, hier stieg die Empfängerzahl der Deutschen um 21 % und die der Nichtdeutschen um 35 %; der Anteil der Nichtdeutschen stieg entsprechend von 11,9 auf 13,1 %.

Empfänger/-innen von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie reine Ausgaben 2005 bis 2009¹⁾ nach Art der Unterbringung

Art der Angabe	2005	2006	2007	2008	2009
Empfänger					
Außerhalb von Einrichtungen	40 805	44 403	47 007	49 493	50 510
davon					
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65	14 451	16 213	17 525	18 542	19 644
65 Jahre oder älter	26 354	28 190	29 482	30 951	30 866
Innerhalb von Einrichtungen	12 684	12 900	13 445	13 165	12 499
davon					
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65	8 404	8 476	8 788	8 646	8 418
65 Jahre oder älter	4 280	4 424	4 657	4 519	4 081
Empfänger/-innen insgesamt	53 489	57 303	60 452	62 658	63 009
davon					
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65	22 855	24 689	26 313	27 188	28 062
65 Jahre oder älter	30 634	32 614	34 139	35 470	34 947
Ausgaben					
Reine Ausgaben ¹⁾ (1000 Euro)	268 731	279 830	296 762	306 132	336 360
davon					
außerhalb von Einrichtungen	200 184	202 544	222 886	229 461	263 531
innerhalb von Einrichtungen	68 546	77 286	73 876	76 672	72 829
1) Ohne Gutachterkosten.					

Empfänger/-innen von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
2005 bis 2009¹⁾ nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht

Art der Empfänger Nationalität Altersgruppen	2005	2006	2007	2008	2009
Männlich					
Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	12 439	13 433	14 342	14 872	15 469
und zwar					
deutsch	11 069	11 878	12 643	13 110	13 603
nichtdeutsch	1 370	1 555	1 699	1 762	1 866
18 bis unter 30 Jahre	2 398	2 609	2 759	2 907	3 059
30 bis unter 50 Jahre	5 561	5 860	6 252	6 305	6 422
50 bis unter 65 Jahre	4 480	4 964	5 331	5 660	5 988
65 Jahre oder älter	10 167	11 032	11 644	12 371	12 537
und zwar					
deutsch	6 623	7 417	7 949	8 656	8 815
nichtdeutsch	3 544	3 615	3 695	3 715	3 722
65 bis unter 75 Jahre	7 462	8 063	8 424	8 885	8 863
75 bis unter 85 Jahre	2 379	2 591	2 790	3 030	3 213
85 Jahre oder älter	326	378	430	456	461
Weiblich					
Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	10 416	11 256	11 971	12 316	12 593
und zwar					
deutsch	9 077	9 706	10 305	10 608	10 790
nichtdeutsch	1 339	1 550	1 666	1 708	1 803
18 bis unter 30 Jahre	1 520	1 679	1 781	1 829	1 942
30 bis unter 50 Jahre	4 272	4 516	4 707	4 673	4 746
50 bis unter 65 Jahre	4 624	5 061	5 483	5 814	5 905
65 Jahre oder älter	20 467	21 582	22 495	23 099	22 410
und zwar					
deutsch	15 317	16 224	16 888	17 511	16 647
nichtdeutsch	5 150	5 358	5 607	5 588	5 763
65 bis unter 75 Jahre	11 395	12 285	12 873	13 259	12 966
75 bis unter 85 Jahre	6 341	6 452	6 704	6 888	6 692
85 Jahre oder älter	2 731	2 845	2 918	2 952	2 752
I n s g e s a m t					
Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	22 855	24 689	26 313	27 188	28 062
und zwar					
deutsch	20 146	21 584	22 948	23 718	24 393
nichtdeutsch	2 709	3 105	3 365	3 470	3 669
18 bis unter 30 Jahre	3 918	4 288	4 540	4 736	5 001
30 bis unter 50 Jahre	9 833	10 376	10 959	10 978	11 168
50 bis unter 65 Jahre	9 104	10 025	10 814	11 474	11 893
65 Jahre oder älter	30 634	32 614	34 139	35 470	34 947
und zwar					
deutsch	21 940	23 641	24 837	26 167	25 462
nichtdeutsch	8 694	8 973	9 302	9 303	9 485
65 bis unter 75 Jahre	18 857	20 348	21 297	22 144	21 829
75 bis unter 85 Jahre	8 720	9 043	9 494	9 918	9 905
85 Jahre oder älter	3 057	3 223	3 348	3 408	3 213
1) Jeweils am 31.12.					

Empfänger/-innen von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12. 2009 nach Verwaltungsbezirken¹⁾

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Vollerwerbs- geminderte unter 65 Jahren	65 Jahre oder älter
Darmstadt, Wissenschaftsst.	453	1 014
Frankfurt am Main, St.	3 843	7 300
Offenbach am Main, St.	798	1 377
Wiesbaden, Landeshauptst.	1 144	2 705
Bergstraße	638	1 039
Darmstadt-Dieburg	512	896
Groß-Gerau	538	1 075
Hochtaunuskreis	459	922
Main-Kinzig-Kreis	931	1 909
Main-Taunus-Kreis	404	893
Odenwaldkreis	269	356
Offenbach	756	1 745
Rheingau-Taunus-Kreis	372	648
Wetteraukreis	835	1 212
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	11 952	23 091
Gießen	715	1 390
Lahn-Dill-Kreis	780	1 158
Limburg-Weilburg	541	756
Marburg-Biedenkopf	866	1 098
Vogelsbergkreis	363	390
Reg.-Bez. G i e ß e n	3 265	4 792
Kassel, documenta-St.	1 227	2 068
Fulda	612	1 056
Hersfeld-Rotenburg	512	455
Kassel	614	849
Schwalm-Eder-Kreis	731	729
Waldeck-Frankenberg	411	601
Werra-Meißner-Kreis	423	529
Reg.-Bez. K a s s e l	4 530	6 287
Landeswohlfahrtsverband	8 315	777
Land H e s s e n	28 062	34 947
darunter		
kreisfreie Städte	7 465	14 464
Landkreise	12 282	19 706
1) Sitz des Trägers.		

Nettoanspruch/Bruttoanspruch

Am Jahresende 2009 hatten die Empfänger/-innen einen durchschnittlichen Nettoanspruch von 457 Euro (2008: 435 Euro). Der monatliche Nettobedarf errechnet sich aus dem monatlichen Bruttobedarf (2009: durchschnittlich 684 Euro) abzüglich des angerechneten Einkommens (2009: durchschnittlich 227 Euro). Der Bruttobedarf setzt sich neben dem Regelsatz (2009: durchschnittlich 327 Euro) aus den Kosten der Unterkunft

und Heizung (2009: durchschnittlich 302 Euro), den Sozialversicherungen (2009: durchschnittlich 33 Euro) und verschiedenen Mehrbedarfen und sonstigen Leistungen zusammen. Hierbei ist zu beachten, dass einige Empfänger/-innen bestimmte Leistungen, wie z. B. Zuschüsse zu den Sozialversicherungen, nicht erhalten, da sie z. B. durch den Rentenbezug bereits sozialversichert sind und somit die Beträge für den jeweiligen Empfängerkreis höher sind, da hier die Durchschnitte auf alle Empfänger bezogen wurden. Rund 44 % des Bruttobedarfs entfällt auf Unterkunftskosten und Heizung und rund 48 % entfallen auf den Regelsatz. Rund ein Drittel des Bedarfs war durch das angerechnete Einkommen gedeckt.

Abhängig von dem Grund der Leistungsgewährung ergeben sich unterschiedliche Ergebnisse: Obwohl 2009 der Bruttobedarf der Empfänger/-innen über 65 Jahren mit durchschnittlich 693 Euro um 21 Euro höher lag als bei den Hilfebedürftigen mit voller Erwerbsminderung (672 Euro), war der Nettoanspruch mit durchschnittlich 410 Euro niedriger als bei den voll erwerbsgeminderten Hilfebedürftigen (515 Euro). Dies ist vor allem auf das angerechnete höhere Einkommen (vor allem Rente) der älteren Leistungsberechtigten zurückzuführen. Interessanterweise ist der Anteil des angerechneten Einkommens (dies gilt für beide Hilfearten) bei den Männern niedriger als bei den Frauen.

Regionale Unterschiede

Im Jahr 2009 ergaben sich regional erhebliche Unterschiede. Die Quoten des Bezugs bei den voll erwerbsgeminderten Personen variieren zwischen 0,8 in der kreisfreien Stadt Offenbach und 0,2 in verschiedenen Landkreisen; die Quote aus Altersgründen variierte zwischen 6,6 und 1,6. Bei beiden Hilfeausprägungen war die Bezugsquote in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen.

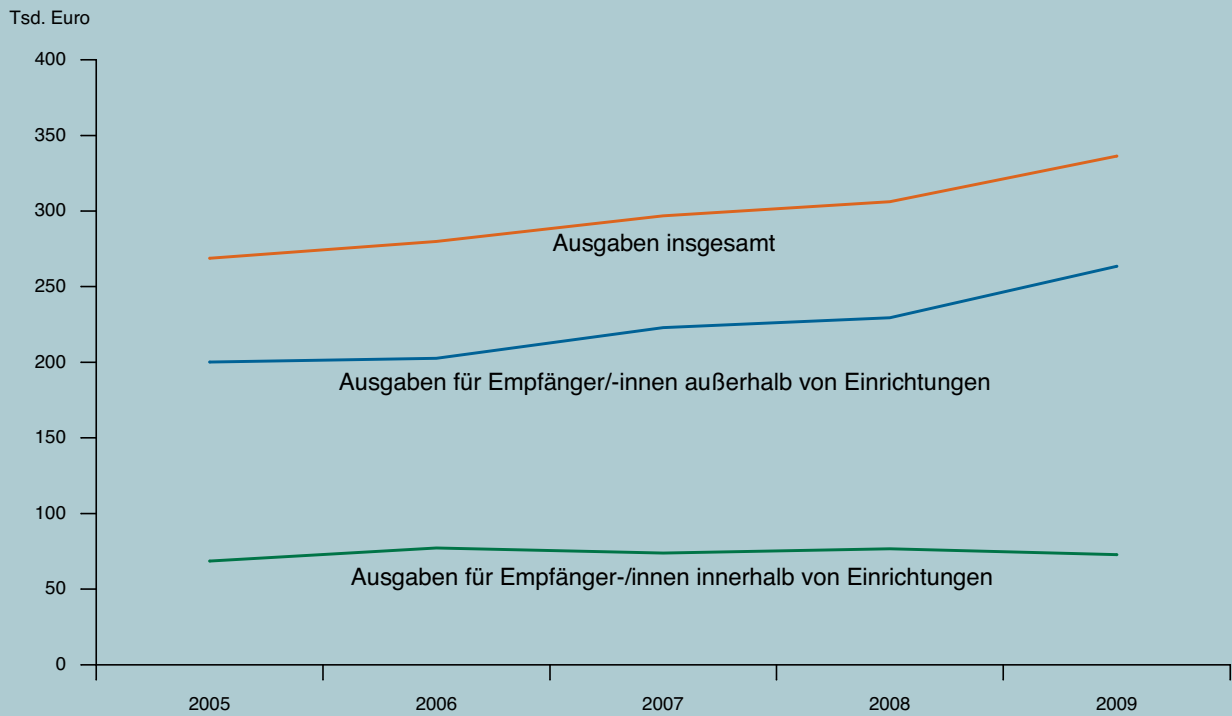
Stark gestiegene Ausgaben für die bedarfsorientierte Grundsicherung

Im Jahr 2009 wurden für die bedarfsorientierte Grundsicherung in Hessen gut 336 Mill. Euro netto aufgewandt. Dabei entfielen 22 % der Ausgaben auf Leistungen in Einrichtungen.

Zwischen 2005 und 2009 stiegen die Ausgaben für die bedarfsorientierte Grundsicherung insgesamt um 25 %. Die Ausgaben für Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen stiegen dabei um knapp 32 %, die Leistungen für Hilfebedürftige in Einrichtungen um 6,2 %.

Bezogen auf die Veränderungsraten der Empfänger zeigt sich, dass die Ausgaben je Empfänger gestiegen sind, da die Zahl der Empfänger außerhalb von Ein-

Reine Ausgaben für die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Hessen 2005 bis 2009



HSL 10/11

richtungen mit einem Plus von 24 % geringer stieg als die Ausgaben (+ 32 %), und die Zahl der Empfänger in Einrichtungen sich sogar um 1,5 % (Ausgaben: + 6,2 %) verringerte. Hierbei ist, wie bereits erwähnt, zu beachten, dass es zuvor bei der Zahl der Empfänger in Einrichtun-

gen Untererfassungen gab, nicht aber bei den Ausgaben. Somit ist ein Vergleich der Veränderungsdaten nur eingeschränkt möglich. Ferner handelt es sich um eine rein nominale Betrachtung, ohne dass hierbei die Inflationsrate berücksichtigt wurde.

Daten zur Wirtschaftslage

Nachdem die Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2009 von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt war, erholte sich die Wirtschaft im Jahr 2010 deutlich. Die Aufholeffekte führten zu einer hohen Wachstumsrate im ersten Halbjahr 2010 (+ 2,7 %), und auch für das Gesamtjahr 2010 ist nach unserer Prognose von einer Rate in dieser Höhe auszugehen. So konnte die hessische Industrie die Einbußen aus dem Jahr 2009 zum großen Teil ausgleichen, was sowohl durch die günstige Nachfrage aus dem Ausland als auch aus dem Inland ermöglicht wurde. Am aktuellen Rand, also im vierten Quartal 2010, war im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Plus bei den realen Umsätzen und den realen Auftragseingängen zu verzeichnen, wenngleich bei den Letztgenannten das Plus nicht mehr so hoch ausfiel, wie in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2010. Die Beschäftigungssituation verbesserte sich im Jahresverlauf 2010 zusehends, und im vierten Quartal konnte eine leichte Zunahme der Beschäftigung festgestellt werden (im Durchschnitt des Jahres 2010 gab es aber eine Abnahme von 2 %). Ambivalent war die Entwicklung im hessischen Bauhauptgewerbe. Während die wertmäßigen Auftragseingänge im vierten Quartal 2010 (und auch für das gesamte Jahr 2010) stark rückläufig waren, gab es bei den Umsätzen ein Plus von knapp 2 % und für das ganze Jahr 2010 von 2,0 %. Erfreulich positiv war die Beschäftigungsentwicklung. Sehr wechselhaft entwickelte sich das genehmigte Hochbauvolumen im Jahr 2010. Nachdem es in den ersten beiden Quartalen gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen bei den Wohn- und Nutzflächen insgesamt jeweils starke Rückgänge gab, war im dritten Quartal ein Zuwachs von knapp einem Fünftel und schließlich im letzten Quartal eine stagnierende Entwicklung zu verzeichnen. Am aktuellen Rand entwickelten sich das Wohnbau- und das Nichtwohnbausegment gegenläufig. Die hessischen Einzelhändler (ohne Kfz-Handel) konnten in allen 4 Quartalen des Jahres 2010 Zuwächse beim realen Umsatz verbuchen. Im für den Einzelhandel so wichtigen letzten Quartal gab es ein Plus von 1,2 %. Dies wirkte sich auch positiv auf die Beschäftigtenzahl aus. Und sogar der in den ersten 3 Quartalen wegen der Effekte der „Abwrackprämie“ so stark beeinträchtigte Bereich „Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ verbuchte im vierten Quartal 2010 ein sattes Umsatzwachstum. Da sich die Wirtschaft im Jahr 2010 schneller erholte als erwartet, verbesserte sich auch die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. Im dritten Quartal 2010 lag die Erwerbstätigenzahl mit 3,14 Mill. um 18 000 oder 0,6 % höher als im dritten Quartal 2009. Dementsprechend ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen im vierten Quartal zurück, und zwar um 13 600 Personen oder 6,9 % auf 183 400 am Ende des Berichtsquartals. Zu berücksichtigen ist dabei, dass diese Ergebnisse durch gesetzliche Maßnahmen beeinflusst wurden. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging im vierten Quartal 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 16 % zurück; damit setzte sich der im zweiten Quartal 2010 einsetzende Trend weiter fort. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief im vierten Quartal sehr unterschiedlich. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei der Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Diese stieg erneut an, womit sich auch hier der Trend fortsetzte. Der Verbraucherpreisindex lag im vierten Quartal 2010 um 1,3 % über dem Niveau des vierten Quartals 2009. Im dritten Quartal lag die Rate noch bei + 0,9 %. Trotz des merklichen Anstiegs der Inflationsrate im Laufe des vierten Quartals betrug die Rate im Jahresdurchschnitt 2010 nur + 0,8 %.

Industrie mit Auftragsplus

Mit deutlich höheren Auftragseingängen und Umsätzen sowie erstmals wieder gestiegenen Beschäftigungszahlen im vierten Quartal endete für die hessische Industrie ein Jahr, in dem sie die Einbußen des Krisenjahres 2009 zum großen Teil wettmachte. Nicht nur die Erfolge auf den Auslandsmärkten, sondern auch eine gestiegene Inlandsnachfrage führten zu einer deutlich gestiegenen Auslastung der Kapazitäten.

Nachdem die hessische Industrie wegen eines Basiseffekts – im Juli 2009 hatte es wegen einiger Großaufträge einen starken Anstieg gegeben – im dritten Quartal 2010 einen Auftragsrückgang verzeichnet hatte, gab

es im vierten Quartal 2010 wieder ein Auftragsplus von 11 %. Die preisbereinigten Inlandsaufträge nahmen um 8,6 %, die Aufträge aus dem Ausland um 13 % zu. Mit einem Auftragsanstieg von 42 % glänzten im vierten Quartal die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagen teilen. Weiterhin eine hohe Nachfrage verzeichnete der Maschinenbau, der ein Plus von 29 % verbuchte. Dagegen musste die Elektrotechnik, die im ersten Halbjahr 2010 noch 92 % mehr Aufträge erhalten hatte, im vierten Quartal eine Einbuße von 37 % hinnehmen. Die Chemische Industrie knüpfte an das gute Vorquartalsergebnis an und verzeichnete ein Auftragsplus von 9,7 %. Mit einem Anstieg von 3,4 % mussten sich die Pharmahersteller begnügen.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	94,0	108,6	103,3	102,0	104,1
Inland	88,5	101,0	95,0	96,1	96,1
Ausland	98,9	115,3	110,8	107,3	111,4
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	3,1	26,1	22,0	– 4,5	10,7
Inland	6,8	28,7	26,3	– 18,6	8,6
Ausland	0,2	24,0	18,9	11,2	12,6

1) 2005 = 100.

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

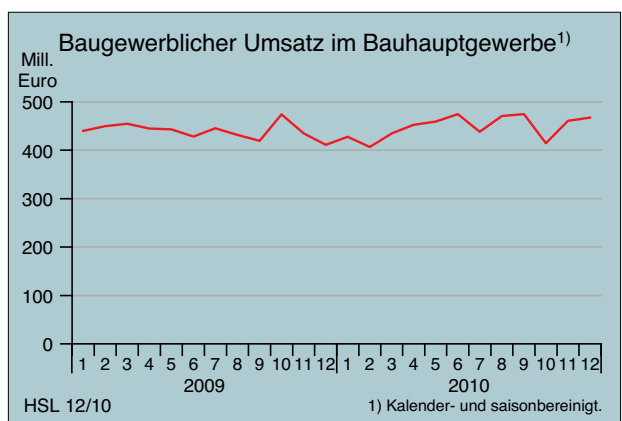
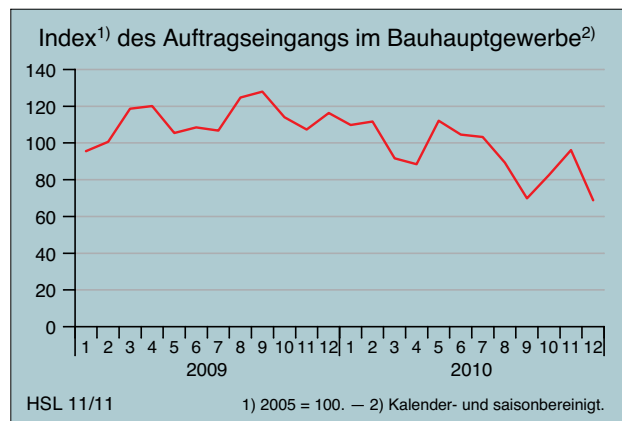
Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze insgesamt	97,2	95,9	100,2	104,8	106,8
Inland	92,1	88,4	93,5	98,8	99,6
Ausland	103,2	104,7	108,0	111,9	115,2
Beschäftigte	342 303	336 835	337 409	341 729	343 323
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze insgesamt	– 6,2	7,4	11,8	9,6	9,9
Inland	– 5,2	7,0	14,3	9,5	8,1
Ausland	– 7,1	7,7	9,2	9,7	11,6
Beschäftigte	– 5,2	– 4,4	– 2,8	– 0,9	0,3

1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) 2005 = 100.

Anhaltendes Umsatzwachstum

Die hessische Industrie konnte im Jahr 2010 bei den Umsätzen einen großen Teil der im Krisenjahr 2009 entstandenen Verluste wieder wettmachen. Nach Umsatzeinbußen von real 12 % im Vorjahr gab es 2010 einen Umsatzanstieg von 9,7 %. Inlands- und Auslandsumsätze nahmen im gleichen Maß zu.

Im vierten Quartal 2010 gab es ein preisbereinigtes Umsatzplus von 9,9 %. Die Inlandsumsätze nahmen um 8,1 % und die Auslandsumsätze um 12 % zu. Einen kräftigen Umsatzschub von 33 % verbuchte der Kraftwagensektor. Deutliche Steigerungen gab es auch bei der Elektrotechnik mit 19 % und beim Maschinenbau



mit 18 %. Die Chemische Industrie verzeichnete einen Umsatzanstieg von 9,6 % und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren von 13 %. Dagegen mussten die Pharmahersteller, die allerdings im Krisenjahr 2009 gegen den Trend ein Umsatzplus verzeichnet hatten, im vierten Quartal 2010 einen Umsatzrückgang von 4,3 % hinnehmen.

Erstmals wieder Beschäftigungsanstieg

Trotz des Einsatzes von Kurzarbeit und anderer Maßnahmen hatte es bei der hessischen Industrie 2009 einen deutlichen Beschäftigungsrückgang gegeben. Obwohl es im Jahresdurchschnitt 2010 nochmals eine Abnahme von 2 % gegeben hatte, verbesserte sich die Beschäftigungssituation im Jahresverlauf entscheidend. Nachdem es in den ersten 3 Quartalen im Vorjahresvergleich noch Einbußen gegeben hatte, wurde im vierten Quartal 2010 mit 343 300 Beschäftigten schon ein Anstieg von 0,3 % verzeichnet.

Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren gab es ein Plus von 3,4 % auf 30 300 Personen. Dagegen ging die Beschäftigung im Chemie-/Pharmabereich um 1,7 % auf 55 400 zurück. Der Maschinenbau musste noch eine Einbuße von 0,3 % auf 36 900 und der Kraftwagensektor um 2,3 % auf 45 800 hinnehmen.

Bauhauptgewerbe mit höheren Umsätzen und Beschäftigungsanstieg, aber deutlicher Auftragsrückgang

Die relevanten Indikatoren des hessischen Bauhauptgewerbes zeigen gegenwärtig eine widersprüchliche Entwicklung. Während der Frühindikator Auftragseingang im zweiten Halbjahr 2010 stark rückläufig war, nahmen die baugewerblichen Umsätze, wenn auch im vierten Quartal nicht mehr so stark, zu und die Beschäftigtenzahl erhöhte sich.

Die wertmäßigen Auftragseingänge nahmen im gesamten Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 16 % ab. Das war seit vielen Jahren das schlechteste Ergebnis. Eine Rolle könnte spielen, dass Aufträge zunehmend an Subunternehmer vergeben werden und dann, wenn es sich um Betriebe unter 20 Beschäftigten handelt, nicht mehr in die Auftragsstatistik einfließen. Im vierten Quartal 2010 wurde bei den Auftragseingängen das entsprechende Vorjahresergebnis um 24 % verfehlt. Alle Branchen verzeichneten einen Rückgang. Im Hochbau gab es ein Minus von 31 % und im Tiefbau von 19 %. Im Hochbaubereich war vor allem der öffentliche Hochbau mit einem Minus von 51 % betroffen.

Die kalender- und saisonbereinigten Daten für das gesamte Bauhauptgewerbe bestätigen die insgesamt ungünstige Entwicklung. Danach gingen die bereinigten Werte des vierten Quartals gegenüber dem dritten Quartal 2010 um 5,7 % zurück, nachdem die Werte des dritten Quartals gegenüber dem zweiten Quartal bereits um 14 % abgenommen hatten.

Bei den baugewerblichen Umsätzen fließen definitiv auch die an Subunternehmer vergebenen Aufträge mit ein. Im gesamten Jahr 2010 gab es einen Anstieg von 2,0 % auf 5,4 Mrd. Euro. Im vierten Quartal 2010 wurde ein Plus von 1,9 % auf 1,7 Mrd. Euro verzeichnet. Beim öffentlichen Bau nahmen die Umsätze um 8,3 % auf 610 Mill. Euro zu und beim Wohnungsbau um 16 % auf 510 Mill. Euro. Dagegen musste der gewerbliche

Bauhauptgewerbe in Hessen (alle Betriebe)

Art der Angabe	2009	2010 ¹⁾			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	847 909	673 698	787 713	777 456	640 780
Umsatz (1000 Euro)	1 640 376	742 173	1 419 124	1 577 667	1 671 964
Beschäftigte	46 341	45 918	48 399	48 404	47 641
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang ²⁾	9,1	- 5,9	- 7,1	- 23,9	- 24,4
Umsatz	- 2,2	- 12,8	8,0	5,3	1,9
Beschäftigte	- 1,2	1,9	4,3	2,9	2,8

1) Ergebnisse korrigiert nach Ergänzungserhebung vom Juni 2010. —
2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

che und industrielle Bau einen Rückgang von 13 % auf 550 Mill. Euro hinnehmen. Nach einem leichten Rückgang zuvor gingen die kalender- und saisonbereinigten Werte des vierten Quartals gegenüber dem dritten Quartal um 2,9 % zurück.

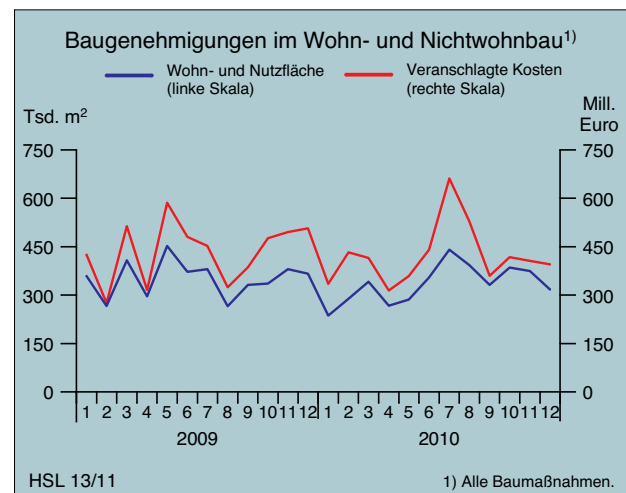
Nachdem die Beschäftigung in den beiden letzten Jahren abgenommen hatte, erhöhte sie sich 2010 um 3,0 % auf 47 600. Im vierten Quartal 2010 gab es ein Plus von 2,8 %.

Privates Engagement trägt Hochbau nach dem Anschub durch das Konjunkturpaket

Der Umfang der genehmigten Hochbauvorhaben blieb im vierten Quartal 2010 mit 1 076 000 m² Wohn- und Nutzfläche nahezu konstant. Der Rückgang betrug 6000 m² bzw. 0,6 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die für diese Vorhaben veranschlagten Baukosten hingegen fielen um 259 Mill. Euro bzw. 18 % auf 1219 Mill. Euro. Stark bremsend gegenüber dem dritten Quartal wirkte sich aus, dass der Anschub durch das Konjunkturpakets zusehends entfällt. Seit dem vierten Quartal 2009 waren zahlreiche Vorhaben von öffentlichen Bauherren genehmigt worden, die nun verwirklicht werden können.

Die im **Wohnbau** genehmigten Flächen stiegen um 3,8 %. Die Zunahme geht maßgeblich auf die Initiative der Wohnungswirtschaft zurück, während das Engagement der privaten Haushalte stagnierte. Die Baukosten wurden im Vorjahresvergleich um 8 % höher veranschlagt. Der Steigerung bei den Unternehmen um 16 % stand eine moderatere Erhöhung bei den privaten Haushalten um 3,6 % gegenüber. Die Summe der Investitionen von privaten Haushalten übertraf die gewerblichen Bauvorhaben um knapp ein Viertel.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 49 mehr Genehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg um 10 an, die der darin vorgesehenen Wohnungen



Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	2 732	2 388	2 267	2 829	2 808
Wohnfläche (1000 m ²)	306	254	277	319	324
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	3 198	2 692	2 295	3 646	3 426
Nutzfläche (1000 m ²)	539	419	391	577	533
Wohnungen insgesamt ²⁾	3 066	2 892	2 709	3 356	3 253
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	1 083	867	908	1 165	1 076
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	10,0	14,0	– 15,6	25,7	2,8
Wohnfläche	13,8	4,5	– 9,5	20,8	5,8
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	– 27,1	– 25,8	– 37,0	30,2	7,1
Nutzfläche	– 20,8	– 29,1	– 32,9	20,6	– 1,2
Wohnungen insgesamt ²⁾	3,2	20,8	– 8,3	19,4	6,1
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	– 9,3	– 16,0	– 18,9	19,2	– 0,6
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

nahm jedoch um 6 ab. Damit waren 2800 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das waren 2,8 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 308 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 137 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 3253 neuen Wohnungen wurden 5,8 % mehr genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 120 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung blieben konstant, die Kosten je m² Wohn- und Nutzfläche verringerten sich um 2,6 %.

Im **Nichtwohnbau** war ein Rückgang des Flächenbedarfs um 3,1 % auf 612 000 m² zu verzeichnen. Die veranschlagten Baukosten fielen um 31 % auf 671 Mill. Euro. Zum Jahresende schlossen sich die Bauvorhaben bei Hotels und Gaststätten der bei den anderen Gebäudetypen bereits in den vorangegangenen Quartalen einsetzenden Steigerung an. Eine deutliche Erhöhung des Bauumfangs wurde auch bei den übrigen nichtlandwirtschaftlichen Gebäuden sowie den Handels- und Lagergebäuden genehmigt. Die Genehmigungen für landwirtschaftliche Betriebsgebäude nahmen weiterhin im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum zu. Deutlich weniger Bauvorhaben wurden bei Anstaltsgebäuden, Büro- und Verwaltungsgebäuden, sonstigen Nichtwohngebäuden sowie Fabrik- und Werkstattgebäuden genehmigt.

Mit verantwortlich für diese Abnahme war der Rückgang von Maßnahmen der öffentlichen Bauherren um 70 %. Die von ihnen geplanten Baukosten sanken um 62 %. Der Umfang der öffentlichen Bauvorhaben fiel dennoch rund doppelt so hoch wie vor der Finanzkrise aus.

Einzelhandel legt zu

Auch das letzte Vierteljahr des Jahres 2010 setzte für den hessischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) die positiven Ergebnisse fort. So nahm der Umsatz – verglichen mit dem vierten Vierteljahr 2009 – nominal um gut 2 % zu; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Plus von gut 1 %. Eine Bereinigung dieser Ergebnisse um Saison- und Kalendereinflüsse ist wegen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige zurzeit noch nicht möglich.

Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konn-

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	106,3	92,0	97,5	97,4	108,6
Kfz-Handel ²⁾	90,6	82,7	98,0	97,5	101,5
Reale Umsätze³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	106,5	91,8	96,1	96,8	107,8
Kfz-Handel ²⁾	88,7	80,8	95,7	95,1	98,7
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	95,4	94,1	95,1	95,6	97,8
Kfz-Handel ²⁾	97,3	95,0	95,6	96,3	97,6
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	95,6	93,6	94,8	95,1	97,6
Kfz-Handel ²⁾	105,9	102,5	105,2	105,8	108,5
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	– 1,8	2,1	2,3	3,8	2,2
Kfz-Handel ²⁾	3,8	– 19,6	– 11,1	– 2,5	12,0
Reale Umsätze³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	– 1,8	1,2	1,6	3,1	1,2
Kfz-Handel ²⁾	3,5	– 20,1	– 11,3	– 2,9	11,3
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	– 0,2	0,2	1,3	1,1	2,5
Kfz-Handel ²⁾	– 3,0	– 3,3	– 2,3	– 1,0	0,3
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	– 0,4	– 1,5	– 0,1	– 0,2	2,1
Kfz-Handel ²⁾	– 3,6	– 6,2	– 6,7	– 2,0	2,5
1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2005.					

te von der günstigeren Lage allerdings nicht profitieren, sie blieb immer noch unter dem Vorjahresniveau. Ebenso erging es dem Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren. Gefragt waren weiterhin Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik. Vor allem Geschäfte, die sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- oder Einrichtungsbedarf anbieten, konnten ihren Umsatz nominal und real ausweiten. In der genannten Gruppe waren Produkte aus dem Bereich „Heimwerkerbedarf“ besonders gefragt. Umsatzeinbußen hatten die Läden, die der Wirtschaftsgruppe „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“ zuzurechnen sind, zu verzeichnen. Dagegen befand sich der sonstige Facheinzelhandel wiederum sowohl nominal als auch real deutlich im Plus. Besonders Artikel des hierzu gehörenden Einzelhandels mit Bekleidung, Schuhen und Lederwaren waren gut gefragt. Weniger günstig war die Lage für die Apotheken, während der Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln ausgesprochen positiv abschnitt. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten befand sich dagegen nominal und real kräftig im Minus. Der Einzelhandel, der seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, schnitt nominal und real sehr gut ab, was vor allem dem Versand- und Interneteinzelhandel sowie dem Handel vom Lager mit Brennstoffen geschuldet ist.

Positiv war im Einzelhandel auch die Entwicklung der Beschäftigung. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten deutlich stärker zu als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten.

Im Bereich des Handels mit und der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen kam es im Berichtszeitraum, im Gegensatz zu den Vorquartalen, zu einem kräftigen Umsatzplus. Dies deutet darauf hin, dass sich die Nachfrage nach Automobilen, die im bisherigen Jahresverlauf wegen der „Abwrackprämie“ im Jahr 2009 eher flau war, wieder normalisiert. Die Zahl der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung nahm etwas zu, wobei sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sogar deutlich erhöhte, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten geringfügig abnahm.

Arbeitsmarkt 4. Quartal 2010

Die Wirtschaft erholt sich von der schweren Rezession 2009 besser als noch vor einem Jahr erhofft. Im ersten Halbjahr 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Hessen preisbereinigt um 2,7 %, nachdem der Produktionseinbruch im Jahr 2009 mit - 4,3 % beispiellos in der Geschichte Hessens war. Die kräftigen Zuwächse im Jahr 2010 spiegeln daher Aufholeffekte wider, die sich so

1) Siehe Gutachten „Die Konjunktur in Hessen“ Jahresbeginn 2011. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

nicht fortschreiben lassen. Für das Gesamtjahr 2010 wird nach unserer Prognose das Bruttoinlandsprodukt um 2,8 % zulegen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet steht der Aufschwung auf guten Füßen. Das bestätigen auch die aktuellen Umfrageergebnisse der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Industrie- und Handelskammern zum Jahresbeginn¹⁾. Der IHK-Geschäftsklimaindex übertrifft mit 128,1 Punkten deutlich das Vorkrisenniveau und liegt nur knapp unter dem Spitzenwert vom Mai 2007 (128,6). Insbesondere die Industrie, das Verkehrsgewerbe, der Einzelhandel und das Gastgewerbe verzeichnen eine große „Dynamik“.

Die kräftige Erholung der Konjunktur lässt die Beschäftigungspläne der Unternehmen erneut deutlich ansteigen. Knapp 23 % (Herbstumfrage 20 %) der hessischen Unternehmen wollen ihren Personalbestand ausweiten. Nur noch 10 % rechnen mit einem Abbau. Der resultierende Saldo liegt mittlerweile mehr als 23 Punkte über dem langjährigen Durchschnitt. Insbesondere Unternehmen mit 20 bis 500 Beschäftigten wollen ihr Personal aufstocken, 60 % ihren Bestand zumindest halten. Aber auch kleine Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern wollen mehr Personal einstellen. Bei diesen Betrieben liegt der Saldo der Beschäftigungsabsichten bei + 5 Prozentpunkten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zum Jahresende anhaltend hoch war. Dies zeigen auch das ifo Beschäftigungsbarometer und der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. In Hessen waren im dritten Quartal 2010 rund 3,14 Mill. Personen erwerbstätig, rund 18 000 oder 0,6 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Damit setzte sich der im Frühjahr 2010 einsetzende Beschäftigungsaufbau im dritten Quartal verstärkt fort. Im zweiten Quartal betrug der Zuwachs im Jahresvergleich 0,3 %. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte den höchsten Stand in einem dritten Quartal seit Beginn der Berechnungen. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit im Jahresvergleich resultierte vorwiegend aus der gestiegenen Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Die hessische Entwicklung lag im Berichtsquartal leicht unter dem Bundesdurchschnitt bzw. dem der alten Bundesländer ohne Berlin (+ 0,8 bzw. + 0,7 %).

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im dritten Quartal 2010 um knapp 16 000 Personen oder 0,5 % zu. Der Anstieg fiel damit deutlich stärker aus als im Durchschnitt der letzten 8 Jahre (+ 10 000 Personen) für das gleiche Quartal.

Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Beschäftigungsverlusten im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) standen Zugewinne in den Dienstleistungsbereichen gegen-

über. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe wurden im dritten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal 7100 Stellen oder 1,3 % abgebaut, hauptsächlich im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders stark von der Rezession betroffen war. Hier setzte sich der im vierten Quartal 2008 begonnene Beschäftigungsabbau im Berichtsquartal noch fort. Allerdings waren die Beschäftigungsverluste nicht mehr so hoch wie in den Vorquartalen, als der Beschäftigungsabbau noch 4,1 % (1. Quartal 2010) bzw. 2,9 % (2. Quartal 2010) betrug. Im Baugewerbe nahm im Berichtsquartal die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,1 % zu. Im Bereich „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ blieb die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

In den Dienstleistungsbereichen insgesamt erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl um knapp 23 400 oder 1,0 %. Die Entwicklung in den drei Teilbereichen war jedoch unterschiedlich. Während im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ die Erwerbstätigkeit um 430 Personen (- 0,1 %) leicht zurückging, war im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ ein Anstieg von 9600 Personen (+ 1,4 %) festzustellen. Am stärksten nahm jedoch der Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ mit 14 200 Stellen (+ 1,6 %) zu.

Spiegelbildlich zur Zunahme der Erwerbstätigkeit sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Inzwischen ist – gemessen an der Zahl der Personen – ein Stand erreicht, wie er Anfang der Neunziger Jahre zuletzt erreicht wurde. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse durch gesetzliche Maßnahmen beeinflusst wurden. Zu Beginn der Jahre 2008 und 2009 wurde die Definition des Arbeitslosenbegriffs modifiziert, sodass bestimmte Personengruppen seitdem nicht mehr als Arbeitslose gelten. Das betrifft vor allem ältere Arbeitslose und auch Personen, deren Vermittlung an private Dienstleister übertragen wurde. Ohne diese Veränderungen in der statistischen Erfassung würde die aktuelle Zahl der Arbeitslosen höher liegen.

Die registrierte Zahl der Arbeitslosen sank im vierten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal um 13 600 Personen oder 6,9 %. Im Vergleich mit dem Vorkrisenniveau nahm die Arbeitslosigkeit um 9100 oder 4,7 % ab. Die 200 000er-Marke wurde zum zweiten Mal in Folge unterschritten, obwohl in den ersten beiden Quartalen 2010 diese Grenze noch überschritten wurde. Am Ende des Berichtsquartals waren 183 400 Männer und Frauen als arbeitslos gemeldet. In den alten Ländern (ohne Berlin) entwickelte sich die Zahl der Arbeitslosen

2) Zu- bzw. Abgangsraten beziehen den Zu- bzw. Abgang des laufenden Berichtszeitraums auf den Bestand des Vorzeitraums und ermöglichen damit Aussagen zur relativen Bedeutung von Abgängen bzw. Zugängen bei abnehmenden oder zunehmenden Beständen.

mit einem Minus von 8,2 % erstmals seit dem ersten Quartal 2009 deutlich günstiger. Bis zum dritten Quartal 2010 waren die Veränderungsraten durchschnittlich um zwei Prozentpunkte schlechter als in Hessen. Rückgänge gab es – mit Ausnahme von Bremen (+ 0,4 %) – in allen Ländern, am stärksten in Baden-Württemberg und Bayern (jeweils - 14 %). In den neuen Ländern ging die Arbeitslosigkeit ebenfalls zurück (- 9,1 %), am stärksten in Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Im vierten Quartal meldeten sich 45 800 Menschen bei einer hessischen Agentur oder einem Träger der Grundversicherung arbeitslos, während gleichzeitig 46 200 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Zugänge um 2,2 %, die Abgänge gingen sogar um 5,3 % zurück. Aussagekräftiger als absolute Zahlen sind die Zu- bzw. Abgangsraten²⁾, die die Zu- bzw. Abgänge auf den Bestand des Vorzeitraumes beziehen. Bezogen auf den Arbeitslosenbestand beendeten im vierten Quartal mehr Menschen ihre Arbeitslosigkeit, die Abgangsrate erhöhte sich im Jahresvergleich um 0,6 Prozentpunkte auf 25 %. Dagegen wies die Zugangsrate einen Anstieg von 1,4 Prozentpunkten auf und lag im vierten Quartal bei 24,8 %.

Die hessische Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im Berichtsquartal auf 5,9 %. Im Vergleich zum Vorjahresquartal nahm sie um 0,5 Prozentpunkte, im Vergleich zum Vorquartal um 0,4 Prozentpunkte ab. Sie lag damit geringfügig unter der Quote der alten Länder, aber weiterhin klar unter der gesamtdeutschen Quote von 7,1 %. Hessen belegte damit weiterhin hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den vierten Platz im Länderranking. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten Berlin (12,7 %), Mecklenburg-Vorpommern (11,8 %) und Bremen (11,6 %).

In der Unterbeschäftigung sind nach dem Konzept der Bundesagentur für Arbeit neben den Arbeitslosen auch die Personen enthalten, die an den Arbeitsmarkt entlassenden Maßnahmen teilnehmen oder zeitweise erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden. Damit wird ein umfassenderes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. Im vierten Quartal 2010 lag die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) in Hessen bei 245 000 Personen. Sie nahm sowohl gegenüber dem Vorquartal (- 4,4 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (- 9,4 %) ab. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente (ohne Kurzarbeit) war insgesamt rückläufig. Sie reduzierte sich sowohl gegenüber dem Vorquartal (- 4,6 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (- 10,1 %). Abnahmen gab es bei der beruflichen Weiterbildung, bei Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, bei Arbeitsgelegenheiten und bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die allerdings nur noch von geringer Be-

deutung sind. Einen Zuwachs verzeichnete lediglich die Förderung der Selbstständigkeit (Gründungszuschuss). Die Unterbeschäftigungsquote, die sich aus dem Verhältnis von Unterbeschäftigten und der erweiterten Zahl von zivilen Erwerbspersonen berechnet, lag im Quartalsdurchschnitt bei 7,8 % und damit – wie die Arbeitslosenquote – klar unter der Quote für Gesamtdeutschland bzw. für die alten Länder (9,6 bzw. 8,2 %).

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit konnten nicht alle Personengruppen profitieren. Die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre stieg im Jahresvergleich weiter auf 54 010 an (+ 4,4 %). Fast 30 % aller Arbeitslosen in Hessen gehören mittlerweile dieser Altersgruppe an. Besonders hoch war der Zuwachs bei der Untergruppe der über 55-Jährigen. Hier stieg die Arbeitslosigkeit sogar um 10 % im Vorjahresvergleich. Obwohl die Erwerbsquoten für die Gruppen ab 50 Jahre oder älter in den letzten Jahren merklich anstiegen, fanden offenbar ältere arbeitslose Personen nur schwer in den Arbeitsmarkt zurück. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,7 % und war damit nur geringfügig höher als im vierten Quartal 2009, aber 0,8 Prozentpunkte höher als die der Arbeitslosen insgesamt.

Frauen und Männer konnten von der positiven Entwicklung nicht im gleichen Maße profitieren. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 10 500 arbeitslose Männer weniger (- 10,0 %). Dem stand eine Abnahme bei der Zahl der arbeitslosen Frauen von 3100 Personen (- 3,4 %) gegenüber. Männer waren allerdings im Krisenjahr 2009 auch deutlich stärker betroffen, als deren Zugänge an Arbeitslosen deutlich über der Entwicklung bei den Frauen lagen. In Hessen waren im Berichtsquartal 95 100 Männer und 88 400 Frauen arbeitslos. Die jeweiligen Quoten betragen für die Männer 5,8 % und für die Frauen 6,1 %.

Seit dem ersten Quartal 2010 sank im Berichtsquartal zum vierten Mal in Folge im Vorjahresvergleich die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen. Diese Gruppe profitierte überdurchschnittlich vom Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Ihre Zahl sank gegenüber dem Vorjahr um 17 % auf nunmehr 16 500 Personen.

Von den 183 400 Arbeitslosen im vierten Quartal wurden rund 30 % oder 56 500 im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und knapp 127 000 oder 70 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl ist in beiden Rechtskreisen gesunken, aber deutlich verhaltener im Rechtskreis SGB II. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 12 %, während diese im Rechtskreis SGB II um 4,6 % sank. Die Arbeitslosenzahl im Rechtskreis SGB III lag auf dem Niveau des vierten Quartals 2008, dem Beginn der Krise; im Rechtskreis SGB II gab es dagegen über 9000 Personen oder 6,7 % weniger.

Die Langzeitarbeitslosigkeit insgesamt (ohne die Daten zugelassener kommunaler Träger) war im Vorjahresvergleich weiterhin rückläufig. Die Zahl der länger als 12 Monate Arbeitslosen nahm gegenüber dem Vorjahr um 2200 auf 37 700 Personen ab. Der Anteil an den Arbeitslosen insgesamt erhöhte sich leicht um 0,3 Prozentpunkte, da die Arbeitslosenzahl insgesamt stärker zurückging als die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Die rückläufige Zahl der Langzeitarbeitslosen betraf allein den Rechtskreis SGB II (- 3000), im Rechtskreis SGB III erhöhte sie sich (+ 810). Bei Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB III handelt es sich zum größten Teil um Nicht-Leistungsempfänger, bei denen z. B. als Berufsrückkehrer oder Berufseinsteiger kein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht oder die wegen mangelnder Bedürftigkeit kein Arbeitslosengeld erhalten. Weiterhin werden hier ältere Arbeitslose nachgewiesen, die Leistungsansprüche von mehr als 12 Monaten haben.

Die Arbeitslosigkeit ging in allen 3 Regierungsbezirken zurück, jedoch, wie bereits in den Vorquartalen, unterschiedlich stark. Nord- und Mittelhessen verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr den größten Rückgang (- 13,4 bzw. - 7,3 %). In Südhessen reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen um 4,6 %.

In 22 von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich. Zuwächse zwischen 0,6 und 1,0 % gab es im Hochtaunuskreis, im Landkreis Offenbach, im Main-Taunus-Kreis und im Rheingau-Taunus-Kreis. Von den 22 Regionaleinheiten mit Rückgängen meldeten 2 Kreise Abnahmen um mehr als 20 %, und in 6 Kreisen und einer kreisfreien Stadt gab es Rückgänge von mehr als 10 %. Am stärksten sank die Arbeitslosenzahl in Hersfeld-Rotenburg (- 27,4 %), im Kreis Waldeck-Frankenberg (- 21,8 %), im Vogelsbergkreis (- 17,4 %) und im Landkreis Fulda (- 16,3 %). In der kreisfreien Stadt Kassel nahm zwar die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich ebenfalls ab (- 3,5 %), aber im Vergleich mit der Entwicklung zu den Vorquartalen deutlich abgeschwächt (drittes Quartal: - 16,6 %, zweites Quartal: - 21,6 %). Von den südhessischen Regionen meldeten nur der Landkreis Bergstraße und die kreisfreie Stadt Offenbach am Main starke Rückgänge (- 13,7 bzw. - 11,2 %). Die restlichen 13 Landkreise und kreisfreien Städte meldeten Abnahmeraten zwischen 2,0 % (kreisfreie Stadt Wiesbaden) und 9,6 % (Odenwaldkreis).

Im Vergleich zum Vorquartal verringerten sich in allen kreisfreien Städten und Landkreisen die Arbeitslosenzahlen. In Südhessen war der Rückgang mit 5,1 % schwächer als im Landesdurchschnitt (- 5,8 %), während er in Mittel- und Nordhessen mit 6,9 bzw. 7,2 % darüber lag. In Nordhessen sank die Arbeitslosigkeit insbesondere im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (- 14,0 %) und in den

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2009	2010			
		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 147,8	3 100,7	3 124,3	3 140,3	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	0,0	– 0,1	0,3	0,6	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 192,4	2 168,8	2 183,7	2 207,4	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	197 022	215 471	201 507	194 773	183 409
und zwar						
Männer	"	105 513	119 102	107 426	100 564	95 051
Frauen	"	91 508	96 369	94 080	94 209	88 357
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	19 886	22 122	19 276	21 746	16 511
dar. 15 bis unter 20	"	4 073	3 948	3 500	4 505	3 394
50 oder älter	"	51 714	57 173	56 287	54 696	54 010
dar. 55 oder älter	"	28 957	32 253	32 480	32 165	31 960
Ausländer	"	47 949	51 064	48 720	47 145	45 687
im Rechtskreis III	"	63 956	76 870	65 619	63 395	56 469
im Rechtskreis II	"	133 066	138 601	135 888	131 379	126 939
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	2,4	– 1,1	– 7,0	– 8,6	– 6,9
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	"	6,4	7,0	6,5	6,3	5,9
und zwar						
Männer	"	6,4	7,2	6,5	6,1	5,8
Frauen	"	6,3	6,7	6,5	6,5	6,1
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	5,9	6,6	5,8	6,6	5,0
dar. 15 bis unter 20	"	3,9	3,8	3,6	4,7	3,6
50 oder älter	"	6,6	7,4	7,1	6,8	6,7
dar. 55 oder älter	"	6,8	7,6	7,5	7,2	7,2
Ausländer	"	14,0	14,9	14,2	13,8	13,3
Deutsche	"	5,4	5,9	5,5	5,3	5,0
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	24 011	24 206	29 526	34 914	34 637
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	Anzahl	3 961	4 665	2 906
Kurzarbeiter ⁴⁾	"	64 986	63 197	31 508
Anzeigen über Kurzarbeit	"	616	501	186	130	414
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	"	10 617	6 065	2 756	1 656	5 843

1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Landkreisen Schwalm-Eder, Fulda sowie in Waldeck-Frankenberg beträchtlich (jeweils gut – 10 %). Einen ähnlich hohen Abbau der Arbeitslosigkeit gab es in Mittelhessen nur im Vogelbergskreis (– 10,9 %). Es folgten aus Südhessen der Odenwaldkreis und die kreisfreien Städte Darmstadt und Offenbach mit Abnahmeraten zwischen 8,9 bis 8,2 %.

Die unterschiedlichen Entwicklungen führten auch im vierten Quartal dazu, dass die Bandbreite der Arbeitslosenquote in den Regionen sich weiter verringerte. Sie lag zwischen 4,1 % (Hochtaunuskreis) und 10,2 % (kreisfreie Stadt Kassel). Der Abstand zwischen den Regionen, der noch im vierten Quartal 2009 bei 7,3 Prozentpunkten lag, nahm im Berichtsquartal auf 6,1 Prozentpunk-

te ab. Von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen blieben 17 unter der landesweiten Quote von 5,9 %. Im Vergleich der Regierungsbezirke lagen die Quoten der Regierungsbezirke Darmstadt und Gießen jeweils mit 6,0 % knapp über dem Landesdurchschnitt, während der Regierungsbezirk Kassel mit 5,7 % diese Quote wie schon im Vorquartal unterschritt.

Die gemeldeten Arbeitsstellen erhöhten sich im vierten Quartal gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 14 700. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 34 600 Arbeitsstellen³⁾. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Anstieg von 10 600 oder 44 %. Somit lag der offene Stellenbestand wieder auf dem Niveau vor Beginn der Finanzkrise (Durchschnitt zweites und drittes Quartal 2008: 34 500). Die durchschnittliche Zeitspanne vom gewünschten Besetzungstermin bis zur Abmeldung der Stelle, die sogenannte Vakanzzeit, belief sich auf 60 Tage. Das waren 4 Tage weniger als vor einem Jahr, aber 5 Tage mehr als im Vorquartal. Von den offenen Stellen entfielen etwa ein Drittel auf die Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit), 11 % auf den Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und knapp 8 % auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Auf das Verarbeitende Gewerbe entfielen gut 6 % der gemeldeten Stellen, auf das Gastgewerbe 5,5 % und auf Verkehr und Lagerei sowie das Baugewerbe jeweils 4,5 %.

Nach den jüngsten vorläufigen hochgerechneten Daten wurde im Oktober 12 800 Arbeitnehmern konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 170 SGB III gezahlt, das waren 58 470 oder 82 % weniger als vor einem Jahr⁴⁾. Zum Höhepunkt der Inanspruchnahme im April/Mai 2009 gab es noch über 90 000 konjunkturelle Kurzarbeiter. Damit erreichten die Kurzarbeiterzahlen im Oktober 2010 nur noch 14 % des Höhepunktes der Inanspruchnahme.

Im November lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit in Hessen um 1,6 % über dem Vorjahresergebnis. Alle Bundesländer verzeichneten einen Beschäftigungsanstieg, der in Niedersachsen (+ 2,5 %) sowie in Bayern und Thüringen am stärksten ausfiel (jeweils + 2,4 %). Bundesweit erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Personen um 2,0 %. Hessen bleibt weiterhin hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurück.

Die Beschäftigung stieg in allen großen Wirtschaftsbereichen, am stärksten im Bereich „Wirtschaftliche Dienstleistungen“ (+ 4,7 %). Dies wurde durch den starken

3) Zum Berichtsmonat Juli 2010 erfolgte die Umstellung der Berichterstattung auf gemeldete Arbeitsstellen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Berichterstattung über die geförderten gemeldeten Stellen wurde eingestellt.

4) Die Kurzarbeiterstatistik wurde rückwirkend bis zum Januar 2009 umgestellt. Siehe hierzu Methodenbericht „Statistik über Kurzarbeit von Betrieben und Kurzarbeiter – Umstellung der Datenbasis und der statistischen Methode“ vom 24. Juni 2010.

Anstieg der Arbeitnehmerüberlassung beeinflusst, die hier statistisch nachgewiesen wird. Sie stieg im Vergleich zum Vorjahr um 11 800 Personen oder 26,2 % auf 56 600 und erreichte somit das Vorkrisenniveau. Der Anteil der Arbeitnehmerüberlassung an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern betrug 2,5 %; bezogen auf alle Erwerbstätigen sind das rund 1,8 %. Dies entsprach in etwa dem Anteil des hessischen Maschinenbaus oder des Ernährungsgewerbes.

Stark zulegen konnte wie schon in den Jahren zuvor die Beschäftigung im Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ (+ 4,4 %). Die Arbeitsplätze sind hier zu einem großen Teil finanziell abhängig von den Sozialversicherungen. Konjunkturelle Einflüsse machen sich nicht so stark bemerkbar. Der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten ist hier überdurchschnittlich. Hierdurch erklärt sich auch ein Teil des stetigen Aufbaus der Teilzeitbeschäftigung.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe wurde die Talsohle durchschritten. Erstmals seit März 2009 nahm im Jahresvergleich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht mehr ab. Der Beschäftigtenstand ist jedoch noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass nicht zuletzt die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in erheblichem Maße auf Leiharbeiter zurückgreifen. Vor allem bei den Leiharbeitsfirmen nahm die Beschäftigung nach dem krisenbedingten starken Einbruch enorm zu.

Trend setzt sich fort: Weniger Unternehmen, aber mehr Verbraucher insolvent

Von Oktober bis Dezember 2010 haben die hessischen Amtsgerichte über 393 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind gut 16 % weniger als im vierten Quartal des Vorjahres. Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge liegt mit knapp 30 % zwar etwas höher als in den ersten 3 Quartalen des Jahres 2010 (knapp 29 %), aber noch unter dem Durchschnitt des vergangenen Jahres (gut 31 %). Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das vierte Quartal 2010 auf insgesamt 529 Mill. Euro. Dies entspricht gut 1,3 Mill. Euro je beantragter Insolvenz. Insgesamt waren 1154 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief recht unterschiedlich. Einen deutlichen Rückgang der Insolvenzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gab es im Bereich „Information und Kommunikation“ (- 44 %), im Verarbeitenden Gewerbe (- 38 %), im Baugewerbe (- 34 %) sowie im Handel (- 33 %). Ein Anstieg der Insolvenzfälle wurde vor allem bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+ 31 %) und im Gastgewerbe (+ 19 %) beobachtet.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erreichte im vierten Quartal 2010 mit 1959 Anträgen den höchsten Stand seit Einführung der Verbraucherinsolvenz im Jahr 1999. Gegenüber dem dritten Quartal 2010 wurden knapp 3 % und gegenüber dem vierten Quartal 2009 gut 11 % mehr Verbraucherinsolvenzen registriert. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen mit 70 400 Euro leicht über dem schon hohen Wert des vorherigen Quartals (69 600 Euro) und deutlich über dem Wert des vierten Quartals 2009 (63 600 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird. Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im vierten Quartal mit 389 gut 3 % niedriger als im dritten Quartal 2010 und knapp 7 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen bei 146 000 Euro (124 000 Euro im dritten Quartal 2010).

Inflationsrate zum Jahresende 2010 merklich gestiegen

Der Verbraucherpreisindex lag im vierten Quartal 2010 um 1,3 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,4 % höher als im dritten Quartal 2010. Der Anstieg der Inflationsrate von 0,9 % im dritten auf 1,3 % im vierten Quartal wurde insgesamt gesehen vollständig durch Preissteigerungen am aktuellen Rand hervorgerufen (Zunahme des Index von 107,6 im dritten auf 108,0 im vierten Quartal). Trotz des merklichen Anstiegs der Inflationsrate im vierten Quartal, mit dem Jahreshöchstwert von 1,5 % im Dezember, betrug die Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2010 lediglich 0,8 %.

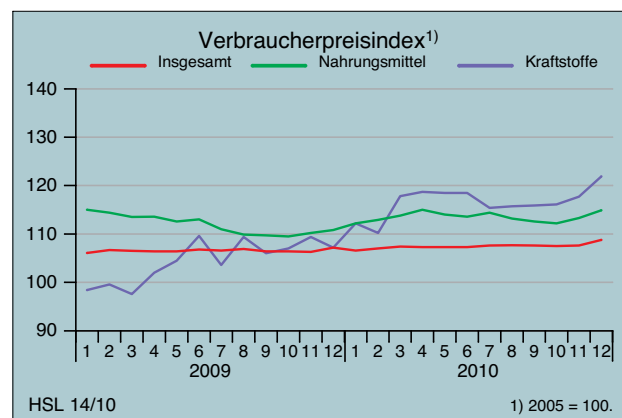
Im vierten Quartal 2010 lag der Preisindex für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) 12,5 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Heizöl verteuerte sich um 22,3 % und Kraftstoffe um 9,9 %. Der Gaspreis stieg erstmals nach den teils kräftigen Preissenkungen der vergangenen 5 Quartale wieder an, und zwar um 5,6 %. Da der Gaspreis mit einer zeitlichen Verzögerung

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
2005 = 100					
Verbraucherpreisindex	106,6	107,0	107,3	107,6	108,0
darunter					
Nahrungsmittel	110,2	113,0	114,2	113,4	113,5
Kleidung und Schuhe	99,4	96,2	96,5	94,5	98,4
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	105,7	106,0	106,1	106,5	106,7
Haushaltsenergie	119,2	120,0	122,2	122,4	124,4
Verkehr	110,2	112,0	113,5	113,0	114,0
Heizöl und Kraftstoffe	106,8	112,7	119,3	116,5	120,1
Nachrichtenübermittlung	89,2	88,6	88,3	88,0	87,1
Unterhaltungselektronik	67,4	65,5	64,8	64,9	63,6
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	0,3	0,6	0,8	0,9	1,3
darunter					
Nahrungsmittel	- 3,1	- 1,1	1,0	2,9	3,0
Kleidung und Schuhe	- 0,9	- 2,5	- 2,5	- 2,5	- 1,0
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,2	1,2	1,0	1,0	0,9
Haushaltsenergie	- 6,3	- 6,3	- 1,1	0,2	4,4
Verkehr	2,1	4,6	3,9	2,9	3,4
Heizöl und Kraftstoffe	0,5	15,6	15,6	11,3	12,5
Nachrichtenübermittlung	- 1,7	- 1,9	- 1,8	- 1,8	- 2,4
Unterhaltungselektronik	- 4,0	- 5,2	- 5,5	- 4,4	- 5,6

von etwa einem Dreivierteljahr dem Ölpreis folgt, ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Strom verteuerte sich im vierten Quartal 2010 mit einer Jahresrate von 1,6 %. Der Index für Haushaltsenergie insgesamt (Heizöl, Gas, Strom, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag 4,4 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals.

Das Niveau der Nahrungsmittelpreise stieg im vierten Quartal 2010 leicht an (gegenüber dem dritten Quartal 2010 um 0,1 %), sodass die Jahresteuerrate für Nahrungsmittel im vierten Quartal mit 3,0 % den höchsten Stand seit 2 Jahren erreichte. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Gemüse (+ 14,7 %), Obst



(+ 10,4 %), Speisefette und -öle (+ 4,2 %), Fisch (+ 3,6 %), Molkereiprodukte und Eier (+ 0,6 %) sowie Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 0,4 %). Lediglich das Preisniveau für Fleisch und Fleischwaren blieb unverändert.

Bei Kleidung und Schuhen setzte sich die Tendenz zu sinkenden Preisen im vierten Quartal 2010 abgeschwächt fort (- 1,0 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal). Der schon länger zu beobachtende Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 2,4 %) und für Unterhaltungselektronik (- 5,6 %) hält an und hat sich sogar wieder etwas verstärkt. Deutliche Preissenkungen wurden beispielsweise für Fernsehgeräte (- 22,3 %), Digitalkameras (- 13,7 %) sowie Notebooks (- 9,5 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. MP3-Player (+ 1,4 %) und Scanner (+ 2,5 %).

Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, wie Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten, verteuerten sich im vierten Quartal 2010 um 2,3 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres, Glaswaren und Geschirr um 2,0 %. Die Preise für Heimtextilien sanken binnen Jahresfrist um 1,6 %, für Haushaltsgeräte um 1,3 % sowie für Möbel und Einrichtungsgegenstände um 1,2 %.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 0,8 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+ 3,1 %), ambulante Gesundheitsdienstleistungen (+ 2,7 %), Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 2,6 %) sowie die Personenbeförderung im Schienenverkehr (+ 2,0 %). Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten ging im vierten Quartal 2010 leicht auf 0,9 % zurück.

Personal im hessischen Hochschulbereich 2009

An den 32 hessischen Hochschulen und den 2 Hochschulkliniken waren Ende 2009 insgesamt rund 42 300 Personen – ohne studentische Hilfskräfte – beschäftigt. Die meisten davon (34 100) waren an einer Universität oder einem Universitätsklinikum tätig. Die Beschäftigten im Hochschulbereich können in 2 Gruppen unterteilt werden: das wissenschaftliche und künstlerische Personal, welches in der Regel unmittelbar mit Lehre und Forschung betraut ist, und das nichtwissenschaftliche Personal, welches hauptsächlich studiumsferne Dienstleistungen erbringt. Hierzu zählen die Beschäftigten in der Verwaltung und anderen zentralen Einrichtungen der Hochschulen, technische Angestellte in Laboren, aber auch die Pflegekräfte an den Universitätskliniken sowie das Verwaltungspersonal in den Fachbereichen. Rund 52 % der Beschäftigten werden dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zugerechnet. Der Frauenanteil bei den Beschäftigten an hessischen Hochschulen insgesamt lag im Jahr 2009 bei 51 % (21 700); beim Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal waren es 68 %, beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal 36 %.

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen ist direkt mit Lehre und Forschung und damit auch mit der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses betraut. Es wird daher häufig auch für die Berechnung von hochschulstatistischen Kennzahlen herangezogen. Beispielhaft seien hier die Betreuungsquoten (wissenschaftliches und künstlerisches Personal bezogen auf die Zahl der Studierenden) oder die Kennzahl „Drittmittel je Professor“ genannt. Insgesamt waren an den hessischen Hochschulen im Jahr 2009 rund 21 800 Beschäftigte in diesem Bereich tätig, davon 14 500 oder zwei Drittel hauptberuflich. Dazu zählten die wis-

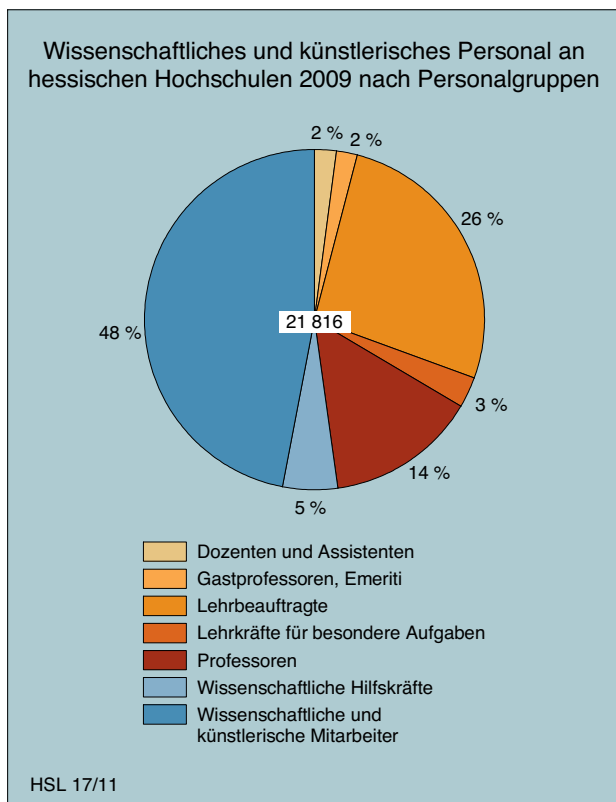
enschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, die mit etwa 10 200 die größte Gruppe bilden, gefolgt von den 3100 Professoren. Zum hauptberuflichen Personal zählten weiterhin die Dozenten und Assistenten sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Die einzelnen Personalgruppen wurden von Frauen und Männern unterschiedlich stark besetzt. So lag der Anteil der weiblichen Professoren bei 20 %, während von den Lehrkräften für besondere Aufgaben 45 % Frauen waren.

In den vergangenen 10 Jahren war die Entwicklung für Frauen in den Personalgruppen des hauptberuflich wissenschaftlichen und künstlerischen Personals durchweg positiv. So verdoppelte sich der Anteil der Frauen an den Professoren im Zeitraum der Jahre 2000 (10,3 %) bis 2009 (20,4 %) nahezu. Sowohl der Anteil der Frauen bei den Dozenten und Assistenten als auch bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern stieg von 24 auf 33 % beziehungsweise von 32 auf 41 % um jeweils 9 Prozentpunkte (siehe auch Schaubild auf Seite 25).

Das restliche Personal im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich (knapp 7400 Personen) arbeitete nebenberuflich. Die größte Gruppe war mit 5800 die der Lehrbeauftragten – hierunter werden Lehrbeauftragte, Honorarprofessoren, Privatdozenten und außerplanmäßige Professoren zusammengefasst. Des Weiteren gab es die wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren, die etwa 15 % des nebenberuflichen Personals ausmachten. Die kleinste Gruppe bildeten die Gastprofessoren und Emeriti mit 5,9 %.

Anstieg der Teilzeitarbeit

Das hauptberuflich beschäftigte Personal im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich lässt sich anhand der vereinbarten Arbeitszeit in Voll- und Teilzeitbeschäftigte unterteilen. Insgesamt lag der Anteil der Teilzeitarbeitenden hier bei 37 % und damit 17 Prozentpunkte



Personal an hessischen Hochschulen 2009 nach Geschlecht, Personalgruppen und Hochschularten

Geschlecht	Personal insgesamt	davon						
		zusammen	wissenschaftliches und künstlerisches Personal				Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal	
			davon		davon			
			hauptberuflich		nebenberuflich		zusammen	darunter Pflegekräfte
zusammen	darunter Professoren	zusammen	dar. Lehrbeauftragte ¹⁾					
Universitäten (inkl. Kliniken)								
Männlich	15 417	9 959	7 697	1 426	2 262	1 437	5 458	942
Weiblich	18 644	6 220	4 669	338	1 551	984	12 424	4 003
Zusammen	34 061	16 179	12 366	1 764	3 813	2 421	17 882	4 945
Theologische Hochschulen								
Männlich	120	103	59	25	44	34	17	—
Weiblich	50	24	13	1	11	7	26	—
Zusammen	170	127	72	26	55	41	43	—
Kunsthochschulen								
Männlich	353	313	80	60	233	227	40	—
Weiblich	243	173	41	28	132	129	70	—
Zusammen	596	486	121	88	365	356	110	—
Fachhochschulen								
Männlich	4 213	3 142	1 243	937	1 899	1 784	1 071	—
Weiblich	2 617	1 367	508	257	859	812	1 250	—
Zusammen	6 830	4 509	1 751	1 194	2 758	2 596	2 321	—
Verwaltungsfachhochschulen								
Männlich	462	423	114	37	309	308	39	—
Weiblich	159	92	37	13	55	55	67	—
Zusammen	621	515	151	50	364	363	106	—
Hochschulen insgesamt								
Männlich	20 565	13 940	9 193	2 485	4 747	3 790	6 625	942
Weiblich	21 713	7 876	5 268	637	2 608	1 987	13 837	4 003
Zusammen	42 278	21 816	14 461	3 122	7 355	5 777	20 462	4 945

1) Lehrbeauftragte, Honorarprofessoren, Privatdozenten, außerplanmäßige Professoren.

höher als der gleiche Anteil bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt (am Arbeitsort). Der Geschlechteranteil war bei den hauptberuflich Teilzeitbeschäftigten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit 49 % Männern und 51 % Frauen fast gleich. Bei den 9100 Vollzeitbeschäftigten dagegen lagen die Anteile von Männern und Frauen bei 72 bzw. 28 %.

Im Verlauf der letzten 10 Jahre hat die Teilzeitarbeit beim hauptberuflich wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Bedeutung gewonnen. Lagen die Anteile von Teilzeit- bzw. Vollzeitstellungen im Jahr 2000 noch bei 24 bzw. 76 %, so lagen sie 2009 bei 37 bzw. 63 %.

1) Goethe-Universität Frankfurt am Main, 3787 Beschäftigte; Justus-Liebig Universität Gießen, 3883 Beschäftigte; Philipps-Universität Marburg, 3021 Beschäftigte; Technische Universität Darmstadt, 3070 Beschäftigte. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/c54ed-03328f8786b7908800f554e7458/referenzliste_bundeslaender.pdf (29. November 2010).

2) <http://www.beruf-und-familie.de/index.php?c=22#elema583> (13. Januar 2011).

Bis 2004 ist ein Anstieg deutlich sichtbar; zwischen 2004 und 2005 folgte dann nur eine minimale Veränderung. Ab 2005 findet wieder ein deutlicher Anstieg der Teilzeitarbeit statt. Dieser Anstieg fällt mit der Zertifizierung von 4¹⁾ der großen hessischen Hochschulen im Rahmen des Audit familiengerechte Hochschule (gemeinnützige Hertie Stiftung) zusammen. Ziel des Audit ist es, eine tragfähige Balance zwischen den betrieblichen Interessen der Hochschule und den familiären Interessen ihrer Beschäftigten und Studierenden zu erreichen und diese langfristig in der Hochschule zu verankern²⁾. Diese Zertifizierung ist einer der möglichen Gründe für den Anstieg der Teilzeitarbeit. Im Laufe der letzten Jahre wurde diese Zertifizierung von weiteren hessischen Hochschulen angestrebt.

Je nach Personalgruppe unterschieden sich die Anteile der Voll- und Teilzeitarbeitenden. Bei den Dozenten und Assistenten arbeiteten 2009 nur rund 29 % Vollzeit, von

den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern hatten 55 % eine volle Anstellung. Die Lehrkräfte für besondere Aufgaben waren zu 61 % vollbeschäftigt, während bei den Professoren sogar 94 % Vollzeit arbeiteten.

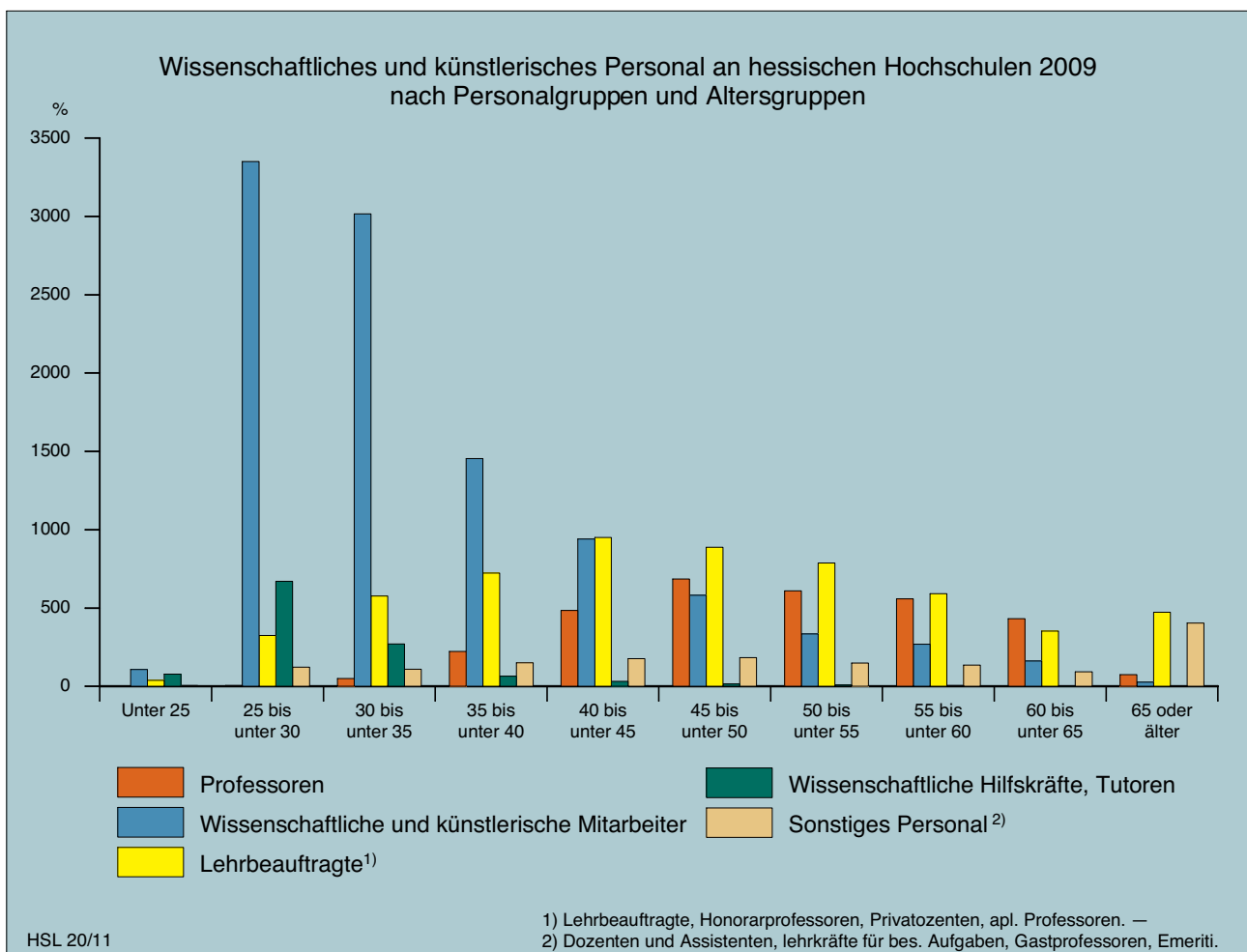
In den einzelnen Fächergruppen gab es unterschiedliche Anteile von hauptberuflich voll- und teilzeitbeschäftigten Personen. Lediglich bei den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, die mit ihren 460 hauptberuflich Beschäftigten eine eher kleine Fächergruppe darstellen, gab es mehr Teilzeit- als Vollzeitbeschäftigte. Im Gegensatz dazu fanden sich bei den Ingenieurwissenschaften, mit rund 1900 Beschäftigten die viertgrößte Fächergruppe, lediglich 17 % mit einer Teilzeitstelle. Bei 6 der insgesamt 11 Fächergruppen bewegte sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten zwischen 42 % (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) und 46 % (Mathematik, Naturwissenschaften).

Die meisten Beschäftigten waren jünger als 40 Jahre

Über 50 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals waren jünger als 40 Jahre. Ursache dafür war hauptsächlich, dass sich die größte Personalgruppe, die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, vorwiegend aus der Altersgruppe der 25- bis unter

40-Jährigen rekrutierte. Anhand der Altersverteilung der Beschäftigten in den Personalgruppen lassen sich die klassischen Karriereverläufe an einer Hochschule recht anschaulich aufzeigen. Zum einen gibt es einen großen Stamm an jungem, häufig frisch ausgebildetem Personal, welches durch die Arbeit als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter versucht, an der Hochschule oder generell im wissenschaftlichen Bereich Fuß zu fassen. Für einen Großteil dieser Beschäftigten dürften diese Stellen als Sprungbrett dienen und keine längerfristigen Beschäftigungsverhältnisse darstellen. Als ein Beispiel hierfür seien die wissenschaftlichen Mitarbeiter genannt, die häufig auf diesen Stellen neben ihrer Tätigkeit an der Hochschule noch ihre Promotion verfassen. Die Tatsache, dass sich die Zahl der Personen, die solche Stellen innehaben, mit zunehmendem Alter drastisch reduziert, spricht für diese Vermutung.

Auf der anderen Seite erkennt man an der Gruppe der Professoren, dass dort die Altersgruppen ab 40 Jahren am stärksten vertreten sind. Dies resultiert daraus, dass der häufigste Weg zu einer Professorenstelle immer noch sowohl über eine Promotion als auch über eine anschließende Habilitation führt. Die Einführung der Juniorprofessur soll diesen Karriereweg abkürzen und es neu Promovierten ermöglichen, ohne Habilitation



und bereits vor dem Erreichen des vierzigsten Lebensjahres eine Professorenstelle zu bekleiden³⁾. In Hessen wurde mit der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes Ende 2004 die Möglichkeit der Juniorprofessur für den wissenschaftlichen Nachwuchs vorgesehen. 2009 waren 70 Juniorprofessoren an hessischen Hochschulen beschäftigt, was einem Anteil von 4,1 % an allen Universitätsprofessoren entspricht. Betrachtet man sich die Altersstruktur, so erkennt man, dass 88 % der Juniorprofessoren jünger als 40 Jahre sind. Zum Vergleich sind bei den regulären Professoren lediglich 8,2 % jünger als 40 Jahre.

Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse unter dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an den Hochschulen nahm zu

Der Anteil des hauptberuflich beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, das mit befristeten Verträgen an einer Hochschule angestellt ist, lag 2009 bei 70 %. Im Jahr 2000 waren lediglich 52 % der Beschäftigten befristet angestellt. Es lässt sich hinsichtlich der befristeten Arbeitsverhältnisse noch ein Punkt anmerken. An den hessischen Universitäten, die mit 12 400 die meisten hauptberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten aufwiesen, hatten lediglich 3000 (24 %) einen unbefristeten Vertrag. In allen anderen Hochschularten, sei es an Fachhochschulen (1800 hauptberuflich wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter), Theologischen Hochschulen (70), Kunsthochschulen (120) oder Verwaltungsfachhochschulen (150) gab es anteilig mehr unbefristete als befristete Arbeitsverhältnisse. Für den hohen Anteil von befristeten Anstellungen in den Universitäten (86 %) sind unterschiedliche Gründe denkbar: Viele der befristet beschäftigten Mitarbeiter arbeiteten auf Stellen, die ihnen die Möglichkeit zur Promotion gaben. Stellen für eine solche Weiterqualifikation laufen meist mit dem Abschluss der Promotion oder mit dem Ende der entsprechenden Drittmittelfinanzierung aus. Des Weiteren werden auch wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter ohne Promotionsabsichten häufig über Drittmittel finanziert. Da diese Mittel jedoch nur für eine begrenzte Zeit an die Hochschule fließen, können auch die entsprechenden Mitarbeiter nur auf Zeit eingestellt werden.

Der Ausländeranteil lag bei 8,7 %

An den hessischen Hochschulen gab es beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal 1900 Personen (8,7 %) mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft. Die größte Gruppe mit 1180 kam aus dem europäischen Ausland, gefolgt von rund 500 aus Asien. Insgesamt arbeiteten 85 % des nicht deutschen wissenschaft-

lichen und künstlerischen Personals an einer Universität (einschl. Hochschulkliniken), knapp 12 % an einer Fachhochschule, die übrigen 3 % arbeiteten entweder an einer Theologischen Hochschule oder einer Kunsthochschule.

Größter Anteil des nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Kunsthochschulen

Ein Drittel (7400) des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals war nebenberuflich an einer hessischen Hochschule beschäftigt. Für die Kunsthochschulen, Verwaltungsfachhochschulen und Fachhochschulen spielte dieses Personal zahlenmäßig eine größere Rolle als das entsprechende hauptberufliche Personal. Der Anteil der nebenberuflich Beschäftigten am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal insgesamt lag bei diesen Hochschularten zwischen 62 und 75 %.

Innerhalb des nebenberuflichen Personals war die wichtigste Personalgruppe die der Lehrbeauftragten; über alle Hochschulbereiche hinweg stellten sie insgesamt 79 % der Nebenberufler. Bei den Verwaltungsfachhochschulen, Fachhochschulen und Kunsthochschulen stellten sie sogar zwischen 99 und 94 % des nebenberuflichen Personals. Ein Grund hierfür könnte gerade bei den Verwaltungs- und Fachhochschulen der angestrebte Praxisbezug sein. Personen aus Wirtschaft oder Verwaltung werden hier in einer Nebentätigkeit bei der Ausbildung von Studierenden eingesetzt.

Nichtwissenschaftliches Personal

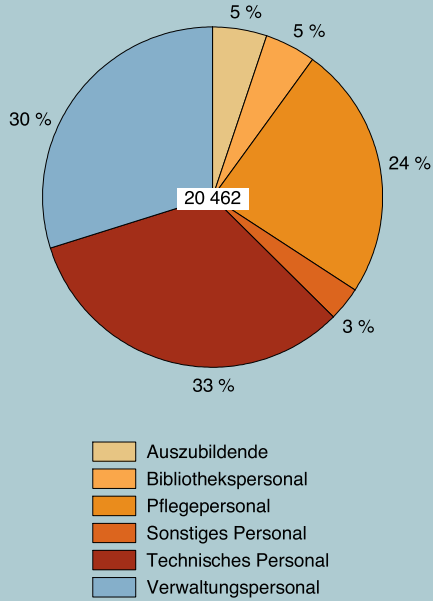
Die zweite große Personalgruppe, die sich an den Hochschulen in Hessen findet, ist mit insgesamt 20 500 im Jahr 2009 die des nichtwissenschaftlichen (Verwaltungs-, technischen und sonstigen) Personals. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten kaum verändert. Allerdings ist ihr Anteil am insgesamt im Hochschulbereich beschäftigten Personal im Lauf dieser Zeitspanne um rund 7 Prozentpunkte gesunken – im Jahr 2000 lag er noch bei 55 %.

Im Jahr 2009 arbeitete der Großteil des nichtwissenschaftlichen Personals (87 %) an einer Universität oder Hochschulklinik und bestand überwiegend aus 3 Personalgruppen: 5000 Pflegekräfte, 5800 Beschäftigte im Bereich „technisches Personal“ (was auf eine hohe technische Ausstattung der Universitäten und -kliniken hinweist) sowie 4800 Personen, die dem Verwaltungspersonal zuzurechnen sind. An Fachhochschulen arbeiteten 11 % des nichtwissenschaftlichen Personals; die restlichen 2 % verteilten sich auf die anderen Hochschularten.

Der Anteil der Teilzeitarbeitenden beim nichtwissenschaftlichen Personal lag bei 37 %, wobei Frauen häufiger in Teilzeit arbeiteten als Männer. Von den 13 800

3) http://www.lai.ar.tum.de/fileadmin/lai/redakteure/documents/Juniorprofessur/faq_zur_juniorprofessur.pdf (10. November 2010).

Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal an den hessischen Hochschulen 2009 nach Personalgruppen



HSL 21/11

Frauen arbeiteten 6700 in Teilzeit, das entspricht 48 %. Von den 6600 Männern befanden sich lediglich 13 % in einer Teilzeitbeschäftigung.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen sind auch als PDF-Datei mit Excel-Anhang per E-Mail-Versand lieferbar.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 059,6	6 060,4	6 062,1	6 063,0	6 063,9	6 062,2	6 064,9
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	2 840	3 291	3 595	2 946	3 074	3 250	3 576
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	5,7	6,4	7,0	5,7	6,2	6,3	6,9
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 369	4 905	4 591	4 056	4 515	4 294	4 400
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	8,8	9,5	8,9	7,9	9,1	8,3	8,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 916	4 428	4 887	5 047	4 598	5 129	4 827
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	9,9	8,6	9,5	9,8	9,2	10,0	9,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	16	17	16	15	12	12	18
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	3,7	3,5	3,5	3,7	2,7	2,8	4,1
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 547	477	- 296	- 991	- 83	- 835	- 427
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 1,1	0,9	- 0,6	- 1,9	- 0,2	- 1,6	- 0,8
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	12 357	14 701	16 508	12 026	13 185	15 514	18 439
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	5 592	6 306	6 571	5 802	6 724	7 338	8 207
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	12 247	14 335	14 561	9 879	12 379	16 590	15 471
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 343	5 945	5 293	3 943	5 674	8 210	5 945
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	110	366	1 947	2 147	806	- 1 076	2 968
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	16 705	18 952	19 303	15 110	16 236	18 361	20 605

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	195 081	197 599	215 652	183 601	182 132	184 493	201 780
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	90 798	91 121	96 772	89 312	88 015	87 745	93 162
Männer	"	113 816	105 536	104 283	106 478	118 880	94 289	94 117	96 748	108 618
Ausländer	"	50 819	48 154	47 629	47 997	51 185	45 510	45 511	46 039	49 381
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	19 527	19 321	21 519	17 136	16 140	16 257	18 781
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,3	6,4	7,0	5,9	5,9	6,0	6,5
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,3	6,3	6,7	6,1	6,1	6,0	6,4
Männer	"	6,9	6,4	6,3	6,4	7,2	5,7	5,7	5,9	6,6
Ausländer	"	14,8	14,0	13,9	14,0	14,9	13,3	13,3	13,4	14,4
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	5,8	5,7	6,4	3,7	4,9	5,0	5,7
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	71 893	...	63 738	57 274	66 420
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁵⁾	"	24 493	30 821	23 733	23 623	22 810	35 643	35 059	33 210	31 445

Erwerbstätigkeit ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bez. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009			2010	
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾⁸⁾	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	976,9	991,5	989,6	986,9	986,6
Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	214,1	217,5	212,4	214,8	219,3
Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	417,2	428,1	429,7	431,9	440,1
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	344,6	353,2	354,2	355,9	360,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁹⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,7
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6
Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,8	563,9	553,0	549,8	553,9
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	125,0	122,7	123,0	123,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	528,5	533,9	530,0	526,9	527,6
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	233,2	235,6	234,0	232,8	232,2
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	543,4	552,9	549,1	547,4	555,2
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	247,3	250,3	249,1	248,0	248,4
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	529,2	539,0	543,9	542,0	541,3
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	369,1	377,8	381,2	380,6	380,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 6) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 8) Erstellungsdatum: 07.01.2011. — 9) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	4 871	6 480	4 956	3 527	4 265	6 402	4 332
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	151	170	291	135	219	187	282
Jungrinder	"	52	55	61	100	51	31	50	138	104
Schweine	"	52 749	47 556	51 441	58 712	50 302	47 133	46 513	55 945	48 434
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	2 718	4 396	3 450	1 120	2 164	3 853	2 904
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	6 307	7 333	6 047	5 847	5 876	7 083	5 864
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 371	1 653	1 253	1 116	1 251	1 705	1 227
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	18	20	37	16	27	22	34
Jungrinder	"	7	7	7	11	7	4	7	18	14
* Schweine	"	4 752	4 315	4 602	5 172	4 431	4 360	4 296	4 878	4 301
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451	.	2 580	2 303	2 346
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	16 374	15 810	15 352	14 611	14 945	15 505	15 852
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 389	1 385	1 385	1 357	1 359	1 361	1 361
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	343,6	342,4	340,9	343,5	343,6	343,6	342,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	44 215	43 958	37 281	45 783	44 660	47 402	40 039
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 214,0	1 564,0	1 279,4	1 227,1	1 221,6	1 634,6	1 308,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	7 249,6	7 660,2	6 543,1	8 476,4	8 091,2	9 194,7	8 084,7
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 456,4	3 831,4	3 247,1	4 145,8	4 049,2	4 653,2	4 099,0
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	47,7	50,0	49,6	48,9	50,0	50,6	50,7
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	5,0	- 4,1	9,3	3,9	1,2	16,3	16,2
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	7,8	13,5	43,1	3,0	- 5,8	9,9	4,6
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	- 1,6	- 23,7	- 22,4	8,7	19,1	33,2	47,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 34,1	- 29,8	- 22,9	- 16,9	- 10,7	2,5	- 8,2
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	12,2	0,4	14,0	2,2	- 6,9	8,3	4,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	- 2,8	12,2	33,0	14,0	2,8	15,8	11,2
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	- 12,6	- 1,9	7,3	13,8	23,7	28,6	34,0
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	18,4	6,5	- 9,7	15,1	34,7	40,0	55,8
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	- 19,4	- 5,0	- 20,8	15,2	19,8	18,0	32,0
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	108	108	106	107	107	107
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	16 743	16 766	16 732	16 121	16 135	16 053	16 046
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	2 205	2 231	1 907	2 093	1 996	2 190	1 858
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	66,0	93,5	65,4	61,3	64,6	92,3	63,2
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	896,5	1 101,3	2 072,3	1 963,2	2 286,2	2 184,5	2 919,8
<p>* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.</p> <p>1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.</p>										

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Beschäftigte ¹⁾	2009 = 100 ²⁾	.	97,6	.	.	.	96,3	97,1	99,2	97,4
* Umsatz ³⁾	2009 = 100 ⁴⁾	.	99,7	.	.	.	77,7	101,4	105,2	114,5
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	46,8	46,4	45,8	48,6	48,3	47,8	46,7
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	5 014	4 573	3 365	5 374	5 178	5 163	2 817
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	1 908	1 745	1 375	2 218	2 152	2 142	1 309
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 517	1 404	1 053	1 614	1 526	1 550	878
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 589	1 424	937	1 542	1 500	1 471	630
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	109,2	120,0	103,0	115,0	110,2	127,8	95,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	622,0	533,3	485,0	552,0	552,1	559,2	560,5
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	143,4	160,4	135,1	174,5	179,3	168,7	160,6
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	272,1	168,9	195,1	176,3	159,1	175,3	216,3
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	206,5	204,0	154,8	201,1	213,7	215,1	183,5
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,0	94,7	119,6	79,9	135,3	105,5	84,9	76,8	91,3
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	124,9	86,1	160,5	109,6	104,1	78,3	85,9
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	100,1	87,1	136,6	115,1	92,4	81,7	94,8
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	132,9	72,8	127,5	97,3	74,1	72,7	90,1
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	20,0	19,6	.	.	19,9	20,0	.	.	20,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	.	6 012	6 026	.	.	5 999
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	.	162,5	152,6	.	.	162,7
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	.	783,6	637,0	.	.	759,6
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	486	424	429	488	502	469	427
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	437	379	375	431	455	402	383
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	549	509	568	630	540	598	562
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	102	96	109	114	104	115	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	145 328	135 012	145 627	165 460	144 585	166 043	149 550
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	153	168	151	143	138	131	106
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	1 014	987	1 198	696	1 443	1 227	756
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	146	197	196	121	204	191	138
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	167 236	219 219	257 113	90 688	171 065	145 161	137 444
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	936	1 018	1 017	897	1 152	1 145	987	1 202	1 064
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 154	5 400	5 474	4 969	5 553	6 088	5 532	6 113	5 534
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	94,9	106,9	103,9	108,3	109,7	118,1	113,8	119,3	114,5
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	90,2	90,4	99,0	102,9	103,7	97,8	99,0	102,9	103,7
* Beschäftigte (Index)	"	92,8	90,6	93,1	92,8	92,5	91,3	91,4	91,5	91,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Baustellung und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	96,4	98,1	102,2	98,8	118,5	98,1	101,8	103,9	117,5
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,4	98,9	102,6	98,4	117,8	99,0	102,7	104,9	118,3
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,2	97,0	92,6	116,2	87,7	90,5	96,4	114,2
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,5	106,8	105,9	114,3	106,6	105,9	108,1	111,6
Bekleidung	"	104,1	109,1	128,8	105,3	134,5	119,7	133,3	114,5	135,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,1	112,0	111,2	115,0	103,6	114,8	119,1	119,7
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	109,9	109,8	118,0	168,5	103,8	113,0	121,1	158,4
Versand- u. Internet-Eh.	"	69,0	74,7	73,4	76,0	83,8	79,9	78,5	84,0	86,0
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	95,7	95,0	95,4	95,7	96,1	97,0	97,6	98,9
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	98,8	92,6	104,4	86,1	75,6	105,0	106,1	107,5	82,6
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,8	94,9	106,7	87,9	77,2	107,7	109,1	110,5	84,9
* Beschäftigte (Index)	"	96,9	96,1	97,7	97,3	96,8	96,3	97,1	97,7	98,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	86,0	86,4	91,9	83,7	89,2	94,7	93,6	86,0	88,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,9	95,1	98,8	89,6	95,8	104,9	103,6	94,9	97,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	92,2	100,1	106,4	94,7	90,9	122,8	115,5	103,8	97,5
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,4	92,7	84,8	97,2	93,1	95,2	88,7	95,9
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,8	102,3	97,7	96,9	108,7	104,9	101,8	101,6
Ausschank von Getränken	"	84,7	81,5	88,2	78,3	100,7	76,6	86,5	77,0	91,7
* Beschäftigte (Index)	"	97,2	97,2	98,7	97,0	96,3	98,8	97,9	96,6	96,4
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 978,5	3 702,1	3 422,7	4 751,2	4 727,3	4 796,1	4 516,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	137,6	115,8	97,2	145,1	149,5	127,3	105,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 694,5	3 447,7	3 193,1	4 456,6	4 426,3	4 518,9	4 303,9
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	10,4	10,8	9,2	16,6	14,5	13,6	16,2
* Halbwaren	"	239,9	363,6	289,6	211,2	219,4	380,1	382,8	405,2	534,8
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 394,5	3 225,7	2 964,5	4 059,8	4 029,0	4 100,1	3 752,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	4 67,8	613,5	533,3	512,3	437,2	627,5	615,7	660,6	532,3
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 861,2	2 713,4	2 527,3	3 432,4	3 413,3	3 439,5	3 220,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 156,8	1 130,8	983,5	1 187,4	1 080,9	1 157,4	1 057,5
Maschinen	"	419,9	482,3	373,7	404,3	427,7	547,5	523,6	551,2	536,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	442,4	383,0	317,5	610,3	598,4	617,5	490,8
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	332,2	313,2	320,6	521,4	628,7	590,4	534,9
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	268,8	242,4	315,2	331,2	324,0	309,1	277,5
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 698,3	2 502,8	2 243,4	3 271,7	3 413,2	3 333,8	3 142,3
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 275,2	2 123,5	1 909,7	2 815,6	2 961,8	2 855,6	2 729,4
* Afrika	"	74,7	86,0	76,2	77,2	63,0	107,7	72,8	72,1	67,6
* Amerika	"	442,0	562,9	612,7	562,9	428,3	618,0	558,4	584,2	570,0
* Asien	"	529,9	666,8	558,6	528,9	659,1	712,0	637,3	759,9	696,3
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	32,7	30,4	28,8	41,8	45,7	46,2	40,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 885,9	4 912,8	4 660,4	6 244,0	5 895,4	6 606,0	5 900,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	210,4	218,9	207,6	234,1	227,9	229,0	272,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 359,1	4 426,4	4 203,0	5 701,1	5 343,9	6 056,9	5 371,8
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	83,0	94,1	95,3	89,9	78,4	160,5	130,5
* Halbwaren	"	517,9	695,9	372,3	455,4	469,9	711,4	601,9	817,2	655,6
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 903,8	3 876,9	3 637,8	4 899,8	4 663,6	5 079,1	4 585,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	412,6	424,8	374,4	572,2	513,8	576,8	495,5
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 903,8	3 452,1	3 263,4	4 327,6	4 149,9	4 502,3	4 090,1
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 272,6	3 173,4	2 940,5	3 907,4	3 709,3	4 065,3	3 630,7
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 964,6	2 793,4	2 643,9	3 410,2	3 333,0	3 549,7	3 186,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
* noch: davon aus										
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	77,5	89,2	107,4	123,0	126,7	184,8	146,1
* Amerika	"	527,0	616,9	475,0	489,9	539,7	636,9	634,9	676,2	702,3
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 053,0	1 151,8	1 065,5	1 537,5	1 409,3	1 636,5	1 402,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	7,8	8,6	7,3	39,2	15,2	43,2	18,8

Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gästeankünfte	1000	932	996	1 050	920	742	1 220	1 128	1 015	833
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	218	240	240	204	173	301	259	213	191
auf Campingplätzen	"
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 504	2 042	1 764	2 827	2 645	2 207	1 902
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	412	454	444	357	325	571	480	372	355
auf Campingplätzen	"
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindeguppen										
Heilbäder	"	621	618	695	575	540	708	695	574	530
Luftkurorte	"	121	123	133	84	77	151	148	100	86
Erholungsorte	"	77	71	84	42	46	90	80	39	42
sonstige Gemeinden	"	1 426	1 534	1 592	1 341	1 101	1 878	1 721	1 495	1 243
darunter Großstädte	"	669	730	747	692	578	865	811	762	660

Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	...	832	965	892	1 058	1 017	1 071	...
davon										
* Gütereingang	"	698	...	692	800	680	834	817	863	...
* Güterversand	"	169	...	140	165	211	224	200	207	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	31 145	29 049	21 564	30 883	28 658	30 599	24 674
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	28 975	26 492	19 745	27 561	25 603	27 168	22 397
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 443	1 768	1 242	2 108	2 073	2 350	1 469
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	490	537	227	749	483	482	225
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	200	166	219	356	408	434	449
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	...	2 805	2 726	2 638	2 713	2 573	2 721	...
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	...	1 961	1 879	1 650	2 011	1 878	1 876	...
* getötete Personen	"	26	...	27	30	13	29	23	19	...
* verletzte Personen	"	2 450	...	2 558	2 521	2 225	2 615	2 524	2 492	...
L i n i e n n a h v e r k e h r der Verkehrsunternehmen ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	400 523	380 645
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	274 276	265 624
Straßenbahnen	"	17 917	56 725	51 859
Omnibussen	"	23 282	71 598	64 898
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	7 875 275	7 695 536
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	7 172 311	7 060 522
Straßenbahnen	"	75 640	238 425	219 299
Omnibussen	"	149 528	464 539	415 715
L i n i e n f e r n v e r k e h r mit Omnibussen ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	130	179
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	147 397	179 932

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	523 424	506 978
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	390 199	372 946
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	72 058	60 614
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	318 141	312 332
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	511 148	526 269
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	959	979	946	1 013	974	1 081	978
davon										
* Unternehmen	"	163	145	152	150	167	159	144	112	137
* Verbraucher	"	567	630	568	616	578	603	594	739	626
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	202	174	163	205	191	186	181
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	37	39	38	46	45	44	34
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	174 504	214 796	480 669	236 003	133 377	173 666	517 992
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 866	6 074	5 823	7 189	6 446	6 340	5 369
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 388	5 463	7 082	5 450	5 512	5 701	7 152
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	106,4	106,3	107,2	107,6	107,5	107,6	108,8
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	109,8	110,2	110,8	112,4	112,1	113,2	114,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,7	113,7	113,9	113,6	113,4	113,5	113,3
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	100,3	98,4	99,6	97,6	98,4	99,1	97,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,2	108,3	108,1	109,8	109,9	110,1	110,4
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	105,5	105,8	105,8	106,5	106,6	106,6	106,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,9	103,6	104,1	103,5	103,2	103,2	103,1
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	104,8	105,0	105,0	107,0	107,1	107,1	107,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	109,8	110,5	110,2	113,1	113,3	113,7	115,1
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	89,5	89,1	89,0	87,7	87,4	87,2	86,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	99,6	99,0	103,3	99,4	99,1	98,1	102,9
Bildungswesen	"	105,2	107,9	106,4	106,4	106,4	107,9	107,8	107,7	107,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	107,5	109,1	107,2	104,9	111,7	109,3	107,8	106,9	113,1
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	112,1	.	.	.	113,9	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 056,5	3 179,5	5 559,8	3 447,7	2 964,6	2 979,1	5 624,5
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	2 859,8	3 069,3	5 391,7	3 314,7	2 775,1	2 844,4	5 417,8
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 392,0	1 309,9	2 042,6	1 234,8	1 347,8	1 244,2	1 948,9
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	- 56,0	- 5,2	719,0	611,1	- 46,5	- 107,6	662,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	67,7	63,4	213,0	26,2	80,0	36,1	162,7
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	255,3	277,5	343,1	140,1	178,5	212,6	372,8
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	- 146,6	- 248,8	547,9	96,8	- 92,7	- 74,9	864,2
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 259,6	1 566,3	1 421,5	1 074,9	1 177,9	1 388,7	1 273,6
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	87,8	106,2	104,7	130,7	130,0	145,3	133,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern											
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. Euro										
noch: davon											
Bundessteuern											
Landessteuern											
darunter											
Erbschaftsteuer			45,9	34,9	26,7	35,3	30,0	33,7	39,0	34,9	39,5
Grundwerbsteuer			34,5	33,6	50,2	30,4	38,0	39,5	33,4	40,4	36,5
sonstige Landessteuern			48,1	47,1	66,8	43,0	45,1	54,2	43,5	53,3	51,8
Gewerbsteuerumlage			19,2	27,2	53,0	1,6	54,9	5,6	73,6	6,1	78,9

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt ²⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	2 035,2	1 311,2	1 152,9	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4
davon										
Grundsteuer A	"	2,9	3,1	4,7	4,1	5,6	3,6	4,3	3,7	5,8
Grundsteuer B	"	122,2	126,7	162,6	181,6	214,5	162,7	170,3	171,5	227,4
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	798,0	630,8	837,2	766,1	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	524,4	479,6	135,3	699,8	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9
andere Steuern ³⁾	"	9,2	8,3	10,9	11,0	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 932	3 924	3 464	3 493	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617
und zwar										
* männlich	"	4 205	4 172	3 658	3 687	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830
* weiblich	"	3 292	3 346	3 011	3 038	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 544	7 333	6 196	6 236	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 516	4 564	4 039	4 050	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 111	3 107	2 806	2 832	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 477	2 436	2 218	2 253	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	1 985	2 008	1 840	1 877	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931
* Produzierendes Gewerbe	"	3 794	3 736	3 280	3 310	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 240	3 159	2 916	2 953	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 906	3 825	3 339	3 361	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567
* Energieversorgung	"	4 814	5 019	4 233	4 362	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 354	3 418	3 136	3 144	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180
* Baugewerbe	"	2 960	2 957	2 703	2 781	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925
* Dienstleistungsbereich	"	4 003	4 022	3 559	3 588	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 672	3 651	3 268	3 277	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314
* Verkehr und Lagerei	"	3 721	3 751	3 307	3 397	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495
* Gastgewerbe	"	2 317	2 421	2 223	2 273	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259
* Information und Kommunikation	"	5 169	5 292	4 547	4 558	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 585	6 128	4 907	4 904	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 562	4 401	3 825	3 941	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 525	5 571	4 682	4 735	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 402	2 576	2 368	2 419	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 164	3 263	3 088	3 092	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183
* Erziehung und Unterricht	"	3 846	3 960	3 793	3 800	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 291	3 408	3 148	3 191	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 905	4 967	4 384	4 609	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 481	3 513	3 205	3 190	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Arbeitsstätten, Geld und Kredit, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Die Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

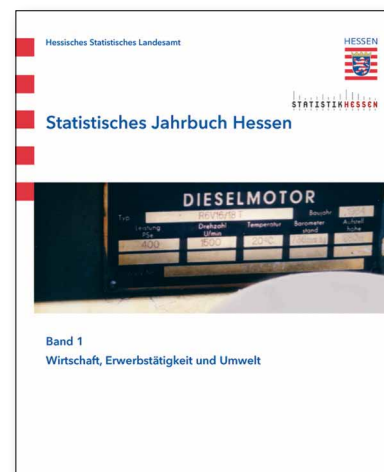
Die Bände können auch einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband
Format: 27,3 x 21,5 cm
Umfang:
Band 1: 316 Seiten
Band 2: 446 Seiten



W_181



Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland

Die Veröffentlichung „**Kreiszahlen**“ enthält für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands nach Bundesländern die wichtigsten Daten – insgesamt über 100 Merkmale – für u. a. folgende Bereiche:

- Bevölkerungs- und Bildungsstatistik,
- Rechtspflege,
- Wahlen,
- Erwerbstätigkeit,
- Wirtschaftsstatistik,
- Öffentliche Sozialleistungen,
- Öffentliche Finanzen,
- Steuern,
- Geld und Kredit,
- Preise und Verdienste,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

„Kreiszahlen“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Die Veröffentlichung basiert auf der DVD „Statistik regional“ und bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Fakten der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Regierungsbezirke in der Bundesrepublik unmittelbar abzulesen und Regionen untereinander zu vergleichen. Die „Kreiszahlen“ erscheinen jährlich.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Format:

DIN A 4, kartoniert

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_142

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundshaushaltsrecht

Erläuterungen zu den Artikeln 109 bis 115 des Grundgesetzes und zur Bundshaushaltsordnung unter Berücksichtigung des Haushaltsgrundsätzegesetzes und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer. Kommentar von Dr. E. A. Piduch, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 43. Erg.-Lfg. vom Dezember 2008, 1700 Seiten in 3 Ordnern) 72,80 Euro; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2009. 4519

Jahrbuch für direkte Demokratie 2009

Herausgegeben von L. P. Feld, P. M. Huber, O. Jung, C. Welzel u. F. Wittreck, 362 Seiten, kartoniert, 59,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2010

Seit jeher steht im Mittelpunkt jeder Demokratiedebatte die richtige Mischung aus plebiszitären und repräsentativen Elementen. Das Grundgesetz sieht für die Bundesrepublik Deutschland das Modell einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie vor. Gleichwohl sieht das Grundgesetz auch Elemente direkter Demokratie auf Bundesebene vor (z. B. im Zusammenhang mit einer Neugliederung der Länder). Außerdem wurde auf Landesebene durchgängig die Möglichkeit des Volksentscheids und -begehrens geschaffen. Und auch auf der kommunalen Ebene existieren verschiedene Ausprägungen plebiszitärer Demokratie. Eine lebendige Demokratie wird sich immer wieder den Fragen stellen, wie die Erfahrungen mit den verschiedenen Regelungen sind und ob das Verhältnis aus plebiszitären und repräsentativen Elementen verfassungsrechtlich neu justiert werden muss. Das vorliegende Jahrbuch will diese Debatte versachlichen. In seinem ersten Teil vereint es fundierte wissenschaftliche Beiträge von Kritikern und Befürwortern unmittelbarer Sachentscheidungen des Volkes. Eine Dokumentation von Volksentscheiden und Volksbegehren auf Landesebene sowie eine Auswahl an Bürgerentscheiden bzw. -begehren gibt im zweiten Teil Aufschluss über Verbreitung und Praxis direkter Demokratie. Der dritte Teil widmet sich der internationalen Perspektive. Er enthält Jahresberichte über Entwicklungstendenzen der direkten Demokratie aus Referenzländern des Auslands, aber auch in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Abgerundet wird das Jahrbuch durch die Darstellung ausgewählter Gerichtsentscheidungen und Gutachten; diese zeigen die Debatte um die rechtlichen Grenzen der direkten Demokratie auf. 7397

Die Architektur der Märkte

Von Neil Fligstein, 263 Seiten, kartoniert, 34,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Die Architektur der Märkte fasst grundlegende Schriften Neil Fligsteins aus verschiedenen Arbeitsphasen zusammen, in denen er eine wirtschaftssoziologische Sicht auf kapitalistische Gesellschaften entwickelt hat. Fligstein hat mit der These von der sozialen Konstruktion oder Architektur von Märkten auf die Bedeutung des Staates und der modernen Unternehmen aufmerksam gemacht und die institutionelle Rahmung des Wirtschaftslebens in den Mittelpunkt gerückt. Der Band hat nach seinem Erscheinen für große Aufmerksamkeit gesorgt und gilt als eine der wegweisenden Aufsatzsammlungen der neueren

Wirtschaftssoziologie. Aus dem Inhalt: Die Rückkehr der Soziologie – Märkte als Institutionen – Die Bildung von Marktinstitutionen als Interessenpolitik – Die Theorie der Felder und die Formierung von Märkten – Zur Logik des Beschäftigungssystems – Die Dynamik von US-Unternehmen und das Thema Eigentum und Kontrolle in den 1970er Jahren – Der Aufstieg des Shareholder-Value-Unternehmenskonzeptes und die Fusionsbewegung der 1980er Jahre – Unternehmenskontrolle in kapitalistischen Gesellschaften – Globalisierung. 7412

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JANUAR 2011 (K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Personal und Habilitationen an Hochschulen im Jahr 2009; (B III 4 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Volkshochschulen in Hessen 2009; (B IV 1 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die bestockten Rebflächen in Hessen 2009; (C I 5 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die bestockten Rebflächen in Hessen 2010; (C I 5 - j/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Rinderbestände und Rinderhaltungen im November 2010; (C III 1-6 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2010 (E I 1 - m 11/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2010; (E I 3 - m 11/10); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 2010 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 11/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2009; (E IV 4 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Strom- und Gasabsatz sowie Erlöse in Hessen im Jahr 2009; (E IV 5 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Ausfuhr Hessens im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 11/10); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Binnenschifffahrt in Hessen im Oktober 2010 (H II 1 - m 10/10); (Häfen); PDF-Datei mit Excel-Anhang

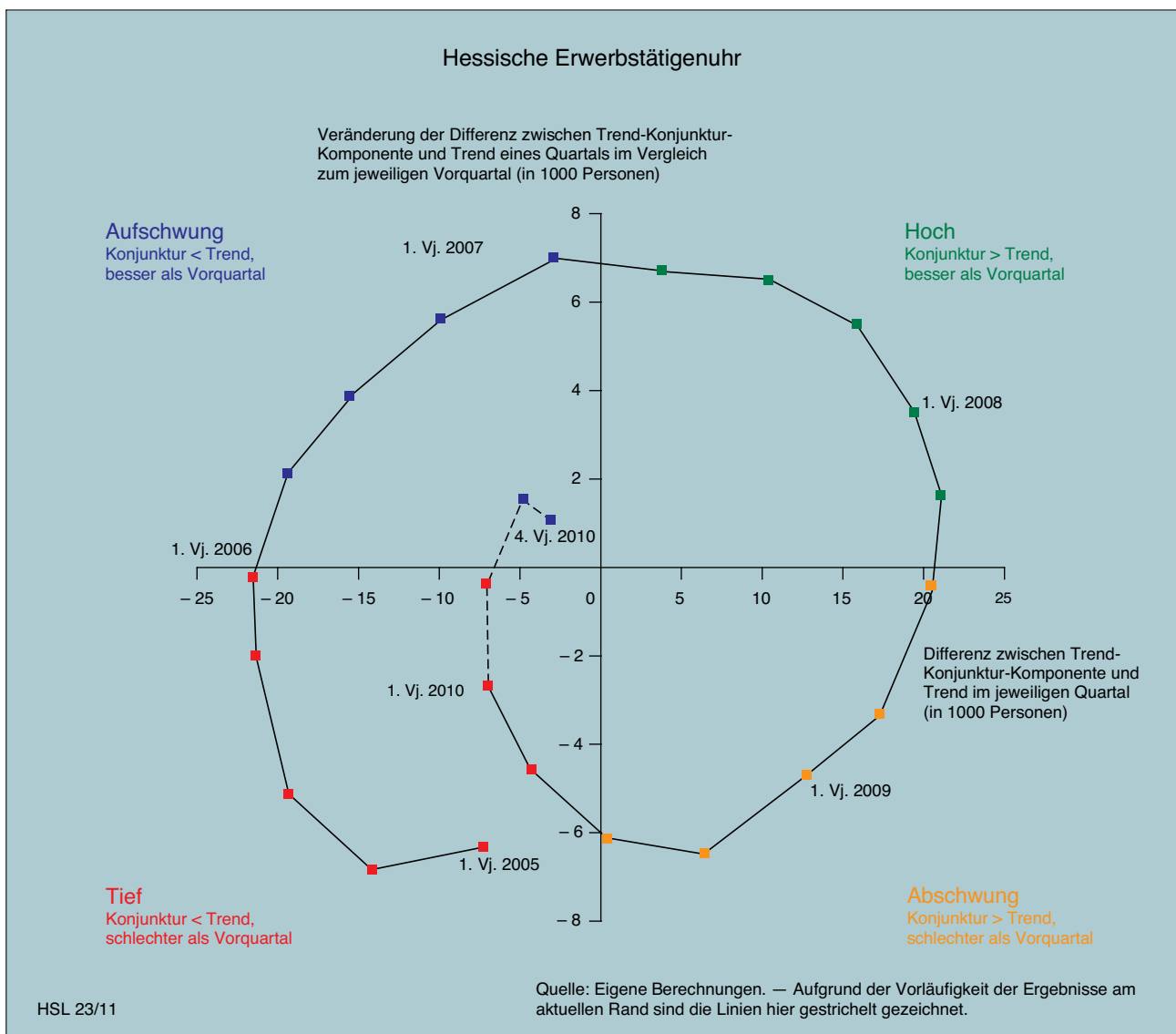
Wohngeld in Hessen im Jahr 2009; (K VII 1 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im November 2010; (M I 4 - vj 4/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen (Verz-3; akt. - 01/11) 10,20 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden



Weniger Auszubildende im Dualen System

Ende des Jahres 2010 befanden sich in Hessen etwa 105 500 Jugendliche in einer betrieblichen Berufsausbildung. Die Zahl der Auszubildenden nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 2800 oder 2,7 % ab. Mit 42 800 waren knapp 40 % der Auszubildenden weiblich. Von dem Rückgang der Auszubildendenzahlen waren alle Ausbildungsbereiche betroffen. Im größten Bereich Industrie und Handel, zu dem auch Banken und Versicherungen, das Gast- und Verkehrsgewerbe sowie die Hauswirtschaftsberufe gehören, wurden mit 63 200 etwa 2000 weniger Auszubildende registriert als ein Jahr zuvor. Im Handwerk, dem zweitgrößten Ausbildungsbereich, wurden mit 28 500 knapp 600 weniger Auszubildende gezählt als im Vorjahr. In dem Bereich Freie Berufe, zu dem u. a. Arztpraxen, Anwalts- und Steuerberatungsbüros zählen, war der Rückgang nur sehr gering: Mit 8220 wurden etwa 30 Ausbildungsverträge weniger gezählt als 2009. Die Auszubildendenzahl im Öffentlichen Dienst lag Ende 2010 bei 3640 und damit um 160 unter dem Vorjahreswert. In der Landwirtschaft wurden knapp 1970 Jugendliche ausgebildet, das waren etwa 40 weniger als ein Jahr zuvor. Im Gegensatz zu der Gesamtzahl der Auszubildenden nahm die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge leicht zu: Im Jahr 2010 wurden 39 600 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Damit nahm die Zahl der Neuabschlüsse insgesamt um etwa 400 oder 1 % zu.

Nur wenig Mädchen erlernen technischen Beruf

Im laufenden Schuljahr besuchen etwa 64 800 Jungen und 44 900 Mädchen im Rahmen ihrer dualen Ausbildung die hessischen Berufsschulen. Es entscheiden sich die Mädchen immer noch überproportional häufig für „typisch weibliche“ Berufe. In den Klassen, in denen zukünftige Angehörige der technischen Berufe sitzen, dominieren dagegen nach wie vor die Jungen. Unter den angehenden Mechanikern (u. a. Kraftfahrzeugmechatroniker, Metallbauer, Industriemechaniker) befinden sich 15 930 Jungen und nur 455 Mädchen. 7830 Schüler werden in einem Elektroberuf ausgebildet, jedoch nur 260 Schülerinnen. Ähnlich sieht es bei den Bauberufen aus: Gut 3000 Jungen werden in den Fachrichtungen Hoch-, Tief- oder Ausbau unterrichtet, aber nur 24 Mädchen. Die jungen Frauen sind dagegen in den Klassen, in denen zukünftige Angehörige der Gesundheitsberufe sitzen, fast unter sich: Insgesamt 5880 angehenden Arzt-, Tierarzt- und Zahnarthelferinnen stehen lediglich 72 männliche Schüler

dieser Fachrichtungen gegenüber. Auch die Berufe zur Körperpflege werden vorwiegend von Frauen erlernt: 2500 Schülerinnen befinden sich in der Ausbildung zur Friseurin oder Kosmetikerin, dagegen nur 270 Schüler.

Zensus 2011 – Vorbereitungen in der heißen Phase

Vor dem Zensusstichtag am 9. Mai 2011 laufen die Vorbereitungen für den Zensus 2011, das Großprojekt der amtlichen Statistik in Deutschland, auf Hochtouren. Es sind dies vor allem die Vorarbeiten für die Durchführung der repräsentativen Haushaltebefragung bei etwa 12 % der hessischen Bevölkerung sowie für die postalische Gebäude- und Wohnungszählung, bei der alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnimmobilien angeschrieben werden. Die Erhebungsphase für den Zensus 2011 beginnt in Hessen am 2. Mai 2011 mit dem Versand von etwa 1,8 Mill. Erhebungsbogen der Gebäude- und Wohnungszählung. Ab diesem Tag werden die Erhebungsunterlagen in mehreren Wellen verschickt. Eine Woche später – ab dem 10. Mai 2011 – werden etwa 8000 Interviewer/innen zu den 365 000 Haushalten in Hessen unterwegs sein. Vor dem Interview werden die Erhebungsbeauftragten den Termin ihres Besuchs durch eine Karte ankündigen. Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen, als alle Bürgerinnen und Bürger befragt wurden, verpflichtet das Zensusgesetz 2011 nur etwa ein Drittel der Bevölkerung zur direkten Auskunft. Für die Bereitstellung weiterer Informationen, die früher bei einer Volkszählung erhoben wurden, nutzt die amtliche Statistik in Deutschland beim Zensus 2011 vorhandene Informationen aus Registern, wie z. B. den Melderegistern der Gemeinden und den Registern der Bundesagentur für Arbeit. Damit wird nicht nur die Belastung der Bevölkerung verringert, sondern es werden gleichzeitig auch die Kosten auf niedrigem Niveau gehalten. Mehr erfahren Sie über Zensus 2011 in Deutschland im Internet unter www.zensus2011.de.

Negative Unfallentwicklung hält an

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres verloren 40 Menschen durch Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 10 getötete Personen mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2010. Im Januar und Februar 2011 kam es insgesamt zu 2651 Unfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen: Das waren 13 % mehr als ein Jahr zuvor. Neben den Getöteten wurden noch 3579 Personen verletzt, fast 13 % mehr als im Januar und Februar 2010. Dabei stieg die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum sogar um über ein Viertel auf 565 und diejenige der Leichtverletzten um fast 11 % auf 3014.

Hessische Erwerbstätigenuhr zeigt Aufschwung an – Rückkehr auf langfristigen Wachstumspfad zeitnah nicht zu erwarten

Der hessische Arbeitsmarkt hat die Wirtschafts- und Finanzkrise gut überstanden. Starke Rückgänge der Erwerbstätigenzahlen blieben aus. Stattdessen war eine Stagnation der Erwerbstätigenzahl zu verzeichnen, die vom dritten Quartal 2009 bis zum ersten Quartal 2010 andauerte. Im ersten Quartal 2010 zeichneten sich Zuwächse im Vorjahresvergleich ab, jedoch befand sich die hessische Erwerbstätigenuhr immer noch in der Tiefphase. Mit dem dritten Quartal 2010 änderte sich die Position: Nun zeigt sich der Aufschwung, der sich am aktuellen Rand fortsetzte. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im vierten Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,6 % zu. Diese Entwicklung wurde insbesondere durch den Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ getragen. Aber auch die sich abschwächende negative Erwerbstätigenentwicklung des Produzierenden Gewerbes trug hierzu bei. Im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe, Verkehr“ war dagegen ein Erwerbstätigenanstieg im Schlussquartal 2010 gegenüber dem Vorjahresquartal zu verzeichnen, nachdem ab dem dritten Vierteljahr 2009 Verluste zu konstatieren waren.

Hessische Erwerbstätigenuhr in der Aufschwungphase, jedoch mit gebremster Entwicklung

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung¹⁾ zum Berechnungsstand November 2010 hatte sich die im dritten Quartal 2009 beginnende Stagnationsphase bis ins erste Vierteljahr 2010 fortgesetzt. Aufgrund des aktualisierten Quelldatenmaterials wurden die Ergebnisse vom ersten bis zum dritten Quartal 2010 einer Revision unterzogen. Dabei wurden die Erwerbstätigenzahlen des ersten Quartals um 2000, die des zweiten Quartals um 600 und die des dritten Quartals um 1900 Personen nach unten korrigiert. Dies führte dazu, dass sich die hessische Erwerbstätigenuhr²⁾ im zweiten Quartal 2010 nach neuem Rechenstand noch in der Tiefphase befindet. Nach altem Rechenstand war hier bereits die Position in der Aufschwungphase festgestellt worden. Die Revisionen der bisher vorgelegten Quartalsergebnisse wurden notwendig, da es seitens des Statistischen Bundesamtes bei der Berechnung des Bundesergebnisses zu Korrekturen kam, die auf Länderebene nachvollzogen werden müssen. Darüber hinaus wurde der derzeitige Rechenstand der Quartalsrechnung erstmals auf das aktuell vorliegende Jahresergebnis für Hessen abgestimmt.

Die seit dem zweiten Quartal 2010 festgestellte positive Entwicklung setzte sich bis zum aktuellen Rand fort. Nahm

im zweiten Vierteljahr die Zahl der Erwerbstätigen um 10 200 Personen im Vergleich zum Vorjahresquartal zu, waren es im Folgequartal 16 000 Personen. Im Schlussquartal des Jahres 2010 war ein Anstieg um 17 800 Personen oder 0,6 % zu verzeichnen. Damit wird deutlich, dass sich die zur Mitte des Jahres eingeschlagene Dynamik zum Jahresende hin abschwächt. Auch wurden die Erwerbstätigenzuwächse anderer Jahresendquartale nicht erreicht: So wiesen die vierten Quartale der Jahre 2006 bis 2008 im Vorjahresquartalsvergleich höhere Zuwächse auf. Ebenso blieben die Zunahmen der Erwerbstätigenzahlen der zweiten bis vierten Vierteljahre im Jahr 2010 hinter denen der Jahre 2006 und 2007 zurück, in denen die hessische Erwerbstätigenuhr die Aufschwung- bzw. Hochphase anzeigte. Das Erwerbstätigenniveau erreichte in Hessen im vierten Quartal 2010 mit 3,166 Mill. Personen einen Höchststand. Im Durchschnitt des Jahres 2010, d. h. unter Einbeziehung aller vier Quartale, waren somit 3,131 Mill. Erwerbstätige in Hessen festzustellen.

Seit dem dritten Quartal 2010 befindet sich die hessische Erwerbstätigenuhr in der Aufschwungphase. Dies ist auch im Schlussquartal des Jahres 2010 der Fall. Jedoch war zuletzt keine Bewegung zu konstatieren, die weiter in den Aufschwungquadranten hineinführte, was mit der bereits oben angeführten abgeschwächten Dynamik im vierten Quartal zusammenhängt. Die Differenz zwischen der Trend-Konjunktur-Komponente und dem langfristigen Trend, die auf der Abszisse dargestellt wird, verringerte sich. Dies war auch in der Aufschwungphase vom zweiten Vierteljahr 2006 bis zum ersten Vierteljahr 2007 der Fall. Grafisch ausgedrückt bedeutet dies, dass sich die Trend-Konjunktur-Komponente von unten an den

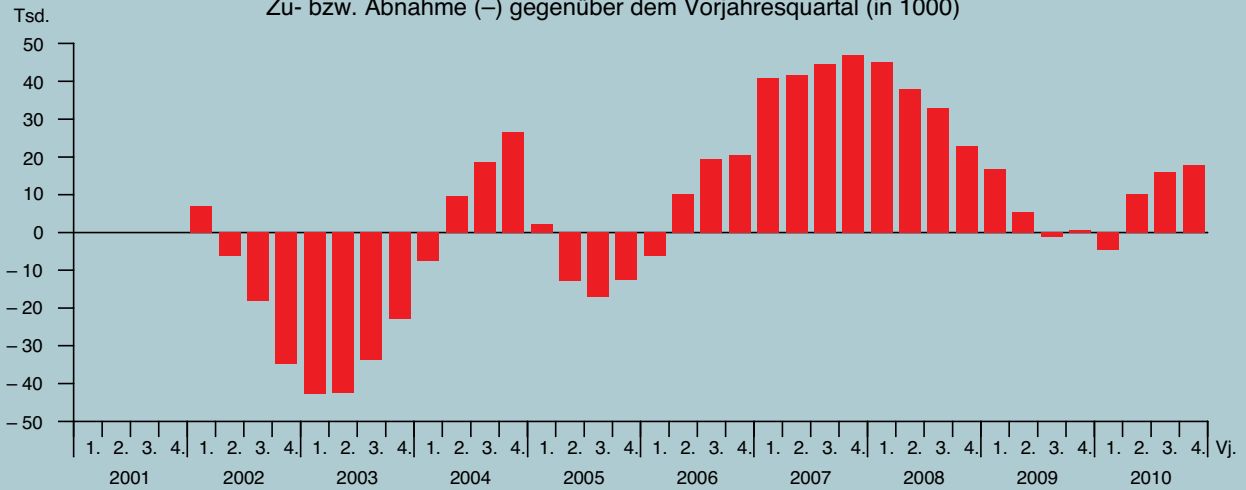
1) Eine Darstellung zur Methodik ist in folgendem Beitrag enthalten: Donhauser, Stefan, „Vierteljährliche Erwerbstätigenrechnung – Methodenbeschreibung, Ergebnisdarstellung, Möglichkeiten der Saisonbereinigung“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 9, September 2010, S. 267 ff.

2) Donhauser, Stefan, „Hessische Erwerbstätigenuhr: Eine Möglichkeit der Darstellung der Erwerbstätigenentwicklung im Konjunkturverlauf“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 11, September 2010, S. 347 ff.

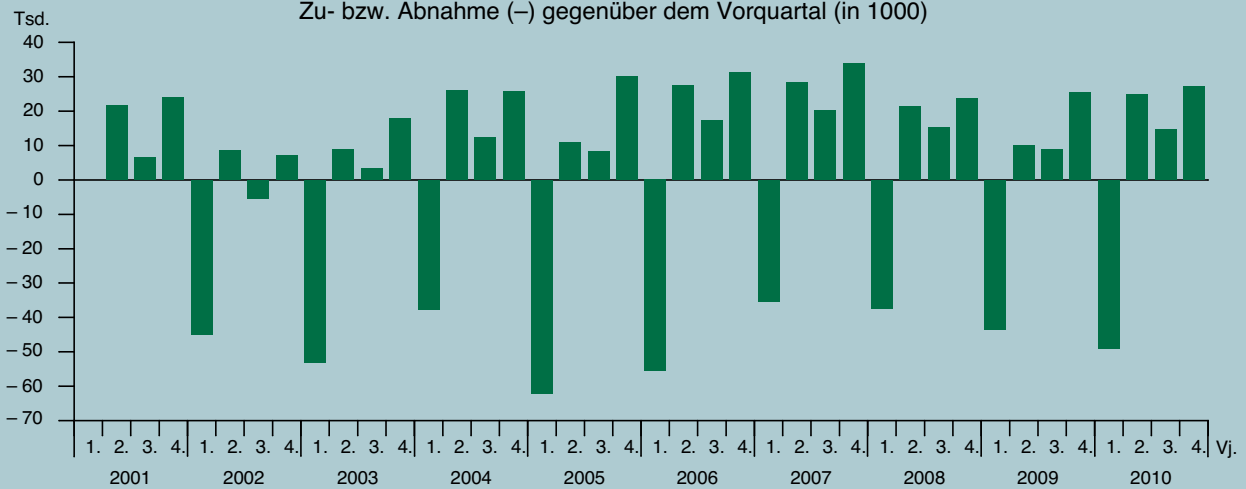
Erwerbstätige bzw. absolute Veränderungen gegenüber Vorjahres- und Vorquartal
in Hessen 2001 bis 2010
Anzahl (in 1000)



Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresquartal (in 1000)



Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorquartal (in 1000)



**Erwerbstätige (Originalreihe) und Elemente der hessischen Erwerbstätigenuhr
(in 1000 Personen)**

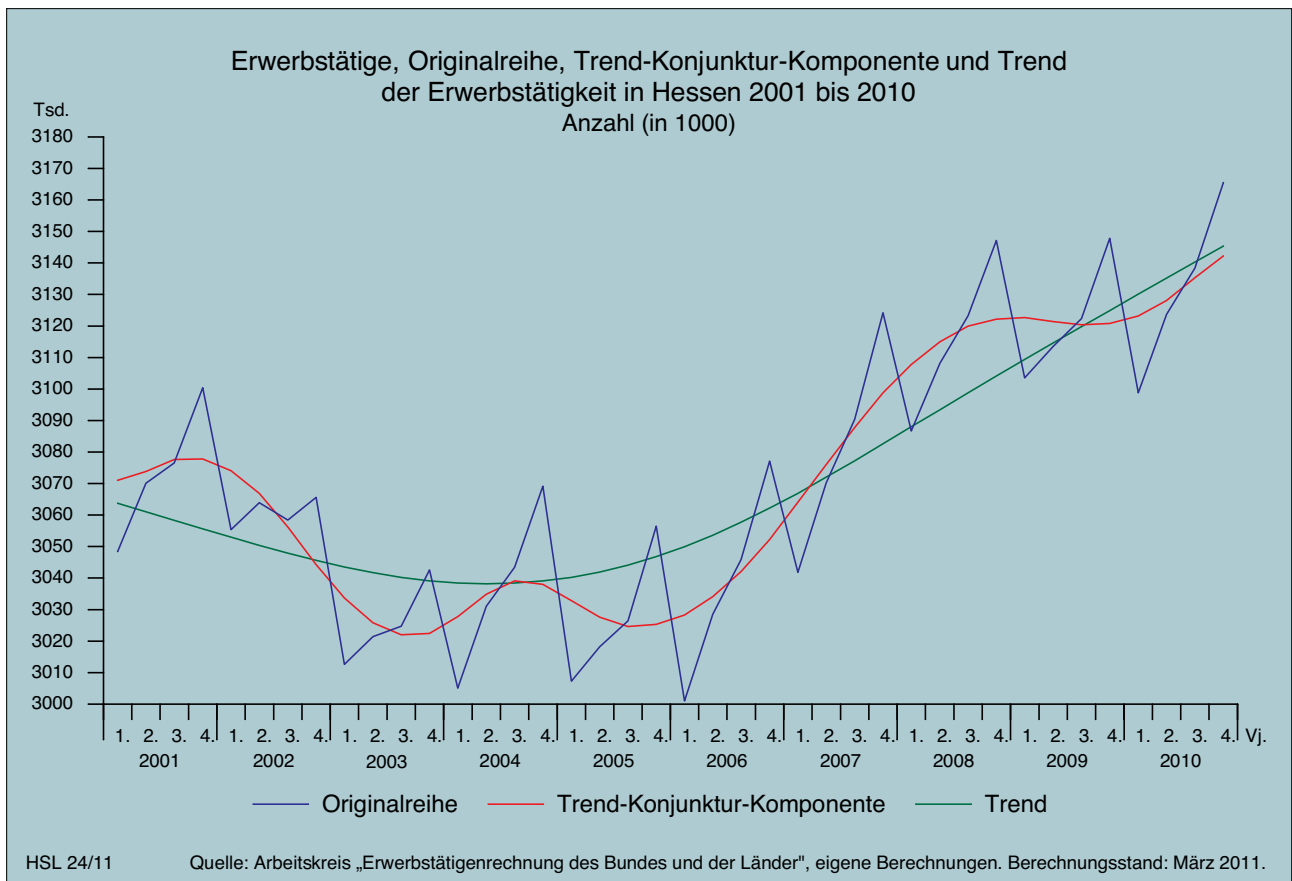
Quartal	Erwerbstätige (Originalreihe)	Trend-Konjunktur- Komponente (berechnet mit BV4.1)	Trend (berechnet mit dem modifizierten HP-Filter)	Differenz zwischen Trend-Konjunktur- Komponente und Trend (Darstellung auf der Abszisse)	Veränderung der Differenz eines Quartals im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal (Darstellung auf der Ordinate)
2005 1. Vj	3 007	3 033	3 040	- 7,4	- 6,3
2. Vj	3 018	3 028	3 042	- 14,3	- 6,9
3. Vj	3 026	3 025	3 044	- 19,5	- 5,2
4. Vj	3 057	3 025	3 047	- 21,5	- 2,0
2006 1. Vj	3 001	3 028	3 050	- 21,6	- 0,2
2. Vj	3 028	3 034	3 054	- 19,5	2,1
3. Vj	3 046	3 042	3 058	- 15,6	3,9
4. Vj	3 077	3 052	3 062	- 10,0	5,6
2007 1. Vj	3 042	3 064	3 067	- 2,8	7,1
2. Vj	3 070	3 076	3 072	4,0	6,9
3. Vj	3 090	3 088	3 077	10,6	6,6
4. Vj	3 124	3 099	3 083	16,2	5,7
2008 1. Vj	3 087	3 108	3 088	19,8	3,6
2. Vj	3 108	3 115	3 093	21,6	1,8
3. Vj	3 123	3 120	3 099	21,2	- 0,4
4. Vj	3 147	3 122	3 104	18,1	- 3,1
2009 1. Vj	3 103	3 123	3 109	13,3	- 4,8
2. Vj	3 113	3 121	3 115	6,8	- 6,5
3. Vj	3 122	3 120	3 120	0,6	- 6,2
4. Vj	3 148	3 121	3 125	- 4,1	- 4,7
2010 1. Vj	3 099	3 123	3 130	- 6,9	- 2,7
2. Vj	3 124	3 128	3 135	- 7,1	- 0,2
3. Vj	3 138	3 135	3 140	- 5,0	2,1
4. Vj	3 166	3 142	3 145	- 3,2	1,8

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, eigene Berechnungen. Berechnungsstand: März 2011.

langfristigen Trend annäherte. Gleichzeitig nahm damals die Veränderung der genannten Differenz im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal, die auf der Ordinate dargestellt wird, zu. Dies ermöglichte eine stetige Entwicklung in Richtung Hochphase. Am aktuellen Rand zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Im vierten Quartal 2010 war die Veränderung der Differenz zwischen Trend-Konjunktur-Komponente und Trend geringer als im Quartal zuvor. Außerdem bewegten sich die Trend-Konjunktur-Komponente und der langfristige Trend seit dem ersten Quartal 2010 fast parallel. Damit kann erklärt werden, warum die hessische Erwerbstätigenuhr sich nicht stetig und idealtypisch wie in der Vergangenheit im Uhrzeigersinn bewegt, sondern eine rückwärtsgewandte Richtung einschlägt (siehe auch Schaubild auf Seite 69). Aufgrund der Vorläufigkeit der Ergebnisse der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung sind im Schaubild die Linien am aktuellen Rand gestrichelt gezeichnet.

Aufgrund des annähernd parallelen Verlaufs der Trend-Konjunktur-Komponente und des langfristigen Trends

am aktuellen Rand kann für die nächsten Quartale keine schnelle Rückkehr auf den langfristigen Wachstumspfad der Erwerbstätigkeit und damit eine Bewegung in den Hoch-Quadranten erwartet werden. Dies hat zwei verschiedene Ursachen. Zum einen lässt sich dies aufgrund der Konstruktion der Erwerbstätigenuhr erklären. Ihre beiden Komponenten, also die Trend-Konjunktur-Komponente und der langfristige Trend, werden bei jedem Berechnungsstand für die gesamte Zeitreihe berechnet. Die starke Entwicklung in den Jahren 2007 und 2008 führt dazu, dass der langfristige Trend am aktuellen Rand eine deutlich stärkere Steigung aufweist als im Intervall der letzten Aufschwungphase vom zweiten Vierteljahr 2006 bis zum ersten Vierteljahr 2007. Um die Hochphase zu erreichen, muss die Trend-Konjunktur-Komponente den langfristigen Trend von unten schneiden, d. h. die Steigung der zyklischen Komponente muss größer sein als die der langfristigen durchschnittlichen Entwicklung. Da aber die Steigung des langfristigen Trends am aktuellen Rand relativ steil ist, müssten – um in die Hochphase



einzutreten – die Zuwächse der Erwerbstätigkeit am aktuellen Rand stärker steigen als derzeit festgestellt.

Neben der technischen Erklärung, warum ein Erreichen des langfristigen Wachstumspfades in naher Zukunft nicht wahrscheinlich ist, gibt es zum anderen auch ein realwirtschaftliches Argument. Aufgrund eines moderaten Entlassungsverhaltens der Unternehmen im Krisenjahr 2009 und der erweiterten Inanspruchnahme der Kurzarbeit sowie des Abbaus von Arbeitszeitkonten waren keine größeren Abnahmen der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Dies kann auch auf andere institutionelle Regelungen, wie etwa den Kündigungsschutz, zurückgeführt werden. Auch spielten die Vermeidung von Entlassungen in Rezessionen und die im Wirtschaftsaufschwung folgenden Einstellungen zu einer sogenannten Arbeitskräftehortung in den Unternehmen eine Rolle. Dies wird umso mehr vor dem Hintergrund des vielfach herrschenden Fachkräftemangels, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben, und der demografischen Entwicklung wahrgenommen.

Dass aufgrund der beschriebenen Situation die Erwerbstätigkeit nicht nur geringfügige Veränderungen aufweist, kann anhand des Vergleichs mit der Entwicklung des Arbeitsvolumens deutlich gemacht werden. Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familien-

angehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Für die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden liegen allerdings keine unterjährigen Ergebnisse vor. Das Arbeitsvolumen war im Jahr 2009 mit einem Minus von 2,2 % stark rückläufig. Dagegen nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2009 mit 0,2 % geringfügig zu. Im Jahr 2010 war bei der Veränderungsrate des Arbeitsvolumens eine starke Gegenbewegung zu verzeichnen. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg mit 2,5 % stark an, wogegen die Erwerbstätigenzahl mit 0,3 % nur geringfügig stärker als im Vorjahr zunahm. Damit wird deutlich, dass die Erhöhung der Arbeitszeiten nicht mit einem annähernd gleichen Zuwachs an tätigen Personen einherging. Es kann angenommen werden, dass sich die im Jahr 2010 festgestellte Entwicklung dieser beiden Aggregate auch im Jahr 2011 fortsetzen dürfte und somit ein Überschreiten des langfristigen Trends der Erwerbstätigenzahl zeitnah unwahrscheinlich erscheint.

Unterschiedliche Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen

Getragen wurde die Erwerbstätigenentwicklung insbesondere vom Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“, der im vierten Quartal 2010 einen Anstieg von 1,2 % verzeichnete. Allerdings waren die Zuwächse in den ersten 3 Quartalen des Jahres noch etwas höher. Der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und

Unternehmensdienstleistungen“ verzeichnete im vierten Vierteljahr 2010 einen Erwerbstätigenanstieg von 0,2 % im Vergleich zur Jahresfrist, nachdem im Vorquartal noch ein Plus von 0,8 festgestellt wurde.

Seit dem dritten Quartal 2009 nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ ab. Erstmals wurde im Jahresendquartal 2010 ein Anstieg von 0,5 % festgestellt. Ob damit der Beschäftigungsverlust dauerhaft gestoppt werden konnte, bleibt abzuwarten. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau nahm die Erwerbstätigkeit bereits seit dem vierten

Quartal 2008 ab. Der stärkste Rückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal war mit 4,2 % im vierten Quartal 2009 festzustellen. Danach schwächte sich in diesem Wirtschaftsbereich der Stellenabbau ab. Am aktuellen Rand betrug das Minus nur noch 0,1 %. Das Baugewerbe wies im vierten Quartal 2010 ebenso wie im Vorquartal ein Erwerbstätigenplus von 2,0 % auf. In der Land- und Forstwirtschaft war im vierten Vierteljahr 2010 ein Stellenrückgang von 2,1 % zu verzeichnen. Dies bedeutete einen beschleunigten Arbeitsplatzabbau in diesem Wirtschaftsbereich.

Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitations- einrichtungen



STATISTIK HESSEN

Die vorliegende Publikation enthält Informationen zu allen Einrichtungen, die zur stationären Versorgung beigetragen haben (sofern ihre Zustimmung für eine Veröffentlichung vorlag); z. B. Anschriften (einschl. Telefon- und Faxnummern), Träger der Einrichtung, Fachabteilungen, jahresdurchschnittlich aufgestellte Betten. Der Nachweis erfolgt getrennt nach Krankenhäusern (gut 2200 Einrichtungen) und nach Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (knapp 1400 Einrichtungen). Die Einrichtungen sind nach Ländern, Regierungsbezirken und Landkreisen sortiert.

Das Verzeichnis wird als ZIP-Datei über E-Mail versandt.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_158

Vorausberechnung der Schüler- und Entlassenenzahlen der allgemeinbildenden Schulen in Hessen bis 2025

Nach der aktuellen Vorausberechnung des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) wird sich der Rückgang der Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen, der seit dem Schuljahr 2004/05 beobachtet wurde, fortsetzen. Sie dürfte von 663 000 im Schuljahr 2009/10 bis 2014 auf unter 600 000 sinken. Im Jahr 2025 werden voraussichtlich noch etwa 542 000 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Hessen besuchen. Im Vergleich mit dem Schuljahr 2009/10 entspricht das einer Abnahme von 120 000 oder 18 %. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund des demografischen Wandels in allen Schulformen und Schulstufen die Schülerzahlen zurückgehen werden. Die Abnahme bei den Grundschülerzahlen wird sich im Vergleich zu den letzten Jahren verlangsamen; sie wird bis 2025 bei 11 % liegen. Für die Zahl der Förderschüler wurde ein Rückgang von 16 % vorausberechnet. Überproportional stark wird der Rückgang der Schülerzahlen in der Sekundarstufe I sein; er dürfte bei 24 % liegen. Grund dafür ist, dass die Schülerzahl in der Sekundarstufe I nicht nur von dem zu erwartenden Rückgang der Bevölkerung in den entsprechenden Altersjahrgängen, sondern auch von der Verkürzung der Gymnasialzeit von 9 auf 8 Jahre beeinflusst wird. In den Klassen der Sekundarstufe II werden 2025 voraussichtlich etwa 15 % weniger Schülerinnen und Schüler unterrichtet als 2009. Entsprechend der Entwicklung der Zahl der Schüler wird auch die Zahl der Schulentlassenen aus den allgemeinbildenden Schulen zurückgehen. Im Sommer 2025 werden 51 000 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen verlassen; das entspricht einer Abnahme von 18 % gegenüber dem Sommer 2009. Am stärksten dürften unter den dem Modell zugrunde liegenden Annahmen die Zahl der Entlassenen ohne Hauptschulabschluss abnehmen, der Rückgang dürfte bei etwa 27 % liegen. Die Zahl der Abgänger mit Realschul- bzw. Hauptschulabschluss wird voraussichtlich um etwa ein Viertel bzw. ein Fünftel zurückgehen, während die Zahl der Abiturienten sich bis 2020 über dem Niveau von 2009 bewegen dürfte und erst anschließend bis 2025 um etwa 6 % zurückgehen wird. Die Zahl der Abgänger mit schulartspezifischen Förderschulabschluss wird 2025 voraussichtlich um rund 15 % unter der im Jahr 2009 liegen. Trotz des relativ starken Rückgangs wird auch 2025 der Realschulabschluss der am häufigsten erworbene an allgemeinbildenden Schulen in Hessen sein.

Vorbemerkungen

Das HSL hat im Jahr 2010 erneut eine Vorausberechnung der Zahlen der Schülerinnen und Schüler sowie der Schulentlassenen an allgemeinbildenden Schulen vorgenommen. Anlass war zum einen die aktuelle regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, die vom HSL im Jahr 2010 erstellt wurde. Ferner änderte sich in den letzten Jahren das Übergangsverhalten der Schülerinnen und Schülern, sodass die Modellannahmen aktualisiert werden mussten. Ergänzend zu der Berechnung aus dem Jahr 2007 wird aufgrund der großen Nachfrage die voraussichtliche Entwicklung an den Förderschulen ebenfalls veröffentlicht.

Jede Vorausberechnung beinhaltet bestimmte Annahmen, die die Resultate bestimmen. Grundlage der vorliegenden Ergebnisse ist ein Modell, das das hessische Schulsystem mit seinen verschiedenen Schulformen, wie es zum Zeitpunkt der Berechnung organisiert war, abbildet. Als Basis dienten neben der bereits erwähnten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des HSL aus dem Jahr 2010 die Ergebnisse der Schulstatistik des Schuljahres 2009/10. Anhand dieser Daten wurden Quoten für das Land und die Kreise erzeugt, mit denen die

Eintritte in und die Übergänge innerhalb des Schulsystems sowie die Abgänge abgebildet werden. Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler sowie der Schulentlassenen wurden unter Verwendung dieser Quoten vorausberechnet.

Die Vorausberechnung hat Status-quo-Charakter: Die im Modell verwendeten Quoten sind Ergebnisse der Schulstatistik 2009/10 oder beziehen sich auf einen mehrjährigen Durchschnitt. Sie wurden über den gesamten Zeitraum der Vorausberechnung konstant gehalten. Damit wird unterstellt, dass sich sowohl das Schulwahlverhalten wie auch die durchschnittliche Verweildauer an den Schulen und die Wahrscheinlichkeit, an einer bestimmten Schulform einen bestimmten Abschluss zu erreichen, bis 2025 nicht ändert. Die Vorausberechnung umfasst neben den Grundschulen die Förderstufen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Jahrgangsstufen und Förderschulen in Hessen. Ebenfalls berücksichtigt werden die kooperativen und integrierten Gesamtschulen. Sie werden nicht separat ausgewiesen; ihre Zweige sind den entsprechenden Schulformen zugeordnet. Die Modellrechnung wurde sowohl für das Land Hessen als auch für die kreisfreien Städte und Landkreise vorge-

nommen. Im Folgenden werden die Landesergebnisse erörtert; ein Aufsatz zu den Regionalergebnissen wird in einer der nächsten Ausgaben von „Staat und Wirtschaft“ erscheinen¹⁾.

Die Ergebnisse einer Vorausberechnung von Schülern und Schulentlassenen können als Grundlage für die Planungen hinsichtlich der Schulstruktur bis in die einzelnen Regionen dienen. Sie werden vom Kultusministerium dazu verwendet, den Lehrkräftebedarf auf Schulumtsebene für die nächsten Jahre abzuschätzen. Die aus den vorausberechneten Schülerzahlen ermittelten Absolventenzahlen haben ganz allgemein Bedeutung für Kapazitätsplanungen der Hochschulen und für Planungen im Bereich des Ausbildungsmarktes oder für die Entwicklung der Nachfrage nach einer beruflichen Ausbildung. Aktuell diskutiert wird u. a. ein Fachkräftemangel, der erwartet wird, wenn nach 2020 die geburtenstarken Jahrgänge der Sechzigerjahre aus dem Erwerbsleben ausscheiden und gleichzeitig aufgrund des seit Ende der Neunzigerjahre beobachteten und für die Zukunft zu erwartenden Geburtenrückgangs Stellen nicht mit qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden können. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, sind frühzeitige politische Maßnahmen erforderlich.

Methodische Erläuterungen

Die Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen erfolgt mit Hilfe von Quoten, die auf den Ergebnissen des Basisjahres bzw. auf dem Durchschnitt der letzten Jahre beruhen. Alle Quoten wurden sowohl für das Land Hessen als auch für die Landkreise und kreisfreien Städte bestimmt. Das Verfahren wird im Folgenden näher beschrieben.

Vorausberechnung der ersten Jahrgangsstufe an Grundschulen

Für die Vorausberechnung der ersten Jahrgangsstufe werden zunächst Eingangsquoten ermittelt. Dazu werden für jeden Altersjahrgang der fünf-, sechs-, sieben- und achtjährigen Wohnbevölkerung die Anteile von Schülern berechnet, die zuletzt die erste Jahrgangsstufe an einer Grundschule besuchten. Als Ergebnis erhält man altersspezifische Eingangsquoten in das allgemeinbildende Schulsystem. Anschließend werden die Eingangsquoten auf die entsprechenden Altersjahrgänge der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des HSL angewendet und die einzelnen Werte addiert. Die Summe ergibt den ersten Schuljahrgang. Die ermittelten Quoten werden über den gesam-

ten Zeitraum beibehalten; es wird somit angenommen, dass die Anteile der Fünf-, Sechs-, Sieben- und Achtjährigen im ersten Schuljahr an allen Kindern des jeweiligen Altersjahrgangs bis 2025/26 konstant bleiben. Determinanten der Höhe der ersten Jahrgangsstufe sind somit zum einen die voraussichtliche Entwicklung der fünf- bis achtjährigen Bevölkerung und zum anderen das zuletzt beobachtete Einschulungsverhalten dieser Jahrgänge.

Vorausberechnung der zweiten und aller folgenden Jahrgangsstufen

Alle weiteren Jahrgänge werden mit Hilfe von sogenannten Übergangsquoten berechnet. Die Übergangsquoten bilden das Übergangsverhalten eines bestimmten Schuljahrgangs in den nächsten Jahrgang im darauffolgenden Schuljahr ab. Beispielsweise besuchten im Landkreis Bergstraße im Schuljahr 2008/09 913 Schülerinnen und Schüler die Jahrgangsstufe 5 an einer Realschule. Ein Jahr später wurden 888 Kinder in der Stufe 6 an einer Realschule unterrichtet. Daraus ergibt sich eine Übergangsquote in Höhe von 97,3 % von der Stufe 5 in die Stufe 6 an Realschulen im Landkreis Bergstraße. Nach diesem Verfahren werden die Übergangsquoten für alle Jahrgänge ab Stufe 2 in den Grundschulen, Förderstufen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und den Integrierten Jahrgangsstufen sowohl für die Kreise als auch für das Land Hessen berechnet. Für den acht- und neunjährigen gymnasialen Bildungsgang werden gemeinsame Quoten ermittelt. Mit der Verwendung identischer Quoten für G8 und G9 wird die Annahme getroffen, dass sich das Übergangsverhalten von einer Stufe in die nächste zwischen G8 und G9 nicht unterscheidet; nur für den Übergang von der Stufe 4 in die Stufe 5 werden für die beiden gymnasialen Bildungsgänge separate Quoten berechnet. An den sogenannten Gelenkstellen im hessischen Schulsystem, d. h. an den Übergängen, an denen zumindest ein Teil der Schüler planmäßig die Schulform wechselt, erfolgt die Bestimmung der Quoten z. T. schulformübergreifend. Für den Eintritt in die gymnasiale Oberstufe wird für jede Schulform eine eigene Übergangsquote ermittelt.

Ausgehend vom Einschulungsjahrgang werden mit den Übergangsquoten die Werte der darauffolgenden Jahrgänge vorausberechnet. Die Schülerzahlen der zweiten Jahrgangsstufe werden ermittelt, indem die der ersten Jahrgangsstufe des Vorjahres mit der zuvor berechneten Übergangsquote vom ersten in den zweiten Jahrgang multipliziert wird. Für die dritte Jahrgangsstufe wird der zweite Jahrgang des Vorjahres mit der Übergangsquote von der zweiten in die dritte Stufe multipliziert. Der vierte Jahrgang wird ebenso fortgeschrieben. Ausgehend vom vierten Jahrgang der Grundschule werden mit den schulformspezifischen Übergangsquoten die Schüler-

1) Ausführliche Informationen zu den Modellannahmen, die den Berechnungen zugrunde liegen, enthält die Veröffentlichung „Schüler und Schulentlassene in Hessen 2025“, die unter www.statistik-hessen.de zum kostenlosen Download zur Verfügung steht. Die Veröffentlichung enthält außerdem ausführliche Ergebnisdarstellungen, auch auf regionaler Ebene.

zahlen der fünften Jahrgangsstufen an den Förderstufen, Haupt- und Realschulen, integrierten Jahrgangsstufen, achtjährigen und neunjährigen Gymnasien berechnet. Für den gesamten Zeitraum der Vorausberechnung wird unterstellt, dass die Schulstruktur aus dem Bezugsschuljahr erhalten bleibt. Anders ausgedrückt: Der Anteil der Schüler, die sich nach der Grundschule beispielsweise für ein Gymnasium entscheidet, bleibt über den gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant. Der sechste Jahrgang für jede Schulform wird ermittelt, indem der fünfte Jahrgang des Vorjahres mit der schulformspezifischen Übergangsquote von fünf nach sechs multipliziert wird. Für die Berechnung aller weiteren Jahrgänge wird entsprechend verfahren. Die Eingangsphase der gymnasialen Oberstufe wird berechnet, indem die schulformspezifischen Übergangsquoten auf die Stufe 10 der Haupt- und Realschule sowie der integrierten Jahrgangsstufe und von G9 bzw. auf die Stufe 9 von G8 angewendet wird. Die Summe der Werte, zu denen noch die vorausberechneten Wiederholer addiert werden, ergibt die Eingangsphase.

Vorausberechnung der Förderschüler

Da die Übergänge an den Förderschulen nicht klar definiert sind und sich somit nicht mit ähnlich stabilen Quoten abbilden lassen wie bei den anderen Schulformen, wird die Vorausberechnung für diese Schulform mit Altersquotienten durchgeführt. Dazu wurden zunächst für jede Förderschulform nach ihren entsprechenden Stufen altersspezifische Quoten anhand der Ergebnisse der Länderschulstatistik 2009/10 gebildet. Anschließend wurden diese Quoten auf die entsprechenden Jahrgänge aus der Bevölkerungsvorausberechnung angewendet. Die Stufenzuordnung ist in den einzelnen Förderschularten stark unterschiedlich. Die Förderschulen werden daher nur insgesamt betrachtet, ein Ausweis der Stufen findet nicht statt.

Vorausberechnung der Abgänger

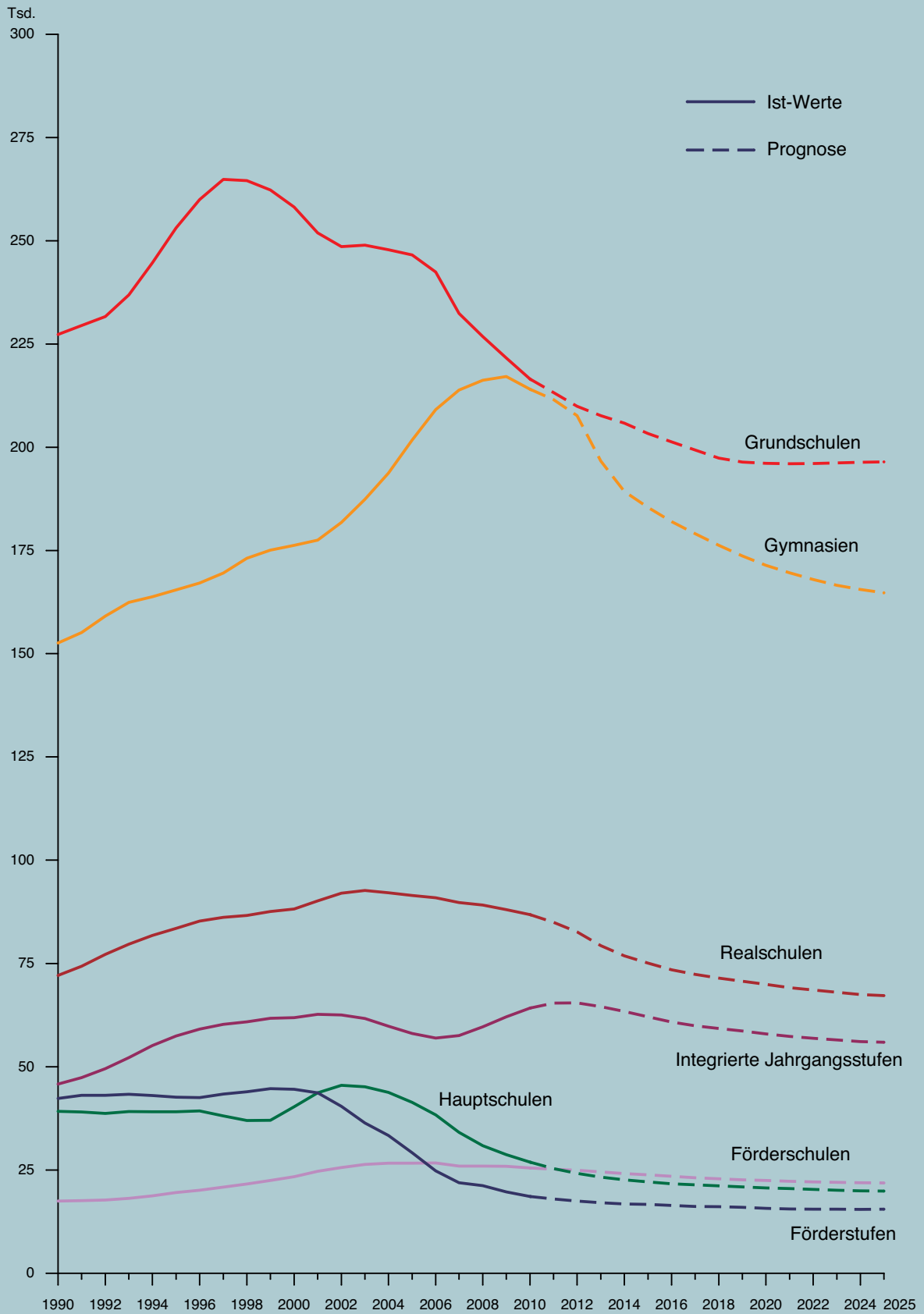
Die Modellrechnung ermittelt Zahlen für Abgänger mit und ohne Hauptschulabschluss, mit schulartspezifischem Förderschulabschluss, mit mittlerem Abschluss und mit der allgemeinen Hochschulreife. Grundlage sind die zuvor berechneten Schülerzahlen. Für die Vorausberechnung der Abgänger werden für jede Schulform und jeden Jahrgang, aus dem Schüler entlassen werden, Abschlussquoten berechnet. Die Quotenbestimmung erfolgt mit den Ergebnissen des Schulentlassjahrgangs 2009. Sie ergeben sich als Quotient aus der Zahl der Abgänger mit einer bestimmten Abschlussart und der Zahl der Schüler in dem entsprechenden Jahrgang. Beispielsweise befanden sich im Wetteraukreis im Schuljahr 2008/09 1290 Schülerinnen und Schüler in der Qualifikationsphase 2 in einer gymnasialen Oberstufe. Am Ende

des Schuljahrs erhielten 1208 von ihnen ein Zeugnis mit der allgemeinen Hochschulreife. Die entsprechende Abschlussquote hat danach für den Wetteraukreis einen Wert von 93,6 %. Anschließend werden die Quoten für jede Schulform und jeden Jahrgang mit den zuvor vorausberechneten Schülerzahlen multipliziert. Danach werden die Ergebnisse nach Art des Abschlusses aufaddiert. Von den Absolventen mit Realschulabschluss werden diejenigen subtrahiert, die anschließend in eine gymnasiale Oberstufe wechseln und somit noch nicht die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Es handelt sich dabei um die Wechsler aus den Haupt- und Realschulen sowie den integrierten Jahrgangsstufen in die gymnasiale Oberstufe, die zuvor in der Schülvorausberechnung ermittelt wurden. Damit soll verhindert werden, dass im Zeitablauf diese Schüler zweimal als Abgänger ausgewiesen werden. Der oben skizzierten Vorgehensweise liegt die Annahme zugrunde, dass sich das „Abgangsverhalten“ der Schüler bis 2025 nicht verändert. Das heißt z. B., dass trotz steigender Übergänge auf das Gymnasium in den letzten Jahren der Anteil der Fünftklässler, die 8 bzw. 9 Jahre später die allgemeine Hochschulreife erlangen, gleich bleibt.

Zuletzt beobachteter Rückgang der Schülerzahlen wird sich fortsetzen

Die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen unterlag im langjährigen Vergleich starken Schwankungen. Sie erreichte Mitte der Siebzigerjahre ihren Höchstwert; damals besuchten rund 863 000 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule in Hessen. Der anschließende Rückgang dauerte bis Ende der Achtzigerjahre an. Im Schuljahr 1988/89 wurden gut 581 000 Kinder und Jugendliche an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen unterrichtet. Seit 1991/92 liegen die Schülerzahlen wieder bei über 600 000, sie stiegen bis auf knapp unter 700 000 im Schuljahr 2003/04. Gründe für die Zunahme seit Ende der Achtzigerjahre waren die Zuwanderungen nach der Wiedervereinigung und eine positive Geburtenentwicklung, die Mitte der Achtzigerjahre einsetzte und im Jahr 1997 ihren Höhepunkt erreichte. Nach 2003 gingen die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen insgesamt zurück; 2009/10 lagen sie bei 663 000. Nach den Ergebnissen der Modellrechnung werden die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen weiter abnehmen: Für das Jahr 2014 wurde erstmals wieder ein Wert von unter 600 000 vorausberechnet. Im Jahr 2025 werden voraussichtlich noch etwa 542 000 Kinder und Jugendliche eine hessische Schule besuchen und damit mehr als 120 000 oder 18 % weniger als im Basisjahr 2009. Von dem Rückgang der Schülerzahl, der in den nächsten Jahren zu erwarten ist, sind alle Schulformen – in unterschiedlichen Ausmaßen – betroffen.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Hessen 1990 bis 2025¹⁾ nach Schulformen²⁾



HSL 25/11

1) Ab 2010: Vorausberechnung. — 2) Einschl. entsprechender Zweige an Gesamtschulen.

1. Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Hessen 1990 bis 2025¹⁾ nach Schulformen²⁾

Jahr	Insgesamt	davon								
		Grund- schulen	Förder- stufen	Haupt- schulen	Real- schulen	Gymnasien	davon		integrierte Jahrgangs- stufen	Förder- schulen
							Sekundar- stufe I	Sekundar- stufe II		
1990	596 769	227 320	42 312	39 178	72 105	152 599	101 896	50 703	45 805	17 450
1995	660 816	253 123	42 643	39 095	83 504	165 470	112 442	53 028	57 455	19 526
2000	692 718	258 151	44 540	40 315	88 203	176 256	120 959	55 297	61 859	23 394
2005	695 056	246 578	29 149	41 374	91 477	201 796	142 013	59 783	58 039	26 643
2006	689 236	242 464	24 776	38 342	90 911	209 120	146 771	62 349	56 922	26 701
2007	675 517	232 436	21 887	34 109	89 727	213 854	149 689	64 165	57 561	25 943
2008	669 858	226 844	21 226	30 878	89 141	216 219	149 546	66 673	59 632	25 918
2009	663 082	221 613	19 666	28 688	88 015	217 145	147 458	69 687	62 061	25 894
2010	652 550	216 564	18 560	26 901	86 812	214 048	133 916	80 132	64 188	25 477
2011	643 679	213 245	17 987	25 346	84 958	211 537	126 374	85 163	65 418	25 188
2012	632 225	209 953	17 451	24 189	82 615	207 669	123 040	84 629	65 441	24 907
2013	613 062	207 677	17 060	23 271	79 321	196 693	120 461	76 232	64 525	24 515
2014	598 994	205 871	16 787	22 634	76 834	189 331	118 238	71 093	63 393	24 144
2015	588 455	203 328	16 647	22 086	75 082	185 426	115 941	69 485	62 058	23 828
2016	579 199	201 329	16 402	21 678	73 471	182 013	113 946	68 067	60 822	23 484
2017	571 417	199 350	16 179	21 384	72 364	179 091	112 452	66 639	59 930	23 119
2018	564 515	197 390	16 133	21 129	71 460	176 278	111 414	64 864	59 273	22 852
2019	558 902	196 423	15 956	20 908	70 679	173 680	110 164	63 516	58 625	22 631
2020	554 203	196 114	15 688	20 668	69 919	171 433	108 820	62 613	57 939	22 442
2021	550 380	196 036	15 550	20 481	69 122	169 623	107 845	61 778	57 318	22 250
2022	547 445	196 093	15 507	20 285	68 557	168 004	106 957	61 047	56 885	22 114
2023	544 857	196 227	15 486	20 074	68 003	166 576	106 127	60 449	56 461	22 030
2024	542 874	196 378	15 482	19 952	67 469	165 598	105 691	59 907	56 086	21 909
2025	541 634	196 473	15 486	19 907	67 216	164 797	105 561	59 236	55 921	21 834

1) Ab 2010: Vorausberechnung. — 2) Einschl. entsprechender Zweige an Gesamtschulen, geplante Einführung der Mittelstufenschule nicht berücksichtigt.

Mittelfristig unter 200 000 Grundschüler in Hessen

Anfang der Neunzigerjahre besuchten 227 300 Kinder eine Grundschule in Hessen. Die Zahl stieg bis auf 264 900 im Schuljahr 1997/98 und geht seitdem zurück. Im Herbst 2009 gab es in Hessen 221 600 Grundschüler; das entspricht einer Abnahme von 16 % innerhalb der letzten 12 Jahre. Für die Zukunft ist von einem weiteren Rückgang der Grundschülerzahlen auszugehen, er wird allerdings nicht mehr so stark ausfallen wie in den letzten Jahren. Im Jahr 2017 werden danach erstmals weniger als 200 000 Kinder in einer hessischen Grundschule unterrichtet. Für das Jahr 2025 wurden 196 000 Grundschüler berechnet; das entspricht insgesamt einer Abnahme von gut 25 000 oder 11 %.

Die Zahl der Schulanfänger nahm seit 1997 relativ gesehen noch stärker ab als die der Grundschüler insgesamt; der Rückgang in diesem Zeitraum lag bei 20 %. Wurden im Schuljahr 1997/98 mit knapp 66 000 noch so viele Einschulungen gezählt wie seit den Siebzigerjahren nicht mehr, ging ihre Zahl zurück bis auf knapp 60 000

im Schuljahr 2001/02. In den beiden darauffolgenden Schuljahren stieg die Zahl der Schulanfänger auf über 63 000; danach nahm sie stark ab. Seit dem Schuljahr 2005/06 liegt die Zahl der Einschulungen unter 60 000, zuletzt bei 52 700. Damit war ihre Zahl so niedrig wie seit Anfang der Neunzigerjahre nicht mehr. Innerhalb von 6 Jahren wurde ein Rückgang der Schulanfängerzahlen von knapp 11 000 oder 17 % beobachtet. Die Entwicklung der letzten Jahre wird sich fortsetzen; allerdings wird das Ausmaß des Rückgangs nicht mehr so stark sein wie in den letzten Jahren: Im Jahr 2025 werden voraussichtlich noch etwa 48 000 Kinder in eine hessische Grundschule eingeschult werden, die Zahl würde um 9 % oder 4700 unter der des Schuljahres 2009/10 liegen. So wie bei den Gesamtzahlen der Grundschüler wird sich auch bei den Erstklässlern der Rückgang verlangsamen.

Da die Grundschule eine wohnortnahe Pflichtschule ist, wird die Höhe der Zahlen der Einschulungen und der Grundschüler weitgehend von der demografischen Entwicklung der Kinder im Grundschulalter bestimmt.

Der Rückgang sowohl der Einschulungs- als auch der Grundschülerzahlen insgesamt ist eine Folge der rückläufigen Zahl der Kinder im Grundschulalter, die in den letzten Jahren beobachtet und nach der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für die nächsten Jahre fortgeschrieben wurden.

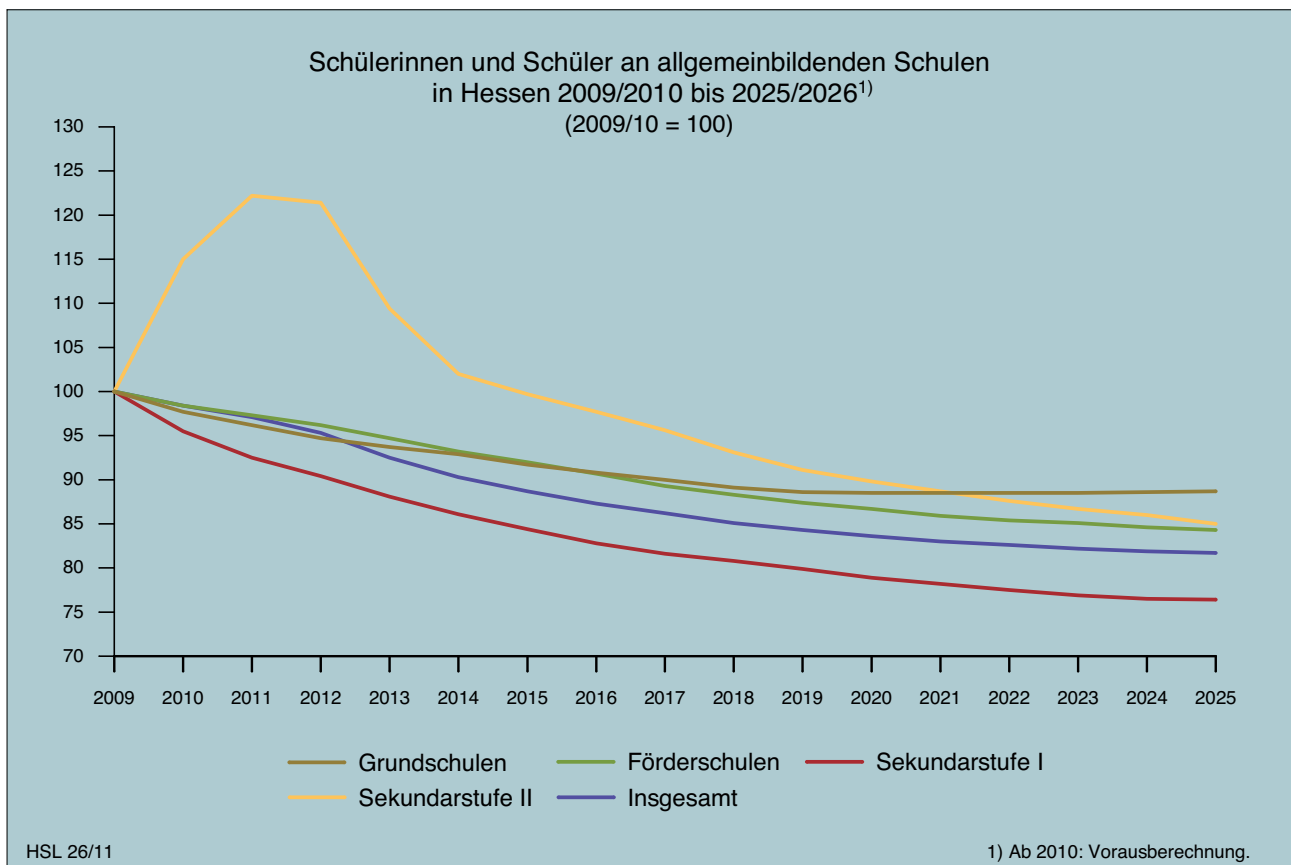
Seit Anfang der Neunzigerjahre stieg die Zahl der Förderschüler von gut 17 000 bis auf über 26 700 im Schuljahr 2006/07 an. Danach war ein leichter Rückgang zu beobachten; im Schuljahr 2009/10 wurden knapp 25 900 Förderschüler unterrichtet. Aufgrund der seit 1997 zurückgehenden Geburtenzahlen ist mit einem weiteren Rückgang der Förderschülerzahlen zu rechnen. Für das Jahr 2025 wurden 22 000 Förderschüler vorausberechnet; das entspricht einer Abnahme von 4000 oder 16 % gegenüber dem Referenzschuljahr 2009/10.

Weiterführende Schulen: Immer mehr Gymnasiasten im Zeitablauf

Die Schülerzahlen in den Schulformen der Sekundarstufe I insgesamt werden im Wesentlichen ebenfalls von der demografischen Entwicklung bestimmt. Seit Anfang der Neunzigerjahre stiegen sie zunächst von gut 300 000 auf etwa 368 000 in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04 an. Danach übertrug sich der Rückgang der Grundschülerzahl in die Sekundarstufe I; 2009/10 lag die Zahl bei 346 000. Die Verteilung der Schülerzahlen auf die einzelnen Schulformen hat sich im Zeitablauf stark gewan-

delt. Sie wird beeinflusst durch ein wohnortnahes Angebot und durch die geänderten Bildungspräferenzen der Schüler bzw. ihrer Eltern.

Die Entwicklung der Schülerzahl an der Förderstufe war in der Vergangenheit von einem starken Rückgang gekennzeichnet (Tabelle 1). Besuchten Anfang der Neunzigerjahre noch mehr als 42 000 Kinder eine Förderstufe, ging ihre Zahl bis zum Schuljahr 2009/10 um mehr als die Hälfte auf 19 700 zurück. Die Zahl der Hauptschüler ging seit Anfang der Neunzigerjahre ebenfalls zurück, und zwar von 39 200 auf 28 700 (- 27 %). Damit besuchten im Schuljahr 2009/10 so wenige Kinder und Jugendliche eine Hauptschule wie noch nie. An den Realschulen nahmen die Schülerzahlen im langjährigen Vergleich zu. Im Schuljahr 1990/91 wurden sie von 72 100 Schülerinnen und Schülern besucht. Die Zahl stieg kontinuierlich an und erreichte zwischenzeitlich Werte von über 90 000. Zuletzt gingen die Zahlen leicht zurück; im Schuljahr 2009/10 wurden 88 000 Realschüler gezählt. Dieser Wert war um 22 % höher als der von 1990. In den integrierten Jahrgangsstufen war seit Anfang der Neunzigerjahre zunächst ebenfalls eine starke Zunahme der Schülerzahlen zu beobachten. Ihre Zahl stieg von 45 800 im Schuljahr 1990/91 bis auf 62 700 im Schuljahr 2001/02. Danach gingen die Schülerzahlen zurück, aber seit 2007/08 konnte diese Schulform wieder deutliche Anstiege verzeichnen. 2009/10 wurden gut 62 000 Kinder und Jugendliche in den integrierten Jahrgangsstu-



2. Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ in Hessen 2009 bis 2025 nach Stufen/Schulformen

Jahr	Ingesamt	davon			
		Grundschule	Förder-schule	Se-kundar-stufe I ²⁾	Se-kundar-stufe II
2009	663 082	221 613	25 894	345 888	69 687
2010	652 550	216 564	25 477	330 377	80 132
2011	643 679	213 245	25 188	320 083	85 163
2012	632 225	209 953	24 907	312 736	84 629
2013	613 062	207 677	24 515	304 638	76 232
2014	598 994	205 871	24 144	297 886	71 093
2015	588 455	203 328	23 828	291 814	69 485
2016	579 199	201 329	23 484	286 319	68 067
2017	571 417	199 350	23 119	282 309	66 639
2018	564 515	197 390	22 852	279 409	64 864
2019	558 902	196 423	22 631	276 332	63 516
2020	554 203	196 114	22 442	273 034	62 613
2021	550 380	196 036	22 250	270 316	61 778
2022	547 445	196 093	22 114	268 191	61 047
2023	544 857	196 227	22 030	266 151	60 449
2024	542 874	196 378	21 909	264 680	59 907
2025	541 634	196 473	21 834	264 091	59 236

1) Ab 2010: Vorausberechnung. — 2) Förderstufen, Haupt- und Realschulen, integrierte Jahrgangsstufen, G9 (Stufen 5-10), G8 (Stufen 5-9).

fen unterrichtet. Die Zuwachsrate in dem betrachteten Zeitraum liegt somit bei 35 %. Die Zahl der Gymnasiasten der Sekundarstufe I stieg im langjährigen Vergleich kontinuierlich an. Wurden im Schuljahr 1990/91 in Hessen 101 900 Gymnasiasten in den Stufen 5 bis 10 unterrichtet, lag diese Zahl in den Schuljahren 2007/08 und 2008/09 bei knapp unter 150 000. Der anschließende Rückgang um etwa 2000 ist allein auf die Schulzeitverkürzung in den gymnasialen Bildungsgängen und nicht auf eine Änderung der Bildungspräferenzen zurückzuführen, da zu Beginn des Schuljahres 2009/10 die ersten Schüler, die sich in einem achtjährigen gymnasialen Bildungsgang befinden, von der Stufe 9 in die gymnasiale Oberstufe wechselten. Die Zunahme der Schülerzahl in der Sekundarstufe I der Gymnasien lag in dem betrachteten Zeitraum bei 45 %. Das war gleichzeitig die höchste Zunahme unter allen Schulformen der Sekundarstufe I.

Rückgang der Schülerzahl in der Sekundarstufe I wird sich fortsetzen

In den nächsten Jahren werden die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I stark zurückgehen (Tabelle 2). Für das Jahr 2025 wurden 264 000 Schüler vorausberechnet. Damit würden über 80 000 oder 24 % weniger Schüler in der Sekundarstufe unterrichtet als 2009. Dieser Rückgang folgt zum einen aus den stark abnehmenden Einschulungszahlen, die seit dem Schuljahr 2003/04 beobachtet und auch für die Zukunft mit dem Modell

vorausberechnet wurden. Weiterhin wird die flächen-deckende Einführung des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs zu einem Rückgang der Schülerzahl in der Sekundarstufe I führen. Dadurch dürften die Schülerzahlen in den 10. Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I bis 2025 um mehr als die Hälfte abnehmen, während für die Stufen 5 bis 9 nur Rückgänge zwischen 17 und 23 % vorausberechnet wurden.

Der Rückgang aufgrund der Verkürzung der Gymnasialzeit in der Sekundarstufe I des Gymnasiums begann 2009 und wird bis zum Jahr 2011 andauern. Bis 2011 werden 21 000 weniger Gymnasiasten die Sekundarstufe I besuchen; das entspricht einem Absinken von 14 % innerhalb von 2 Jahren (Tabelle 1). Die darauf folgende Abnahme dürfte moderater sein und ist auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Insgesamt wurde für die Sekundarstufe I des Gymnasiums bis 2025 eine Abnahme von über 40 000 oder 28 % vorausberechnet.

Die steigenden Übergänge in den letzten Jahren haben zur Folge, dass in den integrierten Jahrgangsstufen die Schülerzahlen zunächst ansteigen dürften. Ab 2013 ist jedoch mit einem Rückgang bis auf 56 000 im Jahr 2025 zu rechnen. Im Vergleich zum Schuljahr 2009/10 entspricht das einer Abnahme von 6000 oder 10 %. Unter den Modellannahmen ist die integrierte Jahrgangsstufe somit die Schulform mit der geringsten relativen Abnahme der Schülerzahlen.

Die Tabelle 1 gibt ebenfalls die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an Förderstufen sowie Haupt- und Realschulen unter Status-quo-Bedingungen wieder. Als problematisch für die Status-quo-Berechnung auf der Basis des Schuljahres 2009/10 ist anzusehen, dass mit der Mittelstufenschule die Einführung einer neuen Schulform geplant ist. Mit der Mittelstufenschule soll auf die demografische Entwicklung und die Anforderungen der Wirtschaft an schulische Bildung reagiert werden. In den Jahrgangsstufen 5 bis 7 können die Bildungsgänge der Haupt- und Realschule schulformübergreifend unterrichtet werden, anschließend erfolgt die Entscheidung für einen Bildungsgang der Realschule, der zu einem mittleren Abschluss führt, oder für einen praxisorientierten Bildungsgang, der mit einem Hauptschulabschluss beendet werden soll. Ziel ist zum einen die Sicherstellung der Ausbildungsreife aller Schüler, und zum anderen, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erlangen. Die Einführung dieser neuen Schulform konnte bei der Vorausberechnung nicht berücksichtigt werden, da keine Informationen über die schulartspezifischen Übergangs- und Abgangsquoten vorliegen. Durch die geplante Einführung der neuen Schulform werden die in den Tabellen und Schaubildern dargestellten vorausberechneten Zahlen der Förderstufen-, Haupt- und Realschüler ent-

sprechend überhöht sein; sie sind aber der Vollständigkeit halber abgebildet. Die zukünftige Entwicklung in den Förderstufen sowie den Haupt- und Realschulen soll an dieser Stelle aber nicht näher erläutert werden, da diese Schüler sich zusätzlich auf die Mittelstufenschule verteilen werden. Implizite Annahme ist ferner, dass das Übergangsverhalten in das Gymnasium und in die integrierte Jahrgangsstufe nicht von der Einführung der Mittelstufenschule beeinflusst wird.

Die starken Schwankungen hinsichtlich des Angebots und der Schulwahl nach der Grundschulzeit im Zeitablauf führen zu entsprechenden Änderungen der zahlenmäßigen Bedeutung der einzelnen Schulformen unter den weiterführenden Schulen. Entsprechend haben sich diese geändert und werden sich weiterhin ändern. Im Jahr 1990/91 war bereits das Gymnasium die am häufigsten besuchte Schulform der Sekundarstufe I; der Anteil lag bei etwa einem Drittel. Die Realschule besuchten 24 %, die integrierten Jahrgangsstufen 15 %, die Förderstufen 14 % und die Hauptschulen 13 % der Schüler in den Stufen 5 bis 10. Bis 2009/10 ging die zahlenmäßige Bedeutung der Hauptschulen und Förderstufen stark zurück; die Anteile lagen bei 8,3 bzw. 5,7 %. Dagegen konnten die Gymnasien und die integrierten Jahrgangsstufen ihre Anteile an allen Schülern in der Sekundarstufe I deutlich ausbauen; sie betragen knapp 43 bzw. 18 %. Der Anteil der Realschüler an den Schülern der Sekundarstufe I stieg auf gut ein Viertel an. Trotz der Schulzeitverkürzung werden 2025 40 % aller Schüler der Sekundarstufe I ein Gymnasium besuchen und weitere 21 % eine integrierte Jahrgangsstufe. Die verbleibenden 39 % verteilen sich nach der Vorausberechnung auf die Förderstufen sowie die Haupt-, Real- und Mittelstufenschulen.

Zunächst weiterhin zunehmende Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe

Die Schülerzahl in der Sekundarstufe II ist in der Vergangenheit stark angestiegen. Bereiteten sich 1990/91 noch etwa 51 000 Schüler an den allgemeinbildenden Schulen auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung vor, lag diese Zahl 2009/10 bei knapp 70 000; das entspricht einer Steigerung von 37 %. Bis 2014 werden die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II über dem Niveau des Schuljahres 2009/10 liegen und erst danach darunter. Aufgrund der bereits erwähnten Einführung des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs sind die Schülerzahlen der Sekundarstufe II seit 2009/10 erhöht. Ab dem Schuljahr 2014/15, wenn der letzte bedeutende Jahrgang aus den neunjährigen Gymnasien entlassen ist, wird dieser Effekt wegfallen. Nach der Modellrechnung wird ab 2015 die Schülerzahl in der Sekundarstufe II nicht mehr über 70 000 liegen. In dem Zeitraum von 2009 bis 2025 dürfte die Schülerzahl in der Sekundarstu-

fe II insgesamt von 69 700 auf etwa 59 000 und damit um knapp 11 000 oder 15 % zurückgehen.

Aus mehreren Gründen wird das Absinken der Schülerzahlen in der Sekundarstufe II bis 2025 weniger stark ausfallen als in der Sekundarstufe I. Zum einen stiegen die Übergangsquoten in die gymnasialen Bildungsgänge in den letzten Jahren stark an. Seit 2005/06 liegen die Übergangsquoten der Grundschüler in die fünfte Stufe eines Gymnasiums bei über 40 %; in den letzten beiden Jahren sogar bei knapp 45 %. Parallel dazu nahmen die Übergänge aus der letzten Stufe der Realschulen und integrierten Jahrgangsstufen in die Eingangsstufe der gymnasialen Oberstufe zu. Zum anderen werden sich die seit 2004 stark sinkenden Einschulungszahlen erst nach 2012 in der Sekundarstufe II bemerkbar machen, wenn der Einschulungsjahrgang 2004 in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe eintritt. Ferner verringern sich durch die Einführung von G8 nur die Schülerzahlen der Sekundarstufe I der Gymnasien, nicht aber die in der Sekundarstufe II. Insgesamt dürften die Schülerzahlen an den Gymnasien bis 2025 um etwa 52 000 oder 24 % auf etwa 164 800 zurückgehen.

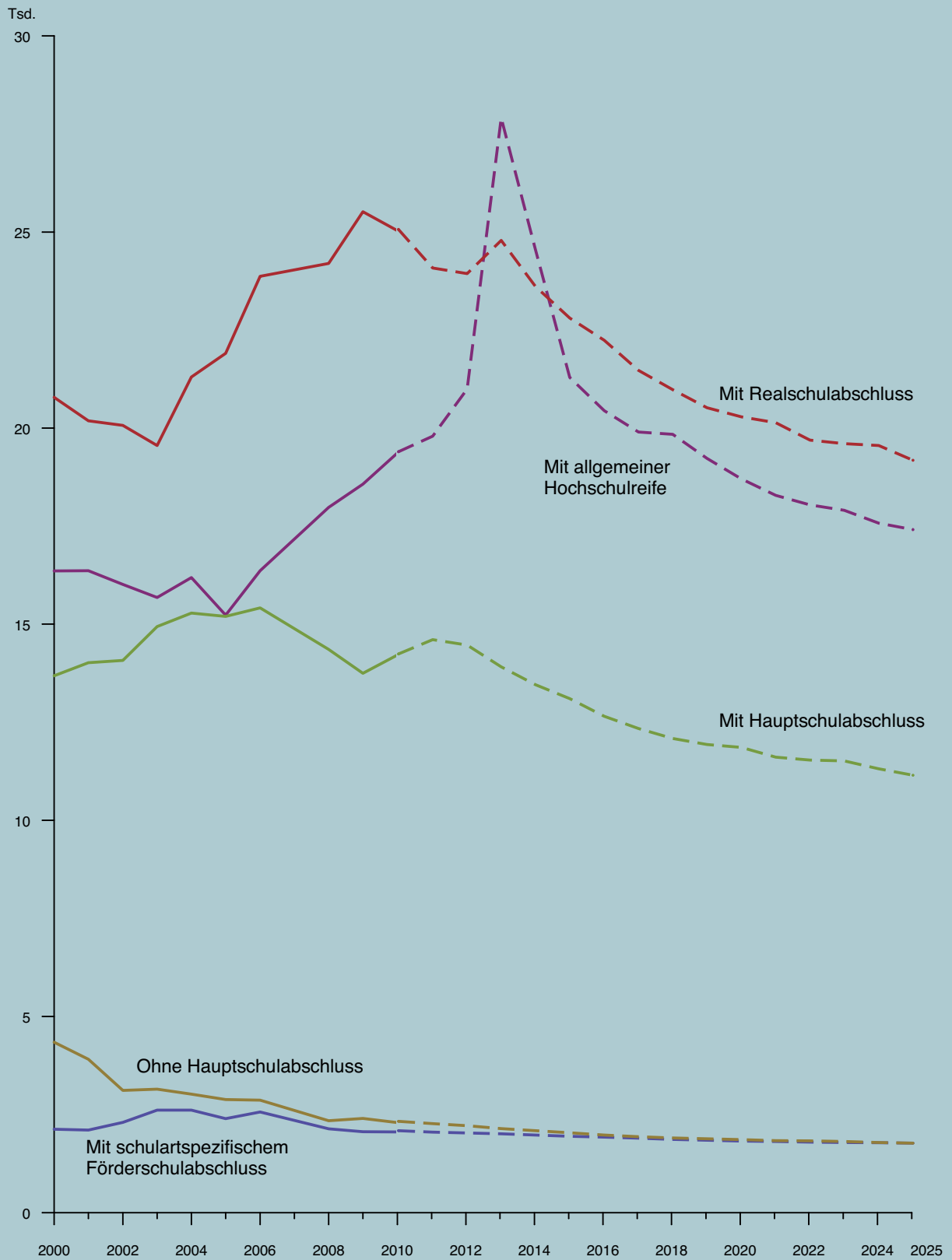
Zahl der Schulentlassenen zukünftig stark rückläufig

Die Zahl der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen stieg zwischen 2000 und 2009 von 57 300 auf gut 62 300 und damit um 8,7 % an. Die seit 2003 stark abnehmenden Einschulungszahlen haben zur Folge, dass mittelfristig ein starker Rückgang der Schulentlassenen zu erwarten ist. Für 2025 ist mit rund 51 000 Entlassenen zu rechnen; das entspricht einem Rückgang von 11 000 oder 18 %.

Das Ausmaß der Abnahme wird bis 2025 für die einzelnen Abschlussarten unterschiedlich sein. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen wird mit dem der Vorausberechnung zugrunde liegenden Modell der Durchlauf der Einschulungsjahrgänge durch das Schulsystem simuliert. Der starke Rückgang aufgrund der seit 7 Jahren zurückgehenden Einschulungszahlen setzt somit für die einzelnen Abschlussarten zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein. Danach ist ab 2013 mit einem Rückgang der Abgänger mit Hauptschulabschluss und ein Jahr später mit einer entsprechenden Abnahme der Entlassenen mit Realschulabschluss zu rechnen. Ein allein durch die sinkenden Einschulungen bedingter Rückgang der Abiturientenzahlen wäre ab 2017 zu erwarten.

Diese demografischen Effekte werden von weiteren Faktoren überlagert, wie z. B. der Änderung des Schulwahlverhaltens im Zeitablauf. In den letzten Jahren wurden von den Kindern und Jugendlichen bzw. ihren Eltern vermehrt Schulformen gewählt, die tendenziell höher qualifizierende Schulabschlüsse vermitteln. Die Anteile der Kinder, die nach der Grundschule und nach der sechsten

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen in Hessen
2000 bis 2025¹⁾ nach Abschlussart²⁾



3. Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2000 bis 2025¹⁾ nach Abschlussarten

Jahr	Insgesamt	davon				
		ohne Hauptschulabschluss	mit Hauptschulabschluss	mit Realschulabschluss	mit allgemeiner Hochschulreife	mit schulart-spezifischem Förderschulabschluss
2000	57 299	4 343	13 685	20 785	16 361	2 125
2005	57 613	2 882	15 199	21 907	15 227	2 398
2006	61 081	2 867	15 412	23 869	16 365	2 568
2007 ²⁾
2008	61 011	2 342	14 355	24 199	17 979	2 136
2009	62 304	2 403	13 750	25 518	18 572	2 061
2010	62 974	2 298	14 211	25 035	19 370	2 060
2011	62 662	2 240	14 574	24 055	19 767	2 026
2012	63 505	2 188	14 436	23 908	20 970	2 003
2013	70 612	2 116	13 881	24 757	27 877	1 981
2014	65 535	2 061	13 427	23 581	24 517	1 949
2015	61 044	2 006	13 075	22 779	21 265	1 919
2016	59 097	1 949	12 625	22 210	20 418	1 895
2017	57 405	1 907	12 309	21 447	19 874	1 868
2018	56 536	1 875	12 055	20 951	19 817	1 838
2019	55 269	1 857	11 904	20 492	19 199	1 817
2020	54 400	1 834	11 829	20 260	18 678	1 799
2021	53 547	1 809	11 582	20 111	18 261	1 784
2022	52 758	1 800	11 507	19 666	18 015	1 770
2023	52 481	1 785	11 487	19 574	17 876	1 759
2024	51 868	1 758	11 283	19 527	17 548	1 752
2025	51 145	1 742	11 122	19 152	17 387	1 742

1) Ab 2010: Vorausberechnung. — 2) Aus programmtechnischen Gründen lagen uns keine Daten vor.

Jahrgangsstufe auf eine Hauptschule wechseln, nahmen in den letzten Jahren ab. Mit den insgesamt sinkenden Schülerzahlen hat das zur Konsequenz, dass unter den beschriebenen Status-quo-Bedingungen auch die Schülerzahlen in den nachfolgenden Jahrgängen und damit die Abgängerzahlen aus der Hauptschule überdurchschnittlich stark zurückgehen werden. Das hat insbesondere Auswirkungen auf die vorausberechneten Zahlen der Abgänger mit und ohne Hauptschulabschluss. Dagegen gab es bei den Realschulen auch zuletzt noch steigende Übergänge in die Stufe 7, während die Übergangsquoten in die Stufe 5 in den letzten Jahren konstant waren. Die Übergangsquote von den Grundschulen in die integrierten Jahrgangsstufen stieg in den letzten Jahren stark an; innerhalb von 5 Jahren erhöhte sie sich

von 14 auf 19 %. Dadurch werden in der Folge auch relativ mehr Schüler die integrierte Jahrgangsstufe mit einem allgemeinbildenden Abschluss verlassen. Da mehr als ein Viertel der Zehntklässler aus der integrierten Jahrgangsstufe anschließend in die gymnasiale Oberstufe wechseln, dürften unter Status-quo-Bedingungen auch die Abiturientenzahlen in Hessen durch diesen Effekt positiv beeinflusst werden. Den gleichen Effekt dürften die steigenden Übergänge in die Stufe 5 und die Einführungsphase der Gymnasien haben.

Durch die Einführung von G8 werden sich die Abiturientenzahlen insbesondere in den Jahren 2013 und 2014 stark erhöhen. Weiterhin sind mit dieser Maßnahme auch langfristig Auswirkungen auf die Zahlen der Abgänger mit Haupt- und Realschulabschluss verbunden. Erwerben im neunjährigen gymnasialen Bildungsgang die Abgänger aus der Sekundarstufe I einen Realschulabschluss, wenn sie das allgemeinbildende Schulsystem verlassen, wird derzeit den entsprechenden Abgängern eines achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs der Hauptschulabschluss zuerkannt²⁾. Wird der Abschluss an G8 erworben, berechtigt dieser u. a. dazu, anschließend in ein berufliches Gymnasium oder eine Fachoberschule

2) Vom kommenden Schuljahr an wird es in Hessen einen Schulversuch zur Gleichstellung mit dem Mittleren Abschluss für G8-Schüler beim Verlassen der Schule nach der Stufe 9 geben. Der Schulversuch ist zunächst auf 5 Jahre befristet, und es sollen landesweit rund 30 Schulen daran teilnehmen können. Die Mitteilung zu dieser politischen Maßnahme wurde im März 2011 herausgegeben und somit einige Zeit nach der Veröffentlichung der Vorausberechnungsergebnisse. Die vorausberechneten Absolventenzahlen unterliegen somit der inzwischen überholten Annahme, dass alle Abgänger aus der Stufe 9 in G8 lediglich einen dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss erhalten. Die Auswirkungen beeinträchtigen die Aussagekraft der vorausberechneten Werte höchstens geringfügig.

zu wechseln. In den meisten Fällen wechselten in der Vergangenheit die Abgänger aus dem Abschlussjahrgang der gymnasialen Mittelstufe in eine berufliche Schule, um dort eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Nach fundierten Schätzungen traf das hessenweit 2009 auf mehr als 90 % der knapp 2500 Abgänger zu, die das Gymnasium nach der Stufe 10 mit dem mittleren Abschluss verließen.

Bis 2025 nur geringe Abnahme bei den Abiturientenzahlen

Im Sommer 2025 werden nach der vorliegenden Modellrechnung etwa 1700 Abgänger ohne Hauptschulabschluss die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Damit dürfte sich diese Zahl gegenüber 2009 um 700 bzw. über ein Viertel verringern. Für die Abgänger mit Hauptschulabschluss wurde ein Wert von 11 000 vorausgerechnet. Da nach den derzeitigen Regelungen an die Absolventen aus der Mittelstufe von G8 nur ein Hauptschulabschluss vergeben wird, sind allein 1900 von ihnen Gymnasialabgänger, die allerdings in der Regel auf eine berufliche Schule wechseln dürften. Von diesen Abgängern gab es 2009 erst wenige, sodass die Einführung von G8 dazu führt, dass bis 2025 die Zahl der Abgänger mit Hauptschulabschluss weniger stark absinken wird wie ohne diese Maßnahme. Insgesamt wird sie voraussichtlich um etwa 2600 oder 19 % zurückgehen. Mit einem Realschulabschluss dürften im Jahr 2025 etwa 19 000 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen verlassen; das entspricht einem Rückgang von rund 6000 oder einem Viertel. Auch hier wird die Höhe von der Einführung von G8 bei gleichzeitigem Rückgang von G9-Schülern beeinflusst: Verließen 2009 noch 2300 Schülerinnen und Schüler die Mittelstufe eines Gymnasiums mit dem Realschulabschluss, wurde für 2025 ein Wert von knapp 200 vorausgerechnet. Durch die Einführung von G8 verlassen die Gymnasiasten die Mittelstufe in Zukunft in der Regel mit einem Hauptschulabschluss, sodass der Rückgang der Abgängerzahlen mit Realschulabschluss dadurch verstärkt werden wird. Da der größte Teil dieser Abgänger anschließend zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung auf eine berufliche Schule wechselt, dürfte dies auf die Nachfrage am Ausbildungsmarkt kaum Auswirkungen haben. Die Zahl der Abgänger mit einem schulartspezifischen Förderschulabschluss dürfte 2025 bei etwa 1700 liegen; das wären knapp 300 oder 15 % weniger als 2009.

Bei den Zahlen der Abgänger mit der allgemeinen Hochschulreife ist in den nächsten Jahren zunächst mit einem Anstieg zu rechnen. Die Zunahme ist zum einen in den steigenden Geburtenzahlen begründet, die bis 1997 zu verzeichnen waren und bis 2015 und 2016 zu steigenden Abiturientenzahlen führen werden. Eine weitere Ur-

sache ist der bereits erwähnte Anstieg der Übergangsquoten auf das Gymnasium in den letzten Jahren. Unter der Status-quo-Aannahme führt das ebenfalls zu steigenden Abiturientenzahlen. Die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums wird vorübergehend die Abiturientenzahlen stark erhöhen. Im Sommer 2012 werden die ersten Abiturienten aus dem achtjährigen Gymnasium die Schule verlassen. Gleichzeitig wird der letzte vollständige Abiturientenjahrgang aus den neunjährigen Gymnasien von der Schule abgehen. Bis zum Ende des Schuljahres 2013/14 werden gleichzeitig nennenswerte Abiturientenzahlen aus G8 und G9 entlassen, sodass es in diesen Jahren zu hohen Abgängerzahlen mit der allgemeinen Hochschulreife kommen wird. In den Jahren 2013 und 2014 werden die Abiturientenzahlen aufgrund der Umstellung sogar über denen der Abgänger mit Realschulabschluss liegen. Ab 2015 fällt der Effekt der Einführung von G8 auf die Abiturientenzahlen weg. Auch danach werden sie nach der Modellrechnung auf einem hohen Niveau von über 19 000 bleiben, erst für den Sommer 2020 wird die Zahl wieder der von 2009 entsprechen. Für 2025 wurden 17 000 Abgänger mit einer allgemeinen Hochschulreife vorausgerechnet, das entspricht einem Rückgang von über 1000 oder 6,4 % im Vergleich zu 2009.

Obwohl die Zahl der Schulentlassenen mit Realschulabschluss stark zurückgehen wird, wird dieser auch im Jahr 2025 noch der am häufigsten erworbene Abschluss in Hessen sein. Während 2009 noch 41 % aller Schulentlassenen einen Realschulabschluss erreichen konnten, werden es nach der Modellrechnung im Jahr 2025 etwa 37 % sein. Die Bedeutung der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife wird stark zunehmen, ihr Anteil an allen Schulentlassenen dürfte von 30 % im Jahr 2009 bis 2025 auf etwa 34 % anwachsen. Dagegen wird der Anteil der Abgänger mit Hauptschulabschluss im Jahr 2025 wie schon 2009 bei etwa 22 % liegen. Der Anteil der Abgänger ohne Hauptschul- und der mit schulartspezifischem Förderschulabschluss wird hessenweit jeweils 3,4 % betragen (2009: 3,9 bzw. 3,3 %).

Grundsätzlich ist die Zahl der Schulabgänger von Bedeutung für die zukünftige Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen. Bei der Interpretation der Zahl der Schulentlassenen ist zu beachten, dass die Quoten schulformbezogen ermittelt und auf die entsprechend vorausgerechneten Schüler bezogen wurden. Diese Quoten wurden über den Zeitraum konstant gehalten. So wurde zum Beispiel unterstellt, dass der Anteil der Kinder, die in die fünfte Stufe eines Gymnasiums wechseln und 8 bzw. 9 Jahre später die allgemeine Hochschulreife erlangen, im Vergleich zum Abschlussjahr 2009 unverändert bleibt. Es bleibt abzuwarten, ob die Schüler, die heute in ein Gymnasium wechseln, genauso erfolgreich sein werden wie ihre Vorgängerjahrgänge.

Abschließende Bemerkungen

Die hier vorgestellte Vorausberechnung zu den allgemeinbildenden Schulen erfolgte unter Fortschreibung der Bedingungen im Bezugszeitraum. Die Faktoren, die die Höhe der vorausgerechneten Werte beeinflussen, sind nur eingeschränkt vorherzubestimmen. Zum einen unterliegt die verwendete Bevölkerungsvorausberechnung bestimmten Annahmen bezüglich des Wanderungsverhaltens und der Geburtenziffern. Zum anderen beeinflussen bildungspolitische Entscheidungen die Schülerzahlen sowie deren Verteilung auf die verschiedenen Schulformen. Bei der aktuellen Modellrechnung wurde deutlich, dass durch die geplante Einführung der Mittelstufenschule als weitere Schulform die vorausgerechneten Zahlen für Förderstufen-, Haupt- und Realschüler zu hoch sein dürften. Ferner bleibt abzuwarten, inwieweit sich der Rückgang der Zahl der Abgänger

ohne Schulabschluss durch die Einführung der Mittelstufenschule zusätzlich verringern wird. Falls sich in der Zukunft das Schulwahlverhalten nach der Grundschule grundsätzlich weiter ändern wird, wird das zusätzlich auch die Verteilung auf die Gymnasien und integrierten Jahrgangsstufen beeinflussen. Die Ausführungen zeigen, dass die Ergebnisse immer unter Berücksichtigung der zugrunde gelegten Status-quo-Annahmen zu bewerten sind. Trotz der Unsicherheiten, die mit einer derartigen Modellrechnung verbunden sind, sind die Ergebnisse eine wichtige Orientierungshilfe bezüglich der zukünftigen Entwicklungen. Sie sind dazu geeignet, politisches Handeln, wie z. B. bezüglich der Lehrerbildung, der Ausgestaltung von Schulstandorten oder der gezielten Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zur Verhinderung eines Fachkräftemangels zu beeinflussen.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen sind auch als PDF-Datei mit Excel-Anhang per E-Mail-Versand lieferbar.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 060,4	6 062,1	6 063,7	6 063,9	6 062,2	6 064,9	6 067,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	3 291	3 595	3 236	3 074	3 250	3 576	3 058
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	6,4	7,0	6,5	6,2	6,3	6,9	6,1
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 905	4 591	4 377	4 515	4 294	4 400	4 739
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	9,5	8,9	8,8	9,1	8,3	8,5	9,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 428	4 887	4 445	4 598	5 129	4 827	4 547
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	8,6	9,5	8,9	9,2	10,0	9,4	9,1
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	17	16	11	12	12	18	20
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	3,5	3,5	2,5	2,7	2,8	4,1	4,2
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	477	- 296	- 68	- 83	- 835	- 427	192
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	0,9	- 0,6	- 0,1	- 0,2	- 1,6	- 0,8	0,4
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	14 701	16 508	16 250	13 185	15 514	18 439	17 381
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	6 306	6 571	6 939	6 724	7 338	8 207	8 435
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	14 335	14 561	14 771	12 379	16 590	15 471	14 951
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 945	5 293	5 756	5 674	8 210	5 945	6 133
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	366	1 947	1 479	806	- 1 076	2 968	2 430
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	18 952	19 303	18 590	16 236	18 361	20 605	18 273

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Feb.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	197 599	215 652	217 103	182 132	184 493	201 249	198 446
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	91 121	96 772	96 561	88 015	87 745	92 946	91 493
Männer	"	113 816	105 536	106 478	118 880	120 542	94 117	96 748	108 303	106 953
Ausländer	"	50 819	48 154	47 997	51 185	51 179	45 511	46 039	49 266	48 620
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	19 321	21 519	22 914	16 140	16 257	18 729	19 405
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,4	7,0	7,0	5,9	6,0	6,5	6,4
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,3	6,7	6,7	6,1	6,0	6,4	6,3
Männer	"	6,9	6,4	6,4	7,2	7,3	5,7	5,9	6,6	6,5
Ausländer	"	14,8	14,0	14,0	14,9	14,9	13,3	13,4	14,4	14,2
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	5,7	6,4	6,8	4,9	5,0	5,7	5,9
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	57 274	66 420	66 392
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	23 623	22 810	24 451	35 059	33 210	31 445	34 081

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009			2010	
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	976,9	991,5	989,6	986,9	986,6
Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	214,1	217,5	212,4	214,8	219,3
Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	417,2	428,1	429,7	431,9	440,1
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	344,6	353,2	354,2	355,9	360,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,7
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6
Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,8	563,9	553,0	549,8	553,9
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	125,0	122,7	123,0	123,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	528,5	533,9	530,0	526,9	527,6
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	233,2	235,6	234,0	232,8	232,2
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	543,4	552,9	549,1	547,4	555,2
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	247,3	250,3	249,1	248,0	248,4
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	529,2	539,0	543,9	542,0	541,3
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	369,1	377,8	381,2	380,6	380,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 07.01.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	6 480	4 956	4 105	4 265	6 402	4 332	3 888
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	170	291	150	219	187	282	133
Jungrinder	"	52	55	100	51	27	50	138	104	83
Schweine	"	52 749	47 556	58 712	50 302	44 395	46 513	55 945	48 434	48 353
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	4 396	3 450	3 255	2 164	3 853	2 904	2 870
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	7 333	6 047	5 275	5 876	7 083	5 864	5 796
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 653	1 253	1 138	1 251	1 705	1 227	1 157
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	20	37	19	27	22	34	16
Jungrinder	"	7	7	11	7	3	7	18	14	10
* Schweine	"	4 752	4 315	5 172	4 431	3 905	4 296	4 878	4 301	4 346
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451	.	2 303	2 346
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	15 810	15 352	12 778	14 945	15 505	15 852	14 800
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 385	1 385	1 335	1 359	1 361	1 361	1 369
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	342,4	340,9	336,8	343,6	343,6	342,8	344,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	43 958	37 281	41 241	44 660	47 402	40 039	44 794
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 564,0	1 279,4	1 187,6	1 221,6	1 634,6	1 308,9	1 273,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	7 660,2	6 543,1	6 216,6	8 091,2	9 194,7	8 084,7	7 772,0
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 831,4	3 247,1	3 174,9	4 049,2	4 653,2	4 099,0	4 051,5
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	50,0	49,6	51,1	50,0	50,6	50,7	52,1
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	- 4,1	9,3	21,7	1,2	16,3	16,2	7,6
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	13,5	43,1	41,1	- 5,8	9,9	4,6	2,1
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	- 23,7	- 22,4	12,9	19,1	33,2	47,9	20,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 29,8	- 22,9	- 11,6	- 10,7	2,5	- 8,2	20,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	0,4	14,0	- 0,7	- 6,9	8,3	4,7	2,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	12,2	33,0	19,8	2,8	15,8	11,2	10,7
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	- 1,9	7,3	11,8	23,7	28,6	34,0	26,6
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	6,5	- 9,7	0,0	34,7	40,0	55,8	24,8
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	- 5,0	- 20,8	10,0	19,8	18,0	32,0	33,5
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	108	108	107	107	107	111
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	16 766	16 732	15 810	16 135	16 053	16 046	16 019
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	2 231	1 907	1 960	1 996	2 190	1 858	2 088
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	93,5	65,4	60,9	64,6	92,3	63,2	63,8
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	1 101,3	2 072,3	2 163,2	2 286,2	2 184,5	2 919,8	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Beschäftigte ¹⁾	2009 =100 ²⁾	.	97,6	.	.	.	96,3	97,1	99,7	97,4
* Umsatz ³⁾	2009 =100 ⁴⁾	.	99,7	.	.	.	77,7	101,4	105,2	114,5

Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	46,4	45,8	45,0	48,3	47,8	46,7	45,2
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	4 573	3 365	2 009	5 178	5 163	2 817	2 976
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	1 745	1 375	822	2 152	2 142	1 309	1 384
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 404	1 053	723	1 526	1 550	878	911
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 424	937	464	1 500	1 471	630	681
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	120,0	103,0	79,7	110,2	127,8	95,1	87,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	533,3	485,0	174,3	552,1	559,2	560,5	226,8
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	160,4	135,1	51,7	179,3	168,7	160,6	78,0
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	168,9	195,1	82,2	159,1	175,3	216,3	78,2
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	204,0	154,8	40,3	213,7	215,1	183,5	70,6
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,0	94,7	79,9	135,3	79,2	84,9	76,8	91,3	67,6
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	86,1	160,5	40,6	104,1	78,3	85,9	91,2
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	87,1	136,6	105,0	92,4	81,7	94,8	73,4
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	72,8	127,5	70,2	74,1	72,7	90,1	57,0
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	20,0	19,6	.	19,9	.	.	.	20,1	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	6 012	.	.	.	5 999	.
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	162,5	.	.	.	162,7	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	783,6	.	.	.	759,6	.

Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	424	429	328	502	469	427	598
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	379	375	297	455	402	383	531
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	509	568	420	540	598	562	762
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	96	109	72	104	115	104	142
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	135 012	145 627	114 101	144 585	166 043	149 550	224 058
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	168	151	88	138	131	106	111
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	987	1 198	612	1 443	1 227	756	1 509
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	197	196	102	204	191	138	203
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	219 219	257 113	109 024	171 065	145 161	137 444	242 792
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	936	1 018	897	1 152	933	987	1 202	1 064	1 274
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 154	5 400	4 969	5 553	4 358	5 532	6 113	5 534	6 934

Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,1	108,3	109,7	87,5	113,8	119,7	115,2	99,3
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	90,4	107,7	102,9	103,7	85,4	116,2	120,0	114,6	103,2
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	90,5	92,8	92,5	89,9	91,4	91,4	91,6	91,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	98,3	98,8	118,5	87,0	102,0	104,2	118,6	90,6
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,0	98,4	117,8	86,4	102,8	105,1	119,2	90,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,3	92,6	116,2	88,2	90,5	96,4	115,0	86,6
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,7	105,9	114,3	94,2	105,9	108,4	112,8	99,9
Bekleidung	"	104,2	109,1	105,3	134,5	88,4	133,3	114,6	136,0	94,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,2	111,2	115,0	86,4	114,9	119,8	120,9	91,1
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	110,6	118,0	168,5	115,5	114,1	122,6	161,0	127,7
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,9	76,0	83,8	65,6	79,4	84,5	86,0	69,4
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	95,6	95,4	95,7	94,3	97,0	97,5	98,5	97,4
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	92,7	86,1	75,6	64,5	106,1	107,7	83,7	90,0
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,1	87,9	77,2	65,9	109,2	110,7	86,1	92,5
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,1	97,3	96,8	95,2	97,1	97,6	98,0	97,8
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	86,4	83,7	89,2	74,4	93,6	86,1	88,1	77,4
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,1	89,6	95,8	81,6	103,5	95,1	97,0	85,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	100,1	94,7	90,9	85,8	115,6	103,4	97,0	91,5
Restaurants, Gastst., Imbiss-, Cafés u. Ä.	"	89,9	90,4	84,8	97,2	75,8	95,0	89,2	96,4	79,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,6	97,7	96,9	91,8	104,9	101,5	100,2	92,2
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,6	78,3	100,7	72,7	86,9	77,3	92,1	73,7
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,1	97,0	96,3	92,6	98,0	96,5	96,0	94,1
Außenhandel⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 702,1	3 422,7	3 502,1	4 727,3	4 796,1	4 516,3	4 161,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	115,8	97,2	88,2	149,5	127,3	105,4	102,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 447,7	3 193,1	3 296,9	4 426,3	4 518,9	4 303,9	3 899,2
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	10,8	9,2	11,2	14,5	13,6	16,2	13,0
* Halbwaren	"	239,9	363,6	211,2	219,4	242,1	382,8	405,2	534,8	301,6
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 225,7	2 964,5	3 043,6	4 029,0	4 100,1	3 752,9	3 584,5
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	512,3	437,2	525,7	615,7	660,6	532,3	639,8
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 713,4	2 527,3	2 518,0	3 413,3	3 439,5	3 220,6	2 944,7
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 130,8	983,5	1 050,4	1 080,9	1 157,4	1 057,5	1 157,4
Maschinen	"	419,9	482,3	404,3	427,7	328,2	523,6	551,2	536,7	425,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	383,0	317,5	423,4	598,4	617,5	490,8	504,3
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	313,2	320,6	316,8	628,7	590,4	534,9	438,6
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	242,4	315,2	225,7	324,0	309,1	277,5	277,4
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 502,8	2 243,4	2 452,9	3 413,2	3 333,8	3 142,3	2 862,8
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 123,5	1 909,7	2 148,0	2 961,8	2 855,6	2 729,4	2 508,5
* Afrika	"	74,7	86,0	77,2	63,0	55,3	72,8	72,1	67,6	59,2
* Amerika	"	442,0	562,9	562,9	428,3	395,8	558,4	584,2	570,0	564,2
* Asien	"	529,9	666,8	528,9	659,1	563,0	637,3	759,9	696,3	633,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	30,4	28,8	35,2	45,7	46,2	40,1	41,3
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 912,8	4 660,4	4 529,4	5 895,4	6 606,0	5 900,5	5 774,0
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	218,9	207,6	182,6	227,9	229,0	272,6	216,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 426,4	4 203,0	4 091,4	5 343,9	6 056,9	5 371,8	5 201,7
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	94,1	95,3	137,0	78,4	160,5	130,5	155,4
* Halbwaren	"	517,9	695,9	455,4	469,9	601,0	601,9	817,2	655,6	685,4
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 876,9	3 637,8	3 353,4	4 663,6	5 079,1	4 585,7	4 360,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	424,8	374,4	373,0	513,8	576,8	495,5	511,1
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 452,1	3 263,4	2 980,3	4 149,9	4 502,3	4 090,1	3 849,9
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 173,4	2 940,5	2 857,2	3 709,3	4 065,3	3 630,7	3 575,3
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 793,4	2 643,9	2 526,8	3 333,0	3 549,7	3 186,4	3 128,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
* noch: davon aus										
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	89,2	107,4	105,1	126,7	184,8	146,1	177,5
* Amerika	"	527,0	616,9	489,9	539,7	467,1	634,9	676,2	702,3	609,4
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 151,8	1 065,5	1 086,9	1 409,3	1 636,5	1 402,6	1 371,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	8,6	7,3	13,1	15,2	43,2	18,8	40,3
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gästeankünfte	1000	932	996	920	742	767	1 128	1 015	833	792
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	218	240	204	173	197	259	213	191	212
auf Campingplätzen	"
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 042	1 764	1 824	2 645	2 207	1 902	1 904
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	412	454	357	325	383	480	372	355	425
auf Campingplätzen	"
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	965	892	722	1 017	1 071	935	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	800	680	534	817	863	743	...
* Güterversand	"	169	195	165	211	188	200	207	193	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	29 049	21 564	19 894	28 658	30 599	24 674	23 656
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	26 492	19 745	18 179	25 603	27 168	22 397	21 292
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 768	1 242	1 240	2 073	2 350	1 469	1 555
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	537	227	262	483	482	225	393
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	166	219	153	408	434	449	309
S t r a ß e n v e r k e h r s u n f ä l l e										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 726	2 638	2 058	2 573	2 721	2 193	1 979
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 879	1 650	1 203	1 878	1 876	1 234	1 313
* getötete Personen	"	26	21	30	13	16	23	19	9	17
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 521	2 225	1 612	2 524	2 492	1 685	1 763
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	.	400 523	.	.	.	401 850	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	.	274 276	.	.	.	281 333	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	.	56 725	.	.	.	56 684	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	.	71 598	.	.	.	65 529	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	.	7 875 275	.	.	.	8 021 722	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	.	7 172 311	.	.	.	7 355 691	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	.	238 425	.	.	.	238 493	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	.	464 539	.	.	.	427 539	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	.	130	.	.	.	124	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	.	147 397	.	.	.	124 684	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	.	523 424	.	.	.	511 771	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	.	390 199	.	.	.	379 773	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	.	72 058	.	.	.	68 314	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	.	318 141	.	.	.	311 459	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	.	511 148	.	.	.	543 967	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	979	946	893	974	1 081	978	917
davon										
* Unternehmen	"	163	145	150	167	117	144	112	137	143
* Verbraucher	"	567	630	616	578	580	594	739	626	576
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	174	163	149	191	186	181	169
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	39	38	47	45	44	34	29
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	214 796	480 669	405 052	133 377	173 666	517 992	276 937
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 074	5 823	6 914	6 446	6 340	5 369	7 130
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 463	7 082	6 577	5 512	5 701	7 152	6 817
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	106,3	107,2	106,6	107,5	107,6	108,8	108,3
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	110,2	110,8	112,1	112,1	113,2	114,4	114,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,7	113,9	113,7	113,4	113,5	113,3	113,2
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	98,4	99,6	95,4	98,4	99,1	97,8	94,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,3	108,1	108,6	109,9	110,1	110,4	111,6
*Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	105,8	105,8	106,0	106,6	106,6	106,8	107,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,6	104,1	103,7	103,2	103,2	103,1	103,0
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	105,0	105,0	106,2	107,1	107,1	107,0	107,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	110,5	110,2	111,6	113,3	113,7	115,1	115,9
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	89,1	89,0	88,8	87,4	87,2	86,8	86,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	99,0	103,3	97,8	99,1	98,1	102,9	98,2
Bildungswesen	"	105,2	107,9	106,4	106,4	108,2	107,8	107,7	107,7	107,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	107,5	109,1	104,9	111,7	107,8	107,8	106,9	113,1	109,3
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	112,1	.	.	.	113,9	.	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 179,5	5 559,8	4 011,2	2 964,6	2 979,1	5 624,5	3 672,0
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 069,3	5 391,7	3 918,5	2 775,1	2 844,4	5 417,8	3 517,4
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 309,9	2 042,6	1 562,3	1 347,8	1 244,2	1 948,9	1 450,3
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	– 5,2	719,0	2,7	– 46,5	– 107,6	662,0	– 58,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	63,4	213,0	354,3	80,0	36,1	162,7	242,8
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	277,5	343,1	703,8	178,5	212,6	372,8	604,9
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	– 12,5	91,1	– 248,8	547,9	– 328,2	– 92,7	– 74,9	864,2	2,4
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 566,3	1 421,5	1 517,5	1 177,9	1 388,7	1 273,6	1 133,5
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	106,2	104,7	106,1	130,0	145,3	133,5	141,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾ noch: davon Bundessteuern Landessteuern darunter Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer sonstige Landessteuern Gewerbesteuerumlage	Mill. Euro									
		157,5	115,6	108,6	113,2	93,8	115,9	128,7	127,8	150,0
		45,9	34,9	35,3	30,0	23,8	39,0	34,9	39,5	54,7
		34,5	33,6	30,4	38,0	27,3	33,4	40,4	36,5	40,4
		48,1	47,1	43,0	45,1	42,7	43,5	53,3	51,8	54,9
		19,2	27,2	1,6	54,9	- 1,1	73,6	6,1	78,9	4,6

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt ²⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ³⁾	Mill. Euro									
		1 311,2	1 313,2	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3
		3,1	2,9	4,1	5,6	3,6	4,3	3,7	5,8	3,6
		126,7	127,9	181,6	214,5	162,7	170,3	171,5	227,4	169,7
		630,8	672,4	766,1	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5
		479,6	437,6	699,8	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4
		8,3	9,2	11,0	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Leistungsgruppe 1 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 2 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 3 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 4 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 5 ⁷⁾ * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung ⁸⁾ * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro									
		3 924	4 344	3 493	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638
		4 172	4 604	3 687	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857
		3 346	3 746	3 038	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132
		7 333	7 881	6 236	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492
		4 564	5 051	4 050	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253
		3 107	3 521	2 832	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936
		2 436	2 745	2 253	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352
		2 008	2 183	1 877	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928
		3 736	4 266	3 310	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503
		3 159	3 627	2 953	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027
		3 825	4 413	3 361	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598
		5 019	5 454	4 362	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308
		3 418	3 964	3 144	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170
		2 957	3 220	2 781	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845
		4 022	4 383	3 588	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705
		3 651	3 971	3 277	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340
		3 751	4 080	3 397	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485
		2 421	2 608	2 273	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286
		5 292	5 518	4 558	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652
		6 128	6 414	4 904	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320
		4 401	4 818	3 941	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081
		5 571	6 238	4 735	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813
		2 576	2 758	2 419	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433
		3 263	3 630	3 092	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185
		3 960	4 271	3 800	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943
		3 408	3 886	3 191	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265
		4 967	5 813	4 609	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406
		3 513	3 976	3 190	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.



Hessischer Umwelt-Monitor

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des
Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 2

April 2011

15. Jahrgang

Inhalt

- Schauhöhlen und Besucherbergwerke in Hessen. 3
- www.hlug.de – Beispielseiten Geologie und Boden. 8
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 11
 - A. Gewässerüberwachung in Hessen 11
 - 1. Hydrologische Daten nach Messstellen 12
 - 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten 14
 - B. Die Luftqualität in Hessen 17

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)
Rheinstraße 35/37
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0
Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG Helmut Weinberger Telefon: 0611/6939-571

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Schauhöhlen und Besucherbergwerke in Hessen

ADALBERT SCHAFT



Abb. 1: Titel des Führers „Schauhöhlen- und Besucherbergwerke in Hessen“.

Nach dem Geotopführer „Der Vogelsberg – Geotope im größten Vulkangebiet Mitteleuropas“ legte das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie in seiner Reihe „Umwelt und Geologie“ mit dem zweiten Band eine Beschreibung der Schauhöhlen und Besucherbergwerke in Hessen (Abb. 1) vor.

Schauhöhlen und Besucherbergwerke bringen den Besuchern die kulturhistorische Entwicklung, die geologischen Besonderheiten einer Region sowie die bergmännische und technische Vergangenheit anschaulich nahe. Sie dienen dem Fremdenverkehr, dem außerschulischen Unterricht, als Exkursionsziel für Studenten und natur- und gesellschaftswissenschaftlich interessierte Bürger, aber auch der wissenschaftlichen Grundlagenforschung.

Schon von jeher haben Höhlen den Menschen angezogen und fasziniert. Höhlen bieten Schutz vor den Unbilden des Wetters, vor Krieg und Verfolgung. Sie wurden aus kultischen oder religiösen Gründen aufgesucht und sie dienten als Wohnung und Lagerräume (Abb. 2). Artefaktenfunde in Höhlen zeugen zudem von einer frühen Besiedlung durch den Menschen und Knochen dokumentieren das Vorkommen prähistorischer Höhlentiere. Seit dem 18. Jahrhundert ist ein zunehmendes Interesse an dem Phänomen Höhle aus naturkundlicher Sicht zu verzeichnen.



Abb. 2: Kleine Steinkammer bei Breitscheid-Erdbach.

Die meisten Höhlen Hessens sind Karsthöhlen, d. h. sie sind in Gesteinen zu finden, die auf Grund ihrer Löslichkeit zur Verkarstung neigen, also in den Massenkalken aus dem Oberdevon, in den Karbonaten des Zechsteins und im Muschelkalk. Andere, eher seltene Höhlenarten wie die Spaltenhöhlen sind an vorgegebene tektonische Strukturen gebunden. Starke Ausspülungen können Erosionshöhlen verursachen.

Viele der hessischen Höhlen sind jung, wahrscheinlich wurden sie erst im Quartär gebildet. Die Verkarstung der Kalkgesteine in größerem Umfang konnte erst erfolgen, nachdem diese aus dem Bereich des (weitgehend stehenden) tiefen Grundwassers in den Schwankungsbereich der Grundwasseroberfläche herausgehoben worden waren.

Der Bergbau hat in Hessen eine lange Tradition. Schon vor vielen Jahrhunderten begannen die Menschen in der Erde nach Erz und anderen Rohstoffen zu schürfen. Bereits von den Kelten wurden die schichtgebundenen Eisenerze vom Lahn-Dill-Typ

abgebaut und verhüttet. Diese Erze stehen an der Grenze Mittel-/Oberdevon an. Sie wurden bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts abgebaut (Abb. 3). Ebenfalls schichtgebundene Lagerstätten bietet der Kupferschiefer, der die Basis des Zechsteins bildet. Er wurde bis ins frühe 20. Jhd. vor allem im Richelsdorfer Gebirge abgebaut. Dachschiefer aus dem Devon war viele Jahrhunderte ein begehrter Baustein. Horizontbeständige, sekundäre Lagerstätten für Eisen und Mangan kommen im Unterkarbon und an der Basis des Zechsteins (Abb. 4) vor. Anders als die schichtgebundenen Lagerstätten stecken die gangförmigen oder an Störungen gebundenen Vererzungen diskordant und meist steil stehend im Gebirge. Neben Buntmetallen und Gold war vor allem der Schwerspat wichtig. Der Abbau der Braunkohle aus dem Tertiär war im 19. Jahrhundert von Bedeutung. Ebenfalls aus dem Tertiär stammen Verwitterungsprodukte wie Ton, Phosphorit und Bauxit, die lokal auch heute noch abgebaut werden. Die Erdöl-, Ölschiefer- und Erdgasgewinnung spielte im Oberrheingraben bis vor einigen Jahren eine gewisse Rolle.



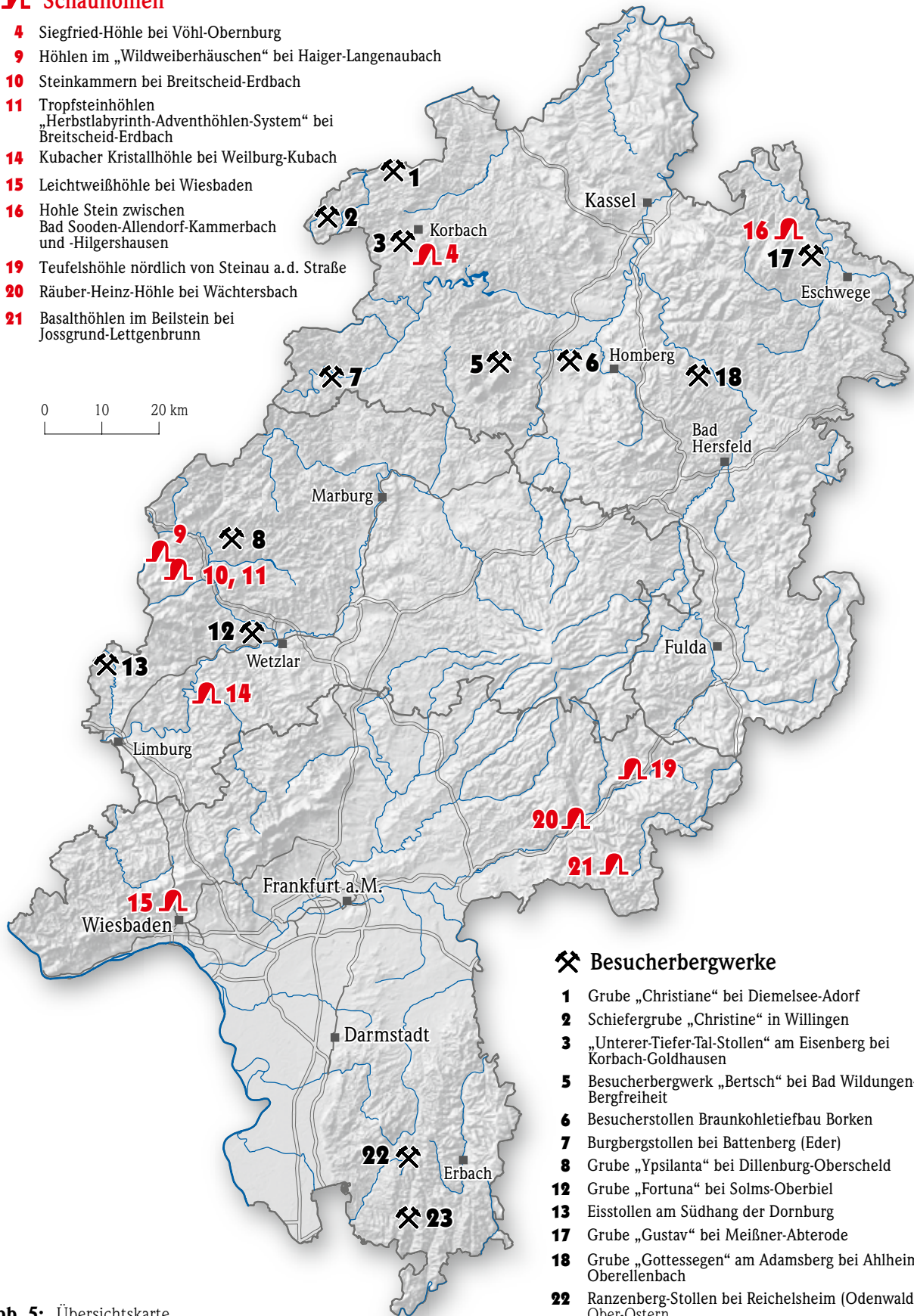
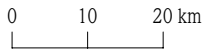
Abb. 3: Grube „Fortuna“ bei Solms-Oberbiel, ehemaliger Schrapperabbau über der 150m-Sohle, Örterbau ohne Versatz (Foto Förderverein Besucher-Bergwerk Fortuna e. V., Wetzlar).



Abb. 4: Grube „Ludwig“ bei Wald-Michelbach (Foto Fritz Kopetzky, Wald-Michelbach).

⚡ Schauhöhlen

- 4** Siegfried-Höhle bei Vöhl-Oberburg
- 9** Höhlen im „Wildweiberhäuschen“ bei Haiger-Langenaubach
- 10** Steinkammern bei Breitscheid-Erdbach
- 11** Tropfsteinhöhlen „Herbstlabyrinth-Adventhöhlen-System“ bei Breitscheid-Erdbach
- 14** Kubacher Kristallhöhle bei Weilburg-Kubach
- 15** Leichtweißhöhle bei Wiesbaden
- 16** Hohle Stein zwischen Bad Sooden-Allendorf-Kammerbach und -Hilgershausen
- 19** Teufelhöhle nördlich von Steinau a.d. Straße
- 20** Räuber-Heinz-Höhle bei Wächtersbach
- 21** Basalthöhlen im Beilstein bei Jossgrund-Lettgenbrunn



⚡ Besucherbergwerke

- 1** Grube „Christiane“ bei Diemelsee-Adorf
- 2** Schiefergrube „Christine“ in Willingen
- 3** „Unterer-Tiefer-Tal-Stollen“ am Eisenberg bei Korbach-Goldhausen
- 5** Besucherbergwerk „Bertsch“ bei Bad Wildungen-Bergfreiheit
- 6** Besucherstollen Braunkohletiefbau Borken
- 7** Burgbergstollen bei Battenberg (Eder)
- 8** Grube „Ypsilanta“ bei Dillenburg-Oberscheld
- 12** Grube „Fortuna“ bei Solms-Oberbiel
- 13** Eisstollen am Südhang der Dornburg
- 17** Grube „Gustav“ bei Meißner-Abterode
- 18** Grube „Gottesegen“ am Adamsberg bei Ahlheim-Oberellenbach
- 22** Ranzenberg-Stollen bei Reichelsheim (Odenwald)-Ober-Ostern
- 23** Grube „Ludwig“ bei Wald-Michelbach

Abb. 5: Übersichtskarte.

Früher wurden weite Bereiche Hessens und die Menschen, die hier lebten, von Bergbauaktivitäten geprägt. Vielfach bestimmten die Bergwerke und die Aufbereitungs- und Verhüttungsanlagen das Arbeitsplatzangebot ganzer Regionen. Der Schwerpunkt liegt heute bei der Gewinnung von Massenrohstoffen wie Sand und Kies. Der Abbau von Basalt, Kalk, Gips, Salz u. a. ist nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Hessen. Der Erzbergbau hingegen ist völlig zum Erliegen gekommen.

Von den zahlreichen ehemaligen hessischen Bergwerken und Gruben sind die allermeisten nicht mehr zugänglich. Nur einige wenige wurden wieder hergerichtet und stehen als Besucherbergwerke der Allgemeinheit offen. Letztere sind meist nur kleine Teile von ursprünglich sehr viel größeren Bergwerksanlagen, die ausgebaut, gesichert und teilweise mit didaktischen Einbauten und Ausstellungsstücken versehen wurden. Zur besseren Demonstration wurden die meisten Besucherbergwerke auch mit elektrischem Licht ausgestattet. Damit werden diese Anlagen einem zunehmenden öffentlichen Interesse gerecht: Interessierte Bürger können sich in Besucherbergwerken über die schwere und gefährliche Arbeit der „alten Bergleute“ und deren Abbau-Methoden vor Ort informieren. Auf eindrucksvolle Art und Weise wird in Besucherbergwerken ein

Einblick in die Abbau-Methoden der Vergangenheit – teilweise sogar mit Originalgeräten im Demonstrationsbetrieb – gewährt. Die damaligen Arbeitsbedingungen der Bergleute werden so direkt erlebbar.

Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie möchte mit dem vorliegenden Führer Anregungen für Ausflüge, Wanderungen und Radtouren zu öffentlich zugänglichen Schauhöhlen und Besucherbergwerken geben. Er soll den Blick öffnen für die Vielfalt der geologischen Erscheinungen, für vergangene und rezente Prozesse, für Höhlenforschung und Montangeschichte, eben für das Erlebnis Geowissenschaften mit seinen zahlreichen Facetten. Insgesamt werden in diesem Führer 10 Höhlen, 12 Bergwerke und ein Stollen (Abb. 5) in Wort und Bild vorgestellt. Weitere Höhlen und Bergwerke sind derzeit nicht öffentlich zugänglich oder für den Besucherverkehr ungeeignet. Da es aber sowohl weitere Höhlen (ca. 400) als auch ehemalige und heute verfallene Bergwerke in Hessen gibt, die nicht allgemein zugänglich sind, soll nicht unerwähnt bleiben, dass unbekannte Objekte – wenn überhaupt – nur in Begleitung eines erfahrenen Forschers betreten werden sollten. Vor illegalen Befahrungen nicht öffentlicher oder mit Betretungsverbot gekennzeichneten Anlagen muss nachdrücklich gewarnt werden.

www.hlug.de - Beispielseiten Geologie und Boden

Geologie



<http://www.hlug.de/start/geologie/geologische-landes-aufnahme/produkte/guek300.html>

Die Geologische Übersichtskarte 1:300 000 (GÜK300) stellt für Hessen und die Randbereiche der Nachbarländer die verschiedenen geologischen Einheiten in ihrer regionalen Verbreitung in übersichtlicher Form dar. Sie weist somit Areale aus, die von Gesteinen gleichen Alters und gleicher mineralogischer Zusammensetzung aufgebaut werden und einen zusammenhängenden geologischen Strukturraum bilden.

Geotope



<http://www.hlug.de/start/geologie/geotope.html>

Im FIS Geotope werden alle schützenswerten Geotope Hessens beschrieben. Derzeit sind über 700 einzelne Lokationen aufgenommen, über 1000 sind derzeit bekannt. Zu jedem Geotop werden die wichtigsten geologischen Stammdaten erfasst, eine geologische Beschreibung verfasst und um Literaturhinweise ergänzt. Für die optische Aufbereitung wird aktuelles topographisches und geologisches Kartenmaterial hinterlegt. Der Anwender kann sich die wichtigsten Informationen ausdrucken. Die Möglichkeit neue Geotope vorzuschlagen, besteht ebenfalls.

Atlanten



<http://www.hlug.de/start/atlanten.html>

Zur praktischen Unterstützung der Altlastenbearbeitung stehen zahlreiche Fachdokumente in Form von Handbüchern sowie umfassenden fachlichen und rechtlichen Materialien zum Download zur Verfügung. Die Informationen der Web-Site umfassen auch Hinweise auf aktuelle Fachveranstaltungen des HLU im Altlastenbereich. Eine Liste der in Hessen nach § 18 BBodSchG anerkannten Sachverständigen ist ebenso zu finden wie Informationen über die Altflächendatei und die Möglichkeiten, Auskünfte zu erhalten.

Boden-Dauerbeobachtung



<http://www.hlug.de/start/boden/boden-dauerbeobachtung.html>

Um schädliche Bodenveränderungen vorsorgend zu vermeiden, müssen Böden langfristig überwacht werden. Dies erfolgt mittels Boden-Dauerbeobachtungsflächen (BDF), die seit 1991 eingerichtet und regelmäßig beprobt werden. Die langfristige Überwachung ausgewählter Parameter erlaubt Veränderungen im Boden zu erkennen und Prognosen zur Entwicklung zu treffen. Über Lage und Untersuchungsergebnisse der BDF informiert dieser Link.

Bodenflächendaten



<http://www.hlug.de/medien/boden/fisbo/bk/bfd50/index.html>

Auf das Thema Bodenverbreitung und -eigenschaften in Hessen hat der Nutzer z.B. mittels der flächendeckenden Digitalen Bodenflächendaten 1:50000 Hessen (BFD50) Zugriff. Aus den Grundlagedaten können zusätzlich fachspezifische Ableitungen in Form thematischer Karten produziert werden.

Weinbaustandortdaten



<http://www.hlug.de/medien/boden/fisbo/weinbau/index.html>

Um den detaillierten Datenbestand der Weinbergsbodenkartierung in Hessen zu sichern und verfügbar zu machen, hat das HLUG die umfassenden Bodeninformationen digital aufgearbeitet und in eine Datenbank überführt. Die nun vorliegenden Bodenflächendaten Weinbau 1:5000 (BFD5W) bilden ein blattschnittfreies flächenbezogenes Informationssystem für Standortdaten im Weinbau. Diese Daten stehen als Informationssystem zu Weinbaustandortdaten mit einer Anbauempfehlung für Standort geeignete Unterlagen zur Verfügung.

Bodenschätzung



<http://www.hlug.de/medien/boden/fisbo/bs/index.html>

Das Projekt hat zum Ziel, Funktion und Bedeutung der Böden großmaßstäbig und flächendeckend für die landwirtschaftliche Nutzfläche darzustellen. Dazu werden die Daten der Bodenschätzung aufbereitet, mit Hilfe von Methoden ausgewertet und als Produkt Karten zur Bodenfunktions- und Standortbewertung im Maßstab bis 1:5000 (BFD5L) erzeugt.

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten bedingt die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben/untersucht:

108	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
75	Niederschlagsmessstellen
7	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
251	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
94	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
910	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 67 Quellschüttungsmessstellen, davon
351	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit
> 1.200	operative Messstellen (gemäß EU-WRRL) zur Erfassung von Fischen, Fischnährtieren, Algen und/oder Wasserpflanzen in Fließgewässern

Für alle Messstellen hat das HLUg gemäß § 57 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (97) über Einrichtungen zur Datenfernübertragung mit einer zentralen Datenbank verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet (<http://www.hlug.de>) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

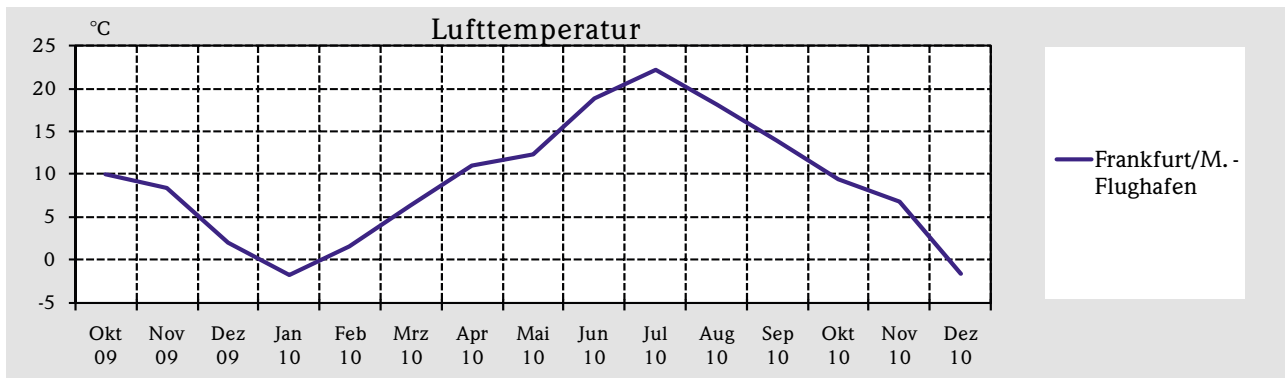
Die **Niederschlagshöhen** werden an den 75 Messstellen des landeseigenen Niederschlagsmessnetzes ermittelt. Derzeit sind 50 Messstellen mit Datenfernübertragung ausgerüstet, deren Werte digital in eine zentrale Datenbank übermittelt werden. Dort stehen sie u.a. für Hochwasservorhersagemodelle und für die Internetdarstellung zur Verfügung.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit und die Bewertung des chemischen Zustands** gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und es wird kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen. Um den chemischen Zustand auch der kleineren Gewässer zu erfassen, werden darüber hinaus an 251 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann.

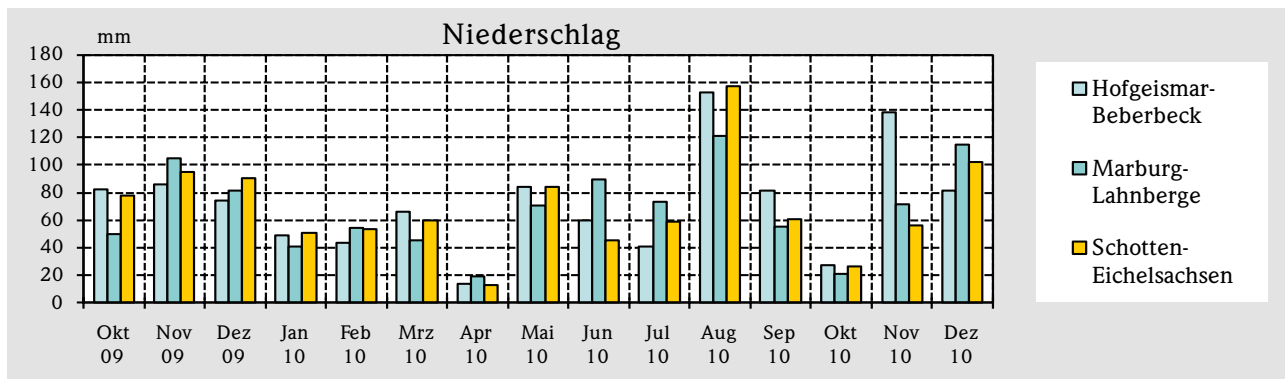
Die **Beschaffenheit von Seen** wird an 94 Messstellen überwacht. Die Bewertung des ökologischen **Zustands** gemäß EU-WRRL erfolgt in erster Linie anhand der im Gewässer vorkommenden Fauna und Flora. Die Einzelergebnisse dieser Untersuchungen sind unter <http://wrrl.hessen.de> einsehbar. Sowohl hier als auch unter <http://www.flussgebiete.hessen.de> sind zahlreiche weitere Informationen zur Umsetzung der EU-WRRL zu finden. Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag der Regierungspräsidien von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsröhren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert. Aus 351 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen. Die chemische Analyse dient der Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und der Prognose der zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren.

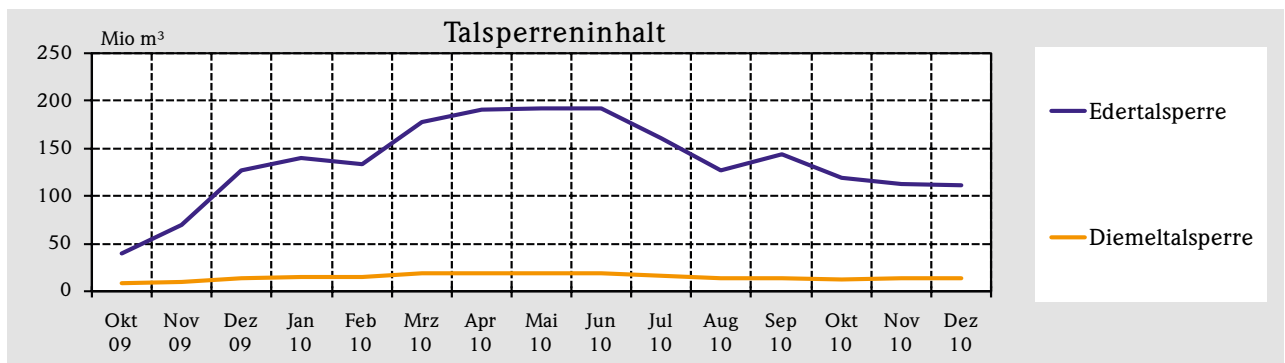
1. Hydrologische Daten nach Messstellen



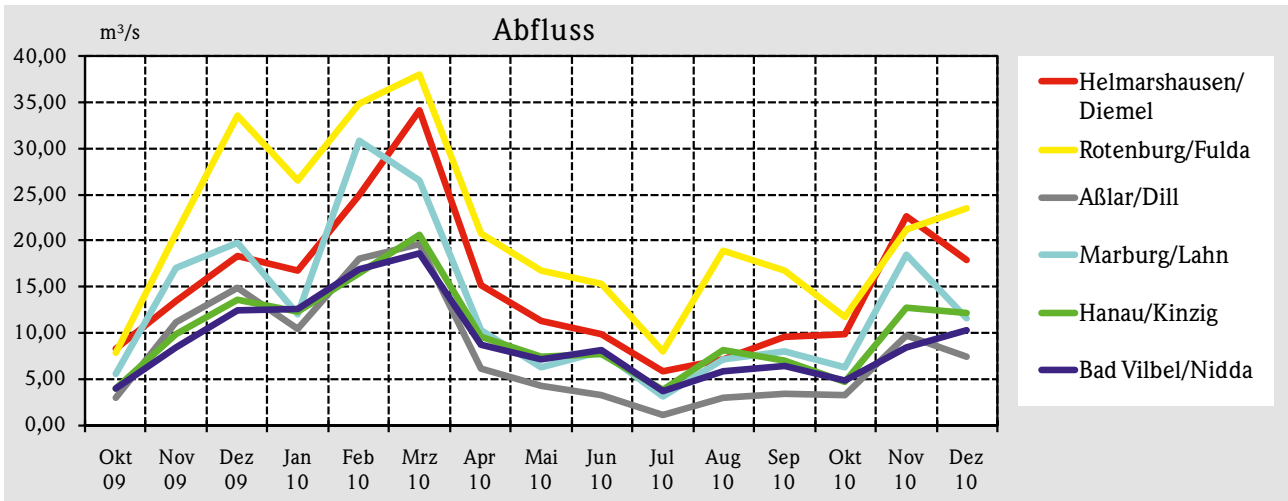
Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Frankfurt/M.-Flughafen	10,8	8,5	2,1	-1,7	1,7	6,4	11,1	12,3	18,8	22,2	18,2	13,9	9,5	6,9	-1,6



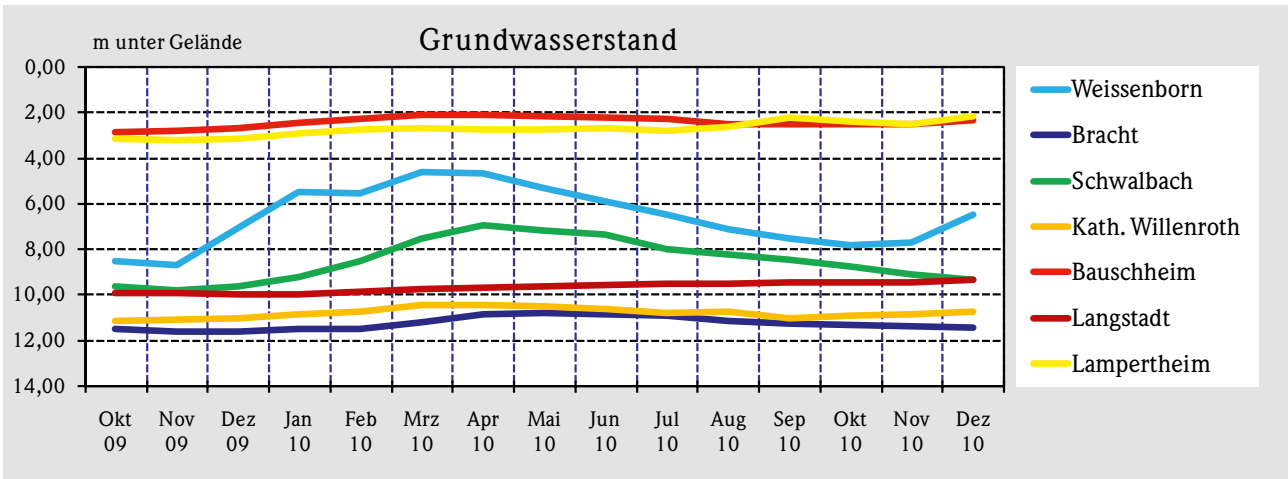
Stationsname	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Hofgeismar-Beberbeck	81,9	85,8	74,0	49,0	43,3	65,9	13,7	83,8	59,8	41,1	153	81,4	27,5	138,3	81,5
Marburg-Lahnberge	50,1	105	80,9	40,4	54,4	45,6	19,0	70,3	89,6	73,1	121	54,8	21,1	71,4	114,7
Schotten-Eichelsachsen	77,6	94,6	90,2	50,4	53,2	60,1	12,8	83,9	45,1	58,8	157	60,3	26,6	56,4	102,2



	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Edertalsperre	39	69	126	140	133	177	191	192	192	160	126	144	119	112	111
Diemeltalsperre	7,4	9,5	12,7	14,7	15,1	18,2	18,7	18,6	18,0	15,3	13,3	12,6	12,3	12,6	12,5



Abfluss – Monatsmittel [m³/s]															
Pegel	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Helmarshausen/Diemel	8,30	13,5	18,4	16,8	25,0	34,2	15,1	11,3	9,80	5,80	7,12	9,48	9,80	22,6	17,9
Rotenburg/Fulda	7,90	20,8	33,5	26,5	34,9	38,0	20,9	16,8	15,4	8,10	18,9	16,8	11,8	21,3	23,5
Aßlar/Dill	7,90	11,2	15,0	10,4	18,1	19,7	6,20	4,20	3,30	1,10	3,00	3,40	3,30	9,80	7,40
Marburg/Lahn	5,60	17,1	19,8	12,0	30,9	26,6	10,3	6,24	8,00	3,10	7,20	8,00	6,30	18,5	11,6
Hanau/Kinzig	4,00	10,0	13,7	12,3	16,6	20,7	9,68	7,50	7,80	3,90	8,20	7,00	4,80	12,8	12,9
Bad Vilbel/Nidda	4,00	8,50	12,5	12,6	17,0	18,7	8,80	7,10	8,13	3,70	5,90	6,40	4,80	8,50	10,3



Grundwasserstand - Monatsmittel [m unter Gelände]														
Messstelle	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Weissenborn	8,71	7,07	5,49	5,54	4,57	4,62	5,25	5,87	6,48	7,11	7,55	7,81	7,68	6,45
Bracht	11,61	11,60	11,48	11,48	11,19	10,84	10,78	10,84	10,89	11,12	11,24	11,29	11,36	11,40
Schwalbach	9,79	9,63	9,19	8,50	7,53	6,96	7,17	7,37	8,00	8,21	8,48	8,76	9,11	9,33
Kath. Willenroth	11,10	11,02	10,87	10,71	10,44	10,44	10,49	10,62	10,78	10,72	11,02	10,90	10,85	10,71
Bauschheim	2,75	2,65	2,43	2,26	2,10	2,07	2,12	2,21	2,26	2,46	2,45	2,47	2,46	2,33
Langstadt	9,96	9,99	9,99	9,88	9,74	9,70	9,61	9,57	9,50	9,50	9,47	9,49	9,45	9,35
Lampertheim	3,21	3,17	2,92	2,74	2,68	2,74	2,72	2,69	2,82	2,63	2,18	2,41	2,51	2,14

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
		28.6.2010	12.7.2010	26.7.2010	9.8.2010	23.8.2010	6.9.2010	20.9.2010	4.10.2010	18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	104	115	181	257	320	188	177	146	151	190	415	368	507
Temperatur	°C	25,2	25,9	22,1	20,4	18,9	17,1	16,5	16,3	10,9	11,0	8,6	4,1	2,8
Sauerstoff	mg/l	7,7	6,9	6,3	7,9	8,4	8,1	8,9	9,1	10,1	9,7	11,3	12,5	13,5
pH		7,9	7,9	7,7	7,7	7,7	7,8	7,9	8,2	8,0	7,9	7,9	8,1	8,1
Leitfähigkeit	µS/cm	697	718	664	571	515	555	697	732	751	717	520	620	592
NH ₄ -N	mg/l	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	4,1	3,9	3,8	3,8	3,7	4,1	4,7	4,7	4,9	5,0	4,6	5,0	5,0
Gesamt-N ²⁾	mg/l	5,8	5,2	5,0	4,7	4,8	5,0	5,9	5,9	5,9	5,9	5,8	6,4	6,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,19	0,22	0,26	0,24	0,20	0,20	0,18	0,15	0,15	0,16	0,18	0,14	0,15
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,20	0,24	0,29	0,28	0,29	0,23	0,18	0,17	0,18	0,18	0,24	0,25	0,26
TOC	mg/l	4,2	4,5	3,9	4,5	7,6	5,4	3,9	4,0	3,6	3,7	7,3	6,2	7,0
Cl	mg/l	58	60	56	46	40	42	53	54	57	54	33	49	56

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
		28.6.2010	12.7.2010	26.7.2010	9.8.2010	23.8.2010	6.9.2010	20.9.2010	4.10.2010	18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	8,2	8,0	9,4	15,2	21,1	15,7	16,4	14,0	13,0	31,9	41,0	18,9	35,2
Temperatur	°C	23,1	23,7	20,1	19,2	17,1	15,6	14,0	13,0	8,6	9,9	7,4	2,2	1,9
Sauerstoff	mg/l	9,3	7,6	7,5	7,9	8,3	8,8	9,1	9,4	10,2	10,0	10,7	12,0	12,3
pH		8,1	7,8	7,7	7,6	7,6	7,7	7,8	7,8	7,9	7,8	7,8	7,9	7,8
Leitfähigkeit	µS/cm	531	533	495	446	370	412	420	412	455	420	322	506	479
NH ₄ -N	mg/l	0,08	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	0,09	0,17	0,10
NO ₃ -N	mg/l	2,6	2,8	3,3	3,4	2,9	3,4	3,3	3,3	3,8	3,5	3,2	3,4	3,6
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,2	4,1	4,4	4,4	3,9	4,1	4,1	3,9	4,6	4,4	4,0	4,4	4,5
o-PO ₄ -P	mg/l	0,17	0,24	0,27	0,24	0,22	0,21	0,18	0,19	0,18	0,17	0,12	0,13	0,11
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,22	0,27	0,29	0,29	0,28	0,22	0,18	0,20	0,20	0,24	0,15	0,15	0,16
TOC	mg/l	4,8	5,3	3,6	3,4	4,6	3,2	3,3	2,9	3,0	4,5	3,4	3,0	3,3
Cl	mg/l	51	50	45	45	32	36	38	36	38	34	25	63	63

Messstation Witzenhausen / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
		28.6.2010	12.7.2010	26.7.2010	9.8.2010	23.8.2010	6.9.2010	20.9.2010	4.10.2010	18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	18,9	18,6	19,6	33,7	53,1	34,2	35,0	32,1	31,6	33,4	88,6	55,1	73,0
Temperatur	°C	22,1	22,6	19,4	18,7	16,2	15,0	13,6	12,3	8,7	9,9	7,6	2,8	2,8
Sauerstoff	mg/l	8,4	8,7	8,5	7,7	8,7	9,7	10,1	10,5	11,3	10,6	11,6	13,1	13,0
pH		8,0	8,2	8,3	7,8	7,8	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	8,0	8,1	8,0
Leitfähigkeit	mS/cm	4,1	4,1	4,3	4,1	4,7	5,2	4,8	4,6	4,5	4,5	4,1	4,5	4,3
NH ₄ -N	mg/l	0,12	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	0,12	0,09	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	1,9	2,4	2,8	3,3	3,5	3,9	3,7	3,7	3,7	3,6	4,6	4,8	5,0
Gesamt-N ²⁾	mg/l	3,1	3,8	4,1	4,4	4,9	4,9	4,7	4,7	4,2	4,7	5,7	5,8	6,2
o-PO ₄ -P	mg/l	0,13	0,17	0,18	0,3	0,16	0,17	0,18	0,15	0,1	0,17	0,14	0,13	0,12
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,23	0,29	0,35	0,3	0,23	0,19	0,20	0,17	0,2	0,23	0,18	0,39	0,17
TOC	mg/l	4,8	7,0	5,9	5,4	6,6	3,4	4,1	3,2	3,0	4,2	5,5	3,1	3,6
Cl	mg/l	1050	1150	1200	1100,0	1300	1400	1300	1200	1200,0	1150	1030	1150	1100

Messtation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5

Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
		28.6.2010	12.7.2010	26.7.2010	9.8.2010	23.8.2010	6.9.2010	20.9.2010	4.10.2010	18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	35,2	36,0	36,0	41,6	56,3	39,5	49,0	53,9	48,5	55,3	109,9	59,3	69,8
Temperatur	°C	20,2	20,3	17,2	17,2	16,1	14,5	12,9	12,2	8,4	9,3	7,2	2,1	1,1
Sauerstoff	mg/l	8,8	8,0	8,3	7,8	8,0	9,0	9,4	9,1	10,2	9,6	11,1	12,7	12,0
pH		7,9	7,7	7,7	7,5	7,5	7,7	7,7	7,7	7,9	7,8	7,8	7,8	7,8
Leitfähigkeit	µS/cm	461	443	451	459	430	475	467	416	449	476	373	467	589
NH ₄ -N	mg/l	< 0,07	< 0,07	< 0,07	0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	< 0,07	0,11	0,16	0,15
NO ₃ -N	mg/l	2,3	2,3	2,5	3,2	2,9	3,0	2,7	2,3	2,6	2,7	3,0	3,4	3,8
Gesamt-N ²⁾	mg/l	3,7	3,5	3,5	3,8	3,8	3,6	3,5	3,1	3,2	3,5	3,8	4,3	4,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,14	0,16	0,15	0,30	0,24	0,17	0,14	0,11	0,10	0,13	0,10	0,11	0,11
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,20	0,19	0,20	0,32	0,30	0,19	0,17	0,12	0,13	0,18	0,14	0,35	0,16
TOC	mg/l	4,0	4,2	3,4	4,7	6,3	3,3	3,6	3,2	3,1	3,5	4,5	3,3	3,8
Cl	mg/l	48	47	49	87	60	51	47	42	44	48	36	58	75

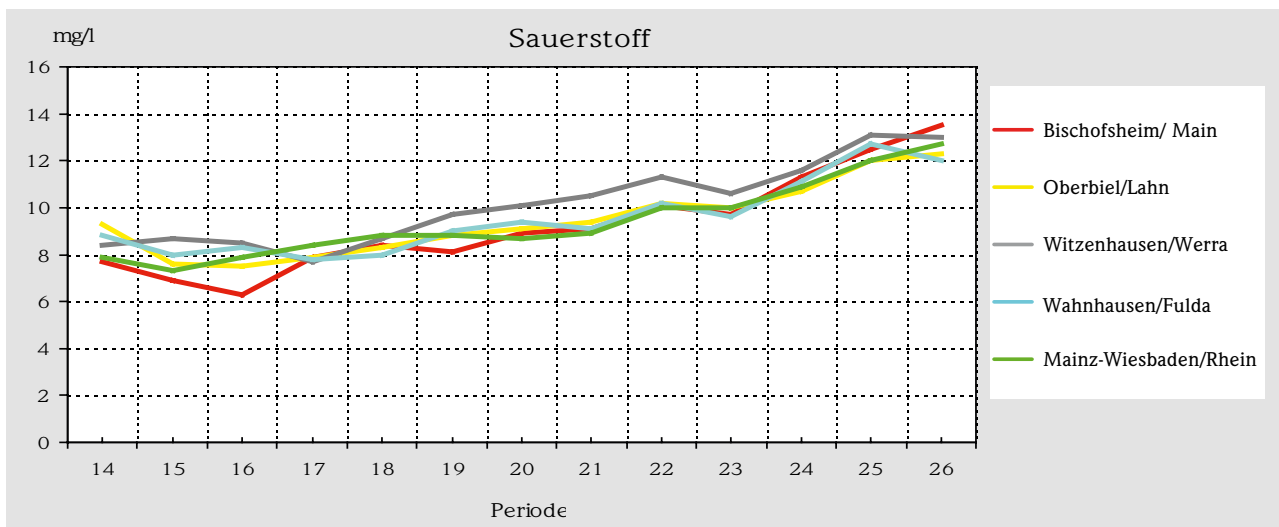
Messtation Mainz -Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5

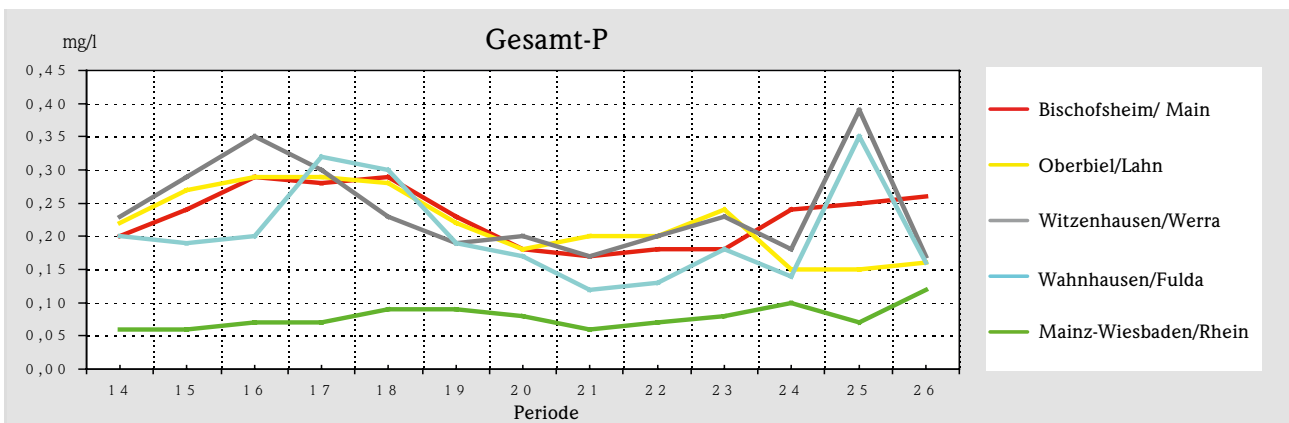
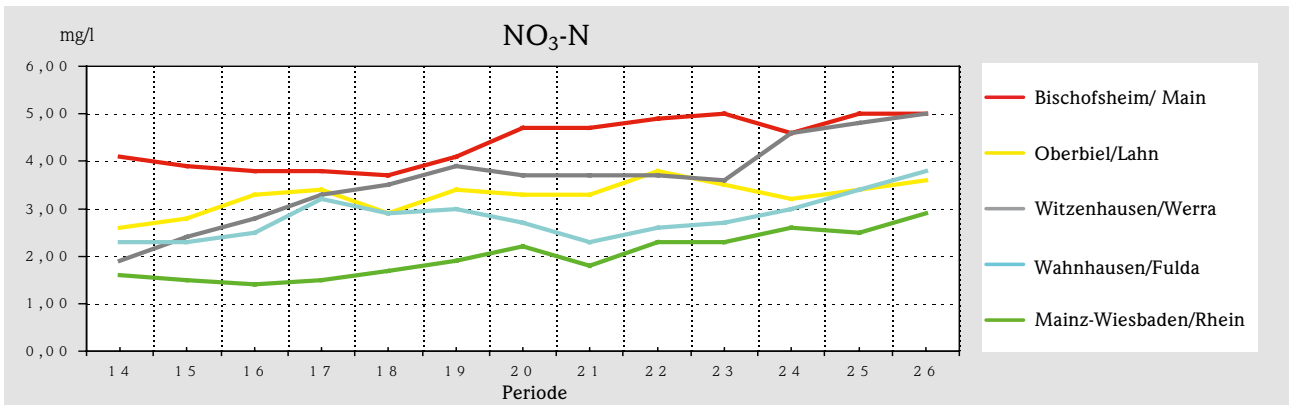
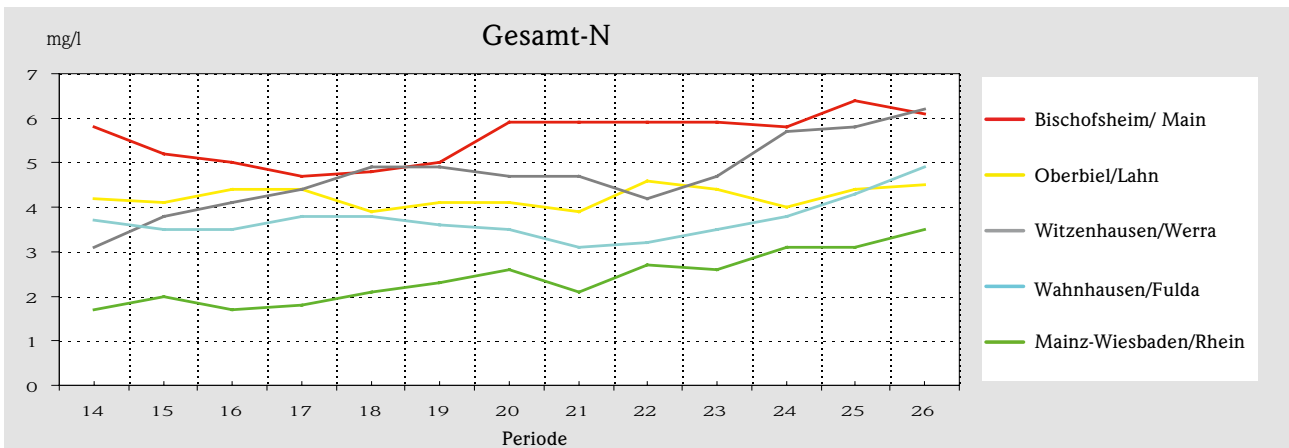
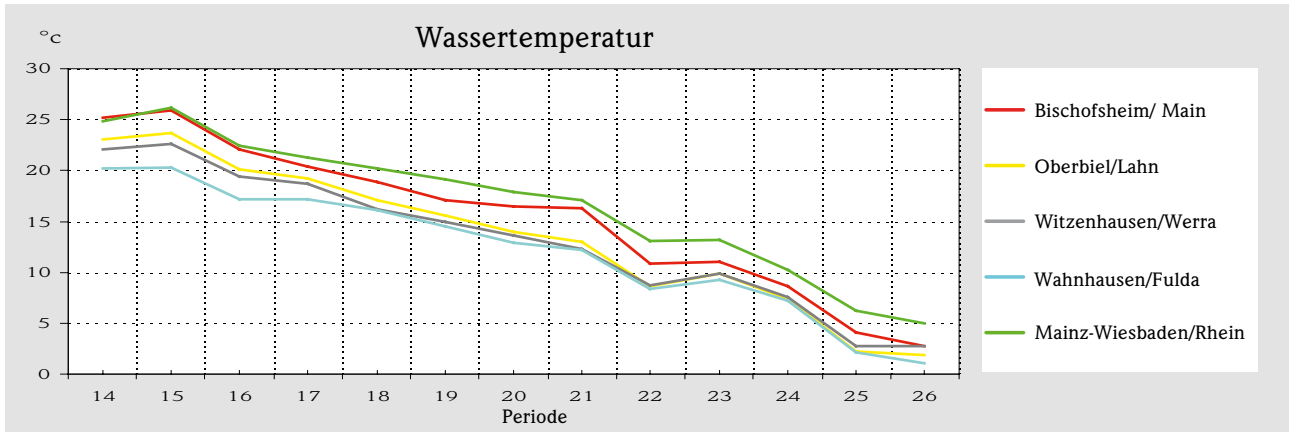
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
		28.6.2010	12.7.2010	26.7.2010	9.8.2010	23.8.2010	6.9.2010	20.9.2010	4.10.2010	18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	1550	1374	2053	2319	2262	1766	1511	1214	1213	1224	1901	2167	2664
Temperatur	°C	24,8	26,2	22,4	21,3	20,2	19,1	17,9	17,1	13,1	13,2	10,2	6,2	5,0
Sauerstoff	mg/l	7,9	7,3	7,9	8,4	8,8	8,8	8,7	8,9	10,0	10,0	10,9	12,0	12,7
pH		7,9	7,9	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	7,9	8,0	8,0
Leitfähigkeit	µS/cm	404	412	381	361	372	384	430	447	469	483	441	487	469
NH ₄ -N	mg/l	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	< 0,02	0,03
NO ₃ -N	mg/l	1,6	1,5	1,4	1,5	1,7	1,9	2,2	1,8	2,3	2,3	2,6	2,5	2,9
Gesamt-N ²⁾	mg/l	1,7	2,0	1,7	1,8	2,1	2,3	2,6	2,1	2,7	2,6	3,1	3,1	3,5
o-PO ₄ -P	mg/l	0,04	0,06	0,06	0,05	0,06	0,06	0,06	0,05	0,06	0,06	0,1	0,1	0,07
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,06	0,06	0,07	0,07	0,09	0,09	0,08	0,06	0,07	0,08	0,1	0,07	0,12
TOC	mg/l	2,2	2,1	2,4	2,3	2,9	2,8	2,3	2,1	2,9	2,2	4,7	2,5	5,0
EDTA	µg/l	2,1	2,3	3,4	1,5	2,3	2,4	3,8	3,5	4,7
Cl	mg/l	46	38	35	30	26	30	34	28	36	38	33	42	44

¹⁾ = vorl. Abflusswerte

²⁾ = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

³⁾ = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.





B. Die Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit rund 30 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den Luftqualitäts-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften (EG), welche durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und seine Verordnungen in deutsches Recht umgesetzt sind und durch das BImSchG selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

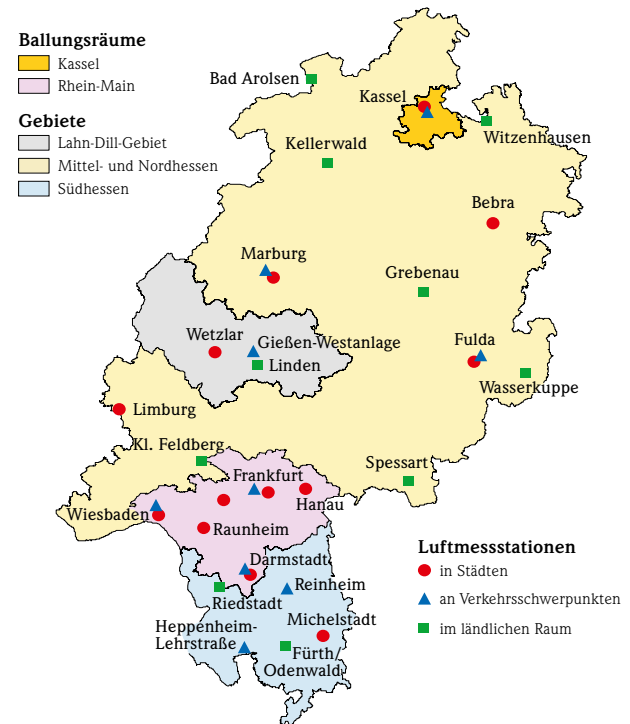
Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie Info-Telefon, Videotext, Fax-auf-Abruf und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhaltungsplanung. Im Kontext der neuen europäischen Luftreinhaltungsstrategie liefern die Ergebnisse einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung langfristiger Luftqualitätsziele.

Sowohl die Aufteilung Hessens in Ballungsräume und Gebiete nach 22. BImSchV als auch die Standorte der Luftmessstationen sind der nebenstehenden Übersichtskarte zu entnehmen. Die Anzahl und die Standorte der Stationen können im Laufe der Zeit variieren, da sie den rechtlichen und fachlichen Vorgaben aktuell angepasst werden. Die Messstationen sind entsprechend ihrer Standortcharakteristik in drei Gruppen unterteilt:

●	Luftmessstationen in Städten
▲	Luftmessstationen an Verkehrsschwerpunkten
■	Luftmessstationen im ländlichen Raum

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃), Schwefeldioxid (SO₂), Feinstaub (PM10), Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur

sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von zwölf Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich ein vollständiger Jahresgang der Temperatur und des Konzentrationsverlaufs der Schadstoffkomponenten verfolgen.



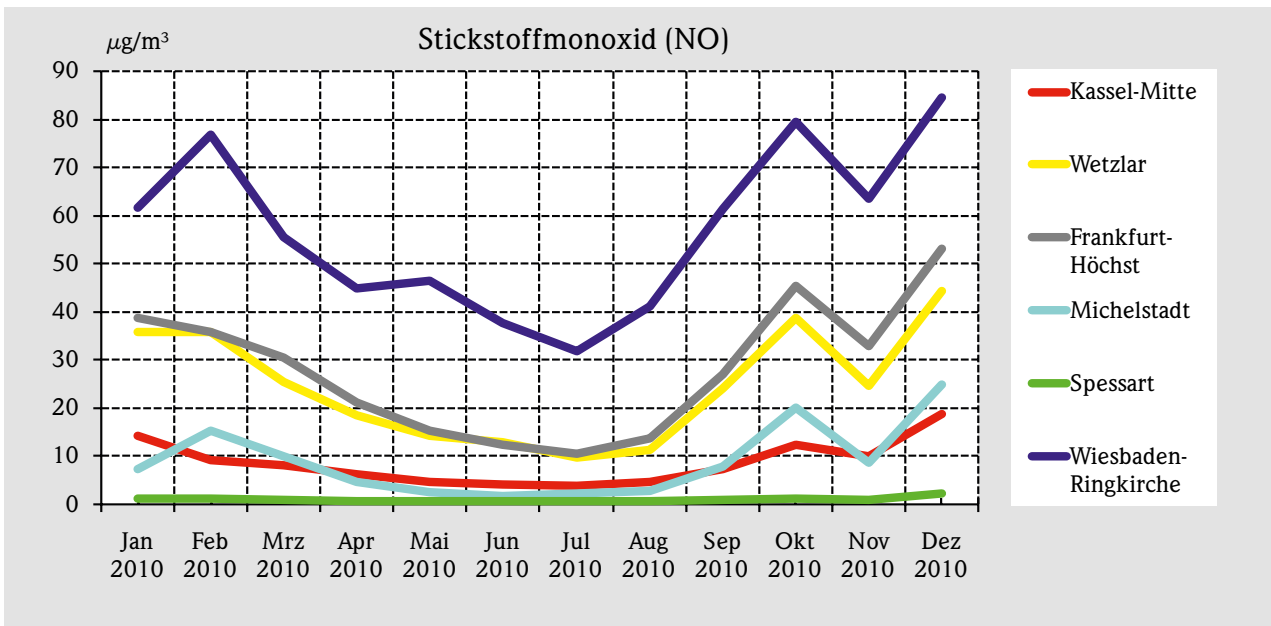
Der Feinstaub (PM10), welcher erfasst wird, ist eine Staubfraktion, deren Partikel einen Durchmesser kleiner oder gleich 10 Mikrometer (μm) aufweisen. Diese Staubfraktion beinhaltet die lungengängigen Feinstäube, welche nach medizinischen Erkenntnissen ein deutlich größeres Schädigungspotential haben als die groben Partikel. Entsprechend einer EG-Richtlinie erfolgte im Jahr 2000 die Umstellung von der bisherigen Gesamtstaub-Messung auf die Messung von Feinstaub (PM10).

In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ (mg/m^3).

Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

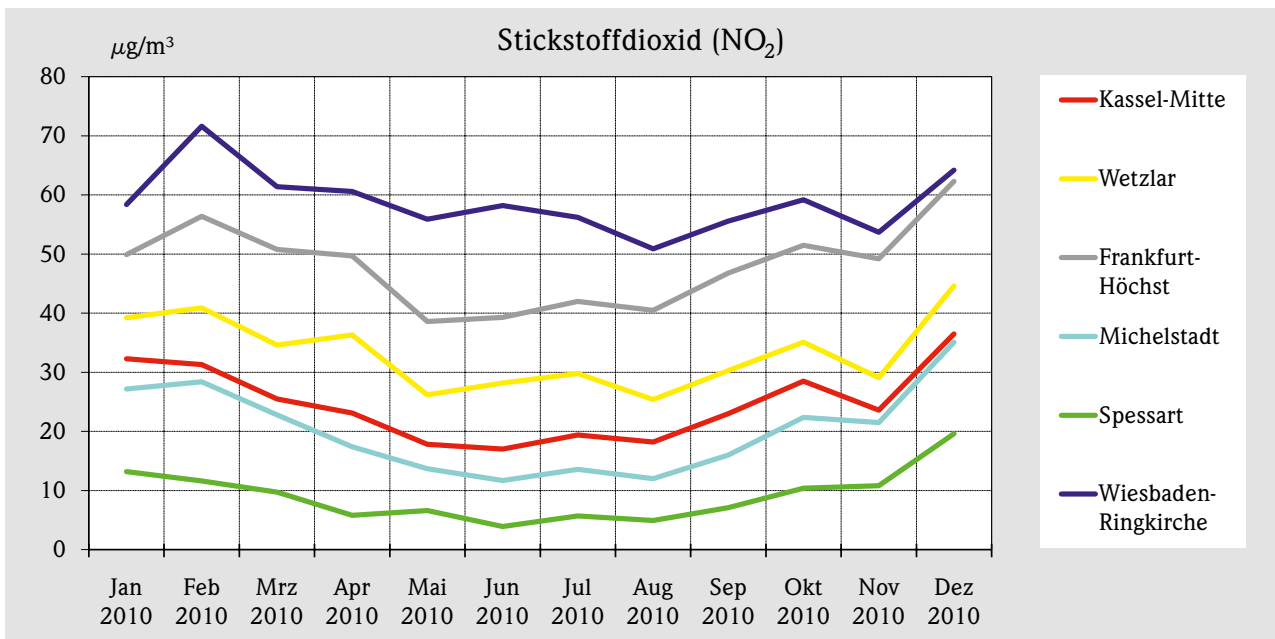
- Info-Telefon des HLUG: 0611/6939-666 (Ansaage)
- Videotext-Dienst des HR3: Hestext Tafeln 174–182
- Fax-auf-Abruf-Service des HLUG: 0611/18061-000 (Übersicht)
- Internet: www.hlug.de
- Mobilfunk: wap.hlug.de

a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



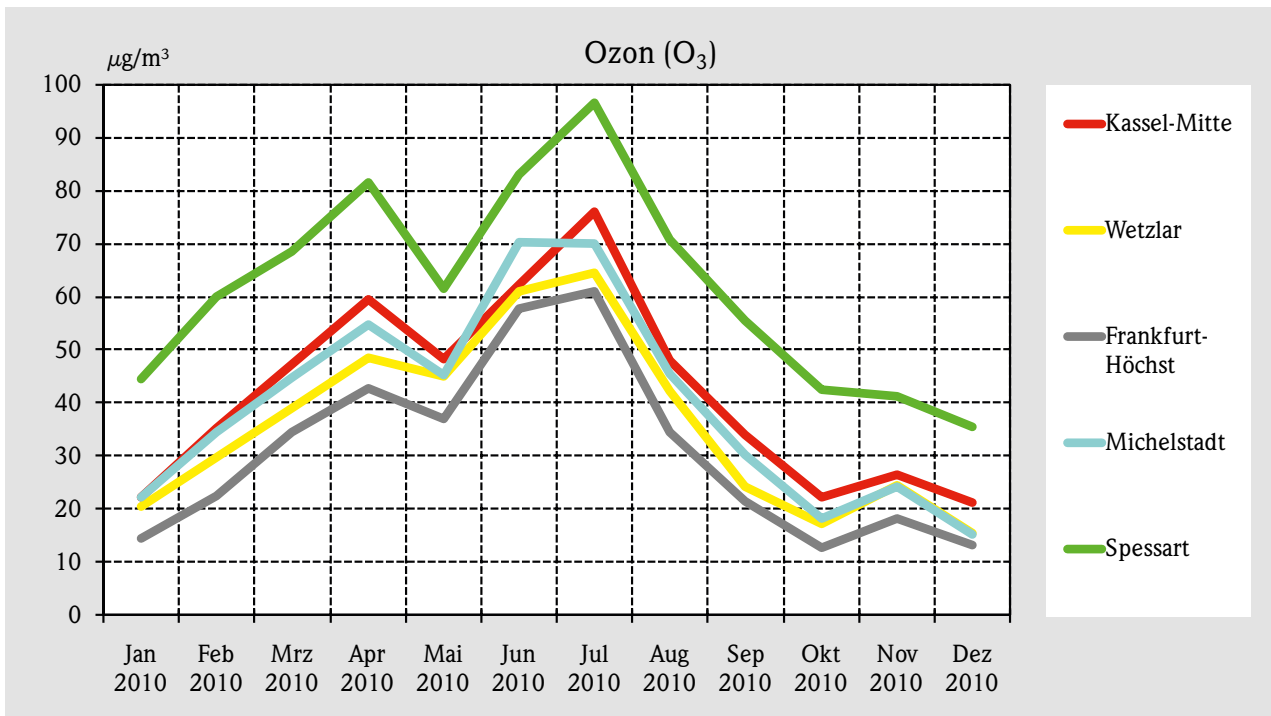
Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Bad Arolsen	1,5	1,5	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,9	0,8	1,3	0,9	2,8
Bebra	10,6	8,5	6,2	4,5	3,4	2,6	2,7	3,7	4,2	6,3	5,3	12,5
Darmstadt	10,1	10,4	9,5	4,7	4,1	2,1	2,6	3,1	5,8	14,2	9,1	20,3
Darmstadt-Hügelstraße	83,9	71,8	79,3	93,1	88,2	89,2	67,1	64,1	97,9	114,1	76,5	107,4
Ffm.-Friedb.-Landstraße	60,3	53,8	41,9	36,1	35,5	31,3	25,7	27,7	47,7	70,6	50,1	68,1
Ffm.-Höchst	38,6	35,8	30,4	21,0	15,2	12,2	10,4	13,6	27,0	45,3	32,7	53,1
Ffm.-Ost	20,5	24,1	22,2	8,7	7,4	4,3	8,7	15,8	21,9	36,6	26,4	26,1
Fulda-Mitte	18,2	15,9	12,1	8,7	4,9	3,5	3,7	4,1	8,8	15,5	11,0	25,6
Fulda-Petersberger-Straße	76,3	79,9	51,7	31,0	25,2	19,4	23,9	31,3	47,7	57,2	48,7	76,1
Fürth/Odenwald	1,0	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	2,7
Gießen-Westanlage	83,8	61,3	62,7	52,0	35,3	20,1	17,4	22,9	44,7	61,1	62,4	74,7
Grebenua	2,3	1,0	0,9	0,7	0,6	0,7	0,8	0,6	0,9	1,0	0,6	3,9
Hanau	36,4	32,0	28,8	18,4	17,1	12,0	12,1	16,2	26,0	40,5	32,8	48,7
Heppenheim-Lehrstraße	41,3	30,8	31,8	22,0	21,9	16,5	21,6	27,2	40,4	48,4	40,7	67,7
Kassel-Fünffensterstraße	54,1	54,3	42,9	29,7	23,0	25,9	36,2	42,0	52,4	59,7	46,6	57,8
Kassel-Mitte	14,2	9,1	8,1	6,0	4,4	3,9	3,7	4,5	7,3	12,2	9,8	18,8
Kellerwald	1,0	1,0	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	1,0	0,6	1,8
Kleiner Feldberg	1,1	1,0	0,8	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,7	0,8	0,6	0,9
Limburg	19,8	21,2	18,4	12,2	7,0	6,1	5,0	7,0	13,8	27,1	14,3	26,2
Linden	10,3	5,2	5,7	4,6	2,6	2,6	2,6	2,4	6,2	9,0	5,7	13,4
Marburg	13,8	14,6	11,7	5,8	3,8	3,0	2,7	4,4	9,3	20,8	10,4	19,0
Marburg-Universitätsstraße	61,4	65,5	47,5	27,3	31,0	24,9	30,9	48,1	59,6	73,3	62,0	66,9
Michelstadt	7,4	15,3	9,8	4,6	2,6	1,7	2,1	2,7	7,7	19,9	8,6	24,8
Raunheim	22,8	19,3	17,9	10,9	7,5	5,0	5,2	7,8	16,4	29,0	15,7	32,2
Reinheim	58,5	46,2	44,3	40,8	32,7	29,3	31,8	33,8	49,2	66,4	54,4	64,3
Riedstadt	12,1	8,1	7,6	4,2	2,3	1,6	2,0	2,0	5,6	13,8	4,6	16,8
Spessart	1,1	1,2	0,8	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	0,7	1,0	0,8	2,2
Wasserkuppe	3,0	1,0	2,9	1,7	0,9	0,7	0,5	0,4	0,5	0,6	0,7	0,9
Wetzlar	35,6	35,6	25,2	18,5	14,1	12,7	9,6	11,3	24,1	38,7	24,4	44,2
Wiesbaden-Ringkirche	61,6	76,9	55,5	44,7	46,3	37,7	31,7	41,1	61,2	79,5	63,4	84,5
Wiesbaden-Süd	18,4	17,6	12,5	8,2	6,7	4,0	4,9	6,8	15,3	25,9	13,1	31,7
Witzenhausen	0,9	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	0,7	1,4

b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO₂) in µg/m³



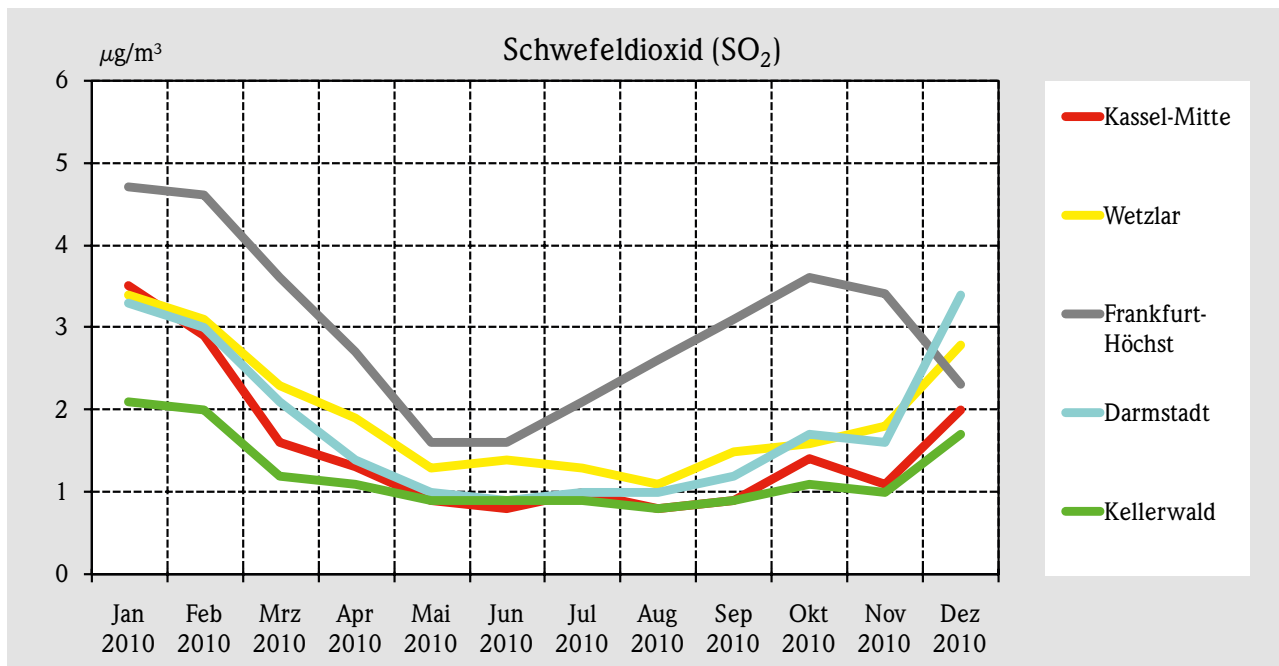
Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Bad Arolsen	16,8	13,4	9,3	7,7	6,8	5,0	5,5	6,3	8,3	12,0	10,6	20,3
Bebra	24,6	24,9	19,7	15,4	12,8	10,2	12,1	12,9	14,4	18,7	18,1	32,0
Darmstadt	34,1	30,4	29,3	26,6	25,1	19,6	21,0	19,6	23,4	28,4	27,8	41,5
Darmstadt-Hügelstraße	58,8	57,8	63,9	77,8	67,9	80,4	75,1	55,2	65,1	65,4	52,1	65,3
Ffm.-Friedb.-Landstraße	62,2	67,3	56,2	58,2	50,3	54,5	55,6	46,1	53,7	58,7	50,1	62,3
Ffm.-Höchst	49,9	56,4	50,8	49,7	38,6	39,3	42,0	40,5	46,8	51,5	49,2	62,3
Ffm.-Ost	39,4	43,1	40,1	31,0	24,8	21,5	34,6	35,0	34,7	35,9	36,9	42,6
Fulda-Mitte	34,7	37,4	31,4	29,8	22,6	19,3	19,8	17,7	24,2	28,9	27,2	40,1
Fulda-Petersberger-Straße	39,9	48,9	47,6	45,0	36,2	36,8	44,5	39,5	42,4	42,8	39,1	52,4
Fürth/Odenwald	18,8	15,2	11,1	8,3	8,6	5,9	6,6	6,6	8,6	12,8	14,0	21,8
Gießen-Westanlage	57,8	54,1	53,6	52,8	41,2	37,3	39,3	35,6	40,1	42,7	43,1	56,1
Grebenua	18,2	13,2	10,5	7,7	6,2	5,9	6,7	5,9	8,0	11,9	11,3	20,7
Hanau	43,2	46,6	42,5	37,9	31,6	28,7	32,0	31,1	34,5	38,4	37,5	50,8
Heppenheim-Lehrstraße	41,9	40,2	40,0	33,0	30,8	29,5	36,8	31,3	34,0	35,5	36,8	51,1
Kassel-Fünfensterstraße	49,6	59,0	54,0	48,7	36,0	42,1	57,6	49,7	52,4	51,7	44,5	52,6
Kassel-Mitte	32,3	31,3	25,5	23,1	17,8	17,0	19,4	18,2	23,0	28,5	23,6	36,5
Kellerwald	13,9	11,1	7,4	5,2	5,0	3,5	3,8	4,6	5,5	10,3	9,0	16,5
Kleiner Feldberg	13,7	13,2	9,5	7,2	6,5	5,2	6,4	6,0	7,2	9,1	10,7	12,3
Limburg	34,4	35,1	31,5	29,4	23,7	21,1	19,7	18,3	23,9	29,6	26,1	39,0
Linden	24,1	24,6	21,2	17,9	13,8	12,5	14,2	14,2	16,3	22,0	19,4	35,3
Marburg	28,9	31,2	25,6	23,1	17,3	16,0	17,3	17,3	20,4	24,6	21,3	33,2
Marburg-Universitätsstraße	49,1	56,5	46,2	40,7	37,7	38,9	50,3	46,3	45,1	46,1	43,0	52,9
Michelstadt	27,2	28,4	22,8	17,4	13,7	11,7	13,6	12,0	16,0	22,4	21,5	35,1
Raunheim	35,7	35,2	31,6	36,6	26,1	27,5	29,3	24,5	30,9	35,6	31,2	46,5
Reinheim	48,9	44,5	43,7	43,5	36,0	37,7	41,0	35,0	39,3	40,9	37,5	47,9
Riedstadt	33,6	29,0	23,1	20,0	14,8	12,1	13,5	11,7	17,0	22,1	21,0	34,9
Spessart	13,2	11,6	9,7	5,8	6,6	3,9	5,7	4,9	7,1	10,4	10,8	19,6
Wasserkuppe	11,6	9,5	10,0	6,7	5,3	3,4	3,8	3,7	5,4	7,1	7,7	10,3
Wetzlar	39,2	40,9	34,6	36,3	26,2	28,2	29,8	25,4	30,3	35,1	29,1	44,6
Wiesbaden-Ringkirche	58,4	71,6	61,4	60,6	55,9	58,2	56,2	50,9	55,6	59,2	53,7	64,2
Wiesbaden-Süd	40,9	44,0	35,8	35,7	28,9	26,4	29,2	28,7	32,2	36,3	32,8	47,1
Witzenhausen	14,1	10,5	8,4	5,7	5,9	4,2	4,6	5,3	5,9	9,2	9,0	14,8

c) Monatsmittelwerte – Ozon (O₃) in µg/m³



	Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
■	Bad Arolsen	40,8	58,2	71,1	84,3	64,4	71,6	82,7	57,4	48,4	36,6	36,3	34,3
●	Bebra	26,1	39,7	47,8	54,8	45,8	58,4	61,1	45,2	33,9	24,5	30,1	25,0
●	Darmstadt	22,0	39,5	45,1	54,9	41,3	65,4	67,1	47,0	30,7	17,5	24,3	15,6
●	Ffm.-Höchst	14,6	22,6	34,6	42,8	37,1	57,7	61,0	34,6	21,6	12,8	18,2	13,4
●	Ffm.-Ost	18,2	28,3	38,5	54,3	45,0	66,1	62,5	34,8	23,7	15,9	17,7	15,4
●	Fulda-Mitte	24,2	38,6	47,3	54,0	46,9	65,1	68,5	47,6	30,4	19,8	24,4	18,8
■	Fürth/Odenwald	32,3	54,8	64,8	76,2	55,8	80,9	93,0	72,2	56,6	41,0	37,8	34,4
■	Grebenau	33,3	53,7	60,4	71,9	51,1	66,5	74,8	52,8	41,0	32,7	33,2	31,8
●	Hanau	17,5	28,3	40,1	49,4	40,0	59,5	63,5	40,5	26,2	15,3	20,9	12,9
●	Kassel-Mitte	22,4	35,3	47,4	59,7	48,2	62,4	76,1	48,1	34,1	22,3	26,5	21,3
■	Kellerwald	35,9	51,0	61,4	76,2	59,2	81,4	95,9	63,1	52,5	38,0	36,8	34,8
■	Kleiner Feldberg	49,9	67,3	77,6	88,1	70,1	96,0	105,4	76,3	66,6	56,7	47,1	53,5
●	Limburg	18,0	28,6	38,3	50,9	43,8	60,8	65,5	46,9	31,4	20,0	25,3	18,2
■	Linden	18,5	28,0	40,9	63,9	63,8	58,6	65,8	49,8	35,5	24,8	26,6	18,9
●	Marburg	22,4	33,0	47,6	56,8	46,2	60,9	67,8	45,7	29,9	20,4	28,7	18,8
●	Michelstadt	22,2	34,4	44,8	54,8	45,2	70,3	70,0	45,4	30,1	18,1	24,1	15,1
●	Raunheim	20,2	34,9	46,2	51,0	42,2	57,3	65,5	45,5	28,7	17,4	22,0	14,4
■	Riedstadt	22,8	38,5	48,2	61,8	53,0	73,8	74,6	53,1	36,1	22,1	28,3	20,4
■	Spessart	44,5	60,0	68,5	81,4	61,3	82,8	96,4	70,6	55,5	42,5	41,1	35,4
■	Wasserkuppe	52,5	69,1	70,9	91,3	71,6	93,3	105,9	76,8	65,7	58,2	49,0	52,6
●	Wetzlar	20,3	29,6	39,0	48,3	44,8	60,8	64,4	42,1	24,2	17,1	24,3	15,4
●	Wiesbaden-Süd	18,8	29,2	45,3	55,7	40,2	62,9	67,6	42,3	28,5	18,2	20,7	14,3
■	Witzenhausen	42,9	61,8	67,4	80,4	63,6	79,6	91,8	58,8	51,1	42,8	39,9	42,7

d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO₂) in µg/m³



Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Darmstadt	3,3	3,0	2,1	1,4	1,0	0,9	1,0	1,0	1,2	1,7	1,6	3,4
Ffm.-Höchst	4,7	4,6	3,6	2,7	1,6	1,6	2,1	2,6	3,1	3,6	3,4	2,3
Hanau	4,7	4,2	2,6	1,7	1,2	1,1	1,3	1,1	1,4	2,3	1,8	3,8
Kassel-Mitte	3,5	2,9	1,6	1,3	0,9	0,8	1,0	0,8	0,9	1,4	1,1	2,0
Kellerwald	2,1	2,0	1,2	1,1	0,9	0,9	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,7
Linden	2,6	2,3	1,5	1,2	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9	1,5	1,2	3,2
Michelstadt	3,3	3,1	2,3	1,5	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	1,7	1,4	3,0
Raunheim	5,1	4,1	3,0	2,3	1,4	1,7	1,6	1,1	1,5	2,5	2,1	4,4
Wasserkuppe	2,3	2,0	1,5	1,1	0,9	1,0	1,0	0,9	1,0	1,2	1,2	1,5
Wetzlar	3,4	3,1	2,3	1,9	1,3	1,4	1,3	1,1	1,5	1,6	1,8	2,8
Wiesbaden-Süd	2,4	2,5	2,4	2,4	1,2	1,6	1,6	1,2	1,5	2,0	1,6	3,1

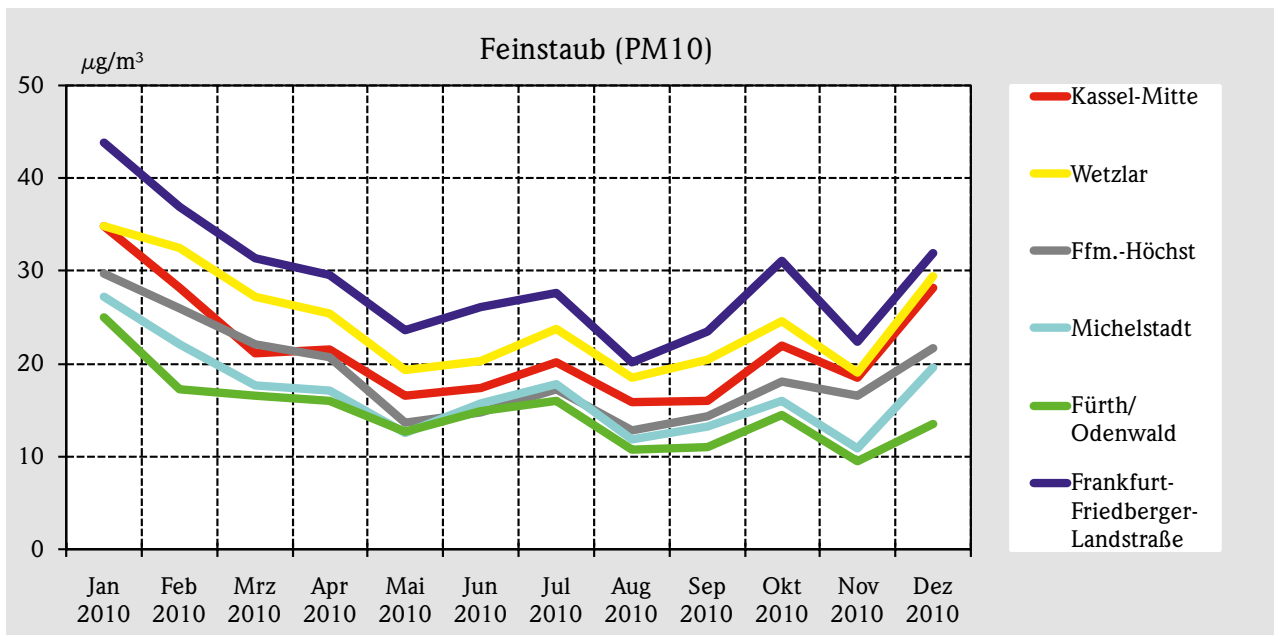
Reduzierung von SO₂-, CO- und BTX-Messplätzen

Sowohl die Jahresmittelwerte für Schwefeldioxid (SO₂) als auch die max. 8h-Mittelwerte für Kohlenmonoxid (CO) liegen an den hessischen Luftmessstationen dauerhaft auf niedrigem Niveau, sodass nach der 22. BImSchV eine Messung nicht erforderlich ist. Die Kontrolle der beiden Komponenten wird ab Januar 2008 nun mit jeweils nur noch 10 Messplätzen durchgeführt.

Die BTX-Messung in Michelstadt wurde eingestellt, da hier die Benzolkonzentration signifikant niedriger liegt als an den anderen Stationen

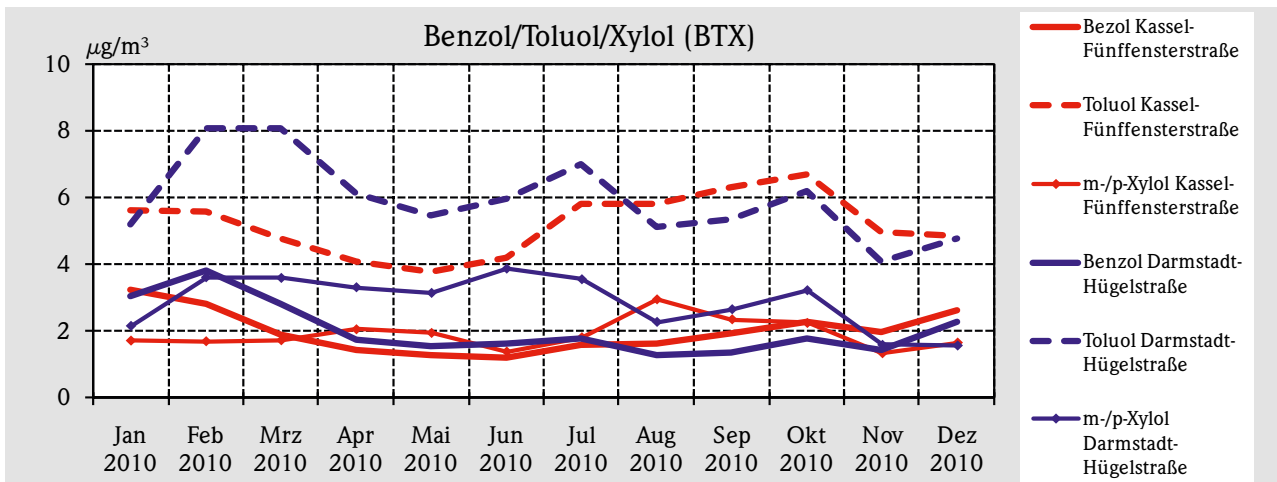
Mit Beginn des Monats Februar 2008 ersetzt die Luftmessstation Kassel-Mitte die bisherige Messstation Kassel-Nord, die wegen anstehender Baumaßnahmen stillgelegt wurde. Die neue Messstation entspricht den Vorgaben der EU-Luftqualitätsrichtlinien für den Standortcharakter „städtischer Hintergrund“.

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM10) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



	Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
■	Bad Arolsen	24,7	20,3	17,0	18,6	14,7	15,7	18,7	13,6	12,9	16,8	11,7	18,1
●	Bebra	31,6	26,6	19,4	20,0	14,6	15,4	20,7	14,2	15,6	20,1	13,9	20,7
●	Darmstadt	25,6	19,6	18,0	17,7	14,2	16,5	18,7	11,9	13,6	16,9	12,0	16,5
▲	Darmstadt-Hügelstraße	42,5	33,6	31,8	33,2	27,5	29,7	26,3	20,1	24,7	30,3	22,1	34,8
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	43,8	36,9	31,3	29,5	23,5	26,1	27,6	20,1	23,4	31,1	22,3	31,9
●	Ffm.-Höchst	29,7	25,9	22,1	20,7	13,6	14,8	17,3	12,8	14,3	18,0	16,5	21,7
●	Ffm.-Ost	27,8	24,0	22,2	23,3	16,3	18,4	22,5	20,7	24,7	24,1	15,4	20,0
●	Fulda-Mitte	27,6	23,0	18,3	19,4	12,7	14,9	18,2	11,9	12,7	17,7	12,0	19,5
▲	Fulda-Petersberger-Straße	40,4	36,0	28,3	25,7	19,4	18,8	24,0	19,2	23,1	33,1	23,6	31,8
■	Fürth/Odenwald	24,9	17,2	16,5	16,0	12,6	14,8	16,0	10,7	11,0	14,4	9,5	13,5
▲	Gießen-Westanlage	37,5	33,4	29,9	27,5	22,1	21,0	25,3	19,5	29,3	31,4	22,8	31,2
●	Hanau	25,5	19,2	15,9	16,3	12,5	18,0	19,0	13,7	15,0	18,7	13,0	19,9
▲	Heppenheim-Lehrstraße	42,2	29,5	29,6	23,4	19,9	19,8	22,3	16,9	19,4	26,1	20,6	34,9
▲	Kassel-Fünfensterstraße	39,3	34,0	29,6	28,7	22,7	21,5	26,5	23,2	24,7	30,3	24,0	30,4
●	Kassel-Mitte	34,8	28,2	21,1	21,5	16,5	17,3	20,1	15,8	15,9	21,9	18,5	28,1
■	Kellerwald	22,7	18,3	13,8	17,3	13,3	13,3	15,9	11,7	12,6	14,5	10,7	15,0
■	Kleiner Feldberg	11,1	10,8	10,1	13,8	10,1	12,5	13,3	9,3	9,2	10,8	6,8	8,7
●	Limburg	27,4	23,9	20,0	22,0	15,9	18,8	20,3	14,3	15,3	19,7	13,1	22,1
●	Marburg	23,9	20,3	17,3	19,0	13,3	16,6	18,8	11,6	13,9	17,6	11,7	18,7
▲	Marburg-Universitätsstraße	37,3	35,0	32,2	26,0	19,8	20,2	23,3	20,0	24,5	28,4	20,9	30,8
●	Michelstadt	27,2	22,1	17,6	17,1	12,5	15,6	17,8	11,8	13,2	16,0	10,8	19,6
●	Raunheim	21,9	17,6	16,2	19,3	13,3	14,7	16,8	11,8	13,0	16,6	11,7	18,9
▲	Reinheim	39,8	30,8	25,6	23,7	18,0	19,0	21,3	16,7	19,1	30,3	23,3	34,7
■	Riedstadt	25,0	18,9	17,6	17,8	15,2	15,0	17,0	11,3	11,5	16,5	10,8	18,3
■	Wasserkuppe	10,6	10,2	11,0	14,5	9,3	11,8	14,0	9,6	9,7	11,8	6,9	8,9
●	Wetzlar	34,8	32,4	27,2	25,4	19,3	20,2	23,7	18,4	20,3	24,5	19,0	29,4
▲	Wiesbaden-Ringkirche	28,3	27,6	23,3	22,6	17,6	19,1	20,0	16,4	20,7	24,8	20,0	28,2
●	Wiesbaden-Süd	23,6	21,0	17,7	18,9	13,3	16,3	19,1	13,2	15,3	19,1	12,7	19,9
■	Witzenhausen	19,8	17,0	12,7	15,2	11,3	12,6	15,5	10,8	10,9	13,4	8,5	11,8

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

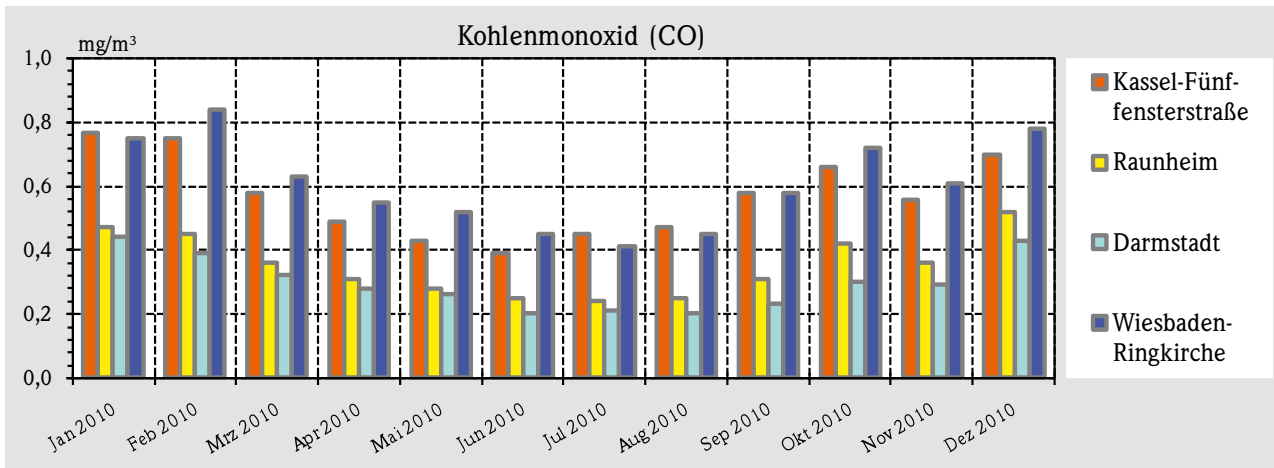


Benzol													
	Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
▲	Darmstadt-Hügelstraße	3,05	3,82	2,83	1,75	1,57	1,65	1,80	1,29	1,38	1,79	1,44	2,28
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	3,30	2,74	1,88	1,82	1,76	1,92	1,25	1,00	1,42	1,95	1,44	2,21
▲	Fulda-Petersberger-Straße	3,68	3,45	2,03	1,46	1,22	0,93	1,15	1,26	1,68	2,04	1,88	2,73
▲	Heppenheim-Lehrstraße	3,46	2,20	1,66	1,01	1,03	0,86	1,14	1,09	1,32	1,96	1,53	2,48
▲	Kassel-Fünffensterstraße	3,25	2,82	1,88	1,42	1,27	1,19	1,59	1,63	1,94	2,28	1,96	2,61
●	Wetzlar	3,55	3,19	2,41	1,97	1,52	1,34	1,25	1,21	1,67	1,94	1,28	1,97
▲	Wiesbaden-Ringkirche	2,75	2,16	1,61	1,43	1,53	1,44	1,50	1,50	1,84	2,35	2,03	2,72
●	Wiesbaden-Süd	1,88	1,54	0,99	0,84	0,65	0,63	0,75	0,71	0,76	1,34	0,80	1,49

Toluol													
	Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
▲	Darmstadt-Hügelstraße	5,19	8,06	8,05	6,08	5,46	5,96	6,99	5,08	5,31	6,17	4,06	4,75
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	6,12	6,04	5,81	6,52	5,90	6,94	6,16	4,60	6,20	7,11	4,03	4,29
▲	Fulda-Petersberger-Straße	7,66	8,38	5,85	4,80	3,72	3,49	5,05	4,77	6,39	6,27	4,90	5,31
▲	Heppenheim-Lehrstraße	3,81	2,96	3,14	2,78	2,89	2,57	3,55	3,39	3,31	4,11	3,02	3,34
▲	Kassel-Fünffensterstraße	5,60	5,57	4,79	4,08	3,78	4,19	5,80	5,82	6,32	6,69	4,96	4,84
●	Wetzlar	4,50	4,46	4,29	3,84	2,89	2,71	2,89	2,76	3,62	3,45	2,13	2,54
▲	Wiesbaden-Ringkirche	5,76	6,55	6,17	5,92	5,75	5,69	6,23	6,25	7,86	8,63	6,00	6,15
●	Wiesbaden-Süd	2,26	2,39	2,30	2,38	1,96	1,99	2,38	2,29	2,82	3,60	2,03	2,66

m-/p-Xylol													
	Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
▲	Darmstadt-Hügelstraße	2,15	3,61	3,59	3,31	3,14	3,87	3,55	2,27	2,65	3,22	1,58	1,56
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	3,11	3,17	2,84	3,60	3,73	4,09	3,62	2,40	3,25	3,99	2,41	2,57
▲	Fulda-Petersberger-Straße	3,26	3,72	2,45	2,13	1,92	1,75	1,97	2,02	2,79	2,87	2,36	2,42
▲	Heppenheim-Lehrstraße	2,28	1,84	1,69	1,45	1,49	1,46	2,08	2,12	2,19	2,79	1,95	2,26
▲	Kassel-Fünffensterstraße	1,72	1,70	1,73	2,06	1,95	1,39	1,82	2,96	2,36	2,25	1,34	1,66
●	Wetzlar	3,97	3,22	2,80	3,57	3,08	2,74	3,56	5,15	5,94	4,31	3,68	2,68
▲	Wiesbaden-Ringkirche	2,12	2,38	2,22	2,76	2,51	1,99	1,90	1,81	2,74	3,64	2,34	2,30
●	Wiesbaden-Süd	0,75	0,94	0,98	0,98	0,61	1,13	1,25	1,19	1,51	1,64	1,20	1,61

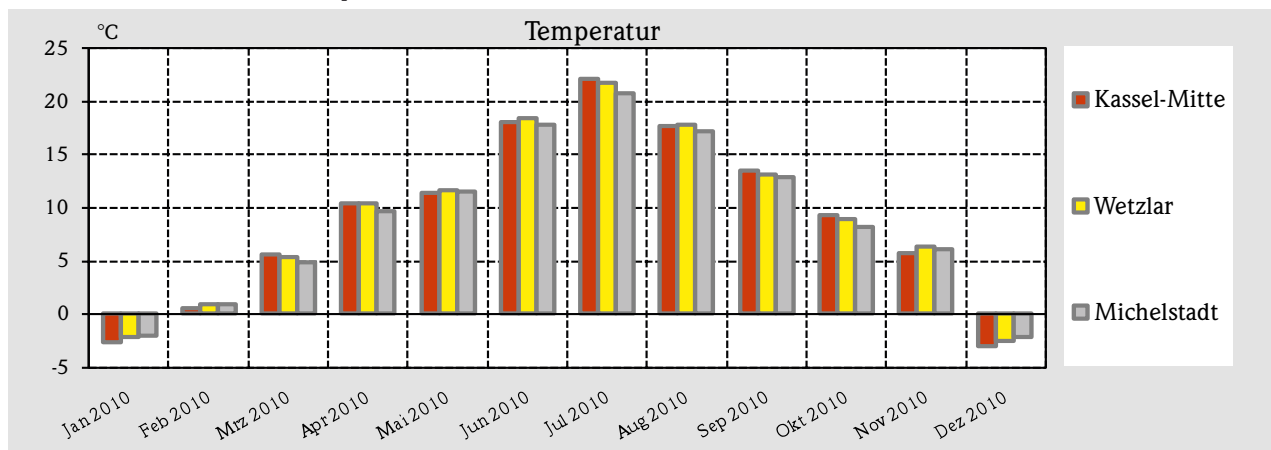
g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in mg/m³



Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Darmstadt	0,44	0,39	0,32	0,28	0,26	0,20	0,21	0,20	0,23	0,30	0,29	0,43
Darmstadt-Hügelstraße	0,78	0,70	0,60	0,55	0,62	0,61	0,54	0,49	0,62	0,72	0,56	0,77
Ffm.-Friedb.-Landstraße	0,72	0,66	0,52	0,49	0,44	0,40	0,36	0,36	0,49	0,59	0,48	0,63
Fulda-Petersberger-Straße	0,88	0,92	0,64	0,46	0,40	0,31	0,35	0,38	0,50	0,58	0,53	0,74
Gießen-Westanlage	0,75	0,70	0,58	0,51	0,42	0,32	0,32	0,32	0,45	0,54	0,52	0,69
Kassel-Fünfensterstraße	0,77	0,75	0,58	0,49	0,43	0,39	0,45	0,47	0,58	0,66	0,56	0,70
Linden	0,35	0,31	0,22	0,19	0,16	0,12	0,12	0,10	0,17	0,17	0,25	0,43
Marburg-Universitätsstraße	0,70	0,68	0,51	0,37	0,34	0,30	0,36	0,40	0,47	0,57	0,49	0,61
Raunheim	0,47	0,45	0,36	0,31	0,28	0,25	0,24	0,25	0,31	0,42	0,36	0,52
Reinheim	0,80	0,72	0,57	0,51	0,40	0,35	0,36	0,33	0,47	0,63	0,58	0,79
Wiesbaden-Ringkirche	0,75	0,84	0,63	0,55	0,52	0,45	0,41	0,45	0,58	0,72	0,61	0,78

Lufttemperaturen an drei hessischen Messstationen

h) Monatsmittelwerte – Temperatur in °C



Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10
Kassel-Mitte (Nordhessen)	-2,7	0,6	5,6	10,4	11,4	18,1	22,2	17,7	13,5	9,3	5,8	-3,0
Wetzlar (Mittelhessen)	-2,2	0,9	5,4	10,4	11,7	18,5	21,8	17,9	13,1	9,0	6,4	-2,5
Michelstadt (Südhessen)	-2,0	0,9	4,9	9,7	11,5	17,9	20,8	17,2	12,9	8,2	6,1	-2,1

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 219,95 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 1/11 bis 3/11: Die Abhängigkeiten des Dienststellenleiters – Ausgangspunkt für organisationsrechtliche Ansätze zur Straffung des Entscheidungsverfahrens in der Dienststelle – Teil II / Die Minderung des pfändbaren Arbeitseinkommens durch die von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes zu leistenden Pflichtumlagebeiträge an Zusatzversorgungseinrichtungen wie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) / Leistungsentgelt oder die Last mit der Differenzierung / Das Eingruppierungsrecht des öffentlichen Dienstes unvereinbar mit dem Bologna-Prozess? / Die Eingruppierung folgt der Arbeitsorganisation / Arbeitsrechtliche Fragen der Rente mit 67 / Neue Tendenzen bei der gerichtlichen Überprüfung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen / Auswirkungen der „Flexiblen Altersarbeit (FALTER)“ auf die Rente aus der Deutschen Rentenversicherung und die Rente aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes / Entscheidung des Päpstlichen Rates für Gesetzestexte zur bischöflichen Gesetzgebungskompetenz im Arbeitsrecht. 6133-75

Pädagogische Briefe an einen jungen Verfassungsjuristen

Von Peter Häberle, X, 246 Seiten, kartoniert, 24,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2010.

Der Brief ist eine klassische Literaturgattung in der Schönen Literatur sowie in der Pädagogik. Er wird hier wohl erstmals für die Wissenschaft vom vergleichenden Verfassungsrecht eingesetzt. Das vorliegende Buch verdankt sich den pädagogischen Erfahrungen Peter Häberles aus mehr als 40 Jahren Vorlesungen in Deutschland, im europäischen Ausland sowie in Übersee. Der Autor gibt pädagogische Empfehlungen sowohl für Studenten früher Semester als auch für Doktoranden und Habilitanden, die er in Hauptvorlesungen, seinem ständigen Seminar und während seiner Gastprofessuren im Ausland betreut hat. Es geht ihm um Pädagogik in „europa- und weltbürgerlicher Absicht“ – vor dem Hintergrund seiner seit 1982 konzipierten Verfassungslehre als Kulturwissenschaft. Als Anhang findet sich eine Auswahlbibliografie ausländischer Literatur für deutsche Studierende, die im Ausland Öffentliches Recht studieren wollen. 7414

Wie man die digitale Informationsflut bändigt

Effektiv informieren und effizient kommunizieren. Von Matthias Ballod, 120 Seiten, kartoniert, 24,90 Euro, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2010.

E-Mails, Blogs, Wikis, Twitter, mobile Reader und I-Pads sind überall. Viele Menschen fühlen sich durch die Menge der digitalen Informationen und die Dauerpräsenz mobiler Endgeräte überfordert. Besonders am Arbeitsplatz entsteht durch die neuen Kommunikationsanforderungen und -kanäle mehr Arbeitsdruck und Zeitmangel. Das vorliegende Arbeitsbuch stellt

ein wirksames Gegenmittel zu dieser Informationsüberlastung vor: Informationskompetenz. Das Buch leitet zum Selbststudium des komplexen Themas Informationskompetenz und Wissensmanagement an. Anhand beispielhafter Szenarien zeigt es typische Anforderungen beim Kommunizieren und Informieren und vermittelt sinnvolles Kommunikationsverhalten, Lösungswege und Instrumente zur Selbstkontrolle. Zugleich sensibilisiert es für Probleme, die in unterschiedlichen Kommunikationssituationen auftreten können. Das Arbeitsbuch liefert einen systematischen Überblick über das komplexe Thema „Mediales Informieren“, bietet Anleitungen für den Arbeitsalltag und die Möglichkeiten, den Umgang mit Informationen selbstständig zu erproben. 7418

Hessische Kommunalverfassung

Von Ulrich Dreßler und Ulrike Adrian, 19., vollständig überarbeitete Auflage, 340 Seiten, kartoniert, 15,90 Euro, Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart 2010.

In die 19. Auflage der bewährten Textausgabe wurden folgende seit der Voraufgabe verabschiedete Gesetzesnovellen eingearbeitet: das Hessische Disziplargesetz, das Gesetz zur Einführung der (rechtsfähigen) kommunalen Anstalt in das hessische Sozialrecht, das Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und das Gesetz zur Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und anderer Gesetze. Ferner wurden die Novellen der Kommunalwahlordnung berücksichtigt. In gewohnter Form beleuchtet die Neuauflage im Vorwort die aktuelle Rechtsentwicklung, führt prägnant in die Hessische Kommunalverfassung ein und gibt weiterführende Hinweise zum Normtext. 7420

Auge um Auge?

Intelligence-Kooperation in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Von Anna Daun, 259 Seiten, kartoniert, 39,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen lassen sich nur noch durch mehr Intelligence, insbesondere Wissen über den Gegner, bewältigen. Deshalb steht die Zusammenarbeit der Dienste im Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Kooperation. Das zentrale Problem lautet dabei, dass man Wissen teilen muss, um gemeinsam vorgehen zu können, andererseits aber kein Geheimwissen verraten will. Wie gehen die deutschen und amerikanischen Dienste mit diesem Problem um? Angesichts der vielen neuen Organisationen, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegründet wurden, stellt sich die Frage, wer die Kooperation eigentlich regelt. Denn die Zusammenarbeit fördert Fragen zu Tage: Warum half der BND den USA im Irakkrieg? Welche Rolle spielte Deutschland in der von der CIA organisierten weltweiten Terroristenjagd? Hätten die deutschen Sicherheitsdienste den Anschlag der Sauerland-Gruppe auch ohne die Amerikaner vereiteln können? Die Verfasserin hat jahrelang auf beiden Seiten recherchiert und stellt die Schwierigkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit dar, deren Ziel es ist, die nächsten Terroranschläge zu verhindern. 7416

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Betriebliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst

Kommentar. Von J. Berger und Dr. K.-H. Kiefer, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 82. Erg.-Lfg. vom März 2010), 3644 Seiten in 3 Ordnern) 127,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2010. 3187

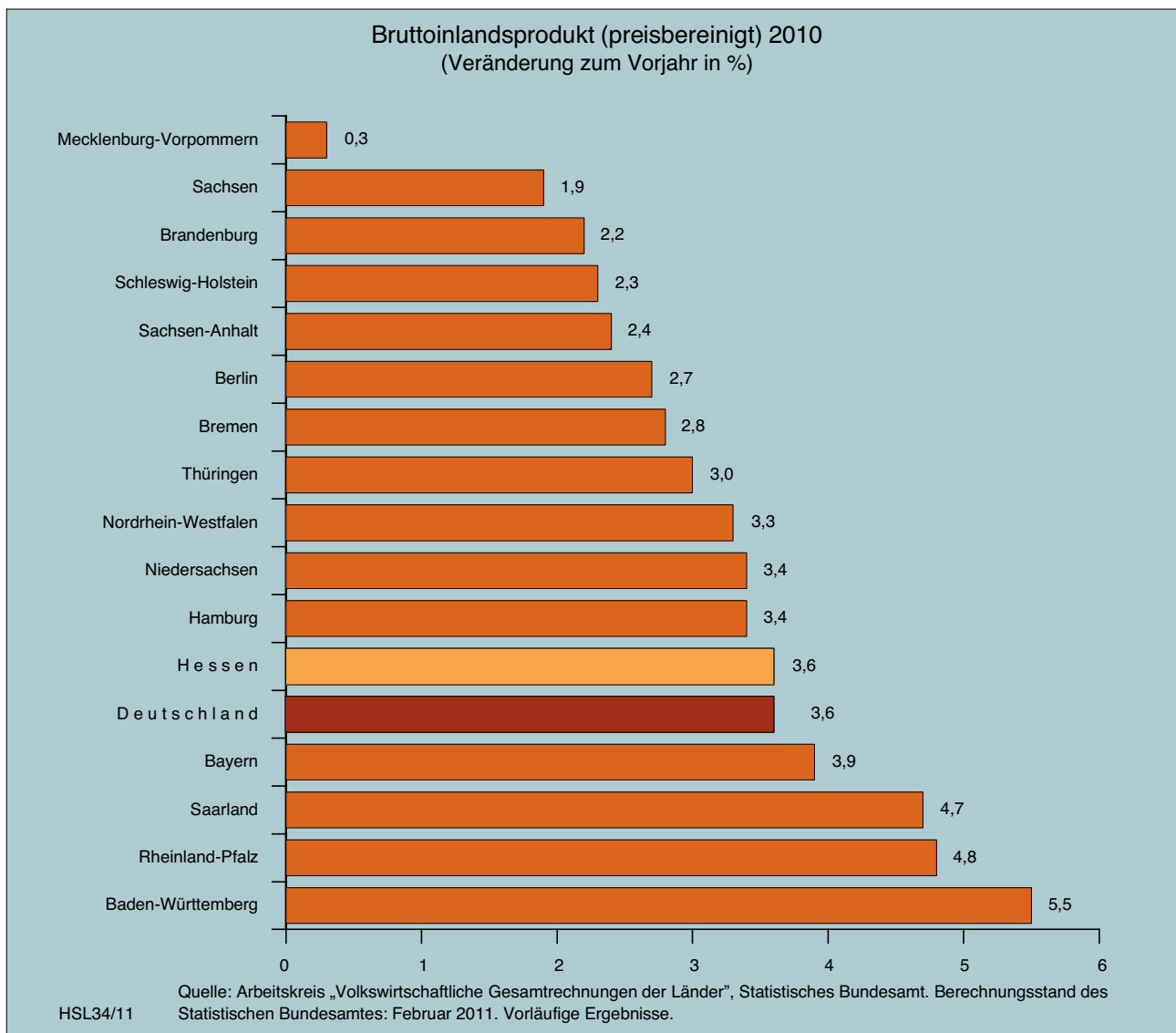
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

5 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Verfügbares Einkommen der Hessen 2009

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sank im Jahr der Wirtschaftskrise um 0,7 % oder 150 Euro auf 19 960 Euro je Einwohner. Dies zeigen aktuelle Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Die Entwicklung in Hessen lag damit genau im Bundesdurchschnitt. 2009 hatte Hessen, wie Deutschland insgesamt, die stärkste Rezession der Nachkriegszeit zu verkraften. Die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um 4,1 % führte zum ersten Rückgang des verfügbaren Einkommens seit der Wiedervereinigung. Besonders im Jahr 2008 konnte das verfügbare Einkommen vom kräftigen Wirtschaftswachstum der beiden Vorjahre profitieren und legte um 4,2 % auf 20 100 Euro je Einwohner zu. Dieser Zuwachs wurde 2009 nicht aufgezehrt und das Niveau blieb über dem von 2007 (19 290 Euro je Einwohner). Das bundesdurchschnittliche Niveau von 18 980 Euro je Einwohner wurde in Hessen um gut 5 % überschritten. Dieser Vorsprung ist allerdings vor allem auf ein allgemeines West-Ost-Gefälle zurückzuführen. Das Primäreinkommen, das durch die Teilnahme am volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entsteht, betrug in Hessen 24 200 Euro je Einwohner. Das verfügbare Einkommen, das von den Haushalten vollständig für Konsum und Sparen verwendet werden kann, lag 18 % darunter. Die Differenz entstand durch Einkommensumverteilung. Aufgrund ihrer stärkeren Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung sanken die Primäreinkommen mit -2,5 % deutlich stärker als die verfügbaren Einkommen. Innerhalb der Primäreinkommen waren es die Betriebsüberschüsse, Selbstständigeneinkommen (-4,7 %) sowie insbesondere die Vermögenseinkommen (-8,9 %), die am stärksten unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatten. Die Arbeitnehmerentgelte, die gut zwei Drittel der Primäreinkommen ausmachen, konnten 2009 sogar um 0,1 % zulegen.

Tankerunfall blockiert Häfen

In der Binnenschifffahrt nahm die umgeschlagene Gütermenge im Januar dieses Jahres um 32 % ab. Insgesamt wurden in den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen 491 000 t Güter ein- oder ausgeladen. Dabei sank das Volumen des Versands von Gütern um 51 % auf 93 000 t. Das Volumen des weitaus gewichtigeren Empfangs nahm um gut ein Viertel auf 399 000 t ab. Unter den wichtigsten Massengütern ging der Umschlag von Kokei- und Mineralölerzeugnissen gegenüber Januar 2010 um knapp 7 % auf 172 000 t zurück. Bei Kohle, rohem Erdöl und Erdgas betrug die Abnahmerate sogar 50 % auf 88 000 t. Dagegen erhöhte sich der Umschlag von

Erzen, Steinen und Erden u. Ä. (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) um 65 % auf 92 000 t. Chemische Erzeugnisse, deren Umschlag um 58 % auf 60 000 t abnahm, landeten auf den vierten Platz. Ausschlaggebend für diesen dramatischen Einbruch bei den hessischen Häfen war die wochenlange Sperrung der Rheinschifffahrt wegen eines am 13. Januar 2011 havarierten Gefahrguttankers.

Hessentourismus im Plus

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres zählten die Beherbergungsbetriebe mit 9 oder mehr Betten sowie die Campingplätze in Hessen 1,6 Mill. Ankünfte und 3,9 Mill. Übernachtungen. Dies waren 4,5 % mehr Gäste und 4 % mehr Übernachtungen als im Januar und Februar 2010. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um gut 3 % auf 1,2 Mill. zunahm, stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um gut 7 % auf 438 000. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen stieg um fast 3 % auf 3 Mill., bei den Ausländern war es sogar ein Plus von gut 8 % auf 873 000.

Großhandel boomt

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres stieg der Umsatz der Großhändler (einschl. der Handelsvermittlung) in Hessen, verglichen mit dem Januar und Februar 2010, nominal um annähernd 20 %. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug die Zunahme gut 12 %. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren schnitt wegen der dortigen Preissteigerungen real allerdings schlecht ab. Während die Umsätze nominal um gut 29 % zunahmen, gingen sie real um fast 11 % zurück. Der Umsatz im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren dagegen stieg nominal um gut 14 %, was einem realen Plus von annähernd 9 % entsprach. Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, also den Artikeln des täglichen Bedarfs, war wiederum nominal mit knapp 11 und real mit 9,5 % im Plus. Dies deutet auf eine anhaltend positive Kauflaune der privaten Haushalte hin. Auch die Zunahme beim Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, hier stieg der Umsatz nominal um gut 4 und real um 13 %, weist darauf hin. Der Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör, der vor allem Landwirtschaft und Industrie versorgt, steigerte seinen Umsatz im Vergleichszeitraum nominal sogar um fast 36 %, real waren es gut 34 % mehr. Der sonstige Großhandel, zu dem beispielsweise der Großhandel mit Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen, mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren oder mit Altmaterial und Reststoffen gehören, hatte nominal fast 30 % mehr Umsatz, real war dies ein Plus von gut 10 %.

Hauptdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2010

Der Jahresrückblick 2010 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung in kompakter Form dar. Der Rückblick ist in die 3 Hauptabschnitte „**Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt**“, „**Wirtschaftsbereiche**“ sowie „**Bevölkerung**“ gegliedert. Die aufgeführten Angaben umfassen i. d. R. den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2010. Die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand beziehen sich auf den Stichtag 1. Januar 2011, diejenigen im Bereich „Landwirtschaft“ überwiegend auf den März (Landwirtschaftszählung) bzw. Mai 2010 (Viehzählung). Im Bereich „Bevölkerung“ werden anhand der für den Zeitraum Januar bis November 2010 vorliegenden Ergebnisse über die Wanderungen bzw. die Geborenen und Gestorbenen geschätzte Werte für das Jahr nachgewiesen.

Kernaussagen zur Entwicklung im Jahr 2010

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt (BIP):** Nach dem durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ausgelösten Rezessionsjahr 2009 folgte ein Jahr der wirtschaftlichen Erholung, und zwar schneller und stärker als ursprünglich erwartet. Mit einem kräftigen Wachstum des BIP im **Jahr 2010** gegenüber 2009 von 3,6 % (Deutschland: + 3,6 %) befand sich die hessische Wirtschaft auf Expansionskurs. Für das **Jahr 2011** dürfte sich der Erholungsprozess fortsetzen, wenngleich wohl nicht mehr auf dem hohen Niveau von 2010.
- **Erwerbstätigkeit:** Bereits im Krisenjahr 2009 zeigte sich der Arbeitsmarkt durch eine verstärkte Arbeitszeitflexibilität und durch die deutliche Ausweitung von Kurzarbeit sehr robust; im Jahr 2010 führte dann das hohe Wirtschaftswachstum zu einem neuen Höchststand der Erwerbstätigenzahl (3,13 Mill. Personen). Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen. Die Zahl der Selbstständigen (einschl. mithelfender Familienangehöriger) verzeichnete ein leichtes Plus, diejenige von „Minijobs“ und „Ein-Euro-Jobs“ nahm ab.
- **Arbeitsmarkt:** Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Jahr 2010 deutlich. Im Jahresdurchschnitt waren 198 800 Personen arbeitslos gemeldet, rund 12 400 oder 6,0 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 6,4 % (2009: 6,8 %).
- **Außenhandel:** Die Daten der Außenhandelsstatistik lassen die Erinnerung an das Krisenjahr 2009 mit den damaligen drastischen Einbrüchen verblassen. Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Jahr 2010 bei der Ausfuhr ein sattes Plus von annähernd einem Fünftel auf 51,6 Mrd. Euro, womit selbst das Niveau des Jahres 2008 leicht übertroffen wurde. Die Einfuhr legte

um knapp 17 % auf 68,3 Mrd. Euro zu (wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte lässt sich auf der Länderebene die Einfuhr nicht mit der Ausfuhr saldieren).

- **Verbraucherpreisindex:** Mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im Jahr 2010 von 0,8 % gegenüber dem Vorjahr blieb die Inflationsrate niedrig; sie fiel aber höher aus als im Krisenjahr 2009 (+ 0,1 %). Der Anstieg 2010 ist vor allem auf steigende Preise für Mineralölprodukte zurückzuführen. Aber auch die Preise für Nahrungsmittel zogen an.
- **Verdienste:** Gegenüber 2009 stiegen die Bruttomonatsverdienste von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern im Jahr 2010 um 2,9 % auf durchschnittlich 3608 Euro (ohne Sonderzahlungen). Darüber hinaus gab es 2010 durchschnittlich Sonderzahlungen in Höhe von 5046 Euro (+ 0,5 %). Die entsprechenden Reallöhne (Bruttojahresverdienste einschl. der Sonderzahlungen, bereinigt um die Änderungen des Verbraucherpreisniveaus) nahmen um 1,5 % zu.
- **Insolvenzen:** Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag mit 1742 Fällen zwar unter dem Vorjahreswert (1953), aber höher als im Jahr 2008 (1638), sodass der deutliche Anstieg im Krisenjahr 2009 im darauffolgenden Jahr nur teilweise wettgemacht werden konnte. Die Zahl der neu beantragten Verbraucherinsolvenzen stieg im Jahr 2010 um 11 % auf rund 7600, nachdem sie im Vorjahr (6733 Verfahren) erstmals seit Einführung der neuen Insolvenzordnung zurückging.

Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2010 deutlich erholt. Bei Umsätzen (+ 13,7 % auf 93,7 Mrd. Euro) und Auftragseingängen (+ 12,5 %) konnten die Vorjahresverluste nahezu ausgeglichen werden. Die Beschäftigungssituati-

on verbesserte sich zwar im Jahresverlauf erheblich, dennoch wurde im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau verfehlt.

- **Bauhauptgewerbe:** Auch das hessische Bauhauptgewerbe konnte von der positiven Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2010 profitieren. So stiegen im Beobachtungszeitraum die baugewerblichen Umsätze um 2,0 % auf 5,4 Mrd. Euro. Die Beschäftigtenzahl legte deutlich zu (+ 3,0 %). Ungünstig entwickelte sich dagegen der wertmäßige Auftragseingang mit einem Minus von 16 %.
- **Bautätigkeit:** Im Jahr 2010 ging die in Hessen zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr um 201 000 m² oder 4,8 % auf 4,01 Mill. m² abermals zurück. Dabei ging es im Wohnbausegment teilweise aufwärts; im Nichtwohnbau schwächte sich der Rückgang des Vorjahres lediglich ab.
- **Einzelhandel:** Das Minus des Vorjahres bei den realen Umsätzen konnte der hessische Einzelhandel im Jahr 2010 in ein Plus umkehren; gegenüber dem Vorjahr ergab sich nach ersten Ergebnissen ein Zuwachs der realen Umsätze von 2,0 %. Dagegen verzeichnete der Bereich „Kfz-Handel, Kfz-Reparatur, Tankstellen“ ein Minus von gut 6 %, was auf vorgezogene Käufe von Pkw aufgrund der „Abwrackprämie“ im Jahr 2009 zurückzuführen sein dürfte.
- **Gastgewerbe:** Erstmals seit längerer Zeit verzeichnete das hessische Gastgewerbe wieder steigende Umsätze. Die realen Umsätze legten im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr leicht um knapp 1 % zu. Hierzu trug in erster Linie das Beherbergungsgewerbe bei, während das Gaststättengewerbe real im Minus blieb.
- **Tourismus:** Die hessischen Beherbergungsstätten (mit 9 oder mehr Betten) sowie die Campingplätze (ohne Dauercamping) wurden im Jahr 2010 von 11,9 Mill. Gästen aufgesucht, die 28,2 Mill. Übernachtungen buchten – ein Rekordergebnis bei den Gästen und das viertbeste Ergebnis bei den Übernachtungen. Dies waren knapp 7 % mehr Gäste und annähernd 5 % mehr Übernachtungen als im Jahr 2009.
- **Verkehr:** Der Passagierverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) legte im Jahr 2010 – trotz negativer witterungs-, natur- und streikbedingter Einflüsse – wieder zu. Die Fluggastzahl stieg auf 53 Mill.; dies waren gut 4 % mehr als im Vorjahr. Die Situation im Bereich „Luftfrachtverkehr“ war besonders günstig. Infolge des Konjunkturaufschwungs stieg das Luftfrachtaufkommen um gut 20 % auf den neuen Höchstwert von 2,3 Mill. t.

- **Landwirtschaft:** Die Ernte der Mähdruschfrüchte war auch im Jahr 2010 durch eine unterbrochene Kampagne mit erschwerten Erntebedingungen im August/September gekennzeichnet. Dennoch lagen der durchschnittliche Getreideertrag mit 70,2 dt/ha und der Ertrag bei Winterweizen mit 77,3 dt/ha vergleichsweise hoch.

Bevölkerung

- Im Jahr 2010 ist eine leichte Zunahme der Bevölkerungszahl (+ 5300) auf 6,067 Mill. Personen zu erwarten. Damit ist nach 5 Jahren rückläufiger Entwicklung wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Höhere Wanderungsgewinne (+ 14 800) konnten ein leicht gesunkenes Geburtendefizit (9500 weniger Geborene als Gestorbene) kompensieren.

Hessische Wirtschaft wächst um 3,6 %

Das hessische Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Summe aller hier produzierten Waren und Dienstleistungen, wuchs 2010 preisbereinigt um 3,6 %. Dies geht aus ersten, noch vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hervor, dem auch das Hessische Statistische Landesamt angehört. Die Erholung nach dem stärksten Einbruch der Nachkriegszeit fiel damit in Hessen ebenso kräftig aus wie in Deutschland insgesamt. Da die hessische Wirtschaft 2009 mit - 4,1 % jedoch nicht so stark schrumpfte wie die deutsche (- 4,7 %), entwickelte sich Hessen über die beiden letzten Jahre insgesamt besser als der Bundesdurchschnitt. Nominal, d. h. ohne Preisbereinigung, wuchs das BIP 2010 um 4,5 % auf knapp 225 Mrd. Euro (2009: 215 Mrd. Euro). Das Vorkrisenniveau von 220 Mrd. Euro im Jahr 2008 wurde dadurch überschritten (siehe auch Schaubild auf Seite 97).

Mit 11,3 % (diese und die folgenden Angaben beziehen sich auf die preisbereinigte Bruttowertschöpfung) konnte das Verarbeitende Gewerbe das stärkste Plus verbuchen (Deutschland: + 11,3 %). Dieser Wirtschaftsbereich war 2009 auch am stärksten von der Weltrezession betroffen. Das Verarbeitende Gewerbe hat in Hessen ein geringeres Gewicht als im Bundesmittel, sodass der Wachstumsbeitrag zum BIP, trotz gleicher Wachstumsrate, hier geringer ausfiel. Die Energieerzeugung aus Kernkraft wurde nach weitgehendem Ausfall im Jahr 2009 wieder aufgenommen und leistete einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Das Baugewerbe schnitt in Hessen mit - 0,6 % schwächer ab als im Bundesschnitt (+ 1,7 %). Dies ist allerdings vor dem Hintergrund eines kräftigen Wachstums im Jahr 2009 zu sehen, das vor dem des Bundes lag. Vergleicht man 2010 mit dem Vorkrisenjahr 2008, so bleibt für Hessen ein Plus von 0,6 %, für Deutschland dagegen ein Minus von 0,1 %. Ähnlich ist das außergewöhnlich hohe Wachstum der Land- und

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und weitere Wirtschaftsindikatoren in Hessen und Deutschland 2010

Gegenstand der Nachweisung	Hessen	Deutschland
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	3,6	3,6
Bruttowertschöpfung (preisbereinigt)		
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	9,4	-0,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	10,3	10,1
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	11,3	11,3
Baugewerbe	-0,6	1,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	5,7	3,2
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	1,3	1,9
öffentliche und private Dienstleister	2,5	2,1
alle Wirtschaftsbereiche	3,9	4,0
Arbeitsproduktivität ¹⁾		
je Erwerbstätigen	3,3	3,1
je Erwerbstätigenstunde	1,1	1,0
Lohnkosten ²⁾		
je Arbeitnehmer	1,9	2,2
je Arbeitnehmerstunde	-0,5	-0,2
Lohnstückkosten ³⁾		
Personenkonzept	-1,3	-0,9
Stundenkonzept	-1,6	-1,1
Absolute Zahlen		
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen; Mrd. Euro)	225,0	2 498,8
je Einwohner (Euro)	37 101	30 569
je Erwerbstätigen (Euro)	71 843	61 725
je Erwerbstätigenstunde (Euro)	49,95	43,51
<small>1) Bruttoinlandsprodukt (preisber.) je Erwerbstätigen bzw. -stunde. — 2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. -stunde. — 3) Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität.</small>		
<small>Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt. Vorläufige Werte. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011.</small>		

Forstwirtschaft, Fischerei zu relativieren, das mit 9,4 % weit vor dem Bundesergebnis von -0,3 % lag. Nach einem massiven Rückgang des Holzeinschlages 2009 wurde hier lediglich das Niveau von 2008 wieder erreicht. Mangels Gewicht waren die Auswirkungen auf das BIP jedoch sehr gering.

Mit einem Plus von 5,7 % positionierten sich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wie schon 2009 im Mittelfeld der hessischen Wirtschaftsbereiche (Deutschland: +3,2 %). Die Verkehrsbranche war stark von der Rezession betroffen und profitierte ebenso stark vom Anziehen der inländischen wie der ausländischen Nachfrage. Da der Bereich, der den Luftverkehr und Logistikdienstleistungen einschließt, in Hessen ein vergleichsweise hohes Gewicht hat, wirken diese Ausschläge stärker auf die Gesamtwirtschaft.

Der in Hessen besonders gewichtige Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ blieb mit 1,3 % hinter dem Bundesmittel von 1,9 % zurück. Hier spiegelt sich u. a. eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Bestände an Einlagen und Krediten, die von den Banken verwaltet werden, wider.

Relativ unbeeindruckt von Krise und Aufschwung zeigten sich die öffentlichen und privaten Dienstleister, die um 2,5 % zulegten (Deutschland: +2,1 %). Mit 2,1 % lag das Wachstum bereits 2009 in vergleichbarer Größenordnung.

Da sie kaum unter der Krise zu leiden hatte (+0,2 %, siehe auch Abschnitt „Arbeitsmarkt“), stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsplatz in Hessen mit 0,3 % deutlich schwächer als das BIP (Deutschland: +0,5 %). In der Folge erhöhte sich die Arbeitsproduktivität, das preisbereinigte BIP je Erwerbstätigen, um 3,3 % (Deutschland: +3,1 %). Die Arbeitsstunden nahmen um 2,5 % zu, also stärker als die Kopffzahlen. Bezogen auf die Arbeitsstunde stieg die Produktivität daher nur um 1,1 % (Deutschland: +1,0 %). Die Lohnkosten, die neben den Bruttolöhnen und -gehältern (einschl. Sonderzahlungen und Sachleistungen) die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfassen, lagen je Arbeitnehmer in Hessen 1,9 % über dem Vorjahreswert (Deutschland: +2,2 %). Je Arbeitsstunde sanken sie jedoch um 0,5 % (Deutschland: -0,2 %). In der Folge sanken die Lohnstückkosten (das Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität) um 1,3 % nach dem Kopf- und um 1,6 % nach dem Stundenkonzept (Deutschland: -0,9 bzw. -1,1 %). Der deutliche Anstieg dieses Indikators im Krisenjahr kann als Preis für die Beschäftigungsstabilität aufgefasst werden. Trotz des Rückgangs 2010 liegt das Niveau noch über dem von 2008.

Jeder Erwerbstätige erwirtschaftete 2010 einen Anteil von 71 800 Euro am hessischen BIP. Das waren 16 % mehr als im Bundesmittel (61 700 Euro) – der Spitzenwert unter den Flächenländern. Ebenfalls den Spitzenplatz belegte Hessen beim BIP je Erwerbstätigenstunde mit 50 Euro und lag damit 15 % über dem Deutschlandwert (44 Euro). Diese hohen Werte sind wesentlich in der produktiven Wirtschaftsstruktur Hessens begründet. Auch von einem hohen Einpendlerüberschuss profitierte das Land beim BIP je Einwohner, das mit 37 100 Euro 21 % über dem Bundesmittel lag (30 600 Euro).

Im Herbst 2010 gingen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose für das Jahr 2009 von einem Rückgang des **realen Bruttoinlandsprodukts** (BIP) für Deutschland um 4,7 % aus. Auf dieser Basis wurde in der vom Hessischen Statistischen Landesamt in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern in der im November 2010 erstellten „Konjunkturprognose Hes-

sen 2011“ für das Jahr 2009 der hessischen Wirtschaft mit einem Minus von 4,3 % eine geringere Betroffenheit von der Krise unterstellt¹⁾. Diese Einschätzung wird nach Vorliegen der ersten vorläufigen Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in der Tendenz bestätigt. Mit einem Minus von voraussichtlich 4,1 % fiel die Rate in Hessen sogar noch etwas günstiger aus, als geschätzt. Auch für das Jahr 2010 verlief die unterstellte Belegung in Hessen mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 3,6 % stärker als zunächst angenommen (+ 2,8 %). Vor allem das hessische Produzierende Gewerbe trug mit einem Plus von 10,3 % (Deutschland: + 10,1 %) unerwartet stark zu diesem Wachstum bei. Auch 2011 profitiert die Industriekonjunktur neben den unverändert positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von der anhaltend stabilen Investitionsnachfrage. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte der Aufschwung zwar etwas an Dynamik einbüßen, aber weiter auf einer soliden Grundlage stehen. Impulse kommen zunehmend auch von der Inlandsnachfrage, wobei sich wegen der guten Lage am Arbeitsmarkt insbesondere auch der Konsum der privaten Haushalte positiv entwickelt. Trotz der jüngsten Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank dürfte das Investitionsklima der gewerblichen Wirtschaft dank des immer noch günstigen Zinsumfeldes unverändert hoch bleiben.

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 2010

Nach dem Krisenjahr 2009 erlebte die hessische Wirtschaft eine starke konjunkturelle Erholung. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg nach einer ersten vorläufigen Schätzung jahresdurchschnittlich um 3,6 %, nach einem historischen Einbruch von 4,1 % in 2009. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und auch in Hessen hat 2010 selbst die optimistischsten Prognosen übertroffen. Obwohl infolge der internationalen Immobilien- und Finanzkrise das reale Bruttoinlandsprodukt abrupt und drastisch einbrach, war die Entwicklung am Arbeitsmarkt bemerkenswert, denn die Erwerbstätigkeit erreichte trotz Krise bisher noch nie nachgewiesene Rekordstände. Die jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen belief sich 2010 auf 198 800 Personen. Die Kurzarbeit ging massiv zurück. Teilweise ist auch vom „deutschen Beschäftigungswunder“ oder „Germany’s jobs miracle“²⁾

1) Die Veröffentlichung „Konjunkturprognose Hessen 2011“ kann zum Preis von 10,00 Euro inkl. Versandkosten als gedruckte Ausgabe oder zum Preis von 8,00 Euro als PDF-Datei per E-Mail-Versand vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter: www.statistik-hessen.de.

2) Das deutsche Arbeitsmarktwunder – Versuch einer Erklärung –, Joachim Möller, IAB, IZA und Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Regensburg Nürnberg, April 2010.

3) Quelle: WSI Mitteilungen 2/2011 Seite 50 ff.

4) Sachverständigenrat – Jahresgutachten 2010/11, Seite 257 ff.

die Rede. Der robuste Verlauf auf dem Arbeitsmarkt hat mehrere Gründe.

Nach Analysen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI)³⁾ fiel das deutsche Beschäftigungswunder „nicht vom Himmel“. Die Tarifvertragsparteien legten nicht nur in der Krise ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeitsplatzsicherheit, sondern teilweise bereits Jahre vorher. Das trifft beispielsweise auf die vielen betrieblichen Bündnisse zu, die insbesondere nach der Konjunkturkrise 2002 und vor dem letzten Aufschwung 2006 entstanden. Dabei wurden oft Arbeitgeber-Zusicherungen zum Erhalt von Belegschaften oder Produktionsstandorten abgegeben. Dafür mussten die Arbeitnehmer Zugeständnisse zur Kostensenkung machen. Als wesentliche Maßnahmen sind hier zu nennen: Abstriche beim Entgelt, Kurzarbeit, Aufbau von Arbeitszeitkonten, Einschnitte bei betrieblichen Sozialleistungen, längere Wochenarbeitszeiten. Als Arbeitgeberzusagen sind insbesondere zu nennen: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Erhalt der Belegschaftsstärke und Ausbildungskapazitäten, Erhalt des Standorts, Verzicht auf Outsourcing, Investitionen am Standort. In den meisten Betrieben wurden nach der Recherche des WSI „komplexe Maßnahmepakte“ und nicht nur einzelne Anpassungsinstrumente vereinbart. Des Weiteren ist der Beitrag der Tarifpolitik positiv hervorzuheben. Die Tarifparteien verfolgten nicht nur vor der Krise einen insgesamt moderaten Kurs, sondern legten während der Krise ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Arbeitsplatzsicherheit.

Neben diesen betrieblichen Bündnissen, die in der Regel konjunkturelle oder branchen- und unternehmensspezifische Problemlagen meistern helfen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und um bedrohte Beschäftigungsverhältnisse zu sichern, wirkten sich zweifellos auch die Arbeitsmarktreformen positiv aus.

Dass eine Entlassungswelle im Krisenjahr verhindert wurde, ist somit auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen. Nach Aussagen des Sachverständigenrates⁴⁾ konnten die besonders von der Krise betroffenen exportorientierten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie Eigenkapital und Liquidität in den Jahren zuvor deutlich stärken. Dabei spielten während der Krise die in den vorausgegangenen Jahren gewonnene erhöhte Flexibilität innerhalb der Unternehmen und eine auf Beschäftigungssicherung ausgerichtete Tariflohnpolitik eine wichtige Rolle. Auch wurden in Sorge vor einem Fachkräftemangel viele Facharbeiter weiter beschäftigt. In der Krise wurden oft freiwerdende Stellen nicht besetzt, die Anzahl der Leiharbeiter drastisch reduziert und befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert. Entlassungen im Produzierenden Bereich und im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung wurden durch einen Be-

Erwerbstätige am Arbeitsort in Hessen 2010 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Hessen			Deutschland
	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2009		
		1000		%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44,1	- 0,6	- 1,3	- 1,4
Produzierendes Gewerbe einschl. Bau	677,5	- 7,5	- 1,1	- 1,1
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	526,8	- 10,0	- 1,9	- 1,7
Bergbau	2,0	- 0,0	- 0,3	- 2,6
Verarbeitendes Gewerbe	507,2	- 9,4	- 1,8	- 1,8
Energie- und Wasserversorgung	17,6	- 0,7	- 3,7	- 0,4
Baugewerbe	150,7	2,6	1,7	1,4
Dienstleistungsbereiche	2 409,9	17,7	0,7	1,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	818,5	- 2,4	- 0,3	- 0,2
Handel	456,7	- 3,2	- 0,7	- 0,6
Gastgewerbe	142,6	1,2	0,9	1,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	219,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	702,5	5,4	0,8	2,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	149,2	- 2,4	- 1,6	- 0,9
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	553,3	7,8	1,4	3,1
öffentliche und private Dienstleister	888,9	14,7	1,7	1,5
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	187,4	0,8	0,4	- 0,2
I n s g e s a m t	3 131,5	9,7	0,3	0,5

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Februar 2011.

schäftigungsaufbau in den weniger konjunkturabhängigen Dienstleistungsbereichen – z. B. bei Bildung und in den sozialen Bereichen – ausgeglichen. Um die verbleibenden Arbeitskräfte – trotz schwächerer Auftragslage – über die Krise hinweg halten zu können, nutzten die Unternehmen die Flexibilität der Arbeitszeitmodelle und das Instrument der Kurzarbeit intensiv.

Zahl der Erwerbstätigen nahm weiter zu

In Hessen waren im Jahr 2010 durchschnittlich 3,13 Mill. Personen und damit rund 10 000 oder 0,3 % mehr erwerbstätig als im Vorjahr. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen einen neuen Höchststand. Die Entwicklung fiel besser aus als prognostiziert, lag aber geringfügig unter der bundesweiten Zunahme von 0,5 %. Die positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr resultierte vor allem aus dem Anstieg der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Abgenommen haben dagegen die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs) und die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs), während die Zahl der Selbstständigen einschl. mithelfender Familienangehöriger im Jahr 2010 ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr verzeichnete.

2010 trugen wiederum die Dienstleistungsbranchen maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau bei. Hier nahm im Vorjahresvergleich die Zahl der Arbeitsplätze um

17 700 oder 0,7 % auf nunmehr über 2,4 Mill. zu. Innerhalb der sehr heterogenen Dienstleistungen war die Entwicklung unterschiedlich: Zuwächse gab es bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern mit + 1,7 % und bei den Unternehmensdienstleistern mit + 0,8 %, wobei hier ein Teil des Anstiegs auf die Zeitarbeitsbranche entfiel. Dagegen meldete der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ noch ein leichtes Minus von 0,3 %. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau gab es weiterhin einen Beschäftigungsabbau. Allerdings fiel dieser im Jahr 2010 mit 10 000 Personen (- 1,9 %) deutlich kleiner aus als ein Jahr zuvor (- 16 800 oder - 3,0 %). Beschäftigungsgewinne verzeichnete indessen das Baugewerbe. Hier wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 1,7 % oder 2600 Personen. In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei lag die Beschäftigung 1,3 % unter dem Vorjahresergebnis (- 600 Personen).

Aufgrund der Zunahme im Dienstleistungssektor insgesamt und wegen der gleichzeitigen Abnahme im Produzierenden Gewerbe ohne Bau setzte sich der Strukturwandel weiter fort. Im Jahr 2010 waren 77 % aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor und nur noch 17 % im Produzierenden Gewerbe ohne Bau beschäftigt (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: 1,4 %). Für das Baugewerbe betrug der Anteil der Erwerbstätigen 4,8 %. 1991 waren in der Industrie noch 28 % und im Dienstleistungssektor knapp 64 % aller Erwerbstätigen

beschäftigt. Der Anteil des Baugewerbes an der Gesamtbeschäftigung betrug 1991 rund 6,1 %, und in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei arbeiteten damals noch 2,4 % aller Erwerbstätigen.

Zusätzlich übten zur Jahresmitte 2010 rund 192 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer zusätzlich zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen geringfügigen Nebenjob aus, gegenüber dem Vorjahr waren das 7800 oder 4,3 % mehr.

Arbeitszeit steigt

Die rund 3,13 Mill. Erwerbstätigen in Hessen arbeiteten im Jahr 2010 insgesamt über 4,504 Mrd. Std. Das waren knapp 110 Mill. Arbeitsstunden oder 2,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden geringfügig über dem Niveau von 2008, vor Beginn der Wirtschaftskrise. Der bisherige Höchststand im Jahr 2001 (4,518 Mrd. Std.) wurde nur knapp verfehlt. Ausschlaggebend für das zweitbeste Ergebnis seit Beginn der Berechnungen waren der hohe Beschäftigungsstand und ein Kalendereffekt. 2009 sank im Vergleich zum Vorjahr das geleistete Arbeitsvolumen um 100 Mill. Std. oder 2,2 %. Deutschlandweit betrug der Anstieg 2010 gegenüber dem Vorjahr 2,6 %.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden entwickelte sich im Berichtsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr deutlich besser als die Zahl der Erwerbstätigen, deren Zuwachs mit 0,3 % relativ moderat ausfiel. Ausschlaggebend hierfür waren – als Reaktion auf die wirtschaftliche Erholung – die Rückkehr zu tarifvertraglich geregelten Wochenarbeitszeiten, die Rückführung der Kurzarbeit und der Aufbau von Überstunden. Auch standen im Berichtsjahr 2 Werktage mehr zur Verfügung. Unter Ausschaltung des Kalendereffektes betrug der Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden 1,7 % oder 75 Mill. Std.

Besonders auffällig ist der Anstieg im Verarbeitenden Gewerbe, wo insgesamt 3,9 % mehr Arbeitsstunden geleistet wurden, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen um 1,8 % sank. Im Krisenjahr 2009 verringerten sich die Arbeitsstunden wegen der starken Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen (- 3,1 %) und der Inanspruchnahme der Kurzarbeit um 9,4 %.

Die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen betrug im Jahr 2010 rund 1438 Std. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 30 Std. oder 2,2 %. Das Vorkrisenniveau (2008) von 1442 Jahresarbeitsstd. wurde knapp verfehlt. Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitsstd. 2010 gegenüber dem Vorjahr sogar um 5,8 % auf 1416 Std. je Erwerbstätigen (+ 78 Std.), nach einem Rückgang im Krisenjahr 2009 von 6,5 % oder 93 Std.

Arbeitslosenzahl sinkt

Die Arbeitslosenzahl verringerte sich 2010 deutlich. Im Jahresdurchschnitt waren in Hessen 198 800 Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet, rund 12 400 oder 6,0 % weniger als ein Jahr zuvor. Im Jahresverlauf war der Stand unterschiedlich. Während zu Beginn des Jahres die Arbeitslosigkeit sich noch leicht erhöhte, war im Februar und März der Rückgang eher unauffällig. Seit April waren die Rückgänge zwischen 6,6 % (November und Dezember) und 9,4 % (August) überdurchschnittlich.

Die Arbeitslosigkeit nahm in Hessen stärker ab als in Deutschland insgesamt bzw. in Westdeutschland (- 5,2 bzw. - 3,8 %). In Ostdeutschland war die Abnahme mit 8,2 % stärker. Fast alle Bundesländer meldeten im Jahresdurchschnitt einen Rückgang an Arbeitslosen; nur in Bremen gab es einen leichten Anstieg (+ 1,3 %). Den stärksten Rückgang im Länderranking hatten Thüringen (- 14,0 %), Sachsen-Anhalt und Brandenburg (jeweils knapp - 10 %). In den alten Ländern meldeten Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 6,0 % die höchsten Abnahmeraten.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug in Hessen 6,4 %. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,4 Prozentpunkte ab und lag damit weiterhin unter der westdeutschen Quote (6,6 %). Innerhalb der Bundesländer belegt Hessen hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz weiterhin den vierten Platz.

Betrachtet man die Entwicklung nach Rechtskreisen, so wird deutlich, dass sich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr im Rechtskreis SGB III um 6700 oder 9,2 % und im Rechtskreis SGB II um 5700 oder 4,1 % verringerte. Jahresdurchschnittlich lag das Betreuungsverhältnis 2010 bei rund 67 % im Rechtskreis SGB II bzw. 33 % im Rechtskreis SGB III. Der Rechtskreis SGB III, der näher an der aktuellen konjunkturellen Entwicklung ist, reagierte stärker auf die Krise und profitierte in 2010 in größerem Maße vom Aufschwung; dort war der jahresdurchschnittliche Anteil der Arbeitslosen 1,2 Prozentpunkte niedriger als 2009.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt war bei den Männern deutlich stärker als bei den Frauen. Die Arbeitslosigkeit der Frauen verringerte sich um 4,2 % und die der Männer um 7,3 %. Der Anteil der Männer an der Arbeitslosenzahl insgesamt verringerte sich nur marginal von knapp 54 auf nunmehr 51 %. Damit ist der Anteil der Männer an den Arbeitslosen insgesamt immer noch um 2 Prozentpunkte höher als im Jahr vor Beginn der Krise 2008. Der Grund liegt darin, dass im Krisenjahr 2009 ausschließlich die Männer einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 9,4 % vermeldeten, während die

Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter¹⁾ in Hessen

Jahr Monat	Arbeitslose					SGB II	Arbeits- losen- quote ²⁾	Arbeitslosenquote ³⁾				Offene Stellen	Kurz- arbeiter
	ins- gesamt	und zwar						und zwar der					
		Männer	Frauen	Jugendl. (unter 20 J.)	Aus- länder			Männer	Frauen	Jugendl. (unter 20 J.)	Aus- länder		
2008 D	204 417	104 023	100 392	4 780	51 205	143 678	6,6	6,3	7,0	4,7	14,7	32 746	7 201
2009 D	211 156	113 816	97 340	4 609	50 819	138 909	6,8	6,9	6,7	4,4	14,8	24 493	73 030
2010 D	198 790	105 536	93 254	3 837	48 154	133 202	6,4	6,4	6,4	3,9	14,0	30 821	...
2009 Oktober	198 385	105 779	92 606	4 346	48 220	133 724	6,4	6,4	6,4	4,1	14,0	24 676	73 945
November	195 081	104 283	90 798	3 985	47 629	132 335	6,3	6,3	6,3	3,8	13,9	23 733	63 738
Dezember	197 599	106 478	91 121	3 887	47 997	133 139	6,4	6,4	6,3	3,7	14,0	23 623	57 274
2010 Januar	215 652	118 880	96 772	3 964	51 185	138 680	7,0	7,2	6,7	3,8	14,9	22 810	66 420
Februar	217 103	120 542	96 561	4 007	51 179	138 455	7,0	7,3	6,7	3,8	14,9	24 451	66 392
März	213 659	117 884	95 775	3 873	50 827	138 668	6,9	7,1	6,6	3,7	14,8	25 356	56 780
April	208 241	112 368	95 873	3 549	50 071	138 056	6,7	6,8	6,6	3,4	14,6	27 144	38 398
Mai	200 136	106 521	93 615	3 464	48 558	135 646	6,5	6,5	6,4	3,6	14,2	29 510	31 247
Juni	196 143	103 390	92 753	3 486	47 531	133 962	6,3	6,3	6,4	3,7	13,9	31 923	24 879
Juli	200 301	103 969	96 332	4 779	47 830	133 250	6,5	6,3	6,6	5,0	14,0	34 399	17 222
August	196 460	101 151	95 309	4 647	47 500	132 295	6,3	6,1	6,6	4,9	13,9	35 012	...
September	187 559	96 572	90 987	4 088	46 106	128 591	6,1	5,9	6,3	4,3	13,5	35 331	...
Oktober	183 601	94 289	89 312	3 503	45 510	126 663	5,9	5,7	6,1	3,7	13,3	35 643	...
November	182 132	94 117	88 015	3 304	45 511	126 678	5,9	5,7	6,1	3,5	13,3	35 059	...
Dezember	184 493	96 748	87 745	3 374	46 039	127 477	6,0	5,9	6,0	3,5	13,4	33 210	...

1) Basiswerte der BA (Quelle: Internet); Stand: Dezember 2010. — 2) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. — 3) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Arbeitslosigkeit der Frauen sank (- 3,0 %). Männer waren von der wirtschaftlichen Krise stärker betroffen. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, sank bei den Frauen um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 % und war damit genauso hoch wie die der Männer. Die Anzahl der arbeitslosen Männer lag aber noch über dem Vorkrisenniveau von 2008, während die Frauen diesen Wert deutlich unterschritten (- 7,0 %).

Besonders vom Rückgang der Arbeitslosigkeit konnte die Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen profitieren. Ihre Arbeitslosenzahl verringerte sich mit - 14,8 % relativ am stärksten, wobei die Teilgruppe der Jugendlichen unter 20 Jahre sogar einen Rückgang von 16,7 % meldete. Entsprechend lag die Quote (6,0 %) der 15- bis unter 25-Jährigen klar unter der hessischen Gesamtarbeitslosenquote von 6,4 %. Für die Älteren von 50 bis unter 65 Jahren stieg die Arbeitslosenzahl um knapp 3,0 %, bei der Teilgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen betrug der Anstieg sogar 8,8 %. Die Zunahme lag vor allem daran, dass Ende 2007 vorruhestandsähnliche Regelungen ausliefen. Personen, die diese Regelungen in Anspruch nahmen, wurden nun als Arbeitslose gezählt. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,0 % und war damit genauso hoch wie im Vorjahr.

Innerhalb der Regionen Hessens war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sehr unterschiedlich. In 22 der 26 Landkreise und kreisfreien Städte verringerte sich 2010 im Vergleich zu 2009 die Arbeitslosenzahl. Die relativ stärksten Rückgänge meldeten durchweg nordhessische Kreise. Sämtliche Kreise des Regierungsbezirkes Kassel meldeten relative Rückgänge, die zum Teil weit im zweistelligen Bereich lagen. Am stärksten war dort der Abbau der Arbeitslosigkeit in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg (- 17 %) bzw. Waldeck-Frankenberg und in der kreisfreien Stadt Kassel (jeweils mehr als - 15 %). Auch im Regierungsbezirk Giessen konnten alle 5 Landkreise einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen; allerdings waren hier die relativen Abnahmeraten mit 3,3 % (Lahn-Dill-Kreis) bis 8,2 % (Marburg-Biedenkopf) deutlich geringer. Heterogener war die Entwicklung im südhessischen Bereich. Hier meldeten 10 der 14 kreisfreien Städte und Landkreise eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen, die in der kreisfreien Stadt Darmstadt und im Landkreis Bergstraße mit jeweils über 9,0 % am stärksten ausfiel. Die geringsten Abnahmeraten registrierten die kreisfreie Stadt Offenbach und der Rheingau-Taunus-Kreis (jeweils - 1,0 %). 3 Regionen verzeichneten dagegen Zuwächse. Am stärksten stieg die Arbeitslo-

sigkeit im Main-Taunus-Kreis (+ 4,0 %) und im Hochtaunuskreis (+ 3,0 %). Es folgte mit 1,0 % die kreisfreie Stadt Wiesbaden. Im Landkreis Offenbach verharrte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in etwa auf dem Vorjahresstand (+ 0,2 %).

Auf der Ebene der Regierungsbezirke meldeten alle 3 Regionen Abnahmen der Arbeitslosenzahl, am stärksten der Regierungsbezirk Kassel mit fast 14 %. Mit deutlichem Abstand folgten der Regierungsbezirk Giessen (- 6,0 %) und der Regierungsbezirk Darmstadt, der eine Abnahme von nur 3,0 % verzeichnete. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 % lag erstmals der Regierungsbezirk Kassel auf dem Niveau des Landesdurchschnitts. Die Quote war damit genauso hoch wie die im südhessischen Raum. Nur der Regierungsbezirk Gießen lag noch 0,2 Prozentpunkte über dem landesweiten Wert.

Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot und insbesondere die den hessischen Agenturen für Arbeit gemeldeten Stellen nahmen 2010 im Vergleich zum Vorjahr zu. In der Jahressumme gab es mit 164 300 Stellenzugängen rund 38 300 oder gut 30 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Stellenbestand stabilisierte sich im dritten Quartal 2009 und nahm seit September 2009 in saisonbereinigter Rechnung zu, wobei sich der Aufwärtstrend 2010 verstärkt fortsetzte. Im Jahresverlauf stieg der Stellenbestand um 6300 oder 25 % auf 30 820 offene Stellen. Damit lag der Bestand zwar über dem Durchschnitt der letzten 6 Jahre, war aber noch unter dem Stand vor Beginn der Krise 2008 (32 700). Insgesamt betrachtet zeigt der Anstieg der gemeldeten Stellen, dass ein günstigeres Umfeld für den Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein Beschäftigungsverhältnis besteht.

Im Dezember 2010 gingen Anzeigen für 7850 Kurzarbeiter ein, nach Anzeigen im November für 5630 und 3960 im Oktober. Berücksichtigt man nur die konjunkturelle Kurzarbeit nach § 170 SGB III, wurden im Dezember 2500 Kurzarbeiter angezeigt, nach 2770 im November und 3220 im Oktober. Auf dem Höhepunkt der Inanspruchnahme im zweiten Quartal 2009 erhielten fast 90 000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 170 SGB III. Nach den aktuellen Zahlen wurde im Juli 2010 an rund 17 000 Personen Kurzarbeitergeld gezahlt. Damit erreichten die Kurzarbeiterzahlen im Juli noch knapp 19 % des Höhepunktes der Inanspruchnahme.

Ausblick

Aufgrund der positiven Wirtschaftsprognosen dürfte für das Jahr 2011 eine weiter steigende Arbeitsnachfrage zu erwarten sein. Unklar bleibt, wie sich die aktuelle Entwicklung in den arabischen Staaten auswirkt und inwieweit es insbesondere bei den Rohstoffen zu einer weite-

ren merklichen Preissteigerung kommen wird. Auch sind die Auswirkungen der vollständigen Freizügigkeit der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL-8-Staaten) ab Mai 2011 noch vollkommen offen. Nach der Regionalprognose des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) sinkt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in der mittleren Variante auf rund 177 300 Arbeitslose und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt dementsprechend um 1,4 % auf 2,2 Mill. Beschäftigte. Die Zahl der Erwerbstätigen könnte demnach – auch aufgrund des statistischen Überhanges zu Beginn des Jahres – um rund 18 000 Personen höher sein und bei 3,15 Mill. Erwerbstätigen liegen. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2011 das Niveau vor der Krise erreichen.

Außenhandel beflügelt Konjunktur

Im vergangenen Jahr konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 51,6 Mrd. Euro im Ausland absetzen. Das waren annähernd 20 % mehr als im Krisenjahr 2009. Damit übertraf die **Ausfuhr** auch den Wert von 2008, der mit 51,4 Mrd. Euro den bisherigen Höchststand markierte. Eine so starke Zunahme war zuletzt im Jahr 1976 verzeichnet worden. Gut 59 % der Ausfuhren gingen in die – neben Deutschland – 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), darunter allein gut 40 % in die Staaten der Eurozone. Bei der Ausfuhr in die EU kam es – ebenso wie bei der Eurozone – im Jahresvergleich zu einem Anstieg von fast 19 %, der damit, wie schon in den Vorjahren, unter dem Durchschnitt lag. Mehr Waren gelangten aus Hessen vor allem nach Malta (+ 671 %), Schweden (+ 45 %), Zypern (+ 39 %), Luxemburg (+ 36 %), in die Tschechische Republik, die Niederlande (jeweils + 33 %) und die Slowakei (+ 32 %), Litauen und Estland (jeweils + 27 %), Ungarn (+ 26 %), Italien (+ 25 %), Spanien (+ 22 %) sowie Portugal und Bulgarien (+ 20 %). Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen Slowenien (+ 19 %), Finnland (+ 16 %), Österreich, Frankreich und Polen (jeweils + 14 %), Rumänien (+ 13 %), das Vereinigte Königreich (+ 10 %), Dänemark (+ 9 %), Belgien (+ 6 %) und Lettland (+ 1 %). Für zwei Mitgliedstaaten der EU verlief die Entwicklung negativ: Bei Griechenland (- 15 %) fiel der Rückgang am stärksten aus, bei Irland (- 1 %) war das Minus noch schwach ausgeprägt. In die Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) wurden gut 4 % der hessischen Ausfuhren geliefert; dort kam es im Jahresvergleich zu einer Abnahme von fast 1 %. Dabei gab es beim Handel mit der Schweiz allerdings ein Plus von 1 %. Insgesamt erreichten die europäischen Staaten einen Anteil von gut 68 % bei der hessischen Ausfuhr; im Vergleich zum Jahr 2009 gab es hier eine Zunahme von gut 17 %.

Von den Staaten Amerikas wurden gut 13 % (6,8 Mrd. Euro) der hessischen Ausfuhren aufgenommen; das war

ein Plus von gut 27 %. Mit gut 28 % nahm der Wert der hessischen Ausfuhren in die USA (4,8 Mrd. Euro) zu; diese nahmen damit vor Frankreich den Spitzenplatz in der Rangfolge der Absatzgebiete ein. Nach den USA stand in Amerika Brasilien mit 595 Mill. Euro und einer Zunahme von fast 32 % an zweiter Stelle. Die USA erreichten einen Anteil an der hessischen Gesamtausfuhr von gut 9 %, für Brasilien betrug er gut 1 %.

15,5 % der hessischen Ausfuhren gelangten in den asiatischen Raum. Ihr Wert stieg überdurchschnittlich, und zwar um fast 26 %, auf 8 Mrd. Euro. Die wichtigsten Abnehmer waren dort China, Japan, Taiwan und die Republik Korea. Die Ausfuhren in die Volksrepublik China nahmen um 36,5 % auf 2,1 Mrd. Euro zu, diejenigen nach Japan um 29,5 % auf 1,1 Mrd. Euro, nach Taiwan um knapp 91 % auf 842 Mill. Euro und in die Republik Korea um 28 % auf 819 Mill. Euro. Während China einen Anteil von gut 4 % an den hessischen Exporten hatte, kamen Japan, Taiwan und die Republik Korea jeweils auf etwa 2 %. Zwar liegt China damit immer noch hinter z. B. Belgien und nur wenig vor Spanien, wohin 2010 hessische Güter im Wert von 2,5 bzw. 2,1 Mrd. Euro gelangten. Chinas Beitrag zum Gesamtwachstum der hessischen Ausfuhr lag mit fast 7 % aber noch vor demjenigen Frankreichs (gut 6 %). Im Gegensatz zum allgemeinen Trend gingen die Ausfuhren in die 12 Mitgliedstaaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) 2010 um ein Fünftel auf 1,2 Mrd. Euro zurück. Damit erreichten diese Staaten insgesamt einen Anteil von gut 2 %, der zwischen dem der Russischen Föderation und dem von Schweden lag.

Hinsichtlich der Dynamik hessischer Ausfuhren zeigt sich Folgendes: Betrachtet man die Staaten und Staatengruppen, die 2010 einen Anteil von mindestens 2 % an der Gesamtausfuhr hatten, so lag bei den Ausfuhren Schweden mit einem Plus von 45 % an der Spitze, gefolgt von der Volksrepublik China mit 36,5 %, der Tschechischen Republik und den Niederlanden mit knapp einem Drittel, Japan mit 29,5 % und den Vereinigten Staaten von Amerika mit gut 28 %.

Ausgeführt wurden mit einem Anteil von gut 94 % fast ausschließlich Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft. Darunter dominierten mit 85,5 % wiederum die Fertigwaren, wobei Enderzeugnisse mit gut 71 % Gesamtanteil den Hauptbeitrag leisteten. Im Vordergrund standen mit 13,5 Mrd. Euro chemische und pharmazeutische Erzeugnisse. Sie verbuchten im Vergleichszeitraum ein Plus von gut 14 % und stellten gut 26 % der gesamten hessischen Ausfuhren. Es folgten Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör, deren Ausfuhrwert um 27 % auf 6,1 Mrd. Euro zunahm. Dies entsprach einem Anteil von fast 12 %. Maschinen kamen mit einem Plus von knapp 15 % und einem Wert von 5,8 Mrd. Euro sowie einem Anteil von gut 11 % auf Rang drei. Es folgten elektrotechni-

sche Erzeugnisse mit einem Anteil von 11 %, Eisen- und Metallwaren mit einem Anteil von annähernd 7 % sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse mit 6,5 %. Mit einem Plus von 44,5 % entwickelte sich die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse besonders dynamisch, dort dominierten Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung. Die höchste Zunahme unter den wichtigeren Ausfuhrsgütern gab es beim Gold für gewerbliche Zwecke: Dessen Wert stieg auf 1,3 Mrd. Euro und damit auf fast das Zweieinhalbfache.

Bei der **Einfuhr**, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt – insbesondere ist der letztendliche Verbleib der Waren zum Zeitpunkt der Einfuhr nicht immer bekannt –, nahm der Wert im Vergleichszeitraum um fast 17 % auf 68,3 Mrd. Euro zu. Im Gegensatz zur Ausfuhr liegt dieser Wert noch deutlich unter demjenigen von 2008. Der Anteil der EU-Staaten lag bei fast 55 %; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt nahm binnen Jahresfrist um fast 11 % zu. Die Eurozone kam mit einer Zunahme von fast 8 % auf einen Anteil von knapp 38 % an der Gesamteinfuhr. Besonders kräftige Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Estland (+ 95 %), Malta (+ 85 %), Litauen (+ 69 %), Rumänien (+ 46 %), Finnland (+ 45 %), der Tschechischen Republik (+ 39 %), Bulgarien (+ 29,5 %) und den Niederlanden (+ 26 %). Über dem Durchschnitt der EU lagen hinsichtlich ihrer Zunahme noch Schweden, Portugal, Lettland, Slowenien, die Slowakei, Griechenland, Polen, das Vereinigte Königreich, Ungarn und Österreich; unter dem Durchschnitt blieben Frankreich, Dänemark, Spanien und Italien. Sogar negativ war die Entwicklung für Belgien, Irland, Zypern und Luxemburg. Der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten – dort fast ausschließlich aus der Schweiz – stieg um annähernd 15 % auf 3,7 Mrd. Euro. Ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei gut 5 %. Insgesamt kamen knapp 63 % aller hessischen Einfuhren aus europäischen Staaten. Mit fast 12 % Zunahme fiel die Entwicklung schlechter als der Durchschnitt aus.

Aus Asien stammten gut 23 % der hessischen Importe. Ihr Wert stieg binnen Jahresfrist um knapp 30 % auf 16 Mrd. Euro. An erster Stelle stand dort die Volksrepublik China mit einer Zunahme von gut 40 % auf 6,5 Mrd. Euro, gefolgt von Japan, aus dem bei einem Plus von fast 16 % Waren im Wert von 3 Mrd. Euro nach Hessen gelangten. Die Einfuhr aus der Republik Korea stieg dagegen nur um gut 4 % auf 2 Mrd. Euro. Die Anteile der genannten 3 Länder an der Gesamteinfuhr lagen bei knapp 9,5 % für die Volksrepublik China, gut 4 % für Japan und knapp 3 % für die Republik Korea. China hat damit erstmals den Spitzenplatz unter allen Staaten eingenommen.

Aus Amerika stammten mit einem Wert von 7,4 Mrd. Euro fast 11 % der nach Hessen eingeführten Waren.

Dies war im Jahresvergleich ein Plus von gut 17 %. Hier dominierten bei einer Zunahme um annähernd 16 % auf 6 Mrd. Euro weiterhin die USA. Mit einem Anteil von knapp 9 % sind sie nach China und vor den Niederlanden und Frankreich der wichtigste Partner auf der Einfuhrseite.

Auch bei der Einfuhr standen Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft mit einem Anteil von gut 91 % im Vordergrund. Darunter waren Fertigwaren zu annähernd 77 % beteiligt, wobei Enderzeugnisse mit fast 68 % dominierten. Unter den Enderzeugnissen wurden hauptsächlich Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Maschinen aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Der Wert der Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör stieg um 1,5 % auf 10,3 Mrd. Euro, der Wert der elektrotechnischen Erzeugnisse dagegen um 32 % auf 10 Mrd. Euro. Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse nahmen um gut 19 % auf 8,9 Mrd. Euro zu. Bei den Maschinen kam es zu einem Plus um 17 % auf 7,9 Mrd. Euro.

Inflationsrate blieb mit 0,8 % niedrig

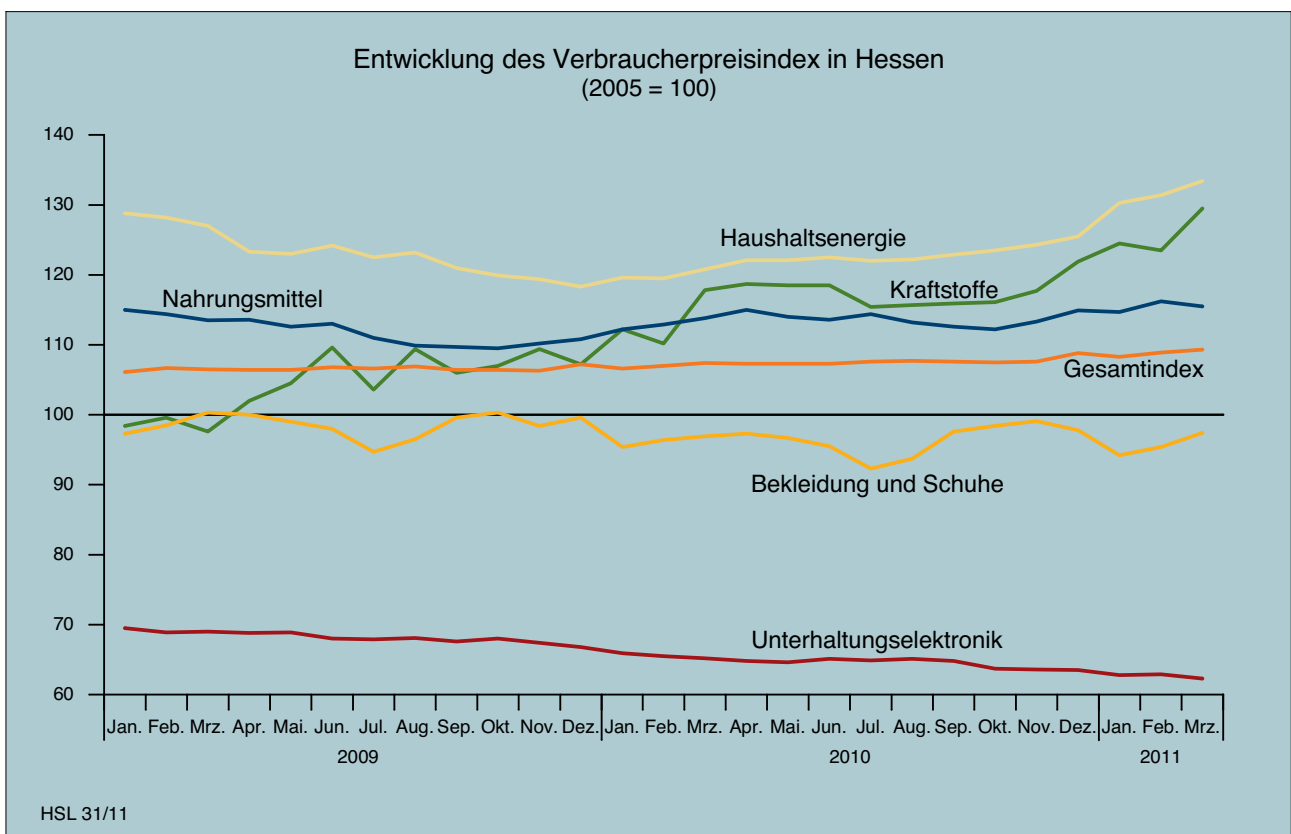
Im Durchschnitt des Jahres 2010 lag das **Verbraucherpreisniveau** in Hessen 0,8 % über dem Vorjahreswert. Zum Jahresende hin stieg die Inflationsrate und erreichte im Dezember mit 1,5 % den höchsten Wert seit Oktober 2008 (damals lag die Zunahmerate bei 2,0 %). Dieser Trend hielt Anfang 2011 an (Januar: + 1,6 %; Februar

und März: jeweils + 1,8 %). Im „Krisenjahr“ 2009 hatte die Inflationsrate mit durchschnittlich + 0,1 % und - 0,9 % im Juli einen historischen Tiefpunkt für Hessen erreicht.

Während die Inflationsrate 2009 durch stark sinkende Preise (- 15,9 %) für die von den Endverbrauchern nachgefragten Mineralölprodukte Heizöl und Kraftstoffe nach unten gedrückt wurde, hoben 2010 wieder kräftig steigende Preise (+ 13,7 %) für Mineralölprodukte die Inflationsrate merklich nach oben. Darunter verteuerte sich Heizöl (+ 22,4 %) deutlich stärker als die Kraftstoffe (+ 11,6). Wie stark die Preisentwicklung der Mineralölprodukte die Inflationsraten beeinflusst hat, zeigt eine „alternative Berechnung“. Ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet lag die durchschnittliche Inflationsrate 2009 bei 0,9 % und 2010 bei 0,3 %.

Gas, dessen Preis in der Regel dem des Heizöls mit einem Zeitverzug von gut einem halben Jahr folgt, wurde zwar im Durchschnitt des Jahres 2010 um 8,8 % billiger, jedoch drehte sich die Entwicklung seit Oktober ins Plus, sodass Gas im Dezember 2010 schon 6,3 % teurer war als im Dezember 2009. Für Strom zahlten die Verbraucher 2010 durchschnittlich 1,4 % höhere Preise als im Jahr zuvor.

Der Einfluss der Nahrungsmittelpreise auf die Inflationsrate verstärkte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Im Durchschnitt des Jahres 2010 lagen die Preise für Nahrungsmittel 1,4 % über dem Vorjahresniveau, im Dezember kosteten Nahrungsmittel 3,7 % mehr als vor



Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr Monat ⁴ in % ⁴	Verbraucherpreis- index ¹⁾ (2005 = 100)		Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden ¹⁾ (2005 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾ (2005 = 100)		Index der Erzeugerpreise					
							landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (2000 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ (2005 = 100)			
	in Hessen				in Deutschland ³⁾							
	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- nahme in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾		
2006	D	101,4	1,4	101,3	1,3	103,5	3,5	107,3	7,3	105,4	5,4	
2007	D	103,6	2,2	107,4	6,0	107,1	3,5	119,9	11,7	106,8	1,3	
2008	D	106,5	2,8	110,6	3,0	112,9	5,4	124,3	3,7	112,7	5,5	
2009	D	106,6	0,1	111,9	1,2	105,0	-7,0	100,6	-19,1	108,0	-4,2	
2010	D	107,5	0,8	113,3	1,3	111,2	5,9	114,0	13,3	109,7	1,6	
2009	Juli	106,6	-0,9	.	.	104,8	-10,6	101,0	-22,5	106,5	-7,8	
	August	106,9	-0,3	111,9	0,6	105,5	-8,3	100,3	-21,4	107,0	-6,9	
	September	106,4	-0,8	.	.	105,3	-8,1	98,2	-20,3	106,5	-7,6	
	Oktober	106,4	-0,1	.	.	104,9	-7,0	98,3	-16,8	106,5	-7,6	
	November	106,3	0,3	112,1	0,8	105,6	-3,2	101,5	-10,4	106,6	-5,9	
	Dezember	107,2	0,8	.	.	105,8	0,2	102,5	-6,6	106,5	-5,2	
2010	Januar	106,6	0,5	.	.	107,2	1,9	103,2	-3,3	107,3	-3,4	
	Februar	107,0	0,3	112,5	0,6	107,3	2,1	104,7	-2,1	107,3	-2,9	
	März	107,4	0,8	.	.	108,7	4,3	105,2	0,4	108,0	-1,5	
	April	107,3	0,8	.	.	110,6	6,0	106,3	3,3	108,9	0,6	
	Mai	107,3	0,8	113,2	1,3	110,9	6,2	108,2	6,0	109,2	0,9	
	Juni	107,3	0,5	.	.	110,7	5,1	110,5	8,0	109,9	1,7	
	Juli	107,6	0,9	.	.	110,4	5,3	111,4	10,3	110,4	3,7	
	August	107,7	0,7	113,6	1,5	112,2	6,4	117,7	17,3	110,4	3,2	
	September	107,6	1,1	.	.	113,3	7,6	119,3	21,5	110,7	3,9	
	Oktober	107,5	1,0	.	.	113,0	7,7	119,8	21,9	111,1	4,3	
	November	107,6	1,2	113,9	1,6	113,8	7,8	122,6	20,8	111,3	4,4	
	Dezember	108,8	1,5	.	.	115,9	9,5	127,0	23,9	112,1	5,3	
2011	Januar	108,3	1,6	.	.	117,3	9,4	131,0	26,9	113,4	5,7	
	Februar	108,9	1,8	115,0	2,2	118,9	10,8	.	.	114,2	6,4	
	März	109,3	1,8	.	.	120,5	10,9	.	.	114,7	6,2	

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

einem Jahr. Deutlich teurer im Jahresdurchschnitt waren vor allem Butter (+ 24,4 %), Gemüse (+ 7,7 %) und Obst (+ 6,0 %).

Die Preise von Gebrauchsgütern sanken 2010 um durchschnittlich 0,9 % (2009: + 0,2 %). Billiger wurden vor allem Unterhaltungselektronik (- 5,1 %), Bekleidung und Schuhe (- 2,1 %), Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 1,3 %) sowie Haushaltsgeräte (- 0,3 %). Dagegen kosteten beispielsweise Glaswaren und Tafelgeschirr 2,9 % sowie Werkzeuge und Gartengeräte 2,2 % mehr als im Vorjahr.

Dienstleistungen (ohne Mieten) verteuerten sich 2010 um 0,8 % und damit etwas stärker als im Vorjahr (+ 0,6 %). Darunter stiegen die Preise für die Wartung

und Reparatur von Fahrzeugen (+ 2,8), für Sport- und Erholungsdienstleistungen sowie für ambulante Gesundheitsdienstleistungen (jeweils + 2,6 %) am deutlichsten. Der Anstieg der Mieten verlangsamte sich 2010 auf 1,0 % nach 1,3 % im Jahr 2009.

Der Index der **Einfuhrpreise** für Deutschland stieg im Durchschnitt des Jahres 2010 mit einem Plus von 7,8 % so stark wie seit 2000 (+ 10,2 %) nicht mehr. Damit wurde der Rückgang des Vorjahres (- 8,6 %) fast ausgeglichen. Insbesondere die Preisentwicklung bei Rohstoffen wie Erdöl und Erzen sowie Halbwaren wie Mineralölzeugnissen und Metallen trug zu diesem Anstieg bei. Die Preise für Rohöl lagen 2010 um 38,1 % und die für Mineralölzeugnisse um 34,4 % über dem Vorjahresniveau. Nicht-Eisen-Metallerze verteuerten sich um 42,0 %, und

Eisenerze um 31,0 %, Nickel um 60,0 % und Rohkupfer um 52,2 %. Deutliche Preissteigerungen gab es auch bei Nahrungs- und Futtermitteln. Getreide wurde 18,3 % und Kaffee 32,0 % teurer. Die Preise für Milch und Milchprodukte lagen durchschnittlich um 9,6 % über dem Vorjahresniveau.

Die Preiserhöhungen bei den Importen wirkten sich nur abgeschwächt auf die Erzeugerpreise aus. Der Index der **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** für Deutschland stieg im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,6 %, nach einem Rückgang von 4,2 % im Jahr 2009. Die Preise für Energie stiegen im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,4 %. Mineralöl-erzeugnisse waren 16,6 % und Strom 1,7 % teurer als im Vorjahr, Erdgas dagegen kostete 8,3 % weniger. Ohne Berücksichtigung von Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 1,7 %.

Der Index der **Großhandelspreise** lag für Deutschland im Jahresdurchschnitt 2010 um 5,9 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Jahr 2009 waren die Großhandelspreise um 7,0 % gesunken. Den stärksten Einfluss auf die Teuerungsrate 2010 hatten die Preissteigerungen im Großhandel mit Getreide und Futtermitteln (+ 20,2 %), mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug sowie mit Mineralöl-erzeugnissen (jeweils + 14,0 %).

Die **Baupreise** stiegen im Durchschnitt des Jahres 2010 wie im Vorjahr nur moderat an. Der Neubau von Wohngebäuden in Hessen war 2010 um 1,3 % teurer als im Vorjahr (2009: + 1,2 %). Die Leistungen der Heizungsbauer und der Elektriker verteuerten sich mit einem Plus von jeweils 2,5 % überdurchschnittlich. Die Preise für Betonarbeiten stiegen um 1,4 %, für Tischlerarbeiten um 1,3 %, für Zimmer- und Holzbauarbeiten um 1,2 % und für Mauerarbeiten um 1,0 %. Billiger wurden Stahlbauarbeiten (- 3,4 %) und das Anbringen von Rollläden (- 0,2 %).

Der Neubau von Bürogebäuden verteuerte sich 2010 um 1,2 % und von gewerblichen Betriebsgebäuden um 1,1 %. Für die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden mussten 1,5 % und für Schönheitsreparaturen in Wohnungen 1,4 % höhere Preise gezahlt werden. Die Herstellung von Außenanlagen wurde durchschnittlich 2,3 %, der Bau von Straßen 1,4 % und von Entwässerungskanälen 0,7 % teurer.

Verdienste stiegen wieder stärker

Der **Bruttomonatsverdienst** vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer lag 2010 bei durchschnittlich 3608 Euro. Darin enthalten sind der regelmäßige steuerpflichtige Arbeitslohn sowie bestimmte steuerfreie Zahlungen, etwa für Schichtarbeit oder zur betrieblichen Altersversorgung, jedoch keine Sonderzahlungen. Gegenüber 2009 nahm der Bruttomonatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten um 2,9 % zu, nach 1,6 % im Jahr zuvor.

Dieser statistische Durchschnittswert kann im Einzelfall deutlich unter- oder überschritten werden. Neben persönlichen Merkmalen des Arbeitnehmers bestimmen die Art der ausgeübten Tätigkeit sowie die Branche des Unternehmens, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, die Höhe der Entlohnung. Leitende Angestellte verdienen durchschnittlich 6424 Euro, Fachkräfte 2907 Euro und ungelernete Hilfskräfte 1907 Euro brutto im Monat.

Zu den Branchen mit niedrigerem Verdienstniveau gehören u. a. der Einzelhandel, das Gastgewerbe, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigungsfirmen. Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz) lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten bei 2668 Euro. Leitende Angestellte verdienen hier 5247 Euro, Fachkräfte 2311 Euro und ungelernete Hilfskräfte 1805 Euro brutto im Monat. Noch weniger verdienen die Beschäftigten von Wach- und Sicherheitsdiensten. Der Durchschnittsverdienst lag 2010 bei 2261 Euro. Auch hier gab es deutliche Unterschiede zwischen den Beschäftigtengruppen. Die Spanne reichte von durchschnittlich 1658 Euro für vollzeitbeschäftigte Hilfskräfte bis 5654 Euro für die leitenden Angestellten.

Ein überdurchschnittliches Verdienstniveau wurde 2010 in den Bereichen Finanzdienstleistungen (5474 Euro), chemische Industrie (4477 Euro), Energieversorgung (4292 Euro), Handelsvermittlung (4170 Euro) und Versicherungsdienstleistungen (4157 Euro) ermittelt.

Der Bruttojahresverdienst umfasst außer den regelmäßigen Monatszahlungen auch alle **Sonderzahlungen**, wie dreizehnter Monatslohn, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen sowie Abfindungen. Im Jahr 2010 erhielten die Vollzeitbeschäftigten durchschnittlich 5046 Euro (+ 0,5 % gegenüber 2009) Sonderzahlungen. Zusammen mit den Monatszahlungen ergab dies einen Bruttojahresverdienst von 48 337 Euro (+ 2,6 %). Die Höhe der Sonderzahlungen differiert abhängig von der jeweiligen Tätigkeit und der Branche noch stärker als der Monatsverdienst. Im Durchschnitt erreichten die jährlichen Sonderzahlungen den 1,4-fachen Wert des Monatsverdienstes. Die Sonderzahlungen der leitenden Angestellten (13 001 Euro; + 1,2 % gegenüber 2009) entsprachen dem 2,0-fachen, die der Fachkräfte (3287 Euro; + 3,1 %) dem 1,1-fachen und die der Hilfskräfte (1436 Euro; - 6,6 %) dem 0,8-fachen Wert des jeweiligen Monatsverdienstes.

Eine besondere Stellung nimmt in Hessen der Bereich „Finanzdienstleistungen“ ein, der sehr stark durch die Zentralen deutscher sowie die Niederlassungen ausländischer Banken am Finanzplatz Frankfurt geprägt ist. So erklären sich die hohen Sonderzahlungen (15 246 Euro; + 1,6 % gegenüber 2009) an die Vollzeitbeschäftigten in diesem Bereich, die rechnerisch 2,8 Monatsverdiensten

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und
im Dienstleistungsbereich (einschl. Beamte)

Jahr Quartal	Vollzeitbeschäftigte						Teilzeitbeschäftigte		
	je Stunde (ohne Sonderzahlungen)		je Monat (ohne Sonderzahlungen)		Sonderzahlungen		je Stunde		
	Euro	Zunahme in % ¹⁾	Euro	Zunahme in % ¹⁾	Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ¹⁾	Euro	Zunahme in % ¹⁾	
Männer									
2009	D ²⁾	22,05	2,6	3 705	1,3	5 606	- 14,8	17,28	1,8
2010	1. Quartal	22,56	3,2	3 762	2,8	1 086	0,3	17,40	1,5
	2. Quartal	22,62	2,7	3 828	3,8	1 773	6,7	17,59	2,0
	3. Quartal	22,45	1,5	3 830	2,8	573	- 8,6	17,76	2,2
	4. Quartal	22,64	1,8	3 857	2,9	2 241	0,0	17,74	2,0
	D ²⁾	22,57	2,4	3 819	3,1	5 670	1,1	17,63	2,0
Frauen									
2009	D ²⁾	18,09	2,9	3 042	2,6	3 649	- 7,1	16,18	2,7
2010	1. Quartal	18,39	2,6	3 094	2,8	504	- 11,1	16,35	2,1
	2. Quartal	18,50	2,2	3 120	2,7	951	1,0	16,49	1,5
	3. Quartal	18,45	1,6	3 122	2,1	294	- 10,9	16,52	1,7
	4. Quartal	18,49	1,8	3 132	2,3	1 842	1,3	16,57	2,2
	D ²⁾	18,46	2,0	3 117	2,5	3 603	- 1,3	16,48	1,9
Insgesamt									
2009	D ²⁾	20,86	2,6	3 506	1,6	5 019	- 13,2	16,34	2,6
2010	1. Quartal	21,29	3,0	3 561	2,8	909	- 1,9	16,50	2,0
	2. Quartal	21,38	2,5	3 614	3,5	1 524	5,2	16,65	1,6
	3. Quartal	21,25	1,5	3 617	2,6	489	- 8,9	16,70	1,8
	4. Quartal	21,39	1,9	3 638	2,7	2 118	0,1	16,74	2,2
	D ²⁾	21,33	2,3	3 608	2,9	5 046	0,5	16,65	1,9

1) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 2) Durchschnitt aus den 4 Quartalen, bei Sonderzahlungen Summe der 4 Quartale.

entsprachen. Die leitenden Angestellten erhielten mit 40 623 Euro (+ 24,0 %) den 4,6-fachen, die Fachkräfte ohne Führungsverantwortung mit 7 567 Euro (+ 35,0 %) den 2,2-fachen Monatsverdienst als Sonderzahlungen. Zu den Branchen mit relativ geringen Sonderzahlungen gehören der Einzelhandel (2361 Euro; + 1,9 %; 0,9-facher Monatsverdienst), das Gastgewerbe (1850 Euro; - 3,0 %; 0,8-facher Monatsverdienst) und das Baugewerbe (2294 Euro; + 11,7 %; 0,8-facher Monatsverdienst).

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdienten 2010 zwar im Durchschnitt mit 16,65 Euro (+ 1,9 %) brutto je Stunde merklich weniger als Vollzeitbeschäftigte (21,33 Euro; + 2,3 %). Allerdings ist dieser Unterschied weitgehend darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten insgesamt bei den weniger gut qualifizierten Arbeitnehmern und in den Branchen mit unterdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten höher ist. So erreichten die leitenden Angestellten bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anteil von gut 13 %, bei den Teilzeitbeschäftigten jedoch nur von gut 7 %. Dagegen hatten die Hilfskräfte bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anteil

von knapp 6 %, bei den Teilzeitbeschäftigten jedoch fast 15 %. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten lag 2010 bei 38,9 Wochenstunden (+ 0,6 %), die der Teilzeitbeschäftigten bei 24,1 Wochenstunden (+ 1,0 %).

Die **Reallöhne** der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer stiegen 2010 durchschnittlich um 1,5 %. Im Jahr 2009 waren die Reallöhne um 0,9 % gesunken. Die Veränderung der Reallöhne wird auf Grundlage der vierteljährlichen Verdiensterhebung berechnet. Der Reallohnindex ist ein Indikator für die Kaufkraft der effektiv gezahlten Löhne. Er misst die Entwicklung der (nominalen) Bruttoverdienste einschl. der Sonderzahlungen, bereinigt um Änderungen des Verbraucherpreisniveaus. Die Berechnung erfolgt mit einer konstanten Beschäftigtenstruktur, sodass die reine Lohnentwicklung in einer Volkswirtschaft dargestellt wird. Der Anstieg der Reallöhne 2010 wurde durch nur verhalten steigende Verbraucherpreise begünstigt. Die Inflationsrate in Hessen blieb mit 0,8 % sogar noch merklich unter dem Wert von 1,1 % für Deutschland insgesamt.

Die nominalen Bruttojahresverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lagen 2010 in Hessen um durchschnittlich 2,4 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Krisenjahr 2009 waren die Verdienste vor allem aufgrund steigender Kurzarbeit und deutlich reduzierter Sonderzahlungen um 0,8 % gesunken.

Weniger Unternehmen, aber mehr Verbraucher insolvent

Die hessischen Amtsgerichte entschieden 2010 über 11 994 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Das sind 4,4 % mehr als im Vorjahr (2009: + 4,9 %). Die Entwicklung bei den einzelnen Schuldnergruppen verlief jedoch sehr unterschiedlich. Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen (- 11 %) deutlich zurückging, stieg die Zahl der Insolvenzen der übrigen Schuldner (+ 7,5 %), zu denen auch die Verbraucherinsolvenzen (+ 11 %) gehören, weiter an. Dadurch sank 2010 der Anteil der Unternehmensinsolvenzen auf 15 % (2009: 17 %).

Der deutlich Anstieg der Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** im Krisenjahr 2009 (+ 19 %) konnte 2010 nur teilweise rückgängig gemacht werden. Mit 1742 Fällen lag deren Zahl zwar unter dem Vorjahreswert (1953 Fälle), aber höher als im Jahr 2008 (1638 Fälle). Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge ging 2010 auf 29 % zurück. Im Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre wurde fast jeder zweite Antrag abgewiesen, im Jahr 2009 waren es rund 31 %. Die offenen Forderungen der Gläu-

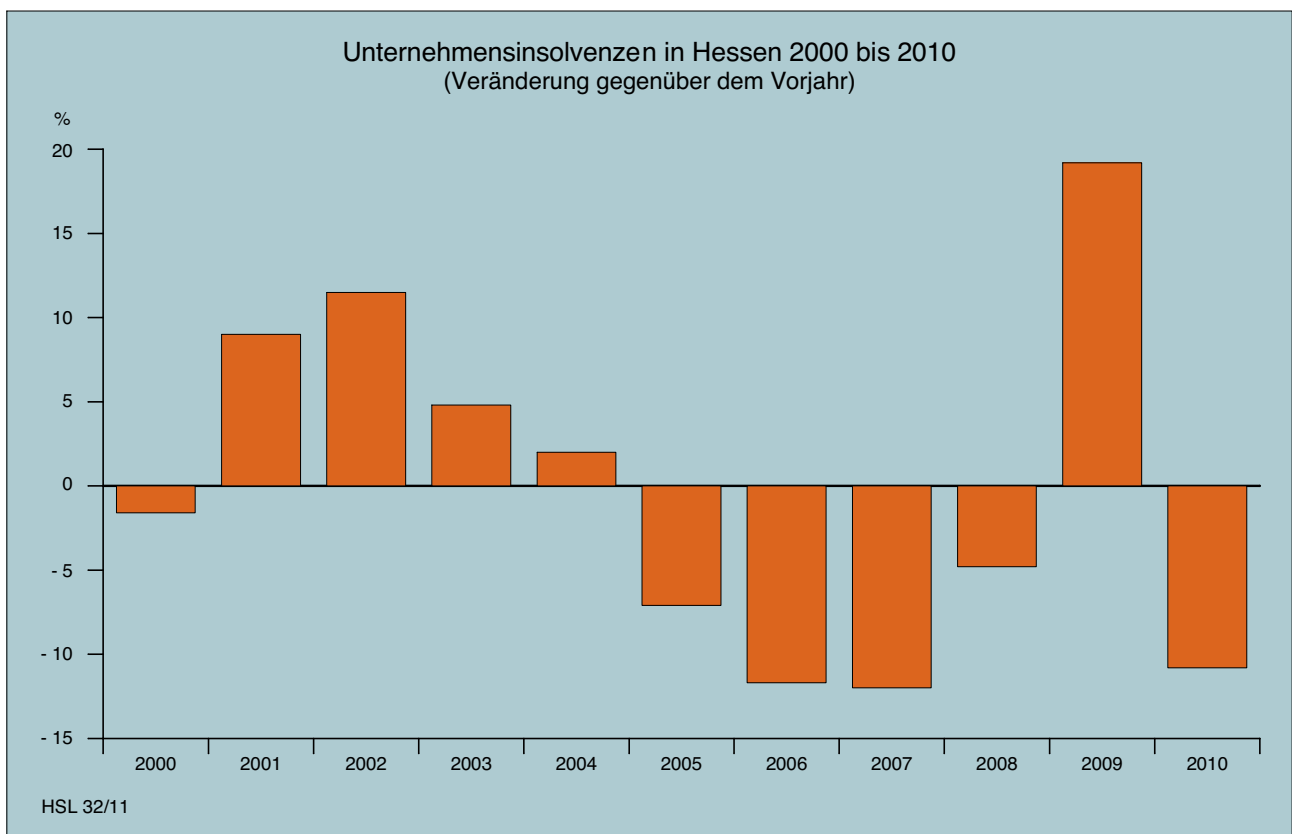
Entwicklung der Insolvenzen in Hessen 2000 bis 2010

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon	
		Unternehmensinsolvenzen	übrige Schuldner
2000	2 824	1 835	989
2001	3 220	2 000	1 220
2002 ¹⁾	5 122	2 230	2 892
2003	6 477	2 337	4 140
2004	7 530	2 383	5 147
2005	8 708	2 214	6 494
2006	10 475	1 954	8 521
2007	11 006	1 720	9 286
2008	10 947	1 638	9 309
2009	11 486	1 953	9 533
2010	11 994	1 742	10 252

1) Änderung der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001: Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher.

biger bezifferten die Gerichte für 2010 auf insgesamt gut 1,7 Mrd. Euro; soviel wie im Jahr zuvor. Dies entspricht rechnerisch rund 1 Mill. Euro je Unternehmensinsolvenz. Unmittelbar von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren 2010 rund 6800 Beschäftigte betroffen, im Krisenjahr 2009 waren es fast 19 000.

Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief unterschiedlich. Überdurchschnittlich stark ging



Insolvenzen nach Art der Schuldner

Art der Angabe	2009	2010	2009	2010
			Anteile in %	
Unternehmen	1 953	1 742	17,0	15,2
Übrige Schuldner	9 533	10 252	83,0	89,3
davon				
natürliche Personen als Gesellschafter	292	340	2,5	3,0
Verbraucher	6 803	7 557	59,2	65,8
ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	1 684	1 568	14,7	13,7
ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	557	611	4,8	5,3
Nachlässe	197	176	1,7	1,5
Insgesamt	11 486	11 486	100	100

die Zahl der Insolvenzanträge aus den Bereichen „Information und Kommunikation“ (- 19 %), „Verkehr und Lagerei“ sowie „Handel“ (jeweils - 17 %) und dem „Verarbeitenden Gewerbe“ (- 15 %) zurück. Von Unternehmen des Baugewerbes wurden 11 % weniger Insolvenzanträge gestellt, während im Gastgewerbe sogar ein Anstieg um gut 4 % beobachtet wurde.

In der regionalen Betrachtung schneidet im Jahr 2010 der Regierungsbezirk Kassel, gemessen an der Insolvenzhäufigkeit (66 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen), am besten ab. In dieses Bild passt der überdurchschnittliche Rückgang der Insolvenzfälle (- 17 %). Es folgt der Regierungsbezirk Darmstadt mit 71 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen, bei einer unterdurchschnittlichen Abnahme der Insolvenzfälle um 9 %. Am höchsten ist die Insolvenzhäufigkeit im Regierungsbezirk Gießen (75 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen), für den ein Rückgang der Insolvenzfälle von knapp 12 % ermittelt wurde.

Die Möglichkeit der **Verbraucherinsolvenz** wurde erst durch die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 geschaffen. Von Januar 1999 bis Dezember 2010 wurden in Hessen insgesamt 45 000 Anträge zur Eröffnung einer Verbraucherinsolvenz gestellt. Im Jahr 2010 haben die Amtsgerichte in Hessen 7557 Verfahren zur Eröffnung einer Verbraucherinsolvenz entschieden. Damit stieg die Zahl der neu beantragten Verbraucherinsolvenzen 2010 um 11 %. Lediglich in 204 Fällen wurde das Verfahren mangels Masse abgewiesen oder ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. In allen anderen Fällen eröffneten die Amtsgerichte das Insolvenzverfahren. Im Durchschnitt hatten die zahlungsunfähigen Verbraucher 65 900 Euro Schulden zu tragen. Die Insolvenzhäufigkeit lag in Hessen bei 12,5 Anträgen auf Verbraucherinsolvenz je 10 000 Einwohner.

19 % aller Insolvenzen betrafen Personen, die früher einer selbstständigen Tätigkeit nachgingen. Bei überschaubaren Verhältnissen (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse)

findet das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher Anwendung. Über ein Viertel der ehemals Selbstständigen konnte hiervon Gebrauch machen. Deren Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 9,7 % auf 611 gestiegen, die Zahl der ehemals Selbstständigen mit Regelinsolvenzverfahren um 6,9 % auf 1568 gesunken.

Verarbeitendes Gewerbe mit fulminantem Come back

Nach dem Krisenjahr 2009 mit dramatischen Auftrags- und Umsatzeinbußen erlebte das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2010 ein erstaunliches Come back. Bei Umsätzen und Auftragseingängen konnten die Vorjahresverluste nahezu ausgeglichen werden. Im Jahresverlauf verbesserte sich die Beschäftigungssituation erheblich. Allerdings wurde im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau noch deutlich verfehlt.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Verarbeitenden Gewerbe lag im Jahr 2010 mit 339 500 um 2,1 % niedriger als vor Jahresfrist. Im Januar hatte der Rückgang noch 5,0 % betragen, im Dezember gab es allerdings schon eine Zuwachsrate von 0,5 %. Im Jahresdurchschnitt gab die

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	2009	2010	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			2009	2010
			gegenüber	
			2008	2009
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	346,7	339,5	- 3,9	- 2,1
Geleistete Arbeitsstunden (in Mill.)	504,4	520,7	- 9,3	3,3
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. Euro)	14 965,8	15 277,3	- 5,7	2,1
Umsatz (in Mill. Euro)	82 405,5	93 735,7	- 13,1	13,7
davon				
Inlandsumsatz	42 066,8	46 569,3	- 11,8	10,7
Auslandsumsatz	40 338,7	47 166,3	- 14,4	16,9
dar. Eurozone	20 649,2	23 171,2	- 8,3	12,2
1) Betriebe mit im Allgemeinen 50 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.				

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 2010)

Zeitraum 2010	Beschäftigte ²⁾		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ³⁾	1000 Euro	Zunahme in % ³⁾	1000 Euro	Zunahme in % ³⁾	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % ³⁾		
Januar	336,8	- 5,0	6 216 600	1,5	3 174 895	6,5	21,7	11,1	30,1
Februar	335,5	- 4,8	6 884 852	2,4	3 631 361	5,4	17,9	19,0	17,1
März	336,6	- 3,9	8 198 013	14,9	4 064 615	20,3	31,4	33,7	29,7
April	336,5	- 3,4	7 189 826	10,8	3 458 578	12,6	26,8	32,0	23,0
Mai	336,6	- 3,0	7 666 803	16,8	4 013 528	21,4	19,1	25,5	14,6
Juni	337,6	- 2,5	8 280 382	17,6	4 114 754	17,3	24,5	26,5	22,8
Juli	339,8	- 1,5	7 668 075	10,8	3 720 362	12,2	- 23,6	- 45,8	12,9
August	341,6	- 0,8	7 694 172	18,7	3 955 691	23,7	16,4	11,4	20,5
September	343,6	- 0,4	8 558 206	14,6	4 225 860	17,3	5,0	5,1	5,0
Oktober	343,6	- 0,0	8 095 543	11,7	4 053 021	17,3	1,2	0,7	1,5
November	343,6	0,4	9 198 516	20,1	4 654 653	21,5	16,2	9,6	21,9
Dezember	342,8	0,5	8 084 689	23,6	4 099 011	26,2	16,2	16,3	16,0
1. Vj. D	336,3	- 4,6	21 299 465	6,6	10 870 871	10,9	23,9	21,4	25,8
2. Vj. D	336,9	- 3,0	23 137 011	15,1	11 586 860	17,2	23,5	27,9	20,3
3. Vj. D	341,7	- 0,9	23 920 453	14,6	11 901 914	17,6	- 3,9	- 18,6	12,3
4. Vj. D	343,3	0,3	25 378 748	18,3	12 806 686	21,6	10,7	8,5	12,5
2010 D	339,5	- 2,1	93 735 678	13,7	47 166 332	16,9	12,5	6,4	17,6

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) Bei Quartals- und Jahreszahlen jeweils Durchschnitt. — 3) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Beschäftigung im Chemie-/Pharmabereich um 1,9 % auf 55 400 Personen nach. Im Kraftwagensektor lag die Beschäftigtenzahl mit 45 300 sogar um 4,4 % unter dem Vorjahresniveau. Beim Maschinenbau gab es einen Rückgang von 3,7 % auf 36 700 Mitarbeiter. Dagegen verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren ein minimales Plus von 0,1 % auf 29 700 Beschäftigte. Einen Anstieg von 0,5 % auf 20 700 Personen verbuchten die Nahrungsmittelhersteller.

Nach einem dramatischen Rückgang der **Umsätze** um 13 % im Jahr 2009 gab es 2010 einen starken Anstieg von 14 % auf 93,7 Mrd. Euro. Die stärkste Dynamik ging von den Auslandsmärkten aus, sodass die Auslandsumsätze um 17 % auf 47,2 Mrd. Euro zunahmen. Aber auch der Anstieg der Inlandsumsätze um 11 % auf 46,6 Mrd. Euro konnte sich sehen lassen. Die Exportquote, der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag bei gut 50 %. Die stärksten Impulse gingen von der Nicht-Eurozone aus. Die Umsätze in diese Region erhöhten sich um 22 % auf 24 Mrd. Euro. Bei den Umsätzen in die Eurozone gab es ein Plus von 12 % auf 23,2 Mrd. Euro. Unter den großen Branchen erzielten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit einem Anstieg von 26 % auf 5,4 Mrd. Euro das stärkste Plus. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen steigerten ihren Um-

satz um 19 % auf 13,8 Mrd. Euro und der Maschinenbau um 10 % auf 8,1 Mrd. Euro. Der Chemie-/Pharmabereich übertraf mit 22,2 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um 9,0 %. Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren verzeichnete man einen Anstieg um 14 % auf 6,5 Mrd. Euro und bei den Herstellern von Nahrungsmitteln um 3,6 % auf 5,3 Mrd. Euro.

Die **Entgelte**, d. h. die Bruttobeträge einschl. der Zuschläge, aber ohne die Pflichtanteile der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, lagen im Jahr 2010 mit 15,3 Mrd. Euro um 2,1 % höher als im Jahr zuvor.

Die Zahl der **geleisteten Arbeitsstunden** aller Beschäftigten nahm mit 520,7 Mill. um 3,3 % zu. Damit nahm die Zahl der je Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden wieder auf 1534 zu, nachdem 2009 wegen Kurzarbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nur 1455 Stunden geleistet wurden.

Bereits im vierten Quartal 2008 hatte es bei den **Auftrags-eingängen** im Verarbeitenden Gewerbe einen heftigen Einbruch gegeben, der sich im ersten Halbjahr 2009 fortsetzte. Danach setzte eine Besserung ein. Trotzdem gab es im Jahresdurchschnitt 2009 einen unglaublichen Auftragsrückgang von 11 %. Im Jahr 2010 kam es zu einer kräftigen Erholung, die vor allem auf die Export-

nachfrage zurückzuführen war. Der Rückgang im dritten Quartal ist ausschließlich auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da es im Juli 2009 Großaufträge im Sonstigen Fahrzeugbau gab. Im gesamten Jahr 2010 nahmen die preisbereinigten Auftragseingänge um 13 % zu. Die Auftragseingänge aus dem Inland erhöhten sich um 6,4 %, diejenigen aus dem Ausland um 18 %. Unter den größten Branchen verbuchte der Maschinenbau mit 30 % den stärksten Anstieg. Elektrotechnik und Kraftwagensektor legten um 17 und 16 % zu. Die Chemische Industrie erhielt 16 % mehr Aufträge und die Pharmahersteller übertrafen das Vorjahresniveau um 3,0 %.

Bauhauptgewerbe 2010

Höhere Umsätze und Beschäftigungsanstieg

Nach einem schwachen Jahr 2009 konnte das hessische Bauhauptgewerbe 2010 bei gestiegenen Umsätzen seine Beschäftigung wieder ausweiten. Die Nachfrage ließ allerdings, vor allem im zweiten Halbjahr, nach.

Die **Beschäftigtenzahl** des hessischen Bauhauptgewerbes lag im Jahresdurchschnitt 2010 mit 47 600 um 3,0 % höher als im Jahr zuvor. Damit wurde der Rückgang des Jahres 2009 nahezu ausgeglichen.

Die **baugewerblichen Umsätze**, die 2009 deutlich abgenommen hatten, erhöhten sich 2010 um 2,0 % auf 5,4 Mrd. Euro. Nach einem witterungsbedingten Rückgang im ersten Quartal kam es in den folgenden Quartalen jeweils zu Zuwachsraten. Der Wohnungsbau, dessen Umsätze 2009 deutlich rückläufig waren, steigerte sie 2010 um 8,3 % auf 1,7 Mrd. Euro. Beim öffentlichen und Verkehrsbau gab es ein Plus von 7,7 % auf fast 2 Mrd. Euro. Hier profitierte der öffentliche Hochbau offensichtlich vom Konjunkturprogramm und steigerte seinen Umsatz um 50 %. Dagegen liefen diese Effekte im Straßenbau, der 2 Jahre lang Zunahmen verzeichnet hatte, aus. Hier gab es ein Minus von 5,3 %. Der gewerbliche und industrielle Bau verzeichnete im dritten Jahr in Folge einen Rückgang und verfehlte mit 1,8 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um 8,5 %.

Die Zahl der auf Baustellen und Bauhöfen **geleisteten Arbeitsstunden** lag im Jahr 2010 mit 53,1 Mill. um 3,2 % höher als im Jahr zuvor. Diese Steigerung kam trotz des witterungsbedingten Rückgangs im Januar und Februar zustande.

Ungünstig entwickelte sich 2010 der Frühindikator **Auftragseingang**. Der Auftragsrückgang verstärkte sich im zweiten Halbjahr erheblich. Nach 4 Jahren mit Zunahmen hatte es bereits 2009 einen leichten Rückgang gegeben. Die wertmäßigen Auftragseingänge des hessischen Bauhauptgewerbes lagen 2010 um 16 % niedriger als im Jahr zuvor. Beim Hochbau gab es eine Einbuße von 6,6 % und beim Tiefbau von 22 %. Alle Bau-

Bauhauptgewerbe (Zeitliche Entwicklung 2010)

Zeitraum 2010	Beschäftigte ^{1) 2)}		Baugewerblicher Umsatz ¹⁾		Auftrags- eingang ³⁾	
	Anzahl	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Index (2005 = 100)	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾
Januar	45 050	- 0,4	174 265	- 17,2	79,2	6,5
Februar	44 688	0,9	196 792	- 25,2	83,2	12,5
März	48 015	5,0	371 116	- 1,6	103,6	- 22,8
April	48 299	3,9	432 941	2,9	78,4	- 29,8
Mai	48 602	5,2	465 184	6,4	107,3	10,8
Juni	48 297	3,7	520 999	14,1	125,3	- 0,8
Juli	48 028	3,4	500 666	- 4,3	100,7	- 6,7
August	48 583	2,5	525 042	9,3	100,7	- 21,7
September	48 600	2,8	551 959	11,6	105,5	- 36,7
Oktober	48 305	3,0	552 172	- 11,2	84,9	- 29,0
November	47 880	3,3	559 228	4,9	76,8	- 3,8
Dezember	46 738	2,1	560 564	15,6	91,3	- 32,5
1. Vj. D	45 918	1,9	742 173	- 12,8	88,7	- 5,9
2. Vj. D	48 399	4,3	1 419 124	8,0	103,7	- 7,1
3. Vj. D	48 404	2,9	1 577 667	5,3	102,3	- 23,9
4. Vj. D	47 641	2,8	1 671 964	1,9	84,3	- 24,4
2010 D	47 590	3,0	5 410 928	2,0	94,7	- 16,1

1) Alle Betriebe. — 2) Bei Quartals- und Jahreszahlen jeweils Durchschnitt. — 3) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

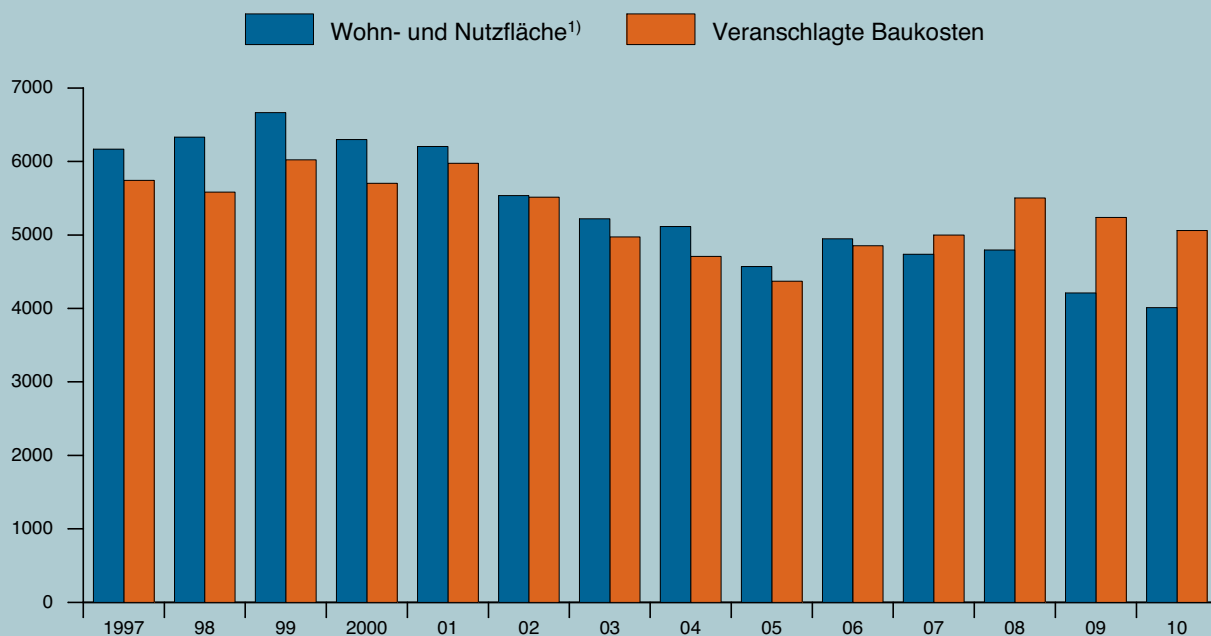
arten verzeichneten ein Auftragsminus. Im Hochbausektor gingen die Auftragseingänge im Wohnungsbau um 10 %, im gewerblichen und industriellen Hochbau um 6,8 % und im öffentlichen Hochbau um 0,3 % zurück. Im Tiefbaubereich gab es Minusraten von 30 % im Straßenbau, von 11 % im gewerblichen und industriellen Tiefbau und von 17 % im sonstigen öffentlichen Tiefbau.

Auch nach der Krise – immer noch abnehmendes Bauvolumen

Im Jahr 2010 gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden im **Wohn- und Nichtwohnbau** für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen insgesamt 4,01 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Damit ging der zu erwartende Flächenbedarf um 201 000 m² oder 4,8 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die dafür insgesamt veranschlagten Baukosten lagen bei 5,01 Mrd. Euro. Sie wurden von den Bauherren um 177 Mill. Euro geringer angesetzt als im Jahr 2009 (- 3,4 %).

Obwohl das Bauvolumen in Hessen insgesamt abermals abnahm, ging es für den **Wohnbausektor** teilweise aufwärts. Im vergangenen Jahr wurden rund 5300 neue **Wohngebäude** mit zusammen 10 280 Neubauwohnungen genehmigt. Damit nahm die Zahl der hier **neu zu errichtenden Wohnungen** um 5,3 % zu. Vor allem die privaten Bauherren erhöhten ihre Nachfrage kräftig,

Wohn- und Nutzfläche (in 1000 m²) und veranschlagte Baukosten (in Mill. Euro)
der Baugenehmigungen in Hessen 1997 bis 2010
(Alle Baumaßnahmen)



HSL 33/11

1) Ohne Wohnfläche in sonstigen Wohneinheiten.

während sie bei den (Wohnungs-)Unternehmen noch stagnierte. Im zweiten Jahr in Folge wurden gegenüber dem Vorjahr mehr Einfamilienhäuser zum Bau freigegeben (2009: + 12 %, 2010: + 4,4 %). Zweifamilienhäuser, deren Genehmigungszahlen in den letzten 10 Jahren fast durchgängig abnahmen, spielen insgesamt immer weniger eine Rolle. Im Vergleich zu 2000 hat sich der Anteil der Wohnungen in Zweifamilienhäusern von knapp 20 % auf 10 % halbiert. Die Zahl der Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern legte im Vergleich zu 2009 mit 7,8 % sogar noch stärker zu als die der Einfamilienhäuser, was aber mit dem Basiseffekt durch den krisenbedingten Einbruch in 2009 zusammenhängt. Hier wurde das Niveau des Jahres 2008 noch nicht wieder erreicht. Da die Zahl der Wohnungen, die bei **Umbaumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden** oder in Nichtwohngebäuden entstehen sollen, deutlich zunahm, wurde mit 12 190 ein Plus von 8,6 % bei den **Wohnungen insgesamt** erreicht. Damit erholte sich das Genehmigungsgeschehen und lag nun wieder leicht über dem Vorkrisenniveau von 2008.

Der Zuwachs bei den Wohnungsgenehmigungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden) fiel in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark aus. Im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt wurden 2010 rund 8500 Wohnungen zum Bau freigegeben. Mit im Vergleich zum Vorjahr 2,1 % mehr genehmigten Wohnungen fiel die Zunahme hier wesentlich geringer aus als in den ande-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	2008	2009	2010	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				2009	2010
				gegenüber	
				2008	2009
Wohnbau¹⁾					
Gebäude ²⁾	4 853	5 047	5 304	4,0	5,1
davon Gebäude mit					
1 Wohnung	3 603	4 051	4 229	12,4	4,4
2 Wohnungen	701	511	497	- 27,1	- 2,7
3 oder mehr Wohnungen und Wohnheime	549	485	578	- 11,7	19,2
Wohnungen	10 273	9 764	10 279	- 5,0	5,3
dar. in Gebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen ³⁾					
	5 268	4 691	5 056	- 11,0	7,8
Wohnfläche (1000 m ²)	1 095	1 119	1 172	2,2	4,7
Rauminhalt (1000 m ³)	5 977	5 984	6 288	0,1	5,1
Nichtwohnbau¹⁾					
Gebäude	1 742	1 612	1 595	- 7,5	- 1,1
Rauminhalt (1000 m ³)	2 678	2 191	1 919	- 18,2	- 12,4
Nutzfläche (1000 m ²)	17 388	13 270	12 056	- 23,7	- 9,1
Wohnungen insgesamt⁴⁾					
	12 126	11 226	12 192	- 7,4	8,6

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) Einschl. in Wohnheimen. — 4) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Entwicklung der genehmigten Wohnbauten 2001 bis 2010

Jahr	Alle Baumaßnahmen ¹⁾				Errichtung neuer Gebäude						
	Gebäude/ Baumaßnahmen	Wohnfläche 1000 m ²	Wohnungen	Veranschlagte Baukosten 1000 Euro	Wohngebäude mit . . . Wohnungen			Wohnheime	sonst. Wohneinheiten	Wohnfläche je Wohnung ²⁾ m ²	Veranschlagte Kosten je m ² Wohnfläche ³⁾ Euro
					1	2	3 oder mehr				
2001	15 619	2 463	21 324	2 945 069	6 427	1 717	1 073	—	—	110,9	1 205
2002	14 157	2 184	19 103	2 674 456	5 757	1 824	1 036	3	108	108,6	1 233
2003	12 833	2 023	16 912	2 509 647	6 356	1 188	786	4	40	114,4	1 247
2004	14 895	2 273	19 118	2 824 262	7 436	1 381	767	14	342	112,7	1 247
2005	12 663	1 974	16 676	2 465 145	6 591	1 089	651	13	522	112,4	1 215
2006	13 636	1 997	16 824	2 502 949	6 908	1 370	693	7	28	114,6	1 240
2007	9 667	1 535	13 923	2 024 273	4 070	860	640	10	597	102,0	1 257
2008	8 476	1 330	11 919	1 851 281	3 603	701	544	5	212	104,9	1 355
2009	8 637	1 344	11 052	1 912 463	4 051	511	482	3	186	114,5	1 367
2010	8 867	1 403	11 915	2 092 042	4 229	497	572	6	480	109,9	1 424
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr in %											
2002	– 9,4	– 11,3	– 10,4	– 9,2	– 10,4	6,2	– 3,4	X	X	– 0,8	2,5
2003	– 9,4	– 7,4	– 11,5	– 6,2	10,4	– 34,9	– 24,1	X	X	5,0	1,1
2004	16,1	12,4	13,0	12,5	17,0	16,2	– 2,4	X	X	– 0,4	0,7
2005	– 15,0	– 13,1	– 12,8	– 12,7	– 11,4	– 21,1	– 15,1	X	52,6	1,0	– 2,3
2006	7,7	1,1	0,9	1,5	4,8	25,8	6,5	X	X	2,0	2,1
2007	– 29,1	– 23,2	– 17,2	– 19,1	– 41,1	– 37,2	– 7,6	X	X	– 11,0	1,4
2008	– 12,3	– 13,3	– 14,4	– 8,5	– 11,5	– 18,5	– 15,0	X	– 64,5	2,8	7,8
2009	1,9	1,0	– 7,3	3,3	12,4	– 27,1	– 11,4	X	– 12,3	7,6	0,9
2010	2,7	4,4	7,8	9,4	4,4	– 2,7	18,7	X	158,1	– 4,0	4,2

1) Einschl. Wohnheime. — 2) Einschl. Wohnflächen in Wohnheimen und sonst. Wohneinheiten. — 3) Einschl. Kosten in Wohnheimen.

ren Regionen. Im Regierungsbezirk Gießen wurden fast 2000 Wohnungen zum Neu- oder Umbau angefragt, was einem deutlichen Anstieg um 31 % entsprach. Im nordhessischen Regierungsbezirk Kassel waren es knapp 1700 Wohnungen – immerhin eine Erhöhung um 23 %. Der trotz dieser Steigerungen tendenziell weiterhin zurückgehende Bedarf nach neuem Wohnraum dokumentiert sich darin, dass 2010 in Südhessen 2,2 Wohnungen je 1000 Einwohner genehmigt wurden; in Mittelhessen waren es 1,9 Wohnungen und in Nordhessen nur noch 1,4. Mitte der Neunzigerjahre lag diese Kennzahl in allen Regierungsbezirken noch zwischen 6,8 und 7,9.

Im **Nichtwohnbausegment** schwächte sich der Negativtrend des Vorjahres lediglich ab. Zwar wurden hier 2010 mit knapp 1600 genehmigten Neubauvorhaben nur geringfügig weniger Gebäude erfasst als 2009 (– 1,1 %). Das geplante Bauvolumen hatte jedoch nur einen Umfang von rund 12,0 Mill. m³ umbauten Raum. Es reduzierte sich im Vergleich zum bereits außerordentlich schwachen Jahr 2009 nochmals um 9,1 %. Die Nachfrage nach **neuer Nutzfläche** lag 2010 mit 1,92 Mill. m² sogar um 12,4 % unter der des Vorjahres. Zu den geplanten neuen Flächen kamen noch 309 000 m² Nutzfläche, die bei

Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt wurden, sodass die hessischen Bauaufsichtsbehörden **insgesamt** 2,23 Mill. m² Nutzfläche zum Bau freigaben (– 11 % gegenüber dem Vorjahr). Die für das Baugeschehen im Nichtwohnbausegment wichtigste Bauherrengruppe der Unternehmen fragte fast 288 000 m² weniger Fläche nach (– 16 %) und bestimmte so die Entwicklung. Entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend im Nichtwohnbau steigerten Organisationen ohne Erwerbszweck und öffentlichen Bauherren ihre Flächenanfrage – erstere um 24 000 m² (+ 20 %), letztere um 11 700 m² (+ 2,7 %).

Die Verteilung der Zuwächse und Reduktionen auf die Gebäudearten steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung bei den Bauherrengruppen. Entsprechend der Steigerung bei öffentlichen Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck hat die Flächennachfrage bei Anstaltsgebäuden (+ 55 %) und sonstigen Nichtwohngebäuden (+ 7,6 %), wobei hierunter die Mehrzahl der durch die öffentliche Hand besonders geförderten Infrastrukturgebäude (Schulen, Kindergärten, Hochschulbauten und soziale Einrichtungen) fallen, zugenommen. Der gleichfalls erfasste Zuwachs von 43 % bei land-

wirtschaftlichen Betriebsgebäuden ist auf die Aktivitäten von Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen. Auf der anderen Seite verringerte sich die Flächennachfrage bei Büro- und Verwaltungsgebäuden überproportional stark – und zwar um mehr als die Hälfte oder 310 000 m². Sie sind nunmehr mit 254 000 m² Nutzflächenbedarf etwa auf dem Niveau der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude (mit langfristig geringen Schwankungen im Flächenbedarf) angekommen. Eine um ein Sechstel geringere Flächennachfrage wurde bei Handels- und Lagergebäuden verzeichnet. Der Rückgang lag mit 116 000 m² auch in der absoluten Höhe an zweiter Stelle.

Für die hessische Negativbilanz zeichnet allein der süd-hessische Regierungsbezirk Darmstadt verantwortlich (gegenüber 2009 – 23 %). Bemerkenswert ist, dass sich hier die Flächennachfrage bereits zweimal in Folge deutlich verringerte. Im Vergleich zu 2008 macht der Rückgang sogar 31 % aus. Auf der anderen Seite meldeten die Bauherren in Nord- und Mittelhessen einen Mehrbedarf an. Im Regierungsbezirk Gießen lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen um 2,2 % über denen des Vorjahres. Eine Zunahme um 16 % verzeichneten die Bauaufsichtsbehörden im Regierungsbezirk Kassel. Bei beiden Regionen ist die Steigerung durch einen Basis-effekt zu erklären, da im Krisenzeitraum 2008/09 merkliche Abnahmen auftraten, die nun allerdings mehr als kompensiert wurden.

Bei der Betrachtung der Baugenehmigungszahlen in Bezug auf die konjunkturelle Entwicklung in der Bauwirtschaft ist zu beachten, dass Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen. Da nur der Hochbausektor Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik ist, fließen zudem keine Daten aus dem Bereich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. Ä.) ein.

Einzelhandel im Plus

Etwas weniger als ein Drittel der Ausgaben der Privathaushalte fließt in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf den Privaten Verbrauch im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2010 stiegen die **Umsätze** der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um fast 3 %; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies real ein Plus von 2 %. Im Bereich des Kfz-Handels, der Kfz-Instandhaltung und -Reparatur war das Bild dagegen düster. Dort sanken die Umsätze nominal um fast 6 %; real war dies ein Minus von gut 6 %. Dies dürfte klar einem „Basiseffekt“

geschuldet sein, da 2009 wegen der „Abwrackprämie“ Käufe von Pkw vorgezogen worden waren, sodass den Haushalten 2010 weniger Mittel zur Anschaffung von Pkw zur Verfügung standen.

Die mit 30 % Umsatzanteil größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen, war nominal mit gut 1 und real mit gut 2 % im Minus. Fast genauso entwickelte sich der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (mit einem Umsatzanteil von 3 % allerdings von geringem Gewicht) im Jahresvergleich. Der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, mit 5,5 % am Gesamtumsatz des hessischen Einzelhandels beteiligt, hatte auch 2010 erhebliche Preisnachlässe zu verkraften, sodass nominal sein Umsatz um fast 2 % zunahm, real aber ein Plus von gut 7 % erreicht wurde. Anders war die Lage beim Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf. Die mit knapp 15 % Gesamtumsatzanteil durchaus gewichtige Branche hatte im Jahresvergleich gut 3 % mehr in den Kassen, real verblieb ein Plus von annähernd 3 %. Das Ergebnis wurde vor allem vom Handel mit elektrischen Haushaltsgeräten positiv beeinflusst. Der Umsatz im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren blieb zwar nominal im Jahresvergleich unverändert, real ging er aber etwas zurück. Diese Branche trug 2010 zu annähernd 4 % zum Gesamtergebnis für den hessischen Einzelhandel bei. Der Einzelhandel mit sonstigen Gütern, mit einem Umsatzanteil von fast einem Drittel von großer Bedeutung, versammelt unter seinem Dach allerdings viele unterschiedliche Zweige des Einzelhandels. Insgesamt übertrafen die hierzu zählenden Geschäfte 2010 ihr Ergebnis von 2009 nominal um gut 5 %, real war eine Zunahme von gut 4 % zu verzeichnen. Besonders gefragt waren in diesem Sektor Uhren und Schmuck, Schuhe und Lederwaren sowie Kosmetika. Dagegen schnitten die Apotheken sowie der Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln nur unterdurchschnittlich ab. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten, mit weniger als einem Zehntel Prozent Gesamtumsatzanteil allerdings von verschwindend geringer Bedeutung, hatte nominal gut 7 % weniger eingenommen, real war dies ein Minus von gut 9 %. Der Einzelhandel, der, wie z. B. der Versandhandel oder der Brennstoffhandel, seine Waren ebenfalls nicht in Ladengeschäften anbietet, konnte dagegen erhebliche Umsatzgewinne verbuchen. Dort nahmen die Einnahmen im Jahresvergleich nominal um knapp 12 % zu; real entsprach dies einem Plus von annähernd 7 %. Diese Branche trägt zu 6 % zum Gesamtumsatz bei.

Die positive Umsatzentwicklung führte zu einem Anstieg der Gesamtzahl der **Beschäftigten**. Sie nahm im Durchschnitt des Jahres 2010 um gut 1 % zu. Dabei blieb die

Zahl der Teilzeitbeschäftigten, verglichen mit 2009, nahezu unverändert, während diejenige der Vollbeschäftigten um knapp 3 % anstieg. Im Bereich des Kfz-Handels, der Kfz-Instandhaltung und -Reparatur sah die Lage etwas anders aus: Ein Rückgang im Teilzeitbereich von gut 3 % sowie ein Rückgang der Zahl der Vollbeschäftigten um gut 1 % führten zu einer Abnahme der Zahl der Beschäftigten insgesamt um 1,5 %.

Talsole im Gastgewerbe durchschritten?

2010 stiegen – erstmals seit längerer Zeit – die **Umsätze** im hessischen Gastgewerbe wieder an, und zwar nominal um fast 4 % und real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, um fast 1 %. Dieses Ergebnis wurde hauptsächlich vom Beherbergungsgewerbe verursacht; das Gaststättengewerbe blieb real im Minus. Dort büßten die Wirte gegenüber 2009 bei gleich bleibendem nominalen Umsatz real gut 1 % ihres Umsatzes ein. Im Beherbergungsgewerbe dagegen nahmen die Umsätze nominal um gut 9 % zu. Real war dies ein Plus von 3,5 %.

Infolge dieser Umsatzentwicklung stieg die Zahl der **Beschäftigten** im Vergleichszeitraum leicht an, was an einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung lag. Während diese Zahl etwas stieg, verringerte sich diejenige der Vollbeschäftigten geringfügig.

Übernachtungstourismus kräftig gestiegen

Im Jahr 2010 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit 9 oder mehr Betten) sowie die Campingplätze (ohne Dauercamping) von 11,9 Mill. Gästen aufgesucht, die 28,2 Mill. Übernachtungen buchten – ein Rekordergebnis bei den **Gästen** und das viertbeste Ergebnis bei den **Übernachtungen**. Gegenüber dem Vorjahr waren das fast 7 % mehr Gäste und annähernd 5 % mehr Übernachtungen. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland – auf sie entfielen fast 81 % aller Übernachtungen – um fast 6 % zunahm und die Zahl ihrer Übernachtungen um gut 3 %, gab es bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz eine noch günstigere Entwicklung: Hier stieg die Zahl der Ankünfte um gut 10 %, bei der Zahl der Übernachtungen kam es zu einem Plus von 10,5 %. Die Zahl der Gäste aus Europa – auf sie entfielen annähernd 61 % aller Übernachtungen von Auslandsgästen – stieg um gut 6 %; die Zahl ihrer Übernachtungen nahm im Jahresvergleich um gut 7 % zu. Im Vordergrund standen dabei die Niederländer und die Briten. Bei den Gästen aus Asien, die gut 19 % aller Übernachtungen von Auslandsgästen buchten, gab es ein kräftiges Plus von knapp 19 % bei den Ankünften und von gut 18 % bei den Übernachtungen. Hier dominierten Chinesen und Japaner. Aus Amerika kamen annähernd 12 % mehr Gäste, die knapp 12 % mehr Übernachtungen buchten. Gäste aus diesem Kontinent

hatten einen Anteil von annähernd 17 % an den Übernachtungen von Ausländern. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,4 Tagen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten 2010 überdurchschnittlich ab. Dort stieg die Zahl der Gäste um knapp 11 % und diejenige der Übernachtungen um gut 9 %. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den **Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat**: In den Mineral- und Moorbädern gingen die Übernachtungen bei um knapp 1 % gestiegenen Ankünften um gut 1 % zurück. Die heilklimatischen Kurorte dagegen hatten 5,5 % mehr Gäste, die fast 5 % mehr Übernachtungen buchten. Bei den Kneippkurorten wiederum blieb die Zahl der Gäste sowie der Übernachtungen nahezu unverändert. Bei den Luftkurorten nahm die Zahl der Gäste um gut 3 % zu, die gebuchten Übernachtungen stiegen um annähernd 5 %. Die Erholungsorte konnten zwar 0,5 % mehr Gäste gewinnen, die jedoch annähernd 2 % weniger Übernachtungen buchten.

Unter den einzelnen **Betriebsarten** schnitten bei der Hotellerie die Hotels garnis am besten ab. Bei fast 10 % mehr Gästen stieg die Zahl der Übernachtungen um fast 9 %. Die Hotels hatten bei gut 8 % mehr Gästen annähernd 8 % mehr Übernachtungen. Bei den Pensionen buchten gut 7 % mehr Gäste gut 4 % mehr Übernachtungen. Am ungünstigsten war die Lage bei den Gasthöfen, wo fast 1 % mehr Gäste 0,5 % mehr Übernachtungen als im Vorjahr buchten. Die Durststrecke bei den Vorsorge- und Reha-Kliniken schien seit 2006 zu Ende. Entgegen dem Trend mussten sie 2010 aber Rückgänge verkraften, und zwar von annähernd 4 % bei den Ankünften sowie von fast 2 % bei den Übernachtungen.

Insgesamt zeigen die Zahlen, dass die konjunkturelle Erholung deutliche Spuren bei den hessischen Beherbergungsbetrieben hinterlassen hat. Die Zahl und Dauer der Geschäftsreisen dürfte 2010 wohl erheblich höher ausgefallen sein als 2009, wovon insbesondere die Stadt Frankfurt am Main profitierte.

Personen- und Güterbeförderung entwickelt sich uneinheitlich

In der **Binnenschifffahrt** nahm 2010 die umgeschlagene Gütermenge zu. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 11,5 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, gut 10 % mehr als im Jahr 2009. Damit wurde der Stand von 2005/06 wieder erreicht.

Das Volumen des Versands von Gütern stieg im Jahresvergleich um gut 15 % auf 2,3 Mill. t; das Volumen des weitaus gewichtigeren Empfangs nahm um gut 9 % auf 9,2 Mill. t zu. Unter den wichtigsten Massengütern er-

höhte sich der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um knapp 7 % auf 3,1 Mill. t, der damit seine Spitzenstellung vor der Gütergruppe „Steine und Erden“ (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) behielt. Dort gab es eine Zunahme von gut 11 % auf 2,8 Mill. t. Bei festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) wiederum nahm der Umschlag um 3 % auf 2,1 Mill. t zu. Sie lagen damit wieder deutlich vor den chemischen Erzeugnissen, deren Umschlag um fast 15 % auf 1,2 Mill. t stieg.

Im Jahr 2010 wurden von hessischen Unternehmen der **Personenbeförderung** (einschl. in Hessen ansässiger Konzernteile der DB AG, aber ohne Schienenfernverkehr) 1,5 Mrd. Fahrgäste befördert, 0,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Die mittlere Reiseweite lag bei 20,1 km und war damit etwas länger als 2009. Mit 31,2 Mrd. Personenkilometern war die Beförderungsleistung 2010 damit um annähernd 2 % höher als im Jahr zuvor.

Der **Luftverkehr** auf dem national herausragenden und auch international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) konnte 2010 im **Passagierverkehr** wieder an die langfristige Aufwärtsentwicklung der letzten Jahrzehnte anknüpfen. Trotz extremer Witterungsverhältnisse, der Einstellung des Flugbetriebs wegen der Vulkanaschewolke und des Lufthansa-Pilotenstreiks nahm die Zahl der Fluggäste um gut 4 % zu und übertraf mit dem zweithöchsten Wert von 53 Mill. die 50-Mill.-Marke zum siebten Mal in Folge. Sowohl der inländische als auch der europäische Geschäftsreiseverkehr konnten im Jahresvergleich an Passagieren gewinnen, vor allem war es aber der Interkontinentalverkehr, und dort hauptsächlich der Verkehr mit Fernost, der das Ergebnis stützte. Dagegen konnte Nordamerika noch keine besondere Dynamik entwickeln.

Auch im **Luftfrachtverkehr** setzte sich das Wachstum der Jahre vor 2009 wieder fort. Hier übertraf Frankfurt knapp Paris-Charles-de-Gaulle, lag damit an der Spitze in Europa und gehört immer noch zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen. Das Luftfrachtaufkommen stieg insgesamt um gut 20 % auf das neue Maximum von 2,3 Mill. t und übertraf damit wieder, wie schon 2006 bis 2009, die 2-Mill.-Marke. Hier kam der weltweite Konjunkturaufschwung zum Tragen. Während die reine Luftfracht sogar um 21,5 % auf 2,2 Mill. t stieg, blieb es bei der beförderten Luftpost, wie schon in den Vorjahren, beim Minus: Deren Aufkommen verringerte sich um fast 5 % auf gut 76 000 t. Vor allem im Inlandverkehr wird kaum noch Post befördert, sodass der Anteil der Luftpost am gesamten Luftfrachtaufkommen auf gut 3 % sank.

Im Jahr 2010 erfolgten im zivilen Verkehr gut 464 000 Starts und Landungen, das waren etwas mehr als im Jahr 2009.

Krafträder bleiben gefragt, Zahl der Personenkraftwagen steigt moderat

Nach den Auswertungen des Kraftfahrt-Bundesamtes, das die Zahlen zu den Fahrzeugbeständen zur Verfügung stellt, waren zum Jahresanfang 2011 von in Hessen wohnenden Haltern gut 300 000 Krafträder zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Januar 2010 waren dies gut 1 % mehr. Während die Zahl der „klassischen“ zweirädrigen Kfz um 1 % zunahm, verbuchten die drei- und leichten vierrädrigen Kfz, die fahrzeugtechnisch ebenfalls zu den Krafträdern zählen, einen Zuwachs um knapp 9 %. Mit 11 000 Einheiten haben sie zurzeit allerdings nur einen Anteil von fast 4 % an allen Krafträdern. Zwischen 2011 und 2010 nahm die Zahl der Personenkraftwagen (einschl. Wohnmobile, Krankenwagen u. Ä.) um gut 1 % auf 3,33 Mill. zu. Deutlich über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis 1999 ccm, ihre Zahl nahm binnen Jahresfrist um 0,5 % zu. Gut 17 % hatten einen größeren Hubraum; ihre Zahl stieg nur geringfügig. Auf die Hubraumklasse bis 1399 ccm entfielen gut 29 % der Pkw. Hier gab es mit fast 4 % einen deutlichen Zuwachs. Etwas stärker erhöhte sich die Zahl der Pkw mit Dieselantrieb, und zwar um gut 4 % auf 925 000 Fahrzeuge, übertroffen noch von der Zunahme der Pkw mit Gasantrieb, deren Zahl sogar um gut 11 % auf nunmehr 33 500 Fahrzeuge stieg.

Am 1. Januar 2011 gab es in Hessen insgesamt 3,96 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, gut 1 % mehr als ein Jahr zuvor. 84 % waren Pkw, 7,6 % Krafträder, 4,4 % Lkw, 3,5 % Zugmaschinen und 0,5 % sonstige Kraftfahrzeuge. Hessen nimmt damit unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland weiterhin einen Spitzenplatz bei der Fahrzeugdichte ein.

Neuer Tiefststand bei der Zahl der im hessischen Straßenverkehr Getöteten und Schwerverletzten

Im Jahr 2010 ereigneten sich auf hessischen Straßen 21 075 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, gut 7 % weniger als im Jahr 2009. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 58 Personen oder fast 19 % auf 250. Bei der Zahl der Schwerverletzten ergab sich eine Abnahme von knapp 6 % auf nunmehr 4667; bei der Zahl der Leichtverletzten kam es im Jahresvergleich zu einem Rückgang um 6,5 % auf 23 205.

Somit war 2010 das Jahr mit der niedrigsten Zahl an Getöteten oder Schwerverletzten seit Beginn der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950. Der Höchststand bei den Getöteten war 1970 erreicht worden, als 1644 Menschen ihr Leben bei Unfällen auf hessischen Straßen verloren. Im Jahr 1972 waren noch einmal mehr als 1600 Unfalltote zu beklagen. Zu Anfang der Siebzigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts erlitten noch etwa 14 000

Personen bei Straßenverkehrsunfällen so schwere Verletzungen, dass sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Bei den Leichtverletzten war die Entwicklung zum Positiven nicht so ausgeprägt. Der bisherige Höchststand lag zwar mit 37 005 leicht verletzten Personen im Jahr 1972, die bisher niedrigsten Zahlen wurden aber bis Ende der Fünfzigerjahre beobachtet.

Landwirtschaft 2010

Im März 2010 wurde erstmals seit 1999 wieder eine Landwirtschaftszählung in Deutschland durchgeführt. Neben den klassischen Bereichen, die Fragestellungen zur tierischen und pflanzlichen Produktion abdecken, wurde auch eine Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden implementiert.

Insgesamt wurden 17 800 Betriebe ermittelt, die 766 400 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) bewirtschafteten. Der Flächenanteil der Betriebe, die über 100 ha LF – also die Höhe der bisherigen Wachstumsschwelle – bewirtschafteten, umfasste in Hessen knapp 11 % der Betriebe, die jedoch fast 41 % der LF bearbeiteten. Fast 1200 Betriebe wurden als Personengesellschaften geführt, gut 100 firmierten als juristische Personen und 16 500 waren Einzelunternehmen, d. h. sie wurden von einer Einzelperson, einem Ehepaar oder Geschwistern betrieben. Von den Einzelunternehmen waren fast 32 % Haupterwerbs- und gut 68 % Nebenerwerbsbetriebe.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft äußert sich neben der steigenden Flächenausstattung der Betriebe auch in der weiteren Konzentration der Viehhaltung, sofern sie überhaupt noch betrieben wird. Zum Stichtag der Landwirtschaftszählung hielten 13 500 Betriebe Vieh, wobei sich die Viehhaltung abseits der hessischen Ballungsräume konzentriert. Besonders in der Schweinehaltung zeigt sich die einzelbetriebliche Konzentration besonders stark. Während in der Landwirtschaftszählung – bei der alle Schweine in landwirtschaftlichen Betrieben gezählt wurden – rund 5700 Betriebe mit 726 200 Schweinen ermittelt wurden, wurden in der Viehzählung vom Mai des Jahres, bei der alle Schweine in landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 50 Schweinen gezählt wurden, nur rund 1800 Betriebe erfasst, die allerdings gut 670 000 Tiere hielten. Als relativ neuer Betriebszweig in der Tierhaltung hat sich die Masthähnchenhaltung etabliert. Gut 544 500 Tiere konnten nachgewiesen werden; 2007 waren dies erst 90 000 Tiere. Der starke Anstieg des Masthähnchenbestandes ist auch dadurch bedingt, dass die Betriebe, die sich damit befassen, ihre Produktion in Ställen mit einem Bestand zwischen 30 000 und 40 000 Tieren starten.

Wichtigste Kulturart in Hessen war der Winterweizen mit 164 600 ha. Dies entsprach einem Flächenzuwachs von

gut 3400 ha gegenüber dem Vorjahr. Somit umfasste die Winterweizenanbaufläche über ein Drittel des gesamten hessischen Ackerlandes (476 700 ha). Die Ernte der Mähdruschfrüchte war auch 2010 durch eine unterbrochene Kampagne mit erschwerten Erntebedingungen im August/September gekennzeichnet. Dennoch belief sich der durchschnittliche Getreideertrag auf 70,2 dt/ha und auch beim Winterweizen konnten 77,3 dt/ha „eingefahren“ werden. Wie bereits in den Vorjahren erfuhren die Anbauflächen des Futterbaus, insbesondere der des Silomais, eine weitere Ausdehnung. Waren 2007 noch 28 200 ha mit Silomais bestellt, so wurden 2008 rund 30 500 ha ermittelt und im Jahr 2009 bereits 33 300 ha nachgewiesen. Im Jahr 2010 konnte abermals ein Anstieg um 10 % nachgewiesen werden. Die Anbaufläche betrug nunmehr 36 600 ha. Dennoch hat der Silomaisanbau noch nicht den Umfang der Achtzigerjahre erreicht. Zum Vergleich: 1985 wurden 42 900 ha Silomais angebaut.

Winterraps hatte 2010 mit 66 800 ha Anbaufläche etwa den gleichen Umfang wie im Vorjahr, allerdings konnte der Rekordtrag des Jahres 2009 in Höhe von 44,4 dt/ha nicht erreicht werden. Mit 39,7 dt/ha wurde jedoch auch ein Spitzenertrag geerntet.

Leichter Bevölkerungsanstieg dank höherer Zuwanderung

Die **Bevölkerungszahl** Hessens ist im Jahr 2010 leicht gestiegen. Darauf deuten die bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten der ersten 11 Monate hin. Aus der Entwicklung bis November wurde hier auf das ganze Jahr hochgerechnet und eine Bevölkerungszunahme um 5300 auf gut 6,067 Mill. Einwohner geschätzt. Damit ist nach 5 Jahren rückläufiger Entwicklung von durchschnittlich gut 7000 Personen erstmals wieder ein leichter Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen. Ausschlaggebend hierfür waren höhere Wanderungsgewinne (+ 14 800) im Zuge angestiegener Zuwanderungen aus dem Ausland. Dem stand ein leicht gesunkenes Geburtendefizit von 9500 weniger Geborenen als Gestorbenen gegenüber.

Die Bilanz der **Wanderungen** über die hessische Landesgrenze wies 2010 einen Überschuss von 14 800 Personen aus, 7900 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Zugezogenen nahm um etwa 5 % auf 167 400 zu, gleichzeitig blieb die Zahl der Fortgezogenen mit circa 152 600 nahezu konstant. Der Wanderungsgewinn gegenüber den neuen Bundesländern sank im Vergleichszeitraum Januar bis November um 900 auf 2700 Personen, gleichzeitig ergab sich aus den Wanderungsbewegungen mit den alten Bundesländern ein negativer Saldo von 200 Personen. Für die Schätzung des Jahresergebnisses 2010 wurde demzufolge mit einer Abnahme des Binnenwan-

Ausgesuchte Daten der hessischen Landwirtschaft

Angaben	Maßeinheit	2009	2010 ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2010 gegenüber 2009
Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe ¹⁾				
Insgesamt	1000	20,8	17,8	- 14,4
	1000 ha	777,8	766,4	- 1,5
davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... ha				
unter 5	1000	3,9	1,0	- 74,4
	1000 ha	11,4	2,1	- 81,6
5 bis 10	1000	3,2	3,0	- 6,3
	1000 ha	23,3	22,5	- 3,4
10 bis 30	1000	.	4,1	.
	1000 ha	.	61,3	.
30 bis 50	1000	.	4,6	.
	1000 ha	.	152,2	.
50 bis 100	1000	3,2	3,1	- 3,1
	1000 ha	227,2	216,8	- 4,6
100 bis 200	1000	1,5	1,6	6,7
	1000 ha	206,9	215,6	4,2
200 oder mehr	1000	0,3	0,3	0,0
	1000 ha	92,2	95,8	3,9
Nutzung der Bodenflächen				
Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	1000 ha	777,8	766,4	-1,5
darunter				
Dauergrünland	1000 ha	289,0	283,7	-1,9
Ackerland	1000 ha	482,8	476,7	-1,3
darunter				
Getreide insgesamt (ohne Körnermais/CCM)	1000 ha	307,2	298,3	- 2,9
dar. Winterweizen (einschl. Dinkel)	1000 ha	161,2	164,6	2,1
Silomais	1000 ha	33,3	36,6	10,0
Kartoffeln	1000 ha	4,6	4,3	-5,8
Zuckerrüben	1000 ha	15,6	14,2	-9,2
Winterraps	1000 ha	66,6	66,8	0,3
Gemüse und Gartengewächse	1000 ha	8,1	8,1	- 0,5
Brache auf dem Ackerland	1000 ha	9,0	9,4	4,0
Hektarerträge wichtiger Kulturen				
Getreide insgesamt (ohne Körnermais/CCM)	dt/ha	71,3	70,2	- 1,5
dar. Winterweizen	dt/ha	78,6	77,3	- 1,7
Kartoffeln	dt/ha	414,6	400,3	- 3,5
Zuckerrüben	dt/ha	678,3	678,3	0,0
Winterraps	dt/ha	44,4	39,7	- 10,6
Erntemengen wichtiger Kulturen				
Getreide insgesamt (ohne Körnermais/CCM)	1000 t	2190,2	2092,5	- 4,5
dar. Winterweizen	1000 t	1266,7	1272,3	0,4
Kartoffeln	1000 t	189,3	171,5	- 9,4
Zuckerrüben	1000 t	1061,0	965,8	- 9,0
Winterraps	1000 t	296,0	265,2	- 10,4
Viehbestand nach Tierart — Stand jeweils 3. Mai				
Rinder aus HIT	1000	485,2	480,4	- 1,0
	Betriebe 1000	10,9	10,5	- 3,8
dar. Milchkühe	1000	151,3	150,6	- 0,5
	Betriebe 1000	4,4	4,2	- 5,4
Schweine ²⁾	1000	718,5	670,2	- 6,7
	Betriebe 1000	6,9	1,8	- 73,7
dar. Zuchtsauen ²⁾	1000	56,2	54,4	- 3,3
	Betriebe 1000	1,5	0,8	- 45,0

1) Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist aufgrund der geänderten Erfassungsmethoden sowie geänderter Erfassungsgrenzen im Jahr 2010 nur eingeschränkt möglich. — 2) Endgültige, hochgerechnete Repräsentativergebnisse.

derungssaldos (alte und neue Bundesländer) um 1200 auf 2300 gerechnet.

Die Bilanz gegenüber dem Ausland war im Jahr 2010 mit 12 500 im Plus im Vergleich zu 3400 im Vorjahr. Maßgeblich hierfür war der vergleichsweise starke Anstieg der Zuzüge aus dem Ausland um etwa 16 % auf 76 900, bei moderater Zunahme der Fortzüge in das Ausland um rund 3 % auf 64 400. Darunter waren 11 400 Deutsche, die Hessen verließen bzw. 9300 Deutsche, die aus dem Ausland nach Hessen kamen. Per saldo zogen 2100 deutsche Staatsbürger ins Ausland, die meisten in die Schweiz (- 800), in die Vereinigten Staaten (- 300) nach Großbritannien (- 200) und nach Österreich (- 200). Von den nichtdeutschen Personen kamen per saldo die meisten aus Polen (+ 3500), Rumänien (+ 2900) und Bulgarien (+ 2200), während gegenüber der Türkei eine Rückwanderung (- 600) registriert wurde.

Die **Bilanz der lebend Geborenen und Gestorbenen** schlug im Jahr 2010 mit einem Geburtendefizit von etwa 9500 weniger Geborenen als Gestorbenen zu Buche. Die Zahl der lebend Geborenen war in den ersten 11 Monaten 2010 um 1,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum und dürfte für das gesamte Jahr bei 51 600 Geburten liegen. Das entspräche dem Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre. Die Zahl der Gestorbenen war bis einschl. November um 0,6 % höher, sodass für das gesamte Jahr mit 61 100 Sterbefällen zu rechnen ist.

Bevölkerungsbilanz 2009 und 2010

Art der Angabe	Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	2009	2010 (geschätzt)	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 064 953	6 061 951	- 0,0
Lebend Geborene	50 744	51 600	1,7
Gestorbene	60 676	61 100	0,7
Gestorbenenüberschuss (-)	- 9 932	- 9 500	X
Zugezogene über die Landesgrenzen	158 960	167 400	5,3
davon aus (dem)			
anderen Bundesländern	92 749	90 500	- 2,4
Ausland	66 211	76 900	16,1
Fortgezogene über die Landesgrenzen	152 030	152 600	0,4
davon in (das)			
andere Bundesländer	89 247	88 200	- 1,2
Ausland	62 783	64 400	2,6
Wanderungsgewinn/-verlust	6 930	14 800	X
davon gegenüber (dem)			
anderen Bundesländern	3 502	2 300	X
Ausland	3 428	12 500	X
Bevölkerung am Jahresende	6 061 951	6 067 251	0,1
Bevölkerungsabnahme	- 3 002	5 300	X

Die Kommunalwahlen in Hessen am 27. März 2011

Die Kommunalwahlen 2011 waren im Hinblick auf den Erfolg von den GRÜNEN geprägt. Sie konnten ihren Stimmenanteil verdoppeln und erreichten 18,3 % der gültigen Stimmen. Die CDU verlor landesweit 4,8 Prozentpunkte, blieb aber mit 33,7 % der gültigen Stimmen stärkste Partei vor der SPD. Die Sozialdemokraten büßten 3,2 Prozentpunkte ein und erzielten mit 31,5 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die FDP verlor 1,9 Prozentpunkte und errang mit 3,9 % der gültigen Stimmen ihre bislang niedrigste Quote, DIE LINKE erhielt zusammen mit Linken Listen 3,3 %, sonstige Parteien kamen auf 2,6 %. Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linksparteien (ZL)) erzielten zusammen 6,7 %, darunter 5,7 % die Freien Wähler. Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber 2006 um 1,9 Prozentpunkte auf 47,7 %, den nach 2006 zweitniedrigsten Wert seit 1948.

Vorbemerkungen

Unter dem Begriff Kommunalwahlen sind mehrere Einzelwahlen zu unterschiedlichen Vertretungen im kommunalen Bereich zusammengefasst. Am 27. März 2011 fanden die Gemeindewahlen, die Kreiswahlen und – soweit in den Städten und Gemeinden Ortsbeiräte gebildet wurden – die Ortsbeiratswahlen statt. Außerdem gab es an diesem Tag 43 Direktwahlen: In 37 Kommunen wurde der Bürgermeister neu gewählt, in Darmstadt, Marburg und Kassel der Oberbürgermeister und im Main-Kinzig-Kreis, im Main-Taunus-Kreis sowie im Rheingau-Taunus-Kreis der Landrat. Zudem gab es eine Volksabstimmung über die Aufnahme einer Schuldenbremse in der hessischen Verfassung. Das sogenannte **Kommunalwahlergebnis** für Hessen beinhaltet das zusammengefasste Ergebnis der Kreistagswahlen in den 21 Landkreisen und der Stadtverordnetenwahlen in den 5 kreisfreien Städten.

Personalisiertes Verhältniswahlrecht

Seit 2001 wird in Hessen bei Kommunalwahlen nach den Grundsätzen des personalisierten Verhältniswahlrechts gewählt. Dabei gibt es – im Gegensatz etwa zur Fünf-Prozent-Klausel bei Bundes- oder Landtagswahlen – keine explizite Sperrklausel. Der Wähler hat so viele Stimmen, wie Vertreter in die Gemeindevertretung, die Stadtverordnetenversammlung und in den Kreistag zu wählen sind, je nach Einwohnerzahl zwischen 15 und 93. Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können daher

1) Die Gewichtung dient dazu, die unterschiedliche Zahl der Stimmen wieder aufzuheben und damit die Wahlergebnisse zu vorangegangenen Kommunalwahlen und auch zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen rechnerisch vergleichbar zu machen. Gegenüber der reinen Division der Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der Sitze je Gemeindegrößenklasse stellt die hier benutzte Formel:

$$\text{Gewichtete Stimmen} = \frac{\text{Zahl der gültigen Stimmen für die Partei}}{\text{Gesamtzahl der gültigen Stimmen}} \times \text{Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel}$$

eine Verfeinerung dar, die berücksichtigt, dass nicht alle Wählerinnen und Wähler ihr Stimmkontingent voll ausschöpfen.

nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, sondern werden gewichtet¹⁾. Der Wähler kann durch Kennzeichnung eines Wahlvorschlags diesen unverändert annehmen. Er hat aber auch die Möglichkeit, bis zu 3 Stimmen zu häufeln (kumulieren), Bewerbern verschiedener Wahlvorschläge Stimmen zu geben (panaschieren) und Kandidaten zu streichen und damit die eigenen Vorstellungen von der personellen Zusammensetzung des jeweiligen Parlaments zum Ausdruck zu bringen.

Die vollständige Auszählung aller Stimmen ist ein langwieriger Prozess. Um dennoch zeitnahe, auf Auszählungen beruhende amtliche Ergebnisse anbieten zu können, wird noch in der Wahlnacht das sogenannte Trendergebnis ermittelt und auf der Internetseite des Hessischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht. Obwohl dabei nur etwa zwei Drittel, nämlich die unveränderten, nur mit einem Listenkreuz versehenen Stimmzettel (2011: 59,8 %) sowie die eindeutig ungültigen Stimmzettel (2011: 5,2 %) ausgezählt werden, liegt das Ergebnis dicht am vorläufigen bzw. endgültigen Ergebnis. Bis alle Stimmzettel, also auch diejenigen, bei denen kumuliert, panaschiert bzw. gestrichen wurde (2011: 35 %), ausgezählt sind, vergehen Tage.

Wahlbeteiligung auf niedrigem Niveau

Seit 1989 (78 %) hat die Wahlbeteiligung mit jeder Kommunalwahl abgenommen. Dass sich diese Entwicklung bei dieser Wahl nicht fortgesetzt hat, dürfte der mentalen Betroffenheit über die Atomkatastrophe in Fukushima geschuldet sein, die zur Mobilisierung vieler Wähler beigetragen haben könnte. Regional fiel die Wahlbeteiligung durchaus unterschiedlich aus. Wieder bestätigte sich, dass die Wahlbeteiligung mit zunehmender Gemeindegröße tendenziell deutlich abnimmt und in den kreisfreien Städten mit 100 000 oder mehr Einwohnern am niedrigsten ist. Dort sind die Bindungskräfte der Parteien aufgrund der Anonymität schwächer als in kleineren Kommunen und das Lager der Nichtwähler entsprechend größer. Bei dieser Kommunalwahl hatte die kreisfreie Stadt Offenbach am Main mit 33,8 % die

Kommunalwahlergebnisse seit 1993

Jahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmzettel	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
						%	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ²⁾	sonstige Parteien	Wählergruppen
			ZL ³⁾										
1993	4 270 703	3 044 229	71,3	3,2	2 946 644	32,0	36,4	11,0	5,1	—	9,8	5,7	—
1997	4 425 013	2 921 211	66,0	2,7	2 842 626	33,0	38,0	11,0	4,0	0,3	7,9	5,9	—
2001	4 498 672	2 379 281	52,9	4,2	1 711 027 637	38,1	38,5	9,1	5,2	0,4	2,9	5,8	—
2006	4 532 157	2 077 269	45,8	5,2	1 434 867 771	38,5	34,7	9,2	5,8	1,2	2,0	8,6	2,1
2011	4 594 245	2 190 432	47,7	5,5	1 511 875 307	33,7	31,5	18,3	3,9	2,7	2,6	7,2	0,6

1) Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Abgeordnete in das jeweilige Parlament zu wählen sind. — 2) 1997 und 2001: PDS; 2006: DIE LINKE und WASG. — 3) ZL = Zusammenschlüsse der Linksparteien. Um ein Gesamtergebnis für DIE LINKE zu erhalten, sind die Positionen (DIE LINKE und ZL) zu addieren.

niedrigste Beteiligungsquote und die Gemeinde Ottrau (2300 Einwohner) die höchste. Die kleine Gemeinde im Schwalm-Eder-Kreis wies landesweit den höchsten Anstieg der Wahlbeteiligung (+ 14,3 Prozentpunkte) auf. Ausschlaggebend dürfte der Mobilisierungseffekt der am selben Tag stattgefundenen Bürgermeisterwahl gewesen sein, der auch in übrigen Kommunen mit parallel durchgeführten Bürgermeister- bzw. Oberbürgermeisterwahlen zu beobachten war.

Stimmenanteile

Die **CDU** büßte bei den Kommunalwahlen 2011 4,8 Prozentpunkte ein, blieb aber mit 33,7 % stärkste Kraft in Hessen. In den **kreisfreien Städten** erreichten die Christdemokraten eine Quote von 29,3 % und damit 5,0 Prozentpunkte weniger als 2006. Ihre Verluste bewegten sich zwischen 3,5 Prozentpunkten in Wiesbaden und 5,5 Prozentpunkten in Frankfurt am Main. In Wiesbaden (32,7 %) erzielte die CDU ihr bestes Ergebnis. Dort, sowie in Offenbach (30,9 %) und Frankfurt am Main (30,5 %) blieb sie stärkste Fraktion. In den hessischen **Kreistagen** verlor die CDU ebenfalls 4,8 Prozentpunkte und lag mit 34,7 % der gültigen Stimmen nur noch 1,7 Prozentpunkte vor der SPD. Sie schnitt in allen Landkreisen schlechter ab als 2006. Die Verluste reichten von 0,9 (Werra-Meißner-Kreis) bis zu 8,6 Prozentpunkten (Landkreis Offenbach). Ihre besten Ergebnisse erzielte sie im Landkreis Fulda (53,0 %), im Landkreis Limburg-Weilburg (43,5 %) und im Main-Taunus-Kreis (41,9 %). Ihre niedrigste Quote hatte die CDU im Odenwaldkreis mit 25,4 %. Aufgrund der erreichten Stimmenanteile konnte die CDU die Wahl als stärkste Partei in 10 Kreisen für sich entscheiden.

Die **SPD** verlor gegenüber den Kommunalwahlen 2006 3,2 Prozentpunkte und erzielte mit 31,5 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die SPD hatte ebenfalls in allen **kreisfreien Städten** Stimmeneinbußen, die von 1,3 (Wiesbaden) bis zu 7,7 Prozentpunkten (Darmstadt) reichten. In Kassel (36,4 %) blieb die SPD stärkste Partei, in Offenbach am Main (26,3 %) und Wiesbaden (28,9 %) zweitstärkste; in Darmstadt (21,3 %) und Frankfurt am

Main (21,3 %) sind die Sozialdemokraten nur noch drittstärkste Fraktion. Bei den **Kreiswahlen** büßte die SPD 3,0 Prozentpunkte ein und erreichte im Durchschnitt aller Landkreise 33,0 % der gültigen Stimmen. Im Main-Kinzig-Kreis und im Landkreis Marburg-Biedenkopf stieg ihr Stimmenanteil jeweils geringfügig um 0,2 Prozentpunkte an, in den übrigen Landkreisen hatte die SPD Stimmeneinbußen zwischen 1,5 (Fulda, Waldeck-Frankenberg) und 9,5 Prozentpunkten (Odenwaldkreis). Die höchsten Stimmenanteile erzielten die Sozialdemokraten im Landkreis Kassel (48,0 %), im Schwalm-Eder-Kreis (44,1 %) und im Werra-Meißner Kreis (44,1 %). In diesen 3, sowie in 8 weiteren Landkreisen erreichte die SPD höhere Stimmenanteile als die CDU. Im Landkreis Fulda entschied sich dagegen nur knapp jeder fünfte Wähler für die SPD und der Abstand zur CDU war hier am größten.

Die **GRÜNEN** konnten ihren Stimmenanteil bei der Kommunalwahl 2011 gegenüber 2006 nahezu verdoppeln und erzielten mit 18,3 % der gültigen Stimmen ihr historisch bestes Ergebnis. In den **kreisfreien Städten** stieg ihre Quote von 14,4 auf 25,0 %. Den höchsten Zugewinn hatten sie in Darmstadt (+ 17,4 Prozentpunkte). Dort erzielten die GRÜNEN mit 32,9 % ihr bestes Ergebnis und wurden erstmals stärkste politische Kraft in einer kreisfreien Stadt, mit deutlichem Abstand zu CDU (24,8 %) und SPD (21,3 %). Bei der zeitgleich durchgeführten Oberbürgermeisterwahl bzw. bei der Stichwahl 2 Wochen später ging der Kandidat der GRÜNEN ebenfalls als Sieger hervor, und der bisherige SPD-Oberbürgermeister musste seinen Chefsessel räumen. In Frankfurt am Main (25,8 %) und in Kassel (24,9 %) wurden die GRÜNEN zweitstärkste Fraktion, in Offenbach am Main (22,1 %) und Wiesbaden (19,1 %) blieben sie jeweils drittstärkste. Bei den **Kreiswahlen** verzeichneten die GRÜNEN ebenfalls flächendeckend Gewinne von 6,4 (Landkreis Kassel) bis zu 11,4 Prozentpunkten (Landkreis Bergstraße). Ihre Stimmenanteile waren in allen Landkreisen zweistellig und in 5 Landkreisen (Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Offenbach) ent-

Kreiswahlen am 27. März 2011 und am 26. März 2006

Landkreis	Wahl-jahr	Wahl-berechtig-te	Wähler	Wahl-beteili-gung	Ungül-tige Stimm-zettel	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
							CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ²⁾	sonst-ige Par-teien ³⁾	Wäh-ler-grup-pen	da-run-ter ZL ⁴⁾
				%										
Bergstraße	2011	206 614	101 821	49,3	5,7	7 296 004	36,8	29,2	19,4	3,8	2,2	3,6	5,1	—
	2006	205 154	94 369	46,0	4,6	6 829 074	42,3	34,0	8,0	5,6	2,3	3,2	4,6	—
Darmstadt-Dieburg	2011	223 032	111 862	50,2	5,5	7 132 857	30,4	36,1	21,6	3,6	3,1	2,0	3,2	—
	2006	219 029	102 840	47,0	5,2	6 544 719	36,9	39,8	11,0	5,6	—	1,3	5,4	2,0
Groß-Gerau	2011	186 955	81 574	43,6	6,6	5 157 205	30,1	36,9	21,5	2,7	—	1,2	7,7	4,1
	2006	182 168	79 618	43,7	5,9	5 031 546	32,0	42,6	11,3	4,6	—	—	9,5	4,6
Hochtaunuskreis	2011	173 449	88 873	51,2	4,7	5 794 199	39,7	19,8	21,3	7,0	2,3	3,6	6,3	—
	2006	171 424	80 915	47,2	3,9	5 319 401	45,8	23,3	11,0	9,5	—	2,0	8,4	2,7
Main-Kinzig-Kreis	2011	311 914	145 547	46,7	6,2	11 231 702	33,1	35,6	15,1	3,3	3,2	4,6	5,0	—
	2006	307 443	138 734	45,1	6,4	10 582 727	38,6	35,4	7,6	6,2	3,6	4,0	4,6	—
Main-Taunus-Kreis	2011	173 379	86 520	49,9	4,4	6 436 451	41,9	22,6	21,3	5,2	—	—	9,0	2,6
	2006	169 806	80 075	47,2	4,1	5 963 855	46,2	24,2	11,2	8,2	—	1,7	8,4	2,1
Odenwaldkreis	2011	75 929	38 956	51,3	5,6	1 733 315	25,4	34,1	14,6	3,0	2,9	2,4	17,5	—
	2006	76 395	40 172	52,6	5,1	1 787 626	29,3	43,6	6,3	3,8	—	3,3	13,7	3,1
Offenbach	2011	251 665	113 979	45,3	6,1	8 866 904	37,6	25,4	20,9	4,3	2,6	2,5	6,7	—
	2006	248 205	111 475	44,9	5,4	8 725 998	46,2	27,8	11,0	6,3	2,7	—	6,0	—
Rheingau-Taunus-Kreis	2011	142 664	73 332	51,4	5,3	4 033 605	35,8	30,8	18,9	5,0	2,3	—	7,2	—
	2006	141 207	70 622	50,0	4,7	3 916 622	39,8	33,6	10,3	6,1	—	2,7	7,5	—
Wetteraukreis	2011	229 009	113 919	49,7	5,2	8 354 774	35,6	31,8	15,8	3,6	2,4	4,4	6,4	—
	2006	224 243	109 027	48,6	5,2	7 993 113	40,0	35,4	7,2	5,0	—	3,6	8,8	3,0
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	2011	1 974 610	956 383	48,4	5,6	66 037 016	35,1	30,3	19,1	4,1	2,2	2,7	6,6	0,6
	2006	1 945 074	907 847	46,7	5,2	62 694 681	40,3	33,6	9,5	6,2	1,1	2,2	7,1	1,6
Gießen	2011	199 247	95 664	48,0	5,4	6 966 383	29,2	33,5	16,7	3,5	2,5	2,0	12,6	0,9
	2006	194 376	87 147	44,8	5,8	6 310 277	34,6	35,6	9,0	5,3	3,8	—	11,8	—
Lahn-Dill-Kreis	2011	197 184	81 505	41,3	5,5	5 891 556	34,7	32,9	13,6	3,1	2,7	2,4	10,6	—
	2006	197 860	79 918	40,4	5,0	5 757 319	38,1	35,2	5,6	4,2	2,2	3,3	11,4	—
Limburg-Weilburg	2011	133 960	63 185	47,2	5,2	3 919 787	43,5	30,1	12,6	3,2	2,6	—	8,0	—
	2006	134 488	61 998	46,1	5,2	3 825 952	48,0	31,9	5,2	3,3	—	1,9	9,7	2,2
Marburg-Biedenkopf	2011	188 467	94 363	50,1	5,0	6 870 060	33,5	36,3	16,4	2,6	4,3	3,2	3,7	—
	2006	186 965	88 485	47,3	4,5	6 458 891	39,6	36,1	8,9	4,0	4,9	2,5	4,0	—
Vogelsbergkreis	2011	89 199	47 519	53,3	5,9	2 498 897	35,1	34,3	12,8	4,5	3,6	—	9,7	—
	2006	92 090	49 029	53,2	5,4	2 564 233	40,3	37,4	5,3	5,3	—	2,4	9,4	1,8
Reg.-Bez. G i e ß e n	2011	808 057	382 236	47,3	5,3	26 146 683	34,5	33,6	14,8	3,2	3,2	1,8	8,8	0,2
	2006	805 779	366 577	45,5	5,2	24 916 672	39,6	35,2	7,1	4,4	2,6	2,0	9,1	0,6
Fulda	2011	170 459	87 208	51,2	5,0	6 238 687	53,0	19,1	14,4	3,7	—	1,7	8,1	1,9
	2006	168 183	80 140	47,7	5,1	5 633 180	57,8	20,6	5,3	4,0	—	2,2	10,2	1,6
Hersfeld-Rotenburg	2011	98 879	51 399	52,0	5,9	2 743 234	34,1	42,9	10,2	3,6	2,5	—	6,7	—
	2006	101 037	54 738	54,2	5,8	2 903 843	37,2	48,1	2,9	3,0	1,9	—	6,9	—
Kassel	2011	193 043	101 309	52,5	6,5	7 335 798	26,2	48,0	14,5	2,3	3,0	2,8	3,2	—
	2006	193 844	97 346	50,2	6,1	7 031 643	31,3	51,5	8,1	4,6	—	—	4,4	4,4
Schwalm-Eder-Kreis	2011	148 262	82 807	55,9	6,7	5 140 637	27,6	44,1	12,9	4,8	3,0	—	7,5	—
	2006	150 111	83 218	55,4	6,6	5 144 608	30,5	47,3	5,7	5,9	—	—	10,5	3,0
Waldeck-Frankenberg	2011	129 635	66 205	51,1	5,3	4 155 348	30,6	34,5	14,3	5,9	2,3	2,5	10,0	—
	2006	131 521	66 699	50,7	5,0	4 182 584	35,1	36,0	6,0	7,3	1,7	2,3	11,6	—
Werra-Meißner-Kreis	2011	85 274	46 248	54,2	6,1	2 481 843	31,0	44,1	11,8	3,9	3,4	—	5,9	—
	2006	88 306	47 987	54,3	5,7	2 543 186	31,9	49,3	4,8	5,5	0,4	—	8,2	2,0
Reg.-Bez. K a s s e l	2011	825 552	435 176	52,7	6,0	28 095 547	34,0	38,3	13,4	3,9	2,3	1,4	6,7	0,4
	2006	833 002	430 128	51,6	5,8	27 439 044	37,5	41,8	5,8	5,1	0,6	0,8	8,5	2,1
Land H e s s e n	2011	3 608 219	1 773 795	49,2	5,6	120 279 246	34,7	33,0	16,7	3,9	2,4	2,2	7,1	0,5
	2006	3 583 855	1 704 552	47,6	5,3	115 050 397	39,5	36,0	8,0	5,5	1,3	1,8	7,9	1,5

1) Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Kreistagsabgeordnete in den jeweiligen Kreistag zu wählen sind. — 2) 2006: Die Linke. und WASG. — 3) 2011: REP, NPD, Tierschutzpartei, APPD, PIRATEN; 2006: REP, NPD, DKP. — 4) ZL = Zusammenschlüsse der Linksparteien. Um ein Gesamtergebnis für DIE LINKE zu erhalten, sind die Positionen (DIE LINKE und ZL) zu addieren.

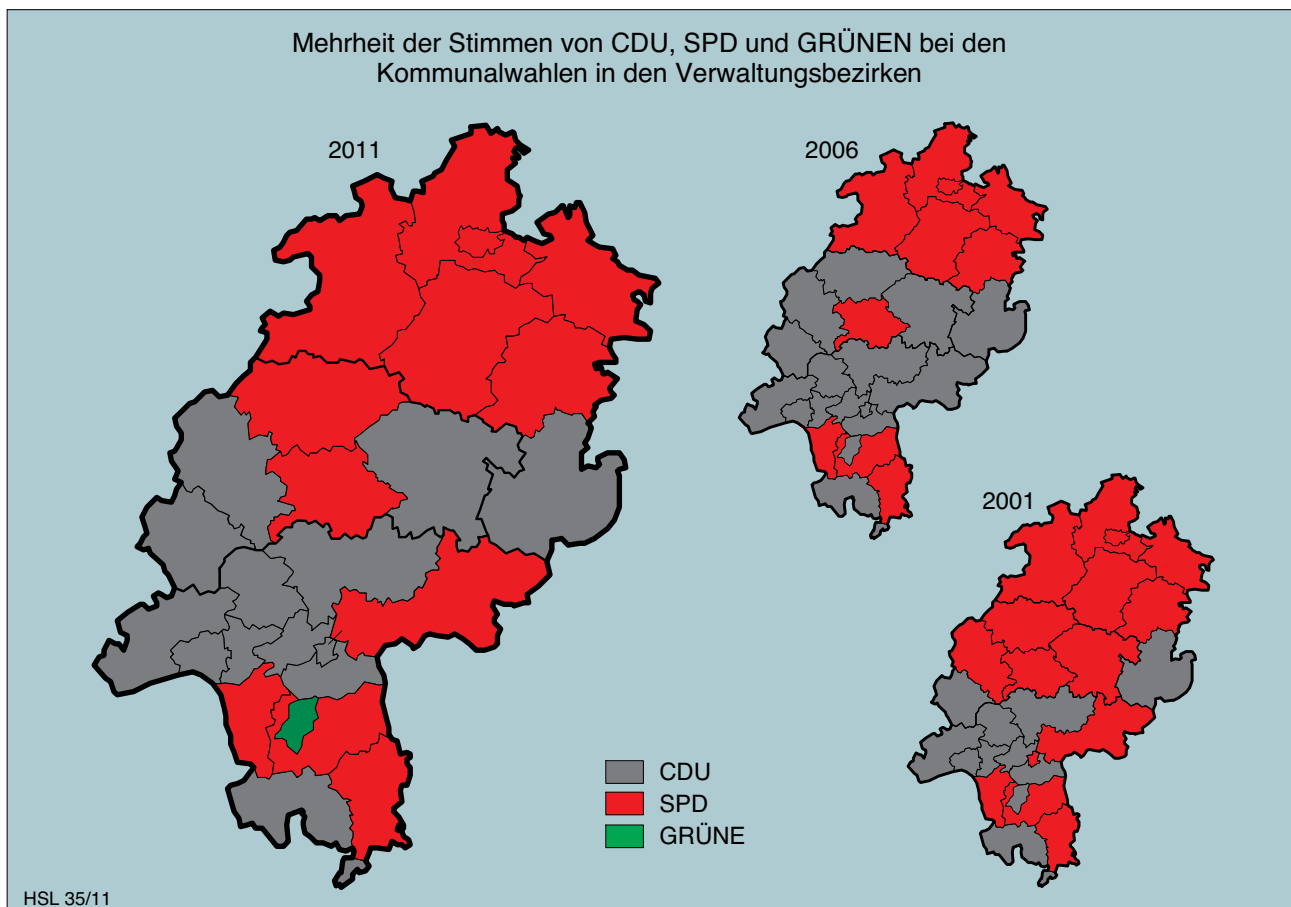
schied sich sogar gut jeder fünfte Wähler für die GRÜNEN. Am erfolgreichsten waren die Grünen im Landkreis Darmstadt-Dieburg (21,6 %), den geringsten Zuspruch hatten sie im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (10,2 %).

Die **FDP** verlor gegenüber den Kommunalwahlen 2006 1,9 Prozentpunkte und errang mit 3,9 % der gültigen Stimmen ihre bislang niedrigste Quote. In den **kreisfreien Städten** fiel ihr Stimmenanteil um 3,1 Prozentpunkte auf 3,9 %. Bei Verlusten von 2,6 (Frankfurt am Main) bis zu 4,0 Prozentpunkten (Wiesbaden) erzielten die Liberalen Stimmenanteile von 2,5 (Kassel) bis zu 5,1 % (Offenbach am Main). Nur in Wiesbaden (5,0 %) erzielten sie eine höhere Quote als DIE LINKE (einschl. ZL), ansonsten eine jeweils niedrigere. Bei den **Kreiswahlen** fiel der Stimmenanteil der FDP um 1,6 Prozentpunkte auf 3,9 %. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg konnten die Liberalen einen kleinen Stimmenzuwachs von 0,6 Prozentpunkten verbuchen, in den übrigen Landkreisen erlitten sie Einbußen zwischen 0,1 (Landkreis Limburg-Weilburg) bis zu 3,0 Prozentpunkten (Main-Taunus-Kreis). Ihr bestes Ergebnis hatte die FDP wieder im Hochtaunuskreis mit 7,0 %. In den Landkreisen Rheingau-Taunus-Kreis, Main-Taunus-Kreis und Waldeck-Frankenberg lagen ihre Quoten zwischen 5,0 und 5,9 %, in den übrigen Landkreisen erzielten die Liberalen unter 5 % der gültigen Stimmen.

DIE LINKE (zusammen mit ZL) erhielt landesweit 3,3 % der gültigen Stimmen und damit ebenso viele wie vor 5 Jahren. In den kreisfreien Städten fiel ihr Stimmenanteil leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 5,1 %. In Kassel, Darmstadt und Frankfurt am Main hatte sie geringe Einbußen, in Offenbach am Main und Wiesbaden leichte Gewinne. Das beste Ergebnis erzielte die Kasseler Linke mit 6,7 %, danach folgten Offenbach am Main (5,5 %) und Frankfurt am Main (5,4 %) vor Wiesbaden (4,1 %) und Darmstadt (3,9 %). Bei den Kreiswahlen war DIE LINKE (mit ZL) bezüglich der Veränderungen ebenfalls relativ statisch. Sie erhielt im Durchschnitt aller Landkreise 2,9 %, mit Quoten von 1,9 (Fulda) bis zu 4,3 % (Marburg-Biedenkopf).

Die **sonstigen Parteien** waren nur vereinzelt angetreten. Am erfolgreichsten waren Die PIRATEN mit landesweit 1,3 % der Stimmen. Es folgten die REPUBLIKANER (0,7 %), die NPD (0,4 %) sowie die Tierschutzpartei und BIG (jeweils 0,1 %).

Die Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linkspartien) gewannen bei der Kommunalwahl 0,1 Prozentpunkte hinzu und errangen landesweit 6,6 % der gültigen Stimmen, darunter 5,7 % die Freien Wähler. In den kreisfreien Städten hatten sich 17 Wählergruppen aufgestellt und 6,9 % der gültigen Stimmen erhalten, in den Landkreisen hatten 27 Wählergruppen insgesamt 6,6 % erzielt.



Wählermobilisierung und Stimmenanteil der Parteien

Gewöhnlich werden bei der Darstellung von Wahlergebnissen die Stimmenanteile der Parteien an der Zahl der gültigen Stimmen betrachtet. Bei dieser politischen, für die Verteilung der Mandate relevanten, Sichtweise bleibt die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung unberücksichtigt. Betrachtet werden nur die Wählerwanderungen zwischen den Parteien, die Bewegungen zwischen Wählern und Nichtwählern bleiben außer Acht. Interessant – und für die Interpretation der Wahlergebnisse wichtig – sind Vergleiche mit den Stimmenzahlen der Parteien bei vorangegangenen Wahlen sowie ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten (Ausschöpfungsquote).

GRÜNE bei der Aktivierung der Wählerschaft außerordentlich erfolgreich, drastische Wählerverluste bei der FDP

Die CDU erhielt gut 697 000 Stimmen und hat im Vergleich 2011 zu 2006 gut 62 000 Wähler verloren. Das entspricht einer Abnahme von rund 8 %. Die SPD büßte gegenüber der Vorwahl 31 000 Stimmen oder fast 5 % ein und kam auf knapp 653 000 Wählerstimmen. Die deutlichsten Verluste hatte die FDP. Sie verlor gut 33 000 Stimmen und erreichte mit insgesamt gut 80 000 Wählern nur noch etwa 70 % ihrer Anhängerschaft von 2006. Die GRÜNEN hatten außerordentlich hohe Zugewinne aus allen politischen Lagern, vor allem aber aus demjenigen der ehemaligen, diesmal mobilisierten Nichtwähler. Sie profitierten davon, dass die abrupte Atom-Abkehr

von CDU und FDP von Vielen als nicht glaubhaft empfunden wurde, und der Atomausstieg ein originäres Thema der GRÜNEN ist. Sie gewannen gut 198 000 Stimmen hinzu und erreichten mit über 379 000 gut doppelt so viele Wähler wie 2006. DIE LINKE (mit ZL) erhielt rund 69 000 Stimmen und auf die übrigen 9 zur Wahl angetretenen Parteien entfielen zusammen knapp 54 000 Stimmen. Die zahlreich angetretenen Wählergruppen (ohne ZL) erreichten gut 138 000 Stimmen, darunter die Freien Wähler mit rund 118 000 Stimmen.

Der Rückblick auf zurückliegende Kommunalwahlen bis 1993 zeigt einen kontinuierlichen Anstieg des Lagers der Nichtwähler bis 2006. Relativ am stärksten davon betroffen war die FDP, deren Wählerschaft sich im dargestellten Zeitraum nahezu halbierte. Ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten fiel von 3,5 (1993) auf 1,8 % (2011). Die SPD verlor fast 40 % ihrer Anhänger von damals. Ihre Ausschöpfungsquote nahm im selben Zeitraum von 25 auf 14 % ab. Die CDU verlor ein Viertel ihrer Wählerschaft von damals. Die Ausschöpfungsquote fiel von 22 auf 15 %. Bei den GRÜNEN sank die Ausschöpfungsquote zunächst ebenfalls von 7,6 bis auf 4 % im Jahr 2006. Bei der Kommunalwahl 2011 stieg ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten auf 8,3 %, ihr bisher bestes Ergebnis.

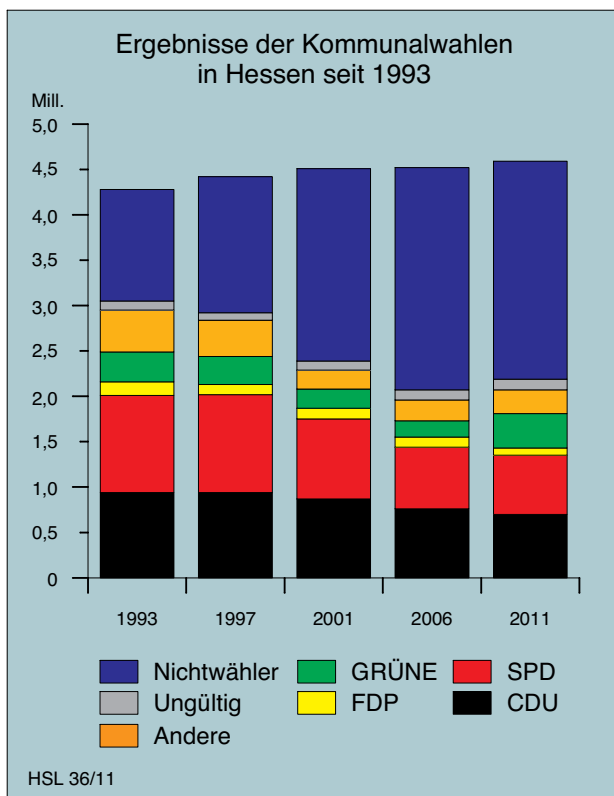
Wählerpotenziale und Ausschöpfung

Bei Landtags- und Bundestagswahlen gelingt es den Parteien im Allgemeinen besser, ihre Wähler zu mobilisieren, weil diesen Wahlen eine höhere Bedeutung beigemessen wird. In dieser Rangordnung steht die Bundestagswahl ganz oben, gefolgt von der Landtagswahl, der Kommunalwahl und der Europawahl. Hieraus lässt sich das maximal erreichbare Wählerpotenzial der Parteien für „rangniedrigere“ Wahlen näherungsweise ableiten.

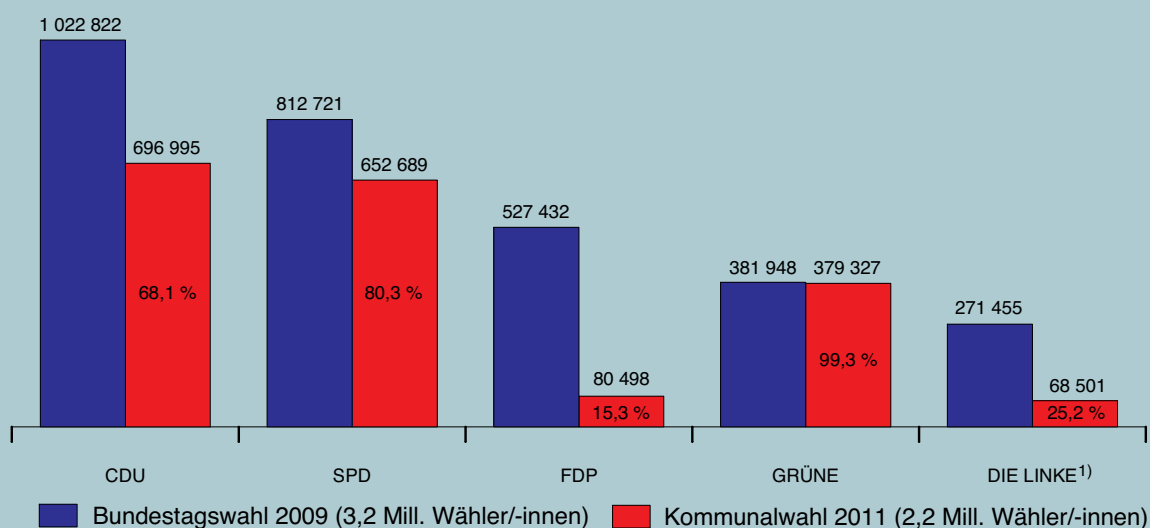
Ausgehend von der Bundestagswahl 2009 lag das erreichbare Wählerpotenzial der CDU bei 1 023 000 Wählerinnen und Wählern. Mit den bei der Kommunalwahl 2011 erzielten Stimmen (697 000) erreichten die Christdemokraten demnach nur 68 % ihrer möglichen Wählerschaft. Bei der SPD betrug die Mobilisierungsquote 80 %, bei der FDP 15 %, und DIE LINKE (mit ZL) erzielte eine Quote von 25 %. Dagegen konnten die GRÜNEN ihr Wählerpotenzial mit gut 379 000 zu knapp 382 000 Stimmen zu 99 % ausschöpfen.

Sitzverteilung in den kreisfreien Städten

In den kreisfreien Städten waren insgesamt 387 Stadtverordnete zu wählen. Während Darmstadt, Offenbach am Main und Kassel über je 71 Stadtverordnetensitze verfügen, sind es in Wiesbaden 81 und in Frankfurt am Main 93 Sitze. Die CDU errang 112 (2006: 130) Man-



Wählerpotenzial und Mobilisierungsquote (in Bezug auf die Bundestagswahl 2009) bei den Kommunalwahlen in Hessen 2011



1) Einschl. Zusammenschlüsse der Linksparteien (ZL).

HSL 37/11

date, die SPD 103 (2006: 119) und die GRÜNEN 97 (2006: 54). Die CDU stellt in Frankfurt und Offenbach am Main sowie in Wiesbaden die stärkste Fraktion, die SPD in Kassel, und in Darmstadt wurden die GRÜNEN stärkste Kraft. Die FDP kam auf 15 (2006: 27) und DIE LINKE und Zusammenschlüsse der Linksparteien auf 20 Mandate (2006: 21). Die REPUBLIKANER verfügen über 5 Sitze, Die PIRATEN erhielten 10 und die NPD und AGP errangen jeweils 1 Sitz. Die Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linksparteien) kommen zusammen auf 23 Sitze, darunter 8 für die Freien Wähler.

Sitzverteilung in den Kreistagen

In den 21 hessischen Kreistagen waren insgesamt 1543 Mandate zu vergeben. Die CDU verlor 71 Sitze und erhielt insgesamt 538 Mandate. Die Christdemokraten sind nicht mehr in 12, sondern nur noch in 9 Landkreisen stärkste Fraktion, darunter im Kreistag des Landkreises Fulda mit der absoluten Mehrheit der Mandate. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Main-Kinzig-Kreis wechselte die Mehrheit der Stimmen von der CDU zur SPD, im Vogelsbergkreis kam es mit jeweils 21 Sitzen

Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten am 27. März 2011 und am 26. März 2006

Kreisfreie Stadt	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmzettel	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
							CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ²⁾	sonstige Parteien ³⁾	Wählergruppen	darunter ZL ⁴⁾
Darmstadt	2011	105 652	52 228	49,4	4,1	3 383 900	24,8	21,3	32,9	3,2	3,9	3,3	10,6	—
	2006	101 666	44 385	43,7	3,1	2 898 159	30,1	29,0	15,5	6,8	4,1	1,0	13,5	—
Frankfurt am Main	2011	453 480	192 242	42,4	5,2	16 409 960	30,5	21,3	25,8	3,9	5,4	4,9	8,1	—
	2006	426 588	172 196	40,4	4,6	14 813 579	36,0	24,0	15,3	6,5	—	2,7	15,4	6,6
Offenbach am Main	2011	79 498	26 895	33,8	4,5	1 711 357	30,9	26,3	22,1	5,1	5,5	5,6	4,5	—
	2006	77 457	24 047	31,0	3,4	1 553 612	35,4	32,2	11,0	7,5	5,3	5,8	2,9	—
Wiesbaden	2011	201 742	83 506	41,4	5,7	6 080 136	32,7	28,9	19,1	5,0	4,1	4,8	5,4	—
	2006	199 513	79 077	39,6	4,9	5 790 686	36,2	30,2	12,1	9,0	—	5,5	6,9	3,3
Kassel	2011	145 654	61 766	42,4	4,3	4 010 708	24,2	36,4	24,9	2,5	—	2,7	9,3	6,7
	2006	143 078	53 012	37,1	4,6	3 380 338	29,1	39,8	15,4	5,5	—	—	10,2	6,8
Insgesamt	2011	986 026	416 637	42,3	5,0	31 596 061	29,3	25,4	25,0	3,9	4,1	4,4	7,9	1,0
	2006	948 302	372 717	39,3	4,4	28 436 374	34,3	28,7	14,4	7,0	0,8	2,9	11,8	4,7

1) Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Stadtverordnete in das jeweilige Stadtverordnetenparlament zu wählen sind. — 2) 2006: Die Linke. und WASG. — 3) 2011: REP, NPD, BüSo, AGP, BIG, Die PARTEI, PIRATEN; 2006: REP, NPD, Die Tierschutzpartei, DIE FRAUEN, BüSo. — 4) ZL = Zusammenschlüsse der Linksparteien. Um ein Gesamtergebnis für DIE LINKE zu erhalten, sind die Positionen (DIE LINKE und ZL) zu addieren.

zum Patt. Die Sozialdemokraten verloren 48 Sitze und entsenden 511 Vertreter. Sie erreichten in 11 Landkreisen die relative Mehrheit. Die Zahl der Repräsentanten der GRÜNEN kletterte von 121 auf 251 und hat sich damit mehr als verdoppelt. Eine negative Bilanz mussten die Liberalen ziehen, deren Abgeordnetenzahl von 83 auf 61 fiel. Die LINKE und Zusammenschlüsse der Linksparteien erhöhten ihre Abgeordnetenzahl von 40 auf 45. Sie sind in allen 21 Kreistagen vertreten, ebenso wie CDU, SPD, FDP und GRÜNE. Die REPUBLIKANER ver-

ren 13 Mandate und ziehen mit insgesamt 8 Vertretern in 7 Kreistage ein, die NPD errang in 3 Kreistagen (Wetteraukreis, Lahn-Dill-Kreis, Main-Kinzig-Kreis) insgesamt 5 Sitze. Die Tierschutzpartei bekam je ein Mandat im Landkreis Groß-Gerau und im Landkreis Kassel, und die PIRATEN ziehen mit 13 Abgeordneten in insgesamt 10 Landkreise ein. Wählergruppen (ohne Zusammenschlüsse der Linksparteien) sind in allen Kreistagen vertreten und erhielten insgesamt 109 Sitze, darunter 106 die Freien Wähler.

Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Die jährlich herausgegebene Veröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Außerdem enthält die Publikation die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Die Publikation kann im Internet unter www.statistik-portal heruntergeladen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_115

Zensus 2011 – eine Sicherheitsanalyse

Der Zensus 2011 ist ein gemeinsames Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen bilden jetzt Daten aus Verwaltungsregistern die Grundlage. Sie werden ergänzt um eine 10%-Stichprobe der Bevölkerung. Lediglich bei den Grundstücks- und Wohnungseigentümern erfolgt eine vollzählige schriftliche Befragung. Im Rahmen dieses Projekts werden auch personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Aus diesem Grund gab das Hessische Statistische Landesamt (HSL) eine Sicherheitsanalyse in Auftrag mit Fokus auf die zensusrelevante Infrastruktur und die organisatorischen Prozesse in Hessen. Die Sicherheitsanalyse wurde gemäß des BSI-Standards 100-2 von der rt-solutions.de GmbH durchgeführt, lief im Zeitraum von Juni bis Oktober 2010 und wurde so termingerecht vor dem 1.11.2010, dem Datum der ersten Übermittlung personenbezogener elektronischer Zensus-Daten an das HSL, fertig gestellt.

Einleitung

Ein funktionierender Staat braucht eine solide Planungsbasis. Diese wird in vielen Bereichen auch durch statistische Daten bereitgestellt. Jedoch weisen nicht alle bereitgestellten statistischen Daten die erforderliche Qualität auf. So basieren die vorhandenen Bevölkerungs- und Wohnungszahlen auf statistischen Fortschreibungen der letzten Volkszählung im Jahr 1987 im früheren Bundesgebiet bzw. der Volkszählung im Jahr 1981 in der DDR. Der lange Zeitraum der Fortschreibung und die großen Veränderungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung führen zwangsläufig zu Ungenauigkeiten; die Zahlen dienen aber weiterhin als Basis für wichtige politische und infrastrukturelle Entscheidungen. So haben die aktuellen amtlichen Einwohnerzahlen beispielsweise direkten Einfluss auf den vertikalen und horizontalen Finanzausgleich, die Einteilung der Bundestagswahlkreise oder die Sitze Deutschlands im Europaparlament.

Mit der Durchführung des Zensus 2011 werden die statistischen Fortschreibungen den realen Umständen in Deutschland angepasst. Weiterhin erhebt der Zensus 2011 Informationen zum Wohnraum, zur Bildung und zum Erwerbsleben, um damit beispielsweise die Grundlage für die Haushalts- und Infrastrukturplanung bereitstellen zu können.

Der offizielle Stichtag für den Zensus ist der 9. Mai 2011, wobei die ersten Vorbereitungen bereits wesentlich früher begannen. Bis 2013 werden viele Millionen Datensätze ausgewertet, um aktuelle Zahlen zum Leben, Wohnen und Arbeiten in Deutschland zu gewinnen.

Die im Rahmen der Vor- und Aufbereitung zu verarbeitenden personenbezogenen Datensätze des Zensus unterliegen dem Statistikgeheimnis und dem Datenschutz und müssen vor einem unbefugten Zugriff gesichert werden. Die durchgeführte Sicherheitsanalyse beschreibt die Sicherheit der Zensusdaten durch die Identifizierung von Abweichungen von Best Practices innerhalb des HSL und die Empfehlung von angemessenen baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten gemäß gesetzlicher Vorgaben vor unbefugter Einsichtnahme, Missbrauch und Verfälschung.

Methode BSI-Standard 100-2

Die Sicherheitsanalyse des Zensus 2011 für das HSL erfolgte nach der IT-Grundschutzmethode des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Standard 100-2). Der IT-Grundschutz definiert ein Vorgehen zur Umsetzung eines effektiven IT-Sicherheitsmanagements, das auf die jeweiligen Gegebenheiten der betrachteten Institution angepasst werden kann. Diese Vorgehensweise bietet u. a. eine Basis für die Überprüfung des vorhandenen IT-Sicherheitsniveaus und die Umsetzung einer angemessenen IT-Sicherheit und stützt sich dabei auf den IT-Grundschutz-Katalog mit den darin enthaltenen Gefährdungen und Schutzmaßnahmen für typische Informationswerte.

Dabei ist es für Informationswerte mit „normalem“ Schutzbedarf ausreichend, die dort genannten Standardmaßnahmen anzuwenden. Diese organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen bieten dann einen Grundschutz für die betrachteten Informationswerte. Bei Schutzbedarfen, die über diesen Grundschutz hinausgehen, also als „hoch“ oder „sehr hoch“ eingestuft werden, sollte ergänzend eine zusätzliche Sicherheitsanalyse durchgeführt werden.

1) Dipl. Informatiker (FH) Nils Dirks ist bei der Firma rt-solutions.de GmbH im Bereich „Risiko- und GAP-Analysen, Sicherheitsbewertungen, ISMS, Richtlinien“ beschäftigt.

2) Dipl. Volkswirt Bonno Domke ist Abteilungsleiter der Abteilung „Informationstechnologien, Unternehmensregister, Gewerbeanzeigen“ des HSL.

Vorgehen

Das Projektvorgehen gliedert sich in 3 Phasen:

1. IT-Strukturanalyse

Das Ziel der IT-Strukturanalyse bestand darin, den IT-Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, den Gegenstand des Sicherheitskonzeptes, abzugrenzen und strukturiert zu beschreiben. Diese Beschreibung bildete die Grundlage für die anschließende Modellierung nach IT-Grundschutz und damit für die Auswahl von Schutzmaßnahmen. Im Fall dieser Sicherheitsanalyse umfasste der IT-Verbund alle infrastrukturellen, technischen und organisatorischen Komponenten, die mit dem Zensus 2011 innerhalb des HSL in Zusammenhang stehen.

Für die IT-Strukturanalyse wurden die erforderlichen Informationen vollständig erfasst und ausgewertet, basierend auf den Erhebungen der Datenbestände, des Netzplans, der Anwendungen, der IT-Systeme, der Personen und Räume. Um die Menge der erfassten Daten zu reduzieren, ohne einen Verlust von Informationen hinnehmen zu müssen, wurden die Daten in Gruppen mit ähnlichen Merkmalen zusammengefasst. So wurden beispielsweise Server gleicher Art oder Personen mit gleichen Tätigkeitsbereichen jeweils zu Gruppen zusammengefasst. Einzelne Komponenten einer Gruppe wurden dann bei der Modellierungsphase zusammen betrachtet.

Die gesamte Dokumentation des IT-Verbunds wurde mit Hilfe des BSI-Grundschutztools vorgenommen, welches den Vorteil einer effizienten, zentralen Verwaltung der IT-Verbundinformationen bietet. Es erleichtert darüber hinaus auch die Fortschreibung weiterer Sicherheitskonzepte, die ganz oder teilweise auf vorhandene IT-Verbundinformationen zurückgreifen müssen.

2. Schutzbedarfsfeststellung

Die korrekte Modellierung nach IT-Grundschutz setzt eine Schutzbedarfseinstufung für alle Datenbestände, Anwendungen, IT-Systeme und Räume voraus. Die Schutzbedarfseinstufung richtet sich primär nach dem maximal zu erwartenden Schaden bei Verletzung eines der 3 Schutzziele „Vertraulichkeit“, „Integrität“ und „Verfügbarkeit“. Wirken mehrere, andere Informationswerte mit dem einzustufenden Informationswert zusammen (z. B. mehrere Anwendungen auf einem IT-System), dann wird die schwerwiegendste Auswirkung auf dessen Schutzziele vererbt (Maximumprinzip). Begründete Abweichungen von dieser Vorgehensweise sind gestattet.

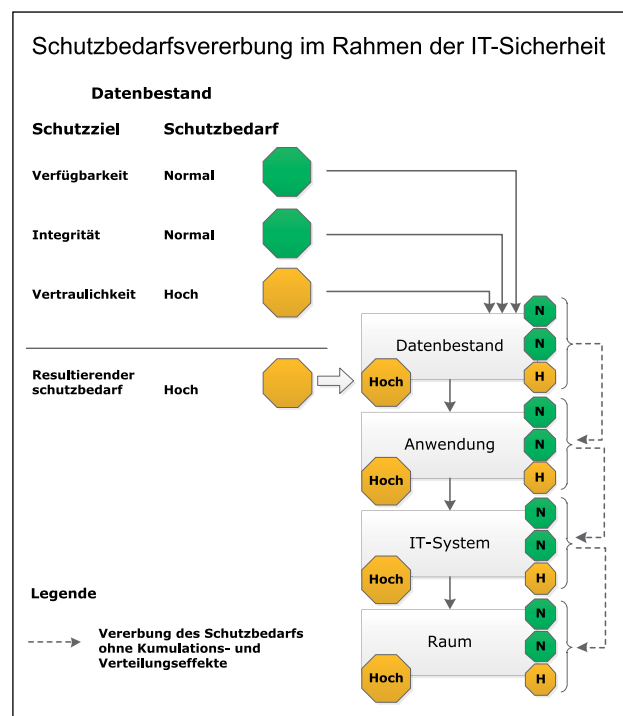
Die vom IT-Grundschutz vorgegebenen Schutzbedarfskategorien umfassen:

– „normal“: Die Schadensauswirkungen sind begrenzt und überschaubar;

– „hoch“: Die Schadensauswirkungen können beträchtlich sein;

– „sehr hoch“: Die Schadensauswirkungen können ein existenziell bedrohliches, katastrophales Ausmaß erreichen.

Auf Basis der anwendbaren Prozesse des Zensus 2011 innerhalb des HSL wurden zuerst die Schutzbedarfe der zu verarbeitenden Daten pro Schutzziel festgelegt. Diese Schutzbedarfe wurden dann im zweiten Schritt an die Anwendungen vererbt. Die Anwendungen vererbten ihrerseits ihre Schutzbedarfe an die IT-Systeme, auf denen sie liefen. Der Schutzbedarf der IT-Systeme wiederum bestimmte dann auch die Schutzbedarfe der Räumlichkeiten, in denen sie betrieben werden. Abweichungen von diesem Prinzip durch Kumulations- oder Verteilungseffekte wurden formal begründet und im Grundschutz-Tool festgehalten.



3. Sicherheitskonzeption

Mit einem vollständigen Inventar der Informationswerte nebst Schutzbedarfseinstufung wurden anschließend die Bausteine der IT-Grundschutzkataloge angewendet. Um dies umfassend für das HSL tun zu können, musste zunächst die Bedrohungslage für die Daten des Zensus 2011 analysiert werden. Durch die komplexe Struktur des Datenaustausches und der damit verbundenen hohen Anzahl an Schnittstellen zu anderen Landesämtern und dem Bundesamt ist der IT-Verbund einer Reihe von unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt, die im Detail betrachtet werden mussten. Auf der Basis dieser Analyse und des existierenden generischen, bundesweiten

Sicherheitskonzeptes für den gesamten Zensus 2011 wurden die wichtigsten Maßnahmen für die jeweils betroffenen Komponenten aus dem Grundschutzkatalog ausgewählt, gruppiert und priorisiert. So ist sichergestellt, dass die erforderlichen Schutzmaßnahmen zum Start des Zensus auf jeden Fall identifiziert wurden und ergriffen werden konnten.

Durch die Prüfung der priorisierten Maßnahmenempfehlungen wurde abschließend ermittelt, ob bzw. inwieweit die empfohlenen Maßnahmen im HSL bereits umgesetzt wurden und an welcher Stelle noch Handlungsbedarf bestand. Dies erfolgte in Form eines Soll-Ist-Vergleichs anhand der Maßnahmenempfehlungen für den Zensus 2011 in enger Kooperation mit der IT-Leitung des HSL. Dabei galt eine Maßnahme dann als entbehrlich, wenn die Umsetzung dieser Maßnahmenempfehlung entweder nicht notwendig oder wenn sie für einen betrachteten Einsatzzweck nicht relevant war. So wurden beispielsweise bereits im Vorfeld der Sicherheitsanalyse verschärfte physische Zugangskontrollen und ein stark reglementierter Zugang zum Internet eingeführt, was zu einer deutlichen Erhöhung der Informationssicherheit führte. Die Anwendbarkeit einer Maßnahme war abhängig vom festgelegten Gültigkeitsbereich und der Identifizierung einer relevanten Schwachstelle.

In beiden Fällen wurde das Ergebnis der Maßnahmenempfehlung stichhaltig begründet und schriftlich fest-

gehalten, sodass es auch von Dritten nachvollzogen werden kann. Das Ergebnis entsprach einer Auflistung aller Schutzmaßnahmen, die bisher nur teilweise und/oder noch nicht realisiert wurden und bis zum Start des Zensus durch das HSL umzusetzen waren und zwischenzeitlich auch umgesetzt wurden.

Zusammenfassung

Mit Hilfe der Sicherheitsanalyse des Zensus 2011 in Hessen konnten Abweichungen vom BSI Standard 100-2 bezüglich der Aufrechterhaltung der Informationssicherheit identifiziert werden, die allerdings nicht schwerwiegend waren. Diese Abweichungen wurden in einer Abschlusspräsentation den verantwortlichen Entscheidungsträgern präsentiert und eine entsprechende Auswahl von priorisierten Maßnahmen zur Behebung empfohlen. Die Umsetzung von Maßnahmen hoher Priorität wurde zeitnah eingeleitet, die restlichen Abweichungen wurden bis zum Beginn des Zensus am 9. Mai 2011 behoben.

Die Sicherheitsanalyse sorgte letztlich nicht nur für eine Verbesserung der Informationssicherheit im HSL, sondern hinterließ auch eine im Grundschutztool gepflegte, aktuelle Dokumentation des IT-Verbundes des Zensus und dient so auch als Quelle weiterer Sicherheitsanalysen. Des Weiteren wurde so auch die erste Etappe mit dem langfristigen Ziel der BSI-Zertifizierung genommen.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁷⁾ 2005 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ⁹⁾¹¹⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,0	107,5	198 790	7,2	30 821	...
2009 4. Vj. D	94,0	88,5	98,9	342 303	111,6	23 528	106,3	106,6
2010 Januar	102,0	87,0	115,5	336 782	79,2	22 873	86,4	106,6	214 465	7,8	22 810	66 420
Februar	99,3	92,2	105,7	335 466	83,2	22 689	85,3	107,0	215 872	7,9	24 451	66 392
März	118,8	106,7	129,7	336 597	103,6	22 997	104,3	107,4	212 494	7,7	25 356	56 780
1. Vj. D	106,7	95,3	117,0	336 282	88,7	22 853	92,0	107,0
April	104,0	94,8	112,2	336 526	78,4	23 133	98,1	107,3	207 137	7,5	27 144	38 772
Mai	98,4	90,2	105,7	336 571	107,3	23 278	96,8	107,3	199 150	7,2	29 510	31 437
Juni	111,4	103,6	118,3	337 632	125,3	23 162	97,6	107,3	195 338	7,1	31 923	25 279
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	97,5	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	98,9	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	94,5	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	99,1	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,5	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,9	107,5	183 009	6,6	35 643	...
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,1	107,6	181 571	6,6	35 059	...
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,4	108,8	183 987	6,7	33 210	...
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,1	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	91,1	108,3	201 249	7,3	31 445	...
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	89,3	108,9	198 446	7,2	34 081	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,8	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2009 4. Vj.	3,1	6,8	0,2	- 5,2	9,1	- 0,4	- 1,8	0,3
2010 Januar	21,7	11,1	30,1	- 5,0	6,5	0,4	- 3,4	0,5	0,4	.	- 2,8	68,9
Februar	17,9	19,0	17,1	- 4,8	12,4	1,6	1,4	0,3	- 0,8	.	- 0,7	12,0
März	31,4	33,7	29,7	- 3,9	- 22,8	1,7	8,0	0,8	- 2,8	.	- 0,5	- 29,1
1. Vj.	23,9	21,4	25,8	- 4,6	- 5,9	1,2	2,1	0,6
April	26,8	32,0	23,0	- 3,4	- 29,8	0,7	- 1,7	0,8	- 6,6	.	10,8	- 57,3
Mai	19,1	25,5	14,6	- 3,0	10,8	1,9	2,3	0,8	- 7,2	.	20,3	- 65,0
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,5	- 0,8	1,2	6,6	0,5	- 6,8	.	28,6	- 71,7
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	2,3	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,4	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	5,6	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	4,1	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,9	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	0,3	1,0	- 7,2	.	44,4	...
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	6,8	1,2	- 6,4	.	47,7	...
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,4	1,5	- 6,3	.	40,6	...
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,6	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	5,4	1,6	- 6,2	.	37,9	...
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2009 4. Vj.	- 12,0	- 25,1	2,5	- 0,7	- 17,0	1,2	3,6	0,0
2010 Januar	18,6	8,3	26,6	- 1,2	- 41,4	- 1,6	- 26,7	- 0,6	9,2	.	- 3,4	16,0
Februar	- 2,6	6,0	- 8,5	- 0,4	5,0	- 0,8	- 1,3	0,4	0,7	.	7,2	0,0
März	19,6	15,7	22,7	0,3	24,6	1,4	22,3	0,4	- 1,6	.	2,8	- 14,5
1. Vj.	13,5	7,7	18,3	- 1,8	- 20,5	- 2,9	- 13,5	0,4
April	- 12,5	- 11,2	- 13,5	- 0,0	- 24,4	0,6	- 5,9	- 0,1	- 2,5	.	7,1	- 31,7
Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	0,0	36,9	0,6	- 1,3	0,0	- 7,2	.	8,7	- 18,9
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	0,8	0,0	- 1,9	.	8,2	- 19,6
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	6,0	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 4,4	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	4,9	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	0,0	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,8	- 0,1	- 2,1	.	0,9	...
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,1	0,1	- 0,8	.	- 1,6	...
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,6	1,1	1,3	.	- 5,3	...
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,9	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,7	- 0,5	9,4	.	- 5,3	...
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 2,0	0,6	- 1,4	.	8,4	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 062,1	6 063,7	6 066,1	6 062,2	6 064,9	6 067,6	6 070,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	3 595	3 236	2 183	3 250	3 576	3 058	2 848
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	7,0	6,5	4,2	6,3	6,9	6,1	5,5
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 591	4 377	4 373	4 294	4 400	4 739	4 778
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	8,9	8,8	8,5	8,3	8,5	9,5	9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 887	4 445	4 392	5 129	4 827	4 547	5 120
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	9,5	8,9	8,5	10,0	9,4	9,1	9,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	16	11	10	12	18	20	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	3,5	2,5	2,3	2,8	4,1	4,2	2,9
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 296	- 68	- 19	- 835	- 427	192	- 342
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 1,6	- 0,8	0,4	- 0,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	16 508	16 250	16 945	15 514	18 439	17 381	17 517
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	6 571	6 939	6 288	7 338	8 207	8 435	7 253
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	14 561	14 771	14 553	16 590	15 471	14 951	14 439
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 293	5 756	4 951	8 210	5 945	6 133	4 915
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	1 947	1 479	2 392	- 1 076	2 968	2 430	3 078
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	19 303	18 590	19 063	18 361	20 605	18 273	17 894

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	215 652	217 103	213 659	184 493	201 249	198 446	191 975
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	96 772	96 561	95 775	87 745	92 946	91 493	89 793
Männer	"	113 816	105 536	118 880	120 542	117 884	96 748	108 303	106 953	102 182
Ausländer	"	50 819	48 154	51 185	51 179	50 827	46 039	49 266	48 620	47 680
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	21 519	22 914	21 932	16 257	18 729	19 405	18 020
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	7,0	7,0	6,9	6,0	6,5	6,4	6,2
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,7	6,7	6,6	6,0	6,4	6,3	6,2
Männer	"	6,9	6,4	7,2	7,3	7,1	5,9	6,6	6,5	6,2
Ausländer	"	14,8	14,0	14,9	14,9	14,8	13,4	14,4	14,2	13,9
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	6,4	6,8	6,5	5,0	5,7	5,9	5,5
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	66 420	66 392	56 780
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	22 810	24 451	25 356	33 210	31 445	34 081	36 028

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9	2 227,3
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	991,5	989,6	986,9	986,6	1 004,9
Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	217,5	212,4	214,8	219,3	224,3
Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	428,1	429,7	431,9	440,1	441,8
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	353,2	354,2	355,9	360,8	362,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,7	6,9	7,2	7,7	7,8
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6
Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,9	553,0	549,8	553,9	565,4
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	122,7	123,0	123,2	126,3
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	533,9	530,0	526,9	527,6	540,9
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	235,6	234,0	232,8	232,2	238,1
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	552,9	549,1	547,4	555,2	563,3
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	250,3	249,1	248,0	248,4	251,0
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	539,0	543,9	542,0	541,3	549,7
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	377,8	381,2	380,6	380,1	386,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 03.05.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	4 956	4 105	4 037	6 402	4 332	3 888	4 006
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	291	150	142	187	282	133	141
Jungrinder	"	52	55	51	27	32	138	104	83	91
Schweine	"	52 749	47 556	50 302	44 395	43 985	55 945	48 434	48 353	44 393
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	3 450	3 255	2 955	3 853	2 904	2 870	2 505
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	6 047	5 275	5 224	7 083	5 864	5 796	5 401
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 253	1 138	1 017	1 705	1 227	1 157	1 170
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	37	19	18	22	34	16	16
Jungrinder	"	7	7	7	3	4	18	14	10	11
* Schweine	"	4 752	4 315	4 431	3 905	3 917	4 878	4 301	4 346	3 989
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451	.	2 346
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	15 352	12 778	13 003	15 505	15 852	14 800	14 608
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 385	1 335	1 336	1 361	1 361	1 369	1 367
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	340,9	336,8	335,5	343,6	342,8	344,7	345,0
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	37 281	41 241	41 957	47 402	40 039	44 794	44 709
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 279,4	1 187,6	1 139,3	1 634,6	1 308,9	1 273,4	1 217,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	6 543,1	6 216,6	6 884,9	9 194,7	8 084,7	7 772,0	8 705,9
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 247,1	3 174,9	3 631,4	4 653,2	4 099,0	4 051,5	4 813,3
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	49,6	51,1	52,7	50,6	50,7	52,1	55,3
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	9,3	21,7	17,9	16,3	16,2	7,6	14,5
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	43,1	41,1	34,1	9,9	4,6	2,1	3,9
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	- 22,4	12,9	9,7	33,2	47,9	20,9	28,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 22,9	- 11,6	- 1,6	2,5	- 8,2	20,5	16,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	14,0	- 0,7	- 2,1	8,3	4,7	2,4	24,5
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	33,0	19,8	10,4	15,8	11,2	10,7	9,9
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	7,3	11,8	24,2	28,6	34,0	26,6	28,1
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	- 9,7	0,0	- 12,6	40,0	55,8	24,8	44,1
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	- 20,8	10,0	40,0	18,0	32,0	33,5	19,6
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	108	108	107	107	111	111
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	16 732	15 810	15 823	16 053	16 046	16 019	16 018
* Geleistete Arbeitsstunden ^{10/11)}	1000 h	2 110	2 004	1 907	1 960	1 968	2 190	1 858	2 088	2 045
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	65,4	60,9	63,4	92,3	63,2	63,8	65,1
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	2 072,3	2 163,2	1 883,8	2 184,5	2 919,8	2 876,5	2 539,8
* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.										
1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickiern. — 6) Einschl. Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.										

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Beschäftigte ¹⁾	2009 = 100 ²⁾	.	97,6	.	.	.	96,3	97,1	99,7	97,4
* Umsatz ³⁾	2009 = 100 ⁴⁾	.	99,7	.	.	.	77,7	101,4	105,2	114,5
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	45,8	45,0	44,7	47,8	46,7	45,2	45,5
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	3 365	2 009	2 361	5 163	2 817	2 976	3 565
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	1 375	822	990	2 142	1 309	1 384	1 573
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 053	723	810	1 550	878	911	1 114
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	937	464	561	1 471	630	681	878
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	103,0	79,7	73,6	127,8	95,1	87,4	86,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	485,0	174,3	196,7	559,2	560,5	226,8	282,3
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	135,1	51,7	53,9	168,7	160,6	78,0	87,8
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	195,1	82,2	81,2	175,3	216,3	78,2	116,2
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	154,8	40,3	61,7	215,1	183,5	70,6	78,3
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,0	94,7	135,3	79,2	83,2	76,8	91,3	67,6	100,0
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	160,5	40,6	46,3	78,3	85,9	91,2	78,5
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	136,6	105,0	83,1	81,7	94,8	73,4	159,8
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	127,5	70,2	93,1	72,7	90,1	57,0	60,8
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	20,0	19,6	19,9	.	.	.	20,1	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	6 012	.	.	.	5 999	.	.
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	162,5	.	.	.	162,7	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	783,6	.	.	.	759,6	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	429	328	356	469	427	598	459
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	375	297	311	402	383	531	418
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	568	420	436	598	562	762	519
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	109	72	85	115	104	142	97
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	145 627	114 101	116 471	166 043	149 550	224 058	142 097
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	151	88	102	131	106	111	99
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	1 198	612	879	1 227	756	1 509	691
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	196	102	149	191	138	203	97
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	257 113	109 024	222 957	145 161	137 444	242 792	81 466
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	936	1 018	1 152	933	898	1 202	1 064	1 274	920
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 154	5 400	5 553	4 358	4 757	6 113	5 534	6 934	4 969
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,3	109,7	87,6	94,2	120,1	116,2	101,3	103,1
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	90,4	108,0	103,7	85,5	93,0	120,4	115,7	105,3	108,3
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	90,6	92,5	90,0	90,0	91,4	91,7	91,8	91,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	98,3	118,5	87,0	85,1	104,2	118,7	91,3	88,2
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,0	117,8	86,4	85,3	105,1	119,4	91,1	89,3
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,3	116,2	88,2	84,8	96,4	115,0	87,1	84,9
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,6	114,3	94,2	99,2	108,4	112,5	99,8	100,3
Bekleidung	"	104,2	109,2	134,5	88,4	82,0	114,8	136,1	96,1	85,9
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,0	115,0	86,2	91,5	119,6	120,8	96,3	99,7
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	110,7	168,5	115,5	95,5	122,6	162,2	128,2	99,4
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,7	83,8	65,6	68,5	84,1	85,5	69,2	75,3
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	96,2	95,7	95,0	94,5	98,2	98,6	97,3	97,4
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	92,7	75,6	64,5	76,2	107,8	83,5	89,8	98,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,0	77,2	65,9	77,9	110,8	85,9	92,3	101,8
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,1	96,8	95,2	94,9	97,6	98,0	97,9	97,8
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	86,5	89,2	74,4	76,5	86,1	88,4	77,7	77,4
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,2	95,8	81,6	83,7	95,1	97,4	85,8	85,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	100,1	90,9	85,8	91,4	103,4	97,4	90,4	95,1
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,5	97,2	75,8	76,4	89,2	96,5	80,9	78,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,8	96,9	91,8	92,7	101,5	101,6	92,2	92,8
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,7	100,7	72,7	73,0	77,5	92,9	74,7	71,3
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,1	96,3	92,7	93,1	96,5	95,9	93,2	93,8
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 422,7	3 502,1	3 756,3	4 796,1	4 516,3	4 161,3	4 552,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	97,2	88,2	96,0	127,3	105,4	102,1	103,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 193,1	3 296,9	3 536,6	4 518,9	4 303,9	3 899,2	4 280,1
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	9,2	11,2	11,7	13,6	16,2	13,0	17,1
* Halbwaren	"	239,9	363,6	219,4	242,1	334,2	405,2	534,8	301,6	291,9
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	2 964,5	3 043,6	3 190,6	4 100,1	3 752,9	3 584,5	3 971,1
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	437,2	525,7	541,1	660,6	532,3	639,8	716,4
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 527,3	2 518,0	2 649,5	3 439,5	3 220,6	2 944,7	3 254,7
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	983,5	1 050,4	1 077,3	1 157,4	1 057,5	1 157,4	1 260,1
Maschinen	"	419,9	482,3	427,7	328,2	401,7	551,2	536,7	425,7	506,4
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	317,5	423,4	419,2	617,5	490,8	504,3	604,3
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	320,6	316,8	347,8	590,4	534,9	438,6	446,2
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	315,2	225,7	232,4	309,1	277,5	277,4	305,2
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 243,4	2 452,9	2 569,4	3 333,8	3 142,3	2 862,8	3 034,8
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	1 909,7	2 148,0	2 246,0	2 855,6	2 729,4	2 508,5	2 639,0
* Afrika	"	74,7	86,0	63,0	55,3	85,0	72,1	67,6	59,2	107,3
* Amerika	"	442,0	562,9	428,3	395,8	481,2	584,2	570,0	564,2	649,4
* Asien	"	529,9	666,8	659,1	563,0	584,3	759,9	696,3	633,8	726,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	28,8	35,2	36,4	46,2	40,1	41,3	34,5
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 660,4	4 529,4	4 749,2	6 606,0	5 900,5	5 774,0	5 904,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	207,6	182,6	183,6	229,0	272,6	216,9	210,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 203,0	4 091,4	4 292,2	6 056,9	5 371,8	5 201,7	5 304,6
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	95,3	137,0	163,2	160,5	130,5	155,4	146,7
* Halbwaren	"	517,9	695,9	469,9	601,0	486,1	817,2	655,6	685,4	653,0
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 637,8	3 353,4	3 642,8	5 079,1	4 585,7	4 360,9	4 504,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	374,4	373,0	426,7	576,8	495,5	511,1	566,3
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 263,4	2 980,3	3 216,2	4 502,3	4 090,1	3 849,9	3 938,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	2 940,5	2 857,2	3 037,6	4 065,3	3 630,7	3 575,3	3 670,6
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 643,9	2 526,8	2 654,9	3 549,7	3 186,4	3 128,6	3 183,1
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	107,4	105,1	117,0	184,8	146,1	177,5	185,6
* Amerika	"	527,0	616,9	539,7	467,1	497,0	676,2	702,3	609,4	614,2
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 065,5	1 086,9	1 091,9	1 636,5	1 402,6	1 371,6	1 410,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	7,3	13,1	5,8	43,2	18,8	40,3	24,1
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gästeankünfte	1000	932	996	742	767	815	1 015	833	792	852
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	173	197	210	213	191	212	225
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	1 764	1 824	1 906	2 207	1 902	1 904	1 956
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	325	383	424	372	355	425	446
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	892	722	742	1 071	935	491	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	680	534	592	863	743	399	...
* Güterversand	"	169	195	211	188	150	207	193	93	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	21 564	19 894	21 123	30 599	24 674	23 656	25 161
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	19 745	18 179	19 362	27 168	22 397	21 292	22 509
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 242	1 240	1 171	2 350	1 469	1 555	1 546
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	227	262	357	482	225	393	716
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	219	153	146	434	449	309	321
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 638	2 058	1 808	2 721	2 193	1 979	1 958
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 650	1 203	1 103	1 876	1 234	1 313	1 325
* getötete Personen	"	26	21	13	16	15	19	9	17	23
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 225	1 612	1 498	2 492	1 685	1 763	1 800
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	400 523	.	.	.	401 850	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	274 276	.	.	.	281 333	.	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	56 725	.	.	.	56 684	.	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	71 598	.	.	.	65 529	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	7 875 275	.	.	.	8 021 722	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	7 172 311	.	.	.	7 355 691	.	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	238 425	.	.	.	238 493	.	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	464 539	.	.	.	427 539	.	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	130	.	.	.	124	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	147 397	.	.	.	124 684	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	523 424	.	.	.	511 771	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	390 199	.	.	.	379 773	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	72 058	.	.	.	68 314	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	318 141	.	.	.	311 459	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	511 148	.	.	.	543 967	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	946	893	868	1 081	978	917	784
davon										
* Unternehmen	"	163	145	167	117	127	112	137	143	112
* Verbraucher	"	567	630	578	580	540	739	626	576	491
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	163	149	168	186	181	169	150
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	38	47	33	44	34	29	31
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	480 669	405 052	311 782	173 666	517 992	276 937	254 946
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	5 823	6 914	6 472	6 340	5 369	7 130	6 612
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	7 082	6 577	5 510	5 701	7 152	6 817	5 393
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,2	106,6	107,0	107,6	108,8	108,3	108,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	110,8	112,1	112,5	113,2	114,4	114,4	115,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,9	113,7	113,8	113,5	113,3	113,2	113,0
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	99,6	95,4	96,4	99,1	97,8	94,2	95,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,1	108,6	108,6	110,1	110,4	111,6	111,8
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	105,8	106,0	106,0	106,6	106,8	107,0	107,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	104,1	103,7	104,0	103,2	103,1	103,0	103,2
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	105,0	106,2	106,3	107,1	107,0	107,1	107,2
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	110,2	111,6	111,2	113,7	115,1	115,9	115,8
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	89,0	88,8	88,6	87,2	86,8	86,6	86,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	103,3	97,8	100,2	98,1	102,9	98,2	100,1
Bildungswesen	"	105,2	107,9	106,4	108,2	108,2	107,7	107,7	107,1	108,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	107,5	109,1	111,7	107,8	108,8	106,9	113,1	109,3	109,9
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	.	112,5	113,9	.	.	115,0
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	5 559,8	4 011,2	3 247,0	2 979,1	5 624,5	3 672,0	3 412,8
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	5 391,7	3 918,5	3 125,3	2 844,4	5 417,8	3 517,4	3 274,6
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	2 042,6	1 562,3	1 313,4	1 244,2	1 948,9	1 450,3	1 352,2
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	719,0	2,7	- 14,5	- 107,6	662,0	- 58,4	- 16,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	213,0	354,3	89,9	36,1	162,7	242,8	13,2
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	343,1	703,8	297,7	212,6	372,8	604,9	298,9
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	547,9	- 328,2	- 73,5	- 74,9	864,2	2,4	- 69,3
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 421,5	1 517,5	1 428,0	1 388,7	1 273,6	1 133,5	1 587,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	104,7	106,1	84,1	145,3	133,5	141,9	108,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾ noch: davon Bundessteuern Landessteuern darunter Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer sonstige Landessteuern Gewerbesteuerumlage	Mill. Euro "	. 157,5 . 45,9 34,5 48,1 19,2	. 115,6 . 34,9 33,6 47,1 27,2	. 113,2 . 30,0 38,0 45,1 54,9	. 93,8 . 23,8 27,3 42,7 - 1,1	. 101,1 . 23,3 26,0 51,4 20,6	. 128,7 . 34,9 40,4 53,3 6,1	. 127,8 . 39,5 36,5 51,8 78,9	. 150,0 . 54,7 40,4 54,9 4,6	. 123,8 . 26,6 42,9 54,3 14,4

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt ²⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ³⁾	Mill. Euro "	1 311,2 3,1 126,7 630,8 479,6 8,3	1 313,2 2,9 127,9 672,4 437,6 9,2	1 743,9 4,1 181,6 766,1 699,8 11,0	1 529,6 5,6 214,5 655,8 554,2 17,8	2 347,9 3,6 162,7 919,8 1 083,4 11,4	1 018,9 4,3 170,3 703,9 125,5 11,7	1 790,4 3,7 171,5 883,0 639,3 12,3	1 868,4 5,8 227,4 945,9 584,9 21,0	2 443,3 3,6 169,7 1 102,5 985,4 12,9

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Leistungsgruppe 1 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 2 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 3 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 4 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 5 ⁷⁾ * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung ⁸⁾ * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro "	3 924 4 172 3 346 7 333 4 564 3 107 2 436 2 008 3 736 3 159 3 825 5 019 3 418 2 957 4 022 3 651 3 751 2 421 5 292 6 128 4 401 5 571 2 576 3 263 3 960 3 408 4 967 3 513	4 344 4 604 3 746 7 881 5 051 3 521 2 745 2 183 4 266 3 627 4 413 5 454 3 964 3 220 4 383 3 971 4 080 2 608 5 518 6 414 4 818 6 238 2 758 3 630 4 271 3 886 5 813 3 976	3 493 3 687 3 038 6 236 4 050 2 832 2 253 1 877 3 310 2 953 3 361 4 362 3 144 2 781 3 588 3 277 3 397 2 273 4 558 4 904 3 941 4 735 2 419 3 092 3 800 3 191 4 609 3 190	3 527 3 727 3 058 6 301 4 086 2 858 2 272 1 900 3 367 3 009 3 426 4 317 3 136 2 831 3 609 3 277 3 421 2 301 4 564 4 942 3 920 4 710 2 393 3 147 3 896 3 200 4 790 3 183	3 542 3 749 3 061 6 317 4 095 2 870 2 283 1 901 3 400 2 950 3 469 4 304 3 168 2 824 3 615 3 310 3 429 2 253 4 564 4 951 3 932 4 740 2 405 3 147 3 896 3 213 4 849 3 219	3 561 3 762 3 094 6 350 4 160 2 857 2 262 1 863 3 378 2 892 3 481 4 245 3 161 2 623 3 652 3 289 3 379 2 273 4 586 5 196 4 022 4 748 2 410 3 153 3 910 3 192 4 827 3 189	3 614 3 828 3 120 6 413 4 203 2 917 2 343 1 901 3 480 3 040 3 568 4 318 3 195 2 839 3 681 3 303 3 501 2 270 4 585 5 298 4 069 4 781 2 398 3 171 3 940 3 240 4 889 3 101	3 617 3 830 3 122 6 443 4 215 2 919 2 365 1 931 3 491 3 103 3 567 4 294 3 180 2 925 3 681 3 314 3 495 2 259 4 631 5 306 4 097 4 768 2 400 3 183 3 943 3 249 4 739 3 130	3 638 3 857 3 132 6 492 4 253 2 936 2 352 1 928 3 503 3 027 3 598 4 308 3 170 2 845 3 705 3 340 3 485 2 286 4 652 5 320 4 081 4 813 2 433 3 185 3 943 3 265 5 406 3 244

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_146

Hessische Kreiszahlen



STATISTIK HESSEN

Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet. Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main.

Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
DIN A 4, kartoniert

Online:
Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_143

Öffentlichrechtliche Insolvenz und Staatsbankrott

Rechtliche Bewältigung finanzieller Krisen der öffentlichen Hand. Beiträge zum Öffentlichen Recht, Band 202, von Kai von Lewinski, XLIII, 611 Seiten, Leineneinband, 124,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2011.

Die Insolvenz der öffentlichen Hand ist inzwischen wieder eine reale Möglichkeit. Denn die finanziellen Mittel juristischer Personen des öffentlichen Rechts wie auch die des Staates selbst sind begrenzt. In dem vorliegenden Band beschreibt der Autor die rechtlichen Regeln, die im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand und im Staatsbankrott gelten. Er beginnt bei den Frühformen der finanziellen Krise innerhalb des Haushalts, um dann die selbstständigen unterstaatlichen öffentlichen Rechtsträger in den Blick zu nehmen und schließlich die Zahlungsunfähigkeit des Staates im staatsrechtlichen, bundesstaatlichen, europäischen und internationalen Kontext zu betrachten. Es zeigt sich, dass der Staatsbankrott nicht das Ende des Rechts oder auch nur des Rechtsstaats ist, sondern dass das Verwaltungsrecht, das Staatsrecht, das Europa- und das Völkerrecht Regelungen für die rechtliche Bewältigung der Insolvenz der öffentlichen Hand bereithalten. Der Band gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: Einleitung – Finanzielle Krise der öffentlichen Hand als rechtlicher Begriff – Zahlungsunfähigkeit der Verwaltung – Bewältigung finanzieller Krisen von Verwaltungsträgern – Bewältigung finanzieller Krisen des Staates – Bewältigung finanzieller Krisen in bündischen Systemen – Deutsche Finanzkrise und internationale Verbindlichkeiten – Öffentlichrechtliche Insolvenz als Rechtsfrage. 7432

Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich

Herausgegeben von Olaf Köller, Michel Knigge und Bernd Tesch, 244 Seiten, kartoniert, 29,90 Euro, Waxmann, Münster/New York/München/Berlin 2010.

Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung der Länder, berichtet im vorliegenden Band über seinen ersten Ländervergleich. Dieser ersetzt die bisherigen PISA-Ergänzungsstudien (PISA-E), in denen ebenfalls die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Kompetenzstände ihrer Schülerinnen und Schüler verglichen wurden. Während in PISA die Fünfzehnjährigen die Zielpopulation darstellen, untersucht das IQB Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe. Im Gegensatz zu PISA werden die Kompetenzen anhand von Bildungsstandards ermittelt, wobei das IQB den Auftrag hat, diese weiterzuentwickeln und ihr Erreichen zu überprüfen. Die Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss bilden die Referenzgröße des vorliegenden Ländervergleichs. Nach ihrer Normierung 2008 konnten Mindest-, Regel- und Maximalstandards definiert werden, die es erlauben, Leistungen von Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf gesellschaftlich konsensfähige Zielerwartungen zu vergleichen. Das Schwergewicht der Untersuchung von Kompetenzständen wurde in diesem Ländervergleich auf die Fächer Deutsch und erste Fremdsprache (Englisch/Französisch) gelegt. Die Studie konzentriert sich im Fach Deutsch auf die Kompetenzen Zuhören, Lesen und Orthografie sowie in der ersten Fremdsprache auf Hörverstehen und Leseverstehen. Weiterhin wurde auch der Einfluss von sozialen und kulturellen Bedingungen auf Kompetenzen untersucht. Die

Erhebungen zum Ländervergleich fanden 2008 (Französisch) und 2009 (Deutsch und Englisch) statt. Die Befunde machen den Umfang der Anstrengungen deutlich, die die Länder seit der Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2000 unternommen haben. Gleichzeitig weisen sie auf den weiteren Entwicklungsbedarf im allgemeinbildenden Schulsystem hin. 7430

Richtungswechsel

Reformpolitik der Obama-Administration. Von Christiane Lemke, 173 Seiten, kartoniert, 24,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Während die Wahl Barack Obamas mit großen Hoffnungen auf eine gesellschaftliche und politische Erneuerung verbunden war, macht sich heute eine zunehmende Politikverdrossenheit in der US-amerikanischen Bevölkerung breit. Sinkende Umfragewerte und wachsender Widerstand gegen zentrale Reformprojekte, Wahlverluste der Demokraten bei wichtigen Senats- und Gouverneurswahlen und eine medienwirksame oppositionelle Rechte deuten auf eine schwindende Unterstützung des Präsidenten hin. Ein Jahr nach dem Machtwechsel stellt sich daher die Frage, inwiefern die Obama-Administration ihr Ziel, einen grundlegenden politischen Wandel einzuleiten, verwirklichen kann. Welche Reformprojekte können durchgesetzt werden und wo liegen die Stärken und Schwächen der neuen Politik? Kann der Präsident mit seinem Reformpaket eine neue Richtung einschlagen? Ist Obama einer der großen Reformpräsidenten oder lediglich ein brillanter Rhetoriker mit geringer politischer Durchsetzungsfähigkeit? In der vorliegenden Studie wird die Frage des Richtungswechsels zunächst auf Basis einer Analyse der Präsidentschaftswahlen 2008 und ihrer Ergebnisse behandelt, um daran anschließend den Reformprozess in seiner Substanz zu analysieren und zu bewerten. Aus dem Inhalt: Die US-Wahl 2008: Politische Wende – Von der Krise zum gezähmten Kapitalismus: Wirtschaftspolitische Schwerpunkte – Reformschub: Gesundheitswesen – Energie- und Umweltpolitik: Wandel eines Politikfeldes – Schwerpunkt Bildungspolitik – Neue Außenpolitik: Perzeptionen, Konzepte und Schwerpunkte. 7417

Über die Kostbarkeit von Mut und Klarheit

Die politische und religiöse Botschaft der Grafen Helmuth James von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg aus dem Kreisauer Widerstandskreis gegen Hitler und den Nationalsozialismus. Von Matthias Kroeger, 184 Seiten, kartoniert, 19,80 Euro, Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2010.

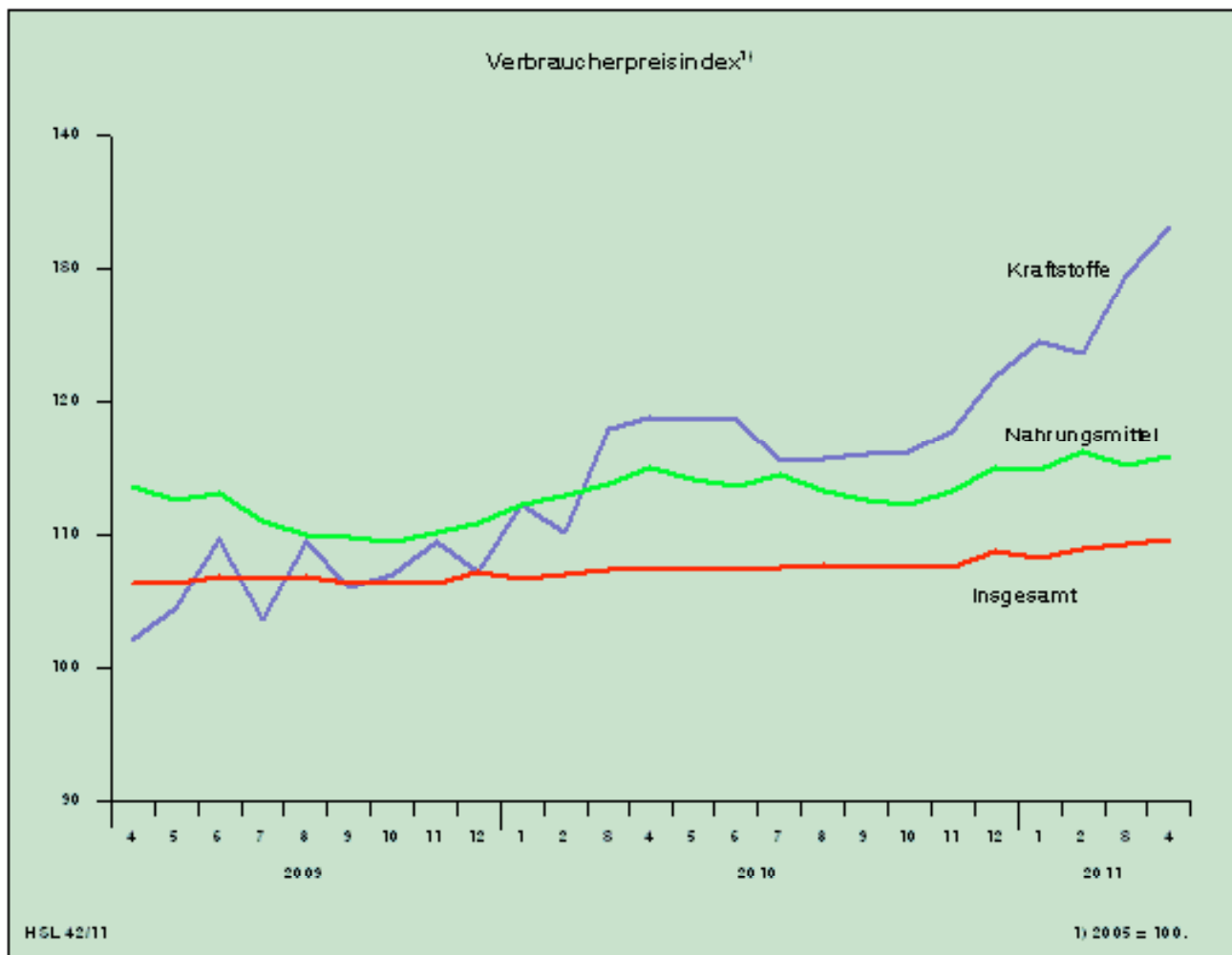
In all den politischen Ratlosigkeit und Überforderungen unserer Tage geben die Kreisauer aus ihren radikalen, notgeborenen Reflexionen unerwartete Hilfe und Anregung: überraschende Blickerweiterung und Hoffnung auf längst im Gang befindliche, aber unterschätzte Entwicklungen. Moltke meinte mit seinem eiskalten Blick in die Augen Freislers einen Blick in die Dämonie seiner Zeit getan zu haben. Was wäre die heutige suggestive Dämonie oder Ideologie, der wir ins Auge zu schauen hätten? Es könnte die heute sich breit machende säkularistische Ausblendung und Willkür im Blick auf Religion und Spiritualität als Wurzelphänomene unserer Gesellschaft sein. Es ist gut, dass der Staat neutral bleibt, aber die Gesellschaft darf anthropologischen und ethischen Grundfragen, aus denen jedes Kompassbewusstsein und verantwortliches Handeln erwachsen, nicht aus dem Wege gehen. Dies bedeutet nicht, dass man sich unbedingt christlich orientieren müsste, wohl aber, dass ernsthaftes spirituelles Bewusstsein für unsere Gesellschaft eine menschliche Fundamentalbedeutung hat. 7421

Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

6 · 11

66. Jahrgang
Hessisches Statistisches Landesamt



Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge

Im Jahr 2010 erfolgten in Hessen 769 gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge. Dies waren rund 5 % weniger als ein Jahr zuvor. Für 546 dieser Kinder und Jugendlichen wurde das Personensorgerecht ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen, knapp 7 % weniger als 2009. Zum Jahresende 2010 lebten 2549 Kinder und Jugendliche in Hessen unter bestellter oder gesetzlicher Vormundschaft der Jugendämter; das waren rund 4 % mehr als ein Jahr zuvor. In 399 Fällen lag eine gesetzliche Amtsvormundschaft vor, die „kraft Gesetzes“ bei der Geburt von Kindern minderjähriger lediger Mütter eintritt. 2150 Kinder und Jugendliche hatten eine durch Vormundschafts- oder Familiengericht bestellte Amtsvormundschaft (Entzug des Sorgerechts). Die Zahl der bestellten Amtspflegschaften betrug 2450 (+ 11,6 %). Dabei werden Teile des Sorgerechts auf das Jugendamt oder andere Personen übertragen. Für gut 38 800 Kinder gab es im Jahr 2010 Beistandschaften, knapp 6 % weniger als 2009. Die Beistandschaft hilft Alleinsorgeberechtigten in bestimmten Bereichen, die Rechte ihrer Kinder zu wahren, z. B. bei der Durchsetzung und Festlegung von Unterhaltszahlungen. Dem Berechtigten steht es frei, dieses Angebot der Jugendämter zu nutzen. Eine Pflegeurlaubnis (nach § 44 SGB VIII) für die Vollzeit- bzw. Wochenpflege wurde im Laufe des Jahres 2010 für 437 Kinder und Jugendliche erteilt. Alle waren in Vollzeitpflege untergebracht.

Wieder mehr Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen in Hessen ist im Jahr 2010 wieder gestiegen. Es wurden 13 839 Personen eingebürgert, gut 1200 oder knapp 10 % mehr als im Jahr 2009 und ähnlich viele wie im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007. 2008 und 2009 war die Zahl der Einbürgerungen jeweils gesunken. Mit 3748 Eingebürgerten stellten die Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit die mit Abstand größte Gruppe. Es folgten Personen aus Afghanistan (875), Marokko (738) und Pakistan (589). Aus Ländern der Europäischen Union stammten insgesamt 1924 eingebürgerte Personen, darunter 457 aus Polen. Danach folgten Rumänen (282), Griechen (235) und Bulgaren (213). Knapp 55 % der Eingebürgerten behielten neben der neu erworbenen deutschen ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei. Einbürgerungen werden vor allem von jüngeren Ausländern wahrgenommen. Zwei Drittel oder gut 9200 der Eingebürgerten waren jünger als 35 Jahre, knapp 21 % befanden sich im Alter zwischen 35 und 45 Jahren. Dem-

gegenüber lag der Anteil der 60-Jährigen oder Älteren an allen Einbürgerungen bei lediglich gut 4 %. Rund 68 % der Eingebürgerten (9360) hielten sich seit 8 bis unter 20 Jahren in Deutschland auf, knapp 17 % (2327) lebten bereits 20 Jahre oder länger in Deutschland, und rund 16 % erhielten die Einbürgerungsurkunde bereits bei einer Aufenthaltsdauer von weniger als 8 Jahren. Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben Personen, die mindestens 8 Jahre in Deutschland leben, einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Anforderungen erfüllen. Deren Ehegatte und minderjährigen Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch keine 8 Jahre im Inland aufhalten.

Weiter steigende Schülerzahlen an Privatschulen

Die Anzahl der Schüler, die an einer allgemeinbildenden Privatschule unterrichtet wird, ist im zu Ende gehenden Schuljahr so hoch wie noch nie. Es werden 42 900 Schülerinnen und Schüler an den 140 Schulen in privater Trägerschaft unterrichtet. Im Vergleich zum Vorjahr stieg ihre Zahl um etwa 900 oder 2,1 %. Die Schülerzahlen an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen gingen dagegen abermals zurück: Sie werden von 617 100 Mädchen und Jungen besucht; das entspricht einer Abnahme von 9250 oder 1,5 %. Insgesamt besuchen 6,5 % aller hessischen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen eine Schule in privater Trägerschaft. Besonders hoch sind die Anteile in den Förderschulen und den Gymnasien: Mit 3930 besuchen 16 % aller Förderschüler eine Privatschule. Ferner sind 25 190 Gymnasiasten Privatschüler; das entspricht einem Anteil von 12 %. Darunter befinden sich knapp 3600 Jugendliche, die die Sekundarstufen I und II der Freien Waldorfschulen besuchen. An allen anderen Schulformen liegt der Anteil der Privatschüler bei 5,5 % oder darunter.

Neue Publikation des AK ETR

Die neue Publikation „Grafische Darstellung von Indikatoren des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft“ ist eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Sie stellt relevante Daten und Ergebnisse zum Arbeitsmarkt und zur Wirtschaft in grafischer Form dar. Die darin enthaltenen 35 Grafiken bieten einen kompakten und schnellen Überblick über die aktuelle Arbeitsmarktlage in allen Bundesländern und Kreisen Deutschlands. Hierzu werden Wirtschaftsstrukturen, zeitliche Entwicklungen und statistische Kennziffern grafisch abgebildet. Die Publikation (PDF-Format) wird im Online-Angebot des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) kostenlos zum Download angeboten (www.ak-etr.de).

Daten zur Wirtschaftslage

Nach dem durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ausgelösten Rezessionsjahr 2009 war das Jahr 2010 durch einen wirtschaftlichen Erholungsprozess gekennzeichnet, der stärker ausfiel als ursprünglich erwartet. Die Ergebnisse der Wirtschaftsstatistiken für das erste Quartal 2011 deuten nun an, dass sich die positive Entwicklung weiter fortsetzt. Die Entwicklung in den einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar: In der hessischen Industrie legten die realen Auftragseingänge und die realen Umsätze im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahresquartal deutlich zu. Eine Besserung ist bei der Beschäftigungssituation zu verzeichnen. Der im vierten Quartal 2010 einsetzende leichte Beschäftigungsanstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal nach dem Krisenjahr 2009 setzte sich im ersten Quartal 2011 fort. Für das hessische Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten) verlief das erste Quartal 2011, nachdem das Jahr 2010 recht schwach verlief, wieder günstiger. So legten die Auftragseingänge im ersten Quartal 2011 wieder zu und die Umsätze stiegen – begünstigt durch die Witterung – um knapp ein Drittel; die Beschäftigung nahm weiter zu. Nach einer schwachen Entwicklung des Umfangs der Baugenehmigungen im Jahr 2010 gab es im ersten Quartal 2011 eine deutliche Steigerung: Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben mit 1 225 000 m² Wohn- und Nutzfläche mehr Fläche (+ 45 %) zum Neu- und Umbau frei als im entsprechenden Vorjahresquartal. Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) konnte im ersten Quartal 2011 an die positive Entwicklung des Jahres 2010 anknüpfen, und es war ein Umsatzplus von 1,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Im Bereich des Kraftfahrzeughandels kam es – ausgehend von einem durch die Abwrackprämie verursachten niedrigen Ausgangsniveau – im Berichtszeitraum zu einem Plus von rund einem Viertel. Die Erholung der Wirtschaft setzte sich bis zum Ende des Jahres 2010 fort, und die Arbeitsmarktentwicklung profitiert nach wie vor davon. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2010 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,6 % auf 3,17 Mill. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um 17 000 Personen auf 197 200 ab. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Beobachtungszeitraum um 0,5 Prozentpunkte auf 6,4 %. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2011 belief sich der Bestand an gemeldeten Stellen auf 33 900, gegenüber 24 200 im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die jeweils im Vergleich zum Vorjahresquartal gemessene Inflationsrate legte in den letzten Quartalen kontinuierlich zu. Im ersten Quartal 2011 war ein Plus von 1,7 % zu verzeichnen, nach Zuwachsraten in Höhe von 1,3 % im vierten Quartal 2010 bzw. 0,9 % im dritten Quartal 2010. Preistreibend wirkten vor allem die Preise für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe). Die Ergebnisse aus dem Bereich „Insolvenzen“ lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Anhaltende Nachfragebelebung der Industrie

Die hessische Industrie knüpfte im ersten Quartal 2011 an die positive Entwicklung des letzten Jahres an. Auftragseingänge und Umsätze nahmen weiter zu und die Beschäftigung, die der konjunkturellen Entwicklung immer mit Verzögerung folgt, nahm verstärkt zu. Im ersten Quartal dieses Jahres lagen die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie um 8,1 % höher als im entsprechenden Quartal des Vorjahres. Die Inlandsaufträge nahmen um 8,2 % und die Aufträge aus dem Ausland um 8,0 % zu.

Hohe Zuwachsraten erzielten mit 30 % die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und mit 28 % der Maschinenbau. Dagegen verfehlten nicht überraschend die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen das sehr hohe Vorjahresniveau um 31 %. Überdurchschnittliche Zunahmen erzielten die Metallerzeugung und -bearbeitung mit 27 % und die Hersteller von Metallerzeugnissen mit 24 %. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnis-

sen verzeichneten ein Nachfrageplus von 13 % und die Chemische Industrie von 3,8 %.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2010 ¹⁾				2011
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs i n s g e s a m t	106,7	104,6	102,6	104,1	115,3
Inland	95,3	96,2	96,1	96,0	103,1
Ausland	117,0	112,1	108,4	111,3	126,4
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs i n s g e s a m t	23,9	23,5	– 3,9	10,7	8,1
Inland	21,4	27,9	– 18,6	8,5	8,2
Ausland	25,8	20,3	12,3	12,5	8,0

1) Korrigiert nach Jahreskorrektur. — 2) 2005 = 100.

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

Art der Angabe	2010 ²⁾				2011
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ³⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	95,4	100,1	104,9	106,8	105,9
Inland	87,8	93,3	98,5	99,6	94,4
Ausland	104,4	107,9	112,4	115,3	119,5
Beschäftigte	336 282	336 910	341 668	343 333	345 450
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ³⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	6,8	11,7	9,7	9,9	11,0
Inland	6,3	14,1	9,2	8,1	7,5
Ausland	7,4	9,1	10,2	11,7	14,5
Beschäftigte	- 4,6	- 3,0	- 0,9	0,3	2,7
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) Korrigiert nach Jahreskorrektur. — 3) 2005 = 100.					

Weiter starkes Umsatzwachstum

Die anhaltend positive Auftragsentwicklung ließ vor allem die Auslandsumsätze, aber auch die Inlandsumsätze, im ersten Quartal 2011 weiter ansteigen. Die preisbereinigten Umsätze der hessischen Industrie lagen um 11 % höher als vor einem Jahr. Die Inlandsumsätze erhöhten sich um 7,5 %, die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 15 %. Fulminante Zuwachsraten erzielten der Maschinenbau mit 29 % und der Kraftwagensektor mit 33 %. Die Umsätze der Elektrotechnik lagen um 12 % unter dem hohen Vorjahresniveau. Ein beträchtliches Umsatzwachstum verzeichneten mit 21 % die Metallerzeugung und -bearbeitung und mit 19 % die Hersteller von Metallerzeugnissen. Die Gummi- und Kunststoffverarbeitung legte um 20 % zu und die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen um 14 %. Die Chemische Industrie, die im ersten Quartal des Vorjahres einen starken Anstieg verzeichnet hatte, steigerte ihren Umsatz im ersten Quartal 2011 nochmals um 4 %.

Verstärkter Beschäftigungsanstieg

Trotz Kurzarbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen hatte die hessische Industrie im Krisenjahr 2009 die Beschäftigung deutlich reduziert. Der Aufschwung im Jahr 2010 führte schon zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation, aber im Jahresdurchschnitt gab es noch einen Rückgang. Erst im vierten Quartal des letzten Jahres konnte schon im Vorjahresvergleich ein leichter Beschäftigungsanstieg erreicht werden, der sich im ersten Quartal 2011 mit einer Beschäftigtenzahl von 345 500 und einem Plus von 2,7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal verstärkt fortsetzte.

Einen starken Beschäftigungsaufbau gab es bei der Gummi- und Kunststoffverarbeitung mit einem Plus von 6 % auf 30 700 und bei der Herstellung von Metallerteugnissen mit einem Anstieg von 4,4 % auf 29 900 Personen. Die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen erhöhten ihre Beschäftigungszahl beträchtlich um 4,5 % auf 23 800. Beim Maschinenbau gab es ein Plus von 2,7 % auf 37 700 und beim Kraftwagensektor um 1,7 % auf 46 000 Mitarbeiter. Der Chemie-/Pharmabereich hielt seine Beschäftigungszahl mit 55 400 konstant.

Bauhauptgewerbe mit starkem Umsatzanstieg

Das hessische Bauhauptgewerbe verzeichnete in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten im ersten Quartal 2011 eine positive Entwicklung. Die Auftrags-eingänge, die im letzten Jahr rückläufig waren, nahmen wieder zu. Bei den Umsätzen gab es, begünstigt durch eine günstige Witterung, einen kräftigen Anstieg. Die Beschäftigung nahm weiter zu.

Die wertmäßigen Auftragseingänge lagen im ersten Quartal dieses Jahres um 9,7 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Der Hochbau konnte 16 % und der Tiefbau 4,3 % mehr Aufträge verbuchen. Im Hochbaubereich legten der Wohnungsbau um 29 % und der gewerbliche und industrielle Hochbau um 22 % zu. Dagegen verfehlte der öffentliche Hochbau das Vorjahresniveau um 16 %. Im Tiefbausektor konnte nur der gewerbliche und industrielle Tiefbau vor allem dank einiger größerer Aufträge einen Anstieg von 51 % verzeichnen. Straßenbau und sonstiger Tiefbau mussten dagegen ein Minus von 15 bzw. 11 % hinnehmen.

Die kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge bestätigen die günstige Entwicklung. Nachdem es vom dritten bis zum vierten Quartal 2010 nur ein leichtes Plus von 1,2 % gegeben hatte, nahmen sie vom vierten Quartal 2010 zum ersten Quartal 2011 um 23 % zu.

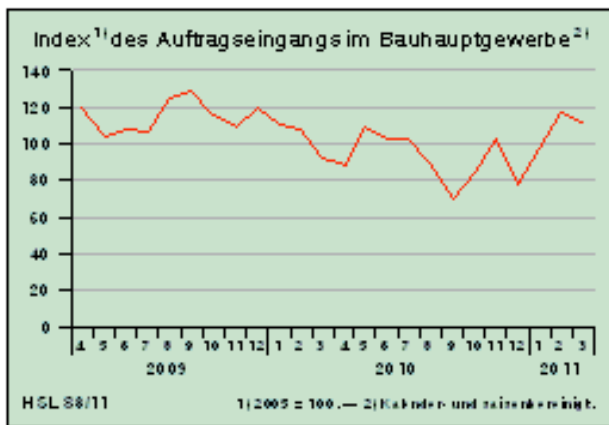
Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2010				2011
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	673 698	787 713	777 456	640 780	739 079
Umsatz (1000 Euro)	467 991	887 004	996 145	1 099 331	616 190
Beschäftigte	22 853	23 191	23 183	24 209	23 138
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	- 5,9	- 7,1	- 23,9	- 24,4	9,7
Umsatz	- 12,2	5,7	2,9	0,1	31,7
Beschäftigte	1,3	1,3	- 0,3	2,9	1,2
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise		Arbeitsmarkt ⁸⁾			
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁶⁾	Verbraucherpreisindex ⁷⁾	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁹⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2007 D	107,6	103,3	111,5	355 609	108,4	23 277	97,7	103,6	236 162	8,6	32 412	4 000
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,0	107,5	198 790	7,2	30 821	...
2010 Februar	99,3	92,2	105,7	335 466	83,2	22 689	85,3	107,0	215 872	7,8	24 451	66 392
März	118,8	106,7	129,7	336 597	103,6	22 997	104,3	107,4	212 494	7,7	25 356	56 780
1. Vj. D	106,7	95,3	117,0	336 282	88,7	22 853	92,0	107,0
April	104,0	94,8	112,2	336 526	78,4	23 133	98,1	107,3	207 137	7,5	27 144	38 772
Mai	98,4	90,2	105,7	336 571	107,3	23 278	96,7	107,3	199 150	7,2	29 510	31 437
Juni	111,4	103,6	118,3	337 632	125,3	23 162	97,5	107,3	195 338	7,1	31 923	25 279
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	97,4	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	98,8	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	94,4	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	99,0	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,4	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,8	107,5	183 009	6,6	35 643	...
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,2	107,6	181 571	6,6	35 059	...
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,4	108,8	183 987	6,7	33 210	...
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,1	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	90,9	108,3	201 249	7,3	31 445	...
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	89,3	108,9	198 446	7,2	34 081	...
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	102,7	109,3	191 975	6,9	36 028	...
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	94,3	108,8
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2007 D	6,0	3,0	8,7	1,6	6,4	0,7	- 2,8	2,2	- 16,9	.	18,2	-0,7
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,8	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2010 Februar	17,9	19,0	17,1	- 4,8	12,4	1,6	1,4	0,3	- 0,8	.	- 0,7	12,0
März	31,4	33,7	29,7	- 3,9	- 22,8	1,7	8,0	0,8	- 2,8	.	- 0,5	- 29,1
1. Vj.	23,9	21,4	25,8	- 4,6	- 5,9	1,2	2,1	0,6
April	26,8	32,0	23,0	- 3,4	- 29,8	0,7	- 1,7	0,8	- 6,6	.	10,8	- 57,3
Mai	19,1	25,5	14,6	- 3,0	10,8	1,9	2,2	0,8	- 7,2	.	20,3	- 65,0
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,5	- 0,8	1,2	6,4	0,5	- 6,8	.	28,6	- 71,7
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	2,2	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,3	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	5,5	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	4,0	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,8	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	0,2	1,0	- 7,2	.	44,4	...
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	6,9	1,2	- 6,4	.	47,7	...
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,4	1,5	- 6,3	.	40,6	...
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,6	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	5,2	1,6	- 6,2	.	37,9	...
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	...
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 1,5	1,8	- 9,7	.	42,1	...
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,5	1,7
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2010 Februar	- 2,6	6,0	- 8,5	- 0,4	5,0	- 0,8	- 1,3	0,4	0,7	.	7,2	0,0
März	19,6	15,7	22,7	0,3	24,6	1,4	22,3	0,4	- 1,6	.	2,8	- 14,5
1. Vj.	13,5	7,7	18,3	- 1,8	- 20,5	- 2,9	- 13,5	0,4
April	- 12,5	- 11,2	- 13,5	- 0,0	- 24,4	0,6	- 5,9	- 0,1	- 2,5	.	7,1	- 31,7
Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	0,0	36,9	0,6	- 1,4	0,0	- 7,2	.	8,7	- 18,9
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	0,8	0,0	- 1,9	.	8,2	- 19,6
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	5,9	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 4,5	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	4,9	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	0,0	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,8	- 0,1	- 2,1	.	0,9	...
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,3	0,1	- 0,8	.	- 1,6	...
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,5	1,1	1,3	.	- 5,3	...
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	12,0	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,9	- 0,5	9,4	.	- 5,3	...
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 1,8	0,6	- 1,4	.	8,4	...
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	15,0	0,4	- 3,3	.	5,7	...
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 13,6	0,7

1) Einsch. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



Im Gegensatz zu den Auftragseingängen fließen definitionsgemäß bei den Umsätzen auch die Umsätze der Subunternehmer mit ein. Mit Umsätzen von 616 Mill. Euro wurde im ersten Quartal dieses Jahres das Vorjahresniveau um 32 % übertroffen. Hier half die im Gegensatz zum Vorjahr milde Witterung, die in höherem Maße Bauarbeiten zuließ, mit. Beim Wohnungsbau gab es einen Anstieg von 50 % auf 89 Mill. Euro, beim gewerblichen und industriellen Bau von 26 % auf 277 Mill. Euro und beim gesamten öffentlichen Bau um 33 % auf 251 Mill. Euro.

Die positive Beschäftigungsentwicklung hielt an. Im Durchschnitt des ersten Quartals waren in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten im hessischen Bauhauptgewerbe 23 100 Personen tätig, womit der Vorjahresstand um 1,2 % übertroffen wurde.

Wirtschaftsaufschwung im Hochbau bestätigt

Die genehmigte Wohn- und Nutzfläche stieg im ersten Vierteljahr 2011 gegenüber dem Vorjahresquartal um 388 000 m² auf 1 255 000 m². Die dafür veranschlagten Baukosten summierten sich auf 1438 Mill. Euro. Das waren 256 Mill. Euro bzw. 22 % mehr als im ersten Quartal 2010. Die starke Zunahme ging insbesondere auf Bauvorhaben der Privatwirtschaft zurück.

Im **Wohnbau** nahm die genehmigte Fläche um knapp die Hälfte zu. Mit einem Plus von 78 % steigerten sich die Vorhaben der Wohnungswirtschaft im Vergleich zum Vorjahreszeitraum besonders deutlich. Auch das Engagement der privaten Haushalte legte um ein Drittel erneut zu. Die veranschlagten Kosten lagen um 53 % über dem Wert des Vorjahresquartals. Sie stiegen bei den Unternehmen um 89 % und bei den privaten Haushalten um 35 %. Die Investitionssumme der privaten Haushalte lag 14 % über der gewerblichen.

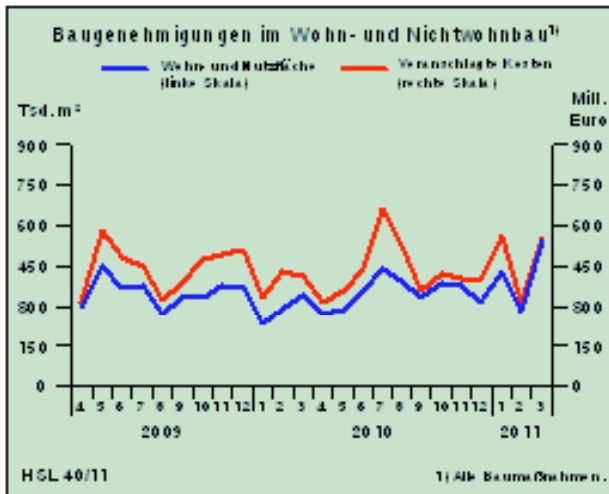
Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 504 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg um 62, die der darin vorgesehenen Wohnungen nahm um 573 zu. Damit waren 3400 Wohnungen

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2010				2011
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	2 388	2 267	2 829	2 808	3 398
Wohnfläche (1000 m ²)	254	277	319	324	392
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	2 692	2 295	3 646	3 426	3 494
Nutzfläche (1000 m ²)	419	391	577	533	495
Wohnungen insgesamt ²⁾	2 892	2 709	3 356	3 253	3 808
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	867	908	1 165	1 076	1 255
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	14,0	– 15,6	25,7	2,8	42,3
Wohnfläche	4,5	– 9,5	20,8	5,8	54,4
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	– 25,8	– 37,0	30,2	7,1	29,8
Nutzfläche	– 29,1	– 32,9	20,6	– 1,2	18,1
Wohnungen insgesamt ²⁾	20,8	– 8,3	19,4	6,1	31,7
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	– 16,0	– 18,9	19,2	– 0,6	44,8
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

in Neubauten vorgesehen; das waren 42 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 330 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 78 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 3808 neuen Wohnungen wurden 32 % mehr genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 120 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung stiegen um gut ein Viertel, die Kosten je m² Wohn- und Nutzfläche nahmen leicht um 2,4 % zu.

Der Flächenbedarf im **Nichtwohnbau** wurde gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 40 % auf 678 000 m² ausgeweitet. Die dafür veranschlagten Kosten stiegen um lediglich 1,7 % auf 733 Mill. Euro. Die genehmigte Fläche bei Fabrik- und Werkstattgebäuden wurde verdreifacht und beruhte größtenteils auf Neubauvorhaben. Die ebenfalls starken Steigerungen bei Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie im Bereich „Hotels und Gaststätten“ gingen überwiegend auf Maßnahmen an bestehenden Gebäuden zurück. Auch der Umfang an Bauvorhaben bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, Handels- und Lagergebäuden sowie Anstaltsgebäuden nahm zu. Bei den übrigen nichtlandwirtschaftlichen Be-



triestgebäuden und sonstigen Nichtwohngebäuden gingen die Genehmigungen dagegen zurück. Insgesamt betrachtet, setzte sich damit die deutliche Zunahme des Engagements der Privatwirtschaft beim Nichtwohnbau auch im ersten Quartal 2011 fort. Die Vorhaben der öffentlichen Bauherren halbierten sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Einzelhandel bleibt im Plus

Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) startete durchaus positiv ins Jahr 2011. So nahm der Umsatz – verglichen mit dem ersten Vierteljahr 2010 – nominal um 2,5 % zu; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Plus von 1,4 %. Eine Bereinigung dieser Ergebnisse um Saison- und Kalendereinflüsse ist wegen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige zurzeit noch nicht möglich.

Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte ihr Vorjahresniveau dagegen nicht halten. Günstiger war die Lage beim Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren. Noch gefragter waren Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik. Auch Geschäfte, die sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- oder Einrichtungsbedarf anbieten, konnten ihren Umsatz nominal und real deutlich ausweiten. In der genannten Gruppe wurden Produkte aus dem Sortiment des Bau- und Heimwerkerbedarfs erheblich mehr nachgefragt. Auch die Läden, die der Wirtschaftsgruppe „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“ zuzurechnen sind, hatten im Quartalsvergleich nominal und real mehr Umsatz, ebenso wie der sonstige Facheinzelhandel. Besonders Artikel des hierzu gehörenden Einzelhandels mit medizinischen und orthopädischen Artikeln sowie des Einzelhandels mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln waren hier gefragt. Der Einzelhandel

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2010				2011
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	92,0	97,4	97,4	109,1	94,3
Kfz-Handel ²⁾	82,7	97,9	97,4	101,9	104,5
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	91,8	96,1	96,8	108,3	93,1
Kfz-Handel ²⁾	80,8	95,6	95,0	99,1	101,3
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	94,8	95,8	96,2	98,2	97,3
Kfz-Handel ²⁾	94,9	95,5	96,2	97,4	97,6
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	94,8	96,0	96,3	98,4	97,5
Kfz-Handel ²⁾	102,4	105,1	105,7	108,5	113,3
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	2,1	2,2	3,8	2,6	2,5
Kfz-Handel ²⁾	– 19,6	– 11,2	– 2,6	12,5	26,4
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	1,2	1,6	3,1	1,7	1,4
Kfz-Handel ²⁾	– 20,1	– 11,4	– 3,0	11,7	25,4
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,0	2,0	1,7	2,9	2,7
Kfz-Handel ²⁾	– 3,4	– 2,5	– 1,1	0,1	2,8
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	– 0,2	1,2	1,0	2,9	2,9
Kfz-Handel ²⁾	– 6,3	– 6,8	– 2,1	2,5	10,7
1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2005.					

an Verkaufsständen und auf Märkten wiederum befand sich nominal und real im Minus. Der Einzelhandel, der – wie z. B. der Versand- und Interneteinzelhandel, aber auch der Brennstoffhandel – seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, hatte zwar nominal mehr in den Kassen, real war aber auch diese Sparte im Minus.

Die insgesamt positive Umsatzentwicklung im Einzelhandel wirkte sich auch günstig auf die Beschäftigung in diesem Wirtschaftssektor aus. Dabei nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten etwas stärker zu als die Zahl der Vollzeitbeschäftigten.

Im Bereich des Kraftfahrzeughandels und deren Instandhaltung und Reparatur kam es im Berichtszeitraum zu einem kräftigen Umsatzanstieg. Dies war zu erwarten, da es im vergangenen Jahr als Spätfolge der „Abwrackprämie“ zu erheblichen Einbrüchen im Neuwagengeschäft gekommen war. Auch die Zahl der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung nahm zu, wobei davon hauptsächlich die Zahl der Teilzeitstellen betroffen war.

Arbeitsmarktentwicklung weiterhin positiv

Die Erholung der Wirtschaft setzte sich auch zum Ende des Jahres 2010 fort. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Der Anstieg war damit schwächer als in den beiden vorausgegangenen Quartalen. Das aktuelle Ergebnis dürfte allerdings durch den äußerst kalten und schneereichen frühen Winter negativ beeinflusst worden sein. Durch die seit dem Sommer 2009 anhaltende wirtschaftliche Erholung in Deutschland erreicht die Konjunktur wieder Normalauslastung. Die Unternehmen planen neue Anlagen und stellen zusätzliche Arbeitskräfte ein. Die günstige konjunkturelle Entwicklung ist nicht zuletzt auf die zuversichtliche Stimmung der Unternehmen und Verbraucher zurückzuführen. Die konjunkturellen Frühindikatoren lassen deshalb eine Fortsetzung des Wachstums im Jahr 2011 erwarten; allerdings haben die globalen Risiken zuletzt wieder zugenommen. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich aber weiter ausgesprochen positiv. Die Erwerbstätigenzahl und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen zu, und die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sanken erneut deutlich. Der BA-X¹⁾ als Indikator für die Arbeitskräftenachfrage ist weiter gestiegen.

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland ist auch in Hessen spürbar. Nach der aktuellen Konjunkturumfrage der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern im Frühjahr beurteilte fast jedes zweite Unternehmen seine derzeitige Geschäftslage als gut, und knapp 44 % waren mit der derzeitigen Konjunktur zufrieden. Der Geschäftsklimaindex lag bei 132,2 Punkten auf Rekordniveau und übertraf den Stand zu Jahresbeginn um 4,1 Prozentpunkte. Auch die Einschätzungen der derzeitigen und zukünftigen Geschäftslage stiegen erneut. Die gute Stimmung der hessischen Wirtschaft schlug sich auch in den Beschäftigungsplänen nieder, die sich gegenüber der Vorumfrage nochmals verbesserten. Fast jedes vierte Unternehmen will in den kommenden Monaten zusätzliche Stellen aufbauen. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleister wollen ihr Personal aufstocken. Ebenfalls einen merklichen Stellenaufbau planen die „Mittelständler“ und die Großbetriebe mit über 500 Beschäftigten; dagegen ist die Bereitschaft zu einer Neueinstellung in den Kleinbetrieben verhaltener. Hier will nur jedes 7. Unternehmen in den nächsten Monaten die Mitarbeiterzahl erhöhen.

In Hessen waren im vierten Quartal 2010 rund 3,17 Mill. Personen erwerbstätig, rund 17 800 oder 0,6 % mehr

1) Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit. Er beruht auf konkreten Stellengesuchen der Unternehmen und signalisiert die Einstellungsbereitschaft. Der saisonbereinigte Index umfasst die bei der BA gemeldeten ungeforderten Stellen, die Stellen der Freiberufler und Selbstständigen sowie die gemeldeten Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

als im entsprechenden Vorjahresquartal. Damit setzte sich die im Frühjahr des Jahres einsetzende positive Entwicklung im vierten Quartal fort. Im zweiten und dritten Quartal 2010 betrug der Zuwachs im Jahresvergleich 0,3 bzw. 0,5 %. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte den höchsten Stand in einem vierten Quartal seit Beginn der Berechnungen. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich resultierte vorwiegend aus der Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Bundesweit betrug der Anstieg 1,0 %.

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im vierten Quartal 2010 um knapp 27 200 Personen oder 0,9 % zu. Der Anstieg fiel stärker aus als im Durchschnitt der letzten 9 Jahre (+ 24 400 Personen) für das gleiche Quartal.

Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Den nur noch leichten Beschäftigungsverlusten im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) standen Zugewinne in den Dienstleistungsbereichen gegenüber. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe wurden im vierten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal nur noch 800 Stellen oder 0,1 % abgebaut, nachdem in den Vorquartalen deutliche Beschäftigungsverluste zu verzeichnen waren. Maßgeblich dazu beigetragen hatte das Verarbeitende Gewerbe, das erstmals seit dem dritten Quartal 2008 im Jahresvergleich keinen Beschäftigungsabbau mehr vermeldete. Insgesamt waren hier im vierten Quartal durchschnittlich 511 000 Personen beschäftigt, 23 400 oder 4,4 % weniger als vor Beginn der Krise. Im Baugewerbe nahm im Berichtsquartal die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,0 % zu. Im Bereich „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ sank die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahr (- 2,1 %).

In den Dienstleistungsbereichen insgesamt erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl um knapp 16 500 oder 0,7 %. Die Entwicklung in den 3 Teilbereichen war jedoch unterschiedlich stark. Im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ wurde erstmals seit dem zweiten Quartal 2009 wieder ein Anstieg von 0,5 % festgestellt. Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ meldete dagegen nur ein Plus von 0,2 % (+ 1700 Personen). Am stärksten nahm jedoch der Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ mit 10 900 Stellen (+ 1,2 %) zu.

In den Bundesländern waren sehr unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. Die Spannweite betrug 1,7 Prozentpunkte und reichte von einem Plus von 1,3 % (Rheinland-Pfalz, Saarland und Niedersachsen) bis zu einem Minus von 0,4 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Einklang mit der Erwerbstätigenentwicklung blieb der Anstieg der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2011

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2010				2011
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 098,8	3 123,7	3 138,3	3 165,5	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 0,2	0,3	0,5	0,6	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 168,8	2 183,7	2 207,0	2 227,5	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	214 277	200 542	194 055	182 856	197 223
und zwar						
Männer	„	118 344	106 835	100 179	94 761	105 813
Frauen	„	95 933	93 707	93 876	88 095	91 410
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	21 950	19 148	21 620	16 450	18 718
dar. 15 bis unter 20	„	3 907	3 472	4 481	3 369	3 466
50 oder älter	„	56 998	56 132	54 589	53 904	57 898
dar. 55 oder älter	„	32 180	32 399	32 102	31 893	34 220
Ausländer	„	50 819	48 517	46 992	45 569	48 522
im Rechtskreis III	„	76 348	65 261	63 190	56 420	64 441
im Rechtskreis II	„	137 929	135 281	130 865	126 436	132 783
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 1,1	– 6,9	– 8,4	– 6,7	– 8,0
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	„	6,9	6,5	6,2	5,9	6,4
und zwar						
Männer	„	7,2	6,5	6,1	5,8	6,4
Frauen	„	6,6	6,5	6,5	6,1	6,3
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	6,5	5,8	6,6	5,0	5,7
dar. 15 bis unter 20	„	3,7	3,5	4,7	3,5	3,6
50 oder älter	„	7,3	7,0	6,8	6,7	7,2
dar. 55 oder älter	„	7,6	7,4	7,2	7,2	7,7
Ausländer	„	14,8	14,1	13,7	13,3	14,2
Deutsche	„	5,9	5,5	5,3	5,0	5,4
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	24 206	29 526	34 914	34 637	33 851
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	„	4 665	2 921	2 122
Kurzarbeiter ⁴⁾	„	63 197	31 829	17 169
Anzeigen über Kurzarbeit	„	501	186	130	413	244
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	„	6 065	2 756	1 655	5 812	2 592
1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor. Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

gegenüber dem Vorquartal trotz des frühen und strengen Winters moderat. Die Arbeitslosigkeit nahm vom Dezember auf Januar saisonal und absolut zu, saisonbereinigt ging sie zurück. In den darauffolgenden Monaten Februar und März verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum jeweiligen Vormonat sowohl absolut als auch saisonbereinigt. Im Vergleich zum Vorjahr gab es in allen 3 Monaten einen Rückgang der Arbeitslosenzahl, der im März mit fast 10 % am stärk-

ten ausfiel. Im Quartalsdurchschnitt verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 17 000 auf 197 200 Personen. Die Unterbeschäftigungsrechnung (ohne Kurzarbeit), die neben den Arbeitslosen die Personen enthält, die an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden, nahm um 30 800 Personen oder fast 11 % ab.

Bundesweit sank die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal. Abnahmen gab es mit Ausnahme von Berlin in allen Ländern, am stärksten in Bayern (- 6,5 %) und in Thüringen (- 4,2 %). Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, war mit 6,4 % wiederum geringfügig günstiger als die Quote der alten Länder (6,6 %), aber deutlich niedriger als die für Gesamtdeutschland (7,8 %). Im Länderranking liegt Hessen weiterhin hinter Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz auf dem vierten Platz.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit betraf fast alle Personengruppen. Eine Ausnahme bildeten die über 50-Jährigen. Ihre Zahl, die im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal seit dem ersten Quartal 2009 ständig stieg, erhöhte sich auch im Berichtsquartal um 1,6 %. 57 900 Frauen und Männer über 50 Jahre waren somit ohne Arbeit. Besonders stark vom Anstieg betroffen war die Untergruppe „55 Jahre oder älter“. Ihre Arbeitslosenzahl erhöhte sich um 6,3 %.

Die stärksten Rückgänge meldeten die unter 25-Jährigen und die Männer mit fast 15 bzw. 11 %. Bei den Frauen war die Abnahme mit 4,7 % deutlich schwächer. Insgesamt waren aber die Männer in einem höheren Maß von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Anteil betrug fast 54 %.

Von den 197 200 Arbeitslosen in Hessen wurden 33 % im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 67 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl stieg im Vorquartalsvergleich in beiden Rechtskreisen, im Vergleich zum Vorjahr sank sie, am stärksten mit fast 16 % im Rechtskreis SGB III. Die Zugehörigkeit zum Rechtskreis wirkt sich auch auf die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aus: Nach Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit, die allerdings keine Daten der zugelassenen kommunalen Träger beinhalten, betrug die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III 172 Tage, im Rechtskreis SGB II dagegen 509 Tage. Damit belegte Hessen im Rechtskreis SGB III einen vorderen Platz. Umgekehrt war es im Rechtskreis SGB II. Hier lag Hessen nur auf einem der hinteren Plätze. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verkürzte sich die Verweildauer in Hessen um 13 Tage, während sie sich im Rechtskreis SGB III um 15 Tage verlängerte.

Die Langzeitarbeitslosigkeit (ohne Daten der Jobcenter in zugelassener kommunaler Trägerschaft) verringerte sich im Jahresvergleich. Die Zahl der Arbeitslosen, die länger als 12 Monate arbeitslos waren, sank um rund 2400 auf 39 300 Personen. Der relative Anteil an allen Arbeitslosen erhöhte sich trotzdem um 1,4 Prozentpunkte auf 28,6 %, weil die Arbeitslosigkeit insgesamt stärker zurückging. Dabei stand einem leichten Anstieg der Zahl

der Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB III ein Rückgang im Rechtskreis SGB II gegenüber.

Die Abnahme der Arbeitslosenzahl im Jahresvergleich betraf mit Ausnahme des Rheingau-Taunus-Kreises alle hessischen kreisfreien Städte und Landkreise. Die mit Abstand größten Rückgänge verzeichneten der Landkreis Hersfeld-Rotenburg und der Vogelsbergkreis mit deutlich über 20 %. Schlusslichter waren die kreisfreie Stadt Kassel (- 0,2 %) und der Main-Taunus-Kreis (- 0,4 %). Im Vergleich zum Vorquartal meldeten alle hessische Regionen Zunahmen der registrierten Arbeitslosenzahlen.

Der Hochtaunuskreis hatte mit 4,3 % erneut die niedrigste Arbeitslosenquote. Ebenfalls unter der 5-Prozent-Marke blieben der Landkreis Fulda (4,7 %) und der Main-Taunus-Kreis (4,9 %). Die höchste Arbeitslosenquote hatten die kreisfreien Städte Offenbach am Main (11,4 %) und Kassel (11,0 %). Im Vergleich zur hessenweiten Arbeitslosenquote hatten alle kreisfreien Städte eine höhere Quote, während von den 21 Landkreisen nur 4 über diesem Wert lagen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark. Während der mittlere und der nördliche Regierungsbezirk eine Abnahme der Arbeitslosenzahl von jeweils über 10 % meldeten, betrug sie im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt nur 6,0 %. Dennoch war die Quote im Regierungsbezirk Darmstadt mit 6,3 % niedriger als in den beiden anderen Regierungsbezirken mit jeweils 6,5 %. Der Abstand zwischen Süd- und Nordhessen hatte im ersten Quartal 2010 noch bei 0,6 Prozentpunkten gelegen.

Die gemeldeten Stellen erhöhten sich im ersten Quartal 2011 saisonbereinigt um 800 Personen. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 33 900. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von fast 40 %. Von den gemeldeten Stellen waren 88 % sofort zu besetzen. Durch den Rückgang der Zahl der Arbeitslosen und den gleichzeitigen Zugang an offenen Stellen im Jahresvergleich verbesserte sich auch die Quote aus dem Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen. Im aktuellen Berichtsquartal kamen rechnerisch auf eine offene Stelle 6 Arbeitslose; im Vorjahresquartal betrug dieses Verhältnis noch 1 zu 9.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2011 gingen Anzeigen für 2600 Kurzarbeiter ein, wobei die Anzeigen im Laufe des Quartals von 3800 im Januar auf 1850 im Februar zurückgingen und sich im März leicht auf 2100 erhöhten. Berücksichtigt man nur die konjunkturelle Kurzarbeit nach § 170 SGB III, wurden in den ersten 3 Monaten des Jahres durchschnittlich 1600 Kurzarbeiter angezeigt. Dies ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Rückgang von 3000 Personen oder 65 %. Der Anteil der Anzeigen nach § 170 SGB III an allen Anzeigen liegt

mit 61 % deutlich unter dem mittleren Anteil des Jahres 2010 von 70 %. Anzeigen zur tatsächlichen Anspruchnahme liegen erst bis Oktober 2010 vor. Danach sind die Kurzarbeiterzahlen gesunken. Im Oktober wurde an 14 400 Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld gezahlt, darunter an 12 700 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 170 SGB III.

Nach den aktuellen Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit gab es im Februar 2011 in Hessen 2 213 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Ihre Zahl liegt somit seit August 2010 deutlich über der 2,2-Mill.-Marke und nähert sich den Höchstwerten von 2001. Die Beschäftigung lag 2,2 % über dem Vorjahreswert. Deutschlandweit betrug die Zunahme sogar 2,6 %. Die höchsten Zunahmen verzeichneten Bayern und Niedersachsen (jeweils + 3,1 %).

Den größten Anstieg der Beschäftigung verzeichneten die nordhessischen Kreise Hersfeld-Rotenburg mit 6,2 und Kassel mit 3,4 %. In den kreisfreien Städten Wiesbaden und Frankfurt am Main stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 0,2 und 0,1 % nur geringfügig.

Die Betrachtung nach Branchen zeigt im Vorjahresvergleich unterschiedliche Entwicklungen. Deutliche Beschäftigungsanstiege gab es vor allem in den Wirtschaftszweigen „Verkehr“ und „Lagererei“, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen. Letztere wird ganz besonders durch die Entwicklung bei der Arbeitnehmerüberlassung geprägt. Rückgänge waren in der Information und Kommunikation und bei den sonstigen Dienstleistungen, private Haushalte zu verzeichnen.

Inflationsrate weiter gestiegen

Der Verbraucherpreisindex lag im ersten Quartal 2011 um 1,7 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums (dies war das fünfte Quartal in Folge, in dem die Steigerung der Inflationsrate vollständig durch Preissteigerungen am aktuellen Rand hervorgerufen wurde) und 0,7 % höher als im vierten Quartal 2010. Im Januar erreichte die Inflationsrate mit 1,6 % den höchsten Wert seit Oktober 2008, stieg im Februar auf 1,8 % und verharrte im März auf diesem Niveau.

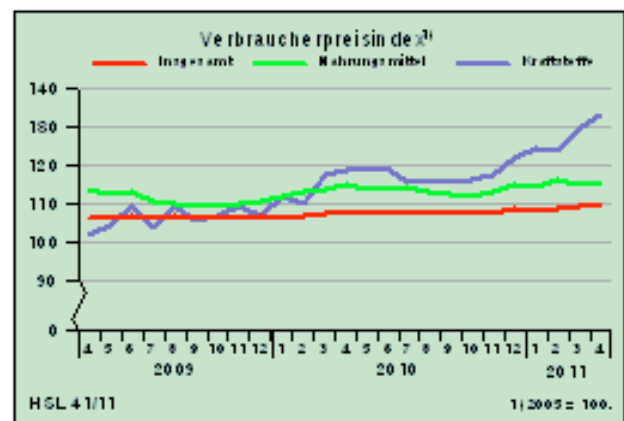
Im ersten Quartal 2011 lag der Preisindex für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) 15,0 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Heizöl verteuerte sich um 31,3 %; die Kraftstoffpreise stiegen um 10,9 %. Für Gas zahlten die Kunden 5,7 % mehr als vor einem Jahr. Da der Gaspreis mit einer zeitlichen Verzögerung von gut einem halben Jahr dem Ölpreis folgt, ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Strom verteuerte sich im ersten Quartal 2011 mit einem Plus von 7,6 % gegen-

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2010				2011
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	2005 = 100				
Verbraucherpreisindex	107,0	107,3	107,6	108,0	108,8
darunter					
Nahrungsmittel	113,0	114,2	113,4	113,5	115,5
Kleidung und Schuhe	96,2	96,5	94,5	98,4	95,7
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	106,0	106,1	106,5	106,7	107,1
Haushaltsenergie	120,0	122,2	122,4	124,4	131,7
Verkehr	112,0	113,5	113,0	114,0	116,5
Heizöl und Kraftstoffe	112,7	119,3	116,5	120,1	129,6
Nachrichtenübermittlung	88,6	88,3	88,0	87,1	86,4
Unterhaltungselektronik	65,5	64,8	64,9	63,6	62,7
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Verbraucherpreisindex	0,6	0,8	0,9	1,3	1,7
darunter					
Nahrungsmittel	- 1,1	1,0	2,9	3,0	2,2
Kleidung und Schuhe	- 2,5	- 2,5	- 2,5	- 1,0	- 0,5
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,2	1,0	1,0	0,9	1,0
Haushaltsenergie	- 6,3	- 1,1	0,2	4,4	9,7
Verkehr	4,6	3,9	2,9	3,4	4,0
Heizöl und Kraftstoffe	15,6	15,6	11,3	12,5	15,0
Nachrichtenübermittlung	- 1,9	- 1,8	- 1,8	- 2,4	- 2,5
Unterhaltungselektronik	- 5,2	- 5,5	- 4,4	- 5,6	- 4,3

über dem Vorjahresquartal so stark wie zuletzt im dritten Quartal 2009. Der Index für Haushaltsenergie insgesamt (Heizöl, Gas, Strom, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag 9,7 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals.

Die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln fielen Anfang 2011 mit 1,8 % gegenüber dem Vorquartal weniger stark aus als vor einem Jahr (+ 2,5 %), sodass die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich von 3,0 % im vierten Quartal 2010 auf 2,2 % im ersten Quartal 2011 zurückging. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jah-



resfrist Obst (+ 13,5 %), Speisefette und -öle (+ 5,6 %), Fisch (+ 2,7 %), Molkereiprodukte und Eier (+ 2,4 %), Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 2,0 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+ 0,4 %). Lediglich Gemüse (- 0,7 %) wurde billiger.

Bei Kleidung und Schuhen setzte sich die Tendenz zu sinkenden Preisen im ersten Quartal 2011 nochmals abgeschwächt fort (- 0,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal). Der schon länger zu beobachtende Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 2,5 %) und für Unterhaltungselektronik (- 4,3 %) hält weiter an. Deutliche Preissenkungen wurden beispielsweise für Fernsehgeräte (- 20,3 %), Hörbücher (- 18,5 %), Notebooks (- 12,6 %) sowie Digitalkameras (- 12,5 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. Lautsprecher (+ 4,8 %) und Kopfhörer (+ 4,7 %).

Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, wie Glaswaren und Geschirr, verteuerten sich im ersten Quartal 2011 um 1,8 %, Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten um 1,7 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte sanken binnen Jahresfrist um 1,5 %, für Möbel und Einrichtungsgegenstände um 1,2 % sowie für Heimtextilien um 0,9 %.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,0 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Flugtickets (+ 5,8 %), Sport- und Erholungsleistungen (+ 3,8 %) sowie für die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+ 3,5 %). Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten stieg im ersten Quartal 2011 wieder leicht auf 1,0 % an.

INKAR

Die CD-ROM „INKAR – Indikatoren zur Raum- und Stadtentwicklung“ wird vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (www.bbr.bund.de) und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) gemeinsam herausgegeben und bietet ein umfassendes, detailliertes und nutzerfreundliches Instrument für alle diejenigen, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind.

Für die Darstellung der Lebensbedingungen in Deutschland und den Regionen der Europäischen Union stehen mehr als 450 Indikatoren zu 24 Themenbereichen zur Verfügung, deren Grundlage im Wesentlichen die Basisdaten der amtlichen Statistik sind, insbesondere das bundesweit vergleichbare regionalstatistische Datenangebot, das als regelmäßige Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf DVD unter dem Titel „Statistik regional“ für Kreise und „Statistik lokal“ für Gemeinden vorliegt.

Räumliche Bezugsgebieten sind u. a. Länder, Kreise und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Alle Indikatoren sind bundesweit vergleichbar aufbereitet und geben z. B. Auskunft über die Stärken und Schwächen des eigenen Stadt- oder Landkreises im Vergleich zu anderen Kreisen, Regionen und Bundesländern.

Eine anspruchsvolle Visualisierung der Informationen ist mit INKAR gewährleistet. Karten oder auch Kartenausschnitte, Tabellen und Diagramme können in wenigen Schritten erstellt werden.

Zu beziehen über den Buchhandel oder über
Selbstverlag des BBR
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
Fax: 0228 99 401 2292 - E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de

Eine Informationsbroschüre zu INKAR und weitere Informationen über Preise und Lieferbedingungen finden Sie auf der BBR-Webseite unter: www.bbr.bund.de.



STATISTIK HESSEN



CD-ROM
ISBN 3-87 994-926-3
Erscheinungsweise:
jährlich

Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008

Die Gesundheitswirtschaft bildet den größten deutschen Wirtschaftssektor. Sie wird seit Jahren als boomende Branche mit krisensicheren Arbeitsplätzen wahrgenommen. [1] Die wachsende ökonomische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft wird maßgeblich durch den medizinisch-technischen Fortschritt, das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und die Folgen des demografischen Wandels bestimmt. In der statistischen Gesundheitsberichterstattung werden bislang vorrangig die Kosten und die Finanzierung des Gesundheitswesens beschrieben. Um den Gesundheitsmarkt als integrierten und produktiven Teil der Gesamtwirtschaft statistisch abzubilden, ist es notwendig, zukünftig neben der bisherigen Darstellungsweise auch wertschöpfungs- und arbeitsmarktbezogene Berechnungsmethodiken, insbesondere auf Länderebene, zu etablieren. Grundlage dafür ist eine einheitlich festgelegte Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der jeweils gültigen Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik¹⁾.

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Die Bildung der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)“ durch Beschluss der Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder im November 2009 erfolgte mit dem Ziel, die statistisch-methodischen Arbeiten auf dem Gebiet der Gesundheitswirtschaft zu koordinieren und zu forcieren. Die konstituierende Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand im Januar 2010 in Dresden statt. Der Arbeitsgruppe gehören bisher die statistischen Ämter der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen sowie das Statistische Bundesamt an. Unter dem Vorsitz von Sachsen sind folgende Aufgaben und Ziele der Arbeitsgruppe definiert worden:

Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen (GGR) sind Rechenwerke, die sich mit ökonomischen Fragestellungen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigen. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Gesundheit bereit. Schwerpunkte der Arbeiten der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen bilden die Gesundheitsausgaben- (GAR) und die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) sowie die Arbeiten zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft (Wertschöpfungsberechnung; vgl. Schaubild 1).

1) Die derzeit aktuelle Klassifikation der Wirtschaftszweige; Ausgabe 2008 (WZ 2008) [2] fußt auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2), deren Anwendung rechtsverbindlich mit der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 vorgeschrieben ist. Diese Systematik basiert ihrerseits auf der internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 4) der Vereinten Nationen.

Um die Komplexität der Gesundheitswirtschaft entsprechend berücksichtigen zu können, werden die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen als Satellitensystem zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt. Perspektivisch wird auch eine Qualitätsverbesserung einzelner Komponenten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angestrebt.

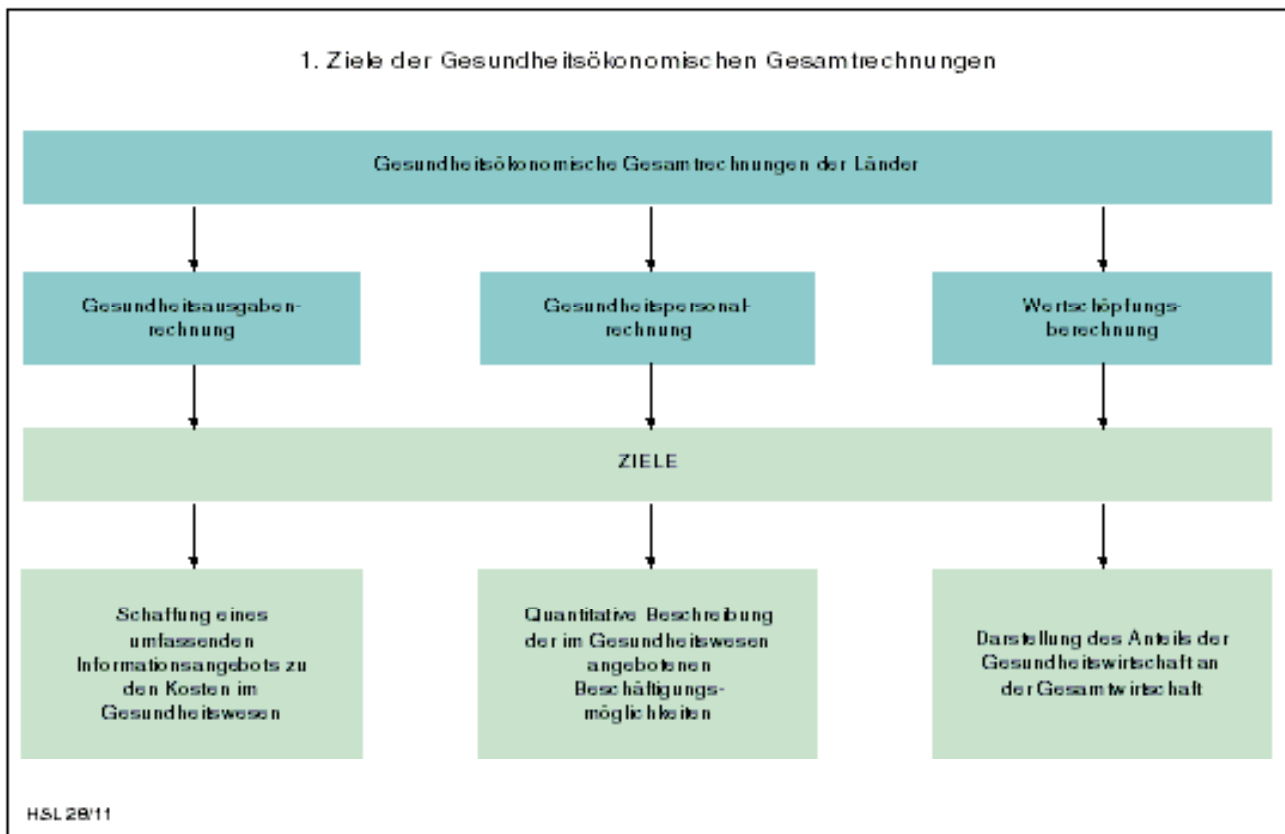
Durch diese Vorgehensweise werden vergleichbare, mit anderen amtlichen Gesamtrechenwerken abgestimmte Informationen zur Gesundheitswirtschaft ermöglicht. Dazu zählen beispielsweise die Gesundheitspersonal- und Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Erwerbstätigenrechnung auf Bundes- und Länderebene.

Definition der Gesundheitswirtschaft

Die Definition und die statistische Abbildung der Gesundheitswirtschaft als Querschnittsbereich der Wirtschaft sind noch relativ neu. Dabei werden häufig die Begriffe Gesundheitswirtschaft und Gesundheitsbranche synonym verwendet. Anfang bis Mitte der Neunzigerjahre begannen die ersten Untersuchungen zu diesem Themenfeld.

Gesundheitswirtschaft bildet den Oberbegriff für alle Wirtschaftszweige, die mit Gesundheitsleistungen in Verbindung stehen. Die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der Wirtschaftszweigklassifikation [2] wird von der jeweils gewählten Definition des Gesundheitsbegriffs bestimmt. Da diese Definitionen unterschiedlich weit gefasst sind, ist eine trennscharfe Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft schwierig.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert die Gesundheitsleis-



tungen als „Aktivitäten oder Güter, die von Einrichtungen oder Individuen durchgeführt oder bereitgestellt werden, und die dabei medizinisches, hilfsmittelmedizinisches oder pflegerisches Wissen oder die dafür erforderlichen Technologien verwenden“. [3] Voraussetzung ist, dass damit eines der folgenden Ziele angestrebt wird:

- „Gesundheit fördern und Krankheit verhindern;
- Krankheiten heilen und vorzeitige Mortalität reduzieren;
- Personen versorgen, die chronische Krankheiten haben und pflegerische Hilfe benötigen;
- Personen versorgen, die gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Behinderungen haben und pflegerische Hilfe benötigen;
- Patienten einen würdevollen Tod ermöglichen;
- öffentlichen Gesundheitsschutz oder öffentliche Gesundheitsprogramme für die Bevölkerung bereitstellen und verwalten;
- Zugang zu Versicherungssystemen (gesetzlich oder privat organisiert) schaffen, welche die Bevölkerung vor den finanziellen Folgen von Krankheit schützen; der Aufbau solcher Systeme, deren Verwaltung und Kontrolle sind Teil der Gesundheitsleistungen.“ [4]

Nach dieser Definition werden auf gesamtdeutscher Ebene die Gesundheitsausgaben nach Leistungen und Gütern mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Reha-

bilitation und Pflege sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammengefasst.

Im Jahr 2005 wurde in Deutschland im Rahmen der „1. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft“ speziell der Begriff „**Gesundheitswirtschaft**“ definiert: „Die Gesundheitswirtschaft umfasst demnach die Erstellung und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen“ (*Definition der 1. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft 2005*). [5]

Die Weltgesundheitsorganisation hat eine noch weitergehende Definition geprägt. Sie bekräftigte 2006 ihre bereits 1946 beschriebene Definition für „Gesundheit“ als einen „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“. [6]

„Diese Definition ist weiterhin angemessen für eine zeitgemäße globale gesundheitspolitische Agenda, die die gleichen Prinzipien erneut bekräftigt, sie aber an die Arbeit für Gesundheit in dem kommenden Jahrzehnt anpasst und dabei Antworten auf neue Fragen, neue Herausforderungen und neue Verantwortlichkeiten gibt.“ [7] Dabei ist von zentraler Bedeutung für das „heutige mehrdimensionale Verständnis von Gesundheit die Erkenntnis, dass Gesundheitsprobleme und Gesundheitsmaßnahmen weit über die medizinische Versorgung hinausreichen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und institutionelle Vorkehrungen im weiteren Sinne be-

stimmen die gesundheitlichen Chancen und Ergebnisse und die Verteilung von Gesundheit – und von Anfälligkeit für Erkrankungen – auf verschiedene Gruppen der Gesellschaft“ (*Weltgesundheitsorganisation 2006*). [8]

Anhand dieser Definitionen wird deutlich, wie weit der Begriff Gesundheitswirtschaft heute gefasst wird. Damit ist das klassische Gesundheitswesen mit den medizinischen und pflegerischen Leistungen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, lediglich als Kernbereich der gesamten Gesundheitswirtschaft zu verstehen (vgl. Schaubild 2). [9] Um diesen Schwerpunkt gruppieren sich zahlreiche wirtschaftliche Akteure aus dem Produzierenden Gewerbe, dem Handel sowie aus dem Dienstleistungsbereich, die im engeren bzw. weiteren Sinne mit der Gesundheit verbunden sind. Für das wirtschaftliche Wachstum der Gesundheitswirtschaft sind diese Akteure maßgeblich verantwortlich. Sie erbringen zum einen, entsprechend den Bedürfnissen für medizinische und pflegerische Leistungen, Waren und Dienstleistungen für den ersten Gesundheitsmarkt. Zum anderen entwickelt sich darüber hinaus ein sogenannter zweiter Gesundheitsmarkt, der die Bevölkerung – besonders jetzt auch die alternde Bevölkerung – mit Produkten, Hilfeleistungen und Diensten versorgt, die der Gesundheitsvorsorge dienen. In der Regel handelt es sich hier um Dienstleistungen und Produkte, die privat getragen werden²⁾. Dazu gehören unter anderem der Wellnessbereich, der Gesundheitstourismus sowie Waren und Dienste unter dem Stichwort „gesunde Ernährung“.

Zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft umfasst die bestehende Gesundheitsberichterstattung des Bundes 3 Rechensysteme: die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR), die Krankheitskostenrechnung (KKR) und die Gesundheitspersonalrechnung (GPR). Diesen Rechenwerken des Statistischen Bundesamtes liegt eine, abgesehen von geringfügigen Abweichungen, deckungsgleiche nationale Klassifikation der Gliederung der Einrichtungen des Gesundheitswesens zugrunde. Diese nationale Klassifikation ist mit der Klassifikation der Einrichtungen ICHA-HP (International Classification of Health Accounts – Health Provider) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) harmonisiert. Zudem besteht hier ein Anknüpfungspunkt zur Klassifikation der Wirtschaftszweige. Die Gliederung nach Ausgabenträgern ist grundsätzlich mit der Klassifikation der Financier ICHA-HF (International Classification of Health Accounts – Health Financing) der

2) Der Begriff „Zweiter Gesundheitsmarkt“ bezieht sich auf die Bereitstellung von Dienstleistungen und Gütern der Gesundheitswirtschaft, wird jedoch nicht einheitlich abgegrenzt. Eine Abgrenzung ist denkbar über die Finanzierung, die Art der erbrachten Güter und Dienstleistungen oder über die Klassifikation der Wirtschaftszweige, denen die wirtschaftlichen Akteure, die diese Güter bzw. Dienstleistungen bereitstellen, zugeordnet werden. Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ wird sich dieses Themas im Detail noch annehmen.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kompatibel. [10] Der Gliederung der Berufe des Gesundheitswesens liegt ebenso eine entsprechende Klassifikation des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Diese nationale Klassifikation ist weitgehend mit der ISCO-88 Klassifikation (International Standard Classification of Occupations) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) harmonisiert. [11]

In der Gesundheitspersonalrechnung werden die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich erfasst, die primär mit der Sicherung, der Vorbeugung oder der Wiederherstellung von Gesundheit befasst sind, unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben. Unberücksichtigt bleiben somit jene Beschäftigten, die die Gesundheit im weiteren Sinne fördern. Dies sind zum Beispiel Beschäftigte in Altenwohnheimen, wo die Bewältigung oder Linderung von Gesundheitsproblemen nicht vorrangiges Ziel der Beschäftigung ist. Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsfälle verstanden, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden mehrfach gezählt. Zu den Beschäftigten zählen Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende, Zivildienstleistende sowie Praktikanten. Nicht zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen gezählt werden ehrenamtlich Tätige sowie Beschäftigte, die als Beauftragte aus anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. Reinigungskräfte) in der Gesundheitswirtschaft arbeiten. [12]

Obwohl die Gesundheitsausgabenrechnung funktional abgegrenzt wird und die Gesundheitspersonalrechnung die Abgrenzung in erster Linie über die Einrichtungen trifft, können beiden Rechensystemen einzelne Wirtschaftszweige (WZ) zugeordnet werden. Diese sind mit Ausnahme der Vorleistungsindustrien und des Großhandels bis auf einige Abweichungen identisch. So ist z. B. der „Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer“ (WZ 60.22.0 der WZ 2003) für die Gesundheitsausgabenrechnung relevant, da Taxifahrten unter gewissen Umständen von den Krankenkassen erstattet werden. In dieser WZ-Unterkategorie gibt es hingegen keinen für die Gesundheitspersonalrechnung relevanten Gesundheitsberuf. Des Weiteren gibt es in beiden Rechensystemen noch die „Sonstigen Wirtschaftszweige“, die als Sammelposition dienen, und zu denen es keine explizit zuordenbaren Informationen gibt. Von den Kassen finanzierte Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz können in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen erbracht werden. Sie rechnen zu den Gesundheitsausgaben. Ein ähnliches Problem tritt bei der Zuordnung von Betriebsärzten in der Gesundheitspersonalrechnung auf.

Ferner existiert auf gesamtdeutscher Ebene seit kurzem ein sogenanntes Gesundheitssatellitenkonto, des-

sen Erarbeitung im Rahmen eines Forschungsprojektes durch ein Konsortium verschiedener Wissenschaftler im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erfolgte. Das Satellitenkonto baut auf der bestehenden Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes auf und ermöglicht zugleich, die Wertschöpfung der verschiedenen Bereiche der Gesundheitswirtschaft differenziert darzustellen. Die breite Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft erfolgt hier nach einem Stufenmodell, wobei sowohl Finanzierungsaspekte als auch die Güterseite betrachtet werden. [13]

Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft gemäß Wirtschaftszweigklassifikation

Die Gesundheitswirtschaft ist aus statistischer Sicht ein Querschnittsbereich. Dem entgegen ist die Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik tätigkeitsbezogen gegliedert. [14] Es wird nicht unterschieden, für wen die einzelnen Güter und Dienstleistungen bestimmt sind. Innerhalb der Klassifikation der Wirtschaftszweige gibt es somit keinen Bereich, der alle Güter und Dienstleistungen der Gesundheitswirtschaft erfasst.

Die Gesundheitswirtschaft setzt sich somit aus verschiedenen Unterklassen (WZ-5-Steller) oder Teilbereichen der einzelnen Klassifikationen zusammen, wobei Änderungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige stets eine Überprüfung der konkreten Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft erfordern.

Das Gesundheitswesen bildet den Kernbereich der Gesundheitswirtschaft (vgl. Schaubild 2). Dazu gehören die stationäre und die ambulante Gesundheitsversorgung, d. h. Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, aber auch alle niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte. Um diesen Kern gruppieren sich zahlreiche wirtschaftliche Akteure aus dem Produzierenden Gewerbe, dem Handel sowie aus dem Dienstleistungsbereich, die im engeren bzw. weiteren Sinne mit dem Thema „Gesundheit“ verbunden sind. Der „gesundheitsbezogene Handel“ umfasst beispielsweise den Groß- und Einzelhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen sowie alle Apotheken. Aus dem Produzierenden Gewerbe werden

3) Bei einem Vergleich mit der Gesundheitspersonalrechnung ist methodisch zu berücksichtigen, dass aufgrund von Zuordnungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten die Berechnung der Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen weder über die Wirtschaftszweigsystematik noch über die Gliederung der Berufe des Gesundheitswesens erfolgt, sondern über die Abgrenzung und Definition der Einrichtungen geschieht. Die Gliederung der Einrichtungen des Gesundheitswesens erfolgt entsprechend der Systematik der Gesundheitsausgaben- und Krankheitskostenrechnung. Daher können bei der Übertragung von Einrichtungen auf Wirtschaftszweige kleinere systematische Unschärfen auftreten. Dies ist bei der Interpretation zu berücksichtigen. Dabei ist der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ bewusst, dass es immer wieder Argumente für oder gegen eine gewählte Abgrenzung geben kann.

die pharmazeutische Industrie, die Medizintechnik und die Bio- und Gentechnik, aber auch das Gesundheitshandwerk hinzugerechnet. Weitere Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft sind die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen (einschl. der Pflegeversicherungen), Teile der Renten- und der Unfallversicherung, die gesamte öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sowie Private Organisationen ohne Erwerbszweck des Gesundheitswesens und die medizinische Forschung und Entwicklung. [15]

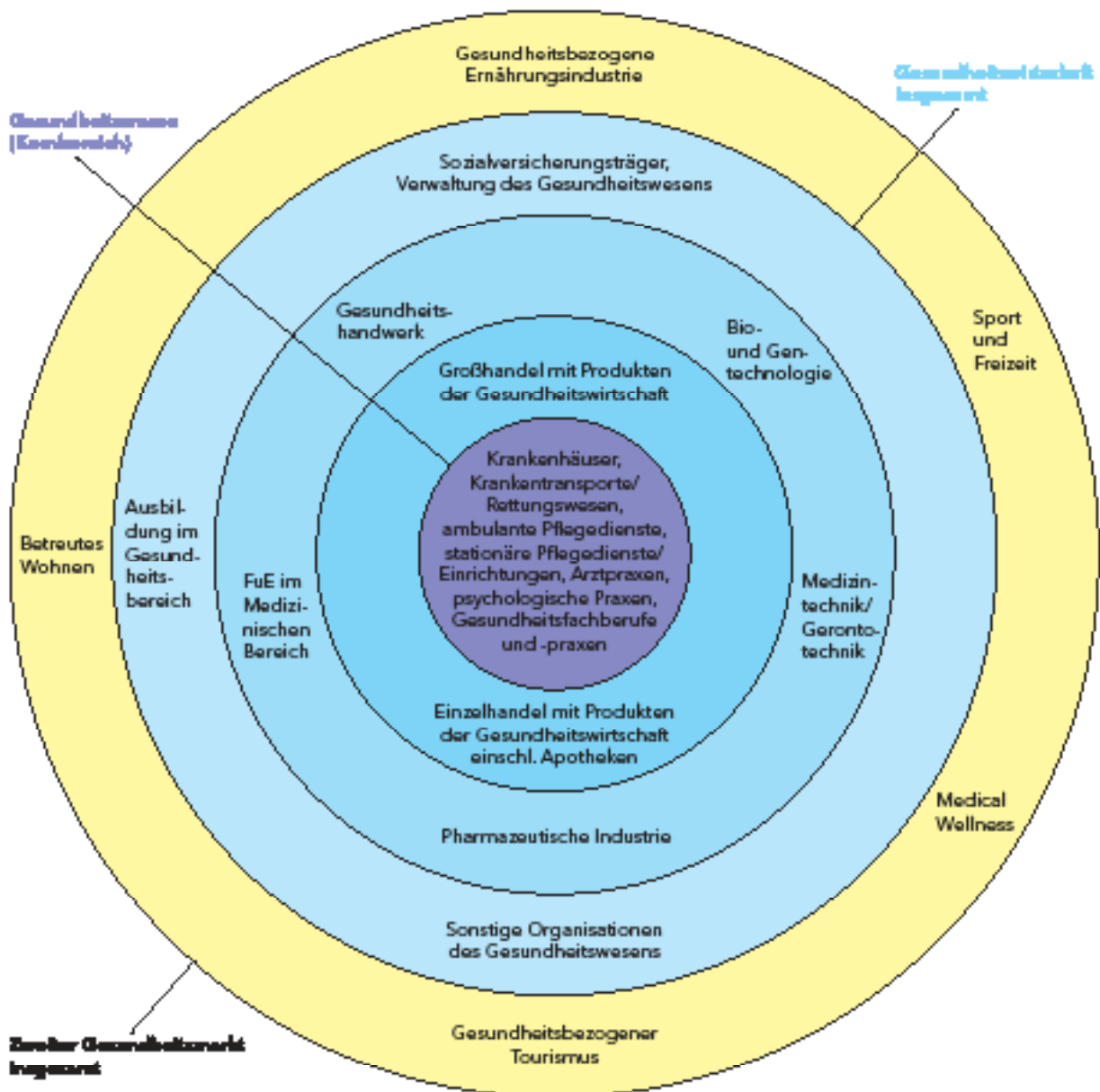
Je nach zugrunde gelegter Definition der Gesundheitswirtschaft können noch weitere Bereiche mit gesundheitlichen Bezügen, wie z. B. die Freizeit- und Tourismusbranche, Teile der Ernährungsindustrie oder der Wellnessbereich zur Gesundheitswirtschaft hinzugezählt werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass in bestimmten Wirtschaftszweigen nur wenige der dort produzierten Güter und Dienstleistungen gesundheitsrelevant sind. Auch wird bei statistischen Erhebungen grundsätzlich nicht zwischen gesundheitsrelevanten und nicht gesundheitsrelevanten Produkten bzw. Produktionsanteilen unterschieden. Insgesamt werden Leistungen für die Gesundheitswirtschaft von Wirtschaftseinheiten mit sehr unterschiedlichem wirtschaftlichen Schwerpunkt erbracht. Als Beispiele seien hier das Baugewerbe und der Großhandel genannt, die für den Bau und die Erhaltung der Kranken- und Pflegeeinrichtungen sowie für deren Versorgung mit Nahrungsmitteln stehen. Zudem profitiert die medizinische Produktforschung häufig von Innovationen aus vollkommen anderen wirtschaftlichen Bereichen, die so statistisch nicht erfasst werden können. Hier wird die Schwierigkeit der wirtschaftszweigsystematischen Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft deutlich.

Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der WZ 2003

Eine Abbildung der Gesundheitswirtschaft auf Bundesebene wurde im Rahmen einer Dissertation an der Technischen Universität Darmstadt (Ostwald) [16] in Anlehnung an das Zwiebelmodell des Instituts für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (IAT) erstellt. [17] Diese Abgrenzung orientiert sich an der Definition der OECD, beinhaltet zusätzlich allerdings noch typische Vorleistungsindustrien. Die Abgrenzung bezieht sich auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). [18] Sie ist jedoch mit derjenigen der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes nicht deckungsgleich. So wird in der Einteilung nach Ostwald besonders der Pflegebegriff weiter gefasst als in der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, indem insbesondere Dienstleistungen in Altenheimen und Altenwohnheimen zur Gesundheitswirtschaft hinzugerechnet werden³⁾(vgl. Tabelle 1).

2. Gesundheitswirtschaft und Zweiter Gesundheitsmarkt nach Wirtschaftsbereichen (Schichtenmodell)



NÖL 2011

Quelle: Heutsches Statistisches Landesamt in Anlehnung an das Schichtenmodell des IAT.

Die Wirtschaftsbereiche „Gesundheitswesen“ (WZ 85.1) und „Sozialwesen“ (WZ 85.3) bilden sowohl nach Ostwald als auch in der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes den Kern der Gesundheitswirtschaft. Einzelne Abweichungen ergeben sich lediglich im Sozialwesen. Die gewählte Abgrenzung der Gesundheitspersonalrechnung legt den Pflegebegriff sehr eng aus. Altenwohnheime (WZ 85.31.3), Altenheime (WZ 85.31.4) und Wohnheime für Behinderte (WZ 85.31.8) werden nicht mit einbezogen.

Aus dem WZ-Abschnitt G „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“

werden Teile der WZ-Abteilungen 51 „Handelsvermittlung und Großhandel“ sowie 52 „Einzelhandel; Reparatur von Gebrauchsgütern“ der Gesundheitswirtschaft zugeordnet. In der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes werden hier außerdem sehr geringe Anteile des Einzelhandels mit Drogerieartikeln hinzugeschätzt.

Aus dem Verarbeitenden Gewerbe (WZ-Abschnitt D) sind die für die Gesundheitswirtschaft relevanten Bereiche Teile der WZ-Abteilungen 24 „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“, 33 „Medizin, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren“ und 35 „Sonstiger Fahrzeugbau“. Auch hier unterscheiden

1. Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2003¹⁾

WZ-Code	Bezeichnung laut Wirtschaftsklassifikation
24.1	Herstellung von chemischen Grundstoffen
24.41.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen
24.42.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen
33.10.1	Herstellung von elektromedizinischen Geräten und Instrumenten
33.10.2	Herstellung von medizintechnischen Geräten
33.10.3	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen
33.10.4	Zahntechnische Laboratorien
33.40.1	Herstellung von augenoptischen Erzeugnissen
35.43.0	Herstellung von Behindertenfahrzeugen
51.18.5	Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
51.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
51.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf
51.46.3	Großhandel mit Dentalbedarf
52.31.0	Apotheken
52.32.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
52.49.3	Augenoptiker
66.03.1	Krankenversicherungen
73.10.4	Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin
75.12.3	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sozialwesen
75.12.4	Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Gesundheitswesen
75.30.1	Gesetzliche Rentenversicherungen (ohne knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte)
75.30.2	Knappschaftliche Rentenversicherung
75.30.5	Gesetzliche Krankenversicherungen (ohne knappschaftliche Krankenversicherung)
75.30.6	Knappschaftliche Krankenversicherung
75.30.7	Gesetzliche Unfallversicherungen
85.11.1	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
85.11.2	Hochschulkliniken
85.11.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
85.12.1	Arztpraxen für Allgemeinmedizin, Praxen von praktischen Ärztinnen und Ärzten
85.12.2	Facharztpraxen
85.13.0	Zahnarztpraxen
85.14.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten
85.14.2	Massagepraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Krankengymnastikpraxen, Praxen von Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen
85.14.3	Heilpraktikerpraxen
85.14.4	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen
85.14.5	Krankentransport- und Rettungsdienste
85.14.6	Sonstige Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens
85.31.3	Altenwohnheime
85.31.4	Altenheime
85.31.5	Altenpflegeheime
85.31.6	Heime für werdende Mütter sowie Mütter und Väter mit Kind
85.31.7	Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderter
85.31.8	Wohnheime für Behinderte
85.31.9	Sonstige Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)
85.32.6	Ambulante soziale Dienste
91.33.2	Organisationen des Gesundheitswesens

1) Abgrenzung nach Ostwald, D. A., Wachstums- und Beschäftigungsaspekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland. 2009, S. 79 ff.

sich die Branchenabgrenzungen geringfügig. In der Abgrenzung der Gesundheitspersonalrechnung werden aus der Abteilung 24 lediglich die Bereiche „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (WZ 24.4) mit den Klassen „Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen“ (WZ 24.41.0) und „Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen“ (WZ 24.42.0) einbezogen. Dagegen enthält das Schichtenmodell nach Ostwald auch noch die Herstellung von chemischen Grundstoffen (WZ 24.1). Ferner wird in der Gesundheitspersonalrechnung die Herstellung von Behindertenfahrzeugen (WZ 35.43.0) nicht mit eingerechnet.

Unter der Rubrik „Weitere Einrichtungen“ sind die gesundheitsrelevanten Unterklassen aus den WZ-Abteilungen „Versicherungsgewerbe“ (WZ 66), „Forschung und Entwicklung“ (WZ 73), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (WZ 75) und „Interessenvertretungen, kirchliche und sonstige Vereinigungen“ (WZ 91) subsumiert. Abweichungen entstehen durch die unterschiedliche Behandlung der Wirtschaftsunterklasse „Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet Sozialwesen“ (WZ 75.12.3). [19]

Mit der rechtsverbindlichen Einführung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) musste die angeführte Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der WZ 2003 umgestellt werden.

Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2008

Als eine Vorarbeit für die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach der Wirtschaftszweigklassifikation, Ausgabe 2008 (WZ 2008), wurde von Information und Technik Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit dem Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (IAT) und dem Hessischen Statistischen Landesamt, anhand der neuen Wirtschaftszweigklassifikation eine Liste aller gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige erstellt, unabhängig davon, ob eine statistische Erfassung dieser Daten möglich ist oder nicht. Dabei wurde für jeden WZ-5-Steller der WZ 2008 geprüft, ob gesundheitsrelevante Waren oder Dienstleistungen in diesem Wirtschaftszweig erstellt werden. Mit Hilfe des qualitativen Umsteigeschlüssels von der WZ 2003 auf die WZ 2008 [20], des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken [21], des Warenverzeichnisses der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes [22] und der Erfahrungen aus Studien und Untersuchungen wurde eine Branchenliste zusammengestellt.

Insgesamt wurden 133 WZ-5-Steller identifiziert, von denen 27 Positionen der Gesundheitswirtschaft vollständig

4) Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ ist sich bewusst, dass es immer wieder Argumente für oder gegen eine gewählte Abgrenzung geben kann.

zuzuordnen sind (vgl. Tabellen 2 und 3). Die nachfolgend aufgeführten Bereiche bilden nach Umsatz und Beschäftigung den Hauptanteil aller gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige:

- im Dienstleistungsbereich fast der ganze WZ-Abschnitt Q „Gesundheits- und Sozialwesen“, ohne Tagesbetreuung von Kindern (WZ 88.91.0) sowie Teile der Positionen „Sonstiges Sozialwesen a.n.g.“ (WZ 88.99.0) und „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ (WZ 87.30.0),
- die pharmazeutische Industrie (WZ 21.10.0 und WZ 21.20.0),
- die Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien (WZ 32.50) sowie
- der Groß- und Einzelhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Produkten (WZ 46.46, WZ 47.73.0 und WZ 47.74.0).

Für 106 Unterklassen (WZ-5-Steller), die nicht vollständig der Gesundheitswirtschaft zugeordnet werden können, müssen die gesundheitsrelevanten Anteile des jeweiligen Wirtschaftszweiges ermittelt werden. Im Produzierenden Gewerbe sind es 32, im Handel 18 und im Dienstleistungssektor 56 Wirtschaftszweige (vgl. Tabelle 2). Dabei muss für jeden einzelnen Bereich geprüft werden, inwieweit Informationen aus amtlichen Erhebungen oder externen Quellen zur Verfügung stehen.

Die Grundlage für die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2008 im engeren Sinne bildeten die folgenden 6 Kriterien⁴⁾:

1. Anlehnung an die bereits vorhandenen Abgrenzungen nach der WZ 2003,
 - a. Orientierung an der Definition der OECD,
 - b. Einbeziehung der gesundheitstypischen Vorleistungsindustrien.
2. Systematische Anbindung an die Gesundheitspersonal- und Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes.

2. Einordnung der gesundheits-relevanten Wirtschaftszweige nach WZ 2008

Wirtschaftszweig	Zuordnung nach Unterklassen (WZ 5-Steller)		
	vollständig	teilweise	insgesamt
Dienstleistungsbereich (ohne Handel)	15	56	71
Produzierendes Gewerbe	6	32	38
Handel	6	18	24
Insgesamt	27	106	133

3. Die Verfügbarkeit von statistischen Informationen sollte weitgehend gewährleistet sein.
4. Der Schätzaufwand für den gesundheitsrelevanten Teil innerhalb eines Wirtschaftszweiges muss vertretbar sein. Zusatzerhebungen sind z. B. nicht möglich, um gesundheitsrelevante Wirtschaftsbereiche innerhalb eines Wirtschaftszweiges herauszuarbeiten.
5. Bei den Vorleistungs- und Zulieferindustrien sowie bei den anderen Wirtschaftszweigen werden die WZ 5-Steller gewählt, die einen direkten Gesundheitsbezug erkennen lassen⁵⁾.
6. Die Reparaturen von Gesundheitsprodukten sind aus Einheitlichkeitsgründen auch nicht mit aufgenommen, da es keinen eigenen Wirtschaftszweig für diese Reparaturen gibt⁶⁾.

Die auf diese Art und Weise erhaltene erste praktikable Abgrenzung gesundheitsrelevanter Wirtschaftszweige nach WZ 2008 wird nachfolgend in ihrer Gesamtheit mit „**Gesundheitssektor**“ bezeichnet, um die Unterscheidung zur vorstehend genannten umfassenden Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft zu gewährleisten (vgl. Tabelle 3).

Insgesamt wurden 36 Unterklassen (WZ-5-Steller) dem Gesundheitssektor zugewiesen. Davon entfallen 23 WZ-5-Steller auf den Dienstleistungsbereich (ohne Handel), 6 auf den Handel und 7 auf das Produzierende Gewerbe, konkret auf das Verarbeitende Gewerbe. Im Dienstleistungsbereich sind 15 Unterklassen vollständig dem Gesundheitssektor zuzuweisen, wobei allein 14 Unterklassen dem WZ-Abschnitt Q „Gesundheits- und Sozialwesen“ angehören (vgl. Tabelle 4). In den beiden anderen Bereichen sind jeweils 6 Wirtschaftszweige zu 100 % dem Gesundheitssektor zuzurechnen. 9 Branchen, die in Tabelle 3 mit der Fußnote 1) versehen sind, können nicht vollständig dem Gesundheitssektor zugeordnet werden. Für diese Unterklassen muss geprüft werden, inwieweit Informationen aus anderen Erhebungen oder Brancheninformationen aus externen Quellen vorliegen, um geeignete Schätzungen vornehmen zu können. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes wird die Herstellung von Behindertenfahrzeugen nicht gesondert

5) Damit fallen beispielsweise die Grundstoffchemie (WZ Gruppe 21.1) und das Baugewerbe (WZ Abschnitt F) heraus. Die Produktion von Krankentransportern, die unter die Rubrik „Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren“ (WZ 29.11.0) fallen, werden auch nicht erfasst, da sie nicht separat ausgewiesen sind.

6) Der Schätzaufwand aus den Sammelpositionen der WZ 33.13.0 „Reparatur von elektronischen und optischen Geräten (einschl. Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräte sowie elektromedizinischer Geräte)“ und WZ 33.17.0 „Reparatur und Instandhaltung von Fahrzeugen a. n. g. (einschl. Behindertenfahrzeuge)“ steht in keinem Verhältnis zu dem Mehrertrag an Informationen. Außerdem gibt es keine eigene Position für Reparaturen von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten aus der WZ 32.50.1. Des Weiteren werden die Reparaturen häufig über die Gewährleistungen der Hersteller abgedeckt.

ausgewiesen. Sie muss aus der WZ 30.92.0 (Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen) „herausgeschätzt“ werden. Während im Handel alle gesundheitsrelevanten WZ-Positionen eindeutig sind, müssen im Dienstleistungsbereich aus 8 Wirtschaftszweigen die entsprechenden gesundheitsrelevanten Dienstleistungen herausgerechnet werden. Hierbei sind grundsätzlich 3 Aspekte zu unterscheiden:

- a. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist nicht grundsätzlich gesundheitsrelevant, sondern betrifft nur bestimmte Bevölkerungsgruppen. Hierzu zählt der WZ 49.32.0 „Betrieb von Taxis“, da Kranken- und Behindertenfahrten der Gesundheitsbranche zuzurechnen sind.
- b. Die Dienstleistung ist gesundheitsrelevant, wird aber mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zusammengefasst. Dazu zählen die Wirtschaftszweige 72.11.0 „Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie“, WZ 72.19.0 „Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin“, WZ 84.12.0 „Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen“, WZ 84.30.0 „Sozialversicherung“ und WZ 85.42.4 „Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens“.
- c. Ferner gibt es eine Mischung von a) und b). Dies trifft für den WZ 87.30.0 „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ zu.

Aufgrund der starken Veränderungen zwischen den beiden Wirtschaftszweigklassifikationen (WZ 2003 und WZ 2008) sind spürbare Auswirkungen auf die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft bzw. konkret des Gesundheitssektors festzustellen.

Die bisher separaten Unterklassen WZ 85.31.8. „Wohnheime für Behinderte“, WZ 85.31.4 „Altenheime“ und WZ 85.31.3 „Altenwohnheime“ werden in der WZ 2008 unter „Altenheime, Alten- und Behindertenwohnheime“ (WZ 87.30.0) ausgewiesen. Die Organisationen des Gesundheitswesens werden in der Unterklasse „Interessenvertretung und Vereinigungen a. n. g.“ (WZ 94.99.9) eingegliedert. Die neue Unterklasse WZ 32.50.1 „Herstellung von medizintechnischen Apparaten und Materialien a. n. g.“ enthält eine Vielzahl von Produkten aus Unterklassen der Abteilungen 17 bis 33 der WZ 2003, die vorher nicht separat medizinisch ausgewiesen waren oder umklassifiziert wurden. Die Herstellung von Behindertenfahrzeugen (WZ 35.43.0) wird dagegen nicht mehr als separate Unterklasse ausgewiesen, sondern in der WZ 2008 unter WZ 30.92.0 „Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen“ subsumiert. Die in der WZ 2008 neue Unterklasse „Sozialversicherung“

3. Abgrenzung des Gesundheitssektors nach WZ 2008

WZ-Ebene				Bezeichnung laut Wirtschaftszweigklassifikation
Abteilung	Gruppe	Klasse	Unterklasse	
Abschnitt C - Verarbeitendes Gewerbe				
21				Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
	21.1	21.10	21.10.0	Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen
	21.2	21.20	21.20.0	Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen
26				Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
	26.6	26.60	26.60.0	Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
30				Sonstiger Fahrzeugbau
	30.9			Herstellung von Fahrzeugen a. n. g.
		30.92	30.92.0	Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen ¹⁾
32				Herstellung von sonstigen Waren
	32.5	32.50		Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
			32.50.1	Herstellung von medizintechnischen Apparaten und Materialien a. n. g.
			32.50.2	Herstellung von orthopädischen Erzeugnissen
			32.50.3	Zahntechnische Laboratorien
Abschnitt G - Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen				
46				Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
	46.1			Handelsvermittlung
		46.18		Handelsvermittlung von sonstigen Waren
			46.18.4	Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
	46.4			Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern
		46.46		Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
			46.46.1	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
			46.46.2	Großhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln, Dental- und Laborbedarf
47				Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
	47.7			Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)
		47.73	47.73.0	Apotheken
		47.74	47.74.0	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
		47.78		Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchtwaren)
			47.78.1	Augenoptiker
Abschnitt H - Verkehr und Lagerei				
49				Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen
	49.3			Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr
		49.32	49.32.0	Betrieb von Taxis ¹⁾
Abschnitt K - Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen				
65				Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen
	65.1			Versicherungen
		65.12		Nichtlebensversicherungen
			65.12.1	Krankenversicherungen, nur private Versicherungen ohne gesetzliche Krankenkassen
Abschnitt M - Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen				
72				Forschung und Entwicklung
	72.1			Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften u. Medizin
		72.11	72.11.0	Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie ¹⁾
		72.19	72.19.0	Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin ¹⁾

1) Nur teilweise zum Gesundheitssektor gehörig.

Noch: 3. Abgrenzung des Gesundheitssektors nach WZ 2008

WZ-Ebene				Bezeichnung laut Wirtschaftszweigklassifikation
Abteilung	Gruppe	Klasse	Unterklasse	
Abschnitt O - Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung				
84				Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
	84.1			Öffentliche Verwaltung ¹⁾
		84.12	84.12.0	Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen ¹⁾
	84.3	84.30	84.30.0	Sozialversicherung
Abschnitt P - Erziehung und Unterricht				
85				Erziehung und Unterricht
	85.4			Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht
		85.42		Tertiärer Unterricht ¹⁾
			85.42.4	Berufsakademien, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens
Abschnitt Q - Gesundheits- und Sozialwesen				
86				Gesundheitswesen
	86.1			Krankenhäuser
		86.10		Krankenhäuser
			86.10.1	Krankenhäuser (ohne Hochschul-, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
			86.10.2	Hochschulkliniken
			86.10.3	Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
	86.2			Arzt- und Zahnarztpraxen
		86.21	86.21.0	Arztpraxen für Allgemeinmedizin
		86.22	86.22.0	Facharztpraxen
		86.23	86.23.0	Zahnarztpraxen
	86.9	86.90		Gesundheitswesen a. n. g.
			86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten
			86.90.2	Massagepraxen, Krankengymnastikpraxen, Praxen von medizinischen Bademeisterinnen und Bademeistern, Hebammen und Entbindungspflegern sowie von verwandten Berufen
			86.90.3	Heilpraktikerpraxen
			86.90.9	Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen
87				Heime (ohne Erholungs- und Pflegeheime)
	87.1	87.10	87.10.0	Pflegeheime
	87.2	87.20	87.20.0	Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung u. Ä. ¹⁾
	87.3	87.30	87.30.0	Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime
88				Sozialwesen (ohne Heime)
	88.1	88.10		Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter
			88.10.1	Ambulante soziale Dienste
			88.10.2	Sonstige soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter
Abschnitt S - Erbringung von sonstigen Dienstleistungen				
94				Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)
	94.9			Kirchliche Vereinigungen; politische Parteien sowie sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.
		94.99		Sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g. ¹⁾
			94.99.9	Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.

¹⁾ Nur teilweise zum Gesundheitssektor gehörig.

4. Einordnung der Wirtschaftszweige des Gesundheitssektors

Wirtschaftszweig	Zuordnung auf WZ-Ebene					
	Unterklassen (WZ-5-Steller)			Klassen (WZ-4-Steller)		
	insgesamt	vollständig	teilweise	insgesamt	vollständig	teilweise
Dienstleistungsbereich (ohne Handel) zusammen	23	15	8	17	8	9
darunter						
Gesundheits- und Sozialwesen	15	14	1	9	8	1
Verarbeitendes Gewerbe	7	6	1	5	4	1
Handel	6	6	—	5	3	2
Insgesamt	36	27	9	27	15	12

(WZ 84.30.0) umfasst neben bisher einzeln ausgewiesenen WZ-5-Stellern der Gesetzlichen sowie knappschaftlichen Renten- und Krankenversicherung (WZ 75.30.1, WZ 75.30.2, WZ 75.30.5 bzw. WZ 75.30.6) und der Gesetzlichen Unfallversicherung (WZ 75.30.7) auch die Arbeitsförderung (WZ 75.30.8) sowie die Altershilfe für Landwirte (WZ 75.30.3) und die Zusatzversorgung für Angehörige des Öffentlichen Dienstes (WZ 75.30.4). Auch hier wird eine geeignete Schätzung vorgenommen werden müssen, um die gesundheitswirtschaftlich relevanten Bereiche quantifizieren zu können.

Die in der WZ 2003 noch separat ausgewiesene Öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (WZ 75.12.4) wird jetzt ebenfalls in einer Unterklasse mit öffentlichen Verwaltungen anderer Bereiche zusammengefasst (WZ 84.12.0 „Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen“). Der bisherige Unterabschnitt „Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin“ (WZ 73.10.4) wird in der WZ 2008 aufgeschlüsselt in Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie (WZ 72.11.0) und Sonstige Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin (WZ 72.19.0).

Möglichkeiten zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft

Zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft bzw. des Gesundheitssektors stehen im Rahmen der amtlichen Statistik verschiedene Datenquellen zur Verfügung. Zudem sind verschiedene Herangehensweisen vorstellbar. Ziel ist es jeweils, die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft bzw. dem Gesundheitssektor insgesamt sowie für einzelne Teilbereiche zu bestimmen, wobei die Passfähigkeit der Daten zu den amtlichen Gesamtergebnissen gewährleistet sein sollte.

Zum einen bietet es sich an, auf der Basis der vorgeschlagenen wirtschaftsfachlichen Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft bzw. konkret des Gesundheitssektors die Verfügbarkeit von amtlichen Datenquellen zu prüfen und dementsprechend eine zunächst betriebs-

wirtschaftlich geprägte Quantifizierung nach einem **Bottom-up-Verfahren** vorzunehmen. Allerdings müssten diese Ergebnisse dann noch auf die amtlichen Gesamtergebnisse abgestimmt werden. Zum anderen ist es jedoch auch vorstellbar, ausgehend von den vorliegenden Gesamtergebnissen und unter Nutzung weiterer Informationen aus amtlichen und externen Quellen, die Bruttowertschöpfung bzw. die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft nach einem **Top-down-Ansatz** zu ermitteln, wobei hier die oben angeführte Passfähigkeit von Beginn an gegeben wäre. Beide Verfahren sind sowohl mit Vor- als auch mit Nachteilen verbunden. Maßgeblich für die Wahl des Verfahrens ist das Kriterium „Datenverfügbarkeit“.

Datenverfügbarkeit

Als Datenquelle zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft bietet sich einerseits das statistische Unternehmensregister an. Es liefert für alle Wirtschaftszweige Informationen zu steuerbaren Umsätzen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Unternehmen bzw. Betriebe und Einrichtungen. Gespeist wird das Register größtenteils aus Verwaltungsdaten, die durch Informationen aus statistischen Erhebungen aktualisiert und ergänzt werden. Ende Oktober 2010 war das Berichtsjahr 2009 der aktuelle Stand der zuletzt im Register verarbeiteten Verwaltungsdaten. Gegenüber den traditionellen Sekundärstatistiken, wie der Umsatzsteuerstatistik bzw. der Beschäftigtenstatistik, stellt das Unternehmensregister ein eigenständiges Auswertungsinstrumentarium dar, bei dem spezielle Regeln und Zyklen der Pflege und Aktualisierung der Registereinheiten gelten. Die branchenbezogene Einordnung von Unternehmen und Betrieben im Unternehmensregister basiert auch auf der aktuellen Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008. Im Register ist die Angabe des Wirtschaftszweigschlüssels auf WZ-4-Steller-Ebene verpflichtend. Die tiefere Gliederung auf WZ-5-Steller-Ebene ist grundsätzlich optional. Daher fehlen hier häufig die Angaben.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass derzeit im Unternehmensregister geringfügig Beschäftigte⁷⁾ (400-Eu-

ro-Jobs) sowie Selbstständige und Angehörige der freien Berufe, die von der Umsatzsteuer(-voranmeldung) befreit sind und keine sozialversicherungspflichtigen Personen beschäftigen, bisher grundsätzlich nicht mit aufgeführt sind. Diese Situation tritt häufig in Heil-, Pflege- und Serviceberufen auf, sodass in diesem Segment von einer Untererfassung im Unternehmensregister zu sprechen ist.

Zudem liegen für den – im Zusammenhang mit dem Gesundheitssektor – relevanten Wirtschaftsabschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ zurzeit noch keine Registerauswertungen vor, da die diesem Bereich zuzuordnenden Wirtschaftseinheiten gegenwärtig noch nicht vollständig vom Register abgebildet werden⁸⁾.

Im Bereich „Verarbeitendes Gewerbe“ kann neben den Daten des Unternehmensregisters auch auf weitere wirtschaftsfachlich und zum Großteil auch regional tief gegliederte Ergebnisse der einzelnen Statistiken zurückgegriffen werden. Zudem kann bei der Zuordnung einzelner Gesundheitsgüter die Produktionsstatistik herangezogen werden. Hinzu kommt, dass für das Verarbeitende Gewerbe neben Unternehmensergebnissen zum Teil auch Betriebsergebnisse zur Verfügung stehen. Auch ist es möglich, auf der Basis der Angaben aus den Kostenstrukturerhebungen auf Unternehmensebene Vorleistungsquoten festzulegen, um beispielsweise die Bruttowertschöpfung je Wirtschaftszweig berechnen zu können.

Die Verfügbarkeit fachstatistischer Informationen stellt sich in den Bereichen „Handel“ sowie „Dienstleistungen“ und damit auch für den Kernbereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ deutlich ungünstiger dar, als im zuvor angeführten Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Einschränkungen gibt es sowohl im wirtschaftsfachlich tief gegliederten Ergebnisausweis als auch in regionaler Hinsicht. Auf der Länderebene liegen im Prinzip nur Angaben bis zum WZ-4-Steller vor. Ferner sind einige Dienstleistungsbereiche gegenwärtig fachstatistisch noch gar nicht berücksichtigt. Somit gibt es auch Probleme mit der Verfügbarkeit von Informationen, die für die Wertschöpfungsberechnung benötigt werden, beispielsweise zu den Vorleistungen.

7) Nach der im Jahr 2011 geplanten Umstellung des Unternehmensregisters werden dann auch diese Angaben im Register verfügbar sein.

8) Zudem liegen auch für die Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie „Private Haushalte mit Hauspersonal“ zurzeit noch keine Registerauswertungen vor, da die diesen Bereichen zuzuordnenden Wirtschaftseinheiten gegenwärtig ebenfalls noch nicht vollständig vom Register abgebildet werden.

9) Bei den schon auf der WZ-5-Steller-Ebene nicht vollständig der Gesundheitswirtschaft zuzuordnenden Unterklassen WZ 30.92.0 „Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen“ und WZ 87.30.0 „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ bleibt der Sachverhalt auf der übergeordneten Ebene unverändert bestehen.

Aufgrund der angeführten Probleme bei der Datenverfügbarkeit auf WZ-5-Steller-Ebene wird nachfolgend untersucht, ob der Informationsverlust bei der Zusammenfassung der Wirtschaftszweige des Gesundheitssektors auf WZ-4-Steller-Ebene bedeutend ist oder eher vernachlässigt werden kann.

Modifizierte Abgrenzung des Gesundheitssektors nach WZ 2008 auf WZ-4-Steller-Ebene

Durch die Zusammenfassung einzelner Wirtschaftszweige von der WZ-5-Steller-Ebene (= Unterklassen) auf die höhere Aggregationsebene (= Klassen) reduziert sich die Zahl der gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige von 36 auf 27 (vgl. Tabellen 2 und 3). Während die gesundheitsrelevanten Zweige im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes sowie das klassische Gesundheits- und Sozialwesen (Ausnahmen: WZ 30.92.0 „Herstellung von Fahrrädern sowie von Behindertenfahrzeugen“ sowie WZ 87.30.0 „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“) mit 20 WZ-5-Stellern bzw. jetzt 12 WZ-4-Stellern auch auf dieser höheren Aggregationsebene noch komplett dem Gesundheitssektor zuzuordnen sind⁹⁾, sind zusätzlich im Handel 2 Wirtschaftszweige und im Dienstleistungsbereich 1 Wirtschaftszweig nicht mehr vollständig zuzuordnen.

Aufgrund der Aggregationsebene erhöht sich die Zahl der anteilig zu schätzenden Wirtschaftszweige von 9 auf 12. Dabei ist festzuhalten, dass bereits 7 dieser Wirtschaftszweige auf WZ-4-Steller-Ebene nicht weiter untergliedert sind. Daraus folgt, dass für diese Fälle auf der WZ-5-Steller-Ebene kein zusätzlicher Informationsgewinn vorliegt, der das Schätzverfahren positiv beeinflussen könnte (vgl. Tabelle 3).

Zwei gesundheitsrelevante Dienstleistungsbereiche müssen bereits auf der WZ-5-Steller-Ebene „herausgeschätzt“ werden. Dies sind die Schulen des Gesundheitswesens (WZ 85.42.4), die mit den Berufsakademien und Fachakademien zusammengefasst werden und die Selbsthilfeorganisationen im Bereich Gesundheitswesen, die im WZ 94.99.9 „Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.“ mit aufgenommen sind. Der Informationsverlust, der durch eine Schätzung auf höherem Aggregationsniveau erfolgt, kann jedoch als gering betrachtet werden.

Lediglich 3 bedeutende gesundheitsrelevante Branchen, die auf der Ebene der WZ-5-Steller eindeutig abzugrenzen sind, müssen damit zusätzlich – auf höherer Aggregationsebene – „herausgeschätzt“ werden. Aus dem Bereich „Handel“ zählen dazu der WZ 46.18.4 „Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf“, der

jetzt im WZ 46.18 „Handelsvermittlung von sonstigen Waren“ aufgeht sowie der WZ 47.78.1 „Augenoptiker“, der in den WZ 47.78 „Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchsgüter)“ integriert wird. Der WZ 65.12.1 „Krankenversicherungen, nur private Versicherungen ohne gesetzliche Krankenkassen“ aus dem Bereich „Dienstleistungen“ wird mit anderen Versicherungen im WZ 65.12 „Nichtlebensversicherungen“ zusammengefasst.

Die modifizierte Auswertung auf WZ-4-Steller-Ebene ergibt, dass mit Ausnahme der 3 zuletzt genannten Branchen (WZ 46.18.4, WZ 47.78.1 und WZ 65.12.1) der Informationsverlust bezogen auf den Gesundheitssektor minimal sein dürfte. Die genannten 3 Wirtschaftszweige lassen sich jedoch mit Hilfe von Zusatzinformationen, z. B. der Verbände, recht gut schätzen. Insgesamt ist damit festzuhalten, dass grundsätzlich auch eine wirtschaftszweigsystematische Abgrenzung des Gesundheitssektors auf WZ-4-Steller-Ebene möglich ist.

Für eine Quantifizierung des Gesundheitssektors nach einem Bottom-up-Ansatz könnte im Prinzip auf diese modifizierte Abgrenzung zurückgegriffen werden. Dies hätte den Vorteil, dass auf Bundesländerebene über das Unternehmensregister Informationen zu den Umsätzen und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Gesundheitssektors bereits weitgehend abgebildet werden könnten. Problematisch ist, wie im Abschnitt „Datenverfügbarkeit“ beschrieben, dass gerade im Kernbereich „Gesundheitswesen“ für die Angehörigen freier Berufe gesetzliche Regelungen zur Steuerfreiheit von Umsätzen existieren (z. B. für Ärzte, Zahnärzte, Heilpraktiker, Physiotherapeuten oder Hebammen), sodass hier von einer Untererfassung des Umsatzes auszugehen ist. Zudem ist von einer sehr hohen Zahl an geringfügig Beschäftigten auszugehen, die dann nicht mit berücksichtigt wäre¹⁰⁾.

Um auf Grundlage der Umsatzangaben die Wertschöpfung des Gesundheitssektors auf Länderebene berechnen zu können, sind weitere Informationen, insbesondere zu den Vorleistungen und zur Nettostellung der Handelsware, notwendig. Diesbezüglich ist jedoch gegenwärtig die Datenlage in den Bereichen „Handel“ und „Dienstleistung“ als nicht ausreichend bzw. ungenügend zu charakterisieren. Letztlich ließe sich so zunächst auch nur eine betriebswirtschaftlich geprägte Schätzung der Bruttowertschöpfung des Gesundheitssektors durchführen. Ferner bedarf es bezüglich der Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusätzlicher Angaben, um auf dieser Basis die Zahl der Erwerbstätigen

10) Vgl. Fußnote 7).

11) Mit einer Veröffentlichung revidierter Gesamtergebnisse nach WZ 2008 ist auf Bundesebene Anfang September 2011 und auf der Länderebene aus heutiger Sicht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2012 zu rechnen.

im Gesundheitssektor schätzen zu können. Auch hier ist die Datenverfügbarkeit nur bedingt gegeben. Aufgrund dieser Probleme bei der Bestimmung von Wertschöpfung und Erwerbstätigenzahl wurde in der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ nach einer alternativen Möglichkeit zur Quantifizierung des Gesundheitssektors gesucht.

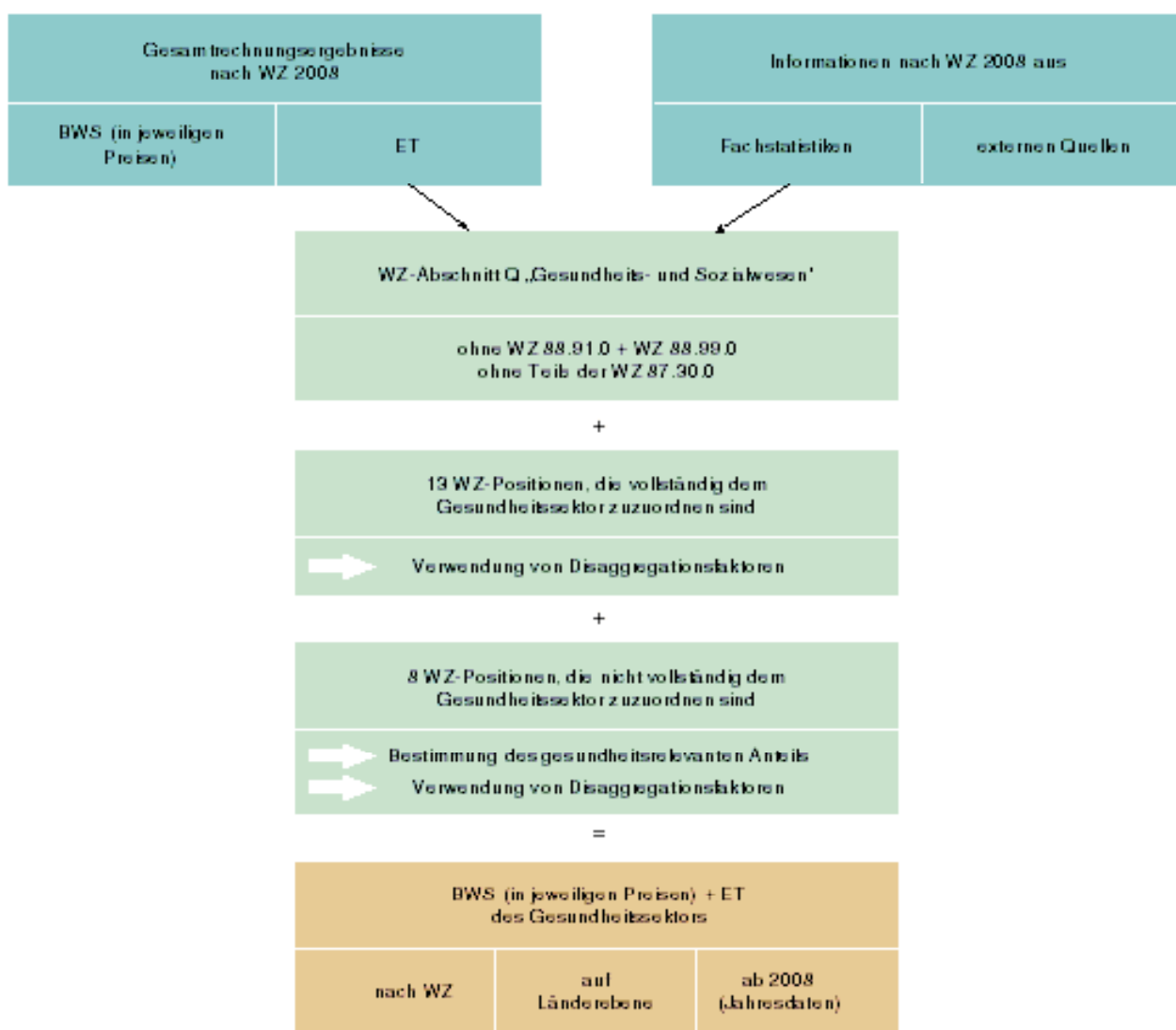
Top-down-Ansatz zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft nach dem Wertschöpfungsansatz

Auf der Basis von Gesamtergebnissen der amtlichen Statistik und unter Nutzung weiterer Informationen aus amtlichen und externen Quellen kann die Bruttowertschöpfung bzw. die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft bzw. konkret im Gesundheitssektor nach einem Top-down-Ansatz ermittelt werden. Das im Folgenden dargestellte Konzept eines Schätzansatzes lehnt sich in seinen Grundzügen an das von Ostwald vorgeschlagene Verfahren an. [23] Es stellt jedoch unter den neuen Rahmenbedingungen – der Abgrenzung des Gesundheitssektors nach der WZ 2008 – und bezüglich des geplanten konkreten Vorgehens sowie der Nutzung einer breiteren Ausgangsdatenbasis eine Weiterentwicklung dar.

Grundlage des Top-down-Ansatzes ist die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Abgrenzung des Gesundheitssektors nach Unterklassen der WZ 2008 (vgl. Tabelle 3). Diese Abgrenzung umfasst 27 WZ-5-Steller, die vollständig als gesundheitsrelevant klassifiziert sind und 9 weitere Bereiche, die nur zum Teil dem Gesundheitssektor zuordenbar sind. Ferner wird bei den Überlegungen davon ausgegangen, dass aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. der Erwerbstätigenrechnung nach Abschluss der WZ-Revision¹¹⁾ Angaben zur Bruttowertschöpfung und zur Zahl der Erwerbstätigen (Jahresdaten) in einer ausreichend tiefen wirtschaftsfachlichen Gliederung verfügbar sind. Konkret werden auf Bundes- wie auf Länderebene zumindest Angaben für Abschnitte der WZ 2008 benötigt. Des Weiteren müssen für die Schätzung zusätzliche Gesamtergebnisinformationen sowie die verschiedensten fachstatistischen Angaben bzw. Informationen aus externen Quellen zur Verfügung stehen.

Ausgangspunkt des Schätzverfahrens ist die Übernahme der amtlichen Gesamtergebnisse (Bruttowertschöpfung [in jeweiligen Preisen] bzw. Zahl der Erwerbstätigen) für den Wirtschaftsabschnitt Q „Gesundheits- und Sozialwesen“ (vgl. Schaubild 3). Gemäß der Abgrenzung des Gesundheitssektors ist hier zunächst eine Bereinigung um die Anteile der 2 dann nicht gesundheitswirtschaftlich relevanten Unterklassen „Tagesbetreuung von Kindern“ (WZ 88.91.0) und „Sonstiges Sozialwesen a. n. g.“ (WZ 88.99.0) sowie um Teile der

3. Top-Down Ansatz zur Quantifizierung des Gesundheitssektors



HSL 30/11

BWS = Bruttowertschöpfung; ET = Zahl der Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt); WZ = Wirtschaftszweige.

Position „Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime“ (WZ 87.30.0) notwendig. Hierzu bedarf es entsprechender Informationen. Die Übernahme der amtlichen Gesamtrechnungsergebnisse hat den Vorteil, dass die Passfähigkeit der späteren Schätzergebnisse zu diesen Daten gegeben ist. Bei den Schätzungen auf der Regionalebene waren bisher stets Anpassungen an die amtlichen Daten notwendig. [24]

In einem zweiten Schritt werden Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl nacheinander für die verbleibenden 13 WZ-Positionen, die vollständig dem Gesundheitssektor zuzurechnen sind, sowie für die übrigen 8 WZ-Positionen, die nicht in vollem Umfang gesundheitswirtschaftlich relevant sind, geschätzt. Ausgangspunkt

dafür stellen wieder die amtlichen Gesamtrechnungsergebnisse auf WZ-Abschnittsebene dar. So kann beispielsweise die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (WZ-Abschnitt C) für die Schätzung des Leistungsbeitrags des Bereichs „Herstellung von pharmazeutischen Produkten“ (WZ 21) herangezogen werden (vgl. Tabelle 3). Die Schätzung selbst soll mittels spezieller, nach Möglichkeit länderspezifischer Disaggregationsfaktoren erfolgen. Zu deren Bestimmung werden Informationen aus verschiedenen fachstatistischen bzw. externen Quellen benötigt. Schwieriger stellt sich die Schätzung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl für die 8 WZ-Positionen dar, bei denen zusätzlich noch der gesundheitswirtschaftliche Anteil ermittelt werden muss. Dies wird im Einzelnen geprüft.

Durch Addition der einzelnen Ergebnisse ist eine Quantifizierung des gesamten Gesundheitssektors möglich (vgl. Schaubild 3). Unter der Voraussetzung, dass die benötigten Disaggregationsfaktoren bestimmt werden können, ist die Durchführung erster Berechnungen auf der Ebene „Summe der Länder“ (Bundesebene) nach Vorliegen revidierter Gesamtergebnisse des Statistischen Bundesamtes gemäß WZ 2008 im Herbst 2011 möglich. Die Schätzung könnte dann zumindest für die Berichtsjahre 2008 und 2009 durchgeführt werden. Entsprechende Schätzungen für einzelne Länder wären frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2012 realisierbar. Aufgrund der starken Unterschiede in den WZ-Zuordnungen zwischen der WZ 2008 und der WZ 2003 sind Schätzungen für Berichtsjahre vor der WZ-Umstellung nicht möglich.

Die Schätzungen nach dem Top-down-Ansatz könnten somit jährlich nach Vorliegen der benötigten amtlichen Gesamtergebnisse sowie der Zusatzinformationen durchgeführt werden, zumindest für die jeweils originär berechneten Berichtsjahre. Perspektivisch würde es sich anbieten, für die Schätzungen am aktuellen Rand ein Fortschreibungsverfahren zu entwickeln. Ferner könnte der Schätzansatz sukzessive verfeinert und auf weitere WZ-Positionen ausgedehnt werden, sodass langfristig die Quantifizierung des gesamten Bereichs der Gesundheitswirtschaft möglich wäre.

Fazit

Mit der hier vorgestellten Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft bzw. des Gesundheitssektors sind neben dem „klassischen“ Gesundheitswesen die bedeutendsten gesundheitsrelevanten Wirtschaftszweige erstmalig auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 auf der WZ-4-Steller- und der WZ-5-Steller-Ebene zusammengestellt worden. Die Abgrenzung ist kohärent zu den nationalen und internationalen Gesamterrechnungssystemen und, so weit es geht, vergleichbar mit der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes. Mit dieser klassifikatorischen Arbeit wurde die Voraussetzung für eine Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft bzw. des Gesundheitssektors nach der WZ 2008 geschaffen. Zur Bestimmung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft auf Bundes- und Länderebene bieten sich zwei Ansätze an. Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamterrechnungen der Länder“ favorisiert vorerst die Möglichkeit zur Quantifizierung des Gesundheitssektors mittels des Top-down-Ansatzes. Zum einen ist damit von Beginn an die Passfähigkeit zu den amtlichen Gesamterrechnungsergebnissen gewährleistet, und zum anderen stellt sich die Datenlage hier insgesamt günstiger dar. Perspektivisch wird es möglich sein, weitere gesundheitsrelevante Wirtschaftszweige, die nicht vollständig der Gesundheits-

wirtschaft zuzuordnen sind, in die Betrachtungen mit einzubeziehen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht Juli 2009, S. 13.
- [2] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifikation der Wirtschaftszweige – Mit Erläuterungen – 2008, Wiesbaden 2009.
- [3] OECD, 2000, National Health Accounts, Paris, S. 42.
- [4] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitsausgabenrechnung – Methodische Grundlagen. Wiesbaden, 2010, S. 8.
- [5] Kuratorium Gesundheitswirtschaft (Hrsg.): Ergebnisbericht „Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft 2005“, 7./8.12.05 Rostock-Warnemünde, 2.2.2006, S. 2.
- [6] Weltgesundheitsorganisation (Hrsg.): Entwurf des Elften Arbeitsprogramms der WHO 2006 – 2015; Kurzfassung, 2006, Anhang: S. 3.
- [7] Vgl. [6].
- [8] Vgl. [6].
- [9] Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gesundheitswirtschaft in Hessen – Volkswirtschaftliche Potenziale eines Zukunftsmarktes. Wiesbaden, 2010, S. 10.
- [10] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitsausgabenrechnung – Qualitätsbericht. Wiesbaden, 2010, S. 3.
- [11] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheitspersonalrechnung – Qualitätsbericht. Wiesbaden, 2010, S. 4.
- [12] Vgl. [11], S. 3 f.
- [13] Vgl. Technische Universität Berlin, Roland Berger Strategy Consults und BASYS (Hrsg.): Erstellung eines Satellitenkontos für die Gesundheitswirtschaft in Deutschland – Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie; Kurzfassung des Abschlussberichts, 16. November 2009, S. 10 ff.
- [14] Vgl. [2], S. 20.
- [15] Vgl. Ostwald, D. A.: Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Berlin, 2009, hier S. 10.
- [16] Vgl. [15].

- [17] Vgl. Hilbert, J., R. Fretschner, A. Dülberg: Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Gesundheitswirtschaft, Gelsenkirchen, 2002.
- [18] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). Wiesbaden, 2002.
- [19] Vgl. [15], hier S. 78 ff.
- [20] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Umsteigeschlüssel zwischen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) und der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) und umgekehrt. Wiesbaden, 2008.
- [21] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 2009, Wiesbaden 2008.
- [22] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Wiesbaden 2009.
- [23] Vgl. [15].
- [24] Oettel, A., D. A. Ostwald, A. Ranscht, B. Richter und W.-D. Speich: Ermittlung von Potenzialen der Gesundheitswirtschaft mit Hilfe des Wertschöpfungsansatzes. In: Statistik in Sachsen, 4/2009, S. 32–36.

Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitations- einrichtungen



STATISTIK HESSEN

Die vorliegende Publikation enthält Informationen zu allen Einrichtungen, die zur stationären Versorgung beigetragen haben (sofern Ihre Zustimmung für eine Veröffentlichung vorlag); z. B. Anschriften (einschl. Telefon- und Faxnummern), Träger der Einrichtung, Fachabteilungen, jahresdurchschnittlich aufgestellte Betten. Der Nachweis erfolgt getrennt nach Krankenhäusern (gut 2200 Einrichtungen) und nach Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (knapp 1400 Einrichtungen). Die Einrichtungen sind nach Ländern, Regierungsbezirken und Landkreisen sortiert.

Das Verzeichnis wird als ZIP-Datei über E-Mail versandt.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 - Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de - Internet: www.statistik-hessen.de



19_20

Integrierte Ausbildungsberichterstattung:¹⁾ der Übergangsbereich im Fokus

In den letzten Jahren sind die Wege in Ausbildung und Beschäftigung für junge Menschen vielfältiger und individueller geworden. Die Überwindung der ersten Arbeitsmarktschwelle ist damit heute für viele Jugendliche komplexer, aufwändiger und langwieriger. Einem großen Anteil von Jugendlichen gelingt der Einstieg in Ausbildung oder Beschäftigung erst nach einer mehrjährigen Phase des Übergangs und dem Durchlaufen von Zwischenstationen im sogenannten Übergangssystem bzw. -bereich. Gründe dafür sind u. a. unzureichende Schulbildung, mangelnde Ausbildungsreife oder auch soziale Vermittlungshemmnisse. Daneben können weitere Faktoren, wie beispielsweise ein Mismatch zwischen dem Angebot an Ausbildungsgängen und der Nachfrage, Warteschleifen verursachen. Im gesamten Bundesgebiet expandierte bis 2003 die Zahl der Neuzugänge der jungen Menschen im Übergangssystem²⁾. Danach ist ein Rückgang der Zahl der Neuzugänge zu beobachten. Grund hierfür ist u. a., dass in den letzten Jahren verstärkt in Programme investiert wurde, die eine Verbesserung der Übergangsprozesse von der Schule in die Berufswelt zum Ziel haben. Nichtsdestotrotz gibt es, insbesondere auch wegen der zu erwartenden demografischen Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt, Bestrebungen, das Übergangssystem weiter zu reduzieren. Gemäß den Erwartungen des Hessischen Pakts für Ausbildung dürfte die Zahl der Bewerber für eine Berufsausbildung ab 2014 Jahr für Jahr sinken. Dies führt dazu, dass Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen Engpässe an qualifizierten Nachwuchskräften drohen. Einer der möglichen Ansätze, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, ist, durch gezielte Maßnahmensteuerung zukünftig noch mehr Jugendliche nach der Schule direkt in eine Berufsausbildung zu überführen. Der Fokus des diesjährigen Beitrags zur iABE liegt auf dem Übergangsbereich, da dieser sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene und im kommunalen Bereich im Blickfeld der Öffentlichkeit steht. Der Übergangsbereich muss jedoch immer im Kontext der Entwicklungen im Ausbildungssystem insgesamt betrachtet werden, daher werden nachfolgend zuerst die Entwicklungen grob skizziert. Im Anschluss wird darauf eingegangen, was sich hinter dem Begriff Übergangsbereich verbirgt bzw. welche Qualifizierungswege darunter gefasst werden und wie die Entwicklung in Hessen verlief.

Das Konzept der iABE

Um Akteuren auf Landesebene sowie im kommunalen Bereich eine valide Grundlage für Entscheidungen zur Maßnahmensteuerung geben zu können, werden die Bildungswege, die Jugendlichen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I offen stehen, in der iABE systematisch erfasst und nach ihren vorrangigen Bildungszielen, den entsprechenden Zielbereichen zugeordnet (siehe Tabelle 1). Durch den integrativen Ansatz, in dem Statistiken von Schulen, Behörden, Universitäten und der Arbeitsagentur unter Bereinigung von Doppelerfassungen verknüpft werden, entsteht so eine umfassende und aussagekräftige Gesamtschau.

Zielbereich I „Berufsabschluss“ umfasst alle vollqualifizierenden Bildungsgänge, die dem Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses dienen. Zielbereich II „Hochschulreife“ beinhaltet alle Bildungsgänge, die

darauf ausgerichtet sind, einen studienqualifizierenden Abschluss zu erwerben. Zielbereich III „Übergangsbereich“ schließt Bildungsgänge ein, die junge Menschen auf eine berufliche Ausbildung oder Tätigkeit vorbereiten. Hauptaugenmerk liegt auf diesen 3 Zielbereichen. Daneben wird der Zielbereich IV „Hochschulabschluss“ nachrichtlich ausgewiesen.

Entwicklung der Anfängerzahlen

Im Jahr 2010 mündeten insgesamt rund 121 200 Jugendliche in die Qualifizierungswege der iABE in Hessen ein (siehe Tabelle 1). Dabei handelte es sich sowohl um direkte Übergänge aus der Sekundarstufe I einer allgemeinbildenden Schule als auch um wiederholte Übergänge aus dem beruflichen Ausbildungssystem. Insgesamt begannen im Jahr 2010 gut 7% mehr Jugendliche, sich im hessischen Ausbildungsgeschehen zu qualifizieren als noch im Vorjahr (siehe Schaubild 1).

1) Das Projekt zur integrierten Ausbildungsberichterstattung für Hessen wurde vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) in Auftrag gegeben und wird aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

2) Quelle: Konsortium Bildungsberichterstattung 2006 und Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008 und 2010.

1. Anfänger und Bestände nach Zielbereichen und Einzelkonten in Hessen 2009 und 2010¹⁾

Zielbereich	Einzelkonto	2009/10				2010/11			
		Anfänger		Bestand		Anfänger		Bestand	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Zielbereich I: Berufsabschluss	Duales System (Berufsschulen)	36 974	32,8	112 044	41,4	36 942	30,5	109 179	39,0
	Beamte in Ausbildung im mittleren Dienst ²⁾	447	0,4	893	0,3	447	0,4	893	0,3
	Berufsfachschulen mit Berufsabschluss	273	0,2	670	0,2	275	0,2	658	0,2
	Zweijährige Höhere Berufsfachschulen (Assistenten)	2 742	2,4	5 115	1,9	2 649	2,2	5 031	1,8
	Zweijährige Höhere Berufsfachschulen für Sozialassistenten	1 811	1,6	3 355	1,2	1 908	1,6	3 609	1,3
	Schulen des Gesundheitswesens ³⁾	5 055	4,5	11 739	4,3	5 336	4,4	12 428	4,4
Fachschulen für Sozialpädagogik/Heilpädagogik/Sozialwirtschaft		2 268	2,0	5 713	2,1	2 545	2,1	6 231	2,2
Zielbereich I: Berufsabschluss zusammen		49 570	43,9	139 529	51,6	50 102	41,4	138 029	49,3
Zielbereich II: Hochschulreife	Berufliche Gymnasien	5 057	4,5	12 855	4,8	5 418	4,5	13 943	5,0
	Gymnasiale Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen	26 206	23,2	69 687	25,8	35 202	29,1	80 898	28,9
	Fachoberschulen Organisationsform A	8 995	8,0	17 647	6,5	9 356	7,7	18 286	6,5
Zielbereich II: Hochschulreife zusammen		40 258	35,7	100 189	37,0	49 976	41,2	113 127	40,4
Zielbereich III: Übergangsbereich	Zweijährige Berufsfachschulen	6 217	5,5	12 829	4,7	5 845	4,8	12 180	4,4
	Einjährige Höhere Berufsfachschulen	1 739	1,5	1 751	0,6	1 567	1,3	1 575	0,6
	Berufgrundbildungsjahr schulische Form	1 702	1,5	1 745	0,6	1 326	1,1	1 361	0,5
	Berufgrundbildungsjahr kooperative Form	491	0,4	494	0,2	524	0,4	532	0,2
	Einstiegsqualifizierung (EQ) ⁴⁾	1 253	1,1	1 253	0,5	1 232	1,0	1 232	0,4
	Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, Vollzeit	3 865	3,4	3 973	1,5	3 683	3,0	4 110	1,5
	Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, Teilzeit - ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA ⁴⁾	1 810	1,6	2 815	1,0	1 377	1,1	2 212	0,8
Zielbereich III: Übergangsbereich zusammen		22 970	20,4	30 753	11,4	21 085	17,4	28 733	10,3
Insgesamt		112 798	100	270 471	100	121 163	100	279 889	100
Nachrichtlich Zielbereich IV: Hochschulabschluss (Erststudium)	Studiengänge an Hochschulen (ohne duale Hochschul Ausbildung)	32 619	X	155 811	X	32 805	X	158 221	X
	Duales Studium (ausbildungsintegriert)	836	X	2 946	X	968	X	3 883	X
	Verwaltungsfachhochschulen	1 010	X	3 083	X	1 164	X	3 438	X
Nachrichtlich: Zielbereich IV: Hochschulabschluss (Erststudium) zusammen		34 465	X	161 840	X	34 937	X	165 542	X

1) Nachweis erfolgt grundsätzlich auf Basis des Ausbildungsortes/Schulstandortes. Ausnahme siehe Fußnote 4. Die Anfängerzahlen an beruflichen Schulen werden ab dem Berichtsjahr 2010 auf Basis einer bundeseinheitlichen Definition berechnet. Um eine Vergleichbarkeit mit vorherigen Jahren zu gewährleisten, wurden diese ebenfalls auf Grundlage der neuen Definition berechnet und sind damit nicht identisch mit denen aus früheren Veröffentlichungen. Eine abweichende Zuordnung des BGJ kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Zielbereiche Berufsabschluss und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Bundesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung. – 2) Anfängerzahlen zu Beamten in Ausbildung im mittleren Dienst (Quelle: Destatis, HSL) geschätzt. Vorjahreswerte für 2010 übernommen. – 3) Zahlen zu Schulen des Gesundheitswesens (Quellen: HSM, RP Gießen, RP Darmstadt) teilweise geschätzt (vorläufige Werte) sowie unvollständig. – 4) Zahlen zu BvB und EQ (Quelle: BA) liegen nur auf Basis des Wohnorts vor. Bestandswerte zum Stichtag 15.12.

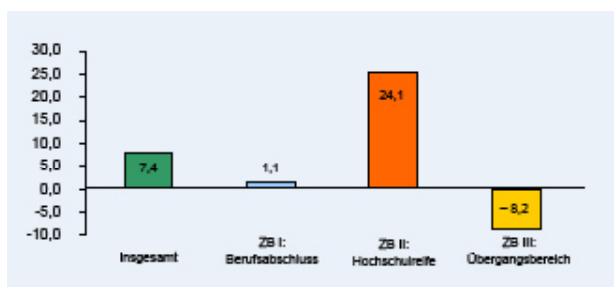
Die positive Entwicklung ist auf einen Anstieg der Zahl der Jugendlichen zurückzuführen, die anfangen, sich auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung vorzubereiten. Die Zahl der Anfänger in einem studienqualifizierenden Bildungsgang an den beruflichen und allgemeinbildenden Schulen in Hessen belief sich auf knapp 50 000 und lag damit um gut 24 % über dem Wert von 2009. Grund hierfür ist u. a., dass im aktuellen Berichtsjahr erstmalig rund 13 000 Schüler aus dem achtjährig

organisierten Gymnasium (G8) in eine studienqualifizierende Schule übergegangen sind.

Die Zahl der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung in Firmen, Schulen oder Behörden begannen, lag im aktuellen Berichtsjahr ebenfalls bei gut 50 000 (siehe Tabelle 1). Es sind damit kaum Veränderungen zum Vorjahr erkennbar. Das duale System der Berufsausbildung war dabei mit knapp 37 000 Anfängern nach wie vor das quantitativ wichtigste Konto im Zielbereich I „Berufsabschluss“.

Die Zahl der Anfänger im Bereich der ausbildungs- und berufsvorbereitenden Qualifizierungen hat dagegen im Vergleich zum Jahr 2009 abgenommen. Im Jahr 2010 mündeten rund 21 000 Jugendliche in einen Bildungsgang des Übergangsbereichs ein; das waren gut 8 % weniger als noch 2009.

1. Veränderung der Zahl der Anfänger in Hessen 2010¹⁾ gegenüber 2009 (in %)

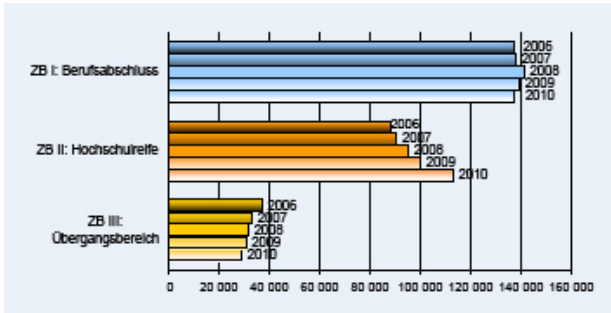


1) 2010: Vorläufige Zahlen.

Entwicklung der Bestandszahlen

Insgesamt befanden sich im Jahr 2010 rund 279 900 Jugendliche in den Qualifizierungswegen der iABE. Damit

2. Bestände in Hessen 2006 bis 2010¹⁾



1) 2010: Vorläufige Zahlen.

war auch bei den Bestandszahlen ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten (siehe Tabelle 1).

Der Zielbereich I „Berufsabschluss“ war im Zeitraum 2006 bis 2010 Schwankungen unterworfen, während die anderen beiden Zielbereiche klare Tendenzen aufwiesen (siehe Schaubild 2).

Die Zahl der Jugendlichen, die sich auf einen anerkannten Berufsabschluss vorbereiteten, stieg von 2006 bis zum Jahr 2008 an und erreichte hier das höchste Niveau im Betrachtungszeitraum. Seit 2009 sank deren Zahl und lag im aktuellen Berichtsjahr bei rund 138 000 (siehe Tabelle 1 und Schaubild 2).

Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der Bildungsteilnehmer im Bereich der studienqualifizierenden Schulen stetig an und erreichte im Jahr 2010 mit gut 113 100 Jugendlichen, die sich auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung vorbereiteten, einen neuen Höchststand. Grund hierfür ist u. a., dass im aktuellen Berichtsjahr erstmalig Schüler aus G8 in die studienqualifizierenden Schulen eingemündet sind.

Der Bereich der ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen nahm dagegen seit 2006 zahlenmäßig kontinuierlich ab. Im Jahr 2010 qualifizierten sich insgesamt rund 28 700 Jugendliche im Übergangsbereich.

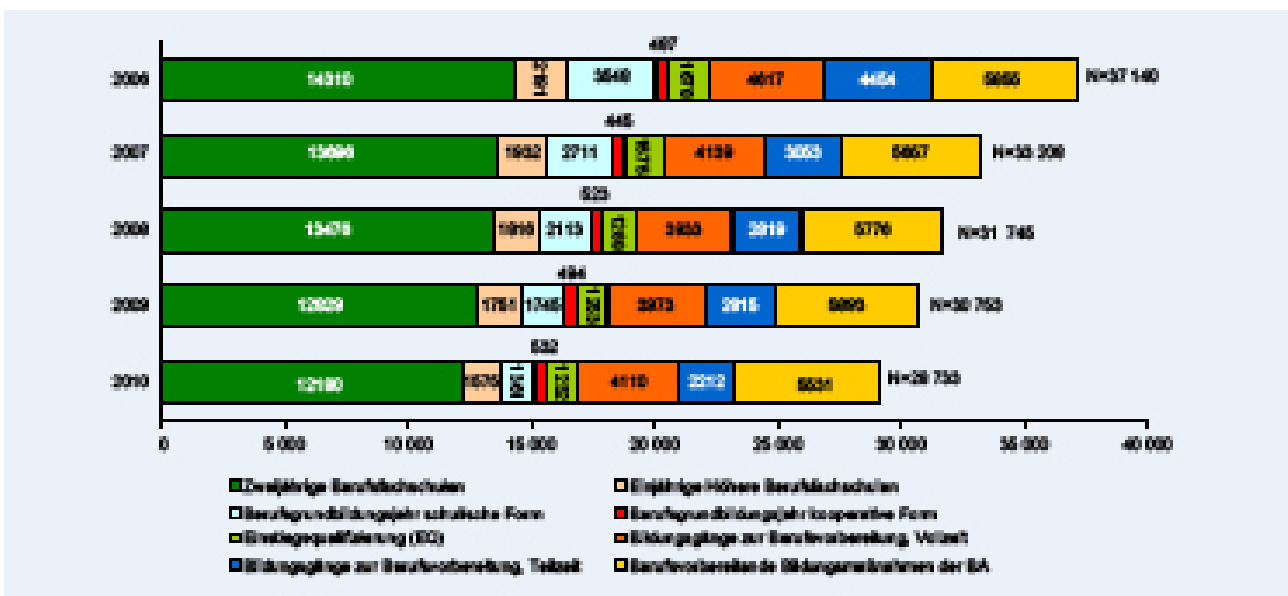
Steckbrief Übergangsbereich

Der Übergangsbereich setzt sich aus Maßnahmen außerschulischer Träger sowie schulischen Qualifizierungswegen zusammen, sofern sie zu keinem qualifizierenden Berufsabschluss führen. Es zählen demnach sowohl teilqualifizierende Bildungsgänge, die auf eine spätere Berufsausbildung angerechnet werden können als auch Bildungswege, welche die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme einer vollqualifizierenden Berufsausbildung, z. B. durch das Nachholen von Schulabschlüssen, vermitteln, zum Übergangsbereich.

Zweijährige Berufsfachschulen

Die zweijährige Berufsfachschule ist eine Vollzeitschulform. Sie vermittelt Jugendlichen mit Hauptschulabschluss eine berufsfeldbezogene Grundbildung. Schüler, die diesen Bildungsgang erfolgreich abschließen, erwerben einen mittleren Abschluss. Die zweijährigen Berufsfachschulen sind, obwohl die Schülerzahlen in den letzten Jahren stetig gesunken sind, mit rund 12 200 Bildungsteilnehmern im Jahr 2010 das am stärksten besetzte Angebot des Übergangsbereichs (siehe Schaubild 3). Insgesamt befanden sich 2010 rund 42% aller Jugendlichen, die sich im Übergangsbereich qualifizierten, in diesem Bildungsweg (siehe Schaubild 4).

3. Jugendliche im Übergangsbereich 2006 bis 2010 nach Einzelkonten



Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA (BvB)

Mit rund 5500 Teilnehmern befanden sich gut 19 % aller Jugendlichen, die sich im Jahr 2010 im Bereich der Ausbildungs- und Berufsvorbereitung qualifizierten, in BvB. Die BvB dienen dazu, dass Jugendliche durch gezielte Förderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Ausbildungsreife erwerben bzw. den Übergang in Ausbildung oder Arbeit schaffen. Unter BvB werden verschiedene Einzelbausteine subsummiert: angefangen von einer „Eignungsanalyse“ zu Beginn der Maßnahme, bis hin zur Entscheidung für einen Beruf, sowie Qualifizierungsbausteinen, in denen die für den Beruf erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden. BvB dauern i. d. R. 10 Monate. Jugendliche können sich in BvB auf den Erwerb eines dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschlusses vorbereiten.

Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in Vollzeitform

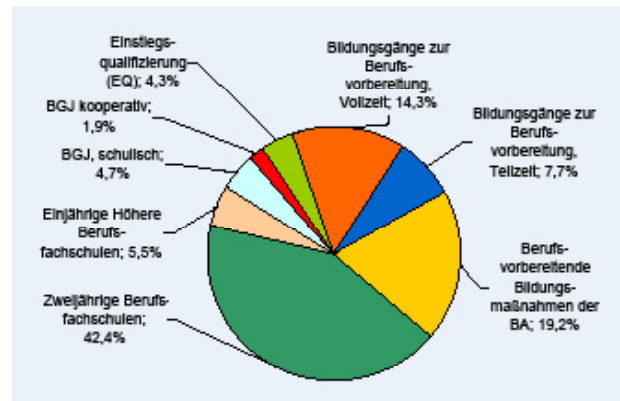
Hierbei handelt es sich zum einen um das ehemalige Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und zum anderen um das ESF-geförderte Programm „Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE)“. Ziel ist es, jungen Menschen Allgemeinbildung und berufliche Basisqualifikationen zu vermitteln. Die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in Vollzeitform dauern i. d. R. ein Jahr. Im Rahmen dieses Bildungswegs kann ein Schulabschluss nachgeholt werden. Im Jahr 2010 besuchten rund 4100 Jugendliche diesen Bildungsgang; das waren gut 14 % aller Jugendlichen, die sich im Übergangsbereich qualifizierten. Im Zeitverlauf nahm die Zahl der Jugendlichen in diesen Bildungsgängen bis 2008 ab und seit 2009 ist wieder ein Anstieg zu beobachten.

Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in Teilzeitform, ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung

Diese Bildungsgänge besuchen Schüler ohne Ausbildungsvertrag. Darunter können Jugendliche fallen, die arbeitslos sind oder einer Berufstätigkeit nachgehen. Die größte Gruppe dieser Bildungsgänge nehmen die Berufsschüler in Werkstätten für Behinderte ein. Daneben zählt auch das Förderprogramm „Fit für Ausbildung und Beruf (FAuB)“, das im Jahr 2010 ausgelaufen ist und durch das Budget für Ausbildungsvorbereitung aufgefangen wurde, zu diesem Bildungsgang. Im Normalfall dauern diese Bildungsgänge zwei Jahre. Im Zeitverlauf nahm die Zahl der Jugendlichen in diesen Bildungsgängen ab. Insgesamt befanden sich im Jahr 2010 rund 2200 Jugendliche in diesem Bildungsweg.

Grundsätzlich zählen zu den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung in Teilzeit auch die Berufsvorbereitenden

4. Übergangsbereich 2010 detailliert (in %)



Maßnahmen der Arbeitsverwaltung. Da es sich dabei um Doppelerfassungen mit den Maßnahmen der BA handelt, wurden diese für die iABE herausgerechnet.

Einjährige Höhere Berufsfachschulen

In einjährigen Höheren Berufsfachschulen werden die Schüler durch die Vermittlung von fachbezogenen und allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten innerhalb eines Schuljahres auf bestimmte Ausbildungsberufe vorbereitet. Voraussetzung für die Aufnahme in diesen Schultyp ist ein mittlerer Abschluss oder ein diesem gleichwertiger Abschluss. Ziel ist es, die Teilnehmer auf eine Fachausbildung vorzubereiten. Der erfolgreiche Abschluss in diesem Bildungsgang kann auf die Ausbildungszeit angerechnet werden. Im Jahr 2010 befanden sich rund 1600 junge Menschen in einer einjährigen Höheren Berufsfachschule. Damit sank die Zahl der Jugendlichen auch in diesem Bildungsgang seit 2006 stetig.

Berufsgrundbildungsjahr, schulisch

Die Dauer des Berufsgrundbildungsjahres in der vollzeit-schulischen Variante beträgt ein Schuljahr. Es endet mit einer Prüfung. Ziel ist es, Jugendlichen nach dem Erwerb eines Schulabschlusses (i. d. R. eines Hauptschulabschlusses) eine berufsfeldbezogene Grundbildung zu vermitteln. Mit der Teilnahme an einem BGJ ist darüber hinaus ein Betriebspraktikum verbunden. Der erfolgreiche Besuch des BGJ in Vollzeitform kann auf die Ausbildungszeit angerechnet werden. Im Jahr 2010 wurden rund 1400 Jugendliche in einem schulischen BGJ unterrichtet, womit die Teilnehmerzahl in diesem Bildungsgang rückläufig war.

Das vollschulische BGJ wird mit Ablauf des Schuljahres 2010/11 nicht mehr weitergeführt werden. In Zukunft soll stattdessen das kooperative BGJ dahingehend ausgeweitet werden, dass es bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen vollschulisch durchgeführt werden kann.

Einstiegsqualifizierungen

Das Programm Einstiegsqualifizierungen (EQ) dient dazu, jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen eine Brücke in die Berufsausbildung zu bauen. Zielgruppe der Maßnahme sind Jugendliche, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet und keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, weil sie noch nicht über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen, lernbeeinträchtigt sind oder aus individuellen Gründen eingeschränkte Vermittlungsperspektiven aufweisen. Das Programm hat eine Dauer von mindestens 6 und maximal 12 Monaten. 70% der Ausbildungszeit soll dabei im Betrieb stattfinden, wo die Teilnehmer ein betriebliches Praktikum absolvieren. Daneben besuchen die Jugendlichen als Ergänzung zur Praxis die Berufsschule. Die Teilnahme an einer EQ kann auf die spätere Ausbildung angerechnet werden. Die Teilnehmerzahlen in EQ sind seit 2006 rück-

läufig. Im Jahr 2010 befanden sich zum Stichtag insgesamt rund 1200 Jugendliche in einer EQ.

Berufsgrundbildungsjahr, kooperativ

Im Unterschied zum schulischen BGJ ist das kooperative BGJ dual organisiert. Die Ausbildung findet an zwei Lernorten, dem Betrieb und der Schule, statt. Das kooperative BGJ dauert ein Schuljahr. Der erfolgreiche Abschluss des BGJ in kooperativer Form ist vollständig auf eine spätere anerkannte Berufsausbildung anrechenbar.

Schüler, die diesen Zweig des BGJ besuchen, gelten dabei sowohl als Schüler als auch als Auszubildende. Die Teilnehmerzahlen im BGJ kooperativ sind im Zeitablauf leichten Schwankungen unterlegen. Im Jahr 2010 befanden sich rund 500 Teilnehmer in einem kooperativen BGJ.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen sind auch als PDF-Datei mit Excel-Anhang per E-Mail-Versand lieferbar.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



VL 200

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 063,7	6 066,1	6 064,7	6 064,9	6 067,6	6 070,5	6 069,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	3 236	2 183	1 395	3 576	3 058	2 848	1 398
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	6,5	4,2	2,8	6,9	6,1	5,5	2,8
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 377	4 373	4 065	4 400	4 739	4 778	4 322
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	8,8	8,5	8,2	8,5	9,5	9,3	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 445	4 392	5 081	4 827	4 547	5 120	4 925
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	8,9	8,5	10,2	9,4	9,1	9,9	9,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	11	10	21	18	20	14	18
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	2,5	2,3	5,2	4,1	4,2	2,9	4,2
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 68	- 19	- 1 016	- 427	192	- 342	- 603
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 0,1	- 0,0	- 2,0	- 0,8	0,4	- 0,7	- 1,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	16 250	16 945	11 937	18 439	17 381	17 517	14 168
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	6 939	6 288	4 762	8 207	8 435	7 253	6 472
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	14 771	14 553	12 357	15 471	14 951	14 439	14 185
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 756	4 951	5 456	5 945	6 133	4 915	6 998
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	1 479	2 392	- 420	2 968	2 430	3 078	- 17
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	18 590	19 063	17 154	20 605	18 273	17 894	17 991

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	217 103	213 659	208 241	201 249	198 446	191 975	187 461
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	96 561	95 775	95 873	92 946	91 493	89 793	89 156
Männer	"	113 816	105 536	120 542	117 884	112 368	108 303	106 953	102 182	98 305
Ausländer	"	50 819	48 154	51 179	50 827	50 071	49 266	48 620	47 680	46 962
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	22 914	21 932	20 127	18 729	19 405	18 020	16 970
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	7,0	6,9	6,7	6,5	6,4	6,2	6,0
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,7	6,6	6,6	6,4	6,3	6,2	6,1
Männer	"	6,9	6,4	7,3	7,1	6,8	6,6	6,5	6,2	6,0
Ausländer	"	14,8	14,0	14,9	14,8	14,6	14,4	14,2	13,9	13,7
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	6,8	6,5	6,0	5,7	5,9	5,5	5,2
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	66 392	56 780	38 398
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	24 451	25 356	27 144	31 445	34 081	36 028	37 025

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9	2 227,3
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	991,5	989,6	986,9	986,6	1 004,9
* Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	217,5	212,4	214,8	219,3	224,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	428,1	429,7	431,9	440,1	441,8
* darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	353,2	354,2	355,9	360,8	362,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾ davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,7	6,9	7,2	7,7	7,8
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6
* Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,9	553,0	549,8	553,9	565,4
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	122,7	123,0	123,2	126,3
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	533,9	530,0	526,9	527,6	540,9
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	235,6	234,0	232,8	232,2	238,1
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	552,9	549,1	547,4	555,2	563,3
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	250,3	249,1	248,0	248,4	251,0
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	539,0	543,9	542,0	541,3	549,7
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	377,8	381,2	380,6	380,1	386,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 03.05.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	4 105	4 037	5045	4 332	3 888	4 006	4 195
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	150	142	280	282	133	141	199
Jungrinder	"	52	55	27	32	65	104	83	91	111
Schweine	"	52 749	47 556	44 395	43 985	54 707	48 434	48 353	44 393	46 951
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	3 255	2 955	3 391	2 904	2 870	2 505	2 375
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	5 275	5 224	6 659	5 864	5 796	5 401	5 743
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 138	1 017	1 336	1 227	1 157	1 170	1 230
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	19	18	35	34	16	16	25
Jungrinder	"	7	7	3	4	8	14	10	11	17
* Schweine	"	4 752	4 315	3 905	3 917	4 884	4 301	4 346	3 989	4 244
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	12 778	13 003	14 617	15 852	14 800	14 608	15 916
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 335	1 336	1 354	1 361	1 369	1 367	1 375
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	336,8	335,5	336,6	342,8	344,7	345,0	346,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	41 241	41 957	47 445	40 039	44 794	44 709	50 028
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 187,6	1 139,3	1 218,0	1 308,9	1 273,4	1 217,3	1 323,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	6 216,6	6 884,9	8 198,0	8 084,7	7 772,0	8 705,9	9 599,7
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 174,9	3 631,4	4 064,6	4 099,0	4 051,5	4 813,3	4 977,0
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	51,1	52,7	49,6	50,7	52,1	55,3	51,8
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	21,7	17,9	31,4	16,2	7,6	14,5	3,1
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	41,1	34,1	46,9	4,6	2,1	3,9	- 3,6
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	12,9	9,7	25,1	47,9	20,9	28,7	17,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 11,6	- 1,6	14,7	- 8,2	20,5	16,3	21,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	- 0,7	- 2,1	9,7	4,7	2,4	24,5	0,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	19,8	10,4	40,3	11,2	10,7	9,9	- 6,3
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	11,8	24,2	34,0	34,0	26,6	28,1	29,9
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	0,0	- 12,6	8,6	55,8	24,8	44,1	21,8
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 29,6	28,5	10,0	40,0	35,0	32,0	33,5	19,6	20,3
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	108	107	107	111	111	111
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 810	15 823	15 836	16 046	16 019	16 018	16 028
* Geleistete Arbeitsstunden ^{10/11)}	1000 h	2 110	2 004	1 960	1 968	2 240	1 858	2 088	2 045	2 265
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	60,9	63,4	58,8	63,2	63,8	65,1	61,6
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	2 163,2	1 883,8	2 265,7	2 919,8	2 876,5	2 539,8	1 475,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010			2011	
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ¹⁾	2009 = 100 ²⁾	.	97,6	.	.	96,3	97,1	99,7	97,4	96,9
* Umsatz ³⁾	2009 = 100 ⁴⁾	.	99,7	.	.	77,7	101,4	105,2	114,5	87,3
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	45,0	44,7	48,0	46,7	45,2	45,5	45,8
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	2 009	2 361	4 883	2 817	2 976	3 565	4 834
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	822	990	2 118	1 309	1 384	1 573	1 987
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	723	810	1 439	878	911	1 114	1 502
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	464	561	1 326	630	681	878	1 345
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	79,7	73,6	100,8	95,1	87,4	86,4	102,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	174,3	196,7	371,1	560,5	226,8	282,3	447
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	51,7	53,9	122,6	160,6	78,0	87,8	135,6
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	82,2	81,2	123,5	216,3	78,2	116,2	162,1
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	40,3	61,7	125,0	183,5	70,6	78,3	149,6
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,0	94,7	79,2	83,2	103,6	91,3	67,6	100,0	124,2
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	40,6	46,3	136,1	85,9	91,2	78,5	118,7
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	105,0	83,1	106,6	94,8	73,4	159,8	155,7
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	70,2	93,1	92,7	90,1	57,0	60,8	102,0
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	20,0	19,6	.	.	19,0	20,1	.	.	20,2
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	.	5 478	5 999	.	.	5 933
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	.	141,1	162,7	.	.	150,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	.	475,7	759,6	.	.	502,2
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	328	356	503	427	598	459	603
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	297	311	466	383	531	418	538
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	420	436	515	562	762	519	858
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	72	85	96	104	142	97	153
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	114 101	116 471	135 961	149 550	224 058	142 097	224 899
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	88	102	138	106	111	99	147
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	612	879	1 200	756	1 509	691	1 294
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	102	149	168	138	203	97	195
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	109 024	222 957	158 542	137 444	242 792	81 466	207 931
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	936	1 018	933	898	1 061	1 064	1 274	920	1 614
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 154	5 400	4 358	4 757	5 665	5 534	6 934	4 969	8 112
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,2	87,4	94,0	115,4	116,2	101,3	100,3	120,3
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	90,4	107,9	85,3	92,8	114,1	115,7	105,3	105,1	128,3
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	90,6	89,9	89,9	89,7	91,7	91,8	91,7	91,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	96,4	98,3	87,0	85,1	103,2	118,8	90,9	88,0	100,3
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,0	86,4	85,3	104,3	119,4	90,9	89,3	102,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,3	88,2	84,8	98,0	115,0	87,0	85,2	93,2
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,7	94,2	99,2	111,1	112,9	100,4	100,3	109,1
Bekleidung	"	104,2	109,2	88,4	82,0	111,7	136,1	96,0	85,2	108,0
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,1	86,2	91,5	115,5	121,1	95,6	100,0	116,1
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	110,7	115,5	95,5	108,0	162,1	125,2	97,0	101,0
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,7	65,6	68,5	84,5	85,5	69,2	75,3	82,8
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	96,3	95,0	94,5	94,8	98,6	97,2	97,1	97,5
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	98,9	92,6	64,4	76,1	101,8	83,5	90,0	99,2	114,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,0	65,9	77,8	104,3	85,9	92,5	102,3	118,7
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,0	95,0	94,7	94,9	97,8	97,5	97,3	97,9
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	85,7	86,3	74,2	76,3	82,7	88,4	77,6	77,5	86,0
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	94,9	81,3	83,5	90,7	97,4	85,7	85,9	95,3
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	99,6	85,3	91,1	93,8	97,2	90,2	94,6	103,2
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,3	75,6	76,3	86,9	96,4	80,8	79,2	89,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,8	91,8	92,7	101,0	101,6	92,2	92,9	98,8
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,8	72,7	73,0	76,9	93,3	75,2	71,3	76,5
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	92,7	93,1	94,6	95,7	92,9	93,2	94,8
Außenhandel⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 502,1	3 756,3	4 497,6	4 516,3	4 161,3	4 552,5	5 041,1
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	88,2	96,0	100,1	105,4	102,1	103,4	114,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 296,9	3 536,6	4 249,9	4 303,9	3 899,2	4 280,1	4 731,8
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	11,2	11,7	16,7	16,2	13,0	17,1	16,8
* Halbwaren	"	239,9	363,6	242,1	334,2	345,4	534,8	301,6	291,9	342,7
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 043,6	3 190,6	3 887,9	3 752,9	3 584,5	3 971,1	4 372,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	525,7	541,1	699,8	532,3	639,8	716,4	764,5
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 518,0	2 649,5	3 188,0	3 220,6	2 944,7	3 254,7	3 607,7
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 050,4	1 077,3	1 296,7	1 057,5	1 157,4	1 260,1	1 343,0
Maschinen	"	419,9	482,3	328,2	401,7	459,4	536,7	425,7	506,4	578,6
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	423,4	419,2	492,2	490,8	504,3	604,3	654,3
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	316,8	347,8	543,6	534,9	438,6	446,2	513,9
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	225,7	232,4	280,8	277,5	277,4	305,2	359,2
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 452,9	2 569,4	2 960,5	3 142,3	2 862,8	3 034,8	3 034,8
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 148,0	2 246,0	2 538,5	2 729,4	2 508,5	2 639,0	2 639,0
* Afrika	"	74,7	86,0	55,3	85,0	112,9	67,6	59,2	107,3	107,3
* Amerika	"	442,0	562,9	395,8	481,2	610,2	570,0	564,2	649,4	649,4
* Asien	"	529,9	666,8	563,0	584,3	771,9	696,3	633,8	726,4	726,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	35,2	36,4	42,1	40,1	41,3	34,5	34,5
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 529,4	4 749,2	5 806,8	5 900,5	5 774,0	5 904,5	6 670,6
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	182,6	183,6	198,3	272,6	216,9	210,4	243,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 091,4	4 292,2	5 312,6	5 371,8	5 201,7	5 304,6	5 988,3
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	137,0	163,2	162,8	130,5	155,4	146,7	164,8
* Halbwaren	"	517,9	695,9	601,0	486,1	595,6	655,6	685,4	653,0	721,9
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 353,4	3 642,8	4 554,2	4 585,7	4 360,9	4 504,9	5 101,6
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	373,0	426,7	571,4	495,5	511,1	566,3	699,6
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	2 980,3	3 216,2	3 982,8	4 090,1	3 849,9	3 938,7	4 402,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	2 857,2	3 037,6	3 687,9	3 630,7	3 575,3	3 670,6	4 289,4
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 526,8	2 654,9	3 239,1	3 186,4	3 128,6	3 183,1	3 707,7
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	105,1	117,0	123,1	146,1	177,5	185,6	188,6
* Amerika	"	527,0	616,9	467,1	497,0	672,1	702,3	609,4	614,2	675,8
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 086,9	1 091,9	1 308,9	1 402,6	1 371,6	1 410,0	1 485,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	13,1	5,8	14,9	18,8	40,3	24,1	31,0
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Gästeankünfte	1000	932	996	767	815	896	833	792	852	944
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	197	210	200	191	212	225	223
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	1 824	1 906	2 057	1 902	1 904	1 956	2 225
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	383	424	370	355	425	446	423
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	722	742	1 194	935	491	743	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	534	592	950	743	399	564	...
* Güterversand	"	169	195	188	150	243	193	93	178	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	19 894	21 123	34 173	24 674	23 656	25 161	38 697
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	18 179	19 362	29 449	22 397	21 292	22 509	33 959
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 240	1 171	1 736	1 469	1 555	1 546	2 000
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	262	357	2 527	225	393	716	2 124
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	153	146	331	449	309	321	488
S t r a ß e n v e r k e h r s u n f ä l l e										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 058	1 808	2 235	2 193	1 979	1 958	2 345
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 203	1 103	1 575	1 234	1 313	1 325	1 715
* getötete Personen	"	26	21	16	15	22	9	17	23	16
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	1 612	1 498	2 099	1 685	1 763	1 800	2 249
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	.	.	388 273	401 850	.	.	412 728
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	.	.	267 287	281 333	.	.	274 789
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	.	.	56 022	56 684	.	.	56 177
Omnibussen	"	23 282	21 624	.	.	67 713	65 529	.	.	82 699
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	.	.	7 455 868	8 021 722	.	.	7 637 834
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	.	.	6 783 099	7 355 691	.	.	6 877 290
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	.	.	235 874	238 493	.	.	236 727
Omnibussen	"	149 528	140 736	.	.	436 895	427 539	.	.	523 817
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	.	.	253	124	.	.	107
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	.	.	265 083	124 684	.	.	110 760

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	.	.	511 813	511 771	.	.	516 273
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	.	.	376 248	379 773	.	.	385 351
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	.	.	65 690	68 314	.	.	77 231
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	.	.	310 558	311 459	.	.	308 120
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	.	.	509 882	543 967	.	.	544 353
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	893	868	1 297	978	917	784	1 018
davon										
* Unternehmen	"	163	145	117	127	226	137	143	112	153
* Verbraucher	"	567	630	580	540	777	626	576	491	647
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	149	168	218	181	169	150	183
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	47	33	76	34	29	31	35
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	405 052	311 782	184 360	517 992	276 937	254 946	136 804
Gewerbeanzeigen⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 914	6 472	7 837	5 369	7 130	6 612	7 373
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	6 577	5 510	6 538	7 152	6 817	5 393	5 824
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	106,6	107,0	107,4	108,8	108,3	108,9	109,3
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	112,1	112,5	113,5	114,4	114,4	115,7	115,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,7	113,8	113,9	113,3	113,2	113,0	113,2
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	95,4	96,4	96,9	97,8	94,2	95,4	97,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,6	108,6	108,9	110,4	111,6	111,8	112,3
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,0	106,0	106,1	106,8	107,0	107,1	107,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,7	104,0	103,9	103,1	103,0	103,2	102,9
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,2	106,3	106,3	107,0	107,1	107,2	107,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	111,6	111,2	113,3	115,1	115,9	115,8	117,8
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,8	88,6	88,5	86,8	86,6	86,4	86,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	97,8	100,2	100,1	102,9	98,2	100,1	99,3
Bildungswesen	"	105,2	107,9	108,2	108,2	108,2	107,7	107,1	108,1	108,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	"	107,5	109,1	107,8	108,8	108,4	113,1	109,3	109,9	110,1
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	112,5	.	.	.	115,0	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	4 011,2	3 247,0	3 616,6	5 624,5	3 672,0	3 412,8	4 021,7
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 918,5	3 125,3	3 501,0	5 417,8	3 517,4	3 274,6	3 867,5
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 562,3	1 313,4	1 460,9	1 948,9	1 450,3	1 352,2	1 513,5
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	2,7	- 14,5	429,8	662,0	- 58,4	- 16,2	420,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	354,3	89,9	113,5	162,7	242,8	13,2	57,3
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	703,8	297,7	171,2	372,8	604,9	298,9	190,9
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	- 328,2	- 73,5	326,6	864,2	2,4	- 69,3	553,1
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 517,5	1 428,0	889,8	1 273,6	1 133,5	1 587,3	976,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	106,1	84,1	109,2	133,5	141,9	108,4	156,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	157,5	115,6	93,8	101,1	115,6	127,8	150,0	123,8	154,1
darunter										
Erbchaftsteuer	"	45,9	34,9	23,8	23,3	29,1	39,5	54,7	26,6	34,7
Grunderwerbsteuer	"	34,5	33,6	27,3	26,0	38,4	36,5	40,4	42,9	48,3
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	42,7	51,4	48,2	51,8	54,9	54,3	71,1
Gewerbsteuerumlage	"	19,2	27,2	- 1,1	20,6	0,0	78,9	4,6	14,4	0,1

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt ²⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3
davon										
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	4,1	5,6	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	181,6	214,5	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	766,1	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	699,8	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	11,0	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 493	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638
und zwar										
* männlich	"	4 172	4 604	3 687	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857
* weiblich	"	3 346	3 746	3 038	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132
*Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 236	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492
*Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 050	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253
*Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 832	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936
*Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 253	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352
*Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 877	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 310	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	2 953	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 361	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 362	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 144	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 781	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 588	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 277	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 397	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 273	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 558	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 904	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 941	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 735	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 419	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 092	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 800	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 191	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 609	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 190	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datensatz des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine Update-CD-ROM, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Arbeitsstätten, Geld und Kredit, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Die Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

Die Bände können auch einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3902-951 - Fax: 0611 3902-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de - Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband
Format: 27,3 x 21,5 cm
Umfang:
Band 1: 316 Seiten
Band 2: 446 Seiten



u_m

Hessen in der Europäischen Union



Ein Vergleich mit den Mitgliedstaaten anhand der Strukturindikatoren der Lissabonner Strategie

STATISTIK HESSEN

Das Land Hessen ist in starkem Maße mit der europäischen Entwicklung verflochten. Schließlich liegt es in geografisch zentraler Lage der EU und stellt einen wichtigen Knotenpunkt im europäischen Wirtschaftsraum dar. Als bedeutende und wirtschaftsstarke Region gestaltet es Europa aktiv mit. Gleichzeitig ist Hessen aber auch vielfältigen Veränderungsprozessen in Europa unterworfen. Es stellt sich die Frage, wie es um das Bundesland beim Vergleich mit der EU steht.

- Hält der wirtschaftliche Vorsprung Hessens an?
- Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt?
- Sind die Anstrengungen im Umweltschutz ausreichend für ein nachhaltiges Wachstum?

Diesen und weiteren Fragen wird in der vorliegenden Publikation anhand von 32 Strukturindikatoren der sogenannten Lissabonner Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU nachgegangen. Die Indikatoren sind nach folgenden Themenbereichen geordnet:

- Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund
- Beschäftigung
- Innovation und Forschung
- Sozialer Zusammenhalt
- Umwelt

Jeder Indikator wird textlich erläutert und mit 1 bis 3 farbigen Grafiken illustriert, die die jeweilige Position von Deutschland und Hessen im Ranking der EU-Länder darstellen.

Dem Band ist eine CD-ROM beigelegt, die sowohl den kompletten Titel als PDF-Dokument enthält als auch zusätzlich Excel-Tabellen mit Zeitreihen zu den für Hessen verfügbaren Strukturindikatoren.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 - Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de - Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
Format: 19x19 cm,
99 Seiten, kartoniert;
mit CD-ROM

Online:
PDF, Excel-Format

Mittels Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_305

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 - Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de - Internet: www.statistik-hessen.de

STATISTIK HESSEN



Preisserie:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die meisten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



187

Individualisierung von Leistungen des SGB II

Unter Berücksichtigung der familialen Unterhaltsverpflichtungen. Von Sigrid Betzelt, Ursula Rust u. a., 283 Seiten, kartoniert, 76,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Mit dem 2005 eingeführten Sozialgesetzbuch II (SGB II) sind eine ganze Reihe rechtlicher und zugleich gleichstellungspolitischer Probleme verbunden, die sich an den Sozialgerichten auswirken und auch vielfältig (fach-)öffentlich auf Kritik gestoßen sind. Der vorliegende Forschungsbericht widmet sich einem wesentlichen Ausschnitt dieser Problematiken, die sich primär mit dem gesetzlich neu eingeführten Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft ergeben haben. Das Buch gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: Grundlagen, Forschungsfragen und Forschungsstand – Anlage des Projekts und methodische Durchführung – Analyse der Bedarfsgemeinschaft – Leistungen im Rahmen des SGB II – Die Bedarfsgemeinschaft im Sozialverwaltungsverfahren – Institutionalisierung von Gleichstellungspolitik – Weiterer Forschungsbedarf – Rechts- und sozialwissenschaftliches Fazit.

7427

„Gemeinsam wachsen“ – der Elternratgeber ADHS

Verhaltensprobleme in Familie und Schule erfolgreich meistern. Von Armin Born und Claudia Oehler, XIX, 148 Seiten, kartoniert, 19,90 Euro, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2011.

ADHS-Kinder stellen mit ihren zahlreichen Verhaltensproblemen eine besonders große Herausforderung für Eltern und auch Lehrer dar. Aufbauend auf ihrem Würzburger Gruppentrainingsprogramm für Eltern von ADHS-Kindern haben die Autoren ihr langjährigen Erfahrungen in dem vorliegenden Buch komprimiert. Der auf bewährte Grundkonzepte der Verhaltenstherapie aufbauende Ratgeber zielt darauf ab, Mütter und Väter zu „Experten“ für den tagtäglichen Umgang mit ihren aufmerksamkeitsgestörten und hyperaktiven Kindern zu machen. Den Erziehenden werden dafür konkrete Maßnahmen und Strategien vorgestellt, mit deren Hilfe sie eigene, individuelle und auch kreative Lösungen für die alltäglichen Alltagsprobleme ihrer Kinder entwickeln können. Durch seinen hohen Praxisbezug kann der vorliegende Band zu einem wertvollen Ratgeber für betroffene Eltern werden.

7434

Das Berufsbildungssystem in Deutschland

Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte. Herausgegeben von Gerhard Bosch, Sirikit Krone und Dirk Langer, 261 Seiten, kartoniert, 29,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.

Das berufliche Bildungssystem in Deutschland hat sich in den letzten Jahren verändert. Die traditionelle Lehre ist zwar nach wie vor der wichtigste Bereich der Berufsausbildung in Deutschland, jedoch wird die Zahl der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung beginnen, tendenziell sinken. Darüber hinaus gibt es ein breites Spektrum an schulischen Berufsausbildungsgängen, die unter den jungen Menschen zunehmend Anklang gefunden haben. Gleichzeitig wird eine große Gruppe Jugendlicher – insbesondere junge Menschen ohne bzw. mit niedrigem Schulabschluss – im Übergangssystem versorgt. Angefangen mit einer Darstellung der zentralen Problemlagen, die diese Entwicklungen mit sich bringen, werden im vorliegenden

Sammelband kontroverse Standpunkte diskutiert sowie innovative Konzepte in der aktuellen Debatte vorgestellt. Ziel ist es, die notwendigen Veränderungen des Systems der beruflichen Bildung in Deutschland zu beleuchten.

7410

Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt

Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe. Von Wilfried Kruse und Expertengruppe, 179 Seiten, kartoniert, 34,00 Euro, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2009.

In den letzten Jahren sind die Wege in Ausbildung und Beschäftigung für junge Menschen vielfältiger geworden. Die Überwindung der ersten Arbeitsmarktschwelle ist damit heute für viele Jugendliche komplexer, aufwändiger und langwieriger. Einem großen Teil der Jugendlichen gelingt der Einstieg erst nach einer mehrjährigen Phase des Übergangs und dem Durchlaufen von Zwischenstationen. Vor diesem Hintergrund wird die Optimierung der Übergangsprozesse von jungen Menschen von der Schule in die Ausbildung neuerdings als zentrale Aufgabe kommunaler Politik verstanden. Ziel muss es sein, die Ausgrenzung junger Menschen aus Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu verhindern. Das vorliegende Buch beschäftigt sich daher mit der Frage, wie die Kommunen im Hinblick auf die Gestaltung der Übergangsprozesse von Jugendlichen Bildungsverantwortung übernehmen können. Dazu werden unterschiedliche Programme und Handlungsansätze auf regionaler und kommunaler Ebene vorgestellt. Der Fokus liegt dabei auf dem Ansatz der „kommunalen Koordinierung“. Darunter versteht man die kommunale Bündelung und Koordinierung von Aktivitäten und Akteuren sowie die Aktivierung und Einbindung von freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement.

7408

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Beihilfevorschriften des Bundes und der Länder

Kommentar. Begründet von F. Mildener, fortgeführt von K.-P. Pühler, G. Pohl und W. Weigel, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 135. Erg.-Lfg. vom Juni 2010, 3324 Seiten in 3 Ordnern) 117,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2010.

4764

Buchführung und Bilanzierung von A–Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 3/2011 rd. 1202 Seiten, in Plastikordner); Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg 2011.

6135

Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung

Von Dr. Helmut Linhart, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 33. Erg.-Lfg. vom April 2011, 1026 Seiten, in Plastikordner) 59,80 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2011.

6045

SGB HR: Soziale Gesetzgebung und Praxis, Sozialgesetzbuch, Haushalts- und Rechnungswesen

Bearbeitet von B. Senkel und M. Lipphaus, 7. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 56. Erg.-Lfg. vom 1. März 2011) 82,50 Euro; Fachverlag C. W. Haarfeld, Essen 2011.

2473

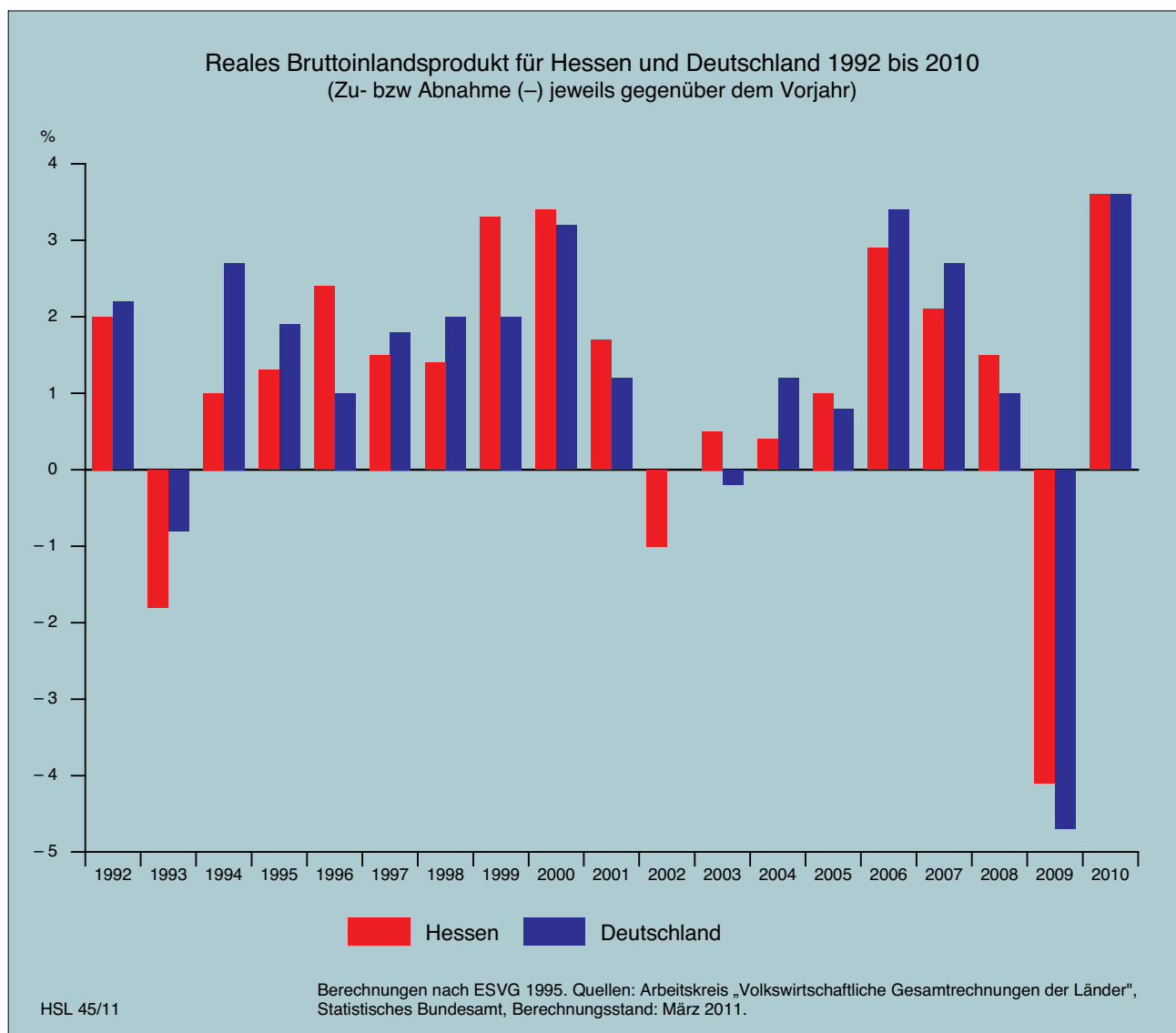
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

7 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Abiturientenquote in Hessen

Nach aktuellen Schätzungen werden dieses Jahr mit Ende des Schuljahres 2010/11 etwa 24 000 Schülerinnen und Schüler ihre Schulzeit an allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien mit dem Abitur beenden. Wie schon in den Vorjahren, waren die jungen Frauen besonders erfolgreich: Insgesamt 12 600 Frauen erwarben die allgemeine Hochschulreife und stellten damit einen Anteil von 54 % aller Abiturienten; an den allgemeinbildenden Gymnasien waren es sogar 56 %. Dagegen waren die Abiturientinnen an den beruflichen Gymnasien mit knapp 45 % unterrepräsentiert. Am Ende des letzten Schuljahres erreichten 34 % der gleichaltrigen Wohnbevölkerung in Hessen die allgemeine Hochschulreife. Bei diesem Indikator, der auch als Abiturientenquote bezeichnet wird, werden die erfolgreichen Absolventen auf einen durchschnittlichen Altersjahrgang der 18- bis unter 21-Jährigen bezogen. Die Abiturientenquote der jungen Frauen betrug zuletzt 38 %, die der jungen Männer 31 %. Vor 30 Jahren lag die Quote insgesamt noch bei 20 %. Im Jahr 2012 werden erstmals Schülerinnen und Schüler des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs die Schule mit dem Abitur verlassen. In den nächsten Jahren ist daher mit erhöhten Abiturientenquoten zu rechnen.

Zunahme der Bevölkerungszahl fast nur im Großraum Rhein-Main

Nach 5 Jahren rückläufiger Entwicklung ist die Bevölkerungszahl Hessens im Jahr 2010 leicht gestiegen. Ende vergangenen Jahres wurden mit 6,067 Mill. Einwohnern gut 5100 Personen mehr registriert als am Jahresanfang. Ausschlaggebend hierfür waren ein höherer Wanderungsgewinn (13 600) sowie ein geringeres Geburtendefizit (- 8500). In regionaler Gliederung zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung. 4 der 5 hessischen kreisfreien Städte verbuchten leichte Bevölkerungszuwächse, und nur in Wiesbaden (- 1517) nahm die Einwohnerzahl als Folge von Wanderungsverlusten (Registerbereinigung) leicht ab. Die Städte Frankfurt am Main (+ 7737), Offenbach am Main (+ 1665) und Darmstadt (+ 1070) profitierten von Wanderungsgewinnen und Geburtenüberschüssen, in Kassel (- 756) wurde die Bevölkerungszunahme infolge eines Sterbeüberschusses geschmälert. Von den 21 hessischen Landkreisen verbuchten 6 im Regierungsbezirk Darmstadt sowie der Landkreis Gießen in Mittelhessen geringe Bevölkerungszuwächse zwischen 0,05 und 0,51 %. Ergebnisse für die einzelnen kreisfreien Städte, Kreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden Hessens finden Sie im Internet unter: <http://www.statistik-hessen.de>, dort unter Bevoelkerung/Regionaldaten.

Datenangebot der Regionaldatenbank Deutschland

Wie unterscheidet sich die Altersstruktur der Gemeinden in Deutschland? Welche Gemeinden haben einen Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschuss? Welche Gemeinden profitieren von Wanderungsströmen, welche nicht? Wie sieht die Altersstruktur der zu- und fortgezogenen Personen aus? Antworten auf diese Fragen liefert die Regionaldatenbank Deutschland. Bislang war das Datenangebot der Regionaldatenbank auf die Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise beschränkt. Nun sind erstmals auch Daten für die knapp 12 700 Gemeinden in Deutschland verfügbar. Die Daten können unter www.regionalstatistik.de kostenfrei und variabel auf den individuellen Bedarf angepasst abgerufen werden. Für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Deutschland stehen zunächst nur Informationen über die Bevölkerungsentwicklung zur Verfügung. Konkret können Daten über den Bevölkerungsstand und die Altersstruktur sowie Geburten, Sterbefälle und Wanderungen für die Jahre 2008 und 2009 abgerufen werden. Damit wird der Öffentlichkeit eine wichtige Datengrundlage zur Beobachtung der demografischen Strukturen in den Regionen und deren Vergleichbarkeit verfügbar gemacht. Die Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird fortlaufend aktualisiert und erweitert. Im Laufe dieses Jahres werden Gemeindeergebnisse für zahlreiche weitere Statistik-Themenbereiche veröffentlicht. Die Regionaldatenbank Deutschland enthält auch ein breites Datenangebot für alle Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Verfügbar sind u. a. Informationen aus den Themenbereichen Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildung und Unterricht, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Verkehr und Tourismus, Sozialwesen, Öffentliche Finanzen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Umwelt sowie Wahlen.

Lehramtsreferendare in Hessen

Im Dezember 2010 bereiteten sich an den 30 hessischen Studienseminaren 4900 Lehramtsreferendarinnen und -referendare auf das zweite Staatsexamen vor. Die Lehramtsanwärter, die sich auf den Schuldienst an Gymnasien vorbereiteten, stellten mit 1800 die größte Gruppe. Weiterhin bereiteten sich knapp 1280 Referendarinnen und Referendare auf das Lehramt an Haupt- und Realschulen und weitere 910 auf das an Grundschulen vor. Ein Lehramt an beruflichen Schulen strebten 470 Nachwuchsschüler an, an Förderschulen waren es 360. Ferner schlossen im vergangenen Jahr 2400 Nachwuchsschüler ihren Vorbereitungsdienst erfolgreich mit dem zweiten Staatsexamen ab. Knapp 70 % der frischgebackenen Lehrer waren weiblich. Mit 92 % war der Frauenanteil unter denjenigen, die sich für das Lehramt an Grundschulen qualifizierten, am höchsten.

Theorie realer Konjunkturzyklen – Konzept, Simulation, Anwendung

Jede wirtschaftliche Tätigkeit hat neben einem räumlichen auch einen zeitlichen Bezug. Daher kann eine lokal abgegrenzte Volkswirtschaft nicht als statischer Komplex betrachtet, sondern muss vielmehr als ein dynamisches und interdependentes System von Märkten und deren Akteuren verstanden werden, das ständigen Veränderungen im Zeitablauf ausgesetzt ist. Die periodischen Schwankungen ökonomischer Aktivitäten, die allgemein als Konjunkturen bezeichnet werden, finden in der Öffentlichkeit große Beachtung, da sie mit gesellschaftlichen und marktlichen Veränderungen sowie Unsicherheiten bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind. Die Theorie der realen Konjunkturzyklen versucht, einen Erklärungsbeitrag für das Zustandekommen von konjunkturellen Schwankungen zu leisten. Dabei stehen insbesondere die Wirkungszusammenhänge einzelner volkswirtschaftlicher Aggregate im Vordergrund. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst die wirtschaftstheoretische Einordnung der Theorie realer Konjunkturzyklen vorgenommen. Anschließend werden das theoretische Konzept sowie dessen Umsetzung erläutert. Danach erfolgen die Simulation des Modells und die Anwendung auf Hessen und Deutschland. Es zeigt sich, dass sich die aufgrund der Theorie identifizierten, stilisierten Ergebnisse gut auf die tatsächlichen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übertragen lassen. Im Wesentlichen kann festgehalten werden, dass einzelne Aggregate, wie etwa das Arbeitsvolumen, einen prozyklischen Verlauf, d. h. eine mit dem realen Bruttoinlandsprodukt gleichlaufende Entwicklung aufweisen. Auch zeigen die Bruttolöhne und -gehälter sowie die privaten Konsumausgaben eine prozyklische Entwicklung, jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung, die mit den Rigiditäten des Arbeitsmarktes bzw. des Ausgabeverhaltens der privaten Haushalte zusammenhängen.

Wirtschaftstheoretische Einordnung der Theorie realer Konjunkturzyklen

Die Theorie realer Konjunkturzyklen fand ihren Ursprung vor knapp 30 Jahren in den in den USA veröffentlichten Artikeln von Finn E. Kydland und Edward C. Prescott¹⁾ sowie von John B. Long und Charles I. Plosser²⁾. Diese Artikel wirkten zur Zeit ihres Erscheinens revolutionär, denn methodisch und inhaltlich lagen sie außerhalb der Bandbreiten traditioneller Erklärungsansätze für das Zustandekommen konjunktureller Schwankungen³⁾. Herkömmliche konjunkturtheoretische Ansätze erklären ganz allgemein – trotz ihrer vielfältigen Ausprägungen – gesamtwirtschaftliche Fluktuationen übereinstimmend durch Unvollkommenheiten. Lediglich über die Art und die Wirkungen dieser Unvollkommenheiten gibt es unterschiedliche theoretische Erklärungsansätze.

Die Keynesianik betont die Bedeutung von Lohn- bzw. Preisstarrheiten oder Anpassungskosten, die beispiels-

weise im Zuge von Investitionen auftreten können. Die Schulen des Monetarismus und der neuen klassischen Makroökonomik stellen als Ursache von Konjunkturschwankungen unvollständige und asymmetrisch verteilte Informationen fest. Viele Modelle anderer volkswirtschaftlicher Denkrichtungen führen wirtschaftliche Fluktuationen auf die Wirkungszusammenhänge beschränkter Rationalität bzw. beschränkt rationaler Erwartungen der Marktteilnehmer zurück. Als Beispiel sei hier nur das Modell politischer Konjunkturzyklen erwähnt. Postkeynesianische Modelle, wie etwa das Modell von Goodwin⁴⁾, führen konjunkturelle Fluktuationen auf distributive Aspekte, also auf die Verteilung des Volkseinkommens auf die Lohn- und Gehaltsempfänger einerseits und die Unternehmen andererseits zurück.

Andere Modelle, die sowohl sehr heterogene Annahmen als auch Modellierungen aufweisen, führen Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität auf exogene Einflüsse zurück, mit der Folge, dass entweder multiple Gleichgewichte auftreten oder einzelne Märkte sich in keinem gleichgewichtigen Zustand befinden. Als Beispiel für ein Modell mit multiplen Gleichgewichten sei das Modell von Nicholas Kaldor genannt. Die Voraussetzung der zyklischen Bewegung ist, dass die Veränderung des Outputs aufgrund des Ungleichgewichts von Investieren und Sparen sich schneller vollzieht als die Investitionsnachfrage als Folge der Veränderung des Kapitalstocks. Das Sonnenfleckmodell von William Stanley Jovens erklärt Ungleichgewichte der Gesamtwirtschaft

1) Kydland, Finn E.; Prescott, Edward C., „Time to Built Aggregate Fluctuations“, *Econometrica*, Vol. 50, 1982, S. 1345–1370. Die Modelldarstellung im vorliegenden Beitrag stützt sich auf die genannte Veröffentlichung. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

2) Long, John B.; Plosser, Charles I., „Real Business Cycles“, *Journal of Political Economy*, Vol. 91, 1983, S. 39–69. Der Titel dieses Artikels ist für die englische Namensgebung verantwortlich.

3) Finn E. Kydland und Edward C. Prescott erhielten im Jahr 2004 u. a. für diese Forschungsleistungen den Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank in Gedenken an Alfred Nobel.

4) Donhauser, Stefan, „Lohnquote und Beschäftigungsgrad. Das Konjunkturmodell von Goodwin: Simulation und Anwendung auf Hessen“, *Staat und Wirtschaft in Hessen*, 65. Jahrgang, Heft 10, Oktober 2010, S. 322 ff.

damit, dass sich einzelne Teilmärkte nicht im Gleichgewicht befinden. Extreme Sonneneinstrahlung führt zu Missernten. In deren Folge kommt es zu Angebotsrückgängen und Preissteigerungen im Agrarbereich.

Viele Konjunkturtheorien haben eine Gemeinsamkeit⁵⁾: In ihrer Basisvariante bzw. den Weiterentwicklungen der anfänglich real formulierten Modelle weisen sie monetären Effekten für das Entstehen von Konjunkturschwankungen eine bedeutende Rolle zu. Die Vertreter des Monetarismus, beispielsweise der Nobelpreisträger Milton Friedman, propagieren dagegen, dass eine systematisch betriebene Geldmengenpolitik kurzfristig nicht mit realen Effekten verbunden ist. Nur eine unsystematisch betriebene, von den privaten Wirtschaftssubjekten nicht antizipierbare Geldpolitik führt zu vorübergehenden Abweichungen realer Größen, wie dem Bruttoinlandsprodukt oder der Beschäftigung, von deren langfristigem Gleichgewichtspfad.

Aufgrund dieser bisher in der Wissenschaft bekannten Einflüsse für konjunkturelle Schwankungen ist es nicht überraschend, dass die ersten Real Business Cycle-Modelle starke Beachtung fanden, da sie die Bedeutung von Unvollkommenheiten und monetären Effekten infolge staatlicher Stabilisierungspolitik für das Zustandekommen von Konjunkturzyklen verneinten. Gegenstand dieser neuen Theorie war eine nicht wie bisher statische, sondern dynamische Abbildung von vollkommenen Märkten, auf denen jederzeit das Angebot der Nachfrage entspricht, bei gleichzeitig immer vollständig informierten und rational handelnden Akteuren.

Weiterhin gibt es in der Theorie realer Konjunkturzyklen – *nomen est omen* – keinerlei monetäre Einflüsse. Von geldpolitischen Interventionen wird abstrahiert; auch gibt es keine Liquiditätsbeschränkungen oder Wechselkursschwankungen, denn es wird eine geschlossene Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivitäten modelliert. Wenn nämlich exogene Schocks, welche die Wirtschaft treffen, langfristig wirksam bleiben, dann haben diese Schocks ihren Ursprung nicht auf der Nachfrageseite und insbesondere nicht im monetären Sektor. Denn alle monetären Konjunkturtheorien legen nahe – wie oben erläutert –, dass monetäre Schocks nur temporäre Wirkungen auf realwirtschaftliche Aktivitäten haben, wogegen technologische Innovationen und andere realwirtschaftliche Einflüsse das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial dauerhaft beeinflussen⁶⁾. Damit

5) Ein ausführliche Darstellung der konjunkturtheoretischen Dogmengeschichte kann folgender Monografie entnommen werden: Maußner, Alfred, „Konjunkturtheorie“, Heidelberg, 1994.

6) Damit kann die Theorie realer Konjunkturzyklen auch als eine stochastische Version des Wachstumsmodells von Ramsey mit variablem Arbeitseinsatz angesehen werden, das insbesondere den technischen Fortschritt als Wachstumstreiber identifiziert, bei einer gleichzeitigen Konsumoptimierung der privaten Haushalte. Lucke, Bernd, „Die Real-Business-Cycle Theorie und ihre Relevanz für die Konjunkturanalyse“, HWWA Discussion Paper 178, 2002, S. 7 ff.

wird bei der Erklärung realer Konjunkturzyklen die Aufmerksamkeit weg von den Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage gelenkt und auf die angebotsseitigen Bestimmungsgrößen der Produktion, vor allem auf den Arbeits- und Kapitaleinsatz sowie auf die Produktivität, gerichtet. Nach der Einordnung dieser vergleichsweise jungen Modellklasse in die konjunkturtheoretischen Theorien wird im Folgenden die Theorie realer Konjunkturzyklen in ihren Grundzügen skizziert.

Konzept der Theorie realer Konjunkturzyklen

Zielsetzung der Theorie realer Konjunkturzyklen ist es, ein ökonomisches Modell einer Volkswirtschaft zu konstruieren, das auf alle Einflussfaktoren verzichtet, die in der traditionellen Konjunkturtheorie für maßgeblich gehalten wurden. Weiterhin zeichnet sich diese Theorie durch eine mikroökonomisch fundierte Beschreibung einer Ökonomie aus. Statt der ausschließlichen Betrachtung von Aggregaten wird angenommen, dass die wirtschaftliche Entwicklung das Resultat der Handlungen ihrer einzelnen Entscheidungsträger ist. Makroökonomische Zusammenhänge werden daher aus mikroökonomischen Verhaltensgleichungen abgeleitet.

Diese mikroökonomischen Verhaltensgleichungen können folgendermaßen beschrieben werden: Die privaten Haushalte maximieren ihren Nutzen während ihrer gesamten Lebenszeit. Dabei müssen sie in jeder Periode Entscheidungen bezüglich des Konsums, und damit auch des Sparens, sowie ihres Arbeitsangebots treffen. Ähnliches gilt für die Unternehmen: Sie stellen mit dem Einsatz von Arbeit und Kapital Güter im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten her. Dies geschieht aufgrund der Annahme der Gewinnmaximierung im gesamten betrachteten Zeitraum.

Neben der Mikrofundierung ist ein weiteres Merkmal für die Theorie realer Konjunkturzyklen prägend: Die Interaktion zwischen den Akteuren und der Gesamtwirtschaft erfolgt in einer widerspruchsfreien modellhaften Darstellung. Aufgrund der Annahme, dass alle Märkte jederzeit geräumt sind, muss das gesamtwirtschaftliche Angebot auch immer der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entsprechen. Weiterhin wird unterstellt, dass die Akteure rationale Erwartungen haben. Dies bedeutet, dass die erwarteten Entwicklungen der privaten Haushalte und der Unternehmen nicht nur mit ihren gegenwärtigen Entscheidungen übereinstimmen, sondern auch mit ihrer zukünftigen Entscheidungsplanung. Insofern, als alle Rückwirkungen zwischen den Akteuren dieser modellhaften Volkswirtschaft erfasst werden und diese auch mit den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen vereinbar sind, handelt es sich um ein Modell des allgemeinen Gleichgewichts (Steady State). Kennzeichen eines gleichgewichtigen Zustands einer modellhaften

Volkswirtschaft ist, dass sich alle relevanten Größen mit derselben Rate verändern. Aus den Gleichgewichtswerten der einzelnen Perioden kann ein langfristiger, gleichgewichtiger Wachstumspfad abgeleitet werden. Abweichungen von diesem Wachstumspfad werden als konjunkturelle Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivitäten aufgefasst.

Die Theorie realer Konjunkturzyklen besteht aus einer Reihe von Gleichungen, die sich neben einigen Identitäten aus den Optimierungsbedingungen der privaten Haushalte und der Unternehmen ergeben. Dabei wird eine langfristige, d. h. intertemporale Optimierungsperspektive eingenommen. Diese Perspektive impliziert, dass die Verhaltensfunktionen dynamisch sind. Konsequenz des intertemporalen Entscheidungsverhaltens ist die Abhängigkeit der aktuellen Entscheidungen von Erwartungen bezüglich zukünftiger Entwicklungen.

Die Haushalte werden durch ihr Konsumverhalten und ihr Arbeitsangebot beschrieben. Dabei hängt der Konsum in der laufenden Periode negativ vom Zinssatz, dem erwarteten Konsum in der nächsten Periode und einem Präferenzschock ab. Weiterhin wird angenommen, dass der private Konsum durch den Konsum in der Vorperiode erklärt wird. Die Haushalte sind also geneigt, ihren gegenwärtigen Konsum nach Einkommensänderungen nicht zu sehr schwanken zu lassen und passen daher ihr Verbraucherverhalten nur allmählich an die neuen Konsummöglichkeiten an. Dies wird in der Literatur als Habit-Persistence-Hypothese bezeichnet⁷⁾. Weiterhin wird das Arbeitsangebot durch den Reallohn bestimmt. Der Reallohn ist der Lohn, der der tatsächlichen Kaufkraft entspricht, d. h. der Gütermenge, die bei gegebenen Lebenshaltungskosten mit dem Nominallohn tatsächlich eingekauft werden kann. Das Arbeitsangebot hängt darüber hinaus vom Grenznutzen des Konsums ab. Der Grenznutzen beschreibt den Nutzenzuwachs, der durch die letzte konsumierte Einheit erzielt wurde; gleichzeitig nimmt mit zunehmendem Konsum der Nutzen, der durch den Konsum erzielt wird, ab.

Bestimmend für die Unternehmen ist deren Arbeits- und Kapitalnachfrage sowie ihr Verhalten bei der Festlegung der Preise der hergestellten Güter. Im Produktionspro-

zess setzen die Unternehmen so lange zusätzliche Arbeit ein, bis der zusätzliche Ertrag pro geleisteter Arbeitsstunde die zusätzlichen Arbeitskosten nicht mehr übersteigt.

Bei der Erwartungsbildung spielen die gegenwärtigen und zukünftigen nominalen Zinsen, sowie die Einschätzung der Preisentwicklung eine Rolle. Ebenso wirken sich die Erwartungen bezüglich der Inflationsentwicklung auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte und das Preissetzungsverhalten der Unternehmen aus.

Die Arbeitsproduktivität der Unternehmen wird durch den Kapitalstock determiniert. Der Kapitalstock in der laufenden Periode ist abhängig vom Kapitalbestand sowie von den Investitionen und Abschreibungen des Kapitalstocks in der Vorperiode. Je mehr Kapital ein Unternehmen unter Konstanthaltung des Produktionsfaktors Arbeit verwendet, umso produktiver ist der Faktor Arbeit. Der Kapitalstock seinerseits wird von den Investitionen bestimmt. Dabei wird umso mehr investiert, je geringer die Realzinsen in Relation zur Produktivität sind.

Das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau hängt vom Arbeitseinsatz der privaten Haushalte und dem Kapitalbestand, d. h. vom verwendeten Kapitalstock, ab. Kurzfristig kann die Produktion aufgrund unerwarteter Veränderungen des Arbeitseinsatzes schwanken, langfristig wird die Produktion jedoch vom Kapitaleinsatz und vom technischen Fortschritt bestimmt. Die Unternehmen erstellen ein Produkt, das von den Haushalten konsumtiv verwendet werden kann. Die Investitionen erhöhen den Kapitalstock, der für die Güterproduktion benötigt wird.

Kennzeichen der Theorie realer Konjunkturzyklen ist, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik durch unerwartete Störungen, d. h. durch stochastische, zufallsbedingte Schocks⁸⁾, beeinflusst wird. Dies führt zu temporären Abweichungen vom langfristigen Trend. Die zeitliche Rückkehr auf den Gleichgewichtspfad hängt von der Dauer der Wirkungen auf die einzelnen Aggregate ab, die sich gegenseitig verstärken oder neutralisieren können. Damit werden Konjunkturschwankungen als vorübergehende Abweichungen von einem stetigen, deterministischen Trend angesehen. Diese stochastischen Schocks werden als exogene Einflüsse angesehen, die nicht auf das Verhalten der Entscheidungsträger zurückgeführt werden können und sind daher nicht durch die Struktur des Modells bedingt. Beispiel für derartige Schocks sind im vorliegenden Modell technologische Einflüsse auf die Produktionstätigkeit; sie führen zu konjunkturellen Abweichungen gesamtwirtschaftlicher Größen von ihren langfristigen Marktgleichgewichten⁹⁾.

Konjunkturschwankungen erklärt das Modell damit, dass die Unternehmen und privaten Haushalte ihre Konsum-, Investitions- und Produktionsentscheidungen optimal an die Veränderungen anpassen, denen sie aufgrund der

7) Singh, Balvir; Ullah, Ahman, „The Consumption Function: The Permanent Income Versus the Habit Persistence Hypothesis“, *The Review of Economic and Statistics*, Vol. 58, No. 1, Feb., 1976, S. 96–103.

8) Stochastische Schocks sind technisch ausgedrückt Random Walks mit Drift. Die in der heutigen Konjunkturforschung gebräuchliche Unterscheidung zwischen deterministischen und stochastischen Trends geht auf eine Arbeit von Nelson und Plosser zurück. Nelson, Charles, R; Plosser, Charles I., „Trends and Random Walks in Macroeconomic Time Series“, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 10, 1982, S. 139–163.

9) In der Realität wirken jedoch eine Vielzahl ökonomischer oder nicht-ökonomischer Einflüsse auf eine Volkswirtschaft ein. Beispielsweise können dies Impulse über außenwirtschaftliche Beziehungen, Änderungen der Politik der Notenbank oder der Steuergesetzgebung, aber auch Streiks und Klimakatastrophen sein.

realen Schocks laufend ausgesetzt sind. Damit werden nach diesem Modell staatliche Eingriffe bedeutungslos, denn die Anpassungen der Akteure erfolgen stets optimal aufgrund der unterstellten Rationalität und perfekten Voraussicht. Damit wird staatliche Stabilisierungspolitik zur Vermeidung oder Abmilderung von Rezessionen zu einer Quelle zusätzlicher Störeinflüsse, die von den Unternehmen und privaten Haushalten verarbeitet werden müssen. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die Aufgabe der Politik darin bestehen sollte, möglichst optimale und stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Akteuren einer Volkswirtschaft ermöglichen, flexibel auf exogene Einflüsse zu reagieren. Damit wird aufgrund des vorliegenden Modells der staatlichen Stabilisierungspolitik eine Absage erteilt; stattdessen sollten ausschließlich ordnungspolitische Maßnahmen verfolgt werden. Nach der Darstellung der einzelnen Elemente der Theorie realer Konjunkturzyklen sowie der wirtschaftspolitischen Implikationen wird im Folgenden die Modellierung skizziert.

Theorie realer Konjunkturzyklen: Modellierung und Berechnung

Die modellhafte Volkswirtschaft wird annahmegemäß von einem repräsentativen Konsumenten und Produzenten bevölkert. Die Konzeption des repräsentativen Haushalts bzw. Unternehmens kann leicht missverstanden werden, indem sie als Durchschnitt der jeweils zugrundeliegenden Agenten interpretiert wird. Würde man von einem Durchschnitt ausgehen, dann gingen angesichts der Heterogenität der privaten bzw. betrieblichen Interessen Informationen über die Vielfalt der individuellen Einstellungen verloren. Tatsächlich stellt das Konzept der Repräsentativität keineswegs einen Durchschnitt dar; es handelt sich vielmehr um eine Abstraktion, mit deren Hilfe es möglich ist, das Ergebnis der Marktprozesse zu erfassen. Um marktliche Vorgänge und deren Ergebnisse zu beschreiben, könnte man versuchen, auf der Mikroebene eine Aggregation durchzuführen, um zu einem Marktergebnis zu gelangen. Das ist jedoch ein unzumutbarer Weg. Einfacher ist es, gedanklich von einem Marktergebnis auszugehen, an das sich im Gleichgewicht der Märkte alle Akteure an die für sie gegebenen Preise und Preisrelationen angepasst haben. Es sieht sich dann niemand veranlasst, diesen Zustand zu ändern, da die optimale Situation das Marktgleichgewicht darstellt. Der Markt wird als Selektionsmechanismus aufgefasst, in dem die beste Technik überlebt. Dieser Evolutionsprozess, der sich an den Märkten einer Volkswirtschaft

vollzieht, kann deshalb vom Ergebnis her als ein Maximierungskalkül interpretiert werden¹⁰⁾.

Die Modellökonomie ist dadurch gekennzeichnet, dass stochastische Schocks auf die Produktionstechnologie einwirken. Ein Schock wird als autoregressiver Prozess erster Ordnung modelliert, d. h. ein Schock in der laufenden Periode ist eine lineare Funktion des Schocks der Vorperiode. Als Indikator für den Schock wird das Solow-Residuum verwendet. Das Solow-Residuum stellt den Teil der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts dar, der nicht durch eine Variation des Kapital- und Arbeits-einsatzes erklärt werden kann. Der technische Fortschritt wird in diesem Zusammenhang als Hicks-neutral klassifiziert, d. h. technische Verbesserungen der Produktionstechnologie erhöhen die Produktivität der eingesetzten Faktoren unabhängig von der Kapitalintensität¹¹⁾. Dabei wird die Stärke des Schocks der Vorperiode mit einem Persistenzparameter multipliziert, der die Abdämpfung des Schocks über die Zeit angibt. Damit wird erreicht, dass die Wirkungen eines Schocks in den Folgeperioden abnehmen und nach einer gewissen Zeit – abhängig von der Stärke des Schocks und der Größe des Persistenzparameters – Null sind. Weiterhin wird angenommen, dass die Schocks in jeder Periode unabhängig sind und einer Gleichverteilung folgen. Ein Schock kann als Saldo verschiedener Schocks aufgefasst werden. In der Realität wird der Produktionsprozess durch verschiedene Schocks – nicht wie im Basismodell angenommen ausschließlich von Technologieschocks – beeinflusst, die unterschiedlich, und zwar sowohl positiv als auch negativ, auf die Produktivität wirken können. Dabei ist eine gegenseitige Verstärkung als auch eine Neutralisierung möglich.

Im Rahmen der Theorie realer Konjunkturzyklen stellt sich die Frage, wie die oben dargestellten Schocks auf die Aggregate dieser Modellökonomie wirken. Die Berechnung der Maximierung des Nutzens des repräsentativen Haushalts und des Gewinns des repräsentativen Unternehmens unter den genannten Nebenbedingungen erfolgt durch die Aufstellung sogenannter Lagrangefunktionen und die Bestimmung von Bedingungen erster Ordnung. Weiterhin wird die Beziehung zwischen den Inputs und den sich daraus ergebenden Outputs formuliert. Dies geschieht mithilfe der Produktionsfunktion vom Typ Cobb-Douglas. Für diese Produktionsfunktion werden konstante Skalenerträge angenommen, d. h. bei einer proportionalen Veränderung der Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital um einen bestimmten Faktor verändert sich der Output um den gleichen Faktor. Weiterhin kennzeichnet diese Produktionsfunktion, dass ein Produktionsfaktor durch einen anderen innerhalb bestimmter Grenzen ersetzt werden kann.

Die Modellökonomie kann also mithilfe der Optimierungsbedingungen der privaten Haushalte und der

10) Neumann, Manfred, „Zukunftsperspektiven im Wandel“, Tübingen, 1990, S. 56 f.; Kirman, Alan P., „Whom Or What Does the Representative Individual Represent?“, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 6, Nr. 2, 1992, S. 117–136.

11) Neumann, Manfred, „Theoretische Volkswirtschaftslehre III. Wachstum, Wettbewerb und Verteilung“, 2. Auflage, München, 1994, S. 39.

Unternehmen, d. h. der Konsum- und Faktornachfragefunktionen, und der technischen Relation, also der Produktionsfunktion bzw. Kapitalakkumulationsgleichung dargestellt werden. Gleichungssysteme dieser Form sind stets mit zwei Problemen behaftet: Zum einen sind die im Modell einbezogenen Variablen in der Realität nicht notwendigerweise stationär. Stationarität ist dann gegeben, wenn der Erwartungswert und die Varianz im Zeitablauf konstant sind, d. h. wenn die Ausprägungen in einer Zeitreihe sich nach Abweichungen wieder auf den langfristigen Mittelwert zurückbewegen. Zum anderen sind die Funktionen des Systems nicht-linear. In nicht-linearen Systemen reagieren die einzelnen Funktionen nicht proportional auf die Wirkungen des Schocks. Um aber ein konsistentes Modell berechnen zu können, wird eine lineare Darstellung in den Variablen benötigt¹²⁾. Dies wird durch Bewegungsgleichungen erreicht. Die Variablen des Modells können dann als prozentuale Abweichungen von den trendstationären Gleichgewichtswerten dargestellt werden. Die Gleichgewichtswerte stellen einen langfristigen Gleichgewichtspfad dar, den das Modell erreicht, wenn es von keinen stochastischen Störungen beeinflusst wird. Daher stellen die im folgenden Schaubild ausgewiesenen Ergebnisse der Simulation keine Veränderungsdaten wie in der empirischen Berichterstattung üblich, sondern prozentuale Abweichungen des jeweiligen Aggregats vom Gleichgewichtswert dar. Ein trendstationäres Gleichgewicht liegt dann vor, wenn kein Schock mehr wirksam ist, wenn also die Abweichung vom Steady State Null ist.

Üblicherweise werden in der wissenschaftlichen Forschung Mathematikprogramme zur Simulation ökonomischer Modelle dieser Größenordnung für eine sogenannte numerische Lösung eingesetzt¹³⁾. Ein analytisches Lösungsverfahren wäre sehr aufwändig, da bei diesem Ansatz die Gleichungen schrittweise ineinander eingesetzt und gelöst werden müssten. Im vorliegenden Beitrag fand jedoch ein numerisches Verfahren, das mit einem handelsüblichen Tabellenkalkulationsprogramm gelöst wurde, Anwendung¹⁴⁾. Es wurde zunächst das nicht-stochastische Gleichgewicht berechnet, und anschließend wurden die oben erläuterten Bewegungsgleichungen einzeln abgebildet. Dabei wurde angenommen, dass sich die modellhaft dargestellte Volkswirtschaft in der Periode 0 in einem gleichgewichtigen Zustand befand. Ausgehend von diesem Gleichgewicht wurden dann in jeder Periode mithilfe des Zufallszahlengenerators stochastische Schwankungen simuliert. Danach wurden die Auswirkungen dieser Einflüsse auf die 8 im Modell betrachteten Aggregate berechnet, und zwar als relative Abweichungen vom Gleichgewichtswert in der Periode 0. Die einzelnen Parameterwerte der Aggregatgleichungen, wie etwa der Persistenzfaktor oder die Abschreibung, wurden aus einer Studie übernommen und ggf. angepasst¹⁵⁾. So fand beispielsweise die durchschnittliche Lohnquote für Hessen im Rahmen der Produktionsfunktion Anwendung. Eine vollständige Verwendung hessenspezifischer Parameter ist aufgrund der kurzen Zeitreihen und der mangelnden Verfügbarkeit der Daten am aktuellen Rand, wie noch im Abschnitt zur Anwendung gezeigt wird, nicht möglich.

Die Simulationsergebnisse, die auf den oben dargestellten Annahmen und Modellierungen basieren, werden im Folgenden dargestellt. Dabei handelt es sich um ein mögliches Simulationsergebnis, denn durch die Generierung von zufälligen Schwingungen mithilfe des Zufallszahlengenerators können unendlich viele Ergebnisse erstellt werden. Anhand dieses exemplarischen Modellresultats können stilisierte Ergebnisse abgeleitet werden. Sie beschreiben Muster im zeitlichen Nebeneinander von Zeitreihen. Diese stilisierten Muster können aufgrund der restriktiven Annahmen und des vergleichsweise einfachen Modells nur einen Teil der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge erklären. Eine komplette Darstellung der Komplexität der Realität ist damit nicht möglich, wie etwa die Einflüsse des Welthandels bzw. fiskal- und geldpolitischer Maßnahmen auf die einzelnen Aggregate, da diese nicht Bestandteil des vorliegenden Modells sind. Dennoch kann die Theorie realer Konjunkturzyklen, wie in der Anwendung auf Hessen und Deutschland gezeigt wird, substantielle Erklärungsbeiträge leisten.

Die Simulationsergebnisse, die auf den oben dargestellten Annahmen und Modellierungen basieren, werden im Folgenden dargestellt. Dabei handelt es sich um ein mögliches Simulationsergebnis, denn durch die Generierung von zufälligen Schwingungen mithilfe des Zufallszahlengenerators können unendlich viele Ergebnisse erstellt werden. Anhand dieses exemplarischen Modellresultats können stilisierte Ergebnisse abgeleitet werden. Sie beschreiben Muster im zeitlichen Nebeneinander von Zeitreihen. Diese stilisierten Muster können aufgrund der restriktiven Annahmen und des vergleichsweise einfachen Modells nur einen Teil der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge erklären. Eine komplette Darstellung der Komplexität der Realität ist damit nicht möglich, wie etwa die Einflüsse des Welthandels bzw. fiskal- und geldpolitischer Maßnahmen auf die einzelnen Aggregate, da diese nicht Bestandteil des vorliegenden Modells sind. Dennoch kann die Theorie realer Konjunkturzyklen, wie in der Anwendung auf Hessen und Deutschland gezeigt wird, substantielle Erklärungsbeiträge leisten.

Simulationsergebnisse der Theorie realer Konjunkturzyklen

Annahmegemäß befindet sich die Volkswirtschaft in der Periode 0 in ihrem langfristigen Gleichgewicht. Dies wird

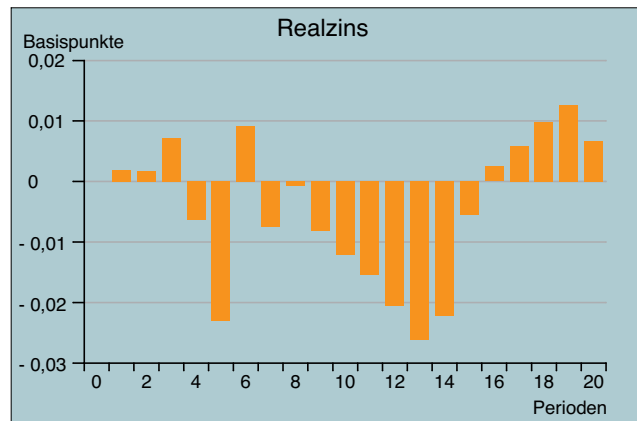
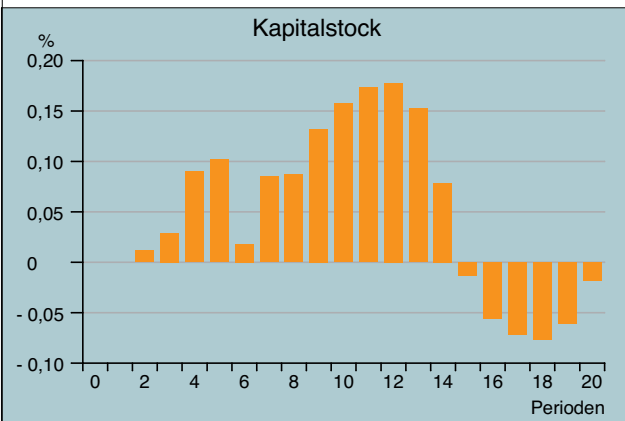
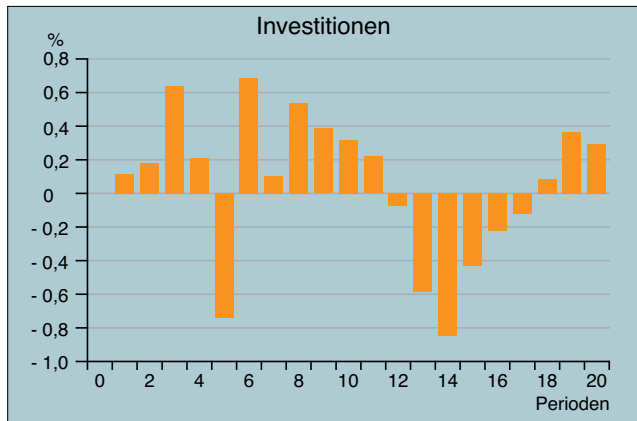
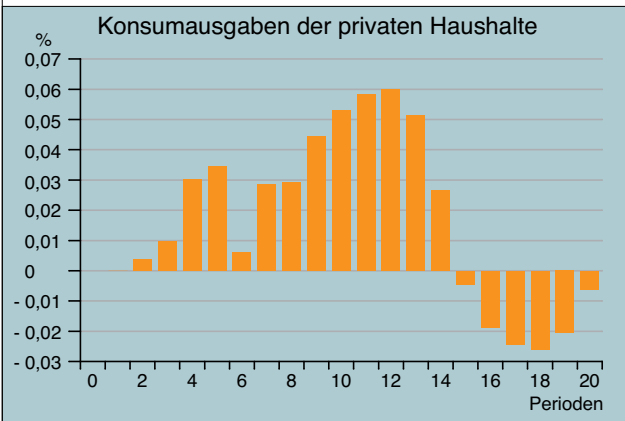
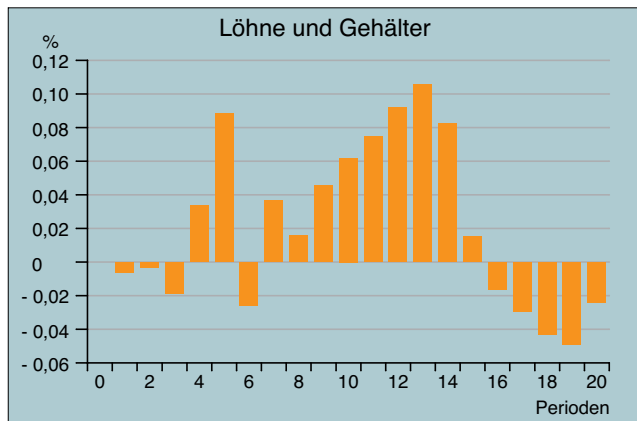
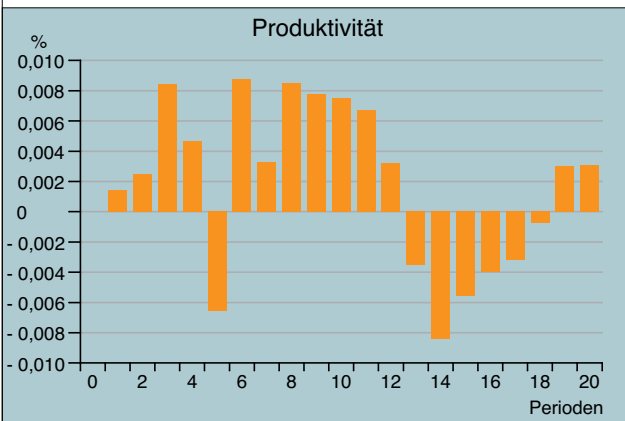
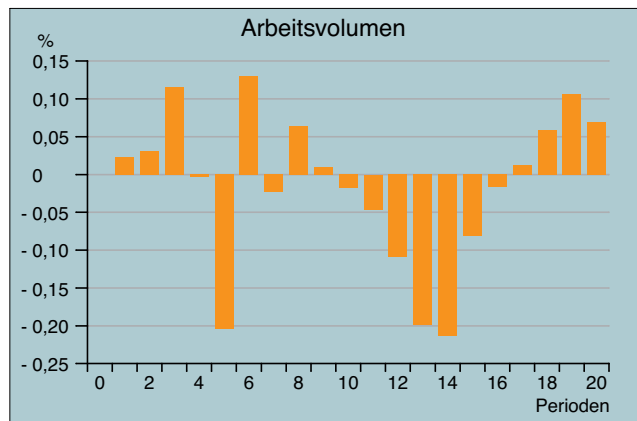
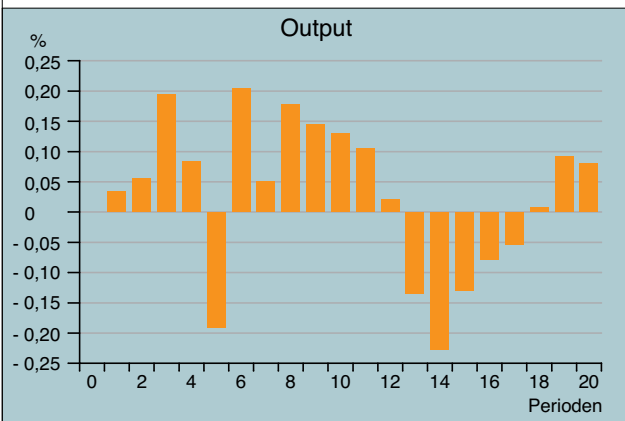
12) Dies geschieht mithilfe einer Taylor-Approximation, da angenommen wird, dass in der Nähe des Gleichgewichtswerts die Variablen näherungsweise linear in logarithmierten Größen sind. Das Verhalten der Modellvariablen ist aber nicht direkt ableitbar, da sie von Erwartungen abhängen. Die Variablen lassen sich aber als rekursive lineare Funktionen mithilfe der Methode der undeterminierten Koeffizienten darstellen. Damit kann dann für jede Variable eine Bewegungsgleichung berechnet werden, die die Abweichung vom Gleichgewichtswert für jede Periode angibt. Uhlig, Harald, „A toolkit for analyzing nonlinear dynamic stochastic models easily“, in: Marimon, Ramon; Scott, Andrew (Herausgeber), „Computational Methods for the Study of Dynamic Economics“, Oxford, 1995, S. 30–61.

13) Bei Verwendung dieser Programme müssen nur die Modellgleichungen und deren Parameterwerte eingegeben werden. Die anschließende Berechnung des nicht-stochastischen Gleichgewichts und die in Fußnote 12 dargestellten Operationen werden automatisch durchgeführt.

14) Vgl. Hokari, Toru; Iimura, Masaki; Murakoshi; Seiji; Onuma, Yoshiko, „Simulating a simple real business cycle model using Excel“, Computer in Higher Education Economics Review, Volume 19, 2007, S. 16–20.

15) Eine numerische Lösung erfordert Werte für Modellparameter, die nicht zu weit von den Steady State-Werten der Variablen entfernt liegen dürfen. King, Robert G.; Rebelo, Sergio T., „Resuscitating real business cycles“, in: Taylor, John B., Woodford, Michael (Herausgeber), „Handbook of Macroeconomics“, Volume 1B, Chapter 14, 1999, S. 955. Die hieraus entnommenen Parameterwerte wurden für die US-amerikanische Wirtschaft geschätzt. Eine partielle Anpassung wurde notwendig, da aufgrund dieser Ergebnisse das Arbeitsvolumen stärkere Volatilitäten als der Output aufweist. Dies trifft für die USA in der Realität aufgrund der liberalen Arbeitsmarktordnung zu. Da der Arbeitsmarkt in Deutschland stärker reguliert ist, entwickelt sich das Arbeitsvolumen vergleichsweise deutlich weniger volatil als das reale BIP.

Simulation gesamtwirtschaftlicher Aggregate nach der Theorie realer Konjunkturzyklen
(Relative Abweichung vom Gleichgewichtswert bzw. bei Realzins Basispunkte)



durch die Nulllinie im Schaubild dargestellt. In Periode 1 wird die Volkswirtschaft von einem positiven exogenen Technologieschock beeinflusst. Daraufhin nimmt durch die verbesserten Produktionsmöglichkeiten die Nachfrage der Unternehmen nach dem Faktor Arbeit, dargestellt anhand des Arbeitsvolumens, zu. Dies führt zu einer Erhöhung des Outputs. Aber auch die Produktivität steigt, jedoch nicht in dem Maß wie das Produktionsniveau, da dies stärker als das Arbeitsvolumen zunimmt. Es kann beobachtet werden, dass die Schwankung des Arbeitsvolumens zumeist geringer ist als die des Outputs.

Aufgrund von Rigiditäten im Lohnsetzungsverfahren nehmen die Löhne und Gehälter erst in der Periode 4 zu. Diese Verzögerung liegt zum einen daran, dass Tarifverträge für bestimmte Laufzeiten geschlossen und danach neu verhandelt werden; zum anderen steigen die Entgelte später, weil aufgrund der rationalen Erwartungen nach einem einmaligen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion seitens der Unternehmer zunächst nicht mit einem länger anhaltenden Aufschwung gerechnet werden kann. Daher nehmen die Löhne und Gehälter erst nach weiteren Anstiegen des Produktionsniveaus (bis zu Periode 4) erst ab der Periode 4 zu.

Die privaten Haushalte treffen ihre Konsumentscheidung in Abhängigkeit von der Entwicklung ihrer Einkommen und der rationalen Erwartungen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Situation. Dabei spielt auch eine Rolle, dass eine Anpassung des Konsumniveaus an veränderte Rahmenbedingungen nur allmählich vorgenommen wird. Nach dem Anstieg des Outputs in Periode 1 behalten die privaten Haushalte ihr Konsumniveau in der ersten Periode bei. Dies geschieht trotz eines anfänglichen Absinkens der Löhne und Gehälter in Periode 1. Diese Verdienstentwicklung setzt sich auch in der zweiten Periode fort. Da aber rationale Erwartungen der privaten Haushalte unterstellt werden, weiten sie trotz eines weiter sinkenden Einkommens ihren Konsum aus, da sie mit einer weiteren gesamtwirtschaftlichen Belebung und in deren Folge mit steigenden Löhnen und Gehältern rechnen. Erst in Periode 4 nehmen diese zu, was dann zu einem vergleichsweise starken Anstieg des privaten Konsums in derselben Periode führt.

Die Erhöhung der Löhne und Gehälter in den Perioden 7 bis 15 führt zu einer Ausweitung des Konsums der privaten Haushalte, jedoch nur bis Periode 14. Die Investitionen nehmen aber nur von Periode 8 bis 11 zu, obwohl die Realzinsen bis Periode 15 negativ sind und damit günstige Investitionsmöglichkeiten bestünden. Aufgrund der rationalen Erwartungen der Unternehmen bezüglich der weiteren wirtschaftlichen

16) Dieser Aspekt war namensgebend für die unter Fußnote 1 genannte Veröffentlichung. Daher wird in der Literatur die hier verwendete Formulierung der Produktionstechnologie als Time-to-built-Technologie bezeichnet.

Entwicklung – der Output wächst in Periode 12 nur noch geringfügig bzw. nimmt in den Folgeperioden ab – wird ab Periode 12 das Investitionsvolumen verringert. Mit dem ab Periode 13 abnehmenden Produktionspotenzial antizipieren die privaten Haushalte Verdienstrückgänge in Periode 16 und berücksichtigen dies bereits bei ihren Konsumausgaben in Periode 15.

Das Konsumverhalten der privaten Haushalte wird aber nicht nur vom Einkommen bestimmt. Eine wichtige Determinante stellt der Realzins dar. Bei einer rückläufigen Zinsentwicklung, die auf ein Überangebot finanzieller Mittel zurückzuführen ist, vor allem aber bei negativen Realzinsen, z. B. von Periode 7 bis 15, weiten die privaten Haushalte ihren Konsum aus, da durch die inflatorischen Tendenzen kein Zinsgewinn für sie entsteht und somit Sparen unattraktiv ist. Die Zunahme des Konsums hält aber nur bis Periode 14 an, da die privaten Haushalte steigende Zinsen erwarten. Demzufolge verringern sie ab diesem Zeitpunkt ihre Konsumausgaben.

Die Modellierung der Produktionstechnologie unterstellt, dass nach Investitionen Anpassungszeiten notwendig sind, um neues produktives Kapital zu generieren und als Kapitalstock nutzbar zu machen¹⁶). Diese zeitliche Verschiebung zeigt sich beispielsweise in Periode 1. Die Investitionen nehmen zu, aber der Kapitalstock reagiert zeitverzögert in Periode 2. Auch schlägt sich der vergleichsweise starke Investitionsanstieg in Periode 3 erst in Periode 4 mit einer kräftigeren Zunahme des Kapitalstocks nieder. Ebenso ist es im Fall von negativen Veränderungsrate der Investitionen: Während die Veränderungsrate der Investitionen in Periode 12 bereits negativ ist, erreicht hier der Kapitalstock seine größte Zuwachsrate. In den beiden Folgeperioden sind zwar positive aber sich abschwächende Veränderungsrate zu verzeichnen, bevor ab Periode 15 der Kapitalstock schrumpft. Zuvor wird bis Periode 14 mit einer steigenden Kapitalausstattung produziert, während der Output bereits in Periode 13 relativ stark rückläufig ist. Damit kann festgehalten werden, dass der Kapitalstock verzögert auf Änderungen im Investitionsverhalten reagiert. Dies gilt ebenso in Bezug auf das Produktionsniveau.

Im vorliegenden Modell lösen technologische Schocks intertemporale Substitutionsprozesse aus. Aufgrund von Innovationen im Produktionsprozess nimmt die Produktivität beispielsweise in den Perioden 6 bis 12 zu. Damit steigt auch das Produktionsniveau an. Es besteht für die Unternehmen die Möglichkeit, ihre Investitionen auszuweiten (Periode 6 bis 11). Weiterhin können daraufhin aufgrund zeitversetzt steigender Löhne und Gehälter (Periode 7 bis 15) die privaten Haushalten ihr Konsumniveau (bis einschl. Periode 14) ausweiten. Daneben kann aufgrund der Produktivitätssteigerungen – ausgelöst durch den technischen Fortschritt – das Produk-

tionsniveau ausgeweitet werden, bei einer gleichzeitig schwächeren oder negativen Entwicklung des Arbeitsvolumens. Aufgrund der Formulierung der Produktionsfunktion können Produktionsfaktoren substituiert werden. Dies wird exemplarisch in den Perioden 9 bis 11 deutlich. Hier wird der Produktionsfaktor Arbeit durch den Faktor Kapital zurückgedrängt, was sich neben den hohen Wachstumsraten der Produktivität auch an den starken Anstiegen des Kapitalstocks zeigt.

Zusammenfassend können aufgrund der Simulationsergebnisse folgende Verläufe und Zusammenhänge der einzelnen Aggregate identifiziert werden¹⁷⁾:

- Das Arbeitsvolumen und die Produktivität entwickeln sich prozyklisch¹⁸⁾.
- Der Konsum der privaten Haushalte entwickelt sich prozyklisch, aber mit einer geringeren Amplitude als der Output.
- Die Investitionen entwickeln sich ebenfalls prozyklisch. Die Entwicklung weist allerdings die größte Amplitude und Volatilität auf.
- Aufgrund der Konsumglättung sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte weniger volatil als das Einkommen und die Investitionen.
- Der langfristige Realzins weist eine etwas weniger ausgeprägte prozyklische Entwicklung auf¹⁹⁾.
- Die Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie des Kapitalstocks laufen zum Teil der Entwicklung des Outputs hinterher; weiterhin kann kein exakter zyklischer Zusammenhang zum Output hergestellt werden. Die Einkommen und der Kapitalstock dagegen entwickeln sich prozyklisch.

Wirtschaftliche Entwicklungen in Hessen und Deutschland

Die auf Basis der Simulation gewonnenen stilisierten Ergebnisse werden im Folgenden auf Hessen und

17) Die mithilfe des Modells gefundenen Bewegungsmuster der Aggregate decken sich mit den empirisch festgestellten stilisierten Fakten. Vgl. Maußner, Alfred, „Konjunkturtheorie“, Heidelberg, 1994, S. 17 ff.; Kromphardt, Jürgen, „Wachstum und Konjunktur“, 3. Auflage, Heidelberg, 1993, S. 13 ff.

18) Man nennt die Entwicklung einer Reihe prozyklisch, wenn diese ungefähr den gleichen zeitlichen Verlauf wie eine Reihe aufweist, die als Indikator für den Zyklus verwendet wird. Im vorliegenden Fall dient der Output als Indikatorreihe.

19) Langfristige Zinsen sind weniger volatil als kurzfristige. Letztere sind positiv mit dem Output korreliert, wogegen langfristige Zinsen in der Regel nur eine schwach negative oder keine Korrelation mit dem Produktionsniveau aufweisen. Stadler, George, „Real Business Cycles“, Journal of Economic Literature, Vol. XXXII, December 1994, S. 1752.

20) Ausführliche Erläuterungen zu den Ergebnissen der nationalen VGR können folgender Publikation entnommen werden: Räh, Norbert; Braakmann, Albert; et al., „Bruttoinlandsprodukt 2010“, Wirtschaft und Statistik, 1/2011, S. 11 ff.

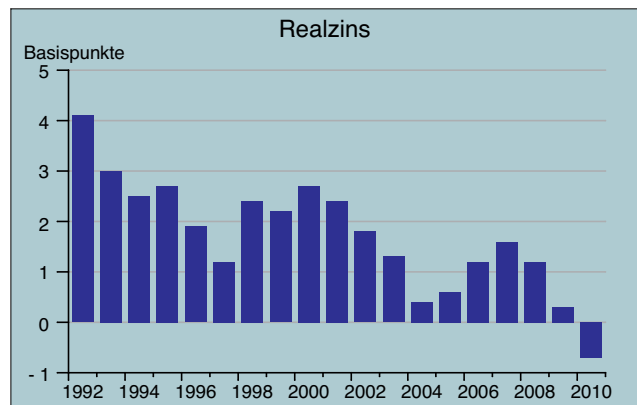
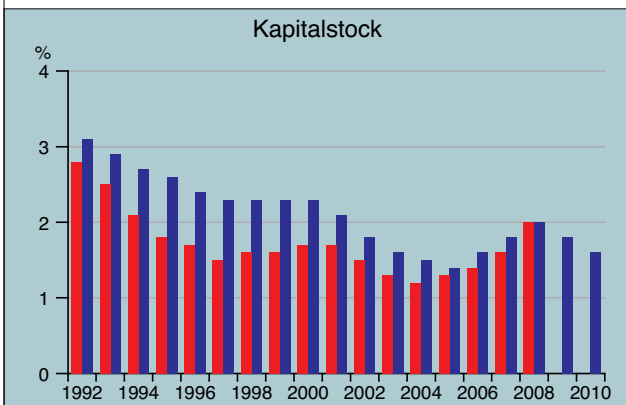
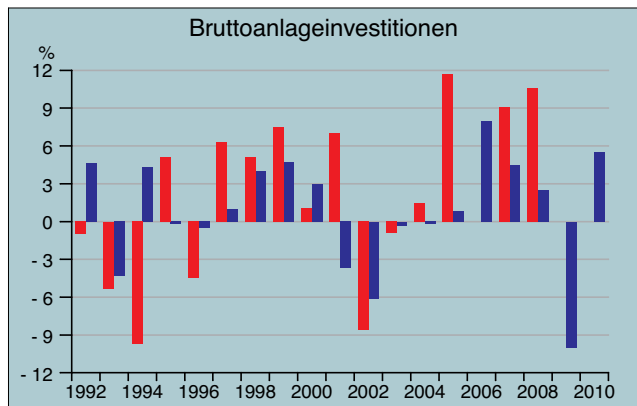
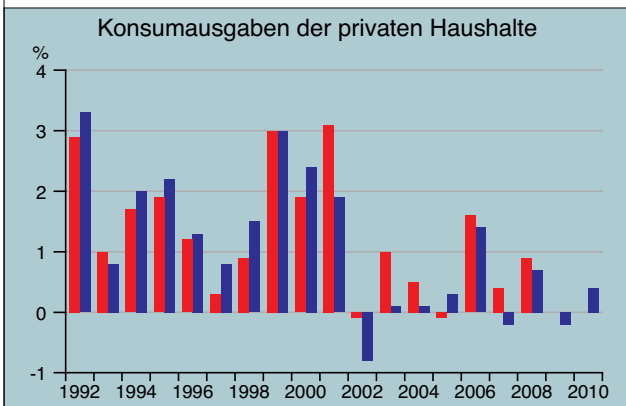
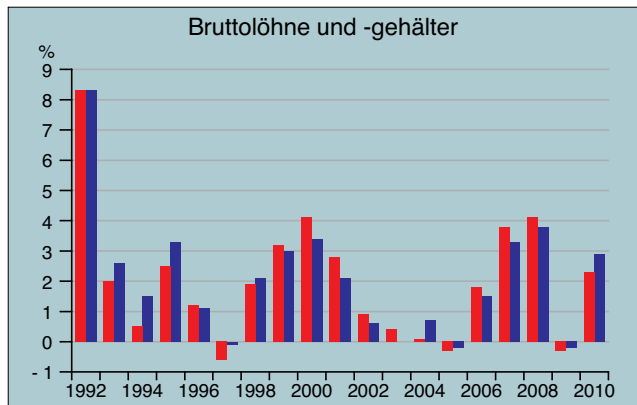
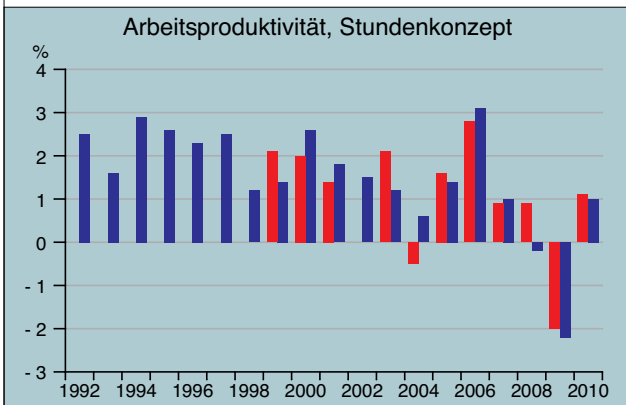
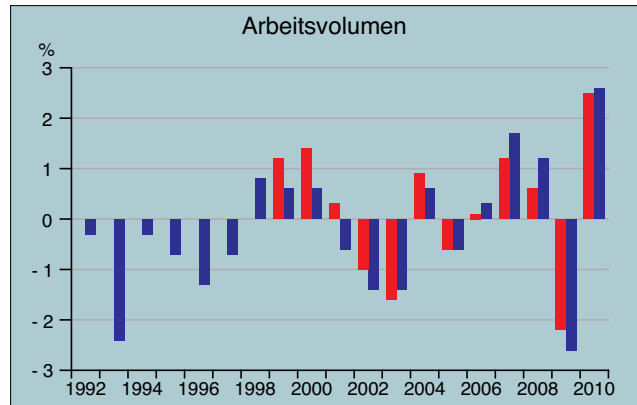
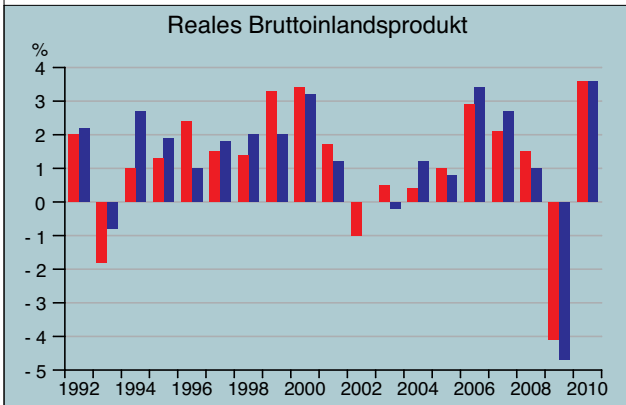
21) Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen.

Deutschland angewendet. Besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklungen am aktuellen Rand gerichtet. Der Vergleich zwischen Land und Bund²⁰⁾ kann jedoch nur eingeschränkt für den Zeitraum von 1991 bis 2010 erfolgen, da den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht die gleiche Datenbasis wie den nationalen VGR zur Verfügung steht bzw. erst mit einer zeitlichen Verzögerung. Dies hat zur Folge, dass für einige Aggregate am aktuellen Rand noch keine Länderergebnisse vorliegen. Weiterhin sind für das Arbeitsvolumen länderspezifische Resultate erst ab dem Jahr 1998 verfügbar. Bei der empirischen Darstellung ist allerdings deutlich zu machen, dass die oben vorgestellten Simulationsergebnisse nicht in Reinform auftreten können, da eine Volkswirtschaft von vielen weiteren Faktoren beeinflusst wird, die im oben vorgestellten Modell jedoch nicht enthalten sind.

Mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Immobilienbank Lehman Brothers am 15. September 2008 wurde eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst. Dieses Ereignis kann im Sinne des vorgestellten Modells als exogener Schock interpretiert werden. Die vergleichsweise starken Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP)²¹⁾ der Jahre 2006 und 2007 in Hessen und Deutschland – hier waren die kräftigsten Zuwächse seit dem Platzen der IT-Blase im Jahr 2001 festzustellen – setzten sich im Jahr 2008 nicht fort. Die Krise weitete sich im Jahr 2009 verstärkt auf die Realwirtschaft aus und löste die stärkste Rezession in der Nachkriegsgeschichte aus: Das preisbereinigte (BIP) nahm in Hessen um 4,1 % ab. Das Nachkrisenjahr war insbesondere von einem erstarkten Welthandel geprägt, der zum Großteil von den asiatischen Staaten getragen wurde. Im Jahr 2010 war in Hessen ein Anstieg der realen Wirtschaftsleistung von 3,6 % zu verzeichnen, dem stärksten seit der Vereinigung. Auf Bundesebene fiel der Rückgang im Jahr 2009 stärker aus (- 4,7 %). Die Veränderungsrate der Wirtschaftsleistung des Jahres 2010 war so hoch wie in Hessen (+ 3,6 %). Generell lässt sich festhalten, dass der höhere Anteil exportabhängiger Wirtschaftszweige im Bundesgebiet mit einer höheren Volatilität des BIP einhergeht. Damit reduziert der in Hessen deutlich stärker ausgeprägte Dienstleistungsbereich die Schwankungen der Wirtschaftsleistung.

Der Arbeitsmarkt blieb in Bezug auf die Erwerbstätigenzahlen in der Krise relativ stabil, starke Rückgänge blieben aus. Stattdessen nahm im Krisenjahr 2009 die Erwerbstätigkeit in Hessen um 0,2 % und im Jahr 2010 um 0,3 % zu und erreichte damit einen neuen Höchststand mit 3,131 Mill. Personen. Für diese Entwicklung waren vor allem institutionelle Faktoren ausschlaggebend, zum einen – neben der seit Mitte der Neunzigerjahre zunehmenden Arbeitszeitflexibilisierung – die Lohnzurückhaltung der Tarifparteien sowie zum anderen die

Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Hessen und Deutschland 1992 bis 2011
(Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. bei Realzins Basispunkte)



■ Hessen ■ Deutschland

Berechnungen nach ESVG 1995. Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank. Eigene Berechnungen. Berechnungsstand: März 2011.

Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005. Nach Änderungen institutioneller Rahmenbedingungen oder makroökonomischen Schocks vollziehen sich Anpassungen des Kapitalstocks und in deren Folge auch die Arbeitsnachfrage mit einer zeitlichen Verzögerung. Somit hatten die Reformen des Arbeitsmarktes oder der starke technologiegetriebene Aufschwung in den Jahren 1998 bis 2000 ihre Wirkung zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht in vollem Umfang entfaltet. Damit können angebotsseitige Faktoren die Stabilität des Arbeitsmarktes in der Krise erklären. Letztere war insbesondere nachfrageseitig, wie beispielsweise durch den starken Einbruch der Exporte, beeinflusst. Länger andauernde institutionelle und organisatorische Anpassungsprozesse des Arbeitsmarktes sowie der Gesamtwirtschaft beeinflussen über Konjunkturzyklen hinweg die Erwerbstätigenentwicklung. Diese Anpassungen setzen sich also im Hintergrund der Krise weiter fort und überlagern somit die konjunkturelle Situation²²⁾.

Eine weitere Arbeitszeitflexibilisierung wurde durch die Ausweitung der Kurzarbeit ermöglicht. Dies hatte zur Folge, dass das Arbeitsvolumen²³⁾ in Hessen im Jahr 2009 mit einem Minus von 2,2 % den stärksten Rückgang seit Beginn der Berechnungen auf der Ebene der Bundesländer im Jahr 1998 verzeichnete; damit konnte

22) Gartner, Hermann; Klinger, Sabine, „Verbesserte Institutionen für den Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise“, *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 90. Jahrgang, Heft 11, November 2010, S. 728–734.

23) Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Das Arbeitsvolumen umfasst die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit. Das Arbeitsvolumen ergibt sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen.

24) Die Arbeitsproduktivität bezeichnet das Verhältnis der preisbereinigten wirtschaftlichen Leistung, hier dargestellt anhand des realen Bruttoinlandsprodukts, zum Arbeitseinsatz. Dabei wird im vorliegenden Beitrag der Arbeitseinsatz mithilfe des Arbeitsvolumens gemessen.

25) Die Bruttolöhne und -gehälter (Verdienste) enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

26) Die theoretisch festgestellten zeitlich verschobenen Reaktionen der Bruttolöhne und -gehälter auf das reale BIP kann anhand von Quartalswerten für Deutschland empirisch besser gezeigt werden. Jedoch liegen auf Landesebene für diese Aggregate keine Quartalsergebnisse vor.

27) Als private Konsumausgaben werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie z. B. der Erwerb von Finanzdienstleistungen, indirekte Messung (Financial Intermediation Services, Indirectly Measured; FISIM), d. h. indirekte Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen. Weiterhin enthalten die privaten Konsumausgaben den Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und sogenannte Naturalentgelte für Arbeitnehmer (z. B. Deputate) sowie die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden. Ebenso war 2010, ausgelöst durch die stattdische Erholung der Wirtschaftsleistung, die größte Zunahme mit einem Plus von 2,5 % im Zeitablauf festzustellen. Bundesweit stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Jahr 2010 mit 2,6 % geringfügig stärker an, nachdem im Vorjahr der größte Einbruch (-2,6 %) seit der Vereinigung zu konstatieren war. Damit wird deutlich, dass das Arbeitsvolumen sich prozyklisch zum realen BIP verhält.

Ebenso wie modelltheoretisch abgebildet weist die Produktivität, hier dargestellt anhand der Arbeitsproduktivität nach dem Stundenkonzept²⁴⁾, eine mit der Wirtschaftsleistung prozyklische Entwicklung auf. Auch hier waren im Jahr 2009 die stärksten Rückgänge sowohl in Hessen als auch in Deutschland festzustellen. Im Jahr 2010 nahm die Stundenproduktivität in Hessen um 1,1 % und in Deutschland um 1,0 % zu. Da das Arbeitsvolumen sich im Jahr 2010 nicht wesentlich schlechter als das reale BIP entwickelte, fielen die Produktivitätszuwächse verglichen mit den Jahren 1994 bis 1997 bzw. 2000 oder 2006 relativ gering aus.

Bei den Bruttolöhnen und -gehältern²⁵⁾ zeigt sich in Bezug auf das reale BIP eine uneinheitliche Entwicklung: Prozyklische und antizyklische Phasen wechselten sich ab. Beispielsweise wiesen in den Jahren 1998 bis 2001 das reale BIP und die Verdienste einen parallelen Verlauf auf. Dagegen nahmen in den Jahren 1997 und 2005 in Land und Bund die Veränderungsraten der Bruttolöhne und -gehälter ab, während das reale BIP weiter anstieg. In den letzten beiden Jahren ist jedoch wieder eine gleichlaufende Entwicklung festzustellen. Einem Rückgang im Jahr 2009 folgte ein Anstieg im Jahr 2010. Damit bestätigt die Empirie die Theorie zum einen, dass kein eindeutiger Zusammenhang der beiden Aggregate festgestellt werden kann. Die modelltheoretisch gezeigte, zum Teil zeitlich nachlaufende Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, kann zum anderen exemplarisch im Jahr 2002 beobachtet werden, da hier das Wirtschaftswachstum in Hessen sich verringerte bzw. im Bundesgebiet stagnierte²⁶⁾. Auch führte die wirtschaftliche Schwäche- und Stagnationsphase der Jahre 2002 und 2003 erst im Jahr 2005 zu Einbußen bei den Verdiensten.

Die modelltheoretisch gefundene prozyklische Entwicklung der Konsumausgaben²⁷⁾ der privaten Haushalte mit dem realen BIP kann nur bedingt für die betrachteten Zeitreihen bestätigt werden. Beispielsweise zeigte sich in den Jahren 1994 bis 2001 ein weitgehend paralleler Verlauf. Dagegen wuchsen die privaten Konsumausgaben in Hessen im Jahr 2007 deutlich schwächer, obwohl die Verdienste stärker als im Vorjahr zunahmen. Im Jahr 2008 äußerte die Wirtschafts- und Finanzkrise erste Auswirkungen beim realen BIP. Aufgrund der zum Teil nachlaufenden Verdienstentwicklung nahmen die Brut-

tolöhne und -gehälter in Land und Bund noch zu, was sich ebenfalls in steigenden privaten Konsumausgaben niederschlug. In den letzten beiden Jahren kann für Deutschland – Länderergebnisse liegen für die privaten Konsumausgaben noch nicht vor – ein prozyklischer Verlauf festgestellt werden.

An der Konsumententwicklung der privaten Haushalte wird auch die Habit-Persistence-Hypothese deutlich. Da die Haushalte sich nur allmählich an neue Konsummöglichkeiten anpassen, versuchen sie daher, ihr Konsumniveau möglichst lange beizubehalten. Trotz der relativ hohen Verdienstzuwächse im Jahr 2010 wurden die privaten Konsumausgaben in Deutschland nur vergleichsweise wenig gesteigert. Umgekehrt nahm der private Konsum in den Jahren 1997 und 2005 trotz eines Rückgangs der Bruttolöhne und -gehälter zu. Dies liegt daran, dass es Positionen im Ausgabenportfolio der privaten Haushalte gibt, die bei Rückgängen des Einkommens kaum reduziert werden können, wie etwa die Ausgaben für Nahrungsmittel oder Wohnungsmieten. Im Jahr 2010 dagegen nahmen in Deutschland die privaten Konsumausgaben, das reale BIP und die Verdienste zu. Für Hessen liegen am aktuellen Rand noch keine Daten vor. Allerdings reichten die Zuwächse der Konsumausgaben der privaten Haushalte sowohl in Hessen (bis 2008) als auch in Deutschland nicht an die großen Raten der Jahre 1992, 1994 bis 1995 und 1999 bis 2001 heran. In diesen Jahren fiel das Wirtschaftswachstum deutlich geringer als in 2010 aus, bei einer zum Teil stärkeren Verdienstentwicklung. Aufgrund des beispiellosen Anstiegs der Wirtschaftsleistung und der Erwartung steigender Bruttolöhne und -gehälter müssten modelltheoretisch die privaten Konsumausgaben stärker zunehmen. In der Realität spielen hier jedoch Aspekte eine Rolle, die im Modell nicht abgebildet werden.

Handeln die privaten Haushalte – anders als in der Theorie angenommen – nicht rational? Doch. Sie erwarteten aufgrund der Prognosen eine zunehmende Wirtschaftsleistung. Der Verbraucherpreisindex stieg im Jahr 2009 verhältnismäßig gering an (Hessen: + 0,1 %, Deutschland: + 0,4 %). Im Nachkrisenjahr 2010 waren bereits höhere Kaufkraftverluste zu verzeichnen (Hessen: + 0,8 %, Deutschland: + 1,1 %). Aufgrund der expansiven Geldmengenpolitik der Europäischen Zentralbank kann erwartet werden, dass sich die Zunahme der Verbraucherpreise fortsetzen wird, was sich bereits

28) Hessisches Statistisches Landesamt (Herausgeber): „Konjunkturprognose Hessen 2011“, November 2010; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Herausgeber): Herbstgutachten 2010, Oktober 2010. Im Frühjahrsgutachten 2011 wurde für Deutschland die Prognose auf 2,8 % nach oben korrigiert. Für Hessen liegt jedoch keine revidierte Prognose vor, da diese nur einmal jährlich erstellt wird.

29) Zu den Determinanten des privaten Konsums sowie einer Darstellung der Beweggründe für das Sparen siehe: Donhauser, Stefan, „Welche Faktoren beeinflussen die Konsumausgaben der privaten Haushalte?“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 8, August 2010, S. 229 ff.

in der Entwicklung der Monate bis Mai 2011 zeigt. Auch kann angenommen werden, dass die privaten Haushalte finanzpolitische Entscheidungen antizipieren. Eine angekündigte und diskutierte große Steuerreform wurde mehrfach verschoben. Stattdessen fanden nur kleine Änderungen im Steuersystem mit nur geringen Auswirkungen auf die Nettoeinkommen statt; davon kann auch zukünftig ausgegangen werden. Aufgrund der Rettungspakete im Zusammenhang mit der Euro-Krise und der erwarteten Ausfälle bei den Steuereinnahmen weitete sich die Wirtschafts- und Finanzkrise zur Fiskalkrise aus. Die öffentlichen Haushalte werden daher vor große Herausforderungen gestellt. Daher erwarten die privaten Haushalte zunehmende Belastungen, die dazu führen, dass der Konsum nicht in dem Maß wie die Verdienste ausgeweitet werden kann. Beispielsweise kann hier die ab dem 1. Januar 2011 eingeführte Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung angeführt werden sowie die zu erwartenden höheren Stromkosten aufgrund der Energiewende. Auch gehen die Prognosen für das Jahr 2011 davon aus, dass sich die Dynamik des Wirtschaftswachstums abschwächt: Für Hessen und Deutschland wurde im Herbst 2010 ein Plus von jeweils 2,0 % erwartet²⁸⁾. Inwieweit hiervon stärkere Impulse auf die Verdienste ausgehen, die zu einer Zunahme der Konsumneigung führen, bleibt abzuwarten. Weiterhin kann angenommen werden, dass aufgrund eines vermehrten Vorsorge- und Vorsichtsparens – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – zukünftig der private Konsum zwar stabilisierend auf das reale BIP wirken wird, als Wachstumsträger wird er jedoch nicht fungieren können²⁹⁾.

In den Jahren 1999 und 2000 wuchs das reale BIP in Hessen um 3,3 bzw. 3,4 %. In diesen beiden Jahren leisteten die Konsumausgaben der privaten Haushalte einen Wachstumsbeitrag von 1,5 bzw. 0,9 Prozentpunkten zum preisbereinigten Wirtschaftswachstum. Damit wird deutlich, dass – in den beiden wachstumsstärksten Jahren seit 1991 – der private Konsum nicht einmal die Hälfte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug. Ebenso trugen auf Landesebene am aktuellen Rand die privaten Konsumausgaben nur wenig zum Anstieg des realen BIP bei (2006: 0,8; 2007: 0,2; 2008: 0,4 Prozentpunkte). Aufgrund der relativ spät zur Verfügung stehenden Basisdaten können für Hessen keine aktuelleren Ergebnisse bereit gestellt werden. Deutschlandweit ergab sich aber ein ähnliches Bild; auch hier gingen in der Mehrzahl der Jahre von den privaten Konsumausgaben keine kräftigeren Wachstumsimpulse aus. Im Jahr 2006, das mit einem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung von 3,4 % das wachstumsstärkste seit der Vereinigung markierte, lag der Wachstumsbeitrag des privaten Konsums bei 0,8 Prozentpunkten. Aktuell (2010) trug in Deutschland der private Konsum 0,2 Prozentpunkte zum gesamtwirt-

schaftlichen Wachstum von 3,6 % bei. Im Krisenjahr 2009 wirkte der Wachstumsbeitrag von - 0,1 Prozentpunkten stabilisierend auf das reale BIP, nicht zuletzt, da auch die Bruttolöhne und -gehälter nicht stärker abgenommen hatten. Weitaus kräftigere Wachstumsimpulse gingen im Jahr 2010 von den Konsumausgaben des Staates (+ 0,5 %), den Bruttoinvestitionen (+ 1,7 %) und dem Außenbeitrag (+ 1,1 %) aus. Damit wird deutlich, dass – dies gilt nicht nur für die Betrachtung am aktuellen Rand – neben der Auslandsnachfrage auch die Unternehmensinvestitionen als Schwungrad für das Wirtschaftswachstum fungierten.

Aus der Theorie realer Konjunkturzyklen wurde abgeleitet, dass sich die Investitionen, empirisch dargestellt anhand der preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen³⁰⁾, prozyklisch zum Output verhalten. Dies trifft für Deutschland zu. Für Hessen kann allenfalls für einzelne zeitliche Abschnitte ein prozyklisches Verhalten der Bruttoanlageinvestitionen festgestellt werden, wie etwa in den Jahren 1997 bis 1999. Auf kleinräumiger Ebene ist die Investitionstätigkeit von einer deutlich höheren Volatilität als auf Bundesebene geprägt. Dies liegt vor allem daran, dass regionale Großprojekte die Entwicklung eines Landes bestimmen. In Hessen sind in den Jahren 2005 sowie von 2007 bis 2008 deutlich größere Zunahmen bei den Bruttoanlageinvestitionen als in Deutschland festzustellen. Bemerkenswert ist auch im Jahr 2008, dass trotz einer Abschwächung der Veränderungsrate des realen BIP die Bruttoanlageinvestitionen in Hessen weiter zunahm. In den Jahren 2007 und 2008 wurde in den Ausbau des Frankfurter Flughafens investiert. Der Investition ging eine mehrjährige Phase der Ausbauplanung und eine damit verbundene Bereitstellung finanzieller Mittel voraus. Damit erklärt sich, warum sich Investitio-

30) Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Erwerb von dauerhaften und reproduzierbaren Produktionsmitteln sowie selbst erstellte Anlagen und größere Wert steigende Reparaturen. Es werden auch gewisse Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern berücksichtigt, insbesondere erhebliche Verbesserungen an Grund und Boden (z. B. Trockenlegung von Marschland etc.). Militärische Anlagen werden berücksichtigt, soweit sie zivil nutzbar sind. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Die Bruttoanlageinvestitionen setzen sich aus dem Erwerb neuer Anlagen und dem Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen zusammen. Da ein vollständiger Nachweis der Transaktionen mit gebrauchten Anlagen zwischen den investierenden Wirtschaftsbereichen mangels statistischer Unterlagen nicht möglich ist, können die Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen nur auf Grundlage neuer Anlagen dargestellt werden.

31) Der jahresdurchschnittliche Bestand an Bruttoanlagevermögen in Preisen von 2000 wird als Kapitalstock bezeichnet. Er wird als Mittelwert aus dem Jahresanfangsbestand des Berichtsjahres und dem Jahresanfangsbestand des folgenden Jahres berechnet. Diese Größe wird als Maß für den Einsatz des Produktionsfaktors Kapital im Produktionsprozess verwendet.

32) Der Realzins bezeichnet den Zinssatz, der die Verzinsung angibt unter Berücksichtigung der Preisveränderungsrate. Als Nominalzins wird im vorliegenden Beitrag die Rendite von Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren bezeichnet. Diese Rendite wurde mit dem Verbraucherpreisindex für Deutschland preisbereinigt. Da die Rendite der Bundesanleihen deutschlandweit einheitlich ist, wurden keine Realzinsen für Hessen berechnet.

nen auf Länderebene anders als die Wirtschaftsleistung entwickeln und von ihr abkoppeln können; darüber hinaus spielen auch noch andere Faktoren eine Rolle, wie etwa das Vorziehen oder Hinauszögern von Baumaßnahmen. Diese Länderpezifika schlagen sich jedoch nicht in der Bundesentwicklung nieder. Daher kann es zwischen Bund und Land zu stark divergierenden Entwicklungen der Investitionstätigkeit kommen.

Die oben festgestellte träge Reaktion des Kapitalstocks³¹⁾ auf konjunkturelle Schwankungen kann empirisch bestätigt werden. Im Beobachtungszeitraum zeigt sich in den meisten Jahren eine relativ parallele Entwicklung der Zuwachsraten in Land und Bund. Die geringsten Zuwächse waren in Hessen im Jahr 2004 (+ 1,2 %) und in Deutschland im Jahr 2005 (+ 1,4 %) festgestellt worden. Dies war auf negative Veränderungsrate der Bruttoanlageinvestitionen in den Jahren 2002 und 2003 zurückzuführen. Das rückläufige Investitionsverhalten der Unternehmen war allerdings die Folge des Platzens der IT-Blase im Jahr 2001 und damit des starken Nachlassens des technologiegetriebenen Wachstums am Ende der Neunzigerjahre. Während die Wirtschaftsleistung in Hessen im Jahr 2002 um 1 % abnahm, war auf Bundesebene eine Stagnation festzustellen. Im Folgejahr reduzierte sich das Wirtschaftswachstum im Deutschland geringfügig um 0,2 %, während es in Hessen mit 0,5 % moderat anstieg. Im Jahr 2008 stieg der Kapitalstock in Hessen geringfügig stärker als in Deutschland an, was auf die deutlich größere Zunahme bei den Bruttoanlageinvestitionen zurückgeführt werden kann. Diese gesamtwirtschaftliche Entwicklung schlug sich in rückläufigen Bruttoanlageinvestitionen und einer zeitlich verzögerten Wachstumsabschwächung des Kapitalstocks von 2 Jahren nieder.

Dieser Time-lag kann auch am aktuellen Rand beobachtet werden. Allerdings liegen hier nur Ergebnisse für das Bundesgebiet vor. Im Jahr 2008 erreichte der Kapitalstock seine höchste Zuwachsrate seit dem Jahr 2001. Dem war im Jahr 2006 der stärkste Anstieg des realen BIP seit dem Jahr 2000 vorangegangen. Umgekehrt zeigte sich auf Bundesebene nach der Stagnation der Wirtschaftsleistung im Jahr 2002 und der Abnahme des realen BIP im darauffolgenden Jahr, dass sich diese Entwicklungen auf den Kapitalstock erst in den Jahren 2004 und 2005 niederschlugen, ebenso mit einer Verschiebung von zwei Jahren.

Eine weitere Folge nach dem Abklingen des IT-Booms war auch ein Rückgang der Realzinsen³²⁾. Während im Jahr 2001 der Realzins noch bei 2,4 % lag, nahm er bis zum Jahr 2004 auf 0,4 % ab. Diese niedrigen Zinsen führten ab dem Jahr 2005 zu einer Ausweitung der Investitionstätigkeit in Land und Bund, nachdem hier 2 Jahre der Stagnation vorausgegangen waren. Infolge eines Wachstums des realen BIP, das 2006 und 2007 sowohl in

Hessen als auch in Deutschland über 2 % lag, stieg das Realzinsniveau an. Gleichzeitig erhöhte sich auch das Preisniveau. Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöhte infolge dieser Entwicklung die Leitzinsen. Hintergrund der Zinserhöhungen war, dass infolge steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise Effekte auf das Lohn- und Preissetzungsverhalten ausgeschlossen werden sollten. Gleichwohl waren in den Jahren 2007 und 2008 in Hessen und Deutschland Zuwächse der Bruttolöhne und -gehälter zu verzeichnen, die jeweils über 3 % lagen. Dies war Ausdruck sowohl eines Aufholeffektes infolge der Lohnzurückhaltung der Jahre zuvor, als auch die Partizipation am Wirtschaftsaufschwung einerseits und des gestiegenen Preisniveaus andererseits. Gleichwohl war ein deutlich stärkeres Wachstum der Unternehmens- und Vermögenseinkommen als der Bruttolöhne und -gehälter zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen führten zu einem Anstieg der Realzinsen in den Jahren 2006 und 2007. Im Jahr 2008 kehrte sich diese Entwicklung um. Der Verbraucherpreisindex nahm im Jahr 2008 in Deutschland um 2,6 % zu (Hessen: + 2,8 %). Per Saldo sanken die Realzinsen durch die Leitzinssenkungen der EZB. Diese wurden durch die Pleite von Lehman Brothers ausgelöst. Nach dem Konkurs der Immobilienbank kam es zu großen Unsicherheiten und Vertrauensverlusten auf den Interbanken-Geldmärkten. Auf dem Interbanken-Geldmarkt handeln die Kreditinstitute untereinander mit Guthaben bei der Zentralbank. Dies dient dem Ausgleich unvorhergesehener täglicher Schwankungen im Bargeldbedarf der Banken und der Überbrückung von absehbaren Liquiditätsengpässen bzw. -überschüssen. Durch das Misstrauen der Banken untereinander bezüglich ihrer Bonität und Liquidität kam es weltweit zu einem Zusammenbruch der Interbanken-Geldmärkte. Dies führte dazu, dass die Banken über diese Märkte weder Geld aufnehmen noch kurzfristig anlegen konnten. Dadurch blieb den Zentralbanken keine andere Wahl, als selbst an die Stelle der Interbanken-Geldmärkte zu treten, um das Finanzsystem vor einem Zusammenbruch zu bewahren und die Liquidität der Kreditinstitute zu sichern. Die Folge waren rückläufige Leitzinsen, die mit einer starken Zunahme der Geldmenge auf den Geldmärkten verbunden waren.

Die Jahre 2009 und 2010 waren sowohl von sinkenden Leitzinsen als auch von einer historisch niedrigen Entwicklung der Verbraucherpreise gekennzeichnet. Der Verbraucherpreisindex nahm in Hessen im Jahr 2009 um 0,1 % und im Folgejahr um 0,8 % zu. Auf Bundesebene lag der Anstieg jeweils um 0,3 Prozentpunkte höher. Im Jahr 2010 war der Realzins sogar negativ. Zusammen mit der V-förmigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung

33) Vgl. Neumann, Manfred, „Theoretische Volkswirtschaftslehre I. Makroökonomik: Beschäftigung, Inflation und Zahlungsbilanz“, München, 1996, 5. Auflage, S. 190 f.

führte dies zu einem starken Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland von 5,5 %. Da seitens der EZB derzeit die lockere Zins- und Geldpolitik beibehalten wird und gleichzeitig ein steigendes Preisniveau beobachtet wird, ist mit einem weiterhin negativen Realzins zu rechnen. Davon könnten die Konsumausgaben der privaten Haushalte profitieren. Positive Impulse könnten auch auf die Bruttoanlageinvestitionen und mit einer zeitlichen Verzögerung auf den Kapitalstock ausgehen.

Die Höhe des Realzinses bestimmt die Investitionen. Dabei sind die Investitionen umso höher, je niedriger die Zinsen sind und umgekehrt. Wie bereits ausgeführt, weisen die Bruttoanlageinvestitionen auf Länderebene einen sehr volatilen Verlauf auf, der durch Sondereinflüsse geprägt ist, sodass für Hessen hier keine klaren Muster identifizierbar sind. Beispielsweise bewegte sich das reale Zinsniveau in den Jahren 2004 und 2005 bei 0,4 bzw. 0,6 %. Diese niedrigen Zinsen führten nach einer zeitlichen Verzögerung in den Jahren 2006 bis 2008 in Deutschland zu deutlichen höheren Veränderungsraten der Bruttoanlageinvestitionen. In Hessen waren dagegen starke Investitionsanstiege im Jahre 2005 und 2007 bis 2008 sowie eine Stagnation im Jahr 2006 festzustellen. Andererseits führten die vergleichsweise hohen Realzinsen in den Jahren 2000 und 2001 von 2,7 bzw. 2,4 % in Hessen in den Jahren 2002 und 2003 und in Deutschland von 2001 bis 2004 zu rückläufigen Investitionen in Anlagen und Bauten. Insgesamt kann der negative Zusammenhang von Realzins und Bruttoanlageinvestitionen im Allgemeinen für Deutschland bestätigt werden.

Es kann festgehalten werden, dass sich die Realzinsen prozyklisch zum realen BIP verhalten, dabei aber eine Verschiebung von einem Jahr aufweisen. Damit kann sowohl im Modell als auch in der Empirie der sogenannte Keynes-Effekt³³⁾ beobachtet werden: Die makroökonomische Güternachfrage sinkt mit dem Preisniveau. Nun ist in der vorgestellten Theorie das Preisniveau nicht explizit modelliert, aber es ist im Realzins implizit enthalten. Die Ableitung des Keynes-Effekts kann folgendermaßen erfolgen. Je höher das Preisniveau ist, desto geringer ist das reale Geldangebot. Daher muss der Realzins umso höher sein, damit das Geldangebot und die Geldnachfrage ausgeglichen werden. Je höher der Zins ist (2001, 2002), umso geringer fällt zeitlich verzögert die Investitionsnachfrage (2002, 2003) aus. Mit der Investitionsnachfrage geht auch die Gesamtnachfrage (Abnahmen des realen BIP bzw. Stagnation in den Jahren 2002 und 2003) zurück. Damit ist über diesen Zusammenhang das Geldangebot positiv mit dem Produktionsniveau verknüpft.

Fazit und Ausblick

Zentrale Aspekte der Theorie realer Konjunkturzyklen sind die modellhafte Ausblendung monetärer Effekte,

die starke mikroökonomische Fundierung und die Annahme, dass sich die Akteure einer Volkswirtschaft rational verhalten. Aufgrund dieser Rationalität passen sich die Individuen optimal an exogene Veränderungen an. Die im vorliegenden Beitrag modelltheoretisch entwickelten stilisierten Muster lassen sich im Allgemeinen durch die Ergebnisse der Realität bestätigen. Vor dem Hintergrund der Einfachheit des Modells und der Anwendung auf Jahresdaten, da unterjährige Ergebnisse auf Ebene der Bundesländer nicht vorliegen, kann die Anpassung der Empirie an die Theorie mit Einschränkungen als ausgesprochen gut bezeichnet werden. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die meisten Aggregate einen prozyklischen Verlauf zum realen BIP aufweisen. Dies gilt vor allem für das Arbeitsvolumen, das schnell auf Anpassungen des gesamtwirtschaftlichen Outputs reagiert. Auch zeigen die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Konsumausgaben der privaten Haushalte eine prozyklische Entwicklung, jedoch mit einer zeitlichen Verzögerung, die mit den Rigiditäten des Arbeitsmarktes bzw. nur einer allmählichen Anpassung der Konsumgewohnheiten zusammenhängen. Weiter-

34) Pytlarczyk, Ernest, „An estimated DSGE model for the German economy within the euro area“, Deutsche Bundesbank, Discussion Paper, No. 33, 2005. Die Erweiterungen des im vorliegenden Beitrag vorgestellten Modells, das im Ergebnis aus 8 Gleichungen bzw. Aggregaten und einem Schock besteht, sind mit einer deutlich verbesserten Realitätsnähe, aber auch einer erhöhten Komplexität verbunden. Die spanische Notenbank attestiert ihrem DSGE-Modell eine mittlere Größe, das insgesamt 82 Gleichungen und 10 verschiedene exogene Schocks aufweist. Burriel, Pablo; Fernández-Villaverde, Jesús; Rubio-Ramírez, Juan F., „MEDEA: a DSGE model for the Spanish economy“, SERIEs – Journal of the Spanish Economic Association, 1/2010, S. 175–243.

hin kann festgehalten werden, dass von den privaten Konsumausgaben stabilisierende Wirkungen auf das reale Wirtschaftswachstum ausgehen; wachstumsbestimmend sind diese jedoch nicht. Deutlich stärkere Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Leistung liefern der Außenbeitrag und die Bruttoinvestitionen.

Die in diesem Beitrag vorgestellte Theorie realer Konjunkturzyklen stellt eine Basisvariante dieses Modells dar. Insbesondere in der letzten Dekade hat dieses Modell verschiedene Weiterentwicklungen erfahren. Dabei wurden die recht restriktiven Annahmen abgeschwächt und eine realitätsnähere Modellierung vorgenommen. So wurden neben außenwirtschaftlichen Beziehungen und damit auch Wechselkurse, der Staat als fiskalpolitischer sowie die Notenbank als geldpolitischer Akteur in die Modellbildung aufgenommen. Insbesondere Zentralbanken haben derartige Modelle als analytische Instrumentarien entwickelt, um die Auswirkungen wirtschafts- und geldpolitischer Interventionen unter Berücksichtigung vorausschauender Erwartungen der Marktteilnehmer simulieren, untersuchen und prognostizieren zu können. Für derartige Modelle ist das angelsächsische Akronym DSGE gebräuchlich geworden („Dynamic Stochastic General Equilibrium“ Models)³⁴. Mit dieser Bezeichnung wird deutlich, dass trotz der Ergänzung der Theorie realer Konjunkturzyklen um die ursprünglich fehlenden monetären Aspekte einer Volkswirtschaft die Grundidee – also die Modellierung einer dynamischen Volkswirtschaft, die von exogenen Faktoren zufällig beeinflusst wird – erhalten blieb.

150 Jahre amtliche Statistik in Hessen

Im Januar 2011 konnte die amtliche Statistik in Hessen auf eine 150-jährige Geschichte zurückblicken. Ende 1860 erfolgte die Genehmigung des Großherzogs von Hessen zur Schaffung der „Centralstelle für die Landes-Statistik“; die entsprechenden Dekrete datieren auf den 8. Januar 1861. Dies war das erste Statistische Amt auf hessischem Boden. Die anderen Gebiete, die nach dem

desstatistisches Amt“ – ging im Januar 1946 aufgrund einer Organisationsanweisung der amerikanischen Militärregierung im Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) mit Sitz in Wiesbaden auf.

Wenn man sich das Arbeitsprogramm und die Anforderungen an die heutige amtliche Statistik ansieht, so lässt sich unschwer ein deutlicher Wandel feststellen: Die statistischen Methoden wurden im Laufe der Zeit immer weiter verfeinert, und das Arbeitsprogramm musste laufend an die sich ändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse angepasst werden. Es lag nahe, den skizzierten Wandel zum Thema einer Veranstaltung zum 150-jährigen Jubiläum der amtlichen Statistik in Hessen



Auf dem Podium (v.l.n.r.) Prof. Dr. Gert G. Wagner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin und Vorsitzender des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten; Walter Radermacher, Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Union; Dr. Hans Joachim Haß, Leiter der Abteilung „Wirtschafts- und Industriepolitik“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. sowie Eckart Hohmann, Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Zweiten Weltkrieg im neu gegründeten Land Hessen zusammengefasst wurden, waren Gebiete ohne ein landesstatistisches Amt. Die in Darmstadt angesiedelte Zentralstelle – im Jahr 1929 umbenannt in „Hessisches Lan-

zu machen. Am 5. April 2011 fand ein Kolloquium zum Thema „Statistik in der Wissensgesellschaft – Forderungen, Best Practice, Vision“ im Wiesbadener Kurhaus statt, bei dem namhafte Redner aus den Bereichen Statistik, Finanzwelt und Wissenschaft miteinander über die Zukunft der amtlichen Statistik aus ihrer Perspektive diskutierten. In Anwesenheit des Chefs der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, zahlreicher hochrangiger Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie der Belegschaft wurde das Kolloquium mit einer Moderation durch den Präsidenten des HSL, Eckart Hohmann zu einer erfolgreichen und interessanten Veranstaltung. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten würdigte der Chef der Staatskanzlei in seiner Ansprache die Leistungen des Amtes und die Bedeutung der amtlichen Statistik für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft und eröffnete im Anschluss das Kolloquium. Es folgte ein Grußwort des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler. Zum Themenblock „Forderungen“ referierten Dr. Aurel Schubert, Generaldirektor des Bereichs „Statistik“



Ebenfalls als Referenten auf dem Podium vertreten (v.l.n.r.): Dr. Aurel Schubert, Generaldirektor des Bereichs „Statistik“ der Europäischen Zentralbank; Prof. Dr. Petra Stanat von der Humboldt-Universität Berlin und Direktorin des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, sowie Eckart Hohmann, Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes.



Blick in die Runde der geladenen Gäste. In der ersten Reihe drei der Referenten (v.l.n.r.): Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes; Walter Radermacher, Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Union sowie Dr. Hans Joachim Haß, Leiter der Abteilung „Wirtschafts- und Industriepolitik“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

„Anforderungen an die amtliche Statistik vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise“) und Prof. Dr. Petra Stanat von der Humboldt-Universität Berlin und Direktorin des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen („Stand der Bildungsdatenbasis und Verbesserungspotenziale“). Zum Thememblock „Best Practice“ trug Dr. Hans Joachim Haß, Leiter der Abteilung „Wirtschafts- und Industriepoli-

itik“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V., vor („Flexibilisierungs- und Modernisierungsbedarf der amtlichen Statistik sowie Benchmarking der amtlichen Statistik in der EU“). Der Themenblock „Vision“ wurde mit Vorträgen von Walter Radermacher, Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Union („Europa: Zahlen zählen – Zukünftige Statistikproduktion im Europäischen Statistischen System“), von Prof. Dr. Gert G. Wagner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin („Verbesserungspotenziale im föderalen Statistiksistem in Deutschland sowie im Verhältnis der amtlichen Statistik zur Wissenschaft“) sowie von Eckart Hohmann, Präsident des HSL, („Evidenzbasierung des Statistiksystems in Deutschland“) gestaltet. Im Anschluss an das Kolloquium fand auf Einladung des Hessischen Ministerpräsidenten ein Empfang im Foyer des Kurhauses statt.

Eine ausführliche Berichterstattung über das Kolloquium wird in einer der nächsten Ausgaben von „Staat und Wirtschaft in Hessen“ erscheinen.

Siegfried Bayer

Tel.: 0611 3802-804

E-Mail: sbayer@statistik-hessen.de

Vierte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS4) startet im September 2011

Lernen im Erwachsenenalter gewinnt an Bedeutung: Die zunehmende Alterung der Bevölkerung und der schnelle technologische und wirtschaftliche Wandel führen zu einem erhöhten Weiterbildungsbedarf. Das gilt zum einen für den Einzelnen, um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein, zum anderen sind aber auch Unternehmen gefordert, ihre Beschäftigten kontinuierlich weiterzuqualifizieren, um unter den sich ändernden Bedingungen den Fachkräftebedarf zu decken und wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach Daten über die betriebliche Weiterbildung in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Während die Ausbildung an Schulen und Hochschulen sowie die Erstausbildung in Betrieben durch die amtlichen Statistiken gut abgebildet werden, werden zur Weiterbildung nur partiell Erhebungen durchgeführt. Beispielsweise bereitet das Hessische Statistische Landesamt (HSL) Daten des Hessischen Volkshochschulverbandes zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung an den Volkshochschulen auf und veröffentlicht diese. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik werden von den Kammern Angaben zu den Fortbildungs-, Umschulungs- und Ausbildereignungsprüfungen gemeldet. Ein weiteres Beispiel ist die Erhebung an den Fachschulen als Bestandteil der Schulstatistik.

Zur Erfassung von Weiterbildungsaktivitäten in Unternehmen wird in den Mitgliedstaaten der EU alle 5 Jahre die CVTS (Continuing Vocational Training Survey) durchgeführt. Die CVTS bezieht sich auf die Weiterbildungsaktivitäten, bei denen es sich um vorausgeplantes, organisiertes Lernen handelt, das vollständig oder teilweise von Unternehmen finanziert wird. Dazu zählen zum einen Lehrveranstaltungen wie Lehrgänge und Kurse, die zur Weiterbildung im engeren Sinne gehören. Zum anderen bezieht die CVTS andere Formen der Weiterbildung, wie Lernen am Arbeitsplatz, Informationsveranstaltungen und Jobrotation, in die Befragung ein. Von den Unternehmen mit Lehrveranstaltungen werden weitere Informationen zu den Teilnehmenden und den Teilnahmestunden erhoben. Ferner beinhaltet die Erhebung allgemeine Fragen zur Unternehmensstruktur. Auch Angaben von Unternehmen, die nicht weiterbilden, werden im Rahmen der CVTS erhoben,

1) Statistisches Bundesamt: Berufliche Weiterbildung in Unternehmen, Dritte europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3), Wiesbaden 2008.

und es wird nach den Gründen gefragt, warum es keine entsprechenden Angebote gibt. Wichtige **Ergebnisse für Deutschland** aus der letzten CVTS, die 2006 durchgeführt wurde, waren:

- Deutschlandweit bildeten 2005 etwa 69 % aller Unternehmen ihre Beschäftigten weiter. Falls es kein Weiterbildungsangebot gab, lag das in mehr als drei Viertel der Fälle daran, dass die Fähigkeiten der Beschäftigten dem Bedarf entsprochen haben.
- Während im Kredit- und Versicherungsgewerbe alle Unternehmen eine betriebliche Weiterbildung anboten, traf das im Gastgewerbe nur auf jedes zweite Unternehmen zu.
- Auch die Unternehmensgröße hatte einen Einfluss auf ein Weiterbildungsangebot. Mit zunehmender Anzahl der Beschäftigten steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden. Von den Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten führten 61 % Weiterbildungsmaßnahmen durch, während dieser Anteil bei den Unternehmen mit 1000 oder mehr Beschäftigten bei 97 % lag.
- Lehrveranstaltungen boten 54 % der Unternehmen an. Daran nahmen im Durchschnitt 39 % der Beschäftigten teil. Darunter wies die Altersgruppe der über 55-Jährigen mit 27 % eine relativ geringe Beteiligungsquote auf.
- Ferner nahmen eher Männer als Frauen an Lehrveranstaltungen teil: Der Teilnahmequote der männlichen Beschäftigten von 41 % stand die ihrer Kolleginnen von 35 % gegenüber.
- Im Durchschnitt lagen die Teilnahmestunden an Lehrveranstaltungen je Teilnehmer bei 30 Stunden. Etwa zwei Drittel der Teilnahmestunden entfielen auf interne Maßnahmen. Ein Drittel der Teilnahmestunden sind externen Trägern zuzuordnen. In diesen Fällen sind nicht die Unternehmen, sondern die externen Träger für die Organisation und Konzeption der Veranstaltung zuständig.
- Die meisten Teilnahmestunden entfielen mit gut 16 % auf den Themenbereich „Persönlichkeitsentwicklung/Qualitätsmanagement“, gefolgt von „EDV“ und „Technik/Produktion“ (jeweils 14 %).
- Etwa zwei Drittel der Unternehmen boten andere Formen der Weiterbildung an. Dazu gehörten v. a. das Ausrichten von Informationsveranstaltungen (58 %) und geplante Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz (48 %)¹⁾.

Bei der CVTS handelt es sich um eine Erhebung, die in einer europäischen Rechtsgrundlage geregelt ist. An der CVTS3 beteiligten sich die EU27-Staaten und Norwegen, sodass europaweit ein Vergleich der betrieblichen

Weiterbildung ermöglicht wird. Ausgewählte Ergebnisse spiegeln wider, dass die Weiterbildungssituation in Unternehmen sich zwischen den **europäischen Staaten** stark unterscheidet:

- In Dänemark, Österreich, Großbritannien und Norwegen boten mehr als 80 % aller Unternehmen Weiterbildungsmaßnahmen an. In Bulgarien und Griechenland lag der Anteil hingegen bei unter 30 %.
- In Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Finnland und Schweden führten mehr als 70 % aller Unternehmen Lehrveranstaltungen durch. Schlusslicht war hier Bulgarien mit 21 %.
- In Bulgarien boten auch nur 24 % der Unternehmen andere Formen der Weiterbildung an. Der Anteil war nur in Griechenland mit 13 % geringer. Spitzenreiter war hier Großbritannien: In 86 % der Unternehmen wurden andere Formen der Weiterbildung durchgeführt.
- Die Teilnahmequoten an Lehrveranstaltungen war auch in den Unternehmen, die diese anboten, unter-

2) Eurostat: Datenbank Weiterbildung, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/data/database>, abgerufen am 12.04.2011.

schiedlich: Sie reichten von 23 % in Ungarn bis zu 67 % in der Tschechischen Republik²⁾.

Um die erhobenen Daten zur betrieblichen Weiterbildung zu aktualisieren, findet ab September 2011 die CVTS4 statt. Es handelt sich um eine Stichprobenerhebung; deutschlandweit sollen etwa 11 000 Unternehmen befragt werden. Grundlage der Ziehung ist das statistische Unternehmensregister. Es werden Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten aus allen Branchen – außer der Land-/Forstwirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, dem Militär und dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen – einbezogen. In Hessen wird das HSL rund 900 Unternehmen die Erhebungsunterlagen zusenden. Für die Beantwortung wird erstmals eine Online-Meldung angeboten. Alternativ kann, wie in den letzten Erhebungen, der Papierfragebogen verwendet werden. Die Ergebnisse der CVTS4 sollen Ende 2012 veröffentlicht werden.

Ulrike Schedding-Kleis

Tel.: 0611 3802-338

E-Mail: uscheddingkleis@statistik-hessen.de

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁶⁾ 2005 = 100	Verbraucherpreisindex ⁷⁾ 2005 = 100	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ⁹⁾¹¹⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁹⁾	
	insgesamt	Inland	Ausland									Beschäftigte
Grundzahlen ¹²⁾												
2007 D	107,6	103,3	111,5	355 609	108,4	23 277	97,7	103,6	236 162	8,6	32 412	4 000
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 084	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,0	107,5	198 790	7,2	30 821	31 737
2010 März	118,8	106,7	129,7	336 597	103,6	22 997	104,4	107,4	212 494	7,7	25 356	56 780
1. Vj. D	106,7	95,3	117,0	336 282	88,7	22 853	92,0	107,0
April	104,0	94,8	112,2	336 526	78,4	23 133	98,1	107,3	207 137	7,5	27 144	38 772
Mai	98,4	90,2	105,7	336 571	107,3	23 278	96,8	107,3	199 150	7,2	29 510	31 437
Juni	111,4	103,6	118,3	337 632	125,3	23 162	97,6	107,3	195 338	7,1	31 923	25 279
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	97,5	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	98,9	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	94,5	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	99,0	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,5	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,9	107,5	183 009	6,6	35 643	14 391
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,2	107,6	181 571	6,6	35 059	13 089
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,5	108,8	183 987	6,7	33 210	16 779
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,2	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	90,9	108,3	201 249	7,3	31 445	...
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	89,3	108,9	198 446	7,2	34 081	...
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	102,2	109,3	191 975	6,9	36 028	...
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	94,1	108,8
April	105,6	97,6	112,8	347 781	118,0	24 347	104,0	109,6	187 461	6,8	37 025	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2007 D	6,0	3,0	8,7	1,6	6,4	0,7	- 2,8	2,2	- 16,9	.	18,2	- 0,7
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,8	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2010 März	31,4	33,7	29,7	- 3,9	- 22,8	1,7	8,1	0,8	- 2,8	.	- 0,5	- 29,1
1. Vj.	23,9	21,4	25,8	- 4,6	- 5,9	1,2	2,1	0,6
April	26,8	32,0	23,0	- 3,4	- 29,8	0,7	- 1,7	0,8	- 6,6	.	10,8	- 57,3
Mai	19,1	25,5	14,6	- 3,0	10,8	1,9	2,3	0,8	- 7,2	.	20,3	- 65,0
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,5	- 0,8	1,2	6,6	0,5	- 6,8	.	28,6	- 71,7
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	2,3	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,4	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	5,6	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	4,0	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,9	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	0,3	1,0	- 7,2	.	44,4	- 80,5
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	6,9	1,2	- 6,4	.	47,7	- 79,5
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,4	1,5	- 6,3	.	40,6	- 70,7
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,7	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	5,2	1,6	- 6,2	.	37,9	...
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	...
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 2,1	1,8	- 9,7	.	42,1	...
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,3	1,7
April	1,5	3,0	0,5	3,3	50,6	5,2	6,0	2,1	- 9,5	.	36,4	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2010 März	19,6	15,7	22,7	0,3	24,6	1,4	22,4	0,4	- 1,6	.	2,8	- 14,5
1. Vj.	13,5	7,7	18,3	- 1,8	- 20,5	- 2,9	- 13,5	0,4
April	- 12,5	- 11,2	- 13,5	- 0,0	- 24,4	0,6	- 6,0	- 0,1	- 2,5	.	7,1	- 31,7
Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	0,0	36,9	0,6	- 1,3	0,0	- 7,2	.	8,7	- 18,9
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	0,8	0,0	- 1,9	.	8,2	- 19,6
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	6,0	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 4,4	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	4,8	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	0,0	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,9	- 0,1	- 2,1	.	0,9	- 9,9
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,2	0,1	- 0,8	.	- 1,6	- 9,0
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,6	1,1	1,3	.	- 5,3	28,2
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	12,0	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,9	- 0,5	9,4	.	- 5,3	...
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 1,8	0,6	- 1,4	.	8,4	...
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	14,4	0,4	- 3,3	.	5,7	...
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 13,8	0,7
April	- 13,8	- 9,5	- 17,0	0,3	- 4,9	4,4	1,8	0,3	- 2,4	.	2,8	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungen- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 062,0 ¹⁾	6 067,0	6 066,1	6 064,7	6 062,0	6 067,6	6 070,5	6 069,9	6 067,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 271	2 290	2 183	1 395	3 518	3 058	2 848	1 398	2 994
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	4,2	2,8	6,8	6,1	5,5	2,8	5,8
* Lebendgeborene	"	4 229	4 312	4 373	4 065	5 486	4 739	4 778	4 322	5 748
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	8,5	8,5	8,2	10,7	9,5	9,3	8,7	11,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 057	5 017	4 392	5 081	7 341	4 547	5 120	4 925	6 540
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,9	8,5	10,2	14,3	9,1	9,9	9,9	12,7
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	14	10	21	20	20	14	18	15
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,3	3,2	2,3	5,2	3,6	4,2	2,9	4,2	2,6
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 828	- 705	- 19	- 1 016	- 1 855	192	- 342	- 603	- 792
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,6	- 1,4	- 0,0	- 2,0	- 3,6	0,4	- 0,7	- 1,2	- 1,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 247	14 014	16 945	11 937	9 561	17 381	17 517	14 168	10 762
* darunter aus dem Ausland	"	5 518	6 420	6 288	4 762	3 747	8 435	7 253	6 472	4 506
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 772	12 989	14 553	12 357	10 766	14 951	14 439	14 185	12 953
* darunter in das Ausland	"	5 335	5 613	4 951	5 456	4 854	6 133	4 915	6 998	6 859
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	474	1 025	2 392	- 420	- 1 205	2 430	3 078	- 17	- 2 191
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 232	17 098	19 063	17 154	14 979	18 273	17 894	17 991	14 783

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	213 659	208 241	200 136	198 446	191 975	187 461	182 273
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	95 775	95 873	93 615	91 493	89 793	89 156	87 460
Männer	"	113 816	105 536	117 884	112 368	106 521	106 953	102 182	98 305	94 813
Ausländer	"	50 819	48 154	50 827	50 071	48 558	48 620	47 680	46 962	46 007
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	21 932	20 127	18 813	19 405	18 020	16 970	16 192
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,9	6,7	6,5	6,4	6,2	6,0	5,8
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,6	6,6	6,4	6,3	6,2	6,1	6,0
Männer	"	6,9	6,4	7,1	6,8	6,5	6,5	6,2	6,0	5,7
Ausländer	"	14,8	14,0	14,8	14,6	14,2	14,2	13,9	13,7	13,1
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	6,5	6,0	5,7	5,9	5,5	5,2	5,0
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	56 780	38 398	31 437
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	25 356	27 144	29 510	34 081	36 028	37 025	37 869

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9	2 227,3
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	991,5	989,6	986,9	986,6	1 004,9
* Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	217,5	212,4	214,8	219,3	224,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	428,1	429,7	431,9	440,1	441,8
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	353,2	354,2	355,9	360,8	362,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,7	6,9	7,2	7,7	7,8
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6
* Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,9	553,0	549,8	553,9	565,4
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	122,7	123,0	123,2	126,3
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	533,9	530,0	526,9	527,6	540,9
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	235,6	234,0	232,8	232,2	238,1
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	552,9	549,1	547,4	555,2	563,3
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	250,3	249,1	248,0	248,4	251,0
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	539,0	543,9	542,0	541,3	549,7
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	377,8	381,2	380,6	380,1	386,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 03.05.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	4 037	5045	3 825	3 888	4 006	4 195	3 719
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	142	280	141	133	141	199	185
Jungrinder	"	52	55	32	65	41	83	91	111	86
Schweine	"	52 749	47 556	43 985	54 707	44 426	48 353	44 393	46 951	45 973
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	2 955	3 391	2 029	2 870	2 505	2 375	1 604
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	5 224	6 659	5 564	5 796	5 401	5 743	5 883
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 017	1 336	1 056	1 157	1 170	1 230	1 118
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	18	35	18	16	16	25	23
Jungrinder	"	7	7	4	8	5	10	11	17	12
* Schweine	"	4 752	4 315	3 917	4 884	4 076	4 346	3 989	4 244	4 151
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	13 003	14 617	13 919	14 800	14 608	15 916	14 979
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 336	1 354	1 364	1 369	1 367	1 375	1 374
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	335,5	336,6	336,5	344,7	345,0	346,7	347,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	41 957	47 445	42 842	44 794	44 709	50 028	42 765
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 139,3	1 218,0	1 306,8	1 273,4	1 217,3	1 323,2	1 475,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	6 884,9	8 198,0	7 189,8	7 772,0	8 705,9	9 599,7	8 195,8
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 631,4	4 064,6	3 458,6	4 051,5	4 813,3	4 977,0	4 157,6
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	52,7	49,6	48,1	52,1	55,3	51,8	50,7
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	17,9	31,4	26,8	7,6	14,5	3,1	1,5
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	34,1	46,9	33,8	2,1	3,9	- 3,6	- 3,2
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	9,7	25,1	36,6	20,9	28,7	17,7	9,8
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 1,6	14,7	12,3	20,5	16,3	21,3	25,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	- 2,1	9,7	- 0,1	2,4	24,5	0,7	1,6
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	10,4	40,3	21,7	10,7	9,9	- 6,3	0,3
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	24,2	34,0	44,0	26,6	28,1	29,9	13,9
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	- 12,6	8,6	31,3	24,8	44,1	21,8	- 5,2
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 29,6	28,5	40,0	35,0	42,7	33,5	19,6	20,3	11,9
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	107	107	111	111	111	111
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 823	15 836	15 843	16 019	16 018	16 028	16 061
* Geleistete Arbeitsstunden ^{10/11)}	1000 h	2 110	2 004	1 968	2 240	1 955	2 088	2 045	2 265	1 860
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	63,4	58,8	64,7	63,8	65,1	61,6	65,2
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	1 883,8	2 265,7	2 163,2	2 876,5	2 539,8	1 475,4	830,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	.	97,7	.	.	96,3	97,1	99,7	97,7	96,9
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	.	100,0	.	.	77,7	101,4	105,2	115,6	87,3
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	44,7	48,0	48,3	45,2	45,5	45,8	47,9
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	2 361	4 883	5 121	2 976	3 565	4 834	4 555
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	990	2 118	2 188	1 384	1 573	1 987	1 879
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	810	1 439	1 418	911	1 114	1 502	1 376
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	561	1 326	1 515	681	878	1 345	1 300
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	73,6	100,8	119,7	87,4	86,4	102,6	120,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	196,7	371,1	432,9	226,8	282,3	447,4	462,3
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	53,9	122,6	137,2	78,0	87,8	135,6	143,6
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	81,2	123,5	131,5	78,2	116,2	162,1	164,9
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	61,7	125,0	164,1	70,6	78,3	149,6	153,7
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	113,0	94,7	83,2	103,6	78,4	67,6	100,0	124,2	118,0
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	46,3	136,1	80,8	91,2	78,5	118,7	149,1
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	83,1	106,6	79,8	73,4	159,8	155,7	109,0
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	93,1	92,7	76,6	57,0	60,8	102,0	116,5
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,0	19,6	.	19,0	.	.	.	20,2	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	5 478	.	.	.	5 933	.
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	141,1	.	.	.	150,3	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	475,7	.	.	.	502,2	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	356	503	408	598	459	603	482
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	311	466	366	531	418	538	446
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	436	515	447	762	519	858	542
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	85	96	84	142	97	153	100
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	116 471	135 961	119 578	224 058	142 097	224 899	147 418
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	102	138	106	111	99	147	129
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	879	1 200	573	1 509	691	1 294	1 716
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	149	168	97	203	97	195	222
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	222 957	158 542	83 876	242 792	81 466	207 931	173 820
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	936	1 018	898	1 061	825	1 274	920	1 614	1 056
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	5 154	5 400	4 757	5 665	4 651	6 934	4 969	8 112	5 599
Großhandel ¹²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
G r o ß h a n d e l¹³⁾										
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,4	94,2	115,7	99,2	101,3	100,3	122,2	100,0
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	90,4	108,1	93,0	114,3	100,5	105,4	105,1	130,6	105,6
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	91,0	90,6	90,4	90,3	91,9	92,0	92,2	92,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	98,3	85,1	103,3	96,5	90,9	88,0	99,9	101,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,0	85,3	104,4	98,1	90,9	89,3	102,2	104,0
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,3	84,8	98,0	91,0	86,8	85,0	92,4	96,6
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,8	99,3	111,2	103,2	100,4	99,9	108,6	103,8
Bekleidung	"	104,2	109,2	82,0	111,7	108,2	96,0	85,4	106,8	122,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,2	91,5	116,0	100,3	95,3	100,2	116,3	105,0
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	110,7	95,5	108,0	90,6	125,2	97,0	100,0	93,3
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,7	68,5	84,5	77,2	69,2	75,3	83,0	73,8
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	96,3	94,5	94,9	95,5	97,3	97,1	97,6	97,5
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	92,6	76,1	101,8	94,9	90,2	99,0	121,7	107,2
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,0	77,8	104,3	97,4	92,7	102,1	125,9	109,8
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,0	94,7	94,9	95,5	97,3	97,2	97,6	97,9
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	86,2	76,3	82,7	88,4	77,6	77,5	86,6	86,3
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	94,9	83,5	90,7	97,1	85,7	86,0	95,9	95,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	99,6	91,1	93,8	103,7	90,1	94,5	103,7	95,4
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,3	76,3	86,9	92,6	80,7	79,3	90,4	94,8
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,8	92,7	101,0	96,4	92,2	92,9	100,1	97,5
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,8	73,0	76,9	85,7	75,1	71,3	77,9	86,8
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	93,1	94,6	97,7	92,7	93,0	94,8	97,3
Außenhandel⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 756,3	4 497,6	3 864,4	4 161,3	4 552,5	5 041,1	4 412,8
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	96,0	100,1	94,8	102,1	103,4	114,0	106,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 536,6	4 249,9	3 640,4	3 899,2	4 280,1	4 731,8	4 136,1
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	11,7	16,7	14,6	13,0	17,1	16,8	14,3
* Halbwaren	"	239,9	363,6	334,2	345,4	323,8	301,6	291,9	342,7	335,5
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 190,6	3 887,9	3 302,0	3 584,5	3 971,1	4 372,2	3 786,3
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	541,1	699,8	623,1	639,8	716,4	764,5	679,2
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 649,5	3 188,0	2 678,9	2 944,7	3 254,7	3 607,7	3 107,1
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 077,3	1 296,7	1 096,6	1 157,4	1 260,1	1 343,0	1 186,8
Maschinen	"	419,9	482,3	401,7	459,4	401,5	425,7	506,4	578,6	514,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	419,2	492,2	450,9	504,3	604,3	654,3	456,3
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	347,8	543,6	361,4	438,6	446,2	513,9	480,7
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	232,4	280,8	276,5	277,4	305,2	359,2	299,2
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 569,4	2 960,5	2 586,8	2 862,8	3 034,8	3 034,8	3 057,5
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 246,0	2 538,5	2 220,1	2 508,5	2 639,0	2 639,0	2 594,2
* Afrika	"	74,7	86,0	85,0	112,9	92,5	59,2	107,3	107,3	78,4
* Amerika	"	442,0	562,9	481,2	610,2	557,1	564,2	649,4	649,4	551,1
* Asien	"	529,9	666,8	584,3	771,9	587,1	633,8	726,4	726,4	680,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	36,4	42,1	41,0	41,3	34,5	34,5	45,8
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 749,2	5 806,8	5 052,2	5 774,0	5 904,5	6 670,6	5 777,0
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	183,6	198,3	199,9	216,9	210,4	243,5	249,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 292,2	5 312,6	4 588,0	5 201,7	5 304,6	5 988,3	5 129,9
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	163,2	162,8	118,3	155,4	146,7	164,8	79,4
* Halbwaren	"	517,9	695,9	486,1	595,6	567,8	685,4	653,0	721,9	647,3
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 642,8	4 554,2	3 901,9	4 360,9	4 504,9	5 101,6	4 403,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	426,7	571,4	429,9	511,1	566,3	699,6	536,7
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 216,2	3 982,8	3 472,0	3 849,9	3 938,7	4 402,0	3 866,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
		* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾								
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 037,6	3 687,9	3 253,6	3 575,3	3 670,6	4 289,4	3 723,4
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 654,9	3 239,1	2 879,8	3 128,6	3 183,1	3 707,7	3 330,2
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	117,0	123,1	113,0	177,5	185,6	188,6	157,5
* Amerika	"	527,0	616,9	497,0	672,1	577,9	609,4	614,2	675,8	628,4
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 091,9	1 308,9	1 098,5	1 371,6	1 410,0	1 485,8	1 240,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	5,8	14,9	9,2	40,3	24,1	31,0	27,8

Tourismus²⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
		* Gästeankünfte	1000	932	996	815	896	958	792	852
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	210	200	229	212	225	223	210
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	1 906	2 057	2 282	1 904	1 956	2 225	2 255
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	424	370	428	425	446	423	392

Verkehr

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
		B i n n e n s c h i f f f a h r t								
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	742	1 194	942	491	743	1 020	827
davon										
* Gütereingang	"	698	763	592	950	756	399	564	779	636
* Güterversand	"	169	195	150	243	187	93	178	240	191
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	21 123	34 173	32 457	23 656	25 161	38 697	31 489
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	19 362	29 449	28 408	21 292	22 509	33 959	27 207
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 171	1 736	1 725	1 555	1 546	2 000	1 976
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	357	2 527	1 898	393	716	2 124	1 763
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	146	331	333	309	321	488	469
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	1 808	2 235	2 414	1 979	1 958	2 345	2 630
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 103	1 575	1 848	1 313	1 325	1 715	2 013
* getötete Personen	"	26	21	15	22	24	17	23	16	17
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	1 498	2 099	2 484	1 763	1 800	2 249	2 662
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	.	388 273	.	.	.	412 728	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	.	267 287	.	.	.	274 789	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	.	56 022	.	.	.	56 177	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	.	67 713	.	.	.	82 699	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	.	7 455 868	.	.	.	7 637 834	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	.	6 783 099	.	.	.	6 877 290	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	.	235 874	.	.	.	236 727	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	.	436 895	.	.	.	523 817	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	.	253	.	.	.	107	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	.	265 083	.	.	.	110 760	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	.	511 813	.	.	.	516 273	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	.	376 248	.	.	.	385 351	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	.	65 690	.	.	.	77 231	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	.	310 558	.	.	.	308 120	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	.	509 882	.	.	.	544 353	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	868	1 297	948	917	784	1 018	1 010
davon										
* Unternehmen	"	163	145	127	226	141	143	112	153	138
* Verbraucher	"	567	630	540	777	576	576	491	647	651
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	168	218	189	169	150	183	177
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	33	76	42	29	31	35	44
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	311 782	184 360	177 709	276 937	254 946	136 804	225 161
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 472	7 837	6 722	7 130	6 612	7 373	5 791
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 510	6 538	5 118	6 817	5 393	5 824	4 510
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,0	107,4	107,3	108,3	108,9	109,3	109,6
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	112,5	113,5	114,4	114,4	115,7	115,5	115,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,8	113,9	113,8	113,2	113,0	113,2	113,5
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	96,4	96,9	97,3	94,2	95,4	97,4	97,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,6	108,9	109,2	111,6	111,8	112,3	112,6
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,0	106,1	106,1	107,0	107,1	107,2	107,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	104,0	103,9	103,8	103,0	103,2	102,9	102,7
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,3	106,3	106,4	107,1	107,2	107,1	107,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	111,2	113,3	113,5	115,9	115,8	117,8	118,9
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,6	88,5	88,5	86,6	86,4	86,2	86,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	100,2	100,1	97,2	98,2	100,1	99,3	99,4
Bildungswesen	"	105,2	107,9	108,2	108,2	107,9	107,1	108,1	108,1	108,0
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	"	107,5	109,1	108,8	108,4	107,4	109,3	109,9	110,1	108,8
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	112,5	.	.	.	115,0	.	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 247,0	3 616,6	3 490,6	3 672,0	3 412,8	4 021,7	3 070,5
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 125,3	3 501,0	3 307,4	3 517,4	3 274,6	3 867,5	2 886,1
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 313,4	1 460,9	1 427,5	1 450,3	1 352,2	1 513,5	1 517,3
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	- 14,5	429,8	85,4	- 58,4	- 16,2	420,2	- 55,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	89,9	113,5	125,3	242,8	13,2	57,3	271,3
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	297,7	171,2	285,4	604,9	298,9	190,9	266,1
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	- 73,5	326,6	127,7	2,4	- 69,3	553,1	- 472,1
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 428,0	889,8	1 164,7	1 133,5	1 587,3	976,3	1 247,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	84,1	109,2	91,4	141,9	108,4	156,1	111,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	157,5	115,6	101,1	115,6	119,7	150,0	123,8	154,1	103,3
darunter										
Erbschaftsteuer	"	45,9	34,9	23,3	29,1	0,2	54,7	26,6	34,7	26,5
Grundwerbsteuer	"	34,5	33,6	26,0	38,4	45,6	40,4	42,9	48,3	32,2
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	51,4	48,2	29,7	54,9	54,3	71,1	44,6
Gewerbsteuerumlage	"	19,2	27,2	20,6	0,0	63,5	4,6	14,4	0,1	81,1

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3	1 290,5
davon										
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	5,6	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6	4,3
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	214,5	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7	172,9
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5	987,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4	106,7
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9	14,0

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638	3 651
und zwar										
* männlich	"	4 172	4 604	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857	3 864
* weiblich	"	3 346	3 746	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132	3 163
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492	6 469
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253	4 268
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936	2 944
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352	2 356
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928	1 922
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503	3 497
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027	3 005
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598	3 601
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308	4 301
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170	3 215
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845	2 753
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705	3 728
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340	3 359
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485	3 410
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286	2 289
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652	4 660
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320	5 366
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081	4 129
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813	4 833
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433	2 437
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185	3 251
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943	4 038
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265	3 255
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406	4 916
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244	3 315

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.



STATISTIK HESSEN

Hessischer Umwelt-Monitor

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des
Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 3

Juli 2011

15. Jahrgang

Inhalt

- Rückgang der Benzolkonzentrationen in der Außenluft..... 3
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 11
 - A. Gewässerüberwachung in Hessen 11
 - 1. Hydrologische Daten nach Messstellen 12
 - 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten 14
 - B. Die Luftqualität in Hessen 17

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)
Rheinstraße 35/37
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0
Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG Helmut Weinberger Telefon: 0611/6939-571

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Rückgang der Benzolkonzentrationen in der Außenluft

KLAUS BRUNS

1 Einleitung

Die Erfassung von auf Mensch und Umwelt einströmenden schädlichen Stoffen ist in erster Linie mit der Forderung verbunden, diese Stoffe so weit wie möglich zu reduzieren und wenn möglich deren Freisetzung völlig zu vermeiden. Durch Behörden und geeignete Fachinstitute werden deshalb derartige Stoffe untersucht und teilweise über lange Zeiträume gemessen und aufgezeichnet. Parallel zur Erfassung dieser Stoffe sollten dabei Schritte eingeleitet werden, die zu einer Reduzierung der Stoffe beitragen.

Gleichzeitig ist es erforderlich, die schädigende Wirkung dieser Stoffe auf Mensch und Umwelt durch Mediziner und Wirkungsfachleute zu erforschen. Maßnahmen zur Reduzierung müssen dann auf politischer Ebene entschieden und durch Gesetze und Verordnungen einleitet werden. Als Beispiel für eine derartige Vorgehensweise befasst sich der vorliegende Bericht mit der Luftschadstoffkomponente Benzol in der Außenluft.

2 Benzol

2.1 Eigenschaften von Benzol

Benzol mit der chemischen Formel C_6H_6 ist eine farblose Flüssigkeit mit charakteristischem aromatischem Geruch. Der Stoff ist der einfachste und zugleich bekannteste Vertreter der aromatischen Kohlenwasserstoffe. Unter Normalbedingungen ist Benzol brennbar, chemisch stabil und in Wasser mäßig löslich. Aufgrund seines hohen Dampfdrucks liegt es in Abgasemissionen und in der Umgebungsluft zum größten Teil gasförmig vor.

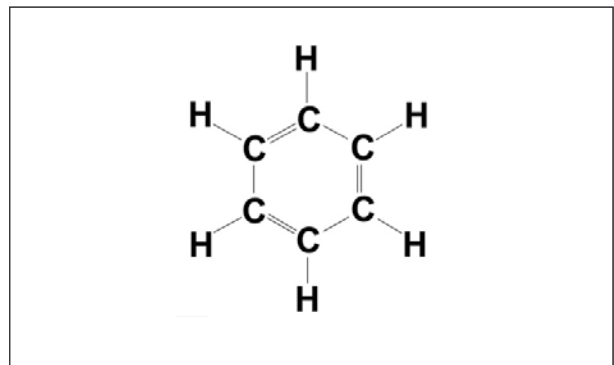


Abb. 1: Die Strukturformel C_6H_6 von Benzol.

2.2 Vorkommen und Verwendung von Benzol

Benzol ist im Rohöl vorhanden und entsteht bei der Raffination von Erdöl. Es ist in Benzin und Kokereiprodukten enthalten, wird als Ausgangs- und Zwischenprodukt der chemischen Industrie sowie als Laborchemikalie eingesetzt und ist als Extraktions- und Lösemittel weit verbreitet. Es entsteht auch bei der unvollständigen Verbrennung organischer Substanzen. Durch Verbrennen von Kohle und bei Waldbränden wird Benzol freigesetzt. Heute sind ca. 3–5 % der weltweiten Benzol-Emissionen natürlichen Ursprungs¹. Zu mindestens 90 % entstehen Benzol-Emissionen durch Autoabgase, insbesondere aus benzingetriebenen Motoren und durch Verdampfungsverluste bei Lagerung, Umschlag und Transport des Treibstoffs. Insgesamt 40 Millionen Personenkraftwagen (Pkw) gab es Anfang 2008 in den privaten Haushalten, dazu kommen über drei

Millionen Lastkraftwagen (Lkw), die auf unseren Straßen verschiedene Emissionen, so auch Benzol verursachen. Bedingt durch die starke Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs und die dadurch verursachten Schadstoffemissionen, hatte sich spätestens Anfang der neunziger Jahre eine starke Verlagerung der Immissionsproblematik hin zu diesem Quellentyp ergeben.

2.3 Wirkung von Benzol

Benzol gehört zu den Krebs erregenden Stoffen. Neben den polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK), Arsen, Cadmiumverbindungen sowie Dioxinen und Furanen gehört Benzol zu den wichtigsten Umweltkanzerogenen. Der Stoff wird als ein humangenotoxisches Karzinogen (Klasse 1)² eingestuft.

3 Immissionsüberwachung durch das Luftmessnetz

Schon seit einigen Jahrzehnten werden in Hessen die Immissionen von Luftschadstoffen überwacht. Zu diesem Zweck betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit derzeit 33 Luftmessstationen, die über ganz Hessen verteilt sind. Die Standorte sind so gewählt, dass eine flächendeckende Immissionsüberwachung gewährleistet werden kann. Der Abstand zwischen den einzelnen Stationen liegt zwischen 40 und 60 Kilometer. Das Messnetz ist konzipiert, um die gesetzlichen Anforderungen an die Beurteilung der Luftqualität, insbesondere an Punkten hoher Belastung, wo die Bevölkerung exponiert ist, erfüllen zu können. Dies reicht aus, um die Entwicklung der Schadstoffkonzentrationen in Hessen zu erfassen. Von den 33 Stationen befinden sich 14 in Städten, 10 im ländlichen Raum und 9 Stationen an Verkehrsschwerpunkten. Die Luftmessstationen (Abb. 2) sind mit einer Reihe von Messgeräten für die kontinuierliche Erfassung der relevanten Luftschadstoffe, mit

Datenerfassungssystemen und Zusatzeinrichtungen ausgestattet. Einige Stationen sind darüber hinaus mit einem Windmast sowie Sensoren zur Erfassung der meteorologischen Messgrößen wie Temperatur, relative Feuchte, Windrichtung und Windgeschwindigkeit bestückt.



Abb. 2: Verkehrsbezogene Luftmessstation Heppenheim.

¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Verkehr, Bestand an Kraftfahrzeugen

² EG-Verordnung Nr.: 1272/2008 und TRGS 905/906

Zu Beginn der kontinuierlichen Messungen an Luftmessstationen im Jahre 1976 wurde der Schwerpunkt auf die anorganischen Schadstoffe wie Schwefeldioxid (SO_2), Kohlenmonoxid (CO), Stickstoffdioxid (NO_2), Stickstoffmonoxid (NO) sowie auf die Erfassung der Staubkonzentrationen gelegt. Hier standen die Forderungen der TA-Luft, sowie des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) im Vordergrund. Im Jahre 1976 wurde per Erlass die Hessische Wintersmogverordnung in Kraft gesetzt, die einen Wintersmog-Warnplan bei besonders hohen Konzentrationen der Luftschadstoffe SO_2 und Staub nach sich zog. Austauscharme Inversionswetterlagen in den Wintermonaten und östliche Windrichtungen führten in diesen Jahren zu tagelangen hohen Schadstoffbelastungen mit Schwefeldioxidkonzentrationen von zeitweise bis zu $1\,000\ \mu\text{g}/\text{m}^3$ als Halbstundenmittelwert. Heute liegen die Konzentrationen für Schwefeldioxid selbst bei länger anhaltenden austauscharmen Wetterlagen im Bereich von 10 bis max. $20\ \mu\text{g}/\text{m}^3$. Abbildung 3 zeigt ein typisches Bild, das während einer solchen ungünstigen Wetterlage und der damit verbundenen Smogsituation

tion mit hohen Schadstoffkonzentrationen Anfang der achtziger Jahre in Wiesbaden aufgenommen wurde. Da die Konzentrationen von Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid in den neunziger Jahren stark zurückgegangen waren, wurde die Wintersmog-Verordnung 1998 aufgehoben.



Abb. 3: Smogwetterlage in Wiesbaden Anfang der achtziger Jahre.

4 Erste Messungen organischer Luftschadstoffe

Anfang der achtziger Jahre wurde mit der kontinuierlichen Messung von Kohlenwasserstoffverbindungen an verschiedenen Standorten in Hessen begonnen. In der Außenluft befinden sich eine große Anzahl verschiedener Kohlenwasserstoffverbindungen, wobei das Methan mit ca. 1 Milligramm pro Kubikmeter (mg/m^3) herausragt. Da Methan zum einen nicht als Schadstoffkomponente im Sinne der Immissionsüberwachung gilt und zum anderen aufgrund seiner vergleichsweise hohen Konzentration alle anderen Kohlenwasserstoffverbindungen dominiert, wurde dieser Stoff messtechnisch bei der Erfassung getrennt. Die im Luftmessnetz eingesetzten Geräte erfassen somit eine Summe aller, in der Außenluft befindlichen Kohlenwasserstoffverbindungen, ohne Methan. In den ersten Jahren lagen die Konzentrationen (Jahresmittelwerte) im Bereich zwischen $200\ \mu\text{g}/\text{m}^3$ und $300\ \mu\text{g}/\text{m}^3$ je nach Standort der Messung. In der Grafik (Abb. 4) sind die Jahresmittelwerte für Gesamtkohlenwasserstoff ohne Methan von den

Messstationen „Frankfurt-Höchst“, „Frankfurt-Ost“ und „Kassel-Nord“ für den Zeitraum 1982 bis 2004 aufgeführt. Die Jahresmittelwerte haben sich von einem recht hohen Niveau mit Konzentrationen bis zu $300\ \mu\text{g}/\text{m}^3$ (1982) hin zu einem wesentlich niedrigeren Konzentrationsniveau von $50\ \mu\text{g}/\text{m}^3$ (2000) verringert, sind aber bis 2004 in diesem Bereich

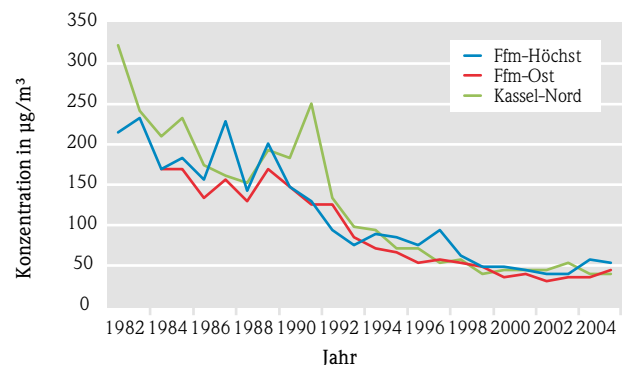


Abb. 4: Jahresmittelwerte für Gesamtkohlenwasserstoff ohne Methan.

stabil geblieben. Im Rahmen eines Sonderprogramms im Raum Frankfurt wird seit Anfang 2008 erneut die Summe der Kohlenwasserstoffe ohne Methan aufge-

zeichnet. Die hierbei festgestellten Jahresmittelwerte liegen ebenfalls im Bereich um 50 µg/m³ Luft. Somit ist das erreichte niedrige Niveau stabil geblieben.

5 Erfassung der Benzolmissionen

Schon zu Beginn der neunziger Jahre wurde von Wirkungsfachleuten und Medizinern die Kritik lauter, dass mit einem Summenwert aller Kohlenwasserstoffe in der Außenluft eine Aussage über Schädigung von Mensch und Umwelt nur unzureichend möglich sei. Es kam die Forderung, ganz gezielt bestimmte Stoffe, deren Herkunft und die toxische Wirkung erforscht sind, zu überwachen. Benzol, als ein kanzerogener Stoff, der zudem in der Außenluft mit recht hohen Konzentrationen zu erwarten war, wurde als Leitkomponente ausgesucht. Bedingt durch die Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs und die dadurch verursachten Schadstoffimmissionen wie z.B. Benzol, hatte sich die starke Verlagerung der Immissionsproblematik hin zu diesem Quellentyp ergeben. Mit der Dreiundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (23. BImSchV) [3] wurde erstmals die Grundlage geschaffen, Benzol in der Außenluft verpflichtend zu erfassen und die Einhaltung der definierten Beurteilungswerte zu kontrollieren. Die Verordnung legte für bestimmte Straßen oder bestimmte Gebiete, in denen besonders hohe, vom Verkehr verursachte Immissionen zu erwarten waren, Konzentrationswerte für luftverunreinigende

Stoffe fest, bei deren Überschreiten Maßnahmen nach § 40 Abs. 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu überprüfen waren. Als Beurteilungswerte wurden ab dem 1. Juli 1995 „15 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft (µg/m³)“ und ab dem 1. Juli 1998 „10 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft (µg/m³)“ festgesetzt. Durch eine neue EU-Gesetzgebung, die in festgelegten Fristen in nationales Recht umgewandelt werden musste, kam mit der 22. BImSchV bzw. nach aktueller Überarbeitung der EU-Richtlinien mit der 39. BImSchV [4] eine weitere Verschärfung des Grenzwerts auf 5 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) ab dem Jahre 2010 auf uns zu. In Tabelle 1 sind die verschiedenen Verordnungen mit den entsprechenden Grenzwerten aufgelistet. Zu beachten ist, dass der Grenzwert von 5 µg/m³ zwar frühzeitig festgelegt, jedoch erst ab 2010 rechtlich verbindlich wurde. Auf dem Weg zu diesem Zieldatum 2010 wurde zusätzlich eine Toleranzmarge festgelegt, die bis 2005 ebenfalls 10 µg/m³ betrug. Ab dann wurde die Toleranzmarge Jahr für Jahr um 1 µg/m³ reduziert, um konsequenterweise im Jahr 2010 zu verschwinden. Obgleich der Grenzwert erst ab 2010 galt, ergab sich bei Überschreitung der Summe aus Grenzwert plus Toleranzmarge eine gesetzliche Verpflichtung zur

Aufstellung eines Luftreinhalteplans, mit dem Ziel den Grenzwert im Jahre 2010 einhalten zu können. Ab 2010 ist dieses Instrument natürlich hinfällig, da der Grenzwert ohne weitere Toleranzmarge anzuwenden ist.

Tab. 1: Grenzwerte für Benzol in µg/m³.

Inkraftsetzung	Gesetz/Verordnung	Grenzwert	Grenzwert plus Toleranzmarge	Gültigkeitszeitraum
1994	23. BImSchV	15 10		1995 bis 1998 1998 bis 2002
2002	22. BImSchV	5 5 5 5 5	10 9 8 7 6	2002 bis 2005 2006 2007 2008 2009
2010	39. BImSchV	5		Ab Januar 2010

³ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Verkehrsentwicklung in Deutschland.

5.1 Messverfahren

Zu Beginn der Überwachung der Benzolkonzentrationen in der Außenluft gab es für die kontinuierliche Messung kein geeignetes Verfahren, sodass einige Bundesländer auf sogenannte Passivmethoden zurückgriffen. Hessen, Rheinland-Pfalz und das Umweltbundesamt ergriffen 1993 die Initiative, Firmen durch eine Reihe von Fachgesprächen zu motivieren, geeignete Messgeräte zur kontinuierlichen Benzolmessung zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Erste Prototypen wurden dann auch in den Laboratorien der Landesumweltämter in Mainz und in Wiesbaden sowie bei der Außenstelle des Umweltbundesamtes in Langen für den Einsatz in Luftmessstationen getestet. Unmittelbar nach diesen ersten Tests wurden die Geräte einer Eignungsprüfung gemäß rechtlicher Vorgaben (Bundeseinheitliche Praxis bei der Überwachung der Emissionen und Immissionen) unterzogen. Im Messnetz des HLUg wurde im Jahre 1994 der erste Messplatz zur kontinuierlichen Erfassung der Benzolkonzentrationen in Betrieb genommen. Als Standort wurde die Station Wiesbaden-Ringkirche ausgewählt. In kurzen Zeitabständen wurden dann weitere Messstationen entsprechend ausgerüstet. Überwiegend wurden dabei verkehrsbezogene Standorte ausgewählt, zum Vergleich wurden aber auch Standorte im städtischen Hintergrund mit Benzolmessgeräten bestückt. Zurzeit werden an 9 Standorten in Hessen kontinuierlich Benzolmessungen durchgeführt.

Für die Messung der Benzolkonzentrationen in der Außenluft werden Gaschromatographen des Typs HC 1 000 der Firma AAA Technologie, Essen (Abb. 6) eingesetzt. Das Verfahren, die Gaschromatographie mit Komponentenanreicherung auf ein Sammelrohr und anschließender Thermodesorption, ist in der Lage zusätzlich zum Benzol weitere Komponenten zu erfassen. So hat man sich im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit auf die Erfassung der Stoffe Benzol, Toluol und die Xylole geeinigt und die Abkürzung „BTX“-Messung eingeführt. Toluol und Xylole sind ebenfalls aromatische Kohlenwasserstoffe, die u. a. bei der Verbrennung von Benzin entstehen, aber nicht kanzerogen eingestuft sind. Die Detektion dieser Stoffe geschieht mittels eines Flammenionisationsdetektors (FID). Routinemäßig werden Halbstundenmittelwerte gebildet, die zunächst in einem Stationsrechner gespeichert und mehrmals am Tag von der Zentrale in Wiesbaden abgerufen werden.

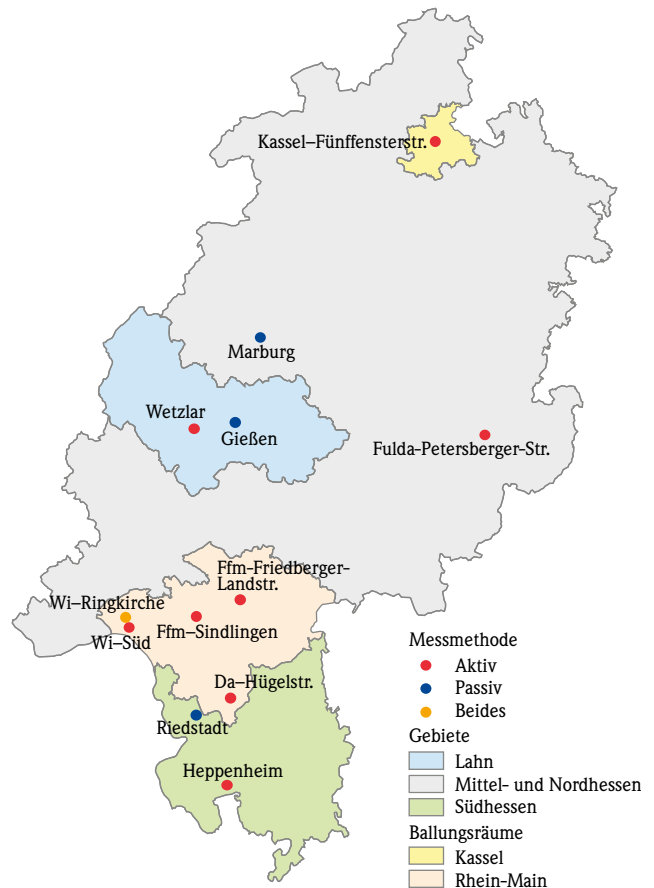


Abb. 5: Aktuelle Standorte der Benzolmessungen in Hessen.

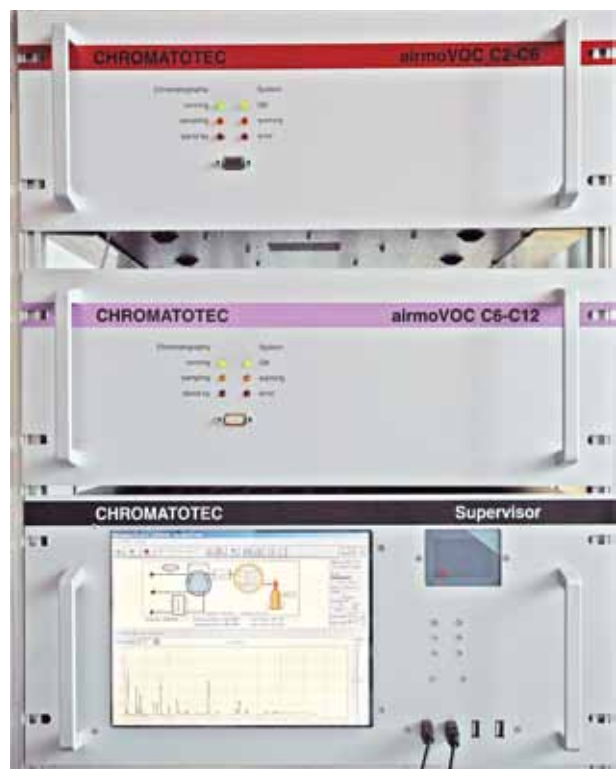


Abb. 6: Messplatz zur Erfassung von Benzolimmissionen.

Wie alle anderen Messgeräte in den Luftmessstationen, so werden auch die Gaschromatographen in regelmäßigen Abständen gewartet und kalibriert, sodass eine verlässliche Qualität der Ergebnisse gewährleistet ist. Weitere qualitätssichernde Maßnahmen sind die regelmäßige Überprüfungen mit einem Laborstandard, der Vergleich mit anderen Bundesländern im Rahmen von Ringversuchen und letztendlich die Anbindung an das „nationale Normal“ beim nationalen Referenzlabor im Umweltbundesamt.

5.2 Passivsammler

Eine Alternative zu den aktiven Messverfahren sind Passivsammler, die nicht nur als Screening-Verfahren eingesetzt werden können, sondern inzwischen auch bei der Grenzwertüberwachung Anwendung finden. Nachteil dieser Methode ist die geringe zeitliche Auflösung, denn um zuverlässige Messwerte zu bekommen, müssen die Sammler über einen Zeitraum von mindestens zwei Wochen (Expositionszeitraum) ausgelegt werden. In einigen Bundesländern wurden dennoch mit diesen Sammlern die aktiven, kontinuierlichen Verfahren bereits abgelöst. Passivsammler werden seit Jahren insbesondere bei Innenraumluftmessungen, bei der Arbeitsplatzüberwachung und im Rahmen epidemiologischer Studien eingesetzt. Sie bestechen vor allem durch ihre relativ einfache Handhabung (insbesondere bei der Probenahme), sie sind preiswert, netzunabhängig und bedürfen eines geringen Personalaufwands. Für Immissionsmessungen in der Außenluft, speziell im Einflussbereich des Kraftfahrzeugverkehrs, haben derartige Verfahren vor allem seit der Umsetzung der früher angewandten 23. BImSchV einen Aufschwung erfahren. In den neunziger Jahren wurde vom Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen eine umfangreiche Untersuchung zwecks Validierung von Passivsammlern [6] für Immissionsmessungen von Kohlenwasserstoffen durchgeführt. Bei dieser Untersuchung wurden die Verfahrenskenngrößen ermittelt und umfangreiche Vergleichsmessungen mit aktiven Messmethoden vorgenommen. Bei den verwendeten Passivsammlern handelt es sich um kleine Sammelröhrchen des Typs ORSA der Firma Dräger, die unter einem Wetterschutzgehäuse angebracht und für einen Zeitraum von 2 bis 4 Wochen (Expositionszeit) aufgehängt werden. Der Sammler besteht aus einem Glasröhrchen, welches mit 400 mg Kokosnussscha-

lenkohle gefüllt ist. Nach den Probenahmen werden die Sammler im Labor analysiert. Die Aufarbeitung erfolgt durch Elution mit Schwefelkohlenstoff, Analyse bzw. Trennung der Komponenten durch Gaschromatographie und nachfolgender Detektion, typischerweise mit einem Flammenionisationsdetektor (FID).

5.3 Messergebnisse

Seit 1994 werden in Hessen die Benzolmessungen an verschiedenen Standorten durchgeführt. Zu Beginn der Messungen lagen die Jahresmittelwerte noch im Bereich von 15 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$). Erfreulicherweise sind die Benzolimmissionen dann aber stark zurückgegangen und lagen im Jahr 2000 weit unter dem damaligen Grenzwert von $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Der Abwärtstrend setzte sich bis heute in etwas geschwächerter Form fort, die Konzentrationen haben sich mittlerweile auf einem Niveau von 2 bis $3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ eingependelt. Sehr deutlich wird die Verbesserung auch beim Vergleich der mittleren Tagesgänge aus den Jahren 1994/1995, 2000 und 2009 sichtbar.

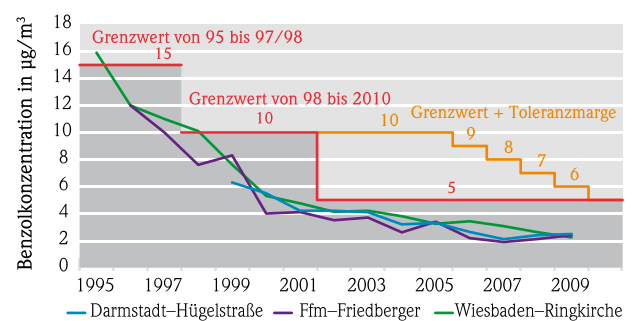


Abb. 7: Jahresmittelwerte für Benzol.

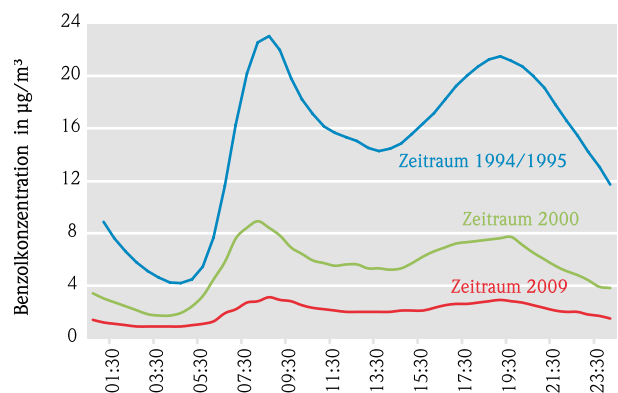


Abb. 8: Mittlere Tagesgänge von Benzol.

6 Sonderuntersuchungen Innenraumluf

Im Zeitraum April 1997 bis Mai 1998 wurde an einem verkehrsbezogenen Standort in Wiesbaden eine Vergleichsmessung zwischen Benzolkonzentrationen in der Außenluft und Benzolkonzentrationen in einem Innenraum eines nahegelegenen Gebäudes vorgenommen. Die Außenluft wurde standardmäßig mit einem GC in einer Luftmessstation des Luftmessnetzes gemessen, während die Innenraumlufproben mit einem baugleichen GC in einer Erdgeschosswohnung eines 5 stöckigen Gebäudes (Altbau) gegenüber dieser Messstation genommen wurden. Bei Diskussionen in den neunziger Jahren über die lufthygienische Situation wurde dem Innenraum zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies war umso erstaunlicher, als die Aufenthaltsdauer von Personen in Innenräumen in den meisten Fällen ca. 90% des Tages beträgt [2]. Es war von Interesse zu untersuchen, ob und in welcher Form sich die Kfz-bedingten Belastungen im straßenverkehrsnahe Wohnraum wiederfinden lassen, da aufgrund der längeren Aufenthaltsdauer dort auch bei geringeren Konzentrationen der Schadgase mit einer höheren Belastungsdosis zu rechnen ist. Der Raum, ein kleiner Vorratsraum, in dem diese Untersuchungen vorgenommen wurden, hatte ein Volumen von ca. 15 m³, war in der Winterzeit beheizt und wurde wie alle anderen Zimmer der Etagenwohnung regelmäßig gelüftet. Der Abstand zur stark befahrenen Straße (Straßenmitte) betrug 8 Meter. In Abbildung 9 sind die Monatsmittelwerte für Benzol an der Luftmessstation und in dem Innenraum aufgezeigt. Über den gesamten Zeitraum gemittelt ergaben sich Werte von 10,6 µg/m³ an der Luftmessstation (Außenluft) und 6,4 µg/m³ im Innenraum. Quellen im Innenraum, die die gemessenen Benzolimmissionen hätten verursachen können, konnten

ausgeschlossen werden. Beim mittleren Tagesgang der Konzentrationen war festzustellen, dass der übliche nächtliche Rückgang der Konzentrationen im Innenraum weniger ausgeprägt war. Dies ist auf die weniger gute Durchmischung der Innenluft mit der in der Nacht vorhanden sauberen Außenluft zurückzuführen. Mit einem Jahresmittelwert von ca. 6 µg/m³ in den Jahren 1997/1998 waren die an stark befahrenen Straßen gelegenen Wohnungen doch recht hoch belastet und eine Reduzierung war zwingend erforderlich. Die Außenluftkonzentrationen haben sich bis zum heutigen Zeitpunkt erfreulicherweise sehr stark reduziert, so ist davon auszugehen, dass sich die Belastungen im oben beschriebenen Innenraum ebenfalls stark reduziert haben. Setzt man die Reduzierung der Außenluftkonzentrationen bis zum heutigen Datum prozentual auf die Innenraumlufverhältnisse an, so werden sich die Konzentrationen im Innenraum wahrscheinlich in der Größenordnung von 1 µg/m³ (als Jahresmittelwert) bewegen.

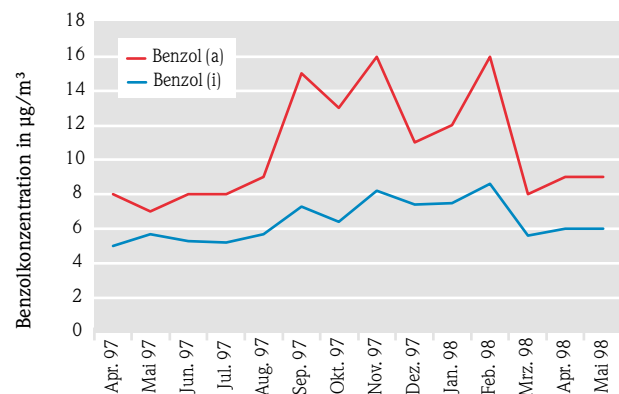


Abb. 9: Vergleich der Benzolkonzentrationen in der Außenluft und in der Raumluf.

7 Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse der Benzolmessungen an hessischen Luftmessstationen aus den vergangenen 15 Jahren zeigen eine erfreuliche Verbesserung der Luftqualität. Wurde Mitte der neunziger Jahre noch ein Jahresmittelwert von 15 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³)

festgestellt, so sind die Konzentrationen heute um 70% bis 80% zurückgegangen. Der Grenzwert von 5 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) wird an allen Standorten in Hessen eingehalten. Trotz der Zunahme des Verkehrsaufkommens ist dieser positive

Trent zu verzeichnen, was sicher eine Folge der Reduzierung des Benzols im Benzin ist. Heute sind aufgrund der schwerwiegenden Gefahren Stoffe (Industriechemikalien) mit einer Benzol-Konzentration von über 0,1%⁴ in Deutschland verboten. Eine Ausnahme bilden hier Treibstoffe; so wurde beispielsweise der Benzolanteil des Motorbenzins ab dem Jahr 2000 europaweit nach DIN EN 228 [5] auf maximal 1 Vol. % begrenzt. Gaspendelsysteme an Tankstellen und in Tanklagern vermindern ebenfalls die Verdunstung beim Lagern und Umfüllen von Benzin und somit die Emissionen von Benzol. Letztlich wurde Benzol bei vielen chemischen Prozessen durch wesentlich weniger toxische Substanzen ersetzt. Die Tatsache, dass die Messwerte an den hessischen Luftmessstationen weit unterhalb des Grenzwerts liegen, haben zur Entscheidung geführt, zumindest an den Standorten, die nicht verkehrsbezogen eingestuft sind, nur noch mit Passivsammlern zu messen. Anfang 2011 wird die Anzahl der aktiven Benzolmessungen an den Luftmessstationen von 9 auf 7 reduziert, wobei an

den beiden betroffenen Stationen die Messreihen mit Passivsammlern vorgeführt werden sollen.

Die deutliche Reduzierung der Benzolkonzentrationen in der Außenluft ist ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit aller verantwortlichen Stellen zur Verbesserung der Luftqualität. Die kontinuierliche und intensive Überwachung, aber auch die Verbreitung der aktuellen Ergebnisse, trägt in erheblichem Maße dazu bei, das Bewusstsein der Öffentlichkeit, der potentiellen Emittenten (und das kann jeder einzelne sein), der Verbände, der Interessenvertreter und letztendlich auch der politisch verantwortlich Handelnden hoch zu halten. Die Messergebnisse können auch zur Beurteilung der Wirksamkeit bestehender umweltpolitischer Regulierungen und zu deren Weiterentwicklung herangezogen werden. Ohne das „Monitoring“, die kontinuierliche Beobachtung, wären Aussagen über die langfristige Entwicklung und daraus abzuleitende Entscheidungen nicht möglich.

8 Literatur

- [1] IARC 1987; IARC Monographs on the Evaluation of Carcinogenic Risk to Humans Benzene. Supplement 7. International Agency for Research on Cancer, Lyon 1987
- [2] PLUSCHKE, P. (1996) Luftschadstoffe in Innenräumen – Ein Leitfaden Hrsg. : Springer, 1996; S332
- [3] Dreiundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Festlegung von Konzentrationswerten – 23. BImSchV)
- [4] Neununddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchst-mengen (39. BImSchV)
- [5] DIN EN 228 „Kraftstoffe für Kraftfahrzeuge – Un- verbleite Ottokraftstoffe – Anforderungen und Prüf- verfahren“ 2009-09-29
- [6] Materialien Nr. 46 Validierung von Passivsammlern für Immissionsmessungen von Kohlenwasserstoffen (Nordrhein-Westfalen)

⁴ Anhang VI Teil 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008.

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten bedingt die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben/untersucht:

108	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
75	Niederschlagsmessstellen
7	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
251	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
94	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
910	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 67 Quellschüttungsmessstellen, davon
351	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit
> 1.200	operative Messstellen (gemäß EU-WRRL) zur Erfassung von Fischen, Fischnährtieren, Algen und/oder Wasserpflanzen in Fließgewässern

Für alle Messstellen hat das HLUg gemäß § 57 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (97) über Einrichtungen zur Datenfernübertragung mit einer zentralen Datenbank verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet (<http://www.hlug.de>) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

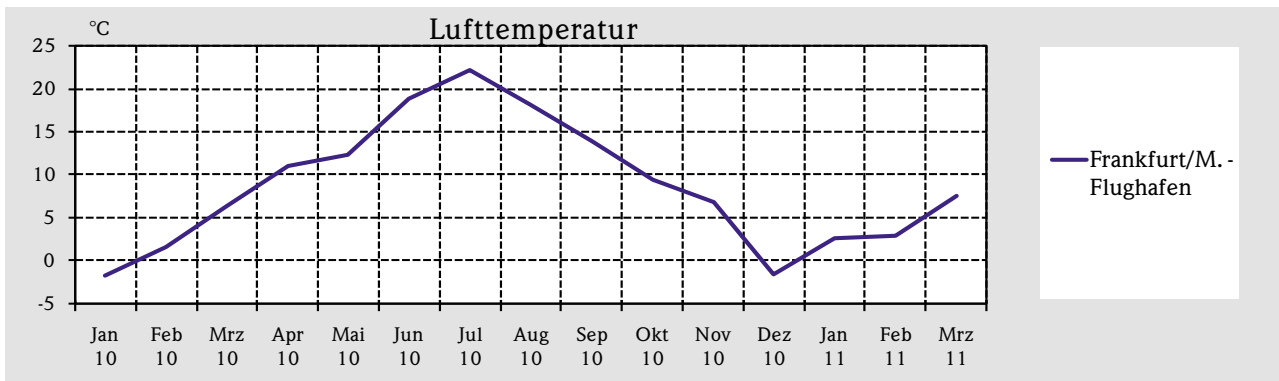
Die **Niederschlagshöhen** werden an den 75 Messstellen des landeseigenen Niederschlagsmessnetzes ermittelt. Derzeit sind 50 Messstellen mit Datenfernübertragung ausgerüstet, deren Werte digital in eine zentrale Datenbank übermittelt werden. Dort stehen sie u.a. für Hochwasservorhersagemodelle und für die Internetdarstellung zur Verfügung.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit und die Bewertung des chemischen Zustands** gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und es wird kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen. Um den chemischen Zustand auch der kleineren Gewässer zu erfassen, werden darüber hinaus an 251 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann.

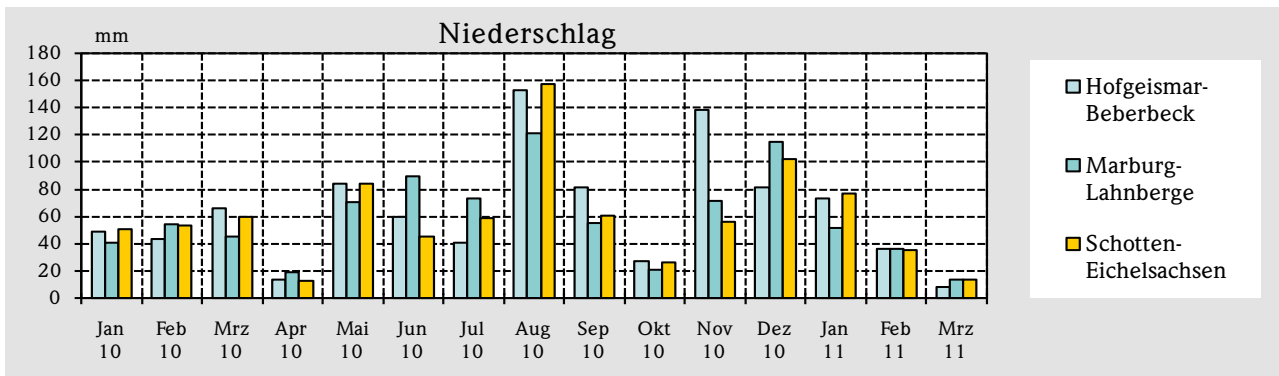
Die **Beschaffenheit von Seen** wird an 94 Messstellen überwacht. Die Bewertung des ökologischen **Zustands** gemäß EU-WRRL erfolgt in erster Linie anhand der im Gewässer vorkommenden Fauna und Flora. Die Einzelergebnisse dieser Untersuchungen sind unter <http://wrrl.hessen.de> einsehbar. Sowohl hier als auch unter <http://www.flussgebiete.hessen.de> sind zahlreiche weitere Informationen zur Umsetzung der EU-WRRL zu finden. Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag der Regierungspräsidien von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsröhren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert. Aus 351 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen. Die chemische Analyse dient der Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und der Prognose der zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren.

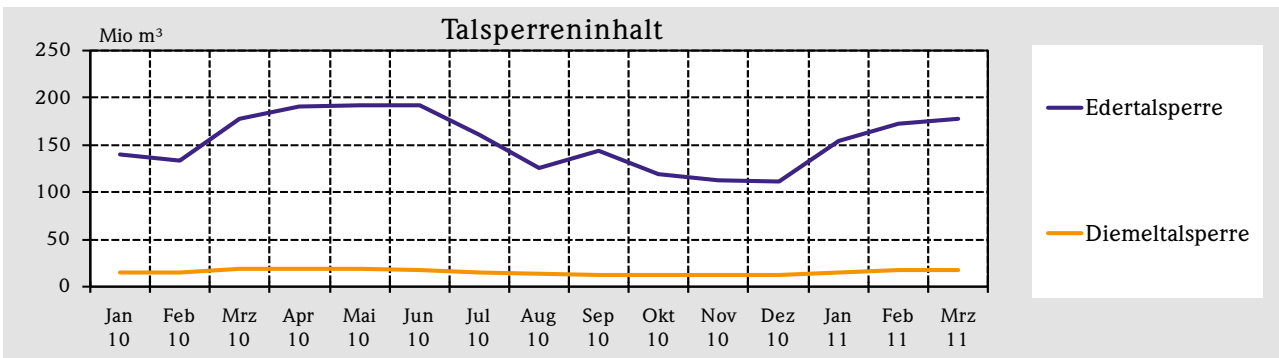
1. Hydrologische Daten nach Messstellen



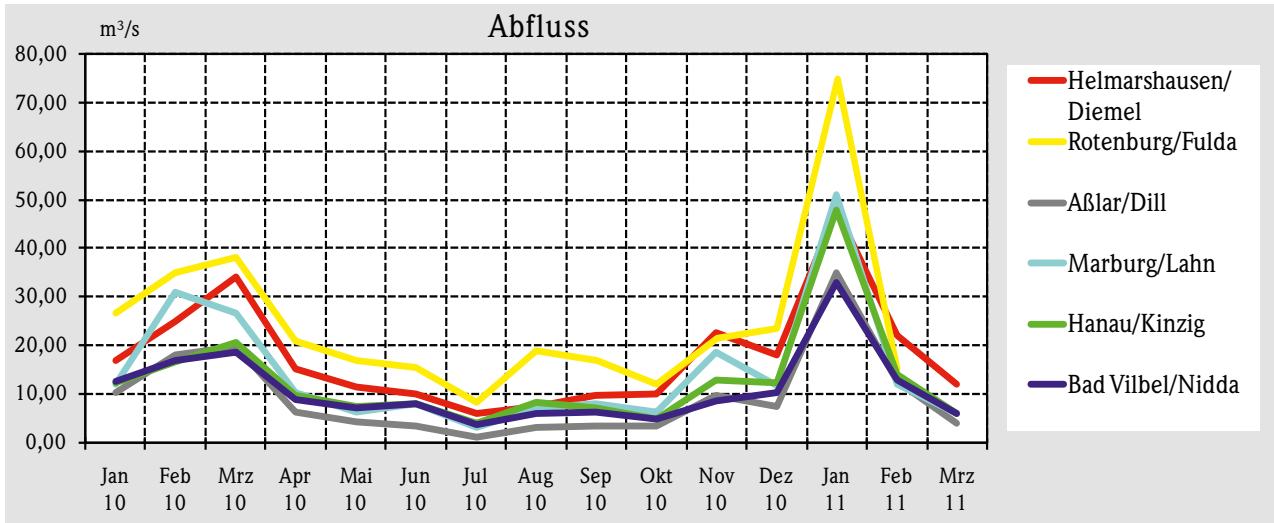
Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Frankfurt/M.-Flughafen	-1,7	1,7	6,4	11,1	12,3	18,8	22,2	18,2	13,9	9,5	6,9	-1,6	2,6	3,0	7,6



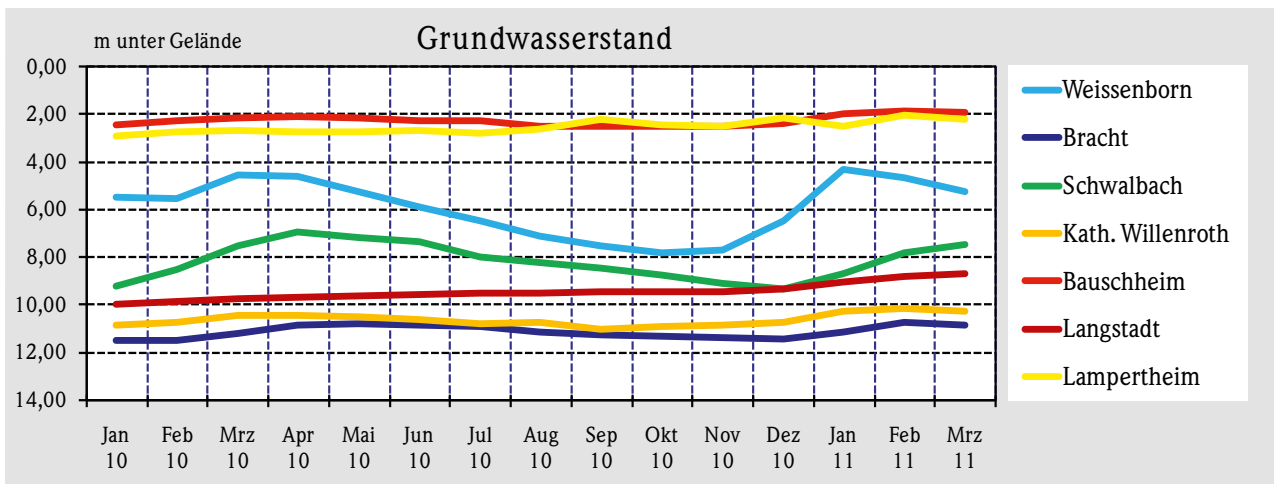
Stationsname	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Hofgeismar-Beberbeck	49,0	43,3	65,9	13,7	83,8	59,8	41,1	153	81,4	27,5	138,3	81,5	73,1	36,2	8,0
Marburg-Lahnberge	40,4	54,4	45,6	19,0	70,3	89,6	73,1	121	54,8	21,1	71,4	114,7	51,0	36,0	13,9
Schotten-Eichelsachsen	50,4	53,2	60,1	12,8	83,9	45,1	58,8	157	60,3	26,6	56,4	102,2	77,3	34,8	13,5



	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Edertalsperre	140	133	177	191	192	192	160	126	144	119	112	111	154	172	178
Diemeltalsperre	14,7	15,1	18,2	18,7	18,6	18,0	15,3	13,3	12,6	12,3	12,6	12,5	15,4	16,9	17,0



Abfluss – Monatsmittel [m³/s]															
Pegel	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Helmarshausen/Diemel	16,8	25,0	34,2	15,1	11,3	9,80	5,80	7,12	9,48	9,80	22,6	17,9	48,0	22,4	12,4
Rotenburg/Fulda	26,5	34,9	38,0	20,9	16,8	15,4	8,10	18,9	16,8	11,8	21,3	23,5	74,8	14,9	
Aßlar/Dill	10,4	18,1	19,7	6,20	4,20	3,30	1,10	3,00	3,40	3,30	9,80	7,40	34,9	12,6	4,00
Marburg/Lahn	12,0	30,9	26,6	10,3	6,24	8,00	3,10	7,20	8,00	6,30	18,5	11,6	51,4	12,3	5,90
Hanau/Kinzig	12,3	16,6	20,7	9,68	7,50	7,80	3,90	8,20	7,00	4,80	12,8	12,9	47,9	14,2	6,30
Bad Vilbel/Nidda	12,6	17,0	18,7	8,80	7,10	8,13	3,70	5,90	6,40	4,80	8,50	10,3	32,5	13,3	6,20



Grundwasserstand - Monatsmittel [m unter Gelände]														
Messstelle	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Weissenborn	5,54	4,57	4,62	5,25	5,87	6,48	7,11	7,55	7,81	7,68	6,45	4,32	4,65	5,24
Bracht	11,48	11,19	10,84	10,78	10,84	10,89	11,12	11,24	11,29	11,36	11,40	11,13	10,86	10,75
Schwalbach	8,50	7,53	6,96	7,17	7,37	8,00	8,21	8,48	8,76	9,11	9,33	8,72	7,78	7,51
Kath. Willenroth	10,71	10,44	10,44	10,49	10,62	10,78	10,72	11,02	10,90	10,85	10,71	10,28	10,16	10,25
Bauschheim	2,26	2,10	2,07	2,12	2,21	2,26	2,46	2,45	2,47	2,46	2,33	1,91	1,82	1,86
Langstadt	9,88	9,74	9,70	9,61	9,57	9,50	9,50	9,47	9,49	9,45	9,35	9,06	8,83	8,71
Lampertheim	2,74	2,68	2,74	2,72	2,69	2,82	2,63	2,18	2,41	2,51	2,14	2,52	2,01	2,22

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	151	190	415	368	507	493	1263	393	430	279	228	187	158
Temperatur	°C	10,9	11,0	8,6	4,1	2,8	3,1	5,4	4,2	6,1	5,5	7,7	10,9	14,6
Sauerstoff	mg/l	10,1	9,7	11,3	12,5	13,5	13,5	10,8	12,4	12,3	12,2	11,9	13,5	14,5
pH		8,0	7,9	7,9	8,1	8,1	8,1	7,9	8,1	8,1	8,0	8,2	8,4	8,5
Leitfähigkeit	µS/cm	751	717	520	620	592	670	400	604	618	634	706	706	694
NH ₄ -N	mg/l	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	0,09
NO ₃ -N	mg/l	4,9	5,0	4,6	5,0	5,0	5,3	3,9	5,1	5,3	5,4	5,6	5,4	4,7
Gesamt-N ²⁾	mg/l	5,9	5,9	5,8	6,4	6,1	6,3	4,9	6,5	6,5	6,8	7,3	6,4	5,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,15	0,16	0,18	0,14	0,15	0,11	0,17	0,11	0,13	0,10	0,07	0,06	0,09
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,18	0,18	0,24	0,25	0,26	0,25	0,33	0,14	0,17	0,15	0,13	0,12	0,14
TOC	mg/l	3,6	3,7	7,3	6,2	7,0	4,7	6,3	3,0	3,7	4,5	3,8	4,5	5,5
Cl	mg/l	57	54	33	49	56	65	31	43	45	46	50	54	56

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	13,0	31,9	41,0	18,9	35,2	101,6	153,0	27,7	56,6	24,8	17,2	14,7	12,9
Temperatur	°C	8,6	9,9	7,4	2,2	1,9	2,3	5,3	3,2	5,3	3,9	6,9	9,7	12,9
Sauerstoff	mg/l	10,2	10,0	10,7	12,0	12,3	12,5	11,4	12,1	11,3	12,2	11,8	12,5	11,7
pH		7,9	7,8	7,8	7,9	7,8	7,8	7,5	7,8	7,7	7,9	8,1	8,4	8,5
Leitfähigkeit	µS/cm	455	420	322	506	479	435	273	403	352	398	452	463	479
NH ₄ -N	mg/l	<0,07	<0,07	0,09	0,17	0,10	0,12	0,08	0,32	0,08	0,21	0,10	<0,07	0,08
NO ₃ -N	mg/l	3,8	3,5	3,2	3,4	3,6	3,2	3,4	3,8	3,4	3,6	3,5	3,5	2,7
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,6	4,4	4,0	4,4	4,5	3,9	4,4	5,1	4,4	4,8	4,7	4,3	4,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,18	0,17	0,12	0,13	0,11	0,08	0,12	0,11	0,10	0,08	0,06	0,06	0,14
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,20	0,24	0,15	0,15	0,16	0,23	0,16	0,12	0,13	0,11	0,09	0,19	0,23
TOC	mg/l	3,0	4,5	3,4	3,0	3,3	3,3	4,3	2,4	2,9	2,8	2,6	4,7	5,1
Cl	mg/l	38	34	25	63	63	51	26	36	31	35	37	40	56

Messstation Witzenhausen / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8
		18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	31,6	33,4	88,6	55,1	73,0	101,6	271,6	97,8	81,2	57,4	48,4	41,6	34,2
Temperatur	°C	8,7	9,9	7,6	2,8	2,8	2,7	5,6	4,4	5,9	4,4	7,5	9,8	12,7
Sauerstoff	mg/l	11,3	10,6	11,6	13,1	13,0	13,2	11,8	12,2	11,8	12,7	11,9	12,6	13,5
pH		8,0	8,0	8,0	8,1	8,0	8,0	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0	8,2	8,5
Leitfähigkeit	mS/cm	4,5	4,5	4,1	4,5	4,3	4,0	2,0	3,5	4,1	4,4	4,7	4,6	4,8
NH ₄ -N	mg/l	<0,07	<0,07	0,12	0,09	<0,07	0,15	<0,07	0,13	<0,07	0,14	<0,07	<0,07	0,15
NO ₃ -N	mg/l	3,7	3,6	4,6	4,8	5,0	4,4	3,9	4,3	4,0	4,4	4,0	3,6	3,2
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,2	4,7	5,7	5,8	6,2	5,2	4,8	5,5	5,1	5,7	5,4	4,7	4,2
o-PO ₄ -P	mg/l	0,1	0,17	0,14	0,13	0,12	0,13	0,12	0,10	0,1	0,08	0,07	0,09	0,07
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,2	0,23	0,18	0,39	0,17	0,35	0,20	0,11	0,1	0,11	0,09	0,13	0,13
TOC	mg/l	3,0	4,2	5,5	3,1	3,6	4,8	5,5	2,3	2,3	2,4	2,6	3,3	4,3
Cl	mg/l	1200,0	1150	1030	1150	1100	920	435	885	1050,0	1100	1250	1250	1250

Messstation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5

Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn													
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	
		18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	48,5	55,3	109,9	59,3	69,8	137,7	303,9	77,5	76,9	47,8	32,3	27,4	25,3	
Temperatur	°C	8,4	9,3	7,2	2,1	1,1	1,1	5,9	2,4	4,2	2,6	5,7	8,7	12,1	
Sauerstoff	mg/l	10,2	9,6	11,1	12,7	12,0	10,5	12,0	10,7	11,9	13,1	13,4	16,5	16,2	
pH		7,9	7,8	7,8	7,8	7,8	7,8	7,7	7,8	7,8	7,9	8,4	9,0	9,2	
Leitfähigkeit	μS/cm	449	476	373	467	589	527	367	449	459	476	563	567	550	
NH ₄ -N	mg/l	<0,07	<0,07	0,11	0,16	0,15	0,20	< 0,07	0,17	0,10	0,15	0,08	< 0,07	0,21	
NO ₃ -N	mg/l	2,6	2,7	3,0	3,4	3,8	3,7	3,7	4,1	3,9	4,1	3,9	3,4	2,6	
Gesamt-N ²⁾	mg/l	3,2	3,5	3,8	4,3	4,9	4,4	4,7	5,4	4,9	5,2	5,0	4,4	4,0	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,10	0,13	0,10	0,11	0,11	0,12	0,08	0,10	0,11	0,12	0,05	0,05	0,04	
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,13	0,18	0,14	0,35	0,16	0,21	0,10	0,11	0,13	0,15	0,08	0,22	0,20	
TOC	mg/l	3,1	3,5	4,5	3,3	3,8	3,6	3,1	2,7	3,1	2,8	3,2	4,8	7,6	
Cl	mg/l	44	48	36	58	75	65	33	45	48	48	55	59	61	

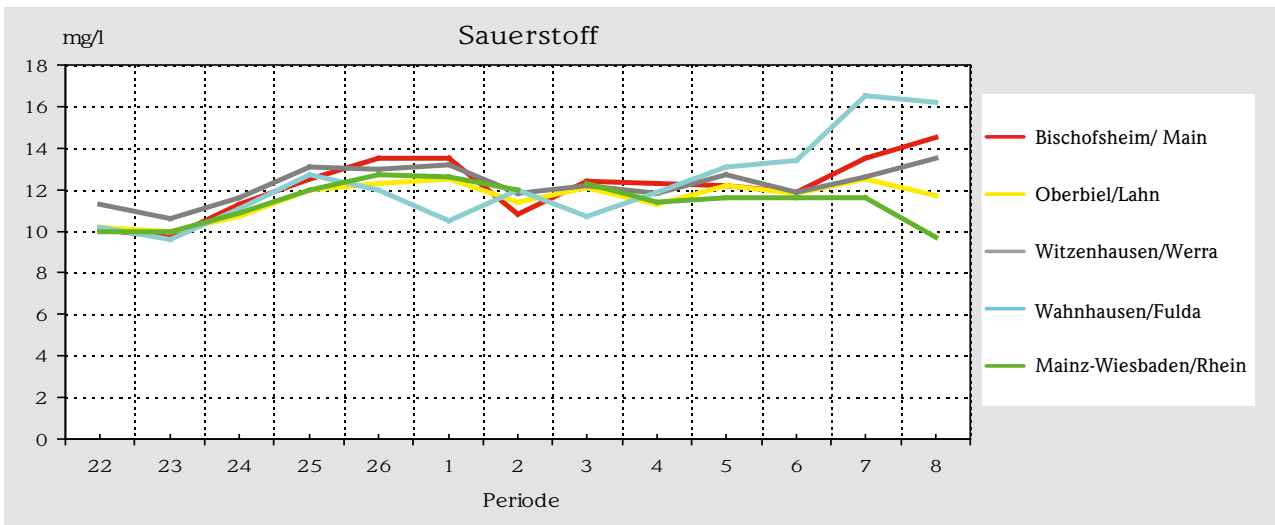
Messstation Mainz-Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5

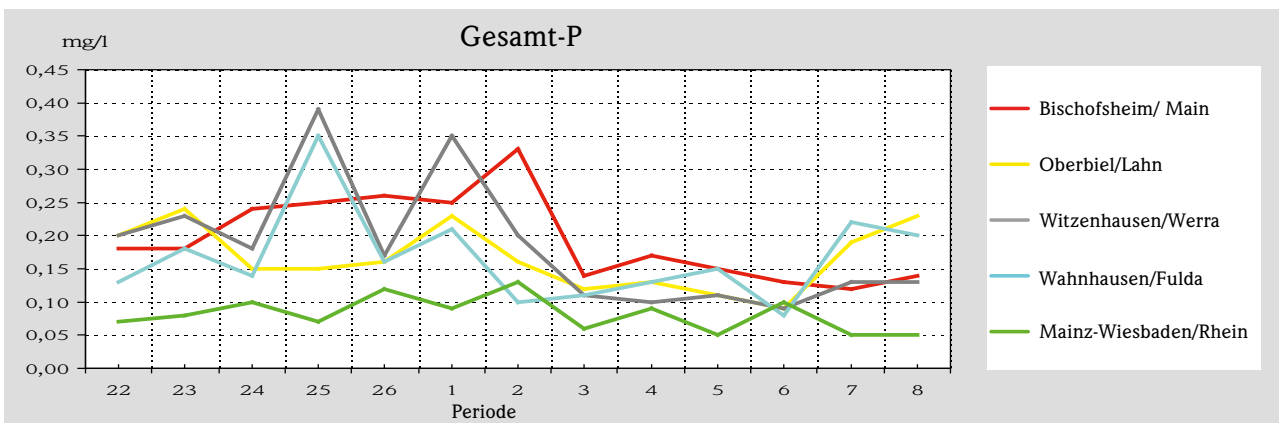
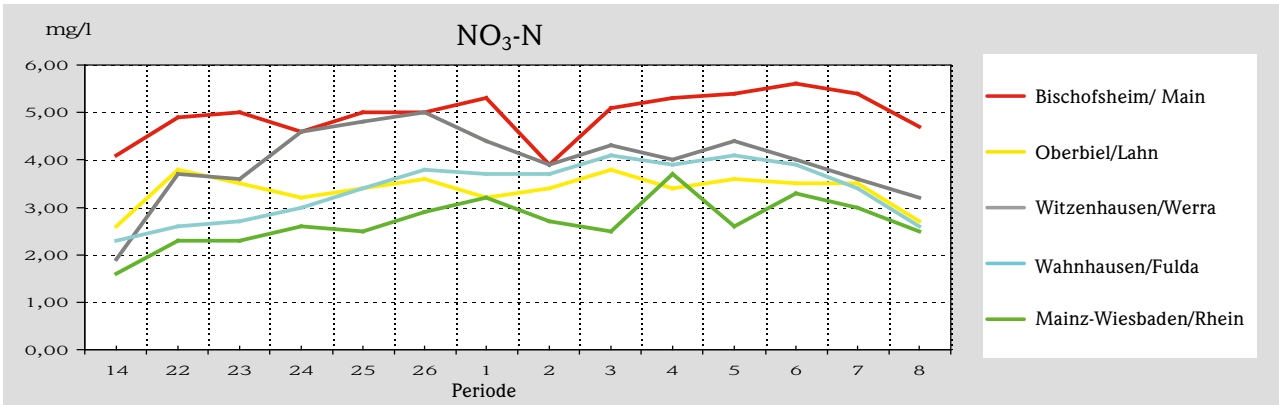
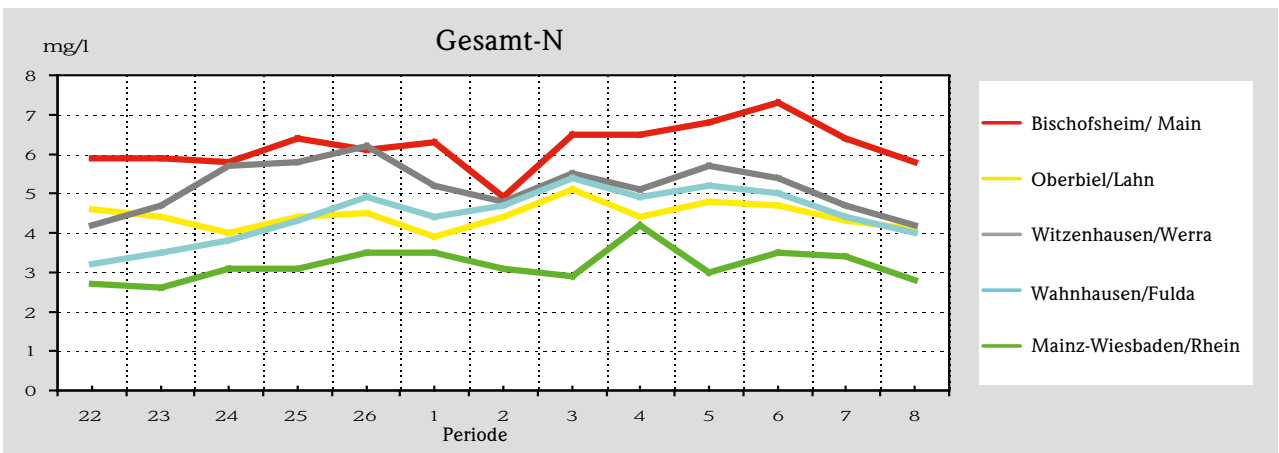
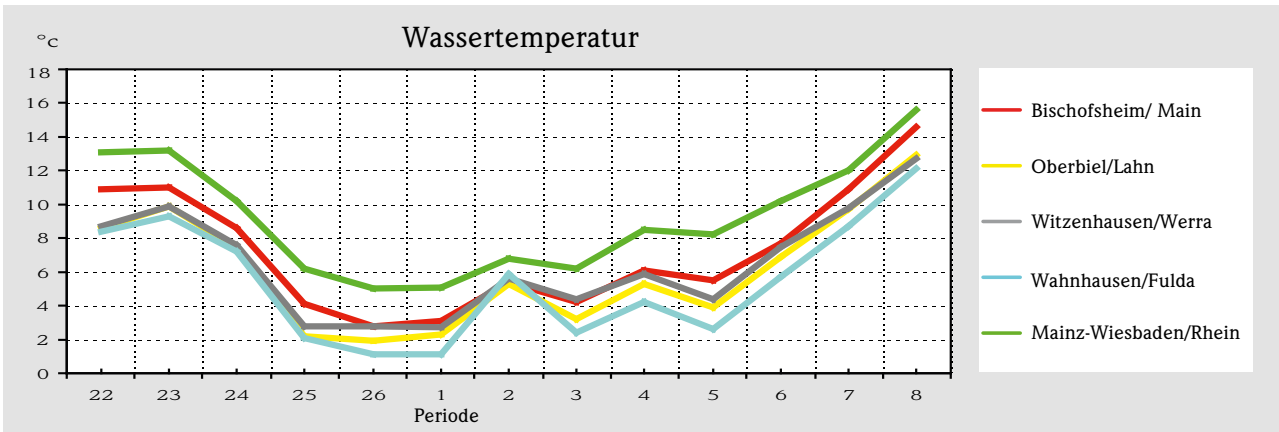
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn													
		22	23	24	25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	
		18.10.2010	1.11.2010	15.11.2010	29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	1213	1224	1901	2167	2664	2232	3941	1759	1476	1226	1084	1071	1054	
Temperatur	°C	13,1	13,2	10,2	6,2	5,0	5,1	6,8	6,2	8,5	8,2	10,2	12,0	15,6	
Sauerstoff	mg/l	10,0	10,0	10,9	12,0	12,7	12,6	12,0	12,3	11,4	11,6	11,6	11,6	9,7	
pH		8,0	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	8,2	8,1	8,1	
Leitfähigkeit	μS/cm	469	483	441	487	469	515	391	489	531	528	545	522	501	
NH ₄ -N	mg/l	<0,02	<0,02	<0,02	<0,02	0,03	0,07	<0,02	0,05	0,04	0,02	<0,02	<0,02	0,04	
NO ₃ -N	mg/l	2,3	2,3	2,6	2,5	2,9	3,2	2,7	2,5	3,7	2,6	3,3	3,0	2,5	
Gesamt-N ²⁾	mg/l	2,7	2,6	3,1	3,1	3,5	3,5	3,1	2,9	4,2	3,0	3,5	3,4	2,8	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,06	0,1	0,1	0,07	0,06	0,07	0,04	0,07	0,04	0,0	0,0	0,04	
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,07	0,08	0,1	0,07	0,12	0,09	0,13	0,06	0,09	0,05	0,1	0,05	0,05	
TOC	mg/l	2,9	2,2	4,7	2,5	5,0	2,7	4,9	2,0	3,0	1,8	2,2	2,5	2,8	
EDTA	μg/l	4,7	
Cl	mg/l	36	38	33	42	44	47	32	40	44	45	48	46	45	

¹⁾ = vorl. Abflusswerte

²⁾ = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

³⁾ = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.








B. Die Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit rund 30 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den EG-Luftqualitätsrichtlinien, welche durch die 39. BImSchV (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen) in deutsches Recht umgesetzt sind, und durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

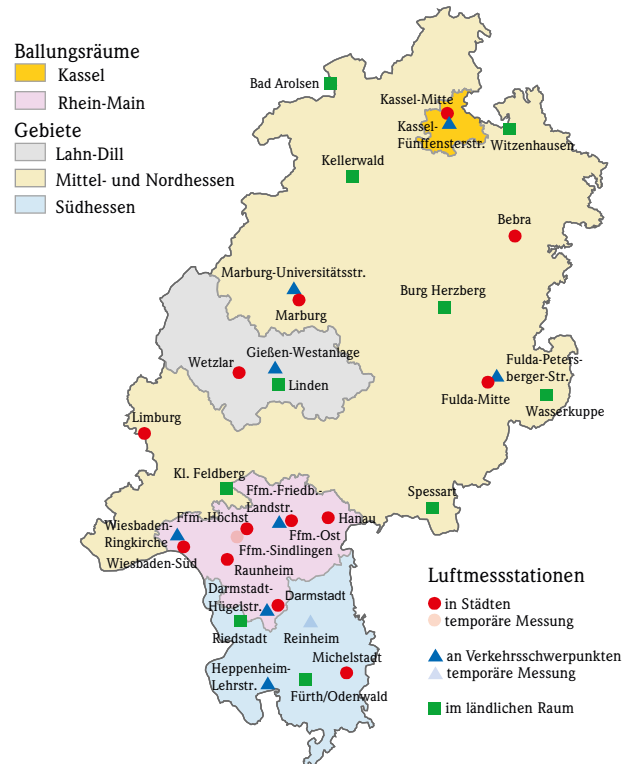
Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie z. B. Info-Telefon, Videotext und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhaltungsplanung, deren Ziel das Erreichen und Einhalten anspruchsvoller Luftqualitätsziele ist.

Sowohl die Aufteilung Hessens in Ballungsräume und Gebiete nach 39. BImSchV als auch die Standorte der Luftmessstationen sind der nebenstehenden Übersichtskarte zu entnehmen. Die Anzahl und die Standorte der Stationen können im Laufe der Zeit variieren, da sie den rechtlichen und fachlichen Vorgaben aktuell angepasst werden. Die Messstationen sind entsprechend ihrer Standortcharakteristik in drei Gruppen unterteilt:

	Luftmessstationen in Städten
	Luftmessstationen an Verkehrsschwerpunkten
	Luftmessstationen im ländlichen Raum

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃), Schwefeldioxid (SO₂), Feinstaub PM₁₀ und PM_{2,5}, Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur

sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von zwölf Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich pro Komponente ein vollständiger Jahresgang verfolgen.



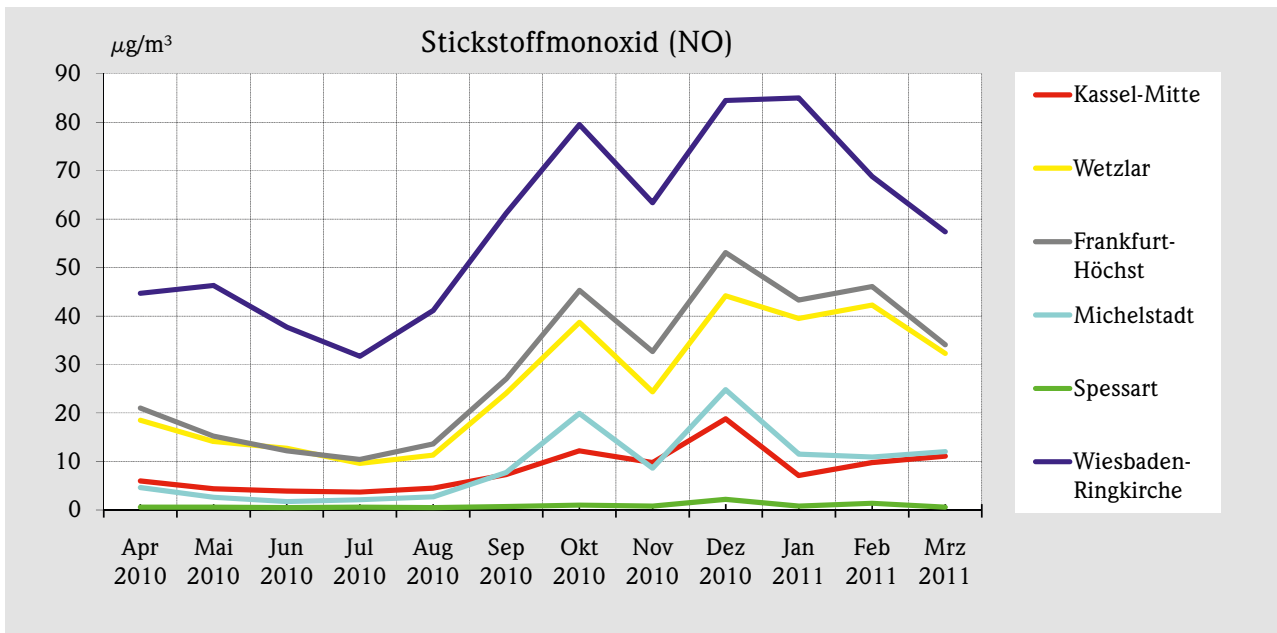
Die gemessenen Feinstaubfraktionen PM₁₀ und PM_{2,5} beinhalten Partikel mit einem Durchmesser kleiner oder gleich 10 bzw. 2,5 Mikrometer (µm). Nach medizinischen Erkenntnissen haben diese lungengängigen Feinstäube ein deutlich größeres Schädigungspotential als die groben Partikel.

In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ (µg/m³) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ (mg/m³).

Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

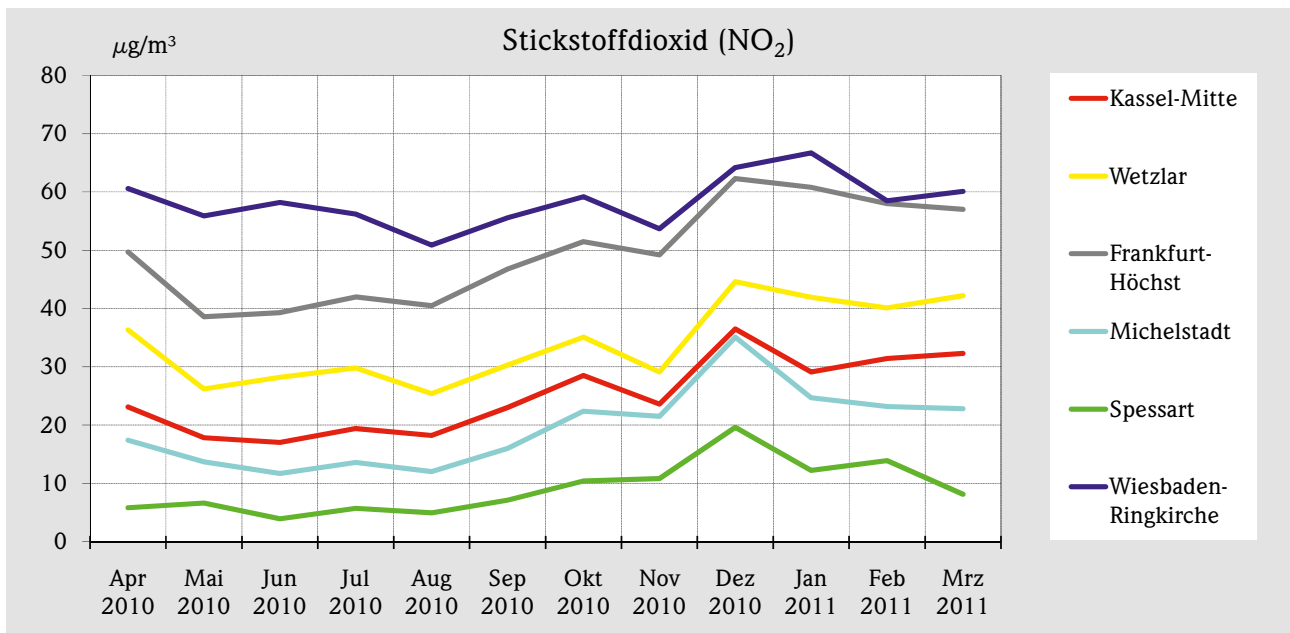
- Info-Telefon des HLUG: 0611/6939-666 (Ansaage)
- Videotext des HR 3: Hessentext: Tafeln 160 – 168 (akt. Messwerte), Tafeln 174 – 177 (Wetterdaten)
- Fax-auf-Abruf-Service des HLUG: 0611/18061-000 (Übersicht)
- Internet: <http://www.hlug.de>
- Mobilfunk: <http://wap.hlug.de>

a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



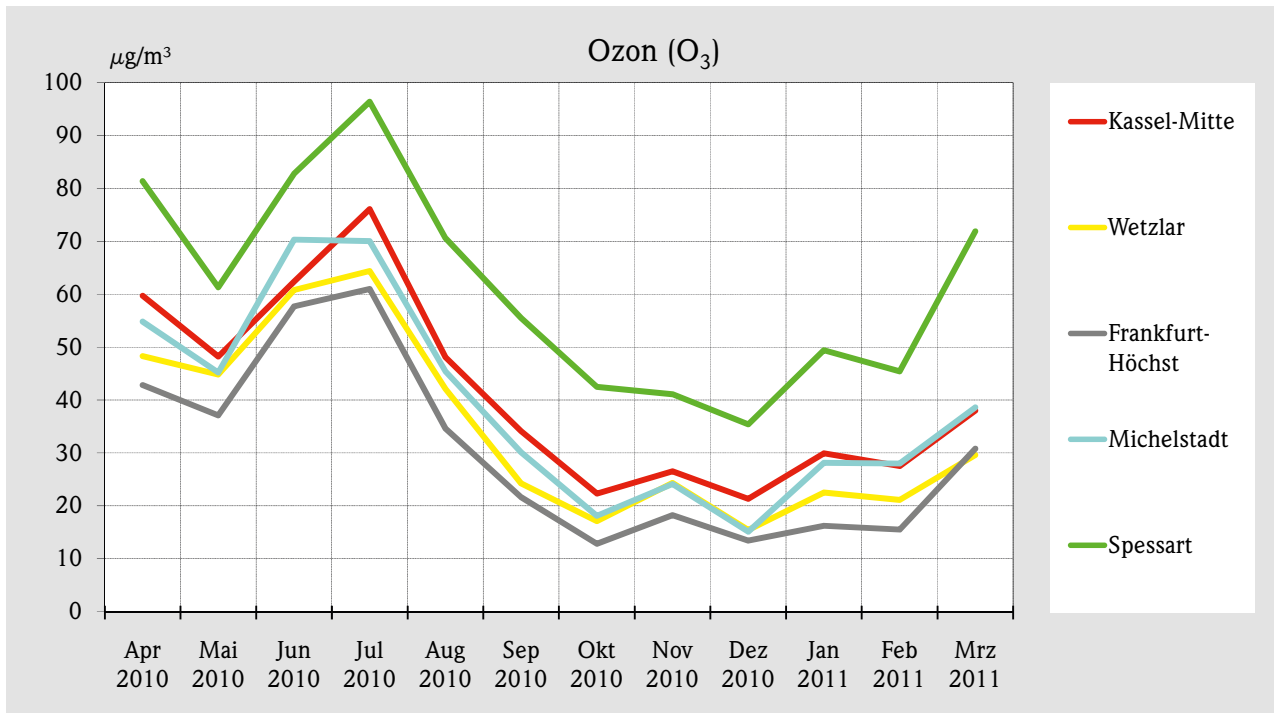
	Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
■	Bad Arolsen	0,8	0,8	0,7	0,7	0,9	0,8	1,3	0,9	2,8	1,3	1,6	1,0
●	Bebra	4,5	3,4	2,6	2,7	3,7	4,2	6,3	5,3	12,5	7,0	7,6	7,7
■	Burg-Herzberg	0,8	1,0	0,7	3,3	0,7	1,2	0,8
●	Darmstadt	4,7	4,1	2,1	2,6	3,1	5,8	14,2	9,1	20,3	12,7	13,4	10,0
▲	Darmstadt-Hügelstraße	93,1	88,2	89,2	67,1	64,1	97,9	114,1	76,5	107,4	72,3	93,3	100,4
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	36,1	35,5	31,3	25,7	27,7	47,7	70,6	50,1	68,1	59,1	59,1	47,0
●	Ffm.-Höchst	21,0	15,2	12,2	10,4	13,6	27,0	45,3	32,7	53,1	43,3	46,1	34,1
●	Ffm.-Ost	8,7	7,4	4,3	8,7	15,8	21,9	36,6	26,4	26,1	29,2	32,7	17,6
●	Fulda-Mitte	8,7	4,9	3,5	3,7	4,1	8,8	15,5	11,0	25,6	10,8	15,5	16,2
▲	Fulda-Petersberger-Straße	31,0	25,2	19,4	23,9	31,3	47,7	57,2	48,7	76,1	53,4	61,4	50,6
■	Fürth/Odenwald	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	2,7	0,9	1,5	0,7
▲	Gießen-Westanlage	52,0	35,3	20,1	17,4	22,9	44,7	61,1	62,4	74,7	67,4	58,6	61,1
●	Hanau	18,4	17,1	12,0	12,1	16,2	26,0	40,5	32,8	48,7	40,7	44,2	32,1
▲	Heppenheim-Lehrstraße	22,0	21,9	16,5	21,6	27,2	40,4	48,4	40,7	67,7	36,3	45,1	32,1
▲	Kassel-Fünffensterstraße	29,7	23,0	25,9	36,2	42,0	52,4	59,7	46,6	57,8	53,8	56,8	42,6
●	Kassel-Mitte	6,0	4,4	3,9	3,7	4,5	7,3	12,2	9,8	18,8	7,1	9,8	11,1
■	Kellerwald	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	1,0	0,6	1,8	0,6	1,4	0,7
■	Kleiner Feldberg	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,7	0,8	0,6	0,9	0,6	0,9	0,7
●	Limburg	12,2	7,0	6,1	5,0	7,0	13,8	27,1	14,3	26,2	23,1	23,6	24,5
■	Linden	4,6	2,6	2,6	2,6	2,4	6,2	9,0	5,7	13,4	7,4	8,6	11,6
●	Marburg	5,8	3,8	3,0	2,7	4,4	9,3	20,8	10,4	19,0	22,3	16,4	14,3
▲	Marburg-Universitätsstraße	27,3	31,0	24,9	30,9	48,1	59,6	73,3	62,0	66,9	84,2	73,9	46,9
●	Michelstadt	4,6	2,6	1,7	2,1	2,7	7,7	19,9	8,6	24,8	11,5	10,9	12,0
●	Raunheim	10,9	7,5	5,0	5,2	7,8	16,4	29,0	15,7	32,2	22,3	26,7	22,5
▲	Reinheim	40,8	32,7	29,3	31,8	33,8	49,2	66,4	54,4	64,3	48,7	67,8	55,2
■	Riedstadt	4,2	2,3	1,6	2,0	2,0	5,6	13,8	4,6	16,8	9,3	13,4	8,5
■	Spessart	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	0,7	1,0	0,8	2,2	0,8	1,4	0,6
■	Wasserkuppe	1,7	0,9	0,7	0,5	0,4	0,5	0,6	0,7	0,9	0,7	0,9	0,7
●	Wetzlar	18,5	14,1	12,7	9,6	11,3	24,1	38,7	24,4	44,2	39,5	42,3	32,3
▲	Wiesbaden-Ringkirche	44,7	46,3	37,7	31,7	41,1	61,2	79,5	63,4	84,5	85,0	68,8	57,4
●	Wiesbaden-Süd	8,2	6,7	4,0	4,9	6,8	15,3	25,9	13,1	31,7	26,6	25,7	16,1
■	Witzenhausen	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	0,7	1,4	0,5	0,9	0,6

b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO₂) in µg/m³



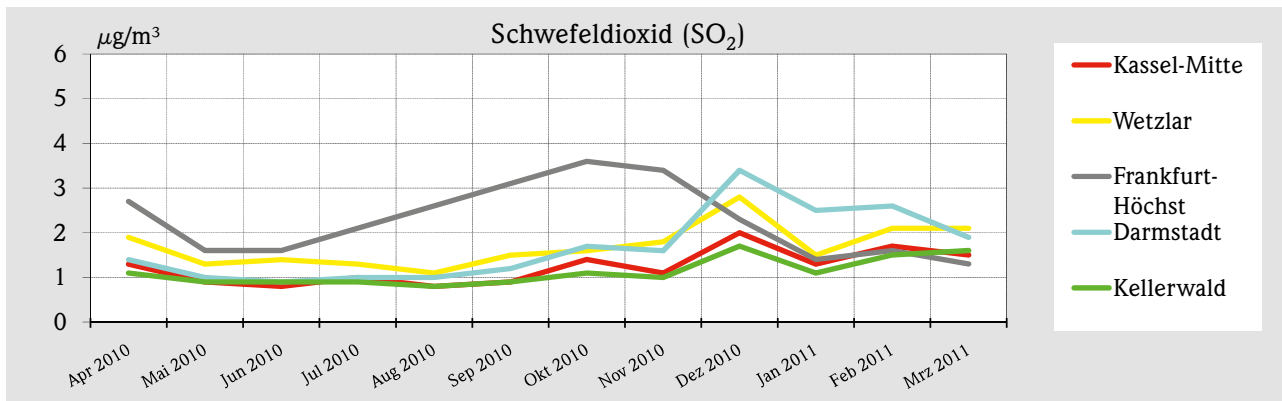
	Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
■	Bad Arolsen	7,7	6,8	5,0	5,5	6,3	8,3	12,0	10,6	20,3	12,8	15,2	12,2
●	Bebra	15,4	12,8	10,2	12,1	12,9	14,4	18,7	18,1	32,0	25,1	23,9	22,0
■	Burg-Herzberg	9,5	12,3	11,7	21,6	13,2	15,0	10,5
●	Darmstadt	26,6	25,1	19,6	21,0	19,6	23,4	28,4	27,8	41,5	36,0	32,2	32,9
▲	Darmstadt-Hügelstraße	77,8	67,9	80,4	75,1	55,2	65,1	65,4	52,1	65,3	57,8	59,5	73,5
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	58,2	50,3	54,5	55,6	46,1	53,7	58,7	50,1	62,3	59,6	55,7	61,8
●	Ffm.-Höchst	49,7	38,6	39,3	42,0	40,5	46,8	51,5	49,2	62,3	60,8	58,0	57,0
●	Ffm.-Ost	31,0	24,8	21,5	34,6	35,0	34,7	35,9	36,9	42,6	41,2	40,3	36,0
●	Fulda-Mitte	29,8	22,6	19,3	19,8	17,7	24,2	28,9	27,2	40,1	32,5	33,0	35,5
▲	Fulda-Petersberger-Straße	45,0	36,2	36,8	44,5	39,5	42,4	42,8	39,1	52,4	46,5	47,0	48,9
■	Fürth/Odenwald	8,3	8,6	5,9	6,6	6,6	8,6	12,8	14,0	21,8	14,3	16,1	10,8
▲	Gießen-Westanlage	52,8	41,2	37,3	39,3	35,6	40,1	42,7	43,1	56,1	51,6	46,3	47,7
●	Hanau	37,9	31,6	28,7	32,0	31,1	34,5	38,4	37,5	50,8	47,4	46,8	46,8
▲	Heppenheim-Lehrstraße	33,0	30,8	29,5	36,8	31,3	34,0	35,5	36,8	51,1	40,7	40,9	39,1
▲	Kassel-Fünffensterstraße	48,7	36,0	42,1	57,6	49,7	52,4	51,7	44,5	52,6	52,9	54,9	53,0
●	Kassel-Mitte	23,1	17,8	17,0	19,4	18,2	23,0	28,5	23,6	36,5	29,1	31,4	32,3
■	Kellerwald	5,2	5,0	3,5	3,8	4,6	5,5	10,3	9,0	16,5	10,2	13,2	7,7
■	Kleiner Feldberg	7,2	6,5	5,2	6,4	6,0	7,2	9,1	10,7	12,3	10,2	12,8	7,8
●	Limburg	29,4	23,7	21,1	19,7	18,3	23,9	29,6	26,1	39,0	33,9	34,3	36,0
■	Linden	17,9	13,8	12,5	14,2	14,2	16,3	22,0	19,4	35,3	27,2	25,3	23,6
●	Marburg	23,1	17,3	16,0	17,3	17,3	20,4	24,6	21,3	33,2	34,1	32,0	31,5
▲	Marburg-Universitätsstraße	40,7	37,7	38,9	50,3	46,3	45,1	46,1	43,0	52,9	54,0	49,1	45,6
●	Michelstadt	17,4	13,7	11,7	13,6	12,0	16,0	22,4	21,5	35,1	24,7	23,2	22,8
●	Raunheim	36,6	26,1	27,5	29,3	24,5	30,9	35,6	31,2	46,5	39,3	39,9	42,4
▲	Reinheim	43,5	36,0	37,7	41,0	35,0	39,3	40,9	37,5	47,9	41,3	43,5	46,0
■	Riedstadt	20,0	14,8	12,1	13,5	11,7	17,0	22,1	21,0	34,9	28,8	28,0	26,4
■	Spessart	5,8	6,6	3,9	5,7	4,9	7,1	10,4	10,8	19,6	12,2	13,9	8,1
■	Wasserkuppe	6,7	5,3	3,4	3,8	3,7	5,4	7,1	7,7	10,3	7,3	9,1	6,8
●	Wetzlar	36,3	26,2	28,2	29,8	25,4	30,3	35,1	29,1	44,6	41,9	40,1	42,2
▲	Wiesbaden-Ringkirche	60,6	55,9	58,2	56,2	50,9	55,6	59,2	53,7	64,2	66,7	58,5	60,1
●	Wiesbaden-Süd	35,7	28,9	26,4	29,2	28,7	32,2	36,3	32,8	47,1	44,2	37,5	35,5
■	Witzenhausen	5,7	5,9	4,2	4,6	5,3	5,9	9,2	9,0	14,8	9,4	12,3	8,1

c) Monatsmittelwerte – Ozon (O₃) in µg/m³



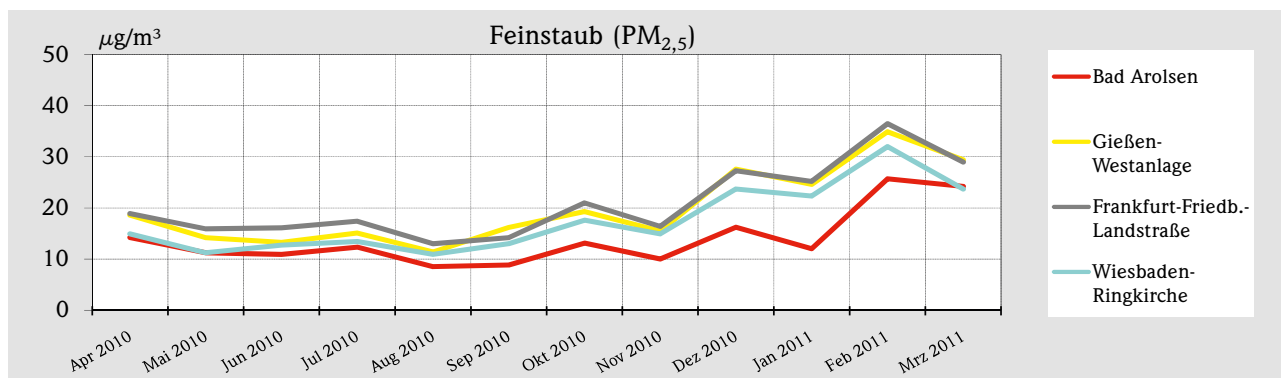
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Bad Arolsen	84,3	64,4	71,6	82,7	57,4	48,4	36,6	36,3	34,3	44,8	40,0	57,3
Bebra	54,8	45,8	58,4	61,1	45,2	33,9	24,5	30,1	25,0	30,6	32,3	40,5
Burg-Herzberg	48,5	36,6	35,1	31,4	41,3	43,5	66,4
Darmstadt	54,9	41,3	65,4	67,1	47,0	30,7	17,5	24,3	15,6	23,1	22,3	42,0
Ffm.-Höchst	42,8	37,1	57,7	61,0	34,6	21,6	12,8	18,2	13,4	16,2	15,5	30,8
Ffm.-Ost	54,3	45,0	66,1	62,5	34,8	23,7	15,9	17,7	15,4	20,3	19,0	39,8
Fulda-Mitte	54,0	46,9	65,1	68,5	47,6	30,4	19,8	24,4	18,8	26,3	27,4	36,7
Fürth/Odenwald	76,2	55,8	80,9	93,0	72,2	56,6	41,0	37,8	34,4	46,1	41,4	69,0
Hanau	49,4	40,0	59,5	63,5	40,5	26,2	15,3	20,9	12,9	18,5	18,4	33,6
Kassel-Mitte	59,7	48,2	62,4	76,1	48,1	34,1	22,3	26,5	21,3	29,9	27,5	38,0
Kellerwald	76,2	59,2	81,4	95,9	63,1	52,5	38,0	36,8	34,8	45,7	44,9	66,4
Kleiner Feldberg	88,1	70,1	96,0	105,4	76,3	66,6	56,7	47,1	53,5	58,9	54,2	82,3
Limburg	50,9	43,8	60,8	65,5	46,9	31,4	20,0	25,3	18,2	25,7	25,7	36,1
Linden	63,9	63,8	58,6	65,8	49,8	35,5	24,8	26,6	18,9	27,2	29,2	39,8
Marburg	56,8	46,2	60,9	67,8	45,7	29,9	20,4	28,7	18,8	25,2	26,3	39,4
Michelstadt	54,8	45,2	70,3	70,0	45,4	30,1	18,1	24,1	15,1	28,1	28,0	38,6
Raunheim	51,0	42,2	57,3	65,5	45,5	28,7	17,4	22,0	14,4	20,5	18,9	34,9
Riedstadt	61,8	53,0	73,8	74,6	53,1	36,1	22,1	28,3	20,4	26,1	23,3	41,1
Spessart	81,4	61,3	82,8	96,4	70,6	55,5	42,5	41,1	35,4	49,4	45,4	71,9
Wasserkuppe	91,3	71,6	93,3	105,9	76,8	65,7	58,2	49,0	52,6	59,9	61,6	79,3
Wetzlar	48,3	44,8	60,8	64,4	42,1	24,2	17,1	24,3	15,4	22,5	21,1	29,6
Wiesbaden-Süd	55,7	40,2	62,9	67,6	42,3	28,5	18,2	20,7	14,3	18,6	19,9	38,9
Witzenhausen	80,4	63,6	79,6	91,8	58,8	51,1	42,8	39,9	42,7	49,8	47,3	69,8

d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO₂) in µg/m³



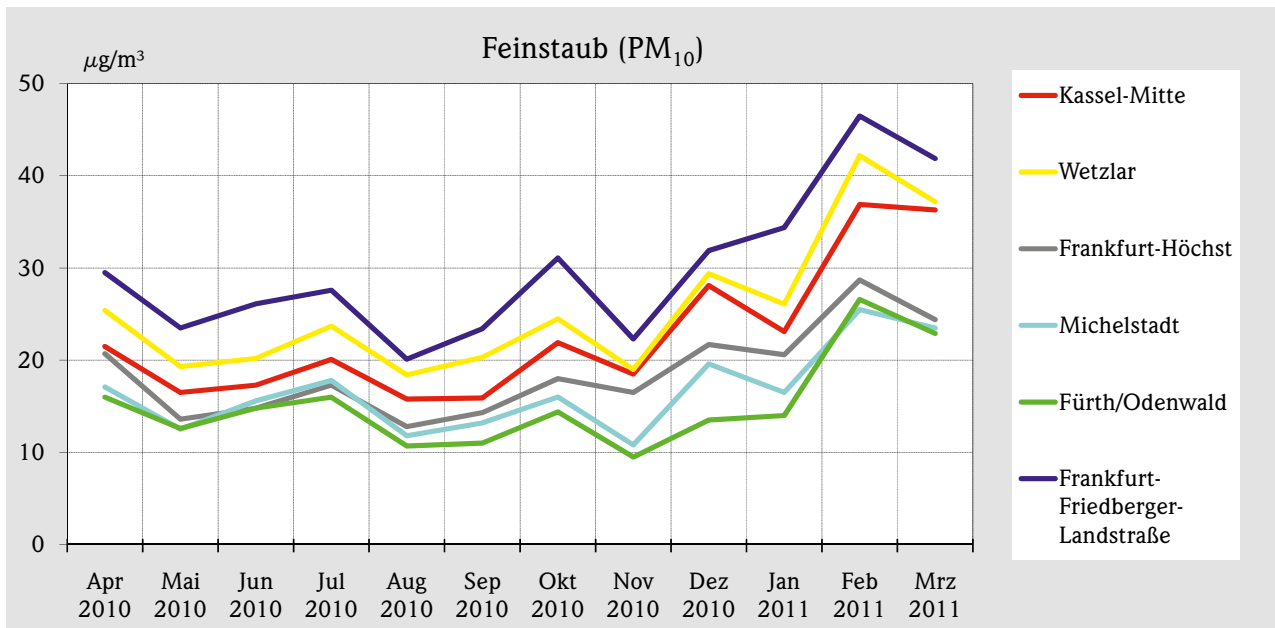
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Darmstadt	1,4	1,0	0,9	1,0	1,0	1,2	1,7	1,6	3,4	2,5	2,6	1,9
Ffm.-Höchst	2,7	1,6	1,6	2,1	2,6	3,1	3,6	3,4	2,3	1,4	1,6	1,3
Hanau	1,7	1,2	1,1	1,3	1,1	1,4	2,3	1,8	3,8	2,6	2,9	2,0
Kassel-Mitte	1,3	0,9	0,8	1,0	0,8	0,9	1,4	1,1	2,0	1,3	1,7	1,5
Kellerwald	1,1	0,9	0,9	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,7	1,1	1,5	1,6
Linden	1,2	0,9	0,9	1,0	0,9	0,9	1,5	1,2	3,2	1,5	1,8	1,8
Michelstadt	1,5	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	1,7	1,4	3,0	1,7	1,8	1,6
Raunheim	2,3	1,4	1,7	1,6	1,1	1,5	2,5	2,1	4,4	3,0	3,4	3,1
Wasserkuppe	1,1	0,9	1,0	1,0	0,9	1,0	1,2	1,2	1,5	1,1	1,4	1,6
Wetzlar	1,9	1,3	1,4	1,3	1,1	1,5	1,6	1,8	2,8	1,5	2,1	2,1
Wiesbaden-Süd	2,4	1,2	1,6	1,6	1,2	1,5	2,0	1,6	3,1	2,1	2,7	2,9

d) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM_{2,5}) in µg/m³



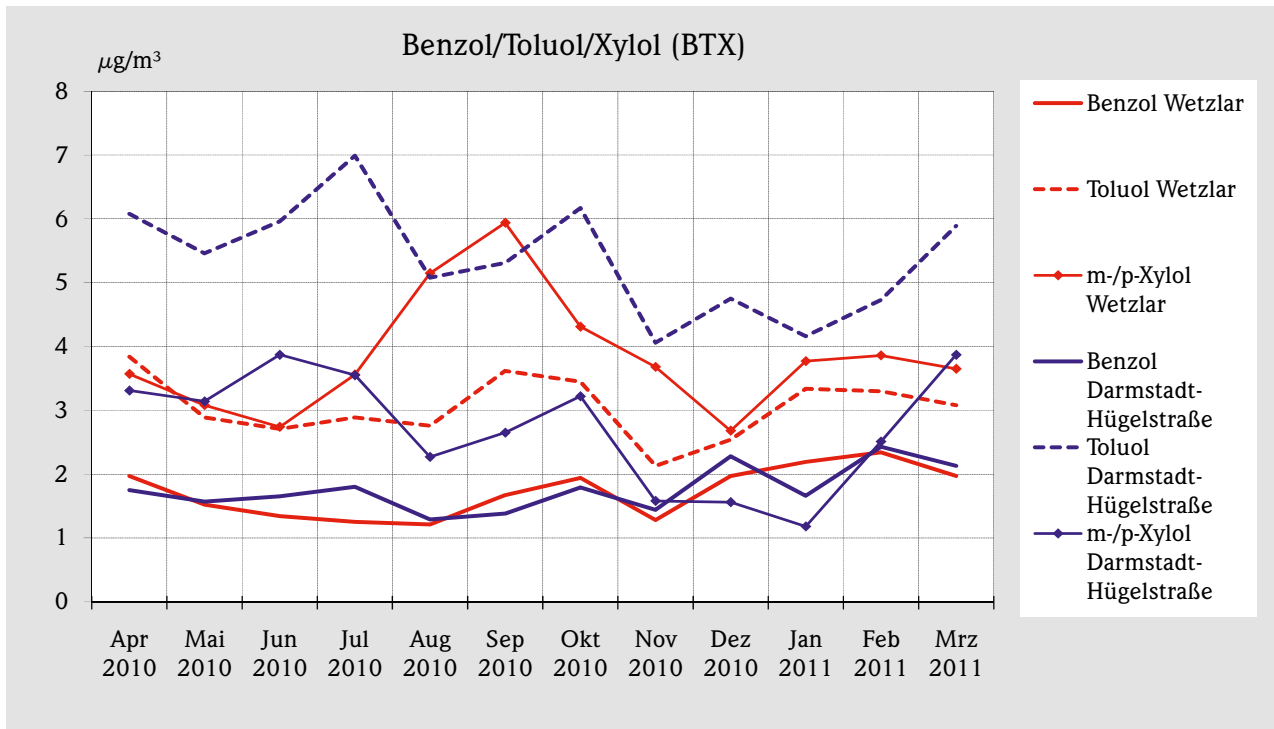
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Bad Arolsen	14,2	11,2	10,9	12,3	8,5	8,8	13,1	10,0	16,2	12,0	25,7	24,2
Ffm.-Friedb.-Landstraße	18,9	15,9	16,1	17,4	13,0	14,2	21,0	16,4	27,3	25,2	36,5	29,0
Fulda-Petersberger-Straße	17,0	13,0	13,3	15,4	11,5	13,1	21,4	16,6	26,3	21,5	34,6	30,5
Gießen-Westanlage	18,6	14,2	13,3	15,1	11,4	16,2	19,3	15,5	27,6	24,6	34,9	29,4
Heppenheim-Lehrstraße	16,5	14,6	13,7	14,9	10,9	13,0	19,8	17,3	31,8	27,7	38,6	27,8
Marburg-Universitätsstraße	17,8	14,8	13,3	15,1	12,7	14,4	20,4	16,7	29,7	24,3	34,2	28,0
Wiesbaden-Ringkirche	14,9	11,2	12,7	13,4	10,9	13,0	17,6	14,9	23,7	22,3	32,0	23,7

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM₁₀) in µg/m³



Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Bad Arolsen	18,6	14,7	15,7	18,7	13,6	12,9	16,8	11,7	18,1	13,9	29,0	28,9
Bebra	20,0	14,6	15,4	20,7	14,2	15,6	20,1	13,9	20,7	18,0	30,6	31,0
Darmstadt	17,7	14,2	16,5	18,7	11,9	13,6	16,9	12,0	16,5	15,9	23,6	20,0
Darmstadt-Hügelstraße	33,2	27,5	29,7	26,3	20,1	24,7	30,3	22,1	34,8	32,0	47,3	44,3
Ffm.-Friedb.-Landstraße	29,5	23,5	26,1	27,6	20,1	23,4	31,1	22,3	31,9	34,4	46,5	41,9
Ffm.-Höchst	20,7	13,6	14,8	17,3	12,8	14,3	18,0	16,5	21,7	20,6	28,7	24,4
Ffm.-Ost	23,3	16,3	18,4	22,5	20,7	24,7	24,1	15,4	20,0	20,7	33,1	29,3
Fulda-Mitte	19,4	12,7	14,9	18,2	11,9	12,7	17,7	12,0	19,5	16,0	28,9	28,3
Fulda-Petersberger-Straße	25,7	19,4	18,8	24,0	19,2	23,1	33,1	23,6	31,8	27,1	44,8	41,9
Fürth/Odenwald	16,0	12,6	14,8	16,0	10,7	11,0	14,4	9,5	13,5	14,0	26,6	22,9
Gießen-Westanlage	27,5	22,1	21,0	25,3	19,5	29,3	31,4	22,8	31,2	31,3	46,0	41,8
Hanau	16,3	12,5	18,0	19,0	13,7	15,0	18,7	13,0	19,9	20,2	29,8	26,3
Heppenheim-Lehrstraße	23,4	19,9	19,8	22,3	16,9	19,4	26,1	20,6	34,9	31,8	45,9	34,8
Kassel-Fünfensterstraße	28,7	22,7	21,5	26,5	23,2	24,7	30,3	24,0	30,4	27,3	41,8	40,0
Kassel-Mitte	21,5	16,5	17,3	20,1	15,8	15,9	21,9	18,5	28,1	23,1	36,9	36,3
Kellerwald	17,3	13,3	13,3	15,9	11,7	12,6	14,5	10,7	15,0	12,9	26,8	25,6
Kleiner Feldberg	13,8	10,1	12,5	13,3	9,3	9,2	10,8	6,8	8,7	8,6	16,2	20,6
Limburg	22,0	15,9	18,8	20,3	14,3	15,3	19,7	13,1	22,1	19,7	30,9	32,3
Marburg	19,0	13,3	16,6	18,8	11,6	13,9	17,6	11,7	18,7	17,2	29,2	23,6
Marburg-Universitätsstraße	26,0	19,8	20,2	23,3	20,0	24,5	28,4	20,9	30,8	29,3	43,3	36,8
Michelstadt	17,1	12,5	15,6	17,8	11,8	13,2	16,0	10,8	19,6	16,5	25,5	23,5
Raunheim	19,3	13,3	14,7	16,8	11,8	13,0	16,6	11,7	18,9	18,4	29,1	24,1
Reinheim	23,7	18,0	19,0	21,3	16,7	19,1	30,3	23,3	34,7	32,1	45,6	39,3
Riedstadt	17,8	15,2	15,0	17,0	11,3	11,5	16,5	10,8	18,3	18,3	28,9	26,0
Wasserkuppe	14,5	9,3	11,8	14,0	9,6	9,7	11,8	6,9	8,9	6,2	14,8	20,0
Wetzlar	25,4	19,3	20,2	23,7	18,4	20,3	24,5	19,0	29,4	26,1	42,2	37,2
Wiesbaden-Ringkirche	22,6	17,6	19,1	20,0	16,4	20,7	24,8	20,0	28,2	28,5	40,2	34,0
Wiesbaden-Süd	18,9	13,3	16,3	19,1	13,2	15,3	19,1	12,7	19,9	19,5	30,6	26,3
Witzenhausen	15,2	11,3	12,6	15,5	10,8	10,9	13,4	8,5	11,8	10,3	21,9	21,9

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

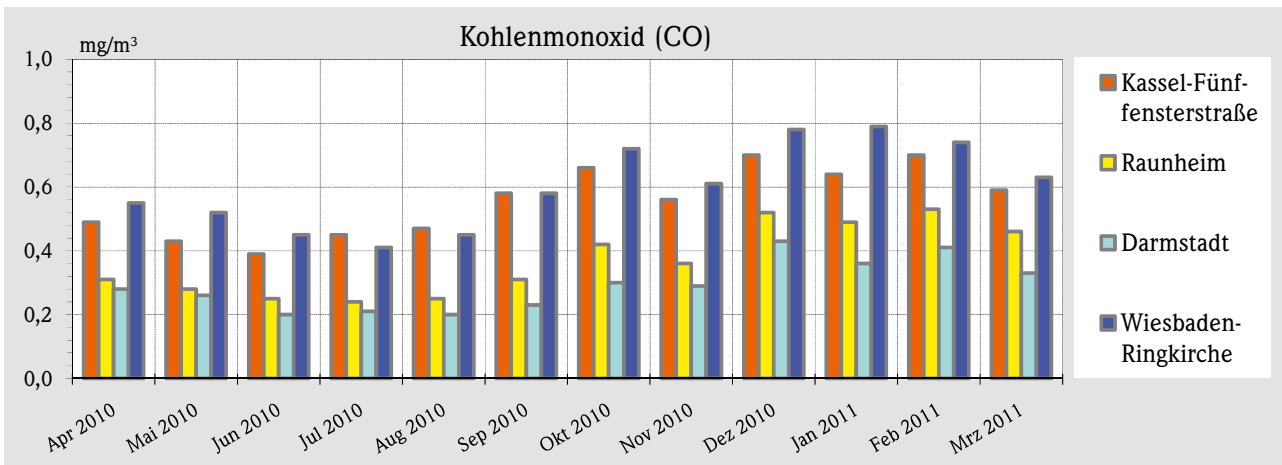


Benzol													
	Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	1,75	1,57	1,65	1,80	1,29	1,38	1,79	1,44	2,28	1,66	2,43	2,13
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	1,82	1,76	1,92	1,25	1,00	1,42	1,95	1,44	2,21	1,92	2,30	1,92
▲	Fulda-Petersberger-Straße	1,46	1,22	0,93	1,15	1,26	1,68	2,04	1,88	2,73	2,16	2,73	2,14
●	Wetzlar	1,97	1,52	1,34	1,25	1,21	1,67	1,94	1,28	1,97	2,19	2,34	1,97
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,43	1,53	1,44	1,50	1,50	1,84	2,35	2,03	2,72	2,59	2,63	2,09

Toluol													
	Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	6,08	5,46	5,96	6,99	5,08	5,31	6,17	4,06	4,75	4,16	4,73	5,89
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	6,52	5,90	6,94	6,16	4,60	6,20	7,11	4,03	4,29	4,93	4,85	5,74
▲	Fulda-Petersberger-Straße	4,80	3,72	3,49	5,05	4,77	6,39	6,27	4,90	5,31	5,46	6,14	5,46
●	Wetzlar	3,84	2,89	2,71	2,89	2,76	3,62	3,45	2,13	2,54	3,34	3,30	3,08
▲	Wiesbaden-Ringkirche	5,92	5,75	5,69	6,23	6,25	7,86	8,63	6,00	6,15	7,63	6,29	6,33

m-/p-Xylol													
	Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	3,31	3,14	3,87	3,55	2,27	2,65	3,22	1,58	1,56	1,18	2,51	3,87
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	3,60	3,73	4,09	3,62	2,40	3,25	3,99	2,41	2,57	2,69	2,91	2,97
▲	Fulda-Petersberger-Straße	2,13	1,92	1,75	1,97	2,02	2,79	2,87	2,36	2,42	2,24	2,79	2,52
●	Wetzlar	3,57	3,08	2,74	3,56	5,15	5,94	4,31	3,68	2,68	3,77	3,86	3,65
▲	Wiesbaden-Ringkirche	2,76	2,51	1,99	1,90	1,81	2,74	3,64	2,34	2,30	2,63	2,49	3,29

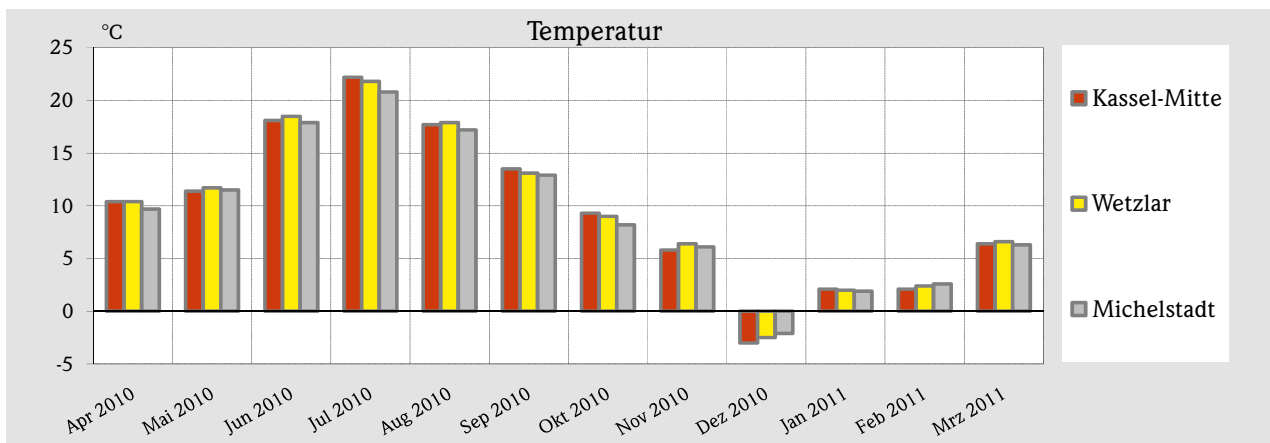
g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in mg/m³



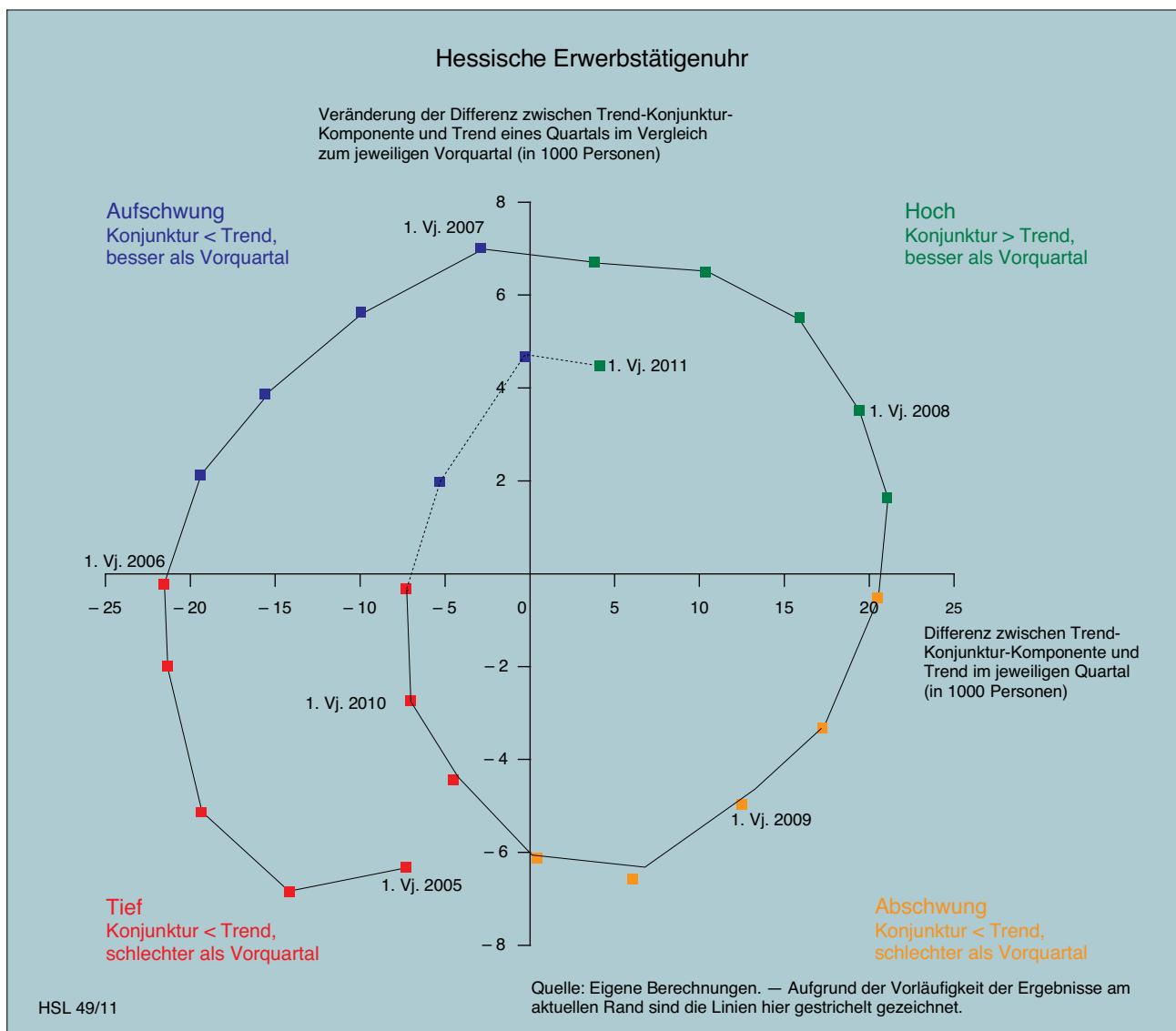
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Darmstadt	0,28	0,26	0,20	0,21	0,20	0,23	0,30	0,29	0,43	0,36	0,41	0,33
Darmstadt-Hügelstraße	0,55	0,62	0,61	0,54	0,49	0,62	0,72	0,56	0,77	0,63	0,73	0,72
Ffm.-Friedb.-Landstraße	0,49	0,44	0,40	0,36	0,36	0,49	0,59	0,48	0,63	0,58	0,63	0,57
Fulda-Petersberger-Straße	0,46	0,40	0,31	0,35	0,38	0,50	0,58	0,53	0,74	0,60	0,68	0,59
Gießen-Westanlage	0,51	0,42	0,32	0,32	0,32	0,45	0,54	0,52	0,69	0,64	0,65	0,59
Kassel-Fünffensterstraße	0,49	0,43	0,39	0,45	0,47	0,58	0,66	0,56	0,70	0,64	0,70	0,59
Linden	0,19	0,16	0,12	0,12	0,10	0,17	0,17	0,25	0,43	0,36	0,41	0,36
Marburg-Universitätsstraße	0,37	0,34	0,30	0,36	0,40	0,47	0,57	0,49	0,61	0,66	0,64	0,49
Raunheim	0,31	0,28	0,25	0,24	0,25	0,31	0,42	0,36	0,52	0,49	0,53	0,46
Reinheim	0,51	0,40	0,35	0,36	0,33	0,47	0,63	0,58	0,79	0,66	0,78	0,63
Wiesbaden-Ringkirche	0,55	0,52	0,45	0,41	0,45	0,58	0,72	0,61	0,78	0,79	0,74	0,63

Lufttemperaturen an drei hessischen Messstationen

h) Monatsmittelwerte – Temperatur in °C



Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11
Kassel-Mitte (Nordhessen)	10,4	11,4	18,1	22,2	17,7	13,5	9,3	5,8	-3,0	2,1	2,1	6,4
Wetzlar (Mittelhessen)	10,4	11,7	18,5	21,8	17,9	13,1	9,0	6,4	-2,5	2,0	2,4	6,6
Michelstadt (Südhessen)	9,7	11,5	17,9	20,8	17,2	12,9	8,2	6,1	-2,1	1,9	2,6	6,3



Winterweizen auf jedem dritten Acker; Anbau von Silomais ausgedehnt

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung vom März dieses Jahres wurden 167 400 ha mit Winterweizen bestellt. Dies entsprach einem Flächenzuwachs von rund 2800 ha gegenüber 2010 und im Vergleich mit dem Jahr 2007 sogar einem Zuwachs von 16 000 ha. Damit umfasste die Winterweizenanbaufläche mehr als ein Drittel des gesamten hessischen Ackerlandes von 476 800 ha. Die Anbaufläche für Gerste betrug 87 500 ha, rund 13 400 ha weniger als im Durchschnitt der letzten Dekade. Gegenüber 2010 wurde der Anbau von Wintergerste auf nun 70 200 ha eingeschränkt und die Sommergerstenfläche auf 17 300 ha ausgedehnt. Aufgrund der Aussaatbedingungen im Spätsommer 2010 wurde der Winterrapsanbau um 1800 ha auf 65 000 ha eingeschränkt. Der Roggenanbau (einschl. des Wintermenggetreides), die zweitwichtigste Brotgetreideart, umfasste zum Erhebungszeitpunkt 13 900 ha. Wiederum ausgedehnt wurde der Anbau von Silomais. Waren 2007 rund 28 200 ha mit Silomais bestellt, so wurden 2008 bereits 30 500 ha und im Jahr 2009 ca. 33 300 ha angebaut. Im Jahr 2011 wurden rund 37 800 ha ermittelt – 1200 ha mehr als im Vorjahr – und soviel wie seit 1989 nicht mehr.

Fast 45 000 Beschäftigte an den hessischen Hochschulen

Ende 2010 waren an den 34 Hochschulen und den 2 Hochschulkliniken in Hessen insgesamt 44 600 Personen (ohne studentische Hilfskräfte) beschäftigt. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich im Hochschulbereich gegenüber 2009 um 2280 bzw. 5,4 %. Mit 23 400 ist über die Hälfte der Beschäftigten dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zuzuordnen. Im nichtwissenschaftlichen Bereich, zu dem u. a. der Pflegedienst, die Verwaltung sowie die Bibliotheken zählen, arbeiteten Ende 2010 rund 21 200 Personen. Etwa 22 900 Mitarbeiter der hessischen Hochschulen und damit über die Hälfte waren weiblich. Dabei unterschied sich der Frauenanteil je nach ausgeübter Tätigkeit stark: Einem Frauenanteil von knapp zwei Dritteln beim nichtwissenschaftlichen Personal stand ein Anteil von gut einem Drittel beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber. Insgesamt 2540 Professoren sowie 680 Professorinnen lehrten und forschten am Ende des Jahres 2010 hauptberuflich. Damit betrug der Frauenanteil an der Professorenschaft etwa 20 %. Verglichen mit dem Wert des Vorjahres blieb dieser Anteil gleich.

Beim Energieverbrauch dominiert Mineralöl

Über die Hälfte der in Hessen genutzten Energie geht auf die Verwendung von Mineralölprodukten zurück. Der Endenergieverbrauch summierte sich im Jahr 2008 auf 821 000 Terajoule (TJ); das waren 3 % mehr als im Vorjahr. Neben Mineralöl wurden 21 % Erdgas, 17 % Strom, jeweils 3,7 % Fernwärme und erneuerbare Energieträger sowie 0,8 % Kohle verwendet. Werden zusätzlich die Stromerzeugung und andere Umwandlungsprozesse einbezogen, wurden 2008 insgesamt 1,06 Mill. TJ Primärenergie verbraucht. Das waren 18 % mehr als im Vorjahr, weil zum Zweck der Stromerzeugung wieder Kernkraft eingesetzt wurde. Auch beim Verbrauch der Primärenergie wurden 2008 überwiegend Mineralölprodukte verwendet (44 %), gefolgt von Erdgas und Kernenergie (jeweils 21 %). Dahinter blieb der Einsatz von Kohle mit 6,3 %, erneuerbaren Energieträgern mit 5 % und sonstigen Energieträgern, wie z. B. fossilen Abfällen, mit 3,1 % deutlich zurück. Die erneuerbaren Energieträger umfassten seit 1995 neben Wasserkraft auch die Nutzung von Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und Erdwärme. Seit 1990 hat sich die Struktur der Energieträger verändert. Die erneuerbaren Energien sowie Strom und Fernwärme haben an Bedeutung gewonnen. Die Anteile von Kohle und Mineralölprodukten am Energieeinsatz sind dagegen gesunken. Die Nutzung von Erdgas ging 2008 wieder auf den Anteil von 1990 zurück.

Wiederholungsbefragung beim Zensus 2011 gestartet

Parallel zur noch laufenden Haushaltebefragung im Rahmen des Zensus 2011 begann in Hessen die Wiederholungsbefragung. Rund 5 % der Befragten, die nach einem mathematischen Zufallsverfahren ausgewählt wurden, werden ein zweites Mal interviewt. Es sind 9 Fragen zu beantworten, um aus dem Vergleich zwischen den Angaben aus der Haushaltebefragung und der Wiederholungsbefragung Erkenntnisse über die Qualität der Durchführung der Haushaltebefragung zu gewinnen. Eine Überprüfung oder ein Abgleich der in der Haupterhebung getätigten Angaben ist nicht das Ziel; die Statistiker benötigen lediglich die Zahl der abweichenden Angaben insgesamt. Zur Entlastung der kommunalen Erhebungsstellen, die für die Haupterhebung zuständig sind, obliegt die Durchführung der Wiederholungsbefragung dem Hessischen Statistischen Landesamt. Der Ablauf ist allerdings wie bei der Haushaltebefragung: Die Interviewer kündigen sich bei den auskunftspflichtigen Haushalten schriftlich an und schlagen einen Termin vor. Neben der persönlichen Befragung durch einen Interviewer kann der Fragebogen auch selbstständig ausgefüllt werden. Um Porto zu sparen, können die Auskünfte wie bei der Haupterhebung auch online erteilt werden.

Hessische Erwerbstätigenuhr erreicht im ersten Quartal 2011 die Hochphase

Der hessische Arbeitsmarkt hat die Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2009 gut überstanden. Starke Rückgänge der Erwerbstätigenzahlen blieben aus. Mit Beginn des Jahres 2010 befand sich die hessische Erwerbstätigenuhr zwar noch in der Tiefphase, dies änderte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte, als hier der Aufschwung-Quadrant erreicht wurde. Seit dem ersten Vierteljahr 2011 zeigt die hessische Erwerbstätigkeit auf Basis vorläufiger Berechnungen die Hochphase an. Im Jahresanfangsquarter nahm die Erwerbstätigenzahl um 1,2 % gegenüber dem Vorjahresquarter zu. Diese Entwicklung wurde vor allem durch den Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ beeinflusst, der einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl von 1,9 % verzeichnete. Das stark exportabhängige Verarbeitende Gewerbe ohne Baugewerbe konnte den zuletzt über 8 Quartale anhaltenden Stellenabbau ab dem vierten Quartal 2010 überwinden und trug am aktuellen Rand ebenfalls mit einem Erwerbstätigenplus von 1,4 % maßgeblich zu dieser Entwicklung bei.

Hessische Erwerbstätigenuhr wechselt von der Aufschwung- in die Hochphase

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung¹⁾ zum Berechnungsstand Juni 2011 hat sich die Aufwärtsbewegung fortgesetzt. Aufgrund des aktualisierten Quelldatenmaterials wurden die Ergebnisse vom ersten bis zum vierten Quartal 2010 einer Revision unterzogen. Die Korrekturen der bisher vorgelegten Quartalsergebnisse wurden auch notwendig, da es seitens des Statistischen Bundesamtes bei der Berechnung des Bundesergebnisses zu Korrekturen kam, die auf Länderebene nachvollzogen werden müssen. Besonders deutliche Veränderungen gab es in der zweiten Jahreshälfte. Das dritte Quartal wurde um knapp 700 und das vierte Quartal um 3400 Personen nach oben korrigiert. Dies führte dazu, dass bei der hessischen Erwerbstätigenuhr²⁾ im Jahresendquartal 2010 eine Bewegung in Uhrzeigerichtung festzustellen war, die weiter in den Aufschwung-Quadranten hineinführte (siehe auch Schaubild auf Seite 217).

Im ersten Quartal 2011 waren 3,14 Mill. Erwerbstätige in Hessen zu verzeichnen. Das waren gut 37 000 Personen oder 1,2 % mehr als vor einem Jahr. Nach vorläufigen Berechnungen ist dies die größte Zuwachsrate seit dem dritten Quartal 2008, in dem die Wirtschafts- und Finanzkrise begann. Weiterhin ist das der höchste Erwerbstätigenstand in einem ersten Quartal seit Beginn der Berechnungen auf Länderebene im Jahr 2001. Damit setzte sich die im zweiten Quartal 2010 begonnene

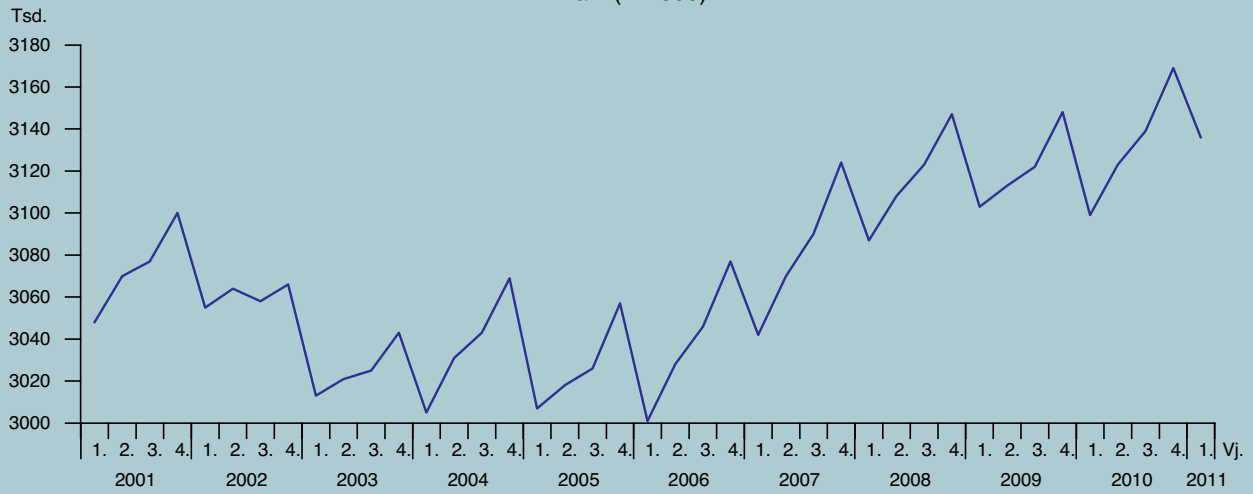
Dynamik im Jahresendquartal im Vergleich zur Jahresfrist verstärkt fort. Im Vergleich zum vierten Quartal 2010 nahm die Zahl der Erwerbstätigen saisonal bedingt um gut 33 000 Personen bzw. um 1,0 % ab. Eine Abnahme der Erwerbstätigkeit im ersten Quartal ist üblich; allerdings gab es mit dem genannten Ergebnis 2011 den geringsten Rückgang eines ersten Quartals im Vorquartalsvergleich seit 2001.

Aufgrund dieser Entwicklung zeigt die hessische Erwerbstätigenuhr gegenwärtig die Hochphase an. Der Aufschwung-Quadrant wurde nach 2 Quartalen verlassen. Als zuletzt die Aufschwungphase angezeigt wurde, erfolgte eine Bewegung in die Hochphase erst nach 4 Quartalen. Grafisch bedeutet dies, dass die Erwerbstätigenuhr keine kreis- sondern eine schneckenförmige Bewegung aufweist. Dies ist kann zum einen auf die dynamische Wirtschaftsentwicklung zurückgeführt werden, die sich zunehmend auf die Erwerbstätigkeit niederschlägt. Zum anderen ist dies auch Ausdruck dafür, dass der Arbeitsmarkt sich in einer robusten Verfassung befindet, was u. a. auf die ab dem Jahr 2003 umgesetzten Hartz-Reformen zurückgeführt werden kann. Auch das eher zögerliche Entlassungsverhalten der Unternehmen, das durch die Ausweitung der Kurzarbeit im Krisenjahr 2009 – sowohl für die Stammebelegschaft als auch für die Leiharbeiter – begünstigt wurde, sowie betriebliche Bündnisse spielten für die Arbeitsmarktsituation eine bedeutende Rolle und wirken aktuell noch nach. Grundsätzlich ist die Kurzarbeit auf 6 Monate begrenzt, kann aber – wie im Jahr 2009 – auf 24 Monate ausgeweitet werden. Alle diese Maßnahmen führten dazu, dass der Arbeitsmarkt die Krise gut überwand und gleichzeitig für die Zukunft besser gerüstet ist. Im Jahr 2012 wird für Unternehmen, die noch immer von einer schlechten Auftragslage belastet sind, die Möglichkeit bestehen, für einen Zeitraum von 12 Monaten durch Kurzarbeit ihre Personalkosten zu reduzieren.

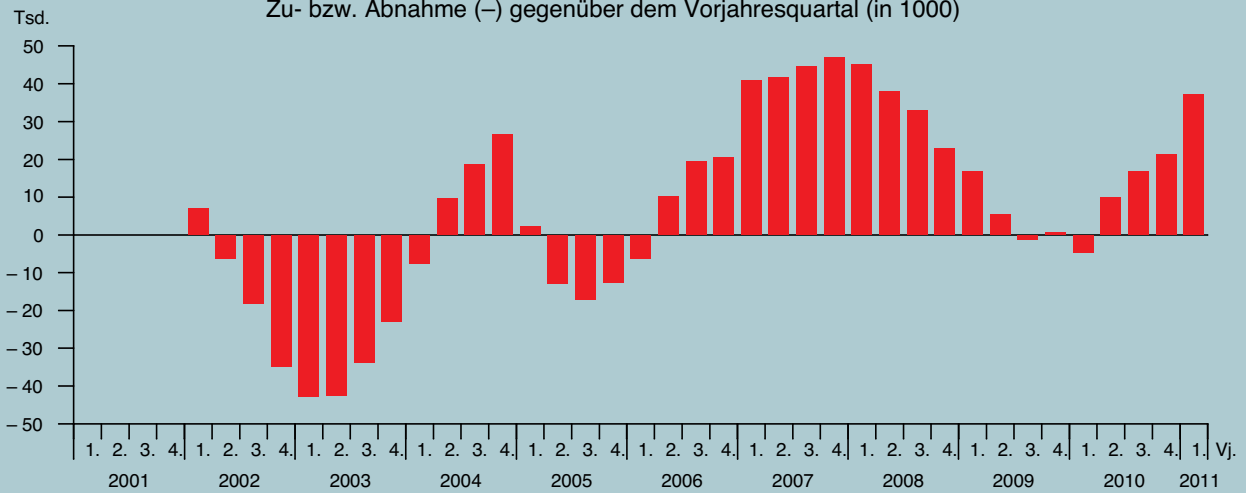
1) Eine Darstellung zur Methodik ist in folgendem Beitrag enthalten: Donhauser, Stefan, „Vierteljährliche Erwerbstätigenrechnung – Methodenbeschreibung, Ergebnisdarstellung, Möglichkeiten der Saisonbereinigung“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 9, September 2010, S. 267 ff.

2) Donhauser, Stefan, „Hessische Erwerbstätigenuhr: Eine Möglichkeit der Darstellung der Erwerbstätigenentwicklung im Konjunkturverlauf“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 65. Jahrgang, Heft 11, September 2010, S. 347 ff.

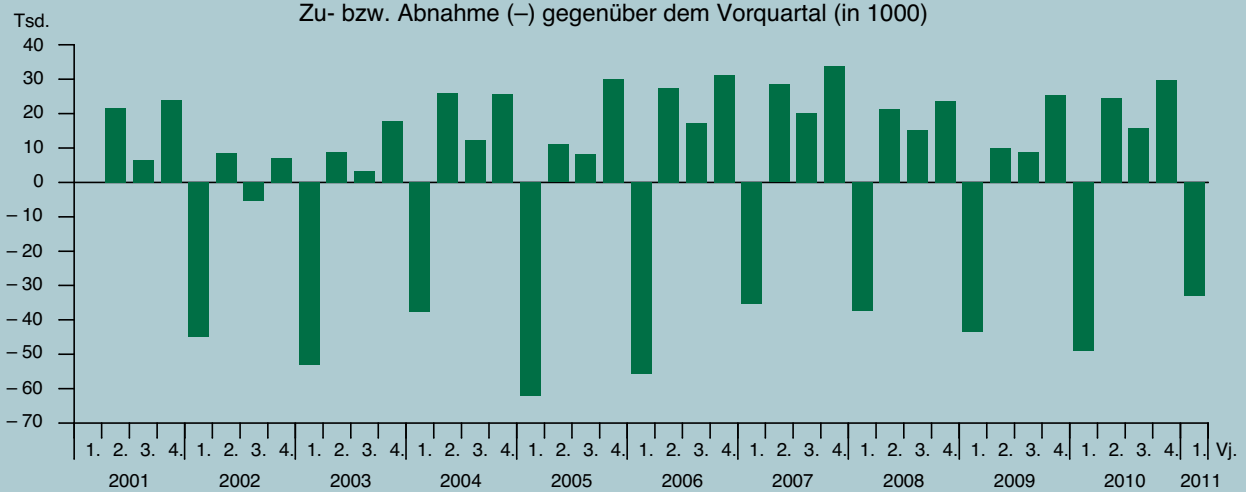
Erwerbstätige bzw. absolute Veränderungen gegenüber Vorjahres- und Vorquartal
in Hessen 2001 bis 2010
Anzahl (in 1000)



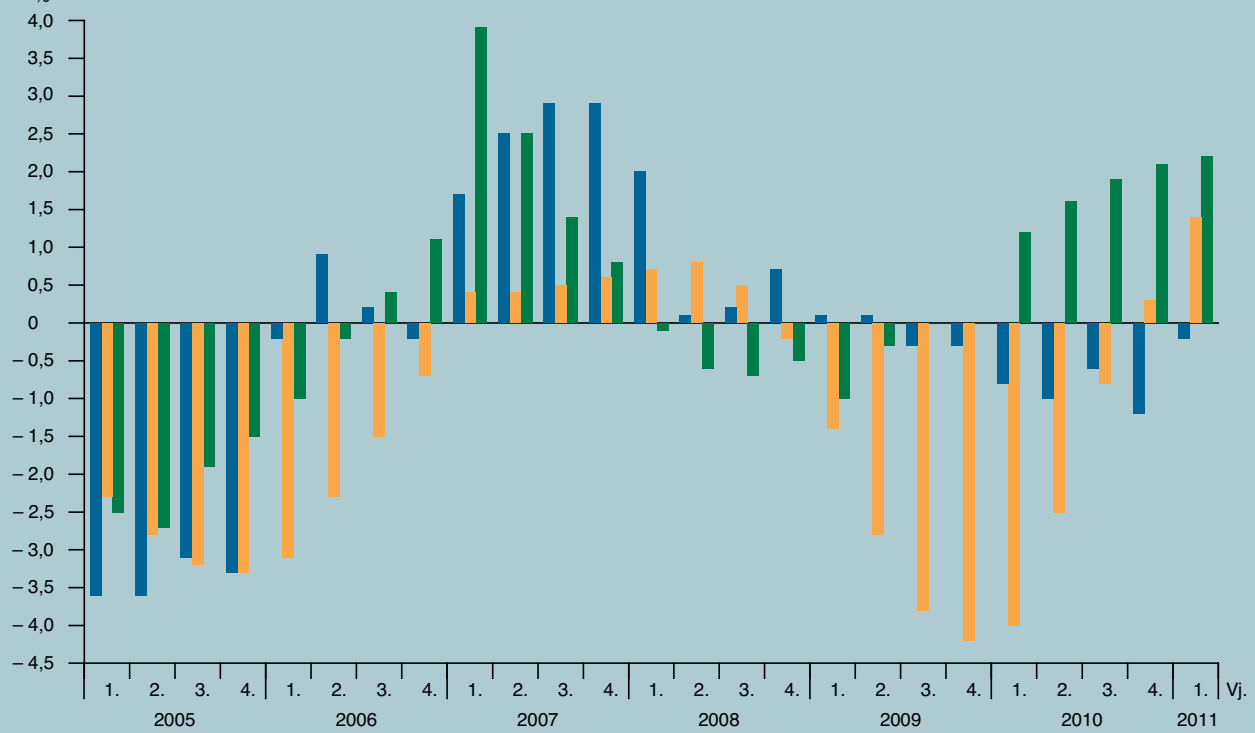
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresquartal (in 1000)



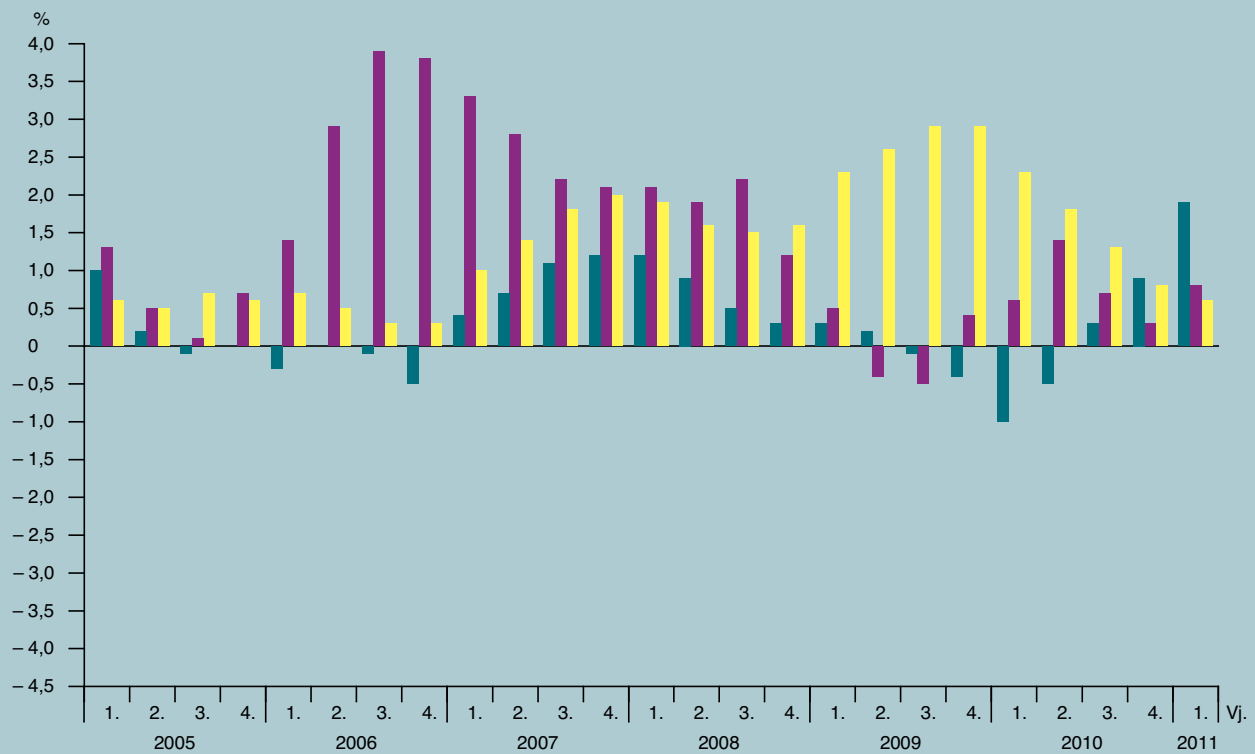
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorquartal (in 1000)



Erwerbstätige in Hessen 2005 bis 2011 nach Wirtschaftsbereichen (Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresquartal)



Land- und Forstwirtschaft; Fischerei Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe Baugewerbe



Handel, Gastgewerbe und Verkehr Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister
Öffentliche und private Dienstleister

**Erwerbstätige (Originalreihe) und Elemente der hessischen Erwerbstätigenuhr
(in 1000 Personen)**

Quartal	Erwerbstätige (Originalreihe)	Trend-Konjunktur- Komponente (berechnet mit BV4.1)	Trend (berechnet mit dem modifizierten HP-Filter)	Differenz zwischen Trend-Konjunktur- Komponente und Trend (Darstellung auf der Abszisse)	Veränderung der Differenz eines Quartals im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal (Darstellung auf der Ordinate)
2005 1. Vj	3007	3033	3040	- 7,4	- 6,3
2. Vj	3018	3028	3042	- 14,3	- 6,9
3. Vj	3026	3025	3044	- 19,5	- 5,2
4. Vj	3057	3025	3047	- 21,4	- 2,0
2006 1. Vj	3001	3028	3050	- 21,6	- 0,2
2. Vj	3028	3034	3054	- 19,5	2,1
3. Vj	3046	3042	3058	- 15,6	3,9
4. Vj	3077	3052	3062	- 9,9	5,6
2007 1. Vj	3042	3064	3067	- 2,8	7,1
2. Vj	3070	3076	3072	4,0	6,9
3. Vj	3090	3088	3077	10,6	6,6
4. Vj	3124	3099	3083	16,2	5,6
2008 1. Vj	3087	3108	3088	19,8	3,6
2. Vj	3108	3115	3093	21,6	1,8
3. Vj	3123	3120	3099	21,2	- 0,4
4. Vj	3147	3122	3104	18,1	- 3,2
2009 1. Vj	3103	3123	3109	13,3	- 4,8
2. Vj	3113	3121	3115	6,7	- 6,5
3. Vj	3122	3120	3120	0,4	- 6,3
4. Vj	3148	3121	3125	- 4,1	- 4,6
2010 1. Vj	3099	3123	3130	- 7,0	- 2,8
2. Vj	3123	3128	3135	- 7,3	- 0,3
3. Vj	3139	3135	3140	- 5,2	2,1
4. Vj	3169	3145	3146	- 0,4	4,9
2011 1. Vj	3136	3155	3151	4,3	4,7

Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, eigene Berechnungen. Berechnungsstand: Juni 2011.

Ein Blick auf den Beginn der Zeitreihe der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung verdeutlicht dies. Im Jahr 2002 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1 % ab. Die beiden Folgejahre waren von einer moderaten Wirtschaftsentwicklung mit einem Plus von 0,5 bzw. 0,4 % gekennzeichnet. Erst 2005 stieg das preisbereinigte BIP mit 1,0 % etwas stärker an. Ab dem zweiten Quartal 2002 war für eine Dauer von 8 Quartalen ein Rückgang der Erwerbstätigkeit im Vorjahresquartalsvergleich – der bis zu 1,4 % betrug – festzustellen. Auch ab dem zweiten Quartal 2005 gab es für 4 Quartale einen Stellenabbau. Hier gingen deutlich mehr Arbeitsplätze verloren als in der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2009, in der das reale BIP in Hessen um 4,1 % abnahm. Seit dem zweiten Quartal 2010 ist im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal ein Anstieg der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen.

Unterschiedliche Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen

Der primäre Sektor war der einzige Bereich, der im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahresquartal einen Rückgang der Erwerbstätigkeit verzeichnen musste. Der seit dem dritten Vierteljahr 2009 sich abzeichnende Stellenabbau scheint sich jedoch abzuschwächen.

Von der oben erwähnten Aufwärtskorrektur der Erwerbstätigenzahlen im vierten Quartal 2010 profitierte insbesondere das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe. So nahm hier die Erwerbstätigkeit im Jahresendquartal 2010 mit 0,3 % erstmals zu, nachdem in den 8 Quartalen zuvor zum Teil beträchtliche Rückgänge konstatiert wurden. Diese waren der in der zweiten Jahreshälfte 2008 beginnenden Wirtschafts- und Finanzkrise geschuldet. Am aktuellen Rand war ein Stellenaufbau von 1,4 % zu verzeichnen, der höchste seit Beginn der

Berechnungen. Ob dieser Erwerbstätigenanstieg anhält, muss abgewartet werden, denn nach starken Zuwächsen bei den Auftragseingängen in der Industrie im Januar und Februar zeichnete sich in den beiden Folgemonaten eine verhaltene Entwicklung der Ordereingänge ab.

Die ab dem ersten Vierteljahr 2010 festgestellten Stellenzuwächse im Baugewerbe setzten sich auch am aktuellen Rand fort. Auch dieser Wirtschaftsbereich profitierte von stark zunehmenden Auftragseingängen. Im Gegensatz zum Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe ist hier jedoch derzeit keine Abschwächung festzustellen.

Unter den Dienstleistungsbranchen wies der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ mit einem Plus von 1,9 % den stärksten Anstieg im ersten Quartal 2011 gegenüber dem ersten Quartal 2010 auf, nachdem in den beiden Quartalen zuvor die Zuwächse bei 0,3 und

0,9 % lagen. Hier scheint sich die überdurchschnittliche Entwicklung der preisbereinigten Wertschöpfung von + 5,7 % im Jahr 2010 – die Wirtschaftsleistung nahm in Hessen insgesamt um 3,6 % zu – auszuwirken.

Im Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ setzte sich der moderate Stellenaufbau fort. Die öffentlichen und privaten Dienstleister weisen als einziger Wirtschaftsbereich seit Beginn der Berechnungen positive Veränderungsrate im Vorjahresquartalsvergleich auf. Am aktuellen Rand waren die Veränderungsrate zwar noch immer positiv, jedoch nahmen die Zuwachsraten ab. Dies ist auch Ausdruck dafür, dass zum einen die Wirtschafts- und Finanzkrise sich zu einer Fiskalkrise ausgeweitet hat, die nicht ohne Folgen für die Stellenentwicklung im öffentlichen Dienst bleibt, und zum anderen sich die demografische Entwicklung auf die Zahl der Erwerbstätigen im Bildungsbereich auswirkt.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können ab Band 1/2011 als PDF-Datei mit Excel-Anhang in Internet unter www.statistik-hessen.de kostenlos heruntergeladen werden.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2011

Konjunkturaufschwung in Hessen weiter stabil

Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr zunehmend erholt. Insbesondere die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal real um 1,5 % zu. Die weiter aufwärts gerichtete Dynamik der Weltwirtschaft, die seit langem gute Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft, der anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit und die wieder anziehende Binnennachfrage dürften dazu führen, dass sich das Wachstum auch im gesamten Jahr 2011 fortsetzen wird. Ab dem zweiten Quartal wird es aber wegen der sich beruhigenden Weltwirtschaft sowie weiter anziehender Preise voraussichtlich zu einem Abflachen kommen. Vor diesem Hintergrund überprüft das Hessische Statistische Landesamt (HSL) auf Basis der vorläufigen Daten für 2010 sowie der ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Hessen für das erste Quartal des Jahres 2011 und der revidierten Beurteilung der Wirtschaftslage durch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (Frühjahrsgutachten)¹⁾ seine „Konjunkturprognose Hessen 2011“ für das laufende Jahr²⁾. Diese Analyse findet regelmäßig ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung der „Konjunkturprognose Hessen“ statt. Detaillierte Informationen über die weitere Entwicklung des Jahres 2011 können allerdings erst nach einer differenzierten, tiefgliedrigen Analyse der konjunkturellen Entwicklung auf Ebene aller Wirtschaftszweige (Viersteller) und nach Vorliegen der realen Bruttowertschöpfung für Hessen für die ersten 2 bzw. 3 Quartale 2011 gemacht werden. Hierzu stehen aktuell noch zu wenig zeitnahe Indikatoren zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden gegen Ende des Jahres als gesonderte Publikation „Konjunkturprognose Hessen 2012“ vorgelegt.

Vorbemerkung

Mit der „Konjunkturprognose Hessen 2011“ gab das HSL in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern Ende 2010 für Hessen eine Analyse und Prognose der **gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Entwicklung** in tiefer wirtschaftlicher Gliederung heraus. Zielsetzung der Arbeit war die Berechnung und **Schätzung** des Wirtschaftswachstums für das Jahr **2010** und eine **Prognose** der konjunkturellen Entwicklung für das Jahr **2011**. Ergänzt wurde diese durch eine Arbeitsmarktanalyse und -prognose der Bundesagentur für Arbeit (BA Hessen) und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB Hessen). Ausgangsbasis für die Einschätzung der gesamtkonjunkturellen Entwicklung in **Deutschland** bildete das Herbstgutachten 2010. Hier-

in gingen die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute für Deutschland von einem Anstieg der realen Bruttowertschöpfung für das Jahr 2010 um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr und einem Wachstum von 2,0 % für das Jahr 2011 aus. Auf dieser Basis wurde vom HSL für **Hessen** für das Jahr 2010 eine Zunahme des Wirtschaftswachstums von 2,8 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt und ein gleich starkes Wachstum wie im Bund von 2,0 % für das Jahr 2011 prognostiziert. Seit dem Herbst 2010 wurden neben der Berechnung der Quartale auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse für das Jahr 2010 überarbeitet³⁾. Demnach erhöhte sich die Wertschöpfung in Deutschland etwas stärker als in Hessen, sodass das Jahresergebnis mit einem Anstieg um 3,6 % leicht nach oben revidiert wurde. Laut Revision fiel zudem der konjunkturelle Aufschwung in Hessen im vierten Quartal 2010 deutlich stärker aus als in Deutschland. Diese Entwicklung scheint sich im ersten Quartal 2011 weiter fortzusetzen.

Weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011

Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr zunehmend erholt. Die Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich aus den Schwellenländern Asien und Lateinamerika. Aber auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben Produktion und Handel zuletzt spürbar angezogen. Die Unternehmen bauten ihre Lagerbestände wieder auf und die Stimmung der Konsumenten stieg weiter an. Dank ihrer verbesserten Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltslage überstanden die Emerging Markets die Krise

1) Vgl. Projektgruppe „Gemeinschaftsdiagnose“: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011: Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2011“ wurde in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern Ende 2010 erstellt und kann zum Preis von 10,00 Euro inkl. Versandkosten (elektronische Version im PDF-Format über E-Mail-Versand zum Preis von 8,00 Euro) vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden.

3) Derartige Revisionen werden routinemäßig durchgeführt, um neu verfügbare statistische Informationen in die Berechnungen einzubeziehen. Die Berechnung des BIP wird damit sukzessive auf eine statistisch immer besser fundierte Datenbasis gestellt. Die für eine „finale“ Berechnung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) notwendigen Basisstatistiken liegen vollständig spätestens nach vier Jahren vor, sodass erst dann die Ergebnisse endgültig sind und nicht mehr regelmäßig revidiert werden müssen.

besser als die Industrieländer. In den USA wirkten sich vor allem die notwendige Bereinigung auf den Immobilienmärkten und die hohe Verschuldung belastend aus. In der Eurozone sind erhebliche Ungleichgewichte zu beobachten. Einerseits bestehen konjunkturelle und strukturelle Probleme in einigen der sogenannten Peripheriestaaten, andererseits weist die Wirtschaft in Deutschland mit 3,6 % oder in Finnland mit 3,1 % ein kräftiges Wachstum auf.

In den **USA** haben sich die Risiken für ein erneutes Abrutschen in eine Rezession vermindert; belastend könnte sich jedoch die aktuelle Haushaltslage auswirken. Das Bruttoinlandsprodukt erreichte im vierten Quartal 2010 erstmals wieder sein Vorkrisenniveau. Allerdings bleibt die Dynamik der Aufwärtsentwicklung immer noch hinter dem Stand vor der Rezession zurück. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt nach 2,9 % im Jahr 2010 voraussichtlich um 3,0 % im Jahr 2011 zulegen. Auch in der **Eurozone** dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2011 kräftig gestiegen sein. Die Auftragseingänge in der Industrie lagen am Jahresende 2010 so hoch wie seit Mitte 2008 nicht mehr. Da sich der Produktionsanstieg im Verlauf des Jahres 2011 durch die gedämpfte Binnennachfrage wieder

Bruttoinlandsprodukt (real) 2010 bis 2012 nach Wirtschaftsräumen

(Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %)

Wirtschaftsraum	2010	2011 (s)	2012 (p)
USA	2,9	3,0	2,8
Eurozone	1,7	1,7	1,6
davon			
Deutschland	3,6	2,8	2,0
Frankreich	1,5	1,7	1,7
Italien	1,3	1,1	1,3
Spanien	-0,1	0,7	1,1
Niederlande	1,7	2,0	1,8
Belgien	2,1	2,2	1,5
Österreich	2,0	2,4	2,0
Finnland	3,1	3,4	2,2
Griechenland	-4,5	-3,2	0,3
Portugal	1,4	-1,2	0,5
Irland	-1,0	-0,3	1,8
Luxemburg	1,2	2,0	2,5
Schweiz	2,6	2,8	2,3
Japan	3,9	1,0	2,4
Industrieländer insgesamt	4,0	3,4	3,3
Ostasien ohne China ¹⁾	8,3	5,0	5,0
China und Hongkong	10,3	9,3	8,7
Russland	4,0	4,4	4,5
Lateinamerika ²⁾	5,7	4,5	4,0

(s) Schätzung, (p) Prognose

1) Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. — 2) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile.
Quelle: OECD, IWF, Statistisches Bundesamt, 2011 und 2012: Wirtschaftsforschungsinstitute.

abschwächen dürfte, erscheint eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % wahrscheinlich. In **Russland** stiegen nach der Überwindung der Krise sowohl die Investitionen als auch der private Konsum kräftig. Allerdings dürfte die Inflation angesichts zunehmender Kapazitätsauslastung, sinkender Arbeitslosigkeit und einer expansiven Geldpolitik hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2011 wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 4,4 % steigen. In **China** bleibt die wirtschaftliche Dynamik ununterbrochen hoch. Um eine konjunkturelle Überhitzung zu vermeiden, dürfte die Geldpolitik noch weiter gestrafft werden, sodass sich das Expansionstempo etwas verlangsamen wird. Für das Jahr 2011 wird ein Zuwachs von 9,3 % erwartet. In **Ostasien** verlief die wirtschaftliche Erholung nach Überwindung der Krise sehr kräftig. Eine expansive Geldpolitik und die Erholung des Außenhandels stimulierten vor allem das Investitionsklima. Im Jahr 2011 dürfte sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts mit rund 5 % etwas verlangsamt fortsetzen. Die Konjunktur in **Lateinamerika**, die von den steigenden Rohstoffpreisen besonders profitieren konnte, wird mehr und mehr von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage flankiert. Mit Blick auf ein stabiles weltwirtschaftliches Umfeld und anhaltend hohe Rohstoffpreise wird sich der Aufschwung fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt um 4,5 % steigen. In **Japan**, wo das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 um 3,9 % zugelegt hatte, konnte die Produktion ihr Vorkrisenniveau bei Weitem noch nicht erreichen. Neben einem Rückgang des privaten Konsums wurden die Exporte durch die Abschwächung im übrigen Asien und den starken Yen belastet. Auch dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts aufgrund des Erdbebens und seiner Folgen im ersten Halbjahr 2011 gemindert werden, bevor der Wiederaufbau die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Halbjahr erhöht. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,0 % wachsen.

Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

Deutschland befindet sich in der ersten Jahreshälfte 2011 weiter im Aufschwung. Der abnehmende Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal erklärt sich durch den frühen Wintereinbruch und deutet nicht auf ein Nachlassen der Auftriebskräfte hin. Damit schlägt die deutsche Wirtschaft nach einem außergewöhnlich hohen Wachstum in den ersten Monaten 2011 ein moderates, aber robustes Expansionstempo ein. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal real um 1,5 %. Damit wurde das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 bereits wieder überschritten. Besonders starke Wachstumskräfte kommen aus dem Inland, wohingegen der Export nicht mehr der Haupttreiber der deutschen Konjunktur ist. Getragen wird die Entwicklung vor al-

lem von den Investitionen. Nach dem strengen Winter wurden insbesondere von der Bauwirtschaft große Investitionen erst im Frühjahr getätigt. Animiert durch die im historischen Vergleich niedrigen Zinsen investieren zudem viele Unternehmen in Erweiterungsinvestitionen und ordern hierzu neue Maschinen und Anlagen. Flankiert wird diese Entwicklung vom privaten Konsum, der aufgrund weiter steigender Beschäftigung und wieder anziehender Löhne getragen wird. Vor diesem Hintergrund legen sowohl die Investitionen als auch die Konsumausgaben zum Teil deutlich zu. Insbesondere in Bauten (+ 6,2 %) sowie in Ausrüstungen (+ 4,2 %) wurde zu Beginn des Jahres 2011 deutlich mehr investiert als im Schlussquartal 2010. Auch die privaten Konsumausgaben legten im Vergleich zum Vorquartal leicht (+ 0,4 %) und die staatlichen Konsumausgaben mit einem Anstieg um 1,3 % deutlich zu.

Nach einer Reihe vorangegangener Verbesserungen blieb der **ifo-Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands im Mai 2010 überraschend stabil und freundlich. Der Index notiert wie im Vormonat bei 114,2 Punkten. Erneut sind die Unternehmen mit der aktuellen Geschäftslage zufriedener als im Vormonat (Anstieg von 121,0 auf 121,4). Allerdings sind die Erwartungen der Unternehmen etwas geschrumpft (Rückgang von 107,7 auf 107,4), aber nach wie vor positiv.

Der Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2010 zu einer Stütze der Konjunktur. Die **Exporte** legten mit einer Rate von rund 2,5 % im dritten und vierten Quartal 2010 deutlich zu und übertrafen zum Jahresende ihr Vorkrisenniveau. Da zugleich die Importe in der zweiten Jahreshälfte schwächer ausfielen, trug der Außenhandel 2010 maßgeblich zum Zuwachs des Bruttoinlandprodukts bei.

Aufgrund der kräftigen Konjunktur hat sich der Preis- und Kostenauftrieb in Deutschland spürbar beschleunigt. Bereits seit Mitte 2010 ziehen die **Verbraucherpreise** an. Im ersten Quartal 2011 lagen sie um 2,1 % höher als im Vorjahr. Insbesondere die Preise für Industrierohstoffe und Nahrungsmittel haben seit dem Sommer 2010 stark zugelegt. Hierzu trugen nicht zuletzt die weltweit nach wie vor sehr niedrigen Zinsen bei. Für 2011 erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahresdurchschnitt eine Inflationsrate von 2,4 %.

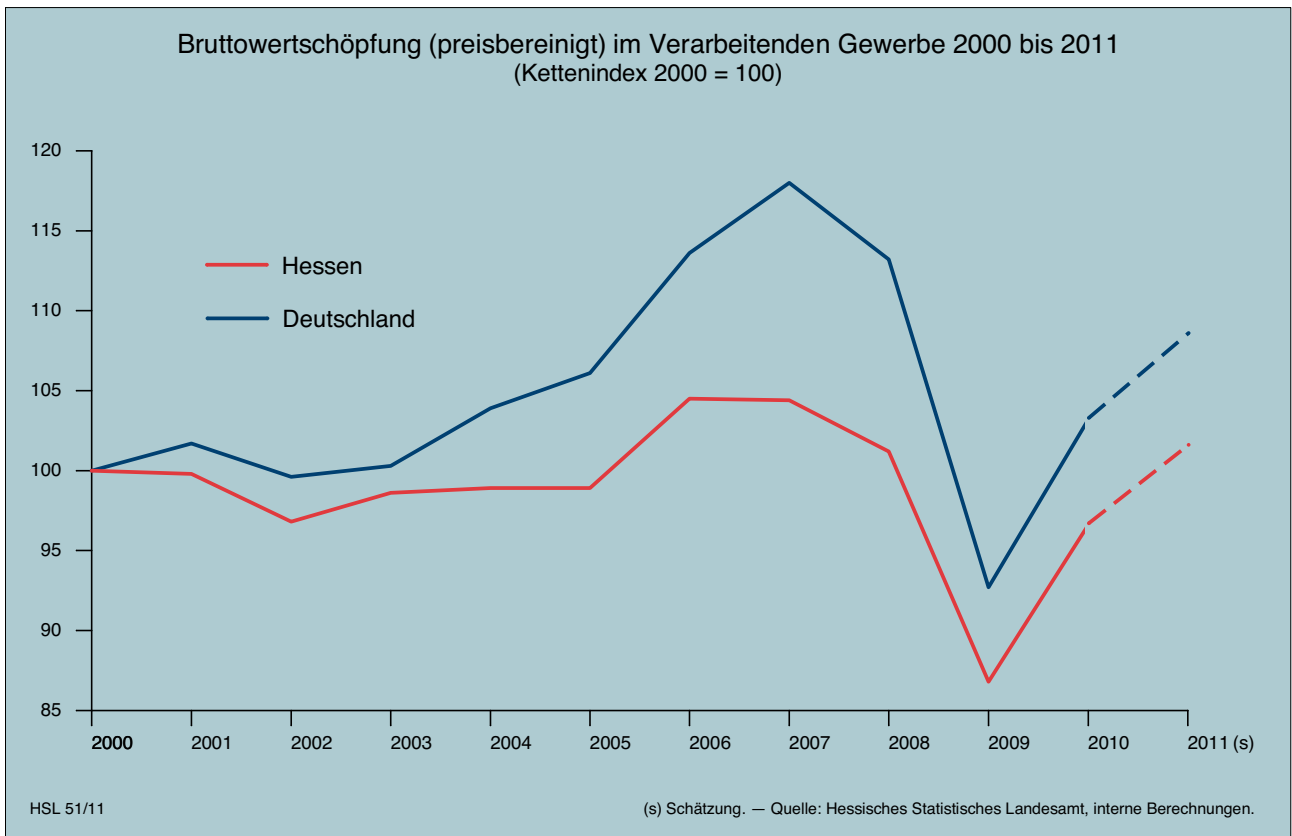
Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** dürfte sich aufgrund des anhaltenden Aufschwungs weiter verbessern. Die unerwartet hohe Zunahme der Beschäftigung in den letzten Monaten wird sich allerdings nicht auf dem bisherigen Niveau fortsetzen. Unabhängig davon rechnen die Institute im Jahresdurchschnitt nochmals mit einem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 430 000 in 2011 und um 275 000 im Jahr 2012. Die Arbeitslosenquote dürfte dadurch von 6,9 % im Jahr 2011 auf 6,5 % im Jahr 2012 sinken.

Vieles deutet darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Expansion in den kommenden Monaten anhalten wird. Insgesamt ist mit Blick auf die Abkühlung der Weltwirtschaft allerdings von einer Abschwächung des Tempos auszugehen. In den hochentwickelten Volkswirtschaften wird sich die Erholung fortsetzen, da die expansive Geldpolitik und die Nachwirkungen der Finanzkrise langsam abklingen. Für die Wirtschaft in **Deutschland** erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahresdurchschnitt 2011 einen Anstieg um 2,8 %; dies sind 0,8 Prozentpunkte mehr als im Herbst 2010 prognostiziert.

Sektorale Entwicklung in Hessen

Angesichts des insgesamt nach wie vor freundlichen Weltwirtschaftsklimas dürften die hessischen Exporte weiter expandieren. Gleichzeitig werden die gute Arbeitsmarktentwicklung und steigende Löhne den Konsum beflügeln und parallel dazu durch die wieder hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen, bei niedrigen, wenn auch allmählich steigenden Zinsen, positiv auf die Investitionstätigkeit einwirken. Darüber hinaus trägt die wieder bessere Entwicklung bei den privaten Konsumausgaben zur Stützung der Konjunktur bei. Nach einem schwachen ersten Quartal 2010 konnte in Hessen in allen 3 folgenden Quartalen ein deutlicher Wertschöpfungszuwachs erzielt werden. Vor dem Hintergrund der unerwartet starken Entwicklung im vierten Quartal hat sich die Wirtschaft in Hessen deshalb – nach vorläufigen Berechnungen – im Jahresdurchschnitt gleich stark wie in Deutschland entwickelt. Inwieweit sich die Dynamik der hessischen Wirtschaft vor dem Hintergrund eines hohen Niveaus gegen Ende 2010 und einem starken ersten Quartal 2011 auf das Gesamtjahr übertragen lässt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden. Trotz der immer noch beachtlichen Volatilität der Realwirtschaft sowie der Unsicherheiten – insbesondere an den Finanzmärkten –, sollte das **hessische BIP im Jahr 2011** aber höher ausfallen als noch in der Gemeinschaftsprognose (+ 2,0 %) angenommen.

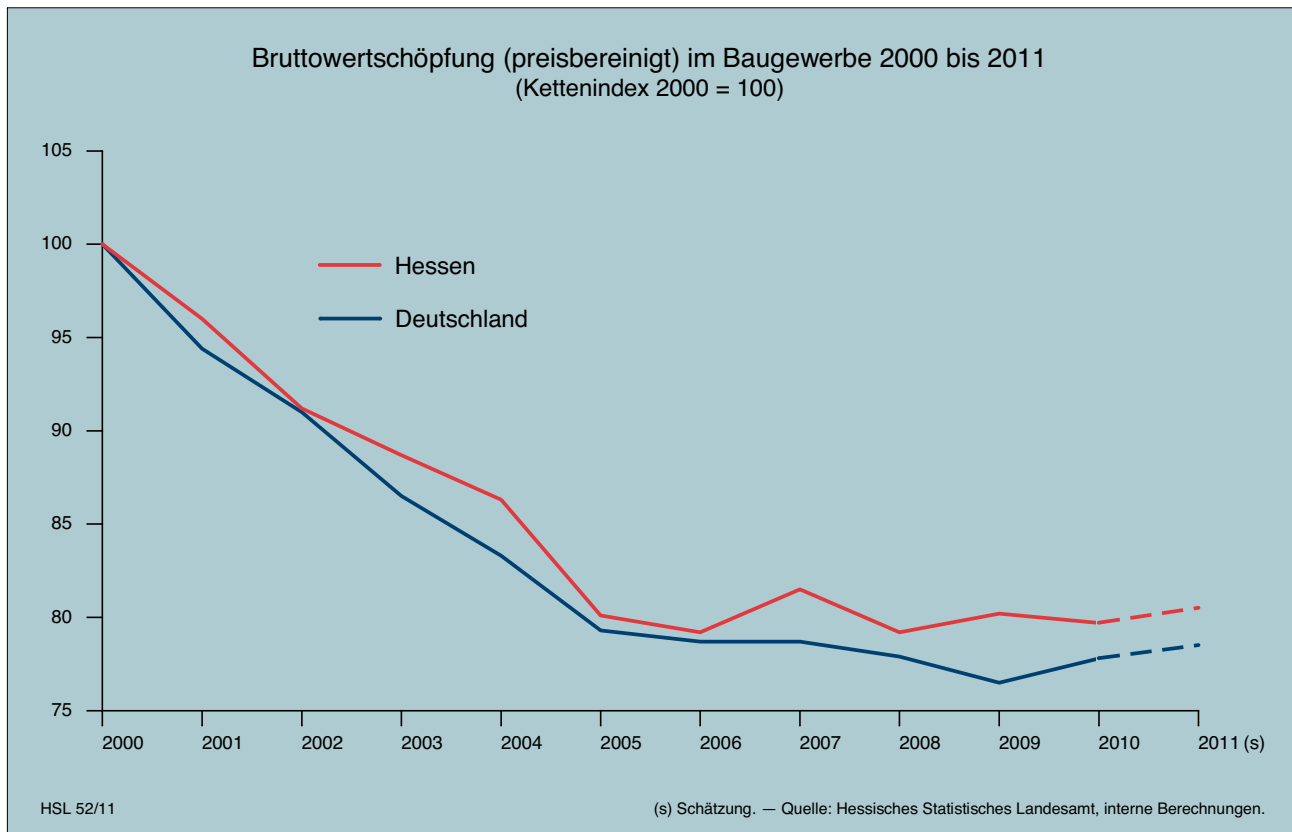
Auch im Produzierenden Gewerbe in Hessen entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in den ersten Monaten des Jahres 2011 deutlich aufwärts. Die größten Impulse kamen aus der Industrie. Von Januar bis April 2011 erzielte die hessische Industrie einen Umsatz von 34,3 Mill. Euro, womit das entsprechende Vorjahresergebnis um 20 % übertroffen wurde. Die Inlandsumsätze nahmen um 15 %, die Auslandsumsätze um 26 % zu. Da die positive Entwicklung im **Verarbeitenden Gewerbe** im Jahresdurchschnitt 2010 schon früher eintrat als noch auf Basis der damals aktuellen Fortschreibung in der hessischen Gemeinschaftsprognose angenommen, erreichte die Industrie in Hessen schon im Jahresdurchschnitt 2010 die Wachstumsrate des Bundes. Angesichts des stabilen

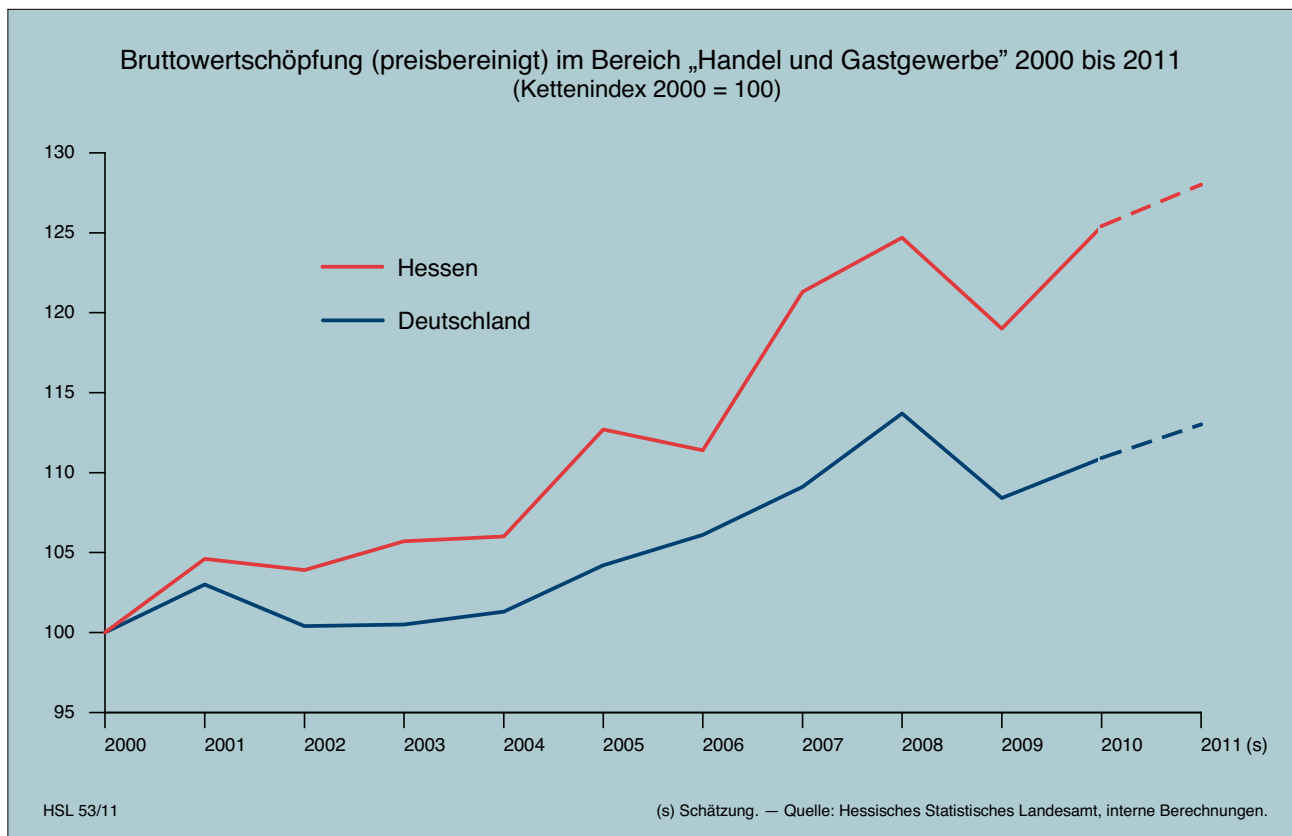


Geschäftsklimas der Unternehmen spricht viel für eine Fortsetzung der Industriekonjunktur. Nach einer deutlichen Erholung in 3 hintereinander folgenden Quartalen (gegenüber den Vorquartalen) setzte sich der Anstieg der realen Bruttowertschöpfung in den ersten Monaten

2011 fort. Mit Blick darauf könnte die jahresdurchschnittliche Rate sogar höher liegen, als in der Prognose erwartet (hessische Gemeinschaftsprognose: + 4,2 %).

Anders als im Verarbeitenden Gewerbe ging die preisbereinigte Wertschöpfung im **hessischen Baugewerbe**





im Jahr 2010 um 0,6 % zurück. Witterungsbedingt war vor allem das Schlussquartal überaus schwach. Hieraus erwuchs im ersten Quartal 2011 ein hoher Nachholbedarf. In den ersten 4 Monaten erhielt das hessische Bauhauptgewerbe⁴⁾ deshalb 19 % mehr Aufträge als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Vor allem der Wohnungsbau profitierte nach wie vor von den niedrigen Zinsen und der vergleichsweise robusten Entwicklung der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Bei wieder steigenden Mieten könnte es darüber hinaus zu einer Wiederbelebung des Geschosswohnungsbaus kommen. Zudem hat der Wirtschaftsbau die Folgen der Rezession weitgehend überwunden. Weiterhin positiv wirken in Hessen die Bauinvestitionen zum Ausbau am und um den Frankfurter Flughafen. Alles in allem dürfte sich das Baugewerbe in Hessen im weiteren Verlauf des Jahres 2011 wie prognostiziert entwickeln (hessische Gemeinschaftsprognose: + 0,9 %).

In den Dienstleistungsbereichen ist die Wertschöpfung ebenfalls gestiegen, aber nicht ganz so eindrucksvoll wie im Produzierenden Gewerbe. Allerdings gelang es dem Wirtschaftsbereich „**Handel und Gastgewerbe**“, der im Jahr 2009 einen Einbruch um 4,6 % hinnehmen musste, durch ein starkes Wachstum im Jahr 2010 (+ 5,4 %) das Vorkrisenniveau zu übertreffen. Auch im ersten Vierteljahr 2011 stieg der Umsatz der Großhändler (einschl. der Handelsvermittlung) in Hessen, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 2010, deutlich um real

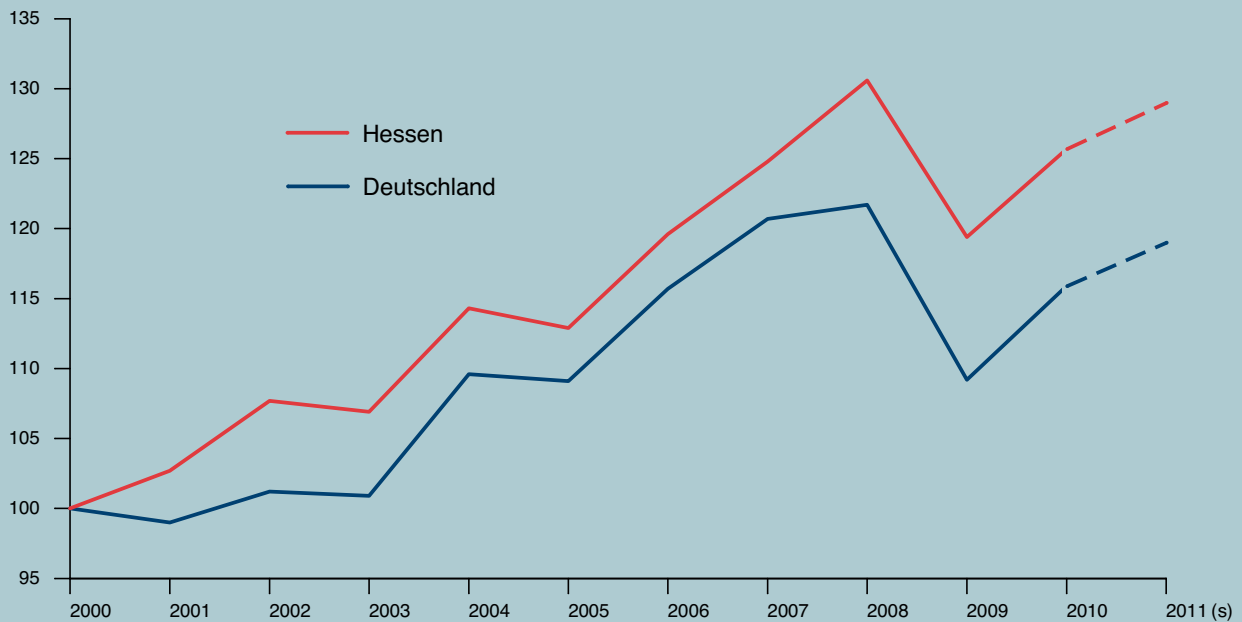
4) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

8,5 %. Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, also den Artikeln des täglichen Bedarfs, lag real um 10 % im Plus. Gegenläufig dazu entwickelte sich der Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik: Dort ging der Umsatz um gut 3 % zurück. Das **hessische Gastgewerbe**, das im Jahr 2010 nur ein schwaches Wachstum (+ 0,6 %) erzielen konnte, startete mit einem leichten Umsatzplus in das Jahr 2011. Nach ersten Ergebnissen für das erste Quartal 2011 stiegen die Umsätze, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2010, real um gut 3 %. Damit hat sich die negative Entwicklung im hessischen Gastgewerbe nicht weiter fortgesetzt. Lediglich die Kantinen und Catering-Unternehmen mussten ein Minus von knapp 2 % verkraften.

Insgesamt dürfte sich die reale Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs in Hessen – trotz der nur schwachen Entwicklung im Gastgewerbe – im Rahmen der Prognose entwickeln (hessische Gemeinschaftsprognose: + 2,2 %).

Im Bereich „**Verkehr- und Nachrichtenübermittlung**“, der ebenfalls besonders unter der Finanz- und Wirtschaftskrise zu leiden hatte, waren insbesondere die straßengebundenen Logistikdienstleister und der Luftverkehr betroffen. Der Flughafen Frankfurt verzeichnete im Jahr 2009 mit 50,9 Mill. Passagieren ein Minus von 4,7 %. Nach der Stabilisierung 2010 haben in der ersten Hälfte 2011 mehr Passagiere als je zuvor den Frankfurter Flughafen genutzt. Die Zahl der Fluggäste stieg auf 26,5 Mill., das Frachtaufkommen wuchs um 1,0 %.

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ 2000 bis 2011
(Kettenindex 2000 = 100)



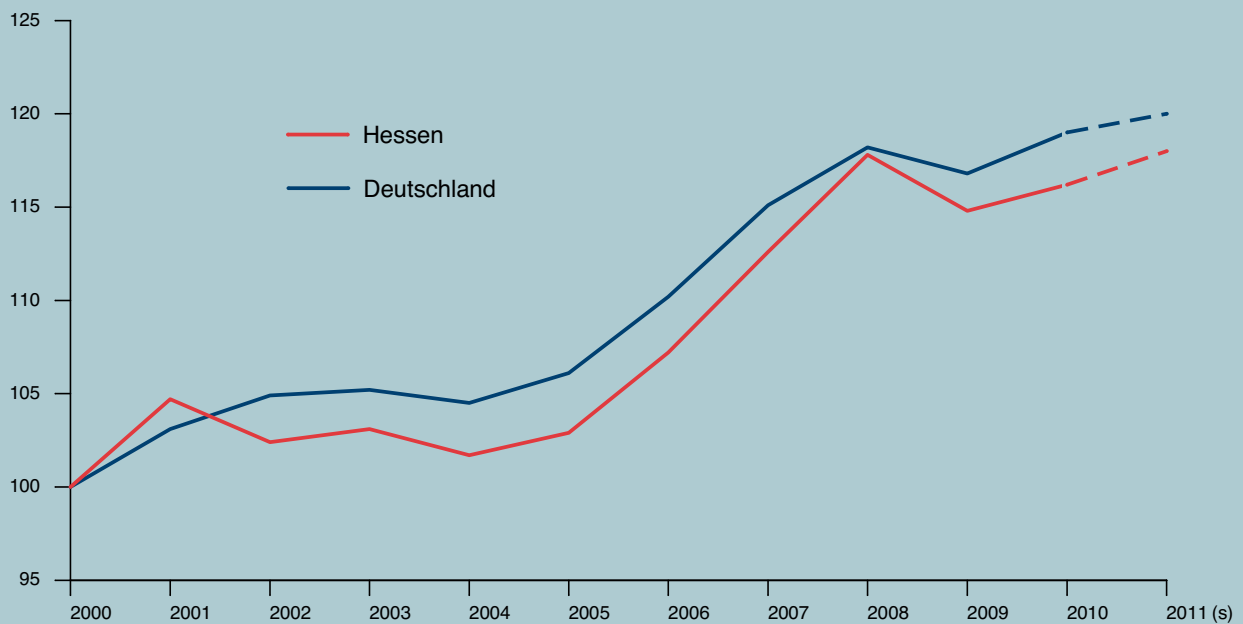
HSL 54/11

(s) Schätzung. — Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

Die konjunkturelle Situation des gesamten Wirtschaftsbereichs befindet sich damit auf dem Weg der Besserung, das Vorkrisenniveau wurde jedoch noch nicht wieder erreicht. Nach zwei überaus starken Schlussquartalen im Jahr 2010 und einer Fortsetzung des Trends im

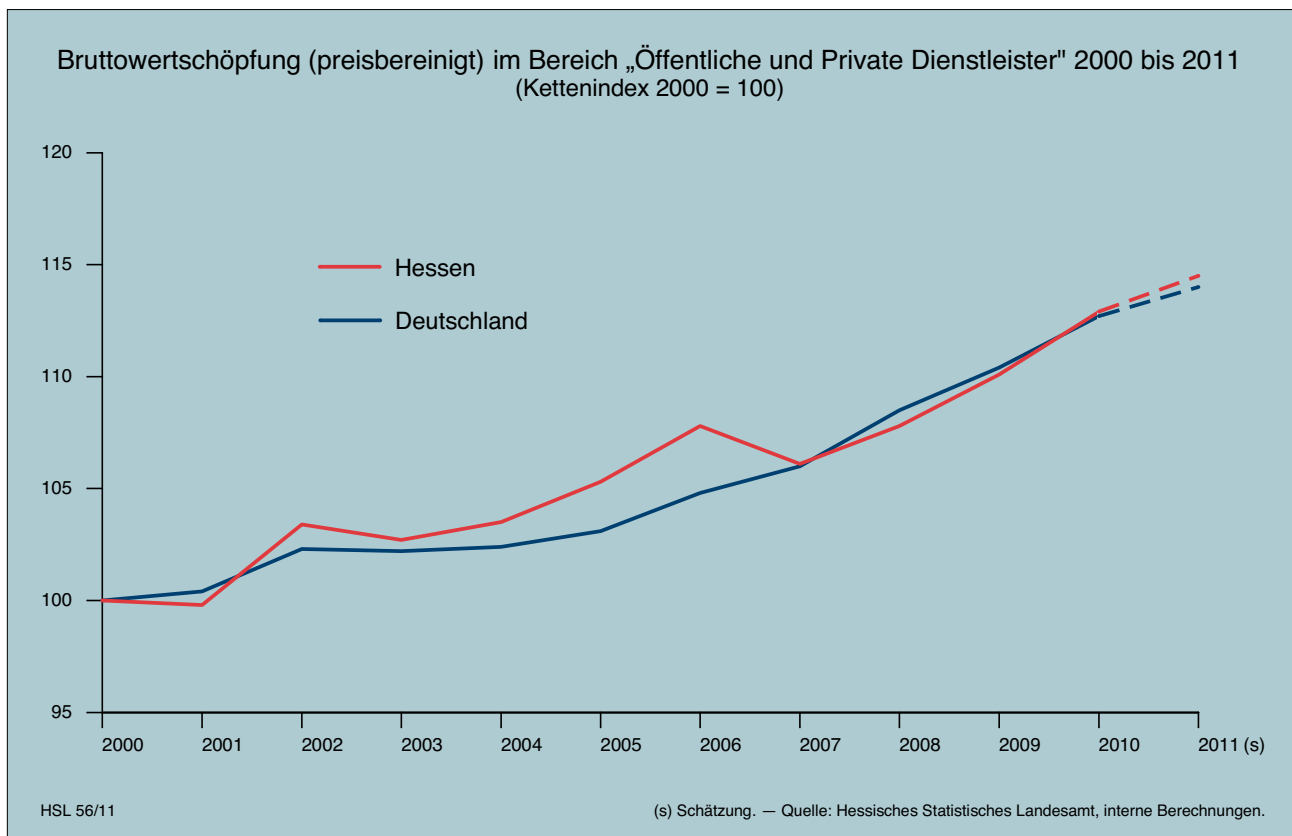
ersten Quartal 2011 dürfte der Wirtschaftsbereich durch die wieder günstigere Entwicklung in den Sparten „Verkehr“ und „Nachrichtenübermittlung“ im Jahresdurchschnitt 2011 aber sogar stärker zulegen als in der hessischen Gemeinschaftsprognose angenommen (+ 2,0 %).

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Bereich
„Finanzierung, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen“ 2000 bis 2011
(Kettenindex 2000 = 100)



HSL 55/11

(s) Schätzung. — Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.



Der Bereich „**Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen**“, der weit weniger von der Krise betroffen war als z. B. das Produzierende Gewerbe, entwickelte sich in Hessen im Jahresdurchschnitt 2010 schwächer als erwartet. Unerwartet verlor das Kreditgewerbe gegenüber dem Vorjahr 1,4 % seiner Wertschöpfung. Während in der Prognose nach dem Einbruch von 2,5 % der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 von einer deutlichen Erholung im Jahr 2010 ausgegangen worden war, kam es aufgrund der schwachen Entwicklung nur zu einem Anstieg der Wertschöpfung um 1,2 %. Laut revidierter Berechnungen erreichte das Wertschöpfungs-niveau damit nicht das Vorkrisenniveau des Jahres 2008. Nach einem erneuten Rückgang der Wertschöpfung im letzten Quartal 2010 konnte der Wirtschaftsbereich auch im ersten Quartal 2011 noch nicht spürbar an Fahrt gewinnen. Zwar hat sich die konjunkturelle Entwicklung in der Sparte der Unternehmensdienstleister in Hessen über die letzten Monate weiter kontinuierlich verbessert, und die wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und Unternehmensberatungen zeigen sich auch weiterhin stark. Dennoch dürfte die prognostizierte Aufwärtsentwicklung für das Jahr 2011 (hessische Gemeinschaftsprognose: + 2,3 %) im Jahresdurchschnitt nicht ganz erreicht werden.

Die **Öffentlichen und Privaten Dienstleister** haben sich in Hessen im Jahr 2010 mit einem Plus bei der Bruttowertschöpfung von 2,5 % so stark entwickelt, wie in den letzten 10 Jahren nicht mehr. Bemerkenswert positiv expan-

dierte die Sparte des Gesundheitswesens sowie die der sonstigen Dienstleistungen (jeweils + 2,9 %). Mit Blick auf die revidierten Daten verlief die Entwicklung damit in etwa so stark wie angenommen. (hessische Gemeinschaftsprognose: + 2,9 %).

Aufgrund der leichten Abschwächung des Wachstums im vierten Quartal 2010 und vor dem Hintergrund der Ergebnisse für die ersten Monate des Jahres 2011 ist für den gesamten Wirtschaftsbereich auf ein leicht abklingendes Wachstum zu schließen. Die Wertschöpfung wird sich deshalb voraussichtlich im Bereich des erwarteten Prognoseeckwerts (hessische Gemeinschaftsprognose: + 1,3 %) bewegen.

Ausblick

Vieles deutet darauf hin, dass die Expansion der hessischen Wirtschaft in den kommenden Monaten aufwärtsgerichtet bleiben wird. Die IHK-Umfrageindikatoren liegen erneut unerwartet hoch. So sehen die Unternehmen in Hessen sowohl ihre momentane Geschäftslage als auch den weiteren Verlauf nochmals positiver als zu Jahresbeginn. Derzeit bewerten rund 48 % ihre Lage als „gut“, dagegen nur 9 % als „schlecht“. Was die Erwartungen für die nächsten Monate anbelangt, so rechnen 35 % mit einer Verbesserung der Geschäfte, 56 % gehen von konstanten Geschäften aus. Unterstützt wird die Aufwärtsentwicklung dadurch, dass die Zinsen vergleichsweise niedrig bleiben und gleichzeitig Beschäftigung und Löhne weiter zulegen. Allerdings ist die Prognose

der weiteren konjunkturellen Entwicklung mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Ein Risiko stellen momentan die schwierige Frage der Überschuldung vieler Euroländer und die damit verbundenen realwirtschaftlichen Auswirkungen dar. Mit Blick auf die Frühindikatoren und die unterjährige Berechnung der Wertschöpfung zeigt sich aber, dass die Wirtschaft in Hessen die konjunkt-

relle Aufwärtsentwicklung des Jahres 2010 in den ersten Monaten des Jahres 2011 robust fortsetzt. Sollten sich die revidierten Wachstumserwartungen der Wirtschaftsforschungsinstitute – die für Deutschland um 0,8 Prozentpunkte nach oben angepasst wurden (+ 2,8 %) – bestätigen, dürfte auch für die hessische Wirtschaft per saldo von einer ähnlichen Entwicklung ausgegangen werden.

INKAR

Die CD-ROM „INKAR – Indikatoren zur Raum- und Stadtentwicklung“ wird vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (www.bbr.bund.de) und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) gemeinsam herausgegeben und bietet ein umfassendes, detailreiches und nutzerfreundliches Instrument für alle diejenigen, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind.

Für die Darstellung der Lebensbedingungen in Deutschland und den Regionen der Europäischen Union stehen mehr als **450 Indikatoren zu 24 Themenbereichen** zur Verfügung, deren Grundlage im Wesentlichen die Basisdaten der amtlichen Statistik sind, insbesondere das bundesweit vergleichbare regionalstatistische Datenangebot, das als regelmäßige Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf DVD unter dem Titel „**Statistik regional**“ für Kreise und „**Statistik lokal**“ für Gemeinden vorliegt.

Räumliche Bezugsebenen sind u. a. Länder, Kreise und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Alle Indikatoren sind bundesweit vergleichbar aufbereitet und geben z. B. Auskunft über die Stärken und Schwächen des eigenen Stadt- oder Landkreises im Vergleich zu anderen Kreisen, Regionen und Bundesländern.

Eine anspruchsvolle Visualisierung der Informationen ist mit INKAR gewährleistet. Karten oder auch Kartenausschnitte, Tabellen und Diagramme können in wenigen Schritten erstellt werden.

Zu beziehen über den Buchhandel oder über
Selbstverlag des BBR
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
Fax: 0228 99 401 2292 · E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de

Eine **Informationsbroschüre** zu INKAR und weitere Informationen über Preise und Lieferbedingungen finden Sie auf der BBR-Website unter: www.bbr.bund.de.



STATISTIK HESSEN



CD-ROM

ISBN 3-87994-926-3

Erscheinungsweise:
jährlich

W_104

Das Volkseinkommen in Hessen 1991 bis 2009 – divergierende Entwicklungen bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie dem Arbeitnehmer- entgelt am aktuellen Rand

Bei der Einkommensverteilung geht es um die Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens auf verschiedene Gruppen. Die Wirtschaftseinheiten können in Abhängigkeit von der Fragestellung unterschiedlich zusammengefasst werden. Möglich ist die Darstellung nach Wirtschaftsbereichen oder Verwaltungsbezirken sowie die personelle Verteilung, d. h. die Abbildung der Verteilung der den privaten Haushalten zufließenden Einkommen differenziert nach Haushaltgruppen. Im folgenden Beitrag soll jedoch die funktionelle Verteilung des Volkseinkommens thematisiert werden. Dabei wird unterschieden zwischen dem Arbeitnehmerentgelt, also dem Einkommen, mit dem der Faktor (abhängige) Arbeit entlohnt wird, und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die dem Faktor Kapital zufließen. Die Einkommen der Selbstständigen werden bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen erfasst, ebenso wie Kapitaleinkünfte, die abhängig beschäftigte Arbeitnehmer erzielen. Diese beiden Komponenten werden also dem Produktionsfaktor Kapital zugerechnet. Ein separater statistischer Nachweis der genannten Komponenten, der eine trennscharfe Unterscheidung der Entlohnung des Faktors Arbeit und Kapital sicherstellt, ist nicht möglich. In Hessen entwickelten sich die beiden Komponenten des Volkseinkommens lange Zeit parallel. Ab 2002 divergierte die Entwicklung deutlich; die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen stärker als das Arbeitnehmerentgelt zu. Ab dem Jahr 2008 waren aufgrund der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise die Unternehmens- und Vermögenseinkommen erstmals seit dem Jahr 2000 rückläufig; diese Entwicklung setzte sich auch 2009 fort. In Deutschland zeigte sich ein ähnliches Verlaufsmuster. Da die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Gegensatz zu den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusätzlich Quartalsergebnisse berechnen, die zeitnah zur Verfügung stehen, kann anhand der Bundesentwicklung auf die künftigen Verläufe der Komponenten des Volkseinkommens in Hessen geschlossen werden, da bisher die Entwicklungsmuster sehr ähnlich waren. Auf Bundesebene wurde die scherenartige Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen bzw. des Arbeitnehmerentgelts durch die Wirtschaftskrise nur unterbrochen. Die ab dem Jahr 2002 eingeschlagenen Verläufe setzten sich ab dem Nachkrisenjahr fort. Diese Entwicklung kann auch für Hessen erwartet werden.

Volkseinkommen: Konzept und Definitionen

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller den Inländern in einer Periode zugeflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Es umfasst das von Inländern empfangene Arbeitnehmerentgelt und die ihnen zufließenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Zum Volkseinkommen zählen daher beispielsweise auch die Arbeitseinkommen der Hessen, die im Ausland beschäftigt sind, sowie die Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Vermögensanlagen im Ausland.

Berechnet wird das Volkseinkommen folgendermaßen: Das Bruttonationaleinkommen (früher: Bruttosozialprodukt) ist die umfassendste Größe für die Einkommen der Inländer. Es ergibt sich aus dem Bruttoinlandsprodukt zuzüglich des Saldos der Primäreinkommen aus der übrigen Welt. Das Bruttonationaleinkommen umfasst im Gegensatz zum Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen (Primäreinkommen der Volkswirtschaft) auch die gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen. Das Primäreinkommen beinhaltet nicht nur die Erwerbs- und Ver-

mögenseinkommen, sondern auch die vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben abzüglich der vom Staat geleisteten Subventionen (Nettoproduktionsabgaben), die zu den staatlichen und damit den gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen zählen. Werden nur die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ohne Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen nachgewiesen, so entspricht dies dem Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten, das als Volkseinkommen bezeichnet wird.

Ausgangspunkt der Berechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt. Es kann aus 3 verschiedenen Blickwinkeln berechnet werden: der Entstehungs-, der Verteilungs- und der Verwendungsseite. Allerdings liegen für die Bundesländer nur Basisdaten für eine vollständige entstehungsseitige Berechnung vor. Die anderen beiden Seiten können nur teilweise abgebildet werden. Dies trifft insbesondere für die Verteilungsseite, d. h. die Berechnung ab dem Primäreinkommen, zu. Nur das Arbeitnehmerentgelt, das auch als arbeitsbezogene neben der kapi-

talbezogenen Komponente in die Entstehungsrechnung einfließt, wird eigenständig berechnet. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden als Restgröße ermittelt, indem das Arbeitnehmerentgelt vom Volkseinkommen abgezogen wird. Das Berechnungsschema kann wie folgt dargestellt werden:

	Bruttoinlandsprodukt		
+	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt		
<hr/>			
=	Bruttonationaleinkommen (früher: Bruttosozialprodukt)		
-	Abschreibungen		
<hr/>			
=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen)		
-	Produktions- und Importabgaben an den Staat		
+	Subventionen vom Staat		
<hr/>			
=	Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten)		
-	Arbeitnehmerentgelt		
<hr/>			
=	Unternehmens- und Vermögenseinkommen		

Das **Arbeitnehmerentgelt** setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung zusammen. Es beinhaltet sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von Arbeitgebern an Arbeitnehmer als Entgelt für die von diesen in einer Periode geleistete Arbeit erbracht werden. Zu den Geldleistungen rechnen auch Zuschläge für Überstunden, Urlaubszuschläge, Trinkgelder, Zahlungen zur Vermögensbildung sowie anlässlich des Ausscheidens von Arbeitnehmern und ferner Zuschüsse zum Essen in bar. Weitere Geldleistungen sind die Sozialbeiträge. Dazu gehören neben den Zahlungen an öffentliche und private Sozialversicherungen auch sogenannte unterstellte Sozialbeiträge. Diese stellen den Gegenwert der sozialen Leistungen dar, die von Arbeitgebern ohne spezielle Deckungsmittel gezahlt werden, wie beispielsweise unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung oder Zuwendungen von Unternehmen an unselbstständige Unterstützungskassen. Sachleistungen, d. h. Naturalentgelte, schließen Erzeugnisse des Arbeitgebers, etwa Deputatkohle, Freifahrten, verbilligte Mahlzeiten

sowie Essensgutscheine, Fahrzeuge und Geräte zur persönlichen Nutzung und Zinsverbilligungen ein. Das Arbeitnehmerentgelt, stellt somit das Einkommen der abhängig Beschäftigten dar. Nicht als Arbeitsentgelt sondern als Vorleistungen der Arbeitgeber werden Trennungsentschädigungen, Umzugsvergütungen, Ersatz von Reisekosten, Kindergärten, Erholungsheime u. Ä. verbucht.

Die **Unternehmens- und Vermögenseinkommen** umfassen den Unternehmensgewinn, inklusive eines kalkulatorischen Unternehmerlohns. Damit ist in den Unternehmens- und Vermögenseinkommen das Arbeitsentgelt der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen enthalten. Weiterhin beinhalten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen die per saldo von privaten Haushalten empfangenen und vom Staat geleisteten Vermögenseinkommen, wie beispielsweise Zinsen und Dividenden sowie Mieteinkünfte und Pachten, aber auch die unterstellten Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum oder in Eigenleistung getätigte Bauinvestitionen.

Volkseinkommen in Hessen 2009 krisenbedingt um 3,9 % gesunken

Im Krisenjahr 2009 nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % ab. Daher war auch beim Volkseinkommen ein etwa gleich großer Rückgang von 3,9 % zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 1991 bedeutet dies einen Anstieg von gut 47 % auf 148 Mrd. Euro. Im Jahr 2009 kamen auf einen Einwohner 24 500 Euro. Dies bedeutet gegenüber 1991 eine Zunahme von 41 %; das Pro-Kopf-Wachstum fiel geringer aus als das des Volkseinkommens insgesamt, da die Zahl der Einwohner im gleichen Zeitraum um 4,6 % zunahm.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahr 2009 mit starkem Rückgang, Arbeitnehmerentgelt stagniert

Die beiden Komponenten des Volkseinkommens „Arbeitnehmerentgelt“ und „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“ wiesen zuletzt eine deutlich unterschiedliche Entwicklung auf. Während das Arbeitnehmerentgelt von 1991 bis 2009 um 40,2 % zunahm, stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in diesem Zeitraum um 64,3 %. Hatten sich bis 2002 die beiden Einkommensarten noch weitgehend parallel entwickelt, so verzeichneten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen zwischen 2002 und 2007 ein deutlich stärkeres Wachstum als das Arbeitnehmerentgelt, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Verteilung des Volkseinkommens. Im Jahr 2008 hatte sich die Schere zwischen den beiden Komponenten des Volks-

Volkseinkommen, Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Lohnquote und Bruttoinlandsprodukt in Hessen 1991 bis 2009

Jahr	Volkseinkommen		davon				Lohnquote	Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettet
			Unternehmens- und Vermögenseinkommen		Arbeitnehmerentgelt			
	Mrd. Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	Mrd. Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	Mrd. Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	%	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %
1991	100,7	.	29,6	.	71,1	.	70,6	.
1992	105,6	4,9	29,0	- 1,9	76,6	7,7	72,5	2,0
1993	106,7	1,0	28,7	- 1,0	78,0	1,8	73,1	- 1,8
1994	110,1	3,2	31,1	8,3	79,0	1,4	71,8	1,0
1995	114,3	3,8	33,2	6,6	81,2	2,7	71,0	1,3
1996	116,2	1,6	34,4	3,6	81,8	0,8	70,4	2,4
1997	117,4	1,0	35,6	3,6	81,8	0,0	69,7	1,5
1998	119,0	1,4	35,8	0,5	83,3	1,8	70,0	1,4
1999	121,9	2,4	36,4	1,9	85,4	2,6	70,1	3,3
2000	125,3	2,8	36,2	- 0,7	89,1	4,3	71,1	3,4
2001	127,8	2,0	36,8	1,6	91,0	2,2	71,2	1,7
2002	129,9	1,7	38,2	4,0	91,7	0,8	70,6	- 1,0
2003	133,3	2,6	41,1	7,6	92,1	0,5	69,1	0,5
2004	139,3	4,5	47,1	14,5	92,2	0,1	66,2	0,4
2005	141,5	1,6	50,1	6,2	91,5	- 0,8	64,6	1,0
2006	148,1	4,7	55,1	10,1	93,0	1,7	62,8	2,9
2007	152,0	2,6	55,8	1,3	96,2	3,4	63,3	2,1
2008	154,3	1,5	54,5	- 2,3	99,8	3,7	64,7	1,5
2009	148,3	- 3,9	48,6	- 10,9	99,7	0,0	67,3	- 4,1

1) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand: April 2011.

einkommens aufgrund der beginnenden Wirtschaftskrise etwas geschlossen. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2009 verstärkt fort. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen gingen um 10,9 % zurück, während das empfangene Arbeitnehmerentgelt stagnierte. Die unterschiedliche Entwicklung liegt u. a. an der zeitlich fixierten Laufzeit von Tarifverträgen, die i. d. R. für längere Zeiträume abgeschlossen werden und daher langsamer auf Konjunkturschwankungen reagieren als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Lohnquote: Abnahme bis zum Jahr 2007

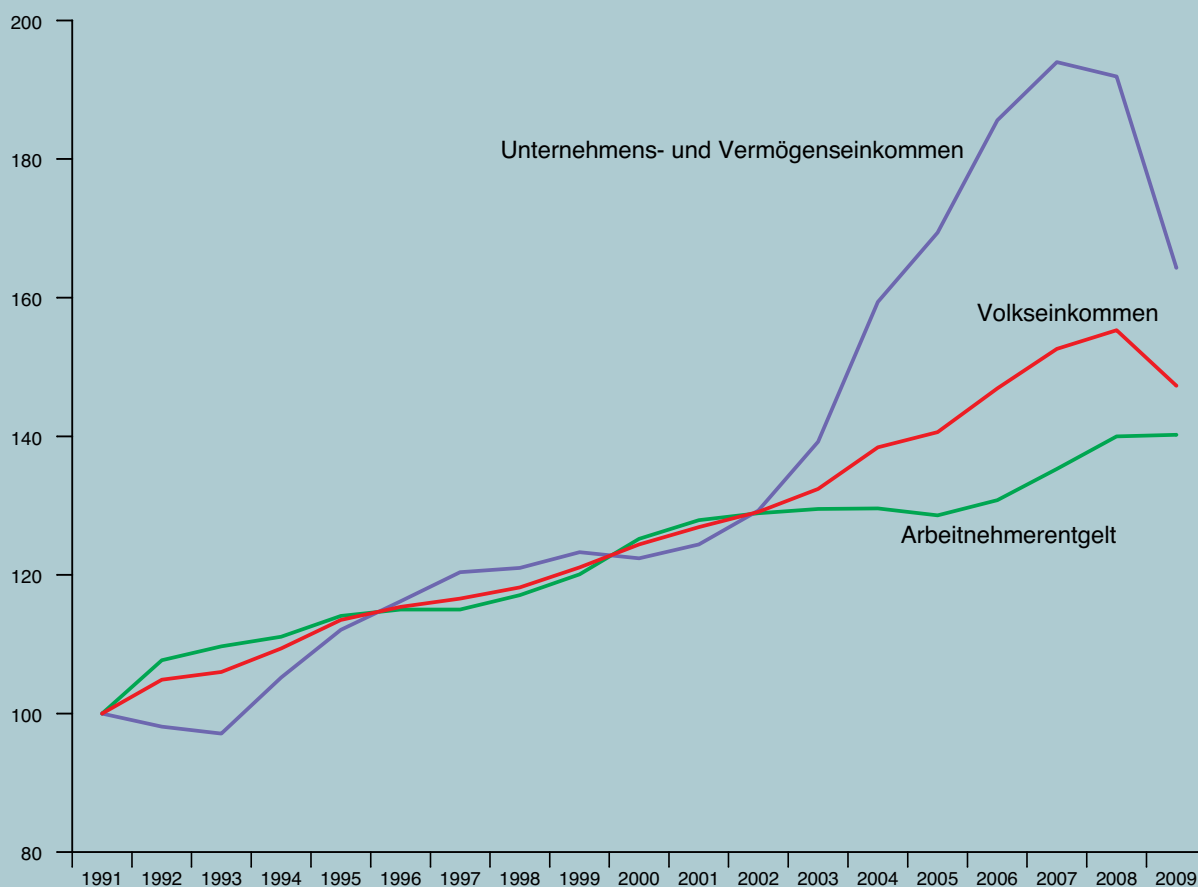
Die funktionale Einkommensverteilung wird üblicherweise anhand der Lohnquote abgebildet. Sie stellt das Verhältnis des von Inländern empfangenen Arbeitnehmerentgelts zum Volkseinkommen dar. So entfielen im Jahr 2009 knapp 100 Mrd. Euro oder 67 % des Volkseinkommens auf das Arbeitnehmerentgelt; im Jahr 1991 lag der Anteil noch bei 71 % und 1993 sogar bei 73 %.

Es zeigt sich, dass in den wachstumsschwachen Jahren von 2002 bis 2005, in denen das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt abnahm bzw. moderat anstieg, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker zunahm als das Arbeitnehmerentgelt, das nur gering-

fällig wuchs oder schrumpfte. In den Jahren 2006 und 2007 verzeichneten die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit bei einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung größere Wachstumsraten. Ab dem Jahr 2007 war das Arbeitnehmerentgelt jedoch von einer günstigeren Entwicklung als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen gekennzeichnet, und die Lohnquote stieg in der Folge wieder bis auf 67 % an. Im Rahmen der Verteilungsdiskussion ist bei der Betrachtung dieser Ergebnisse allerdings zu beachten, dass den Arbeitnehmern auch Vermögenseinkommen in Form von Zinsen und Dividenden zufließen. Daher kann eine abnehmende Lohnquote nur als Indiz für eine zunehmende Ungleichverteilung des Volkseinkommens angesehen werden.

Die Entwicklung der Lohnquote wird auch vom Wandel der Erwerbsstruktur im Zeitablauf beeinflusst, d. h. von der Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten bzw. der Selbstständigen. Um diesen Effekt auszuschalten, kann die bereinigte Lohnquote berechnet werden. Dabei wird die Beschäftigungsstruktur eines beliebigen Basisjahres beibehalten. Die bereinigte Lohnquote liegt über der unbereinigten Lohnquote und sinkt nicht im Vergleich zur unbereinigten Lohnquote, wenn der Anteil der Selbstständigen an der Erwerbstätigkeit insgesamt

Volkseinkommen, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelt
in Hessen von 1991 bis 2009
(Messzahlen, 1991=100)



HSL 46/10

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand: April 2011.

zunimmt. Die Korrektur der Lohnquote um die Struktureffekte der Beschäftigung ändert aber nichts am oben dargestellten Verlauf der Lohnquote, sondern bewirkt nur einen geringfügigen Niveaueffekt¹⁾.

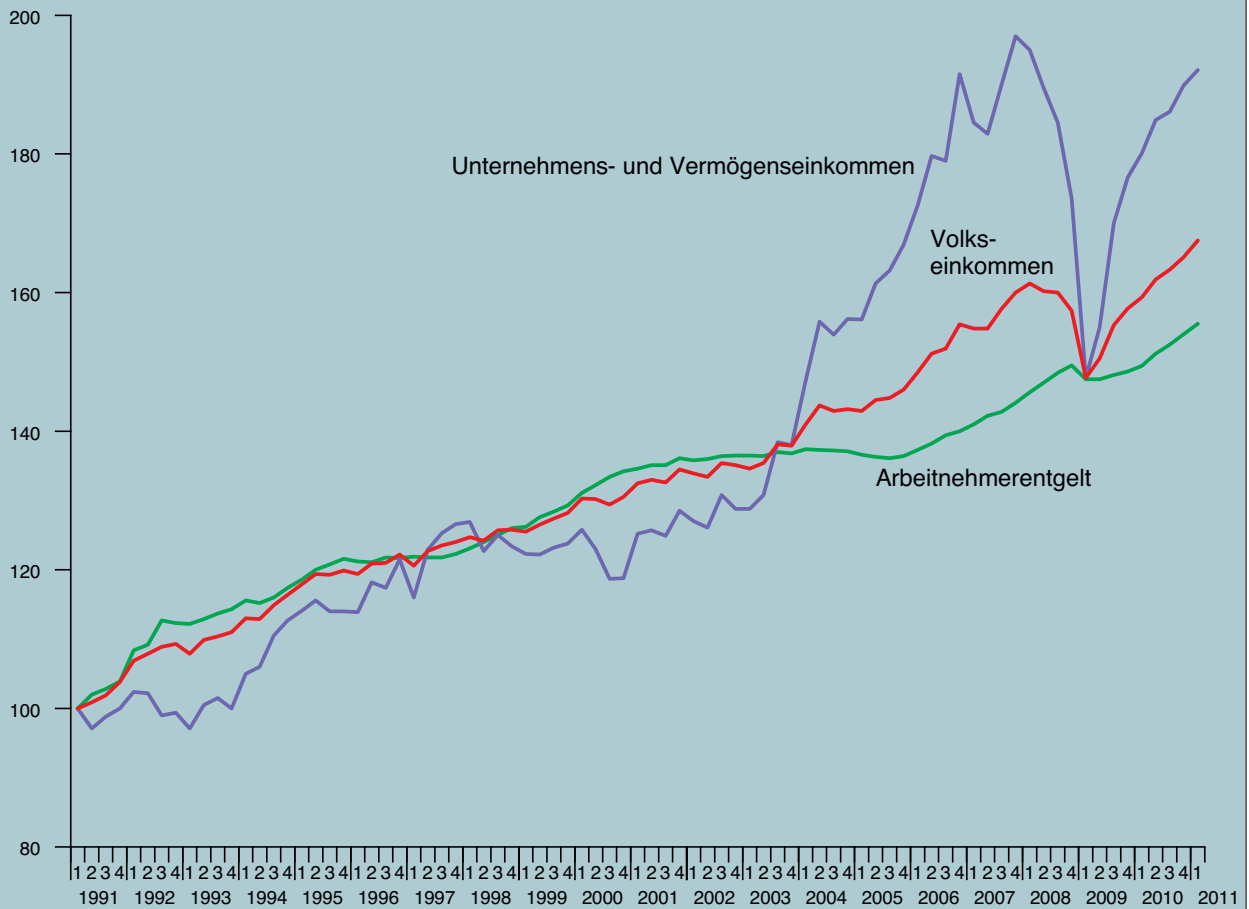
1) Schwarz, Norbert, „Einkommensentwicklung in Deutschland – Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, *Wirtschaft und Statistik*, 3/2008, S. 197 ff.; Grömling, Michael, „Die Lohnquote – ein statistisches Artefakt und seine Interpretationsgrenzen“, *IW-Trends*, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 33. Jahrgang, Heft 1/2006, S. 35 ff.

2) Die Saison- und Kalenderbereinigung wurde für den vorliegenden Beitrag mit TRAMO/SEATS (Time series Regression with ARIMA noise, Missing values and Outliers/Signal Extraction in ARIMA Time Series) durchgeführt. Die Ergebnisse unterschieden sich unwesentlich von denen, die das Statistische Bundesamt in der Fachserie 18, Reihe 1.3 vorlegt. TRAMO/SEATS wurde von der Banco de España entwickelt und wird von Eurostat neben X-12-ARIMA zur Saison- und Kalenderbereinigung akzeptiert. Die beiden genannten Bereinigungsverfahren sind in der Software „DEMETRA+“ implementiert, die für die vorliegenden Berechnungen verwendet wurde. Während X-12-ARIMA Saisonalitäten im Grunde durch gleitende Durchschnitte entfernt, extrahiert TRAMO/SEATS die unbeobachteten Komponenten (Trend-, Konjunktur-, Saison- und irreguläre Komponente) einer Zeitreihe durch geschätzte Modelle. Grundlage ist ein saisonales ARIMA-Modell, das additiv in die einzelnen Komponenten zerlegt wird. Diese werden wiederum anhand von ARIMA-Modellen geschätzt. Harhoff, Christian, „Seasonal Adjustment“, *Statistics Denmark*, 2005, S. 32 ff.

Ähnliche Entwicklungen in Deutschland

Die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen im Gegensatz zu den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neben Jahresergebnissen auch Quartalsergebnisse zeitnah zur Verfügung. Letztere liegen für Deutschland bis zum ersten Quartal 2011 vor. Die Daten wurden einer Saison- und Kalenderbereinigung unterzogen²⁾. Im Ergebnis zeigt sich hier ein ähnlicher Verlauf wie in Hessen. Die trendmäßige Entwicklung des Volkseinkommens wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise unterbrochen. Prägend für diese Unterbrechung war der starke Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen vom zweiten Quartal 2008 bis zum ersten Quartal 2009. Gleichzeitig wies das Arbeitnehmerentgelt nur eine vergleichsweise geringfügige Abnahme auf. Ab dem zweiten Quartal 2009 nahmen die Einkommen aus selbständiger Arbeit und Vermögen wieder zu; hier waren Anstiege wie vor der Krise zu verzeichnen. Das Arbeitnehmerentgelt wies vor wie nach der Wirtschafts- und Finanzkrise vergleichsweise moderate Wachstumsraten auf.

Volkseinkommen, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelt in Deutschland von 1991 bis 2011, jeweils saison- und kalenderbereinigt¹⁾ nach Quartalen (Messzahlen, 1. Quartal 1991=100)



1) Saison- und Kalenderbereinigung nach TRAMO/SEATS.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Ursprungswerte des Statistischen Bundesamtes. Berechnungsstand: Mai 2011.

HSL 47/10

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Schere zwischen den beiden Komponenten des Volkseinkommens in den wachstumsschwachen Jahren 2008 und 2009 im Bund sowie im Land Hessen etwas geschlossen hat. Für Deutschland zeigt sich jedoch, dass mit einer anziehenden Wirtschaftsleistung – das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2010 um 3,6 % zu – die Unternehmens- und Vermögensein-

kommen zuletzt wieder stärker wuchsen als das Arbeitnehmerentgelt. Da das reale BIP in Hessen im Jahr 2010 genauso stark anstieg wie auf Bundesebene, kann damit gerechnet werden, dass sich die Verlaufsmuster der Unternehmens- und Vermögenseinkommen einerseits und des Arbeitnehmerentgelts andererseits wie in der Vergangenheit auch künftig auf Hessen übertragen werden und die in den Jahren 2008 und 2009 festgestellte Entwicklung sich nicht fortsetzen wird.

ALLGEMEINES

Das Hessische Statistische Landesamt vor Ort auf dem Hessestag 2011 in Oberursel



Dem Motto „Das Tor zum Taunus lädt Euch ein, beim Hessefest dabei zu sein!“ ist das Hessische Statistische Landesamt (HSL) sehr gerne nachgekommen. Der 51. Hessestag fand vom 10. bis 19. Juni 2010 in Oberursel statt. Als Ministerpräsident Georg August Zinn den Hessestag im Jahr 1961 ins Leben rief, wollte er ein Fest veranstalten, das die Menschen zusammenführte, das Alteingesessene und Neubürger miteinander in Verbindung brachte. Das ist ihm gelungen, denn auch dieses Jahr kamen über 1 Mill. Menschen in die Hessestagsstadt. Über 1000 Veranstaltungen und eine Vielzahl von Ausstellungen übten eine große Faszination auf die Gäste aus. Die Landesausstellung präsentierte sich in Oberursel einmal mehr als das Herzstück des Hessestages und als Besuchermagnet. Laut Hes-



Foto: HSL



Foto: e. blatt

sentagsbefragung des HSL kamen zehntausende von Besuchern an die über 300 Informations- und Aktionsstände und nahmen die Gelegenheit wahr, mit einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen in Kontakt zu kommen.

Das HSL nutzte die Möglichkeit, sich und seine Produkte und Dienstleistungen in der Halle 1 (Stand 106) den Besuchern vorzustellen. Neben führenden Vertretern aus Politik und Wirtschaft durfte der Präsident des HSL, Eckart Hohmann, bei dieser Gelegenheit auch den Hessischen Ministerpräsidenten, Volker Bouffier, begrüßen.

Nach einer Führung über den Stand informierte sich der Ministerpräsident über die aktuellen Entwicklungen innerhalb des Statistikwesens. Statistikchef Hohmann erläuterte insbesondere das Verfahren, den Stand und die weitere Entwicklung des Zensus 2011. Die Europäische Union hatte für 2011 eine gemeinschaftsweite Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung – den Zensus 2011 – angeordnet.

Im Anschluss diskutierte der Ministerpräsident mit Standbesuchern über die Aussagekraft politikbezogener Statistiken und erläuterte diese den interessierten Bürgern am Beispiel der Wahlstatistik.

Dr. Frank Padberg

Tel.: 0611 3802-822

E-Mail: fpadberg@statistik-hessen.de

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt ⁷⁾			
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁶⁾ 2005 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁹⁾	
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2007 D	107,6	103,3	111,5	355 609	108,4	23 277	97,7	103,6	236 162	8,6	32 412	4 000
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,1	107,5	198 790	7,2	30 821	31 737
2010 1. Vj. D	106,7	95,3	117,0	336 282	88,7	22 853	92,1	107,0
April	104,0	94,8	112,2	336 526	78,4	23 133	98,1	107,3	207 137	7,5	27 144	38 772
Mai	98,4	90,2	105,7	336 571	107,3	23 278	96,8	107,3	199 150	7,2	29 510	31 437
Juni	111,4	103,6	118,3	337 632	125,3	23 162	97,6	107,3	195 338	7,1	31 923	25 279
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	97,5	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	98,9	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	94,5	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	99,1	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,5	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,9	107,5	183 009	6,6	35 643	14 391
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,3	107,6	181 571	6,6	35 059	13 089
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,5	108,8	183 987	6,7	33 210	16 779
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,2	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	91,0	108,3	201 249	7,3	31 445	...
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	89,4	108,9	198 446	7,2	34 081	...
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	102,5	109,3	191 975	6,9	36 028	...
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	94,3	108,8
April	105,6	97,6	112,8	347 781	118,0	24 347	104,4	109,6	187 461	6,8	37 025	...
Mai	111,5	103,7	118,4	348 873	126,6	24 408	101,5	109,4	182 273	6,6	37 869	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2007 D	6,0	3,0	8,7	1,6	6,4	0,7	- 2,8	2,2	- 16,9	.	18,2	- 0,7
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,9	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,9	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2010 1. Vj.	23,9	21,4	25,8	- 4,6	- 5,9	1,2	2,2	0,6
April	26,8	32,0	23,0	- 3,4	- 29,8	0,7	- 1,7	0,8	- 6,6	.	10,8	- 57,3
Mai	19,1	25,5	14,6	- 3,0	10,8	1,9	2,3	0,8	- 7,2	.	20,3	- 65,0
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,5	- 0,8	1,2	6,6	0,5	- 6,8	.	28,6	- 71,7
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	2,3	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,4	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	5,6	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	4,1	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,9	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	0,3	1,0	- 7,2	.	44,4	- 80,5
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	7,0	1,2	- 6,4	.	47,7	- 79,5
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,4	1,5	- 6,3	.	40,6	- 70,7
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,7	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	5,2	1,6	- 6,2	.	37,9	...
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,8	1,8	- 8,1	.	39,4	...
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 1,8	1,8	- 9,7	.	42,1	...
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,4	1,7
April	1,5	3,0	0,5	3,3	50,6	5,2	6,4	2,1	- 9,5	.	36,4	...
Mai	13,3	15,0	12,0	3,7	18,0	4,9	4,9	2,0	- 8,5	.	28,3	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2010 1. Vj.	13,5	7,7	18,3	- 1,8	- 20,5	- 2,9	- 13,4	0,4
April	- 12,5	- 11,2	- 13,5	- 0,0	- 24,4	0,6	- 6,0	- 0,1	- 2,5	.	7,1	- 31,7
Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	0,0	36,9	0,6	- 1,3	0,0	- 7,2	.	8,7	- 18,9
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	0,8	0,0	- 1,9	.	8,2	- 19,6
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	5,9	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 4,4	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	4,9	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	0,0	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,8	- 0,1	- 2,1	.	0,9	- 9,9
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,3	0,1	- 0,8	.	- 1,6	- 9,0
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,5	1,1	1,3	.	- 5,3	28,2
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	12,0	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,8	- 0,5	9,4	.	- 5,3	...
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 1,8	0,6	- 1,4	.	8,4	...
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	14,7	0,4	- 3,3	.	5,7	...
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 13,6	0,7
April	- 13,8	- 9,5	- 17,0	0,3	- 4,9	4,4	1,9	0,3	- 2,4	.	2,8	...
Mai	5,6	6,3	5,0	0,3	7,2	0,3	- 2,8	- 0,2	- 2,8	.	2,3	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 062,0 ¹⁾	6 067,0	6 064,7	6 062,0	6 061,1	6 070,5	6 069,9	6 067,0	6 066,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 271	2 290	1 395	3 518	590	2 848	1 398	2 994	615
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	2,8	6,8	1,1	5,5	2,8	5,8	1,2
* Lebendgeborene	"	4 229	4 312	4 065	5 486	2 896	4 778	4 322	5 748	2 767
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	8,5	8,2	10,7	5,6	9,3	8,7	11,2	5,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 057	5 017	5 081	7 341	4 171	5 120	4 925	6 540	4 499
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,9	10,2	14,3	8,1	9,9	9,9	12,7	8,7
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	14	21	20	7	14	18	15	17
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,3	3,2	5,2	3,6	2,4	2,9	4,2	2,6	6,1
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 828	- 705	- 1 016	- 1 855	- 1 275	- 342	- 603	- 792	- 1 732
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,6	- 1,4	- 2,0	- 3,6	- 2,5	- 0,7	- 1,2	- 1,5	- 3,4
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 247	14 014	11 937	9 561	11 873	17 517	14 168	10 762	14 042
* darunter aus dem Ausland	"	5 518	6 420	4 762	3 747	5 235	7 253	6 472	4 506	6 486
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 772	12 989	12 357	10 766	11 473	14 439	14 185	12 953	12 848
* darunter in das Ausland	"	5 335	5 613	5 456	4 854	4 957	4 915	6 998	6 859	5 595
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	474	1 025	- 420	- 1 205	400	3 078	- 17	- 2 191	1 194
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 232	17 098	17 154	14 979	16 908	17 894	17 991	14 783	17 908

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	208 241	200 136	196 143	191 975	187 461	182 273	181 258
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	95 873	93 615	92 753	89 793	89 156	87 460	87 821
Männer	"	113 816	105 536	112 368	106 521	103 390	102 182	98 305	94 813	93 437
Ausländer	"	50 819	48 154	50 071	48 558	47 531	47 680	46 962	46 007	45 808
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	20 127	18 813	18 888	18 020	16 970	16 192	17 967
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,7	6,5	6,3	6,2	6,0	5,8	5,8
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,6	6,4	6,4	6,2	6,1	6,0	6,0
Männer	"	6,9	6,4	6,8	6,5	6,3	6,2	6,0	5,7	5,6
Ausländer	"	14,8	14,0	14,6	14,2	13,9	13,9	13,7	13,1	13,1
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	6,0	5,7	5,8	5,5	5,2	5,0	5,5
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	38 398	31 437	25 279
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	27 144	29 510	31 923	36 028	37 025	37 869	38 919

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾⁹⁾	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9	2 227,3
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	991,5	989,6	986,9	986,6	1 004,9
* Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	217,5	212,4	214,8	219,3	224,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	428,1	429,7	431,9	440,1	441,8
* darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	353,2	354,2	355,9	360,8	362,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,7	6,9	7,2	7,7	7,8
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6
* Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,9	553,0	549,8	553,9	565,4
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	122,7	123,0	123,2	126,3
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	533,9	530,0	526,9	527,6	540,9
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	235,6	234,0	232,8	232,2	238,1
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	552,9	549,1	547,4	555,2	563,3
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	250,3	249,1	248,0	248,4	251,0
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	539,0	543,9	542,0	541,3	549,7
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	377,8	381,2	380,6	380,1	386,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 03.05.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	5045	3 825	3 528	4 006	4 195	3 719	3 457
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	280	141	148	141	199	185	133
Jungrinder	"	52	55	65	41	67	91	111	86	77
Schweine	"	52 749	47 556	54 707	44 426	50 484	44 393	46 951	45 973	49 903
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	3 391	2 029	1 482	2 505	2 375	1 604	1 046
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	6 659	5 564	5 988	5 401	5 743	5 883	6 173
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 336	1 056	888	1 170	1 230	1 118	1 074
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	35	18	19	16	25	23	16
Jungrinder	"	7	7	8	5	9	11	17	12	10
* Schweine	"	4 752	4 315	4 884	4 076	4 670	3 989	4 244	4 151	4 645
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	14 617	13 919	14 251	14 608	15 916	14 979	14 986
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 354	1 364	1 364	1 367	1 375	1 374	1 376
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	336,6	336,5	336,6	345,0	346,7	347,8	348,9
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	47 445	42 842	41 083	44 709	50 028	42 765	48 542
* Brutto-lohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 218,0	1 306,8	1 314,9	1 217,3	1 323,2	1 475,4	1 426,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	8 198,0	7 189,8	7 666,8	8 705,9	9 599,7	8 195,8	9 454,9
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	4 064,6	3 458,6	4 013,5	4 813,3	4 977,0	4 157,6	4 986,5
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	49,6	48,1	52,3	55,3	51,8	50,7	52,7
Volumenindex des Auftragseingangs insgesamt	2005 = 100 % ⁸⁾	- 10,6	12,5	31,4	26,8	19,1	14,5	3,1	1,5	13,3
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	46,9	33,8	25,2	3,9	- 3,6	- 3,2	8,3
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	25,1	36,6	21,9	28,7	17,7	9,8	27,8
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	14,7	12,3	24,2	16,3	21,3	25,9	25,0
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	9,7	- 0,1	2,3	24,5	0,7	1,6	4,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	40,3	21,7	14,1	9,9	- 6,3	0,3	8,5
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	34,0	44,0	34,0	28,1	29,9	13,9	28,6
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	8,6	31,3	6,8	44,1	21,8	- 5,2	20,1
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	35,0	42,7	39,1	19,6	20,3	11,9	23,2
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	107	107	106	111	111	111	112
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 836	15 843	15 877	16 018	16 028	16 061	16 084
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾⁽¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	2 240	1 955	1 859	2 045	2 265	1 860	2 227
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	58,8	64,7	61,4	65,1	61,6	65,2	63,9
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	2 265,7	2 163,2	2 050,2	2 539,8	1 475,4	830,0	901,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 12) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MV.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	.	97,7	.	.	96,3	97,1	99,7	97,7	96,9
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	.	100,0	.	.	77,7	101,4	105,2	115,6	87,3
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	48,0	48,3	48,6	45,5	45,8	47,9	48,0
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	4 883	5 121	4 935	3 565	4 834	4 555	5 219
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	2 118	2 188	2 188	1 573	1 987	1 879	2 152
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 439	1 418	1 348	1 114	1 502	1 376	1 527
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 326	1 515	1 399	878	1 345	1 300	1 540
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	100,8	119,7	111,3	86,4	102,6	120,4	116,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	371,1	432,9	465,1	282,3	447,4	462,3	511
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	122,6	137,2	157,7	87,8	135,6	143,6	143,0
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	123,5	131,5	142,9	116,2	162,1	164,9	183,2
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	125,0	164,1	164,5	78,3	149,6	153,7	185,0
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	113,0	94,7	103,6	78,4	107,3	100,0	124,2	118,0	126,6
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	136,1	80,8	92,3	78,5	118,7	149,1	180,3
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	106,6	79,8	87,0	159,8	155,7	109,0	141,2
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	92,7	76,6	126,5	60,8	102,0	116,5	101,2
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,0	19,6	19,0	.	.	.	20,2	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	5 478	.	.	.	5 933	.	.
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	141,1	.	.	.	150,3	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	475,7	.	.	.	502,2	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	503	408	377	459	603	482	663
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	466	366	325	418	538	446	601
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	515	447	465	519	858	542	768
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	96	84	85	97	153	100	143
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	135 961	119 578	125 935	142 097	224 899	147 418	204 356
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	138	106	139	99	147	129	157
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	1 200	573	787	691	1 294	1 716	1 015
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	168	97	128	97	195	222	165
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	158 542	83 876	121 364	81 466	207 931	173 820	185 512
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	936	1 018	1 061	825	853	920	1 614	1 056	1 524
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	5 154	5 400	5 665	4 651	4 849	4 969	8 112	5 599	7 819
Großhandel ¹²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
G r o ß h a n d e l¹³⁾										
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,2	115,5	99,0	99,8	100,1	122,1	100,9	104,0
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	90,4	107,9	114,1	100,3	101,2	104,9	130,5	107,0	109,9
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	90,8	90,2	90,1	89,9	91,8	92,0	92,1	92,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	96,4	98,3	103,4	96,5	95,4	88,1	100,2	101,5	98,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,1	104,4	98,1	96,8	89,4	102,5	104,4	101,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,4	98,1	91,1	91,0	85,1	92,5	97,8	91,3
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,8	111,2	103,2	100,7	100,2	108,3	102,7	104,2
Bekleidung	"	104,2	109,2	111,7	108,2	99,6	85,4	106,7	122,4	109,9
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,2	116,0	100,3	96,1	100,3	116,4	103,8	100,7
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	111,0	108,4	90,9	99,7	97,4	101,5	94,2	97,7
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,7	84,5	77,2	68,1	75,3	83,0	74,4	77,1
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	96,3	94,9	95,6	95,9	97,1	97,6	97,3	97,7
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	98,9	92,6	101,8	94,9	91,5	98,9	121,9	106,7	119,8
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,0	104,3	97,4	93,6	102,0	126,1	110,4	123,9
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,0	94,9	95,5	95,5	97,0	97,4	97,8	98,3
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	85,7	86,3	82,7	88,4	91,9	77,6	86,9	85,8	94,4
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,0	90,7	97,2	101,1	86,0	96,4	94,9	105,2
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	99,6	93,8	103,7	106,6	94,3	104,0	93,4	113,4
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,3	86,9	92,6	96,2	79,3	90,9	95,0	99,1
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	102,4	101,4	97,3	104,4	95,3	100,5	98,2	106,6
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,8	76,9	85,7	88,6	70,8	78,2	86,6	87,2
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	94,6	97,7	99,4	93,1	94,9	97,6	98,9
Außenhandel⁹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	4 497,6	3 864,4	4 281,6	4 552,5	5 041,1	4 412,8	4 848,0
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	100,1	94,8	93,5	103,4	114,0	106,6	112,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	4 249,9	3 640,4	4 053,0	4 280,1	4 731,8	4 136,1	4 553,7
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	16,7	14,6	13,6	17,1	16,8	14,3	16,1
* Halbwaren	"	239,9	363,6	345,4	323,8	438,5	291,9	342,7	335,5	352,2
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 887,9	3 302,0	3 601,0	3 971,1	4 372,2	3 786,3	4 185,4
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	699,8	623,1	630,6	716,4	764,5	679,2	741,2
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	3 188,0	2 678,9	2 970,4	3 254,7	3 607,7	3 107,1	3 444,2
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 296,7	1 096,6	1 093,6	1 260,1	1 343,0	1 186,8	1 217,8
Maschinen	"	419,9	482,3	459,4	401,5	461,8	506,4	578,6	514,2	555,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	492,2	450,9	521,9	604,3	654,3	456,3	592,5
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	543,6	361,4	432,2	446,2	513,9	480,7	566,7
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	280,8	276,5	275,9	305,2	359,2	299,2	344,0
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 960,5	2 586,8	2 951,9	3 034,8	3 034,8	3 057,5	3 249,7
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 538,5	2 220,1	2 598,0	2 639,0	2 639,0	2 594,2	2 771,9
* Afrika	"	74,7	86,0	112,9	92,5	85,3	107,3	107,3	78,4	91,6
* Amerika	"	442,0	562,9	610,2	557,1	603,4	649,4	649,4	551,1	551,5
* Asien	"	529,9	666,8	771,9	587,1	600,1	726,4	726,4	680,0	896,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	42,1	41,0	40,9	34,5	34,5	45,8	58,6
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	5 806,8	5 052,2	6 154,8	5 904,5	6 670,6	5 777,0	6 272,9
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	198,3	199,9	231,4	210,4	243,5	249,2	222,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	5 312,6	4 588,0	5 634,0	5 304,6	5 988,3	5 129,9	5 632,3
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	162,8	118,3	143,6	146,7	164,8	79,4	150,0
* Halbwaren	"	517,9	695,9	595,6	567,8	1 200,2	653,0	721,9	647,3	697,6
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	4 554,2	3 901,9	4 290,2	4 504,9	5 101,6	4 403,2	4 784,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	571,4	429,9	495,9	566,3	699,6	536,7	645,2
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 982,8	3 472,0	3 794,3	3 938,7	4 402,0	3 866,6	4 139,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 687,9	3 253,6	3 997,9	3 670,6	4 289,4	3 723,4	3 997,2
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	3 239,1	2 879,8	3 106,2	3 183,1	3 707,7	3 330,2	3 466,9
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	123,1	113,0	243,3	185,6	188,6	157,5	172,3
* Amerika	"	527,0	616,9	672,1	577,9	622,4	614,2	675,8	628,4	656,2
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 308,9	1 098,5	1 270,7	1 410,0	1 485,8	1 240,0	1 434,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	14,9	9,2	20,5	24,1	31,0	27,8	12,7
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gästeankünfte	1000	932	996	896	958	1 103	852	944	926	1 205
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	200	229	254	225	223	210	272
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 057	2 282	2 588	1 956	2 225	2 255	2 653
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	370	428	474	446	423	392	483
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	1 194	942	934	743	1 020	827	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	950	756	768	564	779	636	...
* Güterversand	"	169	195	243	187	166	178	240	191	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	34 173	32 457	29 079	25 161	38 697	31 489	37 877
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	29 449	28 408	25 491	22 509	33 959	27 207	33 223
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 736	1 725	1 728	1 546	2 000	1 976	2 399
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	2 527	1 898	1 369	716	2 124	1 763	1 679
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	331	333	388	321	488	469	450
S t r a ß e n v e r k e h r s u n f ä l l e										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 235	2 414	2 596	1 958	2 345	2 630	2 811
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 575	1 848	1 861	1 325	1 715	2 013	2 190
* getötete Personen	"	26	21	22	24	26	23	16	17	23
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 099	2 484	2 469	1 800	2 249	2 662	2 794
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	388 273	.	.	.	412 728	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	267 287	.	.	.	274 789	.	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	56 022	.	.	.	56 177	.	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	67 713	.	.	.	82 699	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	7 455 868	.	.	.	7 637 834	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	6 783 099	.	.	.	6 877 290	.	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	235 874	.	.	.	236 727	.	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	436 895	.	.	.	523 817	.	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	253	.	.	.	107	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	265 083	.	.	.	110 760	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	511 813	.	.	.	516 273	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	376 248	.	.	.	385 351	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	65 690	.	.	.	77 231	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	310 558	.	.	.	308 120	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	509 882	.	.	.	544 353	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	1 297	948	900	784	1 018	1 010	1 118
davon										
* Unternehmen	"	163	145	226	141	146	112	153	138	176
* Verbraucher	"	567	630	777	576	570	491	647	651	705
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	218	189	146	150	183	177	195
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	76	42	38	31	35	44	42
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	184 360	177 709	429 104	254 946	136 804	225 161	219 363
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	7 837	6 722	6 404	6 612	7 373	5 791	6 826
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	6 538	5 118	4 922	5 393	5 824	4 510	5 591
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,4	107,3	107,3	108,9	109,3	109,6	109,4
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	113,5	114,4	113,5	115,7	115,5	115,8	116,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,9	113,8	113,5	113,0	113,2	113,5	114,6
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	96,9	97,3	96,7	95,4	97,4	97,3	97,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,9	109,2	109,2	111,8	112,3	112,6	112,5
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,1	106,1	106,1	107,1	107,2	107,5	107,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,9	103,8	104,0	103,2	102,9	102,7	102,9
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,3	106,4	106,4	107,2	107,1	107,1	107,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	113,3	113,5	113,4	115,8	117,8	118,9	118,4
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,5	88,5	88,3	86,4	86,2	86,0	85,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	100,1	97,2	98,1	100,1	99,3	99,4	97,8
Bildungswesen	"	105,2	107,9	108,2	107,9	107,7	108,1	108,1	108,0	107,8
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	"	107,5	109,1	108,4	107,4	108,5	109,9	110,1	108,8	109,0
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	.	113,2	115,0	.	.	115,7
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 616,6	3 490,6	3 614,3	3 412,8	4 021,7	3 070,5	3 898,1
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 501,0	3 307,4	3 494,2	3 274,6	3 867,5	2 886,1	3 724,2
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 460,9	1 427,5	1 573,6	1 352,2	1 513,5	1 517,3	1 708,7
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	429,8	85,4	79,8	- 16,2	420,2	- 55,1	- 16,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	113,5	125,3	131,9	13,2	57,3	271,3	399,8
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	171,2	285,4	204,1	298,9	190,9	266,1	208,4
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	326,6	127,7	- 98,9	- 69,3	553,1	- 472,1	23,0
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	889,8	1 164,7	1 459,3	1 587,3	976,3	1 247,7	1 235,1
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	109,2	91,4	144,4	108,4	156,1	111,0	165,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	157,5	115,6	115,6	119,7	120,1	123,8	154,1	103,3	165,6
darunter										
Erbschaftsteuer	"	45,9	34,9	29,1	0,2	42,5	26,6	34,7	26,5	63,5
Grundwerbsteuer	"	34,5	33,6	38,4	45,6	32,2	42,9	48,3	32,2	43,1
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	48,2	29,7	45,5	54,3	71,1	44,6	58,9
Gewerbsteuerumlage	"	19,2	27,2	0,0	63,5	0,0	14,4	0,1	81,1	8,2

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3	1 290,5
davon										
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	5,6	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6	4,3
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	214,5	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7	172,9
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5	987,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4	106,7
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9	14,0

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638	3 651
und zwar										
* männlich	"	4 172	4 604	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857	3 864
* weiblich	"	3 346	3 746	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132	3 163
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492	6 469
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253	4 268
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936	2 944
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352	2 356
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928	1 922
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503	3 497
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027	3 005
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598	3 601
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308	4 301
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170	3 215
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845	2 753
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705	3 728
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340	3 359
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485	3 410
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286	2 289
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652	4 660
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320	5 366
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081	4 129
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813	4 833
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433	2 437
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185	3 251
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943	4 038
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265	3 255
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406	4 916
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244	3 315

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistik II

Inferenzstatistik. Von Thomas Schäfer, 161 Seiten, kartoniert, 14,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Wie sind Psychologen in der Lage, anhand ihrer Untersuchungen an wenigen Personen Aussagen über sehr große Personengruppen zu machen? Wie ist es möglich, durch die Befragung eines winzigen Teiles der Bevölkerung das Ergebnis einer Bundestagswahl im Voraus zu bestimmen? Diese Fragen bestimmen den Kern der Inferenzstatistik. Das vorliegende Buch führt in verständlicher und übersichtlicher Form in die Inferenzstatistik und ihre wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen ein. Behandelt werden z. B. Signifikanztests (Varianzanalysen, t-Tests), Konfidenzintervalle und Effektstärken sowie deren Anwendung im Kontext mit verschiedenen Fragestellungen und Hypothesen. Aus dem Inhalt: Das Ziel der Inferenzstatistik – Von der Stichprobe zur Stichprobenverteilung – Wahrscheinlichkeit und Normalverteilung – Hypothesentest – Effektgrößen – Konfidenzintervalle – Der Signifikanztest – Das Allgemeine Lineare Modell – Die (multiple) Regression – Der T-Test – Die Varianzanalyse – Verfahren zur Analyse nominaler Daten – Verfahren zur Analyse ordinaler Daten – Statistische Power. 7419

Die Zukunft Europas

Von Jo Leinen und Jan Kreuzt, 201 Seiten, kartoniert, 29,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Die Herausforderungen der Zukunft sind nicht ohne starke Europäische Union zu lösen. Wirtschaftskrise, Klimawandel, Terrorismus, Migration und soziale Ungleichheiten erfordern europäische Lösungen. In dem vorliegenden Band wird aufgezeigt, woran die europäische Integration krankt und eine Vision für eine stärkeren und demokratischeren EU entwickelt. Das Buch gliedert sich in folgende Hauptkapitel: Europäische Integration als Vision – Europa heute: Wie entsteht ein Gesetz der EU? – Die Mächtigen im heutigen Europa: Wer sind die entscheidenden Akteure? – Herausforderungen für das künftige Europa – Grundpfeiler einer echten europäischen Demokratie – Ein Soziales Europa – Europa als Vorbild für Umwelt- und Klimaschutz – Ein sicheres Europa für die Bürger – Europa auf dem Weg zur globalen Macht. 7429

Demografischer Wandel und Familienförderung

Reihe Jus Publicum, Band 204, von Frauke Brosius-Gersdorf, XXIX, 806 Seiten, Leineneinband mit Schutzumschlag, 134,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2011.

Der demografische Wandel in Deutschland hat erhebliche Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft. Er stellt u. a. die Finanzierbarkeit der Sozialversicherungssysteme in Frage und schwächt die Volkswirtschaft. Vor diesem Hintergrund befasst sich Frauke Brosius-Gersdorf in dem vorliegenden Band mit der Frage, ob der Staat durch Familienförderung gezielte Anreize für eine Erhöhung der Geburtenrate setzen darf und welche Steuerziele und -instrumente hierbei zum Einsatz kommen müssen. Dabei greift die Autorin über rechtswissenschaftliche Fragestellungen hinaus und zeigt unter Verwertung ökonomischer, sozial-, bevölkerungs-, und verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnisse, dass nur eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik, in deren Mittelpunkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer steht, wirksame Impulse für die Geburt von mehr Kindern

setzen kann. Auf der Grundlage ihrer Untersuchung entwickelt sie Reformvorschläge für ein neues System der Familienförderung und legt damit Grundlagen für ein öffentliches Familienrecht. Der Band gliedert sich in 4 Teile: 1. Demografischer Wandel in Deutschland – 2. Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels durch Familienförderung – 3. Politik der Familienförderung in Deutschland – verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Reformbedarf – 4. Unionsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels durch Familienförderung der Mitgliedstaaten. 7438

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 209,95 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 4/11 bis 6/11: Reichweite der Mitbestimmung bei Stufenzuordnung / Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln auf dem Prüfstand / Maßgebendes Tarifrecht bei Branchenwechsel nach Betriebsübergang / Rechtliche Folgen der Unverfallbarkeit von Urlaubs(abgeltungs)ansprüchen bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit / Entgeltumwandlung im kommunalen Bereich: Handlungsbedarf nach dem Urteil des EuGH vom 15. Juli 2010 – Rs. C-271/08 – (ZTR 2010, 590) / Die Anerkennung von Vorzeiten ärztlicher Tätigkeit als „einschlägige Berufserfahrung“ i. S. v. § 16 Abs. 3 Satz 1 TV-Ärzte/TdL und § 41 Nr. 11 Abs. 2 Satz 1 TV-L / Die Entgeltordnung zum TV-L / Die Rechtsprechung des Sechsten Senats des Bundesarbeitsgerichts zur Entgeltgruppen- und Stufenzuordnung in den neuen Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes. 6133-76

Arbeitskampfrecht

Handbuch für die Rechtspraxis. Herausgegeben von Wolfgang Däubler, 3. Auflage, 1005 Seiten, gebunden, 128,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010.

Die Rechtsprobleme, die das Phänomen „Arbeitskampf“ aufwirft, sind zahlreich und von hoher Komplexität. Dies mag damit zusammenhängen, dass er noch immer als Fremdkörper in der bestehenden Rechtsordnung empfunden wird. Unter diesen Umständen kann eine Gesamtdarstellung nie absolute Vollständigkeit erreichen, sondern nur den Versuch unternehmen, das vorhandene Wissen an der einen oder anderen Stelle zu erweitern. Arbeitskampfrecht ist Richterrecht. Ein großer Teil der wissenschaftlichen Arbeit verlagert sich so auf die Ausdeutung von Urteilsgründen. Die Autoren des vorliegenden Bandes wollen aber auch – insbesondere im historischen Teil – die Ursachen des Status quo aufzeigen. An vielen Stellen werden zudem rechtsdogmatische und rechtspolitische Perspektiven deutlich gemacht. In neuerer Zeit haben Aktionen von Ärzten, Lokführern, Piloten und KITAS neue Akzente gesetzt. Das Bundesarbeitsgericht lässt den Arbeitnehmern mehr Spielräume als in der Vergangenheit. Beides wirft viele neue Fragen auf. Die erweiterte Neuauflage des Handbuchs stellt umfassend die Grundlagen sowie die aktuellen Entwicklungen dar und gibt verlässliche Antworten. Auch auf die möglichen Auswirkungen eines Tarifeinheitsgesetzes wird umfassend eingegangen. Der Band gliedert sich in die folgenden 5 Hauptteile: Geschichte des Arbeitskampfrechts / Der Streik – Funktion, rechtliche Grundlagen, Durchführung, Sonderformen / Rechtsfolgen des Streiks / Sonstige Formen der Kooperationsverweigerung / Kollisionsrecht. 7431

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

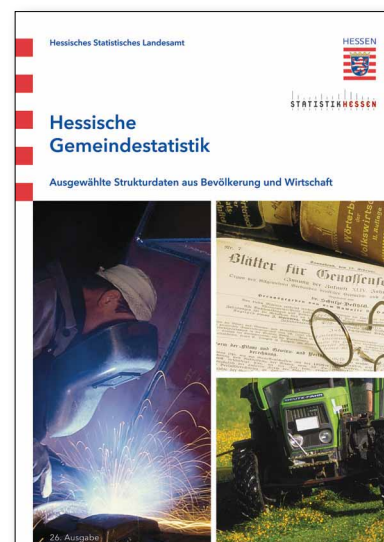
Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Arbeitsstätten, Geld und Kredit, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Die Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

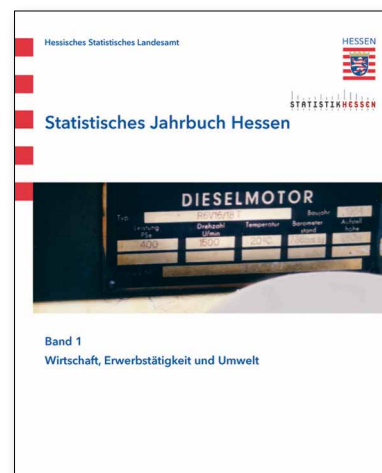
Die Bände können auch einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband
Format: 27,3 x 21,5 cm
Umfang:
Band 1: 316 Seiten
Band 2: 446 Seiten



W_181

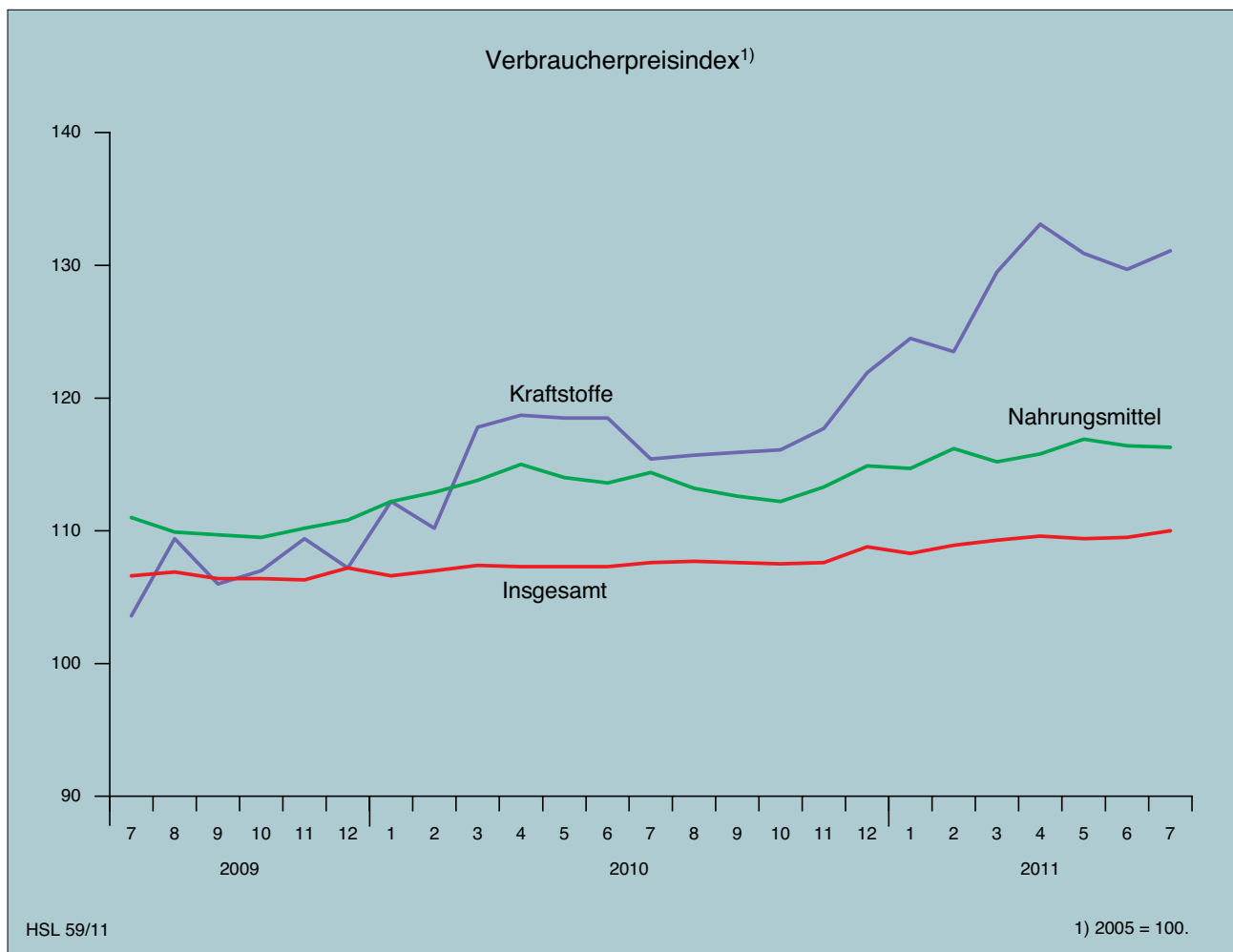
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

9 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Luftverkehr gibt Energieverbrauch Auftrieb

Der Energieverbrauch in Hessen belief sich 2008 auf 821 000 Terajoule (TJ). Damit setzte sich der rückläufige Trend des zurückliegenden Jahrzehnts fort. Den größten Anteil an der Endenergienutzung im Jahr 2008 wies der Verkehr mit 371 000 TJ bzw. 45 % auf, über die Hälfte davon entfiel auf den Luftverkehr. Auf dem zweiten Platz folgte der Bereich „Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“ mit 336 000 TJ bzw. 41 %. Die Industrie verbrauchte 114 000 TJ bzw. 14 %. Der Energieverbrauch des Jahres 2008 war 1,3 % geringer als im Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr nahm er jedoch um 3,2 % zu, da die vor der Mehrwertsteuererhöhung zum Ende des Jahres 2006 zusätzlich erworbenen Heizöl-Vorräte im Jahr 2007 abgebaut worden waren. 2008 normalisierte sich die Vorratshaltung wieder. Die Erhöhung des Endenergieverbrauchs im Bereich „Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“ um 7,2 % ist im Wesentlichen auf diesen Effekt zurückzuführen. Im Verkehrssektor nahm der Endenergieverbrauch gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2 % zu. Während er im Luftverkehr um 5,9 % stieg, ging er im übrigen Verkehr um 1,7 % zurück. In der Industrie sank der Endenergieverbrauch um 3,8 % aufgrund einer rückläufigen Verwendung von Erdgas. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger erreichte 2008 einen Anteil von 3,7 % am Endenergieverbrauch. Am höchsten war er mit 5,4 % im Bereich „Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“. Der Energieverbrauch im Verkehrssektor wurde zu 2,8 % aus erneuerbaren Energien gespeist und in der Industrie zu 1,2 %.

Lebenserwartung bei Krebspatienten geringer

Im Jahr 2010 starben in Hessen 60 200 Personen, 31 600 Frauen und 28 600 Männer. Krankheiten des Kreislaufsystems waren erneut die Haupttodesursache. Von den über 24 100 an diesen Krankheiten Gestorbenen erlagen mit gut 9500 die meisten einer ischämischen Herzkrankung (Unterbindung der Blutzufuhr des Herzens). Darunter erlagen dem Herzinfarkt als bedeutendster Todesursache unter den ischämischen Herzkrankheiten 3720 Menschen; dies entsprach gut 6 % aller Todesfälle. Bei 3930 Personen führten Hirngefäßkrankheiten, zu denen auch der Schlaganfall zählt, zum Tod. Zweithäufigste Todesursache waren wiederum bösartige Neubildungen (Krebs) mit 15 300 verstorbenen Personen. Den größten Anteil hatten hier bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane mit 4722 Gestorbenen, gefolgt von bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane (3045) sowie der Genital- und Harnorgane (2577 Gestorbene). Wie in den Vorjahren standen Krankheiten des At-

mungssystems (4242 Fälle) an dritter Stelle der Todesursachen. Am Zentralwert oder Median gemessen lag das durchschnittliche Sterbealter bei 80 Jahren, wobei der Unterschied zwischen Frauen (84 Jahre) und Männern (76) nahezu 8 Jahre betrug. Der zugrunde gelegte Median besagt, dass die eine Hälfte vor und die andere Hälfte nach Erreichen dieses Alters verstarb. Mit zunehmendem Lebensalter treten Kreislauferkrankungen verstärkt als Todesursache auf. Verstarb die Person an einer Kreislauferkrankung, so erreichte sie im Durchschnitt das 84. Lebensjahr (Frauen: 86.; Männer: 80.). Krebspatienten verstarben durchschnittlich deutlich früher als im Durchschnitt aller Ursachen (Frauen: 75.; Männer: 73.). Bei Krankheiten des Atmungssystems lag der Median im 81. Lebensjahr (Frauen: 84.; Männer 79.).

Weniger Getötete, mehr Verletzte im Straßenverkehr

Im ersten Halbjahr dieses Jahres verloren 116 Menschen durch Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen ihr Leben. Dies waren 6 getötete Personen oder knapp 5 % weniger als in den ersten 5 Monaten des Jahres 2010. Insgesamt kam es von Januar bis Juni 2011 zu 10 660 Unfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Damit stieg die Zahl dieser Unfälle um 7,5 % an. Neben den Getöteten wurden noch 14 102 Personen verletzt, gut 7 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2010. Dabei nahm die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum sogar um fast 14 % auf 2501 zu und diejenige der Leichtverletzten um gut 6 % auf 11 601.

Wieder mehr Empfänger von „Meister-BAföG“

Im Jahr 2010 erhielten in Hessen 5780 Männer und 2310 Frauen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Die Zahl der Personen, die das „Meister-BAföG“ erhielten, stieg binnen Jahresfrist um 340 oder 4 %. Die Summe der bewilligten Förderleistungen stieg um knapp 17 % auf 29,3 Mill. Euro. Die bewilligten Förderleistungen setzten sich aus 9,3 Mill. Euro Zuschüssen und knapp 20 Mill. Euro Darlehen zusammen. Insgesamt wurden davon 22,8 Mill. Euro in Anspruch genommen. Der Anstieg lässt sich mit der zum 1. Juli 2009 in Kraft getretenen Reform des „Meister-BAföG“ erklären. Einen zusätzlichen positiven Einfluss hat auch das 23. BAföG Änderungsgesetz vom 1. Oktober 2010, das die Bedarfssätze und die Freibeträge beim „Meister-BAföG“ – wie beim BAföG auch – um 2 bzw. 3 % an hob. Mit der Förderung nach dem AFBG werden Handwerker und andere Fachkräfte unterstützt, die eine abgeschlossene Erstausbildung haben und eine weitere berufliche Ausbildung bis zur Meisterebene absolvieren. Im Durchschnitt betrug der monatliche Unterhalt der Vollzeitgeförderten 687 Euro (2009: 651). 3630 Geförderte absolvierten eine Vollzeitausbildung und 4460 befanden sich in einer Teilzeitmaßnahme.

Daten zur Wirtschaftslage

Nachdem die Ergebnisse der Wirtschaftsstatistiken im ersten Quartal 2011 in Hessen eine sehr positive Entwicklung gezeigt hatten, konnte die hessische Wirtschaft im zweiten Quartal diese starke Expansion nur noch abgeschwächt fortsetzen. Die Auftragseingänge der hessischen Industrie und deren reale Umsätze legten im Jahresvergleich zwar weiter zu, allerdings mit deutlich geringeren Zuwachsraten, wobei die Entwicklung in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich verlief. Der zuletzt deutliche Beschäftigungsanstieg der Industrie verstärkte sich im zweiten Quartal weiter, ohne allerdings die Einbußen aus der Krise wettmachen zu können. Der Aufwärtstrend in den Betrieben des hessischen Bauhauptgewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten setzte sich im zweiten Quartal fort, wobei die Nachfrage nach Bauleistungen einen besonderen Schub vor allem durch Großaufträge im Hochbau erhielt. Die Umsätze, die im ersten Quartal 2011 begünstigt durch die Witterung um ein knappes Drittel im Jahresvergleich zugelegt hatten, konnten im Berichtsquartal daran nicht mehr ganz anschließen, die Wachstumsrate lag aber deutlich über der des Vorjahresquartals. Weiterhin positiv war die Beschäftigungssituation mit einem deutlich stärkeren Anstieg als im Vorquartal. Die Entwicklung des Umfangs der erteilten Baugenehmigungen war nach dem starken Anstieg im ersten Quartal 2011 auch im Berichtszeitraum weiter positiv, und zwar sowohl im Wohn- und stärker noch im Nichtwohnbau. Die zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche übertraf das Ergebnis des Vorjahresquartals um mehr als ein Drittel. Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) konnte im zweiten Quartal 2011 den positiven Start ins Jahr verstärkt fortsetzen und ein reales Umsatzplus von 3,3 % im Jahresvergleich erzielen. Beim Kfz-Handel fiel der Umsatzanstieg nach dem kräftigen Plus im ersten Quartal immer noch zweistellig aus. Von der insgesamt weiterhin positiven Entwicklung der Wirtschaft profitierte auch der Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im ersten Quartal 2011 deutlich und erreichte einen neuen Höchststand in einem ersten Quartal. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahresquartal weiter deutlich ab, sodass die Arbeitslosenquote wieder unter 6 % sank. Im Berichtsquartal waren mehr offene Stellen gemeldet als im zweiten Quartal des Vorjahres. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging im zweiten Quartal 2011 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 1,6 % zurück; damit schwächte sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen deutlich ab. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief im zweiten Quartal sehr unterschiedlich. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erreichte mit 1954 Anträgen fast den historischen Höchststand vom vierten Quartal 2010. Die im Vergleich zum Vorjahresquartal gemessene Inflationsrate überschritt im zweiten Quartal 2011 den geldpolitisch bedeutsamen Schwellenwert der Europäischen Zentralbank von 2 %. Preistreibend zeigten sich erneut die Preise für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe), während die Preisentwicklung für Leistungen der Nachrichtenübermittlung und für Unterhaltungselektronik dämpfend wirkte.

Nachlassende Dynamik bei Industrieaufträgen

Im zweiten Quartal 2011 hat die Dynamik bei den Industrieaufträgen nachgelassen. Das ist aber nicht überraschend, da solch starke Zuwachsraten, wie zuletzt zu beobachten waren, kaum von Dauer sein konnten. Es handelt sich also eher um eine „Normalisierung“. Dies gilt auch für die Umsatzentwicklung, deren Zuwächse sich halbiert haben. Erfreulich, dass die Entwicklung nicht nur vom Auslandsgeschäft getragen wird, sondern dass auch deutliche Impulse aus dem Inland kommen. Die Beschäftigungssituation hat sich im zweiten Quartal weiter verbessert.

Im zweiten Quartal 2011 lagen die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie um 3,3 % höher als vor Jahresfrist. Die Zuwachsraten hatten allerdings in den beiden letzten Quartalen noch 10,7 und 8,1 % betragen. Im zweiten Quartal 2011 nahmen die Aufträge aus dem Inland um 3,6 % und aus dem Ausland um

3,2 % zu. Unbeirrt setzte der Maschinenbau seinen Aufwärtstrend fort, auch wenn die Zunahme mit 17 % nicht mehr so hoch ausfiel wie im vorhergehenden Quartal. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen stagnierten die Aufträge, während die Elektrotechnik das hohe Niveau des Vorjahres um 6,9 % verfehlte. Bei der Chemischen Industrie, die relativ gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen war, gab es ein Minus von 2,0 %, während die Pharmahersteller ein Plus von 3,7 % verbuchten.

Abgeschwächtes Umsatzwachstum

Das Umsatzwachstum der hessischen Industrie konnte im zweiten Quartal 2011 nicht mehr an die starke Expansion der letzten Quartale anknüpfen. Mit einem Anstieg von real 5,2 % fiel es aber immer noch deutlich aus. Auf dem Inlandsmarkt wurde eine Zunahme von 4,8 % erreicht, die preisbereinigten Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern nahmen um 5,7 % zu.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2010 ¹⁾			2011	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs i n s g e s a m t	104,6	102,6	104,1	115,3	108,1
Inland	96,2	96,1	96,0	103,1	99,7
Ausland	112,1	108,4	111,3	126,4	115,7
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs i n s g e s a m t	23,5	– 3,9	10,7	8,1	3,3
Inland	27,9	– 18,6	8,5	8,2	3,6
Ausland	20,3	12,3	12,5	8,0	3,2
1) 2005 = 100.					

Der Maschinenbau verzeichnete weiterhin eine fulminante Umsatzentwicklung; er steigerte seine Umsätze um 31 %. Dagegen verfehlte die Elektrotechnik das hohe Vorjahresniveau um 4,3 %, während die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen noch ein Plus von 1,3 % erzielten. Hier expandierten die Umsätze im ersten Quartal noch um 33 %. Die Chemische Industrie verzeichnete im zweiten Quartal einen Umsatzrückgang von 2,1 %. Wenn auch die Zuwächse nicht mehr so ausgeprägt waren wie im ersten Quartal, so legten die Pharmahersteller im zweiten Quartal doch um 6,6 % und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren um 9,3 % zu.

Stetiges Beschäftigungswachstum

Nachdem die Beschäftigung der hessischen Industrie in den Jahren 2007 und 2008 zugenommen hatte, gab es als Auswirkung der globalen Finanz- und Wirtschafts-

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

Art der Angabe	2010			2011	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	100,1	104,9	106,8	105,9	105,3
Inland	93,3	98,5	99,6	94,4	97,8
Ausland	107,9	112,4	115,3	119,5	114,1
Beschäftigte	336 910	341 668	343 333	345 450	349 095
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	11,7	9,7	9,9	11,0	5,2
Inland	14,1	9,2	8,1	7,5	4,8
Ausland	9,1	10,2	11,7	14,5	5,7
Beschäftigte	– 3,0	– 0,9	0,3	2,7	3,6
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) 2005 = 100.					

krise in den Jahren 2009 und auch 2010 eine deutliche Beschäftigungseinbuße. Die schon im letzten Jahr einsetzende kräftige Belegung bei Aufträgen und Umsätzen schlägt sich in diesem Jahr zusehends in einem deutlichen Beschäftigungsaufbau nieder. Während es im vierten Quartal 2010 nur einen leichten Beschäftigungsanstieg um 0,3 % gab, erhöhte sich die Zuwachsrate im ersten Quartal 2011 auf 2,7 % und im zweiten Quartal auf 3,6 %, womit ein Beschäftigungsstand von 349 100 erreicht wurde. Bis die Einbußen der Krise wieder wettgemacht sind, ist allerdings noch eine ganze Wegstrecke zurückzulegen.

Weit überdurchschnittliche Zunahmen erzielten im zweiten Quartal die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren mit 6 % auf 31 000 und die Hersteller von Metallzeugnissen mit 6,6 % auf 30 500 Beschäftigte. Die Elektrotechnik konnte ihren Personalbestand um 4,6 % auf 24 100 und der Maschinenbau um 3,9 % auf 38 000 steigern. Beim Kraftwagensektor gab es ein Plus von 2,7 % auf 46 200 und beim Chemie-/Pharmasektor um 0,8 % auf 55 600 Mitarbeiter.

Aufwärtstrend im Bauhauptgewerbe hält an

Der Aufwärtstrend in den Betrieben des hessischen Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten hielt auch im zweiten Quartal 2011 an. Einen besonderen Schub erhielt die Nachfrage nach Bauleistungen, und hier vor allem der Hochbau. Weiter verbessert hat sich die Beschäftigungssituation. Die baugewerblichen Umsätze lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die wertmäßigen Auftragseingänge nahmen im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 29 % zu. Begünstigt durch größere Aufträge legten die Hochbauaufträge um 53 % zu, die Tiefbauaufträge verzeichneten ein Plus von 11 %. Beim Hochbau glänzte der gewerbliche Hochbau mit einer Zuwachsrate

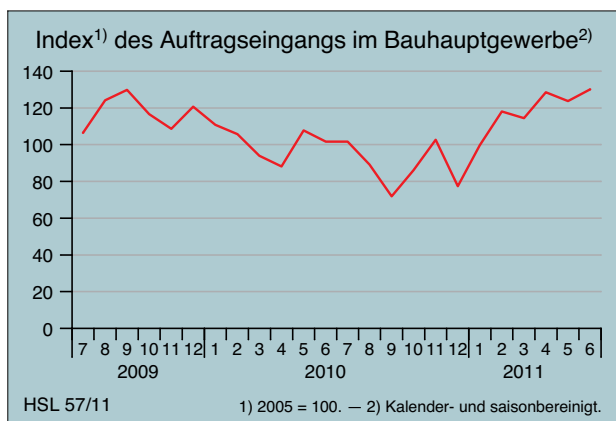
Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2010			2011	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Auftrags- eingang (1000 Euro)	787 713	777 456	640 780	739 079	1 014 631
Umsatz (1000 Euro)	887 004	996 145	1 099 331	616 190	967 478
Beschäftigte	23 191	23 183	24 209	23 138	24 452
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftrags- eingang	– 7,1	– 23,9	– 24,4	9,7	28,8
Umsatz	5,7	2,9	0,1	31,7	9,1
Beschäftigte	1,3	– 0,3	2,9	1,2	5,4
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2005 = 100	Verbraucherpreis-index ⁶⁾ 2005 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ⁹⁾¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁹⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,1	107,5	198 790	7,2	30 821	31 737
2010 Mai	98,4	90,2	105,7	336 571	107,3	23 278	96,8	107,3	199 150	7,2	29 510	31 437
Juni	111,4	103,6	118,3	337 632	125,3	23 162	98,3	107,3	195 338	7,1	31 923	25 279
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	97,8	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	98,7	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	95,0	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	98,3	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,3	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,1	107,5	183 009	6,6	35 643	14 391
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	104,9	107,6	181 571	6,6	35 059	13 089
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,2	108,8	183 987	6,7	33 210	16 779
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	108,7	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	91,9	108,3	201 249	7,3	31 445	18 881
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	90,1	108,9	198 446	7,2	34 081	...
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	102,9	109,3	191 975	6,9	36 028	...
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	95,0	108,8
April	105,6	97,6	112,8	347 781	118,0	24 347	105,1	109,6	187 461	6,8	37 025	...
Mai	111,5	103,7	118,4	348 873	126,6	24 408	103,1	109,4	182 273	6,6	37 869	...
Juni	107,3	97,7	116,0	350 632	156,0	24 601	98,2	109,5	181 258	6,5	38 919	...
2. Vj. D	108,1	99,7	115,7	349 095	133,5	24 452	102,1	109,5
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	2,8	- 13,4	.	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,9	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2010 Mai	19,1	25,5	14,6	- 3,0	10,8	1,9	2,3	0,8	- 7,2	.	20,3	- 65,0
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,5	- 0,8	1,2	7,3	0,5	- 6,8	.	28,6	- 71,7
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	2,6	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,2	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	6,1	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	3,3	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,7	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	- 0,5	1,0	- 7,2	.	44,4	- 80,5
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	6,6	1,2	- 6,4	.	47,7	- 79,5
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,2	1,5	- 6,3	.	40,6	- 70,7
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,3	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	4,9	1,6	- 6,2	.	37,9	- 71,6
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,5	1,8	- 8,1	.	39,4	...
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 0,8	1,8	- 9,7	.	42,1	...
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,7	1,7
April	1,5	3,0	0,5	3,3	50,6	5,2	6,9	2,1	- 9,5	.	36,4	...
Mai	13,3	15,0	12,0	3,7	18,0	4,9	6,5	2,0	- 8,5	.	28,3	...
Juni	- 3,7	- 2,0	5,7	3,9	24,4	6,2	- 0,1	2,1	- 7,2	.	21,9	...
2. Vj.	3,3	3,6	3,2	3,6	28,8	5,4	4,4	2,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2010 Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	0,0	36,9	0,6	- 1,5	0,0	- 7,2	.	8,7	- 18,9
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	1,5	0,0	- 1,9	.	8,2	- 19,6
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	5,7	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	0,4	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 3,7	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	3,5	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	- 0,5	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,9	- 0,1	- 2,1	.	0,9	- 9,9
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,7	0,1	- 0,8	.	- 1,6	- 9,0
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,6	1,1	1,3	.	- 5,3	28,2
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,7	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 22,9	- 0,5	9,4	.	- 5,3	12,5
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 2,0	0,6	- 1,4	.	8,4	...
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	14,2	0,4	- 3,3	.	5,7	...
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 12,6	0,7
April	- 13,8	- 9,5	- 17,0	0,3	- 4,9	4,4	2,1	0,3	- 2,4	.	2,8	...
Mai	5,6	6,3	5,0	0,3	7,2	0,3	- 1,9	- 0,2	- 2,8	.	2,3	...
Juni	- 3,8	- 5,8	- 2,0	0,5	23,2	0,8	- 4,8	0,1	- 0,6	.	2,8	...
2. Vj.	- 6,2	- 3,3	- 8,5	1,1	37,3	5,7	7,5	0,6

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



von 84 %, und der Wohnungsbau verbuchte ein Plus von 57 %. Dagegen musste der öffentliche Hochbau eine Einbuße von 15 % hinnehmen. Beim Tiefbau verzeichnete der gewerbliche Tiefbau eine Zunahme von 30 % und der Straßenbau von 10 %. Dagegen unterschritt der öffentliche Tiefbau das Vorjahresniveau um 10 %.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen fließen definitionsgemäß bei den Umsätzen auch die Umsätze der Subunternehmer ein. Im ersten Quartal 2011 hatten die Umsätze auch dank einer im Vergleich zum Vorjahr milden Witterung um 32 % zugenommen. Im zweiten Quartal gab es ein Plus von 9,1 % auf 970 Mill. Euro. Der gewerbliche Bau verbuchte einen Anstieg von 23 % auf 400 Mill. Euro, wobei sich die Tiefbausparte besonders positiv entwickelte. Während die Wohnungsbauumsätze um 7,6 % auf 130 Mill. Euro zunahmen, wurde im öffentlichen Bau das Vorjahresniveau mit 440 Mill. Euro um 0,8 % verfehlt.

Die Beschäftigungssituation in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ist weiter sehr positiv. Im Durchschnitt des zweiten Quartals lag die Beschäftigtenzahl des hessischen Bauhauptgewerbes mit 24 450 um 5,4 % höher als vor Jahresfrist. Im ersten Quartal hatte die Zuwachsrate nur 1,2 % betragen.

Hochbau profitiert von günstigen Zinsen

Die Summe der zum Neu- oder Umbau genehmigten Wohn- und Nutzfläche stieg im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich um 325 000 m² auf 1 232 000 m². Die veranschlagten Kosten erhöhten sich um 352 Mill. Euro bzw. rund ein Drittel auf 1466 Mill. Euro. Großen Anteil am gestiegenen Bauvolumen hatte das wiedererstarkte Engagement der Unternehmen. Weitere Unterstützung leisteten die privaten Haushalte.

Der **Wohnbau** erfährt seit Jahresbeginn einen merklichen Aufschwung. Der Impuls rührt sowohl von gewerblichen Bauvorhaben als auch vonseiten der privaten Haushalte, die weiterhin das niedrige Zinsniveau nutzen konnten. Mit 666 Mill. Euro lagen die für den Wohnbau

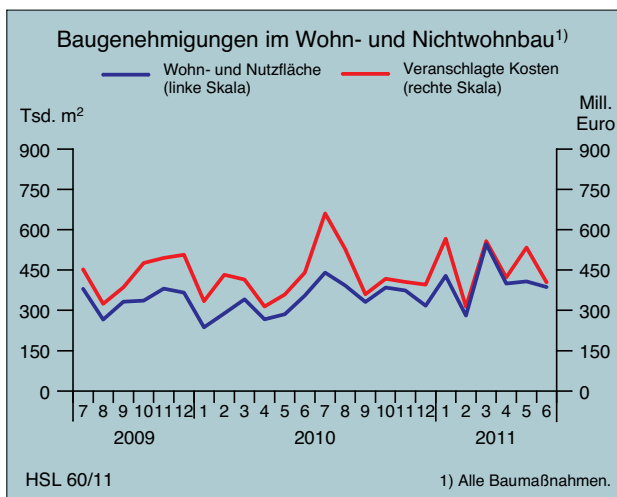
Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2010			2011	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	2 267	2 829	2 808	3 398	3 086
Wohnfläche (1000 m ²)	277	319	324	392	367
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	2 295	3 646	3 426	3 494	4 147
Nutzfläche (1000 m ²)	391	577	533	495	606
Wohnungen insgesamt ²⁾	2 709	3 356	3 253	3 808	3 777
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	908	1 165	1 076	1 255	1 232
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	- 15,6	25,7	2,8	42,3	36,1
Wohnfläche	- 9,5	20,8	5,8	54,2	32,4
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	- 37,0	30,2	7,1	29,8	80,7
Nutzfläche	- 32,9	20,6	- 1,2	18,1	54,8
Wohnungen insgesamt ²⁾	- 8,3	19,4	6,1	31,7	39,4
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	- 18,9	19,2	- 0,6	44,8	35,8
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

veranschlagten Baukosten 30 % höher als im zweiten Quartal des Vorjahres. Mehr als zwei Drittel davon ging auf Vorhaben der privaten Haushalte zurück.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 357 Genehmigungen erteilt; das waren 5 mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser nahm um 15 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 452 zu. Die Anzahl der in allen Neubauten vorgesehenen Wohnungen stieg um 36 % auf 3086. Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sollten 576 zusätzliche Wohnungen ergeben. 115 Wohnungen wurden im Rahmen von Um- oder Neubauten von Nichtwohngebäuden genehmigt. Die Anzahl aller vorgesehenen Wohnungen erhöhte sich somit um rund vier Zehntel auf 3777. Ihre durchschnittliche Wohnfläche betrug 122 m². Die durchschnittlichen Kosten sanken um 5,8 % je Wohnung bzw. um 2,3 % je m² Wohnfläche.

Beim **Nichtwohnbau** stieg der Flächenbedarf im zweiten Vierteljahr 2011 auf 606 000 m². Das waren 55 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Baukosten wurden mit 800,2 Mill. Euro rund ein Drittel höher veranschlagt. Maßgeblich hierfür ist die Normalisierung der gewerblichen Investitionen. Davon sind besonders Flächen für Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels- und Lagerge-



bäude, Büro- und Verwaltungsgebäude sowie für Hotels und Gaststätten betroffen. Die Baukosten öffentlicher Bauherren wurden zwar gegenüber dem zweiten Vierteljahr 2010 mit 238,6 Mill. Euro um 3,5 % niedriger veranschlagt, bewegten sich jedoch weiterhin auf einem höheren Niveau als vor Inkraftsetzen des Konjunkturpakets. Öffentliche Bauvorhaben wurden fast ausschließlich im Nichtwohnbau genehmigt.

Mehr Umsatz im Einzelhandel

Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) konnte im zweiten Vierteljahr den positiven Start ins Jahr 2011 verstärkt fortsetzen. So nahm der Umsatz – verglichen mit dem zweiten Vierteljahr 2010 – nominal um 4,4 % zu; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Plus von 3,3 %. Eine Bereinigung dieser Ergebnisse um Saison- und Kalendereinflüsse ist wegen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige zurzeit noch nicht möglich.

Auch die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte, im Gegensatz zu den Vorquartalen, ihr Vorjahresniveau übertreffen. Ähnlich günstig war die Lage beim Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren. Noch mehr waren Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik gefragt. Im Vergleich mit dem deutlichen Plus des ersten Vierteljahres haben die Käufe in Geschäften, die sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- oder Einrichtungsbedarf anbieten, nachgelassen. Dagegen hatten die Läden, die der Wirtschaftsgruppe „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“ zuzurechnen sind, im Quartalsvergleich nominal und real deutlich mehr Umsatz. Auch der sonstige Facheinzelhandel war gut im Geschäft. Besonders Artikel des hierzu gehörenden Einzelhandels mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren, aber auch desjenigen mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln waren hier

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2010			2011	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	97,8	97,3	108,7	95,0	102,1
Kfz-Handel ²⁾	97,6	97,8	100,9	103,7	111,1
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	96,4	96,7	108,1	93,7	99,6
Kfz-Handel ²⁾	95,3	95,4	98,1	100,5	107,2
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	96,0	96,4	98,0	97,2	97,2
Kfz-Handel ²⁾	95,2	96,4	97,5	96,8	98,0
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	96,5	96,6	97,8	97,0	97,5
Kfz-Handel ²⁾	105,3	105,8	106,4	108,2	111,4
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	2,6	3,7	2,3	2,7	4,4
Kfz-Handel ²⁾	– 11,4	– 2,2	11,4	24,0	13,8
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	1,9	3,0	1,5	1,6	3,3
Kfz-Handel ²⁾	– 11,7	– 2,6	10,6	23,0	12,5
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	2,2	1,9	2,7	2,3	1,3
Kfz-Handel ²⁾	– 2,8	– 0,9	0,2	2,0	2,9
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,7	1,4	2,3	2,0	1,0
Kfz-Handel ²⁾	– 6,6	– 2,0	0,5	3,7	5,8
1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2005.					

gefragt. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten befand sich ebenfalls nominal und real im Plus, ebenso wie der Einzelhandel, der – wie z. B. der Versand- und Interneteinzelhandel, aber auch der Brennstoffhandel – seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet.

Die insgesamt positive Umsatzentwicklung im Einzelhandel wirkte sich auch günstig auf die Beschäftigung in diesem Wirtschaftssektor aus. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten etwas stärker zu als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten.

Im Bereich des Kraftfahrzeughandels und deren Instandhaltung und Reparatur fiel der Umsatzanstieg nach dem kräftigen Plus im ersten Quartal immer noch zweifelhaft aus. Dies war zu erwarten, da es im vergangenen Jahr als Spätfolge der „Abwrackprämie“ zu erheblichen Einbrüchen im Neuwagengeschäft gekommen war. Auch die Zahl der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung nahm zu, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten kräftiger anstieg als diejenige der Vollzeitbeschäftigten.

Arbeitsmarkt weiterhin positiv

Die deutsche Wirtschaft setzte ihren Aufschwung im ersten Quartal 2011 fort. Das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Vergleich zum Vorquartal um 1,3 %. Damit wurde das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 wieder überschritten. Im vierten Quartal 2010 war das Wirtschaftswachstum (+ 0,4 %) gegenüber dem dritten Quartal 2010 moderat, was allerdings zum Teil witterungsbedingt war und folglich auch den Anstieg im ersten Quartal 2011 positiv beeinflusste. Die Impulse kamen zum großen Teil aus dem Inland und stützten sich insbesondere auf Investitionen (Ausrüstungen und Bau) sowie auf die staatlichen und privaten Ausgaben. Auch der Außenbeitrag (Saldo aus Export und Import) trug positiv zum Wirtschaftswachstum bei. Allerdings kühlte sich die Dynamik der deutschen Wirtschaft im zweiten Vierteljahr 2011 deutlich ab. Das BIP stieg lediglich um 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal.

Die Unternehmen schätzen die wirtschaftliche Lage sehr günstig ein. Die Bauwirtschaft dürfte von den weiterhin günstigen Zinsen profitieren. Der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands verbesserte sich zum Ende des Quartals, nach Rückgängen bzw. Stagnation in den Vormonaten. Die bereits gute Geschäftslage wird zum Quartalsende nochmals besser eingestuft. Die Erwartungen hinsichtlich der Geschäfte im kommenden halben Jahr sind aber etwas gedämpfter. Neben dem hohen Fachkräftebedarf könnten auch die steigenden Kosten für Energie- und Rohstoffe und die Risiken der Überschuldung vieler Euroländer den Aufschwung mittelfristig dämpfen. Infolge der kräftigen Konjunktur beschleunigte sich auch der Preis- und Kostenauftrieb.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich im Betrachtungszeitraum weiterhin positiv. Die Erwerbstätigenzahl und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen zu, und die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sanken erneut. Der BA-X¹⁾ als Indikator für die Arbeitskräftenachfrage verringerte sich zwar von April auf Mai um 2 auf 164 Punkte, gegenüber dem Vorjahr stieg er um 29 Punkte.

In Hessen waren im ersten Quartal 2011 rund 3,14 Mill. Personen erwerbstätig, 37 000 oder 1,2 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Somit setzte sich die im Frühjahr letzten Jahres begonnene positive Entwicklung im ersten Quartal verstärkt fort. Eine ähnlich hohe Zuwachsrate wurde letztmals im dritten Quartal 2008 erreicht, vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte den höchsten Stand

1) Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA). Er beruht auf konkreten Stellengesuchen der Unternehmen und signalisiert die Einstellungsbereitschaft. Der saisonbereinigte Index umfasst die bei der BA gemeldeten ungeforderten Stellen, die Stellen der Freiberufler und Selbstständigen sowie die gemeldeten Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

in einem ersten Quartal seit Beginn der Berechnungen. Bundesweit betrug der Anstieg 1,4 %.

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im ersten Quartal 2011 um gut 33 000 Personen oder 1,0 % ab. Ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl ist im ersten Quartal saisonal üblich; allerdings war dies die geringste Abnahme seit Beginn der Berechnungen.

Zum Beschäftigungsaufbau gegenüber dem Vorjahresquartal trugen mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei alle Wirtschaftsbereiche bei. Die Dienstleistungsunternehmen insgesamt verzeichneten absolut die größten Zuwächse (+ 26 800 Erwerbstätige oder + 1,1 %). Insgesamt waren hier 2,4 Mill. oder 77 % aller Erwerbstätigen beschäftigt.

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 7100 oder 1,4 %; im vierten Quartal 2010 waren es 1600 oder 0,3 %. Durchschnittlich 530 000 Personen oder 17 % aller Erwerbstätigen hatten im ersten Quartal hier ihren Arbeitsplatz. Das Baugewerbe hatte mit 2,2 % die höchste Zuwachsrate. 148 000 Personen oder 4,7 % aller Erwerbstätigen arbeiteten in diesem Wirtschaftsbereich.

Die Arbeitslosigkeit in Hessen nahm im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal im Zuge der Frühjahrsbelebung weiter ab, und zwar um 13 560 oder knapp 7 % auf 183 700 Personen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verringerte sie sich um 8,4 % oder 16 900 Personen. Rückgänge gab es in allen Ländern, mit einer Spreizung von - 3 % in Hamburg bis zu - 18 % in Baden-Württemberg. Deutschlandweit sank die Arbeitslosigkeit um 8,7 %. Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, war mit 5,9 % günstiger als in Deutschland insgesamt (7,1 %) und lag knapp unter der Quote der alten Länder. Im Länderranking lag Hessen weiterhin hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf dem vierten Platz.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr betraf fast alle Personengruppen mit Ausnahme der über 55-Jährigen. Ihre Zahl, die im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal seit dem vierten Quartal 2008 ständig stieg, erhöhte sich im Berichtsquartal um 1,0 % auf 32 700 Personen. Somit zählte fast jeder sechste Arbeitslose zu dieser Altersgruppe. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 war es nur jeder achte.

Von den 183 700 Arbeitslosen in Hessen wurden 54 400 oder knapp 30 % im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 129 300 von einem Träger der Grundversicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl fiel in beiden Rechtskreisen sowohl im Quartals- als auch im Jahresvergleich. Die Zugehörigkeit zum Rechtskreis wirkt sich auch auf die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2010			2011	
		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 123,3	3 139,1	3 169,0	3 135,9	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	0,3	0,5	0,7	1,2	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 183,7	2 207,0	2 226,1
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	200 542	194 055	182 856	197 223	183 664
und zwar						
Männer	„	106 835	100 179	94 761	105 813	95 518
Frauen	„	93 707	93 876	88 095	91 410	88 146
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	19 148	21 620	16 450	18 718	17 043
dar. 15 bis unter 20	„	3 472	4 481	3 369	3 466	3 281
50 oder älter	„	56 132	54 589	53 904	57 898	54 640
dar. 55 oder älter	„	32 399	32 102	31 893	34 220	32 737
Ausländer	„	48 517	46 992	45 569	48 522	46 259
im Rechtskreis III	„	65 261	63 190	56 420	64 441	54 368
im Rechtskreis II	„	135 281	130 865	126 436	132 783	129 296
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 6,9	– 8,4	– 6,7	– 8,0	– 8,4
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	„	6,5	6,2	5,9	6,4	5,9
und zwar						
Männer	„	6,5	6,1	5,8	6,4	5,8
Frauen	„	6,5	6,5	6,1	6,3	6,0
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	5,8	6,6	5,0	5,7	5,2
dar. 15 bis unter 20	„	3,5	4,7	3,5	3,6	3,5
50 oder älter	„	7,0	6,8	6,7	7,2	6,6
dar. 55 oder älter	„	7,4	7,2	7,2	7,7	7,2
Ausländer	„	14,1	13,7	13,3	14,2	13,3
Deutsche	„	5,5	5,3	5,0	5,4	5,0
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	29 526	34 914	34 637	33 851	37 938
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	„	2 921	2 122	1 919
Kurzarbeiter ⁴⁾	„	31 829	17 169	14 753
Anzeigen über Kurzarbeit	„	186	130	413	244	109
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	„	2 756	1 655	5 812	2 592	1 224
1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor. Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

keit aus: Nach Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit, die allerdings keine Daten der zugelassenen kommunalen Träger beinhalten, betrug die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III 191 Tage, im Rechtskreis SGB II 532 Tage. Hessen belegte im Ländervergleich im Rechtskreis SGB III einen vorderen Platz. Umgekehrt war es im Rechtskreis SGB II. Hier lag Hessen nur auf einem der hinteren Plätze. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verkürzte sich die Verweildauer im Rechtskreis SGB II um

29 Tage, während sie sich im Rechtskreis SGB III um 17 Tage verlängerte.

Die Abnahme der Arbeitslosenzahl im Jahresvergleich betraf mit Ausnahme des Odenwaldkreises und der kreisfreien Stadt Kassel alle hessischen kreisfreien Städte und Landkreise. Die mit Abstand größten Rückgänge verzeichneten der Vogelsbergkreis und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (jeweils – 20 %). Im Vorquartalsvergleich meldeten bis auf den Landkreis Offenbach alle

Regionen Rückgänge der registrierten Arbeitslosigkeit. Die kreisfreie Stadt Offenbach am Main hält weiterhin mit über 80 % den höchsten Anteil an Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II aller hessischen kreisfreien Städte und Landkreise. Den geringsten Anteil meldete der Main-Taunus-Kreis mit knapp 58 %.

Der Landkreis Fulda hatte mit 4,0 % die niedrigste Arbeitslosenquote. In weiteren 6 Landkreisen lag die Quote unter der 5%-Marke. Im ersten Quartal 2011 konnten nur 3 Kreise solch niedrige Werte vermelden. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten die kreisfreien Städte Offenbach am Main (11,2 %) und Kassel (10,3 %). Im Vergleich zur hessenweiten Arbeitslosenquote hatten alle kreisfreien Städte eine höhere Quote, während von den 21 Landkreisen nur 5 über dem Landeswert von 5,9 % lagen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark. Während der mittlere und der nördliche Regierungsbezirk eine Abnahme von jeweils rund 11 % meldeten, betrug sie im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt knapp 7,0 %. Die Arbeitslosenquoten in den 3 Regierungsbezirken lagen mit 5,9 % (Darmstadt und Gießen) bzw. 5,8 % (Kassel) so dicht beieinander wie noch nie. Ein Nord-Süd-Gefälle war nicht mehr vorhanden.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen veränderte sich im zweiten Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal kaum. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 37 900. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von gut 28 %. Durch die gesunkene Zahl der Arbeitslosen bei gleichzeitig mehr offenen Stellen im Jahresvergleich verbesserte sich das Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen. Im Berichtsquartal kamen rechnerisch auf eine offene Stelle 5 Arbeitslose; im Vorjahresquartal betrug dieses Verhältnis noch 1 zu 7.

Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2011 gingen Anzeigen für 1200 Kurzarbeiter ein, wobei die Anzeigen im Laufe des Quartals von 1450 im April auf 940 im Juni zurückgingen. Berücksichtigt man nur die konjunkturelle Kurzarbeit nach § 170 SGB III, wurden im zweiten Quartal 2011 durchschnittlich 1150 Kurzarbeiter angezeigt. Dies ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Rückgang von 1400 Personen oder 55 %. Anzeigen zur tatsächlichen Inanspruchnahme liegen aktuell für Januar 2011 vor. Danach sind die Kurzarbeitszahlen um 72 % auf 18 900 Personen gesunken. Rund ein Drittel der Kurzarbeiter arbeiteten in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, und nur jeder 5. bzw. 10. Kurzarbeiter war in einem Mittel- bzw. Grossbetrieb beschäftigt. Vor Jahresfrist war in den Mittel- und Großbetrieben noch jeder vierte Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen.

Im Mai 2011 lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Hessen um 2,4 % über dem Vorjahres-

wert. Der Anstieg blieb damit unter dem Wert des Bundes (+ 2,6 %) und der westdeutschen Länder (+ 2,7 %). Alle Bundesländer verzeichneten einen Beschäftigungsanstieg, der von 0,7 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 3,0 % in Bayern und Niedersachsen reichte.

Die Branchen zeigten im Vorjahresvergleich unterschiedliche Entwicklungen. Deutliche Beschäftigungsanstiege gab es vor allem in den Wirtschaftszweigen „Verkehr und Lagerei“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Wirtschaftliche Dienstleistungen“. Letzterer wird besonders durch die Entwicklung bei der Arbeitnehmerüberlassung beeinflusst. Kaum oder geringe Zuwächse verzeichneten die Bereiche „Information und Kommunikation“ sowie „Erziehung und Unterricht“. Rückgänge meldete der Bereich „Sonstige Dienstleistungen, Private Haushalte“.

Die größten Zunahmen an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zum Ende des vierten Quartals 2010 im Vergleich zum Vorjahr hatten die Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Kassel (+ 4,9 bzw. + 3,9 %). In den kreisfreien Städten Wiesbaden, Offenbach am Main und Frankfurt am Main stieg die Beschäftigung nur moderat (jeweils + 0,4 %).

Bei Insolvenzen kein klarer Trend erkennbar

Von April bis Juni 2011 haben die hessischen Amtsgerichte über 424 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind 1,6 % weniger als im zweiten Quartal des Vorjahres. Damit schwächte sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen deutlich ab. Im ersten Quartal hatte das Minus noch gut 13 % betragen.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge liegt im zweiten Quartal 2011 mit 26 % noch etwas niedriger als im ersten Quartal (27 %) und als im gesamten Jahr 2010 (29 %). Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das zweite Quartal 2011 auf insgesamt 322 Mill. Euro. Dies entspricht rund 760 000 Euro je beantragter Insolvenz. Insgesamt waren 2201 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief recht unterschiedlich. Einen deutlichen Rückgang der Insolvenzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gab es im Handel (- 31 %) sowie im Bereich „Information und Kommunikation“ (- 27 %). Ein Anstieg der Insolvenzfälle wurde vor allem bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+ 43 %), im Baugewerbe (+ 29 %) sowie im Verarbeitenden Gewerbe (+ 18 %) beobachtet.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erreichte im zweiten Quartal 2011 mit 1954 Anträgen fast wieder den historischen Höchststand vom vierten Quartal 2010 (1959

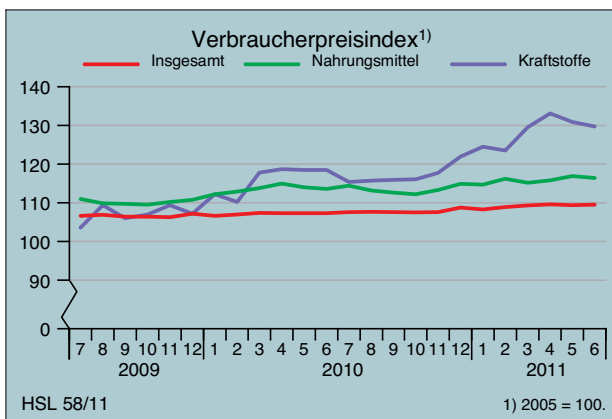
Anträge). Gegenüber dem zweiten Quartal 2010 bedeutet das einen Anstieg von knapp 9 %. Im ersten Quartal 2011 waren mit 1714 Anträgen überraschend wenig Verbraucherinsolvenzen registriert worden.

Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen mit 62 700 Euro leicht über dem Wert des vorherigen Quartals (62 100 Euro) und deutlich über dem Wert des zweiten Quartals 2010 (54 300 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird. Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im zweiten Quartal mit 376 leicht (+ 1,3 %) über dem Wert des ersten Quartals 2011 und 1,6 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen mit 182 000 Euro über dem Niveau des vorherigen Quartals (176 000 Euro). Mit 148 Anträgen auf vereinfachte Verfahren ehemals Selbstständiger im zweiten Quartal 2011 wurde das Ergebnis des vorherigen Quartals deutlich (+ 12 %) und das des entsprechenden Vorjahresquartals (+ 2,0 %) leicht überschritten. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen bei 89 600 Euro (143 300 Euro im ersten Quartal 2011).

Inflationsrate erreicht geldpolitisch bedeutsamen Schwellenwert von 2 %

Der Verbraucherpreisindex lag im zweiten Quartal 2011 um 2,1 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,6 % höher als im ersten Quartal 2011. Der Anstieg der Inflationsrate von 1,7 % im ersten auf 2,1 % im zweiten Quartal wurde, wie bereits 5 Quartale davor (d. h. seit dem ersten Quartal 2010), vollständig durch Preissteigerungen am aktuellen Rand hervorgerufen. Im April 2011 lag die Inflationsrate mit 2,1 % erstmals seit



Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2010			2011	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	2005 = 100				
Verbraucherpreisindex	107,3	107,6	108,0	108,8	109,5
und zwar					
Nahrungsmittel	114,2	113,4	113,5	115,5	116,4
Kleidung und Schuhe	96,5	94,5	98,4	95,7	96,5
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	106,1	106,5	106,7	107,1	107,6
Haushaltsenergie	122,2	122,4	124,4	131,7	133,3
Verkehr	113,5	113,0	114,0	116,5	118,4
Kraftstoffe	118,6	115,7	118,6	125,8	131,2
Nachrichtenübermittlung	88,3	88,0	87,1	86,4	85,9
Unterhaltungselektronik	64,8	64,9	63,6	62,7	61,6
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Verbraucherpreisindex	0,8	0,9	1,3	1,7	2,1
und zwar					
Nahrungsmittel	1,0	2,9	3,0	2,2	1,9
Kleidung und Schuhe	-2,5	-2,5	-1,0	-0,5	0,0
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,0	1,0	0,9	1,0	1,4
Haushaltsenergie	-1,1	0,2	4,4	9,7	9,1
Verkehr	3,9	2,9	3,4	4,0	4,3
Kraftstoffe	12,5	8,8	9,9	10,9	10,6
Nachrichtenübermittlung	-1,8	-1,8	-2,4	-2,5	-2,7
Unterhaltungselektronik	-5,5	-4,4	-5,6	-4,3	-4,9

Oktober 2008 wieder über dem geldpolitischen Ziel der Europäischen Zentralbank, Preisniveaustiege von unter 2 %, aber nahe diesem Wert anzustreben. Im Mai sank die Inflationsrate aufgrund des Wegfalls eines im Vormonat wirksamen kalendarischen Effekts (durch das späte Osterfest lagen die Preise für Pauschalreisen im April deutlich über dem Vorjahresniveau, wodurch die Inflationsrate im April einen zusätzlichen Impuls erhielt) vorübergehend auf 2,0 % und stieg im Juni wieder auf 2,1 %.

Im zweiten Quartal 2011 lag der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) 9,1 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Darunter verteuerten sich Heizöl um 21,5 %, Strom um 7,1 % und Gas um 4,7 %. Autofahrer mussten durchschnittlich 10,6 % höhere Kraftstoffpreise bezahlen, wobei sich Diesel deutlich stärker verteuerte (+ 14,8 %) als Superbenzin (+ 9,5 %).

Die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln fielen im zweiten Quartal 2011 mit 0,8 % gegenüber dem Vorquartal weniger stark aus als vor einem Jahr (+ 1,1 %), sodass die Jahresteuerrate von 2,2 % im ersten Quartal auf 1,9 % im zweiten Quartal 2011 zurückging. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Speisefette und -öle (+ 12,9 %), Obst (+ 6,3 %), Molkereiprodukte (+ 10,6 %), Wein (+ 10,6 %), Spirituosen (+ 10,6 %), Tabak (+ 10,6 %), Textilien (+ 10,6 %), Schuhe (+ 10,6 %), Bekleidung (+ 10,6 %), Unterhaltungselektronik (- 4,9 %), Nachrichtenübermittlung (- 2,7 %), Verkehr (+ 4,3 %), Haus- und Grundbesitz (+ 4,3 %), Gesundheitsleistungen (+ 4,3 %), Dienstleistungen (+ 4,3 %), Energie (+ 9,1 %), Wohnen (+ 1,4 %), Bildung (+ 1,4 %), Kultur (+ 1,4 %), Freizeit (+ 1,4 %), Sonstige (+ 1,4 %), Nahrungsmittel (+ 1,9 %), Kleidung (+ 0,0 %), Gesundheit (+ 0,0 %), Sonstige (+ 0,0 %).

dukte und Eier (+ 5,7 %), Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 2,3 %), Fleisch und Fleischwaren (+ 1,3 %) sowie Fisch (+ 1,1 %). Lediglich Gemüse (- 4,8 %) wurde billiger.

Bei Kleidung und Schuhen blieb das Preisniveau im zweiten Quartal 2011 konstant. Zuvor waren die Preise anderthalb Jahre lang gesunken. Der schon länger zu beobachtende Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 2,7 % gegenüber zweiten Quartal 2010) und für Unterhaltungselektronik (- 4,9 %) hält weiter an. Deutliche Preissenkungen wurden beispielsweise für Fernsehgeräte (- 19,1 %), PC-Software (- 15,2 %), Notebooks (- 13,9 %) sowie Digitalkameras (- 12,1 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. Lautsprecher

(+ 2,9 %) und DVD-Recorder (+ 2,6 %). Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, wie Glaswaren und Geschirr, verteuerten sich im zweiten Quartal 2011 um 0,8 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte sanken binnen Jahresfrist um 2,0 %, für Möbel und Einrichtungsgegenstände um 1,3 % sowie für Heimtextilien um 0,5 %.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,6 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Flugtickets (+ 12,7 %), die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+ 4,4 %), Versicherungen sowie Sport- und Erholungsdienstleistungen (jeweils + 2,9 %). Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten stieg im zweiten Quartal 2011 auf 1,4 %.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können ab Band 1/2011 als PDF-Datei mit Excel-Anhang in Internet unter www.statistik-hessen.de kostenlos heruntergeladen werden.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 062,0 ¹⁾	6 067,0	6 062,0	6 061,1	6 060,0	6 069,9	6 067,0	6 066,5	6 066,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 271	2 290	3 518	590	803	1 398	2 994	615	898
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	6,8	1,1	1,7	2,8	5,8	1,2	1,9
* Lebendgeborene	"	4 229	4 312	5 486	2 896	3 627	4 322	5 748	2 767	3 859
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	8,5	10,7	5,6	7,8	8,7	11,2	5,4	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 057	5 017	7 341	4 171	5 072	4 925	6 540	4 499	5 016
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,9	14,3	8,1	10,9	9,9	12,7	8,7	10,8
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	14	20	7	7	18	15	17	12
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,3	3,2	3,6	2,4	1,9	4,2	2,6	6,1	3,1
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 828	- 705	- 1 855	- 1 275	- 1 445	- 603	- 792	- 1 732	- 1 157
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,6	- 1,4	- 3,6	- 2,5	- 3,1	- 1,2	- 1,5	- 3,4	- 2,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 247	14 014	9 561	11 873	10 798	14 168	10 762	14 042	12 324
* darunter aus dem Ausland	"	5 518	6 420	3 747	5 235	4 824	6 472	4 506	6 486	5 950
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 772	12 989	10 766	11 473	10 420	14 185	12 953	12 848	11 569
* darunter in das Ausland	"	5 335	5 613	4 854	4 957	4 593	6 998	6 859	5 595	5 143
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	474	1 025	- 1 205	400	378	- 17	- 2 191	1 194	755
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 232	17 098	14 979	16 908	14 881	17 991	14 783	17 908	15 645

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	200 136	196 143	200 301	187 461	182 273	181 258	186 109
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	93 615	92 753	96 332	89 156	87 460	87 821	91 113
Männer	"	113 816	105 536	106 521	103 390	103 969	98 305	94 813	93 437	94 996
Ausländer	"	50 819	48 154	48 558	47 531	47 830	46 962	46 007	45 808	46 428
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	18 813	18 888	23 679	16 970	16 192	17 967	21 151
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,5	6,3	6,5	6,0	5,8	5,8	6,0
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,4	6,4	6,6	6,1	6,0	6,0	6,2
Männer	"	6,9	6,4	6,5	6,3	6,3	6,0	5,7	5,6	5,7
Ausländer	"	14,8	14,0	14,2	13,9	14,0	13,7	13,1	13,1	13,2
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	5,7	5,8	7,2	5,2	5,0	5,5	6,5
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	31 437	25 279	19 157
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	29 510	31 923	34 399	37 025	37 869	38 919	40 260

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009		2010		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 197,6	2 183,1	2 185,9	2 227,3	2 217,2
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	991,5	989,6	986,6	1 004,9	1 004,4
* Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	217,5	212,4	219,3	224,3	221,5
* Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	428,1	429,7	440,1	441,8	444,6
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	353,2	354,2	360,8	362,3	364,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,7	6,9	7,7	7,8	6,8
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,6	2,6	2,3
* Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,9	553,0	553,9	565,4	557,0
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	122,7	123,2	126,3	124,7
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	533,9	530,0	527,6	540,9	540,6
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	235,6	234,0	232,2	238,1	238,6
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	552,9	549,1	555,2	563,3	560,3
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	250,3	249,1	248,4	251,0	250,3
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	539,0	543,9	541,3	549,7	552,4
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	377,8	381,2	380,1	386,8	388,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 22.08.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	3 825	3 528	2 917	4 195	3 719	3 457	2 881
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	141	148	116	199	185	133	110
Jungrinder	"	52	55	41	67	51	111	86	77	59
Schweine	"	52 749	47 556	44 426	50 484	43 865	46 951	45 973	49 903	42 157
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	2 029	1 482	852	2 375	1 604	1 046	650
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	5 564	5 988	5 248	5 743	5 883	6 173	5 238
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 056	888	791	1 230	1 118	1 074	923
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	18	19	13	25	23	16	14
Jungrinder	"	7	7	5	9	8	17	12	10	9
* Schweine	"	4 752	4 315	4 076	4 670	4 066	4 244	4 151	4 645	3 934
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	13 919	14 251	14 181	15 916	14 979	14 986	14 722
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 364	1 364	1 362	1 375	1 374	1 376	1 376
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	336,5	336,6	337,7	346,7	347,8	348,9	350,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	42 842	41 083	43 568	50 028	42 765	48 542	41 419
* Brutto-lohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 306,8	1 314,9	1 330,2	1 323,2	1 475,4	1 426,8	1 376,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	7 189,8	7 666,8	8 280,4	9 599,7	8 195,8	9 454,9	8 575,2
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 458,6	4 013,5	4 114,8	4 977,0	4 157,6	4 986,5	4 382,7
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	48,1	52,3	49,7	51,8	50,7	52,7	51,1
Volumenindex des Auftragseingangs insgesamt	2005 = 100 % ⁸⁾	- 10,6	12,5	26,8	19,1	24,5	3,1	1,5	13,3	- 3,7
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	33,8	25,2	31,6	- 3,6	- 3,2	8,3	- 1,6
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	36,6	21,9	27,3	17,7	9,8	27,8	14,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	12,3	24,2	4,5	21,3	25,9	25,0	20,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	- 0,1	2,3	8,0	0,7	1,6	4,4	- 1,0
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	21,7	14,1	17,4	- 6,3	0,3	8,5	- 2,0
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	44,0	34,0	30,0	29,9	13,9	28,6	17,2
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	31,3	6,8	16,9	21,8	- 5,2	20,1	- 0,1
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	42,7	39,1	44,3	20,3	11,9	23,2	10,2
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	107	106	106	111	111	112	112
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 843	15 877	15 885	16 028	16 061	16 084	16 101
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	1 955	1 859	2 013	2 265	1 860	2 227	1 827
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	64,7	61,4	68,7	61,6	65,2	63,9	72,6
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	2 163,2	2 050,2	1 934,0	1 475,4	830,0	901,7	774,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 12) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MV.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	.	97,7	.	.	96,3	97,1	99,7	97,7	96,9
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	.	100,0	.	.	77,7	101,4	105,2	115,6	87,3
Baugewerbe⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	48,3	48,6	48,3	45,8	47,9	48,0	48,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	5 121	4 935	5 224	4 834	4 555	5 219	4 583
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	2 188	2 188	2 147	1 987	1 879	2 152	1 954
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 418	1 348	1 524	1 502	1 376	1 527	1 357
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 515	1 399	1 553	1 345	1 300	1 540	1 272
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	119,7	111,3	106,9	102,6	120,4	116,1	122,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	432,9	465,1	521,0	447,4	462,3	511	490
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	137,2	157,7	175,9	135,6	143,6	143,0	145,4
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	131,5	142,9	151,8	162,1	164,9	183,2	171,3
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	164,1	164,5	193,3	149,6	153,7	185,0	173,3
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	113,0	94,7	78,4	107,3	125,3	124,2	118,0	126,6	156,0
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	80,8	92,3	122,4	118,7	149,1	180,3	133,7
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	79,8	87,0	136,2	155,7	109,0	141,2	233,7
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	76,6	126,5	118,0	102,0	116,5	101,2	103,5
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,0	19,6	.	.	19,6	20,2	.	.	20,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	.	5 766	5 933	.	.	6 141
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	.	151,4	150,3	.	.	163,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	.	577,3	502,2	.	.	614,9
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	408	377	511	603	482	663	528
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	366	325	457	538	446	601	463
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	447	465	580	858	542	768	659
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	84	85	107	153	100	143	124
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	119 578	125 935	150 690	224 899	147 418	204 356	186 532
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	106	139	165	147	129	157	140
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	573	787	935	1 294	1 716	1 015	1 416
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	97	128	166	195	222	165	219
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	83 876	121 364	137 802	207 931	173 820	185 512	217 974
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	936	1 018	825	853	1 031	1 614	1 056	1 524	1 197
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	5 154	5 400	4 651	4 849	5 873	8 112	5 599	7 819	6 401
Großhandel¹²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
G r o ß h a n d e l¹³⁾										
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,2	100,1	100,4	112,4	122,8	100,1	105,7	98,8
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	90,4	107,9	101,7	101,6	113,9	129,9	105,9	111,7	102,4
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	90,8	90,1	89,5	90,4	91,6	91,8	91,7	92,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	98,4	96,6	95,4	97,3	100,6	102,3	100,5	96,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,1	98,3	96,8	98,3	102,9	105,1	103,1	98,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,4	92,1	91,4	91,0	94,4	99,9	95,1	92,5
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,8	103,3	100,3	107,3	109,5	103,2	107,6	104,2
Bekleidung	"	104,2	109,2	106,6	99,2	108,9	106,3	122,1	110,6	106,1
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,2	99,5	96,0	94,1	116,7	104,5	99,5	93,4
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	111,0	89,7	98,0	101,8	106,4	98,8	104,3	102,9
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	74,7	76,9	68,2	68,5	84,6	75,8	79,2	69,2
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	96,3	95,8	96,2	96,1	97,5	96,9	97,3	97,4
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	92,6	93,8	91,0	101,1	118,7	102,9	115,9	102,9
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	95,0	96,2	93,1	103,4	122,8	106,5	120,1	106,7
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,0	95,3	95,0	95,3	97,2	97,7	98,2	98,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	86,3	87,1	90,5	89,0	89,1	85,3	95,3	88,6
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,0	95,8	99,6	97,9	98,8	94,5	106,3	98,7
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	99,6	103,2	105,5	101,2	107,8	94,1	117,9	102,5
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	90,3	91,8	96,3	91,0	92,7	94,3	99,4	95,4
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	102,4	96,7	101,5	111,8	103,4	98,4	108,4	102,2
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,8	86,4	87,7	82,7	82,9	89,9	88,9	89,7
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	97,1	99,1	98,7	96,2	98,6	100,2	101,2
Außenhandel ⁹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 864,4	4 281,6	4 459,7	5 041,1	4 412,8	4 848,0	4 497,7
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	94,8	93,5	105,0	114,0	106,6	112,9	123,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 640,4	4 053,0	4 203,9	4 731,8	4 136,1	4 553,7	4 191,9
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	14,6	13,6	17,0	16,8	14,3	16,1	21,1
* Halbwaren	"	239,9	363,6	323,8	438,5	343,0	342,7	335,5	352,2	353,9
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 302,0	3 601,0	3 843,8	4 372,2	3 786,3	4 185,4	3 816,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	623,1	630,6	673,2	764,5	679,2	741,2	633,0
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 678,9	2 970,4	3 170,7	3 607,7	3 107,1	3 444,2	3 183,9
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 096,6	1 093,6	1 135,0	1 343,0	1 186,8	1 217,8	1 105,9
Maschinen	"	419,9	482,3	401,5	461,8	562,5	578,6	514,2	555,7	556,6
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	450,9	521,9	544,2	654,3	456,3	592,5	525,0
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	361,4	432,2	426,7	513,9	480,7	566,7	481,6
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	276,5	275,9	327,4	359,2	299,2	344,0	307,6
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 586,8	2 951,9	3 013,7	3 034,8	3 057,5	3 249,7	3 185,2
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 220,1	2 598,0	2 616,1	2 639,0	2 594,2	2 771,9	2 774,5
* Afrika	"	74,7	86,0	92,5	85,3	89,8	107,3	78,4	91,6	83,4
* Amerika	"	442,0	562,9	557,1	603,4	620,1	649,4	551,1	551,5	541,6
* Asien	"	529,9	666,8	587,1	600,1	697,0	726,4	680,0	896,6	643,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	41,0	40,9	39,1	34,5	45,8	58,6	43,8
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	5 052,2	6 154,8	6 107,6	6 670,6	5 777,0	6 272,9	6 331,8
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	199,9	231,4	232,1	243,5	249,2	222,3	247,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 588,0	5 634,0	5 561,1	5 988,3	5 129,9	5 632,3	5 662,7
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	118,3	143,6	120,2	164,8	79,4	150,0	105,6
* Halbwaren	"	517,9	695,9	567,8	1 200,2	826,7	721,9	647,3	697,6	777,4
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 901,9	4 290,2	4 614,2	5 101,6	4 403,2	4 784,7	4 779,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	429,9	495,9	526,2	699,6	536,7	645,2	687,8
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 472,0	3 794,3	4 088,1	4 402,0	3 866,6	4 139,5	4 091,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Insgesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 253,6	3 997,9	3 895,6	4 289,4	3 723,4	3 997,2	4 175,3
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 879,8	3 106,2	3 344,2	3 707,7	3 330,2	3 466,9	3 582,1
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	113,0	243,3	157,3	188,6	157,5	172,3	173,0
* Amerika	"	527,0	616,9	577,9	622,4	694,4	675,8	628,4	656,2	613,5
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 098,5	1 270,7	1 332,9	1 485,8	1 240,0	1 434,6	1 344,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	9,2	20,5	27,4	31,0	27,8	12,7	25,3
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gästeankünfte	1000	932	996	958	1 103	1 130	944	926	1 205	1 182
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	229	254	257	223	210	272	264
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 282	2 588	2 562	2 225	2 255	2 653	2 710
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	428	474	451	423	392	483	473
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	942	934	861	1 020	827	802	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	756	768	689	779	636	641	...
* Güterversand	"	169	195	187	166	172	240	191	161	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	32 457	29 079	34 545	38 697	31 489	37 877	32 465
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	28 408	25 491	30 764	33 959	27 207	33 223	28 969
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 725	1 728	2 034	2 000	1 976	2 399	1 886
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	1 898	1 369	1 317	2 124	1 763	1 679	1 160
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	333	388	361	488	469	450	380
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 414	2 596	2 815	2 345	2 630	2 811	2 675
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	1 848	1 861	2 189	1 715	2 013	2 190	1 996
* getötete Personen	"	26	21	24	26	21	16	17	23	20
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 484	2 469	2 778	2 249	2 662	2 794	2 677
Liniennahverkehr der Verkehrsunternehmen ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	.	.	381 791	412 728
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	.	.	265 481	274 789
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	.	.	52 235	56 177
Omnibussen	"	23 282	21 624	.	.	66 447	82 699
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	.	.	7 466 276	7 637 834
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	.	.	6 820 767	6 877 290
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	.	.	224 571	236 727
Omnibussen	"	149 528	140 736	.	.	420 938	523 817
Linienfernverkehr mit Omnibussen ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	.	.	143	107
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	.	.	149 562	110 760

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Linienahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Linienahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	.	.	526 606	516 273
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	.	.	381 783	385 351
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	.	.	70 907	77 231
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	.	.	310 876	308 120
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	.	.	525 399	544 353
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	948	900	1 014	1 018	1 010	1 118	904
davon										
* Unternehmen	"	163	145	141	146	144	153	138	176	110
* Verbraucher	"	567	630	576	570	648	647	651	705	598
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	189	146	192	183	177	195	152
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	42	38	30	35	44	42	44
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	177 709	429 104	179 605	136 804	225 161	219 363	134 905
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 722	6 404	6 764	7 373	5 791	6 826	6 031
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 118	4 922	5 150	5 824	4 510	5 591	4 844
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,3	107,3	107,3	109,3	109,6	109,4	109,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	114,4	113,5	113,1	115,5	115,8	116,9	116,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,8	113,5	113,3	113,2	113,5	114,6	115,3
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	97,3	96,7	95,5	97,4	97,3	97,2	95,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	109,2	109,2	109,4	112,3	112,6	112,5	112,6
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,1	106,1	106,2	107,2	107,5	107,6	107,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,8	104,0	103,8	102,9	102,7	102,9	102,9
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,4	106,4	106,4	107,1	107,1	107,5	107,6
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	113,5	113,4	113,6	117,8	118,9	118,4	118,0
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,5	88,3	88,0	86,2	86,0	85,9	85,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	97,2	98,1	98,4	99,3	99,4	97,8	99,2
Bildungswesen	"	105,2	107,9	107,9	107,7	108,0	108,1	108,0	107,8	107,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	107,5	109,1	107,4	108,5	109,0	110,1	108,8	109,0	110,0
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	113,2	.	.	.	115,7	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 490,6	3 614,3	4 111,1	4 021,7	3 070,5	3 898,1	4 309,6
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 307,4	3 494,2	3 990,8	3 867,5	2 886,1	3 724,2	4 181,6
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 427,5	1 573,6	1 444,4	1 513,5	1 517,3	1 708,7	1 450,2
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	85,4	79,8	661,7	420,2	- 55,1	- 16,3	626,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	125,3	131,9	228,7	57,3	271,3	399,8	193,2
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	285,4	204,1	159,5	190,9	266,1	208,4	148,5
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	127,7	- 98,9	471,6	553,1	- 472,1	23,0	435,8
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 164,7	1 459,3	916,6	976,3	1 247,7	1 235,1	1 198,6
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	91,4	144,4	108,3	156,1	111,0	165,5	128,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	157,5	115,6	119,7	120,1	120,3	154,1	103,3	165,6	128,0
darunter										
Erbschaftsteuer	"	45,9	34,9	0,2	42,5	40,8	34,7	26,5	63,5	34,6
Grundwerbsteuer	"	34,5	33,6	45,6	32,2	35,3	48,3	32,2	43,1	42,6
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	29,7	45,5	44,2	71,1	44,6	58,9	50,9
Gewerbsteuerumlage	"	19,2	27,2	63,5	0,0	0,0	0,1	81,1	8,2	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3	1 290,5
davon										
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	5,6	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6	4,3
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	214,5	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7	172,9
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5	987,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4	106,7
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9	14,0

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638	3 651
und zwar										
* männlich	"	4 172	4 604	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857	3 864
* weiblich	"	3 346	3 746	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132	3 163
*Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492	6 469
*Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253	4 268
*Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936	2 944
*Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352	2 356
*Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928	1 922
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503	3 497
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027	3 005
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598	3 601
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308	4 301
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170	3 215
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845	2 753
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705	3 728
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340	3 359
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485	3 410
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286	2 289
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652	4 660
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320	5 366
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081	4 129
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813	4 833
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433	2 437
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185	3 251
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943	4 038
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265	3 255
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406	4 916
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244	3 315

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2009

Herausgegeben von der OECD, aus der Reihe „Auf einen Blick“, deutsche Fassung des im Dezember 2009 erschienenen Berichts „Government at a Glance“, 170 Seiten, kartoniert, 30,00 Euro, OECD, 2010

In Ergänzung der Reihe „At a Glance“ ist Mitte 2010 die erste Ausgabe der neuen Serie „Regierung und Verwaltung auf einen Blick“ erschienen. Gute Regierungsführung ist entscheidend für die langfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung eines Landes. Die OECD-Studie leistet einen Beitrag zur Frage, wie man Funktionsweise, Aktivitäten und Leistungen des öffentlichen Sektors bewerten kann. Sie bietet zum ersten Mal eine vergleichende Analyse der Finanzierung des Staatsapparates und des Managements der öffentlichen Verwaltung. Mit rund 30 Indikatoren zu staatlichen Institutionen, Strukturen, Ressourcen und Verfahren der öffentlichen Verwaltung in den OECD-Ländern füllt die neue Serie eine Lücke im Bereich internationaler Vergleichsdaten und allgemeiner Funktionsweise von Regierung und Verwaltung. Dabei werden auch Fragen der Staats- und Verwaltungsführung untersucht, die für die Fähigkeit der Regierungen zur Bewältigung der langfristigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 eine Rolle spielen, und es werden Punkte erörtert, mit denen sich die Regierungen auseinandersetzen müssen, wenn sie ihre Praktiken im Bereich der öffentlichen Governance weiterentwickeln möchten (Kapitel I). Diese Fragen sind nach wie vor aktuell, da die jüngste Krise die Rolle des Staates zur Krisenbewältigung in Wirtschaft und Gesellschaft deutlich hervortreten ließ und ein entschlossenes und effektives staatliches Handeln erforderlich machte und macht. Einleitend werden die Frage beantwortet, warum es wichtig ist, Verwaltungshandeln zu messen und was der Leser in der Publikation finden kann, und es wird auf die Messproblematik eingegangen. Dann folgt die Darstellung der Indikatoren zu den Themengebieten „Staatseinnahmen“, „Staatsausgaben“, „Produktionskosten im Sektor Staat“, „öffentliche Beschäftigung“, „Personalmanagement“, „Haushaltspraktiken und -verfahren“, „Regulierungsmanagement“, „Integrität“ und „Offene und bürgerorientierte Regierung“. Die Studie dürfte damit für politische Entscheidungsträger, Verwaltungsfachleute Interessengruppen, Staatswissenschaftler und die Öffentlichkeit von Interesse sein. 7399

Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte

Die Frauenorganisationen in den deutschen Parteien. Nomos Universitätschriften – Politik, Band 175, von Cathleen Kiefert, 394 Seiten, kartoniert, 64,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Frauen und Politik – ein uraltes und scheinbar unendliches Thema. In Zeiten von Frauenförderung und Gender Mainstreaming, Weltfrauenkonferenzen und einzelnen Frauen in hohen und höchsten politischen Ämtern in aller Welt stellt sich die Frage: Warum funktioniert das eigentlich immer noch nicht so richtig mit den Frauen und der Politik? Das vorliegende Buch geht dieser Frage in Bezug auf die Frauenorganisationen in den deutschen Parteien nach. Im Mittelpunkt stehen dabei die organisatorische Sonderstellung und die damit verbundenen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten unter den jeweiligen

gesellschaftlichen und parteipolitischen Rahmenbedingungen. Der Band gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.“ – Die Geschichte der Frauen und Frauenbewegung in Deutschland nach 1945 / „Wie sie wurden, was sie sind.“ – Entstehung und Entwicklung der Frauenorganisationen / „Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hat die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen.“ – Aufgaben und Selbstverständnis der Frauenorganisationen / „Der Bundesvorstand kann nach Bedarf zur Bearbeitung von politischen oder organisatorischen Parteaufgaben die Bildung von Fachausschüssen und Arbeitsgruppen sowie deren Auflösung beschließen.“ – Aufbau und Organisation der Frauenorganisationen / „Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ – Einfluss- und Umsetzungsmöglichkeiten der Frauenorganisationen. 7436

Die Göttin und ihr Heros

Die matriarchalen Religionen in Mythen, Märchen, Dichtung. Von Heide Göttner-Abendroth, erweiterte Neuauflage, 312 Seiten, kartoniert, 24,90 Euro, W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2011.

Dieses Buch bietet eine Rekonstruktion der verdrängten, verdeckten und vergessenen matriarchalen Religionen und Spiritualität. Der matriachale Hintergrund der Göttinnengestalten, die in indischen, persischen, westasiatischen, ägyptischen, griechischen, keltischen und germanischen Mythen vorkommen, wird durch eine vergleichende und patriarchatskritische Analyse wiedergewonnen; die Gestalten werden aus ihrem eigenen kulturellen Zusammenhang erklärt. Darauf aufbauend wird gezeigt, wie die Symbol- und Handlungsmuster der matriarchalen Religionen und Spiritualität in den internationalen Märchen weiterleben. Anschließend wird anhand von großen Epen des europäischen Mittelalters nachgewiesen, dass auf dem Boden von Mythologie und Märchen die Struktur der matriarchalen Religionen zur Grundlage von poetischen Stoffen europäischer Dichtung wird. Der große Einfluss sehr alter matriachaler Denkfornen auf unsere Kultur wird dadurch sichtbar. Dies wiederzuentdecken bedeutet, einen wesentlichen Teil unserer verschütteten Kulturgeschichte zurückzugewinnen. 7442

Perspektiven der Kommunalreform

Modernisierung unter konzeptionellen und pragmatischen Aspekten. Von Olaf Winkel, 130 Seiten, kartoniert, 24,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Die Perspektiven der Kommunalreform werden unter besonderer Berücksichtigung von Neuem Steuerungsmodell (NSM), Bürgerkommune, E-Government und Governanceaspekten untersucht. Darüber hinaus umreißt der Autor die Herausforderungen, die bei einer bereichsspezifisch angelegten und den Besonderheiten unterschiedlicher Reformtraditionen Rechnung tragenden Modernisierung erwachsen. Der vorliegende Band gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: NSM – Bürgerkommune – E-Government – Zusammensicht von NSM und Bürgerkommune – Zusammensicht von NSM und E-Government – Zusammensicht von Bürgerkommune und E-Government – Schlussfolgerungen und Empfehlungen. 7437

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Krankenhaus-Finanzierungsrecht

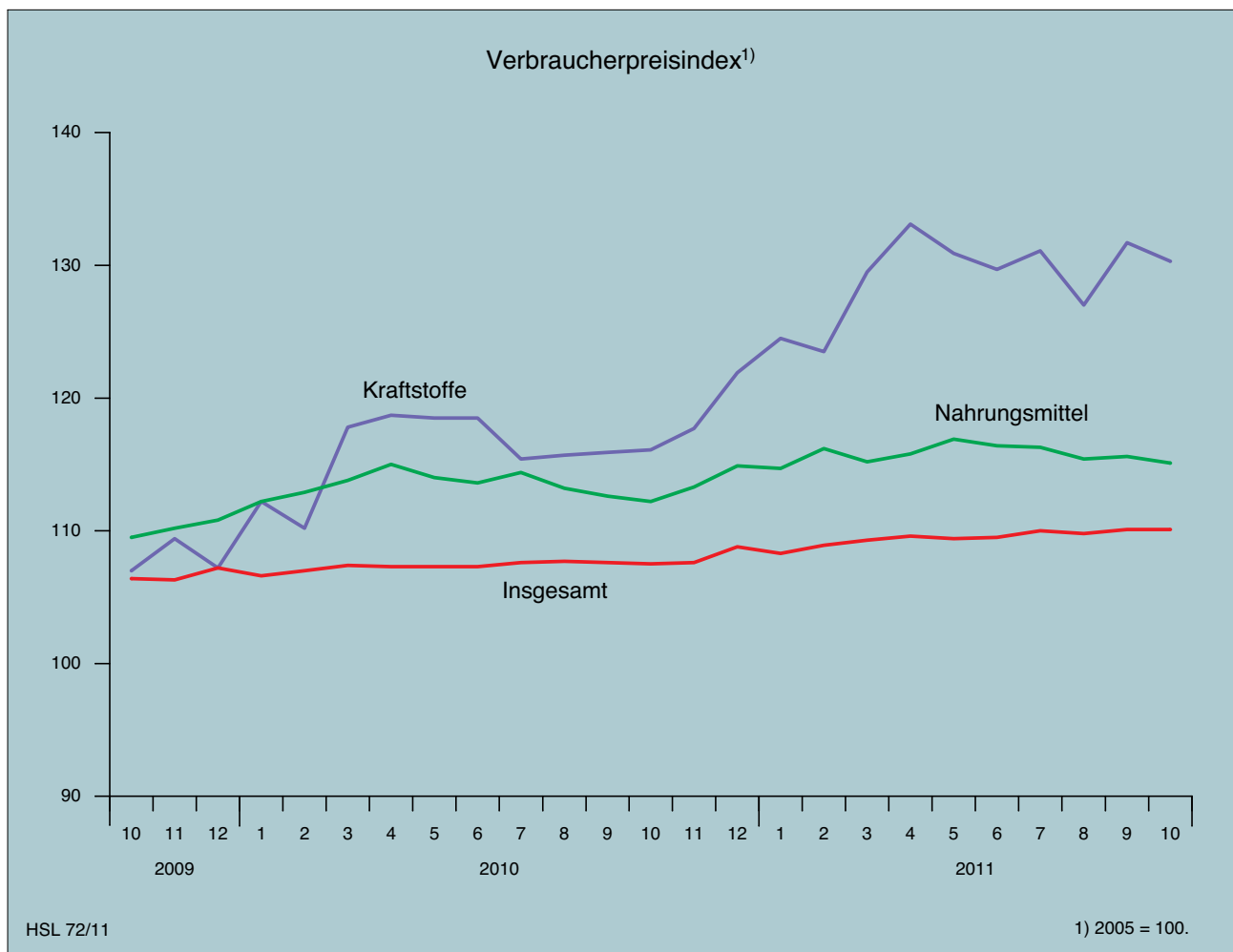
Ergänzbare lexikalisches Handbuch. Von K. Grünwald und A. Wettstein-Grünwald, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/11 vom Januar 2011, 2278 Seiten in 2 Ordnern) 96,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2011. 5636

Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

10/11 · 11

66. Jahrgang
Hessisches Statistisches Landesamt



Hessen bleibt attraktiv als Reiseziel

In den ersten 7 Monaten dieses Jahres zählten die Beherbergungsbetriebe mit 9 oder mehr Betten sowie die Campingplätze in Hessen 7 Mill. Ankünfte und 16,4 Mill. Übernachtungen. Dies waren 5 % mehr Gäste und 3,5 % mehr Übernachtungen als von Januar bis Juli 2010. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 5 % auf 5,3 Mill. zunahm, stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um gut 3 % auf 1,7 Mill. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen stieg um gut 3 % auf 13,2 Mill., bei den Ausländern war es ein Plus von fast 4 % auf 3,2 Mill.

Herzerkrankungen ursächlich für mehr als ein Viertel aller Todesfälle

Im Jahr 2010 starben in Hessen 16 300 Menschen (davon 7400 Männer) an einer Herzerkrankung; dies entsprach einem Anteil von 27 % an allen Todesfällen. Bezogen auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil erlagen Frauen mit 287 Todesfällen je 100 000 Einwohner weit häufiger einer Herzerkrankung als Männer (249). Es starben überwiegend ältere Menschen an einer Herzerkrankung. So waren über 90 % der an diesem Krankheitsbild Verstorbenen älter als 65 Jahre. An ischämischen Herzerkrankungen (Minderdurchblutung des Herzens) – zu denen auch Herzinfarkte zählen – starben gut 9500 Personen; mit 52 % waren Männer hier geringfügig stärker als Frauen betroffen. Herzinfarkte führten im Jahr 2010 bei rund 3700 Menschen zum Tod; mit 2100 Fällen sind auch hier mehr Männer als Frauen verstorben. Bezogen auf 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts starben 71 Männer bzw. 52 Frauen an einem Herzinfarkt. Die Herzerkrankungen zählen zu den Krankheiten des Kreislaufsystems; Letztere bilden mit einem Anteil von über 40 % die mit Abstand häufigste Todesursache.

Hessens Wirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2011 um 4,3 %

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Hessens, die Summe der Werte aller hier produzierten Waren und Dienstleistungen, wuchs im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum preisbereinigt um 4,3 %. Dies geht aus aktuellen, vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hervor. Hessen lag damit vor dem gesamtdeutschen Ergebnis von 3,9 %. Nominal, d. h. ohne Ausschaltung der Preisänderungen, legte das hessische BIP um 4,6 % zu (Deutschland: 4,5 %). Im Krisenjahr 2009 ging das BIP in Hessen weniger stark zurück als im Bund (Hessen: minus 4,1 %, Deutschland: minus 4,7 %) und konnte im Folge-

jahr mit 3,6 % genauso deutlich zulegen wie im Bund. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 2011 verstärkte nun den Vorsprung Hessens im mehrjährigen Vergleich weiter. So wie bereits im Einbruch 2009 und in der einsetzenden Erholung 2010 prägte das Verarbeitende Gewerbe den konjunkturellen Verlauf auch im ersten Halbjahr 2011. Es zeigte im Vergleich der Wirtschaftsbereiche die größte Dynamik. Daher sorgte vor allem die Industrie für das kräftige gesamtwirtschaftliche Plus – in Hessen wie in Deutschland. Hierzulande konnte sich die Industrie gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 sogar etwas besser entwickeln als im Bundesmittel. Dieser leichte Vorsprung übertrug sich aber nicht in einen gesamtwirtschaftlichen Vorsprung. Dazu war der industrielle Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung Hessens im Vergleich zu Deutschland zu gering. Der Vorsprung Hessens beim BIP im ersten Halbjahr 2011 wird vor allem von den Dienstleistungsbereichen getragen. Die aktuell verfügbare, noch unvollständige Datenbasis lässt hier eine bessere Entwicklung als im Ländermittel erkennen und der hohe Anteil der Dienstleistungen an der Gesamtwirtschaft Hessens (gut drei Viertel) sorgte für eine starke Übertragung auf das BIP-Wachstum. Der Ausstieg aus der Kernkraft wirkte durch eine verringerte Stromerzeugung in Hessen negativ auf das Wirtschaftswachstum.

Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel weiterhin beliebtester Ausbildungsberuf

Im Jahr 2010 begannen in Hessen etwa 39 600 Jugendliche eine betriebliche Ausbildung. Der Ausbildungsberuf Kaufmann/-frau im Einzelhandel war mit 2570 unter den Ausbildungsanfängern am häufigsten besetzt. Auf den Rängen 2 und 3 folgten Verkäufer/-in und Bürokaufmann/-kauffrau mit 1850 bzw. 1710 Neuverträgen. Die Präferenzen der Jungen und Mädchen waren nach wie vor unterschiedlich. Unter den 15 beliebtesten Ausbildungsberufen bei den männlichen Ausbildungsanfängern befanden sich 8 Handwerks- und 7 Dienstleistungsberufe. Dagegen gab es unter den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen der Frauen nur einen Fertigungsberuf. Am häufigsten wurden von den jungen Männern Neuverträge in den Berufen Kraftfahrzeugmechatroniker (1230), Kaufmann im Einzelhandel (1220) und Elektroniker (860) abgeschlossen. Bei den Ausbildungsanfängerinnen lagen die Berufe Kauffrau im Einzelhandel (1350), Bürokauffrau (1160) und Verkäuferin (1070) vorn. Insgesamt wurden 2010 in Hessen 23 000 Ausbildungsverträge von jungen Männern und 16 600 von jungen Frauen neu abgeschlossen. Eine detaillierte Übersicht über die 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe nach Ausbildungsverhältnissen und Neuabschlüssen finden Sie im Internetangebot des Hessischen Statistischen Landesamtes unter: www.statistik-hessen.de (Bildung/Berufliche Bildung).

Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens

Informationen zur Entwicklung und Struktur der Wirtschaftsleistung sowie zu den Einkommensverhältnissen in den kreisfreien Städten und Landkreisen sind für die Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes von großer Bedeutung. Im vorliegenden Beitrag wird eingangs die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009 dargestellt. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der hessischen Landkreise nahm 2009 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % ab und lag damit genau im Bundestrend. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise waren in den Kreisen deutlich stärker zu spüren als in den kreisfreien Städten, die einen Rückgang des BIP um 0,5 % verzeichneten. Landesweit nahm das nominale BIP um 2,2 % ab. Anschließend werden regionale Entwicklungen aus der Entstehungs- und aus der Verteilungsperspektive aufgezeigt. Entstehungsseitig werden strukturelle Änderungen anhand von 2 Trends dargestellt: Zum einen wird der Trend zur Dienstleistungswirtschaft, der auch unter dem Schlagwort Tertiärisierung firmiert, thematisiert, zum anderen soll der Trend zur Wissenswirtschaft anhand der Entwicklung technologieintensiver Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und wissensintensiver Dienstleistungen dargestellt werden. Im Zehnjahresvergleich nahm der Anteil des Dienstleistungsbereichs in den Landkreisen stärker zu als in den kreisfreien Städten, jedoch auf einem geringeren Niveau. Beim Einkommensaggregat „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer“ zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Eine Zerlegung dieser Unterschiede in einen Struktur- und einen Einkommenseffekt legt offen, dass Letzterer in der Gesamtbetrachtung überwiegt, was bedeutet, dass die Entlohnung in den kreisfreien Städten innerhalb der gleichen Wirtschaftsbereiche höher als in den Landkreisen ist. Bei der Betrachtung der beiden Effekte auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche sind jedoch regionalspezifische Strukturen ausschlaggebend. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es enthält alle Einkommen, die den privaten Haushalten zufließen, und alle Abzüge, die es reduzieren. Spitzenreiter in Hessen beim verfügbaren Einkommen je Einwohner ist der Hochtaunuskreis; es zeigt sich, dass sich der Abstand zum einkommensschwächsten Kreis ausgeweitet hat. Nach der Darstellung der Entwicklung des verfügbaren Einkommens wird abschließend der Frage nachgegangen, wie sich die Einkommensverteilung, d. h. die Umverteilung vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen, im abgelaufenen Zehnjahreszeitraum in Hessen verändert hat. Das verfügbare Einkommen entwickelte sich stärker als das Primäreinkommen, was insbesondere auf die Zunahme von Sozialleistungen zurückgeführt werden kann. Damit hat die Umverteilung zwar zugenommen, der Abstand des letztplatzierten Kreises zum Landesdurchschnitt hat sich dennoch ausgeweitet. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) stellt gesamtwirtschaftliche Ergebnisse auf Länderebene regelmäßig zur Verfügung. Das Hessische Statistische Landesamt, das diesem Arbeitskreis angehört, errechnet für Hessen darüber hinaus Ergebnisse auf der Ebene der Verwaltungsbezirke. Da die Regionalisierung der Landeswerte eine große Menge statistischer Quelldaten erfordert, liegen die Ergebnisse für die Verwaltungsbezirke erst eineinhalb Jahre nach Ablauf des Berichtsjahres vor.

In den Landkreisen wurden 60 % der Wirtschaftsleistung erbracht

Im Jahr 2009 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Hessen 215,3 Mrd. Euro¹⁾. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller in einer Region produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Damit drückt das BIP die in einer Region erbrach-

te wirtschaftliche Leistung aus. Knapp 60 % wurden in den Landkreisen und gut 40 % in den kreisfreien Städten erwirtschaftet. Der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes liegt in Südhessen. Auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfielen 70 % der hessischen Wirtschaftsleistung. Hier sind die großen kreisfreien Städte des Landes mit ihren zentralörtlichen Funktionen angesiedelt: Darmstadt als Sitz des Regierungspräsidiums und der Technischen Universität, Frankfurt am Main als Dienstleistungszentrum mit den Bankenzentralen, Sitz der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank und ebenfalls Universitätsstadt, sowie die Landeshauptstadt Wiesbaden als Standort der Landesverwaltung und von Versicherungsunternehmen. Damit

1) Ausführliche Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten können den Statistischen Berichten entnommen werden, die unter www.statistik-hessen.de, Thema „Gesamtwirtschaft, Konjunktur“, Unterthema „Veröffentlichungen“ kostenfrei abgerufen werden können.

Nominales Bruttoinlandsprodukt in den hessischen Verwaltungsbezirken 2009 in Rangfolge (Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr)



HSL 65/11

Berechnungen nach ESGV 1995. Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

wurde im Regierungsbezirk Darmstadt das 2,4-fache der Regierungsbezirke Kassel und Gießen erwirtschaftet, die gut 16 bzw. 13 % zum Gesamtergebnis beitragen.

Schwergewicht unter den Verwaltungsbezirken war Frankfurt am Main. Hier wurde im Jahr 2009 allein ein Viertel des hessischen BIP erwirtschaftet. Dahinter folgte mit großem Abstand die Landeshauptstadt Wiesbaden mit einem Anteil von gut 6 %. Den größten Anteil unter den Kreisen trug der Landkreis Offenbach mit gut 5 % bei, gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis mit einem Anteilwert von knapp 5 %. Die geringsten Beiträge zum hessischen BIP leisteten mit jeweils rund 1 % der Odenwaldkreis, der Vogelsbergkreis und der Werra-Meißner-Kreis.

BIP in den Kreisen stärker gesunken als in den kreisfreien Städten

In Hessen insgesamt nahm im Krisenjahr 2009 das BIP preisbereinigt um 4,1 % ab; nominal war ein Minus von 2,2 % festzustellen. In den Landkreisen ging das nominale BIP um 3,4 % zurück; das nominale BIP in Deutschland wies die gleiche Veränderungsrate auf. Damit schlug sich die Wirtschafts- und Finanzkrise in Hessen in den Kreisen deutlich stärker nieder als in den kreisfreien Städten, die einen Rückgang des nominalen BIP von 0,5 % verzeichneten. Im Lahn-Dill-Kreis nahm das BIP um 8,2 % ab. Dies war mit Abstand der stärkste Rückgang unter den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten, gefolgt vom Landkreis Groß-Gerau mit - 4,7 und dem Landkreis

Kassel mit - 4,5 %. Dagegen wies die Stadt Frankfurt am Main mit einem Minus von 0,2 % den geringsten Rückgang auf, gefolgt von der Wissenschaftsstadt Darmstadt mit - 0,4 %. Hierbei handelt es sich um vorläufige Ergebnisse, die für die hessischen Verwaltungsbezirke bis 2009 nur nominal vorliegen, da auf Kreisebene keine Informationen bezüglich der Deflationierung verfügbar sind.

Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation muss neben der Veränderungsrate allerdings auch das Niveau betrachtet werden. So betrug beispielsweise im Jahr 2009 das BIP je Einwohner im Lahn-Dill-Kreis 28 500 Euro und lag damit über dem Durchschnitt der hessischen Kreise (27 590 Euro). Grundsätzlich belegen beim Vergleich der Wirtschaftsleistung je Einwohner die kreisfreien Städte Spitzenplätze. Sie profitieren von einem Überschuss an Einpendlern, die an ihrem Arbeitsort zur Wertschöpfung beitragen. Hier entfielen im Durchschnitt auf jeden Einwohner 61 860 Euro des BIP. Frankfurt am Main übertraf den Hessenwert (35 510 Euro) um mehr als 120 % und erreichte 79 490 Euro. Neben dem Einpendlerüberschuss zeichnen dafür eine hochproduktive Wirtschaftsstruktur und eine Häufung von Unternehmenszentralen verantwortlich. Am anderen Ende der Skala lag der Rheingau-Taunus-Kreis (20 400 Euro).

Wirtschaftsstrukturen und deren Veränderungen im Zeitablauf

Eine Darstellung der Wirtschaftsstrukturen, also der Bereiche, in denen die Wirtschaftsleistung erbracht wird, ist anhand des BIP, das zu Marktpreisen ermittelt wird, nicht möglich. Hierfür wird die Bruttowertschöpfung (BWS) zu Herstellungspreisen herangezogen. Die gesamtwirtschaftliche BWS wird berechnet, indem vom BIP die Gütersteuern abgezogen und die Gütersubventionen zum BIP addiert werden. Denn vom Marktpreis, den die Kunden zahlen, müssen die Hersteller die Gütersteuern unmittelbar an den Staat weiterreichen und erhalten ggf. umgekehrt vom Staat zusätzlich zum Marktpreis Gütersubventionen. Aus Sicht des Herstellers ist daher jede Einheit des von ihm produzierten Gutes zu Herstellungspreisen und nicht zu Marktpreisen zu bewerten. Bei den nachfolgenden Darstellungen werden die Ergebnisse keinem Vorjahresvergleich unterzogen, da sich Strukturen nicht sprunghaft, sondern nur allmählich ändern. Daher wird im Folgenden zu einem aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich übergegangen.

Der Strukturwandel wird durch 2 Trends bestimmt. Zum einen durch den Trend zur Dienstleistungswirtschaft, der

2) Als Negativbeispiele seien Irland genannt, das vom Agrarstandort unter Auslassung der „industriellen Revolution“ sich zum Dienstleistungsstandort gewandelt und vor allem in diesem Bereich ausländische Direktinvestitionen angezogen hat, oder Griechenland, dessen wenig wettbewerbsfähige Industrie einem überdimensionierten öffentlichen Sektor gegenübersteht.

auch unter dem Schlagwort Tertiärisierung firmiert, und zum anderen durch den Trend zur Wissenswirtschaft, der dadurch gekennzeichnet ist, dass die Wirtschaftszweige die besten Wachstums- und Beschäftigungsaussichten haben, die besonders intensiv im Innovationswettbewerb stehen und hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung tätigen. Diese beiden Trends sollen im Folgenden dargestellt werden.

Deutliche Unterschiede der Wirtschaftszweigstrukturen

In Hessen wurden im Jahr 2009 gut 78 % der BWS im Dienstleistungsbereich erbracht; 2000 waren es noch knapp 73 %. Dies entspricht einer Zunahme von gut 5 Prozentpunkten. In den 3 Regierungsbezirken war jeweils der gleiche Anstieg zu beobachten, jedoch waren die Niveaus unterschiedlich. Während im Regierungsbezirk Darmstadt im Jahr 2009 knapp 81 % der Wirtschaftsleistung auf den tertiären Sektor entfielen, waren es im Regierungsbezirk Kassel knapp 73 % und im Regierungsbezirk Gießen 70 %.

In den hessischen kreisfreien Städten vollzog sich der Wandel in den letzten 10 Jahren zwar langsamer als in den Landkreisen, jedoch war in den Städten im Jahr 2000 das Niveau deutlich höher. Dort nahm der Dienstleistungsanteil um knapp 4 Prozentpunkte auf 84 % zu. Demgegenüber war in den Landkreisen ein Anstieg von gut 6 Prozentpunkten auf 74 % zu verzeichnen. Damit kann festgestellt werden, dass die Tertiärisierung in den kreisfreien Städten früher als in den Landkreisen erfolgt ist. Auf dem erhöhten städtischen Niveau war in den letzten 10 Jahren die Dynamik geringer als in den Kreisen, was bei Letzteren als Aufholprozess der Dienstleistungsbereiche verstanden werden kann. Diese Dynamik bedeutet aber nicht notwendigerweise einen Bedeutungsverlust des Produzierendes Gewerbes, denn es kann nicht dargestellt werden, in welchem Ausmaß Unternehmen des sekundären Sektors Dienstleistungen anziehen und wie stark die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Bereichen sind. Weiterhin werden durch Outsourcing zunehmend kosten- und arbeitsintensive Teilfunktionen ausgelagert, wodurch sich Kostenvorteile ergeben und eine Konzentration auf das Kerngeschäft ermöglicht wird, mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit zu sichern und auszubauen. Damit geht auch die Erhaltung eines industriellen Kerns einher. Anders gewendet bedeutet dies: Die Dienstleister sind auf die Unternehmen des Produzierendes Gewerbes angewiesen, denen sie ihre Dienste anbieten können²⁾.

Der größte Zuwachs beim Dienstleistungsanteil unter den Kreisen war im Main-Kinzig-Kreis festzustellen. Hier nahm der Beitrag des tertiären Sektors von 2000 bis 2009 um knapp 12 Prozentpunkte auf knapp 71 % zu. Die geringsten Anstiege waren in der Stadt Kassel zu

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen bzw. nach Technologie- bzw. Wissensintensität
(Anteile der BWS in jeweiligen Preisen an der BWS insgesamt — Angaben in %)

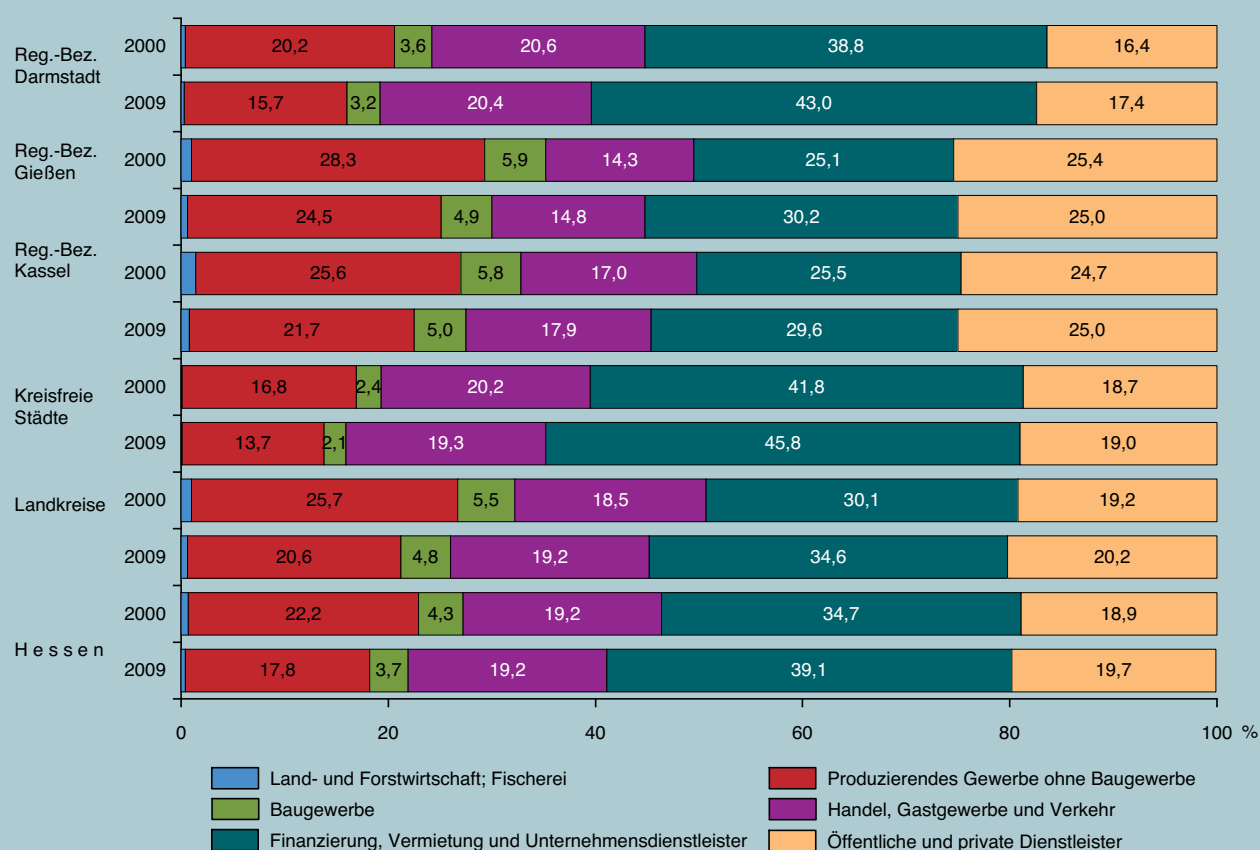
Verwaltungsbezirk	Jahr	Wirtschaftsbereiche							Technologie- bzw. Wissensintensität			
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	Spitzen-technologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen	weitere wissensintensive Dienstleistungen	übrige Wirtschaftsbereiche
Darmstadt, St.	2000	0,2	23,2	2,2	13,9	31,2	29,4	2,6	11,4	12,1	41,3	32,6
	2009	0,1	22,6	1,8	12,7	37,3	25,5	2,2	15,4	12,7	43,7	26,0
Frankfurt am Main, St.	2000	0,1	15,6	2,1	22,7	46,1	13,6	0,9	9,3	5,3	52,8	31,6
	2009	0,1	12,1	1,7	22,2	50,0	13,9	0,5	8,0	5,5	55,1	30,9
Offenbach am Main, St.	2000	0,1	25,7	2,5	21,9	31,4	18,4	0,0	20,3	3,5	39,6	36,6
	2009	0,1	15,7	3,4	19,1	39,9	21,8	0,3	10,7	3,6	50,3	35,1
Wiesbaden, St.	2000	0,2	13,3	3,1	14,6	42,8	26,0	1,0	5,2	3,4	51,8	38,5
	2009	0,2	10,8	2,9	13,8	44,5	27,9	1,6	5,0	4,0	53,0	36,3
Bergstraße	2000	1,0	25,4	7,1	17,7	29,4	19,4	4,4	6,3	3,2	43,1	42,9
	2009	0,7	22,8	5,7	18,1	33,3	19,4	4,4	6,3	3,2	43,1	42,9
Darmstadt- Dieburg	2000	1,1	23,5	7,1	18,9	31,8	17,6	5,7	7,1	4,4	38,6	44,2
	2009	0,8	20,1	6,3	20,0	34,0	18,9	7,2	6,4	4,6	42,1	39,8
Groß-Gerau	2000	0,5	32,2	3,2	30,3	23,3	10,5	0,1	24,3	4,0	37,0	34,5
	2009	0,4	23,0	3,4	29,4	30,4	13,5	0,0	17,5	6,3	37,2	39,0
Hochtaunus-kreis	2000	0,3	20,7	3,0	13,7	46,5	15,8	1,6	12,9	3,6	53,0	29,0
	2009	0,2	14,3	2,8	14,4	51,2	17,1	0,8	8,3	4,6	57,4	28,8
Main-Kinzig-Kreis	2000	0,8	33,7	6,1	18,6	25,2	15,6	1,7	11,5	2,6	32,6	51,5
	2009	0,7	22,9	5,5	19,0	32,6	19,3	0,8	7,7	2,6	43,0	45,9
Main-Taunus-Kreis	2000	0,3	14,6	2,8	23,9	47,3	11,2	1,3	7,3	5,0	50,5	35,9
	2009	0,2	9,2	2,3	27,0	48,3	13,0	0,9	4,9	7,2	51,3	35,6
Odenwaldkreis	2000	1,3	31,5	7,9	11,4	27,5	20,3	0,3	7,5	1,8	38,4	51,9
	2009	0,9	24,0	6,3	11,9	34,9	22,1	0,5	5,0	2,1	47,3	45,1
Offenbach	2000	0,3	20,2	4,5	26,2	37,7	11,1	0,8	10,0	5,0	41,2	43,0
	2009	0,3	15,2	4,0	26,6	41,0	12,9	0,7	6,6	5,9	44,5	42,4
Rheingau-Taunus-Kreis	2000	1,3	18,7	6,2	12,8	35,2	25,8	1,2	6,0	5,5	48,0	39,3
	2009	0,9	18,8	5,4	14,0	37,9	22,9	2,0	7,1	4,8	50,2	36,1
Wetteraukreis	2000	1,3	19,2	6,5	17,8	34,4	20,9	0,6	9,2	3,4	44,7	42,1
	2009	0,7	19,4	5,1	16,7	36,5	21,6	0,4	10,8	3,9	47,2	37,6
Reg.-Bez. Darmstadt	2000	0,4	20,2	3,6	20,6	38,8	16,4	1,3	10,4	4,7	46,5	37,1
	2009	0,3	15,7	3,2	20,4	43,0	17,4	1,2	8,4	5,3	49,8	35,3
Gießen	2000	0,6	19,0	4,9	19,3	27,0	29,1	1,6	6,7	4,2	45,8	41,8
	2009	0,4	15,3	4,0	18,6	33,6	28,0	1,6	4,4	3,8	49,8	40,4
Lahn-Dill-Kreis	2000	0,5	40,9	5,8	12,9	22,2	17,7	5,8	15,4	2,6	31,4	44,8
	2009	0,3	32,9	4,5	13,6	28,5	20,1	5,7	10,1	2,7	39,4	42,0
Limburg-Weilburg	2000	1,2	18,2	9,1	15,4	32,0	24,1	1,0	6,4	2,6	45,6	44,4
	2009	0,7	15,0	7,6	16,2	35,1	25,5	1,7	4,8	3,5	48,6	41,4
Marburg-Biedenkopf	2000	1,1	32,5	4,6	10,2	22,0	29,6	0,9	11,5	4,0	39,7	43,9
	2009	0,5	32,7	3,8	11,1	25,8	26,1	0,3	16,5	4,5	40,9	37,9
Vogelsbergkreis	2000	3,4	23,1	8,0	13,3	25,5	26,6	1,0	5,6	2,5	39,5	51,4
	2009	1,9	18,0	7,5	15,5	29,5	27,6	0,7	4,1	3,2	45,2	46,8
Reg.-Bez. Gießen	2000	1,0	28,3	5,9	14,3	25,1	25,4	2,4	10,0	3,4	40,0	44,2
	2009	0,6	24,5	4,9	14,8	30,2	25,0	2,3	9,0	3,6	44,3	40,8

Noch: Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen bzw. nach Technologie- bzw. Wissensintensität
(Anteile der BWS in jeweiligen Preisen an der BWS insgesamt — Angaben in %)

Verwaltungsbezirk	Jahr	Wirtschaftsbereiche								Technologie- bzw. Wissensintensität				
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	Spitzen-technologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen	weitere wissensintensive Dienstleistungen	übrige Wirtschaftsbereiche		
Kassel, St.	2000	0,2	18,8	3,5	18,1	29,4	30,0	0,5	9,9	4,1	45,1	40,4		
	2009	0,2	18,6	2,8	16,4	32,3	29,6	0,6	9,3	3,6	47,9	38,6		
Fulda	2000	1,3	25,1	7,6	19,2	26,7	20,1	1,2	5,3	4,4	36,7	52,4		
	2009	0,7	22,2	6,5	19,7	30,1	20,9	1,8	6,9	3,9	41,0	46,4		
Hersfeld-Rotenburg	2000	1,5	24,1	6,9	20,5	26,3	20,8	3,0	12,2	5,1	37,5	42,2		
	2009	0,9	24,0	5,9	21,6	27,9	19,7	5,2	13,2	5,3	39,0	37,3		
Kassel	2000	1,4	33,5	5,1	16,5	24,5	19,0	0,5	9,9	4,1	45,1	40,4		
	2009	0,8	24,7	4,7	18,7	31,1	20,0	0,4	18,7	3,5	43,0	34,4		
Schwalm-Eder-Kreis	2000	2,5	23,7	6,1	16,7	23,6	27,4	7,4	2,3	1,4	36,8	52,0		
	2009	1,3	20,5	4,7	18,9	26,0	28,6	10,0	2,6	2,0	40,0	45,4		
Waldeck-Frankenberg	2000	2,3	32,1	6,2	12,4	19,7	27,2	0,8	3,2	1,0	37,4	57,6		
	2009	1,3	24,9	5,5	14,8	26,4	27,0	0,6	3,9	1,5	44,9	49,3		
Werra-Meißner-Kreis	2000	2,1	24,1	7,2	13,4	25,2	28,0	0,4	5,7	1,1	40,7	52,2		
	2009	1,4	17,6	6,7	14,5	30,5	29,3	0,4	4,4	1,6	49,1	44,6		
Reg.-Bez. Kassel	2000	1,4	25,6	5,8	17,0	25,5	24,7	1,7	10,0	3,0	39,1	46,2		
	2009	0,8	21,7	5,0	17,9	29,6	25,0	2,4	8,8	3,2	43,6	42,0		
Hessen	2000	0,7	22,2	4,3	19,2	34,7	18,9	1,5	10,3	4,3	44,4	39,5		
	2009	0,4	17,8	3,7	19,2	39,1	19,7	1,5	8,5	4,8	48,1	37,1		
davon														
kreisfreie Städte	2000	0,1	16,8	2,4	20,2	41,8	18,7	1,0	9,6	5,4	50,1	33,9		
	2009	0,1	13,7	2,1	19,3	45,8	19,0	0,8	8,5	5,6	52,8	32,2		
Landkreise	2000	1,0	25,7	5,5	18,5	30,1	19,2	1,9	10,7	3,5	40,6	43,3		
	2009	0,6	20,6	4,8	19,2	34,6	20,2	2,0	8,6	4,2	44,8	40,4		

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Nomenklatur aus: Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7.

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009
(Anteile der BWS der Wirtschaftsbereiche an der BWS insgesamt¹⁾)



1) Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf die Angabe von Anteilwerten des Wirtschaftsbereichs „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ verzichtet. Berechnungen nach ESVG 1995. Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

HSL 66/11

verzeichnen, wo der Landeswert von gut 78 % im Jahr 2009 nur leicht übertroffen wurde.

Der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ ist der gewichtigste in Hessen. Im Jahr 2009 wurden hier gut 39 % der Wirtschaftsleistung erbracht, gut 4 Prozentpunkte mehr als im Zehnjahresvergleich. Der größte Anstieg war mit knapp 9 Prozentpunkten in der Stadt Offenbach am Main festzustellen; der Landeswert wurde damit jedoch nur geringfügig übertroffen. In Frankfurt am Main wurde die Hälfte der Wirtschaftsleistung im genannten Wirtschaftsbereich erbracht; ein um 1 Prozentpunkt noch höheren Anteilwert wies der Hochtaunuskreis auf.

Unter den hessischen Kreisen verzeichnete der Lahn-Dill-Kreis den höchsten Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe. Wurden im Jahr 2000 hier noch knapp 41 % erwirtschaftet, war es im Jahr 2009 knapp ein Drittel. Ihren Industrieanteil halten bzw. noch leicht ausbauen konnten der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem Anteil von einem Drittel, sowie der Rheingau-Taunus-Kreis und der Wetteraukreis mit jeweils rund einem Fünftel.

Technologie- und wissensintensive Wirtschaftsbereiche

Nach der traditionellen Darstellung der Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke anhand der Wirtschaftszweigklassifikation (NACE Rev. 1.1) wird im Folgenden eine alternative Beschreibung der ökonomischen Strukturen vorgestellt. Statt der Zusammenfassung nach ähnlichen Wirtschaftsbereichen bzw. Tätigkeiten erfolgt eine Beschreibung der wirtschaftlichen Verhältnisse anhand des Ausmaßes der Technologieintensität bzw. der Wissensbasierung.

Technologieintensive Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes werden als solche klassifiziert, wenn der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) am Umsatz – der sogenannten FuE-Intensität – über 2,5 % liegt. Wird ein Anteilwert von 7 % überschritten, dann wird der Begriff „Spitzentechnologie-Sektoren“ verwendet. Das überwiegend naturwissenschaftlich-technologische Messkonzept ist sehr stark auf das Verarbeitende Gewerbe zugeschnitten. Die Aufwendungen in FuE finden im Dienstleistungsbereich keine Entsprechung. Im tertiären Sektor ist die Wissensintensität Ausdruck der Integration mit einer generischen oder dienstleistungsspezifischen Wissenschafts- oder

Technologiebasis. Bei ihr handelt es sich um eine Kombination aus in neuen Geräten gebundenem Wissen, hochqualifiziertem Personal und FuE-Intensität. Damit stellt der Anteil erstklassig qualifizierter Beschäftigter (Akademiker) sowie von über FuE hinaus noch mit Planung, Konstruktion, Design usw. befassten Personen eine relativ gute Annäherung an das Innovationspotenzial im Dienstleistungssektor und die Innovationsfähigkeit seiner Unternehmen dar. Diese Indikatoren entsprechen dem FuE-Personal in den Industriebetrieben: Der Einsatz von hoch qualifiziertem Personal bildet damit den gemeinsamen Nenner von technologieintensiven Industrien und wissensintensiven Dienstleistungen.

Die gemeinsame Abgrenzung wissensintensiver Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs erfolgt in einer Zusammenschau der folgenden Indikatoren:

- Der Anteil der Akademiker mit natur- und ingenieurwissenschaftlicher Ausrichtung ist ein Indiz für den Einsatz von Schlüsselqualifikationen für den technischen Forschungs- und Entwicklungsprozess („Wissenschaftlerintensität“).
- Der Anteil des Personals, das in den Bereichen „Forschung, Entwicklung und Konstruktion“ (FEK) eingesetzt wird, schließt vor allem die Lücken in der Erfassung der Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor („FEK-Intensität“).
- Der Anteil der Beschäftigten mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss („Akademikerquote“) ermöglicht es, auch die Umsetzungsmöglichkeiten von technischen Innovationen im Dienstleistungsbereich zu erfassen. Technologie anwendende Unternehmen verfügen oftmals weniger über natur- und ingenieurwissenschaftliche Kernkompetenzen, sondern vielmehr über besondere Fähigkeiten in kaufmännischen, medizinischen oder sozialwissenschaftlichen Bereichen³⁾.

Die auf der Grundlage dieser Merkmale identifizierte Nomenklatur ist in der Übersicht auf Seite 278 dargestellt.

Die von Eurostat vorgenommene Klassifikation beschränkt sich nur auf den Dienstleistungsbereich und

3) Krawczyk, Olaf, et al., „Deutschlands forschungsintensive Industrien und wissensbasierte Dienstleistungen: Außenhandel, Produktion und Beschäftigung“, NIW, DIW (Herausgeber), „Studien zum deutschen Innovationssystem“, Nr. 17-2004, Hannover, Berlin, S. 4. ff.; Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf der bei Eurostat erarbeiteten Nomenklatur.

4) Statistischer Bericht, Strukturhebung der Unternehmen im Dienstleistungsbereich in Hessen 2008, Kennziffer: J I 1 - j/08, Oktober 2010. Ergebnisse des Jahres 2009 können aus der genannten Erhebung nicht herangezogen werden, da diese bereits in der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 vorliegen und daher mit den VGR-Ergebnissen, die noch nach der Wirtschaftszweigklassifikation 2003 berechnet und veröffentlicht werden, nicht vergleichbar sind.

das Verarbeitende Gewerbe. Insbesondere wird der Wirtschaftsbereich „Energie- und Wasserversorgung“ als Bestandteil des Produzierenden Gewerbes in dieser Betrachtung ausgeklammert, obwohl davon auszugehen ist, dass insbesondere im erstgenannten Teilbereich hochwertige Technologien zum Einsatz kommen.

Ein anderer Schwachpunkt dieser Nomenklatur liegt in der Gliederungstiefe begründet. Auf dieser Aggregatensebene, d. h. der Ebene der Wirtschaftsabteilungen, können nur Strukturmuster aufgezeigt werden, differenzierte Darstellungen der Technologie- und Wissensbasierung sind nicht möglich. Da in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl bei der Erstellung der Landes- als auch der Kreisergebnisse auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen gerechnet wird, ist diese Nomenklatur die einzige Möglichkeit, derartige Strukturen mit VGR-Daten abzubilden.

Vor der Darstellung der Ergebnisse werden im Folgenden einige Schwachstellen der genannten Nomenklatur skizziert. In der Abteilung 74 „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ werden alle nicht bereits klassifizierten Dienstleistungen zusammengefasst. Die Bandbreite reicht von Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Unternehmensberatung, Architekten- und Ingenieurbüros, Werbung, Call Center, Wach- und Sicherheitsdiensten, Gebäudereinigung bis hin zu weiteren Dienstleistungen, die an anderen Stellen der Klassifikation nicht aufgeführt wurden. Letztgenannte Teilbereiche erfüllen einerseits eher nicht den Tatbestand einer substantziellen Wissensbasierung, andererseits stellen sie nicht den Schwerpunkt des Wirtschaftsbereichs dar. Auf die letztgenannten 3 Bereiche entfielen im Jahr 2007 29 % der tätigen Personen in der Abteilung 74⁴⁾.

Auch der Abschnitt 92 „Kultur, Sport und Unterhaltung“ weist Teilbereiche auf, die nicht als besonders wissensintensiv anzusehen sind. Während die Film- und Videoherstellung, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, aber auch Bibliotheken, Archive und Museen eindeutig mehrheitlich als wissensbasiert anzusehen sind, trifft dies für den Betrieb von Sport-, Grün- und Gartenanlagen, Sportverbände bzw. -vereine, sowie das Wett- und Lotteriewesen, aber auch Spielbanken nicht schwerpunktmäßig zu. Die Ergebnisse sind durch die genannten Einschränkungen leicht verzerrt, gleichwohl liefern sie alternative Informationen über ökonomische Strukturen aus dem Blickwinkel der Technologie- und Wissensbasierung.

Technologie- und wissensintensive Wirtschaftszweige in den hessischen Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2009 wurden in Hessen knapp 63 % der Wirtschaftsleistung in technologie- und wissensintensi-

Klassifikation der technologieintensiven Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und der wissensintensiven Dienstleistungen

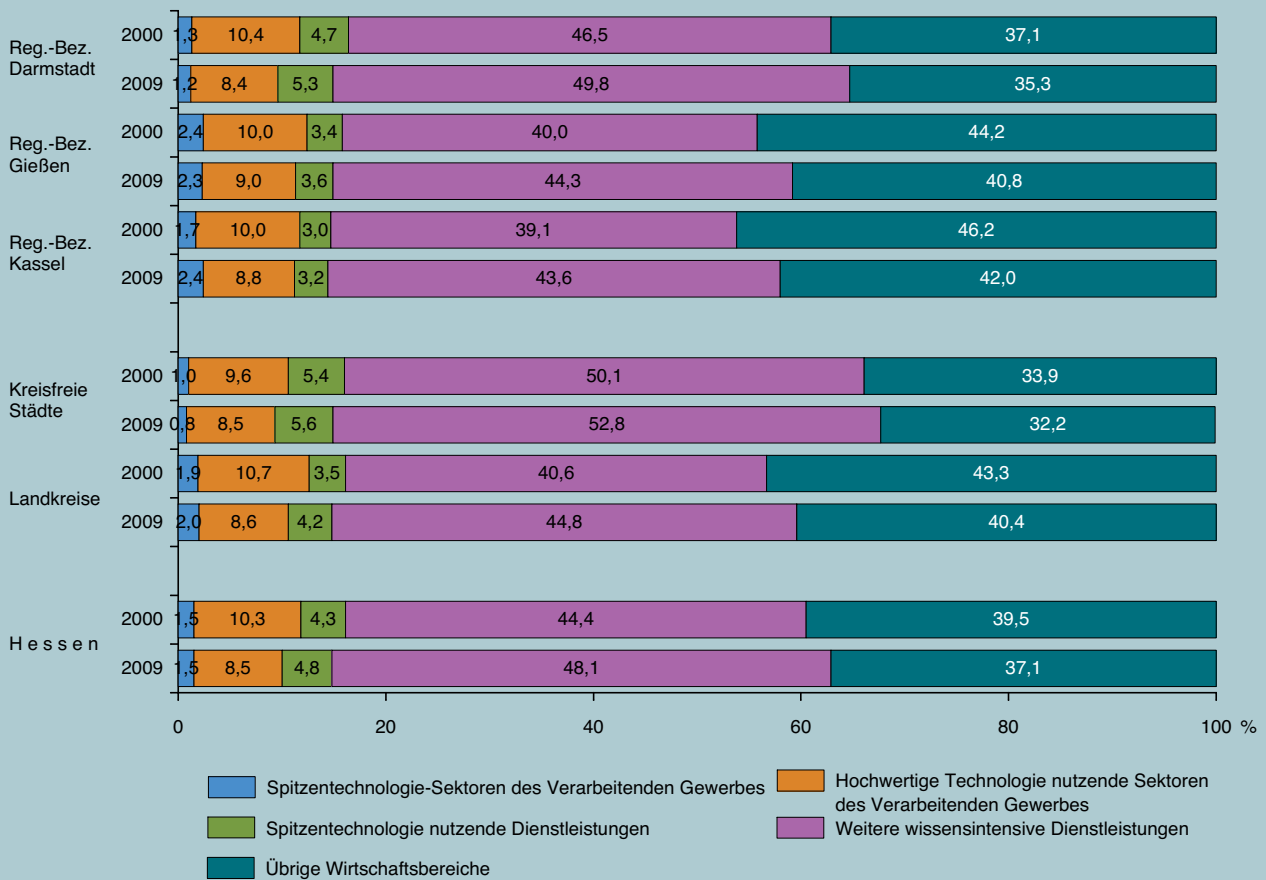
Abteilung der Wirtschaftszweignklassifikation 2003	Bezeichnung
Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren
Hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	
24	Chemische Industrie
29	Maschinenbau
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.
34	Fahrzeugbau
35	Sonstiger Fahrzeugbau
Spitzentechnologie nutzende wissensintensive Dienstleistungen	
64	Nachrichtenübermittlung
72	Datenverarbeitung und Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
Weitere wissensintensive Dienstleistungen	
61	Schifffahrt
62	Luftfahrt
65	Kreditgewerbe
66	Versicherungsgewerbe
67	Mit dem Kreditgewerbe verbundene Tätigkeiten
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.
80	Erziehung und Unterricht
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
92	Kultur, Sport und Unterhaltung

Quelle: Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7.

ven Wirtschaftsbereichen erbracht. Gegenüber dem Jahr 2000 kann eine Zunahme dieses Anteilwertes von 2,4 Prozentpunkten festgestellt werden. Der Schwerpunkt lag auf den wissensintensiven Dienstleistungen, auf die knapp die Hälfte der BWS entfielen, und die gegenüber dem Jahr 2000 ihren Anteil um 3,7 Prozentpunkte steigern konnten. Die Spitzentechnologie nutzenden Dienstleistungen erhöhten im Zehnjahresvergleich ihren Anteil um 0,5 Prozentpunkte auf 4,8 % nur geringfügig. Auf die beiden technologieintensiven Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes entfielen im Jahr 2009 10,1 %, 1,7 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2000. Während bei den Spitzentechnologie nutzenden Sektoren eine Stagnation des Anteilwertes bei 1,5 % festzustellen war, nahm der Anteil der Wertschöpfung der hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren an der gesamten Wertschöpfung um 1,7 Prozentpunkte auf 8,5 % ab.

Die Trends der 4 technologie- bzw. wissensintensiven Bereiche in Hessen können im Allgemeinen auch für die einzelnen Verwaltungsbezirke festgestellt werden. Auffallend ist, dass der Regierungsbezirk Kassel – entgegen der Landesentwicklung – seinen Anteil bei den Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes ausbauen konnte, was auf den Wirtschaftsbereich „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren“ zurückzuführen ist. Daneben gab es zum Teil weitere beträchtliche strukturelle Unterschiede. So übertraf der Anteil der wissensintensiven Dienstleistungen der kreisfreien Städte den Landeswert, was ebenso für den Regierungsbezirk Darmstadt gilt, in dem die meisten hessischen kreisfreien Städte liegen. Dies führte auch dazu, dass die Landkreise – aber auch die weniger verstädterten Regierungsbezirke Gießen und Kassel – höhere Anteile an übrigen Wirtschaftsbereichen auf-

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009
(Anteil der BWS technologieintensiver Wirtschaftsbereiche des
Verarbeitenden Gewerbes bzw. wissensintensiver Dienstleistungsbereiche an der BWS insgesamt)



HSL 67/11

Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

wiesen, die weniger technologie- bzw. wissensintensiv geprägt sind. Während die Landkreise bei den beiden Bereichen der wissensintensiven Dienstleistungen unter dem Landesmittelwert lagen, wiesen sie bei den beiden technologieintensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes höhere Anteile als im Landesdurchschnitt auf.

Den höchsten Wertschöpfungsanteil von Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes wies der Schwalm-Eder-Kreis mit 10 %, gefolgt vom Landkreis Darmstadt-Dieburg mit 7,2 %, auf. In beiden Kreisen spielte der Wirtschaftsbereich „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik und Herstellung von Uhren“ eine bedeutende Rolle. Während sich in den meisten Landkreisen dieser Anteilwert auf einem vergleichsweise geringem Niveau bewegte und im Zehnjahresvergleich abnahm, konnte in den beiden genannten Landkreisen der Anteilwert signifikant gesteigert werden.

Der Landkreis Kassel verzeichnete bei den hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2009 mit 18,7 % den höchsten Wert in Hessen. Im Jahr 2000 lag der Anteil noch um 8,9 Pro-

zentpunkte niedriger. Der Anstieg war insbesondere auf den Wirtschaftsbereich „Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.“ zurückzuführen. Mit 17,5 % wies der Landkreis Groß-Gerau hier den zweithöchsten Anteilwert auf. Im Jahr 2000 lag der Anteil hier jedoch um 6,8 Prozentpunkte höher. Der Rückgang war insbesondere auf den Wirtschaftsbereich „Fahrzeugbau“ zurückzuführen. Der größte Anteilrückgang in diesem Bereich war mit 9,6 Prozentpunkten in der Stadt Offenbach am Main festzustellen, was durch den Bereich „Maschinenbau“ hervorgerufen wurde. Während in diesem Sektor in den meisten Landkreisen Rückgänge bei den Anteilwerten zu konstatieren waren, war fast eine Verdoppelung des Anteils im Landkreis Kassel zu beobachten, was auf das Konto des Maschinenbaus und des sonstigen Fahrzeugbaus – der die Herstellung von Fahrzeugen umfasst, die nicht in den Automobilbereich fallen – ging.

Den mit Abstand höchsten Wertschöpfungsanteil von Spitzentechnologie nutzenden wissensintensiven Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung wies im Jahr 2009 mit 12,7 % die Stadt Darmstadt auf. Dahin-

ter folgte mit einem Anteil von 7,2 % der Main-Taunus-Kreis. Hier wie in der Stadt Darmstadt ist dies auf den Wirtschaftsbereich „Datenverarbeitung und Datenbanken“ zurückzuführen.

Bei den weiteren wissensintensiven Dienstleistungen wies der Hochtaunuskreis bereits im Jahr 2000 den höchsten Anteilwert auf, der bis ins Jahr 2009 auf 57 % gesteigert werden konnte. Verantwortlich dafür zeichneten die Wirtschaftsbereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie die Erbringung von Dienstleistungen, die, wie oben beschrieben, in anderen Bereichen nicht klassifiziert wurden. Auf diese beiden Bereiche gründete auch das hohe Niveau von Frankfurt am Main. Das größte Anteilsplus bei den weiteren wissensintensiven Dienstleistungen wies mit 10,6 % die Stadt Offenbach am Main auf. Allerdings wurde diese Zunahme von einem fast gleich hohen Anteilsminus bei den hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes begleitet.

Mit Blick auf die Wirtschaftsstrukturen und die Entwicklung der Wirtschaftsleistung kann festgestellt werden, dass in den Regionen, in denen das Verarbeitende Gewerbe stark besetzt ist, die größten Rückgänge der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 zu verzeichnen waren. Dies trifft insbesondere auf den Lahn-Dill-Kreis zu; der Rückgang dieses Wirtschaftsbereichs schlug mit 22,9 % zu Buche. Im Landesdurchschnitt betrug die Abnahme 15,0 %, bei einem Wertschöpfungsanteil von 15,7 %. Hinsichtlich der kreisfreien Städte kann konstatiert werden, dass der höhere Dienstleistungsanteil und hier insbesondere der höhere Anteil wissensintensiver Dienstleistungen für geringere Rückgänge des nominalen BIP im Krisenjahr 2009 sorgte.

Lohnkosten: große Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen

Die in einer Region erbrachte Wirtschaftsleistung kann entstehungsseitig in den Wirtschaftsbereichen erfasst werden. Bei der Produktion von Waren und der Erbringung von Dienstleistungen wird der Produktionsfaktor Arbeit benötigt. Die Entlohnung der Arbeit erfolgt mit dem Arbeitnehmerentgelt. Hauptbestandteil sind die Bruttolöhne und -gehälter. Diese umfassen auch vom Arbeitnehmer gezahlte Sozialbeiträge und Einkommensteuer, die vom Arbeitgeber einbehalten und direkt an die Finanzbehörden bzw. Sozialsysteme abgeführt werden. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber ein. Somit ist das Arbeitnehmerentgelt zum einen eine Einkommensgröße, zum anderen aber auch eine Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit abbildet. Bezieht man das Arbeitnehmerentgelt auf die Zahl der Arbeitnehmer, spricht man von den Lohnkosten.

Im Jahr 2009 gab es bei den Lohnkosten große Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag in den kreisfreien Städten bei 42 400 Euro, während es in den Landkreisen durchschnittlich 35 730 Euro betrug. In allen sieben nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen lagen die Werte der kreisfreien Städte über denen der Landkreise. Die größten Unterschiede waren beim Verarbeitenden Gewerbe festzustellen.

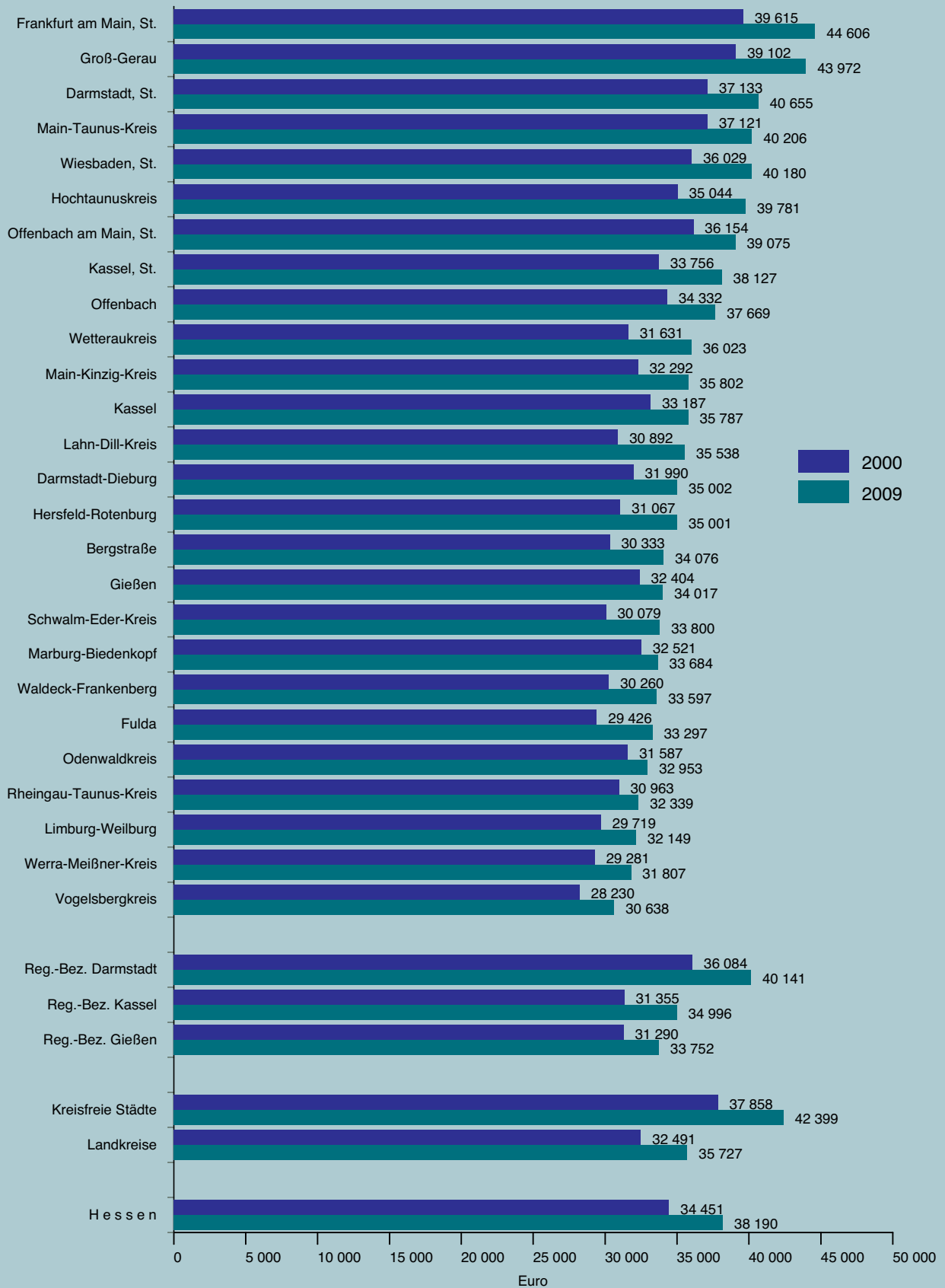
In Frankfurt am Main wurde 2009 mit 44 610 Euro das höchste Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen geleistet. Die größte hessische Stadt lag damit 17 % über dem Landesdurchschnitt (38 190 Euro). Der Vogelsbergkreis hatte mit 30 640 Euro den geringsten Pro-Kopf-Wert; dies entspricht 80 % des Landesdurchschnitts. Maßgeblich für diese Differenz ist das Verarbeitende Gewerbe. Hier erreichte der Vogelsbergkreis nur 52 % des Wertes von Frankfurt am Main.

Der Großteil der gesamten hessischen Arbeitnehmerentgelte (106,3 Mrd. Euro) entfiel mit 69 % auf den Regierungsbezirk Darmstadt, wo die großen kreisfreien Städte mit ihren zentralörtlichen Funktionen und Unternehmenszentralen angesiedelt sind. Fast ein Viertel der Arbeitnehmerentgelte in Hessen wurde allein in Frankfurt am Main geleistet.

Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich, dass die Lohnkosten in den kreisfreien Städten mit 12 % stärker als im Landesdurchschnitt (+ 10,9 %) zugenommen haben. Während in Frankfurt am Main die Lohnkosten um 12,6 % im Zehnjahresvergleich anstiegen, waren es in der Stadt Offenbach dagegen nur 8,1 %. Damit lag die Wachstumsspanne in den kreisfreien Städten bei 4,5 Prozentpunkten. Für die Entwicklung in Offenbach am Main kann das Produzierende Gewerbe verantwortlich gemacht werden, das ein Minus von 5,1 % aufwies. Dagegen nahmen landesweit die Lohnkosten in diesem Wirtschaftsbereich um 12,2 % zu.

In den Landkreisen war jedoch eine deutlich größere Streuung der Zuwächse festzustellen. Hier betrug die Spannweite der Veränderungsdaten 11,5 Prozentpunkte. Spitzenreiter war der Lahn-Dill-Kreis mit einem Anstieg von 15,0 %. Ausschlaggebend dafür war das starke Wachstum im Produzierenden Gewerbe (+ 15,3 %). Am unteren Ende der Skala der Kreise lag der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem Lohnkostenanstieg von 3,6 %. Während hier das Produzierende Gewerbe mit einem Anstieg von 11,4 % im Landesvergleich ganz gut lag, waren in anderen Wirtschaftsbereichen größere Wachstumsdifferenzen festzustellen. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ nahmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf die Lohnkosten um 5,6 % zu, während im Land der Anstieg mit 11,6 % mehr als doppelt so hoch ausfiel. Gegenläufige Entwicklungen zeigten sich im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienst-

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



leister“. Hier war im Landesmittel ein Plus von 6,4 % zu verzeichnen, während der Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Rückgang von 6,7 % hinnehmen musste.

Dekomposition der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Einwohner

Beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zeigten sich zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen starke Unterschiede. Diese können im Wesentlichen auf 2 Effekte zurückgeführt werden:

- Zum einen können die Abweichungen auf unterschiedliche Anteile der Arbeitnehmer in den einzel-

nen Wirtschaftsbereichen an allen Arbeitnehmern verantwortlich gemacht werden (Struktureffekt).

- Zum anderen können unterschiedliche Bezahlungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche der Grund für die Differenzen zwischen den Verwaltungsbezirken sein (Einkommenseffekt).

Das Ausmaß dieser beiden Komponenten kann mit einem Dekompositionsverfahren berechnet werden (Berechnungsformel siehe Kasten auf Seite 284).

Die Ergebnisse zeigen, dass im Jahr 2009 Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in der

Dekomposition der Differenz des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im jeweiligen Verwaltungsbezirk zum

Verwaltungsbezirk	Abweichung: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im jeweiligen Verwaltungsbezirk abzgl. Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen	Struktureffekt						
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	zusammen
Darmstadt, St.	2 465	- 78	472	- 859	- 1 950	- 308	2 529	- 194
Frankfurt am Main, St.	6 416	- 133	- 6 471	- 662	1 124	9 502	- 1 725	1 635
Offenbach am Main, St.	885	- 120	45	- 33	- 1 712	2 200	986	1 367
Wiesbaden, St.	1 990	- 55	- 4 662	- 145	- 1 372	3 028	3 220	14
Bergstraße	- 4 114	153	1 280	552	1 010	- 3 915	- 472	- 1 393
Darmstadt-Dieburg	- 3 188	209	2 546	825	717	- 3 274	- 1 625	- 603
Groß-Gerau	5 782	11	4 659	- 45	2 870	- 2 301	- 2 884	2 310
Hochtaunuskreis	1 591	- 25	- 1 590	- 270	- 1 233	3 152	- 820	- 786
Main-Kinzig-Kreis	- 2 388	73	3 012	526	- 378	- 2 902	- 680	- 350
Main-Taunus-Kreis	2 016	- 16	- 3 973	- 454	2 959	3 523	- 1 805	234
Odenwaldkreis	- 5 237	67	4 867	451	- 1 520	- 3 542	- 492	- 169
Offenbach	- 521	- 5	315	164	2 986	- 844	- 3 070	- 454
Rheingau-Taunus-Kreis	- 5 851	328	255	272	- 652	- 2 526	703	- 1 620
Wetteraukreis	- 2 167	62	1 139	321	- 386	- 2 222	289	- 796
Reg.-Bez. Darmstadt	1 951	- 15	- 1 473	- 118	305	2 431	- 746	384
Gießen	- 4 173	- 18	284	- 150	124	- 3 622	2 881	- 500
Lahn-Dill-Kreis	- 2 652	- 8	6 489	90	- 1 045	- 4 126	- 895	506
Limburg-Weilburg	- 6 041	25	- 269	850	687	- 3 584	988	- 1 303
Marburg-Biedenkopf	- 4 506	- 20	3 019	- 90	- 2 021	- 4 570	2 936	- 746
Vogelsbergkreis	- 7 552	222	2 603	874	- 770	- 5 505	1 069	- 1 508
Reg.-Bez. Gießen	- 4 438	11	2 506	156	- 760	- 4 154	1 589	- 651
Kassel, St.	- 63	- 79	- 2 167	- 375	- 17	- 2 115	3 743	- 1 010
Fulda	- 4 893	- 4	1 567	827	410	- 3 617	- 409	- 1 227
Hersfeld-Rotenburg	- 3 189	49	2 305	890	1 176	- 5 216	- 188	- 983
Kassel	- 2 403	108	6 694	- 37	- 412	- 4 132	- 1 337	884
Schwalm-Eder-Kreis	- 4 390	97	2 013	61	- 137	- 5 755	3 095	- 626
Waldeck-Frankenberg	- 4 593	83	4 263	287	- 1 334	- 6 234	1 704	- 1 230
Werra-Meißner-Kreis	- 6 383	355	775	727	- 906	- 5 374	2 772	- 1 652
Reg.-Bez. Kassel	- 3 194	48	2 013	244	- 156	- 4 308	1 305	- 854
Kreisfreie Städte	4 209	- 109	- 4 304	- 510	- 25	5 542	335	928
Landkreise	- 2 463	61	1 958	254	76	- 2 955	- 146	- 751

Quelle: Eigene Berechnungen.

Summe der Wirtschaftszweige zwischen den hessischen Verwaltungsbezirken und dem Landesdurchschnitt weniger auf Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden können, da der Struktureffekt insgesamt in den meisten Fällen betragsmäßig kleiner ist als der Einkommenseffekt insgesamt. Betrachtet man allerdings die Effekte der einzelnen Wirtschaftsbereiche, so fällt auf, dass die Struktureffekte die Einkommenseffekte betragsmäßig dominieren. Dies scheint zunächst ein Widerspruch zu sein. Die Struktureffekte einzelner Wirtschaftsbereiche weisen jedoch unterschiedliche Vorzeichen auf, sodass sich die Effekte zum Teil kompensieren.

Per saldo ist somit der Struktureffekt betragsmäßig kleiner als der Einkommenseffekt.

In den kreisfreien Städten lag im Jahr 2009 das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer um 4209 Euro höher als im Landesdurchschnitt. Mit dem Einkommenseffekt, d. h. der unterschiedlichen Entlohnung in denselben Wirtschaftsbereichen, können 3281 Euro bzw. rund vier Fünftel der Differenz erklärt werden. Der größte Teil des Einkommenseffekts entfiel auf das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe. Auf den Struktureffekt entfielen insgesamt 928 Euro bzw. 22 %. Somit leistet die Abweichung der Wirtschaftszweigstruktur der kreisfreien Städ-

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen 2009 (Angaben in Euro)

Einkommenseffekt							zusammen	Verwaltungsbezirk
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister			
- 4	1 756	247	- 13	757	- 84	2 659	Darmstadt, St.	
5	2 759	285	695	616	423	4 781	Frankfurt am Main, St.	
1	- 132	- 65	- 293	60	- 52	- 481	Offenbach am Main, St.	
11	1 561	31	68	- 6	312	1 976	Wiesbaden, St.	
- 32	- 650	- 73	- 885	- 807	- 273	- 2 720	Bergstraße	
- 25	- 282	- 9	- 710	- 1 395	- 164	- 2 585	Darmstadt-Dieburg	
- 20	2 476	- 64	814	246	20	3 472	Groß-Gerau	
11	2 054	- 10	348	- 84	59	2 378	Hochtaunuskreis	
23	- 222	- 23	- 758	- 811	- 246	- 2 037	Main-Kinzig-Kreis	
- 5	155	131	613	684	204	1 782	Main-Taunus-Kreis	
4	- 1 959	- 97	- 1 349	- 1 550	- 116	- 5 068	Odenwaldkreis	
2	- 249	112	826	- 638	- 120	- 67	Offenbach	
- 17	- 1 291	- 55	- 1 112	- 1 131	- 625	- 4 230	Rheingau-Taunus-Kreis	
1	202	- 102	- 797	- 464	- 210	- 1 370	Wetteraukreis	
- 5	863	55	356	199	100	1 568	Reg.-Bez. Darmstadt	
3	- 1 869	- 116	- 380	- 908	- 402	- 3 672	Gießen	
2	- 667	- 203	- 1 009	- 1 450	170	- 3 157	Lahn-Dill-Kreis	
- 1	- 2 407	- 135	- 652	- 1 251	- 293	- 4 738	Limburg-Weilburg	
7	- 1 124	- 94	- 1 576	- 476	- 497	- 3 759	Marburg-Biedenkopf	
- 5	- 2 486	- 49	- 1 642	- 1 310	- 552	- 6 044	Vogelsbergkreis	
2	- 1 385	- 128	- 922	- 1 007	- 347	- 3 786	Reg.-Bez. Gießen	
21	1 278	10	- 622	- 36	295	947	Kassel, St.	
1	- 2 056	6	- 615	- 718	- 284	- 3 665	Fulda	
19	- 944	44	- 612	- 539	- 174	- 2 206	Hersfeld-Rotenburg	
- 6	- 32	- 57	- 1 092	- 1 736	- 365	- 3 287	Kassel	
3	- 1 353	- 145	- 782	- 1 191	- 297	- 3 764	Schwalm-Eder-Kreis	
22	- 1 342	- 188	- 1 013	- 617	- 224	- 3 362	Waldeck-Frankenberg	
19	- 2 189	- 84	- 1 387	- 875	- 215	- 4 731	Werra-Meißner-Kreis	
10	- 803	- 47	- 782	- 655	- 63	- 2 340	Reg.-Bez. Kassel	
8	1 888	163	441	497	284	3 281	Kreisfreie Städte	
- 2	- 544	- 52	- 320	- 578	- 216	- 1 711	Landkreise	

Dekomposition der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer¹⁾

Bei den Berechnungen zur Dekomposition der Unterschiede bei Arbeitnehmerentgelt (ANE) je Arbeitnehmer (AN) in den einzelnen Verwaltungsbezirken wird als Vergleich das landesdurchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer herangezogen. Damit wird der Abstand der genannten Größe eines Verwaltungsbezirks (V) zum hessischen Landesdurchschnitt (HE) wie folgt zerlegt:

$$\left(\frac{ANE}{AN}\right)_V - \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{HE} = \underbrace{\sum_i \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{V,i} \cdot (S_{V,i} - S_{HE,i})}_{\text{Struktureffekt}} + \underbrace{\sum_i S_{V,i} \cdot \left[\left(\frac{ANE}{AN}\right)_{V,i} - \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{HE,i}\right]}_{\text{Einkommenseffekt}}$$

Der Index i bezeichnet den Wirtschaftszweig. Weiterhin stellt S_i den Anteil der Arbeitnehmer im Wirtschaftszweig i an allen Arbeitnehmern in der betrachteten Gebietseinheit dar

Der erste Term der Formel zur Dekomposition von Unterschieden beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer drückt den Effekt von Abweichungen in der Branchenstruktur zwischen dem betrachteten Verwaltungsbezirk und Hessen aus (Struktureffekt). Mit dem zweiten Term wird die Wirkung der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer innerhalb der Wirtschaftszweige gemessen (Einkommenseffekt).

Ein positiver (negativer) Struktureffekt drückt aus, dass Wirtschaftsbereiche eines Verwaltungsbezirks, deren Arbeitnehmeranteile über (unter) dem Landesdurchschnitt liegen, mit einem höheren (niedrigeren) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im betreffenden Verwaltungsbezirk als in Hessen einhergehen.

Ein positiver (negativer) Einkommenseffekt bedeutet, dass das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer eines Wirtschaftsbereichs eines Verwaltungsbezirks höher (geringer) ist als im gleichen Wirtschaftsbereich im Landesdurchschnitt.

1) Die vorliegende Dekomposition von Unterschieden beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ist angelehnt an die Zerlegung unterschiedlicher FuE-Intensitäten. Moncada-Paternò-Castello, Pietro; Ciupagea, Constantin; Smith, Keith; Tübke, Alexander; Tubbs, Mike; „Does Europe perform too little corporate R&D? A comparison of EU and non-EU corporate R&D performance“, Joint Research Center of the European Commission, JRC Technical Notes No. 11/2009, S. 13.

te zum Land Hessen per saldo einen deutlich geringeren Erklärungsanteil. Die Komponenten des Struktureffekts sind jedoch sehr verschieden. Während die unternehmensnahen Dienstleister einen positiven Beitrag zum Struktureffekt leisteten – der Arbeitnehmeranteil lag in den kreisfreien Städten bei 32 % und im Land bei 22 % –, wirkte das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe dem entgegen. Der Arbeitnehmeranteil dieses Wirtschaftsbereichs lag in den kreisfreien Städten bei 11 %, in Hessen insgesamt waren es 18 %. Damit wird deutlich, dass bei der Betrachtung der Effekte einzelner Wirtschaftsbereiche die Strukturen für das Zustandekommen von Unterschieden im Wesentlichen verantwortlich sind.

In den Landkreisen zeigte sich ein Spiegelbild zu den kreisfreien Städten. Die beiden Gesamteffekte wiesen ein negatives Vorzeichen auf. Der Einkommenseffekt war in allen Wirtschaftsbereichen negativ, d. h. hier wurden im Vergleich zum Landesdurchschnitt geringere Arbeitnehmerentgelte entrichtet. Beim Struktureffekt schlugen die in den Landkreisen weniger stark vertretenen unternehmensnahen Dienstleister negativ zu Buche. Das hier

stärker besetzte Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe konnte dies allerdings nicht kompensieren.

In den meisten Fällen wiesen der Einkommens- und der Struktureffekt die gleichen Vorzeichen auf. Dies bedeutet, dass Differenzen aufgrund unterschiedlicher Bezahlungen in den Wirtschaftsbereichen durch die in den jeweiligen Verwaltungsbezirken vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen verstärkt wurden. Dies wird besonders an 2 Beispielen deutlich. Während der Vogelsbergkreis im Vergleich zum Landesdurchschnitt mit unterdurchschnittlichen Arbeitnehmerentgelten und einem unterdurchschnittlichen Arbeitnehmeranteil im Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ gekennzeichnet war, verhielt es sich in der Stadt Frankfurt am Main umgekehrt. Die Agglomeration von Bankenzentralen und Hauptsitzen von Unternehmensberatungen, in denen höhere Entgelte als in den Filialen in den Landkreisen bezahlt werden, wirkt sich in Frankfurt am Main massiv aus. In beiden Fällen konnten die deutlich wirkenden Struktureffekte der unternehmensnahen Dienstleister nicht durch die Struktureffekte

des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe kompensiert werden. Diese Beobachtung trifft für die meisten Wirtschaftszweige in den hessischen Verwaltungsbezirken zu.

In 3 Fällen nahm der Struktureffekt betragsmäßig größere Werte an als der Einkommenseffekt (jeweils in summarischer Betrachtung). Die Stadt Kassel wies wegen des Sitzes des Regierungspräsidiums strukturelle Vorteile im Bereich der „Öffentlichen und privaten Dienstleister“ auf. Diese wurden aber überkompensiert durch die unternehmensnahen Dienstleister und das Produzierende Gewerbe. Gleichwohl ist in der Stadt Kassel der geringste Abstand beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zum Land Hessen zu verzeichnen.

In der Stadt Offenbach am Main wirkte per saldo der Struktureffekt dem Einkommenseffekt entgegen. Die Strukturvorteile, die sich durch die unternehmensnahen sowie öffentlichen und privaten Dienstleister ergaben, wurden durch den Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ geschmälert aber nicht vollständig kompensiert. Anders verhielt es sich im Landkreis Offenbach: Die strukturellen Vorteile im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ gegenüber dem Land wurden durch die Nachteile bei den anderen beiden Dienstleistungsbereichen aufgezehrt. Vom Struktureffekt des Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe, der in den meisten Verwaltungsbezirken hohe Werte annahm, gingen im Landkreis Offenbach kaum Impulse aus. Insgesamt war jedoch der Unterschied beim Arbeitnehmerentgelt im Vergleich zum Landesdurchschnitt gering ausgeprägt.

Verteilungsrechnung: Definitionen und Berechnung

Nach der entstehungsseitigen Betrachtung der regionalen VGR sollen im Folgenden Entwicklungen auf der Verteilungsseite dargestellt werden. Der zentrale Einkommensbegriff der Verteilungsrechnung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Es stellt das Einkommen dar, das von den privaten Haushalten für Konsum oder Sparen verwendet werden kann. Der Sektor „private Haushalte“ umfasst Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, die in der Volkswirtschaft als Konsumenten fungieren. Sie können aber auch als Marktproduzenten tätig sein, soweit sie nicht als Quasi-Kapitalgesellschaften auftreten. Das sind marktbestimmte Einheiten mit vollständiger Rechnungslegung, deren wirtschaftliches und finanzielles Verhalten in etwa dem von Kapitalgesellschaften entspricht, wie etwa Einzelunternehmer, selbstständige Landwirte, Gastwirte, Heimarbeiter oder Angehörige der freien Berufe. Weiterhin beinhaltet der Sektor „private Haushalte“ die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, wie beispielsweise

Gewerkschaften, Fachverbände, politische Parteien sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Beginnend mit der primären Einkommensverteilung wird das Arbeitnehmerentgelt, das aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber besteht, errechnet. Dazu werden die Einkommen aus unternehmerischen Tätigkeiten und der Saldo des Vermögenseinkommens der privaten Haushalte, wie beispielsweise Zinsen, Gewinnausschüttungen oder Pachten, addiert. Das Ergebnis ist das Primäreinkommen; es stellt den weitestgefassten Einkommensbegriff dar. Um zum verfügbaren Einkommen zu gelangen, werden vom Primäreinkommen die geleisteten Transfers abgezogen. Diese umfassen im Wesentlichen Steuern und Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Erwerbslose übernommenen Beiträge. Addiert werden die empfangenen Transfers der privaten Haushalte, die zum Großteil aus monetären Sozialleistungen bestehen. Diese können differenziert werden in Geldleistungen der Sozialversicherung, Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen und Sozialleistungen der Arbeitgeber. Unter die empfangenen laufenden Transfers fallen u. a. auch die Geldleistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie Pension, die Geldleistungen von Schadenversicherungen, der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopferversorgung. Das verfügbare Einkommen schließt somit alle den privaten Haushalten zugeflossenen Einkommen abzüglich der geleisteten Transfers und Zinsen auf Konsumentenkredite ein. Der Übergang vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen wird als Umverteilung bezeichnet.

Bei der Interpretation der Durchschnittseinkommen ist zu beachten, dass die Art der sozialen Sicherung die Höhe des verfügbaren Einkommens beeinflusst. So sind die insbesondere für Arbeiter und Angestellte getätigten Beiträge zur Sozialversicherung nicht im verfügbaren Einkommen enthalten, da sie als geleistete laufende Transfers abgezogen werden. Selbstständige müssen dagegen ihre private Altersvorsorge aus ihrem verfügbaren Einkommen leisten, sofern es sich nicht um Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung handelt. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre erhöhen das verfügbare Einkommen, Sachleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen nicht im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte enthalten. Darüber hinaus umfasst das Konzept des verfügbaren Einkommens auch sogenannte unterstellte Einkommen. So gehören zu den Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen zum einen Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen, die aus der Verzinsung versicherungstechnischer Rückstellungen bei Versicherungsunternehmen

und Pensionskassen, insbesondere aus Kapitallebensversicherungen, resultieren und zum anderen unterstellte Einkommen im Zusammenhang mit selbstgenutztem Wohneigentum.

Das Berechnungsschema des Einkommensverteilungskontos der privaten Haushalte kann wie folgt dargestellt werden:

Bruttolöhne und -gehälter
+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber
<hr/>
= Empfangenes Arbeitnehmerentgelt
+ Betriebsüberschuss der privaten Haushalte und Selbstständigeneinkommen
+ Saldo der Vermögenseinkommen
<hr/>
= Primäreinkommen der privaten Haushalte
- Geleistete laufende Transfers
+ Empfangene laufende Transfers
<hr/>
= Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen kann als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung angesehen werden. Als private Haushalte werden die Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, wie beispielsweise Heiminsassen oder Ordensmitglieder, mit Wohnsitz in einer bestimmten Region verstanden. Die Summe der Haushaltsmitglieder kommt daher der gebietsansässigen Bevölkerung gleich. Daher werden die im Folgenden dargestellten Ergebnisse je Einwohner ausgewiesen. Damit handelt es sich um einen Mittelwert. In der Realität gibt es jedoch eine starke Streuung um dieses Durchschnittsergebnis, das sowohl Haushalte mit geringem Einkommen umfasst als auch Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Geschäftsführer oder Vorstandsmitglied großer Unternehmen sind. Wie sich die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach Größenklassen darstellt, kann von den VGR nicht beantwortet werden. Hierfür müssten andere Datengrundlagen wie etwa die Einkommensteuerstatistik oder die Einkommens- und Verbrauchstichprobe herangezogen werden.

Verfügbares Einkommen in den hessischen Verwaltungsbezirken: Starke Unterschiede weiten sich aus

Beim verfügbaren Einkommen gab es im Jahr 2009 große Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Den Spitzenplatz belegte der Hochtaunuskreis, in dem das verfügbare Einkommen je Einwohner 28 240 Euro erreichte. Es folgten der Main-Taunus-Kreis mit 23 610 Euro und die Stadt Darmstadt

5) Die Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands stehen als Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de kostenfrei als Download bereit.

mit 22 600 Euro. Das geringste verfügbare Einkommen je Einwohner war in der Stadt Offenbach am Main mit 16 900 Euro festzustellen.

In Hessen nahm das verfügbare Einkommen je Einwohner im Jahr 2009 krisenbedingt gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % ab. Die stärksten Rückgänge wiesen die Stadt Frankfurt am Main mit einem Minus von 2,4 und der Landkreis Fulda mit 2,3 % auf. Dagegen verzeichneten der Rheingau-Taunus-Kreis mit 1,1 % sowie der Odenwaldkreis und der Landkreis Kassel mit 1,0 % die stärksten Anstiege. Grund hierfür waren u. a. rückläufige Baufertigstellungen, was dazu führte, dass weniger Zinsen für Wohnungsbaukredite zu tilgen waren und daher mehr verfügbares Einkommen bei den Einwohnern verblieb.

Im aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich zeigt sich, dass sich die starken Niveauunterschiede ausgeweitet haben. Im Jahr 2009 lag das verfügbare Einkommen im Hochtaunuskreis 67 % über dem Wert der Stadt Offenbach am Main. Auch im Jahr 2000 war der Hochtaunuskreis der einkommensstärkste Landkreis. Sein Wert lag damals um 63 % über dem der Stadt Kassel, die das Ende der Skala der hessischen Kreise bildete. Relativierend muss allerdings erwähnt werden, dass bereits der Abstand des Hochtaunuskreises zum zweitplatzierten Kreis groß ist. In den Jahren 2000 und 2009 lag das verfügbare Einkommen im Hochtaunuskreis jeweils knapp 20 % über dem des Main-Taunus-Kreises.

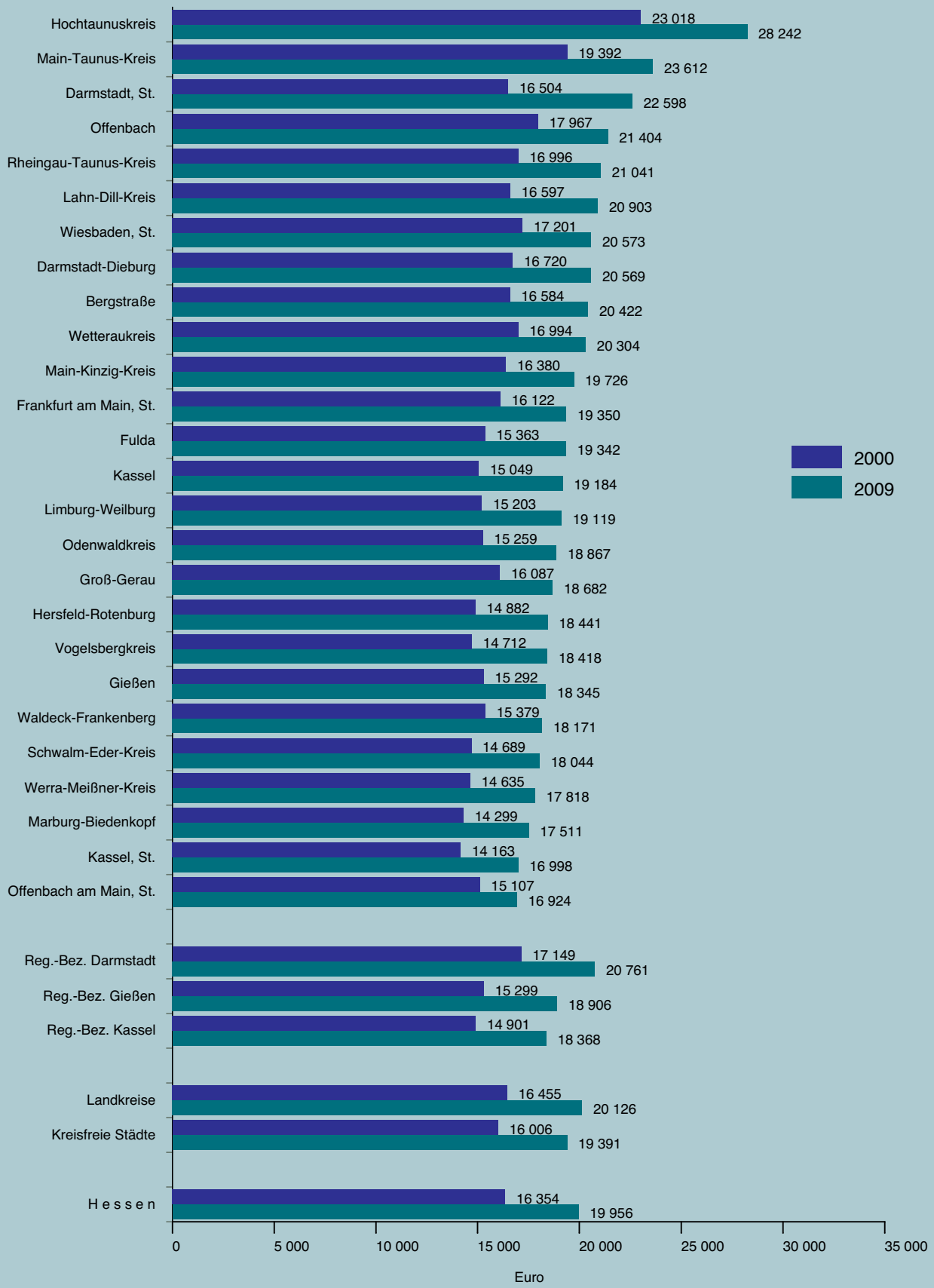
Landesweit betrug das Plus beim verfügbaren Einkommen 22,0 % im Zehnjahresvergleich. Während der Hochtaunuskreis um 22,7 % zulegen konnte, waren die Zuwächse in Darmstadt mit 36,9 % noch höher. Dagegen verzeichneten die Stadt Offenbach am Main und der Landkreis Groß-Gerau mit 12,0 bzw. 16,1 % die geringsten Anstiege.

Hessen im Vergleich

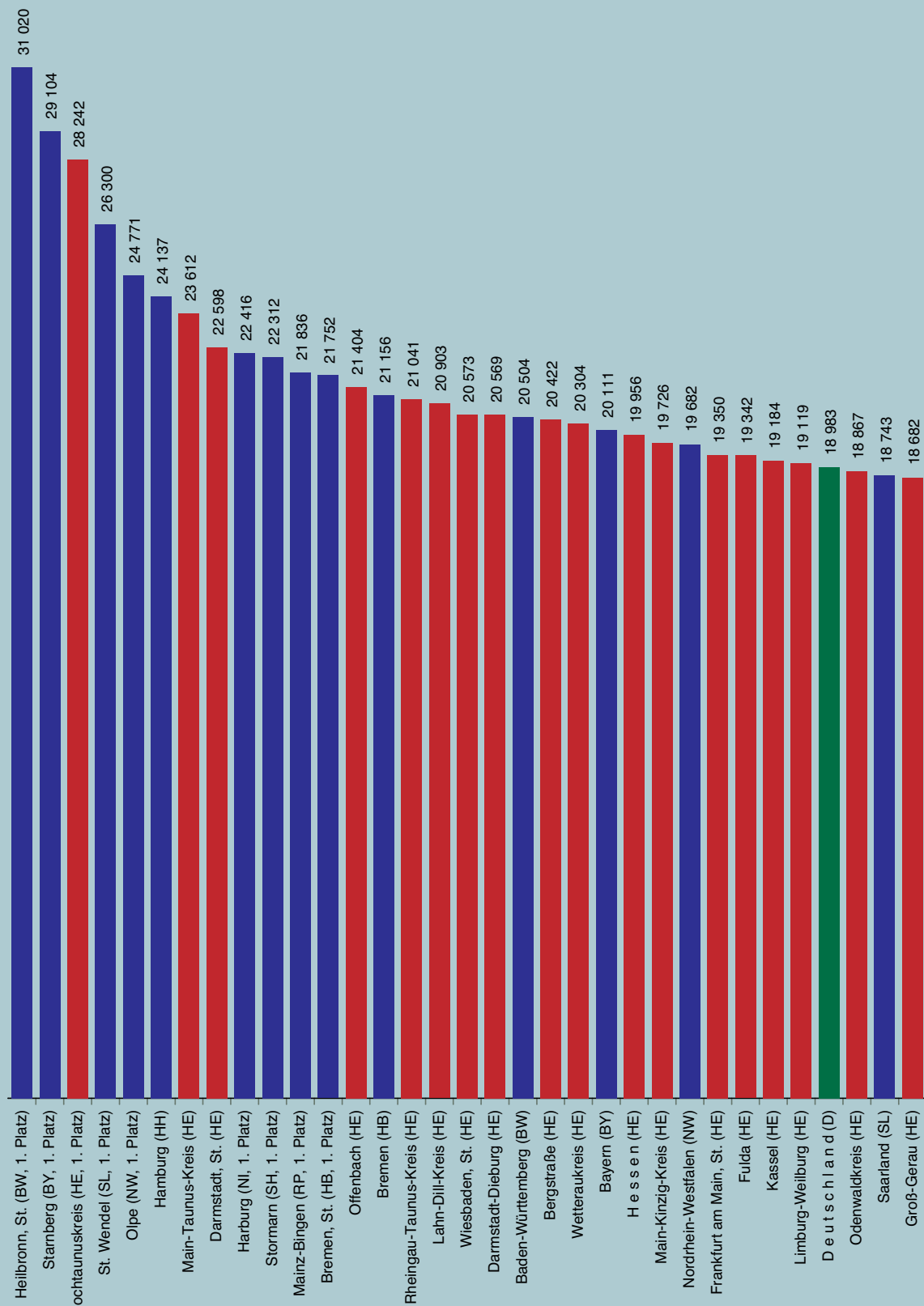
Zur Einordnung des verfügbaren Einkommens je Einwohner der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte werden die Ergebnisse einem bundesweiten Vergleich unterzogen⁵⁾. Dabei werden die Daten für Hessen den Länderergebnissen und dem jeweils einkommensstärksten und einkommensschwächsten Verwaltungsbezirk gegenübergestellt. Im Jahr 2009 lag die Stadt Heilbronn mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von 31 020 Euro bundesweit an der Spitze der kreisfreien Städte und Landkreise, gefolgt vom Landkreis Starnberg (29 100 Euro). Der Hochtaunuskreis (28 240 Euro), der in Hessen den 1. Platz belegte, rangierte im Bundesvergleich auf dem 3. Platz.

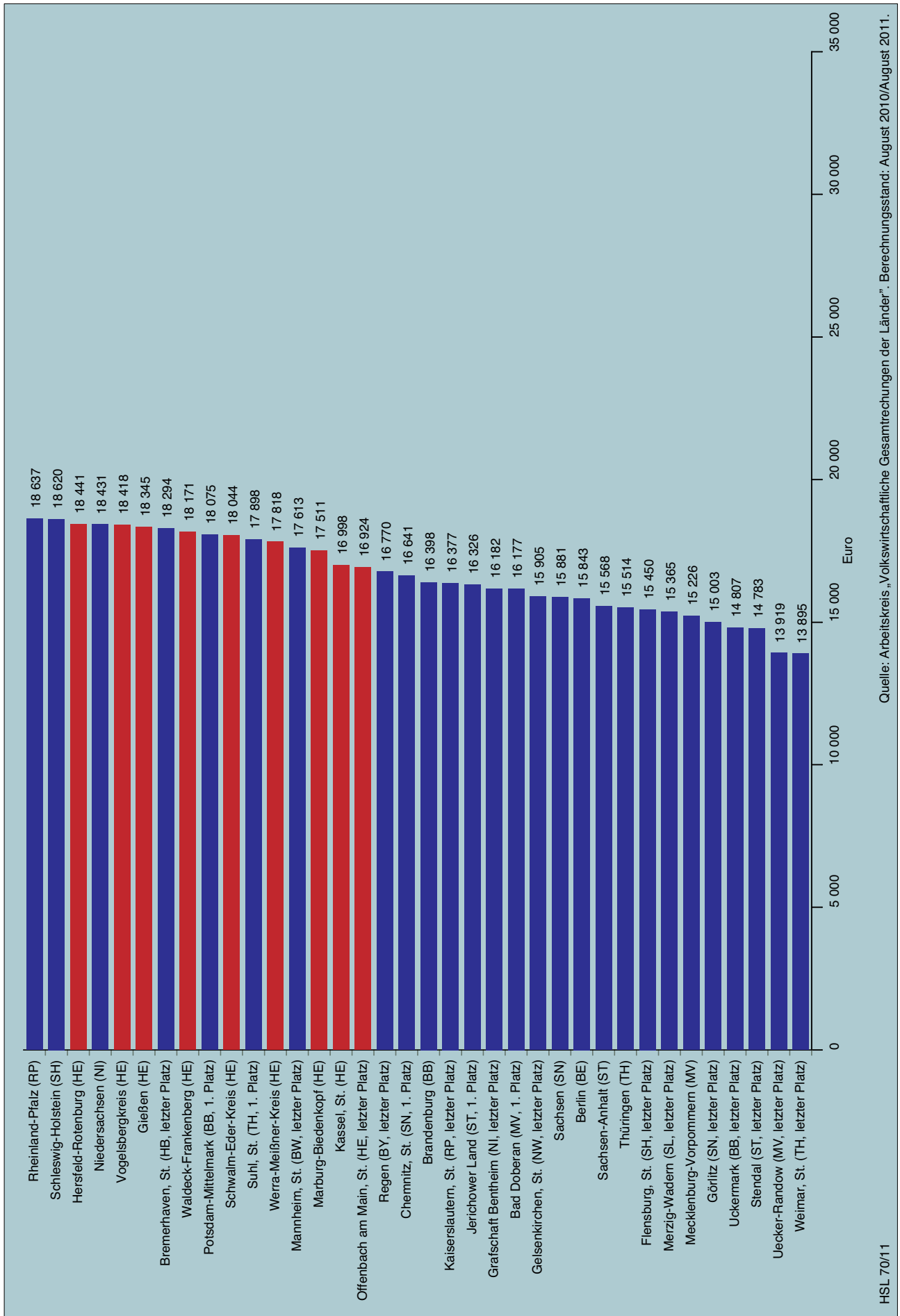
Die Stadt Offenbach am Main (16 920 Euro), das Schlusslicht in Hessen, lag etwa gleichauf mit dem Landkreis Regen (16 770 Euro), der das Ende der Skala in Bay-

Verfügbares Einkommen je Einwohner in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



Verfügbares Einkommen je Einwohner in den Bundesländern und ausgewählten kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 2009 in Rangfolge





Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand: August 2010/August 2011.

HSL 70/11

ern bildete. Etwa im bundesweiten Durchschnitt von 18 980 Euro lagen der Landkreis Limburg-Weilburg (19 120 Euro) und der Odenwaldkreis (18 870 Euro). Weiterhin ist festzustellen, dass die Bundesländer, deren Landkreise an der Spitze liegen, die größten Spannweiten aufweisen. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner betrug in Baden Württemberg 13 410 Euro, in Bayern 12 330 Euro und in Hessen 11 320 Euro. Die geringsten Spannen wiesen Sachsen-Anhalt mit 1540 Euro und Sachsen mit 1640 Euro auf.

Zunahme der Einkommensumverteilung

Im Zehnjahreszeitraum von 2000 bis 2009 entwickelte sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte insgesamt in Hessen mit 22,1 % stärker als das Primäreinkommen, das um 16,9 % anstieg. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im gleichen Zeitraum um 13,9 % zu. Somit hat sich die Einkommensumverteilung ausgeweitet. Vor allem die an die Haushalte geflossenen Sozialleistungen nahmen mit 21,5 % stärker als die Primäreinkommen zu. Allerdings waren die geleisteten Sozialbeiträge mit 16,7 % etwa gleich stark wie das Primäreinkommen, aber deutlich stärker als das Arbeitnehmerentgelt (+ 12,9 %) angestiegen, aus dem sie letztlich berechnet werden.

Im Jahr 2000 lag in Hessen der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen bei knapp 79 %, d. h. gut 21 % des Primäreinkommens wurden umverteilt. Dagegen wurden im Jahr 2009 knapp 18 % umverteilt. Während in den kreisfreien Städten der Umverteilungsanteil nur geringfügig zurückging, fiel der Rückgang in den Landkreisen etwas stärker aus. Damit blieb im Zehnjahresvergleich den Einwohnern in den hessischen Verwaltungsbezirken mehr vom Primäreinkommen für Konsumzwecke oder die Bildung von Ersparnissen übrig. Einzige Ausnahme stellt die Stadt Frankfurt am Main dar: Wurden hier im Jahr 2000 gut 25 % des Primäreinkommens umverteilt, waren es im Jahr 2009 knapp 27 %. In Frankfurt am Main nahm das Primäreinkommen stärker als in Hessen insgesamt zu. Ausschlaggebend hierfür war ein deutlich stärkerer Anstieg des empfangenen Arbeitnehmerentgelts als im Land. Damit waren auch kräftigere Zunahmen bei der geleisteten Einkommensteuer sowie den Sozialbeiträgen verbunden. Besonders massiv fiel die Zunahme bei den geleisteten Zinsen, v. a. für Wohnungsbaukredite, aus, die sich entgegen dem Landestrend entwickelten. Demgegenüber stiegen die empfangenen Sozialleistungen in Frankfurt am Main geringer als im Land an. Per saldo führte dies dazu, dass den Einwohnern der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2009 prozentual weniger als 10 Jahre zuvor vom Primäreinkommen übrig blieb.

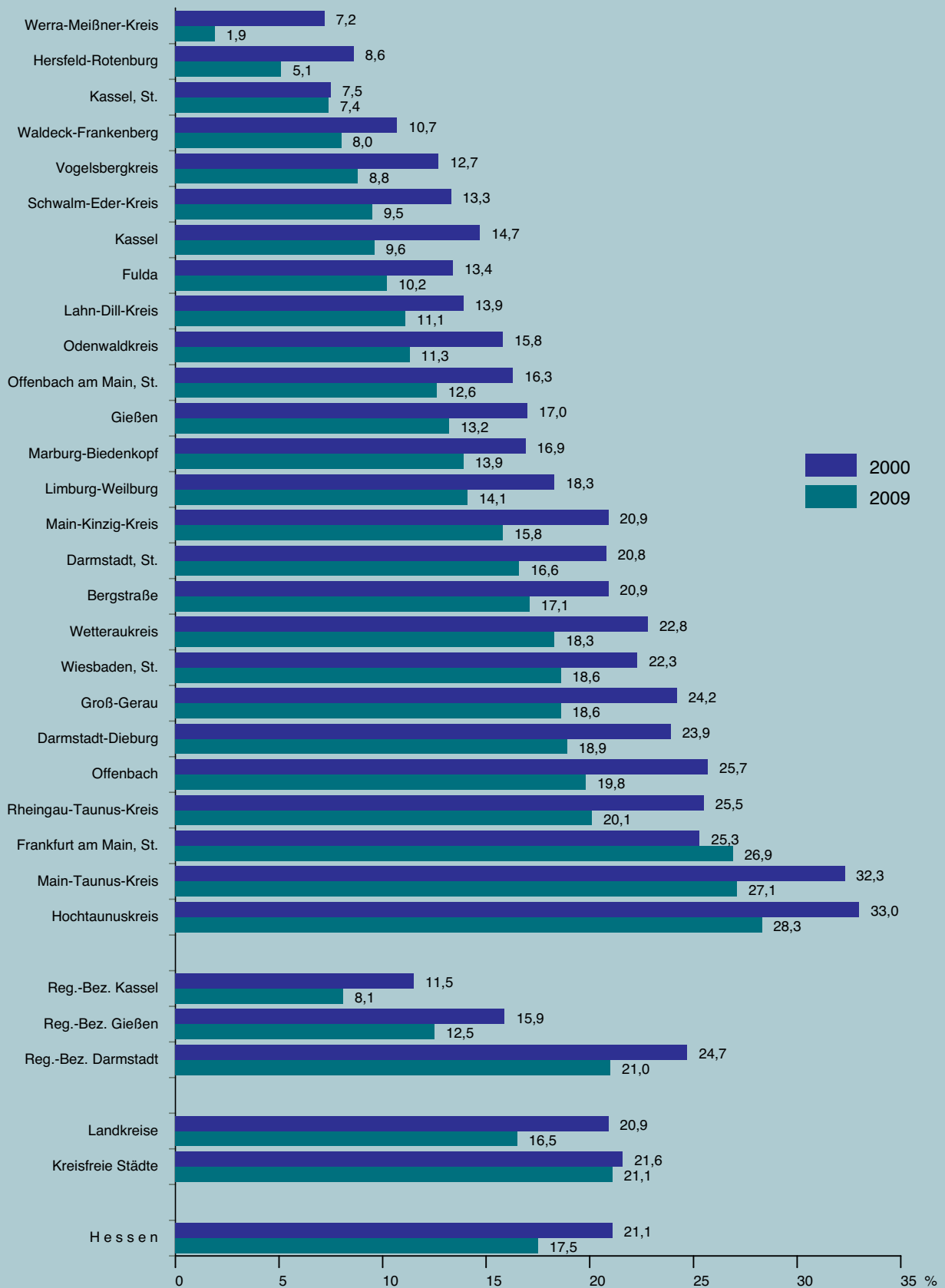
Im Werra-Meißner-Kreis verblieb im Jahr 2000 bereits der größte Teil des Primäreinkommens unter den hessischen Verwaltungsbezirken. Entfielen damals 7,2 % auf die Umverteilung, waren es im Jahr 2009 nur noch 1,9 %. Während die geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber rückläufig waren, nahmen sie im Land zu. Im Werra-Meißner Kreis nahm der Umverteilungsanteil am Primäreinkommen um 5,4 Prozentpunkte ab. Der stärkste Rückgang war im Landkreis Offenbach zu verzeichnen, wo der Anteil um 5,9 Prozentpunkte zurückging; der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen lag hier im Jahr 2009 bei gut 80 %. Das Primäreinkommen stieg hier weniger als in Hessen, dies traf auf alle 3 Komponenten – das empfangene Arbeitnehmerentgelt, den Betriebsüberschuss bzw. die Selbstständigeneinkommen sowie den Saldo der Vermögenseinkommen – zu. Damit ging auch eine Abnahme der geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern einher. Neben der sinkenden Abgabenbelastung war eine Zunahme der empfangenen monetären Sozialleistungen, insbesondere aus der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung, zu beobachten.

Der Hochtaunuskreis lag sowohl beim Primäreinkommen als auch beim verfügbaren Einkommen in den Jahren 2000 und 2009 an der Spitze der hessischen Verwaltungsbezirke. Verblieben im Jahr 2000 zwei Drittel des Primäreinkommens für Spar- und Konsumzwecke, so waren es im Jahr 2009 knapp 72 %. Das empfangene Arbeitnehmerentgelt und die Betriebsüberschüsse bzw. Selbstständigeneinkommen entwickelten sich dynamischer als landesweit. Die Vermögenseinkommen nahmen weniger als im Land zu, was vor allem an den stark rückläufigen Ausschüttungen lag. Damit waren auch weniger veranlagte Steuern aus Kapitaleinkünften verbunden. Weiterhin wurden mehr Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen bezogen.

Umverteilung mildert Unterschiede ab – aber Verstärkung der Disparität

Die Umverteilung kann nur die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen abschwächen, nicht aber beseitigen. Damit blieb auch im Wesentlichen die Rangfolge beim verfügbaren Einkommen je Einwohner in Hessen erhalten. An der Spitze lagen im Jahr 2009 der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis. Lediglich die Stadt Frankfurt am Main rutschte durch die Umverteilung von Rang 5 auf Rang 12 stärker ab. Einen Verlust von 5 bzw. 4 Plätzen mussten der Landkreis Marburg-Biedenkopf (von Rang 19 auf 24) sowie der Landkreis Groß-Gerau (von Rang 13 auf 17) hinnehmen. Die größten Aufstiege mit jeweils 5 Plätzen verzeichneten der Lahn-Dill-Kreis (von Rang 11 auf 6) und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (von Rang 23 auf 18). Alle übrigen

Anteil der Umverteilung am Primäreinkommen in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



Kreisen wiesen Veränderungen von 3 Rängen oder weniger auf.

Die Entwicklung der Umverteilung lässt sich beschreiben, wenn man die Abweichungen des stärksten und schwächsten Kreises im Zehnjahresvergleich betrachtet. Beim Primäreinkommen lag der Hochtaunuskreis im Jahr 2000 65,8 % über dem hessischen Landesdurchschnitt. Durch die Umverteilung nahm dieser Vorsprung auf 40,7 % ab. Die Stadt Kassel lag beim Primäreinkommen am unteren Ende der Skala. Der Rückstand zum Landesdurchschnitt betrug 26,1 %, der sich nach der Umverteilung auf 13,4 % verringerte. Im Jahr 2009 wies der Hochtaunuskreis, der noch immer der Spitzenreiter war, beim Primäreinkommen einen Vorsprung zum Landesdurchschnitt von 62,8 % auf, der sich beim verfügbaren Einkommen durch die Umverteilung auf 41,5 % reduzierte. Das untere Ende bildete im Jahr 2009 beim Primäreinkommen der Werra-Meißner-Kreis, mit einem Rückstand zum Landesmittelwert von 25,1 %. Nach der Umverteilung rangierte die Stadt Offenbach auf dem letzten Platz mit einem Rückstand von 15,2 %, der des Werra-Meißner-Kreises betrug dagegen 10,7 %. Damit wird deut-

lich, dass sich der Abstand nach der Umverteilung im Zehnjahresvergleich oberhalb des Landesdurchschnitts verringert, dagegen am unteren Ende zugenommen hat.

Zahl der „Umverteilungsgewinner“ nimmt ab

In allen hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen lag das verfügbare Einkommen unter dem Primäreinkommen. Das bedeutet, dass die hessischen Verwaltungsbezirke „Lastenträger“ der gesamtdeutschen Umverteilung waren. In fast allen westdeutschen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie den Stadtstaaten Hamburg und Berlin – aber auch in den beiden Verwaltungsbezirken des Stadtstaats Bremen – wurde durch die Umverteilung das Primäreinkommen geschmälert. Einzige Ausnahme unter den westdeutschen Verwaltungsbezirken bildete im Jahr 2009 die kreisfreie Stadt Pirmasens in Rheinland-Pfalz. Die Mehrzahl der „Gewinner“ der Umverteilung lag allerdings in den ostdeutschen Bundesländern. Während im Jahr 2000 in 56 von 86 kreisfreien Städten und Landkreisen das verfügbare Einkommen das Primäreinkommen überstieg, nahm diese Zahl im Jahr 2009 auf 45 ab.

Heimerziehung sowie sonstige betreute Wohnformen und Vollzeitpflege im Wandel der Zeit

Die Heimerziehung als eine der ältesten und wohl auch bekanntesten Formen der erzieherischen Hilfen hat im Laufe ihres Bestehens einen erheblichen Wandel durchlaufen. Der vorliegende Beitrag stellt die Veränderungen der Gestaltung der Heimerziehung von den Anfängen im Mittelalter, über die Zeit während des Nationalsozialismus bis zum heutigen Stand nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz mit seinen vielfältigen Varianten der Heimerziehung, ergänzt durch die betreute Wohnform, sowie die Unterbringung junger Menschen in Pflegefamilien dar. Die weiteren Ausführungen widmen sich den Ergebnissen der Kinder- und Jugendhilfestatistik zur Heimerziehung und Vollzeitpflege im Jahr 2010, untergliedert nach Alter, den Gründen für den Beginn der Hilfen und den äußeren familiären Lebensumständen, wie die wirtschaftliche oder die familiäre Situation. Abschließend folgt noch eine Darstellung der Entwicklung seit 1991, dem Jahr der Einführung des Kinderjugenschutzgesetzes.

Die **Heimerziehung** entstand aus der Armenfürsorge im Mittelalter. Neben Kindern und Jugendlichen wurden in Armenhäusern Alte, Kranke und geistig Verwirrte versorgt.

In der Neuzeit gab es eine Zweiteilung zwischen den Waisenhäusern, welche sich auf die Erziehung elternloser Kinder und Jugendlichen in alters- und geschlechtsgemischten, familienähnlichen Gruppen konzentrierte, und den Fürsorgeerziehungsheimen, in denen bis zu mehrere hundert Zöglinge unter strafvollzugsähnlichen Bedingungen, getrennt nach Geschlechtern, lebten. Hier wurden straffällige, sozial auffällige, geistig oder körperlich behinderte oder psychisch kranke Kinder und Jugendliche diszipliniert und aus dem öffentlichen Leben verbannt. In den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts fand diese Zweiteilung ihren Niederschlag im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das zwischen Fürsorgeerziehung und Hilfe zur Erziehung unterschied.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Fürsorgeeinrichtungen dazu verwendet, „Schwererziehbare“, „Unerziehbare“, „Lebensunwerte“ sowie geistig und körperlich Behinderte zu selektieren, sterilisieren oder zu ermorden.

Nach dem Krieg waren häufig dieselben Personen wie damals beschäftigt. Die „Fürsorgezöglinge“ wurden eingesperrt und waren willkürlichen und entwürdigenden Bestrafungen ausgesetzt. Sie mussten gewerbliche Tätigkeiten ausüben, ohne dafür vergütet und rentenversichert zu werden. Viele Jugendliche wurden z. B. an Bauern zur Arbeit verliehen.

Im Laufe der Zeit wurden immer öfter Skandale (z. B. durch Missbrauch) bekannt. Dadurch stieg die Kritik an diesen Methoden, was zu einer Veränderung der Konzepte in der Heimerziehung selbst und zu einer Entwicklung der Heimerziehung als „Hilfe zur Erziehung“ führte. Wesentliche Verbesserungen gab es durch eine deutli-

che Reduzierung der Gruppengröße, die Dezentralisierung und durch die vermehrte Einstellung von qualifiziertem Personal. Es wurden zunehmend Außengruppen in Form von Kleinstgruppen oder Jugendwohngemeinschaften gebildet, in denen die jungen Menschen wie in einer „normalen“ Familie groß wurden. Diese Außengruppen wurden oft in Wohngebiete, umgeben von Ein- und Zweifamilienhäusern, eingebunden.

Die zweite Reformwelle fand in den Achtzigerjahren statt. Zentraler Gedanke war, dass die Gründe für das sozial auffällige Verhalten eines Kindes nicht in dessen Person, sondern in dessen relevantem sozialen Bezugssystem, insbesondere in der Familie, zu finden sind. Folglich sollte sich die Hilfe auf die Familie im Ganzen richten. Es setzte ein Welle der gezielten Eltern- und Familienarbeit ein.

Die dritte Reformwelle in den Neuzigerjahren stand im Zeichen der Ablösung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII – KJHG). Leitgedanke der gesetzlichen Neufassung der Jugendhilfe war, die bis dato übliche, eingriffs- und ordnungspolitische Praxis des JWG durch eine partnerschaftliche Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen im Hilfeprozess zu ersetzen. Der Personensorgeberechtigte hat seitdem einen einklagbaren Rechtsanspruch auf geeignete und notwendige Hilfe. Bei der Wahl der Hilfe hat er außerdem ein Wunsch- und Wahlrecht, sofern dadurch keine unverhältnismäßigen Mehrkosten entstehen. So können das betroffene Kind/der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte die Einrichtung selbst aussuchen und bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Maßnahmen mitwirken.

Heute bietet die Heimerziehung jungen Menschen, deren Eltern aus unterschiedlichen Gründen überfordert sind oder die keine Eltern haben, zeitlich begrenzt einen neuen Lebensort, wo ihnen pädagogische und/oder

andere Hilfen zuteil werden. Sie umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensorte und Sozialräume; größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, Kinderhäuser, Kleinstheime und Wohngemeinschaften. Die Heime können auch aus mehreren Häusern bestehen, in denen jeweils nur eine Gruppe lebt. Die früher häufig angetroffene Großgruppe existiert heute nicht mehr. Die Gruppen werden heute familienähnlich gestaltet. Andere Heime konzentrieren sich auf bestimmte Altersgruppen oder auf Problemgruppen, wie z. B. Drogenabhängige. Wenn die Betreuung von Erziehern und Erzieherinnen gewährleistet wird, die selbst in der Gruppe leben, spricht man von Familienwohngruppen, Kleinstgruppen oder einer familienähnlichen Wohngruppe. Den Heimkindern stehen Erzieher/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen zur Seite, die dort im Schichtdienst arbeiten und die Versorgung und Betreuung rund um die Uhr gewährleisten. Dies ist wichtig, da viele der Kinder und Jugendlichen mehr oder weniger stark ausgeprägte Schwierigkeiten, Störungen, Auffälligkeiten oder Abweichungen aufweisen, welche sich auf ihre Verhaltens- und Erlebnisbereiche erstrecken. Daher stehen den zahlreichen Institutionen spezielle Therapeut(en)/innen, Psycholog(en)/innen und Heilpädagog(en)/innen zur Verfügung.

Neben der Erziehung in einer Einrichtung kann die Hilfe (vor allem bei älteren Jugendlichen und jungen Volljährigen) auch in der eigenen Wohnung des jungen Menschen gewährt werden (sonstige betreute Wohnform bzw. mobiles Einzelwohnen). Es können aber auch Mütter (z. B. minderjährige Mütter) mit ihren Kindern untergebracht sein.

Neben der materiellen (Wohnung, Nahrung, Kleidung usw.) und pädagogischen Grundversorgung werden auch Leistungen der „Krankenhilfe“ sichergestellt und dem jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, eine Schul- oder Berufsausbildung zu absolvieren.

Die Zusammenarbeit des Heimes mit den Familien von Heimkindern wird durch das KJHG verbindlich vorgeschrieben. Das angestrebte Ziel ist die Rückkehr des Kindes oder des Jugendlichen in die Herkunftsfamilie oder ggf. auch die Erziehung in einer anderen Familie bzw. die Verselbstständigung des Jugendlichen. Die Eltern behalten meist weiterhin das Sorgerecht und können verantwortlich am Erziehungsgeschehen mitwirken (Wahl des Heimes, kontinuierliche Kontakte, Übernachtungen zu Hause, Mitgestaltung des Hilfeplanes etc.). Durch die Heimerziehung sollen vor allem die Zukunftschancen des jungen Menschen verbessert werden.

Die Erziehung in einem Heim oder einer Wohngruppe wird durchweg mindestens für ein Jahr gewährt. Oft bleiben die Kinder aber 2 bis 3 Jahre. Für die sehr kostenintensive Hilfe der Heimunterbringung ist das örtliche

Jugendamt am Wohnort des Sorgeberechtigten/jungen Menschen zuständig. Die Eltern werden im Rahmen der Zumutbarkeit bei den Kosten herangezogen, wenn sie entsprechende Einkünfte oder Vermögen haben. Die Kostenbeteiligung ist jedoch i. d. R. nicht höher als der Betrag, den eine Familie spart, wenn ein Kind nicht zu Hause aufwächst.

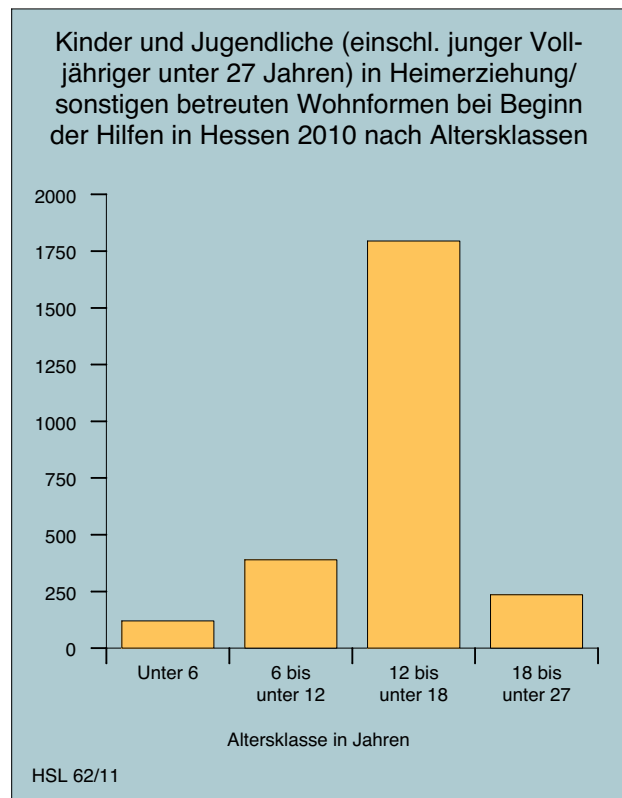
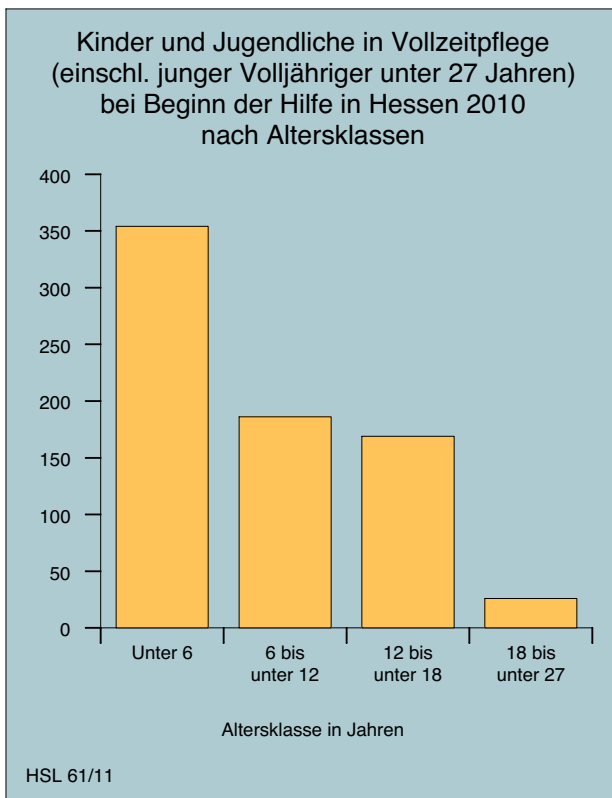
Neben der Heimerziehung hat die **Vollzeitpflege** eine lange Tradition. Dabei ist der junge Mensch in einer anderen Familie (Großeltern, Verwandten oder einer fremden Familie) untergebracht. Wie die Heimerziehung gehört die Vollzeitpflege zu den stationären Hilfen, d. h. das Kind/der Jugendliche ist Tag und Nacht außerhalb der eigenen Familie untergebracht.

Die Vollzeitpflege kann, je nach den Erfordernissen des Einzelfalles, eine zeitlich befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform („Ersatzfamilie“) sein. Daneben gibt es für akute Notfälle Bereitschaftspflegestellen. Entsprechend dem Vorrang der elterlichen Erziehung ist die Rückkehr des Kindes in die Herkunftsfamilie, innerhalb eines aus kindlicher Perspektive tolerierbaren Zeitraums, anzustreben. Ein Grundgedanke der Vollzeitpflege ist daher, die Herkunftsfamilie während der Unterbringung in der Pflegefamilie zu unterstützen, damit sie wieder selbst in die Lage kommt, ihr Kind zu betreuen und zu erziehen.

Die Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen in einer Pflegefamilie unterscheidet sich grundsätzlich von anderen Erziehungshilfen, da sie nicht von ausgebildeten Fachkräften erbracht wird, sondern in der Regel von engagierten Laien. Die Jugendämter haben die Aufgabe, geeignete Pflegeeltern bereitzustellen, die beraten und auf ihre Aufgaben vorbereitet werden müssen. Pflegekinder sind oft traumatisierte Kinder, die zu wenig Liebe, Geborgenheit und Anerkennung erfahren und in instabilen Beziehungen gelebt haben. Ihre Reaktionen können von Zurückziehen bis zu aggressivem Verhalten reichen.

Eine Pflegefamilie muss vielfältige Eigenschaften mitbringen. Sie muss u. a. den Anforderungen gewachsen sein, eine positive Lebenseinstellung haben, belastbar, geduldig und ökonomisch abgesichert sein. Die Pflegeeltern sollten weiterhin in einer stabilen Partnerschaft leben und die Fähigkeit mitbringen, das Kind, welches ihnen ans Herz gewachsen ist, wieder gehen zu lassen.

Den Pflegeeltern wird ein Pflegegeld gezahlt, das den gesamten Lebensunterhalt des Kindes und die Kosten der Erziehung umfassen soll. Die monatlichen Pauschalbeträge werden von den zuständigen Landesbehörden festgelegt und nach dem Alter des Kindes gestaffelt. Diese Pauschalbeträge können im Einzelfall – z. B. bei heilpädagogischen Pflegestellen – höher sein. Ferner



können einmalige Beihilfen oder Zuschüsse gewährt werden. Die Kosten liegen i. d. R. erheblich niedriger als bei der Heimunterbringung.

Eine Erhöhung der Pflegequote bringt demnach deutliche Einspareffekte. Ein Ausbau der Professionalisierung der Pflegeelternbetreuung ist wichtig. Nur so kann verhindert werden, dass Kinder nach mehreren Pflegeeltern dann doch im Heim untergebracht werden.

Heimerziehung und Vollzeitpflege im Jahr 2010

Ab dem Berichtsjahr 2007 werden die Hilfen zusammen mit den anderen Hilfen zur Erziehung in einem einheitlichen Erhebungsbogen für die amtliche Statistik gemeldet. Neben der jährlichen Darstellung des Endbestandes zum 31.12. eines jeden Jahres können erstmalig auch Aussagen zum Migrationshintergrund und der wirtschaftlichen Situation (Transferleistungen, z. B. Hartz IV) gemacht werden. Ein Wechsel der Unterbringungsform wird seitdem leider nicht mehr erfasst. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nur bedingt möglich.

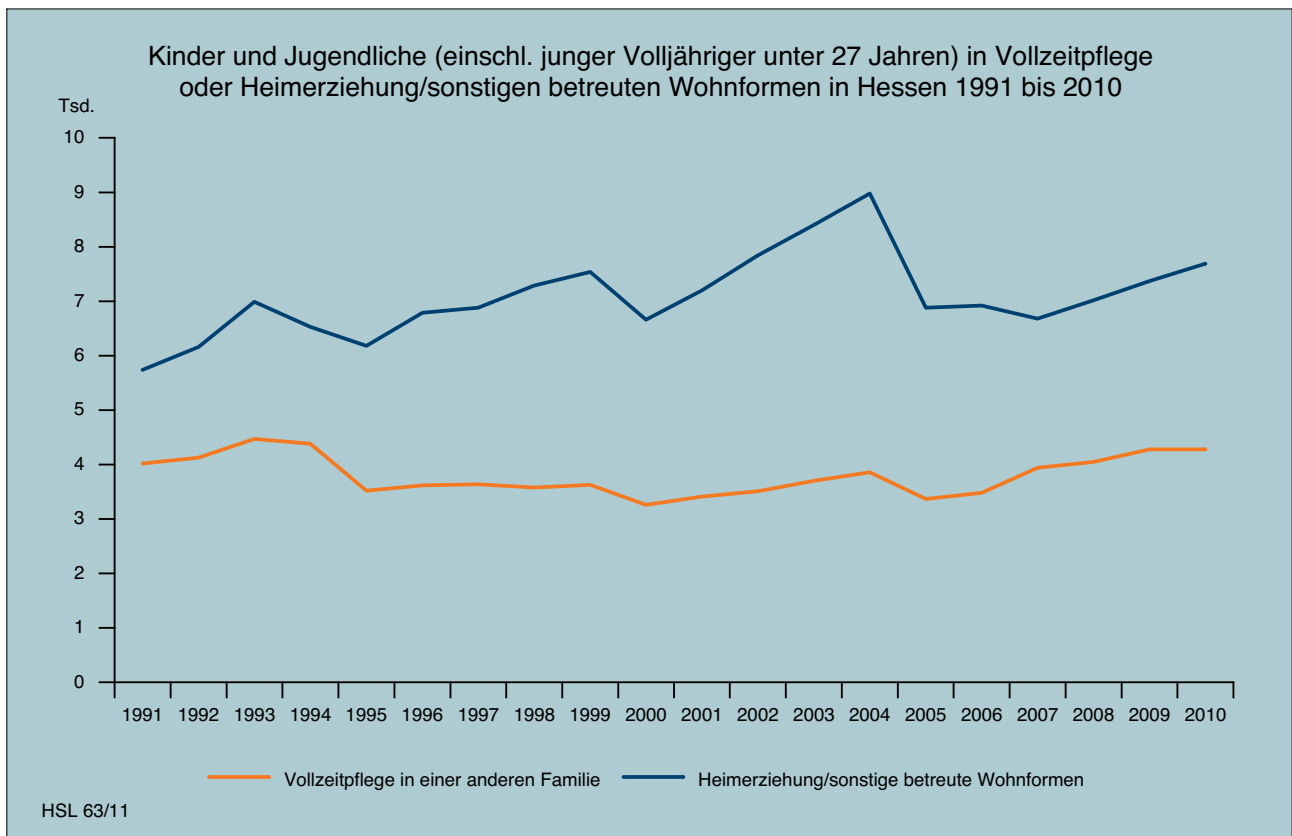
Im Jahr 2010 waren in Hessen knapp 12 000 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige unter 27 Jahren außerhalb des Elternhauses untergebracht, und zwar in Vollzeitpflege (4300 bzw. 36 %) oder in Heimerziehung/sonstigen betreuten Wohnformen (7700 bzw. 64 %). Während am Jahresende noch fast 8900 jungen Menschen diese Hilfe gewährt wurde, konnten im Laufe des Jahres 3100 Hilfen beendet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der geleisteten Hilfen um 3 %. Besonders stark nahm die Zahl der 6- bis unter 12-Jährigen mit gut 6 % zu.

Im Laufe des Jahres 2010 waren mit 47 % die meisten der untergebrachten jungen Menschen zwischen 12 und 18 Jahre alt, gefolgt von den jungen Volljährigen (18 bis unter 27 Jahre) mit 20 %. 21 % waren zwischen dem 6 und 12 Jahre alt und 11 % hatten das sechste Lebensjahr noch nicht erreicht.

Heimerziehung und Vollzeitpflege werden je nach Alter unterschiedlich in Anspruch genommen. So spielt die Vollzeitpflege in einer anderen Familie bei den jüngeren Kindern die wichtigste Rolle, während mit steigendem Alter eine Unterbringung in einem Heim oder das betreute Wohnen an Bedeutung gewinnen. Von den unter 6-Jährigen waren 82 % in Pflegefamilien untergebracht. Bei den 6- bis unter 12-Jährigen lag dieser Anteil bei 55 %, bei den 12- bis unter 18-Jährigen bei 24 % und bei den jungen Volljährigen bei 18 %

Die Gründe für den Beginn der Hilfen (Mehrfachnennungen möglich) lagen im Jahr 2010 sowohl bei der Vollzeitpflege als auch bei der Heimunterbringung in den meisten Fällen bei den Eltern des jungen Menschen. Bei der Vollzeitpflege war dies besonders ausgeprägt. Nur etwa 10 % der Gründe bezogen sich auf Auffälligkeiten, die den jungen Menschen betrafen. Bei der Heimunterbringung und den sonstigen betreuten Wohnformen lag der Anteil der jungen Menschen mit Auffälligkeiten etwa dreimal so hoch, vermut-



lich u. a., weil die Kinder und Jugendlichen bei der Heimerziehung i. d. R. älter sind als bei der Vollzeitpflege.

Im Einzelnen spielten bei der Vollzeitpflege die Gefährdung des Kindeswohles, die eingeschränkte Erziehungskompetenzen der Eltern oder Personensorgeberechtigten sowie die unzureichende Förderung bzw. Betreuung und Versorgung des jungen Menschen in der Familie mit 17 bzw. 18 % eine wesentliche Rolle. Bei den jungen Menschen, die in Heimen/sonstigen betreuten Wohnformen untergebracht wurden, waren neben der eingeschränkten Erziehungskompetenz der Eltern (18 %) vor allem Auffälligkeiten des jungen Menschen und Unversorgtheit des jungen Menschen mit jeweils 13 %, schulische/berufliche Probleme sowie Gefährdung des Kindeswohls und familiäre Konflikte mit jeweils 9 % von Bedeutung.

Die äußeren familiären Lebensumstände, wie die wirtschaftliche Situation und die Familienkonstellation stehen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Unterbringung außerhalb des Elternhauses. Bei Beginn der Hilfe kamen über die Hälfte der jungen Menschen aus Familien, die auf Transferleistungen angewiesen waren. Bei der Vollzeitpflege lag der Anteil mit 74 % sogar noch höher als bei der Heimerziehung/den sonstigen betreuten Wohnformen mit 47 %. Im Vorjahr lagen diese Werte wesentlich höher. Ein Grund hierfür könnte die Wohngeldreform sein, durch die einige Familien aus dem Bezug von Transferleistungen herausgefallen sind. Weiterhin könnten auch der Aufschwung

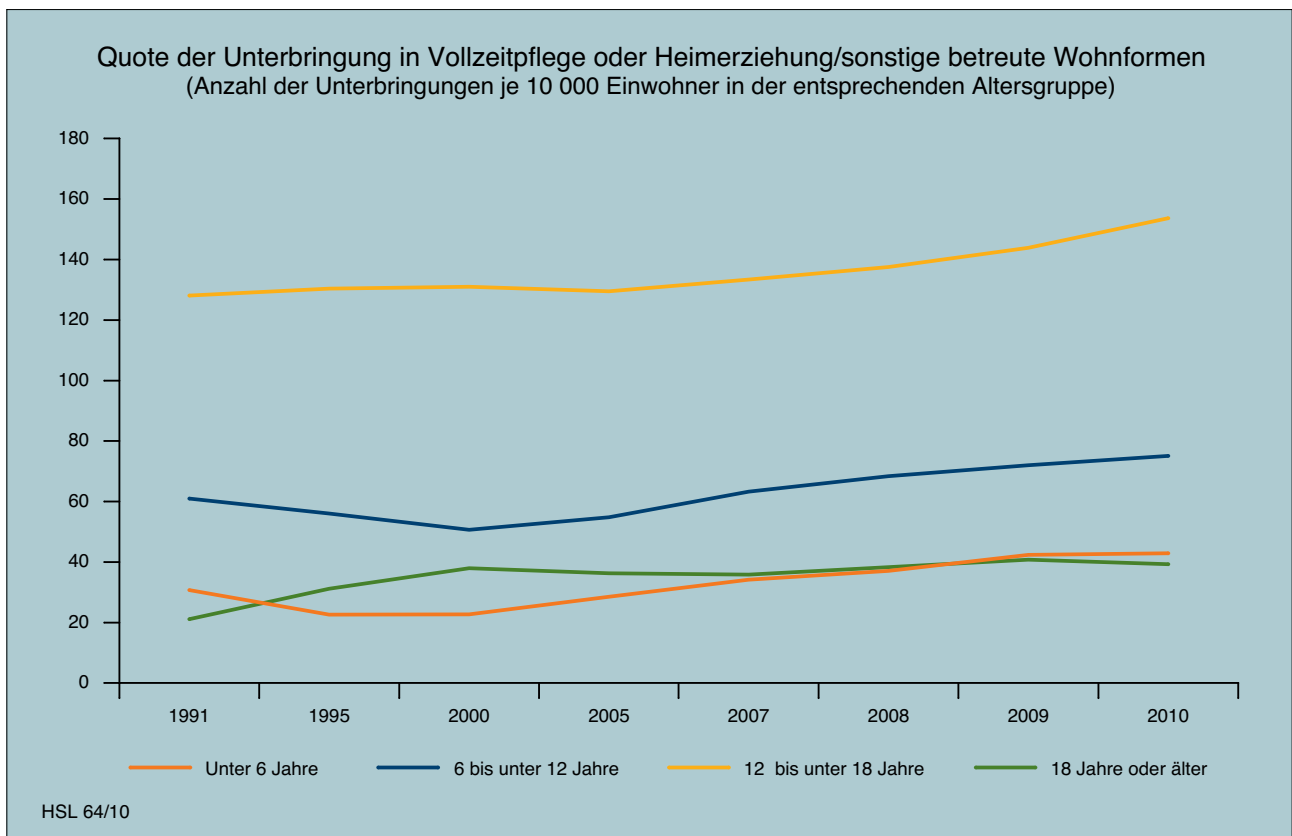
und die damit verbundenen Arbeitsangebote eine Rolle spielen.

Neben dem finanziellen Aspekt ist die familiäre Situation von Bedeutung. 42 % der jungen Menschen lebten bei Beginn Hilfe bei nur einem Elternteil. Bei der Vollzeitpflege war der Anteil mit 53 % höher als bei der Heimerziehung/den sonstigen betreuten Wohnformen mit 40 %. 22 % der außerhalb des Elternhauses untergebrachten jungen Menschen kamen aus „Patchworkfamilien“ (Vollzeitpflege: 20 %, Heimerziehung/sonstige betreute Wohnform: 22 %), und in nur 17 % der Fälle wohnten die Eltern zusammen (Vollzeitpflege: 21 %, Heimerziehung/sonstige betreute Wohnformen: 16 %).

Oft treffen beide Faktoren zusammen. So sind Alleinerziehende mit 74 % der Fälle relativ oft auf Transferleistungen angewiesen (bei Vollzeitpflege: 82 %, bei Heimerziehung: 71 %).

Die Ausgestaltung der Unterbringung der jungen Menschen ist sehr vielfältig. Bei der Heimunterbringung/den sonstigen betreuten Wohnformen dominierte mit 92 % der geleisteten Hilfen (94 % bei Beginn) die Unterbringung in einer Einrichtung (hierbei wurden zwei Drittel in Mehrgruppeneinrichtungen und ein Drittel in Eingruppeneinrichtungen untergebracht); 7 % (5 % bei Beginn) – vor allem ältere junge Menschen – in einer eigenen Wohnung.

Bei der Vollzeitpflege konnten knapp 19 % bei Verwandten und 81 % (bei Beginn) bei Fremdfamilien untergebracht werden.



Für 14 % der Kinder und Jugendlichen waren Sonderpflegestellen notwendig, d. h. hier bestand ein besonderer Betreuungsaufwand.

Entwicklung seit der Einführung des Kinderjugend- schutzgesetz im Jahr 1991

Gegenüber 1991 erhöhte sich die Zahl der Unterbringungen um knapp 31 % (Vollzeitpflege + 6 %; Heimerziehung: + 49 %).

Die Ausschläge in der Zeitreihe sind auf die Bestandserhebungen der Jahre 1995, 2000, 2005 zurückzuführen. In den Jahren dazwischen wurde der Bestand aufgrund

der gemeldeten Zu- und Abgänge fortgeschrieben. Diese Methode erwies sich allerdings als zu ungenau, sodass seit dem Berichtsjahr 2007 eine jährliche Bestandserhebung stattfindet.

Die absolute Zahl sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie sich die Inanspruchnahme der Hilfen proportional verändert hat. Dazu dient die Quote, bei der die Zahl der Unterbringungen auf 10 000 der entsprechenden Altersgruppe der Bevölkerung bezogen wird. Von 1991 bis 2010 stieg diese Quote von 50 auf 73. Die Inanspruchnahme der Hilfen war im gesamten Zeitablauf bei den 12- bis unter 18-Jährigen am höchsten (1991: 128; 2010: 154).

FDZ-Standort des Hessischen Statistischen Landesamtes auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt vertreten

„Die Ordnung der Weltwirtschaft: Lektionen aus der Krise“ – unter diesem Titel stand die diesjährige Tagung des Vereins für Socialpolitik (VfS), die vom 4. bis 7. September in Frankfurt am Main stattfand. Auf dem neu geschaffenen Campus Westend der Goethe-Universität trafen sich rund 1000 Vertreter der Wirtschaftswissenschaften aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, um aktuelle Forschungsarbeiten zu präsentieren und sich über neueste Erkenntnisse auf dem Gebiet der Ökonomie auszutauschen. Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und den aktuellen Problemen im Euro-Raum hätte der Titel der Tagung in diesem Jahr kaum besser gewählt sein können. Traditionell besteht die jährliche Konferenz des bereits 1873 gegründeten Vereins aus einer Kerntagung und einer offenen Tagung.

Auf der Kerntagung erörterten renommierte Wirtschaftswissenschaftler, welche Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 gezogen werden können und wie Lösungsansätze zur Bewältigung oder Vermeidung aktueller und zukünftiger Krisen aussehen.

Im Rahmen der offenen Tagung präsentierten mehr als 400 Nachwuchsforscher ihre aktuellen Arbeiten aus den verschiedensten Bereichen der Wirtschaftswissenschaften. Die hier vorgestellten Beiträge wurden im Vorfeld von einer Kommission aus über 1000 eingereichten Arbeiten ausgewählt. Unter den ausgewählten Beiträgen waren auch Arbeiten von Gastwissenschaftlern, die Daten am regionalen Standort Wiesbaden des Forschungsdatenzentrums (FDZ) im Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) auswerten. So stellten beispielsweise Julia Horstschräer und Maresa Sprietsma vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim ihre aktuelle Arbeit vor, die den Zusammenhang zwischen der Umstellung auf Bachelor- bzw. Masterstudiengänge und deren Auswirkungen auf Abbrecherzahlen sowie Studienzeiten untersucht. Dirk Antonczyk von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg präsentierte den interessierten Zuhörern die aktuellen Ergebnisse zu seinen Forschungen über den Effekt von Tarifverhandlungen auf Lohn- und Gehaltsstrukturen. Diese Beispiele zeigen nicht nur, dass der regionale Standort Wiesbaden auch Datennutzungen über die Grenzen Hessens hinaus mit großem Erfolg betreut, sie zeigen auch, wie wichtig ein



Dr. Frank Padberg, Manuel Boos, Alexander Richter und Präsident Eckart Hohmann (v. l. n. r.) am Stand des regionalen FDZ-Standortes Wiesbaden auf der Jahrestagung des VfS.

fachlich breites Datenangebot für die wissenschaftliche Forschung ist.

Fundierte Daten über soziale und ökonomische Zusammenhänge sind die Grundlage für eine hochwertige Wirtschaftsforschung. Als größte Datenproduzenten Deutschlands verfügen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder über genau diese Informationen. Neben den Daten selbst ist aber auch eine Infrastruktur erforderlich, die der Wissenschaft einen einfachen Zugang zu diesen Daten ermöglicht. Eine solche Infrastruktur haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor rund 10 Jahren mit ihren FDZ geschaffen. Das HSL ist dabei mit seinem regionalen Standort Wiesbaden aktiv am FDZ der statistischen Landesämter beteiligt. In diesem Jahr nutzte das HSL die Gelegenheit, sich auf der Tagung des Vereins in Frankfurt am Main mit seinem regionalen Standort als einer von rund 20 Ausstellern zu präsentieren. Die Mitarbeiter des hessischen FDZ-Standortes erläuterten einem großen Fachpublikum das aktuelle Datenangebot des Forschungsdatenzentrums und informierten über die neuesten Entwicklungen bei der informationellen Infrastruktur.

Die Resonanz der Wirtschaftswissenschaftler war durchweg positiv. Insbesondere das fachlich breite Datenangebot, das derzeit mehr als 90 Statistiken aus den unterschiedlichsten Bereichen der amtlichen Statistik umfasst, stieß auf großes Interesse. Bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik hat sich wieder gezeigt, wie wichtig der persönliche Kontakt zwischen der amtlichen

Statistik und der empirisch forschenden Wissenschaft ist. Nur der direkte Austausch zwischen Datenproduzenten und Datennutzern ist ein Garant für die hohe Qualität des Datenangebots im FDZ und dessen nutzergerechte Weiterentwicklung.

Auch in diesem Jahr wurden auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik wieder herausragende wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet. So erhielt der österreichische Ökonom Peter Egger, der seit 2009 Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich ist, den mit 10 000 Euro dotierten Gossen-Preis. Den seit 2007 verliehenen und mit 5000 Euro dotierten Gustav-Stolper-Preis bekam in diesem Jahr Otmar Issing. Der Präsident des Center of Financial Studies an der Universität Frankfurt am Main und ehemaliges Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank wurde dabei für seine hervorragende Kommunikation wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse geehrt. Beim „Young Author Best Paper Award“ wurden Dr. Eva Hoppe und David Kusterer von der Universität zu Köln ausgezeichnet. Beide erhielten den mit insgesamt 3000 Euro dotierten Reinhard-Selten-Preis für ihre Untersuchungen über Einflussfaktoren auf die Arbeitsmotivation von Arbeitnehmern.

Was ist der Verein für Socialpolitik?

Der „Verein für Socialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (VfS) mit Sitz in Frankfurt am Main wurde 1873 erstmalig und – nach seiner Auflösung 1936 – im Jahr 1948 erneut gegründet. Der VfS vereint deutschsprachige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler mit dem Ziel, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche bzw. wirtschafts- und sozialpolitische Probleme wissenschaftlich zu erörtern sowie internationale Beziehungen innerhalb der Fachwissenschaft zu pflegen. Der Verein hat etwa 3700 Mitglieder aus über 30 Ländern, hauptsächlich aber aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der VfS ist Herausgeber der Zeitschriften „German Economic Review“ und „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ sowie der „Neuen Folge der Schriften des Vereins für Socialpolitik“. (www.socialpolitik.org)

Alexander Richter

Tel.: 0611 3802-838

E-Mail: arichter@statistik-hessen.de

ALLGEMEINES

Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik zwischen der Hessischen Staatskanzlei und der Staatsbank Vietnam am 31. August 2011 in Hanoi unterzeichnet

Mit rund 87 Mill. Einwohnern, einem prognostizierten Bevölkerungswachstum auf 100,1 Mill. im Jahr 2025 und einem geschätzten Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 von 6,4 % ist die Sozialistische Republik Vietnam ein interessanter Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft. Zwischen Hessen und Vietnam bestehen bereits sich ständig ausweitende Handels- und Investitionsbeziehungen (Einfuhr aus Vietnam nach Hessen 2010: 400,6 Mill. Euro; Ausfuhr aus Hessen nach Vietnam 2010: 67,2 Mill. Euro). 2007 wurde das Generalkonsulat der SR Vietnam in Frankfurt am Main eröffnet und die Vietnam Airlines unterhält ihren Europasitz ebenfalls in Frankfurt am Main. Seit 1993 vergibt das Land Hessen Sur-Place-Stipendien an vietnamesische Studierende.

Im Verlauf von 18 Jahren haben sich einige Kooperationsprojekte entwickelt, u. a. der Aufbau eines Verbindungsbüros des Landes Hessen – als einzigem Bundesland – in Hanoi, Gründung einer vietnamesisch-deut-

schen Hochschule in Ho-Chi-Minh-Stadt und Hochschulbeziehungen von 4 hessischen Hochschulen zu Vietnam.

Im Mai 2011 wurde mit 2 Kooperationsabkommen die Zusammenarbeit zwischen Hessen und Vietnam erweitert, und zwar zum einen auf dem Gebiet der Forschung und Technologie und des Schutzes geistigen Eigentums, wonach sich beide Partner gegenseitig bei Forschungsvorhaben unterstützen werden, zum anderen zu den Themen „Schulpartnerschaften“, „Weiterbildungsinitiativen für Lehrer“, „Austausch über Lehr- und Lernmethoden“ sowie „Kooperation im Bereich der schulischen Umweltbildung“.

Vom 29. August bis 2. September 2011 reiste eine hessische Expertendelegation unter Leitung von Staatsminister Michael Boddenberg, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund, in die SR Vietnam. Weitere Teilnehmer der Delegation waren u. a. Folke Mühlhölzer, Sonderbeauftragter des Ministerpräsidenten für den Finanzplatz Frankfurt, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundsatzfragen und Leiter der Abteilung Recht und Verfassung; Eckart Hohmann, Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes; Dr. Kambiz Ghawami, Geschäftsführender Vorsitzender des World University Service; Hans-Joachim Kohse, Präsident der Hauptverwaltung Frankfurt der Deutschen Bundesbank; Hubertus Väh, Geschäftsführer Frankfurt Main Finance e. V. sowie Stefan M. Winter, Vorstand UBS Deutschland AG, Chair-



Michael Boddenberg, Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund mit Nguyễn Văn Bình, Präsident der Zentralbank der SR Vietnam bei der Unterzeichnungszeremonie.

man Executive Board Investment Bank und Präsident des Verbandes der Auslandsbanken.

Die Delegation wurde während ihres Aufenthaltes in Hanoi u. a. vom Vize-Premierminister, Hoang Trung Hai, vom Präsident der Staatsbank von Vietnam, Dr. Nguyen Van Binh, von mehreren Kabinettsmitgliedern, vom Generaldirektor der nationalen Statistikbehörde, Ph. D. Do Thuc, vom Vorsitzenden des Finanzausschusses der Nationalversammlung sowie von Repräsentanten der wichtigsten Finanzinstitute empfangen.

Staatsminister Michael Boddenberg und der Präsident der Staatsbank von Vietnam, Nguyen Van Binh, unterzeichneten am 31. August eine gemeinsame Absichtserklärung, die eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik vorsieht. „Es spricht für die hervorragende Expertise der Mitarbeiter des Hessischen Statistischen Landesamtes, wenn sich Vietnam dazu entschlossen hat, sich bei der Neuordnung des Statistikwesens auf hessische Fachleute zu stützen“, so Staatsminister Boddenberg.

In der gemeinsamen Erklärung wird eine Zusammenarbeit zunächst vor allem in den Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Preisstatistik sowie in der Aus- und Weiterbildung des im Statistikwesen beschäftigten Personals vereinbart. Außerdem soll ein statistisches Qualitätsmanagement nach internationalen Standards entwickelt und implementiert werden. Zur Weiterentwicklung der Qualität der amtlichen Statistik soll es einen Austausch von relevanten Dokumenten und im Einzelfall Unterstützung durch konkrete Projekte und Programme geben.

Aufgrund der geschätzten Projektgröße und des im Juli 2011 mit dem Statistischen Bundesamt abgeschlossenen Rahmenvertrags zur Zusammenarbeit bei internationalen Projekten ist es geplant, das Projekt in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt anzugehen.

Gabriele Buschmann

Tel.: 0611 3802-803

E-Mail: gbuschmann@statistik-hessen.de

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können ab Band 1/2011 als PDF-Datei mit Excel-Anhang in Internet unter www.statistik-hessen.de kostenlos heruntergeladen werden.

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Online:

Excel-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_146

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt ⁷⁾			
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁶⁾ 2005 = 100	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,0	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,7	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,5	107,5	198 790	7,2	30 821	31 737
2010 2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	336 910	103,7	23 191	98,2	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 840	100,7	23 003	99,1	107,6	199 462	7,2	34 399	19 157
August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 289	95,3	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	98,6	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,7	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,5	107,5	183 009	6,6	35 643	14 391
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,3	107,6	181 571	6,6	35 059	13 089
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,7	108,8	183 987	6,7	33 210	16 779
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,1	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	92,2	108,3	201 249	7,3	31 445	18 881
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	90,6	108,9	198 446	7,2	34 081	...
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	103,3	109,3	191 975	6,9	36 028	...
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	95,3	108,8
April	105,6	97,6	112,8	347 781	118,0	24 347	105,4	109,6	187 461	6,8	37 025	...
Mai	111,5	103,7	118,4	348 873	126,6	24 408	103,3	109,4	182 273	6,6	37 869	...
Juni	107,3	97,7	116,0	350 632	156,0	24 601	98,0	109,5	181 258	6,5	38 919	...
2. Vj. D	108,1	99,7	115,7	349 095	133,5	24 452	102,2	109,5
Juli	102,8	99,7	105,6	352 749	109,6	24 691	97,7	110,0	186 109	6,7	40 260	.
August	98,8	95,1	102,2	355 483	133,1	24 975	100,5	109,8	180 991	6,5	40 092	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,3	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 2,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,9	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2010 2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 3,0	- 7,1	1,3	3,0	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,6	0,9	- 7,5	.	37,2	- 75,8
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	6,5	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	3,6	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	4,2	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	- 0,1	1,0	- 7,2	.	44,4	- 80,5
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	7,0	1,2	- 6,4	.	47,7	- 79,5
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,6	1,5	- 6,3	.	40,6	- 70,7
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,6	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	4,9	1,6	- 6,2	.	37,9	- 71,6
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	...
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 0,9	1,8	- 9,7	.	42,1	...
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,6	1,7
April	1,5	3,0	0,5	3,3	50,6	5,2	6,8	2,1	- 9,5	.	36,4	...
Mai	13,3	15,0	12,0	3,7	18,0	4,9	6,4	2,0	- 8,5	.	28,3	...
Juni	- 3,7	- 2,0	5,7	3,9	24,4	6,2	- 0,6	2,1	- 7,2	.	21,9	...
2. Vj.	3,3	3,6	3,2	3,6	28,8	5,4	4,1	2,1
Juli	0,2	4,6	- 3,3	3,8	8,8	7,3	- 1,2	2,2	- 6,7	.	17,0	.
August	0,3	4,4	- 2,8	4,1	32,1	7,3	5,5	1,9	- 7,5	.	14,5	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2010 2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	5,7	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,7	- 19,7	- 0,7	0,5	0,3	2,1	.	7,8	- 24,2
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 3,8	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	3,5	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	- 0,5	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	4,0	- 0,1	- 2,1	.	0,9	- 9,9
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,7	0,1	- 0,8	.	- 1,6	- 9,0
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,7	1,1	1,3	.	- 5,3	28,2
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,7	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,0	- 0,5	9,4	.	- 5,3	12,5
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 1,7	0,6	- 1,4	.	8,4	...
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	14,0	0,4	- 3,3	.	5,7	...
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 12,6	0,7
April	- 13,8	- 9,5	- 17,0	0,3	- 4,9	4,4	2,0	0,3	- 2,4	.	2,8	...
Mai	5,6	6,3	5,0	0,3	7,2	0,3	- 2,0	- 0,2	- 2,8	.	2,3	...
Juni	- 3,8	- 5,8	- 2,0	0,5	23,2	0,8	- 5,1	0,1	- 0,6	.	2,8	...
2. Vj.	- 6,2	- 3,3	- 8,5	1,1	37,3	5,7	7,2	0,6
Juli	- 4,2	2,0	- 9,0	0,6	- 29,7	0,4	- 0,1	0,5	2,7	.	3,4	.
August	- 3,9	- 4,6	- 3,2	0,8	21,4	1,2	2,7	- 0,2	- 2,8	.	- 0,4	.

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008 — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unter- erfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 062,0 ¹⁾	6 067,0	6 060,0	6 060,7	6 061,8	6 066,5	6 066,2	6 068,1	6 070,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 271	2 290	803	1 301	1 645	615	898	1 156	1 646
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	1,7	2,5	3,3	1,2	1,9	2,2	3,3
* Lebendgeborene	"	4 229	4 312	3 627	4 286	4 086	2 767	3 859	4 361	3 653
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	8,5	7,8	8,3	8,2	5,4	8,3	8,5	7,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 057	5 017	5 072	5 528	4 701	4 499	5 016	5 343	4 748
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,9	10,9	10,7	9,4	8,7	10,8	10,4	9,5
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	14	7	16	14	17	12	14	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,3	3,2	1,9	3,7	3,4	6,1	3,1	3,2	3,8
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 828	- 705	- 1 445	- 1 242	- 615	- 1 732	- 1 157	- 982	- 1 095
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,6	- 1,4	- 3,1	- 2,4	- 1,2	- 3,4	- 2,5	- 1,9	- 2,2
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 247	14 014	10 798	13 750	12 752	14 042	12 324	14 999	13 892
* darunter aus dem Ausland	"	5 518	6 420	4 824	6 426	5 817	6 486	5 950	7 376	6 286
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 772	12 989	10 420	12 054	11 076	12 848	11 569	12 355	10 652
* darunter in das Ausland	"	5 335	5 613	4 593	4 951	4 177	5 595	5 143	4 876	3 894
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	474	1 025	378	1 696	1 676	1 194	755	2 644	3 240
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 232	17 098	14 881	17 922	16 210	17 908	15 645	17 622	16 446

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	200 301	196 460	187 559	181 258	186 109	180 991	173 526
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	96 332	95 309	90 987	87 821	91 113	88 672	84 873
Männer	"	113 816	105 536	103 969	101 151	96 572	93 437	94 996	92 319	88 653
Ausländer	"	50 819	48 154	47 830	47 500	46 106	45 808	46 428	45 937	44 433
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	23 679	21 942	19 617	17 967	21 151	19 511	17 558
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,5	6,3	6,1	5,8	6,0	5,8	5,6
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,6	6,6	6,3	6,0	6,2	6,0	5,8
Männer	"	6,9	6,4	6,3	6,1	5,9	5,6	5,7	5,6	5,3
Ausländer	"	14,8	14,0	14,0	13,9	13,5	13,1	13,2	13,1	12,7
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	7,2	6,7	6,0	5,5	6,5	6,0	5,4
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	19 157	16 368	15 981
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	34 399	35 012	35 331	38 919	40 260	40 092	41 357

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			2011
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,8	2 185,9	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 227,3	2 217,2	2 220,7
und zwar										
Frauen	"	973,2	986,6	976,9	991,5	989,6	986,9	1 004,9	1 004,4	1 005,7
Ausländer	"	214,5	219,3	214,1	217,5	212,4	214,8	224,3	221,5	226,2
Teilzeitbeschäftigte	"	423,5	440,1	417,2	428,1	429,7	431,9	441,8	444,6	449,8
darunter Frauen	"	348,6	360,8	344,6	353,2	354,2	355,9	362,3	364,4	368,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,8	6,8	7,4
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,3	2,4
Produzierendes Gewerbe	"	559,7	553,9	563,8	563,9	553,0	549,8	565,4	557,0	557,6
darunter Frauen	"	123,8	123,2	125,0	125,0	122,7	123,0	126,3	124,7	124,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	527,6	528,5	533,9	530,0	526,9	540,9	540,6	540,7
darunter Frauen	"	232,6	232,2	233,2	235,6	234,0	232,8	238,1	238,6	238,4
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	555,2	543,4	552,9	549,1	547,4	563,3	560,3	563,7
darunter Frauen	"	245,2	248,4	247,3	250,3	249,1	248,0	251,0	250,3	251,8
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	541,3	529,2	539,0	543,9	542,0	549,7	552,4	551,1
darunter Frauen	"	369,0	380,1	369,1	377,8	381,2	380,6	386,8	388,4	388,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 27.10.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	2 917	2 601	3 515	3 457	2 881	2 659	3 077
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	116	135	201	133	110	131	154
Jungrinder	"	52	55	51	20	29	77	59	34	75
Schweine	"	52 749	47 556	43 865	39 638	51 151	49 903	42 157	40 179	50 270
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	852	532	1 002	1 046	650	515	529
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	5 248	4 806	6 284	6 173	5 238	4 964	6 195
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	791	749	1 111	1 074	923	852	991
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	13	16	26	16	14	16	19
Jungrinder	"	7	7	8	3	4	10	9	5	11
* Schweine	"	4 752	4 315	4 066	3 672	4 757	4 645	3 934	3 711	4 772
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	14 181	14 572	14 742	14 986	14 722	13 691	13 416
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 362	1 360	1 358	1 376	1 376	1 377	1 376
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	337,7	339,8	341,6	348,9	350,6	352,7	355,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	43 568	42 008	42 800	48 542	41 419	41 951	47 459
* Brutto-lohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 330,2	1 194,1	1 191,2	1 426,8	1 376,4	1 286,4	1 277,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	8 280,4	7 668,1	7 694,2	9 454,9	8 575,2	8 277,7	8 796,5
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	4 114,8	3 720,4	3 955,7	4 986,5	4 382,7	4 042,8	4 511,3
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	49,7	48,5	51,4	52,7	51,1	48,8	51,3
Volumenindex des Auftragseingangs insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	24,5	- 23,6	16,4	13,3	- 3,7	0,2	0,3
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	31,6	18,0	13,2	8,3	- 1,6	- 1,7	1,0
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	27,3	- 53,0	26,4	27,8	14,4	4,6	- 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	4,5	- 5,2	- 3,3	25,0	20,6	16,8	17,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	8,0	1,5	11,1	4,4	- 1,0	- 0,4	4,1
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	17,4	9,8	7,3	8,5	- 2,0	- 11,2	- 1,8
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	30,0	37,2	52,7	28,6	17,2	13,3	- 13,1
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	16,9	- 0,5	13,8	20,1	- 0,1	- 14,2	18,9
Herstellung von Metallzeugnissen	"	- 29,6	28,5	44,3	41,6	20,9	23,2	10,2	5,8	10,1
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	106	107	107	112	112	112	112
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 885	15 897	16 004	16 084	16 101	16 081	16 200
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾⁽¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	2 013	1 925	1 995	2 227	1 827	1 856	2 147
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	68,7	65,3	61,7	63,9	72,6	66,3	63,2
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	1 934,0	2 396,7	2 253,6	901,7	774,6	627,6	840,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 12) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MV.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	.	97,7	.	96,3	97,1	99,7	97,7	96,9	97,3
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	.	100,0	.	77,7	101,4	105,2	115,6	87,3	106,1
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	48,3	48,0	48,5	48,0	48,4	48,6	49,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	5 224	4 986	5 072	5 219	4 583	4 771	5 287
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	2 147	2 011	2 123	2 152	1 954	1 930	2 175
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 524	1 478	1 486	1 527	1 357	1 482	1 578
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 553	1 497	1 463	1 540	1 272	1 359	1 534
* Bruttoentgelte	Mill. Euro	102,7	105,6	106,9	114,3	112,4	116,1	122,8	117,9	124,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	521,0	500,7	525,0	511,2	490,1	540,6	539,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	175,9	164,3	160,6	143,0	145,4	164,6	152,9
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	151,8	150,2	159,7	183,2	171,3	195,6	190,6
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	193,3	186,1	204,6	185,0	173,4	180,4	195,6
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	113,0	94,7	125,3	100,7	100,7	126,6	156,0	109,6	133,1
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	122,4	99,5	102,1	180,3	133,7	129,1	135,9
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	136,2	83,2	103,6	141,2	233,7	118,6	158,3
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	118,0	114,2	98,1	101,2	103,5	97,6	113,3
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,0	19,6	19,6	.	.	.	20,4	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	5 766	.	.	.	6 141	.	.
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	151,4	.	.	.	163,9	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	577,3	.	.	.	614,9	.	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	511	456	486	663	528	501	486
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	457	405	433	601	463	453	427
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	580	541	564	768	659	571	647
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	107	102	103	143	124	105	116
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	150 690	145 672	151 359	204 356	186 532	162 913	178 102
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	165	168	174	157	140	121	131
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	935	1 651	1 300	1 015	1 416	1 140	1 661
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	166	251	205	165	219	170	235
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	137 802	377 908	230 619	185 512	217 974	151 411	188 106
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	936	1 018	1 031	1 234	977	1 524	1 197	1 041	1 208
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	5 154	5 400	5 873	5 820	5 560	7 819	6 401	5 788	6 319
Großhandel ¹²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
G r o ß h a n d e l¹³⁾										
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,9	113,1	101,3	104,4	106,5	98,9	102,3	110,3
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	90,4	112,2	118,4	106,8	109,6	116,5	105,9	112,4	121,6
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	94,9	94,5	94,8	95,5	95,9	96,0	95,6	97,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	97,0	95,9	96,8	93,1	98,8	94,2	94,8	97,0
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,5	98,6	99,1	95,3	103,3	98,0	97,9	100,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,2	90,9	93,1	87,5	95,0	92,3	90,2	92,9
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	103,8	106,3	104,9	100,2	107,3	101,7	98,8	103,5
Bekleidung	"	104,2	112,2	111,9	109,3	100,5	113,2	107,9	108,4	101,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,9	94,9	99,5	95,5	100,4	93,2	105,4	105,3
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	104,1	95,5	99,5	99,6	96,1	96,2	103,4	99,8
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	87,5	80,2	78,8	80,0	93,2	80,7	79,0	84,4
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	95,6	95,3	94,7	96,0	96,3	96,5	96,7	97,1
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	89,7	97,8	91,8	86,0	112,7	97,4	95,3	90,2
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	94,0	102,3	96,0	90,2	119,3	103,3	101,5	96,4
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,1	95,4	96,1	96,7	98,3	97,9	98,4	100,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	87,3	90,1	84,3	87,0	96,2	90,0	85,7	87,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,7	98,6	92,1	95,2	106,8	99,8	95,1	96,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	103,1	104,5	87,5	95,3	122,2	106,4	95,1	95,9
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	89,5	90,3	92,0	92,8	97,9	95,4	93,2	94,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	102,4	111,5	102,5	103,9	108,0	101,4	102,7	105,6
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,4	81,8	81,1	79,4	87,4	90,7	83,5	84,4
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	98,8	97,9	99,9	100,3	100,9	99,6	100,3
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	4 459,7	4 264,6	4 170,2	4 848,0	4 497,7	4 346,7	4 578,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	105,0	107,8	122,0	112,9	123,3	113,2	124,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	4 203,9	4 017,3	3 922,4	4 553,7	4 191,9	4 064,3	4 289,6
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	17,0	17,4	11,8	16,1	21,1	16,5	15,6
* Halbwaren	"	239,9	363,6	343,0	310,0	322,9	352,2	353,9	359,6	393,0
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 843,8	3 689,9	3 587,7	4 185,4	3 816,9	3 688,2	3 881,1
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	673,2	630,7	601,4	741,2	633,0	648,8	619,4
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	3 170,7	3 059,2	2 986,3	3 444,2	3 183,9	3 039,4	3 261,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 135,0	1 138,8	1 082,5	1 217,8	1 105,9	1 145,3	1 153,7
Maschinen	"	419,9	482,3	562,5	542,0	471,9	555,7	556,6	530,4	545,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	544,2	467,9	420,5	592,5	525,0	413,6	580,2
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	426,7	469,0	525,9	566,7	481,6	453,7	482,9
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	327,4	278,9	278,9	344,0	307,6	304,3	312,7
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	3 013,7	2 816,8	2 795,5	3 249,7	3 185,2	2 884,5	3 066,5
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 616,1	2 443,8	2 361,0	2 771,9	2 774,5	2 493,3	2 580,3
* Afrika	"	74,7	86,0	89,8	100,6	90,8	91,6	83,4	94,6	99,0
* Amerika	"	442,0	562,9	620,1	612,3	544,7	551,5	541,6	593,5	631,4
* Asien	"	529,9	666,8	697,0	693,4	699,3	896,6	643,6	728,1	745,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	39,1	41,4	39,8	58,6	43,8	46,0	36,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	6 107,6	5 711,8	5 537,2	6 272,9	6 331,8	6 347,9	6 529,4
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	232,1	188,5	241,9	222,3	247,7	230,6	246,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	5 561,1	5 220,9	5 016,0	5 632,3	5 662,7	5 719,5	5 898,1
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	120,2	122,7	102,9	150,0	105,6	174,1	110,4
* Halbwaren	"	517,9	695,9	826,7	713,2	573,7	697,6	777,4	876,3	1 075,4
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	4 614,2	4 385,0	4 339,5	4 784,7	4 779,7	4 669,1	4 712,3
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	526,2	508,8	510,2	645,2	687,8	638,0	599,0
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	4 088,1	3 876,2	3 829,3	4 139,5	4 091,9	4 031,2	4 113,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Insgesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 895,6	3 524,8	3 388,4	3 997,2	4 175,3	4 097,1	3 862,0
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	3 344,2	3 103,8	3 048,0	3 466,9	3 582,1	3 511,6	3 129,6
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	157,3	171,0	127,0	172,3	173,0	226,0	273,6
* Amerika	"	527,0	616,9	694,4	633,1	588,4	656,2	613,5	631,5	674,2
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 332,9	1 372,3	1 403,0	1 434,6	1 344,6	1 344,8	1 626,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	27,4	10,6	30,4	12,7	25,3	48,5	93,0
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Gästekünfte	1000	932	996	1 130	1 053	1 066	1 205	1 182	1 123	1 140
darunter										
* von Auslandsgästen	"	218	240	257	302	274	272	264	307	283
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 562	2 701	2 728	2 653	2 710	2 758	2 831
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	451	577	557	483	473	596	569
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	861	1 069	944	802	800	949	...
davon										
* Gütereingang	"	698	763	689	876	728	641	606	779	...
* Güterversand	"	169	195	172	193	216	161	194	170	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	34 545	28 712	22 565	37 877	32 465	29 952	26 186
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	30 764	25 365	19 992	33 223	28 969	26 550	23 252
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	2 034	1 624	1 192	2 399	1 886	1 877	1 558
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	1 317	1 268	967	1 679	1 160	1 060	908
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	361	371	314	450	380	372	380
S t r a ß e n v e r k e h r s u n f ä l l e										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 815	2 655	2 676	2 811	2 675	2 316	2 805
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	2 189	2 024	1 984	2 190	1 996	1 680	2 161
* getötete Personen	"	26	21	21	30	18	23	20	19	27
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 778	2 587	2 624	2 794	2 677	2 270	2 826
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	381 791	.	.	.	394 952	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	265 481	.	.	.	266 998	.	.
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	52 235	.	.	.	52 867	.	.
Omnibussen	"	23 282	21 624	66 447	.	.	.	76 389	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	7 466 276	.	.	.	7 663 617	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	6 820 767	.	.	.	6 950 321	.	.
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	224 571	.	.	.	225 270	.	.
Omnibussen	"	149 528	140 736	420 938	.	.	.	488 026	.	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	143	.	.	.	197	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	149 562	.	.	.	168 093	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	526 606	.	.	.	517 332	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	381 783	.	.	.	378 542	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	70 907	.	.	.	73 426	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	310 876	.	.	.	305 116	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	525 399	.	.	.	570 378	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	1 014	997	1 031	1 118	904	837	959
davon										
* Unternehmen	"	163	145	144	154	135	176	110	132	131
* Verbraucher	"	567	630	648	611	693	705	598	507	625
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	192	191	163	195	152	166	174
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	30	41	40	42	44	32	29
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	179 605	156 994	137 703	219 363	134 905	134 640	148 964
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 764	6 567	6 751	6 826	6 031	6 102	7 084
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 150	5 402	5 241	5 591	4 844	4 771	5 128
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,3	107,6	107,7	109,4	109,5	110,0	109,8
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	113,1	113,9	112,9	116,9	116,4	116,4	115,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,3	113,4	113,3	114,6	115,3	115,7	116,3
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	95,5	92,3	93,7	97,2	95,0	91,7	93,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	109,4	109,5	109,6	112,5	112,6	112,9	112,8
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,2	106,4	106,5	107,6	107,6	107,7	107,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,8	103,5	103,4	102,9	102,9	102,6	102,9
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,4	106,6	107,0	107,5	107,6	107,7	107,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	113,6	113,0	113,0	118,4	118,0	118,9	117,9
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,0	88,2	88,0	85,9	85,8	85,5	85,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	98,4	101,5	101,8	97,8	99,2	101,7	102,1
Bildungswesen	"	105,2	107,9	108,0	107,9	107,9	107,8	107,5	107,5	107,6
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	"	107,5	109,1	109,0	110,9	110,8	109,0	110,0	112,9	112,8
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	.	113,6	115,7	.	.	116,3
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	4 111,1	3 060,3	3 088,9	3 898,1	4 309,6	2 982,7	3 602,9
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	3 990,8	2 869,8	2 984,2	3 724,2	4 181,6	2 831,3	3 437,3
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 444,4	1 388,7	1 263,6	1 708,7	1 450,2	1 486,5	1 342,7
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	661,7	- 11,6	- 31,7	- 16,3	626,6	- 156,0	141,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	228,7	172,6	74,1	399,8	193,2	99,1	26,0
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	159,5	180,2	186,2	208,4	148,5	174,0	192,4
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	471,6	- 164,4	38,6	23,0	435,8	- 156,0	180,3
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	916,6	1 188,0	1 310,3	1 235,1	1 198,6	1 234,7	1 428,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	108,3	116,5	143,3	165,5	128,7	148,9	126,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. Euro
noch: davon	
Bundessteuern	
Landessteuern		157,5	115,6	120,3	112,6	103,5	165,6	128,0	79,8	157,5
darunter	
Erbschaftsteuer		45,9	34,9	40,8	36,0	30,1	63,5	34,6	17,8	42,5
Grunderwerbsteuer		34,5	33,6	35,3	32,5	32,1	43,1	42,6	25,9	48,9
sonstige Landessteuern	48,1	47,1	44,2	44,1	41,6	58,9	50,9	36,1	66,0	
Gewerbsteuerumlage	19,2	27,2	0,0	77,8	1,2	8,2	0,0	71,6	8,1	

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt ²⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3	1 290,5	1 792,0
davon
Grundsteuer A	3,1	2,9	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6	4,3	3,8	
Grundsteuer B	126,7	127,9	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7	172,9	190,7	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	630,8	672,4	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5	987,3	870,7	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	479,6	437,6	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4	106,7	621,3	
andere Steuern ³⁾	8,3	9,2	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9	14,0	16,3	

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638	3 651	3 702
und zwar
* männlich	4 172	4 604	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857	3 864	3 926	
* weiblich	3 346	3 746	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132	3 163	3 188	
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	7 333	7 881	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492	6 469	6 565	
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	4 564	5 051	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253	4 268	4 304	
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	3 107	3 521	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936	2 944	3 003	
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	2 436	2 745	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352	2 356	2 420	
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	2 008	2 183	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928	1 922	1 982	
* Produzierendes Gewerbe	3 736	4 266	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503	3 497	3 597	
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 159	3 627	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027	3 005	3 094	
* Verarbeitendes Gewerbe	3 825	4 413	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598	3 601	3 686	
* Energieversorgung	5 019	5 454	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308	4 301	4 403	
* Wasserversorgung ⁸⁾	3 418	3 964	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170	3 215	3 227	
* Baugewerbe	2 957	3 220	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845	2 753	2 951	
* Dienstleistungsbereich	4 022	4 383	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705	3 728	3 755	
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	3 651	3 971	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340	3 359	3 397	
* Verkehr und Lagerei	3 751	4 080	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485	3 410	3 526	
* Gastgewerbe	2 421	2 608	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286	2 289	2 277	
* Information und Kommunikation	5 292	5 518	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652	4 660	4 695	
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6 128	6 414	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320	5 366	5 391	
* Grundstücks- und Wohnungswesen	4 401	4 818	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081	4 129	4 172	
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5 571	6 238	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813	4 833	4 877	
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 576	2 758	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433	2 437	2 473	
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	3 263	3 630	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185	3 251	3 254	
* Erziehung und Unterricht	3 960	4 271	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943	4 038	4 041	
* Gesundheits- und Sozialwesen	3 408	3 886	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265	3 255	3 293	
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	4 967	5 813	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406	4 916	4 623	
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 513	3 976	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244	3 315	3 340	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.



STATISTIK HESSEN

Hessischer Umwelt-Monitor

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des
Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 4

Oktober 2011

15. Jahrgang

Inhalt

- Fotovoltaik auf Altablagerungen und Deponien 3
- Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 7
 - A. Gewässerüberwachung in Hessen 7
 - 1. Hydrologische Daten nach Messstellen 8
 - 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten 10
 - B. Die Luftqualität in Hessen 13

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.

Er wird gemeinsam herausgegeben von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Statistischen Landesamt als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG)
Rheingaustraße 186
65203 Wiesbaden

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL)
Rheinstraße 35/37
65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie

Telefon: 0611/6939-0
Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG Helmut Weinberger Telefon: 0611/6939-571

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Fotovoltaik auf Altablagerungen und Deponien

VOLKER ZEISBERGER

Die Nutzung der Sonnenenergie durch Fotovoltaik-Anlagen wird durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert [1]. Dieses regelt die Einspeisung von Solarstrom in das Stromnetz und gibt über 20 Jahre eine Preisgarantie für den eingespeisten Strom. Die hohen Zuwachsraten bei der Installation von Fotovoltaik-Anlagen in Deutschland bestätigen die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen.

In Hessen soll der Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent erhöht werden. Die Erneuerbaren Energien sollen von heute 7 000 MWh/a bis zum Jahr 2020 verdreifacht werden. Für Fotovoltaikanlagen werden Flächen von ca. 25 km² benötigt. Standorte für Fotovoltaikanlagen können Dachflächen oder Freiflächen sein. Da Dachflächen nur begrenzt zur Verfügung stehen, und landwirtschaftlich genutzte Flächen seit 2010 nicht mehr als Standorte für Fotovoltaikanlagen gefördert werden, suchen Investoren verstärkt nach weiteren Standorten für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen.

Als Standorte für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sind laut EEG „bauliche Anlagen“, „versiegelte Flächen“ und „Konversionsflächen aus wirtschaftlicher

Nutzung“ geeignet. Hierzu zählen u. a. stillgelegte Deponien, Altablagerungen, Aufschüttungen und Abraumhalden. Diese Standorte haben eine besondere Bedeutung, da hier eine Doppelnutzung der Fläche erreicht wird. Eine Recherche bei den Regierungspräsidien hat ergeben, dass ca. 50 Altablagerungen für die Errichtung von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen infrage kommen. Hinzu kommen Deponien in der Stilllegungs- und Nachsorgephase. In Hessen gibt es bereits Fotovoltaik-Freiflächenanlagen auf Deponien in Flörsheim-Wicker, Taunusstein und Wiesbaden.

Bei der Installation von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sind zahlreiche Rahmenbedingungen zu beachten. Neben den vergütungsrechtlichen Vorgaben des EEG sind insbesondere baurechtliche, abfalltechnische und naturschutzfachliche Belange zu prüfen. Zur Unterstützung von Investoren und Behörden erscheint daher Anfang 2011 eine Arbeitshilfe „Fotovoltaik auf Deponien und Altablagerungen“, die vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung erstellt wurde [2].



Abb. 1: Fotovoltaik-Freiflächenanlage auf dem Gelände des Dyckerhoffbruchs in Wiesbaden. (Foto: ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Frank Fischer.)

EEG

Im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird die Einspeisevergütung für Solarstrom geregelt. Der örtliche Netzbetreiber ist zur Einspeisevergütung verpflichtet, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- I. Die Fotovoltaik-Freiflächenanlage wurde auf einer **baulichen Anlage** errichtet, die vorrangig zu einem anderen Zweck errichtet worden ist. Zu solchen baulichen Anlagen zählen Altablagerungen, Aufschüttungen und Deponien.
- II. Die Fotovoltaik-Freiflächenanlage wurde auf einer Fläche errichtet, für die eine **Planfeststellung** oder **Plangenehmigung** durchgeführt wurde. Dies trifft insbesondere auf Deponien in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase zu.
- III. Die Fotovoltaik-Freiflächenanlage wurde im Gel-

tungsbereich eines **Bebauungsplans** (B-Plan) errichtet.

Für die Mehrzahl der Deponien/Altablagerungen, die als Standorte für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen in Frage kommen, ist zu erwarten, dass mindestens eine der genannten Bedingungen zutrifft. Welche der oben genannten Bedingungen zutreffend ist, muss mit den örtlich zuständigen Baubehörden abgestimmt werden. Die Anforderungen hinsichtlich Planfeststellung (II.) bzw. Bauungsplan (III.) sollen bewirken, dass ökologisch sensible Flächen nicht überbaut werden und eine möglichst große Akzeptanz bei der Bevölkerung vor Ort erreicht werden kann.

Baurecht

Die Genehmigungsfähigkeit von Fotovoltaikanlagen richtet sich nach den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und der Hessischen Bauordnung (HBO).

Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sind bauliche Anlagen im Sinne des § 29 Abs. 1 BauGB und des § 2 Abs. 1 HBO. Für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit

einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage ist relevant, ob das Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, im Außenbereich oder auf einer planfestgestellten bzw. plangenehmigten Fläche (z. B. einer Deponie) geplant ist.

Für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen besteht Baugenehmigungspflicht. Zur Klärung der bautechnischen Voraussetzungen für die Installation von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen ist ein ingenieurtechnisches Gutachten erforderlich, das insbesondere eine Standortbegehung, eine bautechnische Standortprüfung und eine Machbarkeitsstudie beinhaltet.

Bei der Errichtung von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen ist immer die Naturschutzbehörde zu beteiligen. Bei Vorhaben im Außenbereich ist die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung Teil der Baugenehmigung. Bei Rodungen ist zusätzlich eine forstrechtliche Rodungsgenehmigung erforderlich.

Naturschutz- und Forstrecht

Auf planfestgestellten Flächen (Deponien in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase) ist häufig zu erwarten, dass naturschutzrechtliche Anforderungen gering sind. Höhere Anforderungen können z. B. vor-

liegen, wenn sich seit der Deponie-Rekultivierung gesetzlich geschützte Biotope (z. B. Magerrasen) oder Lebensstätten besonders geschützter Arten entwickelt haben.

Durch die im Verfahren beteiligte Naturschutzbehörde wird auch geprüft, ob geschützte Arten oder Lebensräume betroffen sind. In ökologisch wertvollen Gebieten (z. B. Naturschutz- und Feuchtgebieten) ist davon auszugehen, dass keine Genehmigung erteilt wird.

Technische Voraussetzungen

Für die Errichtung einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage sind u. a. folgende Aspekte zu beachten:

- Module: Marktverfügbar sind kristalline Solarzellen und Dünnschicht-Solarzellen, die Module können festinstalliert oder nachgeführt sein.
- Fundamente: Kostengünstig ist die Gründung auf Rammfundamenten, d. h. das Einrammen der Montagepfähle (ca. 1,5 m bis 2 m u. GOK); Betonfundamente sind teurer und können, wenn sie über die Geländeoberkante aufragen, Mäh- und Pflegearbeiten erschweren.
- Aufständigung: Üblich sind gerammte Mehrpfostensysteme; Einpfostensysteme erleichtern Mäh- und Pflegearbeiten.
- Oberflächenabdichtung der Deponie/Altablagerung: Sind Dichtungssysteme (Kunststoffdichtungsbahn, mineralische Dichtung oder Kapillarsperre) vorhanden, dürfen diese nicht durchsto-

ßen bzw. in ihrer Funktion beeinträchtigt werden.

- Exposition/Neigung: Günstig sind südexponierte Flächen, da die Fotovoltaikmodule dichter aufgestellt werden können; allerdings ist bei stärkeren Neigungen (> 20 %) das Rammen und die Montage aufwändiger.
- Erosion: Bei stärker geneigten Flächen besteht Erosionsgefahr; erforderlich ist eine geschlossene Vegetationsdecke und/oder eine Regenwasserableitung.
- Setzungen: Insbesondere bei Deponien, auf denen organische Abfälle abgelagert wurden, treten Setzungen auf. Erfahrungsgemäß verlangsamen sich die Setzungen ca. 10 Jahre nach Ablagerungsende. Bei der Installation einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage ist sicherzustellen, dass die Konstruktion der Restsetzung schadlos folgen kann.
- Stromanschluss: Bei größeren Anlagen ist ein

- Mittelspannungsanschluss an das Stromnetz erforderlich. Bei kleineren Anlagen kann ein Niederspannungsanschluss ausreichend sein.
- Schutz gegen Diebstahl und Vandalismus: Versicherer fordern i. d. R. 2 m hohe Zäune mit Alarmanlage, sofern die Anlage nicht auf einem gesicherten Betriebsgelände errichtet wird
- Rekultivierung: Bereits bei der Erstellung des Rekultivierungskonzepts sollte die mögliche Installation einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage berücksichtigt werden.



Abb. 2: Fotovoltaik-Freiflächenanlage auf dem Gelände des Deponiepark Flörsheim-Wicker. (Foto: Deponiepark Flörsheim-Wicker.)

Fazit

Fotovoltaik-Freiflächenanlagen können für Investoren lohnend sein, wenn günstige Randbedingungen vorliegen. Deponien, Altablagerungen, Aufschüttungen und Abraumhalden sind grundsätzlich gut geeignete Standorte.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer Fotovoltaik-Freiflächenanlage ist ein engagierter, visionärer Betreiber, da die Planung mit hohem Aufwand verbunden ist (Bebauungsplan, Baugenehmigung, usw.).

Vorteilhaft ist, wenn die Kommune (als Träger der Bauleitplanung) der Errichtung einer Fotovoltaik-Freiflächenanlagen aufgeschlossen gegenüber steht. Die Akzeptanz der Bevölkerung kann durch Werbung und Beteiligungsmöglichkeiten („Bürgersolar-

anlagen“) erhöht werden. Bei Flächen ohne hohen Erholungswert („unattraktive Standorte“, z. B. Deponien) kann mit einer hohen Akzeptanz der Bürger gerechnet werden.

Erfahrungen zeigen, dass die Lage innerhalb eines Betriebsgeländes besonders vorteilhaft ist. Dann ist keine zusätzliche Umzäunung erforderlich, Personal ist dauerhaft vor Ort, die Vandalismusgefahr ist gering. Günstige Voraussetzungen können bei Deponiestandorten vorliegen, wenn die Freiflächen-Fotovoltaikanlage neben dem Ablagerungskörper, aber innerhalb des planfestgestellten Bereiches, installiert ist (Beispiel Dyckerhoffbruch Wiesbaden). Die Beweidung mit Schafen ermöglicht niedrige Unterhaltungskosten.

Literatur

- [1] Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1170)
- [2] Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: „Ar-

beitshilfe Fotovoltaik auf Deponien und Altablagerungen“. Die Arbeitshilfe erscheint Anfang 2011.

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

A. Gewässerüberwachung in Hessen

Gewässeruntersuchungen sind Grundlage für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer sowie den Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes. Zunehmende Ansprüche an die ober- und unterirdischen Gewässer erfordern einen umfassenden Gewässerschutz mit einer laufenden Überwachung der Gewässer. Die Bereitstellung der hierfür benötigten quantitativen und qualitativen Daten bedingt die Einrichtung von umfangreichen Messnetzen. In Hessen werden betrieben/untersucht:

108	Pegel an oberirdischen Gewässern zur Erfassung des Wasserstandes und daraus abgeleitet des Abflusses
75	Niederschlagsmessstellen
7	Messstellen zur kontinuierlichen Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
251	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit oberirdischer Gewässer
94	Messstellen zur stichprobenhaften Erfassung der Beschaffenheit von Seen
910	Grundwassermessstellen zur Erfassung des Wasserstandes sowie 67 Quellschüttungsmessstellen, davon
351	Grundwassermessstellen zur Erfassung der Wasserbeschaffenheit
> 1.200	operative Messstellen (gemäß EU-WRRL) zur Erfassung von Fischen, Fischnährtieren, Algen und/oder Wasserpflanzen in Fließgewässern

Für alle Messstellen hat das HLUg gemäß § 57 Hessisches Wassergesetz die Aufgabe, die quantitativen und qualitativen Gewässerdaten zu erfassen, zu sammeln, fortzuschreiben und fallweise zu veröffentlichen. Die Daten werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenen Techniken erfasst und in die jeweiligen Datenbanken eingestellt. Die der Erfassung des Wasserstandes an den Fließgewässern dienenden **Pegel** sind zum Großteil (97) über Einrichtungen zur Datenfernübertragung mit einer zentralen Datenbank verbunden. Damit stehen die Daten zeitnah zur Verfügung. Bei Überschreitung eines vorgegebenen Wasserstandes wird automatisch eine Hochwasserwarnung an die für den Hochwasserwarndienst zuständigen Behörden abgegeben. Die Öffentlichkeit kann sich auch über das Internet (<http://www.hlug.de>) über die Wasserstände hessischer Gewässer informieren.

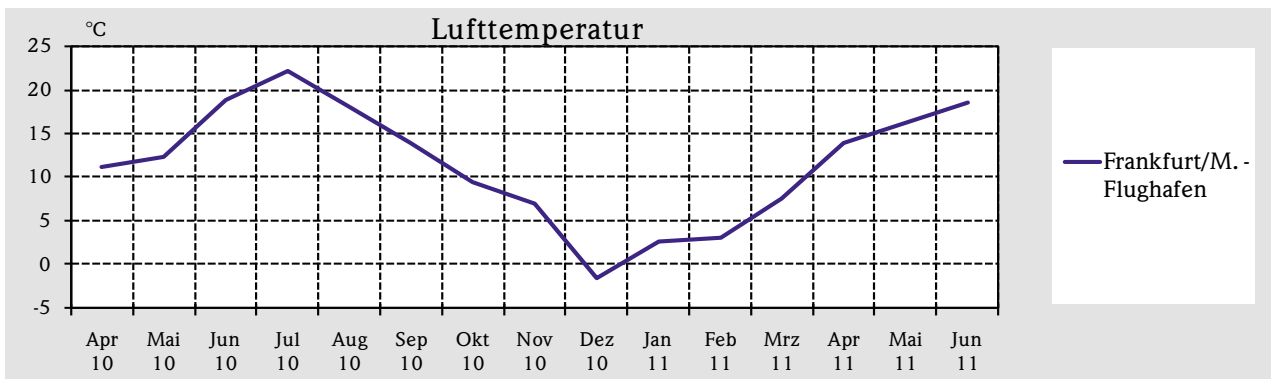
Die **Niederschlagshöhen** werden an den 75 Messstellen des landeseigenen Niederschlagsmessnetzes ermittelt. Derzeit sind 50 Messstellen mit Datenfernübertragung ausgerüstet, deren Werte digital in eine zentrale Datenbank übermittelt werden. Dort stehen sie u.a. für Hochwasservorhersagemodelle und für die Internetdarstellung zur Verfügung.

Die **Überwachung der Gewässerbeschaffenheit und die Bewertung des chemischen Zustands** gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) in Hessen erfolgt an den größeren Gewässern in Hessen wie Main, Nidda, Kinzig, Werra, Lahn, Fulda und wegen der besonderen Belastungssituation im Schwarzbach (Ried) durch Messstationen. Hier werden physikalisch messbare Parameter kontinuierlich, d. h. minütlich bzw. halbstündlich registriert und es wird kontinuierlich Probenwasser für die spätere chemische Analyse entnommen. Um den chemischen Zustand auch der kleineren Gewässer zu erfassen, werden darüber hinaus an 251 Messpunkten sowohl umfangreiche physikalische als auch quantitative und qualitative chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese Messstellen liefern zwar eine geringere Informationsdichte als die Messstationen, umfassen dafür aber ein dichtes Messstellennetz, das gleichmäßig über die Fläche Hessens verteilt ist und je nach Situation bei negativer Entwicklung der Güte einzelner Gewässer bzw. in deren Teileinzugsgebieten regional durch zusätzliche Messstellen verdichtet werden kann.

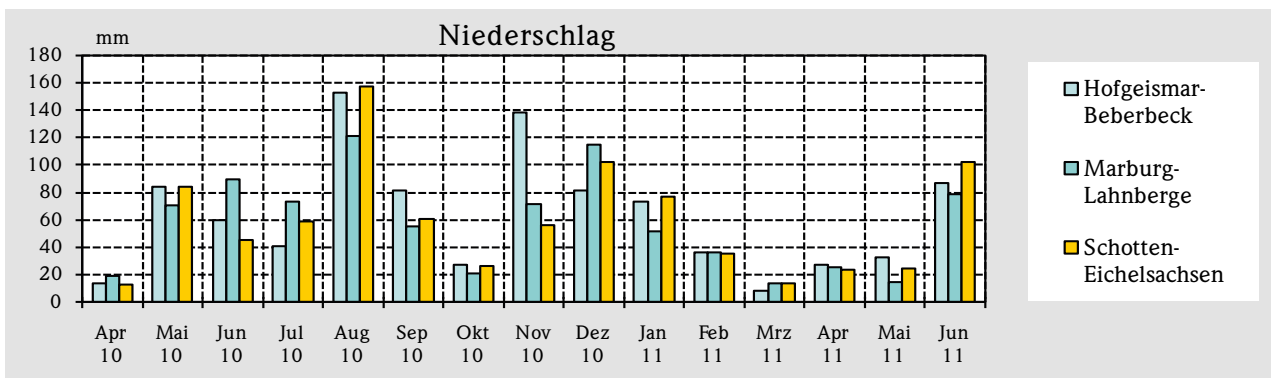
Die **Beschaffenheit von Seen** wird an 94 Messstellen überwacht. Die Bewertung des ökologischen **Zustands** gemäß EU-WRRL erfolgt in erster Linie anhand der im Gewässer vorkommenden Fauna und Flora. Die Einzelergebnisse dieser Untersuchungen sind unter <http://wrrl.hessen.de> einsehbar. Sowohl hier als auch unter <http://www.flussgebiete.hessen.de> sind zahlreiche weitere Informationen zur Umsetzung der EU-WRRL zu finden. Ziel der Gewässerüberwachung ist somit einerseits Langzeitwirkungen zu beobachten, andererseits kurzfristige Änderungen der Gewässerbeschaffenheit frühzeitig zu erkennen.

Der quantitative **Grundwassermessdienst** wird im Auftrag der Regierungspräsidien von Beobachtern vorgenommen, die überwiegend im Wochenturnus Einzelmessungen im Hinblick auf Grundwasserstand und Quellschüttung durchführen. Nur in einigen Fällen werden überall dort, wo aus hydrogeologischen Gründen der Grundwasserspiegel in Beobachtungsröhren oder die Schüttung von Quellen starken Schwankungen unterworfen sind, die entsprechenden Messgrößen kontinuierlich mittels konventioneller Schreibgeräte und/oder mittels Datenlogger registriert. Aus 351 Grundwassermessstellen und Quellen werden Proben genommen. Die chemische Analyse dient der Bewertung des Ist-Zustandes der Grundwasserbeschaffenheit und der Prognose der zukünftigen Entwicklung unter dem Einfluss anthropogener Wirkfaktoren.

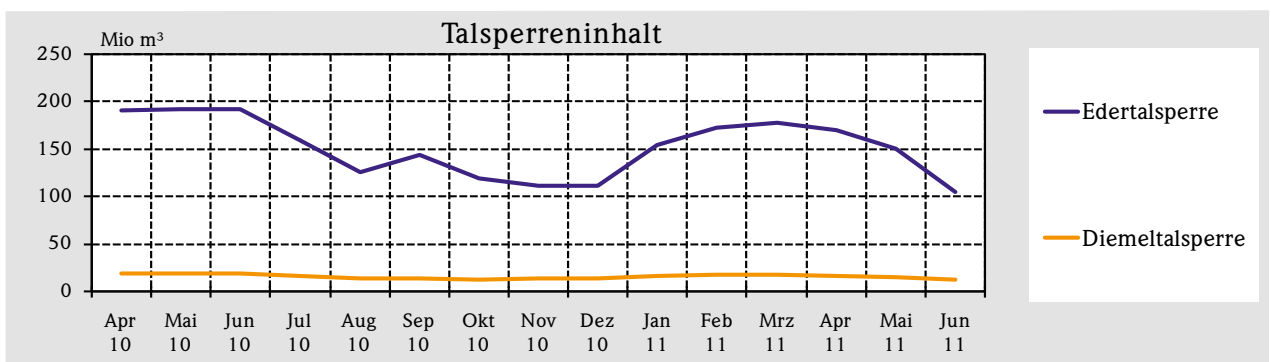
1. Hydrologische Daten nach Messstellen



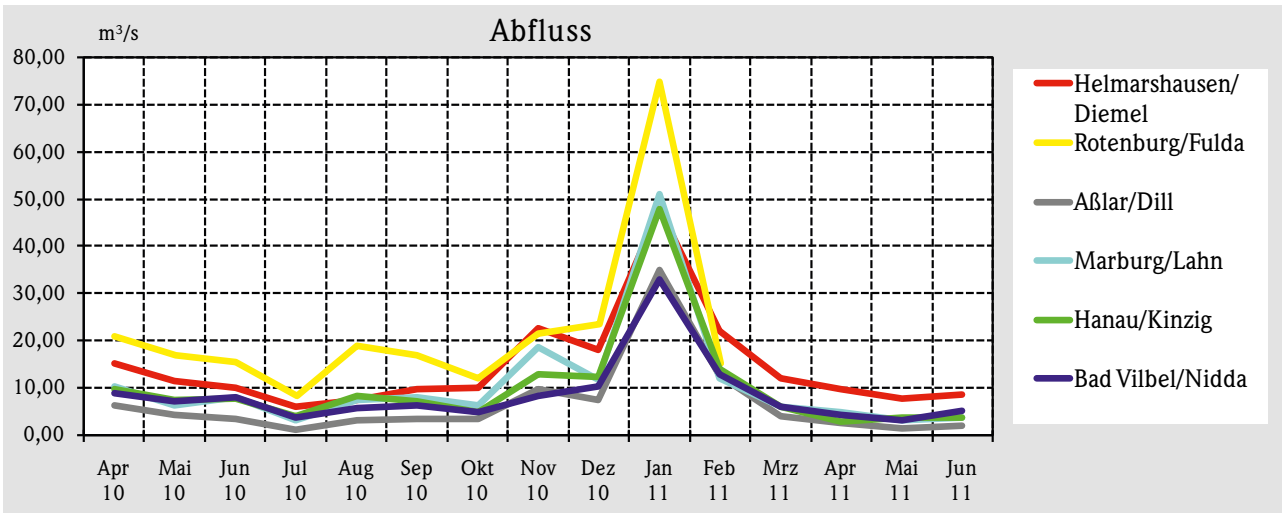
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Frankfurt/M. - Flughafen	11,1	12,3	18,8	22,2	18,2	13,9	9,5	6,9	-1,6	2,6	3,0	7,6	14,0	16,3	18,5



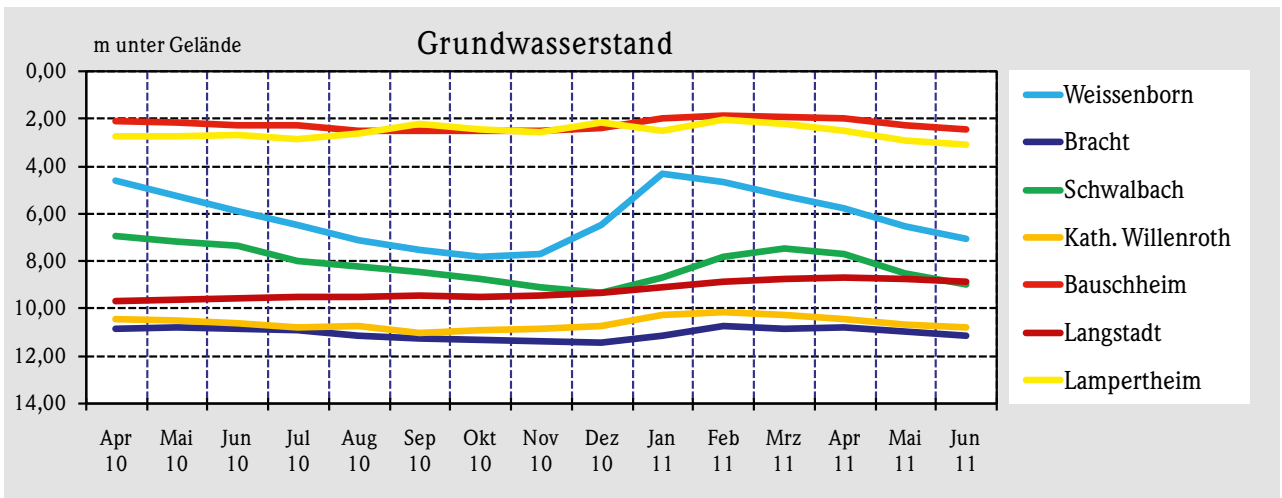
Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Hofgeismar-Beberbeck	13,7	83,8	59,8	41,1	153	81,4	27,5	138,3	81,5	73,1	36,2	8,0	27,5	32,6	86,8
Marburg-Lahnberge	19,0	70,3	89,6	73,1	121	54,8	21,1	71,4	114,7	51,0	36,0	13,9	25,1	14,5	79,1
Schotten-Eichelsachsen	12,8	83,9	45,1	58,8	157	60,3	26,6	56,4	102,2	77,3	34,8	13,5	23,6	24,1	102,5



Stationsname	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Edertalsperre	191	192	192	160	126	144	119	112	111	154	172	178	170	150	105
Diemeltalsperre	18,7	18,6	18,0	15,3	13,3	12,6	12,3	12,6	12,5	15,4	16,9	17,0	15,3	14,3	11,6



Abfluss – Monatsmittel [m³/s]																
Pegel	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	
Helmarshausen/Diemel	15,1	11,3	9,80	5,80	7,12	9,48	9,80	22,6	17,9	48,0	22,4	12,4	9,5	7,4	8,4	
Rotenburg/Fulda	20,9	16,8	15,4	8,10	18,9	16,8	11,8	21,3	23,5	74,8	14,9			6,4		
Aßlar/Dill	6,20	4,20	3,30	1,10	3,00	3,40	3,30	9,80	7,40	34,9	12,6	4,00	2,6	1,5	1,9	
Marburg/Lahn	10,3	6,24	8,00	3,10	7,20	8,00	6,30	18,5	11,6	51,4	12,3	5,90	4,6	3,0	3,7	
Hanau/Kinzig	9,68	7,50	7,80	3,90	8,20	7,00	4,80	12,8	12,9	47,9	14,2	6,30	2,8	3,6	3,6	
Bad Vilbel/Nidda	8,80	7,10	8,13	3,70	5,90	6,40	4,80	8,50	10,3	32,5	13,3	6,20	4,3	3,2	5,3	



Grundwasserstand - Monatsmittel [m unter Gelände]														
Messstelle	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Weissenborn	5,25	5,87	6,48	7,11	7,55	7,81	7,68	6,45	4,32	4,65	5,24	5,80	6,51	7,08
Bracht	10,78	10,84	10,89	11,12	11,24	11,29	11,36	11,40	11,13	10,86	10,75	10,73	10,94	11,09
Schwalbach	7,17	7,37	8,00	8,21	8,48	8,76	9,11	9,33	8,72	7,78	7,51	7,73	8,50	8,95
Kath. Willenroth	10,49	10,62	10,78	10,72	11,02	10,90	10,85	10,71	10,28	10,16	10,25	10,43	10,67	10,77
Bauschheim	2,12	2,21	2,26	2,46	2,45	2,47	2,46	2,33	1,91	1,82	1,86	1,94	2,21	2,38
Langstadt	9,61	9,57	9,50	9,50	9,47	9,49	9,45	9,35	9,06	8,83	8,71	8,66	8,75	8,84
Lampertheim	2,72	2,69	2,82	2,63	2,18	2,41	2,51	2,14	2,52	2,01	2,22	2,45	2,90	3,08

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Messstation Bischofsheim / Main, Flusskilometer 4,0														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	368	507	493	1263	393	430	279	228	187	158	150	126	115
Temperatur	°C	4,1	2,8	3,1	5,4	4,2	6,1	5,5	7,7	10,9	14,6	16,6	18,3	20,2
Sauerstoff	mg/l	12,5	13,5	13,5	10,8	12,4	12,3	12,2	11,9	13,5	14,5	15,5	14,4	13,2
pH		8,1	8,1	8,1	7,9	8,1	8,1	8,0	8,2	8,4	8,5	8,5	8,3	8,3
Leitfähigkeit	µS/cm	620	592	670	400	604	618	634	706	706	694	687	689	677
NH ₄ -N	mg/l	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	<0,07	0,09	0,18	< 0,07	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	5,0	5,0	5,3	3,9	5,1	5,3	5,4	5,6	5,4	4,7	4,1	3,7	3,2
Gesamt-N ²⁾	mg/l	6,4	6,1	6,3	4,9	6,5	6,5	6,8	7,3	6,4	5,8	5,9	5,6	5,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,14	0,15	0,11	0,17	0,11	0,13	0,10	0,07	0,06	0,09	0,04	0,04	0,05
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,25	0,26	0,25	0,33	0,14	0,17	0,15	0,13	0,12	0,14	0,13	0,11	0,08
TOC	mg/l	6,2	7,0	4,7	6,3	3,0	3,7	4,5	3,8	4,5	5,5	7,5	7,6	9,0
Cl	mg/l	49	56	65	31	43	45	46	50	54	56	59	56	60

Messstation Oberbiel / Lahn, Flusskilometer 19,1														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	18,9	35,2	101,6	153,0	27,7	56,6	24,8	17,2	14,7	12,9	11,2	8,7	8,1
Temperatur	°C	2,2	1,9	2,3	5,3	3,2	5,3	3,9	6,9	9,7	12,9	15,1	16,1	17,8
Sauerstoff	mg/l	12,0	12,3	12,5	11,4	12,1	11,3	12,2	11,8	12,5	11,7	14,1	14,8	11,1
pH		7,9	7,8	7,8	7,5	7,8	7,7	7,9	8,1	8,4	8,5	9,0	9,1	8,2
Leitfähigkeit	µS/cm	506	479	435	273	403	352	398	452	463	479	483	479	531
NH ₄ -N	mg/l	0,17	0,10	0,12	0,08	0,32	0,08	0,21	0,10	< 0,07	0,08	0,27	0,09	0,11
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,6	3,2	3,4	3,8	3,4	3,6	3,5	3,5	2,7	2,3	2,5	2,5
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,4	4,5	3,9	4,4	5,1	4,4	4,8	4,7	4,3	4,1	4,1	4,3	4,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,13	0,11	0,08	0,12	0,11	0,10	0,08	0,06	0,06	0,14	0,09	0,13	0,17
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,15	0,16	0,23	0,16	0,12	0,13	0,11	0,09	0,19	0,23	0,26	0,22	0,19
TOC	mg/l	3,0	3,3	3,3	4,3	2,4	2,9	2,8	2,6	4,7	5,1	8,6	9,2	8,2
Cl	mg/l	63	63	51	26	36	31	35	37	40	56	42	47	50

Messstation Witzenhausen / Werra, Flusskilometer 83,9														
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	55,1	73,0	101,6	271,6	97,8	81,2	57,4	48,4	41,6	34,2	27,0	23,5	19,9
Temperatur	°C	2,8	2,8	2,7	5,6	4,4	5,9	4,4	7,5	9,8	12,7	14,9	15,6	17,9
Sauerstoff	mg/l	13,1	13,0	13,2	11,8	12,2	11,8	12,7	11,9	12,6	13,5	15,8	14,7	12,9
pH		8,1	8,0	8,0	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0	8,2	8,5	8,6	8,5	8,5
Leitfähigkeit	mS/cm	4,5	4,3	4,0	2,0	3,5	4,1	4,4	4,7	4,6	4,8	4,5	2,7	4,3
NH ₄ -N	mg/l	0,09	<0,07	0,15	< 0,07	0,13	< 0,07	0,14	< 0,07	< 0,07	0,15	0,13	0,33	0,40
NO ₃ -N	mg/l	4,8	5,0	4,4	3,9	4,3	4,0	4,4	4,0	3,6	3,2	2,3	1,8	1,9
Gesamt-N ²⁾	mg/l	5,8	6,2	5,2	4,8	5,5	5,1	5,7	5,4	4,7	4,2	4,2	3,5	3,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,13	0,12	0,13	0,12	0,10	0,1	0,08	0,07	0,09	0,07	0,01	0,05	0,09
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,39	0,17	0,35	0,20	0,11	0,1	0,11	0,09	0,13	0,13	0,13	0,10	0,15
TOC	mg/l	3,1	3,6	4,8	5,5	2,3	2,3	2,4	2,6	3,3	4,3	9,9	7,5	9,8
Cl	mg/l	1150	1100	920	435	885	1050,0	1100	1250	1250	1250	1100	1000	1150

Messtation Wahnhausen / Fulda, Flusskilometer 93,5

Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.1.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	59,3	69,8	137,7	303,9	77,5	76,9	47,8	32,3	27,4	25,3	27,2	30,4	30,7
Temperatur	°C	2,1	1,1	1,1	5,9	2,4	4,2	2,6	5,7	8,7	12,1	13,9	14,3	15,5
Sauerstoff	mg/l	12,7	12,0	10,5	12,0	10,7	11,9	13,1	13,4	16,5	16,2	16,9	15,4	11,3
pH		7,8	7,8	7,8	7,7	7,8	7,8	7,9	8,4	9,0	9,2	9,2	9,2	8,6
Leitfähigkeit	µS/cm	467	589	527	367	449	459	476	563	567	550	501	462	460
NH ₄ -N	mg/l	0,16	0,15	0,20	< 0,07	0,17	0,10	0,15	0,08	< 0,07	0,21	0,14	0,18	0,09
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,8	3,7	3,7	4,1	3,9	4,1	3,9	3,4	2,6	1,9	1,9	1,9
Gesamt-N ²⁾	mg/l	4,3	4,9	4,4	4,7	5,4	4,9	5,2	5,0	4,4	4,0	3,9	3,5	3,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,11	0,11	0,12	0,08	0,10	0,11	0,12	0,05	0,05	0,04	0,01	0,10	0,09
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,35	0,16	0,21	0,10	0,11	0,13	0,15	0,08	0,22	0,20	0,24	0,17	0,12
TOC	mg/l	3,3	3,8	3,6	3,1	2,7	3,1	2,8	3,2	4,8	7,6	10,5	7,7	6,0
Cl	mg/l	58	75	65	33	45	48	48	55	59	61	56	52	51

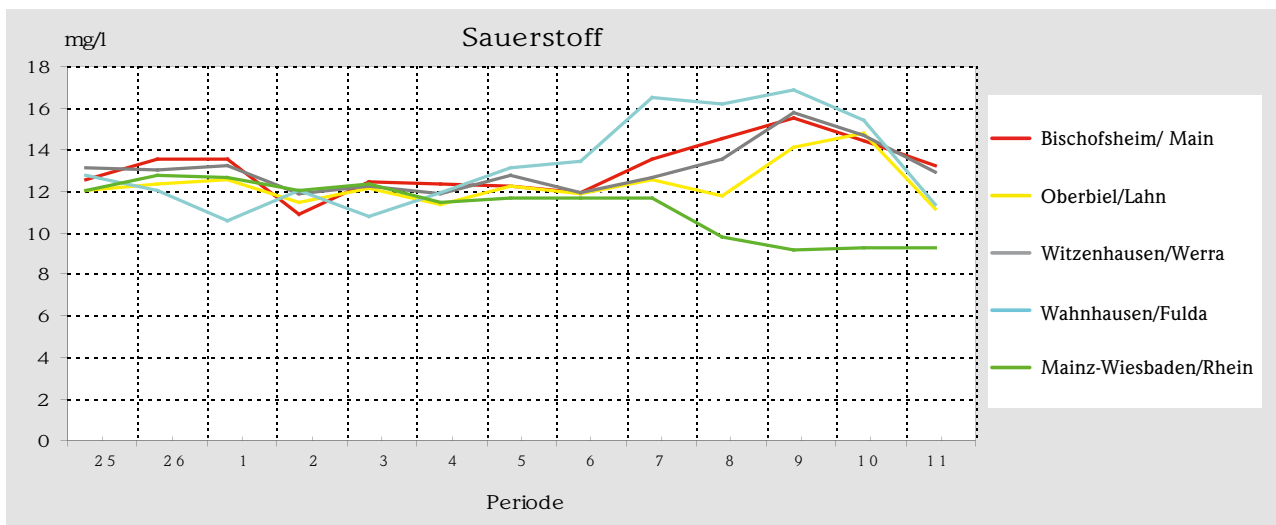
Messtation Mainz-Wiesbaden / Rhein, Flusskilometer 498,5

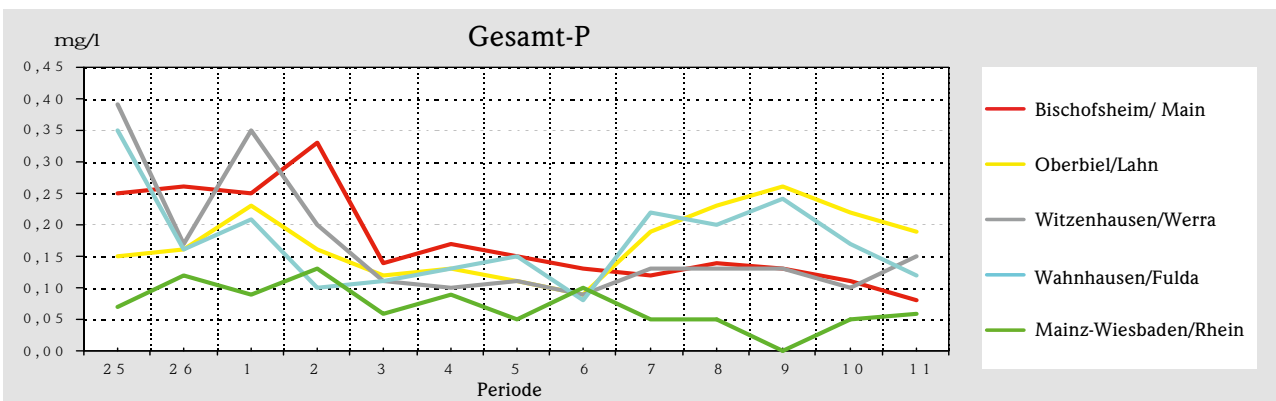
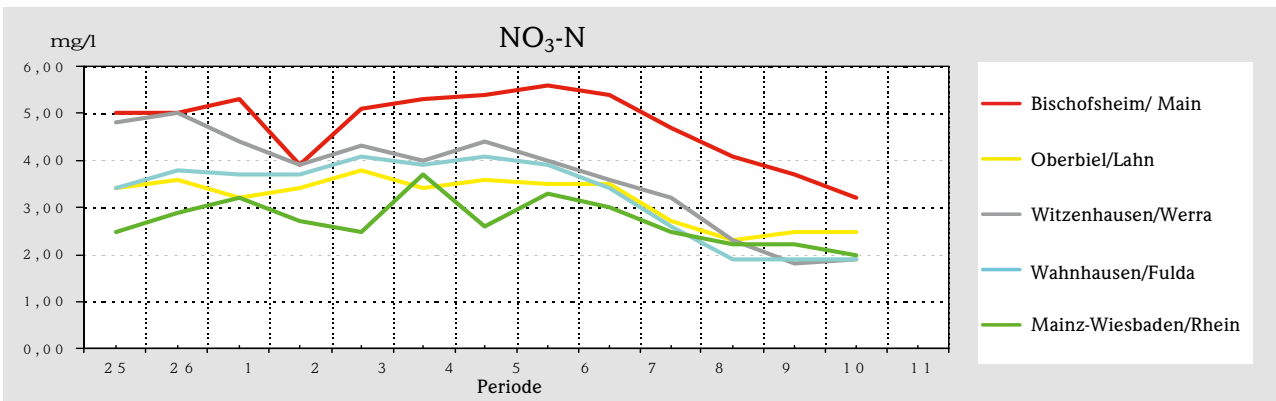
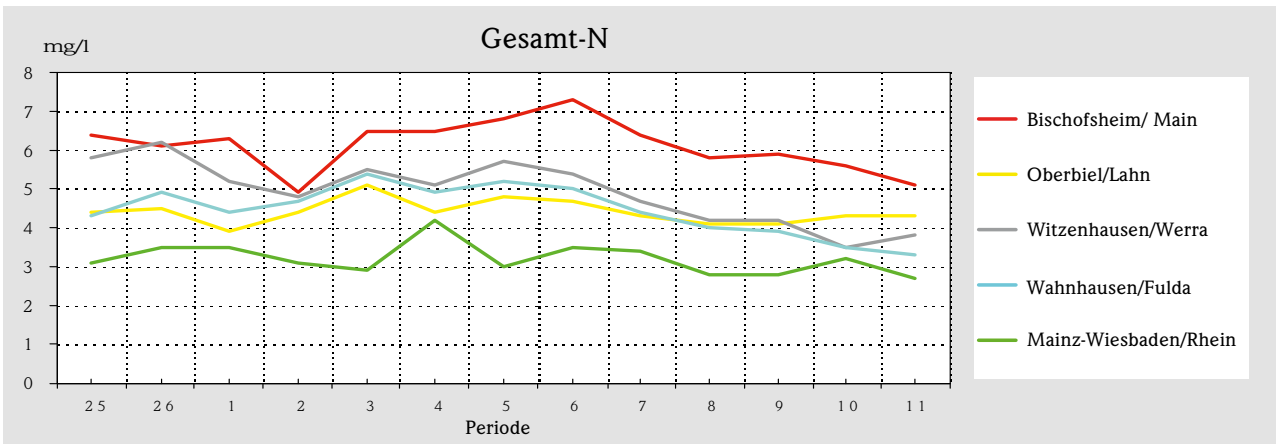
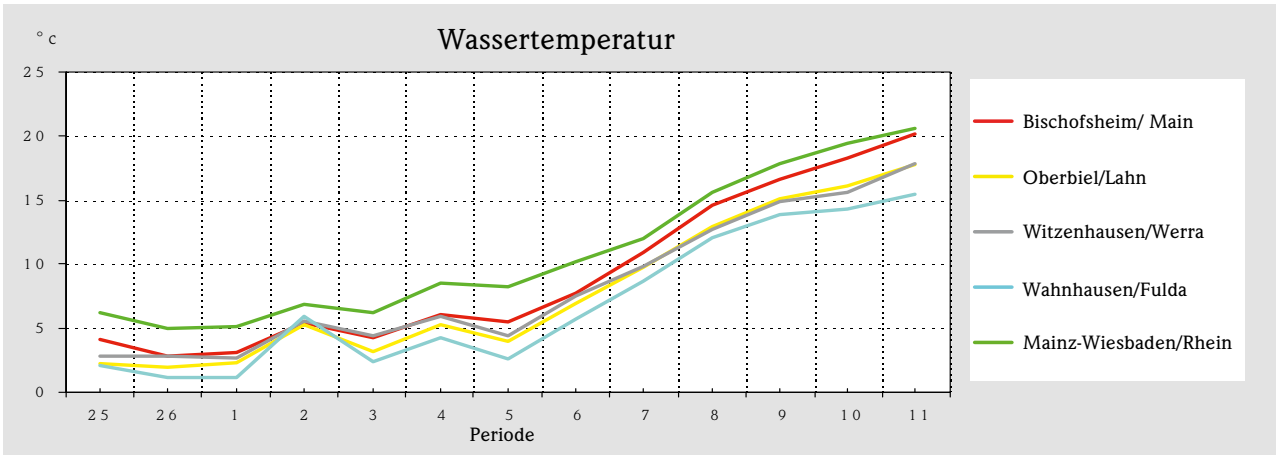
Art der Angabe	Einheit	Periode/Beginn												
		25	26	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
		29.11.2010	13.12.2010	27.12.2010	10.1.2011	24.12.2011	7.2.2011	21.2.2011	7.3.2011	21.3.2011	4.4.2011	18.4.2011	2.5.2011	16.5.2011
Abfluss ¹⁾	m ³ /s	2167	2664	2232	3941	1759	1476	1226	1084	1071	1054	883	815	887
Temperatur	°C	6,2	5,0	5,1	6,8	6,2	8,5	8,2	10,2	12,0	15,6	17,9	19,4	20,6
Sauerstoff	mg/l	12,0	12,7	12,6	12,0	12,3	11,4	11,6	11,6	11,6	9,7	9,1	9,2	9,2
pH		8,0	8,0	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	8,2	8,1	8,1	8,0	8,1	8,0
Leitfähigkeit	µS/cm	487	469	515	391	489	531	528	545	522	501	508	525	509
NH ₄ -N	mg/l	<0,02	0,03	0,07	<0,02	0,05	0,04	0,02	<0,02	<0,02	0,04	<0,02	<0,02	<0,02
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,9	3,2	2,7	2,5	3,7	2,6	3,3	3,0	2,5	2,2	2,2	2,0
Gesamt-N ²⁾	mg/l	3,1	3,5	3,5	3,1	2,9	4,2	3,0	3,5	3,4	2,8	2,8	3,2	2,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,1	0,07	0,06	0,07	0,04	0,07	0,04	0,0	0,0	0,04	0,0	0,0	0,03
Gesamt-P ³⁾	mg/l	0,07	0,12	0,09	0,13	0,06	0,09	0,05	0,1	0,05	0,05	0,0	0,05	0,06
TOC	mg/l	2,5	5,0	2,7	4,9	2,0	3,0	1,8	2,2	2,5	2,8	2,9	3,1	2,8
EDTA	µg/l
Cl	mg/l	42	44	47	32	40	44	45	48	46	45	47	50	53

¹⁾ = vorl. Abflusswerte

²⁾ = Gesamt-N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoff.

³⁾ = Gesamt-P = Summe der Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat bestimmt werden.





B. Die Luftqualität in Hessen

Zur kontinuierlichen Überwachung der Luftqualität betreibt das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) ein landesweites Messnetz mit rund 30 Luftmessstationen. Die Verpflichtung zur landesweiten Immissionsüberwachung ergibt sich aus den EG-Luftqualitätsrichtlinien, welche durch die 39. BImSchV (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen) in deutsches Recht umgesetzt sind, und durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) selbst, das seit 1974 die rechtliche Grundlage für die Luftreinhaltung in Deutschland, so auch in Hessen, darstellt.

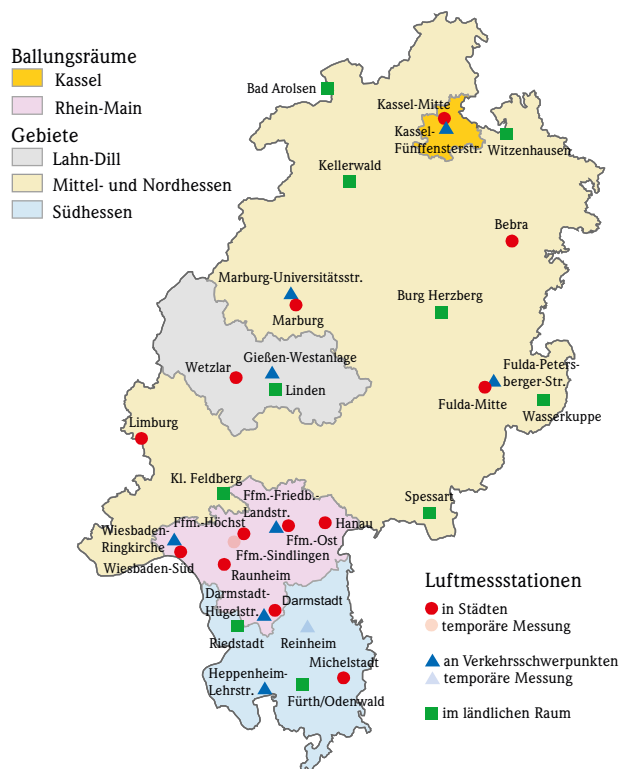
Die automatisierten Stationen des Luftmessnetzes sind mit Analysegeräten für gasförmige Schadstoffkomponenten und für Feinstaub, und mit Messgeräten zur Erfassung meteorologischer Einflussgrößen ausgestattet. Ein Stationsrechner steuert die täglichen Kalibrierungen der Geräte, die Messungen und die Auswertung. Die ermittelten Daten werden direkt an die Messnetzzentrale im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie nach Wiesbaden übertragen. Von dort aus werden die Daten über verschiedene Medien wie z. B. Info-Telefon, Videotext und Internet zeitnah veröffentlicht, damit sich Interessierte aktuell informieren können. Darüber hinaus dienen die Messdaten der landesweiten Überwachung der Luftqualität und sind eine wesentliche Grundlage für die hessische Luftreinhaltungsplanung, deren Ziel das Erreichen und Einhalten anspruchsvoller Luftqualitätsziele ist.

Sowohl die Aufteilung Hessens in Ballungsräume und Gebiete nach 39. BImSchV als auch die Standorte der Luftmessstationen sind der nebenstehenden Übersichtskarte zu entnehmen. Die Anzahl und die Standorte der Stationen können im Laufe der Zeit variieren, da sie den rechtlichen und fachlichen Vorgaben aktuell angepasst werden. Die Messstationen sind entsprechend ihrer Standortcharakteristik in drei Gruppen unterteilt:

●	Luftmessstationen in Städten
▲	Luftmessstationen an Verkehrsschwerpunkten
■	Luftmessstationen im ländlichen Raum

Für die Komponenten Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂), Ozon (O₃), Schwefeldioxid (SO₂), Feinstaub PM₁₀ und PM_{2,5}, Benzol/Toluol/Xylol (BTX), Kohlenmonoxid (CO) und Lufttemperatur

sind auf den folgenden Seiten je eine Verlaufsgrafik und eine Tabelle der Monatsmittelwerte für den zurückliegenden Zeitraum von zwölf Monaten dargestellt. Mittels dieser Darstellungen lässt sich pro Komponente ein vollständiger Jahresgang verfolgen.



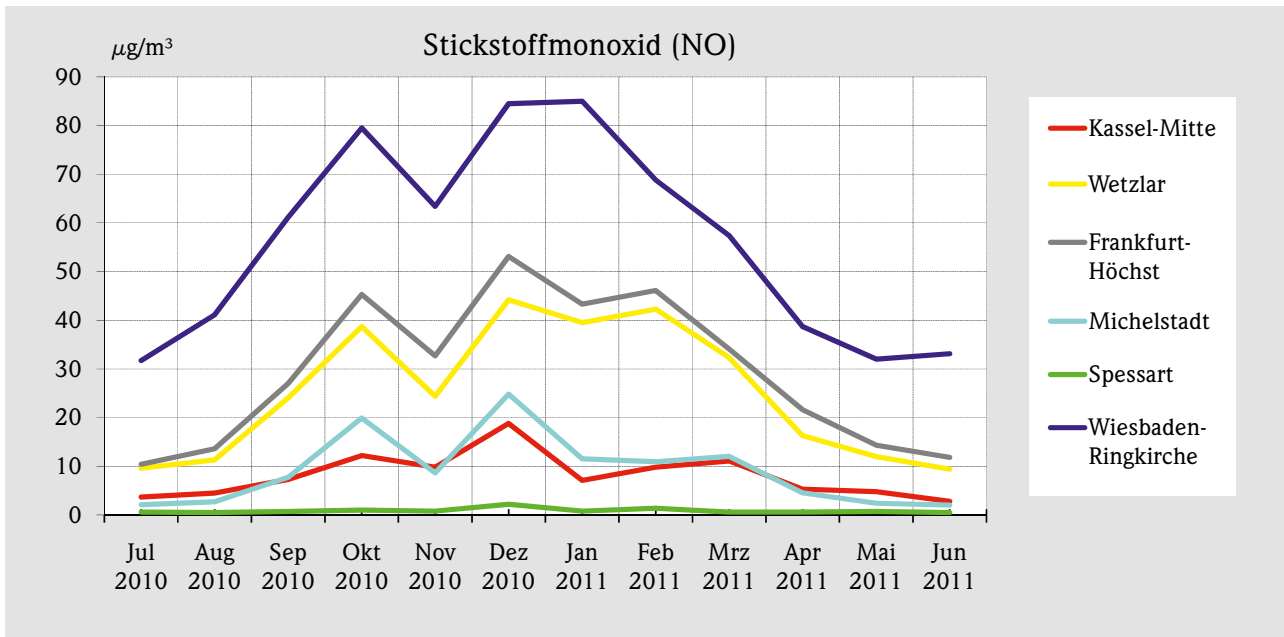
Die gemessenen Feinstaubfraktionen PM₁₀ und PM_{2,5} beinhalten Partikel mit einem Durchmesser kleiner oder gleich 10 bzw. 2,5 Mikrometer (µm). Nach medizinischen Erkenntnissen haben diese lungengängigen Feinstäube ein deutlich größeres Schädigungspotential als die groben Partikel.

In den Darstellungen sind die Konzentrationswerte der Luftschadstoffe jeweils in der Einheit „Mikrogramm pro Kubikmeter Luft“ (µg/m³) angegeben. Für Kohlenmonoxid (CO) gilt die Einheit „Milligramm pro Kubikmeter Luft“ (mg/m³).

Aktuelle Informationen zur Luftqualität erhält man über folgende Medien:

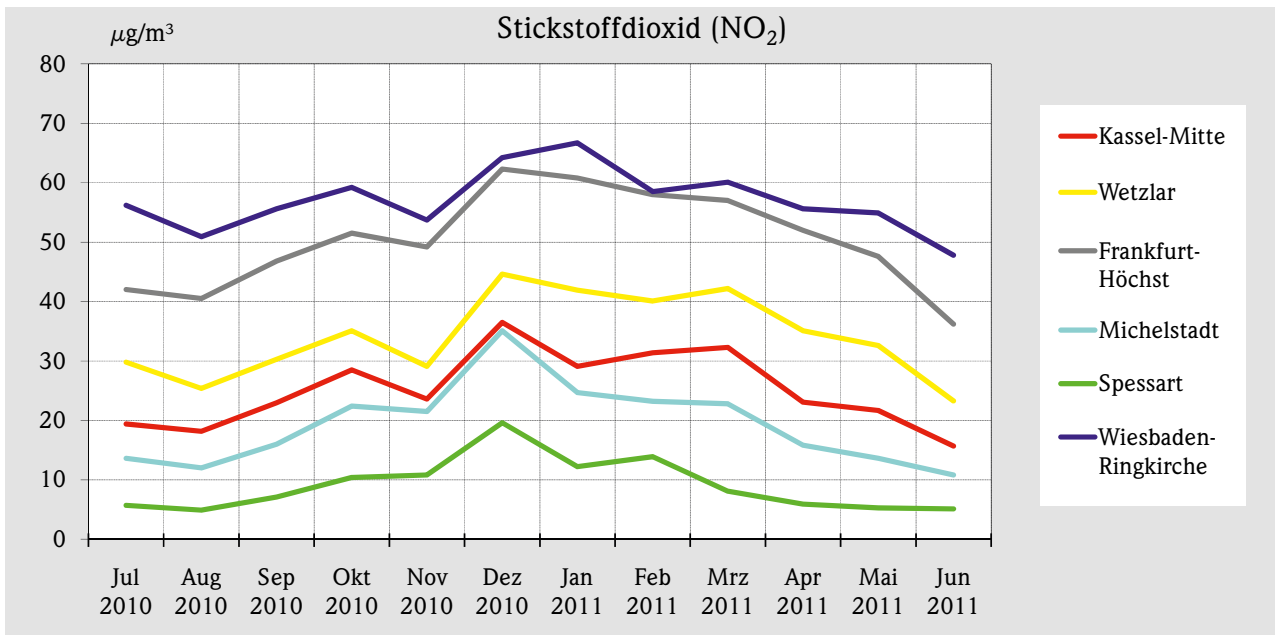
- Info-Telefon des HLUG: 0611/6939-666 (Ansaage)
- Videotext des HR 3: Hessentext: Tafeln 160 – 168 (akt. Messwerte), Tafeln 174 – 177 (Wetterdaten)
- Fax-auf-Abruf-Service des HLUG: 0611/18061-000 (Übersicht)
- Internet: <http://www.hlug.de>
- Mobilfunk: <http://wap.hlug.de>

a) Monatsmittelwerte – Stickstoffmonoxid (NO) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$



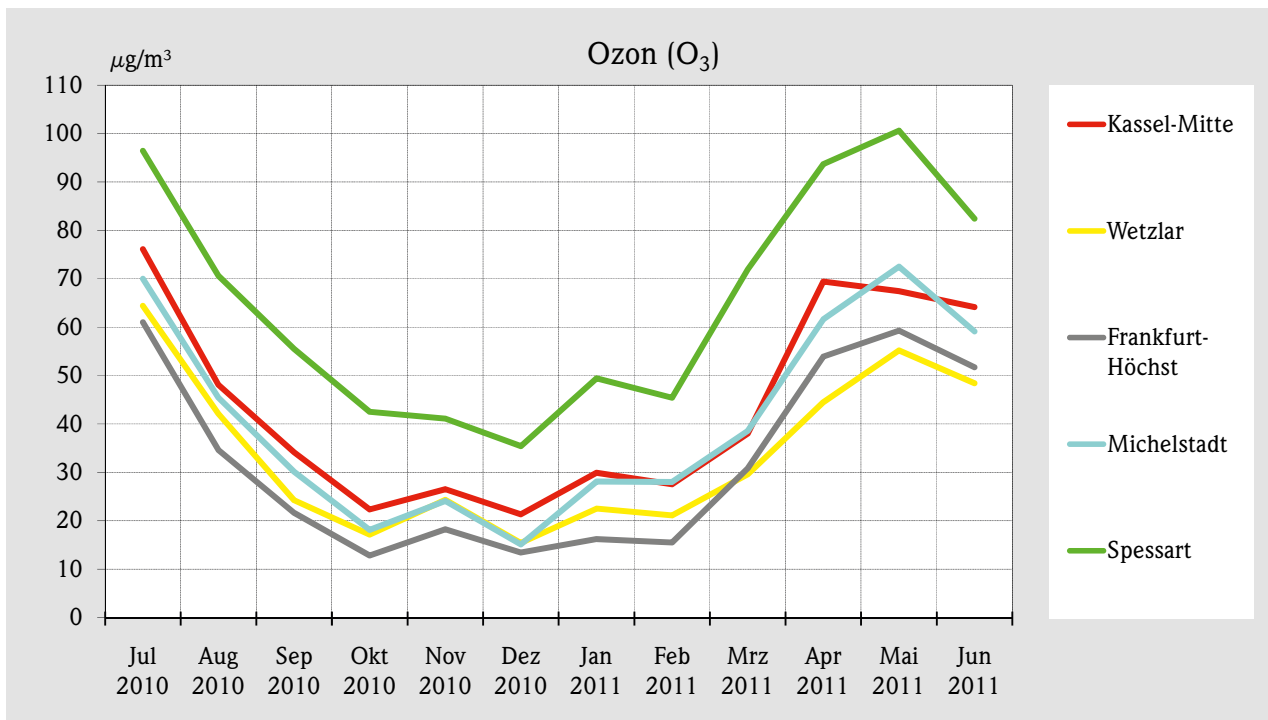
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
■	Bad Arolsen	0,7	0,9	0,8	1,3	0,9	2,8	1,3	1,6	1,0	1,2	0,7	0,6
●	Bebra	2,7	3,7	4,2	6,3	5,3	12,5	7,0	7,6	7,7	4,5	3,4	2,9
■	Burg-Herzberg	.	.	0,8	1,0	0,7	3,3	0,7	1,2	0,8	0,6	0,5	0,5
●	Darmstadt	2,6	3,1	5,8	14,2	9,1	20,3	12,7	13,4	10,0	4,7	2,2	1,8
▲	Darmstadt-Hügelstraße	67,1	64,1	97,9	114,1	76,5	107,4	72,3	93,3	100,4	89,2	82,4	59,0
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	25,7	27,7	47,7	70,6	50,1	68,1	59,1	59,1	47,0	35,2	31,2	28,8
●	Ffm.-Höchst	10,4	13,6	27,0	45,3	32,7	53,1	43,3	46,1	34,1	21,6	14,3	11,8
●	Ffm.-Ost	8,7	15,8	21,9	36,6	26,4	26,1	29,2	32,7	17,6	9,9	9,9	11,0
●	Fulda-Mitte	3,7	4,1	8,8	15,5	11,0	25,6	10,8	15,5	16,2	8,8	6,3	4,5
▲	Fulda-Petersberger-Straße	23,9	31,3	47,7	57,2	48,7	76,1	53,4	61,4	50,6	34,4	34,9	29,6
■	Fürth/Odenwald	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	2,7	0,9	1,5	0,7	0,5	0,5	0,6
▲	Gießen-Westanlage	17,4	22,9	44,7	61,1	62,4	74,7	67,4	58,6	61,1	45,0	32,8	28,8
●	Hanau	12,1	16,2	26,0	40,5	32,8	48,7	40,7	44,2	32,1	18,2	14,4	14,2
▲	Heppenheim-Lehrstraße	21,6	27,2	40,4	48,4	40,7	67,7	36,3	45,1	32,1	23,5	21,7	19,8
▲	Kassel-Fünfensterstraße	36,2	42,0	52,4	59,7	46,6	57,8	53,8	56,8	42,6	29,1	35,6	32,3
●	Kassel-Mitte	3,7	4,5	7,3	12,2	9,8	18,8	7,1	9,8	11,1	5,3	4,8	2,8
■	Kellerwald	0,5	0,5	0,6	1,0	0,6	1,8	0,6	1,4	0,7	0,5	0,5	0,4
■	Kleiner Feldberg	0,5	0,5	0,7	0,8	0,6	0,9	0,6	0,9	0,7	0,5	0,5	0,5
●	Limburg	5,0	7,0	13,8	27,1	14,3	26,2	23,1	23,6	24,5	12,4	8,5	8,0
■	Linden	2,6	2,4	6,2	9,0	5,7	13,4	7,4	8,6	11,6	5,8	3,1	2,3
●	Marburg	2,7	4,4	9,3	20,8	10,4	19,0	22,3	16,4	14,3	6,0	3,9	2,5
▲	Marburg-Universitätsstraße	30,9	48,1	59,6	73,3	62,0	66,9	84,2	73,9	46,9	32,0	36,8	36,5
●	Michelstadt	2,1	2,7	7,7	19,9	8,6	24,8	11,5	10,9	12,0	4,5	2,4	2,0
●	Raunheim	5,2	7,8	16,4	29,0	15,7	32,2	22,3	26,7	22,5	8,7	6,8	4,1
▲	Reinheim	31,8	33,8	49,2	66,4	54,4	64,3	48,7	67,8	55,2	40,8	39,8	32,0
■	Riedstadt	2,0	2,0	5,6	13,8	4,6	16,8	9,3	13,4	8,5	4,4	5,7	1,4
■	Spessart	0,6	0,5	0,7	1,0	0,8	2,2	0,8	1,4	0,6	0,6	0,7	0,5
■	Wasserkuppe	0,5	0,4	0,5	0,6	0,7	0,9	0,7	0,9	0,7	0,5	0,4	0,5
●	Wetzlar	9,6	11,3	24,1	38,7	24,4	44,2	39,5	42,3	32,3	16,3	12,0	9,4
▲	Wiesbaden-Ringkirche	31,7	41,1	61,2	79,5	63,4	84,5	85,0	68,8	57,4	38,7	32,0	33,1
●	Wiesbaden-Süd	4,9	6,8	15,3	25,9	13,1	31,7	26,6	25,7	16,1	9,0	6,1	5,1
■	Witzenhausen	0,5	0,5	0,5	0,7	0,7	1,4	0,5	0,9	0,6	0,5	0,6	0,5

b) Monatsmittelwerte – Stickstoffdioxid (NO₂) in µg/m³



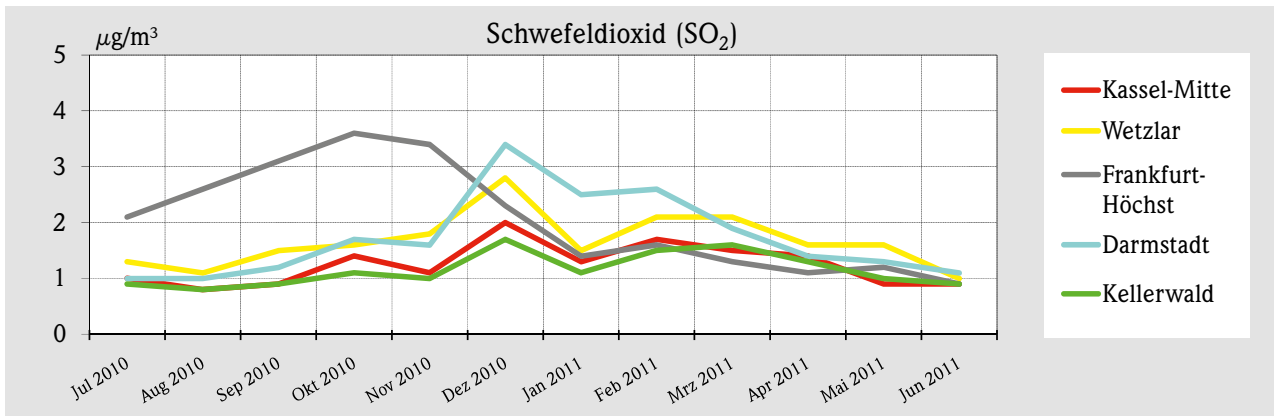
Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Bad Arolsen	5,5	6,3	8,3	12,0	10,6	20,3	12,8	15,2	12,2	8,1	7,7	5,4
Bebra	12,1	12,9	14,4	18,7	18,1	32,0	25,1	23,9	22,0	16,6	14,7	12,8
Burg-Herzberg	.	.	9,5	12,3	11,7	21,6	13,2	15,0	10,5	8,4	6,8	5,3
Darmstadt	21,0	19,6	23,4	28,4	27,8	41,5	36,0	32,2	32,9	25,5	20,9	16,9
Darmstadt-Hügelstraße	75,1	55,2	65,1	65,4	52,1	65,3	57,8	59,5	73,5	76,3	75,5	55,8
Ffm.-Friedb.-Landstraße	55,6	46,1	53,7	58,7	50,1	62,3	59,6	55,7	61,8	62,4	61,8	51,8
Ffm.-Höchst	42,0	40,5	46,8	51,5	49,2	62,3	60,8	58,0	57,0	52,0	47,6	36,2
Ffm.-Ost	34,6	35,0	34,7	35,9	36,9	42,6	41,2	40,3	36,0	27,8	33,9	28,8
Fulda-Mitte	19,8	17,7	24,2	28,9	27,2	40,1	32,5	33,0	35,5	29,4	27,0	20,3
Fulda-Petersberger-Straße	44,5	39,5	42,4	42,8	39,1	52,4	46,5	47,0	48,9	44,7	50,1	39,5
Fürth/Odenwald	6,6	6,6	8,6	12,8	14,0	21,8	14,3	16,1	10,8	7,1	7,0	7,0
Gießen-Westanlage	39,3	35,6	40,1	42,7	43,1	56,1	51,6	46,3	47,7	48,7	44,8	37,5
Hanau	32,0	31,1	34,5	38,4	37,5	50,8	47,4	46,8	46,8	33,9	34,2	29,5
Heppenheim-Lehrstraße	36,8	31,3	34,0	35,5	36,8	51,1	40,7	40,9	39,1	34,1	35,9	30,6
Kassel-Fünfensterstraße	57,6	49,7	52,4	51,7	44,5	52,6	52,9	54,9	53,0	44,5	53,4	44,8
Kassel-Mitte	19,4	18,2	23,0	28,5	23,6	36,5	29,1	31,4	32,3	23,1	21,7	15,7
Kellerwald	3,8	4,6	5,5	10,3	9,0	16,5	10,2	13,2	7,7	5,1	4,6	4,1
Kleiner Feldberg	6,4	6,0	7,2	9,1	10,7	12,3	10,2	12,8	7,8	5,9	6,2	5,2
Limburg	19,7	18,3	23,9	29,6	26,1	39,0	33,9	34,3	36,0	31,3	27,7	21,4
Linden	14,2	14,2	16,3	22,0	19,4	35,3	27,2	25,3	23,6	17,8	15,4	12,5
Marburg	17,3	17,3	20,4	24,6	21,3	33,2	34,1	32,0	31,5	24,0	22,1	15,0
Marburg-Universitätsstraße	50,3	46,3	45,1	46,1	43,0	52,9	54,0	49,1	45,6	40,4	47,7	39,1
Michelstadt	13,6	12,0	16,0	22,4	21,5	35,1	24,7	23,2	22,8	15,8	13,6	10,8
Raunheim	29,3	24,5	30,9	35,6	31,2	46,5	39,3	39,9	42,4	33,5	31,4	22,4
Reinheim	41,0	35,0	39,3	40,9	37,5	47,9	41,3	43,5	46,0	42,1	44,6	36,3
Riedstadt	13,5	11,7	17,0	22,1	21,0	34,9	28,8	28,0	26,4	20,4	18,5	11,6
Spessart	5,7	4,9	7,1	10,4	10,8	19,6	12,2	13,9	8,1	5,9	5,3	5,1
Wasserkuppe	3,8	3,7	5,4	7,1	7,7	10,3	7,3	9,1	6,8	4,6	4,1	3,5
Wetzlar	29,8	25,4	30,3	35,1	29,1	44,6	41,9	40,1	42,2	35,1	32,6	23,3
Wiesbaden-Ringkirche	56,2	50,9	55,6	59,2	53,7	64,2	66,7	58,5	60,1	55,6	54,9	47,8
Wiesbaden-Süd	29,2	28,7	32,2	36,3	32,8	47,1	44,2	37,5	35,5	29,4	27,9	22,2
Witzenhausen	4,6	5,3	5,9	9,2	9,0	14,8	9,4	12,3	8,1	5,7	5,7	5,1

c) Monatsmittelwerte – Ozon (O₃) in µg/m³



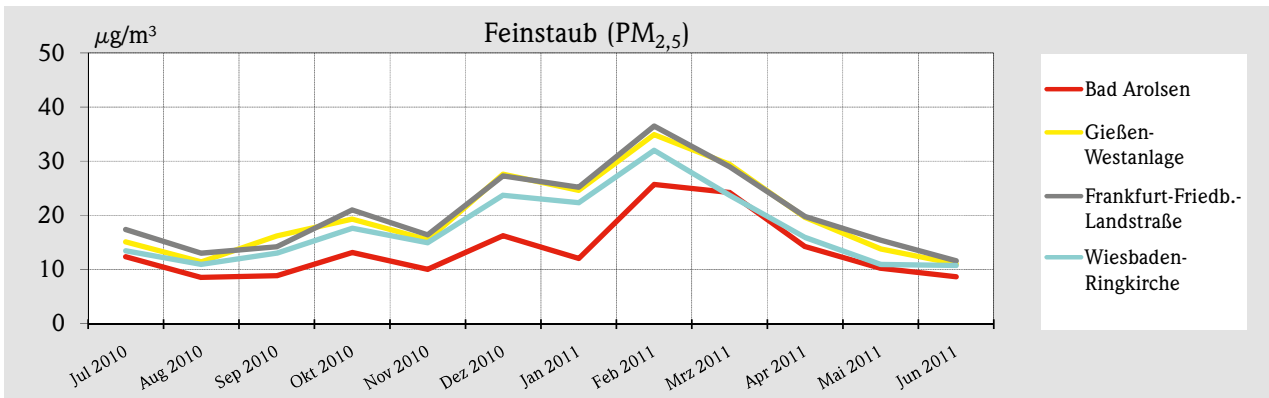
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
■	Bad Arolsen	82,7	57,4	48,4	36,6	36,3	34,3	44,8	40,0	57,3	82,6	82,7	67,9
●	Bebra	61,1	45,2	33,9	24,5	30,1	25,0	30,6	32,3	40,5	62,7	65,4	59,5
■	Burg-Herzberg	.	.	48,5	36,6	35,1	31,4	41,3	43,5	66,4	87,4	86,7	73,8
●	Darmstadt	67,1	47,0	30,7	17,5	24,3	15,6	23,1	22,3	42,0	62,0	72,5	64,4
●	Ffm.-Höchst	61,0	34,6	21,6	12,8	18,2	13,4	16,2	15,5	30,8	53,9	59,3	51,7
●	Ffm.-Ost	62,5	34,8	23,7	15,9	17,7	15,4	20,3	19,0	39,8	67,7	67,0	57,1
●	Fulda-Mitte	68,5	47,6	30,4	19,8	24,4	18,8	26,3	27,4	36,7	58,6	65,8	58,3
■	Fürth/Odenwald	93,0	72,2	56,6	41,0	37,8	34,4	46,1	41,4	69,0	92,1	98,3	76,7
●	Hanau	63,5	40,5	26,2	15,3	20,9	12,9	18,5	18,4	33,6	59,2	63,0	53,2
●	Kassel-Mitte	76,1	48,1	34,1	22,3	26,5	21,3	29,9	27,5	38,0	69,4	67,4	64,1
■	Kellerwald	95,9	63,1	52,5	38,0	36,8	34,8	45,7	44,9	66,4	87,8	87,6	72,4
■	Kleiner Feldberg	105,4	76,3	66,6	56,7	47,1	53,5	58,9	54,2	82,3	103,8	104,7	80,6
●	Limburg	65,5	46,9	31,4	20,0	25,3	18,2	25,7	25,7	36,1	55,2	63,3	56,9
■	Linden	65,8	49,8	35,5	24,8	26,6	18,9	27,2	29,2	39,8	55,9	64,7	56,1
●	Marburg	67,8	45,7	29,9	20,4	28,7	18,8	25,2	26,3	39,4	62,5	65,3	58,4
●	Michelstadt	70,0	45,4	30,1	18,1	24,1	15,1	28,1	28,0	38,6	61,6	72,5	59,1
●	Raunheim	65,5	45,5	28,7	17,4	22,0	14,4	20,5	18,9	34,9	62,7	65,8	59,3
■	Riedstadt	74,6	53,1	36,1	22,1	28,3	20,4	26,1	23,3	41,1	60,3	69,2	59,5
■	Spessart	96,4	70,6	55,5	42,5	41,1	35,4	49,4	45,4	71,9	93,7	100,6	82,4
■	Wasserkuppe	105,9	76,8	65,7	58,2	49,0	52,6	59,9	61,6	79,3	98,3	101,0	89,0
●	Wetzlar	64,4	42,1	24,2	17,1	24,3	15,4	22,5	21,1	29,6	44,5	55,2	48,4
●	Wiesbaden-Süd	67,6	42,3	28,5	18,2	20,7	14,3	18,6	19,9	38,9	67,5	71,5	61,5
■	Witzenhausen	91,8	58,8	51,1	42,8	39,9	42,7	49,8	47,3	69,8	92,9	93,1	75,6

d) Monatsmittelwerte – Schwefeldioxid (SO₂) in µg/m³



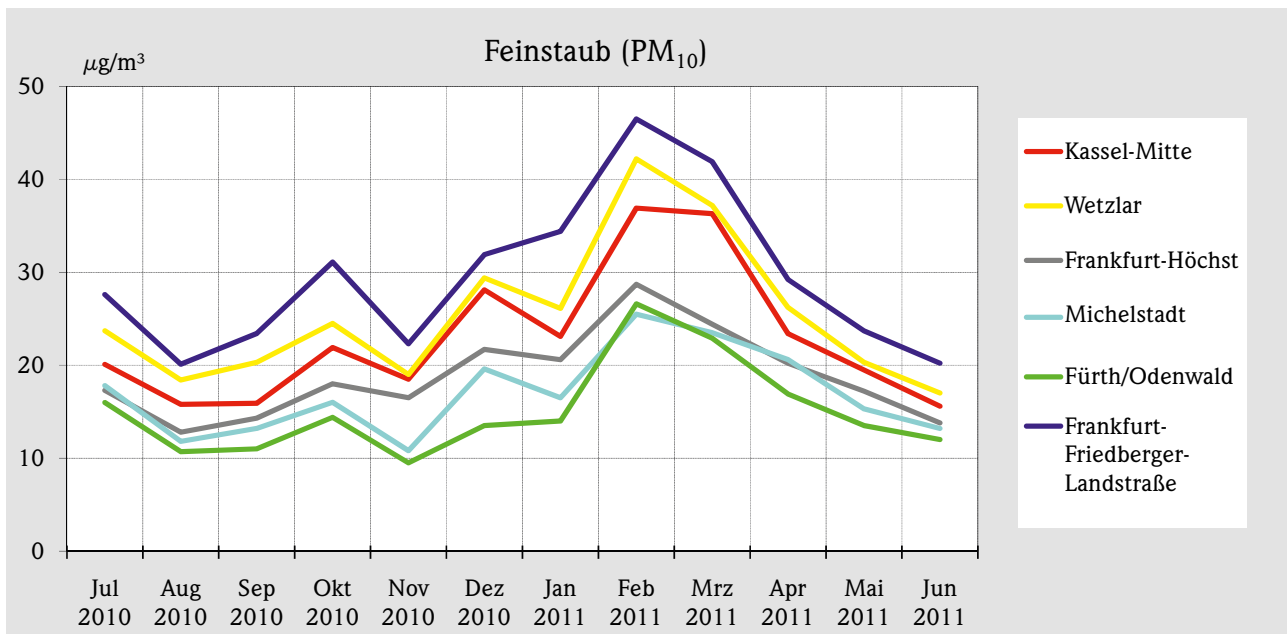
Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Darmstadt	1,0	1,0	1,2	1,7	1,6	3,4	2,5	2,6	1,9	1,4	1,3	1,1
Ffm.-Höchst	2,1	2,6	3,1	3,6	3,4	2,3	1,4	1,6	1,3	1,1	1,2	0,9
Hanau	1,3	1,1	1,4	2,3	1,8	3,8	2,6	2,9	2,0	1,5	1,5	1,1
Kassel-Mitte	1,0	0,8	0,9	1,4	1,1	2,0	1,3	1,7	1,5	1,4	0,9	0,9
Kellerwald	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,7	1,1	1,5	1,6	1,3	1,0	0,9
Linden	1,0	0,9	0,9	1,5	1,2	3,2	1,5	1,8	1,8	1,2	1,0	0,9
Michelstadt	0,9	0,9	1,0	1,7	1,4	3,0	1,7	1,8	1,6	1,1	0,9	0,9
Raunheim	1,6	1,1	1,5	2,5	2,1	4,4	3,0	3,4	3,1	2,6	1,8	1,1
Wasserkuppe	1,0	0,9	1,0	1,2	1,2	1,5	1,1	1,4	1,6	1,4	1,0	1,0
Wetzlar	1,3	1,1	1,5	1,6	1,8	2,8	1,5	2,1	2,1	1,6	1,6	1,0
Wiesbaden-Süd	1,6	1,2	1,5	2,0	1,6	3,1	2,1	2,7	2,9	2,2	1,7	1,1

d) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM_{2,5}) in µg/m³



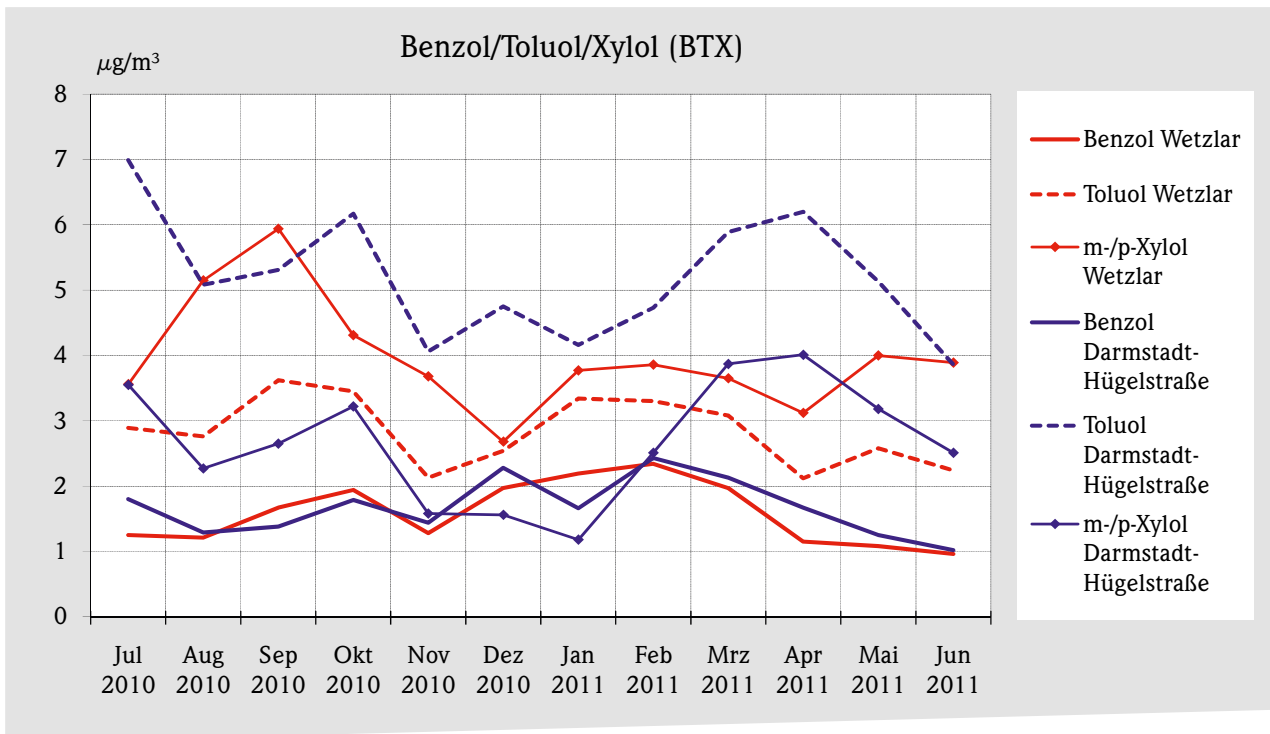
Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Bad Arolsen	12,3	8,5	8,8	13,1	10,0	16,2	12,0	25,7	24,2	14,2	10,2	8,6
Ffm.-Friedb.-Landstraße	17,4	13,0	14,2	21,0	16,4	27,3	25,2	36,5	29,0	19,8	15,4	11,6
Fulda-Petersberger-Straße	15,4	11,5	13,1	21,4	16,6	26,3	21,5	34,6	30,5	20,2	16,0	11,8
Gießen-Westanlage	15,1	11,4	16,2	19,3	15,5	27,6	24,6	34,9	29,4	19,6	13,8	11,0
Heppenheim-Lehrstraße	14,9	10,9	13,0	19,8	17,3	31,8	27,7	38,6	27,8	16,8	11,6	10,4
Marburg-Universitätsstraße	15,1	12,7	14,4	20,4	16,7	29,7	24,3	34,2	28,0	17,8	13,4	11,1
Wiesbaden-Ringkirche	13,4	10,9	13,0	17,6	14,9	23,7	22,3	32,0	23,7	15,9	10,9	10,7

e) Monatsmittelwerte – Feinstaub (PM₁₀) in µg/m³



Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Bad Arolsen	18,7	13,6	12,9	16,8	11,7	18,1	13,9	29,0	28,9	19,8	16,1	12,3
Bebra	20,7	14,2	15,6	20,1	13,9	20,7	18,0	30,6	31,0	23,9	17,1	13,4
Darmstadt	18,7	11,9	13,6	16,9	12,0	16,5	15,9	23,6	20,0	18,1	17,8	12,1
Darmstadt-Hügelstraße	26,3	20,1	24,7	30,3	22,1	34,8	32,0	47,3	44,3	32,8	26,7	19,9
Ffm.-Friedb.-Landstraße	27,6	20,1	23,4	31,1	22,3	31,9	34,4	46,5	41,9	29,2	23,7	20,2
Ffm.-Höchst	17,3	12,8	14,3	18,0	16,5	21,7	20,6	28,7	24,4	20,2	17,2	13,8
Ffm.-Ost	22,5	20,7	24,7	24,1	15,4	20,0	20,7	33,1	29,3	22,9	20,6	15,3
Fulda-Mitte	18,2	11,9	12,7	17,7	12,0	19,5	16,0	28,9	28,3	23,8	19,4	14,1
Fulda-Petersberger-Straße	24,0	19,2	23,1	33,1	23,6	31,8	27,1	44,8	41,9	29,4	23,4	18,6
Fürth/Odenwald	16,0	10,7	11,0	14,4	9,5	13,5	14,0	26,6	22,9	16,9	13,5	12,0
Gießen-Westanlage	25,3	19,5	29,3	31,4	22,8	31,2	31,3	46,0	41,8	29,5	23,2	20,0
Hanau	19,0	13,7	15,0	18,7	13,0	19,9	20,2	29,8	26,3	20,6	17,1	14,1
Heppenheim-Lehrstraße	22,3	16,9	19,4	26,1	20,6	34,9	31,8	45,9	34,8	22,9	17,8	15,3
Kassel-Fünffensterstraße	26,5	23,2	24,7	30,3	24,0	30,4	27,3	41,8	40,0	29,9	25,8	20,8
Kassel-Mitte	20,1	15,8	15,9	21,9	18,5	28,1	23,1	36,9	36,3	23,4	19,5	15,6
Kellerwald	15,9	11,7	12,6	14,5	10,7	15,0	12,9	26,8	25,6	17,2	13,1	11,2
Kleiner Feldberg	13,3	9,3	9,2	10,8	6,8	8,7	8,6	16,2	20,6	17,1	13,1	10,0
Limburg	20,3	14,3	15,3	19,7	13,1	22,1	19,7	30,9	32,3	22,7	18,4	14,5
Marburg	18,8	11,6	13,9	17,6	11,7	18,7	17,2	29,2	23,6	21,1	17,9	12,4
Marburg-Universitätsstraße	23,3	20,0	24,5	28,4	20,9	30,8	29,3	43,3	36,8	25,3	20,6	16,6
Michelstadt	17,8	11,8	13,2	16,0	10,8	19,6	16,5	25,5	23,5	20,6	15,3	13,2
Raunheim	16,8	11,8	13,0	16,6	11,7	18,9	18,4	29,1	24,1	20,6	17,5	13,0
Reinheim	21,3	16,7	19,1	30,3	23,3	34,7	32,1	45,6	39,3	28,5	21,3	18,0
Riedstadt	17,0	11,3	11,5	16,5	10,8	18,3	18,3	28,9	26,0	23,2	19,8	16,0
Wasserkuppe	14,0	9,6	9,7	11,8	6,9	8,9	6,2	14,8	20,0	18,2	14,1	11,2
Wetzlar	23,7	18,4	20,3	24,5	19,0	29,4	26,1	42,2	37,2	26,2	20,3	17,0
Wiesbaden-Ringkirche	20,0	16,4	20,7	24,8	20,0	28,2	28,5	40,2	34,0	22,7	19,0	15,9
Wiesbaden-Süd	19,1	13,2	15,3	19,1	12,7	19,9	19,5	30,6	26,3	20,6	17,4	12,8
Witzenhausen	15,5	10,8	10,9	13,4	8,5	11,8	10,3	21,9	21,9	17,5	13,7	10,4

f) Monatsmittelwerte – Benzol/Toluol/Xylol (BTX) in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

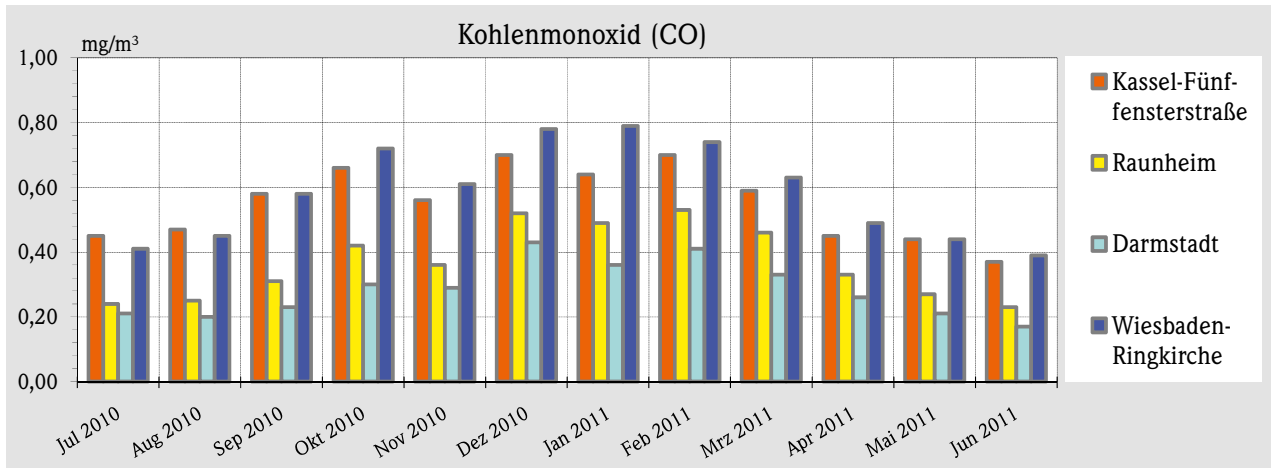


Benzol													
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	1,80	1,29	1,38	1,79	1,44	2,28	1,66	2,43	2,13	1,67	1,25	1,02
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	1,25	1,00	1,42	1,95	1,44	2,21	1,92	2,30	1,92	1,58	1,23	1,02
▲	Fulda-Petersberger-Straße	1,15	1,26	1,68	2,04	1,88	2,73	2,16	2,73	2,14	1,44	1,39	1,14
●	Wetzlar	1,25	1,21	1,67	1,94	1,28	1,97	2,19	2,34	1,97	1,15	1,08	0,96
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,50	1,50	1,84	2,35	2,03	2,72	2,59	2,63	2,09	1,49	1,28	1,23

Toluol													
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	6,99	5,08	5,31	6,17	4,06	4,75	4,16	4,73	5,89	6,20	5,13	3,86
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	6,16	4,60	6,20	7,11	4,03	4,29	4,93	4,85	5,74	5,86	5,26	4,55
▲	Fulda-Petersberger-Straße	5,05	4,77	6,39	6,27	4,90	5,31	5,46	6,14	5,46	5,32	6,04	5,04
●	Wetzlar	2,89	2,76	3,62	3,45	2,13	2,54	3,34	3,30	3,08	2,12	2,58	2,24
▲	Wiesbaden-Ringkirche	6,23	6,25	7,86	8,63	6,00	6,15	7,63	6,29	6,33	5,52	5,07	4,74

m-/p-Xylol													
	Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
▲	Darmstadt-Hügelstraße	3,55	2,27	2,65	3,22	1,58	1,56	1,18	2,51	3,87	4,01	3,18	2,51
▲	Ffm.-Friedb.-Landstraße	3,62	2,40	3,25	3,99	2,41	2,57	2,69	2,91	2,97	2,81	2,57	2,44
▲	Fulda-Petersberger-Straße	1,97	2,02	2,79	2,87	2,36	2,42	2,24	2,79	2,52	2,89	1,43	2,40
●	Wetzlar	3,56	5,15	5,94	4,31	3,68	2,68	3,77	3,86	3,65	3,12	4,00	3,89
▲	Wiesbaden-Ringkirche	1,90	1,81	2,74	3,64	2,34	2,30	2,63	2,49	3,29	2,78	2,57	2,33

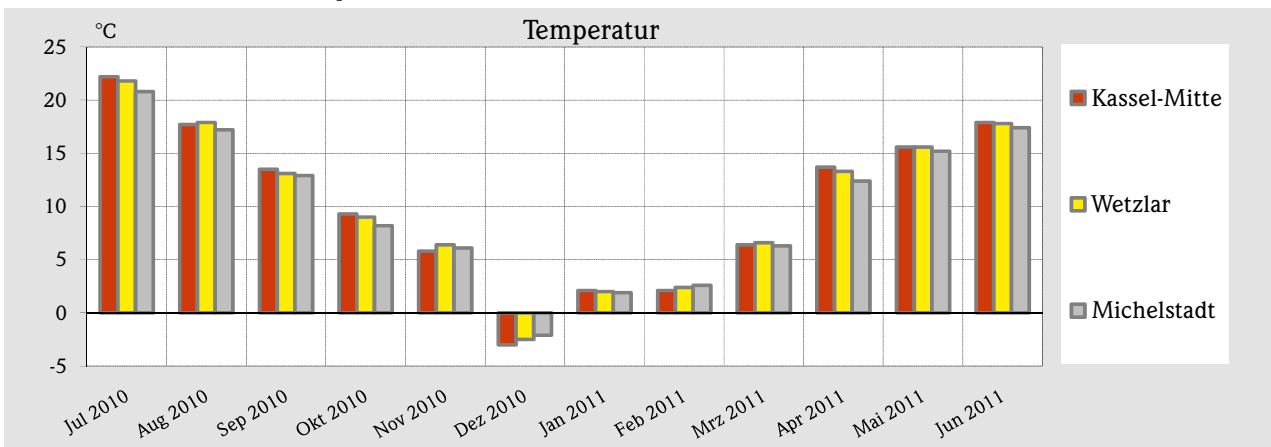
g) Monatsmittelwerte – Kohlenmonoxid (CO) in mg/m³



Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Darmstadt	0,21	0,20	0,23	0,30	0,29	0,43	0,36	0,41	0,33	0,26	0,21	0,17
Darmstadt-Hügelstraße	0,54	0,49	0,62	0,72	0,56	0,77	0,63	0,73	0,72	0,64	0,57	0,46
Ffm.-Friedb.-Landstraße	0,36	0,36	0,49	0,59	0,48	0,63	0,58	0,63	0,57	0,47	0,41	0,36
Fulda-Petersberger-Straße	0,35	0,38	0,50	0,58	0,53	0,74	0,60	0,68	0,59	0,44	0,41	0,35
Gießen-Westanlage	0,32	0,32	0,45	0,54	0,52	0,69	0,64	0,65	0,59	.	0,40	0,35
Kassel-Fünfensterstraße	0,45	0,47	0,58	0,66	0,56	0,70	0,64	0,70	0,59	0,45	0,44	0,37
Linden	0,12	0,10	0,17	0,17	0,25	0,43	0,36	0,41	0,36	0,28	0,23	0,19
Marburg-Universitätsstraße	0,36	0,40	0,47	0,57	0,49	0,61	0,66	0,64	0,49	0,38	0,37	0,34
Raunheim	0,24	0,25	0,31	0,42	0,36	0,52	0,49	0,53	0,46	0,33	0,27	0,23
Reinheim	0,36	0,33	0,47	0,63	0,58	0,79	0,66	0,78	0,63	0,50	0,44	0,36
Wiesbaden-Ringkirche	0,41	0,45	0,58	0,72	0,61	0,78	0,79	0,74	0,63	0,49	0,44	0,39

Lufttemperaturen an drei hessischen Messstationen

h) Monatsmittelwerte – Temperatur in °C



Stationsname	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11
Kassel-Mitte (Nordhessen)	22,2	17,7	13,5	9,3	5,8	-3,0	2,1	2,1	6,4	13,7	15,6	17,9
Wetzlar (Mittelhessen)	21,8	17,9	13,1	9,0	6,4	-2,5	2,0	2,4	6,6	13,3	15,6	17,8
Michelstadt (Süd Hessen)	20,8	17,2	12,9	8,2	6,1	-2,1	1,9	2,6	6,3	12,4	15,2	17,4

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 209,95 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 7/11 bis 9/11: Zurückweisung einer Kündigung gemäß § 174 BGB – unter Berücksichtigung der Besonderheiten im öffentlichen Dienst / Kehrtwende in der BAG-Rechtsprechung zum Vorbeschäftigungsverbot bei sachgrundloser Befristung nach § 14 Abs. 2 S. 2 TzBfG – Anmerkung zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 6. April 2011 – 7 AZR 716/09 / Die Entwicklung des Tarifrechts im Land Berlin seit dem Ausschluss aus den Arbeitgeberverbänden 1994 / Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in Personalvertretungssachen im Jahr 2010 / Richterrecht: Perpetuierung gekündigter tariflicher bzw. betrieblicher Vergütungsordnungen / Zusatzversorgung: Verbesserungen bei den Startgutschriften der Späteinsteiger. 6133-77

Die Vermessung der sozialen Welt

Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte. Herausgegeben von Gudrun Hentges und Bettina Lösch, 336 Seiten, kartoniert, 29,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Der vorliegende Band legt eine kritische Zeitdiagnose und sozialwissenschaftliche Analyse der aktuellen sozialen und politischen Verhältnisse des 21. Jahrhunderts vor. Inspiriert durch Daniel Kehlmanns „Die Vermessung der Welt“ nehmen die Autorinnen und Autoren eine „Vermessung der sozialen Welt“ vor. Ausgangspunkt sind Prozesse der neoliberalen Globalisierung, die nahezu alle Lebensbereiche prägen und durchdringen. Dies wird beispielhaft diskutiert anhand der Krise der Europäischen Union, der Globalisierung des Krieges und dem Problem der Armut in einer reichen Gesellschaft – vor allem in Hinblick auf die Armut von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Der Band beschäftigt sich des Weiteren mit dem Phänomen der Migration und Integration, mit der Ethnisierung sozialer Konflikte sowie mit dem Erstarken rechtsextremer Ideologien. Thematisiert werden in den jeweiligen Kapiteln die sich daraus ergebenden Anforderungen an die politische Bildung – auch als Präventionsmöglichkeit gegen Ideologien der extremen Rechten. 7424

Friedens- und Konfliktforschung

Reihe „Forschungsstand Politikwissenschaft“; zugleich Band 35 der Reihe „AFK-Friedensschriften“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, herausgegeben von Peter Schlotter und Simone Wisotzki, 468 Seiten, kartoniert, 39,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011.

Das vorliegende Studienbuch gibt einen Überblick über die Wissensbestände und zentralen Problemfelder der deutschen Friedens- und Konfliktforschung. Hierzu konnten mehr als 20 namhafte Experten gewonnen werden, die jeweils auf ihrem Arbeitsgebiet die wichtigsten Entwicklungen und Erkenntnisse in der wissenschaftlichen Forschung darstellen, Veränderungen

von Fragestellungen vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen oder internationalen Wandels resümieren und nach der Tragfähigkeit von Theorien und bisherigen Erkenntnissen fragen. Das Buch spannt thematisch einen Bogen von klassischen Themenbereichen der Friedens- und Konfliktforschung, wie Rüstungskontrolle und Abrüstung, Militär und Krieg, der Kriegsursachenforschung, den Zusammenhängen von Unterentwicklung und Frieden bis zur Rolle internationaler Organisationen und Regime. Weitere Themen sind der „Demokratische Frieden“, die Friedenserziehung und Friedensstrategien sowie Geschlechterperspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung, die Bedeutung der Naturwissenschaften für Krieg und Frieden und nicht zuletzt die historische Friedensforschung. Alle Beiträge durchzieht die Frage nach dem wissenschaftlichen Selbstverständnis einer Disziplin, die Darstellung der Kontroversen um die Begriffe und die Behandlung herausragender Streitfragen innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung. 7441

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

Reihe „Grundzüge der BWL“, von Jochen Sigloch, Thomas Egner und Stephan Wildner, unter Mitarbeit von Benjamin Keller, 4., überarbeitete Auflage, 316 Seiten, kartoniert, 34,90 Euro, W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2011.

Das vorliegende Lehrbuch behandelt die Grundzüge der Betriebswirtschaftslehre. Es ist als Textgrundlage für Einführungsveranstaltungen in die Betriebswirtschaftslehre konzipiert, kann aber auch als Einstiegliteratur für Praktiker herangezogen werden. Es soll Interesse für das Fach wecken und den Zugang zu grundlegenden Aspekten der Betriebswirtschaftslehre öffnen. Der Band greift deshalb ausschließlich die zentralen Themen auf, stellt diese in prägnanter Form dar und vermittelt damit einen einführenden Überblick über das breite Spektrum betriebswirtschaftlicher Fragestellungen und Entscheidungsprobleme. Als zentrale Aspekte werden, neben den konstitutiven Entscheidungen, Fragen der Unternehmensführung, des betrieblichen Leistungsprozesses, der Finanzierung und Investition, der Unternehmensabrechnung sowie des Umweltmanagements behandelt. Besonderer Wert wird auf eine übersichtliche, prägnante und dank zahlreicher Beispiele und Abbildungen anschauliche Darstellung der Inhalte sowie eine einfache Sprache gelegt. Am Ende der einzelnen Abschnitte befinden sich Wiederholungsaufgaben, die der Lernkontrolle dienen. 7443

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Kontenrahmen (KR)

für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 3., völlig neu gestaltete Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 3. Erg.-Lfg. vom September 2011; 1348 Seiten in Spezialordner) 68,00 Euro; Erich-Schmidt Verlag, Berlin 2011. 4334

Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung

Von Dr. Helmut Linhart, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 33. Erg.-Lfg. vom April 2011, 1026 Seiten, in Plastikordner) 59,80 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2011. 6045

Gewohnheit, Gebot, Gesetz

Normativität in Geschichte und Gegenwart: eine Einführung. XXII, 366 Seiten, kartoniert, 29,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2011.

Das vorliegende Buch bietet eine fachübergreifende, studen-tenorientierte Einführung in den Fragenkreis der Normativität und führt damit die weitgehend unverbundenen Fachdiskurse von Historikern, Juristen, Theologen und Philosophen zusammen. Dabei wollen die hier versammelten 13 Vorlesungen auch einem nicht mit den Untiefen der jeweiligen Fachdiskussionen vertrauten Leser einen Überblick über die Kernprobleme der gegenwärtigen Debatten vermitteln. Die Beiträge sind in einen historisch-deskriptiven sowie einen systematischen, normativ angelegten Teil gegliedert. Die ersten 8 Vorlesungen beschäftigen sich mit der Genese von Normativität. Im historischen Zugriff behandeln sie die spezifischen Normativitätsvorstellungen vergangener Epochen, vom alten Israel über das europäische und islamische Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Im zweiten Teil geht es in 5 Vorlesungen aus systematischer Perspektive um die Begründung bzw. Geltung von rechtlichen und moralischen Geboten sowie theologischen Glaubenssätzen unter den Bedingungen moderner Gesellschaften. 7448

Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten

Herausgegeben von Andreas Hadjar, 453 Seiten, kartoniert, 34,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Die öffentliche Diskussion um geschlechtsspezifische Ungleichheiten hat sich – parallel zur Reduktion struktureller Benachteiligungen von Frauen – in den letzten Jahren stark gewandelt. Während traditionell die geringere Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen in den Blick genommen wurde, ist nun der geringere Bildungserfolg von Jungen – im Hinblick auf Bildungsabschlüsse, Schulnoten oder Leistungstests – zum viel beachteten Thema geworden. Ziel dieses Buches ist es, auf Basis aktueller empirischer Studien geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten und mögliche Ursachenfaktoren zu beleuchten, wobei verschiedene – teilweise kontroverse Sichtweisen – aufgezeigt werden. Am Beginn steht eine Bestandsaufnahme zu Geschlechterunterschieden, dann werden einige Erklärungsansätze detailliert untersucht und schließlich die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten nachgezeichnet. Das Buch gliedert sich in die folgenden Hauptkapitel: Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten im Überblick – Auf der Suche nach Ursachen – Rückblicke auf die Debatte um geschlechtsspezifische Ungleichheiten und den Bildungserfolg der Jungen. 7425

Theodor Heuss

Bürger im Zeitalter der Extreme. Von Ernst Wolfgang Becker, 184 Seiten, kartoniert, 18,90 Euro, W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 2011.

In der spannenden Biografie des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (1884–1963) spiegelt sich die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts auf besondere Weise. Heuss steht für eine bürgerliche Tradition deutscher Demokratiegeschichte. Als Bildungsbürger im 19. Jahrhundert verwurzelt, musste er sich als Politiker, Publizist und Redner im „Zeitalter der Extreme“

behaupten. Dabei zeigte er sich erstaunlich immun gegenüber den totalitären Ideologien seiner Zeit. So wurde Theodor Heuss nach 1945 zu einem der wichtigsten Vertreter der demokratischen Neugründung Deutschlands. Als Bundespräsident vermittelte er eine politische Kultur, die ihm im In- und Ausland hohes Ansehen verschaffte und die Bundesrepublik dauerhaft in die westliche Wertegemeinschaft integrierte. 7449

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM OKTOBER 2011 (K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 2 mit A II, A III, A V - hj 1/11); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 2011 (Bevölkerungsstand/Eheschließungen/Geborene und Gestorbene/Wanderungen – Vorläufige Ergebnisse); (A I 5 mit A II, A III - vj 2/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2011. Teil 1: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten (Stichtagserhebung zum 31. März 2011); (B VI 6 - j/11 - Teil 1); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gewerbeanzeigen in Hessen im 2. Vierteljahr 2011; (D I 2 - vj 2/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2011; (E II 1 - m 08/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Energieversorgung in Hessen im April 2011; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 04/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im August 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 08/11); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im August 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 08/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 07/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 2011 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 08/11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2011; (H II 1 - m 07/11); (Häfen); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Strukturerhebung der Unternehmen im Dienstleistungsbereich in Hessen 2009 (Ergebnisse der Jahreserhebung); (J I 1 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verbraucherpreisindex in Hessen im September 2011; (M I 2 - m 09/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im August 2011; (M I 4 - vj 3/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Hessen 2010; (Q I 3 - j/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen; (A Verz-3) 10,20 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden

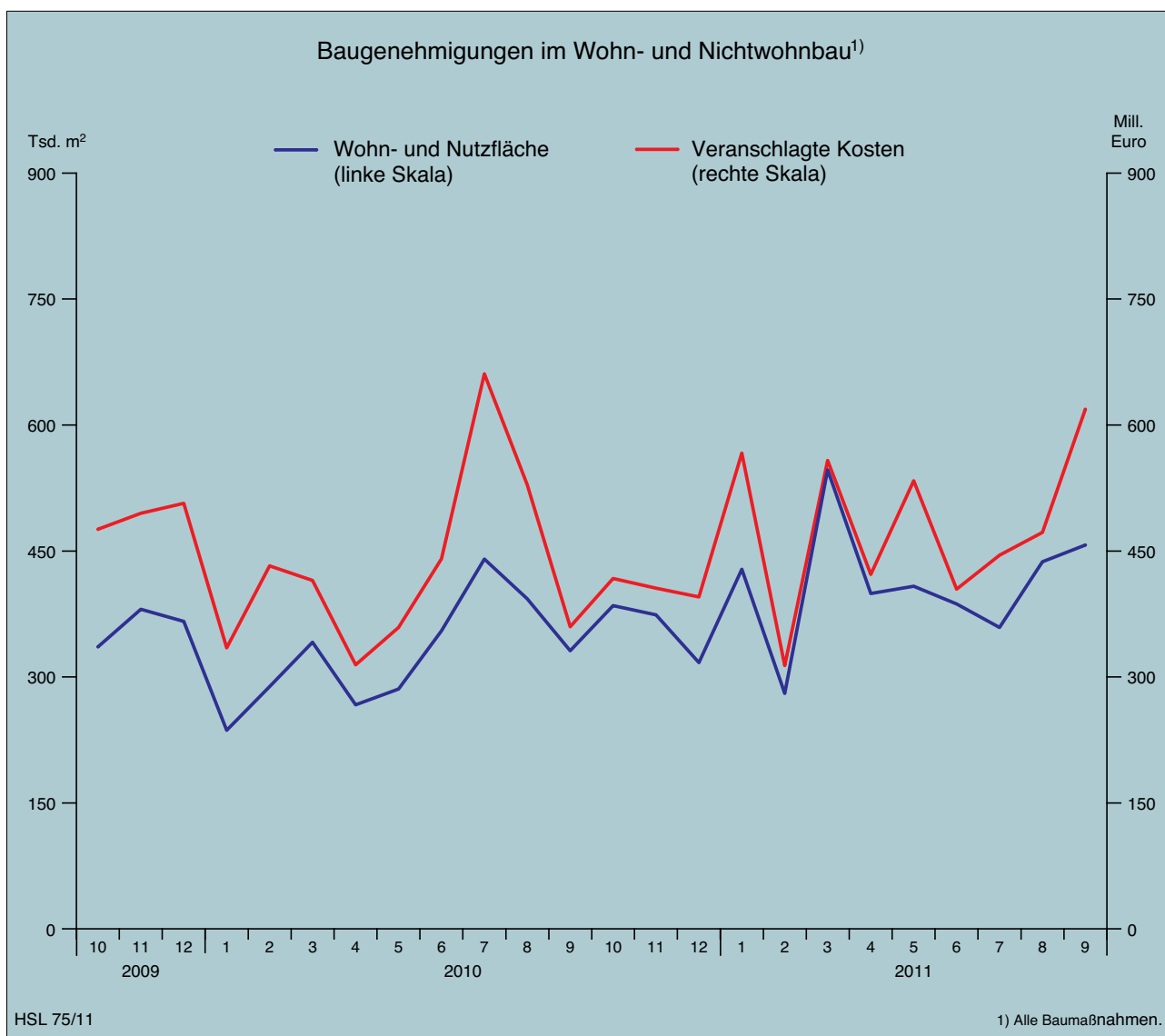
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

12 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Gastgewerbe kann zufrieden sein

Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis September 2011 stiegen die Umsätze im hessischen Gastgewerbe, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2010, nominal um annähernd 4 %. Dies war nach Ausschaltung der Preisveränderungen real ein Plus von gut 2 %. Im Beherbergungsgewerbe stiegen die Umsätze im Vergleichszeitraum nominal sogar um gut 5 und real um gut 4 %. Im Gaststättengewerbe lag der Umsatz nominal um annähernd 4 % über dem Vorjahresergebnis, was real einem Plus von gut 2 % entsprach. Die Kantinen und Catering-Unternehmen waren dagegen nominal nur mit knapp 1 % im Plus; real hatten sie ein Minus von fast 1 % zu verkraften. Durch eine Zunahme der Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2 % und einer Zunahme der Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,5 % stieg die Zahl der insgesamt Beschäftigten im Vergleichszeitraum um gut 1 %.

Hessen nachgefragt – positive Entwicklung bei den Beherbergungsbetrieben

In den ersten 9 Monaten dieses Jahres zählten die Beherbergungsbetriebe mit 9 oder mehr Betten sowie die Campingplätze in Hessen 9,4 Mill. Ankünfte und 22,1 Mill. Übernachtungen. Dies waren gut 5 % mehr Gäste und gut 3 % mehr Übernachtungen als von Januar bis September 2010. Während die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um fast 6 % auf 7,1 Mill. zunahm, stieg die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um 3 % auf 2,3 Mill. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen stieg um fast 4 % auf 17,8 Mill., bei den Ausländern war es ein Plus von gut 2 % auf 4,3 Mill.

Statistisches Jahrbuch Hessen – Band 1 im November erschienen

Wer Hessen-Daten über Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt benötigt, dem steht hierfür ein neuer reichhaltiger Fundus zur Verfügung. Der Band 1 des Statistischen Jahrbuchs Hessen 2011/12 präsentiert in 12 Kapiteln aktuelle Strukturdaten zu den Themengebieten „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, „Erwerbstätigkeit“, „Unternehmen und Insolvenzen“, „Preise“, „Verdienste“, „Produzierendes Gewerbe“, „Bautätigkeit“, „Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus“, „Verkehr“, „Land- und Forstwirtschaft“ und „Umwelt“. Abgerundet wird der Band durch ausgewählte Ergebnisse über die Länder der BRD zu den oben genannten Bereichen, die gute Vergleichsmöglichkeiten bieten. Das Jahrbuch ist farbig gestaltet, sodass eine hohe Anschaulichkeit und

informative Aufbereitung der Tabellen und Schaubilder gegeben sind. Ergänzt wird die Darstellung durch kurze analysierende Texte und methodische Vorbemerkungen zu jedem Kapitel. Der Leser findet damit einen leichten Zugang zum Datenangebot. Das „Statistische Jahrbuch Hessen 2011/12“ besteht aus 2 thematischen Einzelbänden:

- Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt
- Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen (erscheint im Juni 2012)

Die dem Buch beigelegte CD-ROM enthält den kompletten Band im PDF-Format. Außerdem enthält sie alle Tabellen im Excel-Format, die als Anhang die PDF-Datei ergänzen. Ein Datenexport ist damit gewährleistet. Die im zweijährlichen Rhythmus erscheinenden Einzelbände des Jahrbuchs werden in den jeweiligen Folgejahren durch Update-CD-ROMs ergänzt, die die aktualisierten Tabellen im Excel-Format beinhalten. Preise und Bestellungen unter: <http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/490/index.html>.

HIV-Erkrankungen nahezu auf Vorjahresniveau

In Hessen starben im vergangenen Jahr 49 Menschen an den Folgen einer HIV-Erkrankung, wobei Männer (40) deutlich häufiger betroffen waren als Frauen (9). Die Zahl der an AIDS Verstorbenen lag damit nahezu auf Vorjahresniveau (53 Gestorbene, davon 38 Männer). Durch eine wesentlich verbesserte antiretrovirale Kombinationstherapie seit etwa Mitte der Neunzigerjahre verharnte sowohl die Zahl der Todesfälle als auch diejenige der Krankenhausbehandlungen infolge einer HIV-Infektion in den letzten Jahren auf einem relativ niedrigen Niveau. Damit einher geht eine deutliche Steigerung der Lebenserwartung. Fast jeder Dritte aller 2010 an AIDS Gestorbenen wurde zwischen 50 und 60 Jahre alt, ein weiteres Drittel der Gestorbenen wurde älter als 60 Jahre. Noch im Jahr 1989 erreichten nur knapp 20 % der Erkrankten ein Lebensalter von 50 oder mehr Jahren. Die Zahl der in hessischen Krankenhäusern 2010 wegen einer HIV-Erkrankung vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten stieg dagegen gegenüber dem Vorjahr um 16 %. Insgesamt wurden 290 Patienten (2009: 249) mit der Diagnose einer HIV-Erkrankung behandelt, davon waren 199 Männer und 91 Frauen. Mit 39 % oder 113 Patienten waren die meisten zwischen 40 und 50 Jahre alt, weitere 49 Menschen waren im Alter von 50 bis 60 Jahren und 33 Patienten waren älter als 60 Jahre. Ein Krankenhausaufenthalt dauerte im Durchschnitt gut 10 Tage. Im Jahr 2000 wurden in den hessischen Krankenhäusern noch rund 700 Patienten mit einer HIV-Erkrankung behandelt, die durchschnittlich 12,5 Tage vollstationär in Behandlung waren.

Daten zur Wirtschaftslage

Die Wirtschaftslage im dritten Quartal 2011 weist ein differenziertes Bild auf, wie die Ergebnisse der hier betrachteten Wirtschaftsstatistiken verdeutlichen. Nachdem die hessische Industrie im Hinblick auf den Frühindikator „Auftragseingänge“ im ersten Quartal im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal noch deutliche Zuwächse verzeichnen konnte, trat im zweiten Quartal eine Normalisierung ein, und im dritten Quartal ist nahezu eine Stagnation (+ 0,3 %) festzustellen; dabei legten im dritten Quartal die Aufträge aus dem Inland zu (+ 3,7 %), während diejenigen aus dem Ausland zurückgingen (- 2,4 %). Einen ähnlichen Verlauf weisen die realen Umsätze der hessischen Industrie auf. Weiterhin positiv entwickelte sich der Spätindikator „Beschäftigung“. Im Vergleich hierzu stellt sich die Situation im hessischen Bauhauptgewerbe deutlich besser dar. Dort sind nach wie vor hohe Zuwachsraten bei den Auftragseingängen und den Umsätzen festzustellen, wenngleich die Raten im dritten Quartal nicht mehr so hoch ausfielen wie im zweiten Quartal. Besonders erfreulich war die Beschäftigungssituation. Nach den sehr hohen Zuwächsen in den ersten beiden Quartalen 2011 weist das Baugenehmigungsgeschehen in Hessen wieder Normalisierungstendenzen auf. Das Hochbauvolumen nahm im dritten Quartal 2011 gegenüber dem dritten Quartal 2010 um 7,6 % oder 88 000 m² auf 1 253 000 m² zu. Dies lässt hoffen, dass sich das Bauhauptgewerbe weiterhin positiv entwickeln kann. Zuwächse gab es dabei sowohl im Wohnbau- als auch im Nichtwohnbausegment. Im hessischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) hielt die positive Umsatzentwicklung aus den beiden ersten Quartalen des Jahres 2011 an, wenn auch in abgeschwächter Form. Im dritten Quartal 2011 ergab sich im Vorjahresvergleich ein reales Umsatzplus von 1,3 %. Im Bereich „Kfz-Handel“ war zwar noch ein vergleichsweise hohes Umsatzplus feststellbar, jedoch lagen die Zuwachsraten in den beiden vorangegangenen Quartalen deutlich höher. Das günstige wirtschaftliche Umfeld wirkte sich nach wie vor positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Im Durchschnitt des dritten Quartals 2011 lag die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresquartal mit rund 180 200 um 13 850 oder 7,1 % niedriger. Die Arbeitslosenquote in Hessen lag bei 5,8 % (3. Quartal 2010: 6,2 %). Die positive Entwicklung der Erwerbstätigenzahl setzte sich auch im zweiten Quartal 2011 mit einem Plus von 1,2 % fort. Auch die Zahl der Insolvenzen profitierte von der allgemein günstigen Wirtschaftslage: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm im dritten Quartal 2011 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6 % ab. Damit setzte sich der seit anderthalb Jahren zu beobachtende Rückgang fort. Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im Beobachtungszeitraum rückläufig; sie ging um knapp 8 % zurück. Die im Vergleich zum Vorjahresquartal gemessene Inflationsrate überschritt mit einem Wert von 2,2 % im dritten Quartal 2011 – wie bereits im zweiten Quartal – den geldpolitisch bedeutsamen Schwellenwert der Europäischen Zentralbank von 2 %. Deutliche Preissteigerungen gab es u. a. im Bereich „Haushaltsenergie“ sowie bei den Kraftstoffen. Preisrückgänge gab es v. a. in den Bereichen „Nachrichtenübermittlung“ und „Unterhaltungselektronik“.

Nur noch geringer Anstieg bei Industrieaufträgen

Der Frühindikator der konjunkturellen Entwicklung, der Auftragseingang, hat im dritten Quartal dieses Jahres nur noch einen geringen Zuwachs verzeichnet. Bereits im zweiten Quartal hatte es eine nachlassende Dynamik gegeben. Auch bei den preisbereinigten Umsätzen zeichnet sich inzwischen eine deutliche Beruhigung ab. Nur der Spätindikator Beschäftigung zeigt noch eine ausgeprägt positive Entwicklung.

Im dritten Quartal 2011 lagen die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie nur noch um 0,3 % höher als vor einem Jahr. Die Inlandsaufträge nahmen um 3,7 % zu, während die Nachfrage aus dem Ausland um 2,4 % zurückging. Die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen, die im ersten und zweiten Quartal das Vorjahresniveau verfehlt hatten, konnten im dritten Quartal ein Plus von 16 % verbuchen. Eine deutliche Abschwächung im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichnete der Maschinenbau, der noch um 3,1 % zulegte.

te. Dagegen mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wegen der schwächeren Auslandsnachfrage insgesamt ein Minus von 2,6 % hinnehmen. Weiter abgeschwächt hat sich die Auftragsentwicklung der Chemischen Industrie. Im dritten Quartal gab es im Vorjahresvergleich eine Abnahme von 7 %. Im Gegensatz dazu verstärkte sich die positive Tendenz bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen wieder. Hier wurde das Vorjahresquartal um 6,0 % übertroffen.

Kaum noch Umsatzwachstum

Nachdem im ersten und zweiten Quartal 2011 noch Wachstumsraten von 11 bzw. 5,2 % erzielt wurden, nahmen die preisbereinigten Umsätze der hessischen Industrie – ohne Handelsware etc. – im dritten Quartal 2011 nur noch um 0,4 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal zu. Während es beim Inlandsumsatz ein Plus von 2,2 % gab, verringerten sich die Auslandsumsätze um 1,6 %. Bei einer Exportquote von über 50 % ist

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2010 ¹⁾		2011		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs i n s g e s a m t	102,6	104,1	115,3	108,1	102,9
Inland	96,1	96,0	103,1	99,7	99,7
Ausland	108,4	111,3	126,4	115,7	105,8
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs i n s g e s a m t	- 3,9	10,7	8,1	3,3	0,3
Inland	- 18,6	8,5	8,2	3,6	3,7
Ausland	12,3	12,5	8,0	3,2	- 2,4
1) 2005 = 100.					

die Abhängigkeit der hessischen Industrie von der Auslandsnachfrage erheblich.

Im dritten Quartal glänzte der Maschinenbau ein weiteres Mal, seine realen Umsätze übertrafen das Vorjahresniveau um 21 %. Eine kräftige Einbuße von 22 % verzeichnete dagegen die Elektrotechnik. Rückläufige Umsätze verbuchten die Chemische Industrie mit einem Minus von 3,7 % und die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 2,3 %. Dagegen erhöhten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen ihre Umsätze leicht um 0,3 % und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren deutlich um 8,8 %.

Anhaltender Aufwärtstrend bei der Beschäftigung

Die hessische Industrie ist dank einer weiter ansteigenden Beschäftigung dabei, die Beschäftigungsverluste,

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

Art der Angabe	2010		2011		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	104,9	106,8	105,9	105,3	105,3
Inland	98,5	99,6	94,4	97,8	100,7
Ausland	112,4	115,3	119,5	114,1	110,6
Beschäftigte	341 668	343 333	345 450	349 095	355 122
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	9,7	9,9	11,0	5,2	0,4
Inland	9,2	8,1	7,5	4,8	2,2
Ausland	10,2	11,7	14,5	5,7	- 1,6
Beschäftigte	- 0,9	0,3	2,7	3,6	3,9
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) 2005 = 100.					

die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden waren, auszugleichen. Das kann allerdings – eine weiter positive Entwicklung vorausgesetzt – erst 2012 erreicht werden. Seit Jahresbeginn 2011 hat sich die Beschäftigungsentwicklung stetig verbessert. Im ersten Quartal 2011 gab es eine Zuwachsrate von 2,7 % und im zweiten von 3,6 %. Im Durchschnitt des dritten Quartals lag die Beschäftigtenzahl der hessischen Industrie mit 355 100 um 3,9 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Überdurchschnittliche Zunahmen verbuchten im dritten Quartal der Maschinenbau mit 4,8 % auf 38 500 und die Elektrotechnik mit 4,7 % auf 24 500 Beschäftigte. Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren nahm die Beschäftigung um 4,3 % auf 31 400 und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 3,6 % auf 46 800 zu. Der Chemie-/Pharmabereich erhöhte seinen Personalbestand um 1,3 % auf 56 200.

Bauhauptgewerbe weiter auf Wachstumskurs

Das hessische Bauhauptgewerbe sendet weiter positive Signale aus. Der Wachstumskurs hielt auch im dritten Quartal dieses Jahres an. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung nahmen deutlich zu. Der Anstieg bei Auftragseingängen und Umsätzen fiel allerdings geringer aus als im Vorquartal. Dagegen nahm die Zuwachsrate bei der Beschäftigung weiter zu.

Die wertmäßigen Auftragseingänge lagen im dritten Quartal um 19 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Im Hochbau gab es ein Plus von 22 %, und im Tiefbau nahmen die Auftragseingänge um 16 % zu. Im Hochbausektor erhielten der Wohnungsbau 40 % und der gewerbliche und industrielle Hochbau 41 % mehr Aufträge. Dagegen gingen die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau um 41 % zurück. Im Tiefbaubereich legten alle Bausparten zu. Beim gewerblichen und industriellen Tiefbau gab es eine hohe Zuwachsrate von

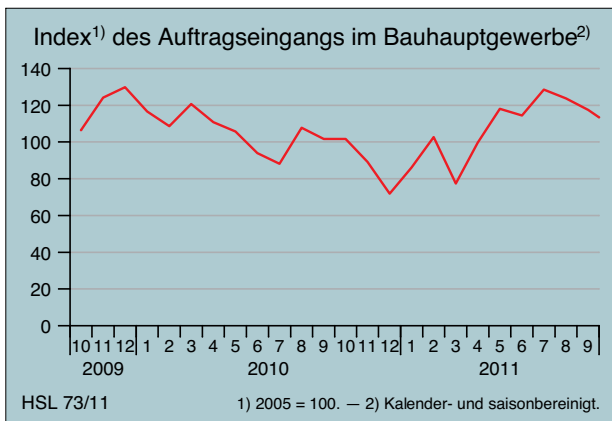
Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2010		2011		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Auftrags- eingang (1000 Euro)	777 456	640 780	739 079	1 014 631	920 972
Umsatz (1000 Euro)	996 145	1 099 331	616 190	967 478	1 071 112
Beschäftigte	23 183	24 209	23 138	24 452	24 865
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftrags- eingang	- 23,9	- 24,4	9,7	28,8	18,5
Umsatz	2,9	0,1	31,7	9,1	7,5
Beschäftigte	- 0,3	2,9	1,2	5,4	7,3
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt ⁷⁾			
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 2005 = 100	Verbraucher- preis- index ⁶⁾ 2005 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁸⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,0	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,7	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	99,5	107,5	198 790	7,2	30 821	31 737
2010 August	98,5	91,1	105,1	341 566	100,7	23 269	95,3	107,7	195 690	7,1	35 012	16 368
September	106,6	101,8	110,8	343 599	105,5	23 277	98,6	107,6	187 013	6,8	35 331	15 981
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 668	102,3	23 183	97,7	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 599	84,9	24 546	102,5	107,5	183 009	6,6	35 643	14 391
November	109,1	100,5	116,9	343 607	76,8	24 330	105,3	107,6	181 571	6,6	35 059	13 089
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	119,7	108,8	183 987	6,7	33 210	16 779
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 333	84,3	24 209	109,1	108,0
2011 Januar	109,8	100,4	118,3	344 666	67,6	22 982	92,2	108,3	201 249	7,3	31 445	18 881
Februar	113,7	101,1	125,1	344 983	100,0	23 111	90,6	108,9	198 446	7,2	34 081	18 247
März	122,5	107,8	135,9	346 701	124,2	23 321	103,3	109,3	191 975	6,9	36 028	13 493
1. Vj. D	115,3	103,1	126,4	345 450	97,3	23 138	95,3	108,8
April	105,6	97,6	112,8	347 781	118,0	24 347	105,4	109,6	187 461	6,8	37 025	7 557
Mai	111,5	103,7	118,4	348 873	126,6	24 408	103,3	109,4	182 273	6,6	37 869	6 397
Juni	107,3	97,7	116,0	350 632	156,0	24 601	97,8	109,5	181 258	6,5	38 919	...
2. Vj. D	108,1	99,7	115,7	349 095	133,5	24 452	102,2	109,5
Juli	102,8	99,7	105,6	352 749	109,6	24 691	98,0	110,0	186 109	6,7	40 260	.
August	98,8	95,1	102,2	355 483	133,1	24 975	101,6	109,8	180 991	6,5	40 092	.
September	107,1	140,4	109,6	357 135	121,0	24 928	100,8	110,1	173 526	6,2	41 357	...
3. Vj. D	103,0	99,7	106,0	355 122	121,2	24 865	100,1	110,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	1,3	2,8	- 13,4	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 2,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,1	- 16,1	1,3	2,9	0,8	- 5,9	.	25,8	- 55,9
2010 August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	6,5	0,7	- 9,2	.	41,2	- 75,8
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	3,6	1,1	- 8,6	.	43,5	- 77,9
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	4,2	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	0,0	- 29,0	3,1	- 0,1	1,0	- 7,2	.	44,4	- 80,5
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	7,0	1,2	- 6,4	.	47,7	- 79,5
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	1,6	1,5	- 6,3	.	40,6	- 70,7
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,6	1,3
2011 Januar	7,6	15,4	2,4	2,3	- 14,6	0,5	4,9	1,6	- 6,2	.	37,9	- 71,6
Februar	14,5	9,7	18,4	2,8	20,2	1,9	4,7	1,8	- 8,1	.	39,4	- 72,5
März	3,1	1,0	4,8	3,0	19,8	1,4	- 0,9	1,8	- 9,7	.	42,1	- 76,2
1. Vj.	8,1	8,2	8,1	2,7	9,7	1,2	2,6	1,7
April	1,5	3,0	0,5	3,3	50,6	5,2	6,8	2,1	- 9,5	.	36,4	- 80,5
Mai	13,3	15,0	12,0	3,7	18,0	4,9	6,4	2,0	- 8,5	.	28,3	- 79,7
Juni	- 3,7	- 2,0	5,7	3,9	24,4	6,2	- 0,8	2,1	- 7,2	.	21,9	...
2. Vj.	3,3	3,6	3,2	3,6	28,8	5,4	4,2	2,1
Juli	0,2	4,6	- 3,3	3,8	8,8	7,3	- 1,1	2,2	- 6,7	.	17,0	.
August	0,3	4,4	- 2,8	4,1	32,1	7,3	6,6	1,9	- 7,5	.	14,5	.
September	0,5	2,6	- 1,1	3,9	14,6	7,1	2,2	2,3	- 7,2	.	17,1	...
3. Vj.	0,4	3,7	- 2,2	3,9	18,5	7,3	2,5	2,2
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2010 August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 3,8	0,1	- 1,9	.	1,8	- 14,6
September	8,2	11,7	5,4	0,6	4,8	0,0	3,5	- 0,1	- 4,4	.	0,9	- 2,4
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,4	- 1,3	- 0,0	- 0,4	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	4,0	- 0,1	- 2,1	.	0,9	- 9,9
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,7	0,1	- 0,8	.	- 1,6	- 9,0
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	13,7	1,1	1,3	.	- 5,3	28,2
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,7	0,4
2011 Januar	9,9	7,5	11,8	0,5	- 25,9	- 3,2	- 23,0	- 0,5	9,4	.	- 5,3	12,5
Februar	3,6	0,7	5,7	0,1	47,8	0,6	- 1,7	0,6	- 1,4	.	8,4	- 3,4
März	7,7	6,6	8,6	0,5	24,2	0,9	14,0	0,4	- 3,3	.	5,7	- 26,1
1. Vj.	10,8	7,4	13,6	0,6	15,3	- 4,4	- 12,6	0,7
April	- 13,8	- 9,5	- 17,0	0,3	- 4,9	4,4	2,0	0,3	- 2,4	.	2,8	- 44,0
Mai	5,6	6,3	5,0	0,3	7,2	0,3	- 2,0	- 0,2	- 2,8	.	2,3	- 15,4
Juni	- 3,8	- 5,8	- 2,0	0,5	23,2	0,8	- 5,3	0,1	- 0,6	.	2,8	...
2. Vj.	- 6,2	- 3,3	- 8,5	1,1	37,3	5,7	7,2	0,6
Juli	- 4,2	2,0	- 9,0	0,6	- 29,7	0,4	0,2	0,5	2,7	.	3,4	.
August	- 3,9	- 4,6	- 3,2	0,8	21,4	1,2	3,7	- 0,2	- 2,8	.	- 0,4	.
September	8,4	9,8	7,2	0,5	- 9,1	- 0,2	- 0,8	0,3	- 4,1	.	3,2	...
3. Vj.	- 4,7	0,0	- 8,4	1,7	- 9,2	1,7	- 2,1	0,5

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008 — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unter- erfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



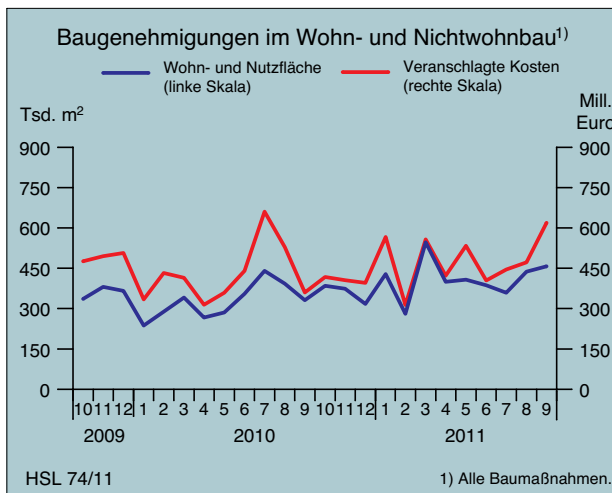
32 %. Der Straßenbau verbuchte ein Plus von 11 % und der sonstige öffentliche Tiefbau von 6,8 %.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen fließen definitionsgemäß bei den Umsätzen auch die Umsätze der Subunternehmer ein. Das Ergebnis des ersten Quartals mit einem Umsatzanstieg von über 30 % war wegen der im Vorjahresvergleich milden Witterung überzeichnet. Dem Umsatzanstieg von 9,1 % im zweiten Quartal folgte im dritten Quartal ein Plus von 7,5 %. In diesem Zeitraum nahmen die Umsätze im Wohnungsbau um 13 % auf 140 Mill. Euro und im gewerblichen und industriellen Bau um 24 % auf 450 Mill. Euro zu. Dagegen verfehlten die Umsätze im öffentlichen und Verkehrsbau das Vorjahresniveau mit 470 Mill. Euro um 5,8 %.

Die Aufwärtstendenz bei der Beschäftigung in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im hessischen Bauhauptgewerbe hielt auch im dritten Quartal 2011 an. Im Durchschnitt des dritten Quartals lag die Beschäftigtenzahl mit 24 900 um 7,3 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Im ersten Quartal hatte die Zunahme noch 1,2 % und im zweiten Quartal 5,4 % betragen.

Weniger Impulse bei Baugenehmigungen

Die Summe der zum Neu- und Umbau genehmigten Wohn- und Nutzfläche nahm im dritten Quartal 2011



Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2010		2011		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	2 829	2 808	3 398	3 086	2 764
Wohnfläche (1000 m ²)	319	324	392	367	325
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	3 646	3 426	3 494	4 147	4 473
Nutzfläche (1000 m ²)	577	533	495	606	679
Wohnungen insgesamt ²⁾	3 356	3 253	3 808	3 777	3 556
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	1 165	1 076	1 255	1 232	1 253
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	25,7	2,8	42,3	36,1	-2,3
Wohnfläche	20,8	5,8	54,2	32,4	1,9
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	30,2	7,1	29,8	80,7	22,7
Nutzfläche	20,6	-1,2	18,1	54,8	17,7
Wohnungen insgesamt ²⁾	19,4	6,1	31,7	39,4	6,0
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	19,2	-0,6	44,8	35,8	7,6
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 7,6 % oder 88 000 m² auf 1 253 000 m² zu. In den beiden Vorquartalen hatte es wesentlich höhere Zuwachsraten gegeben. Die veranschlagten Kosten der Bauwerke gingen sogar um 0,9 % auf 1536 Mill. Euro zurück. Der Rückgang ist ausschließlich auf den Nichtwohnbau zurückzuführen.

Beim **Wohnbau** setzte sich die Aufwärtstendenz, wenn auch abgeschwächt, fort. Hier nahmen die im dritten Quartal veranschlagten Baukosten um 7,5 % auf 619 Mill. Euro zu. Die Impulse, die von den Unternehmen ausgingen, waren stärker als diejenigen der privaten Haushalte.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden im dritten Quartal insgesamt 1299 Genehmigungen erteilt; dies war ein Anstieg von 30 oder 2,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Daneben wurden 162 Genehmigungen für Mehrfamilienhäuser mit mindestens 3 Wohnungen erteilt, ein Plus von 2,5 %. Allerdings gab es bei der Zahl der Wohnungen in diesen Mehrfamilienhäusern einen Rückgang von 6,1 % auf 1342. In Neubauten vorgesehen waren insgesamt 2764 Wohnungen, ein Minus von 2,3 %. Durch 699 Genehmigungen für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden und für 93 Wohnungen in Nichtwohngebäuden erga-

ben sich insgesamt 3556 Wohnungsgenehmigungen, ein Anstieg von 6,0 %. Die Wohnfläche je genehmigte Wohnung lag im dritten Quartal bei 114 m². Die Kosten je Wohneinheit ergaben 177 800 Euro, die Kosten je m² Wohnfläche lagen bei 1563 Euro.

Beim **Nichtwohnbau (Neubau)** nahm die Nutzfläche im dritten Quartal um 18 % auf 679 000 m² zu. Nach einem starken Anstieg im zweiten Quartal gingen die veranschlagten Baukosten (alle Baumaßnahmen) im dritten Quartal um 5,9 % auf 917 Mill. Euro zurück. Während es bei Hotels und Gaststätten sowie Handels- und Lagergebäuden hohe Zuwachsraten gab, wurde das Vorjahresniveau bei Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie Fabrik- und Werkstattgebäuden deutlich verfehlt.

Umsatzzunahme im Einzelhandel wird schwächer

Der hessische Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) konnte auch im dritten Vierteljahr den positiven Start ins Jahr 2011, wenn auch abgeschwächt, fortsetzen. So nahm der Umsatz – verglichen mit dem dritten Vierteljahr 2010

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2010		2011		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	97,7	109,1	95,3	102,2	100,1
Kfz-Handel ²⁾	96,7	99,8	102,6	109,1	102,0
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	95,3	106,5	92,3	97,9	96,5
Kfz-Handel ²⁾	92,4	94,9	97,3	103,1	95,6
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	95,7	97,3	96,4	96,3	97,2
Kfz-Handel ²⁾	96,5	97,6	97,0	98,0	99,7
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	95,4	96,6	95,8	96,2	97,5
Kfz-Handel ²⁾	105,5	106,3	108,2	111,0	111,2
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	3,8	2,2	2,6	4,2	2,5
Kfz-Handel ²⁾	– 2,3	11,3	24,1	13,1	5,5
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	2,9	1,4	1,5	2,9	1,3
Kfz-Handel ²⁾	– 2,5	10,5	23,0	11,8	3,5
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,4	2,3	2,2	1,0	1,6
Kfz-Handel ²⁾	– 1,0	0,1	2,1	2,7	3,3
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	0,4	1,3	2,0	0,9	2,2
Kfz-Handel ²⁾	– 2,6	0,2	3,8	5,4	5,4

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2005.

– nominal um 2,5 % zu; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Plus von 1,3 %. Eine Bereinigung dieser Ergebnisse um Saison- und Kalendereinflüsse ist wegen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige zurzeit noch nicht möglich.

Auch die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte, real allerdings nur knapp, ihr Vorjahresniveau übertreffen. Dagegen rutschte der Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren real ins Minus. Weiterhin kräftig nachgefragt waren Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik. Wieder etwas zugenommen haben die Käufe in Geschäften, die sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- oder Einrichtungsbedarf anbieten. Dagegen hatten die Läden, die der Wirtschaftsgruppe „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“ zuzurechnen sind, im Quartalsvergleich nominal und real weniger Umsatz. Etwas besser ging es dem sonstigen Facheinzelhandel. Besonders Artikel des hierzu gehörenden Einzelhandels mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln sowie mit Uhren und Schmuck waren hier gefragt. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten befand sich nominal und real deutlich im Plus, ebenso wie der Einzelhandel, der – wie z. B. der Versand- und Interneteinzelhandel, aber auch der Brennstoffhandel – seine Waren nicht in Ladengeschäften bzw. an Verkaufsständen oder auf Märkten anbietet.

Die insgesamt positive Umsatzentwicklung im Einzelhandel wirkte sich auch günstig auf die Beschäftigung in diesem Wirtschaftssektor aus. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten schwächer zu als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten.

Im Bereich des Kraftfahrzeughandels und deren Instandhaltung und Reparatur fiel der Umsatzanstieg nach dem jeweils zweistelligen Plus im ersten und zweiten Vierteljahr 2011 deutlich schwächer aus. Weiterhin nahm die Zahl der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung zu, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten kräftiger anstieg als diejenige der Vollzeitbeschäftigten.

Weiter günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im dritten Quartal 2011

Nach der aktuellen Konjunkturumfrage der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern trübte sich die Stimmung in der hessischen Wirtschaft im Herbst dieses Jahres deutlich ein; der Geschäftsklimaindex, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, fiel von seinem bisherigen Höchststand von 132 Punkten im Frühjahr auf 121 Punkte. Während die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage ähnlich positiv bewerteten wie noch im Frühjahr,

wurde die zukünftige Wirtschaftslage spürbar weniger optimistisch eingeschätzt. Sowohl im In- als auch im Ausland rechnen die Unternehmen mit einem geringeren Umsatzplus. Die Wachstumsdynamik in Hessen wird vermutlich deutlich nachlassen.

Die Bereitschaft der Unternehmen, Personal einzustellen, ist seit der letzten Umfrage gesunken. So gaben 71 % in der Herbstumfrage der IHK an, dass sie ihren Personalstand weiterhin halten werden, und fast 20 % denken über Neueinstellungen nach. Zugleich beabsichtigt fast jeder zehnte Betrieb einen möglicherweise notwendigen Personalabbau.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich im Betrachtungszeitraum weiterhin positiv. Die Erwerbstätigenzahl und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen zu, und die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sanken erneut. Die Chancen, Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu beenden, sind weiterhin günstig. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – stieg im August im Vergleich zum Vormonat um 5 auf 170 Punkte, im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Anstieg um 28 Punkte.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen stieg im zweiten Quartal 2011 nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1,2 %. Damit setzte sich die im Frühjahr 2010 begonnene positive Entwicklung auch im zweiten Quartal fort. Der relative Zuwachs im aktuellen Quartal war genauso hoch wie im Vorquartal. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen stützte sich vor allem auf die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Bundesweit betrug der Anstieg der Erwerbstätigenzahl im zweiten Quartal 2011 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum 1,4 %. Die Entwicklung war sehr unterschiedlich in den Ländern. Die Veränderungsrate reichten von -0,5 % (Mecklenburg-Vorpommern) bis +1,9 % (Bayern). Mit einer Zuwachsrate von 1,2 % lag Hessen im Mittelfeld der Länder. Auch im Vergleich der Regionen gab es einen deutlichen Unterschied: In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug die Zuwachsrate 1,6 %, während die neuen Länder (ohne Berlin) eine Zunahme von 0,4 % verzeichneten.

Der Bestand an Arbeitslosen war 2009, bedingt durch die Krise, stark angestiegen. Seit Februar 2010 war die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich wieder rückläufig. Dies setzte sich auch im dritten Quartal 2011 fort. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verringerte sie sich um 7,1 % oder 13 850 auf 180 200 Personen. Rückgänge gab es in allen Bundesländern, mit einer Spreizung von

0,7 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 16,5 % in Baden-Württemberg. Deutschlandweit sank die Arbeitslosigkeit um 7,6 %. Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, war mit 5,8 % günstiger als in Deutschland insgesamt (6,9 %) und lag knapp unter der Quote der alten Länder. Im Ländervergleich belegt Hessen weiterhin den vierten Platz. Nur Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verzeichneten eine günstigere Arbeitslosenquote.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen im Vergleich zum Vorjahr profitierten erstmals seit dem zweiten Quartal 2008 alle Personengruppen. Die Veränderung der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern im Vergleich spiegelt die unterschiedliche Entwicklung der beiden Geschlechter wider. Im Krisenjahr waren die Männer stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen. In der anschließenden Erholung im Zuge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nahm die Zahl der arbeitslosen Männer stärker ab als die der Frauen. Besonders deutlich war dies in den ersten beiden Quartalen 2011, wo der relative Rückgang der Zahl der arbeitslosen Männer mit durchschnittlich 10 % doppelt so hoch war wie der der Frauen. Im Berichtsquartal haben sich die Veränderungsrate wieder angenähert; der relative Rückgang der Zahl der arbeitslosen Männer war mit 8,2 % immer noch deutlich ausgeprägter als bei den Frauen (-6,0 %).

Von den 180 200 Arbeitslosen im dritten Quartal 2011 wurden 53 500 oder fast 30 % im Rechtskreis SGB III von einem Träger der Grundsicherung betreut. Der SGB-Anteil fiel damit im Vergleich zum Vorjahresquartal um knapp 3 %; die Arbeitslosenzahl fiel um 15,3 %, im Rechtskreis SGB II nur um 3,2 %. Der Anteil der Zahl arbeitsloser Personen im SGB II an der jeweiligen Gesamtbeschäftigung zeigt in den hessischen Regionen eine große Heterogenität. Den geringsten Anteil mit rund 61 % hatten der Hochtaunuskreis und der Landkreis Fulda, während die kreisfreie Stadt Offenbach am Main mit über 80 % die höchste Quote verzeichnete.

Die Zugehörigkeit zum Rechtskreis wirkt sich auch auf die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aus: Nach Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit, die allerdings keine Daten der zugelassenen kommunalen Träger beinhalten, betrug die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III 191 Tage, im Rechtskreis SGB II 535 Tage. Hessen belegte im Ländervergleich im Rechtskreis SGB III einen vorderen Platz. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verkürzte sich die Verweildauer im Rechtskreis SGB II geringfügig um einen Tag, während sie sich im Rechtskreis SGB III geringfügig um 3 Tage verlängerte.

Alle hessischen kreisfreien Städte und Landkreise konnten von der Abnahme der Arbeitslosenzahl im Jahresvergleich profitieren. Die mit Abständen größten Rückgänge meldeten der Vogelsbergkreis (-19,3 %) und

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2010		2011		
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 139,1	3 169,0
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	0,5	0,7	1,2	1,2	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 207,0	2 226,1	2 212,5	2 231,6	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	194 055	182 856	197 223	183 664	180 209
und zwar						
Männer	„	100 179	94 761	105 813	95 518	91 989
Frauen	„	93 876	88 095	91 410	88 146	88 219
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	21 620	16 450	18 718	17 043	19 407
dar. 15 bis unter 20	„	4 481	3 369	3 466	3 281	4 068
50 oder älter	„	54 589	53 904	57 898	54 640	52 824
dar. 55 oder älter	„	32 102	31 893	34 220	32 737	32 035
Ausländer	„	46 992	45 569	48 522	46 259	45 599
im Rechtskreis III	„	63 190	56 420	64 441	54 368	53 511
im Rechtskreis II	„	130 865	126 436	132 783	129 296	126 698
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 8,4	– 6,7	– 8,0	– 8,4	– 7,1
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	„	6,2	5,9	6,4	5,9	5,8
und zwar						
Männer	„	6,1	5,8	6,4	5,8	5,5
Frauen	„	6,5	6,1	6,3	6,0	6,0
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	6,6	5,0	5,7	5,2	6,0
dar. 15 bis unter 20	„	4,7	3,5	3,6	3,5	4,4
50 oder älter	„	6,8	6,7	7,2	6,6	6,3
dar. 55 oder älter	„	7,2	7,2	7,7	7,2	6,9
Ausländer	„	13,7	13,3	14,2	13,3	13,0
Deutsche	„	5,3	5,0	5,4	5,0	4,8
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	34 914	34 637	33 851	37 938	40 570
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	„	2 122	1 919	2 187
Kurzarbeiter ⁴⁾	„	17 169	14 753	16 874
Anzeigen über Kurzarbeit	„	130	413	244	109	85
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	„	1 655	5 812	2 592	1 224	1 169
1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

der Landkreis Fulda (– 18,0 %). Im Vorquartalsvergleich konnten 22 der 26 Regionen einen Rückgang der Arbeitslosenzahl vermelden.

Der Landkreis Fulda hatte mit 3,9 % die niedrigste Arbeitslosenquote. In weiteren 11 Landkreisen lag die Quote unter der 5%-Marke. Im Vorquartal 2011 konnten 6 Kreise solch niedrige Werte vermelden. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten die kreisfreien Städte Offenbach am Main (10,7 %) und Kassel (10,1 %). Im Ver-

gleich zur hessenweiten Arbeitslosenquote hatten alle kreisfreien Städte eine höhere Quote, während von den 21 Landkreisen nur 5 über dem Landeswert von 5,8 % lagen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark. Während der mittlere und der nördliche Regierungsbezirk eine Abnahme von 8,9 bzw. 8,5 % meldeten, betrug sie im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt 6,2 %. Die Arbeitslo-

senquoten in den 3 Regierungsbezirken lagen mit 5,8 % (Darmstadt und Gießen) bzw. 5,6 % (Kassel) dicht beieinander.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen nahm im dritten Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahresquartal um 400 Stellen zu. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 40 570. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um gut 16 %. Durch die gesunkene Zahl der Arbeitslosen bei gleichzeitig mehr offenen Stellen im Jahresvergleich verbesserte sich erneut das Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen. Im Berichtsquartal kamen rechnerisch auf eine offene Stelle 4,4 Arbeitslose; im Vorjahresquartal betrug dieses Verhältnis noch 1 zu 5,6.

Im August 2011 lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Hessen nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der Bundesagentur für Arbeit um 2,5 % über dem Vorjahreswert. Der Anstieg lag damit geringfügig über dem Wert des Bundes (+ 2,4 %), war aber genauso hoch wie in den alten Ländern. Alle Bundesländer verzeichneten einen Beschäftigungsanstieg, der von 0,9 % in Sachsen-Anhalt bis 3,0 % in Bayern und Niedersachsen reichte.

Die Betrachtung nach Branchen in Hessen zeigte bis auf den Bereich „Sonstige Dienstleistungen und Private Haushalte“ Zuwächse. Die stärksten Anstiege verzeichneten die Bereiche „Wirtschaftliche Dienstleistungen“ und „Verkehr und Lagerei“ mit 5,4 bzw. 5,0 %. Letzterer wird besonders durch die Entwicklung bei der Arbeitnehmerüberlassung beeinflusst. Kaum oder geringe Zuwächse verzeichneten die Bereiche „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ sowie „Erziehung und Unterricht“.

Der Beschäftigungsanstieg in den Regionen gab zum Ende des ersten Quartals 2011 im Vergleich zum Vorjahr ein differenziertes Bild. Die relative Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reichte von + 7,0 % (Hersfeld-Rotenburg) bis zu - 0,3 % (Offenbach am Main).

Weniger Insolvenzen

Von Juli bis September 2011 haben die hessischen Amtsgerichte über 421 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind 6 % weniger als im dritten Quartal des Vorjahres. Damit setzte sich der seit anderthalb Jahren zu beobachtende Rückgang der Unternehmensinsolvenzen fort. Im ersten Halbjahr 2011 hatte das Minus knapp 8 % betragen.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge liegt im dritten Quartal 2011 mit 27 % wieder etwas höher als im zweiten Quartal (26 %), aber noch unter dem Wert des Jahres 2010 insgesamt (29 %). Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger

bezahlten die Gerichte für das dritte Quartal 2011 auf insgesamt 218 Mill. Euro. Dies entspricht rund 518 000 Euro je beantragter Insolvenz. Insgesamt waren 1516 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief recht unterschiedlich. Einen deutlichen Rückgang der Insolvenzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gab es im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (- 42 %), im Handel (- 23 %) sowie im Gastgewerbe (- 18 %). Ein Anstieg der Insolvenzfälle wurde vor allem im Bereich „Information und Kommunikation“ (+ 75 %), bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+ 43 %), aber auch im Verarbeitenden Gewerbe (+ 13 %) beobachtet.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen blieb im dritten Quartal 2011 mit 1762 Anträgen knapp 10 % unter dem Ergebnis des vorherigen Quartals und fast 8 % unter dem des dritten Quartals 2010. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen mit 65 200 Euro über dem Niveau des ersten Halbjahres 2011, jedoch unter dem Wert des dritten Quartals 2010 (62 400 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird. Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger übertraf im dritten Quartal mit 405 merklich (+ 8 %) den Wert des zweiten Quartals 2011 und geringfügig (+ 1 %) den Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen mit 367 000 Euro deutlich über dem Niveau des vorherigen Quartals (182 000 Euro). Mit 146 Anträgen auf vereinfachte Verfahren ehemals Selbstständiger im dritten Quartal 2011 wurde das Ergebnis des vorherigen Quartals leicht (- 1 %) und das des entsprechenden Vorjahresquartals (- 7 %) deutlicher unterschritten. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen bei 121 600 Euro (89 600 Euro im zweiten Quartal 2011).

Inflationsrate steigt auf 2,2 %

Der Verbraucherpreisindex lag im dritten Quartal 2011 um 2,2 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,5 % höher als im zweiten Quartal 2011. Der Anstieg der Inflationsrate von 2,1 % im zweiten auf 2,2 % im dritten Quartal dieses Jahres wurde vollständig durch Preissteigerungen am aktuellen Rand hervorgerufen. Seit April dieses Jahres, mit Ausnahme des Monats

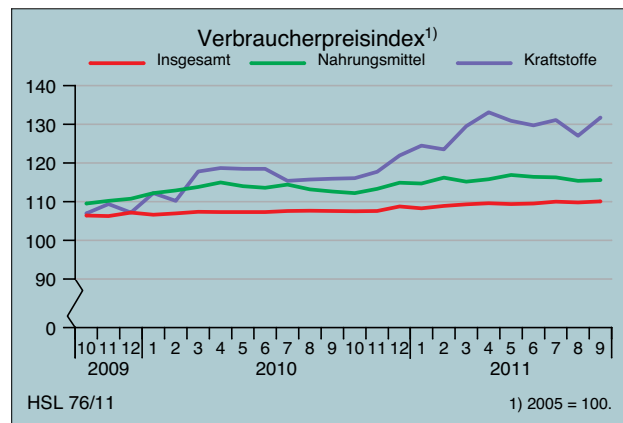
Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2010		2011		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	2005 = 100				
Verbraucherpreisindex	107,6	108,0	108,8	109,5	110,0
und zwar					
Nahrungsmittel	113,4	113,5	115,5	116,4	115,8
Kleidung und Schuhe	94,5	98,4	95,7	96,5	95,2
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	106,5	106,7	107,1	107,6	107,8
Haushaltsenergie	122,4	124,4	131,7	133,3	134,0
Verkehr	113,0	114,0	116,5	118,4	118,6
Kraftstoffe	115,7	118,6	125,8	131,2	129,9
Nachrichtenübermittlung	88,0	87,1	86,4	85,9	85,3
Unterhaltungselektronik	64,9	63,6	62,7	61,6	60,3
	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Verbraucherpreisindex	0,9	1,3	1,7	2,1	2,2
und zwar					
Nahrungsmittel	2,9	3,0	2,2	1,9	2,1
Kleidung und Schuhe	-2,5	-1,0	-0,5	0,0	0,7
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,0	0,9	1,0	1,4	1,2
Haushaltsenergie	0,2	4,4	9,7	9,1	9,5
Verkehr	2,9	3,4	4,0	4,3	5,0
Kraftstoffe	8,8	9,9	10,9	10,6	12,3
Nachrichtenübermittlung	-1,8	-2,4	-2,5	-2,7	-3,1
Unterhaltungselektronik	-4,4	-5,6	-4,3	-4,9	-7,1

August (+ 1,9 %), liegt die Inflationsrate über dem geldpolitischen Ziel der Europäischen Zentralbank, Preisniveauanstiege von unter 2 %, aber nahe diesem Wert, anzustreben. Im Oktober erreichte die Inflationsrate mit 2,4 % den höchsten Wert seit September 2008 (+ 3,3 %)

Im dritten Quartal 2011 lag der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) 9,5 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Darunter verteuerten sich Heizöl um 24,5 %, Strom um 6,9 % und Gas um 3,6 %. Autofahrer mussten durchschnittlich 12,3 % höhere Kraftstoffpreise bezahlen, wobei sich Diesel deutlich stärker verteuerte (+ 16,0 %) als Superbenzin (+ 11,0 %).

Die saisonal bedingten Preissenkungen bei Nahrungsmitteln fielen im dritten Quartal 2011 mit - 0,5 % gegenüber dem Vorquartal weniger stark aus als vor einem Jahr (- 0,7 %), sodass die Jahresteuerrate wieder von 1,9 % im zweiten Quartal auf 2,1 % im dritten Quartal



2011 stieg. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Speisefette und -öle (+ 13,8 %), Molkereiprodukte und Eier (+ 7,0 %), Fleisch und Fleischwaren (+ 3,9 %), Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 3,0 %), sowie Fisch (+ 1,3 %). Für Gemüse (- 4,8 %) und Obst (- 0,9 %) zahlten die Verbraucher weniger als vor einem Jahr.

Das Preisniveau von Kleidung und Schuhen stieg im dritten Quartal 2011 erstmals wieder seit 4 Jahren. Dagegen hat sich der Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 3,1 % gegenüber dem dritten Quartal 2010) und für Unterhaltungselektronik (- 7,1 %) wieder verstärkt. Deutliche Preissenkungen wurden beispielsweise für PC-Software (- 25,9 %), Fernsehgeräte (- 20,8 %), Notebooks (- 17,3 %) sowie Digitalkameras (- 13,4 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. DVD-Recorder (+ 4,9 %) und Kopfhörer (+ 2,2 %). Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, wie Glaswaren und Geschirr, sowie Heimtextilien verteuerten sich im dritten Quartal 2011 jeweils um 0,4 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte sanken binnen Jahresfrist um 1,8 %, für Möbel und Einrichtungsgegenstände um 0,8 % sowie für Werkzeuge um 0,4 %.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,4 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Flugtickets (+ 16,6 %), die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+ 3,5 %), Versicherungen (+ 1,6 %) sowie Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 2,2 %). Die Jahresteuerrate für Wohnungsmieten sank im dritten Quartal 2011 auf 1,2 % (+ 1,4 % im zweiten Quartal 2011).

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 062,0 ¹⁾	6 067,0	6 060,7	6 061,8	6 063,0	6 066,2	6 068,1	6 070,4	6 072,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 271	2 290	1 301	1 645	2 946	898	1 156	1 646	2 780
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	2,5	3,3	5,7	1,9	2,2	3,3	5,4
* Lebendgeborene	"	4 229	4 312	4 286	4 086	4 056	3 859	4 361	3 653	4 237
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,4	8,5	8,3	8,2	7,9	8,3	8,5	7,3	8,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 057	5 017	5 528	4 701	5 047	5 016	5 343	4 748	5 262
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,9	10,7	9,4	9,8	10,8	10,4	9,5	10,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	14	16	14	15	12	14	14	12
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,3	3,2	3,7	3,4	3,7	3,1	3,2	3,8	2,8
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 828	- 705	- 1 242	- 615	- 991	- 1 157	- 982	- 1 095	- 1 025
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,6	- 1,4	- 2,4	- 1,2	- 1,9	- 2,5	- 1,9	- 2,2	- 2,0
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 247	14 014	13 750	12 752	12 026	12 324	14 999	13 892	15 494
* darunter aus dem Ausland	"	5 518	6 420	6 426	5 817	5 802	5 950	7 376	6 286	8 083
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 772	12 989	12 054	11 076	9 879	11 569	12 355	10 652	12 215
* darunter in das Ausland	"	5 335	5 613	4 951	4 177	3 943	5 143	4 876	3 894	5 302
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	474	1 025	1 696	1 676	2 147	755	2 644	3 240	3 279
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 232	17 098	17 922	16 210	15 110	15 645	17 622	16 446	17 715

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	196 460	187 559	183 601	186 109	180 991	173 526	170 317
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	95 309	90 987	89 312	91 113	88 672	84 873	83 510
Männer	"	113 816	105 536	101 151	96 572	94 289	94 996	92 319	88 653	86 807
Ausländer	"	50 819	48 154	47 500	46 106	45 510	46 428	45 937	44 433	43 887
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	21 942	19 617	17 136	21 151	19 511	17 558	14 997
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,3	6,1	5,9	6,0	5,8	5,6	5,4
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,6	6,3	6,1	6,2	6,0	5,8	5,7
Männer	"	6,9	6,4	6,1	5,9	5,7	5,7	5,6	5,3	5,2
Ausländer	"	14,8	14,0	13,9	13,5	13,3	13,2	13,1	12,7	12,5
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	6,7	6,0	5,2	6,5	6,0	5,4	4,6
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁵⁾	Anzahl	71 893	...	16 368	15 981	14 391
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	24 493	30 821	35 012	35 331	35 643	40 260	40 092	41 357	41 246

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			2011
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 165,8	2 185,9	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 227,3	2 217,2	2 220,7
und zwar										
Frauen	"	973,2	986,6	976,9	991,5	989,6	986,9	1 004,9	1 004,4	1 005,7
Ausländer	"	214,5	219,3	214,1	217,5	212,4	214,8	224,3	221,5	226,2
Teilzeitbeschäftigte	"	423,5	440,1	417,2	428,1	429,7	431,9	441,8	444,6	449,8
darunter Frauen	"	348,6	360,8	344,6	353,2	354,2	355,9	362,3	364,4	368,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,8	6,8	7,4
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,3	2,4
Produzierendes Gewerbe	"	559,7	553,9	563,8	563,9	553,0	549,8	565,4	557,0	557,6
darunter Frauen	"	123,8	123,2	125,0	125,0	122,7	123,0	126,3	124,7	124,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	527,6	528,5	533,9	530,0	526,9	540,9	540,6	540,7
darunter Frauen	"	232,6	232,2	233,2	235,6	234,0	232,8	238,1	238,6	238,4
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	555,2	543,4	552,9	549,1	547,4	563,3	560,3	563,7
darunter Frauen	"	245,2	248,4	247,3	250,3	249,1	248,0	251,0	250,3	251,8
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	541,3	529,2	539,0	543,9	542,0	549,7	552,4	551,1
darunter Frauen	"	369,0	380,1	369,1	377,8	381,2	380,6	386,8	388,4	388,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. — 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 7) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 9) Erstellungsdatum: 27.10.2011. — 10) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	2 601	3 515	3 527	2 881	2 659	3 077	3 380
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	135	201	135	110	131	154	166
Jungrinder	"	52	55	20	29	31	59	34	75	59
Schweine	"	52 749	47 556	39 638	51 151	47 133	42 157	40 179	50 270	45 489
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	532	1 002	1 120	650	515	529	740
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	4 806	6 284	5 847	5 959	4 973	6 120	5 706
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	749	1 111	1 116	923	852	991	1 082
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	16	26	16	14	16	19	21
Jungrinder	"	7	7	3	4	4	9	5	11	8
* Schweine	"	4 752	4 315	3 672	4 757	4 360	3 934	3 711	4 772	4 248
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	14 572	14 742	14 611	14 722	13 691	13 416	13 600
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 360	1 358	1 357	1 376	1 377	1 376	1 375
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	339,8	341,6	343,6	350,6	352,7	355,5	357,1
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	42 008	42 800	45 736	41 419	41 951	47 459	47 645
* Brutto-lohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 194,1	1 191,2	1 227,2	1 376,4	1 286,4	1 277,6	1 291,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	7 668,1	7 694,2	8 558,2	8 575,2	8 277,7	8 796,5	9 547,7
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 720,4	3 955,7	4 225,9	4 382,7	4 042,8	4 511,3	4 877,9
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	48,5	51,4	49,4	51,1	48,8	51,3	51,1
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	- 23,6	16,4	5,0	- 3,7	0,2	0,3	0,5
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	18,0	13,2	3,9	- 1,6	- 1,7	1,0	0,3
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	- 53,0	26,4	9,8	14,4	4,6	- 1,3	5,8
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 5,2	- 3,3	- 20,6	20,6	16,8	17,5	- 4,8
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	1,5	11,1	4,3	- 1,0	- 0,4	4,1	- 4,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	9,8	7,3	13,3	- 2,0	- 11,2	- 1,8	- 7,5
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	37,2	52,7	12,4	17,2	13,3	- 13,1	10,1
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	- 0,5	13,8	17,9	- 0,1	- 14,2	18,9	- 10,7
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 29,6	28,5	41,6	20,9	16,2	10,2	5,8	10,1	24,5
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	107	107	106	112	112	112	113
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	15 897	16 004	16 121	16 101	16 081	16 200	16 316
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾⁽¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	1 925	1 995	2 093	1 827	1 856	2 147	2 122
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	65,3	61,7	61,3	72,6	66,3	63,2	63,1
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	2 396,7	2 253,6	1 963,2	774,6	627,6	840,5	902,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 12) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MV.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010				2011		
		Durchschnitt		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	.	97,7	96,3	97,1	99,7	97,7	97,0	97,3	99,5
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	.	100,0	77,7	101,4	105,2	115,6	87,5	106,1	108,8
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	48,0	48,5	48,6	48,4	48,6	49,1	49,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	4 986	5 072	5 374	4 583	4 771	5 287	5 351
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	2 011	2 123	2 218	1 954	1 930	2 175	2 269
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 478	1 486	1 614	1 357	1 482	1 578	1 640
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 497	1 463	1 542	1 272	1 359	1 534	1 442
* Bruttoentgelte	Mill. Euro	102,7	105,6	114,3	112,4	115,0	122,8	117,9	124,6	119,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	500,7	525,0	552,0	490,1	540,6	539,2	548,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	164,3	160,6	174,5	145,4	164,6	152,9	164,7
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	150,2	159,7	176,3	171,3	195,6	190,6	202,6
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	186,1	204,6	201,1	173,4	180,4	195,6	180,8
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	113,0	94,7	100,7	100,7	105,5	156,0	109,6	133,1	121,0
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	99,5	102,1	109,6	133,7	129,1	135,9	171,7
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	83,2	103,6	115,1	233,7	118,6	158,3	134,8
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	114,2	98,1	97,3	103,5	97,6	113,3	97,0
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,0	19,6	.	.	20,0	20,4	.	.	20,9
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	.	6 026	6 141	.	.	6 315
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	.	152,6	163,9	.	.	162,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	.	637,0	614,9	.	.	685,2
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	456	486	488	528	501	486	475
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	405	433	431	463	453	427	419
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	541	564	630	659	571	647	555
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	102	103	114	124	105	116	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	145 672	151 359	165 460	186 532	162 913	178 102	153 531
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	168	174	143	140	121	131	144
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	1 651	1 300	696	1 416	1 140	1 661	1 672
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	251	205	121	219	170	235	274
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	377 908	230 619	90 688	217 974	151 411	188 106	336 789
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	936	1 018	1 234	977	1 145	1 197	1 041	1 208	1 307
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	5 154	5 400	5 820	5 560	6 088	6 401	5 788	6 319	5 832
Großhandel ¹²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
G r o ß h a n d e l¹³⁾										
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2005 = 100	95,0	107,8	101,2	104,2	120,3	113,0	101,2	104,2	120,3
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	90,4	112,0	106,7	109,4	125,3	118,3	106,7	109,4	125,3
* Beschäftigte (Index)	"	93,3	94,7	94,7	95,3	95,8	94,3	94,7	95,3	95,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	97,0	96,8	93,1	96,0	94,0	94,9	97,9	96,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,3	99,5	99,1	95,3	98,6	97,8	98,0	101,6	100,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,2	93,1	87,5	88,3	91,9	90,4	94,1	91,8
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	103,8	104,9	100,2	106,1	101,7	98,2	104,6	104,9
Bekleidung	"	104,2	112,2	109,3	100,5	123,6	107,9	108,4	101,1	114,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,9	99,5	95,5	104,0	93,1	105,6	105,1	101,8
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	104,1	99,5	99,6	96,5	96,2	103,6	99,8	101,0
Versand- u. Internet-Eh.	"	68,2	87,5	78,8	80,0	93,4	80,7	78,9	84,3	96,8
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	95,6	94,7	96,0	96,3	96,6	96,6	97,2	97,8
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,9	89,7	91,8	86,0	99,3	97,2	95,1	90,0	101,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,9	94,0	96,0	90,2	104,1	103,1	101,2	96,2	108,6
* Beschäftigte (Index)	"	97,6	96,1	96,1	96,7	96,8	97,9	98,7	100,2	100,2
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	85,7	87,3	83,7	86,7	96,8	89,4	84,8	86,5	97,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,6	95,7	91,5	94,9	106,7	99,1	94,2	96,2	109,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	91,4	103,1	86,8	94,7	127,3	106,3	94,7	95,0	133,8
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	89,9	89,5	91,8	93,1	93,1	94,3	91,5	94,4	96,5
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	102,4	102,6	104,2	110,4	101,2	103,4	107,1	108,3
Ausschank von Getränken	"	84,6	81,4	84,6	79,4	77,2	94,7	84,7	79,3	80,9
* Beschäftigte (Index)	"	97,0	97,0	97,6	99,8	98,3	100,2	98,9	99,7	100,0
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	4 264,6	4 170,2	4 751,2	4 497,7	4 346,7	4 578,3	5 140,1
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	107,8	122,0	145,1	123,3	113,2	124,0	169,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	4 017,3	3 922,4	4 456,6	4 191,9	4 064,3	4 289,6	4 782,2
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	17,4	11,8	16,6	21,1	16,5	15,6	19,9
* Halbwaren	"	239,9	363,6	310,0	322,9	380,1	353,9	359,6	393,0	615,4
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 689,9	3 587,7	4 059,8	3 816,9	3 688,2	3 881,1	4 146,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	467,8	613,5	630,7	601,4	627,5	633,0	648,8	619,4	661,2
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	3 059,2	2 986,3	3 432,4	3 183,9	3 039,4	3 261,6	3 485,7
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 138,8	1 082,5	1 187,4	1 105,9	1 145,3	1 153,7	1 187,9
Maschinen	"	419,9	482,3	542,0	471,9	547,5	556,6	530,4	545,7	621,8
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	467,9	420,5	610,3	525,0	413,6	580,2	589,4
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	469,0	525,9	521,4	481,6	453,7	482,9	505,8
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	278,9	278,9	331,2	307,6	304,3	312,7	345,9
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 816,8	2 795,5	3 271,7	3 185,2	2 884,5	3 066,5	3 596,8
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 443,8	2 361,0	2 815,6	2 774,5	2 493,3	2 580,3	3 054,0
* Afrika	"	74,7	86,0	100,6	90,8	107,7	83,4	94,6	99,0	102,5
* Amerika	"	442,0	562,9	612,3	544,7	618,0	541,6	593,5	631,4	620,7
* Asien	"	529,9	666,8	693,4	699,3	712,0	643,6	728,1	745,4	783,1
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	41,4	39,8	41,8	43,8	46,0	36,1	37,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	5 711,8	5 537,2	6 244,0	6 331,8	6 347,9	6 529,4	6 829,9
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	188,5	241,9	234,1	247,7	230,6	246,6	272,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	5 220,9	5 016,0	5 701,1	5 662,7	5 719,5	5 898,1	6 131,5
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	122,7	102,9	89,9	105,6	174,1	110,4	182,0
* Halbwaren	"	517,9	695,9	713,2	573,7	711,4	777,4	876,3	1 075,4	866,7
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	4 385,0	4 339,5	4 899,8	4 779,7	4 669,1	4 712,3	5 082,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	508,8	510,2	572,2	687,8	638,0	599,0	652,1
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 876,2	3 829,3	4 327,6	4 091,9	4 031,2	4 113,3	4 430,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
		* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾								
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 524,8	3 388,4	3 907,4	4 175,3	4 097,1	3 862,0	4 477,7
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	3 103,8	3 048,0	3 410,2	3 582,1	3 511,6	3 129,6	3 955,6
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	171,0	127,0	123,0	173,0	226,0	273,6	192,9
* Amerika	"	527,0	616,9	633,1	588,4	636,9	613,5	631,5	674,2	585,9
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 372,3	1 403,0	1 537,5	1 344,6	1 344,8	1 626,5	1 541,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	10,6	30,4	39,2	25,3	48,5	93,0	31,5

Tourismus²⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
		* Gästeankünfte								
darunter	1000	932	996	1 053	1 066	1 220	1 182	1 123	1 140	1 288
* von Auslandsgästen	"	218	240	302	274	301	264	307	283	301
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 701	2 728	2 827	2 710	2 758	2 831	2 881
darunter										
* von Auslandsgästen	"	412	454	577	557	571	473	596	569	539

Verkehr

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
		B i n n e n s c h i f f f a h r t								
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	957	1 069	944	1 058	800	949	992	888
davon										
* Gütereingang	"	698	763	876	728	834	606	779	778	690
* Güterversand	"	169	195	193	216	224	194	170	214	199
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	28 712	22 565	30 883	32 465	29 952	26 186	33 835
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	25 365	19 992	27 561	28 969	26 550	23 252	30 507
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 624	1 192	2 108	1 886	1 877	1 558	1 908
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	1 268	967	749	1 160	1 060	908	847
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	371	314	356	380	372	380	457
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	2 478	2 655	2 676	2 713	2 675	2 316	2 805	2 880
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	1 756	2 024	1 984	2 011	1 996	1 680	2 161	2 179
* getötete Personen	"	26	21	30	18	29	20	19	27	23
* verletzte Personen	"	2 450	2 323	2 587	2 624	2 615	2 677	2 270	2 826	2 867
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	129 049	.	.	380 645	394 952	.	.	401 573
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	89 977	.	.	265 624	266 998	.	.	270 610
Straßenbahnen	"	17 917	18 150	.	.	51 859	52 867	.	.	53 058
Omnibussen	"	23 282	21 624	.	.	64 898	76 389	.	.	79 151
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	2 552 262	.	.	7 69 5536	7 663 617	.	.	7 973 107
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	2 335 007	.	.	7 060 522	6 950 321	.	.	7 246 920
Straßenbahnen	"	75 640	76 520	.	.	219 299	225 270	.	.	223 702
Omnibussen	"	149 528	140 736	.	.	415 715	488 026	.	.	502 485
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	46	.	.	179	197	.	.	280
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	47 078	.	.	179 932	168 093	.	.	251 847

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj., usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	171 431	.	.	506 978	517 332	.	.	520 890
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	125 896	.	.	372 946	378 542	.	.	378 143
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	22 127	.	.	60 614	73 426	.	.	74 168
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	103 769	.	.	312 332	305 116	.	.	303 975
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	175 460	.	.	526 269	570 378	.	.	573 853
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	997	1 031	1 013	904	837	959	1 026
davon										
* Unternehmen	"	163	145	154	135	159	110	132	131	158
* Verbraucher	"	567	630	611	693	603	598	507	625	630
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	191	163	205	152	166	174	211
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	41	40	46	44	32	29	27
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	156 994	137 703	236 003	134 905	134 640	148 964	226 434
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 567	6 751	7 189	6 031	6 102	7 084	6 877
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 402	5 241	5 450	4 844	4 771	5 128	5 910
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	107,6	107,7	107,6	109,5	110,0	109,8	110,1
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	113,9	112,9	112,4	116,4	116,4	115,6	115,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,4	113,3	113,6	115,3	115,7	116,3	116,5
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	92,3	93,7	97,6	95,0	91,7	93,7	100,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	109,5	109,6	109,8	112,6	112,9	112,8	113,1
* Nettokaltmieten	"	105,2	106,3	106,4	106,5	106,5	107,6	107,7	107,8	107,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,5	103,4	103,5	102,9	102,6	102,9	102,9
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	106,6	107,0	107,0	107,6	107,7	107,7	107,8
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	113,0	113,0	113,1	118,0	118,9	117,9	118,9
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	88,2	88,0	87,7	85,8	85,5	85,3	85,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	101,5	101,8	99,4	99,2	101,7	102,1	99,8
Bildungswesen	"	105,2	107,9	107,9	107,9	107,9	107,5	107,5	107,6	106,9
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	"	107,5	109,1	110,9	110,8	109,3	110,0	112,9	112,8	111,8
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	113,6	.	.	.	116,3	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 060,3	3 088,9	3 447,7	4 309,6	2 982,7	3 602,9	3 736,8
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	2 869,8	2 984,2	3 314,7	4 181,6	2 831,3	3 437,3	3 630,7
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 388,7	1 263,6	1 234,8	1 450,2	1 486,5	1 342,7	1 277,6
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	– 11,6	– 31,7	611,1	626,6	– 156,0	141,0	595,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	172,6	74,1	26,2	193,2	99,1	26,0	133,8
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	180,2	186,2	140,1	148,5	174,0	192,4	50,5
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	– 12,5	91,1	– 164,4	38,6	96,8	435,8	– 156,0	180,3	174,5
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 188,0	1 310,3	1 074,9	1 198,6	1 234,7	1 428,7	1 248,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	116,5	143,3	130,7	128,7	148,9	126,2	150,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"	157,5	115,6	112,6	103,5	127,5	128,0	79,8	157,5	106,1
darunter										
Erbschaftsteuer	"	45,9	34,9	36,0	30,1	33,7	34,6	17,8	42,5	13,7
Grunderwerbsteuer	"	34,5	33,6	32,5	32,1	39,5	42,6	25,9	48,9	40,0
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	44,1	41,6	54,2	50,9	36,1	66,0	52,4
Gewerbsteuerumlage	"	19,2	27,2	77,8	1,2	5,6	0,0	71,6	8,1	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt ²⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	1 311,2	1 313,2	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4	2 443,3	1 290,5	1 792,0
davon										
Grundsteuer A	"	3,1	2,9	5,6	4,3	3,7	5,8	3,6	4,3	3,8
Grundsteuer B	"	126,7	127,9	214,5	170,3	171,5	227,4	169,7	172,9	190,7
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	630,8	672,4	919,8	703,9	883,0	945,9	1 102,5	987,3	870,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	479,6	437,6	1 083,4	125,5	639,3	584,9	985,4	106,7	621,3
andere Steuern ³⁾	"	8,3	9,2	11,4	11,7	12,3	21,0	12,9	14,0	16,3

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 924	4 344	3 542	3 561	3 614	3 617	3 638	3 651	3 702
und zwar										
* männlich	"	4 172	4 604	3 749	3 762	3 828	3 830	3 857	3 864	3 926
* weiblich	"	3 346	3 746	3 061	3 094	3 120	3 122	3 132	3 163	3 188
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 333	7 881	6 317	6 350	6 413	6 443	6 492	6 469	6 565
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 564	5 051	4 095	4 160	4 203	4 215	4 253	4 268	4 304
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 107	3 521	2 870	2 857	2 917	2 919	2 936	2 944	3 003
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 436	2 745	2 283	2 262	2 343	2 365	2 352	2 356	2 420
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	2 008	2 183	1 901	1 863	1 901	1 931	1 928	1 922	1 982
* Produzierendes Gewerbe	"	3 736	4 266	3 400	3 378	3 480	3 491	3 503	3 497	3 597
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 159	3 627	2 950	2 892	3 040	3 103	3 027	3 005	3 094
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 825	4 413	3 469	3 481	3 568	3 567	3 598	3 601	3 686
* Energieversorgung	"	5 019	5 454	4 304	4 245	4 318	4 294	4 308	4 301	4 403
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 418	3 964	3 168	3 161	3 195	3 180	3 170	3 215	3 227
* Baugewerbe	"	2 957	3 220	2 824	2 623	2 839	2 925	2 845	2 753	2 951
* Dienstleistungsbereich	"	4 022	4 383	3 615	3 652	3 681	3 681	3 705	3 728	3 755
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 651	3 971	3 310	3 289	3 303	3 314	3 340	3 359	3 397
* Verkehr und Lagerei	"	3 751	4 080	3 429	3 379	3 501	3 495	3 485	3 410	3 526
* Gastgewerbe	"	2 421	2 608	2 253	2 273	2 270	2 259	2 286	2 289	2 277
* Information und Kommunikation	"	5 292	5 518	4 564	4 586	4 585	4 631	4 652	4 660	4 695
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 128	6 414	4 951	5 196	5 298	5 306	5 320	5 366	5 391
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 401	4 818	3 932	4 022	4 069	4 097	4 081	4 129	4 172
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 571	6 238	4 740	4 748	4 781	4 768	4 813	4 833	4 877
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 576	2 758	2 405	2 410	2 398	2 400	2 433	2 437	2 473
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 263	3 630	3 147	3 153	3 171	3 183	3 185	3 251	3 254
* Erziehung und Unterricht	"	3 960	4 271	3 896	3 910	3 940	3 943	3 943	4 038	4 041
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 408	3 886	3 213	3 192	3 240	3 249	3 265	3 255	3 293
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 967	5 813	4 849	4 827	4 889	4 739	5 406	4 916	4 623
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 513	3 976	3 219	3 189	3 101	3 130	3 244	3 315	3 340

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.



*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
einen guten Rutsch ins Neue Jahr
und ein gesegnetes Jahr 2012*

Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft 2011

Deutschland und Europa. 61. Ausgabe, XXXIII und 1528 Seiten, gebunden, 350,00 Euro, Verlag Hoppenstedt, Darmstadt, 2011.

Nationale und internationale Verbände, Behörden und Organisationen haben einen großen Einfluss auf die Wirtschaft. Ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele steuern die Wirtschaftsmärkte in Deutschland und Europa. Das jährlich erscheinende Nachschlagewerk enthält die Bezeichnungen, Anschriften und Profile von rund 24 500 deutschen und europäischen Organisationen. Im ersten Abschnitt verzeichnet das Handbuch die wirtschaftswichtigen Behörden des Bundes und der Länder, die deutschen Vertretungen im Ausland und bei zwischen- und überstaatlichen Organisationen sowie die ausländischen Botschaften und Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland. Die anschließend aufgeführten Verbände und Organisationen der Wirtschaft sind wie folgt untergliedert: Kommunale Verbände, Handelskammern und Ländervereine, Industrie, Handwerk, Handel, Banken und Börsen, Versicherungswesen, Energiewirtschaft, Verkehrsgewerbe, Gastronomie und Fremdenverkehr, Kultur und Kommunikation, Genossenschaften, Landwirtschaft und Umweltschutz, Sozialpolitische Organisationen, Freie Berufe und andere Berufsverbände, technisch-wissenschaftliche Vereinigungen sowie Interessengemeinschaften und sonstige Zentralstellen und Organisationen. Der zweite Abschnitt enthält – in gleicher Untergliederung – ein Verzeichnis internationaler und europäischer Institutionen und Organisationen sowie bedeutende supra-nationale und internationale Organisationen. Ein umfangreicher Anhang mit einem Abkürzungsverzeichnis, einem Suchwort-Verzeichnis sowie einem Personen-Verzeichnis ermöglicht ein schnelles und sicheres Auffinden der gewünschten Einträge.

Bessere Rechtsetzung in Europa: Deutschland 2010

Herausgegeben von der OECD, aus der Reihe „Auf einen Blick“, deutsche Fassung des im Dezember 2009 erschienenen Berichts „Better Regulation in Europe: Germany 2010“, 164 Seiten, kartoniert, 30,00 Euro, OECD, 2010

Nach der schwersten Rezession seit der Großen Depression in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts ist eine wirkungsvolle Rechtsetzung wichtiger geworden. Eine bessere Rechtsetzung soll die wirtschaftlichen und sozialen Aussichten der Länder im Einzelnen verbessern, dauerhaftes Wachstum fördern und die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften stärken. Der OECD-Bericht über eine bessere Rechtsetzung in Deutschland ist Teil einer Reihe von Länderberichten, die die OECD-Direktion „Öffentliche Governance und räumliche Entwicklung“ in Partnerschaft mit der EU-Kommission lanciert hat. Ziel dieser Berichte ist die Beurteilung der Kapazitäten für das Regulierungsmanagement in den 15 ursprünglichen Mitgliedstaaten der EU. Dies umfasst die Untersuchung der Trends der Entwicklung dieser Kapazitäten sowie die Identifizierung von Defiziten im Vergleich zu dem, was von der OECD und der EU in ihren Leitlinien und Regeln für bessere Rechtsetzung als gute Praxis betrachtet wird. Nach Abschluss der Prüfungen bis Ende 2010 sollen die Ergebnisse der Länderberichte als Grundlage für einen zusammenfassenden Bericht dienen, in den auch die Erfahrungen anderer OECD-Länder einfließen sollen. Folgende

Themen bilden die Länderberichte ab: „Strategien und Maßnahmen für bessere Rechtsetzung“, „Institutionelle Kapazitäten für bessere Rechtsetzung“, „Transparenz durch Konsultation und Kommunikation“, „Entwicklung neuer Rechtsvorschriften“, „Handhabung und Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften“, „Einhaltung, Durchsetzung, Rechtsmittel“, „Schnittstelle zwischen den Mitgliedstaaten und der EU“, und „Schnittstelle zwischen subnationalen und nationalen Regierungsebenen“. Zu jedem Thema gibt es eine Beurteilung mit Empfehlungen sowie eine Darstellung des Hintergrunds. 7400

Die professionelle Pressemitteilung

Ein Leitfaden für Unternehmen, Institutionen, Verbände und Vereine. Von Katrin Bischl, 148 Seiten, kartoniert, 19,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Die Pressemitteilung ist nach wie vor das häufigste PR-Instrument. Sie zu beherrschen ist unerlässlich für all jene, die in der Unternehmenskommunikation von kleinen und mittleren Unternehmen und Konzernen tätig sind oder mit der PR für Institutionen, Verbände oder Vereine betraut sind. Das hierzu erforderliche Handwerkszeug vermittelt der vorliegende Band: Themenfindung und Textaufbau entsprechend journalistischer Vorgaben und PR-strategischer Überlegungen, Textsorten und ihre Regeln, der richtige TextEinstieg und die zielgruppenadäquate Überschrift, stilistische Anregungen sowie Tipps für Bildmaterial und Versand. Die Pressemitteilung im Internet – auch zu diesem aktuellen Thema gibt es wertvolle Hinweise. Die Autorin greift stets auf sprach- und medienwissenschaftliche Theorien zurück, die sie verständlich und anhand zahlreicher Beispiele erläutert. Dies macht das Buch zu einem wertvollen Ratgeber für Praktiker. Aus dem Inhalt: Die Pressemitteilung – Was Journalisten von einer Pressemitteilung erwarten – Die einzelnen Elemente der Pressemitteilung – Textsorten für Pressemitteilungen – Die Überschrift – Der Vorspann – Tipps für Sprache und Stil – Redigieren: Einen Text überarbeiten und optimieren – Die Pressemitteilung im Internet – Der Versand – Zum Schluss: Checklisten. 7428

Übungsaufgaben zur Grundausbildung in mikroökonomischer Theorie

Lehr- und Studienbücher der Wirtschaftswissenschaft, Band 2, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, von Erik Gawel, 177 Seiten, kartoniert, 19,00 Euro, JOSEF EUL VERLAG GmbH, Lohmar - Köln 2011.

Das vorliegende Werk versammelt 60 Aufgaben mit besonders ausführlichen Musterlösungen zur gesamten mikroökonomischen Theorie. Es werden alle relevanten Bereiche der Haushalts-, Unternehmens- und Preisbildungstheorie auf Märkten bei unterschiedlichen Marktformen behandelt. Hinzu kommen Aufgaben zum Marktversagen, zur Wohlfahrtsökonomie sowie zur Entscheidungs- und Spieltheorie. Dieses Übungsbuch richtet sich an Studierende in Bachelor- und Master-Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen, die einen systematischen, gut strukturierten Zugang zur Thematik suchen und den Lehrstoff anhand von Übungsaufgaben selbstständig nachbereiten möchten. Der Band dient zugleich der gezielten Vorbereitung auf Klausurleistungen im Fach Mikroökonomik. Der Schwierigkeitsgrad der Aufgaben ist dabei gelegentlich bewusst überdurchschnittlich gewählt. Mit Hilfe der ausführlichen Lösungsskizzen kann gerade dadurch die Komplexität des Lehrstoffs erfasst und nachvollzogen werden. Auch werden zum Teil Vertiefungen geboten, die in den Vorlesungen oftmals nicht abgehandelt werden können. 7451